



Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler
unter Mitarbeit von Rainer Ritscher

NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939–1945

Ausländereinsatz im Deutschen Reich und in Sachsen.
Repatriierung – Nachkriegsprozesse – Entschädigung

Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler

unter Mitarbeit von Rainer Ritscher

NS-Zwangsarbeit und Kriegs- wirtschaft 1939 – 1945

Ausländereinsatz im Deutschen Reich und in Sachsen.

Repatriierung – Nachkriegsprozesse – Entschädigung

Dresden 2021



Impressum

Diese Publikation ist nicht zum Verkauf bestimmt! Sie wird für Zwecke der politischen Bildung im Freistaat Sachsen kostenlos abgegeben.

Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler,
unter Mitarbeit von Rainer Ritscher,

**NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939–1945.
Ausländereinsatz im Deutschen Reich und in Sachsen. Repatriierung – Nachkriegsprozesse – Entschädigung,**

hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung,
Dresden 2021

Layout: Arnold und Domnick, Leipzig
Druck: Westermann Druck Zwickau
Titelbild: Kriegsgefangene bei einem Kesseltransport, Quelle: Staatsarchiv Chemnitz,
Best. 30942, Eisengießerei G. Krauthelm AG Chemnitz, Nr. 507.

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Referat Publikationen
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden

Internet: www.slpb.de
E-Mail: publikationen@slpb.smk.sachsen.de

©Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 2021

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Einleitung | 7 |
| Zum Forschungsstand | 9 |
| Zu Genese, leitenden Fragestellungen und Definitionen | 13 |
| Aufbau und Inhalt der Studie | 22 |
| | |
| Teil 1: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft im Deutschen Reich | 37 |
| Kapitel 1: Die Entwicklung bis Ende 1941 | 37 |
| Wirtschaftsentwicklung und Aufrüstung bis 1939 | 42 |
| Kriegswirtschaft und Zwangsarbeitereinsatz ab Kriegsbeginn | 53 |
| Die Polen-Erlasse | 83 |
| Das Scheitern des Blitzkrieg-Konzeptes: Sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte ... | 87 |
| | |
| Kapitel 2: Kriegswirtschaft und Arbeitskräftebeschaffung im totalen Krieg | 100 |
| Albert Speer und die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie | 100 |
| Der Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz Sauckel: „Menschenbewirtschaftung“ in der zweiten Kriegshälfte | 137 |
| Ostarbeiterrekrutierung und Arbeitseinsatz | 150 |
| Kriegsgefangenenarbeit | 162 |
| Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und Juden | 169 |
| Ausländereinsatz: Gruppen, Branchenstruktur, Kosten | 176 |
| Ernährung von Zwangsarbeitern | 182 |
| Zwangsarbeitereinsatz: Gesamtzahlen | 184 |
| Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft: Zwischen staatlichem Zwang und Profitinteressen | 187 |
| | |
| Teil 2: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Sachsen | 197 |
| Kapitel 3: Überblick | 197 |
| Kapitel 4: Einzelne Fremd- / Zwangsarbeitergruppen | 214 |
| Polen und Franzosen | 214 |
| Die Entwicklung der Zwangsarbeit ab 1941 / 1942 | 221 |

| | |
|--|-----|
| Ostarbeiter: Lebens- und Arbeitsbedingungen..... | 226 |
| Sowjetische Kriegsgefangene | 254 |
| KZ-Häftlinge, Untertageverlagerungen und Luftkrieg | 260 |

Kapitel 5: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in der Region Chemnitz / Südwestsachsen..... 278

| | |
|--|-----|
| Überblick: Arbeitskräftebedarf – Rüstungsbedarf – Rüstungsproduktion | 278 |
| Chemnitz als regionales Zentrum der Rüstungsindustrie..... | 292 |
| Die Auto Union AG..... | 292 |
| Andere und kleinere Rüstungsproduzenten | 304 |
| Die Astra AG..... | 310 |
| Ostarbeitereinsatz in der Region Chemnitz | 346 |
| Sowjetische Kriegsgefangene | 358 |
| Steinkohlenbergbau in der Region Chemnitz – Zwickau – Plauen..... | 375 |

Kapitel 6: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in den Regionen Leipzig und Dresden..... 387

| | |
|--|-----|
| Region Leipzig..... | 387 |
| Rüstungsproduktion..... | 387 |
| Beschäftigungszahlen – Umsätze – Gewinne | 399 |
| Gesamtentwicklung der Arbeitskräfte für die Region Leipzig..... | 415 |
| Braunkohlebergbau in der Region Leipzig-Born | 423 |
| Sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter im Braunkohlebergbau – Einsatz- und Lebensbedingungen | 441 |
| Region Dresden..... | 450 |
| Rüstungsproduktion..... | 450 |
| Ausländereinsatz in der Region Dresden | 456 |
| Die Friedrich-Flick-Unternehmen im Bereich Dresden: Stahlindustrie in Riesa, Gröditz und Freital sowie Waggonbau in Bautzen..... | 466 |
| Riesa und Gröditz..... | 466 |
| Freital | 474 |
| Die Waggon- und Maschinenbaufabrik Bautzen AG (WuMAG)..... | 487 |
| Das Beispiel einer Mittelstadt: Freiberg | 488 |

Kapitel 7: Zwangsarbeit(er) und Abwehrbeauftragte / Werkschutz in den Betrieben: Sicherheit, Repression und Selbstbehauptungsmöglichkeiten..... 493

| | |
|---|-----|
| Polen- und Ostarbeitererlasse..... | 493 |
| Abwehrbeauftragte / Werkschutz | 497 |
| Selbstbehauptung, Flucht und Verweigerung | 514 |

| | |
|---|------------|
| Teil 3: Opfer und Täter nach Kriegsende | 531 |
| Kapitel 8: Befreiung und Repatriierung | 531 |
| Westalliierte Repatriierungen | 531 |
| Sowjetischer Umgang mit befreiten Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilisten | 536 |
| Repatriierungen zwischen den Alliierten | 542 |
| Sowjetische Filtration | 555 |
| Sowjetische / Russische Rehabilitierung | 561 |
| Kapitel 9: Juristische Aufarbeitung | 566 |
| Internationale Verfahren | 566 |
| Der Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg | 566 |
| Der Prozess gegen Friedrich Flick | 568 |
| Sowjetische Gerichtsverfahren mit Bezug zu Sachsen | 569 |
| Häftlinge in sowjetischen Speziallagern | 588 |
| Verfahren durch SBZ- und DDR-Gerichte in Sachsen | 590 |
| Vorläufige Bilanz | 616 |
| Kapitel 10: Wiedergutmachung und Entschädigung | 618 |
| Wiedergutmachung in den Westzonen und der (alten) Bundesrepublik Deutschland | 618 |
| Wiedergutmachung in SBZ und DDR | 623 |
| Wiedergutmachung durch das vereinigte Deutschland | 624 |
| Bilanz in Wissenschaft und Politik | 633 |
| Anhang | 639 |
| Zeittafel wichtiger Ereignisse und Entwicklungen von 1933 – 2020 | 639 |
| Literatur- und Quellenverzeichnis | 661 |
| Abkürzungsverzeichnis | 681 |
| Personenregister | 687 |
| Autoren | 695 |

Einleitung

Am 13. April 2018 kam es in Chemnitz zu einem für Sachsen seltenen und besonderen Ereignis. In der dortigen Landesdirektion in der Altchemnitzer Straße 41, bis 1945 Hauptgebäude der Chemnitzer Astra-Werke, wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an 1.600 ausländische Arbeitskräfte enthüllt, die während des Zweiten Weltkrieges in diesem Betrieb zeitweilig für die Rüstungsproduktion arbeiten mussten. Ihr Alltag war geprägt, wie es auf der Gedenktafel heißt, „von Unterernährung, Krankheiten, körperlicher Gewalt und ständiger Todesangst.“ Die Tafel im Eingangsbereich der Landesdirektion, an der auch alle Besucher dieses Amtes vorbeigehen müssen, erinnert dabei besonders an sowjetische Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und deportierte Zivilisten, die dem NS-Zwangsarbeitsregime ausgeliefert waren und von denen zahlreiche Menschen im Arbeitseinsatz ihr Leben verloren hatten. Der Termin der Enthüllung war nicht zufällig gewählt, denn am 13. April 1945, 73 Jahre vor der Einweihung der Erinnerungstafel, als die militärischen Fronten sich Chemnitz näherten, waren die gut 500 weiblichen KZ-Häftlinge der Astra-Werke auf ihren Evakuierungstransport in den großen KZ-Außenlagerkomplex Leitmeritz gegangen.

In Anwesenheit von hochrangigen Vertretern des Freistaates Sachsen, der Stadt Chemnitz und von Diplomaten aus den Herkunftsländern der ehemaligen Zwangsarbeiter erfolgte in einem feierlichen Rahmen die Einweihung, unter anderem mit einer Ansprache des Präsidenten der Landesdirektion, Dietrich Gökermann. Was bedeutet diese NS-Vergangenheit für die Behörde? Nichts anderes als eine Zäsur, wie Gökermann betonte:

„Ab heute werden wir unser Dienstgebäude jedoch mit anderen Augen sehen. Die Gedenktafel soll an all die Kriegsgefangenen, KZ-Häftlinge und deportierten Zivilisten erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1939 und 1945 in den Astra-Werken Chemnitz für die deutsche Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisten mussten. Wem von uns war dieser Teil der Geschichte vor diesem Kontakt bewusst? Wer von den hier Beschäftigten wusste, dass – vielleicht am Ort seines Büros – vor mehr als 70 Jahren Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie ausgebeutet wurden?“

Die Einweihung der Gedenktafel war auch darum ein seltenes Ereignis, weil es die erste Markierung eines konkreten Ortes in Chemnitz bedeutete, an dem Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges tätig gewesen waren. Obwohl andere sächsische Städte, etwa Leipzig oder Dresden, bereits längere Zeit vereinzelt an konkrete Orte der NS-Zwangsarbeit durch

Gedenktafeln und Mahnmale erinnern, ist die NS-Zwangsarbeit bislang keineswegs durchgängig oder breit im Gedächtnis der Öffentlichkeit verankert.

Dies ist eigentlich eine erstaunliche Feststellung, denn der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften, seien es Zivilisten oder Kriegsgefangene, war spätestens seit 1942 zu einem Massenphänomen in der deutschen Kriegsgesellschaft geworden. Zum Höhepunkt der Zwangsarbeit im Herbst 1944 waren ungefähr acht Millionen Ausländer – Zivilisten, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge – in allen Teilen des Deutschen Reiches für Rüstungs- und Grundstoffindustrien, Land- und Forstwirtschaft sowie Kommunen tätig, insgesamt waren es während der gesamten Kriegszeit wohl etwa 13,5 Millionen Personen (näher dazu Kapitel 2). Während manche Verbrechenkomplexe des NS-Regimes nicht konkret im unmittelbaren Erlebnisbereich der deutschen Zivilbevölkerung vor sich gingen (wie etwa der Holocaust oder das Regime der Konzentrationslager in den Lagern selbst), konnte die deutsche Bevölkerung dem Kontakt mit Zwangsarbeitern nicht ausweichen. Man musste die etwa 500.000 Kriegsgefangenen und ausländische Zivilisten im Arbeitseinsatz während des Zweiten Weltkrieges in Sachsen wahrnehmen, und in den letzten zwölf Kriegsmonaten auch die in der Rüstungsindustrie arbeitenden KZ-Häftlinge in den 62 sächsischen KZ-Außenlagern.

Gleichwohl spielte das Schicksal dieser Gruppen über lange Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in der Wissenschaft wie in der Politik kaum eine Rolle. Obwohl in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1945 / 1946 mit Hermann Göring, Fritz Sauckel und Albert Speer drei der Verurteilten unmittelbar für die Deportation von Zivilisten und den umfassenden, häufig unmenschlich harten Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen, Zivilisten und Häftlingen verurteilt wurden und die Zwangsarbeit als solche zu den Verurteilungskomplexen in den Anklagepunkten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehörte, dauerte es Jahrzehnte, ehe auch dieser Teilbereich der deutschen Kriegswirtschaft eher zäh und langsam öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfuhr. Das Schicksal der Zwangsarbeiter stand, wie etwa auch das der sowjetischen Kriegsgefangenen, im Erinnerungsschatten anderer NS-Themen. Erst mit der deutschen Wiedervereinigung kamen erste erfolgreiche Forderungen auf, auch und gerade aus Osteuropa, diese Opfergruppen wie zuvor die in der westlichen Hemisphäre lebenden jüdischen Opfer wenigstens teilweise zu entschädigen. Mit der Errichtung der Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ von deutscher Wirtschaft und Bundesregierung im Jahr 2000 erhielten die meisten der ehemaligen überlebenden Zwangsarbeiter eine eher symbolische Entschädigung für ihren erzwungenen Arbeitseinsatz in Deutschland. Es ging dabei jedoch auch um juristische und finanzielle Klärungen (siehe Kapitel 10).

Im historischen, gesellschaftlichen und erinnerungspolitischen Bereich ist die Beschäftigung mit und Kenntnis über diesen Alltagsbereich nationalsozialistischer Kriegswirtschaft jedoch keineswegs gleich gut vertreten. Zwar gibt es in Deutschland durchaus seit circa drei bis vier Jahrzehnten eine Vielzahl von Initiativen und auch einige Gedenkstätten, die sich dezidiert mit der NS-Zwangsarbeit beschäftigen, so auch in Sachsen etwa die Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig auf dem Gelände des ehemaligen HASAG-Konzerns oder Initiativen im

Bereich Espenhain-Böhlen für den Bergbaubereich. Aber auch diese sind in der gesamten Gedenkstättenlandschaft Deutschlands und Sachsens eher randständig und keinesfalls in der notwendigen Breite vertreten.¹

Zum Forschungsstand

In der DDR setzte die Auseinandersetzung mit diesem Thema bereits relativ früh ein. Zu nennen sind hier vor allem die verdienstvolle dreibändige Studie von Dietrich Eichholtz sowie einige weitere Dissertationen. Mark Spoerer betont zu Recht, dass sich angesichts der darin wiedergegebenen Fülle von Fakten auch die spätere westliche Forschung auf diese Arbeiten stützen konnte. Freilich darf nicht übersehen werden, dass die Interpretation der Zwangsarbeit in diesen Studien nicht so sehr als neues Phänomen des NS-Systems, sondern vielmehr als Ausweis einer lediglich extremen Form kapitalistischer Ausbeutung gesehen wurde.²

¹ So hat etwa der Verein „Zusammenleben e.V.“ in Freital 2014 ein Projekt „Damals bei uns – Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ durchgeführt, siehe Fremde in Freital – Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, in: <https://www.vielfalt-soe.de/Aktuelles>, 4. Juni 2019. Auch im Schulunterricht beschäftigten sich einzelne Schüler oder Schülergruppen zumeist mit regionalen oder lokalen Ereignissen der NS-Geschichte, wie etwa das Adolph-Diesterweg-Gymnasium Plauen, das sich unter dem Titel „Zwangsarbeit in Plauen – Lebens- und Arbeitsbedingungen von KZ-Häftlingen aus Flossenbürg während des II. Weltkrieges“ 2017 / 2018 erfolgreich am Programm des sächsischen Kultusministeriums „Pegasus – Schulen adoptieren Denkmale“ beteiligte, siehe Gewinner des Landesprogramms „Pegasus – Schulen adoptieren Denkmale“, <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/>, 14. Juli 2019.

² Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Band 1–3, Berlin (Ost) 1968, 1985 und Berlin 1996. Wir haben für unsere Studie Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Band II: 1941–1943, Teil 1 und 2, München 1999 (Ursprünglich Berlin (Ost) 1985) und Dietrich Eichholtz, unter Mitarbeit von Hagen Fleischer u. a., *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Bd. III: 1943–1945, Berlin 1996, genutzt. So charakterisiert Eichholtz etwa die Wirtschaft / Kriegswirtschaft im Dritten Reich als „nichts anderes als ... eine ordinäre, allerdings besonders radikale und brutale, nämlich auf den faschistischen Gewaltapparat gestützte Monopolherrschaft“, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 109. So wurde die Enteignung großer Konzerne auf der Grundlage des Volksentscheides in Sachsen 1946 ausdrücklich mit deren zentraler Bedeutung für die Herrschaft des Nationalsozialismus begründet, siehe hierzu Kapitel 4, wo dieses Thema am Ende behandelt wird.

Im Vorwort zu Bd. III konzidiert Eichholtz der Kritik an zu großer Betonung des Ökonomismus in den ersten beiden Bänden ihre Berechtigung und räumt ein, dass die Begrifflichkeit einem kanonischen Wissenschaftsjargon verpflichtet gewesen sei. Zu Recht weist er aber auch darauf hin, dass die letzten eineinhalb Jahre der deutschen Kriegswirtschaft (in Bd. III behandelt) bis dahin von keinen anderen Autoren so umfassend dargestellt worden seien, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, Vorwort S. XI (Der diesem Zeitabschnitt gewidmete Zweite Halbband des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes ist erst 1999 erschienen, siehe FN 5). Insgesamt ist Bd. III heterogener und enthält bereits veröffentlichte Teile, eigene Studien sowie auch Beiträge anderer Autoren. Die Charakterisierung der DDR-Literatur oben im Text ist zu finden bei Mark Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich und Entschädigung. Verlauf und Ergebnisse einer wissenschaftlichen und politischen Diskussion*, in: *Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002*, hrsg. vom Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, Halle (Saale) / Dresden 2002, S. 89–106, hier S. 90 f. Auch die Forschung in Bezug auf die KZ-Außenlager erhielt mit der Dissertation von Hans Brenner,

Obwohl die NS-Zwangsarbeit im Nachgang der in der alten Bundesrepublik Deutschland erschienenen Pionierstudie von Ulrich Herbert zum Ausländereinsatz im Deutschen Reich aus den 1980er Jahren³ zum Gegenstand einer Fülle weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen geworden ist und sich dieser Bereich der NS-Arbeitskräftepolitik nach dem Urteil von Mark Spoerer⁴ sicherlich zum wohl am intensivsten bearbeiteten Gebiet der Forschungen zum Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, gibt es noch immer wichtige Leerstellen.

Dies betrifft vor allem die Länderebene. Die beiden schon genannten Standardwerke von Ulrich Herbert und Mark Spoerer enthalten nur wenige systematische Angaben zu Sachsen. Auch andere Werke wie etwa die zwei umfangreichen Bände des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr zur deutschen Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 bieten zwar hervorragende Überblicke zur gesamten deutschen Kriegswirtschaft, jedoch nur relativ wenige und verstreute Informationen zu Wirtschaft und (ausländischem) Arbeitskräfteeinsatz in Sachsen.⁵

Auf der anderen Seite gibt es zwar die notwendige Rückbindung zur Reichsebene bei Studien, die sich mit Einzelaspekten von Kriegswirtschaft und Zwangsarbeitereinsatz auf sächsischer Länderebene befassen (etwa bei den Dissertationen von Michael C. Schneider, Silke Schumann, Thomas Urban oder Martin Baumert, oder bei der Arbeit von Martin Kukowski und Rudolf Boch zur Auto Union⁶). Viele der dezentrale Bereiche beleuchtenden Publikati-

Zur Rolle der Außenkommandos des KZ Flossenbürg im System des staatsmonopolistischen deutschen Imperialismus und im antifaschistischen Widerstandskampf 1942–1945, Dissertation Dresden 1981, eine frühe Ausprägung.

³ Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin-Bonn 21986.

⁴ Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich und Entschädigung*, S. 92. Spoerer gehört neben Herbert zu den renommiertesten Autoren auf diesem Gebiet, vor allem aufgrund seiner Studie: *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart / München 2001.

⁵ *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 5, Erster Halbband: *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1988, sowie *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Band 5, Zweiter Halbband: *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944 / 45*, Stuttgart 1999.

⁶ Michael C. Schneider, *Unternehmensstrategien zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegswirtschaft: Chemnitzer Maschinenbauindustrie in der NS-Zeit 1933–1945* (= *Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte*, Bd. 14), Essen 2005; Silke Schumann, *Kooperation und Effizienz im Dienste des Eroberungskrieges. Die Organisation von Arbeitseinsatz, Soldatenrekrutierung und Zwangsarbeit in der Region Chemnitz 1939 bis 1945* (= *Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung*, Bd. 61), Göttingen 2016; Thomas Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 1939 bis 1945* (= *Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen*, Bd. 4), Essen 2006. Urbans Arbeit ist im Zusammenhang mit dem Forschungsschwerpunkt von Klaus Tenfelde (Ruhruniversität Bochum) zur Zwangsarbeit im deutschen Kohlebergbau im Ersten und Zweiten Weltkrieg entstanden. Bei der Dissertation von Martin Baumert handelt es sich um eine Längsschnittuntersuchung des Industriekomplexes Böhlen-Espenhain in NS-Zeit, als Sowjetische Aktiengesellschaft sowie in der DDR bis 1965, deren NS-Teil für unsere Untersuchung von besonderer Bedeutung ist, siehe Martin Baumert, *Kontinuität im Wandel. Ein diachroner Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes*

onen von gesellschaftlichen Initiativen beziehungsweise von studentischen Abschlussarbeiten stellen diesen Bezug jedoch nicht oder nicht ausreichend her. Insgesamt existiert, und das ist die Hauptfeststellung für diesen Bereich der Forschung, eine Gesamtsachsen betreffende Studie zum Zwangsarbeitereinsatz bislang nicht.

Auf der anderen Seite konnten wir uns bei unserer Publikation neben den schon genannten Werken zu Sachsen auch auf eine ganze Reihe von Sammelbänden stützen, die zum Teil bereits gut zwei Jahrzehnte alt sind, so der schon genannte Sammelband des Sächsischen Staatsarchivs, der im Umfeld der Erfassung und Sichtung von Archivalien zu Zwangsarbeit und der EVZ-Gründung entstand.⁷ Hinzu kommen einschlägige Forschungs- und Dokumentenbände zu einzelnen Wirtschaftszweigen, wie etwa dem Bergbau, oder zu einzelnen Regionen in Sachsen. Hier sind auch die verdienstvollen Materialsammlungen etwa von Adolf Diamant zur Region Chemnitz / Zwickau oder von Klaus Hesse zur Region Leipzig zu nennen.⁸ Für die Region Dresden jedoch ist die Forschungslage weit weniger ertragreich. So existieren für Dresden weder thematische Sammelbände, wissenschaftliche Firmengeschichten noch gar Überblicksmonographien.⁹ Auch die für andere Rüstungsschwerpunkte in Sachsen erarbeiteten

Böhlen-Espenhain 1933–1965, unpublizierte Dissertation Universität Leipzig 2020. Bei der Studie von Martin Kukowski / Rudolf Boch, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl und Günther Schulz, Bd. 24), Stuttgart 2014, handelt es sich um eine Firmengeschichte im Umfeld der Debatte um Zwangsarbeit und Entschädigung in den 2000er Jahren.

⁷ Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, siehe Fußnote 2.

⁸ Zum Bergbau auch mit sächsischem Bezug Klaus Tenfelde / Hans-Christoph Seidel (Hg.), *Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg* (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Band 1: Forschungen), Essen 2005; Hans-Christoph Seidel / Klaus Tenfelde (Hg.) unter Mitarbeiter von Jens Adamski, *Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg* (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Band 2: Dokumente), Essen 2005. Zur Region Leipzig Klaus Hesse, 1933–1945. *Rüstungsindustrie in Leipzig*. Teil 1: Eine Dokumentation über die kriegswirtschaftliche Funktion Leipziger Rüstungsbetriebe, ihre militärische Bedeutung, über Gewinne, Gewinner und Verlierer. Teil 2: Eine Dokumentation über ‚Arbeitsbeschaffung‘ durch Rüstung und Dienstverpflichtete, über Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Außenlager, über gesühte und ungesühte Verbrechen, über Verbrecher, Opfer und andere vergessene Erinnerungen, Leipzig ²2007 (Eigenverlag); Detlev Brunner / Alfons Kenkmann (Hg.), *Leipzig im Nationalsozialismus. Beiträge zu Zwangsarbeit, Verfolgung und Widerstand* (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 13), Leipzig 2016. Zur Region Chemnitz / Zwickau / Plauen siehe Adolf Diamant, *Gestapo Chemnitz und die Außenstellen Plauen i. V. und Zwickau*, Chemnitz 1999.

⁹ Die drei vom Hannah-Arendt-Institut herausgegebenen Sammelbände zum Nationalsozialismus enthalten hauptsächlich entweder Beiträge zum Bereich Zwangsarbeit / sächsische Kriegswirtschaft, die von den Autoren auch in selbständigen Schriften veröffentlicht wurden oder beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit anderen Bereichen der NS-Diktatur, siehe Sachsen in der NS-Zeit, hrsg. von Clemens Vollnhals, Leipzig 2002; Sachsen und der Nationalsozialismus, hrsg. von Günther Heydemann / Jan Erik Schulte / Francesca Weil, Göttingen 2014; Mike Schmeitzner / Clemens Vollnhals / Francesca Weil (Hg.), *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949* (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 60), Göttingen 2016. Gleichwohl konnten sie partiell für unsere Darstellung herangezogen werden.

Firmenstudien, so etwa eine Reihe von Publikationen zur HASAG in Leipzig¹⁰, gibt es so für den Bereich Dresden nicht. Immerhin konnten wir uns für die Stadt Dresden auf zwei Publikationen eines Mitgliedes unserer Gruppe stützen, die sich speziell mit Zwangsarbeit befassen.¹¹

Zusammenfassende Studien zu einzelnen Zwangsarbeitergruppen existieren für Sachsen ebenfalls kaum. Informationen sind jedoch in vielen der oben genannten Sammelwerke und Betriebsstudien im Umfeld der Zwangsarbeiterentschädigungsdiskussion Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre enthalten. Für eine spezielle Gruppe von zur Zwangsarbeit Herangezogenen, die zudem eine vergleichsweise besonders hohe Todesrate aufzuweisen hat, existiert jedoch eine relativ gute Forschungslage: die sowjetischen Kriegsgefangenen. Einer der Verfasser unserer Studie zur Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Sachsen war an entsprechenden Forschungen zum Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener im deutschen Gewahrsam beziehungsweise in Sachsen beteiligt.¹² Auch eine weitere Quellengattung konnte für unsere Publikation recht umfangreich herangezogen werden. Es handelt sich um Urteile beziehungsweise Urteilsauszüge Sowjetischer Militärtribunale, die in der Nachkriegszeit NS-Verbrechen an sowjetischen Bürgern (Zivilisten) wie Kriegsgefangenen in Sachsen zum Verhandlungsgegenstand hatten. Diese Quellen bilden neben Urteilen durch SBZ- beziehungsweise DDR-Gerichte eine wichtige Quelle für die Darstellung des Zwangsarbeitsregimes wie auch für die juristische Aufarbeitung dieses Komplexes in der Nachkriegszeit.¹³

Unsere Studie zu Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Sachsen gründet auf der einen Seite auf eigenen Archivrecherchen oder auf früheren Forschungsprojekten der Verfasser. Für den Bereich Chemnitz haben der Verfasser Dietmar Wendler sowie Rainer Ritscher und einige andere Gruppenmitglieder bereits seit Jahren eigene Archivstudien durchgeführt, die Eingang in unsere Publikation gefunden haben; auf die Forschungen zum Bereich Sowjetische Kriegs-

¹⁰ Etwa Leipzig Permoserstraße. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts, hrsg. vom UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig 2001.

¹¹ Eine von ihnen ist Walter Wießner / Reinhardt Balzk, Zwangsarbeiter in Dresden. Edition 2004. Hg.: PDS-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, April 2004; verdienstvoll auch die kleine Broschüre von Heinz Schulz, Rüstungsproduktion im Raum Dresden 1933–1945 (= Militärgeschichte des Arbeitskreises Sächsische Militärgeschichte e. V., Heft 11), Dresden 2003.

¹² Im Umfeld des internationalen Forschungsprojektes „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“, das an die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft von 1999 bis 2014 angebunden war und von Klaus-Dieter Müller geleitet wurde, sind eine Reihe von Publikationen zu sowjetischen Kriegsgefangenen auch mit sächsischem Bezug entstanden, die wir für unsere Studie nutzen konnten. Sie sind in den jeweiligen Kapiteln genannt. Vor allem jedoch sind in dem Projekt Hunderttausende von Karteikarten zu sowjetischen Kriegsgefangenen erfasst worden, von denen ein kleiner Teil auch Auskunft zu ihrem Schicksal während ihres Arbeitseinsatzes in Sachsen geben kann.

¹³ Andreas Weigelt / Klaus-Dieter Müller / Thomas Schaarschmidt / Mike Schmeitzner (Hg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015. Zu den ostdeutschen beziehungsweise DDR-Verfahren haben wir uns schwerpunktmäßig gestützt auf die Publikation von C. F. Rüter unter Mitwirkung von L. Hekelaar Gombert und D. W. de Mildt, DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen (Bd. VI–XIV und Registerband), Amsterdam / München 2004–2010.

gefangene haben wir bereits hingewiesen. Auf der anderen Seite haben wir auch erstmalig den Versuch unternommen, die umfangreiche, aber verstreute Literatur für zusammenfassende sächsische regionale und betriebliche Darstellungen heranzuziehen.¹⁴ Insofern basiert unsere Studie angesichts der thematischen Breite auch für Sachsen notwendigerweise auf vielen Forschungen anderer Autoren.

Zu Genese, leitenden Fragestellungen und Definitionen

Im Jahr 2018 ist von unserer Arbeitsgruppe ein umfangreiches Werk zu NS-Terror und Verfolgung in Sachsen erschienen.¹⁵ In diesem Buch spielte die Zwangsarbeit nur insofern eine (untergeordnete) Rolle, als sie zur Existenzbedingung der KZ-Außenlagerhäftlinge gehörte, deren Todesmärsche am Ende des Krieges wir darin schwerpunktmäßig untersucht haben. Für die Bereiche Chemnitz und Dresden jedoch sind bei den Archivarbeiten unserer Gruppe auch Dokumente zur Ausländerbeschäftigung mit erhoben worden. Diese Unterlagen, so etwa für die Chemnitzer Astra-Werke, bildeten die Grundlage, um die anfangs geschilderte Gedenktafelerstellung und –anbringung zu initiieren. Parallel zur Tafeleröffnung haben drei der Arbeitsgruppenmitglieder¹⁶ weitere Materialien zum Bereich Zwangsarbeit für eine Ausstellung erarbeitet und veröffentlicht. Aufgrund des großen Interesses wurde zudem eine Broschüre zum Thema Zwangsarbeit im Raum Chemnitz konzipiert, aber nicht fertiggestellt oder veröffentlicht.

Als ein Gespräch mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Herbst 2018 deren Interesse auch an diesem Thema ergab, entschlossen wir uns gemeinsam, das Thema der Zwangsarbeit im Raum Chemnitz geographisch auf ganz Sachsen auszudehnen und auch inhaltlich zu erweitern.

Entstanden ist so eine umfangreiche Studie, die Mehreres abdecken soll: zum einen die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft und des Zwangsarbeitseinsatzes in ihr und zum anderen als umfangreichster Teil des Buches die Beschreibung dieses Geschehens in Sachsen. Grundsätzlich muss zunächst betont werden, dass NS-Zwangsarbeit in ihrem Umfang, ihren Rahmenbedingungen und Folgen nicht ausreichend und nachvollziehbar zu analysieren ist,

¹⁴ Die Rezeption der Literatur erfolgt dabei nicht nur zur Ermittlung von Fakten und Vorgängen, sondern ist auch ein wichtiges Korrektiv zur Einordnung der eigenen Forschungsergebnisse, dient oder sollte wenigstens dienen, wie Mark Spoerer zu Recht schreibt, „der Selbstreflexion und –bescheidung“, siehe Mark Spoerer, Rezension zu G. Aly, Hitlers Volksstaat, in: *H / Soz / Kult*, in: <https://hsozkult.de/publicationsreview/id/reb-7448>, 8. Dezember 2019.

¹⁵ NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen, hrsg. von Hans Brenner / Wolfgang Heidrich / Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler, Dresden ²2018. Zur Arbeitsgruppe siehe ebenda, S. 624.

¹⁶ Klaus-Dieter Müller, Rainer Ritscher, Dietmar Wendler.

wenn man die (meist) selbstverursachten Notwendigkeiten und Zwangslagen der deutschen Kriegs- und Rüstungsproduktion ab 1939, und eigentlich bereits ab 1933, nicht mit einbezieht. Was auf Reichsebene entschieden wurde, fand seinen Niederschlag auch und besonders in Sachsen, dem dritt wichtigsten Wehrkreis im Deutschen Reich.

Doch bevor wir auf den Aufbau unserer Publikation eingehen, zunächst einmal einige Bemerkungen zur Terminologie. Debatte und Diskurs zur Aufarbeitung des Zwangsarbeitskomplexes im Deutschen Reich sowie die historischen Darstellungen dazu werden seit mehreren Jahrzehnten zumeist unter dem Begriff Zwangsarbeit geführt. Dies ist historisch etwas problematisch. Zwangsarbeit ist kein zeitgenössischer Begriff für die Gruppe der ausländischen Zivilarbeitskräfte. Diese wurden in den deutschen Quellen entweder als Ausländer, Fremdarbeiter oder unter Termini wie Poleneinsatz beziehungsweise Ostarbeiter, KZ-Häftlinge oder „Arbeitsjuden“ subsumiert, so beispielsweise in Leipzig in den dortigen Statistiken.¹⁷ Verwendung fand auch der Begriff Dienstverpflichtete, da in besetzten Ländern Dienstpflichtverordnungen erlassen worden waren.¹⁸ Für die zweite Kriegshälfte tauchte sogar zuweilen der seit den 1960er Jahren für die alte Bundesrepublik Deutschland häufig in Bezug auf ausländische Arbeitskräfte angewandte Begriff Gastarbeiter auf.¹⁹

Der Begriff Zwangsarbeit setzt, im Gegensatz zu den damals gängigen Verwaltungsbegriffen, viel stärker bereits auf eine Bewertung zum Status der betroffenen Personen.²⁰ Die allgemeine Definition der Internationalen Arbeitsorganisation von 1930, die Zwangsarbeit als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“ definiert, halten wir für zu weitgehend, da sie gerade das Spezifische der NS-Zwangsarbeit nicht umfasst.²¹ Die IAO-Definition ist auch darum zu allgemein, weil unter diese Definition auch deutsche Arbeitskräfte sowie alle Kriegsgefangenen fallen würden, die ebenfalls entweder ab 1938 dienstverpflichtet oder gemäß der Genfer Konvention von 1929 zur Arbeit verpflichtet werden konnten. Das ILO- / beziehungsweise IAO-Übereinkommen war vor allem auf die damals noch bestehenden Kolonien bezogen und wurde im Übrigen von vielen ILO-Mitgliedern nicht ratifiziert, auch vom Deutschen Reich nicht.²²

¹⁷ Siehe hierzu Beate Berger, Zwangsarbeit in der Leipziger Stadtverwaltung. Einige Bemerkungen zur Quellenlage, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 73–80, hier S. 76; siehe auch Steffen Held / Thomas Fickenwirth, Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939–1945. Archivalisches Spezialinventar und historische Einblicke (= Leipziger Kalender, Sonderband 2001 / 2), hrsg. von der Stadt Leipzig und dem Stadtarchiv, Leipzig 2001, S. 6.

¹⁸ Dieter G. Maier, Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit, in: Ulrike Winkler (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 67–84, hier S. 72.

¹⁹ Siehe Held / Fickenwirth, S. 7.

²⁰ So zu Recht Held / Fickenwirth, S. 6.

²¹ IAO-Definition wiedergegeben in: Held / Fickenwirth, S. 6.

²² Siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 39.

Ulrich Herbert bezeichnet die ausländischen Arbeitskräfte in seinen zahlreichen Werken als Fremdarbeiter, den Vorgang selbst zum Beispiel auch als Reichseinsatz, beides zeitgenössische Begriffe. Die Ausländerbeschäftigung in der Kriegszeit unter dem Begriff Zwangsarbeit zu subsumieren, wie dies ab den 1990er Jahren zunehmend geschah, ist jedoch durchaus angemessen, zieht man in Betracht, unter welchen Bedingungen die meisten ausländischen Arbeitskräfte rekrutiert und eingesetzt und wie sie behandelt wurden. Nicht alle hier von uns betrachteten Gruppen sind unter dem Begriff Zwangsarbeit historisch ganz korrekt beschrieben, dies trifft jedoch auf die meisten zu.

Der Ausländereinsatz²³ wird daher auch von uns im Folgenden grundsätzlich unter dem seit den 1990er Jahren in der Forschung etablierten Begriff Zwangsarbeit subsumiert; er hat aber Nachteile in der Trennschärfe, und es gilt, sorgfältig zu differenzieren.²⁴ Es gibt für den Arbeitseinsatz der Ausländer im Deutschen Reich während der Kriegszeit bislang keine völlig unstrittige Definition, da sehr unterschiedliche Gruppen zu recht unterschiedlichen Bedingungen dazu herangezogen wurden. Gleichwohl hat sich seit den 1980er Jahren ein gewisser Konsens herausgebildet. Im Grundsatz gehen sowohl Ulrich Herbert wie Mark Spoerer, zwei der wichtigsten Autoren auf diesem Gebiet der Historiographie, von mehreren Kriterien aus, die den NS-Zwangsarbeitseinsatz konstituierten und sich daher vom Arbeitseinsatz deutscher Arbeitskräfte, die schon vor Kriegsbeginn ebenfalls zunehmend staatlichen Lenkungen oder Zwängen unterworfen wurden, unterschieden. 1. Das Arbeitsverhältnis war prinzipiell unauflöslich und unbefristet. 2. Der Arbeitseinsatz geschah „fern der Heimat“ und schloss vor allem gerade bei Polen und Ostarbeitern / sowjetischen Kriegsgefangenen²⁵ ein, dass es völkerrechtlich keine Instanz gab, die sich für ihre Interessen einsetzte oder einsetzen konnte. 3. Es ist daher eine Differenzierung zwischen Arbeitskräften aus West- und Osteuropa nötig. Letztere

²³ Auch dieser Begriff umfasst zwar überwiegend, aber nicht ganz unser gesamtes Thema, weil unter Zwangsbedingungen auch deutsche Juden, Strafgefangene und KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten.

²⁴ Auch Zeitzeugenprojekte wie das von der Fernuniversität Hagen im Auftrag von EVZ 2005 / 2006 durchgeführte und koordinierte Projekt „Dokumentation der Lebensgeschichten der ehemaligen Zwangs- und Sklavenarbeiter“ zeichnen, so der Projektleiter Alexander von Plato, „ein äußerst vielfältiges Bild der Deportation, der Zwangs- und Sklavenarbeit und der Heimkehr bzw. Emigration mit vielen Eingliederungsschwierigkeiten“, Alexander von Plato, Europa, ein Flickenteppich der Erinnerungskulturen zum Zweiten Weltkrieg. Bericht von einem internationalen Forschungsprojekt zur Sklaven- und Zwangsarbeit, in: Daniel Baranowski (Hg.), „Ich bin die Stimme der sechs Millionen“. Das Videoarchiv im Ort der Information, Berlin 2009, S. 41–56, hier S. 41 f. Ähnlich das Urteil von Cord Pagenstecher, der über die weitere digitale Bearbeitung der Interviews an der FU Berlin berichtet, wenn er schreibt: „Der Oberbegriff ‚Zwangsarbeit‘ umfasst sehr unterschiedliche Formen des Arbeitseinsatzes. In den Interviews spiegelt sich die große Variationsbreite der Erfahrungen wider – von der fast normalen Saisonarbeit bis zur Hoffnungslosigkeit der Vernichtungslager. Diese Unterschiede fordern und fördern eine differenzierte Betrachtung“, siehe Cord Pagenstecher, Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Ein digitales Interviewarchiv und seine Bildungsmaterialien, in: Baranowski, Ich bin die Stimme, S. 192–198, Zitat S. 197.

²⁵ Dies galt auch, im Unterschied zu den deutschen Kriegsgegnern Großbritannien und USA, in Bezug auf die UdSSR. Für Stalin waren sowjetische Kriegsgefangene de facto Verräter; eine ähnliche Stigmatisierung galt den deportierten sowjetischen Zivilisten. Beide Gruppen wurden denn auch nach der Befreiung skrupulösen Filtrationen unterzogen, deren Ergebnisse über ihr weiteres Schicksal in der UdSSR entschieden, siehe Kapitel 8.

hatten vor Ort im Arbeitseinsatz kaum Möglichkeiten, selbst etwas für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu tun. 4. Als letzte Differenzierung nennt Spoerer das Kriterium der Überlebenschancen und -dauer. Hierbei wurden die schon schlechten Arbeitsbedingungen der sowjetischen Zivilarbeitskräfte und der sowjetischen Kriegsgefangenen noch von den Existenzbedingungen der eingesetzten KZ-Häftlinge und Juden unterschritten.²⁶

Eine etwas andere Definition des besonderen Charakters der NS-Zwangsarbeit gibt Dietrich Eichholtz, der Doyen der NS-Kriegswirtschaftsforschung der DDR. Nachdem er zunächst konstatiert, dass Arbeit während des Zweiten Weltkrieges auch auf Seiten der Alliierten Zwangscharakter aufwies, sieht er den Unterschied beim Zwangsarbeitsregime der Nationalsozialisten vor allem in Folgendem:

- in der Verschleppung und Ausbeutung von Millionen Ausländern, ebenso wie ihrem Arbeitszwang in den besetzten Ländern selbst;
- in dessen Organisation auf rassistischer Grundlage;
- in einer Doppelstellung der deutschen Arbeiter als machtlosen Subjekten auf der einen Seite und zugleich ihrem Status als „Herrenmenschen“ und objektiven „Gehilfen“ bei der Ausbeutung von ausländischen Zwangsarbeitern und schließlich
- im Charakter der Zwangsarbeit als Massenmord und Genozid im Rahmen des Programms „Vernichtung durch Arbeit“.²⁷

Während die ersten zwei Kriterien durchaus den Definitionen von Herbert und Spoerer entsprechen, treffen die zwei weiteren unseres Erachtens so pauschal nicht zu und kennzeichnen nur einen Teil der Wirklichkeit im Zwangsarbeiterregime des Nationalsozialismus. So kann etwa – wie wir in unseren weiteren Ausführungen noch näher erläutern werden – von einem generellen Herrenmenschentum deutscher Arbeiter (zu denken ist hier an vielfältige teils illegale Hilfeleistungen gegenüber den Zwangsarbeitern) wie auch von einer generellen Unterordnung der Zwangsarbeit unter ein Programm „Vernichtung durch Arbeit“ nicht die Rede sein, wenngleich der Begriff für bestimmte Bereiche durchaus zutreffend ist (etwa für einige Strafgefangenengruppen und spezielle Einsätze von Juden). Auch das Kriterium „Rassismus“ ist nicht in allen Bereichen der Ausländerbeschäftigung zutreffend. Während rassistische Einschränkungen bis 1944 vor allem Polen, Osteuropäer und sowjetische Kriegsgefangene betrafen, war dies bei anderen, im weitesten Sinn als Slawen zu bezeichnenden Völkern, die Verbündete Deutschlands oder deren Länder annektiert worden waren, durchaus nicht der Fall, etwa bei den verbündeten Mächten Bulgarien oder Slowakei; aber auch die Tschechen aus dem sogenannten Protektorat waren nicht denselben Einschränkungen und Unterdrückungen wie die oben genannten Osteuropäer ausgesetzt. Italienische Militärinternierte (IMI) wurden

²⁶ Siehe hierzu vor allem Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, S. 15–19.

²⁷ Dietrich Eichholtz, *Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft*. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, in: Winkler, *Stiften gehen*, S. 10–40, hier S. 10 f.

einer starken Diskriminierung aus politischen Gründen (Abfall Italiens 1943) ausgesetzt und nicht aus rassistischen. Schließlich waren den brutalen Bedingungen in den Konzentrationslagern sowohl rassistische wie auch politische Opfer des NS-Systems ausgesetzt.

Ein sehr wichtiges Kriterium spielte für die Behandlung von Ausländern denn auch eine nicht zu unterschätzende Rolle: Der Einsatz ausländischer Mächte für die Belange ihrer Staatsbürger in deutschem Gewahrsam. Britische und amerikanische Kriegsgefangene wurden daher (auch da ihre Herkunftsländer selbst über deutsche Kriegsgefangene verfügten) anders behandelt. Französische Bürger, sowohl Kriegsgefangene wie Zivilisten, genossen wenigstens den teilweise wirksamen Schutz der französischen Vichy-Regierung; gleiches galt im Allgemeinen auch für andere Nord- / Westeuropäer²⁸. Für sowjetische Bürger setzte sich – unabhängig von der Frage, ob das NS-Regime darauf Rücksicht genommen hätte – jedoch die sowjetische Regierung nicht wirklich ein; Polen und Juden hatten keinerlei wirkliche Schutzmächte.²⁹ Während Italiener bis zum Sturz des Hitler-Verbündeten Mussolini eine starke Stellung hatten, gerieten sie als Militärinternierte ab Herbst 1943 fast ans Ende der Ausländerhierarchie und genossen nicht einmal den Schutz der Genfer Konvention von 1929.³⁰

Grundsätzlich ist rechtlich eine weitere Unterscheidung zu treffen: Wenngleich der Arbeitseinsatz der oben genannten Gruppen von Zivilisten und Häftlingen weitgehend dem Bereich des NS-Unrechts mit eklatanten Verstößen gegen das Völkerrecht zugerechnet werden muss (schon allein, weil die Deportation von Zivilisten aus besetzten Ländern in das Land der Besatzungsmacht nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 verboten war)³¹, ist der (Zwangs-)Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen durch die Genfer Konvention von 1929 grundsätzlich gedeckt. Der Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie war zwar verboten und damit ein Verstoß gegen die Genfer Konvention, die Behandlung von westlichen Kriegsgefangenen in diesem Wirtschaftszweig war jedoch nicht anders als in anderen deutschen Wirtschaftsbereichen. In der Realität der deutschen Kriegswirtschaft spielte diese Unterscheidung zudem kaum eine Rolle, so dass Kriegsgefangene bei militärischen und indus-

²⁸ So war Dänemark zwar am 9. April 1940 besetzt worden, die dänische Regierung blieb aber im Amt, eine kleine dänische Armee existierte weiter. Dänemark erhielt eher den Status eines unter „Schutzherrschaft“ stehenden Gebietes, das sich offiziell nicht als im Krieg mit dem Deutschen Reich stehend betrachtete. Das hatte auch Auswirkungen auf zehntausende dänische Arbeitskräfte, die für den deutschen Arbeitsmarkt angeworben wurden und lange ein tatsächliches Rückkehrrecht behielten. Wir werden uns damit in Kapitel 7 beschäftigen.

²⁹ Urban plädiert in seiner Untersuchung zum Braunkohlenbergbau dafür, den Begriff Zwangsarbeit nicht inflationär zu benutzen, sondern – sofern eindeutig – technische Termini wie französische oder sowjetische Kriegsgefangene zu nutzen, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 49. Dies entspricht auch unserer Auffassung und findet Anwendung in unserer Studie.

³⁰ Dies ist ein Beispiel für die tatsächliche Vielschichtigkeit der Kategorien, in die Ausländer eingeteilt werden konnten, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 47.

³¹ Nach der HLKO waren nur Arbeiten innerhalb des besetzten Gebietes für Belange der Besatzungsarmee oder der Zivilwirtschaft erlaubt. Ausdrücklich kodifiziert wurde das Verbot der Deportation im Genfer Abkommen zum Schutz der Kriegsgesunden vom Jahr 1949; siehe auch Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 39.

triellen Bauvorhaben, aber auch in Zuliefer- und Rüstungsbetrieben selbst eingesetzt wurden. Der Arbeitseinsatz im Bergbau oder in der Landwirtschaft war hingegen zunächst einmal grundsätzlich von dem Abkommen gedeckt. Freilich waren erkrankte Kriegsgefangene grundsätzlich vom Arbeitseinsatz ausgenommen, und auch geschwächte Kriegsgefangene durften nicht zu schweren körperlichen Arbeiten herangezogen werden. Gegen diese Bestimmungen wurde, nicht nur im Bergbau, gerade bei sowjetischen Kriegsgefangenen eklatant verstoßen.³²

Die obige Aussage gilt im Wesentlichen für mehrere Gruppen. Die Ausgestaltung des Kriegsgefangeneinsatzes durch das Deutsche Reich für sowjetische Kriegsgefangene, aber auch Italienische Militärinternierte war insgesamt nicht völkerrechtskonform und differierte nach den politischen oder rassistischen Kriterien der NS-Führung bezüglich rechtlicher Regelungen, Ernährung, Unterbringung, Hygiene, medizinischer Versorgung und Einsatzorten, so dass Kriegsgefangene, hier besonders die sowjetischen Kriegsgefangenen, und die IMIs von uns mit zu den Zwangsarbeitern gerechnet werden. Gerade nach dem vierten Kriterium von Spoerer, der Überlebensdauer, bildeten sowjetische Kriegsgefangene nach den KZ-Häftlingen die größte Gruppe unter den Todesopfern im Arbeitseinsatz.³³

In jüngeren Darstellungen findet auch zuweilen der Begriff „Skaven-Arbeit“ Verwendung. Sie können sich dabei auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse stützen, in denen insbesondere das Deportations- und Zwangsarbeitsregime gegenüber sowjetischen Zivilisten offiziell so benannt wurde.³⁴ Sauckels brutales System der Arbeitskräfterekrutierung im Osten wurde auch als Sklavenbeschaffung charakterisiert: „Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte. Über wenige Dinge haben wir so reichliches und so belastendes Beweismaterial,“ so Ankläger Jackson am 21. November 1945 bei der Verlesung der Anklage im Punkt „Verbrechen bei der Kriegführung“.³⁵ Im Rahmen der Zwangsarbeiterdebatte ab Beginn der 1990er Jahre fand der Begriff wieder Verwendung als „Sklavenarbeiter“. Wir nutzen diesen anachronistischen Begriff jedoch nicht, da die Kriterien des Arbeitskräfteeinsatzes im Deutschen Reich – etwa verglichen mit den Rahmenbedingungen der Sklavenarbeit in Südamerika, der Karibik und in den Südstaaten der USA seit dem 17. Jahrhundert – von diesen erheblich abwichen und der Begriff zudem keinen heuristischen Erkenntnisgewinn bringt. Auch Kukowski / Boch weisen zu Recht darauf hin, dass der NS-Zwangsarbeitereinsatz im Grundsatz über rechtliche Regelungen kodi-

³² Siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 42.

³³ Ein Teil der Konventionen (genauer Titel: Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929) sah eine Gleichbehandlung aller Kriegsgefangenen vor und untersagte insbesondere ihren Arbeitseinsatz in kriegswirtschaftlich unmittelbar die Kriegshandlungen unterstützenden Bereichen; für den Arbeitseinsatz hier insbesondere die Art. 27–34, Genfer Konvention abgedruckt in: <https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?>

³⁴ So in der Anklageschrift, siehe Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947. Sonderausgabe für Komet MA-Service Frechen, o. J., hier Bd. 1, S. 56.

³⁵ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 2, S. 164.

fiziert wurde (inklusive Sozialrecht), dies jedoch keineswegs für alle Gruppen gleich galt, sondern rassistisch und opportunistisch differenziert wurde.³⁶ Auch Urban lehnt den im angelsächsischen Sprachbereich oftmals genutzten Begriff „slave labour“ ab und plädiert im Übrigen dafür, auch den Begriff Zwangsarbeit nicht inflationär zu benutzen.³⁷

Und noch eine letzte terminologische Erläuterung in eigener Sache. Wir verwenden die Begriffe Ausländer, Zwangsarbeiter und Ostarbeiter in der Regel als generisches Maskulinum. Dies bedeutet, dass darunter sowohl Männer wie Frauen fallen. Wenn es um Aussagen zu jeweils einzelnen Geschlechtern geht, wird dies im Text deutlich hervorgehoben. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir bei Gesamtgruppenbezeichnungen daher auf die jeweilige Doppelnennung (Ausländer und Ausländerinnen, Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen und so weiter). Auch versehen wir zeitgenössische NS-Begriffe nicht laufend mit distanzierenden Anführungszeichen, da auch diese den Text für die Leser angesichts von deren häufiger Verwendung verunstalten würden.

Unser Ansatz zur Darstellung des Bereichs Zwangsarbeit im Deutschen Reich ist generell bewusst nüchtern angelegt. Hierzu gehört, dass zunächst einmal Entwicklungen, Geschehnisse und Fakten referiert und auch die Motive für das Handeln der damals Verantwortlichen mit berücksichtigt werden. Nur so ist nachzuvollziehen, warum Personen in spezifischen Situationen so und nicht anders (re)agiert und entschieden haben. Und: Nur so kann das spezifisch Verbrecherische des NS-Systems im Vergleich etwa zu anderen Ländern, in denen auch Menschen in der Kriegssituation unter Zwang arbeiten mussten, herausgearbeitet werden. Die Messlatte etwa, Handeln im Nationalsozialismus nicht an damals geltenden nationalen und internationalen Regeln und Entwicklungen, sondern generell an den Normen des heutigen deutschen Grundgesetzes zu beurteilen, würde in die Irre führen und die Möglichkeit verstellen, tatsächlich aus der Geschichte zu lernen, da dann alles Handeln aller beteiligten Mächte gleichermaßen nicht grundrechtskonform erscheint.

Wir halten darum an dem Ansatz fest, dass auch verbrecherisches Handeln erklärt und verstanden werden kann. Aus dem Verstehen folgt jedoch nicht ein wie immer geartetes Einverständnis, sondern erst die Grundlage zur rationalen und moralischen Kritik an den Handlungen. Für den Bereich des NS-Zwangsarbeiterregimes bedeutet dies auch, zunächst einmal die Rahmenbedingungen der Aufrüstung und kriegswirtschaftlichen beziehungsweise militärischen Entscheidungsfindung relativ breit darzustellen. Die volkswirtschaftliche und ab 1939 militärische Entwicklungen führten immer wieder zu selbstverursachten Problemen, die das NS-Regime nicht etwa zu einer Änderung oder Milderung seiner Politik veranlassten, sondern sogar noch zu verstärkter Heranziehung ausländischer Ressourcen über das Bisherige hinaus, sowohl von Kapital, Gütern wie auch Menschen, eingebettet in ein grundsätzliches auf Rassis-

³⁶ Kukowski / Boch, S. 269 f.

³⁷ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 37 f. Zuweilen wird der Begriff auch zur Differenzierung der jeweiligen Existenzbedingungen genutzt, etwa bei von Plato zur Charakterisierung jüdischer (KZ-)Zwangsarbeit, siehe von Plato, S. 42–44. Auch das genannte Zeitzeugenprojekt verwendet beide Begriffe.

mus aufbauendes Menschenbild. Insofern bilden militärische Lage, Kriegswirtschaft und Rüstungspolitik einerseits sowie Zwangsarbeitseinsatz andererseits zwei Seiten derselben Medaille.

Auch folgte der Zwangsarbeitereinsatz nicht von Anfang an einem „Masterplan“, an dessen Beginn bereits der millionenfache Einsatz von Ausländern angelegt wäre. Es handelt sich vielmehr, wie etwa Priemel zu Recht in seiner Studie zum Flick-Konzern betont, um einen dynamischen Prozess, mit sowohl retardierenden wie auch verschärfenden Momenten, der schließlich im Herbst 1944 im Einsatz von gut acht Millionen Zwangsarbeitern kulminierte.³⁸ Um nur einige Beispiele zu nennen, sei etwa darauf verwiesen, dass als Antwort auf den Arbeitskräftemangel vor und nach dem Feldzug gegen Polen zunächst verstärkt polnische Kriegsgefangene und Zivilisten zur Arbeit rekrutiert wurden. Auf den Fehlschlag des Ostfeldzugs im Herbst 1941 mit wachsenden Personalansprüchen der Wehrmacht reagierte das NS-Regime mit der massenhaften Heranziehung von sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern. Die sich zuspitzende Ernährungslage beim Ostheer im zweiten Halbjahr 1941 führte zu völlig unzureichenden Ernährungsnormen für die Bevölkerung in den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten wie auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter (Ernährungshierarchie). Die gleichermaßen angespannte Ernährungslage auch im Deutschen Reich veranlasste Göring zur Forderung, zugunsten der deutschen Bevölkerung so viel wie möglich aus den besetzten Gebieten herauszuholen. Gleichzeitig erhöhte sich dadurch der Druck, sogenannte überflüssige Bevölkerung (vor allem Juden) loszuwerden. Solange die deutsche Wirtschaft (häufig fälschlicherweise) davon ausging, dass Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene in Hülle und Fülle zur Verfügung stünden, besaß zur Sicherung des notwendigen Arbeitskräfteangebots die Gesundheit der am meisten unterdrückten Gruppen von ausländischen Arbeitskräften keinen hohen Stellenwert, auch nicht bei der Wehrmachtführung oder bei den Ministerien.

Auf die Kriegswende von 1941 reagierte das System mit zwei Änderungen: der Radikalisierung des Zwangsarbeitsregimes und der Ausweitung der Rüstungsproduktion durch verstärkte Überführung der Zivilwirtschaft in die Kriegsproduktion (hin zum totalen Krieg). Langsam versiegende Arbeitskräfteresourcen aus dem Ausland bewirkten wiederum ab 1943, die Existenzbedingungen der Kriegsgefangenen und ausländischen zivilen Arbeitskräfte sukzessive zu verbessern, weil ihr Einsatz nun kriegswichtig wurde (oder im modernen Sprachgebrauch: systemrelevant). 1944 führten die sich verschärfenden Heimatkriegsbedingungen aufgrund der zunehmenden Luftangriffe dazu, ein unterirdisches Verlagerungsprogramm zur Sicherung der wichtigsten Teile der Rüstungsindustrie in kürzester Zeit mit brutalsten Mitteln zu implementieren. Hierfür lieferte vor allem die SS die notwendigen Arbeitskräfteresourcen, nämlich KZ-Häftlinge, von denen ohne Rücksicht auf deren Gesund-

³⁸ Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik (= Moderne Zeiten. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. XVII), Göttingen 2008, S. 470.

heit (und damit Arbeitsfähigkeit) innerhalb weniger Monate bei großen Vorhaben jeweils Tausende zu Tode geschunden wurden. Schließlich: Als ab Mitte 1944 auch die Versorgung der deutschen Bevölkerung immer schwieriger wurde, traf die sich rapide verschlechternde Lebensmittelbereitstellung trotz rechtlicher (theoretischer) Verbesserungen für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene diese wiederum besonders hart.

Was folgt aus dieser Beschreibung von Kriegswirtschaft und Ausländereinsatz? Adam Tooze³⁹ folgend charakterisieren wir die Kriegswirtschaftssituation spätestens ab 1940 als perspektivische und ab 1942 als objektive und tatsächliche Überforderung der deutschen Volkswirtschaft, auf die das NS-Regime mit einer Radikalisierung gegenüber der eigenen Bevölkerung, vor allem aber gegenüber den für die deutsche Wirtschaft arbeitenden Ausländern reagierte. Anders als im Ersten Weltkrieg war es nicht zu einer Rücknahme ihrer Ziele oder dem Eingeständnis der Niederlage (mit einer Bitte um Waffenstillstand) bereit oder fähig, so dass der völkerrechtswidrige und inhumane Einsatz von ausländischen Zivilisten und Kriegsgefangenen mit allen Opfern auf deren Seite weiterging. Sieg oder Untergang war die Devise, die keine rationale Politik (mehr) zuließ.

Dass diese ausweglose Situation entstehen konnte, legt – vielleicht ist das eine wichtige Lehre aus dem Dargestellten – eine (fast) prinzipielle Chancenlosigkeit für Widerstand in einer Gesellschaft im totalen Krieg nahe, eingedenk auch brutaler und terroristischer Unterdrückungsmethoden des NS-Regimes. Wenn ein solches terroristisches System erst zur vollen Entfaltung gekommen ist, ist eine grundlegende Änderung schwer oder kaum möglich. Es kommt daher umso mehr darauf an, dass sich verbrecherische oder potentiell verbrecherische Regime erst gar nicht entfalten können.

Freilich spricht dies keineswegs alle Akteure (hier: Firmen als Nutzer von Zwangsarbeit) von eigener Verantwortlichkeit frei. Während es kaum Möglichkeiten gab, spätestens ab Ende 1941, sowohl auf Rüstungsproduktion (in einem weiten Sinne) wie auf ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene grundsätzlich zu verzichten, wenn nicht die Stilllegung der Produktion oder etwa der Zusammenbruch der Landwirtschaft hingenommen werden sollte, blieben trotzdem Handlungsspielräume bei der Behandlung von Zwangsarbeitergruppen. Niemand war gezwungen, den staatlichen Strafrahmen bedingungslos auszuschöpfen, und niemand war daran gehindert, sich wenigstens um eine genügende Ernährung seiner ausländischen Arbeitskräfte zu bemühen, trotz aller Restriktionen. Vor allem war keine Firma gezwungen, in der letzten Kriegsphase auch noch KZ-Häftlinge einzusetzen. Ebenso wie die Verweigerung der Teilnahme am Massenmord an Juden, osteuropäischer Zivilbevölkerung und Häftlingen für einzelne beteiligte Personen (der Wehrmacht, Polizei oder SS) keine juris-

³⁹ Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007. Diese sehr erhellende Studie von Tooze legt besonderen Wert auf volkswirtschaftliche Grundlagen für deutsches Handeln / Kriegshandeln im Zweiten Weltkrieg und kommt in manchen Punkten zu anderen Wertungen als die bisherige Historiographie. Der Titel der englischen Originalausgabe entspricht dem Inhalt des Buches freilich besser (*The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*), da die deutsche Ökonomie keineswegs auf eine intendierte Zerstörung der deutschen Wirtschaft ausgerichtet war.

tische Strafe nach sich zog (kein Befehlsnotstand), wurden auch Firmenverantwortliche nicht belangt, wenn sie auf KZ-Häftlinge verzichteten. Insofern blieben immer, auch für den Einzelnen, Handlungsspielräume im Umgang mit den ausländischen Menschen im deutschen Arbeitseinsatz. Wenn dies sogar im totalen Krieg möglich war, um wie viel größer sind heute die Handlungsspielräume für jeden Einzelnen von uns, wenn es um perspektivische oder reale Bedrohungen von Minderheiten in unserer Gesellschaft geht. Falls es denn Lehren aus dem damaligen Geschehen gibt, so die, nicht eine Entwicklung zuzulassen, in denen das Schicksal anderer Gruppen gleichgültig wird.

Aufbau und Inhalt der Studie

Diesen Leitlinien folgend, haben wir uns zu einer dreigliedrigen Darstellung unseres Themas in insgesamt zehn Kapiteln entschlossen.⁴⁰ Teil 1 handelt in zwei Kapiteln von der Entwicklung im Deutschen Reich, Teil 2 befasst sich in fünf Kapiteln mit Sachsen und Teil 3 in drei Kapiteln mit Nachkriegsentwicklungen (die im Folgenden zuweilen genannten Zahlenangaben sind in den jeweiligen Kapiteln quellenmäßig nachgewiesen).

Teil 1 beschäftigt sich in Kapitel 1 ausführlich mit den Grundlinien der NS-Aufrüstung und Kriegsplanung. Hier wird besonders deutlich, dass die Aufrüstungsbestrebungen und Kriegsplanungen – wie im ersten Vierjahrplan 1936 bis 1940 mit der Herstellung von Kriegsbereitschaft 1940 – tatsächlich auf materiellen Ressourcen beruhten, bei denen Ziele und Mittel nicht in Übereinstimmung zu bringen waren. Gegen Ende der 1930er Jahre blieben die Anstrengungen schon im Vergleich zu den Rüstungspotentialen der wahrscheinlichen Gegner, die erheblich mehr in die Rüstung investierten, unzureichend, um die Expansionsziele zu erreichen. Dies galt im Übrigen nicht nur für die Rüstungsproduktion und die notwendige Grundstoffversorgung (Kohle, Stahl, Rohöl) im direkten Sinn, sondern auch für die Ernährungslage in einem Krieg. Insofern spielt die landwirtschaftliche Produktion, genauer die Ernährungslage, eine zentrale Rolle für die spätere, häufig unzureichende Versorgung der Zwangsarbeitskräfte, was in der Forschung unseres Erachtens bislang zu wenig Beachtung findet.⁴¹ Die NS-Kriegsrüstungsplanung war höchst ambitioniert und gründete auch volkswirt-

⁴⁰ Der Text enthält eine erhebliche Anzahl von russischen Bezeichnungen und vor allem Namen. Gerade die Namen erscheinen in den Quellen in sehr unterschiedlicher Umschrift, von phonetischer Wiedergabe bis zu deutscher und englischer Transliteration. Um eine Überprüfung durch den Leser zu erleichtern, haben wir auf eine Vereinheitlichung verzichtet (zumaß nicht in allen Fällen eine eindeutige Transliteration möglich ist) und die Namen daher entsprechend der Quellen angegeben. Wo es uns für Begriffe notwendig erschien, wurde auch die wissenschaftliche Transliteration verwendet. Dasselbe Prinzip gilt für polnische Namen.

⁴¹ Hierauf hat jüngst noch einmal Michael Wildt in einem FAZ-Artikel aufmerksam gemacht, in dem er besonders die von Anfang an objektiv prekäre Ernährungslage thematisiert, siehe Michael Wildt, „...in vier Jahren kriegsfähig“, in: FAZ Nr. 197, 26. August 2019, S. 6.

schaftlich auf einer nicht ausreichenden Basis. Mehrfach war das Deutsche Reich in den 1930er Jahren am Rande eines Staatsbankrotts und die Rüstungsproduktion musste zugunsten des Exports zurückgenommen werden. Bereits 1933 lagen die (noch geheimen) Rüstungsausgaben bei etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), was beim BIP der Bundesrepublik von 2019 Rüstungsausgaben von 344 Milliarden Euro pro Jahr entsprechen würde (tatsächlich im Bundeshaushalt 2019: 42,9 Milliarden Euro). Bis 1939 stiegen die Rüstungsausgaben sogar auf etwa 19 Prozent des BIP (das wären beim deutschen BIP von 2019 knapp 654 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der ordentliche Bundeshaushalt lag 2019 bei 356,8 Milliarden Euro), was auf Dauer nicht tragbar war. Auch fehlten bereits 1939 angesichts der Einberufungen Hunderttausende von Arbeitskräften. Statt die anvisierte Kriegsbereitschaft 1940 abzuwarten, entschloss sich Hitler daher bereits 1939 zum Handeln.

Als Ausweg blieb aus seiner Sicht nur Krieg. Die hohe Rüstungsquote war nur aufrechtzuerhalten, wenn nach siegreichen Feldzügen die Ressourcen der besiegten Feinde umfangreich und rücksichtslos eingesetzt würden, sowohl in materieller wie in personeller Sicht. Zwangsarbeit war damit eine der Lösungen, die die Lücken in der deutschen Arbeitskräfteversorgung decken musste, da die Beschäftigungszahl von Frauen in der deutschen Volkswirtschaft bis 1945 immer bei etwa 14 Millionen verblieb.

Das Deutsche Reich hat ab 1941 im Prinzip zwei Kriege geführt: den langfristigen Abnutzungskrieg gegen die militärisch immer stärker werdenden Westmächte Großbritannien und USA sowie den als Blitzkrieg konzipierten Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Dies führte, wie die Studie von Adam Tooze überzeugend belegt, zu einer noch höheren Stufe der Überforderung deutscher Ressourcen, wenn der Krieg gegen die Sowjetunion eben nicht innerhalb weniger Monate gewonnen werden konnte.

Die NS-Führung war bis Herbst 1941 keineswegs geneigt gewesen, sondern im Gegenteil sogar dezidiert dagegen, Millionen sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten (aus sicherheitspolitisch-rassistischen Gründen) zum Arbeitseinsatz ins Reich zu holen. Der Fehlschlag vor Moskau Anfang Dezember 1941 führte zu einer drastischen Umkehr und nunmehr zu der Forderung, Millionen von ihnen in der deutschen Wirtschaft einzusetzen. Ende 1941 waren gut 390.000 sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz und wurden ein Teil von insgesamt schon 1,6 Millionen Kriegsgefangenen zum selben Zeitpunkt. Auch 2,1 Millionen ausländische Zivilisten waren im Reich tätig.

Kapitel 2 durchziehen die generellen Entwicklungslinien im Dualismus Rüstungssteigerung um jeden Preis versus Behebung des Arbeitskräftemangels durch millionenfachen Zwangsarbeitseinsatz. Wir gehen dabei auf die grundlegenden Maßnahmen ein, die ab 1942, festgemacht an Albert Speer als Rüstungsminister und Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz, von beiden durchgeführt wurden. Es geht um die Umorganisation der deutschen Kriegswirtschaft in sogenannten Ausschüssen und Ringen, in denen auch sächsische Industrielle eine wichtige Rolle spielten. Die sich allmählich abzeichnende Verschlechterung der militärischen Situation mit immer mehr Einberufungen zur Wehrmacht ab Ende 1941 führte zu verschiedenen Auskämmungen in den Betrieben und Arbeitskräfteumsetzun-

gen von der Zivil- hin zur Rüstungsindustrie. Dieses zog Betriebsstilllegungen und den allmählichen Rückgang der Zivilproduktion nach sich.

Es gelang Albert Speer, mit einer Verdreifachung der Rüstungsproduktion von 1942 bis Mitte 1944 ein „Rüstungswunder“ zu erzielen. Der ab 1943 massiv einsetzende Luftkrieg der Westalliierten führte jedoch zu vielen Rückschlägen. Zwar war der Juli 1944 insgesamt der Monat mit dem höchsten Rüstungsausstoß während des ganzen Krieges, der Frühsommer 1944 erlebte aber zugleich die heftigsten Luftangriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie, auch im mitteldeutschen Raum (sogenannte Big Week). Die Luftrüstungs-, Kugellager- und Hydrierindustrien erlitten heftige Verluste, die Herrschaft im Luftraum über Deutschland ging endgültig verloren und die industrielle Basis für die Fortsetzung des Krieges schwand dahin. Obwohl die Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reiches auch mittels des Einsatzes von Millionen Zwangsarbeitern dieses „Rüstungswunder“ ermöglicht hatten, führte es angesichts der um ein Vielfaches über diesen deutschen Zahlen liegenden Produktionsergebnisse und Ressourcenbasen der Alliierten nicht mehr zu einer Wende im Krieg. Gleichwohl arbeitete die deutsche Rüstungsindustrie, wenn auch eingeschränkt durch die immer wirksamer werdenden Luftangriffe der Westalliierten, bis zum bitteren Ende, und das Zwangsarbeitermartyrium endete in den vielen Einsatzorten der deutschen Wirtschaft zuweilen erst wirklich am 8. Mai 1945, auch im sächsischen Raum.

Die deutsche Rüstungssteigerung war nicht nur begleitet, sondern auch wesentlich mit ermöglicht durch ein Millionenheer von arbeitenden ausländischen Zivilisten und Kriegsgefangenen. Der Einsatz erfolgte, etwa bei den Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen, weder auf freiwilliger Basis noch gemäß dem Kriegsvölkerrecht, so dass beide Gruppen zu den am schlechtesten behandelten im Bereich Zwangsarbeit gehörten. Sie bildeten – nach den KZ-Häftlingen und Juden auf unterster Stufe – die zweitniedrigste im Rassenschema der Nationalsozialisten, sowohl rechtlich wie auch strafrechtlich. Die von Anfang an unzureichende Ernährung, schlechte Hygiene / medizinische Versorgung und schwere Arbeitsbedingungen beider sowjetischen Gruppen führten zu hohen Todesraten. Fragen nach den Branchen des Arbeits Einsatzes, den Kosten der Zwangsarbeit, der Entlohnung sowie den Existenzbedingungen von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen werden in eigenen Abschnitten abgehandelt.

Die vom NS-Regime mit allen Mitteln geforderte Produktionssteigerung brachte aber auch ein nur scheinbar paradoxes Ergebnis: den Übergang der deutschen Wirtschaft in den totalen Krieg mit einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten auf der einen Seite sowie gleichzeitig die allmähliche Verbesserung der Existenz- und sozialen Bedingungen der Zwangsarbeiter auf der anderen Seite. Die Erhaltung ihrer Arbeitskraft wurde immer wichtiger, trotz zunehmender Zahl. Dasselbe galt auch für KZ-Häftlinge, deren steigende Bedeutung im Rüstungssektor für sie eine reale Chance zum Überleben eröffnete. Als schließlich 1944 sowohl Ostarbeiter wie sowjetische Kriegsgefangene rechtlich mit ihren jeweiligen Kollegen gleichgestellt wurden, hatte dies angesichts der immer prekärer werdenden Ernährungslage im Deutschen Reich nur noch wenig praktische Auswirkungen. In mehre-

ren Einzelabschnitten beschäftigen wir uns daher gesondert mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Ostarbeitern, sowjetischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Die Zwangsarbeiterzahl stieg von 5,6 Millionen Ende 1942 auf 6,5 Millionen Mitte 1943 und erreichte knapp acht Millionen im Herbst 1944. Allein 1943 gab es reichsweit etwa 30.000 Ausländerlager. In manchen Branchen lag der Ausländeranteil bei bis zu 40 Prozent, reichsweit im Durchschnitt bei etwa 20 Prozent. Auch die Zahl der eingesetzten KZ-Häftlinge erhöhte sich erheblich. Sie stieg von etwa 500.000 im Herbst 1944 (140.000 für SS-Bauarbeiten, 130.000 bei der Organisation Todt sowie 230.000 bei der Rüstungsindustrie) auf bis zu 600.000 in den ersten Monaten 1945 an. Im vorletzten Abschnitt von Kapitel 2 sind die Gesamtzahlen sowie auch die Todesquoten nochmals zusammengefasst.

Im letzten Abschnitt des Kapitels erörtern wir die Frage nach der Rolle der Industrie bei der Beschäftigung von Zwangsarbeitern sowie ihrem Profit hierbei. Während etwa der marxistisch orientierte Ökonom Thomas Kuczynski (für die Diskussion um die Zwangsarbeiterentschädigung im Jahr 2000) einen entgangenen Lohn von umgerechnet 226 Milliarden DM errechnete, ist die nichtmarxistische Forschung eher vorsichtig und konstatiert lediglich, dass auch Zwangsarbeit profitabel war. Spoerer kommt zu dem von uns geteilten Urteil, dass zwar der Staat generell für die Zwangsarbeitereinsätze verantwortlich war, jedoch die Betriebe durchaus Verantwortung für die konkreten Einsatzbedingungen trugen, und damit auch für die häufig völlig unzureichende Ernährung. Gerade der Zwangsarbeitereinsatz 1944 / 1945 war für die Betriebe nicht so sehr aus Profitgründen interessant, sondern weil damit der Kapitalstock erhalten oder sogar vergrößert werden konnte, trotz aller kriegsbedingten Zerstörungen. Auch hieraus leitet sich die Verantwortung der Industrie für eine Entschädigung der Zwangsarbeiter ab (siehe Kapitel 10).

Teil 2 widmet sich als umfangreichster Teil unserer Studie ausschließlich der Entwicklung in Sachsen. Er besteht aus fünf Kapiteln, die sowohl Überblickscharakter (3, 4, 7) als auch regionalen Bezug haben (5 und 6). In Kapitel 3 wird ein kursorischer Überblick über die wichtigsten Entwicklungen von Rüstungsproduktion und Zwangsarbeitereinsatz gegeben. Der Wehrkreis IV, ab 1943 als Wehrkreis IVa nur noch den Gau Sachsen umfassend, war einer der drei Wehrkreise mit der wichtigsten Rüstungsindustriebasis im Deutschen Reich. Er besaß die höchste Dichte an Kriegsgefangenenlagern unter den deutschen Wehrkreisen. Während Sachsen bis 1939 an den Aufrüstungsanstrengungen nur unterdurchschnittlich teilhatte (als sogenannter Grenz-Gau theoretisch militärisch gefährdet), änderte sich dieses ab 1939 sehr schnell. Die Luftrüstungsindustrie im Raum Leipzig lieferte immerhin etwa ein Viertel aller Militärmaschinen für die Luftwaffe. Für den Bereich Chemie / Hydrierung und Braunkohlebergbau war das Chemiedreieck westlich und südlich von Leipzig das wichtigste Chemiezentrum des Deutschen Reiches. Ab 1943 wurde Sachsen verstärkt Zuzugs- und Verlagerungsregion für die im südwestlichen Teil des Deutschen Reiches und im Raum Berlin ansässigen Rüstungsproduzenten, da es noch einigermaßen Luftsicherheit versprach. Das änderte sich Ende 1943, als im Dezember der erste große Luftangriff auf Leipzig geflogen wurde. Angesichts der zunehmenden Luftangriffe im ganzen Reichsgebiet führten Umsetzungen außer-

sächsischer Betriebe nach Sachsen wie auch Betriebsverlagerungen sächsischer Firmen selbst ins nähere und weitere Umland bis ins Sudetenland zu einem breiten Teppich von Rüstungsbetrieben im ganzen Land. Die Durchdringung auch des ländlich-mittelstädtischen Raums mit Rüstungsproduktion veranschaulichen wir an Beispielen in Städten wie Glauchau, Mittweida, Döbeln und Roßwein.

Dem Arbeitskräftemangel begegnete das Rüstungsministerium mit einer Reihe von Auskämmungs-, Umsetzungs- und Stilllegungs-Aktionen, die jedoch nicht ausreichten. So stieg auch in Sachsen die Zahl der ausländischen Beschäftigten. Im Herbst 1944 lag sie bei etwa 270.000 Zivilisten und über 100.000 Kriegsgefangenen. Dies entsprach, inklusive gut 45.000 KZ-Häftlingen, einem Anteil von 21,5 Prozent Ausländern unter den insgesamt knapp zwei Millionen Beschäftigten. Die Zahl der Lager kann auf mindestens 2.000 geschätzt werden. In einer letzten Anstrengung erfolgten ab Herbst 1944 Hunderte von Untertageverlagerungen für Produktionsanlagen, von denen jedoch nur die wenigsten tatsächlich noch die Produktion aufnahmen.

Kapitel 4 beschreibt die Entwicklung des Ausländereinsatzes ab 1939 mit Blick auf verschiedene Gruppen: zunächst Polen und Franzosen (vor allem Kriegsgefangene), dann ab 1941 beginnend sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter, schließlich ab 1944 KZ-Häftlinge (unter ihnen viele ausländische Juden). Die Existenz- und Arbeitsbedingungen der sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch der Ostarbeiter werden an vielen sächsischen Beispielen beschrieben; es geht dabei etwa um Ernährung, Bekleidung, medizinische und hygienische Versorgung, um Schwangerschaften und Geburten bei Ausländerinnen sowie um das überwiegend grausame Schicksal ihrer Babys, aber auch um das meist verschwiegene Phänomen der Ausländerbordelle, es geht aber auch um Freizeit, Sport und die Unterbringung in den Barackenlagern.

In den letzten etwa zwölf Kriegsmonaten wurde Sachsen zusätzlich von einem Netz von 62 KZ-Außenlagern bei Rüstungsbetrieben überzogen. Der Einsatz von KZ-Häftlingen und die Untertageverlagerungen aufgrund der heftigen Luftangriffe bilden den Abschluss dieses Kapitels. Gerade der Ausbau der unterirdischen Produktionsstätten führte für die KZ-Häftlinge nochmals zu einem erheblichen Anstieg der Todesrate. Es gab in Sachsen etwa 50 Untertageverlagerungsprojekte, von denen wir einige näher darstellen. Der große KZ-Untertagekomplex Leitmeritz mit seinen hohen Todesquoten bei den Bauhäftlingen, ein zentrales Verlagerungsprojekt der Chemnitzer Auto Union, steht dabei im Mittelpunkt. Zum Schluss werden auch die Auswirkungen der alliierten Luftangriffe auf Sachsen in Bezug auf Todesopfer und Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie behandelt. Im Mai 1945 war etwa die Hälfte der Rüstungsindustrie vernichtet; knapp 700 Betriebe waren dabei völlig zerstört, über 800 teilzerstört.

In Kapitel 5 und 6 widmen wir uns den Entwicklungen in den Regionen Chemnitz / Zwickau sowie Leipzig und Dresden. Beschrieben werden jeweils Produktionsstruktur und Rüstungsausstoß ausgewählter Firmen sowie der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen.

Kapitel 5 umfasst mit der Darstellung der Region Chemnitz / Zwickau den größten Umfang von Teil 2. Im Mittelpunkt stehen der Rüstungskonzern Auto Union sowie der Rüstungsbetrieb Astra AG. Dies hat mehrere Gründe, die zum einen mit unseren eigenen Forschungen zu tun haben. Es gibt aber auch inhaltliche Gründe, da wir am Beispiel der Chemnitzer Astra AG mehrere Aspekte des Zwangsarbeitereinsatzes exemplarisch darstellen können, so etwa den individuellen Arbeitseinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen, die Altersstruktur von Ostarbeiterinnen sowie den Komplex der KZ-Arbeit. Am Beispiel der Auto Union, unserem zweiten zentralen Objekt, kann auch das Spannungsfeld zwischen laufend wechselnden Produktionsanforderungen, Problemen ihrer Umsetzung und dem Hauptproblem Deckung des Arbeitskräftebedarfs exemplarisch abgehandelt werden.

Zunächst geben wir in Kapitel 5 jedoch einen Überblick über den Arbeitskräftebedarf und seine Deckung für den Bezirk Chemnitz. So stieg etwa die Zahl der Zwangsarbeiter (inklusive Kriegsgefangene) im Jahr 1944 auf gut 38.000, von denen etwa ein Drittel Ostarbeiter waren. Im Mittelpunkt verschiedener Betriebe, die wir bezüglich ihrer Belegschaft analysieren, stehen dabei zum einen wieder die Auto Union als größter Chemnitzer Betrieb mit seinen vielen Standorten und Tochterfirmen im Rüstungsbereich. Im Abschnitt „Chemnitz als Zentrum der Rüstungsindustrie“ werden auch die zwei Betriebe Auto Union und Astra-Werke betreffs ihrer Rüstungsproduktion genauer untersucht, etwa Zivil- versus Kriegsproduktion oder Probleme der Umsetzung von Rüstungsbeschlüssen innerhalb von Ringen und Ausschüssen, so beim Wechsel von der Militär-LKW- und Raupenschlepperproduktion zum zeitweise alleinigen Hersteller des wichtigsten deutschen Panzermotors. Gerade beim Werk Siegmar der Auto Union beschreiben wir, *pars pro toto*, die vielfachen Veränderungen der Rüstungsanforderungen und ihre Rückwirkungen auf die (ausländischen) Arbeitskräfteanforderungen. Umsatz und Gewinnentwicklung werden ebenfalls am Beispiel der zwei Firmen dargelegt. Dass auch Strafgefangene als Arbeitskräftegruppe zum Einsatz kamen, wird ebenso in diesem Abschnitt betrachtet.

Der zweite Schwerpunktbetrieb ist die von uns untersuchte Astra AG. Auch diese Firma steht exemplarisch für Betriebe, die zwar alsbald weitgehend in die Rüstungsproduktion einbezogen waren, jedoch immer versuchten, auch Perspektiven für die Zivilproduktion zu erhalten. Die Astra-Werke waren zudem der einzige Chemnitzer Betrieb, der 1942 eine Niederlassung im Warschauer Ghetto einrichtete und dort von jüdischen Zwangsarbeitern Rechenmaschinen produzieren ließ. Auto Union und Astra-Werke ist im Übrigen gemeinsam, dass beide ab 1944 auch auf den Einsatz von KZ-Häftlingen in Chemnitz und ihren anderen Produktionsstandorten setzten. Gerade am Beispiel der Auto Union wird die grundsätzliche Frage diskutiert, ob und inwieweit die Verantwortlichkeiten für den Einsatz von Bauhäftlingen (wie in Leitmeritz) den Firmen mit Produktionshäftlingen zugewiesen werden können. Von insgesamt etwa 18.000 Bauhäftlingen in Leitmeritz verstarben vermutlich etwa 4.500. In jedem Fall gehörte die Auto Union zu den Firmen in Sachsen mit den höchsten absoluten Zwangsarbeiter- und KZ-Häftlingsquoten. Am Beispiel der Astra-Werke untersuchen wir

zudem exemplarisch das Schicksal von 500 KZ-Arbeitshäftlingen vom Herbst 1944 bis zur Evakuierung in den großen KZ-Außenlagerkomplex in Leitmeritz.

Dem Einsatz von Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen wird für den Raum Chemnitz jeweils ein eigener Abschnitt gewidmet. Auch hier geht es bei den Ostarbeitern um die zahlenmäßige Entwicklung, ihre Existenz- und Arbeitsbedingungen in verschiedenen Chemnitzer Firmen, aber auch bei der Auto Union und den Astra-Werken.

Sowjetische Kriegsgefangene waren mehr oder weniger stark in den Chemnitzer Betrieben vertreten. Ein besonderes Manko besteht darin, dass wir kaum über Erlebnisberichte ehemaliger Kriegsgefangener verfügen. Allerdings konnten wir für die Astra-Werke auf Personalkarteikarten der Wehrmacht zurückgreifen, die deren Einsatz dort belegen. Von etwa 500 bei den Astra-Werken genutzten sowjetischen Kriegsgefangenen konnten immerhin solche Personalkarten zu gut 50 von ihnen ermittelt und beispielhaft in einer Weise ausgewertet werden, wie das für kein anderes sächsisches Unternehmen in unserer Studie möglich war. Gerade an der Region Südwestsachsen lässt sich gut das enge Netz von solchen Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos sichtbar machen, bei denen viele sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitsinsatz verstarben. Wir widmen uns in diesem Teil auch den Friedhöfen, auf denen sie ihre letzte Ruhe gefunden haben.

Den Abschluss des Kapitels 5 bildet der sächsische Steinkohlebergbau im Revier zwischen Chemnitz und Zwickau. Er ist darum für unsere Darstellung wichtig, weil im Bergbau mit seinen extrem harten Arbeitsbedingungen vor allem im Zwangsarbeiterbereich sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter eingesetzt wurden. Auch hier werden insbesondere die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppen dargestellt.

Kapitel 6 behandelt in jeweils eigenen Abschnitten die Kriegswirtschaft in den Regionen Leipzig und Dresden. Die Region Leipzig war hauptsächlich durch zwei rüstungswirtschaftliche Säulen gekennzeichnet: Die Luftrüstungsindustrie in Leipzig und Umgebung sowie das Braunkohlen- / Chemierevier im Raum Böhlen / Espenhain mit seinen Hydrierwerken und den angrenzenden Bereichen (sie gehörten auch zu Wehrkreis IV). Wir analysieren dabei die Entwicklung von Beschäftigungsstruktur und Rüstungsproduktion in den Erla-Werken, der Flick-Tochter Allgemeine Transportanlagen GmbH (ATG), der Junkers Flugzeug und Motoren AG sowie den Mitteldeutschen Motorenwerken in Taucha (MMW), einer Tochter der Auto Union. Auch der von der Beschäftigtenzahl her größte Leipziger Betrieb, die HASAG, wird von uns untersucht. Die erstgenannten vier Betriebe produzierten für die Luftrüstung und lieferten einen erheblichen Teil aller während des Zweiten Weltkriegs produzierten deutschen Militärmaschinen, so die Erla-Werke mit etwa 12.000 Jagdflugzeugen vom Typ Me 109, was gut ein Drittel aller Maschinen dieses Typs ausmachte (die Luftwaffe war bezüglich der Investitionen der größte Wehrmachtteil). Die HASAG konzentrierte sich auf die Herstellung von Munition sowie später auch auf Panzerfäuste. Insgesamt waren neben diesen Großbetrieben circa 2.000 Betriebe aus dem Bau-, Chemie- und Metallbereich für die Rüstungsproduktion tätig.

In allen genannten Leipziger Betrieben machten Ausländer einen erheblichen Teil der Belegschaft aus, und die Luftrüstungsbetriebe beschäftigten ab 1943 auch viele KZ-Häftlinge.

Die HASAG war nicht nur von der Belegschaft her der größte sächsische Rüstungsbetrieb, sondern erwarb sogar den zweifelhaften Ruhm, nach der IG Farben und den Hermann-Göring-Werken der drittgrößte Beschäftigungsbetrieb für KZ-Häftlinge reichsweit zu sein. Hierzu trug bei, dass die HASAG an mehreren Betriebsstätten in Skarżysko-Kamienna und Tschenschostochau im polnischen Generalgouvernement Tausende von jüdischen Zwangsarbeitern beschäftigte. Von ihnen wurden mindestens Hunderte vor Ort hingerichtet, Tausende starben. Soweit der Begriff „Vernichtung durch Arbeit“ für den sächsischen Industriebereich überhaupt zutreffend ist, so kann man ihn auf die polnischen HASAG-Werke durchaus anwenden. Für diese fünf genannten Betriebe geben wir jeweils über die Produktionsergebnisse, teilweise Umsätze und Gewinne sowie über ihre eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte Überblicke. Bei einzelnen Betrieben lag der Ausländeranteil teils bei gut zwei Dritteln aller Beschäftigten und belegt einmal mehr die Bedeutung dieses Sektors, auch und gerade bei KZ-Häftlingen.

Ein weiterer Abschnitt befasst sich mit Überblicken über andere Rüstungsbetriebe im Raum Leipzig und nennt Zahlen zur Größenordnung von Zwangsarbeitern im Leipziger Einzugsgebiet. So waren 1942 allein im Bereich der Stadt Leipzig 29.000 Ausländer (Zivilisten und Kriegsgefangene) verzeichnet, der Bezirk Leipzig hatte zusätzlich 38.000 Ausländer aufzuweisen. Im August waren im Arbeitsamts-Bezirk Leipzig gut 53.000 ausländische Zivilarbeiter und 6.371 Kriegsgefangene registriert. Für Anfang 1945 gibt es Größenordnungen von etwa 100.000 Zwangsarbeitern im Raum Leipzig, womit Leipzig zu den größten Zentren dieses Sektors im Deutschen Reich geworden war. Eine Aufstellung über die Lager weist für diesen Zeitraum weit mehr als 600 Komplexe in der Stadt und im Landkreis Leipzig auf. Daraus wird einmal mehr deutlich, dass sich Leipzig zum größten sächsischen Rüstungszentrum während des Zweiten Weltkrieges entwickelt hatte.

Dazu hat nicht zuletzt auch das umfangreiche Braunkohlerevier südwestlich Leipzigs beigetragen. Braunkohle war der wichtigste Rohstoff für die Hydrierung von Benzin, da die natürlichen Ölreserven des Deutschen Reiches wie auch Rohölimporte niemals zur Bedarfsdeckung ausreichten. Braunkohleproduktion und Benzinherstellung waren daher von eminenter militärischer Bedeutung. Auch in diesem Industriezweig wurden sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter in erheblichem Umfang eingesetzt. In Espenhain befand sich mit weit über 100 Baracken das vermutlich größte Barackenlager für ausländische Arbeitskräfte außerhalb der großen militärischen Kriegsgefangenen-Stammlager in Sachsen. Auch für den Bereich der Braunkohleindustrie gehen wir auf die Existenz- und Arbeitsbedingungen der sowjetischen Zwangsarbeiter (Ostarbeiter und Kriegsgefangene) gesondert ein.

Wie schon erwähnt, ist die Frage von Kriegswirtschaft / Rüstungsindustrie und Zwangsarbeitereinsatz bei allen drei sächsischen Zentren für den Raum Dresden bislang am wenigsten erforscht. Wir haben uns daher noch stärker als für Leipzig darauf konzentriert, die wichtigsten Rüstungsfirmen und ihre Beschäftigungsstruktur zu benennen. Für den Bereich Dresden waren vor allem die Sektoren Feinmechanik und Optik prägend, aber auch einige wichtige Stahlstandorte. Die Zeiss-Ikon-Werke, die Universelle, die Sachsen-Werke oder die Mühlenbau und Industrie AG (MIAG) waren nur einige der größeren Betriebe, die für die Rüs-

tung produzierten. Eine Aufstellung von Heinz Schulz aus dem Jahr 2003 hat immerhin 160 Dresdner – und 40 Firmen aus dem Umland als Rüstungsbetriebe ermittelt. Man lieferte Flak-Geräte, U-Bootteile, Torpedos, Marineausrüstungen und auch Flugzeugausrüstungen. Häufig bestand die Produktion aus modern ausgedrückt „high tech products“. Auch in Dresden hatte der Luftrüstungssektor mit 32 Prozent den größten Anteil.

Dresden war gleichfalls luftkriegsbedingter Verlagerungsort von westdeutschen Firmen, ab 1944 auch Ausweichort für Betriebe aus besetzten oder militärisch gefährdeten Gebieten im Osten. Schließlich versuchten auch eine Reihe von Dresdner Betrieben, Untertageausweichstätten zu errichten.

Auf der Basis der bereits genannten Zusammenstellungen von Heinz Schulz und Walter Wießner / Reinhardt Balzk beschreiben wir die wichtigsten Rüstungsbetriebe, ihre Produktions- sowie Beschäftigungsstruktur. In Dresden arbeiteten gegen Ende des Krieges Zehntausende von Ausländern, und es gab mehrere KZ-Außenlager. Für 1943 gibt es Schätzungen von circa 20.000 zivilen Ausländern sowie gut 11.000 Kriegsgefangenen. Ein Nachkriegsbericht nennt ungefähr 31.000 Zwangsarbeiter in 771 Betrieben. Die Dokumentation von Wießner / Balzk listet 200 Lager für Fremdarbeiter in Dresden auf, darunter ein Gemeinschaftslager im Industriegebiet an der Königsbrücker Straße. Am Beispiel einer Radebeuler Firma (Radebeul grenzt direkt nordwestlich an Dresden), der Chemischen Fabrik von Heyden, haben wir anhand detaillierter Kriegsgefangenen- und Zivilarbeiterlisten Beschäftigungsdauer und Verbleib der sehr unterschiedlichen Gruppen exemplarisch untersucht.

Auch die Stahlstandorte in der Region Dresden spielten für Sachsen eine wichtige rüstungspolitische Rolle. Am Beispiel der Stahlwerke in Riesa, Gröditz und Freital soll auch dieser Bereich der Grundstoffproduktion näher beschrieben werden, da in ihm ebenfalls in erheblichem Umfang Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Die zum Bezirk Dresden gehörende Stadt Freiberg schließt diesen Abschnitt ab. Freiberg als sächsische Mittelstadt belegt, in welchem Umfang auch der mittelstädtische Bereich dieses Gebiets von der Kriegswirtschaft inklusive Ausländerbeschäftigung durchdrungen war. Für die je einzelnen Standorte gehen wir auf die spezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen der wichtigsten Zwangsarbeitergruppen ein.

In Kapitel 7 schließlich beschäftigen wir uns, nochmals regionalübergreifend, mit der Frage, wie das innere Regime der Abwehrbeauftragten (der Gestapo), die für die Sicherheit in ihren Betrieben zuständig waren, aufgebaut war und welche Repressionsmaßnahmen gegenüber deutschen Betriebsangehörigen wie auch Zwangsarbeitern ergriffen wurden. Welche Möglichkeiten, Einfluss auf ihr Schicksal auszuüben, hatten die verschiedenen Gruppen? Mit welchen Sanktionen wurden Zwangsarbeiter bei Widersetzlichkeiten, nach Fluchten, bei Arbeitsverweigerung belegt, zum Beispiel insbesondere die Ostarbeiter und Polen angesichts der besonderen Himmler-Erlasse für diese Gruppen? Hierbei zeigte sich nämlich, dass nicht nur die Strafbestimmungen sehr unterschiedlich gegenüber verschiedenen Gruppen angewandt wurden, sondern dass das NS-Regime auch Rücksicht auf ausländische Beschäftigte aus verbündeten Ländern nehmen musste. Eine Reihe von Beispielen belegt auch die Bandbreite

der Reaktionsmöglichkeiten deutscher Betriebe und Institutionen auf solche Vorfälle mit Zwangsarbeitern.

Teil 3 schließt unsere Studie mit drei zentralen Aspekten in drei Kapiteln ab. In Kapitel 8 geht es um die Befreiung und Rückkehr von etwa zwölf Millionen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen (im Deutschen Reich wie in den okkupierten Gebieten) in ihre Heimatländer; in Kapitel 9 um die Frage der juristischen Verfahren gegen an NS-Verbrechen Beteiligte und in Kapitel 10 um die Entwicklung der Wiedergutmachung und Entschädigung von Zwangsarbeitern. Während Kapitel 8 zum Teil und Kapitel 9 praktisch vollständig auf sächsische Vorgänge bezogen sind, ist ein Herunterbrechen der Wiedergutmachungsfragen auf Betroffene, die in Sachsen dem Zwangsarbeitsregime ausgesetzt waren, nicht möglich. Insofern behandelt Kapitel 10 die jeweiligen gesamtstaatlichen Vorgänge (Alte Bundesrepublik Deutschland, DDR, das wiedervereinigte Deutschland).

Kapitel 8 setzt schwerpunktmäßig mit dem Jahr 1944 ein. Bereits seit diesem Jahr hatten die Alliierten – im Westen mit der Besetzung Frankreichs, im Osten mit der Wiedergewinnung der sowjetischen Westgebiete durch die Rote Armee – mit Kriegsgefangenen und Zivilisten aus ihren Ländern zu tun. Man ging von gut zwölf Millionen sogenannten Displaced Persons (DP) aus. Nachdem es bereits 1944 erste Überstellungen von in Frankreich befreiten sowjetischen Bürgern in die Sowjetunion gegeben hatte (nicht immer freiwillig), einigten sich die drei Alliierten im Februar 1945 auf ihrer Konferenz in Jalta auf den Grundsatz, prinzipiell alle Angehörigen des jeweiligen Staates diesem zu überstellen. DP-Lager im Westen Europas und in den westlichen Besatzungszonen beziehungsweise Sammellager in der SBZ wurden ab 1945 eingerichtet. Die DPs aus westlichen Ländern konnten nach nur kurzen Aufenthalten in den DP-Lagern sehr schnell ihre Heimreise antreten. Bereits bis September 1945 waren etwa zehn Millionen Menschen repatriiert oder bei Osteuropäern und Sowjetbürgern sowjetischen Behörden übergeben worden. Dann verlief die Repatriierung zäher. Die letzten DPs wurden jedenfalls aus Lagern in der jungen Bundesrepublik Deutschland gegen Ende 1950 repatriiert oder wie Juden und manche nicht rückkehrwilligen Osteuropäer in andere aufnahmebereite Länder weitergeleitet. Eine kleine Zahl blieb und erhielt als „heimatlose Ausländer“ eine Aufenthaltsgenehmigung.

Auf sowjetischer Seite war die Lage komplizierter. Angesichts der massenhaften Gefangennahme von Rotarmisten durch die Wehrmacht in den ersten Kriegsmonaten (und dann noch einmal 1942) wurden mit entsprechenden Befehlen der sowjetischen Führung drakonische Strafbestimmungen für Überläufer und andere „Volksverräter“ (sowie ihre Angehörigen) erlassen. Da dieses Misstrauen konstitutiv für die sowjetische Haltung war und das Schicksal von ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auf Jahrzehnte begleitete, gehen wir darauf ausführlicher ein.

Parallel erfolgte bereits kurz nach Kriegsbeginn im Osten der Aufbau eines Systems von sowjetischen Filtrationslagern, um solche Personen herauszufinden und zu bestrafen. 1945 wurde dieses System ausgeweitet, und – wenigstens im Prinzip – durchliefen alle befreiten Ostarbeiter und Kriegsgefangenen diese Lager, in denen sie Auskunft über ihr Schicksal in

deutscher Hand geben mussten. Für die Repatriierung von Millionen Sowjetbürgern wurde 1944 eine eigene Repatriierungsbehörde gegründet.

Auch auf dem Gebiet Sachsens gab es sowohl eine ganze Reihe von solchen Repatriierungs- und Filtrationslagern als auch von Übergabepunkten für sowjetische Repatrianten aus den Westzonen, aus denen sie in sowjetische Lager weitergeleitet wurden. Am Beispiel von Lagern aus dem Raum Zeithain beschreiben wir die Sammel- und Filtrationslager genauer. Wie die Berichte aus diesen sächsischen Lagern belegen, sind offenbar noch Tausende der Repatrianten an den Folgen ihres schlechten körperlichen Zustands in den ersten Monaten nach ihrer Befreiung auf deutschem Boden verstorben, auch Hunderte von ihnen in Sachsen.

Für die Masse der Repatrierten, auch wenn sie nach der Filtration nicht als eines Verbrechens überführt angesehen und verurteilt oder in (Zwangs-)Arbeitsbataillone eingegliedert wurden, blieb der Makel der Gefangenschaft an ihnen haften. Sie mussten sich noch lange Jahrzehnte immer wieder für ihre Zeit der deutschen Gefangenschaft oder des Arbeitseinsatzes in Deutschland rechtfertigen. Ein Rehabilitierungsprozess begann zwar schon einige Jahre nach Stalins Tod, ihre offizielle Rehabilitierung erreichten Ostarbeiter und ehemalige Kriegsgefangene jedoch erst mit einem Erlass Präsident Jelzins aus dem Jahr 1995.

Kapitel 9 befasst sich mit der juristischen Aburteilung von deutschen Verantwortlichen für das Zwangsarbeiterregime und die Behandlung (genauer: Misshandlung) von sowjetischen Kriegsgefangenen.⁴² In dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen die Hauptkriegsverbrecher waren sächsische Verantwortliche nicht vor Gericht gestellt worden. Freilich wurden einige führende sächsische Politiker, an erster Stelle Martin Mutschmann, nach Moskau transportiert und 1946 und 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die ersten Verfahren in Sachsen selbst fanden schon ab Mai 1945 ebenfalls vor sowjetischen Militärtribunalen statt. Die Alliierten hatten sich bereits 1944 grundsätzlich und dann konkret 1945 geeinigt, dass Verfahren bei Verbrechen an eigenen Bürgern vor eigenen Gerichten abgehandelt werden sollten. So wurden etwa Verantwortliche für Kriegsgefangenenlager, beispielsweise das Lager Zeithain, aber auch viele ehemalige Abwehrbeauftragte und Werkschutzangehörige vor sowjetische Gerichte gestellt und häufig zum Tode verurteilt. Lagerchefs und -personal von Ostarbeiterlagern gehörten ebenfalls zu den Angeklagten und Verurteilten. Auch eine Reihe von Mitarbeitern der HASAG in den schon erwähnten polnischen Orten Skarżysko-Kamienna und Tschenschow wurde abgeurteilt. Insgesamt betraf dies mindestens um die 100 Personen, über die wir in unserer Studie berichten.

Erheblich größer war die Zahl derjenigen, die wegen ähnlicher Tätigkeiten, sei es beispielsweise als KZ-Außenlager-Wärter, Lagerverantwortlicher oder als Angehöriger von Polizei, Gestapo und Sicherheitsdiensten, in sowjetische Speziallager der SBZ eingewiesen wur-

⁴² Zu den begrifflichen Entwicklungen verschiedener Täter-Bezeichnungen in Ost und West siehe Annette Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland*, Paderborn 2002, S. 14 f. In der Öffentlichkeit hat sich, wie Weinke zu Recht kritisch konstatiert, der etwas unscharfe Begriff der NS-Verbrechen eingebürgert.

den. Wir konnten für die genaue Auswertung solcher Speziallagerinsassen eine vom DRK-Suchdienst in den 1990er Jahren erstellte Datenbank nutzen. So ergab eine Abfrage, dass immerhin etwa 300 sächsische Verantwortliche für solche Lager inhaftiert worden waren. Zu weiteren Gruppen sind ebenfalls Abfragen durchgeführt worden.

Auch ordentliche SBZ-Gerichte arbeiteten ab etwa Mitte 1946 und urteilten über deutsche Verantwortliche im Zwangsarbeitsbereich. Einen Schub erhielten diese Gerichtsprozesse, als die Sowjetische Militäradministration mit Befehl 201 vom 16. September 1947 eine Beschleunigung der Verfahren anordnete und spezielle Strafkammern eingerichtet wurden. Einen vorläufigen Abschluss erreichte diese Entwicklung mit den sogenannten Waldheimer Prozessen, die innerhalb weniger Monate im zweiten Quartal 1950 durchgeführt worden waren und in denen über 3.400 aus den sowjetischen Speziallagern überstellte Personen, davon 99,7 Prozent in gerichtlichen nicht-öffentlichen Schnellverfahren, zu meist hohen Strafen abgeurteilt worden waren. Zehn dieser Verfahren waren jedoch öffentlich und beruhten auf längeren Ermittlungen und ausführlichen Anklageschriften. Wir haben einige von ihnen für unsere Publikation genutzt, weil dabei Personen verurteilt wurden, die in die von uns dargestellten Zwangsarbeitskomplexe (sei es als direkt für das Zwangsarbeitsregime Verantwortliche, als Polizisten oder etwa als Werkschutzmänner) verstrickt waren. Zum Abschluss dieses Abschnitts versuchen wir zudem eine erste vorsichtige quantitative Schätzung über die Anzahl derjenigen, die tatsächlich wegen des Zwangsarbeitsregimes – fast immer mit Misshandlungen oder mit Todesfolge für Zwangsarbeiter – in Sachsen oder sächsischen Betrieben von den verschiedenen Gerichtsinstanzen zur Verantwortung gezogen worden sind oder in Speziallagern gekommen waren: etwa 4.000 bis 5.000.

Kapitel 10 beschäftigt sich schließlich mit einer anderen Folge des NS-Zwangsarbeiter-einsatzes: der Frage von Entschädigungen. Bereits kurz nach Kriegsende wurden zunächst kleinere Entschädigungen gezahlt. Erste größere Schritte erfolgten in der alten Bundesrepublik mit dem Bundesentschädigungsgesetz von 1953 im Rahmen der „Wiedergutmachung“ (unter diesem Terminus lief dort fortan die Entschädigungsgesetzgebung), jedoch nur für Inländer. Nachdem das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 Reparationen (darunter fiel auch die Entschädigung für Zwangsarbeit) bis zu einem Friedensvertrag zurückgestellt hatte, gelang es zunächst nur jüdischen Organisationen, weiterhin Entschädigungszahlungen für diese Opfergruppe zu erhalten, zumeist in Form von Warenlieferungen an den Staat Israel. Bis zur deutschen Wiedervereinigung wurden auch einige Länderabkommen abgeschlossen, die pauschale Zahlungen an Staaten ehemaliger Zwangsarbeiter beinhalteten. Eine Reihe von großen Konzernen mit Zwangsarbeitseinsatz konnte zudem gerichtlich mit Hilfe öffentlichen und von jüdischen Verbänden ausgeübten Drucks zu Zahlungen an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter verpflichtet werden, freiwillige Zahlungen gab es nicht. Aber auch die DDR hat – mit Verweis auf ihre großen Reparationsleistungen an die Sowjetunion – nur relativ geringe Entschädigungen an ihre Bürger geleistet.

Erst mit der deutschen Wiedervereinigung kam die Frage der Entschädigung wieder verstärkt in die internationale Diskussion. Zwar wurden weitere staatliche Abkommen erzielt,

Zwangsarbeit als solche war aber weiterhin nicht entschädigungsrelevant. Erst mit den Sammelklagen gegen Banken und europäische Unternehmen, darunter auch renommierte deutsche Konzerne, sah sich die deutsche Industrie, zudem gedrängt von der Bundesregierung, genötigt, in Entschädigungsverhandlungen einzutreten. Im Jahr 2000 war es schließlich soweit. Die Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ wurde mit einem Bundestagsbeschluss und einem Kapital von gut zehn Milliarden DM (zur Hälfte von der Industrie, zur Hälfte aus dem Bundeshaushalt) gegründet. Einige Monate später konnte sie beginnen, erste Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu leisten, unter ihnen erstmals Zwangsarbeiter aus Osteuropa, die nunmehr einen individuellen Anspruch hatten. Abgesehen davon, dass nur noch ein kleiner Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter lebte und Anträge stellen konnte, blieb ein großer Teil der Zwangsarbeiter weiterhin außen vor: die sowjetischen Kriegsgefangenen, die unter allen Kriegsgefangenen das schwerste Schicksal erlitten hatten. Bis heute haben sie keinen gesetzlichen Anspruch, sondern erhalten nur im Rahmen einer Goodwill-Aktion des Bundestags zuweilen eine kleine Summe ausgezahlt. Obwohl das Entschädigungsprogramm der Bundesrepublik Deutschland inzwischen einen Umfang von über 76 Milliarden Euro erreicht hat, bleiben damit doch wichtige Gruppen weiterhin von Entschädigungen ausgeschlossen. In einem letzten Abschnitt gehen wir deshalb auf die Würdigung, aber auch Kritik von wissenschaftlicher wie auch politischer Seite an den deutschen Entschädigungsmaßnahmen ein. Damit schließt unsere Studie.

Zum Schluss bleibt die angenehme Pflicht der Danksagung. Zunächst wollen wir der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für die Aufnahme unserer Studie in ihr Programm danken, insbesondere Werner Rellecke und seinen Kolleginnen und Kollegen. Besonderer Dank gilt auch einigen Mitgliedern unserer Gruppe, die umfangreich Informationen zu Zwangsarbeit in ihren Regionen zur Verfügung gestellt haben, hier besonders Bertram Seidel für den Bereich Westerbirge und Chemnitz, Rainer Ritscher (postum) für Chemnitz und Walter Wießner für Dresden. Großen Dank schulden wir auch Hans Brenner, der als Privatmann wie lange Jahre als Leiter unserer Arbeitsgruppe jahrzehntelang Materialien zu KZ-Häftlingen und zu Fragen der Ausländerbeschäftigung ermittelt und gesammelt hat. Vielfältige Materialien, Hinweise und Literaturhinweise haben wir auch von einigen Historiker-Kolleginnen und -Kollegen erhalten, so von Thomas Urban, Martin Baumert, Steffi Unger, Steffen Held und Martin Kukowski. Ihnen allen dafür unser herzlicher Dank. Textteile haben auch einige Kolleginnen und Kollegen in kritischer Lektüre vorab gelesen. Wir danken hierfür sehr herzlich Martin Baumert (Leipzig), Rudolf Boch (Chemnitz), Anne Friebe (Leipzig) und Thomas Urban (Leipzig).

Ein grundsätzlicher Dank gilt den Mitarbeitern in den Archiven, insbesondere dem Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz sowie den Stadtarchiven Chemnitz und Radebeul. Vielfältige Materialien erhielten wir auch aus der Außenstelle des BSTU in Chemnitz. Unser Dank gilt auch den Kolleginnen der Bibliothek des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für die großzügige Bereitstellung von einschlägiger Literatur.

Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, die historischen Kenntnisse um den Zwangseinsatz von Ausländern und die Kriegswirtschaft in Sachsen in der Substanz ein wenig zu erweitern und insgesamt dem interessierten Publikum auf der Grundlage vieler neuerer Veröffentlichungen eine Überblicksstudie zur Verfügung zu stellen, die ihm einen leichteren Zugang zu diesem Thema ermöglicht. Die NS-Zwangsarbeit gehört unauflöslich mit zur deutschen Zeitgeschichte, und wie Andreas Kilb am Beispiel von Gedenktafeln an die Gefallenen des vergessenen Deutsch-französischen Kriegs 1870 / 1871 resümiert: „Geschichte ist kein Verputz (...), den man abschlagen kann, sondern das Haus, in dem wir leben“⁴³. In dem Sinne hoffen wir, dass die Leser unserer Studie das Haus, in dem wir alle leben, auch in Bezug auf die NS-Zwangsarbeit nach der Lektüre unserer Studie besser kennengelernt haben.

Chemnitz / Radebeul im Sommer 2021

Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler

⁴³ Andreas Kilb, Der vergessene Krieg, FAZ Nr. 165, 18. Juli 2020, S. 9.

Teil 1:

Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft im Deutschen Reich

Kapitel 1: Die Entwicklung bis Ende 1941

Im Deutschen Reich begann der systematische Einsatz von ausländischen Arbeitskräften bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Ausländer bildeten mit etwa 800.000 Personen 4,1 Prozent aller Beschäftigten¹. Im Ersten Weltkrieg nahm der Ausländereinsatz durch die Beschäftigung von 1.105.000 Kriegsgefangenen 1916², von denen die meisten in der Landwirtschaft eingesetzt wurden³, sowie circa 900.000 Zivilarbeitern⁴ auf bis zu zehn Prozent der Beschäftigten zu. In der Weimarer Republik waren dann nur noch etwa 230.000 ausländische Arbeitskräfte – vor allem aus Polen, der Tschechoslowakei und den Niederlanden – in der deutschen Wirtschaft tätig; in der Weltwirtschaftskrise sank ihre Zahl im Jahr 1932 sogar auf etwa 110.000.⁵

Die Arbeitsverwaltung befasste sich erst nach Ende des Ersten Weltkriegs anlässlich erheblicher Arbeitslosenzahlen in der Weltwirtschaftskrise genauer mit dem Arbeitseinsatz von Ausländern. Im Januar 1933, kurz vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, wurde zudem eine neue Regelung eingeführt, die für die Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers

¹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 22.

² Ulrich Heß, Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939 – 1945. Dokumente einer Archivausstellung, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 107–164, S. 112. Insgesamt waren etwa 2,5 Millionen Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam, davon gut 1,5 Millionen aus dem Russischen Reich. Im Schnitt sind davon ab 1916 etwa 80 Prozent im Arbeitseinsatz gewesen, siehe hierzu Reinhard Nachtigal, Zur Anzahl der Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg, Militärgeschichtliche Zeitschrift 67 (2008), S. 345–384, hier S. 352 und 356. Spoerer gibt die Zahl der Kriegsgefangenen mit 2,5 Millionen an, zuzüglich etwa 500.000 ausländische Zivilarbeiter, die im Arbeitseinsatz gewesen waren, siehe Mark Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, Frankfurt / Main 2008, S. 1, in: www.wollheim-memorial.de/files/9993/pdf-Mark_Spoerer_Zwangsarbeit_im_Dritten_Reich; im Folgenden zitiert als: Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich. Siehe auch Katherine Lukat, Zwangsarbeit in Plauen im Vogtland. Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge im Zweiten Weltkrieg (Diss.), Göttingen 2020, S. 99.

³ Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband, S. 691–1001, hier S. 700.

⁴ Die ausländischen Zivilarbeiter verteilten sich etwa hälftig auf Landwirtschaft und Industrie, siehe Hesse, Teil II, Tab. 2 S. 13.

⁵ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 23 / 24 und Maier, S. 68. Zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen siehe Tooze, S. 72, Tabelle Arbeitslosigkeit von 1925 bis 1939. Sie macht deutlich, dass die Arbeitslosigkeit erst 1938 auf unter eine Million sank und dann schnell abnahm.

eine Genehmigung durch das Arbeitsamt nötig machte. Der Arbeitnehmer erhielt zugleich eine Arbeitserlaubnis in Form einer Karte. Diese Regelung blieb im Grundsatz bis 1945 bestehen.⁶

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nahm die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte entgegen den allgemeinen Erwartungen und im Gegensatz zu den Autarkiebestrebungen der deutschen Regierung jedoch keineswegs ab, sondern sogar zu. Der Bedarf wurde aufgrund der Mitte der 1930er Jahre einsetzenden verstärkten Rüstungsprogramme, der Einführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 sowie der umfangreichen Ausweitung des Personalbestands der Wehrmacht immer größer. Im Deutschen Reich herrschte ab Ende 1938 praktisch Vollbeschäftigung. Im Oktober 1938 lag der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bei 163.941 und im August 1939 nur noch bei 33.963 Personen.⁷ Die Zahl der offenen Stellen betrug im September 1939 722.254, denen lediglich eine Zahl von 165.313 offiziellen Arbeitssuchenden (die nicht als arbeitslos gemeldet waren) gegenüberstand. Ein territorialer Reichtausgleich zwischen den Arbeitsplatzangeboten und Arbeitssuchenden war kaum möglich, da nur eine sehr geringe Zahl an Personen relativ gut außerhalb ihres Wohnortes einsetzbar war.⁸ Wichtig ist auch festzustellen, dass die Zahl der Reservisten (also militärisch ausgebildete Wehrmachtangehörige), die im Kriegsfall einberufen und der Wirtschaft fehlen würden, immerhin 2,26 Millionen betrug.⁹ Gleichwohl bildeten ausländische Arbeitskräfte mit circa 438.000 Personen lediglich zwei Prozent der Erwerbstätigen im Jahre 1938, da noch keine verstärkte Arbeitskräftegewinnung im Ausland, ganz zu schweigen von den ab 1940 einsetzenden Gewaltmaßnahmen in den besetzten Gebieten, eingesetzt hatte.¹⁰

⁶ Maier, S. 68. Die Reichsanstalt für Arbeit wurde 1938 formell in das Reichsarbeitsministerium eingegliedert; bereits vorher war ihr 1935 die alleinige Zuständigkeit für Arbeitsvermittlung zugewiesen worden. Am 26. Februar 1935 wurde zudem ein sogenanntes Arbeitsbuch für alle Beschäftigten, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden eingeführt, und jede Person dieser Kategorien erhielt eine eigene Erfassungskarte bei der Reichsanstalt, siehe Maier, S. 69; siehe auch Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 142 f.

⁷ Kroener, Personelle Ressourcen, Tabelle S. 746. Weitere Zahlenangaben zu Arbeitslosen bei Tooze, S. 306.

⁸ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 758. So waren allein in der Landwirtschaft wegen Abwanderungen in besser bezahlte Wirtschaftsbereiche 400.000 Personen weniger beschäftigt, obwohl sich die Beschäftigtenzahl eigentlich hätte erhöhen sollen. Auch der Textilbereich gehörte neben der Nahrungsmittelindustrie zu den Verlierern, während vor allem der öffentliche Dienst, der Chemiebereich wie auch die Maschinenbauindustrie zu den Gewinnern zählten, siehe Tooze, S. 309 f. sowie Tabelle S. 310. So ist es kein Wunder, dass der massenhafte Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zuerst in diesem Defizitbereich vonstattenging.

⁹ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 990.

¹⁰ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 30. Eine etwas niedrigere Zahl nennt Hesse, Teil II, Tab. 4 S. 14 für das Jahr 1938. Nach dieser Tabelle stieg die Zahl der beschäftigten Ausländer von 1933 = 148.455 auf 1938 = 398.319. Gut 43 Prozent der genannten Ausländer (etwa 190.000) waren dabei 1938 / 1939 in der Landwirtschaft tätig, siehe Joachim Lehmann, Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 570–642, hier S. 608. Aus dem 1939 errichteten Protektorat (vorher Tschechien) waren immerhin bereits 40.000 Arbeitskräfte im Deutschen Reich tätig, siehe Walter Wießner, Das nationalsozialistische Lagersystem. Lager ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in Dresden, hrsg. im Eigenverlag vom Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V., Dresden 2002, S. 5.

Ein Reservoir an potentiellen Arbeitskräften – die deutschen Frauen – konnte und wollte¹¹ das NS-Regime aus politischen Gründen weder zu diesem Zeitpunkt noch bis 1945 in erheblich größerem Maße als bislang geschehen erschließen. Die Zahl der tatsächlich in der Volkswirtschaft tätigen Frauen schwankte immer um etwa 14,5 Millionen. Während sie von Mai 1939 mit 14.625.956 bis Mai 1941 sogar um drei Prozent gesunken war, überstieg sie den Vorkriegsstand mit 14.806.058 erst im Mai 1943 wieder ein wenig. Weibliche Arbeitskräfte als verbleibende innere Reserve wurden – anders als bei den Kriegsgegnern – tatsächlich kaum stärker ausgehoben.¹² Auch nach der Ernennung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) waren dessen Kampagnen zur Arbeitskräftegewinnung unter den Frauen, wie etwa Anfang 1943, nur beschränkt erfolgreich und die Aktion von 1943 erfasste lediglich eine Zahl von etwa 700.000 Einsatzfähigen, da das NS-Regime auch auf objektive Hindernisse stieß (siehe weiter unten). Hinzu kam: „Deutschland brauchte nicht Hunderttausende, sondern Millionen von zusätzlichen Arbeitskräften. Und das einzige Reservoir, aus dem sich solche Massen schöpfen ließen, waren die besetzten Länder Europas,“¹³ wie Tooze zu Recht feststellt.

Der Zweite Weltkrieg führte demgemäß – neben einigen Kontinuitäten zur Vorkriegszeit, die sich vor allem ab 1939 auf die Fortsetzung zur Anwerbung von Arbeitskräften aus Westeuropa und verbündeten Staaten bezogen – bald zu einer tiefen Zäsur in der Ausländerbeschäftigung. Zum einen hatte die Kriegslage ab Herbst 1941 mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie gegenüber der UdSSR zu erheblich größeren Lücken im Arbeitskräfteangebot geführt, da viele einberufene Wehrmachtssoldaten nicht wie erwartet rasch demobilisiert werden konnten. Zum anderen wandte das Regime seit Ende 1941 bei der Rekrutierung, Beschäftigung und Behandlung von ausländischen Arbeitskräften (Zivilisten, Kriegsgefangene, schließlich ab der zweiten Kriegshälfte KZ-Häftlinge) immer brutalere Methoden an; hinzu kam, dass der von SS und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eigentlich aus rassistischen und sicherheitspolitischen Gründen grundsätzlich abgelehnte Ausländereinsatz für Arbeitskräfte aus dem besetzten Polen und aus dem Gebiet des Kriegsgegners Sowjetunion mit einer Fülle von rassistischen Diskriminierungen und sicherheitspolitischen Sonderbestimmungen begleitet wurde. Zusammen mit den rassen- und ernährungspolitisch bedingten schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen für osteuropäische Arbeitskräfte führten diese bis Kriegsende schließlich, zusam-

¹¹ Tooze betrachtet den gleichbleibenden Anteil deutscher Frauen am Arbeitsprozess anders. Zum einen konstatiert er zu Recht, dass im Vergleich zu Großbritannien ein viel höherer Anteil der deutschen Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt war (sechs Millionen zu 100.000), zum anderen ist auch der Anteil deutscher erwerbstätiger Frauen immer höher als in Großbritannien gewesen, siehe Tooze, S. 416. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten deutschen Frauen stieg von 1939 = 5,979 Millionen bis auf 6,355 Millionen im Jahr 1944, siehe Lehmann, Tabelle 173 S. 610. Dass es auf Seiten der NS-Vertreter aber auch immer ideologisch-politische Argumente gegen einen zu umfangreichen Arbeitseinsatz von Frauen gab, ist gleichfalls belegt. Insofern liegt hier eigentlich kein Widerspruch zu Autoren wie etwa Kroener (nächste Fußnote) vor.

¹² Kroener, Personelle Ressourcen, S. 773; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 210 f.

¹³ Tooze, S. 591–593, Zitat S. 593.

men mit dem massiven Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen ab 1944, zum Tod von Millionen Zwangsarbeitern im Reichsgebiet wie auch den besetzten Gebieten in Osteuropa.

Das Spannungsverhältnis zwischen den Vertretern der Kriegswirtschaft (idealtypisch: Pragmatiker) auf der einen Seite, die an möglichst großen Produktionsergebnissen interessiert waren, und auf der anderen Seite den Sicherheitsorganen der SS sowie Parteikreisen mit ihrem völkisch-antibolschewistischen Weltbild (idealtypisch: Ideologen), die einen massenhaften Einsatz von Slawen und Juden keinesfalls guthießen, wurde nie ganz aufgelöst und bestimmte die Bedingungen des Ausländereinsatzes bis in die letzten Tage des Regimes wesentlich mit. Millionenfacher Ausländereinsatz zur Erhaltung der deutschen Kriegswirtschaftskapazitäten und Menschenvernichtung in Konzentrations- und NS-Vernichtungslagern blieben parallele Erscheinungen des NS-Staates. Spoerer bewertet dieses Spannungsverhältnis als „Dominanz pragmatischer Erwägungen, doch waren die konkreten, oft kontraproduktiven Umstände des Einsatzes das Zugeständnis an die Ideologen.“¹⁴

Zudem waren auch die Interessen der verschiedenen Kriegswirtschaftsinstitutionen keineswegs deckungsgleich. Selbst beim Bedarfsträger Wehrmacht, der an Soldaten und militärischer Ausrüstung interessiert war, zogen das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und die drei Teilstreitkräfte häufig ebenfalls nicht an einem Strang. Auch die Interessen der zivilen Staatsorgane Reichswirtschafts- (RWM) und -arbeitsministerium (RAM), der Industrie sowie der NSDAP mit ihren Unterorganisationen Deutsche Arbeitsfront (DAF) und Gauverwaltungen waren keineswegs gleichgerichtet oder gar gleichgeschaltet und führten zu vielfachen Friktionen in Arbeitsorganisation und Rüstungsproduktion. Der totalitäre Führerstaat war zu einer stringenten Lenkung dieser unterschiedlichen Institutionen (Polykratie) weder willens noch fähig. Damit gelang auch eine reichsweite strikte zentrale Steuerung des Arbeitseinsatzes bis Kriegsende nicht.¹⁵

Obwohl mit der Einrichtung eines zivilen Rüstungsministeriums 1940 unter Fritz Todt – unter der Bezeichnung Reichsministerium für Bewaffnung und Munition – ein erster Schritt zu einer Vereinheitlichung der Rüstungswirtschaft erreicht werden sollte, blieben dessen Erfolge bei den Bemühungen um eine größere Koordinierung der Rüstungsbedarfsträger und -anbieter bis zu seinem gewaltsamen Tod am 8. Februar 1942 beschränkt. Sein Nachfolger Albert Speer, dessen Ernennung am 15. Februar 1942 bekannt gegeben wurde, unternahm daher weitere Schritte in diese Richtung. Es gelang Speer, der zunächst nur für die Heeresrüs-

¹⁴ Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 5. Priemel fasst dies in die Formulierung, dass das „ob“ nicht in Frage stand, während das „wie“ des Einsatzes im Wesentlichen von den Ideologen mit gestaltet wurde, Priemel, S. 483.

¹⁵ In den Regionen stellte sich diese Frage freilich durchaus anders dar, so dass das polykratische System keineswegs immer zu Reibungsverlusten führen musste. So wurde etwa in Sachsen 1940 für die Region Chemnitz ein interinstitutionelles Koordinierungsgremium gebildet, in dem alle von der Arbeitskräftelenkung betroffenen Institutionen vertreten waren und das immerhin bis etwa Mitte 1944 arbeiten konnte, siehe Silke Schumann, Soldaten und Arbeiter für Hitlers Krieg. Einberufungs- und Arbeitseinsatzpolitik in Sachsen 1939 bis 1945, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 61–82, hier S. 65.

tung und den gesamten Munitionssektor (für alle drei Wehrmachtteile) zuständig gewesen war, 1943 schließlich auch die Marinerüstung in seinen Aufgabenbereich zu holen, so dass im Herbst ein mit erweiterten Kompetenzen ausgestattetes Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion entstand, das insgesamt für 45 Prozent der Rüstungsindustrie verantwortlich war und damals etwa ein Sechstel der gesamten Industrieproduktion umfasste.¹⁶ Die deutsche Wirtschaft veränderte sich nun endgültig von einer Übergangswirtschaft (siehe weiter unten) in eine totale Kriegswirtschaft. Am 1. August 1944 konnte Speer mit der Zuständigkeit für die Luftrüstung die gesamte Verantwortung für die deutsche Rüstungsproduktion erringen.

Freilich blieb ein zentraler Bereich immer außerhalb Speers direkter Kontrolle, wenn auch sein Einfluss darauf allmählich zunahm: die zentrale Organisation des Arbeitseinsatzes, die von Hitler angesichts der militärischen – und Rüstungskrise im Herbst / Winter 1941 schließlich am 21. März 1942 an einen neu geschaffenen Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, übertragen wurde.¹⁷ Rüstungsproduktion und die dafür notwendigen Bereiche Arbeitskräfteeinsatz und -gewinnung wurden also weiterhin nicht einheitlich geleitet. Trotz der Machtfülle beider Ämter gab es bis Kriegsende weder einen „Wirtschaftsdiktator“ noch einen tatsächlichen Diktator für den Arbeitskräfteeinsatz. Selbst wenn man den nach Hitler wohl mächtigsten Politiker des NS-Regimes mit einer Fülle höchster Ämter, Hermann Göring, einbezieht, hat auch er eine solche zentrale Rolle nie einnehmen können.¹⁸

Und eine dritte Person spielte spätestens ab 1941 / 1942 eine entscheidende Rolle: Herbert Backe als Staatssekretär im Reichsernährungsministerium wurde als Nachfolger Walther Darrés am 20. Mai 1942 kommissarischer Reichsernährungsminister. Seine Maßnahmen und Ernährungsplanungen im Vorfeld des Russlandfeldzuges (Unter dem Stichwort „Hungerplan“ in die Historiographie eingegangen) wurden nun auch generell Handlungsleitlinie im Spannungsfeld zwischen der Ernährung der deutschen Bevölkerung einerseits und der ausländischen Arbeitskräfte im Reich und den besetzten Gebieten andererseits (siehe weiter unten).¹⁹

¹⁶ Tooze, S. 641. Da die Luftrüstung, die bis 1944, ehe sie auch zum Speer-Ministerium kam, unter der Führung von Generalfeldmarschall Erhard Milch stand, den größten Einzelanteil an allen Rüstungsbereichen ausmachte, spricht Tooze auch ab 1942 von einer Milch & Speer GmbH für die deutsche Rüstungswirtschaft, ebenda, S. 641.

¹⁷ Bernhard R. Kroener / Rolf-Dieter Müller / Hans Umbreit, Zusammenfassung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 5, Zweiter Halbband, S. 1003–1022, hier S. 1009.

¹⁸ Rolf-Dieter Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband, S. 347–689, hier S. 367. Im Folgenden zitiert als: Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung.

¹⁹ Tooze, S. 625 f. Backe arbeitete seit 1933 im Vorstand des sogenannten Reichsnährstands und in Reichslandwirtschaftsministerium; seit 1936 war er zudem in der Vierjahrplanbehörde für den Bereich Landwirtschaft in der Geschäftsgruppe Ernährung als deren Leiter tätig. Er war zudem fanatischer Nationalsozialist, siehe Lehmann, S. 574, 584–587. Vorgesehen für den alliierten Wilhelmstraßen-Prozess, verübte er in der Nürnberger Untersuchungshaft am 6. April 1947 Selbstmord.

Diese Kräftekonstellation hatte vielfältige Auswirkungen auch und gerade auf den Ausländereinsatz bei Arbeitsbedingungen, der Behandlung und den Überlebenschancen gerade für Polen, Italiener, Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Gefangene, mit einem Wort: für das Millionenheer von Zwangsarbeitern in der NS-Rüstungs- und Grundstoffindustrie.

Wirtschaftsentwicklung und Aufrüstung bis 1939

Bevor wir die tatsächliche Arbeitskräfte- und Rüstungsentwicklung ab Kriegsbeginn bis Ende 1941 und dann in einem zweiten Schritt in Kapitel 2 von 1942 bis Kriegsende weiterverfolgen, müssen zunächst einmal die wichtigsten politisch-militärischen Überlegungen der Reichspitze ab 1933 skizziert werden, da diese fundamental für unsere Fragestellung sind. Das Parteienbündnis, dem Hitler die Ernennung zum Reichskanzler verdankte, war nicht zuletzt dadurch zustande gekommen, dass mit Hitler eine Umkehr im Bereich der deutschen Rüstungsanstrengungen zu erwarten war: eine Revision der Restriktionen des Friedensvertrages von Versailles, heimlich oder offen, je nach wirtschaftlicher Lage und internationalen politischen Rahmenbedingungen.²⁰ Wohl bereits am 8. Juni 1933 fasste das Kabinett den Beschluss, ein Aufrüstungsprogramm in Höhe von 35 Milliarden Reichsmark (RM) für den Zeitraum 1933 bis 1940 aufzulegen, also im Schnitt 4,4 Milliarden RM pro Jahr für die Reichswehr zu investieren. Bei einem Bruttosozialprodukt (oder Bruttoinlandsprodukt, BIP) von 43 Milliarden RM im Jahre 1933 war das ein Anteil von bis zu zehn Prozent am BIP.²¹ Um zu verstehen, welche Zäsur das gegenüber bisherigen Ausgabevolumina von einigen hundert Millionen RM jährlich bis 1932 wie auch bezogen auf heutige Ausgabevolumina bedeutete, muss man sich vergegenwärtigen, dass eine vergleichbare Ausgabenhöhe in der Bundesrepublik Deutschland statt bei circa 44 Milliarden Euro 2019 (= 1,2 Prozent des BIP) im Bundeshaushalt bei 344 Milliarden Euro liegen müsste, ein gewaltiger Schritt für die staatliche Nachfrage nach Arbeitskräften und Ressourcen.

Nach dem Kabinettsbeschluss von Juni 1933 nutzten die Reichswehrteile (offiziell Heer und Marine) diese Vorgabe zu umfangreichen Neu- und Erweiterungsplanungen ihrer Aufrüstungsausgaben. Die Luftwaffe (bis 1935 im Reichsluftfahrtministerium verdeckt geführt, denn offiziell war Deutschland die Aufstellung einer Luftwaffe verboten) wollte bis 1935 statt 200

²⁰ Tooze, S. 73. Parallel zog sich Deutschland im Oktober 1933 aus dem Völkerbund und aus den internationalen Abrüstungsgesprächen zurück, Tooze, S. 81. Auf wirtschaftlichem Gebiet führte das fast völlige Moratorium bei der Bedienung der deutschen Auslandsschulden gegenüber den USA dazu, dass die Schutzfunktion der USA gegenüber den Reparationsforderungen Frankreichs und Großbritanniens nicht mehr gewahrt blieb und das Moratorium in allen drei Ländern heftige Proteste hervorrief. Die deutsche Aufrüstung war (auch) als Schutz gegen europäische Nachbarländer gedacht, führte jedoch bald zu einem europäischen Wettrüsten, siehe hierzu Tooze, S. 80 f.

²¹ Tooze, S. 78. Es war die höchste Steigerung bei kapitalistischen Staaten in Friedenszeiten, wie Tooze, S. 91, betont.

Kampflugzeugen 2.000 bauen, das Heer plante Erhöhungen seines Personalbestandes von 100.000 auf zunächst 300.000 Soldaten.²²

Auf der anderen Seite war die Konsumgüterindustrie nur teilweise von der wachsenden staatlichen Nachfrage berührt; gerade Industriezweige wie die Textilindustrie, ein Hauptbeschäftigungssektor in Sachsen, wiesen noch lange Jahre hohe Arbeitslosenzahlen auf, da der Export keineswegs reibungslos lief.²³ Gesamtwirtschaftlich gesehen stiegen die Preise teilweise an, aber die Löhne entwickelten sich – trotz einer Tendenz hin zur Vollbeschäftigung – kaum in dieselbe Richtung. Ein Großteil der Arbeitskräfte hatte Stundenlöhne unter einer RM, und die Jahreseinkommen bewegten sich für die meisten zwischen etwa 1.000 und 3.000 RM. Gemessen am Einkommen mussten allein für Lebensmittel, Getränke und Tabak bis zu 50 Prozent des Einkommens aufgewendet werden. Kartoffeln waren zwar billig (50 Pfennig für fünf Kilogramm), Speck aber oder etwa Butter waren sehr teuer, wenn man für jeweils ein Kilogramm einen halben Tag lang zu arbeiten hatte.²⁴ Trotz Vollbeschäftigung war der Lebensstandard etwa 1938 gegenüber der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise immer noch niedriger, auch wegen der Aufrüstungspolitik.²⁵

Nicht nur während des Zweiten Weltkrieges, sondern auch schon seit vielen Jahrzehnten zuvor hatte sich die Landwirtschaft als Achillesferse deutscher (Autarkie-)Politik gezeigt. Aufgrund des britischen Handelsembargos waren nach Schätzungen deutscher Stellen etwa 600.000 Menschen während des Ersten Weltkrieges an Unterernährung verstorben. Die NSDAP war keineswegs bereit, grundsätzlich weiter von Lebensmittelimporten abhängig zu sein. In diesem Zusammenhang plädiert Tooze sehr nachdrücklich dafür, diese deutschen Mangelserfahrungen als Politik-Input der NS-Ernährungsautarkiepolitik sehr ernst zu nehmen. Im Vergleich zu den immer wieder herangezogenen westlichen Konkurrenten wie den Landwirten in Frankreich, den USA und dem Britischen Empire waren 88 Prozent der deutschen Landbevölkerung tatsächlich arm an Boden.²⁶

Es gab in den 1930er Jahren im Deutschen Reich (ganz im Gegensatz zur Sowjetunion, wo in der ersten Hälfte der 1930er Jahre Millionen Menschen Hungers starben) zwar Krisen, aber keine Hungerkrisen, andererseits auch keinen Überfluss wie heute. So zog zum Beispiel

²² Tooze, S. 81 f. Gerade die Luftwaffenindustrie entwickelte sich enorm, siehe Tooze, S. 158–162. Die Beschäftigtenzahl stieg von 4.000 im Jahre 1932 auf 54.000 Personen zwei Jahre später; 1938 waren bereits 238.000 Personen darin tätig, Tooze, S. 158.

²³ Zur Entwicklung der Konsumgüterindustrie siehe Tooze, S. 125 f.

²⁴ Zu Durchschnittslöhnen und -preisen, siehe Tooze, S. 174 f.

²⁵ Siehe Michael C. Schneider, Rüstung, >Arisierung<, Expansion. Wirtschaft und Unternehmen, in: Dietmar Süß / Winfried Süß (Hg.), Das >Dritte Reich<. Eine Einführung, München 2008, S. 185–203, hier S. 186.

²⁶ Siehe hierzu Tooze, S. 203–215. Auch Wildt unterstützt diese Argumentation, wenn er etwa den Erfahrungen durch Großbritanniens Blockademaßnahmen im Ersten Weltkrieg große Bedeutung für die Organisation der Ernährungssicherung zumisst, siehe Wildt, S. 6; ähnlich Lehmann, S. 571, wenn dieser auf die Weltkriegserfahrungen für die Ernährungsplanungen im Dritten Reich hinweist. Nur 11,6 Prozent der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe hatten Betriebsgrößen über 20 Hektar, weit über 50 Prozent verfügten über Betriebsgrößen von nur bis zu fünf Hektar, siehe Lehmann, Tabelle 157 S. 593.

eine Missernte 1934 verstärkte Futtermittelimporte nach sich und erforderte eine Entscheidung, ob Getreide eher zur Viehfütterung oder zum Brotbacken verwendet werden sollte. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre führten drei gute Ernten 1937 bis 1939 dazu, dass deren Ergebnisse auch zur Anlegung von Brotgetreidevorräten für drei Jahre verwendet werden konnten und sich die Ernährungsfrage verstärkt erst wieder 1941 stellte (siehe weiter unten).²⁷

Auf den immer spürbaren Mangel im Ernährungsbereich gab das Regime eine planwirtschaftlich-korporative Antwort: Die Gründung des Reichsnährstands (RNS). Dieser umfasste die gesamte Landwirtschaft und gliederte die Landbevölkerung in diese ständische Organisation ein, nahm aber auch Preisbestimmungs- und Lenkungsfunktionen wahr. Ein nie ganz auflösendes Dilemma bestand grundsätzlich darin, dass landwirtschaftliche Weltmarktpreise in der Regel niedriger waren als deutsche Erzeugerpreise und Importe daher mit Zollsätzen zum Schutz der eigenen Landwirtschaft versehen werden mussten.²⁸ Gleichzeitig blieben die Löhne der Industriearbeiterschaft und des Handwerks wie schon geschildert so niedrig, dass diese Gruppen an billigeren Lebensmitteln interessiert waren. Jede Preiserhöhung bei solchen Produkten war daher von hitzigen Diskussionen zwischen den verschiedenen Interessengruppen begleitet.²⁹ Und noch etwas hatte längerfristige Wirkung. Die Hauptprotagonisten der Ernährungspolitik in den 1940er Jahren, Landwirtschaftsminister Richard Walther Darré, vor allem aber sein Vertreter Herbert Backe, waren von Anfang an für diesen Bereich zuständig gewesen. Nicht zufällig entwickelte in den 1930er Jahren Darré auf der Grundlage völkischer Gedanken Vorstellungen zur gewaltsamen Eroberung und Besiedlung des Ostens, um diesem Dilemma auf längere Sicht zu begegnen.³⁰

Neben internationalen rechtlichen Restriktionen waren dem Aufrüstungsprogramm vor allem durch außenwirtschaftliche Bedingungen aber Grenzen gesetzt. Denn Deutschland war gezwungen, nicht nur Nahrungs- und Futtermittel in erheblicher Größenordnung, sondern auch Rohstoffe für die Zivil- und steigende Rüstungsproduktion einzuführen. Um diese Importe bezahlen zu können, benötigte man einen kontinuierlichen und eigentlich auch steigenden Export für die Gewinnung von Devisen. Von Anfang an war das Aufrüstungsprogramm daher von den Sorgen des Reichswirtschafts- sowie des Reichsfinanzministeriums über einen ausreichenden Devisenbestand und eine ausgeglichene deutsche Zahlungsbilanz begleitet.³¹ Kri-

²⁷ Ausführlich hierzu Tooze, S. 212–232. Tabelle der Brotgetreideerträge 1933 bis 1944 bei: Lehmann, S. 617.

²⁸ Sowohl die landwirtschaftlichen wie die industriellen Erzeugerpreise Deutschlands lagen (gemessen 1929 = 100) bis Ende der 1930er Jahre zwischen einem Drittel und 100 Prozent über den Weltmarktpreisen, Tooze, Graphik S. 235. Zu Entwicklung und Organisation des Reichsnährstands und seiner Gründung aufgrund des Zwangskartellgesetzes vom 15. Juli 1933 siehe Lehmann, S. 571–574.

²⁹ Zur Entwicklung des Reichsnährstands siehe Tooze, S. 224 ff. Der RNS war 1936 mit 30 Milliarden RM die größte Wirtschaftsorganisation der Welt, Tooze, S. 226.

³⁰ Siehe hierzu Tooze, S. 238. Zu den Anfängen der Tätigkeit Backes siehe ebenda, 209–211.

³¹ So etwa die Devisenkrise von März bis September 1934, die das NS-Regime vor große wirtschaftliche Herausforderungen stellte und zu einer heftigen Debatte um eine eigentlich notwendige Währungsabwertung

sen führten, wie etwa 1934, immer wieder zu Änderungen und Streichungen oder Streckungen im Aufrüstungsprogramm. Gleichzeitig zwang das NS-Regime die Industrie zum Eintritt in eine ganze Reihe von Kontrollgremien zur Importsenkung und -kontingentierung (Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen, Kartelle).³² Auf der anderen Seite führten erste Autarkiebestrebungen zu verstärkter Erforschung und Erprobung von Ersatzstoffen, wie etwa der Braunkohlehydrierung zur Gewinnung von Benzin im IG Farben-Werk in Leuna.³³

Im außenpolitisch-militärischen Bereich wurden die militärpolitischen Entwicklungen des Deutschen Reiches von seinen Nachbarn mit höchstem Misstrauen beobachtet. Der Einführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 folgten die Umbenennungen der Reichswehr in Wehrmacht und als symbolischer Schritt des Reichswehr- in Reichskriegsministerium. Die Wehrmacht forderte für noch vergrößerte Aufrüstungsprogramme eine Verdoppelung der dafür notwendigen Rohstoffimportkontingente (und sah zu diesem Zeitpunkt bereits eine Friedensstärke von 36 statt 21 Divisionen wie Ende 1933 vor), und dieses bei schon genannter ständiger Devisenknappheit. Zur Deckung des Devisenbedarfs wären erheblich größere Exporte notwendig gewesen, die jedoch ohne staatliche Subventionen angesichts zu hoher deutscher Erzeugerpreise zu größeren betriebswirtschaftlichen Verlusten geführt hätten. So stand 1936 wiederum die Frage der Währungsabwertung im Raum. Gleichzeitig begannen die Nachbarländer ebenso mit Aufrüstungsprogrammen.

Das Deutsche Reich reagierte auf die wirtschaftlichen Restriktionen mit zwei Maßnahmen: Hermann Göring³⁴ wurde zum Beauftragten für Rohstoff- und Devisenfragen ernannt, und Hitler reagierte im September 1936 mit einer eigenständig verfassten streng geheimen „Denkschrift zum Vierjahresplan“, die in nur einer Handvoll Exemplaren verteilt wurde. Darin formulierte er zum ersten Mal offiziell sein Mittel zur Durchsetzung seiner Vorstellungen: Krieg. Ausgehend von der als Gewissheit formulierten Aussage, Deutschland würde untergehen, wenn es nicht die stärkste Wehrmacht entwickelte, enthielt diese Denkschrift neben vielen Überlegungen zur weiteren Wirtschaftspolitik zwei konkrete Zielformulierungen: In vier Jahren müsse die Wehrmacht einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft kriegsfähig sein.³⁵

führte. Das RFM hatte, wie es am 23. März 1934 konstatierte, keinen detaillierten Einfluss mehr auf die Rüstungsausgaben; selbst deren genaue Höhe war ihm nicht mehr bekannt, Tooze, S. 95 und 108. Zu den verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen beim Umgang mit dem Devisenmangel siehe Priemel, S. 288 ff. Gewinne durften etwa nur zu sechs bis acht Prozent auf die Kapitalsumme ausgeschüttet und der Rest musste in einen Anleihestock beim Reich überführt werden, dessen Verzinsung nach vier Jahren ausgezahlt wurde, ebenda, S. 290.

³² Siehe hierzu Tooze, S. 136 f.

³³ Tooze, S. 145–149. Bereits 1934 waren zehn Firmen der Braunkohlenindustrie auf Druck des NS-Regimes zur Gründung der Brabag (Braunkohlenbenzin AG) herangezogen worden, siehe Tooze, S. 149. Dazu mehr in Kapitel 6.

³⁴ Siehe zu diesen Entwicklungen Tooze, S. 248–260.

³⁵ Siehe hierzu Tooze, S. 261–265. Deutschland nahm dabei Anleihen beim Instrument der sowjetischen Fünfjahrpläne; man sollte aber nicht übersehen, dass Vierjahrpläne in einer kapitalistischen Wirtschaft ganz anders ein- und umgesetzt werden mussten als in der sowjetisch-staatssozialistischen Zentralwirtschaft.

Mit dem Vierjahrplan hatte Hitler also beabsichtigt, das Deutsche Reich ab 1940 kriegsfähig zu machen. Verbunden damit war eine noch erheblich ausgeweitete Rüstungsproduktion.³⁶ Die Planungen der Wehrmacht hatten 1936 im Vergleich zu 1933 ebenfalls ganz andere Dimensionen angenommen. In einer Denkschrift von Mitte 1936 fasste General Friedrich Fromm, Leiter des Allgemeinen Heeresamtes, diese Planungen zusammen und untersuchte ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Geplant war nun eine Wehrmacht im Umfang von 102 Divisionen und 3,6 Millionen Soldaten mit bis 1940 zu erreichenden eindeutigen Angriffsoptionen. In Fromms Zielplanung war die neue Wehrmacht damit größer als die Streitkräfte, mit denen das Deutsche Kaiserreich in den Ersten Weltkrieg gezogen war. Für die Wirtschaft erforderte diese Planung eine ausgeprägte Bereitschaft, auf Rüstungsproduktionsstrukturen umzustellen, und bedeutete für die Volkswirtschaft eine ganz erhebliche Belastung, die nicht dauerhaft zu tragen war. Die zentrale Frage formulierte Fromm am Ende seiner Denkschrift: Was wollte man mit dieser Wehrmacht machen? „Es muß also anschließend an die Aufrüstungsperiode bald der Einsatz der Wehrmacht erfolgen oder eine Milderung des Zustandes dadurch erreicht werden, daß die Forderungen und die Höhe der Kriegsbereitschaft gesenkt werden.“³⁷

Die Frage Fromms von Mitte 1936 hatte Hitler im September 1936 schon klar beantwortet: Krieg. Unter Weglassung der Kriegsziele wurde die genannte Denkschrift Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag veröffentlicht und am 18. Oktober 1936 eine Vierjahrplanbehörde unter Leitung Hermann Görings gegründet, deren Hauptaufgabe sowohl in verstärkten Autarkie- als auch Rüstungsanstrengungen bestand. Göring erhielt den Titel „Beauftragter für den Vierjahrplan“. Die Behörde bekam sowohl neu eingestelltes wie auch vorhandenes Personal aus anderen Ministerien oder der Industrie, das für verschiedene Bereiche zuständig war: Herbert Backe für den Agrarsektor, Gauleiter Josef Wagner für Lohn- und Preiskontrolle, Carl Krauch von der IG Farben für Forschung und Entwicklung, Paul Pleiger und Hans Kehrl für Stahl / Eisen und Textilien. Insgesamt waren allein für 1937 9,484 Milliarden RM Ausgaben / Investitionen mit den Schwerpunkten Mineralöl, Nahrungsmittel und Chemie vorgesehen. Eine besondere Bedeutung hatten dabei die Bemühungen, innerhalb von vier Jahren bei Gummi (Kautschuk) und Benzin (Hydrierung) autark beziehungsweise teilautark zu werden. Beide Rohstoffe sind

³⁶ Ursprünglich lag der Aufrüstung ein Zehnjahresplan zugrunde, der bis 1944 laufen sollte. 1936 wurde er dann auf vier Jahre verkürzt, Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 5, Zweiter Halbband, S. 273–773, hier S. 676.

³⁷ Siehe ausführlich Tooze, S. 252–255.

von zentraler Bedeutung für jeden Krieg.³⁸ Es entstand innerhalb einer weiterhin kapitalistischen Volkswirtschaft „ein von der Politik gelenkter Sektor“.³⁹

Die Umsetzung der Vierjahrplaninvestitionen wie auch der kriegswirtschaftlichen Aufrüstung war jedoch keineswegs gesichert. Immer hing das Damoklesschwert der prekären Zahlungs- und Devisenbilanz auch über diesem zentralen Politikbereich des Deutschen Reiches. Da auf solche Herausforderungen nicht marktwirtschaftlich reagiert werden sollte, griff das Regime in verstärktem Maße zu dirigistischen Methoden. Rohstoffkontingentierungen⁴⁰, Preis- und Lohnstopps und staatliche Eingriffe gehörten zu den gängigen Mitteln. Auch wurde das Aufrüstungsprogramm zeitweilig eingefroren und nicht wie eigentlich vorgesehen laufend ausgeweitet. So war die Kriegsbereitschaft nach Berechnungen der Wehrmacht wegen kleinerer Stahlzuweisungen erst 1942, teilweise sogar noch später erreichbar. Die Luftwaffe musste von ihren gigantischen Aufwuchsraten Abstand nehmen, da zeitweilig der Export Vorrang erforderte. Göring drängte zudem darauf, bisher nicht genutzte minderwertige Eisenerzvorkommen auszubeuten; am 15. Juli 1937 wurden hierfür die Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter gegründet.⁴¹

Zentraler Flaschenhals für die gigantischen Aufrüstungspläne war und blieb die Stahlproduktion (wie auch später während des Kriegs), auf den die Wehrmachtführung mehrfach dringlich hinwies. In einer Besprechung mit der Wehrmachtführung am 5. November 1937 reagierte Hitler darauf. Aus dem sogenannten Hoßbach-Protokoll wissen wir, dass er zwar aufgrund wirtschaftlicher Restriktionen die grundlegenden Verschiebungen der Aufrüstung anerkannte, jedoch darauf bestand, dass die „Lebensraumfrage“ spätestens 1943 gelöst werden müsse. Gleichzeitig erklärte er, dass gegebenenfalls auch vor der Sicherstellung voller Kriegsausrüstung der Wehrmacht bei günstigen internationalen Konstellationen militärische Auseinandersetzungen geführt werden könnten. So nannte er vor allem die Notwendigkeit, sowohl Österreich anzuschließen als auch die Tschechoslowakei als Macht auszuschalten.

³⁸ Zu den Zielen der Vierjahrplanbehörde siehe ausführlicher Tooze, S. 266–271, hier besonders Tabellen S. 269 und 271. Bis Kriegsbeginn waren allein sieben Hydrierwerke, das größte in Leuna, gebaut worden. Bis 1943 war die Zahl auf 13 gestiegen, 1944 sogar auf 15, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 353. Bis 1944 war damit eine ausreichende Versorgung mit Treibstoff gesichert, auch wenn keine Vorräte mehr angelegt werden konnten, siehe ebenda, S. 356. Das Flugbenzin wurde ausschließlich aus synthetischem Benzin aus Hydrierwerken gewonnen, ebenda, S. 355. Die synthetische Kautschukproduktion reichte für die Kriegsanforderungen ebenfalls, das größte Werk hierfür war in Schkopau. 1944 produzierte man in mehreren Werken 104.000 Tonnen; Rohkautschuk konnte nicht importiert werden, siehe ebenda, S. 356 f.

³⁹ So Schneider, *Rüstung*, S. 187.

⁴⁰ So wurde etwa im Februar 1937 eine Kontingentierung für Eisen und Stahl eingeführt, auch für die Rüstungsindustrie, siehe Priemel, S. 359.

⁴¹ Siehe hierzu Tooze, S. 274–283. Zu den Reichswerken Hermann Göring, die zu 90 Prozent im Staatsbesitz blieben, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 546–551. Bezüglich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen siehe auch ebenda, S. 307 f. 1938 waren zum ersten Mal auch Dienstverpflichtungen von Arbeitskräften durch einen Erlass Görings ermöglicht worden, Tooze, S. 308; dazu später mehr.

Seine Aussage, die Stahlforderungen der Wehrmacht müssten auf jeden Fall erfüllt werden, blieb allerdings ohne konkrete Wirkung.⁴²

Das Deutsche Reich befand sich aufgrund des von Hitler ausgelösten Rüstungswettlaufs in einer Zeitfalle. Zwar waren der Anschluss Österreichs im März 1938 sowie auch die Annekterung der Sudetengebiete am 1. Oktober 1938 ohne direkte militärische Auseinandersetzungen mit den Westmächten geblieben; beides wurde anschließend jedoch von den potentiellen Kriegsgegnern im Westen zum Anlass genommen, selbst erhebliche neue Rüstungsanstrengungen vorzunehmen. Großbritannien legte neben verstärkter Seerüstung ein ehrgeiziges Luftwaffenrüstungsprogramm auf, Frankreich rüstete ebenfalls auf, und auch die USA mit der größten Volkswirtschaft der Welt entschlossen sich, ihre Seestreitkräfte erheblich zu erweitern. Obwohl die realen Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reiches dem Plan von 1936 nicht folgen konnten, war mit etwa 19 Prozent des BIP für die Wehrmacht, davon allein fünf Prozent für das Heer, eine Belastung der Volkswirtschaft erreicht, wie es sie bis dahin in Friedenszeiten in keinem anderen kapitalistischen Land der Welt gegeben hatte. Denn Hitler hatte sich entschlossen, die Kriegsführungsfähigkeit der Wehrmacht von 1940 auf 1939 vorzuziehen.⁴³

Wie waren die Lage Deutschlands und der Stand seines Rüstungsprogramms Anfang 1939? Bereits nach der Münchner Konferenz im September 1938, deren Ergebnisse schließlich den offenen Waffeneinsatz noch einmal verhindert hatten, verlangte Hitler eine Vervielfachung der Rüstungsausgaben mit dem neuen Ziel, die Wehrmacht nun gegenüber Großbritannien und Frankreich einsetzen zu können. Das Programm wurde von Hermann Göring in einer Rede am 14. Oktober 1938 verkündet und auf einer Sitzung des Reichsverteidigungsrats vom 18. November 1938 konkretisiert: Die Rüstungsproduktion müsse mit Hilfe eines Mobilisierungs- und Rationalisierungsprogramms verdreifacht werden.⁴⁴

Angesichts der tatsächlich vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen des Deutschen Reiches hatte dieses Programm jedoch keinerlei Chance auf Verwirklichung. Statt die Forderungen der Wehrmacht zu erfüllen, erhielt das Exportprogramm ab Anfang 1939 höchste Priorität, wie auch Hitler in seiner wegen der berühmt gewordenen „Prophezeiung“ zum Schicksal der europäischen Juden am 30. Januar 1939 gehaltenen Rede vor dem Reichstag verkündete. Um sich sowohl Export und Aufrüstung als auch Investitionen in die Zivilproduktion leisten zu können, würden neue Höchstleistungen von der Wirtschaft erforderlich sein.⁴⁵

⁴² Näher hierzu Tooze, S. 283–286. Der Major der Wehrmacht Friedrich Hoßbach war Teilnehmer an dieser Besprechung und fertigte Aufzeichnungen an.

⁴³ Tooze, S. 296–300. Auf die heutige Situation bezogen würde das bedeuten, dass die Bundesrepublik Deutschland circa 653 Milliarden Euro (2019: 3.440 Milliarden Euro BIP, 19 Prozent) für ihre Militärausgaben einplanen müsste, bei einem aktuellen Gesamtbundeshaushalt von circa 360 Milliarden Euro für 2020 (Vor der Corona-Krise).

⁴⁴ Näher hierzu Tooze, S. 338–341.

⁴⁵ Tooze, S. 353 f.

Aber auch Hitler konnte die Quadratur des Kreises nicht erzwingen. Zu Gunsten des Exports war daher bereits im November 1938 das Stahl(verbrauchs-)kontingent der Wehrmacht von 530.000 auf 300.000 Tonnen monatlich gekürzt worden, was zu einer drastischen Senkung der Munitionsproduktion führte und 1939 Kürzungen beim Bau von Kasernen, im Panzerprogramm und bei anderen Rüstungsgütern erforderlich machte.⁴⁶

Auch außenwirtschaftlich geriet das NS-Regime unter Druck. Nachdem bereits die Novemberpogrome gegen die deutschen Juden am 9. / 10. November 1938⁴⁷ auf scharfe internationale Kritik gestoßen und als Antwort darauf von Seiten der USA wirtschaftspolitische Maßnahmen angedroht worden waren, führte der Einmarsch in die „Resttschechei“ am 15. März 1939 und die anschließende Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren tatsächlich zu einer drastischen Erhöhung der Einfuhrzölle um 25 Prozent auf deutsche Waren in die USA; für die NS-Führung war das quasi eine wirtschaftspolitische Kriegserklärung.⁴⁸ Die europäischen Westmächte reagierten mit einer förmlichen Erklärung zur Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen durch das Deutsche Reich, was jede weitere diesbezügliche deutsche Gebietserweiterung unvermeidlich in einen europäischen Krieg münden lassen würde.

Gleichzeitig legte das Wirtschafts- und Rüstungsamt (WiRüAmt) der Wehrmacht am 24. Mai 1939 in einer Denkschrift dar, dass die Westmächte Frankreich, Großbritannien und USA nicht nur die deutschen und italienischen Rüstungsausgaben ab 1940 in absoluten Zahlen um zwei Milliarden RM übertreffen würden, sondern dass die Achsenmächte auch im Vergleich zu Erstgenannten einen erheblich größeren Anteil ihres BIP in die Rüstung investierten. Beim Deutschen Reich lag dieser Anteil 1939 bei 23 Prozent, in Frankreich bei 17, Großbritannien bei zwölf und in den USA (noch) bei zwei Prozent. Die Zeit lief, wie Tooze richtig feststellt, für die Westmächte.⁴⁹

Das Auf und Ab der Rüstungsentwicklung – mit bombastischen Rüstungsprogrammen und den aus wirtschaftlichen Gründen immer wieder folgenden Einbrüchen – wird in Abbildung 1 sehr deutlich:

⁴⁶ Tooze, S. 354–357.

⁴⁷ Zu den Abläufen siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 186–197.

⁴⁸ Tooze, S. 332 f. Zu den Reaktionen der USA auf die Pogromausschreitungen und die Importzollerhöhung, siehe ebenda, S. 359. Auch für Sachsen hatte dies Auswirkungen, da es beispielsweise zu einer Vielzahl von ausländischen Absagen für die Leipziger Frühjahrsmesse kam, wie die Wirtschaftsinspektion Dresden am 5. April 1939 feststellte, siehe Priemel, S. 433 FN 2.

⁴⁹ Tooze, S. 362 f.

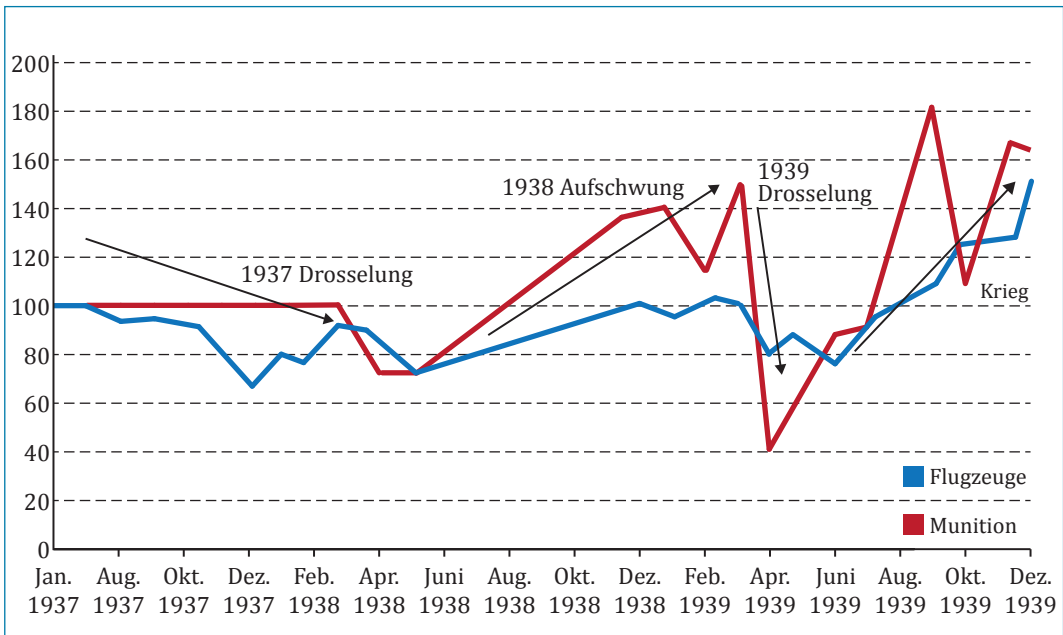


Abb. 1: Entwicklung Rüstungsproduktion 1937 bis 1939⁵⁰

Welche Schlussfolgerungen zog Hitler aus dieser Entwicklung? Da zwar die Zeit gegen das Deutsche Reich lief, jedoch die zwei Wehrmachtteile Heer und Luftwaffe durchaus dem potentiellen Angriffopfer Polen hoch überlegen waren⁵¹, entschloss er sich zum Angriff auf Polen. Hitler ging dabei von einem grundsätzlich doppelgleisigen kurz- wie mittelfristigen Kriegskonzept aus: Durch die Rüstungsplanung solle zwar ein längerer Krieg durchführbar werden, ein kurzer Krieg sei aber immer anzustreben. Zudem würden siegreiche kurze Kriege das Deutsche Reich in die Lage versetzen, längere militärische Auseinandersetzungen überhaupt erst durchzustehen. So erläuterte er am 23. Mai 1939 den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seinen Entschluss zum Überfall auf Polen und führte zur Kriegsplanung aus: „Jede Wehrmacht bzw. Staatsführung hat den kurzen Krieg anzustreben. Die Staatsführung hat sich dagegen jedoch auch auf den Krieg von 10 bis 15-jähriger Dauer einzurichten ...Es ist jedoch verbrecherisch, wenn die Staatsführung sich auf die Überraschung verlassen sollte ...Vorzubereiten ist der lange Krieg neben dem überraschenden Überfall.“ Kurz vor Kriegsbeginn begründete Hitler am 22. August 1939 wiederum gegenüber den Oberbefehlshabern der Wehrmacht den Überfall auf Polen sogar ausdrücklich mit wirtschaftlichen Zwängen, weil die bisherige Aufrüstungspolitik sonst nur noch wenige Jahre durchzuhalten sei (Auf dieses Dilemma hatte bereits

⁵⁰ Grafik nach Tooze, S. 356. Juni 1937 = 100 Prozent.

⁵¹ So Tooze, S. 368. Polen war 1939 nicht bereit gewesen, sich Deutschland gegen einen möglichen noch nicht datierten Angriff gegen die UdSSR (Lebensraum) anzuschließen.

Fromm 1936 aufmerksam gemacht): „Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen.“⁵² Diese parallel verfolgte eindeutige Doppelstrategie führte jedoch zusätzlich zu erheblichen Problemen bei Entscheidungsbefugnissen, -strukturen und -hierarchien, denn Planungen für einen langen Abnutzungskrieg und für kurze Feldzüge wurden bis 1941 parallel vorgenommen.⁵³

OKW und Wehrmachtteile hatten denn auch vielfältige organisatorische Planungen zur Entwicklung der zukünftigen Rüstungsproduktion für beide Szenarien entwickelt. Daneben sah zwar das Reichsverteidigungsgesetz vom 21. Mai 1935 die Einsetzung eines „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft“ (GBK) als zentrale Instanz vor, den Reichswirtschaftsminister; tatsächlich wurde jedoch die Verantwortung geteilt: Der GBK war für die kriegs- und lebenswichtigen Betriebe verantwortlich, die Wehrmacht aber weiterhin für die Rüstungsbetriebe. Dies führte zu vielfältigen Konkurrenzen zwischen beiden Institutionen. In der Novellierung des Reichsverteidigungsgesetzes vom 4. September 1938 wurde der „Generalbevollmächtigte für die Kriegswirtschaft“ zwar in „Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft“ (GBW) umbenannt. Er war für die Wirtschaft zuständig, jedoch weiterhin nicht für die Rüstungswirtschaft, die beim OKW blieb. Er hatte auch die kriegswirtschaftlichen Voraussetzungen für die Produktion der Rüstungsbetriebe sicherzustellen. Im Konfliktfall zwischen Forderungen des OKW und Belangen der Wirtschaft war Hitler die letzte Entscheidung vorbehalten.⁵⁴

Das zentrale Steuerungsinstrument von Rüstungspolitik und -produktion im OKW war das Wirtschafts-Rüstungs-Amt unter Generalmajor Georg Thomas, das einerseits die Bedarfe der Wehrmachtteile koordinieren wie auch die Rüstungsproduktion über die Rohstoffsteuerung lenken wollte und sollte.⁵⁵ Die Planer der Teilstreitkräfte wie auch des WiRüAmts gingen bei ihren Planungen immer von langdauernden militärischen Auseinandersetzungen (Stichwort: totaler Krieg) aus, während die Operationsplaner und auch Hitler, wie schon geschildert, bis 1941 die Priorität auf kurze Feldzüge legten.⁵⁶ Denn Deutschland war von Anfang an – nicht erst, als der Krieg gegen die UdSSR begonnen hatte oder die USA offiziell nach der deutschen Kriegserklärung vom 11. Dezember 1941 zum Kriegsgegner wurden – den Alliierten wirt-

⁵² Zitiert bei Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 360 und 361; auch bei Tooze, S. 369.

⁵³ So zum Beispiel nach dem Blitzkrieg gegen Polen, als die Wehrmachtplaner die Wehrmacht- und Rüstungsentwicklung für die nächsten Jahre projektierten, siehe Tooze, S. 390.

⁵⁴ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 552–357. Dies galt zum Beispiel für den zentralen Bereich der Stahlzuteilung, der nach Schachts Entlassung als Reichsbankpräsident im Januar 1939 (da Eisenimporte Devisen benötigten, so dass die Reichsbank bei Aufrüstung und Importen bis dahin mitbestimmen konnte) zu einer Prerogative Hitlers wurde und ohne dessen ausdrückliches Einverständnis zwischen den großen Bedarfsträgern nichts geändert werden konnte, siehe Tooze, S. 288.

⁵⁵ Zur Geschichte dieses Amtes bis 1939 siehe Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 283. General Thomas hatte bereits 1934 Finanzminister Schacht bei dessen Aufrüstungspolitik unterstützt, plädierte jedoch anders als die NS-Führung für die Notwendigkeit finanzieller Stabilität (wie Schacht) bei der Aufrüstung und unterstützte daher einen rigorosen Kurs zur Senkung der Zivilproduktion, siehe hierzu Tooze, S. 340.

⁵⁶ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 360 f.

schaftlich gesehen stark unterlegen. So lag allein 1939 das kombinierte deutsche und italienische BIP bei nur 60 Prozent des kumulierten britischen und französischen BIP.⁵⁷

Aufgrund der oben geschilderten grundlegenden materiellen Unterlegenheit war die deutsche politische und militärische Führung um (fast) jeden Preis bestrebt – durchaus entgegen Hitlers Ausführungen vom 23. Mai 1939 – vor 1941 einen langjährigen Abnutzungskrieg (auch aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges) zu vermeiden. Hinzu kam die psychologische Überlegung, wieder mit Verweis auf den Ersten Weltkrieg, als es ab 1917 / 1918 zu Unruhen im Deutschen Reich gekommen war, der deutschen Bevölkerung zu große Einschnitte und Belastungen zu ersparen.⁵⁸

Die deutsche Führung – und teilweise auch Hitler – waren also vor 1942 keineswegs bereit, von der deutschen Bevölkerung zugunsten von Kriegswirtschaft und Kriegsführung offiziell solche Belastungen abzuverlangen, wie dieses beispielsweise Stalin nach dem deutschen Angriff von seiner Bevölkerung oder Winston Churchill kurz nach seiner Ernennung zum britischen Premierminister 1940 für die britische Bevölkerung getan hatten. Auch als das NS-Regime im Herbst 1941 in seine erste (existentielle) Krise geriet, war die deutsche Führung nicht bereit, ihr strategisches Scheitern einzugestehen, sondern täuschte die Öffentlichkeit weiter mit Siegesmeldungen⁵⁹ über ihre Ratlosigkeit hinweg. Eine solche Rede wie die Churchills hat im Übrigen Hitler bis Kriegsende nicht gehalten. Nur scheinbar erstaunlich nahm die mit diktatorischer Macht regierende NS-Führung auf die öffentliche Meinung,

⁵⁷ Tooze, S. 13.

⁵⁸ Das Kriterium „Schonung der Heimat“ wird von Tooze im Hinblick etwa auf eine Blitzkriegstrategie grundsätzlich in seiner Bedeutung in Zweifel gezogen. Er betont ausdrücklich, dass der Verzicht auf manche Maßnahmen der NS-Führung bis Mitte des Zweiten Weltkrieges keineswegs etwas mit Rücksichtnahme auf die eigene Bevölkerung zu tun hatten, sondern eher mit den objektiven Rahmenbedingungen (Mehrfrontenkrieg). Nach seiner Einschätzung war die Bevölkerung bereits sehr stark belastet. Hitlers Garantien für das deutsche Gebiet bezogen sich hauptsächlich auf zwei Aspekte: die Sicherung der Ernährung und den Schutz vor Bombenangriffen, siehe Tooze, S. 389 und 497. Auf einem anderen Blatt steht dabei, dass die Stimmung der Bevölkerung aufgrund von größerer oder kleinerer Belastung auf regionaler und lokaler Ebene für die NS-Behörden immer von Belang war. Wir werden darauf im Folgenden noch näher eingehen.

⁵⁹ So Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 597. Selbst im Juli 1944, als die Heeresgruppe Mitte bereits kurz vor der Zerschlagung stand und die Alliierten am 6. Juni 1944 erfolgreich in der Normandie gelandet waren, war Hitler trotz Speers Drängen nicht bereit, eine solche Proklamation zum totalen Krieg zu erlassen. Statt dessen warnte Hitler in einer Rede, die von Speer ausgearbeitet worden war, nach dessen Besprechung mit Rüstungsindustriellen am 24. und 25. Juni 1944 in Linz, am 26. Juni 1944 vor ausgewählten führenden Industriellen auf dem Obersalzberg davor, Friedensplanungen für ihre Produktion nach einer deutschen Niederlage anzustellen, da mit dem Untergang des deutschen Volkes auch die deutsche Volkswirtschaft untergehen werde, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 750, 752 und 942. Zu diesen Besprechungen siehe auch Tooze, S. 727 f. Am 9. Juni 1944 war eine erste Rüstungstagung in Essen und vom 24. bis 25. Juni 1944 eine solche Tagung in Linz abgehalten worden. Begleitet wurde diese Entwicklung von weiteren Erlassen Hitlers und Speers zur Konzentration der Rüstung und zur Stärkung des Rüstungsministeriums, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 39–48. Der Führer-Erlass über die Konzentration der Rüstung und Kriegsproduktion vom 19. Juni 1944 ist abgedruckt in: Martin Moll (Hg.), „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus dem Bereich Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, S. 420–422.

genauer öffentliche Stimmung, immer mehr Rücksicht als dieses in Demokratien notwendig war.⁶⁰

Zwar hatte die deutsche Führung sehr weitreichende Kriegs- und Eroberungspläne entwickelt, war aber keineswegs gewillt, der eigenen Bevölkerung für deren Verwirklichung die notwendigen harten Bedingungen und Einschnitte aufzuerlegen, wie sie etwa später Speer und das WiRüAmt forderten. Erst mit der Katastrophe vor Moskau, dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie im Herbst / Winter 1941, musste das Regime dazu übergehen, auch die deutsche Zivilbevölkerung noch stärker zu belasten. Die härteste Last sollten und mussten allerdings weiter und sogar noch zunehmend andere tragen: die besetzten Länder Europas, vor allem aber die besetzten Ostgebiete (zum Teil auch Südostgebiete) Europas, die jeweils bereits kurz nach ihrer deutschen Besetzung einer brutalen Ausbeutung an Menschen und Material ausgesetzt wurden. Diese Politik führte für die besetzten Ostgebiete zur Deportation von Millionen Zivilisten zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich und gleichfalls zum Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener unter höchst diskriminierenden Bedingungen mit Hunderttausenden von Todesfällen, vor allem aber auch zu Millionen Todesfällen wegen absolut unzureichender Ernährung bereits in der Gefangenschaft.⁶¹

Kriegswirtschaft und Zwangsarbeitereinsatz ab Kriegsbeginn

Schon vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939, als etwa eine Lücke von insgesamt 1,2 Millionen Arbeitskräften klaffte, war den Verantwortlichen in Regierung, Wirtschaft und Wehrmacht bewusst gewesen, dass zukünftig größere Arbeitskräftekontingente aus dem Ausland notwendig sein würden. Der siegreichen Wehrmacht in Polen 1939 sowie in Frankreich 1940 folgten daher unmittelbar Vertreter des Reichsarbeitsministeriums.⁶² Ab Herbst 1939 wurden etwa 300.000 polnische Kriegsgef-

⁶⁰ Churchills Rede vor dem Unterhaus kulminierte in dem Satz: „I have nothing to offer but blood, toil, tears and sweat“ (Ich habe nichts anzubieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß). Wenn man überhaupt etwas, wenn auch nur entfernt Ähnliches anführen kann, dann wäre es cum grano salis Goebbels Sportpalast-Rede vom 18. Februar 1943 vor ausgewählten NSDAP-Anhängern, die in der Frage kulminierte: „Wollt ihr den totalen Krieg?“.

⁶¹ So stellt der Ausländereinsatz für Tooze geradezu ein Beleg dafür dar, dass die deutsche Bevölkerung arbeitsmäßig bereits vor der Katastrophe von Moskau, aber auch danach, bis an die Grenzen belastet war, siehe Tooze, S. 497.

⁶² Das erste Arbeitsamt wurde im eroberten Bergbauggebiet von Oberschlesien bereits einige Tage nach Kriegsbeginn in Rybnik eingerichtet, da gerade der Bergbau Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften hatte, siehe Heß, S. 112. Mitte September 1939 arbeiteten bereits 70, einen Monat später schon 115 Arbeitsämter in den besetzten polnischen Gebieten, siehe Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 26. Die Arbeitsämter in Polen waren mit bis zu 14 deutschen Mitarbeitern ausgestattet. Das System wurde nach dem Feldzug gegen Frankreich und vor allem dem Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion immer mehr ausgeweitet. 1943 arbeiteten insgesamt 2.500 Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung in den besetzten Gebieten, darunter allein etwa 1.500 in den besetzten Gebieten im Osten, siehe Maier, S. 73. Zahlen der Arbeitsverwaltungsmitarbeiter in allen besetzten Gebieten im Februar 1944 in: NS-Zwangsarbeit, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/NS-Zwangsarbeit>, 5. Oktober 2019. S. 7.

gene und bis Mitte 1940 310.000 polnische Zivilisten ins Deutsche Reich transportiert. Man setzte sie vornehmlich in der Landwirtschaft ein.⁶³ Allein in diesem Wirtschaftsbereich bestand 1939 ein Bedarf von gut 400.000 Arbeitskräften, obwohl zu diesem Zeitpunkt mit steigender Tendenz schon etwa 250.000 Ausländer darin beschäftigt waren.⁶⁴ Für die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten polnischen Gebiete wurde zudem eine neue Organisation der Vierjahrplanbehörde gegründet, die Haupttreuhandstelle Ost.⁶⁵

Von Anfang an war die Entlohnung polnischer Kräfte im Vergleich zu den sowieso schon unterdurchschnittlich bezahlten deutschen Arbeitskräften in der Landwirtschaft noch niedriger angesetzt. Sie verdienten monatlich durchschnittlich mit 17,5 RM für Frauen und 25 RM für Männer zwischen 50 Prozent bis 20 Prozent weniger als deutsche Arbeitskräfte, je nach Lohngebiet. Für die Arbeitgeber war der Einsatz dieser Kräfte trotzdem kostenmäßig nicht günstiger, da von den Polen beschäftigenden Betrieben entsprechende Reichs- wie Sozialausgleichsabgaben eingezogen wurden.⁶⁶ Hinzu kam, dass die Reichsversicherungsordnung zunächst für polnische Zivilarbeiter nicht galt. Erst ab 1. Januar 1943 mussten auch sie in die Invalidenversicherung einzahlen und waren damit theoretisch pflichtversichert.⁶⁷

Gleichwohl war angesichts des allgemeinen Arbeitskräftemangels das Bemühen der Landwirtschaft um polnische Arbeitskräfte immer vorhanden. Herbert Backe als für Landwirtschaft zuständiger Staatssekretär im REM und gleichzeitig Ernährungsverantwortlicher in der Vierjahrplanbehörde verlangte sogar 1940 750.000 Landarbeiter als Teil von insgesamt einer Million ins Deutsche Reich zu deportierender Zwangsarbeiter aus dem polnischen Generalgouvernement⁶⁸. Bereits ab April 1940 setzte man daher umfangreiche Zwangsmittel zur

⁶³ Die Landwirtschaft hatte aufgrund von Arbeitskräfteversetzungen in die Rüstungsindustrie und Einziehungen zur Wehrmacht erhebliche und zunehmende Probleme, Tooze, S. 419. Zudem war es nach der Genfer Konvention verboten, ausländische Kriegsgefangene in rüstungsnahen Bereichen einzusetzen, so dass zunächst dieser Arbeitseinsatz vorherrschte, Maier, S. 77. Ab 1942 (siehe weiter unten) fanden solche völkerrechtlichen Restriktionen bei den zuständigen Reichsinstanzen keine Beachtung mehr.

⁶⁴ Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Ausländer in Bezug auf alle ausländischen Beschäftigten hatte sich von 23 Prozent im Jahr 1936 / 1937 auf gut 43 Prozent 1939 fast verdoppelt, Zahlen bei Katharina Hoffmann, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Winkler, Stiften gehen, S. 130–147, hier S. 131.

⁶⁵ Dies brachte es mit sich, dass polnische Unternehmen nicht von deutschen Betrieben einfach in ihren Besitz gebracht wurden, sondern nur treuhänderisch vergeben wurden. Eine endgültige Lösung war erst nach Kriegsende vorgesehen. Dies führte dazu, dass auch deutsche Unternehmen sich um treuhänderische Mandate in Polen bemühten, etwa die HASAG und die Firma Flügel & Polter aus Leipzig oder die Astra-Werke aus Chemnitz, siehe Kapitel 5 und 6.

⁶⁶ Zahlen und Angaben dazu bei: Hoffmann, S. 133. Hier zeigte sich schon eine Entwicklung, die auch auf andere Beschäftigungszweige zutraf: Wenn aus rasseideologischen Gründen niedrigere Entlohnungen von Ausländern als bei Deutschen festgelegt wurden, erhob der Staat entsprechende Ausgleichszahlungen, wahrscheinlich auch, um keine zusätzlichen Anreize zur Beschäftigung billigerer Auslandskräfte zu setzen. Dies traf etwa auf die Sondersteuer für beschäftigte Polen am 5. August 1940 zu, siehe Wießner, S. 6.

⁶⁷ Gerhard Jochem, Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) in Deutschland, in: www.rijo.homepage.t-online.de/pdf/DE_DE_WK2.nsb.pdf, S. 5.

⁶⁸ Im Generalgouvernement wurde bereits mit seiner Gründung am 26. Oktober 1939 die Arbeitspflicht für 14- bis 60-jährige männliche Polen und Juden eingeführt, die damit zur Zwangsarbeit verpflichtet waren. Auch

Arbeitskräftebeschaffung ein.⁶⁹ Aber auch die vorher noch angewandten Anwerbemittel können, darauf weist Spoerer zu Recht hin, keineswegs als Mittel zum freiwilligen Arbeitseinsatz bewertet werden.⁷⁰

Um die Restriktionen für den Kriegsgefangeneneinsatz zu umgehen, wurden zudem die meisten polnischen Kriegsgefangenen in einen Zivilstatus überführt, welcher sie für alle Wirtschaftsbereiche einsetzbar machte. Gleichzeitig wurde diesen Personen eine Rückkehr in ihre Heimat verweigert. Während für Arbeitskräfte aus verbündeten Ländern Urlaubs- und Familienheimfahrten immer möglich waren, wurde das für die polnischen Kräfte schon Ende 1940 eingeschränkt, und solche Reisen waren – vor allem aus Furcht vor der Nichtrückkehr – auch nur nach vorheriger Abstimmung mit Arbeitsamt und Gestapo möglich. Im Frühjahr 1941 wurde eine generelle Urlaubssperre verfügt.⁷¹ Arbeitsverpflichtungen waren für Polen nun prinzipiell unbefristet. Gesonderte Arbeitsverträge wurden nicht mehr ausgestellt und es galten die Arbeitskarten der Arbeitsämter.⁷²

Als zweite große Gruppe kamen nach dem siegreichen Frankreich-Feldzug ab Mitte 1940 etwa 1,2 Millionen französische Kriegsgefangene sowie bald auch freiwillige⁷³ und zwangsverpflichtete französische Zivilarbeiter hinzu.⁷⁴ Freilich gab es bereits zu diesem Zeitpunkt, neben rassistisch unterschiedlicher Behandlung, auch ökonomische Unterschiede. Im Gegensatz zu den Polen war es zum Beispiel den französischen Arbeitskräften möglich, tatsächlich Teile ihres

wenn die Juden zumeist bald in Ghettos überstellt wurden, waren sie zu solchen Arbeiten außerhalb der Ghettos verpflichtet.

⁶⁹ Der damals zuständig Leiter des Arbeitsamtes im RAM, Dr. Syrup, hatte „eine(r) vorsichtige(n) Anwendung von Zwangsmaßnahmen“ zugestimmt, zitiert in: Maier, S. 81. Freilich waren aus diesem polnischen Landesteil bis 1939 keine Wanderarbeiter für die deutsche Wirtschaft gekommen, so dass die deutschen Behörden nicht an traditionelle Arbeitsmigration anknüpfen konnten. Zwang war also von Anfang an von viel größerer Bedeutung als später bei den besetzten westeuropäischen Gebieten, siehe Tooze, S. 420 f. und S. 423.

⁷⁰ So kam es bald nach Einmarsch der Wehrmacht in Polen zu vielfachen Betriebsstilllegungen mit einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Falle einer Nichtmeldung beim Arbeitsamt drohte der Entzug der Lebensmittelkarten, so dass erheblicher ökonomischer Druck zur Meldung für den „Reichseinsatz“ bestand, siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 7. Dasselbe galt später nach dem Einmarsch in die UdSSR.

⁷¹ Einige Ausnahmen für Familienheimfahrten wurden im Herbst 1941 wieder bei besonderen Familienanlässen wie dem Tod von Angehörigen, Heiraten und ähnlichen Fällen eingeführt, auch für als zuverlässig Angesehene wurden Heimfahrten genehmigt.

⁷² Maier, S. 75 f. und 78.

⁷³ Eichholtz weist zu Recht darauf hin, dass die deutschen Behörden in Nord- und Westeuropa zusätzlich nachhelfen, um „Freiwillige“ zu rekrutieren. So unterlagen Arbeitsfähige dort bei Arbeitsverweigerung entsprechenden administrativen Maßnahmen wie dem Entzug von Arbeitslosenunterstützung oder der Drohung mit Arbeitserziehungslagern, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 19 f. Siehe zu den angewandten administrativen und direkten Zwangsmitteln in West und Ost auch Maier, S. 74.

⁷⁴ Ulrich Herbert, Einleitung, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der >Reichseinsatz<. Ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 7–25, hier S. 9 f. Auch eine Million deutscher Arbeitskräfte war inzwischen in kriegswichtigen Wirtschaftszweigen auf der Grundlage von Görings Erlass aus dem Jahr 1938 zwangsverpflichtet worden, siehe Tooze, S. 418.

Lohns nach Hause an Angehörige zu überweisen und damit ihre Familien zu unterstützen⁷⁵, und es war ihnen erlaubt, bis 1943 relativ ungehindert Familienheimfahrten durchzuführen. Als sich jedoch im Jahr 1943 Fluchten, das heißt vor allem die Nichtrückkehr an den Arbeitsplatz, häuften, kam es beispielsweise im Bereich der Rüstungsinspektion Dresden zu befristeten Urlaubssperren. Ab Februar 1944 erließ Sauckel eine allgemeine Urlaubssperre für Arbeitskräfte aus nichtverbündeten Staaten⁷⁶ beziehungsweise im April 1944 für alle „Westarbeiter“.⁷⁷ Denn insbesondere 1944 hatte unter anderem die Nichtrückkehr von Franzosen in ihre Produktionsbetriebe im Bereich der Reichsgruppe Industrie einen Umfang von 95 Prozent erreicht.⁷⁸

Zunächst einmal folgte jedoch auf den Beginn des Krieges gegen Polen als neue Rahmensezung für die deutsche Kriegswirtschaft am 4. September 1939 der Erlass einer Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO). Zum einen betraf sie den Bereich der Finanzierung des Krieges, welche anders als im Ersten Weltkrieg durch Steuerlasten getragen werden sollte. Auf der einen Seite sah die Verordnung eine Erhöhung der Einkommenssteuer bei Besserverdienenden um 50 Prozent sowie bei Arbeitern und Angestellten die Abschaffung von Zuschlägen⁷⁹, die nun von den Unternehmen an den Staat zu zahlen waren, und Urlaubsansprüchen vor. Hinzu kamen Forderungen, den Lohn auf das Niveau von 1932 zu senken⁸⁰. Dieser Lohnverzicht sollte auf Seiten der Wirtschaft wegen sich daraus ergebender sinkender Produktionskosten zu einem Preisstopp beziehungsweise mittelfristig zu sinkenden Kosten für den Ver-

⁷⁵ So erließ die Deutsche Bank 1943 ein Merkblatt für die Einsatzbetriebe, in dem das Prozedere solcher Überweisungen für Franzosen erläutert wurde, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz.

⁷⁶ Kukowski / Boch, S. 275 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 274 f. Bei „bewährten“ Polen war im November 1941 versuchsweise die Gewährung von Heimaturlaub eingeführt worden. Von 1.338 Polen kamen jedoch nur 547 zur Arbeit zurück, so dass diese Sonderaktion wieder eingestellt wurde, siehe Wießner, S. 8.

⁷⁷ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 252.

⁷⁸ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 290.

⁷⁹ Die Kriegswirtschaftsverordnung ist veröffentlicht in: RGBl 1939 I, S. 2254. Die Stundenlöhne stiegen, da im Prinzip mit der Verordnung ein Lohnstopp verfügt worden war, nur wenig an, um etwa zehn Prozent bis 1943, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 467. Zu den wichtigsten Bestimmungen der KWVO, die auch Zuschläge auf Waren vorsah, siehe Manfred Oertel, Die Kriegsfinanzierung, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 681–737, hier S. 696 f. Der zudem erlassene Wegfall von Sonderzuschlägen auf Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit wurde im November 1939 aber schon wieder aufgehoben. Nach der KWVO wurden eine Dividendenabgabeverordnung am 12. Juni 1941 sowie mehrere Gewinnabführungsverordnungen bezüglich der Industrie erlassen, um die hohen Gewinne bei der Rüstungsproduktion wenigstens teilweise abzuschöpfen, siehe hierzu Oertel, S. 697–701.

⁸⁰ Die durchschnittliche Arbeitsstunde im Deutschen Reich wurde 1932 in der Industrie mit 0,68 RM entlohnt; 1939 war die Entlohnung auf 0,81 RM gestiegen. Die Arbeitszeit nahm von etwa 180 Monatsstunden auf 193 zu. Mit dem Kriegsbeginn ging eine Arbeitszeiterhöhung von gut 30 Prozent einher, so dass 1944 gut 210 Stunden zu arbeiten waren. Wenn dies auf die Arbeitszeit umgerechnet wird, so lag das Stundenverdienst 1944 unter dem Niveau von 1939, siehe Mathias Antusch, Zwangsarbeit im Stahlwerk Gröditz, München 2004 (Diplomarbeit der Bundeswehrhochschule München), S. 20.

brauchsgütersektor führen, was nur unzureichend geschah.⁸¹ Bereits vor Kriegsbeginn hatte General Thomas führenden Wirtschaftsvertretern darüber hinaus erklärt, dass die Wehrmacht bei ihren Bestellungen keinesfalls gewillt sei, das Gewinnprinzip bei der Rüstungsproduktion unumschränkt zu berücksichtigen und damit das Eigeninteresse der Wirtschaft an der Produktion von Rüstungsgütern zu fördern.⁸²

Die genannte Kriegswirtschaftsverordnung sah auch eine Aufhebung der Arbeitszeitregelung vor, die bisher eine Sechs-Tage-Woche mit jeweils acht Arbeitsstunden zur Grundlage hatte. Urlaubs- und Familienheimfahrten waren zunächst ebenfalls nicht mehr vorgesehen. Beides wurde alsbald nach dem Sieg über Polen jedoch wieder aufgehoben. Die Verordnung beinhaltete aber auch zusätzliche Arbeitseinschränkungen für Frauen und Jugendliche, denen etwa Nacharbeit verboten wurde.⁸³ Dieses war einer der Gründe, warum die deutsche Kriegswirtschaft selbst mit erheblich zunehmendem Arbeitskräftemangel nur partiell und erst sehr spät zum Mehrschichtsystem übergegangen ist.

Um im Kriegsfall entscheidenden staatlichen Einfluss auf den Arbeitskräftemarkt zu erhalten, waren bereits 1936 mit Verabschiedung des Vierjahrplanes Regelungen zur Einführung einer Dienstpflicht eingeführt worden. Am 22. Juni 1938 wurde eine sogenannte Dienstpflicht-Verordnung unter dem Titel „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ erlassen; am 13. Februar 1939 wurde diese Dienstpflicht auf unbefristete Arbeiten ausgedehnt; dem folgte am 2. März 1939 die entsprechende Durchführungsverordnung. Mit einer Verordnung vom 10. März 1939 wurde zudem jeder Arbeitsplatzwechsel von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig gemacht.⁸⁴ Deutsche Arbeitskräfte konnten so – auch gegen ihren Willen – prinzipiell auf jeden vom Staat als notwendig angesehenen Arbeitsplatz versetzt werden; dass solche Maßnahmen keineswegs immer reibungslos verliefen und oftmals auf erheblichen lokalen und regionalen Widerstand trafen, zeigte die weitere Arbeitskräfteentwicklung bis 1945.

⁸¹ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 377 f.

⁸² Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 375. Tooze bezweifelt allerdings, dass eine solche Äußerung General Thomas' mit dazu beigetragen habe, die Industrie für die Ernennung des NS-(Zivilisten) Fritz Todt einzunehmen, siehe Tooze, S. 406.

⁸³ Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 771 f. und 778 f. Die von SD-Chef Reinhard Heydrich erlassene Verordnung „Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges“ und die kurze Zeit später ergangene Verordnung des RSHA „Grundsätzliche Maßnahmen in Fällen von Arbeitsniederlegungen“ sahen bei Widersetzlichkeiten zwar drakonische Strafen vor, wurden angesichts der prekären Arbeitskräftesituation aber eher zurückhaltend angewandt, siehe Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 779.

⁸⁴ Hesse, *Teil II*, S. 17. Da die Arbeitskräftelenkung nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln (sprich: über höhere Löhne) erfolgen sollte, griff man daher schon früh zu solchen dirigistischen Maßnahmen, siehe Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 144. Parallel zu dieser Maßnahme wurde ab 1938 auch für die Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern eine Stellungnahme der Gestapo notwendig; mit der Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 wurde für jeden Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis der Polizei erforderlich, siehe Maier, S. 76.

Eine grundlegende Entscheidung gleich zu Kriegsbeginn führte dazu, dass die Rüstungsproduktion 1939 in Erwartung eines kurzen Krieges als Breitenrüstung und nicht, wie das WiRüAmt forderte, als Tiefenrüstung organisiert wurde⁸⁵. So schlug das Reichswirtschaftsministerium in einer Besprechung am 3. und 4. Oktober 1939 vor, vom Grundsatz der Konzentration der Rüstungsproduktion in besonders leistungsfähigen Betrieben (rasche Produktion zu günstigsten Bedingungen) abzuweichen und eine möglichst breitgestreute Rüstungsproduktion (Produktion mit vergleichsweise hohem Aufwand) vorzunehmen, was sich, wie Rolf-Dieter Müller feststellt, „in den nächsten zwei Jahren als eines der wichtigsten Hindernisse bei der Ausweitung der Rüstungsproduktion erwies.“ Reichswirtschaftsminister Funk und die Gauleiter hatten damit zunächst über die Forderungen des OKW gesiegt.⁸⁶ Die deutsche Wirtschaft wurde nicht auf einen totalen Krieg mit massiver Einschränkung ziviler Produktion zugunsten der Rüstungsproduktion ausgerichtet, sondern blieb mindestens bis zur Ernennung Speers zum Rüstungsminister 1942 tatsächlich eine „Übergangswirtschaft“. Man kann sie auch schlagwortartig als „friedensmäßige Kriegswirtschaft“ oder als „kriegswirtschaftliche Friedenswirtschaft“ bezeichnen.⁸⁷

Für die Rüstungsproduktion und ihren Arbeitskräftebedarf bedeutete das, dass nicht große zentrale Rüstungsbetriebe und hauptsächlich an wirtschaftlichen Effizienzkriterien ausgerichtete Produktionsanlagen errichtet wurden, sondern die Produktion auf eine Vielzahl von größeren und vor allem mittelständischen Betrieben verteilt wurde; der eher mittel- und kleinteiligen Produktionsstruktur Sachsens kam das entgegen und prägte deren Rüstungsproduktionsstruktur bis in das Jahr 1942 hinein. Gleichzeitig konnte damit die zivile Produktion auf recht hohem Niveau weiterlaufen und erlaubte der Staatsführung, die Bevölkerung (noch) vor zu großen rüstungswirtschaftlichen Einschränkungen zu bewahren.

Auch die Wirtschaft war nicht bereit oder genötigt, ihre Produktion den Bedingungen eines „totalen Krieges“ zu unterwerfen; eine entsprechende Umstellung war – entgegen allen Forderungen des OKW / WiRüAmts – nach Ansicht des GBW nicht (mehr) nötig.⁸⁸ Obwohl das WiRüAmt von Hitler mehrfach Grundsatzbefehle zur Steigerung der Rüstungsproduktion zum Vorteil des einen oder anderen Wehrmachtteils erwirken konnte, wurden diese entweder

⁸⁵ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 358 f. Siehe auch Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 702 ff.

⁸⁶ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 385. Dort auch Zitat.

⁸⁷ Eichholtz macht darauf aufmerksam, dass die Zivilproduktion zwar bis 1941 nur um wenige Prozent gegenüber 1939 gesunken war, jedoch zugleich die Wehrmacht verstärkt als Nachfrager auftrat, so dass die Zivilgüterkonsumption durch die Bevölkerung real um etwa ein Viertel abgenommen hatte, später noch mehr, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, Tabellen 101 und 102, S. 384 f. Kritisch zu den obigen offiziellen Charakterisierungen der Wirtschaft mit Bezug auf Adam Tooze Michael C. Schneider, *Sächsische Unternehmen in der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft*, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 83–98, S. 91. Tatsächlich muss der obige Begriff kein Widerspruch sein. Alle wichtigen Autoren sind sich einig, dass das Mobilisierungsniveau der deutschen Gesellschaft, wie es ab 1942 begann, für die 1939 Handelnden einfach noch nicht vorstellbar war und eben nicht hauptsächlich dem Grundsatz einer Schonung der deutschen Bevölkerung seitens der NS-Spitze geschuldet war.

⁸⁸ Hierzu näher Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 388 ff.

nicht voll umgesetzt oder durch teils andersgelagerte Wehrmachtplanungen begleitet. Die fehlende Durchsetzung wirtschaftspolitischer Beschlüsse führte unter anderem aus Sicht der führenden Militär- und Wirtschaftsplaner dazu, dass die vorgesehenen umfänglichen Stilllegungen von Zivilproduktionen zugunsten von Rüstungsgütern in der Großindustrie (mit der Folge möglicher Massenarbeitslosigkeit) so 1940 nicht stattfanden oder ins Leere liefen, da sie von der Industrie wie auch regionalen NS-Verantwortlichen konterkariert wurden. „Besonders die regionalen Machthaber setzten sich, gefördert durch Hitlers nachgiebige Haltung, in Erwartung eines kurzen Krieges für die Schonung der Zivilproduktion sowie für die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung ein. Sie hatten vielfach Erfolg, weil sich gegenüber dem Drängen der Wehrmacht auf Mobilisierung aller Kräfte für die Rüstung ein stiller Boykott entwickelte, bei dem Wirtschaft, Verwaltung und Partei an einem Strang zogen. Selbst die Rüstungsunternehmen zeigten sich bestrebt, ihre zivile Angebotspalette nicht völlig umzustellen und damit potentielle Nachkriegsmärkte nicht zu verlieren“, so fasst Rolf-Dieter Müller die Situation bis 1941 zusammen. Zwar sank das Konsumgüterniveau bis 1941 um etwa ein Drittel, jedoch keineswegs so drastisch wie von Rüstungsseite gefordert.⁸⁹ Selbst Hitler-Weisungen, Rohstoffe aus dem Export- in den Rüstungssektor umzulenken, wurden nicht umgesetzt.⁹⁰ Die tatsächlich vorkommenden Teilauslastungen der Betriebe betrafen jedoch nicht nur die Zivilproduktion, sondern infolge von durch Witterungseinflüsse hervorgerufenen Transportproblemen auch Betriebsstilllegungen bei Rüstungsbetrieben. So waren davon im April 1940 von insgesamt 5.850 W-Betrieben (Betriebe, die für die Wehrmacht produzierten) 478 betroffen.⁹¹

Die Organisation der Kriegswirtschaft war und blieb zersplittert und die Rüstungsproduktion stagnierte oder sank, trotz des bevorstehenden aktiven Krieges gegen Frankreich. Die Rüstungsausstoß fiel im Januar 1940 auf sein niedrigstes Niveau und führte zu einer Änderung: der Einrichtung eines eigenen zivilen Rüstungsministeriums zu Lasten des Heereswaffenamtes. So führte eine vermeintliche Munitionskrise dazu, dass im Frühjahr 1940 zum ersten Mal ein eigener Rüstungsminister ernannt wurde. Fritz Todt, durchaus in der Industrie als Fachmann (Ingenieur) anerkannt, langjähriger Leiter des Hauptamtes für Technik der NSDAP, Erbauer des Westwalls, Generalinspektor für den Straßenbau und guter Bekannter Hitlers, wurde am 17. März 1940 zum zivilen Minister für Bewaffnung und Munition ernannt.⁹² Freilich zeigt ein Zahlenvergleich, dass allein von seiner Personalausstattung her mit der Einrichtung eines zivilen Rüstungsministeriums keine tatsächliche Wende in der Rüstungssteuerung einherging: Todts Ministerium hatte 50 Mitarbeiter, Thomas' WiRüAmt 500, aber das Heeres-

⁸⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 478. Am Beispiel der Astra-Werke lässt sich dieser Prozess ebenfalls nachvollziehen (Kapitel 5).

⁹⁰ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 394. Zum Scheitern von Stillegeaktionen derselbe, S. 448. Ein Grund hierfür war, das General Thomas' WiRüAmt nicht in der Lage war, die über 5.850 Wehrmacht(produktions)betriebe (W-Betriebe) ausreichend zu überwachen, ebenda, 449 f.

⁹¹ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 451.

⁹² Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 453. Zum Aufstieg Todts siehe ebenda, S. 455 ff.

waffenamt allein 5.000.⁹³ Der Rüstungsboom von Februar 1940 bis Juli 1940 mit einer Verdoppelung des Outputs hatte demnach, wie Tooze zu Recht betont, wenig mit Fritz Todt und sehr viel mit der Anspannung der Kräfte zur Erhöhung der Militärproduktion zulasten des Zivilsektors zu tun.⁹⁴

Nach dem Sieg über Frankreich war das Deutsche Reich wie erstmals im Sommer 1939 wieder vor eine grundlegende Entscheidungssituation gestellt. Großbritannien zeigte sich mit den USA im Hintergrund auch nach dem deutschen Sieg über Frankreich keinesfalls gewillt, Deutschland dessen europäische Beute mittels eines Friedensvertrags zuzugestehen und damit den Krieg zu beenden. Wie wollte man auf deutscher Seite mit diesem Wirtschaftsraum und dem nicht zu erreichenden Waffenstillstand mit Großbritannien umgehen? Auf längere Sicht war das Potential des verbliebenen Kriegsgegners Großbritannien (mit Kolonien) doppelt so groß wie das deutsche. Selbst mit Frankreichs Potential auf deutscher Seite änderte sich das nicht entscheidend. Wichtiger war jedoch, dass sich mit dem Potential der USA die Waage immer weiter zugunsten Großbritanniens senkte, so dass in mittlerer Perspektive das Deutsche Reich weiter in Bedrängnis kommen würde.⁹⁵ Ein Vergleich des Deutschen Reiches mit Großbritannien zeigt, welch ungleich größeren Ressourcen Großbritannien trotz des großen Ausgreifens des Deutschen Reiches auf das europäische Festland mobilisieren konnte: So betrug etwa der Anteil ausländischer Ressourcen zu den britischen Militärausgaben 1941 35 Prozent gegenüber 18 Prozent für das Deutsche Reich.⁹⁶

Bereits kurz nach dem Beginn des militärischen Feldzugs gegen Frankreich hatte US-Präsident Roosevelt ein eigenes riesiges Aufrüstungsprogramm verkündet. Es sollten Kapazitäten für den Bau von 50.000 Kampfflugzeugen pro Jahr geschaffen werden; ein Programm für den Aufbau einer Flugzeugträgerflotte wurde beschlossen, ebenso die Einführung der Wehrpflicht. Die USA erklärten sich bereit, Großbritannien mit Tausenden von Kampfflugzeugen zu versorgen und auch die vor dem Mai 1940 getätigten französischen Bestellungen auf Großbritannien zu übertragen. Die Kapazität der amerikanischen Industrie wurde perspektivisch auf

⁹³ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 479. So verdiente sich Todt erste Meriten mit dem vor allem propagandistischen Projekt des Autobahnbaus ab 1933, siehe Tooze, S. 69 f. Zu den ersten Schritten Todts bei der Reorganisation der Rüstungswirtschaft und der Rolle der Industrie dabei siehe Tooze, S. 406–408.

⁹⁴ Siehe hierzu Tooze, S. 403–405, hier Tabelle Index Rüstungsproduktion September 1939 bis Dezember 1941. Es war bis Kriegsende die größte Steigerung der Rüstungsproduktion innerhalb eines Jahres. Zur Rüstungsentwicklung nach dem Polen-Feldzug siehe Tooze, S. 393–398. Ein Grund dürfte auch, wie schon in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, der Einbruch bei den Industriegüterimporten gewesen sein, die von etwa 550 Millionen RM auf gut 100 Millionen RM Anfang 1940 fielen, siehe Tooze, S. 387 sowie Tabelle Importe S. 388.

⁹⁵ Zum wirtschaftlichen Potential aller damaligen wichtigen Länder Tooze, Tabelle 9 S. 446. Auch später lag der Anteil der Waffenlieferungen aus allen besetzten Gebieten, beispielsweise 1943, nur bei einem Anteil von 9,3 Prozent am gesamten deutschen Waffenausstoß, Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, Tabelle 132 und S. 508.

⁹⁶ Siehe Tooze, Tabelle 11 S. 472 f.

72.000 Flugzeuge pro Jahr erweitert, gegenüber etwa 10.000 bis 12.000 Kampfflugzeugen in der deutschen Luftrüstungsindustrie.⁹⁷

Im Dezember 1940 unternahm die USA einen weiteren Schritt. Präsident Roosevelt kündigte am 17. Dezember 1940 ein Lend-Lease-Gesetz mit gewaltiger Rüstungsproduktion an, das vom Kongress am 11. März 1941 verabschiedet wurde und ein Volumen von 8,3 Milliarden Dollar für Lieferungen an Großbritannien hatte, dem Doppelten der jährlichen Rüstungsleistung Deutschlands. Die dem Deutschen Reich in Europa zur Verfügung stehenden Ressourcen beliefen sich demgegenüber nur einen Bruchteil davon.⁹⁸ Hinzu kam noch, dass auch die Ernährungssituation im Deutschen Reich wie in den von ihm besetzten Teilen Westeuropas (ganz zu schweigen von den besetzten polnischen Gebieten) immer prekärer wurde. Missernten in Deutschland, Plünderungen der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten und der Beginn des massenhaften Abzugs von Arbeitskräften in das Deutsche Reich führten auch in den besetzten Gebieten zu sinkender Nahrungsmittelproduktion und sehr niedrigen Versorgungsraten, die etwa durchschnittlich täglich nur 1.300 kcal pro Einwohner in Frankreich und Belgien ermöglichten. Auch in diesem Bereich geriet Deutschland in Bedrängnis.⁹⁹

Auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sind die weiteren Kriegs- und Rüstungsplanungen des Deutschen Reiches und ihre teils drastischen Schwenks nach dem Frankreich-Feldzug zu betrachten. Der im Sommer 1940 unerwartet kurze Feldzug gegen Frankreich führte auf der einen Seite bei der Industrie in Erwartung eines baldigen Kriegsendes zu einer verstärkten „Friedensproduktion“.¹⁰⁰ Auf der anderen Seite zog das nichtabsehbare Ende der Kampfhandlungen mit Großbritannien nunmehr erste *konkrete* Überlegungen zu einem

⁹⁷ Tooze, S. 467–473.

⁹⁸ Tooze, S. 474–476. Im Vergleich dazu waren etwa die Beiträge Frankreichs zur deutschen Flugzeugproduktion eher bescheiden und lagen während des ganzen Krieges nur bei 2.517 Maschinen; im Übrigen benötigte man für deren Produktion viermal so viel Arbeitskräfte wie in Deutschland, was Tooze zu der Feststellung führt, dass die Rüstungsproduktion des Deutschen Reiches daher am stärksten durch den Zwangsarbeitereinsatz aus den besetzten Ländern in Deutschland profitierte, Tooze, S. 476. In den Auseinandersetzungen 1943 / 1944 zwischen Sauckel und Speer um die Frage, wo die Herstellung von Rüstungsgütern produktiver sei (Besetzte Länder oder Deutsches Reich), spielte diese Frage ebenfalls eine Rolle. Gleiches galt etwa für die kriegswichtige Versorgung mit Kohle und Rohöl, bei der das Deutsche Reich ebenso im Hintertreffen war; siehe hierzu Tooze, S. 476–482.

⁹⁹ Tooze, S. 485. Nur ein Staat Europas schien nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch die Mangelrohstoffe Rohöl, Erze und Kohle in Hülle und Fülle zu bieten: die Sowjetunion. Im normalen Außenhandelsverkehr war das von sowjetischer Seite angesichts deutscher Exportprobleme nicht zu gewinnen. Insofern schien eine Zerschlagung der Sowjetunion – zugespitzt formuliert – auch ein Paradies für die deutsche Kriegswirtschaft zu bieten, und die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten für die dortige Bevölkerung waren im ideologischen System des Nationalsozialismus schon eingepreist (Das Recht des Stärkeren, Hungerplan und Generalplan Ost 1941), siehe weiter unten.

¹⁰⁰ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 492. Zu den Überlegungen etwa im Flick-Konzern über das zukünftige Produktionsprofil im Spätsommer 1940 angesichts sinkender Stahlproduktion siehe Priemel, S. 509–512. Aus Sicht des Flick-Konzerns stellte die durchaus willkommene Kriegskonjunktur trotz allem eine Sonderentwicklung dar, so dass man immer das normale Geschäft der Zivilproduktion im Auge behalten musste, siehe hierzu ebenda, S. 519–522.

Krieg gegen die UdSSR nach sich. Gleichwohl verlagerte sich mit einem Führer-Erlass vom 13. Juli 1940 zunächst noch das Schwergewicht der Rüstungsproduktion auf die Wehrmachtteile Marine und Luftwaffe, das Heer trat an die dritte Stelle; in der Munitionsproduktion (vor allem für das Heer) gab es umfangreiche Teildemobilisierungen. OKW / WiRüAmt und Göring (als Oberbefehlshaber der Luftwaffe) hatten gegen Bestrebungen Todts die Oberhand behalten, obwohl alle Beteiligten erstrebten, ihren jeweiligen Einfluss zu sichern oder wieder auszubauen. Im August 1940 hatte das Heer sogar die Planung akzeptiert, dass eine volle Ausrüstung ihrer Divisionen erst 1943 zu erreichen war.¹⁰¹ Freilich war der Führer-Befehl vom 13. Juli nur so kurz in Kraft, dass er kaum Änderungen in der Rüstungspriorisierung zur Folge hatte. Denn bereits am 31. Juli 1940 erläuterte Hitler dem OKW zum ersten Mal Absichten, im nächsten Jahr einen Krieg gegen die UdSSR zu führen.¹⁰²

Die Wehrmachtführung bemühte sich angesichts der Tatsache, dass Hitlers Kriegspläne gegen die UdSSR bereits ab Ende August 1940 deutlicher erkennbar wurden, erhöhte Personalressourcen im Rahmen des „Rüstungsprogramms B“ (B steht für Barbarossa, dem späteren Kennwort für den Krieg gegen die UdSSR) für die Heeresrüstung freizumachen. Dieses Programm vom 28. August 1940 sah die Aufstockung des Heeres auf 200 Divisionen vor, die zum 1. Mai 1941 einsatzbereit sein sollten; die Planung verzichtete angesichts der Arbeitskräfteknappheit bewusst auf die Aufstellung ausreichender Reserven. 200 Divisionen mussten für den Sieg im erwarteten Blitzkrieg reichen.¹⁰³

Mit neuem Führer-Befehl vom 28. September 1940 wurde der vorige Rüstungs-Befehl vom 13. Juli 1940 aufgehoben und nunmehr eine verstärkte Rüstung zur Vorbereitung des Ostfeldzugs verlangt. Um gerade die Heeresrüstung voranzutreiben, erreichte das OKW / WiRüAmt von Hitler, 300.000 eingezogene Metallarbeiter für die Rüstungsproduktion

¹⁰¹ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 503 und 512 f. Siehe auch Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 787.

¹⁰² Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 836; siehe auch Tooze, S. 457–465. Göring nannte im November 1940 drei Hauptgründe für den Krieg gegen die Sowjetunion: Zerschlagung der sowjetischen Industrie, da die Sowjetunion irgendwann das Deutsche Reich angreifen werde; Durchbrechung der Ernährungsblockade wegen des andauernden Krieges mit Großbritannien; Gewinnung der kaukasischen Ölquellen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Luftkrieg gegen Großbritannien und die USA, Göring an General Thomas, zitiert in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 2.

¹⁰³ Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 838 f.; siehe auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 4 ff. Der Verzicht auf ausreichende Personalreserven wird auch daran deutlich, dass von den 20 bis 30-jährigen Männern 1941 bereits 85 Prozent zur Wehrmacht eingezogen worden waren, siehe Tooze, S. 504. Tooze wertet das Rüstungsprogramm B – auch mit seiner Konzentration auf Panzerwaffen – mit seinen teils hohen Zuwachsraten durchaus als Erfolg für die Wehrmacht, siehe zu den verschiedenen Produktionszahlen des Rüstungsprogramms Tooze, S. 499–503. Zu den einzelnen Posten siehe Tooze, Tabelle A 4 S. 916 f. Der Barbarossa-Feldzug hatte zwei wichtige Stoßrichtungen: Zum einen sollten, wie schon erwähnt, die Gebietseroberungen im Osten eine tragfähige Basis für den aktuellen Krieg gegen Großbritannien und den erwarteten Krieg gegen die USA schaffen, zum anderen kam mit der Eroberung von „Lebensraum“ im Osten ein altes ideologisches Ziel Hitlers zum Tragen, siehe Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 849. Angesichts des zu erwartenden Rüstungsausstoßes der USA ab 1942 musste aus Sicht Hitlers das europäische Problem (UdSSR) 1941 gelöst sein, so Tooze, S. 474.

zu Lasten des Heeres zu demobilisieren.¹⁰⁴ Obwohl auch diese Maßnahme nur teilweise umgesetzt wurde, lag die Zahl der verschiedenen Beurlaubungen von Wehrmachtangehörigen Anfang 1941 mit etwa 286.000 am höchsten und sank bis Ende Mai 1941 auf 110.000 ab.¹⁰⁵

Ein Grundsatzproblem zur Erfüllung von Personalanforderungen der Wehrmacht stellen die uk-Stellungen (uk = unabkömmlich) dar. Vor allem in Rüstungsbetrieben waren Facharbeiter uk-gestellt. Dies betraf nicht nur einzelne Arbeitskräfte, sondern bereits 1940 ganze Belegschaften. Dazu hatte Fritz Todt als Rüstungsminister mit dem Allgemeinen Heeresamt, zuständig für Einberufungen, vereinbart, dass Beschäftigte bei besonders wichtiger Produktion nicht einberufen wurden. Dieses vom 19. April 1940 stammende Stillhalte-Abkommen¹⁰⁶, das die Belegschaft ganzer Betriebe vor Einberufungen schützte, wurde mehrere Male bis ins Jahr 1941 hinein verlängert. In der Gesamtsumme stiegen die Zahl der Wehrmachtbeurlaubten und der sowieso uk-Gestellten ab Herbst 1940 kontinuierlich an. Im Oktober 1940 betrug ihre Zahl 4,3 Millionen wehrfähige Männer, erhöhte sich im Januar 1941 auf 4,8 Millionen und erreichte im Dezember 1941 mit 5,6 Millionen ihren Höhepunkt.¹⁰⁷ Während die Stärke des Ostheeres nach Beginn des Ostfeldzugs in der zweiten Jahreshälfte 1941 immer mehr abnahm, nahm gleichzeitig die Anzahl der uk-Gestellten noch zu. Hintergrund war hier, so Kroener, auch die Furcht der NS-Führung davor, wieder an die Probleme des Ersten Weltkrieges zu erinnern, waren doch die hohen uk-Stellungen für die deutsche Propaganda bis Herbst 1941 ein Beleg dafür gewesen, wie erfolgreich der Ostfeldzug verlief.¹⁰⁸ In der aufziehenden Krisensituation Ende 1941 erklärte sich die Wirtschaft nunmehr bereit, in verstärktem Maße uk-gestellte Arbeitskräfte doch freizustellen, knüpfte an diese Bereitschaft jedoch die Zusage, für diese deutschen Arbeiter verstärkt französische Kriegsgefangene heranziehen zu können.¹⁰⁹ Haupteinsatzgebiet der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen war bis dahin die Land-

¹⁰⁴ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 790–791, Tabellen S. 795 und 797. Solche Demobilisierungen waren bis Ende 1941 ein gängiges Mittel, um Fachkräfte für die Rüstungsindustrie freizumachen, natürlich zulasten der Wehrmacht. Zwei hierzu ergangene Führer-Befehle vom 28. September 1940 sind abgedruckt in: Moll, S. 139–142.

¹⁰⁵ Kroener, Personelle Ressourcen, Tabelle S. 795.

¹⁰⁶ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 80. Zum Stillhalte-Abkommen siehe Kroener, Personelle Ressourcen, S. 765 f.

¹⁰⁷ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 796 und Tabelle S. 946. Zu den uk-Stellungen siehe auch Bernhard R. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 5, Zweiter Halbband, S. 775–1001, hier S. 791. Mit dem Sieg über Frankreich waren nur kurzfristig Demobilisierungstendenzen verbunden. Von 5,767 Millionen Soldaten im Juni 1940 sank die Zahl zunächst leicht, stieg dann aber sukzessive bis Mai 1941 auf 7,3 Millionen Soldaten an. Hinzu kamen 2,12 Millionen Männer in der militärischen Grundausbildung, 3,6 Millionen Männer waren wehruntauglich und etwa 5,6 Millionen uk-gestellt (von allen 16 bis 56-jährigen Männern), siehe Tooze, S. 503 f.

¹⁰⁸ So Kroener, Personelle Ressourcen, S. 890.

¹⁰⁹ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 928.

wirtschaft gewesen, in der beide Gruppen im Umfang von etwa 1,6 Millionen Personen¹¹⁰ beschäftigt waren. Der für die Franzosen benötigte Ersatz sollte aus dem Reservoir der neuen sowjetischen Kriegsgefangenen kommen. OKW-Chef Keitel lehnte jedoch (noch) ihren Einsatz in der Rüstungsindustrie ab.¹¹¹ In jedem Fall wurde eine verhängnisvolle Kette von Maßnahmen ausgelöst, an deren Ende eben die sowjetischen Kriegsgefangenen als Lückenfüller standen.

Die Rüstungspolitik (und damit auch die Arbeitskräfteelenkung) im Deutschen Reich war durch ein ständiges Hin- und Her und vielfältige Doppelarbeit gekennzeichnet. So beklagte der für Rüstungsproduktion im RWM zuständige Hans Kehrl am 9. September 1940 vor der IHK Niederlausitz „unendliche Kräftevergeudung und Reibungsverluste“ und konstatierte, dass „wir noch viel Nebeneinanderarbeit, viel Übereinander-, Untereinander- und Gegeneinanderarbeit haben.“¹¹² Und etwas Weiteres erwies sich zunehmend als Manko: Der nominelle Preisstopp für Rüstungsgüter, der mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 einhergegangen war. Hier gab es auf Seiten des neuen Rüstungsministers Todt im April 1940 Bemühungen, das Interesse der Industrie an der Rüstungsproduktion durch höhere Preise zu stärken, was aber auf Widerstand beim OKW / WiRüAmt stieß.¹¹³ Hinzu kam, dass innerbetriebliche Maßnahmen wie Rationalisierungen, Entrümpelung der Produktionsvielfalt bei Waffen und Fahrzeugen durch Verringerung der Modellpalette, aber auch die Einführung des Mehrschichtsystems unterblieben oder wenig wirkungsvoll waren.¹¹⁴

Ein deutscher Rüstungsvorsprung, wie 1939, war Ende 1940 kaum noch vorhanden. Gemessen am Produktionsniveau 1944 (= 100) lag das Niveau Deutschlands 1940 zwar bei 35 (1939 = 20), in den USA hatte sich diese Kennziffer 1940 von 2 (1939) auf 5, in Großbritannien von 10 auf 34 sowie in der UdSSR von 20 auf 30 und im Jahr 1941 sogar auf den Index 53

¹¹⁰ Im April 1941 waren von 1,3 Millionen zumeist französischen Kriegsgefangenen nur etwa zehn Prozent, 135.000, nicht im Arbeitseinsatz, Maier, S. 78.

¹¹¹ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 950. Hierfür wurden aus militärischer Sicht vom OKW und der Abteilung Kriegsgefangenenwesen vor allem Sicherheitsgründe, vielleicht auch ungeklärte völkerrechtliche Regelungen, angeführt, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 257.

¹¹² Zitiert bei Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 518. Hans Kehrl sollte in der zweiten Kriegshälfte einer der wichtigsten Manager in Speers Verantwortungsbereich werden.

¹¹³ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 470. Das seit 1938 bestehende Preissystem war als „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber“ (LSÖ) festgelegt worden. Dabei wurden die Selbstkosten geschätzt und um eine Gewinnspanne von etwa fünf Prozent auf das eingesetzte Kapital erhöht. In den ersten beiden Kriegsjahren führte dies zu erheblichen Gewinnen in der Rüstungsindustrie, obwohl sich die Rüstungsinspektionen bemühten, Preissenkungen durchzudrücken, siehe hierzu Tooze, S. 571 f. sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 513 f. Beim LSÖ-System waren entweder verbindliche Vorabpreise möglich (durch niedrigere Produktionskosten entstanden so Extra-Gewinne) oder cost-plus-Preiserhöhungen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten (was nicht die Rationalisierung förderte), siehe Priemel, S. 528. Zum neuen Preissystem mit Festpreisen ab April 1940, vor allem bei der Munitionsherstellung, siehe Tooze, S. 407.

¹¹⁴ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 550; Produktionszahlen zum Beispiel zu LKWs in: ebenda, S. 644 f.

erhöht.¹¹⁵ Nicht zuletzt die vielen Prioritätsänderungen in den Rüstungsbereichen führten dazu, dass das Deutsche Reich seinen Vorsprung gegenüber seinen Kriegsgegnern Ende 1939 zu verlieren begann und 1940 zunehmend verloren hatte. Sogar die von deutscher Seite als so schwach angesehene Sowjetunion erreichte ab 1941 weitaus größere Rüstungszuwächse als das Deutsche Reich.

Um die Rüstungsproduktion zu erhöhen, sollte 1941, gesteuert durch RWM, Rüstungsministerium und OKW / WiRüAmt, wiederum eine Auskämm-Aktion der Arbeitskräfte in der Zivilproduktion stattfinden, obwohl die vorherige Aktion von 1940 nur geringe Erfolge verbucht und die Rüstungsproduktion nur kurzfristig zu erhöhen vermocht hatte. So wurden für die Auskämm-Aktionen in den Wehrkreisen sogenannte Engpass-Kommissionen geschaffen. Sie hatten die Aufgabe, 473.900 Arbeitskräfte in die S- und SS-Betriebe (beides Prioritätsgrade) für Wehrmachtproduktion umzusetzen¹¹⁶, was jedoch nur teilweise gelang. Kroener führt dieses entgegen „Hitlers bramarbasierende(n) Äußerungen“ von Anfang 1941, „dass die wirtschaftliche Kraft der Demokratien nicht derartig gesteigert werden könne wie in Deutschland“, darauf zurück, dass die deutschen Behörden bis Ende 1941 auf dem Gebiet der kriegsmäßigen Belastung der eigenen Bevölkerung vorsichtiger agierten als die Kriegsgegner und Deutsche Reich in diesem Bereich weniger totalitäre Züge aufwies.¹¹⁷

Im Mai 1941 lag der Heeresrüstungsausstoß, verglichen mit seiner Kapazität, zwischen 50 und 89 Prozent seiner möglichen Monatsproduktion.¹¹⁸ Währenddessen war der sowjetische Rüstungsausstoß von 1940 auf 1941 um das Dreifache gestiegen, während er im Deutschen Reich gleichhoch geblieben war, so dass auf sowjetischer Seite mit 24.000 Panzern, 148.000 Geschützen und 23.245 Flugzeugen ein Mehrfaches an Militärgerät gegenüber der deutschen Ausrüstung vorhanden war.¹¹⁹

Die Rüstungsvorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion wird in der historischen Literatur durchaus strittig betrachtet. Auf der einen Seite gilt die Wehrmacht als unzureichend

¹¹⁵ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, Tabelle S. 523.

¹¹⁶ Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 806. So wurden etwa von Fritz Todt 1941 sogenannte Prüfungs- und Engpass-Kommissionen eingeführt, um den Auskämm-Aktionen mehr Durchschlagskraft zu geben, Schumann, *Soldaten und Arbeiter*, S. 66. Geleitet wurden diese Kommissionen in Sachsen vom Rüstungsinspektor des Wehrkreises IV, Walter Friedensburg.

¹¹⁷ Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 808, dort auch Zitate.

¹¹⁸ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, Tabelle S. 549. Zur Ausrüstungsentwicklung der Wehrmacht von 1939–1941 siehe ebenda, Tabelle S. 554–555. Zum Stand der deutschen Rüstung siehe auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 7 f. Eichholtz gibt die Zahl der Industriebeschäftigten für den Wehrmachtbedarf für September 1940 mit 5,3 Millionen Deutschen (etwa die Hälfte aller Industriebeschäftigten) sowie gut 300.000 Ausländern inklusive Kriegsgefangenen an; bis Mai 1941 war die Zahl der deutschen Beschäftigten nur um 150.000 „beurlaubte“ Wehrmachtangehörige gestiegen, die Zahl der Ausländer jedoch inzwischen auf eine Million, ebenda, S. 179.

¹¹⁹ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 523 und 556. Nach Aufstellung deutscher Stellen lagen jedoch wichtige Rohstoffproduktionsziffern des Deutschen Reiches über sowjetischen Zahlen, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 10 sowie auch *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, Berlin (Ost) 1985, S. 531 f.

aus- und aufgerüstet, waren Wehrmachtstärke und Rüstungsproduktion von deutscher Seite für den Ostfeldzug doch auf einen kurzen Feldzug von nicht mehr als drei bis maximal vier Monaten Dauer ausgerichtet, waren Reserven nicht eingeplant und die uk-Stellungssperre beim Feldheer auf nur drei Monate beschränkt.¹²⁰ Hitler hatte bei der Planung zudem schon am 21. November 1940 akzeptiert, 1941 die Wehrmacht nicht voll, das heißt nicht maximal gerüstet in den Krieg gegen die Sowjetunion zu schicken. Damit nahm auch die Wehrmacht in Kauf, was sie zuvor für den Frankreich-Feldzug Anfang 1940 vehement abgelehnt hatte: einen Feldzug mit nicht voller Ausrüstung zu führen.¹²¹ Auf der anderen Seite argumentiert Tooze, dass Hitler mit dem Ostfeldzug eben zwei Kriege zu führen gedachte: einen langen gegen die Westmächte und einen kurzen gegen die UdSSR. Von daher wäre es gar nicht möglich gewesen, sämtliche Rüstungskapazitäten auf die kommende Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu lenken. Das Argument der (fahrlässigen) unzureichenden Rüstung trägt daher nach seiner Auffassung nicht, da es nicht die damalige Lagebeurteilung der deutschen Führung widerspiegelt: Mehr war einfach nicht möglich¹²² und nach Ansicht der entscheidenden Planer auch nicht nötig.

Im Erwartung eines ebenso kurzen und erfolgreichen Feldzugs wie gegen Frankreich ein Jahr vorher, diesmal gegen die tatsächlich höchst fahrlässig als militärisch schwach eingeschätzte Sowjetunion, wurde das Schwergewicht der Rüstung auf Vorschlag von OKW und Göring von Hitler am 14. Juli 1941 sogar wiederum schwerpunktmäßig auf Luft- und des weiteren auf Marinerüstung zur Verstärkung des Luft- und Seekrieges gegen Großbritannien gelegt.¹²³ Das Fell des Bären (die Ressourcen der UdSSR) wurde schon verteilt, ehe er überhaupt gefangen worden war.

¹²⁰ Kroner, Personelle Ressourcen, S. 856 f. und S. 999.

¹²¹ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 535. Zur personellen Ausstattung der Wehrmacht gegen Frankreich 1940 und gegen die Sowjetunion 1941 siehe Kroener, Personelle Ressourcen, S. 871–877.

¹²² So etwa Tooze, S. 495–498; Eichholtz widerspricht der These einer verpassten Chance bei der Vorbereitung des Barbarossa-Feldzuges bei anderer Rüstungsverteilung zwischen den Teilstreitkräften gleichermaßen vehement, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 36–40. Schlagendes Beispiel für die objektiv widersprüchliche Rüstungspolitik des Deutschen Reiches war im Übrigen, dass es Ausrüstungsgüter an die UdSSR bis Mai 1941 (dem eigentlich vorgesehenen Angriffstermin) lieferte, um im Gegenzug die absolut notwendigen Rohstoffimporte aus der Sowjetunion zu bekommen und bezahlen zu können. Deutsche Lieferungen von Ausrüstungsgütern an die Sowjetunion, so Göring im Oktober 1940, hätten dieselbe Priorität wie Lieferungen an die Wehrmacht. Dies zeigt wiederum, wie abhängig die deutsche Kriegswirtschaft inzwischen von Rohstofflieferungen war, siehe hierzu Tooze, S. 489.

¹²³ Der Führer-Befehl vom 14. Juli 1941 ist abgedruckt in: Moll, S. 183–186. Siehe ausführlicher Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 567–580; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 12–15. Die Luftrüstung lief unter dem Namen „Göringprogramm“. Während in den für den Heeresbedarf arbeitenden W-(Wehrmacht)-Betrieben die Beschäftigtenzahl bis Ende 1941 annähernd gleich blieb (1,39 Millionen), stieg die Zahl in den Luftrüstungsbetrieben um über 400.000 auf 1,76 Millionen, in Marinerüstungsbetrieben um 75.000 auf 620.000, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 25. Bei der verstärkten Luftrüstung war eine erheblich größere Zufuhr von Treibstoffen notwendig, die die Hydrierindustrie nicht bieten konnte. So verlangte etwa Carl Krauch als für die Benzinproduktion Verantwortlicher als Voraussetzung dafür, ab 1942 drei Millionen Tonnen Flugbenzin bereitzustellen, die Einfuhr von einer Million Tonnen Rohöl aus dem sowje-

In einem Bereich der Kriegswirtschaft befand sich das Deutsche Reich von Beginn an in der Defensive: bei der Ernährung seiner Bevölkerung. Zwar stieg in den 1930er Jahren der deutsche Selbstversorgungsgrad von 80 auf 83 Prozent, jedoch blieben bei einigen Importgütern wie Futtermittel (50 Prozent Import) und Fett (43 Prozent Import) empfindliche Schwachpunkte. Die Parole der Autarkie-Politik „Erringung der Nahrungsfreiheit“ blieb unerfüllt.¹²⁴ Der am 1. April 1939 verabschiedete (geheime) Reichsernährungsplan sah für die Kriegszeit nur eine quantitativ ausreichende, jedoch qualitativ unzureichende Versorgung vor.¹²⁵

Mit der Kriegserklärung von Frankreich und Großbritannien am 3. September 1939 war, wie schon im Ersten Weltkrieg, seitens Großbritanniens wieder eine Seehandelsblockade gegen das Deutsche Reich verbunden, die dieses für den Rest des Krieges weitestgehend von überseeischen Einfuhren abschnitt („Ernährungskrieg“). Nahrungsmittelreserven in Höhe von 8,8 Millionen Tonnen Getreide¹²⁶, die im Herbst 1939 noch für drei Jahren reichen würden, und sofort einsetzende Lebensmitteleinfuhren aus den besetzten Gebieten mussten erhalten, um das Versorgungsniveau nicht allzu stark absinken zu lassen.¹²⁷ Bei den deutschen Ernteträgern konnten zwar noch 1939 und 1940 Zuwächse erzielt werden, danach sanken die Ernteergebnisse jedoch fast ständig. Zwar gelang es, trotz des Anfang September 1939 eingeführten Zuteilungssystems mit gewissen Rationskürzungen¹²⁸, bei einem eigentlichen Bedarf von durchschnittlich 2.700 kcal pro Kopf und Tag das Ernährungsniveau mit 2.570 kcal annähernd zu halten. Für eine vierwöchige Zuteilungsperiode standen ab Kriegsbeginn bis Ende 1941 für Erwachsene zum Beispiel 9.600 bis 9.000 g Brot, gut 2.000 g Fleisch und bis Juni 1941 nicht begrenzte Kartoffelmengen zur Verfügung. Erschwerend kam allerdings hinzu, dass die Wehrmacht sich erfolgreich wehrte, ihre Rationen, selbst die Verpflegungsportionen des Ersatzheeres, zu kürzen. Sie lagen in allen Bestandteilen einer Tagesration sogar oberhalb der Werte für Schwerstarbeiter.¹²⁹ So erhielten Soldaten 650 g Brot (Normalversorgung: 312 g), 150 bis

tischen Kaukasus, der dazu aber erst erobert werden musste, siehe Tooze, S. 520 f., auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 16.

¹²⁴ Lehmann, S. 572 f.

¹²⁵ Lehmann, S. 577.

¹²⁶ Tooze, S. 485.

¹²⁷ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 402 f.

¹²⁸ So wurden am 27. August 1939 für die Bevölkerung überraschend Rationierungen von Lebensmitteln angekündigt (der ursprüngliche Angriffstermin für den Polen-Feldzug war der 26. August 1939), am 1. September wurde eine Reichskleiderkarte und am 11. September etwa die Rationierung von Fahrradreifen eingeführt. All diese Maßnahmen wiesen auf Knappheitsfelder der deutschen Volkswirtschaft hin, siehe ausführlicher Karlheinz Schaller, Fabrikarbeit in der NS-Zeit. Arbeiter und Zwangsarbeiter in Chemnitz 1933–1945, Bielefeld 2011, S. 98 ff.

¹²⁹ Siehe entsprechende Tabellen bei Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 400–401, 404. Eine deutliche Herabsetzung der Kalorienzuteilung trat erst 1944 ein, als diese auf 1.671 kcal pro Tag und Person sank, siehe ebenda, Tabelle S. 587. Siehe auch Kroener, Personelle Ressourcen, S. 954. Erst 1942, als in Deutschland die Verpflegungsrationen für einige Monate gesenkt werden mussten, war auch die Wehrmacht gezwungen, einer Kürzung ihrer Rationen für die eigenen Soldaten zuzustimmen, Tooze, S. 623.

180 g Fleisch (Normal: 57 g).¹³⁰ Die Kalorienzahl betrug damit knapp 4.000 kcal pro Tag und Soldat.¹³¹

Wie eng die Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung mit der allgemeinen Kriegslage auch psychologisch verknüpft war, lässt sich an zwei Maßnahmen 1942 erkennen. Angesichts der aufgebrauchten Vorräte und noch geringer Leistungen aus dem Ausland wurden die Rationen für die deutsche Bevölkerung im Frühjahr 1942 zunächst gekürzt.¹³² Als sich im Herbst 1942 eine positivere Kriegslage im Ostfeldzug zu festigen schien (Paulus' 6. Armee hatte Ende August 1942 Stalingrad erreicht), wurden die Rationen ohne dauerhaft gesicherte reichsdeutsche Produktionsgrundlage am 19. Oktober 1942 wieder erhöht. Wieder hatten die besetzten Ostgebiete, insbesondere das Generalgouvernement, die notwendigen Zuschüsse liefern müssen.¹³³ Auf Heimaturlaub gehende Soldaten erhielten auf ausdrückliche Genehmigung Hitlers die Möglichkeit, soviel Lebensmittel mitzunehmen wie sie tragen konnten; für kranke und verwundete Wehrmachtsoldaten in der Heimat wurde eigens eine Lebensmittelmarke „Führerpaket für Osturlauber“ geschaffen.¹³⁴ Göring unterstrich den Willen der deutschen Führung zur unbarmherzigen Ausbeutung der besetzten Gebiete in einer Besprechung mit den Reichskommissaren am 6. August 1942 erneut: „Sie [die Reichskommissare, A.d.A.] sind weiß Gott nicht hingeschickt, um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern um das Äußerste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann (...) Es ist mir dabei gleichgültig, ob Sie sagen, daß Ihre Leute wegen Hungers umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein Deutscher nicht wegen Hungers umfällt.“¹³⁵ In diesen Zusammenhang gehört wohl die zumindest bis 1942 verbreitete Propaganda gegen „unnütze Esser“ bei Nichtarbeitenden (auch nichtarbeitsfähigen Kriegsgefangenen) oder diskriminierten Gruppen, die entweder ab 1939 Vernichtungsprogrammen anheimgefallen waren oder viel geringere Rationen erhielten als Deutsche.¹³⁶

¹³⁰ Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband, S. 1–345, S. 322. Die Fettzuteilung ist nicht genannt.

¹³¹ Tooze, S. 419.

¹³² Diese Kürzungen führten, so berichtete der Sicherheitsdienst der SS, zu erheblichen Unruhen unter der deutschen Bevölkerung und waren damit politisch heikel, siehe Tooze, S. 623 f. Zu den konkreten Kürzungen seit dem 6. April 1942 sowie ihrer partiellen Wiedererhöhung am 19. Oktober 1942 Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 254 f.

¹³³ Auf einer Sitzung der Zentralen Planung am 11. Juli 1942 wurden Ernährungs- und Arbeitskräftefragen unter einem gemeinsamen Punkt erörtert. Um sowohl deutsche wie ausländische Arbeitskräfte besser versorgen zu können, wurden die Getreideexportanforderungen aus dem Generalgouvernement sukzessive auf 500.000 Tonnen erhöht. Himmler sorgte zudem für eine entsprechend drakonische Strafgesetzgebung: Auf den Diebstahl von Getreidekörnern standen strenge Strafen, und Bauern mit Ablieferungssollrückständen waren zu erschießen, siehe Tooze, S. 627–630.

¹³⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 487, 495.

¹³⁵ Zitiert bei Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 488.

¹³⁶ Müller sieht auch einige der ersten verbrecherischen Tötungsmaßnahmen 1939, so die Euthanasie-Morde an Kranken und Behinderten, und etwa die Abschiebungspläne für über 500.000 Juden ins Generalgouvernement, im Zusammenhang damit, „unnütze Esser“ loszuwerden, siehe Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 404.

Mehrere Missernten aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen hatten ab 1941 bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Ertragseinbrüchen geführt. 1942 war die Getreideernte schlecht ausgefallen, 1941 und 1943 gab es Missernten bei Kartoffeln, 1940 / 1941 und 1942 / 1943 gingen die Erträge bei Ölfrüchten und 1943 bei Zuckerrüben zurück.¹³⁷ Zwar gelang es der Landwirtschaft, im Vergleich zum Ersten Weltkrieg, wo sich die Produktionsindizes für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben 1919 im Verhältnis zu den sechs Vorkriegsjahren nur noch bei 60 bis 64 Prozent befanden, im Kriegsjahr 1944 immerhin noch Anteile von 78, 80 und 100 Prozent gegenüber den letzten vier Vorkriegsjahren zu erreichen, die Verschlechterung war trotzdem unübersehbar.

Die deutsche Normalverbraucherration sank 1942 auf 1.750 kcal, stieg dann 1943 und 1944 auf 1.980 beziehungsweise 1.930 kcal; erst in den letzten zwölf Kriegsmonaten fiel sie merklich auf bis zu 1.671 kcal.¹³⁸ In den letzten Kriegsjahren nahm jedoch die verzehrbare Fleischmenge – von 18,42 kg pro Kopf 1942 – auf 13,08 kg im folgenden Jahr bis zu 12,36 kg 1944 ab. Die Versorgung mit tierischen Eiweißen sank „in die Nähe des Minimums und darunter.“¹³⁹ Die allgemeine kcal-Erhöhung 1943 war vor allem aus psychologisch-politischen Gründen als Gegenmaßnahme zum alliierten Luftkrieg durchgeführt worden. Die Brotrationen wurden erhöht, und es gab mehr Kartoffeln. Der Anteil pflanzlicher Kost stieg, tierische Eiweiße wurden geringer konsumiert. Dieselben Tendenzen waren auch bei Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu beobachten, deren Ernährungsbestandteil bei Brot stieg, bei denen jedoch Kartoffeln durch Steckrüben ersetzt wurden. Die unter wirtschaftlichen Erwägungen gewünschte Verbesserung der Leistungsernährung für Ostarbeiter wurde jedoch vom Reichsernährungsministerium abgelehnt.¹⁴⁰ Bereits 1941 / 1942 hatte man zudem damit begonnen,

Zu den ersten Hungermaßnahmen ab Juni 1941 gegen „unnütze Esser“ oder unerwünschte Gruppen im zukünftigen Staat siehe ebenda, S. 587. Bezüglich der genannten Maßnahmen siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 131–142 und 203–208 sowie S. 231–242 zur Durchführung des Holocaust. Generell postuliert Rolf-Dieter Müller einen Zusammenhang von rassenideologischer Ausgrenzung und angespannter Ernährungslage, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 490. Auch Tooze sieht einen Zusammenhang zwischen dem systematischen Judenmord mittels der 1942 erfolgten Errichtung von Vernichtungslagern im Generalgouvernement und der gleichzeitigen Nahrungsmittelkrise, siehe Tooze, S. 626; mit der derselben Argumentation auch Wildt, S. 6. Letzterer weist in seinem Artikel darauf hin, dass Einwände der deutschen Behörden des Generalgouvernements mit Bezug auf die polnische Bevölkerung gegen noch größere Entnahmen aus der Landwirtschaft durch die Aussage Staatssekretär Backes zurückgewiesen wurden, es gäbe dort doch immer noch 3,5 Millionen Juden. An Besprechungen zur Errichtung der Vernichtungslager innerhalb der Führungsspitze des Dritten Reiches (Hitler, Himmler, Göring) war Backe insofern beteiligt, als er diesen gegenüber immer wieder die prekäre Ernährungslage thematisierte. Wildt charakterisiert Backes Haltung ausdrücklich als „Mordpläne“.

¹³⁷ Lehmann, S. 616.

¹³⁸ Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband, S. 1–272, Tabelle S. 226 mit ähnlichen Zahlen wie Rolf-Dieter Müller.

¹³⁹ So zitiert Lehmann Staatssekretär Rieke vom REM, Lehmann, S. 642. Zu den Produktionsziffern für verschiedene Schlachttiere und tierische Eiweißerzeugungen ebenda, Tabellen 201–206 S. 637–641.

¹⁴⁰ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 489. Es war, so Rolf-Dieter Müller, ein Weg zurück ins 19. Jahrhundert, als sich die unteren Bevölkerungsschichten ebenfalls vor allem durch pflanzliche Kost ernährt hatten, ebenda, S. 489.

ein besonderes „Russenbrot“¹⁴¹ zu entwickeln, das ernährungsphysiologisch vor allem aus minderwertigen Bestandteilen zusammengesetzt war und zu Mangelkrankungen des Essers führte.¹⁴²

Die prekäre Ernährungslage hatte auch damit zu tun, dass die deutschen Anbauflächen, ganz anders als etwa in den Staaten der Alliierten, nicht etwa ausgeweitet wurden, sondern sich sogar teilweise verringerten.¹⁴³ Auch einzelne Hektarerträge wie etwa bei Brotgetreide sanken. Die Fleischversorgung sank 1942 auf das Niveau von 1932 und lag 1944 nur bei der Hälfte von 1938, in dem sie noch 22,17 kg betragen hatte.¹⁴⁴

Im Bereich der Landwirtschaft kam darüber hinaus gleichermaßen das grundsätzliche Dilemma der deutschen Kriegswirtschaft – insgesamt zu wenig ökonomische Ressourcen – zum Tragen. Durch erhöhte Düngerproduktion (Stickstoff) hätte man zum Beispiel die Hektarerträge steigern können, doch die chemische Industrie musste auch mehr Stickstoff für die steigende Munitionsherstellung erzeugen. Wie groß die Furcht der NS-Führung vor Unruhen war, belegt die Entscheidung Hitlers, trotz der Niederlage in Stalingrad eine Grundversorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff zu sichern und damit keine allzu starke Senkung der Agrarerträge zuzulassen.¹⁴⁵

Die Landwirtschaft war aufgrund vielfacher Einschränkungen wie dem Entzug von Pferden und der Abnahme von Traktoren zugleich einem Prozess der Entmechanisierung¹⁴⁶ ausgesetzt; die Einberufungen zur Wehrmacht sowie die Umsetzungen von Arbeitskräften in die Rüstungsindustrie führten zu einer steigenden Zahl von ausländische Beschäftigten; etwa 1,4 Millionen Kriegsgefangene und zivile Ausländer waren im Frühsommer 1941 in ihr beschäftigt.¹⁴⁷ Insgesamt umfasste der Ausländereinsatz im selben Zeitraum gut 2,5 Millionen, haupt-

¹⁴¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 490.

¹⁴² Das sogenannte Russenbrot bestand Ende 1941 aus 65 Prozent Rotroggen, 25 Prozent Zuckerrübenabfällen und zehn Prozent Stroh beziehungsweise Blättern, siehe Tooze, S. 621. Die letztgenannten Bestandteil konnten genauso aus Sägespänen bestehen, siehe Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 32; ausführlicher zur Ernährungslage von sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 214–217.

¹⁴³ Die landwirtschaftliche Nutzfläche sank von 1933 mit 28,863 Millionen ha, trotz der Gebietserweiterungen 1940, auf 28,459 Millionen ha im Jahre 1944; die Ackerlandfläche verringerte sich im selben Zeitraum von 19,939 Millionen ha auf 18,682 Millionen ha, siehe Lehmann, Tabellen 158 und 159 S. 595.

¹⁴⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 474; siehe hierzu in: ebenda, S. 474–476, 485 Tabellen Nutzfläche, Getreide- und Kartoffelproduktion, Fleischproduktion, Fett; siehe hierzu auch Lehmann, Tabellen 176–179, S. 617–619.

¹⁴⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 477. So sank der Stickstoffverbrauch von 1941 / 1942 bis 1944 / 1945 von 661.000 Tonnen auf 482.000 Tonnen, was zu abnehmenden Hektarerträgen führte; die Wehrmacht konnte ihren Stickstoffverbrauch (für Munition) jedoch im selben Zeitraum von 108.000 auf 235.000 Tonnen steigern, siehe Lehmann, Tabellen 170 und 172 S. 606 f.

¹⁴⁶ Die Eisenkontingente für den landwirtschaftlichen Maschinenbau sanken von 1939 bis Ende 1944 drastisch, von 200.000 Tonnen auf schließlich 61.000 Tonnen im letzten Quartal, der wertmäßige Absatz von Landmaschinen halbierte sich und bei einzelnen Landmaschinen nahmen die Fertigungszahlen von 1943 auf 1944 teilweise auf unter ein Zehntel ab, siehe Lehmann, Tabellen 160, 162 und 163, S. 597–599.

¹⁴⁷ Siehe hierzu Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 585 und derselbe, Speer, S. 476.

sächlich französische Kriegsgefangene und polnische Zivilisten beziehungsweise in Zivilarbeitsverhältnisse überführte ehemalige polnische Kriegsgefangene, was einem Anteil von immerhin 8,4 Prozent der Arbeitskräfte für alle Branchen entsprach.¹⁴⁸ Bereits 1942 wurde der Bedarf der Landwirtschaft angesichts von hohen Einberufungszahlen zur Wehrmacht auf 800.000 zusätzliche Arbeitskräfte geschätzt, der zu drei Vierteln von Ausländern gedeckt werden sollte, wie der Thüringische Landesbauernführer Peuckert erläuterte – im Dezember 1939 hatte Staatssekretär Backe sogar 1,5 Millionen Polen für die Landwirtschaft gefordert. Im Verlauf des Krieges nahm die Zahl der deutschen Männer weiter erheblich ab und es gab im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen nur einen geringen Anteil von uk-Stellungen.¹⁴⁹

Wie wichtig selbst aus Sicht der NSDAP daher der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft war, zeigt eine Aussage des schon genannten thüringischen Landesbauernführers Rudolf Peuckert aus dem Jahr 1944: „Ohne diesen Einsatz von hunderttausenden von ausländischen Arbeitskräften wäre es undenkbar, die Produktion der deutschen Landwirtschaft auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. So unschön in mancher Hinsicht der Ausländerinsatz auf den deutschen Bauernhöfen und so gefahrvoll er in den ernstesten Zeiten wie der jetzigen auch ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß ohne ihn die Ernährung in der bisherigen Weise nicht sicherzustellen gewesen wäre.“¹⁵⁰ Schließlich kam 1944 knapp die Hälfte aller in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen aus dem Ausland.¹⁵¹

Von Anfang setzte das Regime bei der Beschäftigung von Ausländern auf äußerste Distanz der deutschen Bevölkerung zu ihnen, warb aber auch um Verständnis für den Ausländerinsatz. In einem Aufruf an die Deutschen wurde angesichts der personellen Engpässe gerade auf die zentrale Bedeutung des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen für die deutsche Volkswirtschaft hingewiesen, nicht ohne darauf aufmerksam zu machen, dass ausreichende Ernährung eine Voraussetzung für die geforderte Arbeitsleistung war. Generell waren aber auch – jedenfalls offiziell – am 25. November 1939¹⁵² sehr rigide Strafbestimmungen für Verstöße gegen Regelungen zum Umgang mit Kriegsgefangenen erlassen worden, gab es doch immerhin mehr als eine Million französische und Hunderttausende polnische Kriegsgef-

¹⁴⁸ Tooze, S. 595.

¹⁴⁹ Siehe Lehmann, S. 609 f.

¹⁵⁰ Zitiert in: Hoffmann, S. 130.

¹⁵¹ Hoffmann, S. 132. Die größten einzelnen Ausländergruppen waren Polen wie auch sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter, bei denen Anteile von 66,7 Prozent beziehungsweise 28,5 Prozent in der Landwirtschaft tätig waren, ebenda, S. 132. Zur Verteilung auf verschiedene Wirtschaftszweige siehe die Tabellen in Kapitel 2 unserer Studie. Für 1944 gibt das Statistical Handbook von OMGUS gut 28 Prozent Ausländer (Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene) allein in der Landwirtschaft an, siehe Lehmann, Tabellen 174 und 175 S. 611. Das Verhältnis der Zahl ausländischer Zivilisten zu Kriegsgefangenen lag bei drei zu eins.

¹⁵² So wurden in der Wehrkraftschutz-Verordnung vom 25. November 1939 (Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes) in Paragraph 4 bei Verstößen Gefängnis oder Zuchthausstrafen, in leichteren Fällen Geldstrafen angedroht, siehe Michael Viebig / Daniel Bohse (Bearb.), Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt. Katalog zur Sonderausstellung, Magdeburg 2015, S. 123.

gene 1940 im Reich, welche aus Sicht von Wehrmacht und Polizeibehörden ein Sicherheitsrisiko darstellten. Insbesondere forderte der Aufruf von den deutschen Frauen besondere Zurückhaltung im Umgang mit den Kriegsgefangenen. So hieß es etwa in einem Merkblatt, das 1942 an Firmen verteilt worden war:

„Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen

Die Kriegswirtschaft erfordert den Einsatz aller zur Verfügung stehender Arbeitskräfte. Deshalb werden Kriegsgefangene in vollem Umfang in den Dienst unserer Wirtschaft gestellt. Kriegsgefangene müssen so behandelt werden, daß ihre volle Leistungsfähigkeit der Industrie und der Ernährungswirtschaft zugutekommt. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Ernährung; dieser muß eine entsprechende Arbeitswilligkeit gegenüberstehen. Jede Arbeitsstunde, die infolge Krankheit oder Unterernährung ausfällt, geht der deutschen Volkswirtschaft verloren.

Die Behandlung muß streng, aber korrekt sein; mangelnde Arbeitswilligkeit wird durch die Wehrmacht bestraft.

Kriegsgefangene gehören nicht zur Haus- oder Hofgemeinschaft, also auch nicht zur Familie. Sie haben als Soldaten ihres Landes gegen Deutschland gekämpft, sind daher unsere Feinde. Wer sie besser behandelt als deutsche Arbeitskräfte, wird zum Verräter an der Volksgemeinschaft.

Deutsche Frauen, die in Beziehung zu Kriegsgefangenen treten, schließen sich von selbst aus der Volksgemeinschaft aus und erhalten ihre gerechte Bestrafung. Selbst der Schein einer Annäherung muß vermieden werden.

Jedes Entgegenkommen gegenüber Kriegsgefangenen erleichtert dem Feind die Spionage und Sabotage und richtet sich damit gegen unser Volk.

Die Teilnahme an deutschen Feiern und Festen sowie kirchlichen Veranstaltungen, an denen Deutsche teilnehmen, ist den Kriegsgefangenen untersagt. Der Besuch von Gaststätten und für Kriegsgefangene nicht zugelassenen Geschäften ist ebenfalls verboten. Dagegen ist es ihnen gestattet, ihre Feste unter sich zu feiern.

Kriegsgefangene erhalten alle unbedingt notwendigen Dinge. Geringfügige Zuwendungen, als Belohnung für gute Arbeitsleistungen im Interesse der Erhaltung oder Steigerung der Arbeitsleistung, sind statthaft. Die für bestimmte Arbeiten vorgeschriebene Arbeitskleidung, wie z. B. für Grubenarbeiten, chemische oder andere Spezialberufe, ist nicht von der Wehrmacht, sondern vom Betriebsführer zur Verfügung zu stellen. Geld und andere Wertgegenstände dürfen Kriegsgefangene nicht erhalten, eben so wenig Alkohol, soweit dieser nicht zur betriebsüblichen Ernährung gehört.

Die Arbeitszeit richtet sich nach den kriegsbedingten Verhältnissen des Betriebes. Die Kriegsgefangenen haben Anspruch auf die zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit erforderliche Ruhezeit und darüber hinaus auf eine gewisse Freizeit zur Instandhaltung der Bekleidung und der Unterkunft.

Im Umgang mit allen Kriegsgefangenen sind diese Leitsätze von jedem Deutschen unbedingt zu beachten. Sie gelten auch gegenüber französischen und belgischen Kriegsgefangenen, denen gewisse Erleichterungen gewährt sind.

Jeder Verstoß gegen diese Richtlinie sabotiert die Kriegsführung und wird streng bestraft.“¹⁵³

Der Ausländereinsatz im Deutschen Reich hatte jedoch nicht nur mit unmittelbaren deutschen Zwangsmaßnahmen zu tun, sondern wurde auch durch ökonomische Not in den besetzten Gebieten selbst verstärkt. Während es dem NS-Regime aus Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung im Inneren gelang, die Inflationsrate bei den Lebenshaltungskosten bei 2,5 Prozent zu halten, lag die Inflation in den besetzten Gebieten Westeuropas trotz aller Preisstopps von der Besetzung bis Frühjahr 1941 etwa in Norwegen bei 42 Prozent (Niederlande: 33 Prozent, Dänemark 30 Prozent).¹⁵⁴ Insgesamt stiegen die Lebenshaltungskosten bis 1944 im Deutschen Reich demgegenüber nur um nominell 15,2 Prozent, die Großhandelspreise um 12,8 Prozent.¹⁵⁵ Die angestaute Hyperinflation brach sich bis Kriegsende nicht Bahn; Hitler weigerte sich bis 1945 strikt, gestiegene Kaufkraft durch Steuerhöhungen abzuschöpfen. Abhängig Beschäftigte konnten dem Dilemma steigender eigener Sparkontenguthaben bei sinkendem Verbrauchsgüterangebot nicht ausweichen, Betriebseigentümer jedoch insoweit, wie es ihnen gelang, die Einnahmen aus der gigantischen Rüstungsproduktion in Realkapital (Gebäude, Maschinen, Land) umzusetzen.¹⁵⁶

¹⁵³ Merkblatt Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen, Runderlass vom 23. Juli 1942, Stadtarchiv Dresden, Best. 8.9 Gittersee, 154 / 12b.

¹⁵⁴ Siehe hierzu Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 321.

¹⁵⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 467.

¹⁵⁶ Zur finanzpolitischen Situation im Jahr 1944 / 1945 siehe Tooze, S. 739–742. Während im ehemaligen Ostdeutschland durch die Abtretung der Gebiete sowie in Mitteldeutschland durch große Enteignungswellen nach 1945 diese Strategie für die Anlagenbesitzer nicht zum Erfolg führte, war sie für viele ehemalige Rüstungsbetriebe in Westdeutschland langfristig erfolgreich, siehe weiter unten am Ende von Kapitel 2. Bereits ab 1943 wurden auch auf Seiten der Industrie wirtschaftspolitische Überlegungen zum Wiederaufbau und zum Übergang zur Friedensproduktion nach Kriegsende (Ordnungspolitische Überlegungen) sowie zur Wiedereingliederung der deutschen Industrie in die Weltwirtschaft angestoßen, freilich ohne explizite Erörterung, ob der Krieg mit Sieg oder Niederlage enden würde. So wurde etwa im Auftrag der Reichsgruppe Industrie unter Wilhelm Zangen im März 1944 zu dieser Frage eine erste Denkschrift des Volkswirtschaftlers und späteren Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard, erarbeitet. Insbesondere ging es darum, wie mit dem Geldüberhang umgegangen und das System der kriegsbedingten Bewirtschaftung und Steuerung zurückgefahren werden könnte. Interessanterweise waren neben Konzern- und Bankdirektoren sowohl das Reichswirtschaftsministerium sowie auch indirekt die SS in Person des Gruppenführers Otto Ohlendorf, damals Leiter des SD der SS und Stellvertreter des Staatssekretärs im RWM, eingebunden. Die Beschlüsse der Konferenz von Bretton Woods im Juni 1944 in den USA (Dollar als Leitwährung nach dem Krieg, Schaffung internationaler Institutionen wie Weltwährungsfonds und Weltbank) wurden in diesen Kreisen ebenfalls diskutiert; Stellungnahmen von Reichswirtschaftsminister Funk wurden auch in Großbritannien und den USA aufgenommen, siehe zur Erhardschen Denkschrift auch Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 191–199. Erhards Rolle in der NS-Zeit wurde dabei immer wieder kritisiert, gehörten zu den Adressaten der verschiedenen Denkschriften denn auch die NS-Haupttreuhandstelle Ost (zuständig für die auch formell annektierten polnischen

Noch wesentlich prekärer war die Ernährungssituation in den annektierten und besetzten Ostgebieten. Im Generalgouvernement grassierte ab 1940 für praktisch alle Einheimischen der Hunger (besonders Juden betreffend), da es sich um ein ehemaliges polnisches Zuschussgebiet handelte, das nunmehr nicht mehr aus anderen polnischen Gebieten mitversorgt werden durfte und darüber hinaus noch Lebensmittelexporte nach Deutschland stemmen musste.¹⁵⁷ Die gut 2,5 Millionen Juden wurden von den deutschen Behörden praktisch kaum versorgt. Generalgouverneur Hans Frank äußerte dazu einmal: „Die Juden interessieren mich überhaupt nicht. Ob die etwas zu futtern haben oder nicht, ist für mich die allerletzte Frage.“ Faktisch lag ihre Tagesration in den Städten 1940 bei 503 kcal und fiel anschließend noch, städtische Polen wurden zunächst mit nur 609 kcal versorgt und ab Ende 1940 mit 938 kcal. Doch auch diese Ration deckte die lebensnotwendige Proteinzufuhr nur zu 20 Prozent.¹⁵⁸ Im besetzten Polen war die Normalverbraucherration 1941 auf 845 kcal gesunken, stieg 1942 auf 1.070 an, sank 1943 wieder auf 853 und erreichte 1944 1.200 kcal. (Deutschland: 1.930 kcal).¹⁵⁹ 1942 / 1943 und 1943 / 1944 waren die jeweils größten Lieferungen aus dem Generalgouvernement an das Deutsche Reich vorgenommen worden (jeweils in Tonnen): bei Getreide 633.470 / 571.682; Vieh 54.272 / 53.768; Fett 7.235 / 1.355; Kartoffeln 434.350 / 387.741; Zucker 28.666 / 27.546.¹⁶⁰

Am schwierigsten war die Situation neben dem Generalgouvernement vor allem in den besetzten sowjetischen Gebieten. Letztere gerieten aus zwei Richtungen unter immensen Druck: Zum einen musste sich, das war den Militärplanern vor vornherein klar, die Wehrmacht ab Beginn des Ostfeldzugs größtenteils aus dem Land selbst ernähren, zum anderen waren aus Sicht der Ernährungsplaner auch umfangreiche Lebensmittellieferungen an das Reich erforderlich. Am 2. Mai 1941 wurde auf einer Besprechung des WiRüAmts mit verschiedenen Ministerien (vor allem auch mit Staatssekretär Backe vom REM) beides festgelegt: Die Wehrmacht sei aus Russland zu ernähren, und es müssten Ölsaaten, Ölkuchen und Getreide abtransportiert werden. Diese als „Hungerplan“ in die Geschichte eingegangenen Festlegungen führten laut Protokoll für die sowjetische Bevölkerung zu dem Schluss: „Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.“ In dem vom OKW für die Besatzungsbehörden herausgegebenen Grün-

Gebiete). Freilich fiel nicht nur der SS auf, dass offenbar das Rassenschema der SS darin keine Berücksichtigung gefunden hatte, siehe zur Rolle Erhards in der NS-Zeit sowie zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der jungen Bundesrepublik Deutschland Otmar Issing / Daniel Koerfer, Zielscheibe Ludwig Erhard, in: FAZ Nr. 254, 1. November 2019, S. 16. Aus dezidiert kapitalismuskritischer Perspektive siehe hierzu Karl-Heinz Roth, Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 509–611. Darin geht Roth auch mehrfach auf die Rolle Ludwig Erhards ein. Auch ein wirtschaftspolitisches Europa-Konzept (ähnlich wie dies ab 1943 in der Propaganda für Zwangsarbeiter durch die DAF und Sauckel propagiert wurde) wurde dabei entwickelt.

¹⁵⁷ Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 324.

¹⁵⁸ Zahlen bei Tooze, S. 425. Dort auch Zitat Frank.

¹⁵⁹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, Tabelle S. 226.

¹⁶⁰ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 123 S. 501.

buch zur Agrarpolitik in den besetzten Gebieten waren auch Maßnahmen wie etwa die Trennung der Städte von ihren ländlichen landwirtschaftlichen Versorgungsgebieten vorgesehen.¹⁶¹ Diese Isolierung gelang für Minderheiten in den Städten relativ problemlos, wie etwa für Juden, denen beispielsweise in Minsk nur Tagesrationen von 420 kcal zugestanden wurden¹⁶², insgesamt für die Städte jedoch nicht. Für unser Thema ist es wichtig festzuhalten, dass diese Festsetzungen, hierin mit Tooze übereinstimmend, nicht zu allererst mit Rassenideologie zu tun hatten, sondern schlicht und einfach mit der Tatsache, dass die deutsche Ernährungswirtschaft bereits seit 1941 an ihre Grenzen gekommen war, nicht nur auf dem östlichen Kriegsschauplatz, sondern auch zum Beispiel bei der Ernährung von sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern.¹⁶³

Während die Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf dem Lande noch am ehesten Chancen hatte, sich zu ernähren, waren die zur Verteilung gekommenen Rationen in den Städten sehr gering. Die Tagesrationen lagen im November 1941 (theoretisch) bei 10 g Fett, 214 g Brot und 286 g Kartoffeln; nützliche Arbeit Leistende erhielten etwas mehr, und besser versorgt waren lediglich die Schwerarbeiter.¹⁶⁴ Im März 1943 wurden die Mergen auf dem Papier erhöht und die Bevölkerung in fünf Nützlichkeitskategorien eingeteilt, nach denen ihnen unterschiedliche Rationen zustanden. Freilich kamen diese zumeist nicht zur Verteilung.¹⁶⁵ Wie schlecht die Situation aus Sicht des Generalkommissars von Kiew selbst für die in deutschen Diensten stehenden Ukrainer war, zeigt sein folgender Bericht: „Der in deutschen Diensten stehende Ukrainer verdiente nach den von uns ergangenen Bestimmungen je nach seiner Verwendung RM 45,- bis 80,- monatlich. Das entsprach im Herbst 1943 etwa dem Gegenwert von 2 bis 3 Pfund Butter im freien Handel. Auf seine Lebensmittelkarte erhielt der Ukrainer Brot, Salz und etwas Graupen. Das ihm zustehende Fleisch erhielt er in der Praxis nicht regelmäßig, sondern nur dann, wenn etwas vorhanden war. Das war in den Städten kaum der Fall.

¹⁶¹ Tooze, S. 553; dort sind auch die Aufzeichnungen des Sekretariats von General Thomas zitiert. Staatssekretär Backe wie auch Göring und Himmler gaben die Zahl der vermutlich dem Hungertod Ausgelieferten bei verschiedenen Gelegenheiten mit 20 bis 30 Millionen an, siehe Tooze, S. 553. Backe sah eine Methode dafür in der Vernichtung von Städten, deren Bürger dann als Nachfrager ausfallen würden. Zum „Hungerplan“ siehe Tooze, S. 550 ff. Auch der von der SS ausgearbeitete Generalplan Ost, der die massenhafte Ansiedlung von Volks- und Reichsdeutschen in den sowjetischen Westgebieten vorsah, jedoch über kleine Anfänge hinaus nicht umgesetzt werden konnte, hätte sicherlich ebenfalls zum Tod von Millionen vertriebener sowjetischer Bürger geführt; im Generalplan enthaltene Anklänge zur Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents durch weiße Siedler mit dem Tod von Millionen Indianern sind nicht zufällig und werfen ein Licht auf die ideologische Haltung der Planer, siehe hierzu Tooze, S. 538–245. Zum Generalplan Ost als einem der Leitinstrumente für die Politik von Zivil- und Militärverwaltung in den besetzten Ostgebieten siehe auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 430–459.

¹⁶² Tooze, S. 555.

¹⁶³ So argumentiert zu Recht Tooze, S. 622. Die andere denkbare Lösung, den Mangel und damit die vorhandenen Lebensmittel gleichmäßig auf alle Menschen im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten zu verteilen, kam aus rassistisch-ideologischen Gründen für das NS-Regimes nicht in Betracht.

¹⁶⁴ Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 326 f.

¹⁶⁵ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, Tabelle S. 228.

Fett stand ihnen (sic!) überhaupt nicht zu. Diese Zuteilung, die bestenfalls ein Drittel bis die Hälfte des wirklichen Bedarfs ausmachte, erhielt nur der in deutschen Diensten stehende Ukrainer. Seine Angehörigen mußten sich mit weit geringeren Sätzen zufriedengeben.“¹⁶⁶

Die Wehrmacht musste auf Befehl Hitlers auch alle Versuche unterlassen, Städter auf das Land zu evakuieren. Die Bevölkerung hungerte, und viele verhungerten einfach, während die Lebensmittelexporte sowie die Lieferungen an die Wehrmacht unter Einsatz von Zwang und Gewalt ihren Lauf nahmen. Obgleich die Exporte ins Reich relativ gering blieben¹⁶⁷, waren die Entnahmen der Wehrmacht substantiell. 5,6 Millionen Tonnen Getreide, 2,2 Millionen Tonnen Hülsenfrüchte und Gemüse, 1,8 Millionen Tonnen Fleisch und zwei Millionen Tonnen Kartoffeln wurden allein von der Wehrmacht von Juli 1941 bis März 1944 entnommen. Insgesamt schätzt Umbreit den Wert der Lieferungen auf vier bis fünf Milliarden RM.¹⁶⁸ Gemessen an den Erwartungen von Reichsregierung und Planern in Bezug auf die Ausplünderung der besetzten sowjetischen Gebiete waren die tatsächlichen Ergebnisse jedoch eher gering, während Ausnutzung und Ausbeutung anderer Teile des besetzten Europas 1943 durchaus im Bereich der Erwartungen lagen.¹⁶⁹ Allein im Wirtschaftsjahr 1942 / 1943 wurden neben 2,368 Millionen Tonnen Kartoffeln und einigen anderen landwirtschaftlichen Gütern gut sechs Millionen Tonnen Getreide aus annektierten oder besetzten Ländern herangeschafft; die Getreidemenge entsprach einem Drittel der reichsdeutschen Ernte, ebenso war das Verhältnis bei Fleisch.¹⁷⁰

Der Ernährungssektor war, im Gegensatz zu Rüstungsproduktion und Arbeitskräfteverteilung, viel stärker zentralisiert geregelt. Dem schon genannten Staatssekretär Herbert Backe war es bald nach Kriegsbeginn gelungen, die Verantwortung für praktisch alle Bereiche der Ernährungsversorgung in seiner Person zu vereinigen und damit praktisch bis Kriegsende für seinen Bereich eine ähnliche Stellung wie Albert Speer für die Rüstungsindustrie zu besetzen und zu bewahren.¹⁷¹ Während Backes Politik damit die deutsche Bevölkerung vor noch größeren Belastungen bewahrte, war jedoch sein Ernährungsregime gegenüber rassistisch und politi-

¹⁶⁶ Rückblickender Bericht des Generalkommissars von Kiew vom 31. Mai 1944, zitiert in: Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 229.

¹⁶⁷ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 472.

¹⁶⁸ Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 243. Zur Industrieproduktion in den besetzten Gebieten, hauptsächlich für den Bedarf der Wehrmacht, siehe ebenda, S. 245. Siehe auch Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 195 und Tabelle S. 201 zu Lieferungen aus den Ostgebieten bis Ende 1943. Zu diesem Komplex siehe auch Tooze, S. 631.

¹⁶⁹ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 182.

¹⁷⁰ Siehe hierzu Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, Tabelle 126 und S. 503. Größter „Einzellieferant“ bei Getreide waren die besetzten Gebiete der Sowjetunion. Dieter Pohl beziffert den Umfang der landwirtschaftlichen Lieferungen aus Frankreich, Polen und den besetzten sowjetischen Betrieben auf etwa ein Zehntel der reichsdeutschen Produktion, siehe Dieter Pohl, *Herrscher und Unterworfenen. Die deutsche Besatzung und die Gesellschaften Europas*, in: Süß / Süß, S. 267–285, hier S. 273.

¹⁷¹ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 397–399. Backe vereinigte in seiner Person eine Reihe von Posten: Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft beziehungsweise ab 20. Mai 1942 Nachfolger von Walther Darré als Minister, Reichsbauernführer und Reichsleiter der NSDAP im Reichsamte für Agrarpolitik, ausführlicher dazu Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 473.

sche unerwünschten Gruppen wie vor allem Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen, Ostarbeitern und Einwohnern der besetzten Ostgebiete umso grausamer und folgenreicher.

In einer Besprechung zwischen Göring und Hitler am 19. Februar 1941 hatte die Ernährungsfrage ebenfalls bereits Monate vor Beginn des Ostfeldzugs eine Rolle gespielt. Auf Empfehlung von General Thomas erreichte es Göring, dass für die wirtschaftliche Ausbeutung der neu zu erobernden Ostgebiete eine neue Organisation geschaffen wurde: Der Wirtschaftsstab Ost.¹⁷² Dieser sollte sich neben der Gewinnung von Treibstoff (für die Wehrmacht) auch der Beschaffung von Nahrungsmitteln aus diesen Gebieten widmen.¹⁷³ Wie prekär die Ernährungslage schon damals eingeschätzt worden war, wird auch daran deutlich, dass zum 1. Mai 1941, wie schon erwähnt, eine Kürzung der Verteilungsrationen für Lebensmittel verfügt worden war.¹⁷⁴ Das Deutsche Reich war mit Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion für die eigene Bevölkerung nicht mehr in der Lage, das Ernährungsniveau von 1939 und 1940 zu halten.¹⁷⁵

Auch auf die militärische Planung hatte die Ernährungsfrage Einfluss. Während das OKH im Spätsommer 1941 den Vorstoß auf Moskau vorbereitete, forderten Göring, Gauleiter Koch als Chef des Reichskommissariats Ukraine und auch das WiRüAmt die Unterstützung der Wehrmacht dafür, die ukrainische Getreideernte für die Ernährungsbelange von Wehrmacht und deutscher Bevölkerung zu sichern, was den Vorstoß auf Moskau verhindert hätte. Hitler entschied sich nicht für eine der beiden Forderungen, sondern befahl, beide Ziele zu erreichen.¹⁷⁶

Versuche aller Art, in dieser Zeit auch die Steuerung der Rüstungsproduktion zu verbessern, verpufften weitgehend. Die von Hitler am 11. September 1941 geforderte bessere Kooperation zwischen Todt und dem OKW kam nicht zustande. Am 7. November 1941 berief Göring

¹⁷² Göring stützte sich bei der in seinem Auftrag durchgeführten Ausbeutung der besetzten Ostgebiete später besonders auf diesen Wirtschaftsstab Ost, siehe Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 192; siehe auch Priemel, S. 453.

¹⁷³ Es gelang dem Wirtschaftsstab Ost jedoch nicht, die mit dem Krieg gegen die Sowjetunion wegfallenden sowjetischen Exporte durch Zwangslieferungen aus den besetzten Ostgebieten mengenmäßig zu ersetzen, Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 595 f.

¹⁷⁴ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 547 und 552. Gerade in dieser auf praktisch allen Gebieten angespannten Wirtschaftssituation wurden von verschiedensten Institutionen großangelegte neue Programme für den Großraum Europa und die neuen Ostgebiete vorgelegt oder erweitert (Generalplan Ost, Wirtschaftsstab Ost). „Planung als Flucht aus der Realität und dem Entscheidungsdruck“ nennt Rolf-Dieter Müller dieses Handlungsmuster, ebenda, S. 552. Zum Generalplan Ost siehe auch Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 275 ff., und derselbe, *Deutsche Herrschaft*, S. 237 f.

¹⁷⁵ Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 953. Am 11. Februar 1940 hatten die Sowjetunion und das Deutsche Reich nach zähen Verhandlungen ein Handelsabkommen abgeschlossen. Das Deutsche Reich sollte Fertiggüter und Know-how liefern, die Sowjetunion Lebensmittel und dringend benötigte Rohstoffe. Die Lieferungen wurden bis buchstäblich zum 21. Juni 1941 aufrechterhalten. Wie wichtig die sowjetischen Exporte waren, ist an der schon erwähnten Weisung Görings vom 15. Oktober 1940 ersichtlich, die Exporte in die Sowjetunion auf jeden Fall trotz ihrer Nachteile für die deutsche Aufrüstung gegen die Sowjetunion sicherzustellen, siehe hierzu Berthold Puchert, *Der deutsche Außenhandel im Zweiten Weltkrieg*, in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 393–507, hier S. 421–423 sowie 443–447.

¹⁷⁶ So Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 605 f.

daher eine Besprechung mit Rüstungsverantwortlichen, darunter Fritz Todt (RüMin), General Thomas (WiRüAmt) und Minister Funk (RWM), ein und verlangte eine Umsteuerung der Rüstungsproduktion hin zu Rationalisierungsmethoden und weg von der Dezentralisierung, wie sie im Oktober 1939 festgelegt worden war; außerdem sollten Rücksichtnahmen auf noch vorhandene Friedensproduktionen (Zivilgüter) in Rüstungsbetrieben keinerlei Rolle mehr spielen, Kooperationen organisiert und Leistungsreserven freigelegt werden.¹⁷⁷ Am 8. November 1941 erfolgte eine weitere Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftspolitik für die besetzten Ostgebiete. Nochmals erläuterte Göring ihnen die Grundsätze für die Ausbeutung dieser Gebiete und erstmals auch den Masseneinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen für den Arbeitseinsatz im Reich.¹⁷⁸

Erst viel später erhielten auch Stimmen Gewicht, die dafür plädierten, die besetzten Ostgebiete zwar nicht aus humanitären, sondern allein aus wirtschaftlichen Gründen schonender zu behandeln, nach der Überzeugung, es sei besser, die Kuh länger zu melken als sie gleich zu schlachten. Hierzu gehörten dann auch Investitionen, um nach den Zerstörungen der Roten Armee bei ihrem Rückzug Produktionskapazitäten wieder aufzubauen.¹⁷⁹ Auch wenn etwa der Generalquartiermeister Wagner am 13. Dezember 1941 in einem Brief an Ostminister Alfred Rosenberg forderte, zum Sieg über die Sowjetunion sei die dortige Bevölkerung für die deutsche Seite zu gewinnen, hatte dies keine Aussicht auf Erfolg, da eine solche Politik nicht erfolgte.¹⁸⁰ Erschwerend kam für die besetzten Gebiete im Osten hinzu, dass sie sich anders als Gebiete in Westeuropa gegen deutsche Eingriffe nicht politisch wehren konnten und dass sie einer Vielzahl deutscher konkurrierender Institutionen ausgeliefert waren. Eine Einheitsverwaltung – etwa unter der Ägide des Ostministeriums unter Rosenberg – war nirgends vorhanden.¹⁸¹

Mit der Niederlage vor Moskau infolge des sowjetischen Gegenangriffs im Dezember 1941 war ein Wendepunkt verbunden. Während OKH-Generalsstabschef Halder noch am 23. November 1941 die Sowjetunion als entscheidend geschlagen betrachtet hatte, plädierten General Fromm (Chef des Ersatzheeres) und auch Rüstungsminister Todt nun für ein Ende des Krieges auf Verhandlungsbasis. Hitler war aber keineswegs bereit, eine solche Möglichkeit

¹⁷⁷ Siehe hierzu ausführlicher Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 610–615.

¹⁷⁸ Siehe ausführlicher Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 615 f.

¹⁷⁹ Siehe hierzu Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 217 f. Ähnlichen Bestrebungen verdanken auch die Astra-Werke in Chemnitz die Chance und Genehmigung, eine Niederlassung im Warschauer Ghetto einzurichten. Zur Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement siehe Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 218. Göring hatte im Oktober 1941 der Wehrmacht zudem befohlen, sich nunmehr vollständig aus dem Land zu ernähren, siehe ebenda, S. 242. In diesem Zusammenhang ist zu konstatieren, dass echte humanitäre Argumente zur Minderung des Massenelends im rassistischen NS-System kaum Chancen auf Gehör gefunden hätten, so dass andere systemimmanente Argumente herangezogen werden mussten, siehe hierzu Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 58.

¹⁸⁰ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 61. Die wenigen positiveren Beispiele, wie etwa in der Region Nord-Kaukasus, wurden nicht durchgehalten und konnten keine Vorbildfunktion erfüllen, siehe ebenda, S. 41 f.

¹⁸¹ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 95.

auszuloten.¹⁸² Denn es war den Wehrmachtsplanern klar geworden, dass die personellen Ressourcen für das Kriegsjahr 1942 erheblich kleiner sein würden und man sich daher auf einen kaum zu gewinnenden Abnutzungskrieg zubewegte. Kroener spricht in diesem Zusammenhang von einem Kontrapunkt zum Juni 1940, als die deutschen Planer auf einer Welle der Hybris geschwommen waren.¹⁸³ Da jedoch auch Todt trotz seiner Zweifel auf jeden Fall eventuelle Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus geführt wissen wollte, tat er alles, um die Rüstungsorganisation des Deutschen Reiches effektiver zu gestalten. Neben den schon in seinem Ministerium bestehenden Hauptausschüssen „Munition“, „Waffen und Geräte“ sowie „Panzerwagen und Zugmaschinen“ wurden nun zwei neue Hauptausschüsse „Allgemeines Wehrmachtgerät“ und „Maschinen“ gegründet. Zugleich wurde ein gemeinsamer Lenkungsausschuss mit der Luftwaffe eingerichtet.¹⁸⁴

Am 3. Dezember 1941 unterzeichnete Hitler einen weiteren Führer-Befehl zur „Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion“, in dem es vor allem darum ging, Rationalisierungsmaßnahmen einzuleiten.¹⁸⁵ Freilich blieb es organisatorisch weiterhin bei der bisherigen Zerteilung: Todt war für die Rüstungsproduktion für die Bereiche Heer und Munition verantwortlich, das OKW für die Abstimmung der Wehrmachtbedarfe. In der Propaganda wurde nun das bisher häufig verwendete Wort „Blitzkrieg“ gestrichen, und Goebbels kam die Aufgabe zu, die Bevölkerung auf einen lang andauernden Krieg mit viel umfangreichen Belastungen vorzubereiten.¹⁸⁶ Für die Wirtschaft war schon im November das Preissystem

¹⁸² Kroener, Personelle Ressourcen, S. 869 f. Die immer wieder genannte mangelhafte Ausrüstung des Ostheeres mit Winterbekleidung war jedoch keineswegs einfach auf Planungsfehler zurückzuführen, denn im November 1941 sollte der Krieg ja bereits siegreich beendet sein und die vorgesehene Winterbekleidung war vorrätig, jedoch nur für die geplanten Sicherungsdivisionen, siehe ebenda, S. 868. Rüstungsminister Todt hatte seinen Leiter des Hauptausschusses Panzerwagen, den Industriellen Walter Rohland, im November 1941 zu einer Inspektionsreise zur Heeresgruppe Mitte geschickt, von der Rohland und seine Delegation deprimiert zurückkehrten. Todt und er kamen zu dem Schluss, dass der Krieg (gegen die UdSSR, Großbritannien und die USA) militärische nicht mehr zu gewinnen war, und sie diskutierten ihre Schlussfolgerung in den nächsten Tagen mit Hitler, wobei Todt für eine politische Lösung eintrat. Vor dem Hintergrund des langerwarteten Kriegseintritts Japans gegen die USA war Hitler jedoch überzeugt, dass ein militärischer Sieg gegen die Sowjetunion 1942 möglich sei, siehe Tooze, S. 580 und 584 f. Völlig ablehnend zur Seriosität dieser „Kriegsbeendigungsforderung“ Todts Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 333 f. Auch Ende August 1942, als die Wehrmacht die Außenbereiche von Stalingrad erreicht hatte, war den Heeresplanern um Fromm trotz aller Geländegewinne klar, dass es auch 1942 keinen Sieg im Ostfeldzug geben würde, und Fromm und OKH-Generalstabschef Halder plädierten wiederum für Sondierungen zu einem Verhandlungsfrieden, was Hitler genauso ablehnte wie bereits Ende 1941, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 797 und 822.

¹⁸³ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 922.

¹⁸⁴ Tooze, S. 585 f.

¹⁸⁵ Der Führer-Befehl vom 3. Dezember 1941 ist abgedruckt in: Moll, S. 210–212. Zu diesem Führer-Befehl und den verstärkten Rationalisierungsanstrengungen siehe ausführlich Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 293–327.

¹⁸⁶ Näheres dazu bei Rolf-Dieter Möller, Mobilisierung, S. 620 ff. Zu diesem Führer-Befehl siehe auch Kroener, Personelle Ressourcen, S. 935 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 35. Tooze legt dar, dass dieser Rüstungsbefehl Hitlers vor allem im Bereich der Luftwaffe und nicht in Speers Rüstungsimperium wirksam wurde. So gelang es Generalfeldmarschall Erhard Milch für die Luftrüstung, die Produktion von Kampfflugzeu-

in der Rüstungsproduktion geändert worden. Das alte System der Finanzierung (Produktionskosten der Betriebe und zusätzlich drei bis sechs Prozent Gewinn) wurde, weil es zu keiner ressourcenschonenden Produktion angeregt hatte, durch ein Festpreissystem ersetzt. Basispreis war nunmehr die kostengünstigste Variante (ohne Gewinnsteuerbelastung), die auch für alle anderen Produzenten desselben Sektors galt. Zwei weitere höhere Festpreisstufen kamen hinzu, führten aber zu Gewinnbesteuerung und bedurften besonderer Genehmigungen.¹⁸⁷

Seit 1942 befand sich das Deutsche Reich zunehmend Modus des totalen Krieges, ein Modus, den die überfallene Sowjetunion – trotz aller Gebiets-, Wirtschaftspotential- und Militärmaterialverluste und der Industrieverlagerungen in den Osten – bereits Ende 1941 durch eine Umstellung ihrer Industrie auf möglichst größte Rüstungsproduktion erreicht hatte. In nur sieben Monaten von Juni bis Dezember 1941 mit den einhergehenden verheerenden Verlusten war ihr Rüstungsausstoß fast so groß gewesen wie der 1941 erzielte gesamte Jahresausstoß im Deutschen Reich.¹⁸⁸

Auch in anderer ökonomischer Hinsicht befand sich das Deutsche Reich in einer prekären Lage: bei der Kriegsfinanzierung. Wie bereits erwähnt, sollten die Kriegskosten sowohl durch höhere Steuern wie größere Gewinnabschöpfungen gedeckt werden. Dies gelang jedoch nur ansatzweise. Der Geldumlauf hatte sich von 1938 = 10,4 Milliarden RM auf 22,3 Milliarden RM 1941 erhöht. Die Summe verfügbarer Einkommen war in selben Zeitraum von sieben auf 31 Milliarden RM gestiegen; sie war jedoch nicht durch entsprechende Zivilgüter gedeckt. Auch die steigenden Gewinne der Unternehmen belastete man steuerlich keineswegs im gleichen Maße. Es existierte damit ein erheblicher Kaufkraftüberhang sowohl bei Arbeitnehmern als auch in der Wirtschaft. Die Reichsschuld war von 30,7 Milliarden RM 1938 / 1939 auf 137,7 Milliarden RM 1941 / 1942 gestiegen.¹⁸⁹

Um den Krieg trotzdem weiter finanzieren zu können – allein die Ausgaben der Wehrmacht verschlangen alle Steuereinnahmen des Staats¹⁹⁰ – griff das Regime immer stärker auf die Notenpresse zurück (über geheime, das heißt nicht veröffentlichte Reichsbank-Darlehen). Für die Wirtschaft, Zivil- wie Rüstungsindustrie, bedeutete das aber darüber hinaus, dass eine erheblich stärkere Einschränkung der Zivilproduktion den Inflationsdruck noch mehr erhö-

gen innerhalb eines Jahres ohne wesentliche zusätzliche Arbeitskräfte zu verdoppeln; im Mai 1943 wurden 2.200 Flugzeuge produziert, siehe Tooze, S. 662–666 und 683.

¹⁸⁷ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 939 f. und Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 652. Die Steuerzahlungen auf Gewinne konnten im Übrigen durch vielfältige andere Maßnahmen verringert werden, etwa durch Rationalisierungen, Abschreibungen, Investitionskredite, Subventionen und Steuererleichterungen, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 469.

¹⁸⁸ Siehe die beeindruckenden sowjetischen Zahlen bei Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 634.

¹⁸⁹ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 589; zur Entwicklung der Reichsschuld siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 109, S. 419. Laut Göring sollte diese Schuld unter anderem durch Lieferungen aus den besetzten Ostgebieten gedeckt werden, ebenda, S. 420.

¹⁹⁰ Die Höhe der ordentlichen Einnahmen (Steuern, Zölle, Länder- und Gemeindeeinnahmen) betrug während des Krieges gut 185 Milliarden RM, siehe Oertel, Tabelle 153 S. 692. Genaue Zahlen zum Aufkommen bestimmter Steuerarten ebenfalls bei Oertel, Tabellen 160–164 S. 735–737.

hen würde; auch von daher waren einer drastischen Erhöhung der Rüstungsquote Grenzen gesetzt. Damit waren aber auch für Anreize zur Leistungssteigerung durch erhöhte Einkommen spürbare Grenzen vorhanden, denn Mehrarbeit und Mehrverdienst lohnten sich nicht. Daher griff die Regierung als weiteres Mittel zur Kriegsfinanzierung zum Instrument der inneren Verschuldung durch Schuldtitel bei Sparkassen und Versicherungen. Diese auf kurzfristige und langfristige Schuldtitel bezogene Staatsschuld belief sich 1945 auf 390 Milliarden RM.¹⁹¹ Ein Währungsschnitt kam für die NS-Führung nicht in Frage, ebenso wenig eine drastische Senkung der Staatsausgaben. Aus Sicht des NS-Systems blieben als mögliche Lösung wiederum nur Radikal- und Gewaltmaßnahmen: Die Ausplünderung der besetzten Gebiete mit allen Mitteln.¹⁹²

Zu diesen Maßnahmen zählten mehrere Varianten. Zum einen musste das besetzte Gebiet die Kosten der Besatzungsarmee tragen, die häufig höher angesetzt wurden als sie tatsächlich waren. Zum zweiten wurden bei den Landesbanken Clearing-Konten eingerichtet, die es dem Deutschen Reich ermöglichten, Importe von der einheimischen Bank bezahlen zu lassen (Folge: Steigende Schulden des Reiches). Zum dritten übernahmen deutsche Firmen Anteile an ausländischen Unternehmen. Und schließlich beschlagnahmte die Wehrmacht – ohne Kosten-erstattung – die Militärausrüstung des unterlegenen Gegners.¹⁹³ Die Clearing-Salden des Deutschen Reiches lagen Ende 1944 gegenüber 27 ausländischen Stellen bei insgesamt minus 20,386 Milliarden RM, an Besatzungszahlungen mussten Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark und Italien sowie einige andere besetzte Gebiete insgesamt 84 Milliarden RM aufbringen. Der Umfang der sogenannten Reichskreditkassenscheine (Besatzungsgeld auf RM-Basis, das nur in Besatzungsgebieten galt und keine deutsche Warendeckung besaß), wird von Oertel mit gut zehn Milliarden RM beziffert.¹⁹⁴

¹⁹¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 464; siehe auch Oertel, S. 713, der die innere Verschuldung mit 390 bis 400 Milliarden RM benennt. Hinzu kamen ausländische Reichskreditkassenscheine und andere Auslandsbeiträge. Zur Erhöhung der fundierten Reichsschuld während der Kriegszeit (als Teil der inneren Verschuldung) siehe Faltblatt „Die von der Reichsschuldenverwaltung ausgewiesene Reichsschuld“, Einlegeblatt in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III. Sie lag am 31. Dezember 1944 bei 134,960 Milliarden RM. Eine Übersicht vom 30. September 1944 nennt eine Reichsschuld von 323,6 Milliarden RM. Davon schuldete das Reich den Sparkassen 85,6 Milliarden RM, Postsparkassen und Postscheckamt zehn Milliarden, Kreditbanken / Genossenschaftsbanken / Versicherungen 95,9 Milliarden, der Reichsbank 45 Milliarden sowie Privatpersonen und Unternehmen 47,1 Milliarden. Das Clearing-Saldo betrug 40 Milliarden RM, siehe Oertel, Tabelle 157 S. 714.

¹⁹² Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 588–591. So sank etwa das Konsumniveau 1940 im Vergleich zu 1939 um elf Prozent, bis 1941 sogar um 18 Prozent. Die Folge waren steigende Spareinlagen, da sich die Kurven von Einzahlungen und Abhebungen ab Kriegsbeginn erheblich auseinanderentwickelten. Während die Kontoabhebungen Ende 1941 bei etwa 400 Millionen RM lagen, stiegen die Einlagen auf über 1.200 Millionen RM. Diese Summen konnten zur „stillen Kriegsfinanzierung“ genutzt werden, siehe hierzu Tooze, S. 411–413, Schaubild 15 S. 413.

¹⁹³ So zum Beispiel bei Frankreich, siehe zur Nutzung der besetzten Länder Tooze, S. 447–454 f. Eigentlich waren viele der Zahlungen der besetzten Länder Reparationen, dieser Begriff wurde aber nur ungern benutzt, da er durch den Versailler Vertrag verpönt war.

¹⁹⁴ Oertel, S. 726 und Tabelle 159 S. 723, Reichskassenscheine S. 711, 724–726. Nach Aussagen der Reichsbank waren es eigentlich Mittel einer verdeckten Requisition und „die deutschen Panzer und Kanonen waren ihre

Von den gesamten Direktausgaben des Deutschen Reiches (aus dem Reichshaushalt) für die Kriegszeit in Höhe von geschätzt 680 Milliarden RM, von denen allein 394 Milliarden auf die Wehrmacht entfielen (dazu 24 Milliarden RM auf den Familienunterhalt der Soldaten), und 212 Milliarden auf die Zivilproduktion, mussten die besetzten Länder und Gebiete etwa zwölf Prozent tragen, nach Berechnungen aus dem Jahr 1945 waren dieses bis Frühjahr 1944 sogar ungefähr 90 Milliarden RM.¹⁹⁵ Die Leistung der ausländischen Arbeitskräfte ist hierbei nicht einbezogen, genauso wenig wie große Teile der Besatzungskosten. Durch den staatlichen Griff auf Versicherungen und Bankguthaben haben damit sowohl deutsche Einkommensbezieher (ohne ihr Wissen) wie auch unfreiwillig ausländische Zwangsarbeiter, trotz ihres meist geringeren Lohns, wesentlich zur Kriegsfinanzierung beigetragen. Die ordentlichen Einnahmen des Staates über Steuern und Zölle waren nur zu gut 12,5 Prozent (von 1.471 Milliarden RM Gesamtausgaben 185 Milliarden RM) am Aufkommen zur Kriegsfinanzierung beteiligt.

Das Dritte Reich hatte sich, so kann man die bisherigen Ausführungen zusammenfassen, in den ersten drei Kriegsjahren 1939 bis 1941 anders als seine Gegner auf westlicher und auch östlicher Seite als unfähig erwiesen, die divergierenden Interessengruppen auszutarieren und eine stringente Kriegswirtschaftspolitik durchzusetzen. Da waren zum ersten die Vierjahrplanbehörde Görings, zum zweiten der zivile Wirtschaftssektor, geleitet durch das RWM, zum dritten die Rüstungsindustrie mit den zerstrittenen Lenkungsorganen OKW und Rüstungsministerium und zum vierten die Wehrmacht, bei der die Rüstungsanforderungen der drei Teilstreitkräfte nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Rolf-Dieter Müller fasst diese Entwicklung vergleichend so zusammen: „Kompetenzstreitigkeiten, bürokratische Hemmnisse, Entscheidungsschwäche, Spannungen zwischen Staatsapparat, Militär und Privatwirtschaft, irrationale politische Eingriffe – das alles fand sich auch in der Kriegswirtschaft anderer Staaten und ist für sich genommen noch kein typisches Kennzeichen des NS-Regimes. Doch die Fähigkeit, solche Konflikte einer Industriegesellschaft, die in den Ausnahmezustand eines totalen Krieges geraten war, durch rationale effiziente Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse zu lösen, war im totalitären Führerstaat nur schwach entwickelt ... Die Flucht in blinden Aktionismus und in eine sich steigernde Bereitschaft zu Gewaltlösungen auf Kosten von Minderheiten und fremden Völkern korrespondierten vielmehr mit einer auffälligen Ent-

Deckung“, wie Oertel, S. 725, sarkastisch bemerkt.

¹⁹⁵ Siehe Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 209 f. Zur Problematik der Berechnungen und Aufteilung auf einzelne Gebiete siehe ebenda, S. 210–211. Rolf-Dieter Müller nennt als gesamte Ausgaben der Reichsregierung vom 1. September 1939 bis Kriegsende 1.471 Milliarden RM, die auch rund 856 Milliarden RM Schuldentrückzahlungen enthalten, siehe Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 464. Dieselben Zahlen gibt auch Oertel wieder (jedoch ohne Schuldentrückzahlungen), siehe Oertel, *Tabelle 146* S. 684. Den Beitrag der besetzten Gebiete zur deutschen Kriegswirtschaft in Form von Exporten ins Reich beziffert Rolf-Dieter Müller mit circa 66 Milliarden RM, Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 502. Eichholtz ermittelt nach anderen Kennziffern Zahlungen für die Besatzungstruppen, Clearing-Guthaben der besetzten Länder (Saldo Exporte minus Importe) auf der Grundlage von Berechnungen Jürgen Kuczynskis für die gesamte Kriegszeit von 140–145 Milliarden RM, zuzüglich der bereits genannten Summe von 70 Milliarden RM für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern in Deutschland, Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 512.

scheidungsschwäche im internen Machtkampf ... Nicht das Bewusstsein der eigenen Stärke, sondern die Flucht vor der Einsicht, dass Deutschland einen zweiten Weltkrieg ebenso wenig gewinnen konnte wie den ersten, bestimmte letztlich das Handeln der Verantwortlichen.“¹⁹⁶

Die Polen-Erlasse

Zum Abschluss unserer Darstellung der Kriegswirtschaftssituation bis Ende 1941 wollen wir noch gesondert auf diejenigen Gruppen eingehen, die bis dahin am stärksten bei Arbeitseinsätzen rassistisch-sicherheitspolitischen Diskriminierungen ausgesetzt war. Bereits mit Kriegsbeginn hatte das RSHA gesonderte Erfassungs-¹⁹⁷ und Strafvorschriften für die Zeit des Krieges erlassen. Die Jahre 1940 / 1941 waren gleichermaßen auch die Domäne der Sicherheits- und Rasseideologen in Bezug auf rassistisch Unerwünschte. Diejenige ausländische Gruppe neben den deutschen Juden, welche erstmals ebenfalls immer größeren Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt war, bildeten ab 1939 die polnischen Arbeitskräfte im Reich.

Für die polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter hatte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler als zuständiger Chef der deutschen Polizei am 8. März 1940¹⁹⁸ bereits erste Sonderbestimmungen (Polen-Erlasse) herausgegeben, die diese gegenüber deutschen Arbeitskräften erheblich diskriminierten und sozialpolitisch schlechterstellten. Sie mussten ein Sonderzeichen „P“ auf der Kleidung tragen, erhielten geringere Bezahlung¹⁹⁹ und unterlagen einem weitreichenden Kontaktverbot gegenüber Deutschen. Drakonische Strafen waren insbesondere für Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen vorgesehen, darüber hinaus eine

¹⁹⁶ Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 685–689, Zitate S. 686 und 689.

¹⁹⁷ So wurde am 22. August 1939, geändert am 5. September 1939, die Ausländerpolizei-Verordnung novelliert. Sie unterschied zwischen Ausländern aus Feindstaaten und sonstigen Ausländern. Erstgenannte Gruppe hatte sich nach Kriegsausbruch innerhalb von 24 Stunden zu melden und registrieren zu lassen und war Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen. Ausländer der zweiten Gruppe mussten sich bei Aufenthalt von mehr als 48 Stunden ebenfalls melden und eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, siehe Jochem, S. 3 f.

¹⁹⁸ Die Kennzeichnungspflicht wurde als Polizeiverordnung (RGBl I, S. 555–556) erlassen. Andere Bestimmungen wurden den Polen nur mündlich zur Kenntnis gegeben. Diese Erlasse galten im Übrigen nur für Polen, die ab 1. September 1939 in deutsche Hand gefallen waren, nicht für Polen, die sich bereits vorher im Deutschen Reich aufgehalten hatten, siehe Held / Fickenwirth, S. 160. Freilich wurde am 25. Oktober 1940 auch für letztgenannte Arbeitskräfte ein allgemeines Heimkehrverbot erlassen, siehe ebenda, S. 178. Zum Polen-Erlass siehe auch Tooze, S. 421 f. Urban führt die Polen-Erlasse auch auf negative Erfahrungen des Regimes im Umgang mit Polen zurück, nämlich einem eher kollegialen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen etwa im mittel- / ost-deutschen Raum in der Tradition polnischer Wanderarbeiter, Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 192.

¹⁹⁹ Ein Erlass Görings vom November 1939 verlangte, dass polnische Arbeitskräfte möglichst kostengünstig für die Betriebe sein sollten. Bereits im Frühjahr 1940 wurden von Polen Sondersteuern erhoben, und am 5. August 1940 regelte eine Verordnung des RFM einen fünfzehnprozentigen Lohnabzug bei allen Tageslöhnen ab neun RM wöchentlich beziehungsweise ab 39 RM monatlich. Zulagen und Sonderleistungen für Deutsche waren Polen nach einer Anordnung des RAM ebenfalls versagt, siehe hierzu genauer Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 196 f.; siehe auch Lukat, S. 109. Polen waren, bis dieses bei den Ostarbeitern 1942 zu einer gängigen Praxis wurde, bereits ab 1940 von Rückführungen betroffen. Sobald ihre Arbeitsfähigkeit innerhalb von 14 Tagen nach der Erkrankung oder Unfällen nicht wiederherzustellen war, sollte die Abschiebung ins Heimatgebiet erfolgen, um die deutsche Sozialversicherung zu entlasten, siehe Lukat, S. 280 f.



Abb. 2. Stigmatisierendes Zeichen für Polen im Deutschen Reich (Quelle: wikipedia, Polen-Erlasse, CC BY 3.0)

Fülle diskriminierender Einschränkungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln, den Besuch von Veranstaltungen bis zu wesentlichen rechtlichen Einschränkungen im Arbeitsrecht. So lautete etwa einer der Polen-Erlasse:

„Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich.[Überschrift]

Jedem Arbeiter polnischen Volkstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten. 2. Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgehverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden. 3. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet. 4. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen. 5. Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verlässt usw. erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager.

Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerste Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.²⁰⁰ 6. Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuss ist nur in den, den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet. 7. Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode²⁰¹ bestraft. 8. Jeder Verstoß gegen die für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums erlassenen Anordnungen und Bestimmungen wird in Deutschland bestraft, eine Abschiebung nach Polen erfolgt nicht. 9. Jeder polnische Arbeiter und jede polnische Frau hat sich stets vor Augen zu halten, daß sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen sind. Wer diese Arbeit zufriedenstellend macht, erhält Brot und Lohn. Wer jedoch nachlässig arbeitet und die Bestimmungen nicht beachtet, wird besonders während des Kriegszustandes unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen. 10. Über die hiermit bekanntgegebenen Bestimmungen zu sprechen oder zu schreiben, ist strengstens verboten.²⁰²

Am 4. Dezember 1941 wurden diese Bestimmungen mit der sogenannten Polenstrafrechtsverordnung²⁰³ für Polen und Juden in den annektierten Ostgebieten, welche aber auch in wesentlichen Teilen auf diese Gruppen im Reichsgebiet angewandt wurden, noch einmal in vielen Punkten verschärft und es war eine Fülle von Handlungen mit der Todesstrafe bedroht.

²⁰⁰ Gemeint vermutlich: Konzentrationslager, denn die Einweisung in Arbeitserziehungslager war auf einige Wochen bis Monate begrenzt.

²⁰¹ Allgemeine Angaben, wie häufig diese Strafbestimmung gegen polnische Männer oder später gegen Ostarbeiter angewandt wurde, liegen nicht vor. Quantifizierungen sind aber auch darum schwierig, weil öffentliche Hinrichtungen von Angehörigen dieser Gruppen auch aus anderen Gründen vorgenommen wurden, siehe Hoffmann, S. 138.

²⁰² Polen-Erlasse, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Polen-Erlasse>, dort als Faksimile abgedruckt. Auch die Betriebsführer wurden immer wieder, wie ein Merkblatt von 1942 zeigt, an die restriktiven Einsatz- und Lebensbedingungen der polnischen Zwangsarbeiter erinnert, siehe Abdruck eines solchen Merkblattes in: Viebig / Bohse, S. 126. Dieselben Einschränkungen wurden auch ab Februar 1942 nach den Ostarbeiter-Erlassen Himmlers dieser Gruppe auferlegt, so etwa 1942 eingesetzten Ukrainern, auch nur mündlich und im Betrieb, siehe Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen ukrainischen Volkstums während ihres Aufenthalts im Reich, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Kreisarchiv, Sig. II P.-59, Bl. 61, abgedruckt in: Adolf Diamant, Gestapo Chemnitz und die Außenstellen Plauen i. V. und Zwickau, Chemnitz 1999, S. 478. Dieser Text war in deutscher und ukrainischer Sprache abgefasst.

²⁰³ Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten, RGB I 1941, S. 759–761. Sie schuf erstmals offen ein Sonderstrafrecht für Polen. Eine kurze Übersicht dazu gibt es bei: [wikipedia.org/wiki/Polenstrafrechtsverordnung](https://de.wikipedia.org/wiki/Polenstrafrechtsverordnung). Hintergrund dieses drakonischen Strafinstrumentes war die prekäre Sicherheitslage selbst in den annektierten Ostgebieten, siehe hierzu Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 162 f; siehe auch Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 116 f. Gegen Juden wurde die Verordnung kaum angewandt, da bereits seit 1939, und systematisch seit 1941, ihre Ermordung vollzogen wurde, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 203–210.

Insbesondere die Frage der „Rassenreinheit“ war für Himmler von besonderer Sorge. Um hier sowohl die Polen als auch die deutschen Frauen abzuschrecken, sahen die Bestimmungen bei Verstößen für polnische Männer zwingend die Todesstrafe²⁰⁴ und für deutsche Frauen Schutzhaft vor; wenn sie das „gesunde Volksempfinden gröblich verletzen“. Um Letztere besonders davon abzuhalten, erlaubte der Reichsführer-SS der Polizei, nicht einzuschreiten, wenn deutschen Frauen vor der Überstellung in ein KZ vorher öffentlich die Haare abgeschnitten wurden oder sie öffentlich bloßgestellt werden sollten, „sofern es sich nicht um offensichtliche körperschädigende Übergriffe handelt.“²⁰⁵ Diese öffentliche Anprangerung der deutschen Frauen wurde allerdings im November 1941 durch einen Befehl Hitlers wieder aufgehoben.²⁰⁶

Da immer wieder Arbeitsverweigerungen oder andere Probleme mit ausländischen Arbeitskräften (Verlassen des Arbeitsplatzes, was als Flucht gewertet wurde) vorkamen, ging man je nach Fluchtgrund unterschiedlich vor. Bei politischen oder kriminellen Vergehen waren die Polizei beziehungsweise die Gestapo gemäß allgemeiner Erlasse zuständig. Bei individuellen Gründen (genannt wurde hier insbesondere „Arbeitsunlust“) erfolgte lediglich eine Meldung an die Gestapo über die örtliche Polizeistelle. In jedem Fall waren Polen ohne gültige Papiere immer festzunehmen und in das zuständige Polizei- oder Gefängnis einzuweisen.²⁰⁷

Häufig folgte dann Polizeihaft. Um diese „wirksamer“ zu gestalten, erließ Heydrich im Namen Himmlers am 15. April 1941 eine neue Polizeiverordnung. In dieser hieß es – da häufig der Zweck der Haft durch Freiheitsentziehung nicht erreicht würde –, die Stapo-Leitstellen könnten verschärfte Haft anordnen, insbesondere bei Polen. Diese bestand in „hartem Lager und Beschränkung der Mittagkost auf Wasser und Brot.“²⁰⁸

²⁰⁴ Um polnischen Männern Alternativen zu sexuellen Beziehungen mit deutschen Frauen zu geben, empfahl Himmler am 8. März 1940 in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister, bei der Planung von Barackenlagern für polnische Arbeiter auch die Einrichtung einer „Bordellbaracke“ mit polnischen Mädchen vorzusehen, Stadtverwaltung Olbernhau, o. Sign., S. 28, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 388. Auch die NSDAP machte sich entsprechende Sorgen und verlangte im Dezember 1940, Bordelle mit ausschließlich ausländischen Prostituierten auch für Westarbeiter einzurichten, siehe Wießner, S. 7.

²⁰⁵ Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Plauen, Schreiben an die Landräte, Polizeipräsidenten, Oberbürgermeister und Bürgermeister vom 27. Mai 1940, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Kreisarchiv, Sig. II P-59, Bl. 28, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 390. Die Stapo-Plauen bezog sich dabei auf einen Erlass Himmlers vom 7. Mai 1940.

²⁰⁶ Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 26. November 1941 an die Polizeipräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Landratsamt Oelsnitz (V.), Akte 1360, Bad Elster, Kriegsgefangene 1941–1943, Bl. 20, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 449. Auch über die Parteilinien wurden Parteistellen am 31. Oktober 1941 von Martin Bormann darauf hingewiesen, dass solche Praktiken zu unterbinden seien, siehe Hoffmann, S. 139.

²⁰⁷ Erlass Himmlers vom 28. Mai 1940 über Meldewege, weitergeleitet von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Plauen an den Landrat von Schwarzenberg vom 8. Juni 1940, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 394.

²⁰⁸ Schreiben Heydrichs an die Regierungspräsidenten vom 1. April 1941, weitergeleitet vom Regierungspräsidenten in Zwickau an Landräte, Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister seines Einzugsbereiches, Land-

Das Scheitern des Blitzkrieg-Konzeptes: Sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte

Die Kriegs- und Wirtschaftsplanungen für den Krieg gegen die UdSSR waren geprägt von der schon oben geschilderten Dichotomie, genauer Parallelplanung, zwischen den Operationsplannern um Hitler und den langfristigen Rüstungsplanungen des OKW für den weiteren Krieg gegen die Westmächte. Aus Sicht der Operationsplaner war der Feldzug gegen die UdSSR von vornherein und zum ersten Mal als Blitzkrieg geplant und sollte spätestens Ende August 1941 zu einer Zerschlagung der sowjetischen Haupttruppenteile durch die Heeresgruppe Mitte auf der Linie Dnjepr / Dwina etwa 500 km östlich von Brest führen, unterstützt von den im Norden beziehungsweise Süden operierenden Heeresgruppen Nord und Süd. Nach diesem Hauptschlag, so die Annahme, würde es nicht mehr zu koordiniertem Widerstand durch die Reste der Roten Armee kommen und somit der Weg nach Moskau wie auch in die Wirtschaftszentren der Sowjetunion frei sein.²⁰⁹ Letztlich sollten die Eroberungen in einer Linie weit östlich von Moskau, der Wolga-Linie und dem Kaukasus, zum Stillstand kommen, um sich dann 1942 mit aller Macht wieder der Auseinandersetzung mit den seit 1939 im Krieg mit dem Deutschen Reich befindlichen Großbritannien und perspektivisch den USA zuzuwenden. Bezeichnend für dieses auf wenige Monate befristete Konzept war, dass die Zahl der uk-Stellungen in der deutschen Rüstungs- und Grundstoffwirtschaft, als der Ostfeldzug wie schon geschildert im Dezember 1941 katastrophal scheiterte, mit 5,6 Millionen am höchsten war.

Bereits von Anfang an konkurrierten zwei strategische Optionen: Die eine sah zunächst die Hauptaufgabe darin, das Gebiet zwischen Baltikum und dem ukrainischen Teil der UdSSR (als Wirtschaftsbasis) zu sichern (von Hitler unterstützt)²¹⁰ und erst dann den Vormarsch Richtung Moskau zu führen, während die andere (zum Beispiel OKH-Generalstabschef Halder) alle Anstrengungen auf die Angriffsrichtung Moskau konzentrieren wollte. Als Ende Juli 1941 die erwartete erste größere Kampfpause eintrat, gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern beider Konzepte um das weitere Vorgehen. Obwohl die Wehrmacht große Truppenverbände des Gegners zerschlagen hatte, wurden immer neue sowjetische Truppen ins Gefecht geführt. Damit war der zentrale Punkt für das Gelingen des Feldzugs nicht

kreisamt Aue-Schwarzenberg, Kreisarchiv, Stadt Aue, Sig. I-6189, Bl. 82, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 417.

²⁰⁹ Zu den strategisch-operativen Planungen für den Fall Barbarossa siehe Tooze, S. 523 ff. Ein Vorrücken um etwa 500 km war die Entfernung, die für moderne Armeen angesichts der Versorgungslinien möglich war, ehe neue Versorgungsdepots bei dieser Linie angelegt werden mussten. Hinzu kommt, dass die Masse der deutschen Truppen wie schon im Ersten Weltkrieg zu Fuß unterwegs und nicht motorisiert war, siehe Tooze, S. 523 f.

²¹⁰ Der strategischen Planung von Hitlers Weisung zum Fall Barbarossa vom 17. Dezember 1940 lag genau dieses Szenario zugrunde, siehe Tooze, S. 527. Während Halder und auch andere Militärplaner eher wenig Hoffnung über das wirtschaftliche Potential des zu erobernden Gebietes hegten, schwenkten manche Planer wie auch General Thomas vor dem Hintergrund von Hitlers wirtschaftlichen Eroberungserwartungen um und betonten ihrerseits nun das überragende Potential des Westgebietes der Sowjetunion für den weiteren Krieg des Deutschen Reiches gegen Großbritannien und die USA, siehe Tooze, S. 528–531.

erreicht worden: die frühzeitige Zerschlagung der sowjetischen Armee.²¹¹ Nach einer langen Krise setzte sich Hitler durch, und der weitere Vorstoß ging unter Schwächung der Heeresgruppe Mitte ab 21. August 1941 zunächst in Richtung Ukraine. In der Kesselschlacht von Kiew fielen der Wehrmacht bis 23. September 650.000 Soldaten als Kriegsgefangene in die Hände und die Heeresgruppe Nord hatte Leningrad eingeschlossen.²¹² In einem Gefühl der Hybris angesichts der errungenen großen Siege erging am 6. September unter dem Decknamen „Taifun“ auch der Befehl zur Vorbereitung des Angriffs auf Moskau und am 30. September begann dann der endgültige Vorstoß der Heeresgruppe Mitte auf das etwa 350 km entfernte Moskau, allerdings schon mit inzwischen erheblich geschwächten militärischen Kräften.²¹³ Bei der Doppelschlacht von Brjansk und Wjasma Anfang Oktober 1941 machte die Wehrmacht noch einmal über 600.000 sowjetische Kriegsgefangene. Der weitere Vormarsch auf Moskau geriet dann jedoch bald ins Stocken. Mit ausgezehrten Truppen und nach dem Einsetzen der Schlammperiode am 8. Oktober sowie darauf folgenden strengen Frösten ab Mitte November gelangten Vorauskommandos der Wehrmacht bis zum 1. Dezember 1941 noch in die Außenbezirke von Moskau. Dann kam der Vormarsch endgültig zum Erliegen. Am 5. Dezember erfolgte der für die Wehrmacht überraschende Gegenstoß General Schukows bei Moskau, der die Wehrmacht etwa 100 bis 150 km zurückwarf. Das Konzept des Ostfeldzugs – Blitzkrieg – war damit vor aller Welt gescheitert.²¹⁴

²¹¹ Statt erwarteter 200 Divisionen stellte die Sowjetunion nicht nur, wie OKH-Generalstabschef Halder Anfang August 1941 notierte, 360 Divisionen, sondern bis Ende 1941 tatsächlich 600 Divisionen auf, siehe Tooze, S. 563. Der Eintrag in Halders Kriegstagebuch ist auch zitiert in: Philippe Masson, *Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945*. Mit einem Vorwort und Anmerkungen von J.A. Graf Kielmansegg, München 2000, S. 178.

²¹² Masson, S. 181. In der offiziellen russischen Literatur sind die Gefangenenzahlen allerdings erheblich niedriger angegeben. Die Begründung für die Hauptstoßrichtung Süden lag wiederum in der Zerschlagung sowjetischer Rüstungszentren im Süden sowie in der Eroberung der Ölquellen des Kaukasus, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 28.

²¹³ Tooze, S. 566 f., weist auf eine innenpolitisch ebenfalls zentrale Schlüsselsituation hin: die endgültigen Entscheidungen zur Endlösung der Judenfrage, genauer zur Vernichtung der europäischen Juden. Mitte Oktober 1941 begannen die ersten Transporte deutscher Juden in den Osten zur Vernichtung, und die Einsatzgruppen von SD / Sicherheitspolizei hatten ihre blutigen Morde bereits seit Einmarsch in die UdSSR begonnen.

²¹⁴ Zu den Truppenbewegungen und Truppenstärken der deutschen wie sowjetischen Seite siehe Masson, S. 182–188. Siehe zur Operation „Taifun“ sowie den anschließenden sowjetischen Gegenoffensiven ebenfalls Tooze, S. 567 f. und 575–577. In Moskau existiert bis heute in dem entsprechenden Außenbezirk ein riesiges Mahnmal aus stilisierten Panzersperren, das den größten Annäherungspunkt deutscher Truppen an den Moskauer Kreml symbolisiert. Tooze weist zu Recht darauf hin, dass Stalins Befehl vom 7. Januar 1942 zur Zurückdrängung aller deutschen Heeresgruppen zwar zu erheblichen Verlusten der Wehrmacht im Umfang von über 300.000 Soldaten führte, jedoch nicht zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte. Bei einer Konzentration der sowjetischen Kräfte nur gegen diese deutschen Kräfte (mit der Chance ihrer Zerschlagung) wäre es vielleicht möglich gewesen, den Krieg erheblich verkürzt zu führen, siehe Tooze, S. 577. Für die deutschen Rüstungsplaner hatte der gescheiterte Blitzkrieg nicht nur die Konsequenz, keinerlei Demobilisierungen zu gestatten, sondern war auch mit unerwartet hohen Verlusten an Material und Menschen begleitet, so dass die Wehrmacht im Gegenteil zukünftig erhebliche neue Einberufungen benötigte. Zu den Verlusten der ersten sechs Kriegsmomente auf dem östlichen Kriegsschauplatz siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 41–44.

Für die deutsche Kriegswirtschaft mit ihrer immer angespannteren Personallage hatte das Scheitern erhebliche Konsequenzen: Der Einsatz von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern für die deutsche Kriegswirtschaft wurde zwingend notwendig. Aus der Sicht der Blitzkriegsplaner war es noch Monate vorher nicht erforderlich erschienen, im Unterschied zu den vorigen Feldzügen gegen Polen und Frankreich, einen Arbeitseinsatz größerer Kontingente der erwarteten Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen oder gar von sowjetischen Zivilisten vorzusehen. Denn es waren aus ihrer Einschätzung durch die polnischen, französischen und vielen anderen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Umfang von 3,5 Millionen Mann auf lange Sicht eigentlich genügend potentielle Arbeitskräfte verfügbar. So betrug allein die Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte nach Angaben des RAM am 25. September 1941 2.139.553 Personen. Die größte Gruppe unter ihnen bildeten die Polen mit gut einer Million Beschäftigten, gefolgt von 271.667 Italienern, 140.052 Protektoratsangehörigen, 121.501 Belgiern, 108.791 Jugoslawen und vielen anderen. Auch 25.269 sowjetische Bürger waren darunter.²¹⁵ Nach Hitlers ideologischen Vorstellungen sollten sowjetische Kriegsgefangene und die dortige Zivilbevölkerung in jedem Fall fast gänzlich für die deutschen Verwaltungen der Ost-Gebiete arbeiten und nicht im Deutschen Reich selbst eingesetzt werden.

Aus Sicht der Rüstungsplaner im OKW (WiRüAmt) war jedoch auf sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte keineswegs, trotz des erwarteten kurzen Feldzugs, zu verzichten, und so planten sie von Anfang an auch mit deren Arbeitseinsatz im Deutschen Reich selbst. Für Kriegsgefangene im Operationsgebiet (Hinterland der Front) sollte wie üblich das OKH zuständig sein. In zwei Grundlagenbefehlen vom 16. und 26. Juni 1941 legte das OKW einen weiteren Gefangenenbereich mit zwei Teilgebieten fest: dem Heimatkriegsgebiet, das zum einen aus dem besetzten polnischen Generalgouvernement und dem neuen, um einige angrenzende polnische Gebiete erweiterten ostpreußischen Wehrkreis I bestand (Kriegsgefangenen-Heimatorganisation), sowie zum anderen aus dem Gebiet der übrigen Wehrkreise des Reiches. Die Lager im Bereich Kriegsgefangenen-Heimatorganisation, sieben Offizierslager (Oflag) und sieben Stammlager (Stalag) für Mannschaften und Unteroffiziere, sollten vornehmlich als Aufnahme- und Durchgangslager für den Weitertransport ins Reich dienen. Für das Reichsgebiet waren in neun Wehrkreisen insgesamt 17 Stalags (mit 18 Lagern) und zwei Oflags mit einer Kapazität von jeweils 30.000 bis 50.000 Gefangenen vorgesehen. Als Gesamtkapazität wurde

²¹⁵ Kroener, Personelle Ressourcen, Tabelle S. 952; siehe auch Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 262. Während die Protektoratsangehörigen im Großen und Ganzen noch längere Zeit freiwillig beziehungsweise aufgrund höherer Löhne im Deutschen Reich arbeiteten, griff man im Falle der Polen sehr schnell zu Zwangsmitteln, indem etwa eine Arbeitspflicht für männliche Polen bis zum 60. Lebensjahr eingeführt und diese Gruppe gezwungen wurde, sich bei den Arbeitsämtern registrieren zu lassen, siehe Umbreit, Kontinentalherrschaft, S. 260. Am wenigstens konnte das Deutsche Reich seine Vorstellungen mittels Druck gegenüber Verbündeten durchsetzen. So war es nötig, mit Italien, Kroatien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien bilaterale Abkommen für die Anwerbung und Überlassung von Zivilarbeitern abzuschließen, siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 6.

die Unterbringung von 790.000 sowjetischen Kriegsgefangenen geplant.²¹⁶ Den rassistisch-sicherheitspolitisch geprägten Vorstellungen der Reichsführung trug das OKW insofern Rechnung, als alle Lager als sogenannte Russenlager (also nur für sowjetische Kriegsgefangene) geplant waren, um ein Zusammentreffen von sowjetischen mit Kriegsgefangenen anderer Staatsangehörigkeit zu vermeiden. Im anderen Fall, der gemeinsamen Unterbringung in bestehenden Stalags, wäre eine bereits geplante diskriminierende Gesamt- und Ernährungsbehandlung sowjetischer Kriegsgefangener auch kaum lange durchzuhalten gewesen.²¹⁷

Zu diesem Ausbaumumfang des Lagersystems kam es jedoch nicht. Nachdem Hitler bereits am 2. August 1941, auf dem bisherigen Höhepunkt der Siegesstimmung, die Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener auf nicht mehr als 120.000²¹⁸ im Reichsgebiet (ohne Generalgouvernement und Wehrkreis I) begrenzt hatte, revidierte das OKW seine Planungen nach unten und legte Lager für eine Aufnahmekapazität (in Abweichung zu Hitlers Vorgaben) von nunmehr 440.000 Kriegsgefangenen fest. Da zum Zeitpunkt der Festlegung Hitlers vom 2. August 1941 bereits mehr als 120.000 sowjetische Kriegsgefangene im Reich angekommen waren, wurden zunächst keine weiteren Stalags mehr errichtet und nur noch sukzessive schließlich 13 Stalags und ein Oflag nach und nach ausgebaut, unter anderem für den Wehrkreis IV Dresden als einziges „Russen“-Lager das Stalag IV H Zeithain bei Riesa.²¹⁹ Dieses Zwischenstadium vom Beginn des Ostfeldzugs am 22. Juni 1941 und ersten vorläufigen Restriktionen Hitlers am 2. August 1941 führte nicht zuletzt dazu, dass die Auf- und Ausbauarbeiten in den mit Kriegsgefangenen inzwischen belegten Lagern stagnierten, und es hatte zur Folge, dass viele Kriegs-

²¹⁶ OKH, Betr.: Erfassung und Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vom 26. Juni 1941, BA / MA, RW 59 / 142, Kopie im Besitz der Verfasser. Für den Wehrkreis IV waren darin drei Lager (zwei in Zeithain für je 50.000 Kriegsgefangene sowie eines in Königsbrück für 40.000 Kriegsgefangene) vorgesehen. Zudem wurde in Teil III des Erlasses eine besondere Gefährlichkeit der Kriegsgefangenen konstatiert und besondere Wachsamkeit gefordert. Im selben Tenor waren die Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland verfasst, die insbesondere auf eine angeblich grausame asiatische Kampfweise der Roten Armee hinwiesen und daraus „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen“ gegen jeden Widerstand ableiteten, BA / MA, RW 4 / v.524, Bl. 13 ff., Kopie im Besitz der Verfasser. Der oben genannte Kriegsgefangenerlass legte zwar grundsätzlich fest, dass die Kriegsgefangenen nach der Genfer Konvention zu behandeln seien, jedoch gebe es Ausnahmen: Kein Arbeitseinsatz außerhalb der Lager, keine Bezahlung, Verpflegung nur nach Sonderbefehl, kein Einsatz von Schutzmächten, kein Postverkehr: Allgemein zu den beiden geheimen Erlassen Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941 / 42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen (Dissertation), Göttingen 2011, S. 152 f. (im Folgenden zitiert als: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene).

²¹⁷ So auch Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 432.

²¹⁸ Zum selben Zeitpunkt hatte man entschieden, gut 100.000 französische Kriegsgefangene aus der Landwirtschaft in die Rüstungsindustrie zu versetzen. Die vorgesehenen 120.000 sowjetischen Kriegsgefangenen schienen aus Sicht der Arbeitsverwaltung für die versetzten Franzosen ein ausreichender Ersatz zu sein, siehe Maier, S. 78.

²¹⁹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 62-65; siehe auch Jens Nagel, Das Kriegsgefangenenwesen der Deutschen Wehrmacht, in: Zeithain. Gedenkbuch sowjetischer Kriegsgefangener, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Bd. 1 und 2, Dresden 2005 (in deutscher und russischer Sprache), Bd. 1, S. 28-41, hier S. 35 f.

gefangene praktisch zunächst Wochen und Monate unter freiem Himmel leben – eher vegetieren – mussten.

Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen hatte sich auch im Reichsgebiet kurz nach Beginn des Ostfeldzugs rasant erhöht. Von 14.000 am 15. Juli stieg sie über 65.000 am 31. Juli auf schließlich 171.000 am 10. August 1941 an.²²⁰ Doch bereits im September 1941 erfolgte eine weitere Wendung. Wohl aufgrund der Stockungen beim Vormarsch und neuer großer Gefangenenkontingente im Ostfeldzug – wie erwähnt sollte eigentlich schon die Zerschlagung der Hauptkräfte der Roten Armee erreicht sein – genehmigte das OKH am 23. September 1941 den Transport von weiteren 500.000 sowjetischen Kriegsgefangenen ins Reichsgebiet, so dass Mitte Oktober eine Zahl von etwa 660.000 erreicht sein sollte; die tatsächliche Zahl lag aber wesentlich niedriger. Bis zum 1. Oktober waren tatsächlich 253.596 sowjetische Kriegsgefangene angekommen.²²¹ Im Oktober / November 1941 erfolgten weitere Transporte (Kessel von Kiew und Wjasma / Brjansk), ehe diese dann aufgrund von Fleckfiebererkrankungen in den Stalags im Osten vorläufig ganz eingestellt werden mussten. Am 20. November 1941 nannte das RAM mit Bezug auf das OKW eine Zahl von 404.873 Mann. Nach abwägenden Überlegungen zu je nach Quelle abweichenden Zahlen kommt Keller zu dem Schluss, dass bis 31. Dezember 1941 gut 485.000 bis 500.000 Kriegsgefangene in das Reichsgebiet transportiert worden sein müssen.²²² Nach Wehrmachtangaben betrug die jeweilige Zahl (Stichtag) im Deutschen Reich 390.000 im November 1941, 318.000 im Januar 1942 und 292.000 im Februar 1942, hatte also um gut 25 Prozent abgenommen. Auch in allen besetzten Ostgebieten wie im Operationsgebiet der Wehrmacht nahmen die Zahlen aufgrund entsprechender Todesfälle ab, insgesamt sogar um 36 Prozent.²²³

Obwohl von OKW-Seite immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die UdSSR die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen nicht unterzeichnet hatte, ging man offiziell formal (jedenfalls auf dem Papier) von deren Anwendung für sowjetische Kriegsgefangene aus, mit zwei zentralen Ausnahmen: ihrer ausreichenden Ernährung sowie den Bedingungen für ihren Arbeitseinsatz.²²⁴ Sowohl in den besetzten Gebieten als auch im Operationsgebiet gerieten die sowjetische Kriegsgefangenen sehr schnell in eine tödliche Zange zwischen rassistischer Diskriminierung und Ernährungshierarchien zu ihren Ungunsten sowie immer schneller schrumpfenden deutschen Versorgungsmöglichkeiten. Wenn überhaupt, wurden im OKH-Bereich Rationen zwischen 700 und 1.300 kcal ausgegeben. Ein Bericht des Wirtschaftstabs Ost (einer Einrichtung von OKW und Vierjahrplanbehörde) kam etwa im Oktober 1941 zu folgender Einschätzung: „Besondere Schwierigkeiten bereitet ... die Verpflegung der

²²⁰ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 65.

²²¹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 71–72.

²²² Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 82–85.

²²³ Kroener, Menschenbewirtschaftung, Tabelle S. 802.

²²⁴ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 143. Siehe auch den schon erwähnten zentralen Befehl des OKW vom 26. Juni 1941 (FN 216).

riesigen Gefangenenanzahl. Zu ihrer notdürftigen Ernährung müssen die nicht für die Zuckergewinnung bestimmten Zuckerrüben in rohem Zustand herangezogen werden ... Aber auch diese Zuckerrübenmengen reichen für die kümmerlichste Ernährung der Gefangenen nicht aus. Man beobachtet es auf allen Straßen, auf denen Kriegsgefangene entlang geführt werden, daß Blätter und weggeworfene Strünke der Rüben mit wilder Gier vom Felde aufgegriffen werden.“²²⁵

Dass dies so war, lag nicht nur an der objektiven Ernährungsbasis, über die die Wehrmacht verfügte²²⁶. Wie Hermann Göring auf der Besprechung am 16. September 1941 betonte, durfte die Ernährungssituation für die deutsche Bevölkerung keinerlei Einschränkungen erfahren.²²⁷ Nach seiner Vorstellung kamen zuerst die Bedürfnisse der Wehrmacht im Feld und im Deutschen Reich, danach die deutsche Zivilbevölkerung und erst dann die Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Auch dort sollte eine Hierarchie gelten: gesicherte Ernährung nur für Arbeitskräfte bei den Deutschen. „Selbst wenn man die sämtlichem übrigen Einwohner ernähren wollte, so könnte man es im neubesetzten Ostgebiet nicht“, erklärte Göring. Bei der Verpflegung der Gefangenen sei man im Falle der UdSSR an internationale Verpflichtungen nicht gebunden. Als Ausweg aus der Ernährungskrise im Deutschen Reich forderte Göring ausdrücklich eine noch stärkere Ausbeutung der neu eroberten Ostgebiete.²²⁸ Ein vielzitiertes Fazit aus einem Bericht über eine Besprechung mit dem Generalquartiermeister des OKH vom 21. Oktober 1941 in Orscha lautet kurz und bündig: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern [im OKH-Bereich, A.d.A.] haben zu verhungern.“²²⁹

Da inzwischen entschieden worden war, dass sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet verstärkt für den Arbeitseinsatz herangezogen werden sollten, verfügte das OKH am

²²⁵ Zitiert in: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 146. Auch das OKW fühlte sich nicht an internationale Standards gebunden, sondern verfügte (theoretisch) weit unter deutschen Rationen liegende Ernährungssätze, siehe Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 145.

²²⁶ Die Wehrmacht war nicht nur gezwungen, sich selbst immer mehr aus dem Land (den besetzten Gebieten) zu ernähren, sondern es sollten von dort bereits frühzeitig in großem Umfang Nahrungs- und Futtermittel ins Deutsche Reich transportiert werden, um die deutsche zivile Ernährungssituation zu verbessern.

²²⁷ Zur Erinnerung: Das Ernährungsniveau war im September 1941 seit Kriegsbeginn 1939 trotz der Zwangslieferungen aus den besetzten Ostgebieten auf seinen tiefsten Stand gefallen, siehe Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 597.

²²⁸ Zitiert bei Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 146 f. Siehe auch Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 597.

²²⁹ Zitiert bei Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 148. Auch Göring vertrat diese Position im Gegensatz zum schon erwähnten OKW-Befehl vom 26. Juni 1941. Vom 21. Oktober 1941 stammt ein Erlass zur Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener im OKH-Bereich, das heißt im besetzten sowjetischen Gebiet. Daraus ist zu entnehmen, dass nichtarbeitende und kranke Kriegsgefangene wöchentlich folgende Ernährungssätze hatten: kein Fleisch, keine Wurst, 70 g Fett, 62,5 g Magerkäse / Quark, 100 g Nahrungsmittel, 150 g Zucker, 150 g Marmelade, 1.125 g Frischgemüse (Speiserüben, Kohl), 137,5 g Sauerkohl, 5 kg Kartoffeln, 1,5 kg Brot, 28 g deutscher Tee, 105 g Salz. Der Erlass machte darauf aufmerksam, dass Kartoffeln möglichst durch Rüben und Brot oder durch Nahrungsmittel zu ersetzen seien. Für Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz waren nur unwesentlich höhere Rationen vorgesehen. Schwerstarbeiter nach den Kategorien im Deutschen Reich konnten – für je sieben Tage neben höheren Sätzen für allgemeinen Arbeitseinsatz – 100 g Fleisch, 500 g Brot und 50 g Fett zusätzlich erhalten. Kopie des Erlasses im Besitz der Verfasser. Die Folge dieser Festlegungen war für die meisten Kriegsgefangenen unausweichlich: verhungern.

30. September 1941 beziehungsweise am 8. Oktober 1941 erhöhte Verpflegungssätze für arbeitende Kriegsgefangene, sogar Schwerarbeiterzuschläge waren möglich; jedoch wurden auf der anderen Seite die Rationen für auf Dauer nichtarbeitende Kriegsgefangene noch einmal gesenkt. Auch das WiRüAmt und das Reichsernährungsministerium setzten sich schließlich für eine bessere Ernährung der zum Arbeitseinsatz gelangenden oder vorgesehenen sowjetischen Kriegsgefangene ein.²³⁰

Je näher das Jahresende mit einer sich rapide verschlechternden Kriegssituation im Ostfeldzug heranrückte, desto stärker versuchte das OKW, die Ernährungsbasis ihrer Kriegsgefangenen zu verbessern. Am 26. November 1941 forderte es von den Wehrkreiskommandos (im Deutschen Reich) die verstärkte Rekrutierung von sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem noch vorhandenen Bestand in den Stalags und die (Wieder-)Herstellung von deren Arbeitsfähigkeit durch verbesserte Verpflegung und Hilfsmaßnahmen. Das OKW verfügte gleichzeitig, dass nichtarbeitende Kriegsgefangene in Reichs-Stalags dieselben Ernährungssätze wie arbeitende erhalten sollten und widerrief damit zwei gegenteilige Befehle des OKH vom 30. September 1941 / 8. Oktober 1941.²³¹ Gleichwohl waren die Ernährungssätze, die schließlich im Dezember 1941 vor dem Hintergrund einer akuten Nahrungsmittelkrise im Deutschen Reich für sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter festgelegt wurden, unzureichend und ernährungsphysiologisch schnell krankmachend. Wöchentlich gab es 16,5 kg Rüben, 2,6 kg Brot, 3 kg Kartoffeln, 250 g Pferdefleisch und Fleischabfälle, dazu noch etwas Fett, Nahrungsmittel, Zucker und 2,33 l entrahmte Milch.²³²

Veränderungen zeigten sich auch auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion. Bereits kurz nach Beginn des Ostfeldzuges hatte beispielsweise die Rüstungsinspektion des Wehrkreises IV (als nachgeordnete Behörde des WiRüAmtes) auf die neue, komplizierte Kriegslage hingewiesen und die Betriebsführer aufgefordert, alle Anstrengungen auf die Rationalisierung und Effizienzsteigerung beziehungsweise Intensivierung der Produktion zu richten. Gerade in der Rüstungsproduktion, so heißt es in einem Schreiben des Inspektors der Rüstungsinspektion für Wehrkreises IV, sei es trotz Produktionsverlagerungen ins Ausland und in die besetzten Gebiete nicht möglich, „den Kräftebedarf für die kriegsentscheidende Fertigung, insbesondere den Bedarf an Facharbeitern, auch nur annähernd zu decken.“ Es gebe seit längerem ein Wettrennen insbesondere mit Großbritannien und den USA, wie schon im Ersten Weltkrieg, den die Heimat verloren habe. „Den zweiten muss sie jetzt an der Werkbank gewinnen.“²³³

²³⁰ Siehe Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 147, 212–215. Ähnliche Maßnahmen wurden 1942 für Ostarbeiter erlassen, als dort ein Leistungssystem eingeführt wurde: Verbesserungen für Arbeitende, Verschlechterungen für Nichtarbeitende.

²³¹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 242 f.

²³² Angaben nach Tooze, S. 621. Mit vollem Recht weist Tooze darauf hin, dass dieser Nahrungsmix eine akute Mangelernährung darstellte und vor allem bei körperlich schwerer Arbeit zu physischer Erschöpfung führen musste, ebenda, S. 621.

²³³ Schreiben vom 26. Juni 1941 des Inspektors der Rüstungsinspektion des Wehrkreises IV und Vorsitzenden der Prüfungskommission, General Walter Friedensburg, an die Betriebsführer der kriegswichtigen

Damit dies gelingen konnte, wurden immer mehr Kriegsgefangene in den Arbeitsprozess integriert. Vom 1. Juli 1941 an stieg die Zahl der arbeitenden Kriegsgefangenen aller Nationen nach Angaben des RAM von 1.408.152 auf 1.600.881 am 1. November 1941. Dies war nur möglich, weil trotz Entlassungsaktionen für französische Kriegsgefangene inzwischen erhebliche Kontingente an sowjetischen Kriegsgefangenen in den Arbeitsprozess überführt worden waren. Etwa 40 Prozent der circa 350.000 sowjetischen Kriegsgefangenen befand sich am 1. Oktober 1941 bereits im Arbeitseinsatz, und einen Monat später waren gut 220.000 Gefangene beschäftigt, das heißt 63 Prozent aller sowjetischen Kriegsgefangenen.²³⁴ Wenn man das Gebiet der Kriegsgefangenen-Heimatorganisation mitrechnet (Generalgouvernement und Wehrkreis I), waren im Dezember 1941 aufgrund von Auskämm-Aktionen in den Stalags nochmals 93.000 Gefangene gewonnen worden, so dass Ende 1941 etwa 308.000 sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz waren.²³⁵ Die Rüstungsindustrie allein beschäftigte am 31. Dezember 1941 123.682 sowjetische Arbeitskräfte, die Auskämm-Aktion hatte lediglich zu etwa 10.000 neuen Rüstungsarbeitern aus den „Russenslagern“ geführt.²³⁶

Grundsätzlich begründete der Einsatz von Kriegsgefangenen kein Arbeitsverhältnis zwischen dem einzelnen Kriegsgefangenen und dem Betrieb, sondern basierte auf einer Vereinbarung zwischen Betrieb und dem zuständigen Stalag, aus dem der Kriegsgefangene kam. Während westliche Kriegsgefangene grundsätzlich unter ähnlichen Bedingungen wie deutsche Zivilarbeiter zu beschäftigen waren, gab es einige Sonderbestimmungen für sowjetische Kriegsgefangene. So waren diese Kriegsgefangenen nicht unfallversichert, auch sollten sie grundsätzlich kolonnenweise eingesetzt werden.²³⁷ Der Hauptunterschied lag allerdings in der von Anfang an völlig unzureichenden Ernährung.

Die Bedingungen des „Russeneinsatzes“ waren bis zum Frühjahr 1942 aus Sicht der Rüstungsplaner wie der Industrie insgesamt unbefriedigend. Während das OKW am 29. September 1941 festgelegt hatte, dass sowjetische Kriegsgefangene den Einsatzbetrieb dasselbe kos-

gewerblichen Wirtschaft im Wehrkreis IV, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz.

²³⁴ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 200. Aus der Industrie wurden bereits Ende Juni 1941 (für den Bergbau, Flick-Konzern, Bauwirtschaft) Forderungen laut, sowjetische Kriegsgefangene einzusetzen, siehe Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 27.

²³⁵ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 245. Die Auskämm-Aktion zur Gewinnung von Rüstungsarbeitern unter den Kriegsgefangenen wurde von dem Wehrwirtschaftsführer und Chef des Leipziger Rüstungsbetriebes HASAG, Paul Budin, geleitet, siehe Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 325–329. Zu ersten Arbeitskräfte-erkrutierungen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen siehe auch Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 616. Zu Budin und der HASAG siehe Kapitel 6.

²³⁶ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 329.

²³⁷ Siehe hierzu Merkblatt für die allgemeinen Bedingungen, die für den Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Arbeitskräften Geltung haben, hrsg. vom Kgf.-M.-Stammlager IV F Hartmannsdorf im Mai 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz. Am 2. Juli 1942 fasste das RMF in einem Runderlass die Vorschriften zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen noch einmal zusammen (wie oben genanntes Schreiben des Stalag), Stadtarchiv Dresden, Best. 8.9 Gittersee, 154 / 12b.

ten sollten wie etwa andere, in diesem Fall polnische Kriegsgefangene²³⁸, führte ihr beklagenswerter körperlicher Zustand trotz aller „Aufpäppelungs-Aktionen“ der Betriebe zu erheblich geringeren Arbeitsleistungen. So beschwerten sich etwa ausgerechnet die Reichswerke Hermann Göring Salzgitter 1941, dass im Vergleich zu französischen Kriegsgefangenen bei Entladungsarbeiten eingesetzte sowjetische Kriegsgefangene nur etwa 20 Prozent von deren Leistung erbringen konnten. Aufgrund ihres schlechten Zustands war im Dezember 1941 von anfänglich 2.550 Arbeitskräften im Oktober 1941 weniger als die Hälfte einsatzbereit. Andere Werke in Niedersachsen machten ähnliche Erfahrungen, so dass insgesamt von einem aus Sicht der Betriebe unrentablen Einsatz auszugehen war.²³⁹

Ein weiteres Hindernis war die aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus erlassene Festlegung des OKW, dass die Gefangenen nur in geschlossenen Gruppen eingesetzt werden sollten, was sich jedoch recht bald als nicht zweckmäßig erweisen sollte und aufgeweicht werden musste. Zuvor hatte das OKW in seinem schon erwähnten Befehl vom 26. Juni 1941 sogar festgelegt, dass die Kriegsgefangenen nur zum Arbeitseinsatz im Lager selbst vorgesehen waren und daher auch keine Karteikarte II²⁴⁰ auszugeben sei (Näheres siehe in Kapitel 5). In mehreren Besprechungen des OKW mit der Vierjahrplanbehörde sowie anderen Reichsministerien, vor allem am 4. Juli 1941, wurden begrenzte Einsätze erörtert, die schließlich in obige Festlegung zum Kolonneneinsatz mündeten.²⁴¹

Mehr als 2,6 Millionen Stellen in der deutschen Wirtschaft waren im Sommer 1941 unbesetzt²⁴² und konnten weder innerhalb kurzer Zeit noch perspektivisch (wieder-)besetzt werden, da die zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Beschäftigten weiterhin Wehrdienst leisten mussten und nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehren konnten. Gegen alle ideologischen Überzeugungen hatte Hitler schließlich am 31. Oktober 1941 einer weiteren Überführung von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten zum Arbeitseinsatz im Reich offiziell zugestimmt. So geht aus einem Schreiben der Gestapo Chemnitz an die Landräte ihres Gebietes hervor, dass innerhalb weniger Wochen vor dem Dezember 1941 bereits 60.000 zivile Ukrainer ins Reich geholt worden waren.²⁴³ Aus einem Vermerk des WiRüAmtes vom 31. Oktober

²³⁸ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 212. Freilich sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen selbst keinerlei Entlohnung erhalten, ebenda, S. 212.

²³⁹ So die Schilderungen der Arbeitseinsätze und die Gesamteinschätzung bei Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 234–238, 430.

²⁴⁰ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 152. Ab Herbst 1939 hatten die Arbeitsämter Dependancen in den Stalags eingerichtet, um die Qualifikation der Kriegsgefangenen zu erfassen und den Arbeitseinsatz entsprechend den Anforderungen der Betriebe an die Arbeitsämter zu steuern und über Verträge zu sichern. Hierzu gehörte auch die Führung der Karteikarte II zum Arbeitseinsatz. Grundsätzlich blieb daher das Arbeitsamt der Ansprechpartner der anfordernden Betriebe, nicht das Stalag selbst, siehe Maier, S. 77.

²⁴¹ Siehe hierzu Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 158 ff.

²⁴² Ulrich Herbert, *Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus*, in: derselbe (Hg.), *Europa*, S. 384–426, hier S. 397.

²⁴³ Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz an die Landräte vom 9. Dezember 1941, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Kreisarchiv, Sig. II P-59, Bl. 108, abgedruckt in: *Diamant*, Gestapo

1941 ist ersichtlich, dass Hitler nunmehr den Einsatz von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen ausdrücklich erlaubte. Gleichzeitig notiert der Vermerk jedoch, dass der für Ernährung zuständige Staatssekretär und Hitler-Vertraute Herbert Backe erklärt habe, nur 300.000 ernähren zu können.²⁴⁴

Aus dem für den Arbeitseinsatz notwendigen Regierungserlass Hermann Görings vom 7. November 1941 geht hervor, für welche Arbeiten und unter welchen Bedingungen die sowjetischen Bürger eingesetzt werden sollten: für schwere körperliche Arbeit bei strengster Disziplin und Unterordnung unter Deutsche, durchzusetzen mittels jederzeitigem Nahrungsentzug und angedrohter Todesstrafe.²⁴⁵ Nach Görings Vorstellung sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen nach folgender Priorität beschäftigt werden: Höchste Priorität habe der Bergbau, danach folgen Landwirtschaft und erst an dritter Stelle die Rüstungsindustrie. Doch auch diese Festlegung hatte nur eine kurze Zeit Bestand. Bereits am 24. Dezember 1941 hat Hitler – sicherlich wegen der Katastrophe vor Moskau und dem Zurückweichen der deutschen Front – in einem erneuten Befehl dem Einsatz in der Rüstungswirtschaft die höchste Priorität gegeben.²⁴⁶ In der Einleitung des Führer-Befehls stellte OKW-Chef Keitel klar: „Die Zuführung der sowjet. Kr.gef. in die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ist für die Aufrechterhaltung der Rüstungskapazität und für die Leistungsfähigkeit unserer Kriegswirtschaft nunmehr entscheidendes Problem geworden.“ Diese Kriegsgefangenen sollten eine große Anzahl von neu einzuziehenden Arbeitern aus der Rüstungsindustrie ersetzen.²⁴⁷ Parallel hatte das Rüstungsministerium zwei Monate vorher den zusätzlichen Bedarf an sowjetischen Kriegsgefangenen-Arbeitskräften mit 1,4 Millionen Personen benannt, davon 480.000 in der Industrie, 600.000 in der Landwirtschaft und 400.000 für „Ausfälle“.²⁴⁸

Hitlers Befehle vom 31. Oktober 1941 wie auch vom 24. Dezember 1941 konnten jedoch nur bedingt umgesetzt werden. Zum einen hatte eine Fleckfieberepidemie in den sogenannten Russenlagern seit November 1941 eine weitere Zuführung von sowjetischen Kriegsgefange-

Chemnitz, S. 451. Offenbar hatte Paul Pleiger von der RVK als einer der ersten im September 1941 neben dem Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen auch den von Ostarbeitern für den Bergbau (ukrainische Bergleute) gefordert, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 188.

²⁴⁴ Zeittafel, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 167. Vermerk zitiert in: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 244.

²⁴⁵ Der Erlass Görings vom 7. November 1941 ist zusammengefasst bei Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin / Bonn 1986, S. 135 f. In diesen Beratungen mit Wehrmachtplanern und Industrievertretern wollte Göring angesichts der Wehrmachtverluste im Ostfeldzug auch versuchen, sein Luftrüstungsprogramm zu verteidigen. Dieses ging nur, indem die Ressourcenbasis an Arbeitskräften vergrößert wurde: durch Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 34 sowie 190–193.

²⁴⁶ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 332.

²⁴⁷ Führer-Befehl vom 24. Dezember 1941 ist abgedruckt in: Moll, S. 214 f. Göring wies auf der Besprechung vom 7. November 1941 gleichzeitig darauf hin, dass die neuen ungelerten Arbeitskräfte einen neuen Typ von einfacheren Maschinen benötigten als deutsche Facharbeiter, die sie ersetzen sollten, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 445.

²⁴⁸ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 239.

nen unmöglich gemacht und aufgrund der auch über die sonstigen Kriegsgefangenenlager im Reichsgebiet verhängten Quarantäne die weitere Rekrutierung ihrer Insassen für den Arbeitseinsatz auf Monate verhindert.²⁴⁹ Denn auch in anderen Stalags, nicht nur in den „Russenslagern“, war Fleckfieber ausgebrochen. „Ende Januar 1942 waren nur noch 13 von 61 Stalags im Reich fleckfieberfrei“.²⁵⁰ Fleckfieber war jedoch nicht die überwiegende Todesursache sowjetischer Kriegsgefangener. Vielmehr hatten Unterernährung und katastrophale hygienische – und Unterbringungsbedingungen mit allen daraus entstandenen Erkrankungen, vor allem Ruhr und Dystrophie, den wesentlichsten Anteil daran.²⁵¹

Während die in den Lagern befindlichen sowjetischen Kriegsgefangenen in Massengräbern in der Nähe der Stalags beerdigt wurden, setzte man die im Arbeitseinsatz befindlichen Kriegsgefangenen im Todesfall auf örtlichen Friedhöfen bei, jedoch auf der Grundlage von Sonderbestimmungen. Auch hierbei, im letzten Akt der Existenz dieser geschundenen Gruppe, zeigte sich wieder das rassistisch-bürokratische System des Nationalsozialismus. Zum einen sollten die Beerdigungen möglichst kostengünstig sein. Es war kein Sarg vorgesehen, sondern ein Papiertuch aus Ölpapier oder Ähnlichem. Der ganze Vorgang sollte „unauffällig“ durchgeführt werden. Bei mehreren Tote begrub man sie in einem Gemeinschaftsgrab, nebeneinander liegend, wie der Erlass des Reichsinnenministers vom 27. Oktober 1941 festlegte. Zu deutschen Gräbern war Abstand zu halten, und Schmuck oder Ähnliches war nicht gestattet.²⁵²

Tatsächlich waren bereits im Jahr 1941 Hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene nach Deutschland gekommen und in großer Zahl verstorben; die von Hitler geforderten drei Millionen für den Arbeitseinsatz konnten nicht mehr gewonnen werden.²⁵³ Denn von ihnen

²⁴⁹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 251.

²⁵⁰ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 264.

²⁵¹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 297.

²⁵² Schnellbrief des Reichsministers des Innern vom 27. Oktober 1941, Betrifft: Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden, Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Erfenschlag, Nr. 1289, Bl. 9–9b, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 428. Das Oberkommando hatte bereits am 23. August 1941 den Wehrkreisen in inhaltlich gleicher Weise dieselben Einschränkungen mitgeteilt, Kopie des Schreibens im Besitz der Verfasser. Am 11. Dezember 1942 präzisierte ein Erlass des OKW die Bestimmung über eine unbedeckte, nur in einen Sack gehüllte Leiche. Geistliche wurden zugelassen, auch Kriegsgefangene desselben Landes, Schreiben der Stapoleitstelle Düsseldorf an ihre Dienststellen über die Beerdigung von sowjetischen Kriegsgefangenen vom 16. Januar 1943, Kopie im Besitz der Verfasser.

²⁵³ Die Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand ist nach wie vor umstritten. In der westlichen Historiographie werden zumeist die Zahlen der Wehrmachtverwaltung akzeptiert, die von etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen bis Herbst 1944 ausgeht; diese Angaben liegen auch der Arbeit von Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978, zugrunde. Streits Arbeit hat insgesamt mehrere Auflagen erfahren. Wesentlich niedrigere Zahlen (abgesehen von den aus politischen Gründen Ende des Zweiten Weltkrieges offenbar falschen Zahlen der sowjetischen Seite) nannte 2001 G. F. Krivoscheev, *Russland und die UdSSR in den Kriegen des 20. Jahrhunderts. Die Verluste der militärischen Kräfte. Statistische Untersuchungen*, Moskau 2001 (russ.) mit vier Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen und einer halben Million Vermisster. Diese niedrige Zahl von gut vier Millionen Kriegsgefangenen gaben 1998 Vladimir Naumov / Leonid Reschin, *Repressionen gegen sowjetische Kriegsgefangene und zivile Repatrianten in der UdSSR 1941 bis 1956*, in: Klaus-Dieter Müller / Konstantin Nikisch-

waren schon 1941 innerhalb eines halben Jahres etwa zwei Millionen in den osteuropäischen Front- und Rückwärtigen Heeresgebiets-Lagern sowie auch im Deutschen Reich selbst verhungert oder auf andere Weise umgekommen²⁵⁴, und die Mehrheit der Überlebenden war kaum arbeitsfähig. So resümierte der von Göring eingesetzte Bevollmächtigte für den Arbeits-

kin / Günther Wagenlehner (Hg.), *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1945* (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 5), Köln / Weimar 1998, S. 335–364, hier S. 336, mit Bezug auf nicht näher genannte Angaben des russischen Generalstabes an. Die beiden Autoren Naumov und Reschin führten grundsätzlich keine einzelnen Archivnachweise an, sondern nur die genutzten Archive mit teils bis heute nicht zugänglichen Beständen. Trotzdem bildeten die Ausführungen wichtige Grundlagen für die weitere Forschung, da sich viele spätere Publikationen auf beide Autoren bezogen haben. Naumov war damals Abteilungsleiter in der Rehabilitierungskommission beim russischen Präsidenten, Reschin war Berater der Kommission. Zu wesentlich höheren Zahlen von gut sechs Millionen gefangenen Rotarmisten kam 2010 Sokolov, siehe Boris V. Sokolov, *Unwiederbringliche Verluste der Roten Armee und der Wehrmacht 1939–1945*, S. 7, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen-Gefangen-Begraben. Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010. Eine Übersicht der verschiedenen Zahlenangaben bei Pavel Poljan, *Die Endphase der Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und die komplizierten Wege ihrer Rehabilitierung*, in: Klaus-Dieter Müller u. a., *Tragödie der Gefangenschaft*, S. 365–394, hier S. 365–368.

²⁵⁴ Dass es sich dabei um eine Strategie des bewussten Verhungernlassens gehandelt habe, hält Kroener anders als für die jüdische Ghettobevölkerung im Generalgouvernement für nicht nachgewiesen. Zweifellos habe die Wehrmacht den Hungertod ihrer sowjetischen Kriegsgefangenen jedoch als Folge der „Verteilung des Mangels“ billigend in Kauf genommen, siehe Kroener, *Personelle Ressourcen*, S. 954. Auch Umbreit geht nicht von einem gezielten Hungerplan zur Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen aus, sondern konstatiert eine Mischung aus Überforderung, Vernachlässigung und teils gezielten Vernichtungen (Aussonderung und anschließende Ermordung bestimmter Gruppen) bei allgemein völkischer Diskriminierung, siehe Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, S. 277–281. Sokolov ordnet den Massentod sowjetischer Kriegsgefangener im Jahr 1941 (neben Aussonderungen von Juden und politischen Kommissaren sowie der Nichtanwendung der Genfer Konvention) auch einer objektiven Mangelsituation zu. Die Gefangenzahl von mehr als drei Millionen habe sogar die Zahl des Ostheeres überstiegen, und auch die Versorgung des Ostheeres sei mangelhaft gewesen, so dass Millionen sowjetischer Kriegsgefangener nicht zu versorgen gewesen wären. Der rechtzeitige Abtransport aus den Sammellagern im OKH-Bereich sei angesichts der Transportmittelknappheit bei der Eisenbahn nicht möglich gewesen, siehe Sokolov, S. 7. Eine ähnliche Knappheitssituation habe auch für die Lager deutscher Kriegsgefangener 1941–1943 gegolten, wo zwei Drittel der deutschen Kriegsgefangenen aufgrund unzureichender Versorgung verstorben seien, ebenda, S. 8. Anders die Einordnung von Tooze, S. 555 f., der den Massentod sowjetischer Kriegsgefangener im Osten als bewusste Maßnahme des „Hungerplans“ einordnet, ohne hierfür allerdings zentrale Befehle vorzulegen. Gleiches sieht Tooze auch für die Lager im Deutschen Reich, allerdings auf der Grundlage inzwischen überholter Totenzahlen, siehe Tooze, S. 599. Auch Jens Nagel, *Das Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945*, in: *Zeithain*, Bd. 1, 42–77, S. 29, sieht zumindest einen mittelbaren Zusammenhang mit dem Generalplan Ost. Ähnlich argumentiert Spoerer, wenn er feststellt, die Wehrmacht habe gut zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in den ersten sechs Monaten des Ostfeldzuges verhungern lassen und damit eine gezielte Vernichtungsabsicht verbunden, siehe Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich*, S. 9. Die Einschätzungen von Tooze (wie auch implizit Spoerer) stehen hiermit im Widerspruch zur von uns wiedergegebenen neueren Forschung, die bereits früh den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener vorsah, auch mit Billigung Hitlers. Zudem sind die Verstorbenenzahlen für Lager im Reichsgebiet auf der Grundlage von Forschungen der Dokumentationsstelle der Stiftung sächsische Gedenkstätten (einer der Autoren dieses Buches, Klaus-Dieter Müller, hat die Dokumentationsstelle bis 2014 geleitet) inzwischen mit niedrigeren, gleichwohl immer noch sehr hohen Totenzahlen bis zu etwa 20.000 bis 25.000 in vielen Lagern präzisiert worden.

einsatz (quasi als Vorgänger Fritz Sauckels), der Ministerialbeamte Werner Mansfeld²⁵⁵ aus dem RAM, im Februar 1942 Folgendes: „Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig. Allein von November [19]41 bis Januar [19]42 sind 500.000 Russen gestorben. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten russischen Kriegsgefangenen (400.000) dürfte sich kaum erhöhen lassen.“²⁵⁶

Kurzfristig hatte Mansfeld dabei zweifellos recht. Die militärischen Erfolge im Jahr 1942 brachten jedoch noch einmal einen erheblichen Schub an neuen Gefangenen. Ebenso sorgten ab 1943 die sich laufend verschlechternde militärische Lage mit dem ständigen Rückzug der Wehrmacht, eine bessere Ernährung der Kriegsgefangenen und das Ausheben der letzten

²⁵⁵ Mansfeld war auf Bitten des OKW von Göring in seiner Funktion im RAM als Leiter einer Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz eingesetzt worden, um eine bessere Koordinierung des Arbeitseinsatzes zu erwirken, siehe Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 223.

²⁵⁶ Aus einem Vortrag Mansfelds vor dem WiRüAmt vom 19. Februar 1942, zitiert in: Herbert, Geschichte Ausländerbeschäftigung, S. 136, sowie in Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 398 f. Die bei Mansfeld genannte Zahl dürfte sich zum Teil auch auf den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen in den besetzten osteuropäischen Ostgebieten bezogen haben. Die Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat im Jahr 2005 eine erste quantitative Analyse der ihr damals vorliegenden Karteikarten sowjetischer Kriegsgefangener vorgenommen. Aus dieser Analyse der Personalkarteikarten für 300.000 sowjetische Kriegsgefangene (davon 280.000 mit dem Jahr der Gefangennahme auszuwerten), welche überwiegend in Lager im Reichsgebiet transportiert worden waren, ergeben sich für die Jahre 1941 etwa 53.000 Verstorbene und 1942 77.000 Verstorbene. Die meisten von ihnen waren in den Herbst- und Wintermonaten 1941 / 1942 gestorben. Das ergibt auf der oben genannten Grundlage von circa 260.000 Erfassten, mit Karteikarten nachgewiesenen und 1941 und 1942 in deutsche Hände gefallenen Kriegsgefangenen eine Sterberate im Reichsgebiet von etwa 50 Prozent. Zur Projektauswertung von 2005 siehe Klaus-Dieter Müller, Das Forschungsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“, in: Klaus-Dieter Müller (Hg.), Das Tagebuch des Levan Atanasjan. Erinnerungen eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen (= Zeitfenster. Beiträge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Bd. 7), Leipzig 2009, S. 9–38, hier S. 30–32, wo die Sterberate noch mit etwa 50 Prozent errechnet wurde. Keller zitiert in seiner Dissertation den Vertreter des Generalquartiermeisters des OKH mit der Angabe, dass von allen sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich bis Mitte April 1942 47 Prozent verstorben seien. Die gesamte Verstorbenezahl für den Zeitraum bis Ende 1942 ermittelt Keller vorsichtig mit 225.000, was einer durchschnittlichen Sterblichkeit für diesen Zeitraum von etwa 50 Prozent entspricht, siehe hierzu Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 314–319, 436. Rolf Keller, von 1999 bis 2005 als niedersächsischer Vertreter Projektbeteiligter in oben genanntem Projekt, nutzt im Übrigen für seine Berechnungen dieselbe Datengrundlage des Forschungsprojekts von 2005. Eine erneute Abfrage der Daten des bis 2014 fortgeführten Kriegsgefangenenprojektes der Dokumentationsstelle Dresden ergab im Jahr 2020 inzwischen auf 917.557 angewachsene Datensätze (zu einem geringen Anteil davon wies ein Kriegsgefangener mehrere Datensätze auf), die zu etwa 830.000 Kriegsgefangenen gehören. Mit Gefangennahmedatum waren 718.111 Datensätze auszuwerten. 448.065 hiervon waren 1941 (= 62,4 Prozent), 214.966 im Jahr 1942 (29,9 Prozent), 36.664 im Jahr 1943 (5,1 Prozent), 18.114 im Jahr 1944 (2,5 Prozent) und 302 im Jahr 1945 (0,04 Prozent) in deutsche Hände gefallen. Für den uns hier interessierenden Zeitraum 1941 / 1942 waren es 663.031 Kriegsgefangene, von denen in beiden Jahren bereits 227.595 verstarben, was 34 Prozent entspricht. Diese Auswertung von 2020 bedeutet, dass auch von den für den Arbeitseinsatz im Reich vorgesehenen sowjetischen Kriegsgefangenen für ihren systematischen Arbeitseinsatz Ende 1942 nur etwa knapp zwei Drittel noch zur Verfügung standen. Wir danken Walter Heidenreich für diese Abfrage sehr herzlich.

Reserven aus dem Kontingent der bisher nichtarbeitenden Kriegsgefangenen dafür, dass zum einen immer mehr Gefangene aus den OKW-OKH-Teilbereichen im Osten nach Deutschland transportiert wurden und zum anderen die Lücke zwischen dem Gesamtbestand an Kriegsgefangenen im OKH- und OKW-Bereich und arbeitenden Kriegsgefangenen, die 1942 noch bei etwa 300.000 lag, nochmals erheblich verkleinert werden konnte.

Die genauesten Ermittlungen zu Stichtagszahlen und Arbeitseinsatz hat Keller vorgelegt:²⁵⁷

| Jahr | Reichsgebiet, Anzahl | Arbeitseinsatz im Reichsgebiet, Anzahl |
|-----------|----------------------|--|
| 1.12.1941 | 349.767 | 222.850 |
| 1.5.1942 | 337.689 | 236.084 |
| 1.10.1942 | 602.705 | 455.054 |
| 1.1.1943 | 643.168 | 546.339 |
| 1.12.1943 | 695.173 | 655.789 (OKW-Gebiet) |
| 1.5.1944 | 767.184 | 651.719 |

Trotz alledem reichte ab 1941 / 1942 die Anzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht aus²⁵⁸. Als Ausweg blieb nur, in großem Maße auch Zivilisten aus den besetzten sowjetischen Gebieten²⁵⁹ wie auch verstärkt aus dem besetzten Westeuropa zu rekrutieren. Diese Frage werden wir in Kapitel 2 genauer untersuchen.

Kapitel 2: Kriegswirtschaft und Arbeitskräftebeschaffung im totalen Krieg

Albert Speer und die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie

Das Jahresende 1941 brachte für das Deutsche Reich eine zentrale Wende mit Herausforderungen, denen es bisher ausgewichen war oder für die es auf Lösungen gesetzt hatte, die bereits für Millionen ausländische Menschen in seinem Einflussbereich Härten, erhebliche

²⁵⁷ Auszug aus Anlage 9 „Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 im OKW-Bereich und im Reichsgebiet“, in: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 503–506.

²⁵⁸ Nach der Auswertung der Daten des schon genannten Forschungsprojekts von 2020 (Fußnote 256) fielen knapp zwei Drittel aller sowjetischen Kriegsgefangenen 1941, knapp 30 Prozent 1942, etwa fünf Prozent 1943 und 2,5 Prozent 1944 in deutsche Hände.

²⁵⁹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 345.

Belastungen, aber auch Leid und Tod gebracht hatten. Die neue Kriegsphase sollte dieses Leid noch einmal potenzieren und zu einem Zwangsarbeitereinsatz führen, wie man ihn bis dahin noch nicht gekannt hatte.

Auf die Niederlage vor Moskau reagierte Hitler am 19. Dezember 1941 mit der persönlichen Übernahme des Oberbefehls über das Heer, verbunden mit einem eigenen Tagesbefehl an Wehrmacht- und Waffen-SS-Soldaten²⁶⁰. Das Scheitern des Blitzkrieges und der formelle Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 potenzierten die Rüstungskapazitäten von Deutschlands Gegnern nun dauerhaft um ein Mehrfaches. Da Hitler auf dieses fundamentale Scheitern seiner Strategie keinesfalls wenigstens mit dem Versuch einer Verhandlungslösung reagieren wollte, sondern nur noch die Alternative Sieg oder Untergang sah, mussten Militärstrategie und Rüstungsplanung nunmehr für alle Beteiligten sichtbar auf einen langjährigen Abnutzungskrieg ausgerichtet werden. Dies hatte sowohl Auswirkungen auf die potentielle Erweiterung des Arbeitskräfteangebots, die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs als auch auf die Rüstungsproduktion selbst. Bis dahin war die Rüstungsproduktion eher auf eine Breiten- (für militärische Blitzkriegsstrategie) als auf eine Tiefenrüstung (für eine militärische Abnutzungsstrategie) ausgerichtet worden. Es waren, generell gemeint, keine großen modernen Rüstungskombinate gebildet worden, vielmehr produzierte man in der Breite vieler Firmen. Dieses hatte immer wieder zu Produktionsproblemen geführt. Ein erster Rüstungsbefehl Hitlers, der dem Rechnung tragen sollte, wurde am 10. Januar 1942 erlassen, war jedoch angesichts des Steuerungschaos lediglich „ein Appell zur Einsparung und Konzentration“, wie Rolf-Dieter Müller ihn zusammenfasst. In dem Befehl wurde zwar ein Schwerpunkt auf die Heeresrüstung gelegt, jedoch eine Fülle von Anforderungen der anderen Wehrmachtteile ebenfalls für wichtig erklärt. Die Umsetzung war insofern schwierig, als es immer noch keine anerkannte koordinierende Stelle für alle Wehrmachtanforderungen gab.²⁶¹ Ein weiterer Befehl vom 25. Januar 1942 „Über die weitere Vereinfachung der Verwaltung“ enthielt zwar bereits den Begriff „totaler Krieg“, doch dieses wurde (noch) nicht mit einem entsprechenden Programm untersetzt.²⁶²

Hitler war bereit, seinen Vertrauten, den Rüstungsminister Fritz Todt, mit mehr Vollmachten in der Rüstungslenkung auszustatten und zugleich den Einfluss des OKW / WiRüAmtes einzuschränken.²⁶³ Neben einer strafferen Lenkung waren auch Änderungen in den indus-

²⁶⁰ Dieser pathetische Aufruf mit Rückgriff auf seine eigenen Kriegserlebnisse im Ersten Weltkrieg ist zitiert in: Masson, S. 190 f.

²⁶¹ Der Führer-Befehl vom 10. Januar 1942 ist abgedruckt in: Moll, S. 219–221. Zur ungeklärten Situation zwischen OKW, OKH, Heereswaffenamt und anderen Protagonisten wie Rüstungsministerium, RWM und RAM siehe Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 659 f. Eichholtz verweist darauf, dass mit diesem Befehl der Führer-Erlass vom 14. Juli 1941 stillschweigend beerdigt worden sei und der neue Befehl die Grundlage für eine erneute Offensivfähigkeit für 1942 legen sollte, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 45 f.

²⁶² Der Führer-Erlass vom 25. Januar 1942 ist abgedruckt in: Moll, S. 231–233. Bereits im Dezember 1941 hatte Goebbels in einer Denkschrift den Begriff benutzt; auch militärische Stellen verwandten ihn, siehe Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 777 f.

²⁶³ Zu diesem Prozess siehe ausführlicher Rolf-Dieter Müller, *Mobilisierung*, S. 684 ff. Der Einfluss der Wehrmacht auf die Waffentechnologie über das Heereswaffenamt als wichtiger Besteller blieb jedoch erhalten, siehe

triellen Produktionsbedingungen erforderlich. Todt ging es im Kern um die Mobilisierung von inneren Reserven und Ressourcen im Produktionsprozess, das heißt um Produktionssteigerungen *mit* der Industrie und nicht *gegen* sie, wie dieses häufig zuvor durch das militärische Kommandosystem praktiziert worden war. General Thomas hatte sein Motto einmal so formuliert: „Die Wehrmacht fordert, die Wirtschaft führt aus.“²⁶⁴ Es ging um viel stärkere unternehmerische Selbstverantwortung, wie sie etwa Todt in einem Erlass vom 22. Dezember 1941 gefordert hatte.²⁶⁵ Zu diesen Neuerungen zählte auch das schon im November 1941 von Göring angekündigte Festpreissystem.²⁶⁶

Der überraschende Tod Fritz Todts am 8. Februar 1942 bei seinem Abflug aus dem Führerhauptquartier (sein Flugzeug war beim Start explodiert) führte zu einer alle überraschenden Personalie als dessen Nachfolger.²⁶⁷ Mit der unmittelbar erfolgten und am 15. Februar 1942 offiziell gemachten Ernennung Albert Speers zum Minister für Bewaffung und Munition wurden rasch einige Änderungen in der Produktionsorganisation projektiert – Speer baute dabei auf älteren Planungen Todts auf –, wenngleich erst allmählich umgesetzt, etwa Bemühungen, das System der Breitenrüstung zu beenden.²⁶⁸ Nach Rolf-Dieter Müller kam die Ernennung Speers tatsächlich einer „Stunde null“ für die deutsche Kriegswirtschaft gleich, auch in psychologischer Sicht für die Reichsführung²⁶⁹ und die deutsche Öffentlichkeit. Speers

auch Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 66.

²⁶⁴ Zitiert bei Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 285.

²⁶⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 275; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 298. Zu den Vorbereitungen, die spätestens ab Dezember 1941 auf eine stärkere Selbstverantwortung der Industrie hinausliefen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 49–51. Es wurden nach den schon bestehenden Hauptauschüssen für Munition, Waffen und Panzerwagen zwei neue gegründet: für Allgemeines Wehrmachtgerät und für Maschinen, alle geleitet von führenden Industriellen, siehe ebenda, S. 49–51.

²⁶⁶ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 672 f. Zu den mangelhaften Abstimmungen zwischen den verschiedenen Rüstungsinstanzen (Reichsministerium, Rüstungsinspektion, Wehrwirtschaftsstellen und Betriebe) am Beispiel der Chemnitzer Wanderer-Werke im Jahr 1939–1940 siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 246 f.

²⁶⁷ Zum Tod von Fritz Todt siehe Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 676 f. Zum Wechsel von Todt zu Speer siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 55–59.

²⁶⁸ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 358. Zu den Unterschieden zwischen Breiten- und Tiefenrüstung siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 231. Für die Verzögerungen bei der Umsetzung einer Tiefenstrategie siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 232. Die Breitenrüstung war immer mit der Erwartung verbunden gewesen, noch im technologischen Sinne den Alliierten überlegen zu sein, was – je länger der Krieg andauerte –, immer weniger zutraf. Das Eingeständnis, dass das Deutsche Reich nicht nur vom Wirtschaftspotenzial, sondern auch technologisch unterlegen war, fiel den Rüstungsplanern schwer, siehe hierzu Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 682–692. Kritisch zur Legende Speers über sein „Rüstungswunder“ ab 1942 auch Schneider, Sächsische Unternehmen, hier S. 83 und S. 91.

²⁶⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 275. Das wichtigste Mittel Speers, um seine Vorstellungen durchsetzen zu können, war sein jederzeitiger unmittelbarer Zugang zu Hitler. Insgesamt trafen beide 91-mal zusammen, siehe ebenda, S. 546 f. Zur psychologischen Bedeutung Speers bei der Wiedergewinnung einer Siegesgewissheit, nicht nur bei Hitler, die Speer mit seinen Produktionserfolgen zu sichern schien, siehe ebenda, S. 276 f., 281 f. und 545. Müller interpretiert hingegen eine Begegnung Speers mit Prof. Heisenberg, in der es 1942 um ein mögliches Atom-Projekt ging, dahingehend, dass das Bewusstsein der militärischen Niederlage sowohl bei

neue Methoden bestanden, etwa im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, aus einem Feuerwerk von Propaganda-Bildern der Wochenschau aus Produktionshallen für die Panzerproduktion. Er entdeckte die Heimatfront für die Steigerung der Siegeshoffnung. Ein Produktionsarbeiter wurde stellvertretend mit dem militärischen Ritterkreuz ausgezeichnet. Am 5. Juni 1943 hielt Speer eine Rede vor 10.000 Rüstungsarbeitern im Berliner Sportpalast und beeindruckte sein Publikum mit einer Fülle von Diagrammen zur Rüstungsproduktion, die die Vervielfachung einiger zentrale Rüstungsbereiche auswiesen; führende Industrielle wurden als Ausgezeichnete mit dem Ritterkreuz genannt. Seit 1942 hatte Speer zudem eine Verbindungsstelle zum Propaganda-Ministerium eingerichtet.²⁷⁰

Eine generelle Umsteuerung der Rüstung hin zu einer Verteidigungsstrategie war mit der Ernennung Speers freilich nicht verbunden. Die Hoffnung auf den „Endsieg“ durch die Erhaltung des militärischen Angriffspotentials und auch notwendige militärische Ressourcen für Vergeltungsaktionen (etwa das Raketenprogramm 1944 als Vergeltung für alliierte Bombenangriffe) spielten lange Zeit noch die dominierende Rolle.²⁷¹

Zu den zentralen administrativ-politischen, bereits unter Todt anvisierten Neuerungen zählte zunächst, dass der neue Rüstungsminister voll auf die Mitwirkung der Industrieführer setzte. „Der Einsatz der Wirtschaft und ihrer fachlichen Kompetenz war Speers wichtigstes Instrument, um die geforderte Leistungssteigerung der Rüstungsproduktion zu erreichen“, so fasst Rolf-Dieter Müller die neue Herangehensweise zusammen.²⁷²

So wurde auf Anraten Speers am 21. März 1942 eine neue Führer-Verordnung zum „Schutz der Rüstungswirtschaft“ erlassen, in der es darum ging, von der Industrie verlässliche Zahlen über ihren Material- und Arbeitskräftebestand sowie reale Bedarfsanforderungen vor allem bei notwendigen Rohstoffen zu erhalten. Falschangaben wurden mit unterschiedlichen Strafen bedroht, eine freiwillige Korrektur falscher Angaben vor der Verordnung jedoch mit

Speer wie bei dem Leiter der Luftrüstung, Generalfeldmarschall Milch, bereits zu diesem Zeitpunkt vorhanden war, siehe ebenda, S. 276. Auch Eichholtz betont das absolute Vertrauensverhältnis zwischen Hitler und Speer, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 106.

²⁷⁰ Zusammenstellung der Veranstaltungen nach Tooze, S. 637 f. Speer unterschlug bei seinen Erfolgsmeldungen, die er auf seiner Habenseite verbuchte, zum einen die bereits unter Fritz Todt einsetzenden Organisationsänderungen, zum anderen konnte auch dieses „Rüstungswunder“ nicht die grundlegende Ressourcenunterlegenheit des Deutschen Reiches gegenüber seinen Kriegsgegner aufheben, so Tooze, S. 639. Zu den dann offiziell am 7. Juni 1943 von Hitler Ausgezeichneten gehörten etwa Pleiger, Krauch, Röchling, Rohland, insgesamt 15 Industrielle und Mitarbeiter seines Ministeriums. Die Auszeichnung war offenbar auch mit hohen Gelddotations verbunden, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 169.

²⁷¹ So Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 554.

²⁷² Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 312. Priemel betont zu Recht anhand seines Untersuchungsgegenstandes Flick-KG, dass das NS-System wie die Rüstungsbürokratie das privatwirtschaftliche Moment der Gewinnerzielung als Mittel zur Produktionssteigerung nutzen wollte und auf das privatwirtschaftliche Know-how nicht verzichten konnte und wollte. Staat und Betrieb handelten ihre Beziehungen aus, es war kein Verhältnis von Befehl und Gehorsam, siehe Priemel, S. 575. Aus marxistischer Sicht, die Eichholtz vertritt, waren die Einsetzungen Todts und Speers nur möglich gewesen, weil sie die notwendige Unterstützung des „Monopolkapitals“ erfahren hatten, also quasi in deren Auftrag agierten, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 63.

Amnestie belohnt. In einem Schreiben Hitlers an die Betriebsführer war die Strafandrohung zugleich von verbalen Vertrauensbekundungen wie auch Ankündigungen begleitet, zukünftig der Industrie größere Selbständigkeit bei der Verteilung von kontingentierten Grundstoffen zuzubilligen (siehe Abbildung 3).

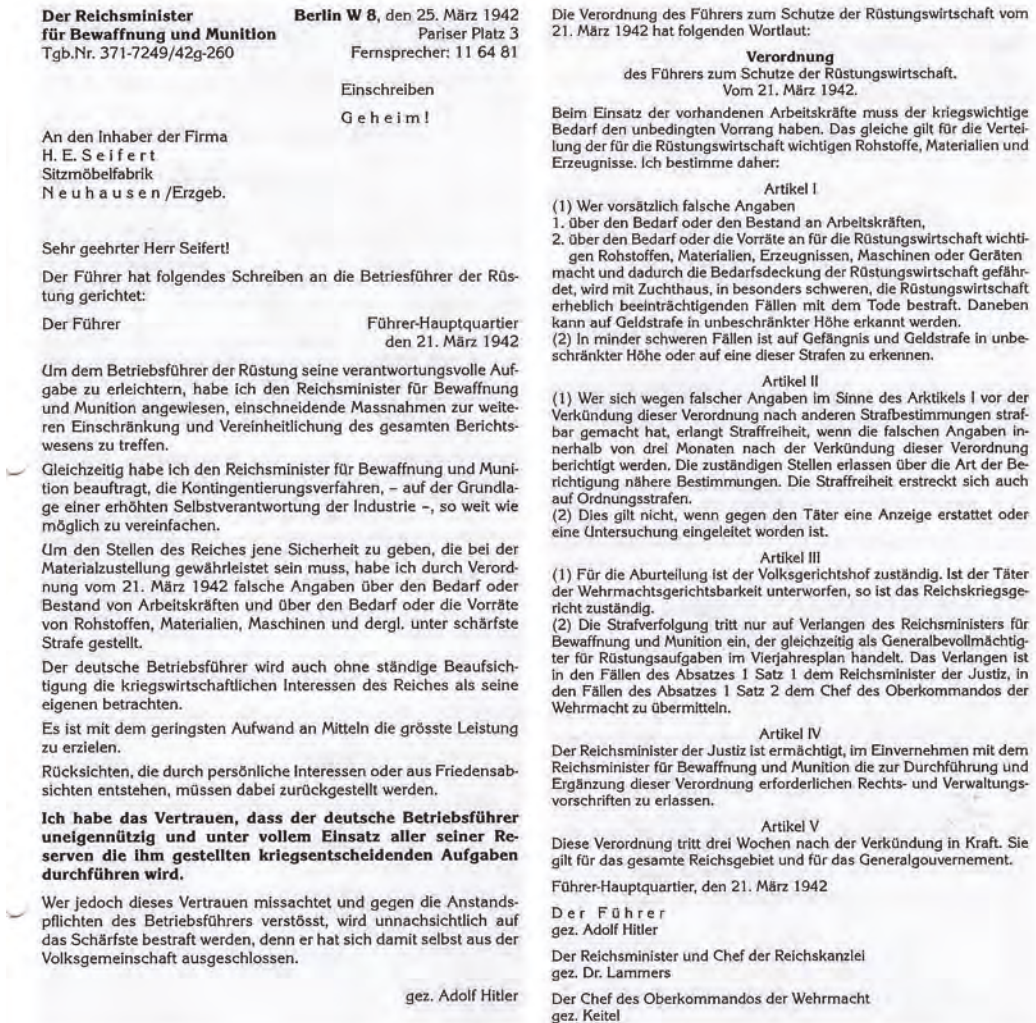


Abb. 3: Schreiben Hitlers an die Betriebsführer über die VO vom 21. März 1942²⁷³

Rationalisierungen sollten die Basis für eine Rüstungssteigerung verbreitern, bestarbeitende Betriebe waren herauszufinden und darauf die Produktion zu konzentrieren. Die amerikani-

²⁷³ Abgedruckt in: Amtsblatt Neuhäusen Erzgebirge, H. 7, Juli 2008, Jg. 18, S. 13. Verordnung vom 21. März 1942 auch abgedruckt in: Moll, S. 242.

sche Fließband-Produktionsweise war dabei Vorbild. Speer und die Industrieführer stimmten vor allem darin überein, möglichst viele uk-Stellungen der Rüstungsarbeiter gegen die Anforderungen der Wehrmacht abzusichern. Gleichzeitig vertraute die Wehrmachtführung darauf, dass es Speer gelingen würde, die zivile Produktion zugunsten der Rüstungsproduktion zurückzudrängen.²⁷⁴ Bereits am 13. April wurde es den Betrieben durch eine Verordnung auf Initiative Speers verboten, Planungen für zivile Produktion weiterzuführen.²⁷⁵ Das Jahr 1942 kann somit als Wendepunkt auch für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt bezeichnet werden.²⁷⁶

Zum anderen griff der Rüstungsminister immer wieder ein, um zur Stärkung der Serienproduktion sowie zur Vermeidung von Unterbrechungen des Produktionsprozesses die von der Wehrmacht häufig gewünschten technischen Änderungen in der Waffenproduktion einzuschränken.²⁷⁷ Gleichfalls gab es ständig Initiativen, die Modellpalettenbreite bei den Produktionsfirmen zu beschränken, etwa im Fahrzeugbau, wo von 151 Modellen vor dem Krieg im Jahre 1942 noch 23 übrigblieben.²⁷⁸

Da die deutschen Produktionskapazitäten nicht für alle Wehrmachtwünsche ausgereicht hatten, war ein System von Dringlichkeitsstufen für die Endproduktion entwickelt worden, das jedoch keineswegs immer die Zulieferer mitberücksichtigte und damit zu Produktionsverzögerungen führte, ebenso wie ihre inflationäre Vergabe solches nach sich zog. Die Dringlichkeiten mussten also kontinuierlich austariert werden. Bis Ende 1941 existierten zwei Dringlichkeitsstufen: S und SS. Speer führte noch die neue Stufe DE (Dringlichkeit / Engpassfertigung) ein, deren Verleihung nur ihm selbst für außerordentlich dringliche Sonderaufträge vorbehalten war.²⁷⁹

Die nächste Abbildung 4 zeigt den Aufbau des Rüstungsministeriums, wobei Speer statt auf Generäle verstärkt auf Industrielle setzte.²⁸⁰ Hierzu nutzte er die fünf Hauptausschüsse in seinem Ministerium, die von Zivilisten geleitet wurden. Die koordinierende Aufsicht übernahm der Leiter des Technischen Amtes in Speers Ministerium, Karl-Otto Saur. Die Hauptausschüsse bildeten dabei „nicht nur Schlüsselinstrumentarien für die Rüstungsproduktion, sie

²⁷⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 277–280 sowie 312–314.

²⁷⁵ RGBl I, Nr. 43, S. 71, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 315; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 409.

²⁷⁶ So charakterisiert es Spoerer mit Hinweis auf steigenden Entzug von Menschen und Ressourcen und der Gefahr der Stilllegung, wenn die Betriebe nicht für die Rüstung produzieren konnten oder wollten, siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 4. Zur Bedeutung der Entwicklungen im Jahr 1942 siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 312–327.

²⁷⁷ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 294 f.

²⁷⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 460; siehe für die Bereiche Rationalisierung und Typenreduzierung mit Beispielen aus dem Kohlenbergbau, der Eisen- und Stahlindustrie, bei Waffen- und Kriegsgerät, dem Kfz-Bau und dem Maschinenbau Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. S. 300–318.

²⁷⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 614 f.

²⁸⁰ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 282. Siehe ausführlicher dazu Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 64 f.

waren auch die entscheidenden politischen Nahtstellen zwischen den Reichsbehörden und der deutschen Industrie“, so charakterisiert Tooze ihre Funktion.²⁸¹

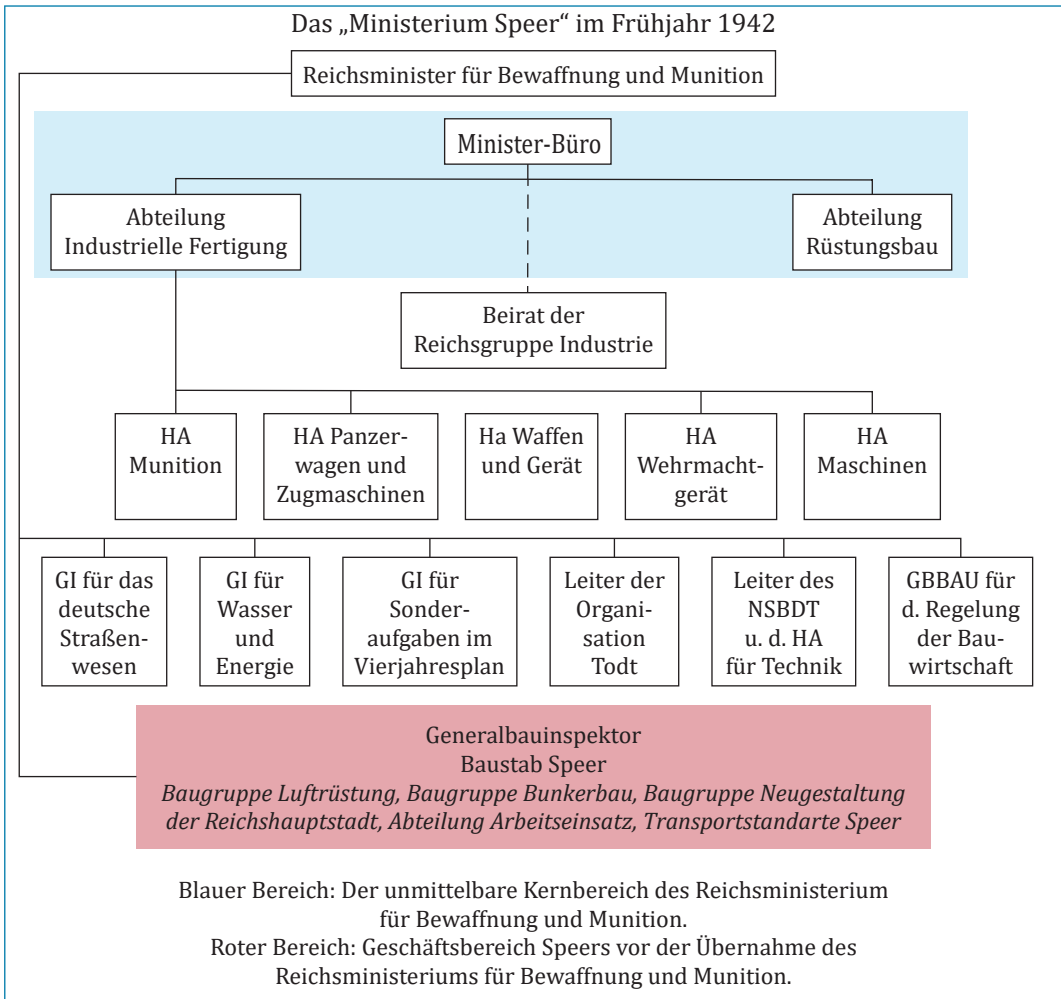


Abb. 4: Struktur des Rüstungsministeriums im Frühjahr 1942 (Grafik nach MGFA 4078)

Dezentrales Hauptinstrument war außerdem die Bildung von Ausschüssen und Ringen, die von den Hauptausschüssen im Rüstungsministerium koordiniert wurden. In den Ringen wurden die Herstellung von Produkten der Zulieferindustrie und die Rohstoffgewinnung organisiert. Die Ausschüsse und Ringe koordinierten immerhin 51.000 Betriebe mit gut 3,8 Millionen

²⁸¹ Hierzu sowie zur Person Saur, eines Ingenieurs, alten NSDAP-Kämpfers und lange Zeit auch Stellvertreters Fritz Todts siehe Tooze, S. 643. Zum Aufbau des Rüstungsministeriums im Jahre 1943 siehe auch Rolf-Dieter Müller, Speer, Diagramm S. 316.

Beschäftigten, hinzu kam die Grundstoffindustrie für Rohstoffe. Beide bildeten das Rückgrat für die Rüstungsindustrie. Hierzu wurden zunächst Hauptringe gebildet, in denen eine ganze Reihe von Sonderringen und Arbeitsringen zusammenliefen. In den Hauptringen wirkten zudem in Personalunion wichtige Vertreter der Industriebranchen.²⁸² Insgesamt bestanden 1942 fünf Hauptringe (Eisen- und Stahlproduktion, Eisen- und Stahlverarbeitung, Nichteisenmetalle, Maschinenbauteile, elektrotechnische Erzeugnisse), insgesamt gab es 244 Ausschüsse und Ringe.²⁸³

Gleichzeitig wurden, um die im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft agierenden Kartelle und Syndikate einzuschränken, neue Reichsvereinigungen gebildet. Sie waren ihrem Charakter nach eher Hybridbildungen²⁸⁴, denn zum einen dienten sie der Selbstorganisation von Wirtschaftszweigen und waren zum anderen halbstaatliche Exekutivorgane.

Nach der Reichsvereinigung Kohle (RVK), die bereits im März 1941 unter Leitung von Paul Pleiger eingerichtet worden war, wurde am 1. Juni 1942 die Reichsvereinigung Eisen (RVE) gegründet, die von einem Industriellen, Hermann Röchling, geführt wurde. Gleichzeitig wurde im RWM eine neue Stabstelle zur Regelung der Eisenbewirtschaftung durch den Textilindustriellen und bestens vernetzten NSDAP-Mann Hans Kehrl geschaffen.²⁸⁵

Parallel dazu wurde der Einfluss Görings mit seiner Vierjahrplanbehörde zurückgedrängt. Auch die bisherige entscheidende Institution zur Rüstungslenkung auf Wehrmachtseite, das OKW-WiRüAmt unter General Thomas, verlor schnell an Bedeutung. Obwohl Thomas sich und das WiRüAmt Speer als Mittel zur Autonomiezurückdrängung der Wehrmachtteile anbot, verloren beide schnell an Einfluss. Die Wehrmachtteile richten ihre Anforderungen ohne Umstände nun an Speers Ministerium respektive an Hitler persönlich, unter Umgehung des WiRüAmts.²⁸⁶

²⁸² Siehe hierzu Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 315. Zur Arbeit der Ringe und Ausschüsse siehe ebenda, S. 315–318.

²⁸³ Tooze, S. 645 f.; siehe hierzu auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 67 f. (siehe auch FN 337 zum Stand Juli 1943). Etwas vereinfacht kann man den Unterschied von Ausschüsse und Ringen so verstehen, dass Ausschüsse für die Endfertigung und Ringe für die Grundstoff- und Halbstoffproduktion zuständig waren, so Priemel, S. 514. Die Vorsitze dieser Gremien wurden hauptsächlich von Direktoren oder führenden Mitarbeitern der wichtigsten Industriekonzerne und -betriebe besetzt, wie Tooze, S. 646 f. hervorhebt. Im Rahmen von Ringfertigungen – das heißt mehrere Firmen produzierten oder verwendeten parallel dieselben Halbstoffe oder dieselben Rohstoffe – galten als Abnahmepreise die des günstigsten Anbieters auch für alle anderen, so dass sich Produktionsstockungen direkt auf die Bruttogewinne der Betriebe auswirkten, siehe Kukowski / Boch, S. 307. Nachverhandlungen mit den Rüstungsbehörden waren aber immer möglich. Zur Ausweitung der Organisation von Ringen siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 314 f. Dabei waren die Bestbetriebe zumeist zugleich die größten Produzenten, deren Direktoren wiederum die Ausschüsse und Ringe dominierten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 323.

²⁸⁴ So die berechnete Charakterisierung von Priemel, S. 514.

²⁸⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 318–325. Siehe auch Tooze, S. 654, sowie ausführlich Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 84–92. Es ging dabei darum, die „Inflation“ von Stahlberechtigungs-scheinen, der keine ausreichende Produktion gegenüberstand, zu bereinigen.

²⁸⁶ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 282 f. Siehe auch Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 787.

Zunächst wurde mit Erlass Görings vom 22. April 1942 als zentrale Koordinierungsstelle die „Zentrale Planung“ geschaffen, die alle strategischen Entscheidungen in Bezug auf das Schlüsselproblem, die Rohstoffzuteilung, treffen sollte. Wichtigste Mitglieder waren Speer, Generalfeldmarschall Milch für die Wehrmacht sowie Hermann Göring (oder ein Vertreter von ihm). Bis 1944 fanden 62 Sitzungen statt.²⁸⁷ Weitere bisherige Beauftragtenposten, etwa für die Eisenbewirtschaftung oder den Fahrzeugbau, wurden durch Industrielle übernommen.²⁸⁸ Anstatt neue Mittelinstanzen, das Kernstück der Rüstungsbetreuung in den Regionen und vor Ort, zu bilden, übernahm Speer General Thomas' Mittelinstanzen, die Rüstungsinspektionen und Rüstungskommandos, einfach in seinen Verantwortungsbereich. Hierzu wurde er durch einen Führer-Erlass vom 7. Mai 1942 (Einheitliche Steuerung der Wirtschaft) ermächtigt.²⁸⁹

Schließlich fanden am 19. Mai 1942 die Bemühungen um ein neues Preissystem, das sowohl die Anreize zu einer möglichst kostengünstigen Rüstungsproduktion entwickeln wie auch ungezügelte Profite der Rüstungsproduzenten zu Lasten des Reichs verhindern sollte, im Festpreis-System ihren Abschluss. Schon im April 1940 hatte es vom neuernannten Rüstungsminister Fritz Todt dazu erste Bemühungen gegeben; in den Jahren 1941 und 1942 waren einige finanzielle Erlasse zur Abschöpfung von Rüstungsgewinnen erfolgt. Zentraler Punkt des neuen Rahmenerlasses vom 19. Mai 1942 über das Festpreissystem, unterschrieben von Reichspreiskommissar Hans Fischböck, war die Ermittlung des Bestbetriebs, dessen Preisniveau (Gruppenpreis I) nun Messlatte für alle anderen Betriebe war, die dasselbe Rüstungsgut produzierten. Diese Preise bewegten sich nach Auskunft von General Thomas etwa zehn Prozent unter den bisherigen Durchschnittspreisen. Alle Gewinne in dieser Preiszone unterlagen keinerlei weiterer Besteuerung. Die Firmen hatten daher alles Interesse, die Kosten der Produktion zu senken, um ihren Profit zu erhöhen. Bei höheren Gruppenpreisen wurden weiterhin Gewinnsteuern erhoben. Rohstoffe wie Kohle und Eisen fielen nicht unter dieses System.²⁹⁰

Um seinen Einfluss auf die Rüstungswirtschaft weiter zu steigern und bei der Arbeitskräfterekrutierung ebenso auszubauen, ließ Rüstungsminister Speer als eine seiner struktu-

²⁸⁷ Zur Genese der „Zentralen Planung“ siehe Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 303–305. Siehe auch Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 785, und Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 79–84. Allein in den ersten 20 Monaten von April 1942 bis Ende 1943 fanden 50 Sitzungen statt, also etwa alle zwölf Tage eine Sitzung. Zu den Beratungen wurden je nach Bedarf andere zentrale Wirtschaftsverantwortliche wie Fritz Sauckel, Herbert Backe oder Paul Pleiger hinzugezogen, siehe hierzu Tooze, S. 642. Allein 30 Sitzungen widmeten sich der Frage, wie eine genügende Stahlproduktion sichergestellt werden könne, in elf Sitzungen wurde die Kohleproduktion thematisiert, acht Sitzungen beschäftigten sich aber auch mit der Arbeitskräfteversorgung (Sauckels Bereich), siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 83. Im Herbst 1944, angesichts der zunehmenden Desorganisation der Rüstungswirtschaft, verlor die Zentrale Planung ihre Lenkungsfunktion, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 56.

²⁸⁸ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 285 f.

²⁸⁹ Der Führer-Erlass vom 7. Mai 1942 ist abgedruckt bei: Moll, S. 248 f. Zu diesem Vorgang siehe Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 286–292.

²⁹⁰ Zur Geschichte und Entwicklung des Festpreissystems bis 1944 siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 515–520. Dass es trotzdem selbst nach Ansicht des damaligen Reichsrechnungshofes zu „Übergewinnen“ gekommen war, stellte dieser im Februar 1945 fest, siehe ebenda, S. 519.

rellen Maßnahmen am 17. September 1942 auf Gau-Ebene sogenannte Rüstungskommissionen (als Ersatz für frühere Prüfungskommissionen) einrichten, in denen alle mit Rüstung befassten Institutionen vertreten waren: der Rüstungsinspekteur, der Wehrkreisbeauftragten des Technischen Amtes der NSDAP, ein Rüstungsobmann der industriellen Selbstverwaltungsorgane, ein Vertreter des Landwirtschafts- und Landesarbeitsamts, der Gauwirtschaftsberater, der Präsident der Gauwirtschaftskammer. Geleitet wurden die Gremien nur ausnahmsweise vom (militärischen) Rüstungsinspekteur, sondern zumeist von Ingenieuren aus den Reihen von Speers Mitarbeitern. Diese Rüstungskommissionen waren für alle Fragen der Rüstungsproduktion wie auch der Arbeitskräftelenkung auf Gau-Ebene zuständig und sollten so die Rüstungswirtschaft einheitlich lenken.²⁹¹ Mit den Rüstungskommissionen war es Speer auch möglich geworden, Einfluss auf die Einberufungspraxis der Wehrmacht zu gewinnen und so seinen Geschäftsbereich wirksam vor zu großen Einberufungen zu schützen.²⁹²

Um die Gauleiter stärker einzubinden, die immer wieder im Hinblick auf ihren Machtbereich hemmend auf Stilllege- und Auskämm-Aktionen eingewirkt hatten, erhielten die Gauleiter in ihrer Funktion als Reichsverteidigungskommissare mit der Verordnung vom 16. November 1942 die *politische* Zuständigkeit für kriegswirtschaftliche Behörden und konnten zu ihrer eigenen Beratung Kriegswirtschaftsstäbe einrichten. Wichtig für Speer war aber, dass deren Entscheidungen von ihm immer aufgehoben werden konnten.²⁹³

Die von Reichswirtschaftsminister Funk am 20. April 1942 – in gewisser Konkurrenz zum Rüstungsministerium – gegründete Gauwirtschaftskammern, die jeweils vom Chef der IHK geleitet wurden, konnte Speer im Herbst 1942 auch formell den Rüstungskommissionen unterordnen. Als schließlich 1943 die Rüstungsinspektionen auch noch die Zuständigkeit für die Zulieferindustrie erhielten, war – bis auf die Arbeitskräfteversorgung, die bei Sauckel geblieben war – praktisch die ganze Rüstungsbetreuung für die Gaue beim Rüstungsministerium konzentriert. „Speers Aktionen sorgten dafür, dass die wirtschaftlichen Abläufe so effizient wie im ‚Führerstaat‘ nur möglich gestaltet wurden“, so fasst Rolf-Dieter Müller die Entwicklung zusammen.²⁹⁴ Es war das bestmögliche Ergebnis eines Interessenausgleichs

²⁹¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 307. Zu den 26 neuen Rüstungskommissionen siehe näher Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 95–98. Die Prüfungskommissionen waren mit einem Erlass Görings am 18. Februar 1941 geschaffen worden. Ihre Aufgaben bestanden in der Ermittlung von Mitarbeitern der Zivilindustrie zur Umlenkung in die Rüstungsindustrie, ebenda, S. 180. Zu diesem Komplex für die Region Chemnitz siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 206–209, auch Schneider, Unternehmensstrategien, S. 379 f.

²⁹² Genauer dazu Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 800; zu den Rüstungskommissionen siehe auch ebenda, S. 798.

²⁹³ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 308.

²⁹⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 308–311, Zitat S. 311. Zur Vorgeschichte und Einsetzung der Gauwirtschaftskammern siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 98–104. Am 1. September 1939 waren 18 Reichsverteidigungskommissare ernannt worden, jetzt erhielt jeder der 42 Gauleiter diese Funktion, ebenda, S. 97. Präsident der Gauwirtschaftskammer Sachsen wurde Wilhelm Wohlfahrt von der Dresdner Zeiss Ikon AG.

zwischen Zentralinstanzen und Regionen, führte aber auch zu mehr politischer Stabilität für das NS-Regime²⁹⁵ und verlängerte seine Existenz.

Die Rüstungsinspektionen des WiRüAmts in den besetzten Ländern kamen ebenfalls ab 1942 in den Verantwortungsbereich Speers.²⁹⁶ Gleiches galt für diese Institutionen in den besetzten Ostgebieten. Eine weitere zentrale Entscheidung Hitlers führte zu einer erheblichen Machtkonzentration bei Speers Rüstungsministerium auch in Bezug auf die besetzten Ostgebieten: In einem Führer-Erlass vom 9. Juni 1942 erhielt Speer die Aufsicht über die Rüstungsproduktion, das Bauwesen, die Energiewirtschaft, über Straßen, Wasserstraßen und Häfen, etwa später auch über das Verkehrswesen. Ab 1943 gelang ihm parallel zur Ausdehnung seiner Macht auf die gesamte deutsche Rüstungsindustrie auch eine Ausdehnung auf die gesamte Wirtschaft in den besetzten Gebieten. Damit ging eine Zurückdrängung des Einflusses der dortigen Wehrwirtschaftsinspektionen (der Wehrmacht) einher.²⁹⁷ In einem für das NS-System typischen Kompromiss blieb jedoch der Wirtschaftsstab Ost, unter der Führung von Görings Vierjahrplanbehörde und des OKW, formal erhalten.²⁹⁸

Freilich blieben die Ergebnisse der direkten Rüstungsproduktion in den besetzten Gebieten sehr heterogen. Während etwa der Anteil des Fahrzeugbaus in allen besetzten Gebieten bei 16,2 Prozent und beim Schiffsbau sogar bei 35,7 Prozent der jeweiligen deutschen Gesamtproduktion lag, waren die Ergebnisse zum Beispiel im faktisch annektierten polnischen Generalgouvernement eher marginal.²⁹⁹ In einer Denkschrift vom 23. Oktober 1943 propagierte Speer aufgrund der immer größeren Bedrohung durch die alliierten Luftangriffe eine stärkere Verlagerung der Rüstungsproduktion in besetzte Länder, vor allem nach Frankreich.³⁰⁰ Auch grundsätzlich plädierte er für Produktionsverlagerungen ins westliche Ausland („Arbeit zu den Arbeitskräften bringen“), während Sauckel darauf bestand, die ausländischen Arbeitskräfte ins Reich zu holen, weil sie dort mehr Leistung erbrächten als in ihren Heimatländern.³⁰¹ Sauckels Ansatz blieb prioritär. Insofern war der Beitrag, der von Arbeitskräften aus den ausländischen besetzten Gebieten und aus Ländern der Verbündeten (die in der Masse unter Zwang

²⁹⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 312.

²⁹⁶ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 289 f.

²⁹⁷ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 102, 106. Siehe hierzu auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 136–139.

²⁹⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 291.

²⁹⁹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 187.

³⁰⁰ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 188. Die etwa ein halbes Jahr später stattfindende Landung der Alliierten in der Normandie entzog dem aber die Grundlage. Die Rüstungsproduktionen der besetzten Länder Frankreich, Belgien, Niederlande, Norwegen, Dänemark, Generalgouvernement und Serbien betrug 1943 lediglich 9,3 Prozent der gesamten deutschen Rüstungsproduktion, siehe Tooze, S. 733.

³⁰¹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 220. Dass Speer sich dabei insgesamt durchsetzte, zeigen die fallenden Rekrutierungszahlen bei Arbeitskräften aus Frankreich und Holland 1943 und 1944, siehe ebenda, S. 220.

rekrutiert worden waren) nach ihrer Deportation ins Deutsche Reich zur deutschen Rüstungsproduktion geleistet wurde, eindeutig der wichtigste.³⁰²

Im Jahr 1943 gelang es Speer schließlich, den Einfluss des RWM auf die zivile Wirtschaft zu mindern, das bisher direkte Aufträge des Heereswaffenamts an zivile Betriebe an Speer vorbei initiieren und damit dessen Stilllegungs-Aktionen konterkarieren konnte.³⁰³ Im selben Jahr wurde Speer auch die Zuständigkeit für die Marinerüstung übertragen; einher ging dieses mit der neuen Bezeichnung „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“. Schlussendlich folgte 1944 mit dem sogenannten Jäger-Programm auch die Verantwortung für die Luftrüstung, den wirtschaftlich größten Bereich der Wehrmachtrüstung. Parallel zu diesem Machtzuwachs wuchs auch das Ministerium 1943 auf 70.000 Mitarbeiter, 1944 war es überhaupt das größte Ministerium.³⁰⁴

Doch alle organisatorischen Änderungen in der Rüstungssteuerung konnten nicht verhindern, dass die Steigerung der Rüstungsproduktion sich immer wieder an der militärischen Lage brach. So verlangte etwa Hitler nach dem Untergang der 6. Armee bei Stalingrad im Dezember 1942 / Januar 1943 ein neues Panzer-Programm, mit dessen Hilfe man 1943 die militärische Initiative zurückgewinnen wollte, für das Speer jedoch auch wiederum allein drei Millionen neue Arbeitskräfte für erforderlich hielt, davon zwei Millionen Fremdarbeiter.³⁰⁵ Gleichzeitig forderten aber auch Marine (U-Boote) und Luftwaffe (angesichts der verstärkten alliierten Luftangriffe auf die deutsche Industrie und auf die Städte) eine Erhöhung ihres Rüstungsausstoßes. Beides zugleich ging nicht, so dass als Lösung nur die Produktionsenkung bei zivilen Gütern blieb.³⁰⁶ Goebbels Sportpalast-Rede vom 18. Februar 1943 begleitete diese Entscheidung propagandistisch und stimmte nunmehr auch die deutsche Bevölkerung auf den totalen Krieg ein. Denn die Entscheidung bei Stalingrad hatte für die NS-Führung 1942 eine

³⁰² Tooze, S. 734.

³⁰³ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 295.

³⁰⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 301 f.

³⁰⁵ Das von Hitler geforderte Panzer-Programm gab Speer eine erneute Chance zur Ausdehnung seines Einflusses, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 329. Vorgesehen war angesichts der hohen Verlustrate von gut 2.000 Panzern beim Ostheer im Zeitraum Januar bis April 1943 eine Vervierfachung der Panzerproduktion, siehe hierzu Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 850. Zu diesem Programm siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 121–124 sowie Teil 2, 334–337. In Sachsen wurde etwa bei der Auto Union in Chemnitz die Produktion auf Panzermotoren umgestellt, und bei der VOMAG in Plauen konnte die 1942 errichtete neue Halle für den Panzerbau 1943 ihre Produktion wesentlich erhöhen, siehe Kapitel 5.

³⁰⁶ So erreichte die Eisenzuweisung für den Rüstungsbedarf erst nach Stalingrad 60 Prozent der deutschen Produktion, Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 335. Bereits am 11. August 1942 war es darüber bei Hitler zu einer Besprechung gekommen, wie die sich abzeichnende Stahl- und Kohlekrise zu bewältigen wäre. Paul Pleiger als Verantwortlicher für den Kohlebergbau konnte keine signifikanten Produktionssteigerungen versprechen, trotz der Feststellung Hitlers: „Herr Pleiger, wenn wegen Mangels an Koks- und Kohle der Ausstoß in der Stahlindustrie nicht wie vorgesehen gesteigert werden kann, dann ist der Krieg verloren.“ Da keine wesentlich höhere Kohleproduktion gelang, auch weil Sauckel nicht die erforderlichen ausländischen Fachkräfte beschaffen konnte, wurde schließlich für den kommenden Winter 1942 / 1943 eine zehnprozentige Kürzung des privaten Kohleverbrauchs beschlossen. Zu diesem Vorgang Tooze, S. 657–660, Zitat Hitlers S. 658.

ähnliche Funktion gehabt wie die Schlacht vor Moskau 1941: sie sollten bei einem Sieg als kriegsentscheidend gelten. Für das Arbeitskräftepotential bedeutete der Totalverlust der 6. Armee unter anderem, dass 1943 400.000 zusätzliche Soldaten eingezogen werden mussten.³⁰⁷ Die Entscheidung zur Senkung des Privatverbrauchs an Kohle und Organisationsänderungen von Pleiger in der Kohleversorgung der Stahlwerke führten 1943 tatsächlich zu einer erhöhten Stahlproduktion im deutschen Wirtschaftssystem. So stieg der monatlich Output an Stahl 1943 auf 2,1 Millionen Tonnen, unter Einrechnung des deutschen Großraums sogar auf 2,7 Millionen Tonnen, was erhöhte Lieferungen von 1,4 Millionen Tonnen allein an den Rüstungssektor ermöglichte.³⁰⁸

Trotz der oben geschilderten weiteren Einschränkung der Privatversorgung der Bevölkerung war Hitler auch nach Stalingrad noch nicht bereit, die deutsche Bevölkerung – ganz anders als etwa ab Kriegsbeginn Stalin dies von der sowjetischen Bevölkerung verlangt und erhalten hatte – einer maximalen Belastung auszusetzen. In einer Besprechung bei Göring am 28. April 1943 forderte auch dieser – wie immer – stattdessen „die besiegten Völker stärker auszubeuten.“³⁰⁹ Gleichwohl nahm der Druck auf die deutsche Bevölkerung zu, der Parteieinfluss auf die Rüstungsentwicklung ebenso. Am 13. Januar 1943 wurde zudem ein neues Dreimännergremium (Triumvirat, so Tooze) gegründet, dem von OKW-Seite General Keitel, der Leiter der Reichskanzlei Hans Lammers und NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann angehörten. Die Aufgabe des Gremiums bestand darin, die innere Mobilisierung der deutschen Ressourcen mit allen Mitteln zu fördern, oder, mit dem Worten von Tooze, „auch noch das Letzte aus dem deutschen Volk herauszuholen.“³¹⁰ Speers Programme zur Zurückdrängung des Privatsektors sorgten gleichzeitig für neue Rüstungsressourcen. Und in der Tat stiegen in der ersten Jahreshälfte die Rüstungszahlen noch einmal erheblich. Sie lagen um 120 Prozent höher als zu seinem Antritt als Minister.³¹¹

Mitte des Jahres 1943 gab es jedoch eine ganze Reihe von Rückschlägen, die sowohl mit der Kriegslage innerhalb des Deutschen Reiches als auch mit den auswärtigen Kriegsschauplätzen zusammenhingen. Die Rückschläge innerhalb Deutschlands waren vor allem auf die 1943 verstärkt fortgeführten alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte und Rüstungszentren zurückzuführen. Bereits ab 1940 hatte die Royal Air Force Großbritanniens (Das Bomber Command unter Leitung von Luftmarschall Arthur Harris) einzelne Luftangriffe auf deutsche Städte geflogen und diese 1941 und verstärkt 1942 fortgesetzt. So wurde etwa gegen Lübeck am 29. März 1942 der erste gezielte britische Luftangriff auf ein Innenstadtzentrum mit 312

³⁰⁷ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 327. Zum Konzept des totalen Krieges für die Kriegswirtschaft siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 124–127.

³⁰⁸ Tooze, S. 660 f. und 684.

³⁰⁹ So Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 335.

³¹⁰ Tooze, S. 681. Im Herbst 1943 näherte sich Speer stärker an Himmlers Machtbereich und an Reichspropagandaminister Goebbels an, auch um ein Gegengewicht gegen das Dreimännerbündnis zu bilden, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 168 f.

³¹¹ Tooze, S. 681.

Toten geführt, der bis dahin größten Opferzahl unter der deutschen Zivilbevölkerung.³¹² Am 30. Mai 1942 erfolgte ein Großangriff auf Köln, nachdem das eigentliche Ziel Hamburg aus meteorologischen Gründen verschoben werden musste.³¹³ Insgesamt blieben die militärischen Schäden beziehungsweise Bausubstanzverluste in den angegriffenen Städten noch unerheblich, was vor allem mit der geringen Trefferquote der aus großer Höhe in der Nacht abgeworfenen Bomben zusammenhing.³¹⁴ Am 28. Januar 1942, etwa eineinhalb Monate nach der deutschen Kriegserklärung an die USA, war die 8. US-Luftflotte aufgestellt worden, für den Einsatz auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Ihre ersten Angriffe 1942 richteten sich gegen Ziele im besetzten Frankreich und noch nicht im Deutschen Reich selbst.³¹⁵

Auf der Konferenz der Westalliierten von Casablanca (ohne Beteiligung der Sowjetunion) vom 14. bis 24. Januar 1943 wurde eine Direktive zum Luftkrieg gegen Deutschland verabschiedet, die Direktive CCS 166. Auf dieser Grundlage erfolgten dann ab 1943 sowohl von US- als auch britischer Seite die Luftangriffe auf das deutsche Territorium. Generell kann man zwei Strategien unterscheiden: Die britische Seite hatte sich für Nachtangriffe auf Stadtzentren mit dem Ziel möglichst großer Zerstörungen von Wohnraum unter dem Begriff „Moral bombing“ entschieden³¹⁶ – die Verluste bei der Zivilbevölkerung wurden dabei mindestens billigend in Kauf genommen³¹⁷ –, während die Amerikaner konkrete Ziellisten der zu zerstörenden Infrastruktur- und Rüstungsobjekte für Tagangriffe erstellten; auch hierbei waren natürlich Zivilisten als Opfer unumgänglich. Im April 1943 wurde dazu eine Prioritätenliste konkretisiert, nachdem bereits am 19. September 1942 ein Operationsplan AWPD-42 entwickelt worden war: Luftangriffe auf die Flugzeugindustrie, auf den U-Bootbau sowie als drittes auf die Kugellagerindustrie.³¹⁸ Mitte Juni 1943 kam als weitere Festlegung zur Vorbereitung der für 1944 geplanten alliierten Invasion in Nordfrankreich hinzu, bis dahin zur Unterstützung der Inva-

³¹² Richard Overy, *Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945*, Berlin 2014, S. 416.

³¹³ Overy, S. 420.

³¹⁴ Overy, S. 427 f. So wurden 1942 insgesamt 37.192 Tonnen Bomben abgeworfen (1941 22.996 Tonnen), und etwa 4.900 Deutsche (hauptsächlich Zivilisten) waren dabei getötet worden; Bomber Command verlor 2.761 Maschinen durch Abschüsse oder Unfälle und die deutsche Produktion wurde nach Nachkriegsberechnungen 1942 um 2,5 Prozent verringert, ebenda, S. 427 f.

³¹⁵ Overy, S. 409 und 424.

³¹⁶ Overy, S. 414. Es wurde dazu eine Städteliste erstellt (später unter dem Begriff Bomber-Baedecker bekannt geworden), ebenda, S. 445. Feuerstürme zu erzeugen, war dabei ausdrücklich inbegriffen. Als konkretes militärisches Ziel der Angriffe wurde die Schwächung Deutschlands durch Verringerung von Mannstunden (das heißt Arbeitsausfälle) angegeben, ebenda, S. 446. Im Übrigen hatte Stalin bei einem Treffen mit Churchill am 12. August 1942 in Moskau dieses militärische Vorgehen der Briten ausdrücklich begrüßt, siehe ebenda, S. 425.

³¹⁷ Churchill ging sogar weiter. In seinem schon genannten Gespräch mit Stalin am 12. August 1942 in Moskau erklärte Churchill laut der Mitschrift des Gesprächs: „...Was die Zivilbevölkerung angehe, so betrachten wir sie als militärisches Ziel. Wir hätten nicht um Gnade gebeten, und wir würden auch keine Gnade gewähren“, zitiert in: Overy, S. 889. Churchill bezog sich dabei auf die deutschen Luftangriffe auf britische Ziele und Städte im Rahmen der deutschen Aktion Blitz in den Jahren 1940 und 1941.

³¹⁸ Overy, S. 437 und 447.

sion die absolute Luftherrschaft gegenüber der deutschen Luftwaffe zu erringen (Operation Pointblank).³¹⁹

Nachdem die 8. Luftflotte ab 27. Januar 1943 drei Tage lang den ersten Luftangriff im Deutschen Reich auf das Ziel Wilhelmshaven selbst geflogen hatte, richteten sich 1943 die ersten massiven Luftschläge der Royal Air Force gegen das Ruhrgebiet. Ab 6. März 1943 griffen britische Luftflotten die Stadt Essen und insbesondere die dortigen Krupp-Werke an, nachdem es gelungen war, die Bomberverbände mit verbesserter Ziellenkungstechnik auszustatten sowie mit entsprechender Jägerbegleitung anfliegen zu lassen. Fast alle Bomben verfehlten jedoch ihr Rüstungsziel³²⁰, führten im Zentrum von Essen aber zu großen Schäden („Essenieren“ wurde von Arthur Harris hierfür als Begriff gewählt). Bis Juni 1943 wurden allein insgesamt 28 Angriffe auf Städte im Ruhrgebiet geflogen; etwa 22.000 Menschen verloren ihr Leben, Hunderttausende wurden obdachlos, Zehntausende von Häusern waren zerstört.³²¹ Die Folgen der Angriffe waren nicht nur Zerstörungen an Wohnraum und Menschenverluste, sondern auch eine Beeinträchtigung der Stahl- und Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet, die zu erheblichen Störungen in der Stahlproduktion wie auch in den Rüstungssektoren selbst führten.³²² Dies erhöhte für die deutsche Seite auch die Notwendigkeit, erheblich mehr Mittel zur Verteidigung des Reichsgebiets einzusetzen und Militärressourcen von den Fronten abzuziehen.

Am 5. Juli begann die auf dem östlichen Kriegsschauplatz letzte große deutsche militärische Angriffsoperation mit dem Code-Namen „Zitadelle“ – die Panzerschlacht im Kursker Bogen –, mit der die Wehrmacht gedachte, die strategische Initiative zurückzugewinnen. Am 17. Juli musste die Wehrmacht diese Schlacht, in der sie eine herbe Niederlage erlitt, nach großen Verlusten jedoch abbrechen.³²³ Am 10. Juli waren zudem die Alliierten auf Sizilien gelandet, so dass deutsche Wehrmachtverbände neu nach Italien verlegt werden mussten. Am 25. Juli wurde Mussolini, Hitlers italienischer Verbündeter, gestürzt.

Die größte öffentlich-psychische Wirkung auf Deutschland hatten jedoch die britischen Luftangriffe auf Hamburg unter dem bezeichnenderweise biblischen Code-Namen Gomorrha vom 24. Juli bis 3. August 1943. Die Luftschläge am 27. Juli lösten wie geplant einen Feuersturm aus. Insgesamt fielen den Bombenabwürfen wie dem Feuersturm um die 37.000 Zivilis-

³¹⁹ Overy, S. 448. 1943 wurden aber nur sieben Großangriffe gegen die Flugzeugwerke geflogen, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 87.

³²⁰ So waren etwa zur Täuschung der Bomberverbände in Essen Fabrikattrappen von Krupp-Fabrikationsanlagen auf freiem Feld errichtet worden, wie auch in anderen deutschen Städten. Zudem hatte man bereits ab 1940 Firmen aufgefordert, ihre Produktion mindestens auf drei verschiedene Standorte zu verteilen, um Produktionsauswirkungen durch Luftangriffszerstörungen wenigstens teilweise abzufangen, Overy, S. 658.

³²¹ Overy, S. 463–468.

³²² Tooze, S. 684–686. Zu den einzelnen Produktionsrückgängen nach Angaben Speers siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 142.

³²³ Zum Verlauf der letzten großen Offensive der Wehrmacht an der Ostfront siehe Masson, S. 263–269. Auch das Lend-Lease-Abkommen der Amerikaner hatte zu wirken begonnen, denn die Rote Armee konnte 1943 auf einen wachsenden Strom von Lastwagen aus den USA zurückgreifen und ihre Beweglichkeit erheblich verbessern, siehe Tooze, S. 689.

ten zum Opfer, 900.000 Hamburger mussten ihre Stadt verlassen, 61 Prozent der Häuser waren zerstört oder beschädigt und auch 580 Betriebe.³²⁴ Die Bevölkerung, so berichtete der Sicherheitsdienst der SS, war schockiert. Das Regime reagierte mit einer Verschärfung der Sicherheitspolitik. Himmler erklomm einen weiteren Posten und wurde am 24. August zum Innenminister ernannt. Er war nun Herr aller Polizei- und Sicherheitsorgane des Landes. Auch Speer begann immer stärker, mit Himmlers Sicherheitsorganen und seinem KZ-Imperium zu kooperieren. Diese Zusammenarbeit hielt bis Kriegsende an.³²⁵

Die 8. US-Luftflotte setzte im zweiten Halbjahr 1943 die oben genannte Strategie um. So wurde etwa am 17. August 1943 je ein Großangriff gegen die in Schweinfurt beheimatete Kugellagerindustrie und auf Regensburg gegen die dortige Flugzeugindustrie durchgeführt. Es gab in beiden Werken große Zerstörungen; in Schweinfurt wurden 43 Prozent der deutschen Kugellagerproduktion zeitweilig außer Betrieb gesetzt, die Zerstörungen der Me-109-Produktion in Regensburg sorgten für einen Ausfall von 20 Prozent bei diesen Flugzeugen. Ein weiterer Angriff auf Schweinfurt am 14. Oktober 1943 sowie ein zuvor geflogener Angriff auf Stuttgart brachten den Amerikanern aber so hohe Bomberverluste, dass sie in der Folgezeit zunächst nur solche Angriffe vortrugen, in denen die Bomber von eigenen Jägern begleitet werden konnten.³²⁶

Die Royal Air Force flog in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls vereinzelte gezielte Angriffe auf militärische Objekte. Die für den Zwangsarbeitereinsatz indirekt Folgenreichsten waren wohl die Luftschläge auf das Raketenversuchsgelände in Peenemünde am 17. und 18. August 1943, als dort die Versuchs- und Produktionsanlagen für die Raketenwaffen des Heeres und der Luftwaffe zerstört wurden. Sie führten dazu, dass nun auf deutscher Seite verstärkt über Untertageproduktionen von Waffen debattiert wurde (siehe weiter unten); zu den Todesopfern des Luftangriffs gehörten auch 500 Zwangsarbeiter im nahe gelegenen Ausländerlager. Ein anderer (Flächen-)Angriff wurde gegen das Zentrum von Kassel am 22. und 23. Oktober geführt. Die Folge war wiederum zum einen ein Feuersturm, dem etwa 6.000 Menschen zum Opfer fielen, was prozentual sogar höher ausfiel als in Hamburg drei Monate vorher. Aber auch Rüstungswerke wurden getroffen, was zu Produktionsausfällen von mehreren Monaten führte und auf Dauer zehn Prozent weniger Produktion ermöglichte.³²⁷ Insgesamt wurde durch die

³²⁴ Zur Operation Gomorrha siehe Overy, S. 470–482; siehe auch Tooze, S. 687–689. Der Angriff auf Hamburg forderte die höchste Anzahl von Luftkriegsopfern auf dem europäischen Kriegsschauplatz während einer militärischen Operation. Die Zahl wurde nur in Japan mit einem amerikanischen Luftangriff auf Tokio im Sommer 1945 sowie den beiden amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki mit insgesamt 250.000 zivilen Opfern übertroffen, siehe Overy, S. 471.

³²⁵ Siehe zu dieser Achse Tooze, S. 691–693.

³²⁶ Overy, S. 490–492. Freilich waren diese Angriffe 1943 noch von relativ hohen Verlusten an abgeschossenen oder beschädigten Maschinen begleitet, so beim Angriff auf Stuttgart mit einer Verlustrate von 19 Prozent oder beim Angriff auf Schweinfurt sogar mit 28 Prozent abgeschossener Maschinen, ebenda, S. 492.

³²⁷ Overy, S. 493 f. Overy weist ausdrücklich darauf hin, dass – angesichts der Kritik an der Strategie der Luftflotten beider Alliierten und auch in den Heimatländern geführten Diskussionen über die strittige völkerrecht-

alliierten Luftangriffe die geplante deutsche Industrieproduktion im Jahr 1943 um etwa neun Prozent verringert.³²⁸ Der Verlust an Wohnraum betrug mehr als sechs Prozent. Mit dem zerstörtem Wohnraum stieg jedoch auch der Ersatzbedarf an Wohnungseinrichtungen sowie persönlichem Besitz der Betroffenen (bei sinkender Zivilproduktion), so dass etwa ab August 1943 Kleiderkarten praktisch nur noch an Ausgebombte ausgegeben werden konnten.³²⁹ Hausgeräte und langlebige Verbrauchsgüter wurden entweder gar nicht mehr oder nur in schlechterer Qualität hergestellt, Haushaltsgeräte trotz der Wohnraumzerstörung weniger. Die Lederproduktion für Schuhe sank erheblich oder Schuhe wurden ganz aus Holz hergestellt. Während 1943 die Kriegsproduktion im weiten Sinne auf 44 Prozent des BIP zunahm, sank der Anteil für Konsumwaren und andere Zivilinvestitionen auf 56 Prozent.³³⁰

Scheinbar paradox, gelang es Speer in dieser Krise und nach dem Scheitern der letzten großen militärischen deutschen Angriffsaktion in Osten, der Panzer-Schlacht von Kursk, seinen Machtbereich noch einmal auszuweiten. Am 26. Juli 1943 wurde die Marine-Rüstung mit Einverständnis des Marine-Oberkommandos dem Speer-Ministerium eingegliedert.³³¹ Ab 25. Juli 1943 wurde er nach einem Gespräch mit Hitler für die gesamte „Produktion“ zuständig, denn Hitler hatte eine neue Rüstungsschlacht befohlen, nun einer radikalen Einschränkung der Zivilproduktion sein Einverständnis gegeben und hierfür Speer gestärkt. Am 2. September 1943 wurde, wie schon erwähnt, sein Ministerium in „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“ umbenannt. Ebenfalls am 2. September 1943 erließ Hitler einen Befehl über die Konzentration der Rüstungswirtschaft.³³² Trotz der propagandistischen Herausstellung etwa der Panzerproduktion blieb die Munitionsherstellung Schwerpunkt in der Rüstungsgüterpalette für das Heer. In ihr wurden im Herbst 1943 450.000 Arbeiter beschäftigt, für den Panzerbau nur 160.000 und 210.000 in der Waffenherstellung.³³³

liche Grundlage von Flächenbombardements – diese in den internen Unterlage immer als Angriffe auf Industriezentren und Rangierbahnhöfe fungierten, ebenda, S. 500.

³²⁸ Overy, S. 661. Während die US-Behörden lediglich mit Verlusten von drei bis fünf Prozent rechneten, ging Rüstungsminister Speer ebenso von etwa zehn Prozent aus, Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 142. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Rüstungsproduktion in der Zeit von 1942 bis 1944 mindestens verdoppelte, die alliierten Angriffe also nur den Anstieg verlangsamt hatten.

³²⁹ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 387. Insgesamt wurden etwa 490.000 Häuser zerstört und 415.000 schwer beschädigt; gut 15 Prozent des Hausbestandes war damit unbewohnbar. 30 Prozent der Zerstörungen traten 1943, 40 Prozent 1944 und 26 Prozent 1945 ein, Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 209.

³³⁰ Zur Entwicklung der Konsumgüterversorgung siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 208–220. Auch diese zunehmende Mangelsituation hatte auf die Versorgung von Zwangsarbeitern mit Bekleidung und Alltagsgegenständen negative Auswirkungen.

³³¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 374 f.

³³² Speers Ministerium erhielt dadurch auch die Kontrolle über die Zivilwirtschaft, ebenso in den besetzten Gebieten durch einen nicht-öffentlichen Zusatzerlass vom 5. September 1943, siehe hierzu Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 337; auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 147 f. und 157. Der Erlass ist abgedruckt in: Moll, S. 352 f.

³³³ Zahlen nach Tooze, S. 652 f. Das Panzer-Programm war auch vor dem Hintergrund aller Rüstungsinvestitionen mit nur sieben Prozent eher nachrangig, Tooze, S. 683.

Um die Widerstände vor allem der NSDAP gegen dieses Programm zulasten der Zivilproduktion abzuschwächen, hielt auch Speer auf der durch die Himmler-Rede über den Holocaust berüchtigt gewordenen Posener Konferenz dort am 6. Oktober 1943 ebenfalls eine Rede, in denen er die Gauleiter und ihre Mitarbeiter auf die neue Kriegswirtschaftspolitik einzuschwören versuchte. Der Rüstungsminister verlangte, endlich mit der Parole vom totalen Krieg ernst zu machen und zum Beispiel ihren Widerstand gegen Stilllegungen aufzugeben. Und er sparte auch nicht mit indirekten Drohungen: Er sei durchaus bereit, alle „Höllenhunde aus dem Rüstungssektor“, so die Wiedergabe der Worte bei Tooze, loszulassen und Himmlers SD zu nutzen, um (geheim- und zurückgehaltene) Reserven in den Zivilindustrie aufzudecken.³³⁴ So hatte eine Stilllegungs-Aktion des Reichswirtschaftsministeriums 1943, als es um die Stilllegung oder Teilstilllegung von 100.000 Geschäften und Gewerbebetrieben mit einem Abzug von 300.000 Beschäftigten ging, nur eine Anzahl von 114.000 einsetzbaren Arbeitskräften erbracht, von denen wiederum lediglich 49.000 in der Rüstungsindustrie beschäftigt werden konnten.³³⁵ Die Stimmung in der Bevölkerung war durch die Schließung gerade kleinster Geschäfte jedoch erheblich beeinträchtigt, und so arbeiteten denn auch Sauckel und viele Gauleiter gegen ein solches Programm.³³⁶

Am 29. Oktober 1943 versuchte Speer, durch einen erneuten „Erlass über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft (Durchführungserlass)“, der vor allem Kompetenzen aller an den Wirtschaftsprozessen beteiligten Stellen klar beschreiben sollte, Reibungsverluste in der Produktion zu minimieren. In Speers Ministerium wurden dafür neue Ämter für Planung und Rohstoffe sowie für die Produktion von Verbrauchsgütern geschaffen.³³⁷ Diese Änderungen bildeten, so Rolf-Dieter Müller, die Grundlage für Speers „Rüstungswunder“ im Jahr 1944. „Der Krieg und seine primär militärischen Bedürfnisse hatte von jetzt an eindeutig Vorrang in der Wirtschaftspolitik, aber auch in der Wirtschaft selbst. Die Sprengung der organisatori-

³³⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 340. Zu Speers Auftritt in Posen siehe auch Tooze, S. 693–696. Zu den Drohungen ebenda, S. 695; Zitat ebenda; ebenso Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 151–153, auch mit einigen sächsischen Beispielen in Speers Rede. Am Tag vorher hatte Speer eine Art Abkommen mit dem SD geschlossen, um für diesen die Überwachungskompetenzen im Rüstungsministerium, den Selbstverwaltungsorganen (Ausschüsse, Ringe) sowie den Betrieben zu erweitern, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 173. Das Abkommen firmierte unter dem Namen „Eiserner Pakt“.

³³⁵ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 853, Tabelle S. 854 und S. 886. Speer hatte ursprünglich eine Million neue durch Umsetzungen zu erbringende Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie verlangt, siehe ebenda, S. 885.

³³⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 886 f.

³³⁷ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 341 f. Der Erlass wurde wegen seiner Länge manchmal Bandwurmerlass, auch „Magna Charta“ genannt. Ausführlich zu diesem Erlass Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 162–164. Eine genaue Übersicht über die zu dem Zeitpunkt existierenden elf Ämter in Speers Ministerium und ihre vielfältigen Aufgabengebiete in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Einlegeblatt am Ende. Rückseite: Übersicht über 14 Haupt-, 184 Sonder- und drei Spezialsonderratsausschüsse sowie fünf Haupt-, 44 Sonder- und sechs Spezial-Sonderringe (siehe auch FN 283).

schen, mentalen und politischen Fesseln setzte die dynamische Kräfte einer modernen Industriegewirtschaft frei.“³³⁸

Die Durchführung der geplanten Stilllegungen und der Umsetzungen von Arbeitskräften gelang jedoch nur teilweise. So sollten für 1943 500.000 Umsetzungen aus der Zivil- in die Rüstungsindustrie erfolgen, um die Einberufungen in die Wehrmacht zu kompensieren. Nach Speers Ankündigungen vom Herbst 1943 gelang es jedoch nur, bei 1.669 Betrieben 200.000 Umsetzungen anzuordnen, von denen wiederum nur die Hälfte bis Mai 1944 realisiert worden war. Auf der anderen Seite versuchte man, nicht ausgelastete oder bisher nicht für die Rüstung genutzte Maschinen ebenfalls in andere Betriebe zu verlagern³³⁹. Mit diesen Umstellungen verschlechterte sich ab 1943 das Konsumniveau der deutschen Bevölkerung allmählich weiter. Es wurden, wie erwähnt, kaum noch Haushaltsgeräte hergestellt, manche Produkte aus Eisen wurden in das Bezugsscheinsystem aufgenommen.³⁴⁰

Was bedeutete das für die von uns untersuchte Gruppe der Zwangsarbeiter? „In die Hierarchie der Bedarfsdeckung standen Millionen von Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen an letzter Stelle. Sie mussten mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben dafür bezahlen, dass die deutsche Bevölkerung auch 1944 noch nicht jenes Armutsniveau erreichte, das die Deutschen weiten Teilen Südost- und Osteuropa in den vergangenen Kriegsjahren zugemutet hatten.“³⁴¹

Parallel zu diesem Programm erfolgten seit 1943 wegen des zunehmenden alliierten Bombenkrieges Betriebsverlagerungen. Betroffen waren vor allem Betriebe aus den luftkriegsgefährdeten Rüstungszentren des Deutschen Reiches, wie etwa dem Raum Berlin oder dem Ruhrgebiet. Es mussten hierfür sowohl neue Unterbringungsmöglichkeiten gesucht wie auch Wohnungen für die ebenfalls mit zu evakuierenden Arbeitskräfte gefunden werden; die Bereitschaft der Belegschaft zum Umzug war dabei durchaus begrenzt. Von knapp neun Millionen Haushalten beziehungsweise Personen, die bis Ende 1944 evakuiert worden waren, hatten nur gut 628.000 mit Evakuierungen aus betrieblichen Gründen und 213.100 aus industriellen Sonderaktionen zu tun.³⁴²

Gerade in der Luftrüstung wurde vom RLM ab 1942 dezidiert darauf hingewirkt, dass Betriebe wenn möglich jedes Produkt an zwei oder drei seiner Standorte fertigen könnten sollten. Die meisten der Luftrüstungsbetriebe westlich der Linie Stettin-Berlin-München hatten Ende des Jahres Verlagerungspläne parat. Als Auslagerungsgebiete wurden neben dem Protektorat, der Slowakei und Polen insbesondere die deutschen Länder Schlesien und Sachsen

³³⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 343.

³³⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 352–355.

³⁴⁰ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 480.

³⁴¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 482.

³⁴² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 355–358. Mit etwas anderen Zahlen, jedoch in derselben Größenordnung, auch Overy, S. 685. Der Anteil des zerstörten Wohnraums erhöhte sich, ohne es genau angeben zu können, von fünf Prozent 1943 in den nächsten beiden Jahren erheblich, siehe Overy, S. 681; mit Schilderungen zu dem Zustand der deutschen Städte 1944 bis 1945 siehe ebenda, S. 681–686.

ausgewählt. Am 28. Juni 1943 legte sogar ein Erlass Hitlers fest, dass neben vorgesehenen Verlagerungsflächen auch die Unterbringungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollten.³⁴³ In jedem Fall führten diese Vorgänge zu komplizierten Umsetzungsprozessen und zu Produktionsstockungen. Am Beispiel der Luftrüstung, die ja auch für Sachsen von besonderer Bedeutung war, kann man die Vervielfachung der Produktionsstätten ermes sen. Bei ursprünglich etwa 30 Firmen verteilten sich ihre Produktionsstätten 1944 auf über 700 Standorte.³⁴⁴

Das Jahr 1944 war durch mehrere parallel verlaufende Entwicklungen gekennzeichnet. Aufgrund der alliierten Luftangriffe erlangte bei dem größten Rüstungssektor, der Luftrüstung, das Jäger-Programm einen zentralen Stellenwert. Im Verhältnis ihrer Größenordnungen (vor allem Kosten) zueinander war die Luftrüstung doppelt so umfangreich wie die Heeresrüstung und sechsmal so umfangreich wie die Marinerüstung (6:3:1). Selbst im Herbst 1944, als das Deutsche Reich sowohl von Westen wie von Osten her auf dem Landkriegsschauplatz in größte Bedrängnis geraten war, setzte man die meisten Rüstungsbeschäftigten für die Luftrüstung ein, nämlich 2,33 Millionen. Für das Heer produzierten 1,94 Millionen, für die Marine 530.000.³⁴⁵ Auch 1942, nach dem Rückschlag vor Moskau 1941, waren in der Luftrüstung mit 1,85 Millionen Arbeitskräften 200.000 mehr als in der Heeresrüstung tätig.³⁴⁶

Zum zweiten beschlossen die Verantwortlichen als Gegenmaßnahme auf die Bedrohung durch den Luftkrieg sowohl den Bau von Großbunkern als auch den Ausbau unterirdischer Stollen. Und zum dritten kam dabei eine Zwangsarbeitergruppe ins Spiel, die bisher nur eine eher marginale Rolle gespielt hatte: KZ-Häftlinge und ausländische Juden aus dem KZ-Imperium Himmlers (siehe weiter unten).

Bereits am 6. Dezember 1943 hatte Hitler den Befehl erteilt, wichtige Rüstungsproduktionen durch Bauten besonders zu schützen, was jedoch so nicht umgesetzt wurde, und vor allem kriegswichtige Produktionsstätten unterirdisch zu verlagern. Im Februar 1944 wurde dazu ein Stab im Rüstungsministerium eingerichtet, der entsprechende geologisch geeignete Stollen ermitteln und überprüfen sollte.³⁴⁷

Am 21. April 1944 erteilte Hitler den Befehl, sechs bombensichere Jägerfabriken zu errichten. Zwei Organisationen kamen dafür in Frage: Zum einen die Organisation Todt, die immerhin über 780.000 Arbeitskräfte verfügte, in der Mehrheit ausländische Zwangsarbeiter, und zum anderen war SS-Brigade-Führer Hans Kammler bereit, KZ-Häftlinge hierfür zur Verfügung zu stellen. Kammler hatte sich bereits im Herbst / Winter 1943 „bewährt“, als unter seiner Bauleitung die Produktionsanlagen der zerstörten Heeresversuchsstelle in Peenemünde (Raketenerprobung) in den Vorharz verlegt worden waren und dort in kürzester Zeit

³⁴³ Der Führer-Erlass vom 28. Juni 1943 ist abgedruckt in: Moll, S. 344 f. Siehe auch Overy, S. 664 f.

³⁴⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 359. Siehe auch Overy, S. 666 f.

³⁴⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 555 f.

³⁴⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 794.

³⁴⁷ Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 27 f.

unter entsetzlichen Menschenverlusten eine unterirdische Raketenbaufabrik unter dem Namen Mittelwerke GmbH (siehe weiter unten) errichtet worden war.³⁴⁸

Die alliierten Bombardements veranlassten nun die Rüstungsplaner zu einem verstärkten Programm der unterirdischen Produktionsverlagerung. Das außerordentlich umfangreiche System der unterirdischen Verlagerungen betraf zwar bis Anfang 1945 700 Betriebe, und allein SS-Brigadeführer Kammler ließ unter unendlichem Leid der Häftlinge 425.000 qm Stollen beziehungsweise Bunker herrichten (Gesamtziel drei Millionen qm). Insgesamt jedoch waren die dabei erzielten Produktionsergebnisse eher marginal, da sowohl Vorprodukte als auch Endfertigung vom alsbald kollabierenden Verkehrsnetz betroffen waren. Die 1943 angeordnete Untertageverlagerung des Treibstoffsektors hatte sich angesichts technischer Probleme nicht einmal in Ansätzen umsetzen lassen.³⁴⁹ Das Bauprogramm war ab Anfang 1945 ins Stocken geraten oder kam ganz zum Erliegen, es war teuer und letztlich militärisch sinnlos. „Das Ergebnis der U-Verlagerungen [Untertage-Verlagerungen, A.d.A.] war unbefriedigend“, wie einer der beteiligten führenden Verantwortlichen nach Kriegsende rückblickend feststellte³⁵⁰ und zog ab Ende 1943 ein großes Häftlingssterben nach sich, denn die Todeszahlen erreichten unter den KZ-Häftlingen ihre Spitzen gerade bei den Rüstungsuntertageverlagerungen, bei Stollen- und Bunkerbauten.³⁵¹ Allein beim Vorhaben Weingut I starben von 9.000 KZ-Häftlingen des KZ-Außenlagers Mühldorf in Bayern etwa 3.000.³⁵²

Wie schon erwähnt, hatten die Alliierten bereits 1943 beschlossen, die deutsche Luftstreitmacht bis spätestens Frühjahr 1944 für die Operation Overlord (= Landung in der Normandie) als militärischen Faktor auszuschalten, und hatten schon 1943 Angriffe gegen die Flugzeugproduzenten geflogen. 1944 wurde das noch intensiver fortgesetzt. Mit den verstärk-

³⁴⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 360 f. Die Beton-Bunker wurden nie fertiggestellt, siehe zur geplanten Dimension der Bunker Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 25 f.

³⁴⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 363. Siehe hierzu auch Overy, Tabelle S. 672, die insgesamt 65 qkm als Endziel nennt. Aus Nachkriegserhebungen ergab sich 1944 eine Gesamtfläche von 1,5 Millionen qm (gegenüber einem Ziel von 7,87 Millionen qm), siehe zu den Zahlen Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 28. Allein gut zwei Drittel der Bauinvestitionen im Rüstungsbereich waren hierfür Ende 1944 notwendig, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 27. Das Untertageprogramm wurde von Speer wegen des damit einhergehenden Effizienzverlustes durch Zersplitterung der Produktion durchaus kritisch gesehen, siehe ebenda, S. 27. Eine Liste des Rüstungsministeriums vom 24. Februar 1945 enthält insgesamt 747 mit Tarnbezeichnungen versehene Untertageobjekte, siehe BStU, MfS BV Leipzig, AGL 00199 / 02.

³⁵⁰ So Xaver Dorsch in einem Bericht an die Historical Division der US-Army von 1947, zitiert in: Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 28. Dies hatte auch mit der verschärften Kriegssituation zu tun. Um das kriegswirtschaftliche – und Rüstungspotential des bedrohten Ruhrgebietes zu sichern, versuchte das Rüstungsministerium im November 1944, zwei Drittel der Untertageprojekte abzubrechen und deren Baupotential ins Ruhrgebiet umzulenken, Kukowski / Boch, S. 345. Dass die Einstellung der Arbeiten keineswegs immer erfolgte, zeigt ein Untertageverlagerungsprojekt der Auto Union nach Mockethal-Herrenleite (siehe Kapitel 4).

³⁵¹ Siehe Rainer Fröbe, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektiven der Industrie 1943–1945, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 351–383, hier S. 365.

³⁵² Siehe Fröbe, S. 370. Zu Betriebsverlagerungen mit ihren hohen Opferzahlen beim Stollenausbau unter die Erde siehe auch Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 363. Für die Verlagerung nach Mühldorf waren auch einige Dresdner Rüstungsbetriebsteile vorgesehen, siehe Kapitel 6.

ten Luftangriffen, wie etwa der amerikanischen „Big Week“ vom 20. bis 25. Februar 1944 gegen die deutsche Luftrüstungs- und Kugellagerproduktion, kam es zu einem Wettlauf zwischen Zerstörung und Wiederaufbau, den die deutsche Wirtschaft auf Dauer nicht gewinnen konnte.³⁵³ Insgesamt flog die 8. US-Luftflotte 6.200 Einsätze gegen 18 Flugzeugwerke in Rostock, Braunschweig, Leipzig und anderen Städten sowie gegen zwei Kugellagerfabriken.³⁵⁴

Das Deutsche Reich reagierte darauf auch institutionell. Am 1. März 1944 wurde ein neues zentrales Leitungsgremium, der Jäger-Stab, geschaffen. Er entwickelte sich zum unumschränkten Entscheidungsgremium für die Luftrüstung. Aufbauend auf Entscheidungen zur Verstärkung der Luftrüstung aus dem Jahr 1943 wurden allein bei der Jägerproduktion im April 1944 4.000 Flugzeuge gebaut beziehungsweise repariert und an die Luftwaffe ausgeliefert; allein am 31. Mai 1944, an einem Tag, wurden 388 neue Flugzeuge gebaut und 57 Maschinen repariert.³⁵⁵ Auch KZ-Häftlinge waren in der Luftrüstung eingesetzt. Milch erbat von Himmler, statt der im März 1944 bislang arbeitenden 36.000 Häftlinge bald 90.000 einsetzen zu können.³⁵⁶

Diese Produktionsergebnisse waren aber nur unter extremer Ausnutzung der Arbeitskraft möglich, sowohl deutscher Arbeiter wie vor allem ausländischer Zwangsarbeiter.³⁵⁷ Man arbeitete an Feiertagen wie dem 1. Mai, hatte in der Flugzeug- und Flugmotorenindustrie eine 72-Stunden-Woche (im Einschichtbetrieb) und ein Akkord-System. Mit anderen Worten: das

³⁵³ Kroener / Müller / Umbreit, S. 1017. Die „Big Week“, deren Ziel sechs Tage lang die deutsche Flugzeugindustrie war, führte auf deutscher Seite bei den Abwehrkämpfen zum Verlust praktisch des gesamten Pilotenbestands, siehe Tooze, S. 718. Damit war, so Eichholtz, tatsächlich eine zweite Front eröffnet worden, nicht an Land, jedoch in der Luft, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 14. Die Flugzeugproduktion selbst wurde aber nur kurzfristig gemindert und stieg ab März 1944 wieder an, siehe ebenda, Tabelle 55 S. 164. Freilich führte die „Big week“ zu einer verstärkten Verlagerungstätigkeit. Die 27 wichtigsten Produktionsstandorte verlagerten in etwa 300 andere Standorte; ähnliche Entwicklungen gab es beim Flugzeugmotorenbau und beim Maschinenbau für Flugmotoren, siehe ebenda, S. 169.

³⁵⁴ Overy, S. 532.

³⁵⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 392, 396 und 754; siehe auch mit etwas abweichenden Zahlen Tooze, S. 719. Da die Verlustrate aber jeweils höher lag, verringerte sich der Bestand an Flugzeugen in absoluten Zahlen, ebenda, S. 754. Allein etwa 2.000 Flugzeuge gingen allerdings ohne Feindeinwirkung verloren, was ein Schlaglicht auf den völlig ungenügenden Ausbildungsstand der Piloten warf, Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 754. Vor allem wegen Flugbenzinmangel war die Ausbildung der Piloten unzureichend (40 bis 45 Flugstunden vor dem ersten Einsatz), so dass es zu zahlreichen Unfällen und leichten Abschüssen durch die alliierten Jagdflugzeuge kam, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 149.

³⁵⁶ Tooze, S. 721 f. Zur Arbeit des Jäger-Stabes, einer Art Miniaturministerium (Eichholtz), und den Erfolgen des Flugzeugbaus siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 16–24, Zusammensetzung des Jäger-Stabs S. 17.

³⁵⁷ Schneider führt die erhebliche Rüstungssteigerung nicht so sehr auf Rationalisierungsbestrebungen zurück als vielmehr auf den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern, siehe Schneider, Rüstung, S. 190.

System war erschöpfend³⁵⁸, führte aber auch zu steigender Arbeitsproduktivität.³⁵⁹ Freilich blieb dabei auch das hierarchische Rassenschema erhalten. Während deutsche Beschäftigte und Gleichgestellte zusätzliche Nahrungsmittel wie erhöhte Fleisch-, Fett- und Brotationen erhielten, gingen Polen und Ostarbeiter mit Ausnahme einer Sonderzuteilung leer aus.³⁶⁰ Zudem wurde am 8. September 1944 durch eine weitere Verordnung eine mögliche Arbeitszeitausweitung für alle Betriebe auf 60 Wochenstunden festgelegt, wenn es etwa dort hieß: „In allen Betrieben und Verwaltungen, in denen es der Arbeitsanfall und die Produktionsanlage bedingen, ist ab sofort die regelmäßige Arbeitszeit von 48 Wochenstunden um zwölf Überstunden wöchentlich zu erhöhen.“³⁶¹

Nach den alliierten Luftangriffen im Frühjahr 1944, gegen die Görings Luftwaffe nichts ausrichten konnte, kam der Luftrüstungsbereich schließlich ebenfalls unter das Dach des Rüstungsministeriums. Speer selbst, der von Januar bis Mai 1944 erkrankt war, nahm am 26. Mai 1944 zum ersten Mal selbst an einer Besprechung des Jäger-Stabs teil.³⁶² Nach Zusammenführung aller Rüstungsbereiche im Rüstungsministerium zum 1. August 1944 wurde der Jäger-Stab aufgelöst und ging Anfang August 1944 im Rüstungsstab, geleitet von Speer, auf. In diesem Stab arbeiteten 25 Wirtschaftsführer, die jeweils für einzelne Bereiche, von Speer mit großer Autorität ausgestattet, zuständig waren.³⁶³

Für die zweite Hälfte des Jahres 1944 hatte Speer bereits im März 1944 vom Krankenbett aus nochmals ein neues „Siegsprogramm“ entwickelt, das für diese Zeitspanne noch einmal phantastische Steigerungsraten vorsah, genauer vorgaukelte, die angesichts der (er-)drücken-

³⁵⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 385, 392 und 559. Auch Generalfeldmarschall Milch verlangte von den ausländischen Arbeitskräften absolute Disziplin und drohte mit harten Strafen bei Arbeitsnachlässigkeit oder Widerstand und Sabotage, siehe auch Tooze, S. 721. Ob diese Methoden allerdings einfach als Methoden Kammlers charakterisiert werden können, wie dies Tooze, S. 721, tut (in Mittelbau-Dora verstarben unter Kammlers Leitung allein beim Bau der Anlage tausende KZ-Häftlinge), ist doch fraglich.

³⁵⁹ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, Tabelle 41 S. 265. Gemessen am Jahr 1939 (Index 100) lag die Produktivität 1944 bei der Grundstoffindustrie lediglich bei 87,6 Prozent, in anderen Industriebereichen war sie gestiegen, am höchsten in der Rüstungsindustrie auf einen Index von 160.

³⁶⁰ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 492 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 23. Wie schon weiter oben erläutert, waren solche Sonderrationen am ehesten geeignet, höhere Leistungen anzuregen, nachdem aufgrund der sinkenden Konsumgüterproduktion Lohnsteigerungen keine Anreizperspektiven mehr bieten konnten.

³⁶¹ RGBI I Nr. 41 vom 1. August 1944, zitiert in: Hesse, Teil II, S. 25; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 22. 1940 lag die durchschnittliche Arbeitszeit in den Rüstungsbetrieben bei etwa 60 Wochenstunden. Das Adolf-Hitler-Panzerprogramm 1943 war zeitweise mit einer 72-Stunden-Woche verbunden, wie dann auch die Produktion 1944 im Rahmen des Jäger-Programms. Hinzu kamen ab 1943 verstärkt einmal im Monat Sonntagschichten, siehe hierzu Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 262 f.

³⁶² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 390 und 396.

³⁶³ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 400 und 401 mit einem Schema des Rüstungsstabes. Siehe auch Overy, S. 675 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 49–52. Der Rüstungsstab war damit auch eine Antwort auf bis dahin beispiellosen militärischen Rückzüge in der zweiten Jahreshälfte 1944, siehe ebenda, S. 37 f. Zum Rüstungsstab gehörte auch William Werner von der Chemnitzer Auto Union (zugleich war er Leiter im Hauptausschuss Motoren), ebenda, S. 51 f.

den alliierten Lufthoheit keineswegs mehr eintreten konnten.³⁶⁴ Begleitet war dieses Programm von einem Maßnahmenkatalog, der im Speer-Ministerium in der ersten Jahreshälfte 1944 entwickelt worden war und in einem Mix aus Vorschlägen zur Produktionsvereinfachung, Vermeidung von Produktänderungen, Erhöhung der Produktivität, Steigerung des Anteils der Frauenarbeit und Verringerung von Fehlzeiten bestand.³⁶⁵ Speer reagierte damit auch auf die Tatsache, dass bei einem vor allem altersmäßigen Abgang von 500.000 Arbeitskräften bis März 1944 nur 200.000 neu hinzugekommen waren.³⁶⁶ Zudem gelang es, aus dem Maschinenbau nochmals 415.700 Arbeitskräfte in den Rüstungssektor überzuleiten. Im Oktober 1944 waren in der Rüstungsindustrie damit etwa 6,2 Millionen Personen beschäftigt, die zu gut einem Drittel aus deutschen Männern, zu 35 Prozent aus deutschen und ausländischen Frauen und zu 37 Prozent aus ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen bestanden.³⁶⁷ Auch griff das Programm zur Typenreduzierung, das Speer schon 1942 angesprochen hatte, nochmals verstärkt. Ältere Modelle wurden in der Herstellung endgültig ausgemustert. Die Zahl der Infanteriewaffenmodelle sank von 14 auf fünf, bei Panzerabwehrwaffen wurde statt zwölf Varianten nur noch ein Typus produziert, bei Flakgeschützen gab es statt zehn nur zwei Formen, die Kraftfahrzeugmodellpalette sank von 25 auf 14.³⁶⁸ Gleichwohl war die Rüstungsentwicklung „damit eine einmalige Kraftanstrengung im Sommer 1944, die sich nicht wiederholen ließ“, wie Rolf-Dieter Müller betont.³⁶⁹

Tatsächlich war es Speer gelungen, die deutsche Rüstungsproduktion von 1942 bis 1944 um ein Mehrfaches zu steigern, trotz des Einbruchs Mitte 1943, wie das nächste Schaubild zeigt.

Der Juli 1944 war der Monat mit dem höchsten Ausstoß. Von Februar 1942, dem Tiefpunkt der Produktion (= Index 100) nach der Krise vom Herbst 1941 und Speers Antritt als

³⁶⁴ So sollte etwa die Munitionsproduktion bis Dezember 1944 um 900 Prozent, die Flugzeugproduktion noch einmal um 103 Prozent und die S(chnell)-Booteproduktion um 386 Prozent steigen, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 752 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 12 S. 82.

³⁶⁵ Zu den Vorschlägen siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 936–938. Die Luftangriffe verursachten entgegen den Erwartungen der Alliierten nur relativ wenige Fehlzeiten, insgesamt lediglich 2,5 Prozent aller Fehlzeiten; viel wichtiger waren Krankheit, Urlaub oder etwa einfach das Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Overy, S. 670.

³⁶⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 936.

³⁶⁷ Overy, S. 669 f. Die 6,2 Millionen Beschäftigten waren etwa die Hälfte aller in der Industrie Arbeitenden. Mit mehreren Erlassen Sauckels waren Evakuierte verpflichtet worden, sich wieder bei Arbeitsämtern zu melden, wenn sie keiner Beschäftigung nachgingen. So wurden etwa 303.000 Frauen in Arbeitsverhältnisse übernommen, die meisten von ihnen aber – da sie Kinder zu versorgen hatten – als Halbtagskräfte, siehe Overy, S. 669. Nach Angaben Speers waren seit dem Schlüsselkräfte-Erlass vom 19. Februar 1942 bis Dezember 1944 687.000 uk-Gestellte aus dem Rüstungsbereich eingezogen worden, davon gut 36 Prozent allein seit dem 1. August 1944, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 244, FN 99. Der Schlüsselkräfte-Erlass vom 19. Februar 1942 ist abgedruckt bei: Moll, S. 236 f.

³⁶⁸ Overy, S. 668.

³⁶⁹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 772.

Rüstungsminister stieg der Index im Juli 1944 auf 322.³⁷⁰ Erreicht wurde dieses weitgehend ohne Einführung eines Mehrschichtsystems, welches nur in wenigen Werken wie in der Panzerproduktion mit Schichten von 2x10 Stunden oder ab Februar 1944 mit 2x11 Stunden eingeführt worden war.

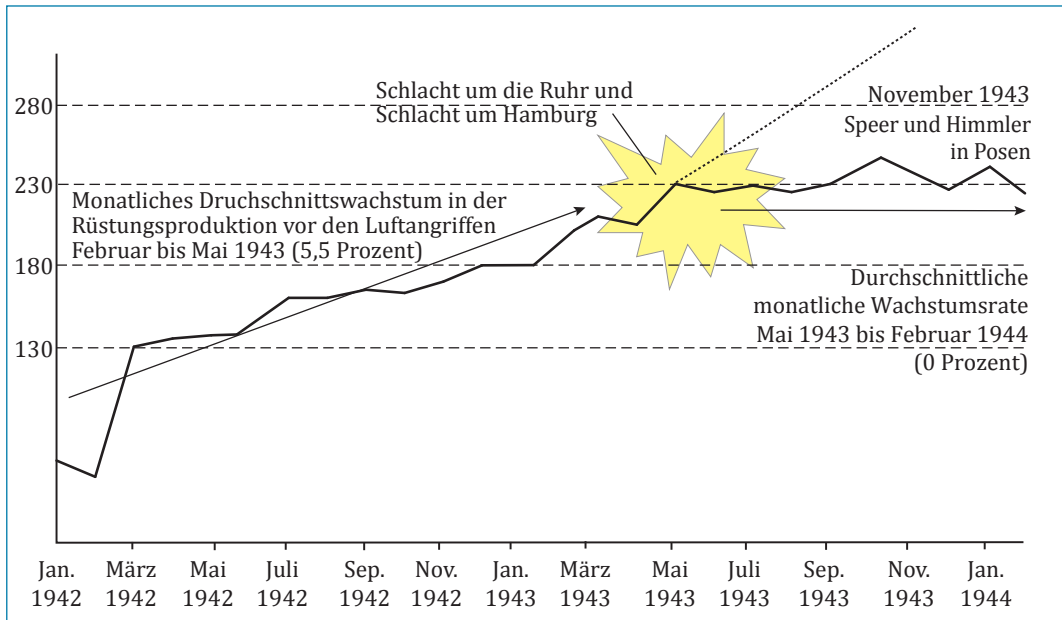


Abb. 5: Entwicklung der Rüstungsindustrie von Januar 1942 bis Januar 1944³⁷¹

Zwei Hauptprobleme hatten dazu geführt, dass die Mehrschichtarbeit im Rüstungssektor nicht flächendeckend zur Anwendung gekommen war: Erstens wollte die Industrie, als diese Frage kurz nach Speers Antritt als Rüstungsminister anstand, ihre Maschinensubstanz schonen, die bei einem Zwei- oder Dreischichtsystem viel höherem Verschleiß ausgesetzt worden wäre; zum zweiten hätte die Mehrschichtarbeit eine viel stärkere Ausweitung der Frauenarbeit bedeutet, was das NS-System aus politischen Gründen nicht wollte. So betrieb man eine

³⁷⁰ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 753. Je nach Ausgangslage (Februar 1942 oder etwas später) war dieses eine Verdreifachung, mindestens aber eine Verdoppelung, siehe ebenda, S. 560. Zu den Steigerungsraten siehe auch Tooze, S. 718 f. Eichholtz konstatiert von Januar 1942 bis Dezember 1943 eine Steigerung vom Index 100 auf 222, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 322; Statistiken zur Rüstungsendfertigung (Waffen und Geräte) in Tabellen 51 bis 53 bei: ebenda, S. 331 f. Eine Index-Tabelle für einzelne Waffengattungen für 1943 und monatlich 1944 und 1945 in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 80. Eine detaillierte Einzelübersicht zur Waffenproduktion (Ausstoßübersicht 1940 bis 1944) ist publiziert in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 645–669. Die meisten dieser Statistiken sind im damaligen Rüstungsministerium entstanden, zum Teil aber auch in den ersten Nachkriegsjahren von den Statistikern des Rüstungsministeriums für die Besatzungsbehörden erstellt worden, siehe ebenda, S. 328 f.

³⁷¹ Grafik nach Tooze, S. 688. Januar bis Februar 1942 = 100.

umfangreiche Ausweitung der Produktionsstätten mit großen Bauprogrammen, auf der anderen Seite wurde das Personal durch Ausweitung der Arbeitszeiten im Einschichtbetrieb auf Verschleiß gefahren. Dieses hatte vor allem für Zwangsarbeiter mit ihrer schon beschriebenen Minderversorgung an Lebensmitteln existentielle Auswirkungen. Statt einer Verdreifachung der Produktion innerhalb eines Jahres mit Mehrschichtsystem (Mitte 1942 bis Mitte 1943) benötigte man dafür allerdings drei Jahre.³⁷² Bei Panzern stieg die monatliche Produktion bis Mitte 1944 um 527 Prozent³⁷³, bei Flugzeugen um 228 Prozent, bei Munition um 241 Prozent, bei Waffen um 316 Prozent. Die Steigerungsrate bei Kriegsschiffen (vor allem U-Boote) lag bei 134 Prozent, am niedrigsten war sie bei Kraftfahrzeugen.³⁷⁴ In absoluten Zahlen erhöhte sich zum Beispiel der Ausstoß an Flugzeugen von 11.776 im Jahr 1941 auf 39.807 im Jahr 1944. Die Zahl gepanzerter Fahrzeuge stieg von 9.278 im Jahr 1942 auf 27.340 für 1944.³⁷⁵

Wenn man diese Zahlen jedoch ins Verhältnis zu den Rüstungsanstrengungen der deutschen Kriegsgegner setzt, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Allein für die Jahre 1942 und 1943 gingen selbst die Wehrmachtplaner davon aus, dass zwar die deutsche Produktion von 4.759 auf 9.981 Panzer im Jahr 1943 steigen sollte (die Zahl wurde nicht vollständig erreicht), zur gleichen Zeit erwartete man jedoch, dass sich allein die sowjetische Produktion von 21.564 auf 27.250 im Jahr 1943 erhöhen würde, das heißt sogar in den deutschen Planungsunterlagen wurde der sowjetische Ausstoß dreimal so hoch wie die deutsche Produktion angesetzt, trotz der enormen Steigerung aufgrund des Adolf-Hitler-Panzerprogramms 1942 / 1943.³⁷⁶ Bereits im Jahr 1942 hatte die Sowjetunion, noch ohne Unterstützung durch das erst für sie 1943 wirksam werdende amerikanische Lend-Lease-Programm, einen Rüstungsausstoß erreicht,

³⁷² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 558. Nach Speers Vorstellungen sei es völlig unsinnig, zwei Millionen Arbeiter beim Bau neuer Rüstungsfabriken einzusetzen (viele von ihnen Fremdarbeiter), wenn doch durch den Einsatz von 50.000 zusätzlichen Rüstungsarbeitern pro Schicht mehr Output erreicht werden könne, so gibt Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 559, dessen Position wieder. Auf die Zuweisung von Arbeitskräften hatte Speer aber keinen unmittelbaren Einfluss, denn das war Sache Sauckels.

³⁷³ Die drei höchsten monatlichen Produktionszahlen von etwa 1.800 Stück wurden von November 1944 bis Januar 1945 erzielt, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 61 S. 176.

³⁷⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabelle S. 557. Die Steigerung war gemessen in Millionen RM je Monat. Zu den Produktionszahlen verschiedener Rüstungsgeräte wie Panzer, Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Marinefahrzeuge und Munition siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 336–345. Da die Fahrzeugproduktion nur geringe Steigerungsraten aufwies und gleichzeitig viel mehr Fahrzeuge verloren gingen, war die Wehrmacht Ende 1944 für ihre Beweglichkeit, auch aufgrund der völlig unzureichenden Treibstoffversorgung, auf die massenhafte Fahrradnutzung für die Soldaten angewiesen und als wichtigstes Transportmittel auf die Nutzung von etwa einer halben Million Pferde, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 634–637.

³⁷⁵ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 592 und 570. Zur Entwicklung wichtiger Rüstungsindices von 1940 bis 1944 siehe Hesse, Teil II, Tab. 8 S. 24. Zu den Gründen für das „Rüstungswunder 1944“ mit Rückgriff auf Entwicklungen 1942 / 1943, die erst 1944 voll zum Tragen kamen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 84. Auch Tooze, S. 725, weist darauf hin, dass es nicht vornehmlich das neue Gremium war, das die erhöhten Rüstungszahlen ermöglichte, sondern dass auch der Jäger-Stab auf älteren Planungen aufbauen konnte, die angesichts von Produktionszyklen erst 1944 wirksam werden konnten.

³⁷⁶ Der Führer-Erlass „Steigerung der Panzerproduktion“ vom 22. Januar 1943 ist abgedruckt in: Moll, S. 317 f. Zum Panzerprogramm Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 572.

der die deutschen Produktionsziffern um ein Mehrfaches übertraf, während die deutsche und die britische Rüstungsquote in etwa gleich verliefen.³⁷⁷

In der Gesamtbilanz ab 1941 sah das nicht anders aus. 1941 lag die Rüstungsproduktion Deutschlands bei einem Drittel seiner militärischen Gegner (USA, Großbritannien, Sowjetunion), also bei circa sechs Milliarden \$ zu 19,5 Milliarden \$; 1943 hatte sich das Verhältnis trotz mehr als einer Verdoppelung auf deutscher Seite bereits auf eins zu 4,5 verschlechtert: 13,8 zu 62,5 Milliarden \$. Eine Gesamtübersicht des OKW vom 1. September 1944 konstatierte auf Seiten der Alliierten eine vielfache Überlegenheit bei Flugzeugen, Panzern, Lastkraftwagen und Maschinengewehren.³⁷⁸ Selbst wenn die deutsche Seite keine kriegswirtschaftlichen Fehlentscheidungen (etwa Raketenprogramm, starke Einschränkung der eigenen Bomberproduktion erst ab September 1944, Bunkerbauprogramm) getroffen hätte, so hätte dieses, damit ist Eichholtz sicherlich zuzustimmen, angesichts des oben genannten materiellen Potentials der Alliierten die grundsätzliche deutsche Unterlegenheit nicht wettmachen können.³⁷⁹

Hinzu kam, dass sich sowohl Heer wie Luftwaffe sogenannte Wunderwaffen leisteten, die militärisch kein Gewicht besaßen. Während das V1-Programm von der Luftwaffe betrieben wurde (fliegende Bomben), leistete sich das Heer mit den A4-Raketen (V2) das größte einzelne Rüstungsprojekt der zweiten Kriegshälfte. Beide Waffen wurden gegen britische Städte eingesetzt, richteten dort beträchtliche Schäden an und forderten viele Todesopfer, ohne jedoch eine militärische Bedeutung zu erlangen.³⁸⁰ Für die deutsche Rüstungsproduktion

³⁷⁷ Zum sowjetischen „Rüstungswunder“ 1942, so Tooze, siehe ebenda, S. 674 f. Nachdem durch die militärische Katastrophe im zweiten Halbjahr 1941 das sowjetische BIP um 25 Prozent gesunken war, waren ab 1942 auch Typenbereinigungen und die Massenproduktion in riesigen Fabrikationsanlagen für diesen Ausstoß verantwortlich. Freilich war das sowjetische Rüstungswunder auch mit einer brutalen Einschränkung des Privatkonsums verbunden; Hunderttausende, wahrscheinlich sogar einige Millionen Menschen verhungerten, um durch den brachialen Transfer volkswirtschaftlicher Ressourcen in den Rüstungssektor diese Produktionsleistung erbringen zu können, Tooze, S. 675.

³⁷⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 647, Übersicht ebenda, S. 747. So lag 1944 die kumulierte Produktion der Kriegsgegner Deutschlands bei 127.300 Flugzeugen gegenüber 34.100 deutschen oder etwa bei 54.100 Panzern gegenüber 18.300 deutschen Panzern; auch in anderen Bereichen waren die Alliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion erheblich überlegen, Angaben bei Tooze, S. 732; für einzelne Rüstungsprodukte siehe ebenda, Tabelle S. 734 f. Siehe auch zur Rüstungsendproduktion sowie den Indices Alliierte–Achsenmächte die Tabellen 23–25, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 104–108.

³⁷⁹ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 113.

³⁸⁰ Am 10. April 1945 informierte die britische Regierung darüber, dass im Großraum London durch V-Waffen 84.000 Häuser mit 700.000 Wohnungen völlig oder schwer zerstört worden seien. Es seien 8.436 Tote sowie 25.000 Verletzte zu verzeichnen, siehe 1945. Die letzten Kriegswochen, 10. / 11. April 1945: V-Waffenbilanz, in: FAZ Nr. 86 vom 11. April 2020, S. 4. Dass die A4-Rakete auch militärisch unbedeutend war, zeigt die Tatsache, dass ein einziger britischer Luftangriff mehr Bombenlast transportiert hat als alle A4-Angriffe auf Großbritannien zusammen (insgesamt gut 1.400 Raketen mit jeweils 0,976 Tonnen Sprengstoff), siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 200. Allein auf Berlin wurden von den alliierten Luftflotten von 1940 bis 1945 68.000 Tonnen abgeworfen, siehe Overly, Tabelle S. 683, beim Angriff auf Köln am 30. Mai 1942 wurden 1.455 Tonnen Bomben abgeworfen, siehe ebenda, S. 420. Gleichwohl wurde das A4-Programm von Hitler immer unterstützt, da sich die Wehrmacht Angriffsoptionen erhalten sollte („Terror mit Terror beantworten“), wie es offiziell hieß, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 8.

hatte es dagegen erhebliche Bedeutung: Allein mit den Ressourcen, die in die Raketenproduktion gesteckt wurden, hätte man 24.000 Jagdflugzeuge bauen können³⁸¹; und nach der Zerstörung Peenemündes als Erprobungszentrum für A4-Raketen am 17. und 18. August 1943 und der anschließenden Zerstörung der Produktionsstätten in Friedrichshafen kostete die Einrichtung der Ersatzbaustätten in den Stollen des Harzes (Mittelbau-Dora) Tausende der insgesamt 14.000 KZ-Häftlinge das Leben.³⁸² Auch hierin zeigte sich nach Einschätzung von Tooze die immer engere Allianz von Generalfeldmarschall Milch und Rüstungsminister Speer mit Himmler.³⁸³

Dieses „Rüstungswunder“ kam jedoch militärisch nicht mehr entscheidend zum Tragen.³⁸⁴ Zum Beispiel konnten die hochschnellenden Jägerproduktionszahlen militärisch nicht mehr wirksam werden, da die Amerikaner im Mai 1944 Schritt 2 ihres Planes umsetzten: die Zerstörung der Treibstoffbasis für die deutsche Industrie und die Wehrmacht, vor allem aber für die Luftwaffe. Im April 1944 vernichtete die 15. US-Luftflotte Ölförderanlagen in Rumänien, am 12. Mai 1944 wurden von der 8. US-Luftflotte Großangriffe gegen sechs deutsche Raffinerien geflogen und am 27. Mai wurden die Hydrierwerke in Leuna und Pölitz schwer beschädigt. Die Flugbenzinproduktion brach ein, von 180.000 Tonnen im März auf 54.000 Tonnen im Juni 1944.³⁸⁵ Nach diesen alliierten Luftangriffen auf die deutschen Hydrierwerke

³⁸¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 586. Mit zwei Milliarden RM Kosten war das A4-Raketenprogramm der Wehrmacht das größte einzelne Rüstungsvorhaben in der zweiten Kriegshälfte, Tooze, S. 710. Die große Flugzeugproduktion bezog sich allerdings auf technisch eher veraltete Maschinen, nicht auf den neuen Prototyp des ersten Strahljägers, der ME 262, dessen Entwicklungsprozess erst Ende 1944 die ersten Kampfeinsätze zuließ, siehe hierzu Tooze, S. 711 f. Die Abkürzungen V1 und V2 gehen auf Goebbels zurück, wobei V für Vergeltung steht, Tooze, S. 709. Zu den sogenannten Wunderwaffen siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 346–348.

³⁸² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 579 f. Etwa ein Drittel der Häftlinge starb während der Bauarbeiten. Insgesamt waren etwa 60.000 Häftlinge bis 1945 für den V1- und V2-Bau eingesetzt, von denen etwa ein Drittel im Arbeitsprozess oder den Häftlingsverlegungen am Ende des Krieges verstarb, wie die Gedenkstätte KZ Buchenwald ermittelt hat, siehe <https://buchenwald.de/347/>. Zum Aufbau und zur Raketenproduktion der reichseigenen Mittelwerke GmbH in Stollen siehe auch Tooze, S. 712–715. Im Vorstand dieser GmbH saßen der Vertreter der SS Hans Kammler sowie zwei Vertreter von Speers Rüstungsministerium. Zur Beteiligung von Industrie-Konzernen an der V2-Produktion siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 154 f.

³⁸³ Tooze, S. 708.

³⁸⁴ Die ersten Raketen konnten, nachdem Speer das Werk am 10. Dezember 1943 besichtigt hatte, im Januar 1944 hergestellt werden; ab Mai 1944 lag die Anzahl der V2-Raketen bei 400 pro Monat und stieg ab September 1944 bis zum Ende der Produktion im Februar 1945 monatlich bis auf 600, Zahlen bei Tooze, S. 714.

³⁸⁵ Overy, S. 535 f. Zu den Angriffen auf rumänische Ölanlagen siehe ebenda, S. 846. Zur Wirkung der Luftangriffe auf die deutsche Treibstoffindustrie, die auch erhebliche Auswirkungen wegen nun fehlender Vorprodukte für die chemische Industrie hatten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 88 f. sowie 135–150. Das Rüstungsministerium reagierte auf die Schäden der Treibstoffindustrie mit der Schaffung eines neuen Sonderstabes, benannt nach dem Vorsitzenden Edmund Geilenberg, dessen mit höchster Priorität ausgestattete Aufgabe die Wiederherstellung der zerstörten Anlagen war (ab 1. August 1944: Mineralölsicherungsplan), siehe ebenda, S. 32–37. Der Geilenberg-Stab verfügte im Juni 1944 allein über 350.000 Arbeitskräfte, bald auch KZ-Häftlinge, ebenda, S. 37. Die bautechnische Sicherung der bestehenden (oberirdischen) Hydrierwerke mittels Betonhallen hätte allein sechs Milliarden RM gekostet, inklusive dem Einsatz von 200.000 Bauarbeitern für ein

wie auch gegen die rumänische und ungarische Mineralölindustrie brach die Treibstoffproduktion weitgehend zusammen³⁸⁶; die folgenden Angriffe ab September 1944 auf das Verkehrssystem im Deutschen Reich brachten den Transportsektor alsbald zum Erliegen.³⁸⁷ Die Zerstörungen auch der deutschen Betriebe nahmen in der zweiten Jahreshälfte 1944 erheblich zu, wie sich das etwa an den Anträgen auf die Anerkennung von Bombenschäden³⁸⁸ ablesen lässt, als im November 1944 von 664 Betrieben 331 schwere oder Totalschäden meldeten.³⁸⁹ Seit 1941 hatte sich die Bombenlast bei den alliierten Angriffen jedes Jahr verdoppelt; von Juli 1944 bis zum Waffenstillstand im Mai 1945 wurden sogar insgesamt 60 Prozent aller Bomben abgeworfen.³⁹⁰

Von seinen industriell-rohstofflichen Voraussetzungen her war das Deutsche Reich spätestens seit 1942 den Alliierten unterlegen. Dies betraf auch den zentralen Grundstoffsektor. Bei Kohle etwa betrug die deutsche Produktion im Vergleich zu den USA 1939 noch etwa 67 Prozent, fiel bis 1943 aber auf 52 Prozent. Bei Stahl konnte der Jahres-Output auf etwa 34 Millionen Tonnen (inklusive besetzte Gebiete) erhöht werden, während die USA ihr Ergebnis

Jahr. Dies war völlig illusorisch, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 138, 148. Siehe auch Kapitel 4 in unserer Studie für die sächsischen Untertageverlagerungen.

³⁸⁶ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 442. Ohne die Zerstörung dieses Industriezweiges wäre die Produktion von Flugzeugbenzin Ende 1944 22 Prozent höher als Anfang 1944 und damit ausreichend gewesen; so jedoch kam der Produktionsausstoß des Jäger-Programms praktisch nicht mehr zum Einsatz, so fasst Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 756 die militärische Wirkung der Luftangriffe zusammen.

³⁸⁷ Overy, S. 544 ff. In den Monaten nach der alliierten Landung in der Normandie waren die alliierten Luftflotten vor allem zur Unterstützung der Landstreitkräfte in Frankreich eingesetzt. Zum Zusammenbruch des Verkehrswesen siehe ausführlich Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 63–66. An 6. Stelle der alliierten Luftkriegsplanungen vom 7. November 1944 stand die Verkehrszone Magdeburg–Leipzig, ebenda, S. 64.

³⁸⁸ Am 30. Oktober 1940 war eine Kriegsschäden-Verordnung erlassen worden, nach der solche Schäden grundsätzlich zu Lasten des Reiches gingen. Um Bombenschäden möglichst schnell beseitigen lassen zu können, verfügte Reichsminister Fritz Todt, auch für Bauarbeiten zuständig, dass die Beseitigung solcher Schäden ab 16. Januar 1941 fast vollständig in die Verantwortung von Kommunen übergingen. Bürgermeister und Oberbürgermeister wurden außerdem zu Leitern von Sofortmaßnahmen ernannt. Für Aufräumarbeiten wurden ab 1941 zunehmend auch Zwangsarbeiter, Juden und schließlich auch Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge herangezogen, siehe Fings, S. 119.

³⁸⁹ Overy, S. 675. Gleichwohl machten die Bombenschäden nicht den Hauptteil aller Industrieverluste aus. So waren etwa nach Nachkriegserhebungen die Demontagen für 70 Prozent und die Bombenzerstörungen für 20 Prozent der Verluste in der Maschinenbauindustrie verantwortlich, siehe Overy, S. 676.

³⁹⁰ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 755 f. Siehe auch Tabelle 16 mit Angaben zu Bombenlast und ihre Verteilung auf Flugzeugwerke, die Treibstoffwerke und -lager, Verkehrsanlagen sowie Flächenbombardements bei: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 88. Overy nennt für die letzten acht Kriegsmonate sogar einen Anteil von drei Vierteln aller Bombenabwürfe, siehe Overy, S. 545. Rolf-Dieter Müller schreibt diesen Zerstörungen im Jahr 1944 den wichtigsten Einfluss auf den Sieg der Anti-Hitler-Koalition im Jahr 1945 zu, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 755. Ähnlich ordnet Tooze die Bombenangriffe vor allem auf die Verkehrsverbindungen des Ruhrgebietes ein, die schließlich im November 1944 zu dessen transporttechnischer Abschneidung vom Rest des Reiches führten und damit schließlich die Lähmung der Wirtschaft einläutete, siehe Tooze, S. 744–745. Dies betraf vor allem die Kohle- und Stahlproduktion. Zur Abschneidung des Ruhrgebietes siehe auch Overy, S. 558. Eichholtz kommt zu dem Urteil, dass der Krieg am Boden militärisch die größte Bedeutung hatte, jedoch für die deutsche Kriegswirtschaft der Luftkrieg entscheidend war, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 85 f.

auf über 80 Millionen Tonnen steigerten. Im Rohölbereich war der Unterschied noch extremer. Während das Deutsche Reich 1943 insgesamt 4,5 Millionen Tonnen an eigener Erzeugung erzielte, erreichten die USA 214 Millionen Tonnen. Der deutsche Produktionsindex, für mehrere Grundstoffe zusammengefasst, erhöhte sich von 100 = 1938 nur auf 117 = 1944. Im Weltmaßstab erreichten die Achsenmächte Deutschland inklusive besetzter Gebiete und Italien sowie der japanische Machtbereich im Vergleich zu den alliierten Kriegsgegnern bei der Stahlerzeugung 1944 nur etwa ein Drittel von deren Produktion.³⁹¹ Die Kohleproduktion im Deutschen Reich konnte nur gehalten werden, weil sie angesichts fehlender Modernisierung der Anlagen in großem Umfang von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde, inklusive vieler Sonderschichten; der Einsatz der Zwangsarbeiter zog jedoch eine wesentlich geringere Produktivität nach sich.³⁹²

Angesichts dieser Zwickmühle stellten die besetzten Gebiete durchaus eine wichtige Rohstoffquelle für die deutsche Wirtschaft dar. Erhebliche Mengen konnte die deutsche Wirtschaftsverwaltung den besetzten sowjetischen Gebieten entnehmen und ins Deutsche Reich schaffen, von erfassten 18 Millionen Tonnen Rohstoffen verbrauchte die Besatzungsmacht 5,2 Millionen Tonnen im Lande selbst, dieselbe Menge an Rohstoffen wurde in 225.000 Waggonladungen ins Reich transportiert.³⁹³ Zentrale Ziele konnten aber aufgrund der militärischen Situation nicht erreicht werden. Der Hauptstoß der Wehrmacht im Spätsommer 1942 wurde von der Heeresgruppe Süd ausgeführt. Einmal ging es gegen Stalingrad, gleichzeitig erfolgte ein Vorstoß in den Kaukasus, um die dortigen Ölfelder zu erobern, was nicht gelang³⁹⁴; auch 1943 waren die militärischen Bemühungen in Südrussland (Donbas-Becken, Gebiet am unteren Dnjepr) vornehmlich auf die Sicherung der Erz- und Kohlevorkommen gerichtet. Die unzureichende Rohstoffsituation des Deutschen Reiches hatte also durchaus strategische Konsequenzen für die Militärstrategie.³⁹⁵

³⁹¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabellen S. 416–421. Adam Tooze weist darauf hin, dass die amerikanische Produktion die deutsche um das Vierfache überstieg, Tooze, S. 14. Zu den Produktionsergebnissen siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Roheisen und Rohstahl S. 361, Eisenerz und Walzstahlerzeugnisse S. 362, Mineralöl mit höheren Werten inklusive besetzter Gebiete S. 354. Auch 1941 war der angelsächsische Raum dem deutsch-europäischen schon überlegen, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 18 S. 97. Als Überblick für die verschiedenen Roh- und Grundstoffe ebenda, S. 95–104.

³⁹² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 426. Zur Produktivitätsentwicklung siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 359 und Tabelle 78 S. 360. Zum Bergbau für Sachsen siehe Kapitel 5 und 6 in unserer Studie.

³⁹³ Zu den Entnahmen siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 430.

³⁹⁴ Tooze betont ausdrücklich, dass das Standhalten der Roten Armee 1942 und ihr Sieg bei Stalingrad auch und vor allem ein Sieg aufgrund eigener überragender Rüstungsanstrengungen (Überleitung von Ressourcen in die Rüstungsproduktion) war, und nicht vornehmlich ein Misserfolg des Deutschen Reiches, das eben über weniger mobilisierbare Ressourcen verfügte, siehe ebenda, S. 675. Als die deutschen Transferanstrengungen vom zivilen – zum Rüstungssektor 1944 ein ähnliches Niveau wie die sowjetischen 1942 erreichten, war dies inzwischen wegen der vielfach gesteigerten Rüstungsleistungen der Westalliierten militärisch nicht mehr von entscheidender Bedeutung, so Tooze, S. 676.

³⁹⁵ So Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 431. Im Sommer 1942 hatte General Fromm Hitler auf Grund der begrenzten deutschen Ressourcen zwei Alternativen vorgeschlagen: Übergang zu einer Defensivstrategie an der gesamten

In der südrussisch / ukrainischen Region trafen Erwartungen deutscher Wirtschaftsplanner und konträre Wirklichkeit besonders hart und exemplarisch aufeinander.³⁹⁶ Ein kleiner Teil dieses Montangebiets war bereits 1941 in deutsche Hand gefallen. Im Sommer 1942 wurde das ganze Revier bis zum Donez erobert und ab Februar 1943 nach und nach wieder geräumt. Um den Feldzug gegen die Kaukasusregion und ihre Ölquellen abzusichern, aber auch die langen Verbindungslinien für Militärgüter aus dem Deutschen Reich zu verkürzen, sollte eigentlich in diesem Gebiet eine eigene Rüstungsproduktion aufgezogen werden (Iwan-Programm), zudem sollte die dortige Montan- und Stahlindustrie in nennenswerten Mengen Kohle und Stahl für das Reichsgebiet liefern.³⁹⁷ Da aber die Rote Armee sowohl im Herbst 1941 wie umfassend auch im Sommer 1942 bei ihrem Rückzug die Zerstörung oder Unbrauchbarmachung der Gruben und Industrieanlagen vorgenommen hatte³⁹⁸, war an eine schnelle Nutzung nicht zu denken. Praktisch alles an Maschinen musste aus dem Deutschen Reich in das Revier herantransportiert werden. Hitler hatte bereits am 28. Juni 1942 in einem eigenen Erlass der Kohleförderung im Donez-Becken absolute Priorität eingeräumt. Hierzu sollten 30.000 sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte eingesetzt werden, die vom Status her den Hilfstruppen der Wehrmacht gleichgestellt wurden. Auch die notwendigen Anlagentransporte aus dem Reich zur Inangangsetzung der Produktion erhielten den Prioritätsstatus von Wehrmachtstransporten, was noch einmal den Wert dieses Gebiets für die deutsche Kriegswirtschaft unterstreicht.³⁹⁹

Ostfrontlinie oder Konzentration auf den Vorstoß zum Kaukasus, um dort in den Besitz der Ölquellen zu kommen, Tooze, S. 586 f. Bekanntlich votierte Hitler für die zweite Variante, befahl aber sowohl den Vorstoß auf Stalingrad als auch auf den Kaukasus, die beide aufgrund zu geringer militärischer Ressourcen auf deutscher Seite militärisch ähnlich katastrophal endeten, siehe hierzu Masson, S. 221–230 sowie 238–248. Zur kriegswirtschaftlichen Bedeutung des Kaukasus-Vorstoßes siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 477–490.

³⁹⁶ Das Folgende nach Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 460–477, soweit keine andere Quelle angegeben ist. Zum Verlust des Donez-Beckens sowie der Entwicklung der Montanindustrie westlich des Dnjeprs siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 1. Für die Ausbeutung sowjetischer Rohstoffe war am 27. Juli 1941 von Göring eine Berg- und Hüttengesellschaft Ost mbH gegründet worden, die dann Betriebe an deutsche Konzerne und Firmen verpachten sollte. Wie vielfältig große deutsche Konzerne in der Donez-Region als Patenfirmer für sowjetische Hütten und Fabriken fungierten, zeigt unter anderem Tabelle 110, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 412 und 468; siehe auch Priemel, S. 454. Für den sächsischen Raum war dort insbesondere Mittelstahl mit Betrieben tätig.

³⁹⁷ Dieses Gebiet hatte bis 1942 mehr als Hälfte der sowjetischen Eisen- und Stahlproduktion gesichert und war daher der Bedeutung des Ruhrgebietes für das Deutsche Reich vergleichbar, siehe Priemel, S. 460.

³⁹⁸ Nach dem Kriegstagebuch des Wirtschaftskommandos Dnjeppropetrowsk fand es dort „ein Bild völliger Verwüstung und Leere“ vor, so zitiert in: Priemel, S. 463. Etwa drei Viertel der Anlagen waren zerstört oder unbrauchbar gemacht, die meisten Spezialisten für die Anlagen von der Roten Armee evakuiert worden, siehe ebenda, S. 463–468.

³⁹⁹ Der Befehl Hitlers vom 28. Juni 1942 ist abgedruckt bei: Moll, S. 259.

Ein Produktionserfolg kam jedoch nur partiell zustande. Erst Ende 1942 war etwa eine Kohleförderung von 19.000 Tonnen am Tag möglich⁴⁰⁰; die Stahlproduktion erreichte lediglich Ende 1942 eine erste Marge von 5.000 Tonnen, da erst zu dem Zeitpunkt das zerstörte und dann reparierte Wasserkraftwerk in Saporoshe wieder ersten Strom lieferte. Auch die Erzausbeutung zeitigte schließlich 1943 nur weniger als fünf Prozent der dortigen Vorkriegsproduktion. Freilich wurden vorhandene oberirdische Erzvorräte abtransportiert. Bedeutsamer war die umfangreiche Manganerzproduktion um Nikopol, die immerhin praktisch den ganzen deutschen Manganverbrauch für 1942 deckte. Die deutsche militärische und wirtschaftliche Führung versuchte deshalb, Teile des Donbas- / Dnjepr-Beckens um jeden Preis zu halten und die Wehrmacht zog sich erst ab Spätsommer 1943 endgültig zurück (Nikopol und Krivoj Rog wurden erst im Februar 1944 aufgegeben), nicht ohne so viel an Produktionspotential zu vernichten wie ihr noch möglich war. Die Zerstörungen wurden von einem umfangreichen Demontageprogramm begleitet. Die demontierten Maschinen und Gebäudeteile aus dem zentral- und südukrainischen Raum transportierte man in 3.400 Waggons für die Eisenindustrie ab; Mittelstahl als Haupttreuhänder der Dnjepr-Stahl GmbH stellte allein 900 Waggons zum Rücktransport in seine deutschen Werke.⁴⁰¹

Trotz all der, teils mit brutalsten Maßnahmen durchgeführten Ressourcengewinnung im Inneren und in den besetzten Gebieten brach die Wehrmacht ab 1944 schneller zusammen – sie verlor ab Ende 1943 in jedem Quartal Soldaten und Material im Umfang einer Armee, was dem Äquivalent der Stalingrad-Verluste entsprach – als die Rüstungsendproduktion, die bis Anfang 1945 noch aufrecht erhalten werden konnte, ehe sie nur noch in Inseln⁴⁰² (das heißt regionalen Wirtschaftsräumen) und nicht mehr durch reichsweite Zulieferungen und Steuerungen funktionierte. Mit dem Angriff der Roten Armee auf Südosteuropa ging dem Deutschen Reich sukzessive einer der wichtigsten Rohstoffe verloren, das Metall Chrom, eine kaum zu ersetzenden Metalllegierung für die Stahlherstellung.⁴⁰³

⁴⁰⁰ Priemel weist zu Recht darauf hin, dass trotz des genannten Führer-Befehls die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen unzureichend blieb, so dass deren Produktivität ähnliche Probleme aufwies wie im Deutschen Reich. Auch standen der Zugriff auf die Bevölkerung für die Produktion vor Ort in Konkurrenz zum Zugriff von Sauckels Behörden für ihre Deportation ins Deutsche Reich, ein Dilemma, was für die deutsche Kriegswirtschaft nie gelöst werden konnte, siehe Priemel, S. 500–502.

⁴⁰¹ Priemel, S. 467. Die acht Hütten am Dnjepr hatten etwa die doppelte Kapazität im Vergleich zu Mittelstahl (2,8 zu etwa 1,4 Millionen Tonnen Rohstahl bei Mittelstahl), siehe ebenda, S. 464.

⁴⁰² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 758. Overy spricht hierbei von sieben regionalen Rüstungsbezirken, die die Rüstungswirtschaft quasi autark organisieren sollten, Overy, S. 675. Den Anfang hatte am 6. Dezember 1944 der Ruhr-Stab unter dem Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Vögler, gemacht, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 65–71. Lediglich Mitteldeutschland erhielt keinen eigenen Rüstungsbevollmächtigten, siehe Liste der Rüstungsbevollmächtigten bei: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 631.

⁴⁰³ Der gesamte Verbrauch musste importiert werden. Die Importe aus dem Baltikum und Griechenland machten 98 Prozent des deutschen Verbrauchs aus, siehe hierzu Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 349–360, Tabelle 109 Chromverbrauch und -einfuhr auf S. 351.

Bereits am 11. November 1944 war das Ruhrgebiet verkehrsmäßig vom Reich abgeschnitten, Ende Januar 1945 war auch das oberschlesische Kohlerevier nach der Besetzung durch die Rote Armee ausgefallen. Bereits am 9. September 1944 hatte Speer mit einem Erlass geregelt, dass bei Bedarf Rüstungsgüter von den Fabriken direkt an die (nächstgelegene) Front transportiert werden konnten.⁴⁰⁴

Im Januar 1945 legte Speer aufgrund eines Führer-Befehls vom 31. Januar 1945 noch ein letztes Notprogramm auf, in dem Firmen zusammengefasst wurden. Dieses Programm sollte Betriebe, auch Zulieferbetriebe, mit zentraler kriegswirtschaftlicher Waffenproduktion davor schützen, noch in den letzten Monaten Mitarbeiter an die Wehrmacht oder etwa den Volkssturm abzugeben.⁴⁰⁵ Aufgrund der militärischen Lage, vor allem aber des Verkehrszusammenbruchs, kam es zum ersten Mal ab Herbst 1944 zu lokaler Überversorgung mit Arbeitskräften und verdeckter Arbeitslosigkeit. Auch die Wehrmacht hatte nun erstmals genügend Soldaten, aber erheblich zu wenige Waffen.⁴⁰⁶

All diese letzten Anstrengungen der deutschen Kriegswirtschaft erlaubten es Hitler auf der einen Seite, den Kampf 1945 noch monatelang fortzusetzen; auf der anderen Seite führte die Annahme, der wirtschaftliche Zusammenbruch ginge dem militärischen voran, die Alliierten aber auch dazu, in den letzten zwölf Kriegsmonaten ihre Angriffe auf die deutschen Rüstungs- und Wirtschaftszentren, aber auch auf viele kleinere Städte noch einmal zu intensivieren.⁴⁰⁷ Die deutsche Rüstungswirtschaft produzierte in den letzten acht Kriegsmonaten vor allem auf der Grundlage von bisher angelegten Reserven und nicht mehr durch organisierte Ressourcenzufuhr.⁴⁰⁸

Bereits seit Herbst 1944 war ein Hauptanliegen sowohl der Industrie als auch Speers darauf gerichtet, die industrielle Substanz⁴⁰⁹ für die Zeit nach dem Kriegsende zu erhalten. Es wurde die Parole ausgegeben: „Das Werk muß weiterlaufen“. Am 19. März 1945 übergab Speer an Hitler eine Denkschrift, in der er diesen Zukunftsgrundsatz formulierte. Am selben Tag war der sogenannte „Nero-Befehl“ Hitlers herausgekommen, in dem befohlen war, beim militärischen Rückzug der Wehrmacht die Bevölkerung zu evakuieren und alle Fabrikations- und Verkehrsanlagen, die dem Feind nützlich sein könnten, zu zerstören. Zur Begründung für den

⁴⁰⁴ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 59. Dies geschah etwa im Frühjahr 1945, als Sturmgeschütze aus der MIAG-Produktion in Dresden gleich an die Front verlegt wurden (siehe Kapitel 6).

⁴⁰⁵ Der Führer-Befehl ist wiedergegeben im Schreiben des Leiters Sonderring Glüh- und Härtetechnik an die Firma Houghton-Fabrik in Magdeburg vom 5. Februar 1945, Stadtverwaltung Lichtenstein, 2. II. 25e 22.1. 1943–1945, abgedruckt in: Diamant, *Gestapo Chemnitz*, S. 635. Zu den absurden Zielen des Notprogramms siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 615–619.

⁴⁰⁶ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 92 f., 627 f. und 639. Der Waggonbestand der Reichsbahn für Kohletransporte sank von Januar bis März 1945 um gut die Hälfte, so dass auch die Kohleversorgung zusammenbrach, wie Paul Pleiger am 7. März 1945 feststellte, siehe ebenda, S. Tabelle 129 S. 622 und 623 f.

⁴⁰⁷ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 653 und 618.

⁴⁰⁸ Overy, S. 675.

⁴⁰⁹ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 6 und 657.

Befehl hatte Hitler Speer gesagt: „Wenn der Krieg verlorengeht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.“ Dieser Befehl wurde jedoch, vor allem in Zusammenarbeit Speers mit den Wehrmachtbefehlshabern, Gauleitern und Industriellen, so nicht umgesetzt.⁴¹⁰ Damit blieb ein noch im Kriege gewachsener Bestand an Anlagevermögen der Rüstungsindustrie erhalten, trotz der alliierten Luftangriffe.⁴¹¹

Am stärksten waren bezeichnenderweise die alliierten Luftangriffe im März 1945, als sie praktisch militärisch bereits sinnlos geworden waren, nicht nur für die Ausschaltung der deutschen Rüstungsindustrie, sondern sogar für den Zeitpunkt zur Beendigung des Krieges.⁴¹² Overy ordnet diese Angriffe in den drei Monaten von Februar bis April 1945 eher unter dem Rubrum „Strafaktionen“ ein. So wurde etwa die Reichshauptstadt ebenfalls noch zweimal am 3. und am 26. Februar angegriffen; auch sächsische Städte waren von schweren Angriffen noch oder noch einmal betroffen. Ein anderes Beispiel waren die Luftschläge auf Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945, die noch einmal zu einem Feuersturm in einer deutschen Stadt führten und ein letztes Mal mit etwa 25.000 Toten eine enorme Opferzahl forderten. Chemnitz war bereits am 6. Februar durch die 8. US-Flotte (unter anderem mit dem Ziel des Rangierbahnhofes Chemnitz-Hilbersdorf) und am 14. / 15. Februar durch die RAF angegriffen worden. Der letzte Angriff auf eine größere sächsische Mittelstadt fand schließlich mit dem Luftangriff auf Plauen am 10. und 11. April 1945 statt.⁴¹³ Insgesamt waren in Plauen mindestens 2.358 Bombenopfer zu beklagen, unter ihnen auch 24 Ausländer.⁴¹⁴ Plauen war damit die wohl am stärk-

⁴¹⁰ Der sogenannte Nero-Befehl Hitlers vom 19. März 1945 sowie Folgebefehle vom 30. März 1945 und 7. April 1945 sind abgedruckt in: Moll, S. 486 f., 489 f. und 491. Siehe hierzu ausführlich Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 657–688, Zitat S. 662.

⁴¹¹ Das Bruttoanlagevermögen lag 1945, trotz seiner Abnahme aufgrund der Luftangriffe 1944 / 1945, um 21 Prozent über den Werten von 1936 und immerhin um knapp acht Prozent gemessen an 1939, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 669–679, hier S. 677. Siehe hierzu auch Kapitel 2, zweitletzter Abschnitt.

⁴¹² So Tooze, S. 744. Zur Bedeutung der Luftangriffe 1944 bis 1945 aus volkswirtschaftlicher Sicht siehe ebenda, S. 743–745. Zu den konkreten Auswirkungen der Luftangriffe auf die sächsischen Rüstungszentren Leipzig, Dresden und Chemnitz siehe Kapitel 5 und 6. Die Luftangriffe im mitteldeutschen Raum gegen die Verkehrsinfrastruktur geschah auch auf Bitten der Roten Armee, Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 621.

⁴¹³ Zu Aussagen Overys über Strafaktionen siehe derselbe, S. 563. Dagegen sieht Eichholtz in diesen Angriffen im Jahr 1945 auf das Verkehrssystem eher eine „begleitende Wirkung“, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 91. Zu den Angriffen auf Dresden und den möglichen militärischen Gründen dafür siehe Overy, S. 564–572, zu den Angriffen auf Chemnitz ebenda, S. 568 f.; zu Plauen siehe ebenda, S. 573. Neben den 25.000 Toten waren beim Angriff auf Dresden auch etwa 40 Prozent des Wohnbestandes zerstört worden, was zu einem enormen Anstieg der Belegungsdichte in den noch nutzbaren Wohnquartieren um 35 Prozent führte, siehe Thomas Widera, *Soziale Ressourcen? Wohnungsnot und Schwarzmarkt in Dresden 1942 bis 1948*, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 385–405, S. 398. Zu den Zerstörungen im Rüstungsbereich siehe Kapitel 5 und 6.

⁴¹⁴ Andreas Krone, *Plauen bis 1949 – vom Dritten Reich zum Sozialismus. Entnazifizierung und personell-struktureller Umbau in kommunaler Verwaltung, Wirtschaft und Bildungswesen*, Diss. TU Chemnitz 2001,

ten bombardierte Stadt in Sachsen (Bombengewicht pro km²) und wies mit etwa 75 Prozent Gebäudeschäden den größten Zerstörungsgrad der fünf größten sächsischen Städte auf.⁴¹⁵

Luftbild Rangierbahnhof Chemnitz-Hilbersdorf (Luftbild von 1945)



Abb. 6: Alliierte Luftaufnahme 1945 vom Bahnhof Chemnitz-Hilbersdorf⁴¹⁶

S. 15.

⁴¹⁵ Vogtländische Maschinenfabrik, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Vogtländische_Maschinenfabrik, vom 31. Juli 2019.

⁴¹⁶ Schlossbergmuseum Chemnitz, 07.6 LB-1945-4081. In die Zielliste der Royal Air Force war der Rangierbahnhof seit 1944 aufgenommen und in einem (anderen) Zielluftbild mit 23 Markierungen einzelner Punkte

Die militärische Absurdität mancher Angriffe gegen Kriegsende wird auch daran deutlich, dass einige Städte nur Tage, zuweilen nur Stunden vor der Einnahme durch alliierte Truppen nochmals getroffen worden waren, wie etwa Köln, das nach zahlreichen vorherigen Angriffen von der RAF nochmals am 2. März 1945 attackiert wurde, ehe die Stadt vier Tage später von amerikanischen Truppen erreicht wurde. Essen wurde am 11. März nochmals mit 1.000 Bombern angegriffen und fiel vier Stunden später in amerikanische Hand.⁴¹⁷

Wenn man eine Opferbilanz dieser Bombenangriffe zieht, so dürfte die Gesamtzahl der Getöteten bei etwa 400.000 liegen. Die meisten Schätzungen gehen zwar von etwa 625.000 aus, Overy setzt sie jedoch vorsichtig bei etwa 353.000 an. Eine genaue Gesamtzahl derjenigen Todesopfer, die nicht freiwillig in Deutschland waren – die Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter – ist nicht seriös festzustellen. Aus ermittelten Zahlen des deutschen Arbeitsstabs Luftschutz für den November 1944 lässt sich jedoch ein Anteil von gut neun Prozent entnehmen; unter 17.440 Gesamttoten befanden sich 371 Kriegsgefangene und 1.232 Ausländer.⁴¹⁸ Ausgehend von den Gesamtzahlen Overys ergäbe das etwa eine Größenordnung von 32.000.⁴¹⁹

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 trat das Deutsche Reich auch im Inneren in seine letzte Phase. Nicht Speer wurde zum alleinigen Organisator des totalen Krieges ernannt, sondern Goebbels erhielt die Rolle als „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“.⁴²⁰ Mit Goebbels, der sich stark auf seine Gauleiterkollegen stützte, stieg der Einfluss der Partei auf die Rüstungsproduktion wiederum ein weiteres Mal. Speer war es nicht gelungen, die Gauleiter für seine Stilllegungs- und Umsetzungspläne, die er in Posen am 6. Oktober 1943 skizziert hatte, einzuspannen. Nun ging nach Goebbels oben genannter Ernennung Speers Einfluss in den entscheidenden Mittelinstanzen Rüstungskommission und Rüstungsinspektion weiter zurück, ohne dass dies noch einmal zu einer Wende in diesem Bereich führte und führen konnte.⁴²¹ Der totale Krieg „war der verzweifelte Versuch, die tatsächlich unausweichliche Kata-

des Bahnhofs versehen. Die Unterkünfte für Zwangsarbeiter im Bereich des RAW Chemnitz im Rangierbahnhof waren dabei nicht verzeichnet. Luftbild vom 15. November 1941, aufbereitet im Oktober 1944, ebenso: Schlossbergmuseum Chemnitz. Heute ist von der gewaltigen Gleisanlage praktisch nichts mehr vorhanden.

⁴¹⁷ Overy, S. 573. Auch eine ganze Reihe bisher verschonter deutscher Mittelstädte wie Pforzheim, Paderborn oder Hildesheim verloren in den letzten Monaten noch ihre historischen Zentren, siehe Overy, S. 573.

⁴¹⁸ Overy, S. 686–689.

⁴¹⁹ Unter Bezug auf eine Publikation, in der Kriegstagebücher der Luftwaffe ausgewertet sind, nennt Sokolov eine Zahl von 160.000 Todesopfern (Ausländer, Kriegsgefangene, ausländische Zivilarbeiter), siehe Sokolov, S. 14, FN 67.

⁴²⁰ Zum Verhältnis Speer–Goebbels in diesem Zeitraum siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 761–763. Speer schlug sogar selbst in einem Memorandum an Hitler vom 12. Juli 1944, in dem es um sagenhafte neue Rüstungszahlen ging, vor, Goebbels für die innere Mobilisierung einzusetzen und Himmler die Verantwortung für das Ersatzheer zu übergeben, siehe Tooze, S. 730; ebenfalls Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 50.

⁴²¹ Zu den Entwicklungen in diesem Bereich ab 20. Juli 1944 siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 763 f. Zum ersten Mal war der direkte Einfluss der Partei – im Zeichen einer Krise – ausgeweitet worden, als der Parteimann Todt im März 1940 Rüstungsminister geworden war. Der zweite Schub kam mit dem Scheitern vor Moskau 1941, der dritte in der zweiten Jahreshälfte 1943, als angesichts der Niederlagen in Italien und im Osten Speers

strophe des nationalsozialistischen Deutschland lediglich hinauszuschieben. Erst in dieser Zeit fiel auf deutscher Seite auch die Masse der menschlichen und materiellen Verluste an, nicht nur an den Fronten, sondern auch in den bombardierten Städten und während der bald einsetzenden Fluchtbewegungen. Die unsäglichen Leiden der Soldaten und der Zivilbevölkerung minderten keineswegs die Energie, mit der das NS-Regime jeglichen Widerstand gegen seine Herrschaft und Fortsetzung des Krieges brutal unterdrückte.⁴²² Das Regime griff nun tatsächlich total auch auf alle deutschen Bevölkerungsgruppen zu.⁴²³

Der Zwangsarbeitseinsatz der Ausländer ging umstandslos weiter, und es wurden im letzten Kriegsjahr noch letzte Arbeitskontingente zur Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion eingesetzt: die KZ-Häftlinge, unter ihnen viele jüdische KZ-Häftlinge, in den KZ-Außenlagern. Auf die Entscheidungen des Führungszentrums um Hitler herum hatten weder diese Gruppen noch die deutsche Bevölkerung wesentlichen Einfluss (anders als im Ersten Weltkrieg); gerade erstere waren – soweit sie nicht aus verbündeten oder westlichen Ländern gekommen waren – willenlose Objekte dieser Politik, ihr Schicksal hatte nur Bedeutung, wenn die Bedürfnisse der Kriegsproduktion berührt waren.⁴²⁴

1945 kam dann auch das halbwegs geregelte Mindestversorgungssystem mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern der deutschen Bevölkerung⁴²⁵ zum Erliegen; für Zwangsarbeiter / Kriegsgefangene hatte es sowieso nur teilweise oder kaum flächendeckend funktioniert. So wurde am 5. Februar 1945 eine Lebensmittelkürzung für alle Ausländer verfügt, die nochmals diejenigen am unteren Ende der Versorgungsskala besonders hart traf: die Ostarbeiter der untersten Leistungsstufe. Ab 5. März 1945 trafen die Kürzungen auch die deutsche Bevölkerung.⁴²⁶

Nach Kriegsende sank das Versorgungsniveau der deutschen Bevölkerung endgültig „auf den Durchschnitt aller europäischen Länder.“⁴²⁷ Die zwei folgenden Jahre, die sich als die Jahre des Hungers in das kollektive Bewusstsein der Deutschen eingegraben haben, entsprachen

Stern zu sinken begann und Martin Bormann zum offiziellen Sekretär des Führers sowie Himmler zum Innenminister ernannt wurden. Hitler begann sich immer stärker mit „alten Kameraden“ zu umgeben, siehe Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 880 f.

⁴²² So Kroener / Müller / Umbreit, S. 1021. Zu den fortgesetzten Verbrechen des Regimes im letzten Kriegsjahr siehe NS-Terror und Verfolgung, Teil 1 und 3.

⁴²³ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 1001. Zur verschärften sozialen – und Arbeitslage deutscher Beschäftigter in den letzten eineinhalb Kriegsjahren siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 642–647.

⁴²⁴ So etwa Kroener / Müller / Umbreit, S. 1013.

⁴²⁵ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 482. 1944 war die Zahl der im Deutschen Reich zu versorgenden Menschen auf 88,8 Millionen gestiegen, was auf das Versorgungssystem zusätzlichen Druck ausübte, siehe ebenda, S. 485. Insgesamt waren im März 1945 in den noch unter NS-Herrschaft verbliebenen deutschen Gebieten circa 19 Millionen Flüchtlinge und Luftkriegsevakuierte zu versorgen, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, Tabelle 133, S. 633.

⁴²⁶ Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 22. Die Kürzung wirkte sich auch für die deutsche Bevölkerung durch eine Verlängerung der vierwöchigen 72. und 73. Zuteilungsperioden um insgesamt eine Woche sowie weitere Minderungen aus, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 645.

⁴²⁷ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 493.

daher den jahrelangen Erfahrungen großer Teile der ausländischen Arbeitskräfte während des totalen Krieges bei ihrer Versorgung im Deutschen Reich, vor denen das NS-Regime die eigene Bevölkerung auf Kosten der anderen lange bewahrt hatte.

Der Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel: „Menschenbewirtschaftung“ in der zweiten Kriegshälfte

Parallel zum Umbau der Rüstungssteuerung ab Februar 1942 wurde der Bereich der Arbeitskräfteversorgung neu aufgestellt. Diese zweite wichtige Entscheidung fiel kaum einen Monat nach der Ernennung Speers zum Rüstungsminister: Eine zentrale Stelle für Arbeitskräftesteuerung musste eingerichtet werden; vor allem war es aber von zentraler Bedeutung, das neue Arbeitskräftereservoir im Osten voll auszuschöpfen und auch aus anderen verbündeten Ländern wie besetzten Gebieten ein Maximum an Arbeitskräften zu gewinnen.⁴²⁸ Hierzu wurde eine neue Behörde geschaffen und am 21. März 1942 ein Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA) ernannt. Die Wahl fiel auf den thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel.⁴²⁹ Dessen Hauptaufgabe bestand darin, soviel ausländische Zivilisten wie möglich – unter Zuhilfenahme welcher Mittel auch immer – zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich zu holen. Rechtliche oder moralische Bedenken spielten hierbei praktisch keine Rolle, wie es Sauckel einmal ausdrückte: „Ich habe meinen Auftrag von Adolf Hitler erhalten, und ich werde Millionen Ostarbeiter nach Deutschland holen ohne Rücksicht auf ihre Gefühle, ob sie wollen oder nicht.“⁴³⁰ Hitler sah grundsätzlich die Aufgabe der besetzten Länder darin, Arbeitskräfte zu stellen: „Die

⁴²⁸ Eine Vielzahl von NS-Organisationen bot Hitler in dieser Situation ihr Menschenpotential an, und auch der erste Beauftragte für den Russeneinsatz wurde eingesetzt (Mansfeld, siehe oben). Zur Entwicklung bis zur Einsetzung Sauckels siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 778–780.

⁴²⁹ Dem bisher offiziell Verantwortlichen für den Arbeitseinsatz Dr. Syrup, der bereits seit 1920 als Präsident der Reichsanstalt für Arbeit gewirkt hatte, wurde offenbar die dafür notwendige Energie und Durchsetzungskraft nicht zugetraut, zumal er auch erhebliche Gesundheitsprobleme aufwies, so Maier, S. 79. Syrup blieb freilich weiterhin in der Arbeitsverwaltung tätig. Für die Wahl Sauckels sprach sicherlich auch, dass Hitler den Einfluss der Partei nach der Ernennung Fritz Todts beziehungsweise Albert Speers für die Rüstung nunmehr auch für den zentralen Bereich der Arbeitskräfteerkrutierung und –steuerung stärken wollte. Zum Übergang von Ministerialdirektor Werner Mansfeld zu Fritz Sauckel und dessen Ernennung zum GBA siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 74–77 sowie 198–203.

⁴³⁰ Zitiert bei: Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 234–250, hier S. 237. Im Spannungsfeld zwischen Arbeitskräfteanforderungen und ideologisch-sicherheitspolitischen Restriktionen waren erstere für Sauckel prioritär. Grundsätzlich war er aber auch bemüht, die Behandlung der Ostarbeiter mit der offiziellen Ideologie in Einklang zu bringen, siehe hierzu Tooze, S. 607 f., mit Beispielen für den Einfluss der Ideologie auf die konkreten Lebensumstände der Ostarbeiter. Sauckels besondere Stellung war dahingehend institutionell gegenüber dem RAM abgesichert, dass er in die von Göring geleitete Vierjahrplanbehörde eingegliedert war, so dass er sich im Zweifelsfall durch Erlasse Görings gegen andere Reichsministerien durchsetzen konnte. Zur Einsetzung Sauckels siehe auch Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 780.

deutschen Soldaten kämpfen und setzen ihr Blut ein. Angesichts dessen können wir verlangen, daß die anderen arbeiten.“⁴³¹

Mit Sauckels Ernennung zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Formal war dieser dem im Februar 1942 ernannten Rüstungsminister Speer gleichgestellt) wurde neben dem mächtigen Rüstungsministerium⁴³² ein zweiter Schwerpunktbereich der Kriegswirtschaft gebildet. Die Arbeitskräftezufuhr bildete bis Kriegsende dauerhaft *das* Nadelöhr für die Rüstungsproduktion, ehe mit den alliierten Luftkriegseinsätzen ab 1943 auch diese sich zu einem weiteren Zentralproblem für den Rüstungsoutput entwickelten. Sauckels Dienststelle wurde in die Vierjahrplanbehörde Hermann Görings eingegliedert und übernahm die Leitung wichtiger Bereiche des Reichsarbeitsministeriums, eine neue eigene nachgeordnete Behördenstruktur des Generalbevollmächtigten wurde nicht aufgebaut. Die vorher bestehende Geschäftsgruppe zur Arbeitskräftesteuerung unter der Leitung von Werner Mansfeld wurde zum 27. März 1942 aufgelöst.⁴³³ Als eine seiner ersten Maßnahmen auf Regionalebene ernannte Sauckel am 6. April 1942 zudem die Gauleiter zu seinen regionalen Bevollmächtigten, in Sachsen also Martin Mutschmann.⁴³⁴ Im Sommer 1943 wurde auch die Struktur der Arbeitsämter von der Länder- an die staatliche Gauebene angepasst. Aus 20 Landesarbeitsämtern wurden 42 Gauarbeitsämter gebildet.⁴³⁵

Bereits 1942 wurden drei Maßnahmen ergriffen, die die berufliche Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte weiter einschränkten. Am 20. Mai 1942 erließ Göring als Beauftragter des Vierjahrplans eine „Verordnung zur Sicherstellung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft“, die es zukünftig kriegswichtigen Betrieben ermöglichte, ihre Mitarbeiter während der Dauer des Krieges an den Betrieb zu binden. Am 30. September 1942 gab Fritz Sauckel zudem einen Erlass zur Dienstverpflichtung ausländischer Arbeitskräfte heraus, so dass Ausländer – trotz gegebenenfalls anderslautender Arbeitsverträge – nun unbefristet in Deutschland bleiben mussten. Davon ausgenommen waren nur befristet eingestellte Ausländer aus mit dem Deutschen Reich kooperierenden Ländern. Am 3. Dezember 1942 erließ Sauckel

⁴³¹ Hitler in einer Besprechung zu Ostminister Alfred Rosenberg am 19. Mai 1943, zitiert in: Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 211.

⁴³² Es gelang dem Rüstungsministerium wie schon erwähnt im Laufe des Krieges immer mehr, seinen Einflussbereich auszudehnen. Allerdings war es Speer nicht möglich, den Bereich der Arbeitskräftesteuerung ebenfalls in sein Ministerium einzuverleiben. Eine zentrale Steuerungsinstanz für die Gesamtwirtschaft war damit nicht vorhanden, so Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 781. Gleichwohl betont Eichholtz zur Recht, dass Sauckels Tätigkeit eng mit den Anforderungen Speers für die deutsche Kriegswirtschaft verbunden war. Auch Speers Funktion als Generalbeauftragter Rüstung in Görings Vierjahrplanbehörde am 1. März 1942 zeugt von dieser Suprematie, siehe hierzu Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 78 und 202. Sauckel war Speers Mann für Grobe (die Zwangsarbeiterbeschaffung mit Gewaltmitteln), freilich konnte Speer vor dem internationalen Militärgerichtshof seine Rolle dabei kleinreden, siehe Kapitel 9.

⁴³³ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 345. Sauckels Ernennung war auch, so Kroener, ein weiterer Einbruch der Partei herrschaft in den Bereich der staatlichen Verwaltung, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 780.

⁴³⁴ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 781.

⁴³⁵ Maier, S. 79; siehe auch Schaller, S. 104.

schließlich eine Verordnung, zukünftige Dienstverpflichtungen nur noch unbefristet auszusprechen. Mit der im April 1944 verfüigten Urlaubssperre für Westarbeiter waren auch diese nun vollständig an den Arbeitsplatz gebunden.⁴³⁶

Bereits früh richteten sich die Bemühungen Sauckels schwerpunktmäßig auf die Aushebung von Arbeitskräften aus dem Osten, wenn nötig mit Zwangsmaßnahmen. In einem Schreiben an den formal für die Ostgebiete unter Zivilverwaltung zuständigen Ostminister Rosenberg hieß es schon kurz nach seiner Ernennung: „Es ist zu betonen, daß trotzdem noch eine gewaltige Zahl fremder Arbeitskräfte ins Reich hereingenommen werden muß. Das größte Reservoir hierfür sind die besetzten Gebiete des Ostens. Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Basis zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden. ... Neben den schon vorhandenen, noch in den besetzten Gebieten befindlichen Kriegsgefangenen gilt es also vor allem, Zivil- und Facharbeiter und -arbeiterinnen aus den Sowjetgebieten vom 15. Lebensjahr ab für den deutschen Arbeitseinsatz zu mobilisieren ... Die restlose Beschäftigung aller Kriegsgefangenen sowie die Hereinnahme einer Riesenzahl neuer ausländischer Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen ist zur undiskutierbaren Notwendigkeit für die Lösung der Aufgaben des Arbeitseinsatzes in diesem Krieg geworden.“⁴³⁷

Sauckel arbeitete aufgrund besonderer Vollmachten, mit denen ihn Hitler am 30. September 1942 ausgestattet hatte, ab Herbst 1942 auch für die besetzten Ostgebiete. So hieß es dazu in einer Ermächtigung Hitlers: „Ich ermächtige den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel, zur Durchführung meines Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 21. März 1942 (Reichsgesetzblatt I, Seite 179), nach seinem Ermessen im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten alle Maßnahmen zu treffen, die den geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen gewährleisten. Er kann zu diesem Zweck bei den Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltung [in den besetzten Ostgebieten, A.d.A.] Beauftragte ernennen. Diese sind dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz unmittelbar unterstellt. Zur Durchführung ihrer Aufgaben können sie den für den Arbeitseinsatz und die Lohnpolitik zuständigen militärischen und zivilen Dienststellen Weisungen erteilen. Die näheren Bestimmungen erläßt der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.“⁴³⁸ Damit waren die besetzten Ostgebiete auch

⁴³⁶ Siehe hierzu Thomas Urban, Todeskandidaten im Tagebau. Zwangsarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau während des Zweiten Weltkriegs, in: Tenfelde / Seidel, S. 311–339, hier S. 330 f.; siehe auch ausführlicher Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 246–253.

⁴³⁷ Schreiben Sauckels an Rosenberg, vorgelegt vor dem IMT in Nürnberg am 12. Dezember 1945, in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 526 f.

⁴³⁸ Der Führer-Erlass vom 30. September 1942 ist abgedruckt in: Moll, S. 284 f. Dieser Erlass Hitlers wurde am 12. Dezember 1945 dem IMT in Nürnberg vorgelegt, abgedruckt in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 526. Siehe auch Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 105, 214. Nach Goebbels Aufzeichnungen

auf diesem Gebiet zur Ausplünderung freigegeben. Mit den Worten Goebbels, der im Herbst 1942 die deutsche Bevölkerung allmählich auf ein fünftes Kriegsjahr einstellen musste: „Wir verdauen die besetzten Gebiete.“ In einem drastischen Bild hat Kroener diesen Ausbeutungsprozess so beschrieben: „Nachdem man sie [die besetzten Gebiete, A.d.A.] gefressen hatte, entzog man ihnen in einem Verdauungsprozess alle zur Ernährung der eigenen Bevölkerung notwendigen Stoffe (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Fertigungseinrichtungen etc.). Am Ende dieses Prozesses stand die Ausscheidung all dessen, was nach der Ausbeutung nicht mehr brauchbar war.“⁴³⁹ All dies diente dazu, wie auch Kroener betont, die Belastung der eigenen Bevölkerung nicht allzu sehr zu verschärfen.

Ebenso wie Sauckel die Gauleiter eingebunden hatte, verfuhr er mit den zivilen Chefs der Reichskommissariate. So ernannte er, gegen den Willen des eigentlich zuständigen Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, dessen Reichskommissar für die Ukraine Erich Koch zu seinem dortigen Stellvertreter. Koch teilte mit Sauckel das Ziel, „das letzte aus dem Land herauszuholen“.⁴⁴⁰ Gleichwohl gab es immer wieder (meist vergebliche) Versuche deutscher ziviler und auch militärischer Besatzungsbehörden, zu umfangreiche Arbeitskräfterekrutierungen aus ihren Gebieten zu verhindern, weil dadurch die dortige Wirtschaft stark behindert werden würde. Umbreit spricht hier von einem Behördenkrieg⁴⁴¹, der letztlich nie ganz überwunden wurde, da eben unterschiedliche Interessen, in der Regel ohne Berücksichtigung der Beherrschten, auf deutscher Seite bestehen blieben.

Die deutsche Industrie litt im ersten Halbjahr 1942 unter erheblichem Arbeitskräftemangel. Doch auch nach dem Scheitern vor Moskau im Dezember 1941 hatte sich Hitler nicht dazu durchringen können, noch systematischer deutsche Mädchen und Frauen für die Rüstungswirtschaft zu verpflichten.⁴⁴² Man griff auf andere Reserven zurück, wie etwa Strafgefangene. Allerdings waren 1942 von insgesamt 152.700 Strafgefangenen nur einige Tausend für die direkte Wehrmachtproduktion eingesetzt; 1944 allerdings arbeiteten von circa 200.000 Justizgefangenen gut 95 Prozent für die Kriegswirtschaft, davon etwa 19.000 in der Munitionsherstellung.⁴⁴³ Ein Abkommen vom 18. September 1942 zwischen Reichsjustizminister Thierack und Himmler zur „Vernichtung durch Arbeit“ für bestimmte, an die SS zu überstel-

bestand Sauckels Aufgabe darin, „aus dem Osten soviel Menschen herauszuholen, als überhaupt nur möglich“, zitiert bei Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 801.

⁴³⁹ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 800 f. Tooze ordnet dieses Schlagwort von Goebbels direkt den außerordentlichen Landwirtschaftsentnahmen zu, siehe Tooze, S. 630.

⁴⁴⁰ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 46 und 102. Zitat ebenda, S. 46.

⁴⁴¹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 213.

⁴⁴² Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 814.

⁴⁴³ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 930. Im Mai 1939 war ein solcher rüstungswirtschaftlicher Arbeitsinsatz von Häftlingen durch Reichsjustizminister Gürtner erstmals zugelassen worden, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 148. Aufgrund dieser Übereinkunft wurden etwa 12.000 Justizhäftlinge in die Konzentrationslager überstellt, etwa die Hälfte von ihnen überlebte bereits die ersten sechs Monate nicht, siehe Viebig / Bohse, S. 284.

lende Justizgefangene gehört in denselben Zusammenhang.⁴⁴⁴ Da auch die Wehrmacht ihren Personalbedarf nicht mehr decken konnte – so lag der Fehlbedarf im Herbst 1942 bei einer Million Soldaten –, verfiel man neben den normalen Einberufungen darauf, nun auch sogenannte Wehrunwürdige und Wehrmachtstrafgefangene einzuziehen, die in „Bewährungseinheiten“ wie etwa die „Division 999“ dienen mussten.⁴⁴⁵ Zudem begann man, Jugendliche als Flakhelfer einzusetzen und auch Angehörige des RAD direkt für die Wehrmacht in Dienst zu stellen.⁴⁴⁶

Im ersten Quartal 1942 waren 522.000 und im zweiten Quartal sogar 748.000 Einberufungen erfolgt, davon aus der Rüstungsindustrie knapp 170.000 Mann. Für diese war Ersatz durch den Einsatz von Ausländern und aus Auskämm-Aktionen vorgesehen, was jedoch nicht voll gelang. Im zweiten Quartal lag der Neubedarf der Rüstungsindustrie schon bei 1,333 Millionen (davon 169.000 Ausländer), besetzt wurden aber nur 822.300 Stellen, davon 136.000 durch Auskämm-Aktionen und 85.000 durch Kriegsgefangene.⁴⁴⁷ Erfolgreich war Speer jedoch darin, die Abgänge aus seinem Rüstungsbereich mehr als zu kompensieren. 1942 waren insgesamt 280.000 Beschäftigte des Rüstungssektors eingezogen worden, denen 970.000 Ausländer gegenüberstanden, die durch Sauckels Kampagnen ins Reich geholt worden waren. Im gesamten Rüstungssektor konnte so die Beschäftigtenzahl um 15 Prozent erhöht werden, in Speers Imperium sogar um 30 Prozent. Von 513.000 neuen Rüstungsarbeitern beanspruchte Speer 420.000.⁴⁴⁸ Es gelang ihm zudem immer wieder, im Bereich der Rüstungsindustrie größere Einberufungen zu verhindern. So sollten eigentlich im Rahmen der sogenannten Rüstungs-42-Aktion 56.000 Beschäftigte – bei insgesamt 100.000 zusätzlichen Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie – für den Wehrdienst freigestellt werden, im Ergebnis wurden jedoch nur 4.600 Arbeitskräfte eingezogen. Für fast alle Bereiche der Rüstungsindustrie bestand ein Einberufungsmoratorium.⁴⁴⁹

Auch noch 1943 blieben weite Teile der deutschen Bevölkerung – ganz im Gegensatz zur Bevölkerung in den besetzten Ländern – weiterhin vom Einsatz in der Rüstungsindustrie verschont. So verfügte Hitler zwar am 13. Januar 1943 – den Untergang der 6. Armee in Stalingrad vor Augen – vor dem Hintergrund von geplanten zwei Millionen Einberufungen in die Wehrmacht, davon allein 500.000 aus der Industrie, den Einsatz von Frauen und Männern zum Reichsarbeitseinsatz. Hierzu sollten beispielsweise alle Frauen im Alter von 16 bis 50 Jahren erfasst werden, tatsächlich wurde der Alterskorridor dann endgültig auf 17 bis 45 Jahre ver-

⁴⁴⁴ Darüber informiert ein Bericht von RJM Thierack über eine Besprechung mit Himmler vom 18. September 1942, teilweise abgedruckt in: Rüter, Bd. Register, S. 245 f.

⁴⁴⁵ Siehe hierzu Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 818 f. und 840.

⁴⁴⁶ Siehe hierzu Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 833–836.

⁴⁴⁷ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, Tabelle und Grafik S. 792.

⁴⁴⁸ Tooze, S. 651.

⁴⁴⁹ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 825 f.

kürzt.⁴⁵⁰ Nach einem halben Jahr war von 3,6 Millionen männlichen und weiblichen Kräften nur die Hälfte als einsatzfähig eingeschätzt. Für 1,2 Millionen Frauen war bei der Hälfte nur eine Halbtagsbeschäftigung möglich, und Ende des Jahres waren eine halbe Million Frauen bereits wieder aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden. In der Rüstungsindustrie wurden insgesamt 567.000 Personen dieser Aktion eingesetzt, davon 537.000 Frauen. Insgesamt hatte sich die Zahl der Frauen im Wirtschaftsprozess gegenüber dem Stand 1939 nur um 190.000 erhöht. Das Programm war gescheitert.⁴⁵¹

Auch weitere Programme zugunsten einer Auffüllung der Wehrmacht konnten nicht umgesetzt werden. So sollte die gewerbliche Wirtschaft zwar 200.000 Mann an die Wehrmacht abgeben, jedoch sollten davon nur 50.000 Arbeitskräfte direkt eingezogen werden. Die übrigen 150.000 sollten im Rahmen der Aktion Rü-Tausch-43 zunächst aus dem Ersatzheer an die Industrie abgegeben werden und dann erst weitere 150.000 Arbeitskräfte einberufen werden, was so nicht gelang. Zu diesem Zeitpunkt waren in Verwaltungs-, Partei- und Sicherheitsbehörden über 738.000 Mitarbeiter uk-gestellt.⁴⁵² Insgesamt verlangte die Wehrmacht etwa 800.000 Einberufungen aus der Wirtschaft; Speers Bereich gelang es jedoch immer wieder mit Hinweis auf gerade laufende dringende Programme – so 1943 das Adolf-Hitler-Panzerprogramm –, Abgaben an die Wehrmacht zu verhindern, so dass ersatzweise immer jüngere Jahrgänge immer früher einberufen wurden.⁴⁵³

Für die zweite Jahreshälfte 1944 legte Sauckel letztmalig ein Sonderprogramm auf. Das von ihm am 11. Juli 1944 skizzierte Zehnpunkteprogramm sah einen Zugriff auf bis zu 500.000 Personen vor allem bei Schülern, Studenten und Verwehrten vor. Es könnten etwa 14 – bis 15-jährige Schüler, so Sauckel, unter Anleitung ihrer Lehrer und HJ-Jugendführer „einer geeigneten für sie möglichen körperlich (sic!) und gesundheitlichen Aufgabe“ zugeführt werden. Kroener spricht hierbei von einer „bewusst in Kauf genommene(n) Substanzvernichtung der

⁴⁵⁰ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 849. Am 25. Dezember 1942 hatte Hitler zu Bormann gesagt, jetzt gehe es um Sein oder Nichtsein, siehe ebenda, S. 847. Dieser nicht-öffentliche Hitler-Erlass, der damit die beiden Schlüsselkräfte-Erlasse zugunsten der Rüstungsindustrie vom 19. Februar und 3. Oktober 1942 aufhob, sah auch die Einziehung von 200.000 Schlüsselkräften aus diesem Sektor vor, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 125. Zu den Schlüsselkräfte-Erlassen siehe ebenda, S. 196–198.

⁴⁵¹ Zahlen bei Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 881 f. Zahlen zur Rüstungsindustrie in: ebenda, Tabelle S. 854. Siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 227–229 sowie Tabelle 25 S. 230.

⁴⁵² Einzelzahlen hierzu bei Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 846. Hitlers Erlass vom 25. Januar 1942, „Erlaß des Führers über die weitere Vereinfachung der Verwaltung“, sah zwar vor, dass gerade aus diesem Bereich größere Reserven für Wehrmacht und Rüstungsindustrie gewonnen werden könnten, schlug aber ebenso fehl, wie die hohe Zahl der uk-Stellungen noch 1943 belegt, siehe ebenda, S. 895 f.

⁴⁵³ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 850.

eigenen Bevölkerung.“⁴⁵⁴ Auch die Standards bei Deutschen wurden verschärft. Es setzte ein Kampf gegen zu hohe Krankenstände und „Arbeitsbummelei“ ein.⁴⁵⁵

Die Schere zwischen Personalanforderungen der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie konnte jedoch immer weniger aus dem Reservoir der deutschen Bevölkerung geschlossen werden. Immer wieder verlangte Sauckel auf Drängen Hitlers wie auch Speers⁴⁵⁶ neue große Kontingente aus dem Osten. So forderte er zum Beispiel in einem Schreiben an den Chef des Wirtschaftsstabs Ost Anfang 1943 für die nächsten vier Monate die Heranführung von einer Million Frauen und Männern in Kontingenten von täglich 5.000, ab 1. April 1943 10.000 Menschen.⁴⁵⁷

In Schreiben an Hitler berichtete Sauckel in regelmäßigen Abständen über seine „Erfolge“ bei der Arbeitskräftebeschaffung. Allein bis Juli 1942 habe er 1,3 Millionen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten „herausgeholt“, vor allem aus den Ostgebieten. Das Kontingent des Generalgouvernements betrug für 1942 360.000 Arbeitskräfte; dessen Nichterfüllung war mit schweren Repressalien bedroht.⁴⁵⁸ Bis November 1942 meldete Sauckel einen Anstieg auf 2,2 Millionen Ausländer, davon 1,376 Millionen aus den Ostgebieten, 292.000 aus dem Generalgouvernement, 38.000 aus dem Warthegau, 79.000 aus dem Protektorat, 168.000 aus Frankreich, 103.000 aus Belgien / Nordfrankreich, 86.500 aus den Niederlanden und 189.000 aus dem übrigen Europa.⁴⁵⁹ Der Ostarbeiteranteil an den zivilen Arbeitskräften hatte sich daher von vier Prozent im April 1942 bereits bis August 1942 auf 30 Prozent erhöht.⁴⁶⁰

Allein bis von Januar bis Juli 1942 hatte man 1,3 Millionen Ostarbeiter zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich transportiert, ebenso 221.000 sowjetische Kriegsgefangene. Die neuen sowjetischen Zivilarbeitskräfte machten in dieser Periode knapp 80 Prozent aller neuen Kräfte

⁴⁵⁴ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 915 f. Der im Herbst 1944 gegründete Volkssturm hat dann tatsächlich noch zum militärischen Einsatz der Jüngsten geführt.

⁴⁵⁵ Näher hierzu Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 919–926. Auf Arbeitsbummelei konnte immer schnell die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager folgen. Die Betriebe setzten dieses Druckmittel jedoch relativ zurückhaltend ein; 80 Prozent der Insassen dieses Repressionsinstruments der Gestapo waren denn auch Ausländer, siehe ebenda, S. 926. Zu den Arbeitserziehungslagern siehe allgemein NS-Terror und Verfolgung, S. 355–363.

⁴⁵⁶ Obwohl Speer und Sauckel formal voneinander unabhängig waren, trug Speer wegen seiner permanenten Forderungen neuer Arbeitskräfte durchaus auch Mitverantwortung für die Methoden Sauckels, so Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 786. Es existierte somit weniger ein Konkurrenzverhältnis als vielmehr eine strategisches Bündnis, siehe ebenda, S. 789.

⁴⁵⁷ Schreiben Sauckels an den Chef des Wirtschaftsstabs Ost vom 11. März 1943, vorgelegt vor dem IMT in Nürnberg am 12. Dezember 1945, in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 528 f.

⁴⁵⁸ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 214.

⁴⁵⁹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 217, siehe auch Kroener, Menschenbewirtschaftung, Tabelle S. 805. Die von Sauckel vorgelegten Zahlen waren jedoch keineswegs so überzeugend wie dieser annahm. Es waren offenbar Bruttozahlen, und die Zahl derjenigen, die tatsächlich zum Arbeitseinsatz im Deutsche Reich ankamen, waren durchaus kleiner, so Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 804.

⁴⁶⁰ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 807.

aus. Von August bis Dezember 1942 stieg die Zahl der deportierten Ostarbeiter nochmals um 336.000, zuzüglich weiterer 235.000 sowjetischer Kriegsgefangener.⁴⁶¹

1942 kündigte Sauckel auch eine große Aktion zur Rekrutierung von Ostarbeiterinnen an, welche in kinderreichen deutschen Haushalten als Hausgehilfinnen eingesetzt werden sollten. Im Auftrag Hitlers wollte er „4-500.000 ausgesuchte gesunde und kräftige Mädchen ins Reich hineinnehmen“, wie er an Hitlers 53. Geburtstag verlautbarte. Offenbar ist diese Aktion aber nicht umgesetzt worden. Im März 1944 waren insgesamt etwa 100.000 Mädchen in solchen Haushalten tätig, davon ein unbekannter Anteil aus der Sowjetunion. Eine Stichtagsübersicht vom 10. Oktober 1942 nannte unter insgesamt 71.711 Ausländerinnen mit hauswirtschaftlichen Berufen nur etwa elf Prozent Ostarbeiterinnen.⁴⁶²

Als Arbeitskräfte aus dem Süden und Westen Europas waren insgesamt bis 1942 circa 400.000 Italiener, 262.000 Niederländer, gut 400.000 Tschechen⁴⁶³ (bis 1944) und viele andere eingesetzt. Nach der Besetzung der „Resttschechei“ im Frühjahr 1939 war die Anwerbungspolitik noch relativ gemäßigt gewesen, wenn auch ab 1941 erste systematische Zwangsmaßnahmen einsetzten, weil sich zu wenig Tschechen zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich meldeten. Mit dem Amtsantritt Heydrichs als stellvertretender Reichsprotector im Protektorat ging man auch dort, wie schon vorher in Polen und der besetzten UdSSR, zu jahrgangswisen Rekrutierungen über. Als auch ab Mitte 1942 das Deutsche Reich stärker auf die Produktion von Rüstungsgütern im Protektorat selbst setzte, sank der Druck für die Arbeitskräfte, nach Deutschland zu gehen. Im Rahmen des politisch-rassistischen Schemas der NS-Arbeitskräftepolitik glichen die Möglichkeiten und die Behandlung der tschechischen Arbeitskräfte eher denen der Westeuropäer.⁴⁶⁴

⁴⁶¹ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 207–209.

⁴⁶² Zahlen bei Ulrike Winkler, „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: Winkler, *Stiften gehen*, S. 149–168, hier S. 152, 154, 162. Zu Sauckels Ankündigung über die Gewinnung von 500.000 jungen Russinnen siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 205.

⁴⁶³ Tschechen, das heißt Bürger des sogenannten Protektorats Böhmen und Mähren, gingen durchaus aufgrund der besseren Wirtschaftsentwicklung in das Deutsche Reich; für jüngere zwischen 16 und 25 Jahren wurde hingegen bereits wenige Monate nach Einrichtung des Protektorats eine Arbeitspflicht eingeführt, die auch zum Zwangseinsatz in Deutschland genutzt werden konnte, siehe zum Beispiel ein solches Verpflichtungsschreiben für einen 22-Jährigen zum Arbeitseinsatz in Sachsen, Abb. 3 in: Heß, S. 116.

⁴⁶⁴ Zusammenfassend siehe hier Stephan Posta, *Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft* (= Berichte und Studien Nr. 37, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut), Dresden 2002, S. 139–145.

Insgesamt waren Ende 1942 5,6 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft beschäftigt⁴⁶⁵, davon allein etwa 3,7 Millionen Zivilisten.⁴⁶⁶ Insgesamt gab es zu diesem Zeitpunkt etwa 30.000 Ausländerlager im Reichsgebiet.⁴⁶⁷

Zwar stieg die Anzahl der Zwangsarbeiter auch weiterhin kräftig, jedoch keineswegs so umfangreich wie geplant. Vom 1. April 1942 bis zum 31. März 1943 seien, wie der Ankläger in Nürnberg Sauckel zitierte, 3.638.056 ausländische Arbeitskräfte rekrutiert worden. Für die ersten fünf Monate 1943 seien 846.511 Ausländer neu gewonnen worden.⁴⁶⁸ Während in den ersten drei Monaten 1943 die Masse der neurekrutierten Arbeitskräfte aus Westeuropa und vor allem aus Frankreich kam (von 516.000 Personen stammten 60 Prozent aus Frankreich⁴⁶⁹, Belgien und den Niederlanden, nur zwölf Prozent aus Osteuropa), war es in der zweiten Jahreshälfte noch einmal umgekehrt. 270.000 wurden aus Westeuropa herbeigeschafft, aus den Ostgebieten wurden 382.000 Menschen deportiert.⁴⁷⁰ Die angestrebte Zahl von 1,6 Millionen neuen Arbeitskräften für 1943 war allerdings schon nicht mehr erreichbar.⁴⁷¹ Trotz alledem hat der große Anstieg der zur Arbeit eingesetzten Ausländer zu Verwaltungs- und Organisationsproblemen geführt. So wurde, wie schon 1935 für deutsche Arbeitnehmer, im Frühjahr 1943 auch für arbeitende Ausländer ein Arbeitsbuch, bezeichnenderweise mit Lichtbild, eingeführt. Es war auch dafür gedacht, damit Fluktuationen und Fluchten besser eindämmen zu können.⁴⁷²

⁴⁶⁵ Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, S. 89. Etwa niedriger die Zahlen mit 4,665 Millionen bei Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, Tabelle S. 806, der sich hierbei auf Untersuchungen Ulrich Herberts bezieht. Allein 1942 wurden insgesamt 3,3 Millionen neue Zwangsarbeiter rekrutiert, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 209, die größte absolute Zahl eines Kriegsjahres.

⁴⁶⁶ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, Tabelle S. 218.

⁴⁶⁷ Herbert, Einleitung, in: Herbert (Hg.), *Europa*, S. 12.

⁴⁶⁸ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 541. Tooze nennt etwas niedrigere Zahlen. Von Januar 1942 bis Juni 1943 seien 2,8 Millionen Ausländer ins Reich geholt worden. Dies entspreche, so Tooze, 78 Wochen lang einer Zahl von 35.000 Personen (einem Großbetrieb), siehe Tooze, S. 596. Wießner berichtet für den 13. März 1943 von einem makabren kleinen Festakt auf dem Krakauer Bahnhof. Dort wurde anlässlich des zehntausendsten Arbeitskräftetransports aus den polnischen Gebieten der millionste Arbeiter für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich geehrt, siehe Wießner, S. 9.

⁴⁶⁹ Mit Frankreich war im Herbst 1942 eine Sonderaktion verabredet worden, die unter dem Namen „Relève“ lief. Um französische Kriegsgefangene zurückzuholen, bot das Vichy-Regime den Austausch mit französischen Zivilarbeitern an. Jedoch mussten für jeden zurückkehrenden Kriegsgefangenen drei Zivilisten gestellt werden. Außerdem wurde durch die deutsche Seite Druck auf die französischen Kriegsgefangenen ausgeübt, sich in einen Zivilarbeiterstatus überführen zu lassen, was nur teilweise gelang. Auf deutschen Druck setzte das Vichy-Regime am 4. September 1942 ein Dienstpflichtgesetz in Kraft, das für Männer von 18 bis 50 Jahren galt und für Frauen von 21 bis 35 Jahren. Ein weiteres Gesetz vom 16. Februar 1943, das Gesetz über den Service du travail obligatoire (Zwangsarbeitsdienst) ermöglichte sogar einen Arbeitspflichtersatz für alle männlichen Franzosen zwischen von 20 bis 50 Jahren, siehe hierzu Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 220–223.

⁴⁷⁰ Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 20 f.; ausführlicher Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 237–242.

⁴⁷¹ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 219.

⁴⁷² So Maier, S. 76.

Auch die Zahl der arbeitenden Kriegsgefangenen hatte seit 1941 noch einmal kräftig zugenommen. In seinem ersten Amtsjahr seien, so berichtete Sauckel, 1.622.829 Kriegsgefangene der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt worden.⁴⁷³ In einer Rede vom 6. Februar 1943 nannte er eine Zahl von insgesamt 1,658 Millionen arbeitenden Kriegsgefangenen. Die beiden größten Gruppen wurden mit 932.000 französischen und 488.000 sowjetischen Kriegsgefangenen angegeben.⁴⁷⁴ Im OKW-Bereich befanden sich zum 1. September 1943 1.532.599 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz; hinzu kamen im Generalgouvernement, in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine, in Norwegen, in Südosteuropa und Italien insgesamt 110.115 arbeitende Kriegsgefangene.⁴⁷⁵

Zu ihnen kamen 1943 als letztes großes Arbeitskräftekontingent aus dem Bereich Zivilisten / Kriegsgefangene auch etwa 600.000 italienische Kriegsgefangene, die nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 und dem baldigen Übergang Italiens auf die Seite der Alliierten ab September 1943 als Arbeitskräfte ins Deutsche Reich geholt und dort auf Befehl Hitlers als italienische Militärinternierte und nicht als Kriegsgefangene eingestuft wurden (damit ohne Schutz durch die Genfer Konvention). Sie hatten teilweise ähnlich schlechte Ernährungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu ertragen wie ihre sowjetischen Kriegsgefangenenkameraden. Vorschläge auf einer Besprechung mit Hitler vom 25. April 1944, sie grundsätzlich zur Erhöhung der Arbeitsleistung in den Zivilstatus zu überführen, wurden wieder fallengelassen, da „ein Großteil davonlaufen würde.“ Weitergehende Planungen Sauckels aus dem Jahr 1943, eine Million zivile Arbeitskräfte aus Italien nach Deutschland zu deportieren, hatten sich schon aufgrund von Wehrmachtsanforderungen bezüglich dieser italienischen Arbeitskräfte nicht umsetzen lassen.⁴⁷⁶

Rüstungswirtschaftlich gewann Italien dagegen eine wichtige Funktion. Auch für Italien erhielt Speer am 13. September 1943 durch einen Führer-Befehl für den Bereich der Wirtschaft neue umfassende Vollmachten, so dass die italienischen Ressourcen nunmehr ohne Abstimmung mit der italienischen Seite der deutschen Rüstungswirtschaft zugeführt werden konnten.⁴⁷⁷ Wirtschaftspolitisch gesehen war das besetzte Italien, so Rolf-Dieter Müller, die größte Beute der Wehrmacht seit ihrem Überfall auf die Sowjetunion.⁴⁷⁸

Insgesamt konnten durch Sauckels auf Gewaltmaßnahmen beruhende Kampagnen im Sommer 1943 bereits 6,5 Millionen Ausländer beschäftigt werden, davon allein 4,95 Millionen

⁴⁷³ Held / Fickenwirth, Anhang, S. 181.

⁴⁷⁴ Hesse, Teil II, S. 68.

⁴⁷⁵ OKW, Abt. Kriegsgefangene, in: BA / MA, RW 6 / v. 451. Kopie im Besitz der Verfasser. Zur Entwicklung der Zahlen arbeitender Kriegsgefangener von 1940 bis 1942 siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, Tabelle 33 S. 244.

⁴⁷⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 909 f; Zitat ebenda, S. 910. Als Einsatzgebiete waren auf Speers Wunsch und Hitlers Zustimmung prioritär der Bergbau und die rüstungswirtschaftliche Schwerindustrie vor allen anderen Wirtschaftsbereichen vorgesehen, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 223, Tabelle 85, S. 225.

⁴⁷⁷ Der Führer-Erlass ist abgedruckt bei: Moll, S. 359. Siehe auch Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 77.

⁴⁷⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 521; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 158 f.

Zivilisten. Im Jahr 1944 stieg die Gesamtzahl nochmals um 1,4 Millionen und erreichte im Herbst 1944 mit 7,904 Millionen ihren Höhepunkt. Sie bildeten 20 Prozent aller Arbeitskräfte im Deutschen Reich, wobei ihr Anteil in der Rüstungsindustrie sogar über ein Drittel betrug. In manchen Betrieben stellten Fremdarbeiter und Kriegsgefangene noch höhere Anteile.⁴⁷⁹ Das Deutsche Reich war in den letzten Kriegsjahren, vor allem durch kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten „rational“ veranlasst, ebenso „multikulturell“ wie das heutige Deutschland.⁴⁸⁰

Obwohl Sauckel und Speer keineswegs grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die Ziele ihrer Politik hatten (möglichst große Endproduktion von Rüstungsgütern auch mit genügend deutschen Fach-Arbeitskräften), waren die einzelnen Maßnahmen zu ihrer Erreichung durchaus strittig. Speer hatte etwa in Posen im Oktober 1943 vor den Gauleitern für ein umfassendes Stilllegungs-Programm der Zivilindustrie geworben und war auf deren heftige Kritik gestoßen. Bereits im 18. Februar 1943 hatte Hitler für die Rüstungsindustrie verfügt, dass unrationelle Rüstungsbetriebe stillgelegt und Arbeitskräfte in rationeller arbeitende Konzerne umgesetzt werden sollten. Dieses hatte jedoch zu erheblicher Unruhe vor Ort geführt, da gerade unter den Besitzern kleiner Betriebe die NSDAP stark vertreten war.⁴⁸¹

Sauckel verfocht dagegen eher eine Politik der Auskämmung, die Betrieben immer noch Teile ihrer Zivilproduktion belassen sollte. So startete er im Spätsommer 1943 ein AZS-Programm (Auskämmung des zivilen Sektors), das diesem zwar Arbeitskräfte entziehen sollte, jedoch – NS-typisch inkonsequent – mit dem Hinweis verbunden war, damit sei keineswegs eine Einschränkung der zivilen Produktion verbunden. Nach bestimmten Schlüsseln und nach Regionen waren dabei freizustellende Arbeitskräfte auf die Betriebe herunterzubrechen. Insgesamt 400.000 Arbeiter wurden so freigemacht; am stärksten war dabei die Textilindustrie betroffen, die neun Prozent ihrer Beschäftigten abzugeben hatte.⁴⁸²

Im Führerhauptquartier fanden im Übrigen in unregelmäßigen Abständen mit Hitler Besprechungen zur Frage der Ausländerrekrutierung statt, an denen neben Sauckel und Speer auch OKW und REM vertreten waren. Aus einer dieser Besprechungen von Ende 1943 geht hervor, dass Sauckel für 1944 einen Bedarf von mehr als drei Millionen⁴⁸³ neuen Arbeitskräften ermittelt hatte, um den Bestand wegen zu erwartender Abgänge nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch einmal zu erhöhen. Speer erklärte auf der Besprechung, er benötige darüber hinaus 1,3 Millionen Arbeitskräfte zur Erhöhung der Eisenerzförderung und betonte

⁴⁷⁹ Tooze, S. 595 f. Zur Entwicklung der ausländischen Zivilarbeitskräfte mit ausgewählten monatlichen Stich-tagszahlen von Januar 1941 bis Dezember 1943 siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, Tabelle 31 S. 243 sowie Staatsangehörigkeit der Ausländer Tabelle 32 S. 244.

⁴⁸⁰ Rational aus Sicht des NS-Regimes, und im Vergleich mit Deutschland heute, so die Charakterisierung von Tooze, S. 597.

⁴⁸¹ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 887 f.

⁴⁸² Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 891 f.

⁴⁸³ Die Zahl setzte sich aus 1,5 Millionen Italienern, einer Million Franzosen, jeweils 0,25 Millionen Belgiern und Holländern, 0,5 Millionen Sowjetbürgern und 100.000 Polen aus dem Generalgouvernement zusammen, siehe Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 222.

dabei, diese dürften nicht aus Arbeitern in den besetzten Gebieten, die für die deutsche Rüstungs- und Zulieferindustrie tätig seien, gewonnen werden, da solches sonst zu einem Produktionsrückgang bei der Rüstung führen werde.⁴⁸⁴ Mit diesem Argument war Speer bereits 1943 bei Hitler durchgedrungen, so dass bereits 1943 der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Westen stark abgenommen hatte. Es wurden zwar noch einmal im Juni 1943 über 125.000 Arbeitskräfte aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden ins Reich deportiert, in den jeweiligen Folgemonaten bis April 1944 lag ihre Zahl aber fast immer nur noch bei zehn- bis zwölf-tausend Personen.⁴⁸⁵ Der Konflikt (nicht über Ziele, sondern über Mittel) zwischen Speer und Sauckel wurde Hitler gegenüber im Dezember 1943 offen ausgetragen. Als es schließlich nach mehreren Verschiebungen am 4. Januar 1944 zur Chefbesprechung mit Hitler kam, wurde keine Grundsatzentscheidung gefällt. Hitler wollte beides: Deportationen von Arbeitskräften und Fertigungsschutz, was nicht möglich war. Sauckel sollte sogar nach Hitlers Willen vier Millionen neue Zwangsarbeiter beschaffen, eine völlig illusionäre Forderung.⁴⁸⁶

Die tatsächlichen „Erfolge“ Sauckels blieben 1944, vor allem aufgrund der inzwischen stark verschlechterten militärischen Lage, erheblich unter den Zielen, gingen aber trotzdem in die Hunderttausende. Mitte 1944 lag die Zahl der neu rekrutierten Arbeitskräfte, von denen wiederum die Mehrheit aus dem Osten kam, bei 537.400 Personen.⁴⁸⁷ Insgesamt waren 1,5 Millionen dem Arbeitsprozess zugeführt worden, davon allein 865.000 Deutsche (Lehrlinge und Frauen). Aus dem westlichen Ausland stammten nur noch wenige (aus Italien und Frankreich 19.000 Arbeitskräfte), da es zum einen Speer gelungen war, allein in Frankreich 5,5 Millionen Kräfte vor dem Abzug zu schützen, zum anderen aber auch die von Sauckel vorgeschlagenen „Ostmethoden“ der Rekrutierung bei den Wehrmachtbefehlshabern im Westen keine Unterstützung fanden.⁴⁸⁸ Zugespitzt könnte man sagen: Während der Osten vor allem Menschen (Zivilisten) lieferte, erwartete man aus dem Westen weiterhin vor allem Produkte.

⁴⁸⁴ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 535.

⁴⁸⁵ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, Tabelle S. 899.

⁴⁸⁶ Siehe zu diesen Auseinandersetzungen Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 896–904. Sauckels Erfolgswahlen wurden von seinem Konkurrenten Speer im Übrigen nicht wirklich ernst genommen, denn Sauckel rechnete auch Arbeitsplatzwechsel als Zugang zum Arbeitsmarkt, siehe ebenda, S. 905. Zu den Auseinandersetzungen Sauckel–Speer siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 228–230.

⁴⁸⁷ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 222. Siehe hierzu auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 225–228.

⁴⁸⁸ Siehe Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 913 f., 917. Zu den von Speer geschützten Arbeitskräften ebenda, S. 906 f. Am 5. Oktober 1943 hatte Speer einen Erlass über Sperr- beziehungsweise Schutzbetriebe (S-Betriebe) herausgegeben, der es verbot, Beschäftigte dieser ausländischen Betriebe zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich zu holen, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 161. Auch die Rückzugsmethoden waren sehr unterschiedlich. Während im Osten so viele Produktionsanlagen und Verkehrswege wie möglich zerstört wurden, gab es beim Rückzug aus den europäischen Nord- und Westgebieten keine Politik der verbrannten Erde, Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 760. Tooze weist zudem in Bezug auf Sauckels brutales Deportationssystem zu Recht darauf hin, dass aus deutscher Perspektive – volkswirtschaftlich gesehen – der Einsatz von Arbeitskräften in Deutschland, dem Land mit der höchsten Produktivität zur damaligen Zeit in Europa, rationaler war als etwa Speers Bemühungen, Arbeitskräfte in den besetzten Westländern zu halten, siehe Tooze,

Eine Übersicht über die Gesamtentwicklung des Ausländereinsatzes gibt die nächste Tabelle.

*Einsatz von zur Arbeit eingesetzten Ausländern aus besetzten Gebieten im Deutschen Reich*⁴⁸⁹

| Herkunftsland | 20.1.1942 | 31.12.1942 | 31.12.1943 | 15.2.1944 | Spätsommer 1944 |
|--|--------------------------|-------------------|-------------------|------------------|------------------------------------|
| Belgien | 131.470 | 144.974 | 222.851 | 209.976 | 199.437 |
| Frankreich | 62.589 | 191.463 | 660.610 | 650.230 | 646.421 |
| Italien | 188.122 | 165.885 | 124.939 | 126.411 | 287.347 |
| Ehem. Jugosla- wien | 78.107 | 50.686 | 43.242 | 42.608 | 97.760 |
| Kroatien | 56.318 | 67.068 | 68.224 | 66.592 | in Zahl Jugosla- wien enthalten |
| Niederlande | 96.151 | 161.862 | 274.368 | 266.827 | 254.544 |
| Ungarn | 30.521 | 27.945 | 25.893 | 24.863 | 24.263 |
| Sowjetunion (Ostarbeiter) | 55.081 (mit Baltikum) | 1.263.312 | 1.812.091 | 1.872.516 | 2.174.644 |
| Baltikum | - | 29.681 | 33.687 | 35.460 | - |
| Generalgouver- nement / Bialystok | 1.032.196 | 918.117 | 1.054.537 | 1.028.816 | 1.662.336 |
| Polen (aus annekt. poln. Gebieten) | Keine Angabe | 494.069 | 558.675 | 590.581 | - |
| Protektorat | 140.693 | 209.278 | 280.313 | 279.290 | 313.890 (inkl. Slowakei) |
| Gesamt | 2.138.360 | 3.724.340 | 5.438.178 | 5.454.628 | 5.770.340 |

Mit 5.597.741 ausländischen Zivilarbeitern am Stichtag 15. Mai 1944 stammte jede fünfte Zivilarbeitskraft in der deutschen Wirtschaft aus dem Ausland.⁴⁹⁰

S. 596 f. Insofern handelte das NS-System zwar verbrecherisch, folgte dabei jedoch durchaus ökonomischen Kriterien.

⁴⁸⁹ Umbreit, Deutsche Herrschaft, Tabelle S. 218. Während mehr deutsche Arbeitskräfte gewonnen werden konnten, blieben im ersten Halbjahr 1944 die erwarteten Kontingente mit Ausnahme der Ostarbeiter und Polen weit unter den Planungen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 87 S. 233. Bis in die zweite Jahreshälfte stieg durch innerdeutsche Maßnahmen die Zahl der verschärften Meldepflichten und Umsetzungen für den Produktionsbereich nochmals etwa eine Million, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 88, S. 235. Insgesamt war 1944 nach Sauckels Bericht vom 30. Dezember 1944 die Zahl der neugewonnenen deutschen Arbeitskräfte für den Produktionseinsatz um etwa 2,1 Millionen und der Ausländer um 1,2 Millionen höher, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 90 S. 246.

⁴⁹⁰ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 222. Eichholtz gibt an, dass zu dieser Größenordnung auch noch mitgeführte Kräfte (Zivilisten und ihre Familien, Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz bei der Wehrmacht) im Umfang von gut 2,5 Millionen Personen hinzuzurechnen sind, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 243.

Ostarbeiterrekrutierung und Arbeitseinsatz

Während die Arbeitskraftrekrutierung im Osten bereits nach einer kurzen Zeit der Werbung um freiwilligen Arbeitseinsatz im Deutschen Reich alsbald brutale Zwangsmittel verwendete (ganze Jahrgänge, regionale Vorgaben für die Anzahl der zu stellenden Personen mittels Kontingenten⁴⁹¹ und im wörtlichen Sinne Jagd auf Menschen mit sofortigem Abtransport), setzten die Rekrutierungen in Westeuropa erst im Laufe des Jahres 1942 auch auf offenen Zwang.⁴⁹² Doch obwohl dadurch Westarbeiter vielfach gleichfalls unter Zwang rekrutiert worden waren, entwickelten sich die Arbeitsbedingungen beider Gruppen weiterhin sehr unterschiedlich. Ostarbeiter erhielten weniger Nahrungsmittel, waren arbeits- und sozialrechtlich schlechter gestellt und hatten praktisch keine Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber der deutschen Seite wirksam zu vertreten.⁴⁹³ In unserer Untersuchung werden daher die Ostarbeiter auch genauer analysiert.

Wie sah eine solche Anwerbung in der Praxis aus? Die Ukrainerin Galina Iwanowna berichtete später dazu: „Es begann damit, daß ein Deutscher namens Graf Spreti im Februar 1942 hierher nach Uman [Stadt in der Ukraine, A.d.A.] kam, um Arbeitskräfte anzuwerben. Die Deutschen veranstalteten eine große Versammlung im Kino. Eine Menge Leute ging hin, um zu sehen, was es gab. Spreti sagte: ‚Ich möchte, daß ihr Bürger von Uman freiwillig nach Deutschland geht, um der deutschen Wehrmacht zu helfen.‘ Er versprach uns das Paradies. Aber wir wußten schon, was solche Versprechungen wert waren, und fragten: ‚Was geschieht, wenn wir nicht wollen?‘ Graf Spreti antwortete: ‚In diesem Fall wird man Sie höflich auffordern, trotzdem zu gehen.‘ Das war am 10. Februar. Zwei Tage später zogen sie von Haus zu Haus und nahmen alle jüngeren Leute mit. Man brachte uns in eine große Schule und um fünf Uhr morgens zum Bahnhof. Dort steckte man uns in Eisenbahnwagen, die dann verschlossen wurden.“

Ein anderes Beispiel für die Methoden ist eine Menschenjagd, von der ein Bericht der Ordnungspolizei Riga vorliegt: „...d. h. ein Lastwagen fuhr an dem Verkehrsknotenpunkt der

⁴⁹¹ So bejahte Rosenberg vor dem IMT die Frage des Anklägers, ob Sauckel bestimmte Gebietskontingente an Arbeitskräften angefordert habe, siehe Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 530 f. Bereits kurz nach Sauckels Ernennung zum GBA wuchs die Zahl der Anwerbekommissionen im Osten auf 24 sowie ihre Mitarbeiterzahl auf das Doppelte an. Auch das OKH unterstützte Sauckel mit der Anordnung, für Dörfer bestimmte Mindestzahlen an zu deportierenden Arbeitskräften festzusetzen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 505 f.

⁴⁹² Nach Aussagen Speers vor dem IMT war auch die große Mehrheit der westeuropäischen Arbeitskräfte unter Zwang nach Deutschland gebracht worden, siehe Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 546. So wurden Dänen und auch Niederländer bis etwa 1942, Sauckels Amtsantritt, als grundsätzlich auf der Basis von formaler Freiwilligkeit angeworben angesehen, siehe Gerhard Hirschfeld, Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 172–183, S. 177 sowie Yves Durand, Vichy und der „Reichseinsatz“, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 184–199, S. 184. Zur Werbung französischer Arbeitskräfte siehe zum Beispiel ein Rundschreiben des Rüstungsministeriums vom 14. Oktober 1942, abgedruckt in: Heß, S. 117. Urban weist allerdings zu Recht darauf hin, dass über selektive Verteilung von Essensmarken wie Betriebsstilllegungen in den besetzten Ländern expliziter oder impliziter Druck auf Arbeitskräfte ausgeübt wurde, eine Beschäftigung im Deutschen Reich anzunehmen, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 44.

⁴⁹³ Siehe hierzu Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 255.

Stadt vor, erfaßte eine gerade vorhandene Menschengruppe, verlud sie in Lastwagen und schleppte sie ins Auffanglager ab. ... Die Personen wurden beim Verladen von betrunkenen Greifkommandos, die unter der Führung von deutschen SS-Männern standen, geschlagen und beschimpft. ... Vor der Zentralmolkerei wurden sämtliche nach Milch anstehenden Frauen umstellt, verladen und zum Auffanglager verschleppt. ... Am Nachmittag waren die Straßen ziemlich ausgestorben, und unter der Bevölkerung herrschte Panik und Furcht. ... Besonders hart wird empfunden, dass durch die Zwangswerbungen Mütter von ihren kleinen Kindern und Schulkinder von der Familie getrennt werden. Die Betroffenen suchen sich mit allen Mitteln dem Abtransport nach Deutschland zu entziehen. ... Das hat wiederum eine Verstärkung der deutschen Gegenmaßnahmen zur Folge; als solche werden [in Briefen betroffener Ukrainer] erwähnt: Beschlagnahmung des Getreides und des Eigentums, Inbrandsetzung des Hauses, gewaltsames Zusammentreiben, Fesselung und Mißhandlung der Gesammelten, Zwangsaborte von schwangeren Frauen.“⁴⁹⁴

Auch Kontingentierungen, bei denen örtliche Behörden die zu deportierenden Dorf- und Stadtbewohner auszuwählen hatten, fanden statt. Die Ostarbeiterin Nadeshda Koroljowa schilderte dieses so: „Am 26. Mai 1942 kam der Bescheid, der mich verpflichtete, eine Arbeitsstelle in Deutschland als Zwangsarbeiterin anzutreten. Ein Junge, den ich kannte, versuchte zu fliehen, er wurde jedoch erwischt und als Abschreckung für alle anderen öffentlich erschossen ... Die Deutschen brauchten Arbeitskräfte, man hörte zu dieser Zeit auch, dass sie durch die Dörfer fuhren und einfach junge Menschen von der Straße ‚einsammelten‘. In der Kolchose, in der ich arbeitete, übergaben sie dem Vorsitzenden einen Plan, der ihn verpflichtete, eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften für den Abtransport nach Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Auswahl blieb ihm überlassen.“⁴⁹⁵

Wie Untersuchungen der Ostarbeiter etwa in der deutschen Schwerindustrie zeigten, waren dementsprechend viele der auf diese Weise durch Razzia-Methoden Deportierten entweder zu jung oder zu alt für die Arbeit, so dass sie den häufig schweren Arbeitsbedingungen nicht standhalten konnten. Es kam auch zu Fällen von Selbstverstümmelung oder Selbstbeschädigung, um den harten Arbeitsbedingungen zu entgehen. Für diese Fälle hatte allerdings der Sicherheitsapparat Himmlers vorgesorgt, denn Selbstbeschädigung führte zur Einweisung ins Konzentrationslager oder sogar zu Todesstrafen.⁴⁹⁶

⁴⁹⁴ Zitiert in: Rolf-Dieter Müller, Rekrutierung, S. 238–239.

⁴⁹⁵ Zitiert in: Maier, S. 80.

⁴⁹⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 807. Dies galt auch für deutsche Arbeitskräfte, die auf diese Weise sich verschlechternden Arbeitsbedingungen entgehen wollten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 264.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG!
ACHTUNG
Jugendliche der Jahrgänge 1922-25.

An dem ersten Transport der Arbeitsdienstpflichtigen in das deutsche Reich sollen auch die männlichen Jugendlichen beteiligt werden.

Es richten sich daher sämtliche männlichen und weiblichen Jugendlichen der obigen Jahrgänge, die nicht im Besitze eines vom Arbeitsamt ausgestellten Freistellungsausweises sind, ohne Rücksicht auf die z. Zt. noch von Ihnen ausgeübte Tätigkeit auf den nachstehenden Abreisetag ein.

ABREISETAG: Donnerstag, der 3. Juni 1943, 7.00 morgens.

SAMMELPUNKT: Vorplatz des Hauptbahnhofes Kiew.

Für die Jugendlichen aus Darniza und Umgebung fährt um 6.30 Uhr ein Zubringerzug zum Hauptbahnhof Kiew.

Ich erwarte, daß alle in Betracht kommenden Jugendlichen ausnahmslos und pünktlich zur Abreise erscheinen.

Kiew, am 11. Mai 1943. Der Stadtkommissar in Kiew.

ОФІЦІЙНЕ ПОВІДОМЛЕННЯ
УВАГА
молодь років народження 1922-1925.

У першому транспорті трудовоб'язаних до Німецького Рейху повинні бути участь також і хлопці.

Тому всі хлопці і дівчата вищевказаних років народження, що не мають виданого Біржею праці свідоцтва про звільнення, не заважаючи на роботу, яку вони зараз ще виконують, повинні приготуватися до наступного дня від'їзду.

ДЕНЬ ВІД'ЇЗДУ: четвер, 3 червня 1943 р., 7 год. ранку.

МІСЦЕ ЗБОРУ: площа перед головним Київським вокзалом.

Для молоді в Дарниці та її околицях о 6 год. 30 хв. з Дарниці відходит спеціальний потяг до головного Київського вокзалу.

Я чекаю, що вся юбов'язана до цього від'їзду молодь з'явиться для від'їзду без винятків і точно.

Київський офіційний журнал

Abb. 7: Bekanntmachung von Juni 1943 in Kiew über Zwangstransporte in das Deutsche Reich (Quelle: Bundesarchiv)

Ostarbeiter und Polen waren zudem noch besonderen hygienischen Maßnahmen unterworfen. Wo möglich, wurden bereits im Herkunftsland entsprechende Untersuchungen vorgenommen und die Menschen einer Entlausung unterworfen. Nach der Ankunft im Deutschen Reich wurden diese Gruppen in Auffang- und Durchgangslagern nochmals untersucht und entlastet. 45 solcher Lager, geführt von der DAF, existierten im Reichsgebiet.⁴⁹⁷

Etwa die Hälfte der Ostarbeiter bestand aus jungen Frauen und Mädchen, die Mehrzahl von ihnen kam aus der Ukraine. Wenn man das durchschnittliche Alter berücksichtigt, dann war der typische Ostarbeiter „ein 18-jähriges Mädchen vom Land“.⁴⁹⁸ So lag denn auch der Anteil der ukrainischen Ostarbeiterinnen an den ausländischen Zwangsarbeiterinnen im September 1944 (1,99 Millionen gesamt) bei etwa 60 Prozent; ethnische Polinnen machten 24 Prozent aus.⁴⁹⁹

⁴⁹⁷ Maier, S. 75.

⁴⁹⁸ Christine Glauning, „Ostarbeiter“ im Deutschen Reich, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010, S. 4, mit Verweis auf Dieter Pohl aus einem Vortrag vom 1. Oktober 2009.

⁴⁹⁹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 205. Ostarbeiterinnen in der Industrie wurden in ihrer Freizeit durchaus auch noch zusätzlich für hauswirtschaftliche Tätigkeiten eingesetzt, so für Fabrikbesitzer.

Regionale Herkunft und altersmäßige Zusammensetzung der rekrutierten Ostarbeiter hatten ganz allgemein auch etwas mit dem Niveau der tatsächlichen Herrschaftsausübung in den besetzten Gebieten zu tun. Die ab 1942 zunehmende Partisanenbewegung führte schnell dazu, dass die deutsche Herrschaft 1943 im Hinterland der Front nur noch auf etwa 20 Prozent des Gebiets beschränkt war (vor allem die Städte). Auch weil die Herrschaft im Reichskommissariat Ukraine von Anfang an etwas stabiler war als in anderen Ostgebieten, konnten so von dort mehr Zwangsarbeiter als aus anderen sowjetischen Regionen ins Reich geschafft werden. Doch im Jahr 1943 verschlechterte sich auch hier die Lage der deutschen Verwaltung. In einer Besprechung Görings mit Fritz Sauckel und Herbert Backe am 28. April 1943 wurde konstatiert, dass „die Leistungen der besetzten Ostgebiete durch die Partisanenkämpfe stark beeinträchtigt und weitgehend unmöglich gemacht sind.“ So gingen etwa Himmlers Sicherheitskräfte dazu über, bei Partisanen-Aktionen ganze Bevölkerungsgruppen und sogar teils die gesamte Bevölkerung aus sogenannten verseuchten, das heißt praktisch unter Herrschaft der Partisanen stehenden Gebieten vollständig nach Deutschland zu deportieren.⁵⁰⁰ Auch beim Rückzug der Wehrmacht forderte bereits 1943 ein Führer-Befehl nicht nur die Zerstörung aller für den Feind potentiell nützlichen Waffen und Gebäude, sondern auch die Mitführung aller männlichen Zivilpersonen zwischen 15 und 65 Jahren, um diese einem Zugriff des Gegners zu entziehen.⁵⁰¹

Einige Gesamtzahlen für Ostarbeiter beiderlei Geschlechts mögen diesen Trend verdeutlichen. Aus dem Operationsgebiet (das das OKH verwaltete) wurden allein 1942 etwa 805.000 Menschen abtransportiert, davon im Mai rund 147.000 und im Juni 164.000. 1943 kamen etwa 210.000 Sowjetbürger aus dem Operationsgebiet zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich, schließlich als Höhepunkt für das Jahr 1944 im März noch einmal über 100.000.⁵⁰² Beim Rückzug der Wehrmacht wurden 1944 auch ganze Familien mitgeschleppt, die als Hiwis (sogenannte Hilfswillige) in ihrem Dienst gestanden hatten⁵⁰³, und in einer sogenannten Heu-Aktion zwang die Heeresgruppe Mitte vor ihrer Zerschlagung noch einige Zehntausend zehn- bis 13-jährige Kinder zur Arbeit, die entweder für sie eingesetzt oder direkt nach Deutschland geschickt wurden.⁵⁰⁴ Wenn sich die Möglichkeit eröffnete, versuchten sich die so Gepressten

Grundsätzlich wurde dies von Sauckel gutgeheißen, jedoch für Ostarbeiterinnen in der Rüstungsindustrie untersagt, siehe Winkler, in: Winkler, *Stiften gehen*, S. 160 f.

⁵⁰⁰ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 169. Dort auch Zitat.

⁵⁰¹ Der Führer-Befehl Nr. 4 vom 14. Februar 1943 und weitere, ähnlich gelagerte Befehle sind abgedruckt in: Rüter, *Bd. Register*, S. 224–226.

⁵⁰² Rolf-Dieter Müller, *Rekrutierung*, S. 235 f. Etwa die Hälfte des besetzten sowjetischen Gebiets blieb immer unter der Militärverwaltung des OKH und wurde nicht in Form von Reichskommissariaten organisiert, siehe Pohl, S. 269.

⁵⁰³ Rolf-Dieter Müller, *Rekrutierung*, S. 247.

⁵⁰⁴ Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 221. Auch die anderen Heeresgruppen führten solche Aktionen durch. Eichholtz zitiert in diesem Zusammenhang eine Beschwerde deutscher Rüstungskonzerne, dass in diesen Zwangsarbeiterkontingenten „ein hoher Prozentsatz“ an Personen enthalten sei, der „wegen Altersschwäche, Minderjährigkeit oder Krankheit nicht einsatzfähig war. So bestand ein den Mannesmann-Röhrenwerken in

dem Arbeitseinsatz im Deutschen Reich durch Fluchten während des Bahntransports (etwa 25 Prozent) oder auf den Landtrecks beim Rückzug der Wehrmacht 1944 (etwa 40 Prozent durch Fluchten oder Befreiungen durch Partisanen) zu entziehen, was noch einmal den Zwangscharakter der Rekrutierung unterstreicht.⁵⁰⁵

Die Sicherheitsaspekte des Arbeitseinsatzes sowjetischer Zivilisten wurden am 20. Februar 1942 wiederum – anders als beim Masseneinsatz der Polen diesmal vorher – durch einen Himmler-Erlass geregelt, der gemäß dem Rassenschema der Nationalsozialisten (Herrenmensch – Untermensch) noch schärfere und diskriminierende Bestimmungen für Sowjetbürger enthielt als gegenüber den Polen gut ein Jahr vorher: Sie erhielten als neue Kategorie die Kennzeichnungspflicht „Ost“, eine noch geringere Bezahlung und vor allem – das betraf auch die sowjetischen Kriegsgefangenen – eine praktisch immer für die geforderte Arbeitsleistung⁵⁰⁶ viel zu geringe und schlechte Verpflegung. Dies führte zum Tod vieler Zwangsarbeiter, zumal sie häufig zunächst vor allem in Schwerarbeitsverhältnissen (Bauarbeiten, Bergbau) beschäftigt waren. Viele arbeiteten sich im wörtlichen Sinne zu Tode.



Abb. 8: Stigmatisierendes Ostarbeiterabzeichen
(Quelle: Bundesarchiv)

Die „Ostarbeiter-Erlasse“, hier kurz nach Wikipedia zusammengefasst, enthielten zum Beispiel folgende Bestimmungen⁵⁰⁷:

Düsseldorf zugeführtes Ostarbeiterkontingent zu 29 Prozent aus Kindern unter 14 Jahren, außerdem befanden sich unter diesem Transport Blinde, Altersschwache, Kranke und Verwundete, die nicht einsatzfähig waren. Ein der August-Thyssen-Hütte zugewiesener Transport enthielt von 509 Ostarbeitern 161 Kinder im Alter von einem Monat bis zu 14 Jahren, 49 nicht einsatzfähige Männer und 69 nicht einsatzfähige Frauen“, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 34 f.

⁵⁰⁵ Rolf-Dieter Müller, Rekrutierung, S. 244, 246.

⁵⁰⁶ So verweist Eichholtz anhand einiger Beispiele aus dem Bergbau und der IG Farben zu Recht darauf, dass sowohl sowjetische Kriegsgefangene als auch Ostarbeiter als Ungelernte häufig schwere Arbeiten zu erledigen hatten, siehe Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 33 f.

⁵⁰⁷ Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/zwangsarbeit/rd19-3_eri-osta-kennz-sw.pdf. Nach Eichholtz

- Verbot, den Arbeitsplatz zu verlassen, Geld und Wertgegenstände sowie Fahrräder und Feuerzeuge zu besitzen, Fahrkarten zu erwerben sowie gemeinsam Gottesdienste mit Deutschen zu besuchen.
- Verpflichtung, das Kennzeichen mit der Aufschrift „Ost“ gut sichtbar auf jedem Kleidungsstück zu tragen.
- Erhalt schlechterer Verpflegung und weit geringeren Lohns als bei Deutschen.
- Unterbringung in Lagern nach Geschlechtern getrennt.
- Strafen wie Einweisungen in Arbeitserziehungs- oder in Konzentrationslager.
- Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen bei Androhung der Todesstrafe.

Das führte ab 1942 zu folgender rassistisch-völkischer wie auch teils außenpolitisch motivierter Hierarchie der Arbeitskräfte: Deutsche ⇒ dann Westarbeiter (Franzosen vor Belgiern, Niederländern und Dänen) und ⇒ Arbeitskräfte aus formal verbündeten Staaten oder annektierten Gebieten (unter anderem Italiener, Tschechen, Slowaken), ⇒ Polen, ⇒ Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene, ⇒ KZ-Häftlinge, ⇒ schließlich die Juden, denen im Prinzip kein dauerhaftes Lebensrecht mehr zugestanden wurde.⁵⁰⁸ Die ausländischen Gruppen waren gemäß entsprechender ideologischer wie auch kriegswirtschaftspolitischer Kriterien der NS-Führung recht unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt, auch wenn sie

war die nationalsozialistische Rassendiskriminierung der Ostarbeiter „Waffe der reaktionärsten und aggressivsten Elemente der deutschen imperialistischen Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen Arbeiterbewegung, Demokratie und Sozialismus“, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 21 – eine weit überspitzte Bewertung in Anlehnung an die Dimitroffsche Faschismustheorie, die somit nicht etwa hauptsächlich Hitler, Himmler und seine Unterstützer für die unmenschliche Behandlung der Ostarbeiter verantwortlich machte. Zur Ostarbeiterbehandlung siehe ebenda, S. 212 ff. Im Übrigen waren die Sicherheitsmaßnahmen in den Erlassen und Merkblättern nach Himmlers Anweisung eher vage formuliert, um konkrete Maßnahmen besser geheimhalten zu können, siehe Andreas Mai, „Haltet Abstand von den Ausländern!“: NS-Ideologie und Lebenswelten von ausländischen Arbeitskräften in Nordwestsachsen, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 27–48, S. 27. Lange bevor die konkreten Ostarbeiter-Erlasse in Kraft traten, gab es unter Leitung von Reinhard Heydrich im RSHA bereits seit August 1941 interministerielle Beratungen zu sicherheitspolitischen Fragen des Ausländereinsatzes. Am 3. Dezember 1941 fand eine erste große Besprechung mit mehr als 40 Vertretern anderer Institutionen statt. Vertreten waren etwa NDSAP-Parteikanzlei, Ostministerium, AA, RWM, RAM, OKW / Abwehr, OKW / WiRüAmt, Ordnungspolizei, RM für die Festigung des deutschen Volkstums, DAF, Reichsnährstand und andere. Man beschloss die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Arbeitskreises, der in den nächsten drei Jahren zu Besprechungen zusammenkam, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, FN 95 S. 801. Kroener betont daher zu Recht, dass alle relevanten Institutionen des Deutschen Reiches über das Schicksal vor allem der Ostarbeiter hinreichend informiert und auch entsprechend mitverantwortlich waren. Die Besprechung fiel im Übrigen in den Zeitraum der ursprünglich auf den 9. Dezember 1941 anberaumten Besprechung über die „Endlösung der Judenfrage“, die dann als sogenannte Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 stattfand und an der ebenfalls eine Vielzahl von Institutionen teilnahm, siehe zur Wannsee-Konferenz NS-Terror und Verfolgung, S. 231–237.

⁵⁰⁸ Schema nach Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 153. Siehe auch Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 12–15.

zuweilen generalisierend unter dem Schlagwort „Zwangsarbeit“ zusammengefasst werden können.⁵⁰⁹

Die Klagen vieler Betriebe über die unzureichende Arbeitsleistung von Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen hatten zunächst keine Änderungen der Befehlslage zur Folge; beide Gruppen bildeten bis 1944, ehe auch KZ-Häftlinge systematisch zur Arbeit eingesetzt wurden, die unterste Hierarchiestufe aller Arbeitskräfte, wie zwei beispielhafte Berichte belegen:

„In den bereisten Gauen wird aber ganz im Allgemeinen, abgesehen von wenigen Musterbetrieben, der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem weiten Ostraum leicht (zu) ergänzendes Produktionsmittel betrachtet. Die Betriebsführer haben fast durchgängig keinerlei Verständnis für das Wesen der Ostarbeiterfrage und wollen auch kein Interesse daran nehmen. Infolge dessen lassen selbst die notwendigsten Dinge wie Essen und Unterkunft zu wünschen übrig, sind ungenügend, lieblos hergerichtet, schmutzig und zum Teil sogar über jedes Maß hinausgehend schlecht ... Aufschlussreich war aber die Bemerkung: ‚Der Ostarbeiter sei sehr zäh. Er arbeite, bis er an dem Arbeitsplatz mit dem Gesicht in den Dreck falle und der Arzt nur noch den Totenschein ausstellen könne.‘ Die Stimmung der Ostarbeiter war mit wenigen Ausnahmen, wo sie ausgesprochen gut genannt werden konnte, im Allgemeinen eine unzufriedene bis zum Teil sogar katastrophale. So wird z. B. das Bild der Trostlosigkeit und Verelendung in dem Lager des Bochumer Vereins [Zeche, A.d.A.] nie ausgelöscht werden können: ... Arbeiter furchtbar heruntergekommen, Stimmung katastrophal, Lager vernachlässigt und dreckig, Essen unzureichend. Prügel, Familien auseinander gerissen. Fluchtversuche sogar von Frauen. Essen als Prämie – erst Leistung dann Betreuung. Keinerlei Verständnis bei Leitung.“⁵¹⁰

„Der Arbeitseinsatz des Ostarbeiters richtet sich weder nach der Arbeitszeitverordnung noch – soweit er jugendlich ist – nach dem Jugendschutzgesetz. Auch sonstige arbeitschutzrechtliche Bestimmungen, z. B. das Mutterschutzgesetz usw.⁵¹¹, gelten für den

⁵⁰⁹ Siehe hierzu Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 386 f.

⁵¹⁰ Aus einem Bericht des Wirtschaftsstabs Ost im Ruhrgebiet November 1943, zitiert in: Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 162. Obwohl Sauckel offiziell das Prügeln von Ostarbeitern verboten hatte, kam dies immer wieder vor. Auf einer Tagung der RVK im Oktober 1942 unter Leitung von Paul Pleiger mit Robert Ley, dem Chef der DAF, wurde den anwesenden Zechenleitern des Ruhrgebietes implizit geraten, widerwillige oder arbeitsunwillige Ostarbeiter durch Prügel zu besserer Arbeit heranzuziehen. „Unter Tage ist es dunkel, und Berlin ist weit vom Streb“, wie Tooze, S. 610, Pleiger zitiert.

⁵¹¹ Bis Ende 1942 wurden zur Entlastung des deutschen Sozialbudgets schwangere Ostarbeiterinnen in die Heimat zurückgeschickt; ab 1943 war dies verboten, denn die deutschen Behörden vermuteten, dass Schwangerschaften absichtlich herbeigeführt würden, um in die Heimat zurückgeschickt zu werden. Ab 1943 verstärkte man daher bei solchen Schwangerschaften den Druck für Abtreibungen. Wenn trotzdem Kinder geboren wurden, wurden diese in Ausländerkinder-Pflegestätten verbracht, in denen die meisten in relativ kurzer Zeit verstarben. Etwa 75.000 solcher Kinder kamen zumeist in diese Heime, die Mehrzahl erlebte das Kriegs-

*Ostarbeiter nicht. Rechtlich gesehen gibt es daher für ihn keine Höchstgrenze für die tägliche Arbeitszeit und keine beschränkenden Vorschriften für die Beschäftigung mit bestimmten Arbeiten. Trotzdem wird sich im Allgemeinen die Arbeit des Ostarbeiters insoweit nach denselben Regeln abspielen, wie sie auch sonst betriebsüblich sind.*⁵¹²

Die Löhne der Ostarbeiter beiderlei Geschlechts lagen erheblich unter deutschen Löhnen; es gab aber auch hierbei erhebliche Spreizungen (zu den Ostarbeiterlöhnen siehe Kapitel 5, am Beispiel der Astra-Werke). Im Januar 1942 war eine gesonderte Ostarbeitersteuer eingeführt worden. Sie steuerte Lohnzahlungen über 17 RM wöchentlich beziehungsweise 50 RM monatlich progressiv weg.⁵¹³ Am 2. Juli 1942 wurden im Reichsgesetzblatt erstmals umfassende Regelungen für die Beschäftigung von Ostarbeitern unter dem Titel „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ vom 30. Juni 1942 veröffentlicht. Darin waren weder Sozialleistungen noch Zuschläge für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit vorgesehen, was Ostarbeiter auch nach dieser Anfangsverordnung per se für deutsche Arbeitgeber im Gesamtergebnis billiger machte. Die Verordnung enthielt drei Entgelttabellen (Tages-, Wochen- und Monatslohn). Beim täglichen Lohn ging die Spreizung von 1,40 RM bis 13,00 RM pro Tag für deutsche Arbeitskräfte. Hiervon bekamen Ostarbeiter von 100 Prozent in der niedrigsten bis zu 34 Prozent in der höchsten Lohnstufe. Allerdings wurde davon nur ein Teil ausgezahlt, da der Arbeitgeber für jeden Ostarbeiter einheitlich 1,5 RM pro Tag für Unterkunft und Verpflegung abziehen konnte. Zum anderen beanspruchte der Staat eine gesonderte Ostarbeiterabgabe, die in der höchsten Entgeltstufe bei 8,25 RM pro Tag lag. Eine Beispielrechnung: Ausgehend von einem deutschen Vergleichslohn von 2,45 bis 2,60 RM, erhielten Ostarbeiter (theoretisch) Folgendes: Ein Entgelt von 2 RM pro Tag, abzüglich der Unterkunfts- und Verpflegungskosten von 1,5 RM, so dass ein Nettolohn von 0,5 RM blieb. Die spezielle vom Arbeitgeber zu zahlende Ostarbeiterabgabe an den Staat betrug in diesem Fall auch 0,5 RM.⁵¹⁴

Noch niedriger waren die Ostarbeiterlöhne allerdings in der Landwirtschaft. Nach einer Anordnung vom 28. August 1942 gab es Mindest- und Höchstlöhne. Für männliche Ostarbeiter bis 16 Jahren war ein Monatslohn zwischen 7,5 bis 16,5 RM möglich, von 17 bis 20 Jahren 13,5 bis 22,5 RM, bei über 21 Jahren von 16,5 bis 25,5 RM. Frauen erhielten eine geringere Bezahlung. Die entsprechenden Alterslöhne lagen zwischen sechs und 13 RM, 10,5 und 19,5 RM

ende nicht, siehe hierzu Glauning, S. 8 mit entsprechenden Literaturhinweisen. Für Sachsen hierzu genauer Kapitel 4.

⁵¹² Aus einer Broschüre des Reichsarbeitsministeriums für Betriebe aus dem Jahr 1942, zitiert in: Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 148.

⁵¹³ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 282. Ausführlicher zur Ostarbeiterbezahlung, die am 20. Januar 1942 erstmals gesetzlich geregelt wurde, und weiteren diesbezüglichen Verordnungen Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 217–220.

⁵¹⁴ RGBl I / 42, Nr. 71, S. 419–424.

sowie 13,5 und 22,5 RM. Die von den Arbeitgebern zu zahlende Ostarbeiterabgabe betrug zwischen 1,5 bis neun RM.⁵¹⁵

Auch im Bergbau waren die Löhne zwischen Ostarbeitern und beispielsweise Polen unterschiedlich hoch. Wie Urban am Beispiel der Grube Marga im Niederlausitzer Revier schildert, konnten Polen im Brikkettverladen 87,55 RM, als Gleisarbeiter 64,60 RM und als Schlepfer im Akkord sogar 111,45 RM monatlich erreichen; für dieselben Arbeiten bei den beiden erstgenannten Einsatzarten eingesetzte Ostarbeiter erzielten Löhne von 34,50 RM, bei letztgenannter Akkordarbeit auch nur 61,50 RM.⁵¹⁶

Eine Besserung der Lage trat – wenn auch oft nur auf dem Papier und in jedem Fall nicht flächendeckend – erst nach der Niederlage von Stalingrad 1942 / 1943 ein, als auch die deutsche Führung begriff, dass es um ihre eigene Existenz ging; hinzu kam, dass aus der Sowjetunion neue Arbeitskräftekontingente in Gestalt von sowjetischen Kriegsgefangenen in bisheriger Größenordnung nicht mehr zur Verfügung standen. So wurde etwa am 5. April 1943 ein neues Entlohnungssystem für Ostarbeiter eingeführt, das zu einigen wenigen Verbesserungen bei der Lohn- und Prämienregelung führte.⁵¹⁷

Generell näherten sich die Rahmenbedingungen des Arbeitseinsatzes von west- und osteuropäischen Arbeitskräften ab 1943 einander an und führten letztendlich bis 1945 zu einer rechtlichen Gleichstellung der Ostarbeiter, ohne allerdings für diese real jemals etwa das Ernährungsniveau der Westeuropäer zu erreichen. Die Rechte von Ostarbeitern verbesserten sich sukzessive, die von Westarbeitern verschlechterten sich, vor allem in Bezug auf ihre Freizügigkeit. Kukowski / Boch charakterisieren diesen Prozess als Nivellierung.⁵¹⁸

Es kam nach und nach zu Erleichterungen, teils auch für sowjetische Kriegsgefangene, und – zumindest auf dem Papier – zu Verbesserungen der Ernährung⁵¹⁹; ein Prämiensystem wurde eingeführt, das Ernährungsanreize für bessere Leistung setzte (Leistungsernährung),

⁵¹⁵ Angaben bei Hoffmann, S. 134. Die Nettolöhne waren allerdings noch erheblich geringer, da zusätzlich Kosten für Kost und Logis einbehalten wurden. Für Hausgehilfinnen aus der besetzten Sowjetunion wurden ähnliche Löhne gezahlt. Sie lagen – je nach Altersgruppe und deutschem Gebiet – etwa bei sieben RM monatlich und konnten in Berlin 18 RM ausmachen, siehe Winkler, in: Winkler, *Stiften gehen*, hier S. 156. Um beide Nettolöhne realistisch vergleichen zu können, müssen von den deutschen Löhnen allerdings ebenfalls noch Kosten für Ernährung und Wohnung abgezogen werden, so dass der durchschnittliche Nettolohn von 40 bis 50 RM für deutsche Arbeitskräfte, wie ihn Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich*, S. 14 angibt, dadurch auch absank. Freilich blieb er immer um ein Mehrfaches über Ostarbeiterlöhnen.

⁵¹⁶ Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 281 f.

⁵¹⁷ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 276. Näher dazu Kapitel 4. Das Arbeitsverhältnis der Ostarbeiter wurde, wie das der Polen auch, nicht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gestaltet, sondern war ein Beschäftigungsverhältnis ohne „sittlichen Gehalt“ und damit ein besonderes, wie Lukat eine deutsche Publikation zum Arbeitsrecht der Polen von 1942 zitiert, siehe Lukat, S. 116.

⁵¹⁸ Kukowski / Boch, S. 270 und 276. So erließ Sauckel etwa im Mai 1942 die Verfügung, dass Arbeitsverhältnisse von Ausländern in der Rüstungsindustrie nur noch mit Zustimmung des Arbeitsamtes zu lösen waren; dies wurde einige Monate später auf weitere Branchen ausgedehnt, siehe Lukat, S. 182 f.

⁵¹⁹ Die Todesrate der Ostarbeiter sank ab 1943 erheblich. Sie lag im Juli / August 1943 bei 2.300 Verstorbenen unter insgesamt 1,6 Millionen Ostarbeitern, siehe Tooze, S. 616.

jedoch dazu führte, dass schlecht Arbeitende noch schlechter ernährt wurden⁵²⁰. Staatssekretär Backe vom REM hatte dazu 1943 drei Leistungsstufen dekretiert: Stufe I über 100 Prozent der deutschen Leistung, Stufe II zwischen 90 und 100 Prozent, und Stufe III unter 90 Prozent. Die Gruppe III musste dabei Einschränkungen bei Brot und den Verzicht auf Käse hinnehmen; dies sollte mit höheren Zucker-, Marmelade- und Quarkrationen kompensiert werden. Das Eingesparte sollte den Beschäftigten der Stufe I zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Bei Minderleistung sollten die Zulagen (von Schwer- bis zu Langarbeitern) um die Hälfte gekürzt werden; wiederum sollte dieses Gruppe I zugutekommen.⁵²¹

Wie weitere Leistungsanreize wirken sollten, kann man einem Bericht des Brabag-Werkes Böhlen aus dem Jahr 1944 entnehmen: „Prämierung der russ. Kgf. bei 150 Prozent Akkord mit zwei Zigaretten am Tage, bei 125 Prozent Akkord mit einem Stern und Ausweis mit der Berechtigung zu einer zweiten Essensportion. Es zeigte sich auch, daß mit Stern ausgezeichnete Russen sich als bevorzugt und als eine Art Vorarbeiter fühlen, was sich in entsprechender Mehrleistung ausdrückt. Wir sind bestrebt, nach und nach weitere Prämien einzuführen, so daß die Arbeitsleistung der Russen allmählich immer mehr gebessert wird.“⁵²²

Die Bezahlung der Ostarbeiter wurde grundlegend in einem Erlass der Reichsregierung (genauer: dem Ministerrat für die Reichsverteidigung) vom 25. März 1944 neu geordnet. So wurden sie grundsätzlich in der Vergütung anderen ausländischen Arbeitskräften gleichgestellt; Urlaub⁵²³ und Familienheimreisen wurden zugesichert. Zudem war eine zusätzliche, niedriger als bisher festgesetzte Sondersteuer von 15 Prozent zu entrichten. Auch war es theoretisch gestattet, Überweisungen an die in der Heimat zurückgebliebenen Familien vorzunehmen.⁵²⁴ Damit stellte man zum 31. März 1944 die Ostarbeiter anderen Fremdarbeitern in

⁵²⁰ Das System der Leistungsernährung wurde im Kohlebergbau zunächst im Herbst 1942 in Oberschlesien erprobt und in den folgenden Jahren auf alle Wirtschaftsbereiche mit Ostarbeitern ausgedehnt, siehe Tooze, S. 610 f.; siehe auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 277. Neben Produktivitätsüberlegungen lag diesem System auch zugrunde, dass es aus Sicht der Betriebe ökonomisch günstiger war, produktive Arbeitskräfte zu stärken als alle gleichmäßig zu ernähren, siehe Tooze, S. 622. „Eines konnte sich die deutsche Volkswirtschaft nicht leisten, nämlich ausländische Arbeitskräfte zu ernähren, nur um sie am Leben zu erhalten“, so dazu Tooze, S. 622. Wie bereits ausgeführt, kam auch der Hungerplan Backes hierbei zum Tragen.

⁵²¹ Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 22; siehe auch Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 277 f.

⁵²² Zitiert in: Heß, S. 141 f.

⁵²³ So gab es etwa ab Juli 1943 als Gratifikation für „bewährte Ostarbeiter“ einen bezahlten einwöchigen Urlaub im Reichsgebiet. In Sachsen bei der Auto Union nutzten dieses Ostarbeiter aber lieber zum Landurlaub mit Arbeitseinsatz auf Bauernhöfen, um besser ernährt zu werden, so Kukowski / Boch, S. 277.

⁵²⁴ Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 25. März 1944, RGBI I, S. 68 f., abgedruckt in: Heß, S. 138–139. Die formale Lohngleichstellung erfolgte damit gegenüber allen ausländischen Beschäftigten, nicht nur polnischen Zivilarbeitern, wie Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich*, S. 16, schreibt. Mit dieser VO wurden als letzte Gruppe auch die Ostarbeiter in die Sozialversicherung integriert, nachdem dies für Polen bereits ab 1. Januar 1943 gegolten hatte, siehe Jochem, S. 5. Am 1. August 1942 waren Ostarbeiter im industriellen Einsatz in sehr beschränkter Weise auch erstmals in eine Krankenversicherung einbezogen worden, siehe ebenda, S. 6. Zur Krankenversicherungssystem für Ostarbeiter in Sachsen siehe Kapitel 4.

arbeits-, steuer- und sozialrechtlicher Hinsicht formal gleich.⁵²⁵ Freilich hatte dies angesichts der Kriegslage keine wirkliche Auswirkung mehr.⁵²⁶ 1944 war Ostarbeitern sogar eingeräumt worden, Geld zu „sparen“ – das heißt bei deutschen Sparkassen einzuzahlen, um damit Geld für später zur Verfügung zu haben –, weil Ostarbeiter nicht wie etwa Franzosen Geld in ihre Heimat direkt überweisen konnten.⁵²⁷

Ebenfalls 1944 wurde den Ostarbeitern zudem zugestanden, ihr als Stigma zu bezeichnendes Sonderzeichen „Ost“ von ihrer Kleidung zu entfernen. Aufgrund der verquasteten Rassen- und Volkstumslehre der Nationalsozialisten fiel dieses jedoch nicht ersatzlos weg, sondern wurde durch besondere Volkstumszeichen ersetzt. Himmler erließ dazu am 19. Juni 1944 eine neue Polizeiverordnung. Die Übergabe dieser neuen Zeichen sollte, wie es im dazugehörenden Informationsschreiben der Staatspolizeistelle Chemnitz hieß, „aus propagandistischen und stimmungsmäßigen Gründen in feierlicher Form in den Gemeinschaftsunterkünften oder in den Betrieben“ erfolgen. Statt der Raute „Ost“ war nun ein ovaler Sonnenblumenkranz und für jede „Volkstumsgruppe“ ein eigenes Symbol (Dreizack, Ähre und Zahnrad, Andreaskreuz) mit eigenen Landesfarben vorgesehen.⁵²⁸

Bereits kurz nach der Kriegswende vor Moskau 1941 und noch vor Stalingrad Ende 1942 hatte sich auch die Ansprache an die Ostarbeiter zu ändern begonnen. Aus den slawischen „Untermenschen“ wurden Helfer im Kampf gegen den Bolschewismus⁵²⁹, und der auch rassistisch-imperialistisch motivierte Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion wurde zu einem Befreiungskrieg für die vormals vom Bolschewismus unterdrückte sowjetische Bevölkerung

⁵²⁵ Stephan Pfalzer, Aspekte des Einsatzes von Zwangsarbeitern in Chemnitz und seinem Umland 1939–1945, in: Chemnitz in der NS-Zeit. Beiträge zur Stadtgeschichte 1933–1945, hrsg. vom Stadtarchiv Chemnitz, Leipzig 2008, S. 197–218, hier S. 210.

⁵²⁶ So auch Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 17 mit Bezug auf zeitgenössische Berichte. Er führt dieses auf bei der Mehrheit der Deutschen verbreitete rassistische Überzeugungen zurück. Zweifelhaft ist allerdings, ob sich diese alleinige Ursache-Wirkung-Behauptung tatsächlich belegen lässt, denn im März 1944 befand sich auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft angesichts der verschlechterten Kriegslage bereits in einem akuten Prozess beginnender Desorganisation, was mit Sicherheit ebenfalls Einfluss auf die geringe Wirkung dieses Ostarbeiter-Erlasses hatte.

⁵²⁷ Heß, S. 141. Die Ostarbeitersparkarte abgedruckt in: ebenda, S. 142. Die Ostarbeiter trugen damit wie alle Sparer zur verdeckten Kriegsfinanzierung des Deutschen Reiches bei.

⁵²⁸ Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 25. August 1944, Landratsamt Auerbach i.V., Kreisarchiv, Aktenbestand Volkspolizei Nr. 241, Bl. 1–4 (Bl. 4: Anlage I Polizeiverordnung vom 19. Juni 1944), abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 516 f. Als Auszeichnung hatte es offenbar schon vorher Änderungen gegeben. So war es etwa in der Mechanik GmbH Rochlitz besonders gut arbeitenden Ostarbeitern erlaubt worden, das Zeichen „Ost“ auf dem linken Oberarm zu tragen. Außerdem erhielten sie eine Bescheinigung über gute „Führung und Leistung“, Gerhard Hofmann, „Ein Aufblühen wird einsetzen“. Über Aufstieg und Untergang eines Rochlitzer Betriebes, in: Verlagerter Krieg. Umstellung der Industrie auf Rüstungsproduktion im Bereich des Rüstungskommandos Chemnitz während des Zweiten Weltkrieges, Chemnitz 2011, S. 62–75, hier S. 69; dort auch Zitat. Diese Änderung geht auf Bemühungen Sauckels, der DAF und Rosenbergs zurück, gewisse symbolische Verbesserungen für Ostarbeiter durchzusetzen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 276 f.

⁵²⁹ Heß, S. 119.

umgedeutet. So hieß es in einem Propagandaaufruf: „Diese Befreiung habt Ihr selbst als die größte Erlösung aus unsäglicher Pein empfunden. Deshalb seid Ihr nach Deutschland gekommen, um dankbaren Herzens durch Eure Arbeit hier im Reich Euren Dank praktisch unter Beweis zu stellen.“ Dann wurden die Verbesserungen geschildert, die von Hitler und Göring aus „Güte und Menschlichkeit“ nunmehr gewährt würden.⁵³⁰

In einem Merkblatt von 1943 wurde der Krieg gegen die Sowjetunion als solidarische Aktion Europas gekennzeichnet. „Erstmalig in der Geschichte dieses Kontinents beginnen sich, wenn auch in manchen Ländern noch als kleine Ansätze, die Umrisse einer europäischen Solidarität abzuzeichnen. Eine sichtbare praktische Auswirkung ist die Beschäftigung von Millionen ausländischer Arbeiter fast aller europäischen Staaten des Festlandes im Reich, darunter auch eine große Anzahl von Angehörigen der besiegten Feindmächte.“⁵³¹

Auch die Deutschen selbst wurden angesprochen. Ein deutsch-russischer Schriftsteller verfasste 1942 eine Broschüre unter dem Titel „Der russische Mensch“, in der er dafür plädierte, sich mit der Psyche der Ostarbeiter und Kriegsgefangenen zu befassen und diese als Menschen anzusprechen. Im Braunkohlenbergbau etwa fanden 1943 Weiterbildungsveranstaltungen für Betriebsführer statt, in denen es darum ging, Informationen über Ostarbeiter und ihre Herkunftsgebiete zu vermitteln. Freilich hatten solche Empfehlungen, in den Ostarbeitern „Menschen“ zu sehen, vor allem mit der wachsenden Erkenntnis zu tun, dass so angesprochene und als Menschen behandelte Arbeiter einfach bessere Produktionsergebnisse versprachen, wie Urban zu Recht hervorhebt.⁵³²

Auch Sauckel selbst betonte immer wieder, dass unterernährte und verprügelte Ostarbeiter keine Leistung für die deutsche Volkswirtschaft erbringen könnten, so erstmals in einem Aufruf vom 24. September 1942 an die Gauleiter als von ihm ernannte regionale Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz. Am 9. Januar 1943 wurde zudem eine Inspektion des Ostarbeitereinsatzes bei Betrieben und Arbeitsämtern eingerichtet, die regelmäßig Berichte an Sauckels Behörde erstatten mussten.⁵³³

Diese, quasi als Charme-Offensive im Inneren zu charakterisierenden Aktionen hatten auch mit der Tatsache zu tun, dass Fremdarbeiter (damit auch Ostarbeiter), wie Sauckel in einer Besprechung im März 1943 eingestehen musste, kaum noch, selbst bei weiter Auslegung des Begriffs, freiwillig zu gewinnen waren, sondern nur noch mit Zwangsmitteln: Es seien „freiwillige Meldungen ... in Europa kaum noch zu verzeichnen.“⁵³⁴ Bereits am 3. Dezember

⁵³⁰ Aufruf Fritz Sauckels unter dem Titel „Zivilarbeiter und -arbeiterinnen aus den ehemaligen Sowjetgebieten“, etwa Mitte 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz. Auch abgedruckt in Heß, S. 120.

⁵³¹ Merkblatt über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte, hrsg. vom Reichspropagandaministerium, zitiert in: Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 271; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 276.

⁵³² So Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 273.

⁵³³ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 219 f.

⁵³⁴ Zitiert in: Held / Fickenwirth, S. 161.

1942 hatte Sauckel auf diese Entwicklung mit der Anweisung reagiert, dass auslaufende Arbeitsverträge nicht zur Rückkehr in das Heimatland führten, sondern zu einer anschließenden Dienstverpflichtung, wenn freiwillig kein neuer Arbeitsvertrag von Seiten der ausländischen Arbeitskräfte akzeptiert worden war.⁵³⁵

Die Propaganda-Bemühungen hatten jedoch auch damit zu tun, dass sich die 1942 ergangenen Versprechungen bei den Anwerbungen schnell als leere Worte erwiesen und Berichte über die realen Erfahrungen im Deutschen Reich weite Verbreitung auch in den besetzten Gebieten gefunden hatten. Wie es Ostarbeitern tatsächlich im Reich ergangen war, konnten die Zurückgebliebenen bis Ende 1942 mit eigenen Ohren hören und Augen sehen, denn bis dahin war es üblich, kranke Ostarbeiter wieder in Zügen in ihre Heimatgebiete zurückzuschaffen.⁵³⁶ Hauptgrund für die Rückführung war fast immer die unzureichende Ernährung, die zu Ödemen und selbst Skorbut führen konnte. So berichtete etwa ein Werksarzt der Dynamit AG über Ostarbeiter beim Arbeitseinsatz in Christianstadt im Juli 1942: „Zu mir kommen täglich zehn bis fünfzehn ukr. Arbeiter in die Sprechstunde, die in den meisten Fällen an geschwollenen Unterschenkeln und Füßen leiden. Es sind auch Fälle von Skorbut behandelt worden. Diese Erkrankungen sind auf eine ungenügende Ernährung zurückzuführen. Bei den jetzigen Verpflegungssätzen ist zu befürchten, daß der Arbeitsausfall unter den ukr. Arbeitern noch erheblich ansteigt.“⁵³⁷

Wer allerdings dauerhaft arbeitsunfähig wurde, kam ab 1944 sogar in Gefahr, unter das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten zu fallen. So belegen Unterlagen etwa der Euthanasieanstalt Hadamar, dass dort von Sommer 1944 bis März 1945 468 Ausländer, vor allem Ostarbeiter, umgebracht wurden.⁵³⁸

Kriegsgefangenenarbeit

Auch für den Bereich des Kriegsgefangeneneinsatzes traten 1943 Verbesserungen ein, bei denen es vor allem darum ging, die Produktivität dieses Personenkreises zu erhöhen: nicht mit mehr Repressalien, sondern mit höheren Anreizen für die Kriegsgefangenen, freilich wiederum mit einer rassistischen Differenzierung zwischen westlichen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Es ging immer um die größtmögliche Leistung, sprich Ausbeutung der Arbeitskraft. So schrieb Sauckel 1942: „Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen ... Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wie

⁵³⁵ Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 212.

⁵³⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 804. Auch vor dem IMT in Nürnberg hat ein Zeuge über die häufig grauenhaften Rücktransportbedingungen berichtet, siehe Tooze, S. 600.

⁵³⁷ Zitiert bei Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 809.

⁵³⁸ Maier, S. 76. Siehe auch BStU, MfS, HA IX, Nr. 23422, wo auf diese Morde in Hadamar verwiesen wird.

viel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiverer Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“ In einer Rede vor Reichs- und Gauleitern am 5. Februar 1943 erklärte er, dass nur „kalte Vernunft“ für eine pflegliche Behandlung von Zwangsarbeitern spreche, um dann zu betonen: „Unterernährung, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen.“⁵³⁹

In einem Merkblatt der GBA-Behörde hieß es dazu im Mai 1943 beispielsweise für Kriegsgefangene aus Osteuropa: „Sinn und Zweck des Arbeitseinsatzes ist es, von den Kriegsgefangenen wirkliche Leistungen zu erreichen. ... Es ist selbstverständlich, daß wir uns nicht würdelos anbietern; es ist aber ebenso notwendig, alle Behandlungsmethoden auszuschließen und zu unterbinden, die geeignet sind, diese Kriegsgefangenen sinnlos zu verbittern und sie zu Trotz und Ablehnung zu veranlassen. ... Oberster Grundsatz bleibt, aus den Kriegsgefangenen der Ostvölker so viel an Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich ist. Entscheidend werden immer die zur Anwendung kommenden Methoden sein. Der primitive Angehörige der Ostvölker hat ein ausgesprochenes Gefühl für Gerechtigkeit. Behandeln wir ihn nach den oben angeführten Grundsätzen, so werden wir ganz automatisch seine Leistung steigern und damit erreichen, was wir wollen: wertvolle Arbeitskräfte für die Erringung des Sieges.“⁵⁴⁰

In der Landwirtschaft lagen die Kosten von Kriegsgefangenen bei 0,7 RM pro Tag, die an das Stalag flossen, angelehnt an einen Satz von 60 Prozent eines Landarbeiterlohns. Von diesem Betrag gingen 0,20 RM an sowjetische Kriegsgefangene, 0,50 RM an polnische und der volle Satz an alle anderen. Auch die Zulagen waren gestaffelt. Sowjetische Kriegsgefangene konnten bis zu 0,20 RM Leistungszulage erhalten, die anderen bis zu 20 Prozent des ortsüblichen Lohnes.⁵⁴¹

Ähnlich gestalteten sich die Regelungen in der Industrie. Kriegsgefangenenarbeit sowjetischer Kriegsgefangener wurde bis 1943 mit etwa 60 Prozent des durchschnittlichen Hilfsarbeiterlohns in der Industrie abgerechnet. Hiervon erhielt der Kriegsgefangene selbst etwa 20 Pfennig pro Einsatztag und keine Zuschläge für Überstunden oder Sonntagsarbeit. Freilich genehmigte das OKW bei leistungsstarken Kriegsgefangenen als Leistungsanreiz zusätzlich 40 Machorka-Zigaretten für den Monat.⁵⁴²

Da der Wert gerade sowjetischer Kriegsgefangener als Arbeitskräfte im Krieg weiter stieg, war das NS-Regime im Jahr 1943 zu wenigen, eher marginalen Erleichterungen und Verbesserungen bereit. So legte Sauckel im September 1943 eine neue Anweisung für die Vergü-

⁵³⁹ Zitiert in: Manfred Weißbecker, „So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!“ Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Winkler, S. 41–66, hier S. 58 f.

⁵⁴⁰ Merkblatt des GBA, zitiert in: Klaus Müller, Zwangsarbeit im Werkzeugmaschinenbaubetrieb „Deutsche Niles-Werke AG“, Siegmarschönau, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 63–72, hier S. 72.

⁵⁴¹ Angaben bei: Hoffmann, S. 134.

⁵⁴² Hesse, Teil II, S. 81.

tung von Kriegsgefangenenarbeit vor, die ab 1. November 1943 in Kraft gesetzt wurde. Sie nahm ausdrücklich Bezug auf das Ziel einer Leistungssteigerung ihrer Arbeit. Insbesondere wurde festgelegt:

- Unternehmen müssen für Kriegsgefangene eine Entschädigung an das entsendende Sta-
lag und auch an den einzelnen Kriegsgefangenen leisten, zusammen ungefähr der Ent-
lohnung einer zivilen deutschen Arbeitskraft entsprechend, jedoch ohne jede Zuschläge;
- Festlegungen für Bezahlungen im Krankheitsfall;
- Akkordzuschläge von bis zu 20 Prozent des deutschen Akkordverdienstes für westliche
Kriegsgefangene, jedoch für sowjetische nur von fünf Prozent;
- Leistungszuschläge für westliche von bis zu zehn Prozent und für sowjetische Kriegsge-
fangene von bis zu fünf Prozent des deutschen Verdienstes.⁵⁴³



Abb. 9: Lagergeld für Kriegsgefangene⁵⁴⁴

⁵⁴³ Verordnung Sauckels vom 8. September 1943 mit dem Titel: Betrifft: Bezahlung der Kriegsgefangenenarbeit, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz. Eichholtz geht davon aus, dass sowjetische Kriegsgefangene, die im Ruhrbergwerk beschäftigt waren, einen Extraprofit von 71 RM pro Mann und Monat gebracht hätten, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 31. Zur Frage von Profit und eventuellem Extra-Profit siehe weiter unten in unserer Darstellung.

⁵⁴⁴ Kopie im Besitz der Verfasser.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass der Anteil des Gefangenen an der Entschädigungsleistung des Betriebs immer nur einen Bruchteil der Gesamtentschädigung ausmachte, und vor allem ihre „Bezahlung“ aus Lagergeld bestand, das nur im Stalag selbst oder besonderen Verkaufsstellen eingesetzt werden konnte.⁵⁴⁵

Und in der Tat wuchs die Produktivität auch dieser Beschäftigtengruppe allmählich an, welche vorher im Vergleich mit anderen Gruppen sehr niedrig gewesen war.

*Arbeitsproduktivität verschiedener Zwangsarbeiter 1943 / 1944 in Industrie und Bauwesen*⁵⁴⁶

| Zivilarbeiter | Studie I | Zivilarbeiter und Kriegsgefangene | Studie II |
|------------------------------------|-------------------|--|------------------|
| Ostarbeiterinnen | 90–100% | Flamen | 100% |
| Tschechische Arbeiter | 90–100% | Ostarbeiterinnen | 90–100% |
| Franzosen, Belgier | 80–95% | Ostarbeiter | 80–100% |
| Ostarbeiter | 60–80% | Franzosen, Wallonen | 80% |
| Italiener, IMIs | 70% | Italiener, Kroaten, Serben | 70–80% |
| Arbeiter vom Balkan | 50–70% | Niederländer, Polen | 60–80% |
| Dänen, Niederländer | 50–70% | Kriegsgefangene (Metallindustrie)a (Bergbau)b | 70 % 50% |
| Kriegsgefangene im Bauwesen | Studie III | KZ-Häftlinge | Studie IV |
| Franzosen | 80–90% | Frauen, Industrie | > 70% |
| Belgier | 75–85% | Angelernte Männer, Industrie | 40–60% |
| Polen | 65–75% | Ungelernte Männer, Industrie | 30–50% |
| Serben | 60–70% | Männer, Bau | 30–35% |
| Engländer | 45–55% | | |
| >Russen< | 40–50% | | |

a: Überwiegend Sowjetbürger und Franzosen; b: überwiegend Sowjetbürger.

⁵⁴⁵ Ausführlicher zu dieser Verordnung und den unterschiedlichen Entgeltsätzen der sowjetischen Kriegsgefangenen Volker Didzionic, Zwangsarbeit in Freiberg / Sa. von 1939 bis 1945 (Bachelorarbeit der Hochschule Mittweida), Roßwein 2013, S. 27 f.

⁵⁴⁶ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 186. Die Ergebnisse von Studie I stammen aus Untersuchungen, die Speers Rüstungsministerium vorgenommen hatte, siehe hierzu Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 939. Ostarbeiterinnen erreichten im Vergleich zu ihren deutschen Kolleginnen sogar eine Arbeitsleistung von 151 Prozent, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 939. Tooze nennt für die Firma Krupp Untersuchungsergebnisse für die Jahre 1942 / 1943, siehe Tooze S. 617 f. Urban argumentiert im Übrigen, dass in die Beurteilung des Leistungsvermögens unterschiedlicher Gruppen auch deren Position im Rassenschema eingeflossen sei, da die Betriebe nicht in Widerspruch zu diesem Schema geraten wollten, und macht dies an unterschiedlichen Bewertungen polnischer Arbeiter im Braunkohlebergbau fest, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 203. Es ist keineswegs ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich, dass dieses Rassenschema mit Eingang in Bewertungen gefunden hat. Im Bereich der Wirtschaft ist es jedoch wenig überzeugend, diesem Gesichtspunkt eine hohe Prioritätsstufe zuzusprechen. Dass Betriebe und Ämter ihre Einschätzungen auch pro domo einsetzen (um ihre Ziele durchzusetzen, etwa mehr Polen anwerben oder deportieren zu können), ist jedoch ein allgemeines Phänomen, das cum grano salis auch in heutigen Argumentationen bei ganz anderen Fragen zu beobachten ist.

Da immer mehr der ausländischen Arbeitskräfte auch in der Industrie beziehungsweise Rüstungsindustrie eingesetzt werden sollten, war ein bisher häufig praktizierter einfacher Austausch kranker oder erschöpfter, das heißt zu Tode gearbeiteter Zwangsarbeiter gegen neue kaum möglich, ohne Produktionsstockungen hervorzurufen. Ostarbeiter hatten nun verbesserte Chancen und sowjetische Kriegsgefangene immerhin nunmehr zum ersten Mal eine reale Chance⁵⁴⁷, durch ihre Arbeitsleistung langfristig zu überleben. Dafür liefert auch die nächste Tabelle aus einer neuen Auswertung des Kriegsgefangenenprojektes einige Indizien.⁵⁴⁸

| Jahr Gefangennahme | Zahl der Gefangenen | Gestorben gesamt beziehungsweise im Bezugsjahr | Prozent Gestorbene | Überlebende (rechnerisch, ohne archivalisches Sterbedatum) | |
|--------------------|---------------------|--|--------------------|--|---------|
| 1941 | 448.065 | 1941–1945 | 236.803 | 52,8 | 211.262 |
| | | 1941 | 87.891 | 19,6 % | 360.174 |
| | | 1942 | 109.231 | 30,3 % | 250.943 |
| | | 1943 | 21.907 | 9,6 % | 229.036 |
| | | 1944 | 16.378 | 7,2 % | 212.658 |
| | | 1945 | 1.396 | 0,7% | 211.262 |
| 1942 | 214.966 | 1942–1945 | 94.486 | 44,0 % | 120.480 |
| | | 1942 | 30.473 | 14,2 % | 184.493 |
| | | 1943 | 38.706 | 20,9 % | 145.787 |
| | | 1944 | 23.719 | 16,3 % | 122.068 |
| | | 1945 | 1.588 | 1,3% | 120.480 |
| 1943 | 36.664 | 1943–1945 | 9.866 | 26,9 % | 26.798 |
| | | 1943 | 722 | 2 % | 35.942 |
| | | 1944 | 8.711 | 24,2 % | 27.231 |
| | | 1945 | 433 | 1,6% | 26.798 |
| 1944 | 18.114 | 1944–1945 | 1.716 | 9,5 % | 16.398 |
| | | 1944 | 1.499 | 8,3 % | 16.615 |
| | | 1945 | 217 | 1,3% | 16.398 |
| 1945 | 302 | 1945 | 14 | 4,6% | 288 |

⁵⁴⁷ Auch aus den Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern kommt von Plato zu dem Schluss, dass der Arbeitseinsatz den sowjetischen Kriegsgefangenen generell die Chance auf Überleben verbessert hat, siehe von Plato, S. 42.

⁵⁴⁸ Abfrage von 2020 zum Kriegsgefangenenprojekt (FN 256). Zu berücksichtigen ist bei den folgenden Zahlen, dass von diesen nicht einfach auf die Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen auf einzelne Jahre hochgerechnet werden kann (Ermittelte OKW-Gesamtzahl nach Christian Streit: 5,7 Millionen sowjetische Kriegsgefangene). Es lässt jedoch deutliche Tendenzen für die Kriegsgefangenen im Deutschen Reich erkennen. Die Projektarchivalien beziehen sich überwiegend auf Karteikarten aus Lagern im Deutschen Reich und nur wenig auf Unterlagen aus den Kriegsgefangenenlagern im Osten (siehe auch FN 636), so dass sie praktisch nur Aussagen über die sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich zulassen.

Welche Entwicklungen lassen sich an dieser Auswertung, zumindest tendenziell, für alle sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich, ablesen? Erstens stieg die Zahl der Kriegsgefangenen 1942 erst- und letztmalig noch einmal kurzfristig an (448.065 1941, 575.140 aus neuen Kriegsgefangenen 1942 und Überlebenden der Kriegsgefangenen von 1941). Danach sank sie jedes Jahr. Auffällig ist weiterhin, dass bei jedem Gefangenenjahrgang das zweite Kalenderjahr der Gefangenschaft die jeweils höchste Todeszahl aufweist (für genauere Aussagen wäre hier nochmals nach Aufenthaltsmonaten im Jahr der Gefangennahme sowie im folgenden Jahr zu differenzieren). Bei der größten Jahresgruppe (Gefangennahme 1941) sank die Sterberate erstmals 1943 signifikant (auch wegen der hohen Sterblichkeit in den Lagern im Seuchenwinter 1941 / 1942), bei der zweitgrößten von 1942 trat dieses 1944 ein. Für das Jahr der Gefangennahme 1943 dagegen stieg die Sterberate 1944 gegenüber 1943 um das Zehnfache an (zweites Kalenderjahr der Gefangenschaft). 1945 lagen alle Sterberaten mit einer Ausnahme im Bereich zwischen einem und zwei Prozent. Das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener hatte damit im Schnitt abgenommen, blieb aber etwa im Vergleich zu den westlichen Kriegsgefangenen mit Ausnahme von 1945 immer um ein Vielfaches höher.

Während also auf der Seite der Pragmatiker in der NS-Führung (zu denen auch Sauckel zählte⁵⁴⁹) die Erkenntnis gewachsen war, dass die dringend benötigten Arbeitskräfte nur dann produktiv einzusetzen waren, wenn sie zumindest ausreichend ernährt würden, baute auf der anderen Seite das RSHA seine Rolle als Sicherheitsorgan weiter aus und wurde auch juristisch für die osteuropäischen Gruppen mit allen Folgen für diese Menschen zuständig.⁵⁵⁰ Grundsätzlich blieben die sicherheitspolitischen beziehungsweise strafrechtlichen Rahmenbedingungen, die vom RSHA 1941 / 1942 gesetzt worden waren, weiterhin in Kraft. Das RSHA weitete 1942 seine Kompetenzen für verschiedene Gruppen sogar noch erheblich aus, zum Teil wurde es allein für sie zuständig.⁵⁵¹ Nicht nur für Westarbeiter, sondern auch für Ostarbeiter drohten

⁵⁴⁹ Am Beispiel Sauckels lässt sich gut die Zwiespältigkeit des Pragmatismus bei Verantwortlichen für den Zwangsarbeitereinsatz verdeutlichen. Auf der einen Seite bemüht, das Allernotwendigste für Zwangsarbeiter sicherzustellen, um maximale Arbeitsleistung zu erzielen, waren viele doch gleichzeitig fanatische Anhänger auch von Rassenlehre und NS-Weltmachtambitionen, wie etwa Sauckel. „In vieler Hinsicht verkörperte er den Typ eines regsam-draufgängerischen und bedingungslos gehorsamen, von ausgeprägtem Herrschaftsinteressen geleiteten und alle Grenzen des Humanismus missachtenden Führungskaders seiner Partei. Bereitwillig, engagiert und auch ideenreich setzte er sich dafür ein, nationale Gefühle der Deutschen in nationalistische Ansprüche und rassistische Überlegenheit in vernichtende Politik ausarten zu lassen“, so Weißbecker, Zitat S. 42. Zu den politischen Überzeugungen und Handlungen Sauckels siehe ebenda.

⁵⁵⁰ Durch den Übergang der Zuständigkeit vor allem für osteuropäische Ausländer von der Justiz an das RSHA beziehungsweise die Gestapo, siehe Heß, S. 155.

⁵⁵¹ So tauchte bereits am 14. September 1942 der Begriff „Vernichtung durch Arbeit“ erstmals in einer Aktennotiz von Reichsjustizminister Otto Thierack auf, als es gemäß einer vier Tage später getroffenen Absprache zwischen Thierack und Himmler um die Überführung bestimmter Häftlingsgruppen unter der Bezeichnung „Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit“ aus den Gefängnissen in die KZ ging, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 71, 131, 338. Das Programm „Vernichtung durch Arbeit“ galt jedoch keineswegs für alle KZ-Gruppen. Freilich war es schon vorher bei Juden praktiziert worden, siehe Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 51 und 177; siehe auch Kapitel 6

bei Widersetzlichkeit (das heißt Versuchen, sich gegen Arbeitsüberforderung zu wehren oder bei Fluchten) Arbeitserziehungslager und KZ. Ab 1942 bildeten Ostarbeiter und Polen die Mehrheit der Eingewiesenen in Arbeitserziehungslager.⁵⁵²

Zu Recht weist etwa Eichholtz darauf hin, dass es viele Beispiele gibt, in denen die Industrie – etwa die Reichsvereinigung Eisen – eine strenge Bestrafung von Zwangsarbeitern bei „Verfehlungen“ verlangte. Ob allerdings, wie er schreibt, die Einweisungen in AEL „beliebte Mittel der Abschreckung waren“, ist trotz der großen Zahl von Zwangsarbeitern in solchen Lagern keineswegs evident. Denn jede Überstellung in ein AEL führte zu einem zu monatelangen Fehlzeiten eines Beschäftigten, und zum anderen waren in den AEL die Bedingungen zum großen Teil so brutal, dass die Arbeitskräfte eher geschwächt als besser fähig zur Arbeit in ihren Ursprungsbetrieb zurückkehrten. Stattdessen (und nicht nur zusätzlich) praktizierten die Betriebe wohl sehr häufig offiziell verbotene Eigenbestrafungen, gerade bei Ostarbeitern, wie Schläge, Stehbunker, Essensentzug und Ähnliches. Offenbar ist es auch zu solchen barbarischen Strafen wie öffentlichen Hinrichtungen bei Diebstahl vor versammelter Mannschaft gekommen.⁵⁵³

zum Komplex der HASAG-Werke in Polen. Zum Problem der Anwendung und Ausweitung dieses Begriffs auf verschiedene Gruppen siehe Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 180–183.

KZ-Häftlinge waren ab 1944 auch für Betriebe mit SS-Außenlagern durchaus von Wert. So belegt ein Bericht über drei erkrankte und nach Behandlung wiedergesundete Häftlinge des RAW Dresden (Reichsbahnausbesserungswerk) vom 31. März 1945 die Wiederaufnahme der Arbeit, siehe Abb. 10, in: Heß, S. 126. Zum RAW-Lager, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 472 f. Dem Zwangsarbeitereinsatz jedoch generell die Absicht zu unterstellen, er diene dem Ziel der „Vernichtung durch Arbeit“, wie etwa Berger, S. 74, das tut, schießt weit über das Ziel einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema hinaus und trifft so nicht zu. Wir halten den weitgehend von der Forschung geteilten Ansatz für richtig, dass Zwangsarbeit der Zweck und die sich gegebenenfalls daraus entwickelnde Todesfolge für den Zwangsarbeiter ein äußerstes Mittel darstellte, siehe hierzu Mark Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich und Entschädigung, S. 91 f. Zum Teil wird dieser Begriff sehr pauschal angewandt. So zitiert Berger zustimmend eine Einschätzung von 1963, Zwangsarbeit sei ein Mittel des Genozids gewesen, „Vernichtung durch Arbeit ... sollte auch durch die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter erreicht werden“, siehe Berger, S. 74, FN 6. Demgegenüber stellt Klaus Müller zu Recht fest, dass es beim Arbeitseinsatz um „höchstmögliche Arbeitsleistungen“ ging und nicht der Aspekt Vernichtung durch Arbeit überwog, siehe Klaus Müller, Zwangsarbeit im Werkzeugmaschinenbaubetrieb, S. 72.

⁵⁵² Die Arbeitserziehungslager (AEL) unterstanden im Gegensatz zu den KZ nicht der SS, sondern direkt oder indirekt der Gestapo. Sie wiesen KZ-ähnliche Bedingungen auf, hatten für die Firmen jedoch den Vorteil, dass nach höchstens acht Wochen Haft beziehungsweise Aufenthalt der Beschäftigte wieder an den Betrieb zurückverwiesen wurde und damit erneut als Arbeitskraft zur Verfügung stand, während eine Einweisung in KZ praktisch immer bedeutete, dass die Häftlinge in der Verantwortung der SS verblieben. In Sachsen gab es vier der Gestapo unterstellte AEL in Radeberg, Peres-Böhlen, Lippendorf und Wildfelde sowie eine ganze Reihe kleiner Lager, die sich in kommunaler oder betrieblicher Trägerschaft befanden. Im Reichsgebiet und den besetzten Ostgebieten existierten circa 200 AEL (aller Arten) mit insgesamt etwa 500.000 Insassen, siehe als Überblick zur Geschichte der AEL im Reich: NS-Terror und Verfolgung, S. 355–363 sowie zum sächsischen AEL Radeberg ebenda, S. 364–378. Grundlegend zu den AEL im Reichsgebiet Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart / München 2000.

⁵⁵³ Zu diesen Vorgängen Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 30 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 271 f. Dass das Prügeln auch in Sachsen häufig vorkam, wird in Kapitel 7 unseres Buches behandelt.

Wie schwierig die Arbeitsbedingungen vor allem für beide Gruppen blieben, zeigt die große Zahl von Fluchten oder unerlaubtem Entfernen vom Arbeitsplatz bei Ausländern. Im August 1942 waren 14.583 Kriegsgefangene flüchtig, unter ihnen etwa 36 Prozent sowjetische. Die Mehrheit war allerdings nach wenigen Wochen wieder gefasst. 1942 stieg die Zahl von Ostarbeiterfluchten sowohl absolut als auch relativ an. Die Quote erhöhte sich von 1,2 Prozent im April 1942 auf 2,3 Prozent im Juli, was gut 22.600 Fluchten entsprach. Gut 80 Prozent von ihnen konnten allerdings innerhalb weniger Wochen wieder festgenommen werden.⁵⁵⁴ Der zunehmende Druck von Fluchten und Nichtrückkehr führte zudem bereits 1943 zu einer ganzen Anzahl von gezielten Razzien und auch zur Einführung eines recht dichten Kontrollnetzes, sowohl im Bahn- als auch im Straßenverkehr. Trotzdem blieb das Phänomen der Flucht für den Sicherheitsapparat immer akut⁵⁵⁵; Gestapo und Polizei reagierten im ersten Halbjahr 1944 darauf reichsweit mit monatlich über 30.000 Festnahmen wegen Arbeitsvertragsbruch.⁵⁵⁶

Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und Juden

Zwei Gruppen von potentiellen Arbeitskräften spielten bis 1944 nur eine relativ geringe Rolle: Die KZ-Häftlinge⁵⁵⁷ und die Juden. Mit der Entscheidung zum systematischen Einsatz von KZ-Häftlingen im Frühjahr 1942 erfolgte eine Umorganisation und Unterstellung des KZ-Verwaltungssystems unter das Dach des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts (SS-WVHA).⁵⁵⁸ Die für die KZ bislang zuständige Inspektion der KZ (IKL) wurde als Amt D II in das WVHA eingegliedert, wohl auch, um weiterhin die KZ-Häftlinge dem Einfluss der neuen starken Män-

⁵⁵⁴ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, Tabelle 43 S. 289 f. Auch etwa 9.000 Polen waren beim RSHA als flüchtig gemeldet. Eichholtz' Einordnung der Flucht als Form des Widerstands hält allerdings der Wirklichkeit der Fluchtgründe nicht stand und stellt eine Überhöhung sehr praktischer Gründe für Fluchten dar, wie wir in Kapitel 7 an sächsischen Beispielen verdeutlichen.

⁵⁵⁵ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 290. So kam es auch zu verstärkten Bahnverkehrskontrollen, siehe hierzu genauer für Sachsen Kapitel 7.

⁵⁵⁶ NS-Terror und Verfolgung, S. 361. Speer beschwerte sich ausdrücklich bei Hitler darüber, dass damit im Jahr circa 500.000 Arbeitskräfte nach ihrer Inhaftierung durch die Himmler unterstehende Polizei durch Einsatz in SS-Vorhaben seiner Kriegs- und Rüstungswirtschaft entzogen würden, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 39. In den ersten neun Monaten 1943 hatte die Gestapo 388.000 Verhaftungen vorgenommen, von denen 260.000 Ausländer betrafen. Grund war zumeist Arbeitsvertragsbruch (genauer: Flucht vom Arbeitsplatz), siehe Wießner, S. 10. Näher dazu in den entsprechenden Teilen von Kapitel 7 und 9 unserer Studie.

⁵⁵⁷ In die Vermittlung von KZ-Häftlingen waren die Arbeitsämter nicht einbezogen, demzufolge hatten sie keine Dependancen in den Konzentrationslagern. Die KZ-Lagerleitung sollte jedoch die Arbeitsämter über den Umfang der eingesetzten Häftlinge informieren, was offenbar nicht regelmäßig geschah, so Maier, S. 81.

⁵⁵⁸ Das WVHA unter Oswald Pohl hatte zum Schluss eine Mitarbeiterzahl von 1.500 SS-Angehörigen; eine Abteilung war dabei für den Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge zuständig, siehe Jan Erik Schulte, Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt – Zentrale der Zwangsarbeit von Häftlingen, in: Winkler, Stiften gehen, S. 85–107, hier S. 85. Zum Einsatz von KZ-Häftlingen im Bereich der Konzentrationslager in SS-eigenen Betrieben im Inland wie auch ab 1939 im besetzten Ausland siehe Schulte, S. 87–91. Auf seinem Höhepunkt waren wohl um die 50.000 KZ-Häftlinge allein in solchen SS-eigenen Betrieben beschäftigt, Schulte, S. 91.

ner Albert Speer und Fritz Sauckel zu entziehen⁵⁵⁹, jedoch dieses Potential durchaus für die deutsche Kriegswirtschaft zu nutzen. So erklärte Oswald Pohl als Leiter des WVHA in einem Schreiben an Himmler am 30. April 1942: „Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend verändert. [...] Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert.“⁵⁶⁰

Tatsächlich gelang es Himmler, in mehreren Konzentrationslagern Produktionsstätten aufzubauen und vor allem Infanteriewaffen zu produzieren, auch für die im Aufbau befindliche eigene Waffen-SS. Die Produktionsergebnisse freilich waren ernüchternd und entsprachen keineswegs Himmlers Erwartungen.⁵⁶¹ KZ-Häftlinge waren denn auch für Himmler eher eine politische „Verfügungsmasse“ (Mark Spoerer) für seine Stellung in der höchsten NS-Führungsgruppe als ein eigener Produktionsfaktor für die Rüstungswirtschaft. Gleichwohl hatten Häftlinge kaum eine Chance, dem KZ-System wieder zu entgehen, waren sie erst einmal inhaftiert worden waren. Nur etwa 100.000 Häftlinge wurden von 1933 bis 1945 regulär entlassen.⁵⁶²

Der systematische Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie kam im Jahr 1942 über einige Versuche ebenfalls nicht hinaus. So bauten sie im Auftrag der Volkswagen GmbH im Januar 1942 eine Gießerei und sollten diese auch betreiben; die IG Farben⁵⁶³ arbeitete in ihrem Werk Auschwitz-Monowitz mit der SS durch Nutzung von KZ-Häftlingen zusammen und auch die Reichswerke-Hermann-Göring boten der SS Aufträge an. Eigene Rüstungsbetriebe blieben ihr vorenthalten, die SS war vor allem Lieferant von zusätzlichen Arbeitskräften.⁵⁶⁴

Rüstungsminister Speer selbst betrachtete Himmlers Autonomiebemühungen mittels eigener Waffenproduktion – vorher war die Waffen-SS immer auf das Wohlwollen des Heeres-

⁵⁵⁹ So Schulte, S. 92 f.

⁵⁶⁰ Zitiert bei Schulte, S. 93. Spoerer weist darauf hin, dass Reinhard Heydrich bereits 1938 mit der Gründung SS-eigener Betriebe Arbeit als Zweck der KZ bezeichnet hatte, Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 19. Zur finanziellen Dimension der SS-Unternehmen siehe Peter-Ferdinand Koch, Die Geldgeschäfte der SS, Hamburg 2002.

⁵⁶¹ Siehe hierzu näher Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 411 sowie Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 784 und 815.

⁵⁶² Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 18. Die größten Entlassungsaktionen betrafen die Auflösung der Frühen KZ sowie die Entlassung der bei den Novemberpogromen 1938 verhafteten Juden.

⁵⁶³ Sie war damit wohl eine der ersten externen Einsatzbetriebe für KZ-Häftlinge, Schulte, S. 91. Die Mehrzahl der bei der IG Farben in Monowitz eingesetzten Häftlinge verstarb beim Arbeitseinsatz (von 35.000 circa 23.000 bis 30.000), Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 20. Eichholtz ordnet nicht nur berechtigterweise den Einsatz der KZ-Häftlinge in Auschwitz-Monowitz bei der IG Farben, sondern generell KZ-Arbeitseinsatz unter den Begriff „Vernichtung durch Arbeit“ ein, was nur in Teilbereichen zutrifft, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 220 f. Bei dieser pauschalen Einordnung gehen die sich ändernden Entwicklungen der Häftlingsarbeit bis 1945, unterschiedliche Mortalitätsraten sowie auch die Frage „Zweck-Mittel“ verloren. Siehe hierzu unsere Einordnung der Häftlingsarbeit in der Rüstungsproduktion und den Bauprojekten in Teil 2.

⁵⁶⁴ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 408 f. Zu den Anfängen der KZ-Arbeit im industriellen Maßstab siehe auch Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 28.

waffenamts zur Belieferung mit Waffen angewiesen gewesen – mit großem Misstrauen und unterstützte sie nicht. Er bestand vielmehr darauf, KZ-Häftlinge in bestehenden Rüstungsbetrieben selbst und vor Ort einzusetzen.⁵⁶⁵ KZ-Häftlinge kamen auf Veranlassung Albert Speers außerhalb der KZ-Stammlager in der Rüstungsindustrie erst ab 1942 zum Einsatz, nachdem es im September 1942 zu einer entsprechenden Vereinbarung zwischen dem Rüstungsministerium und dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt gekommen war.⁵⁶⁶

Um Häftlinge zu erhalten, stellte der interessierte Betrieb zunächst eine Anfrage an die geographisch am nächsten gelegene KZ-Kommandantur. Hierzu gab es ein Formblatt mit Angaben zu den gewünschten Häftlingen: Anzahl, Gelernte / ungelernete Kräfte, Männer / Frauen. Das KZ nahm dazu Stellung und leitete alles an die Amtsgruppe D II weiter, wo endgültig entschieden wurde. Von der Amtsgruppe D II ging der genehmigte Antrag dann an das KZ und die Firma zurück. Danach wurden die benötigten Betriebsunterkünfte von der SS begutachtet, dann konnte der Einsatz beginnen. Die Häftlinge selbst waren an diesem Prozess nicht beteiligt und wurden von beiden Seiten nur als Produktionsfaktoren (Jan Erik Schulte) betrachtet, nicht als Menschen.⁵⁶⁷ Der letzte Schritt war die Auswahl der Häftlinge. Die Bedarfsträger, also die Betriebe, schickten zumeist Vertreter in die KZ, um dort die für sie geeignetsten Häftlinge auszusuchen. Spoerer spricht hierbei von einem *Procedere* wie auf Sklavenmärkten.⁵⁶⁸

Beispielsweise wurden 1942 Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen an die Heinkel-Flugzeugwerke für Fertigungsarbeiten⁵⁶⁹ ausgeliehen, das KZ Ravensbrück lieferte etwa für die Berliner Siemensbetriebe Häftlinge. Zur wichtigsten Branche entwickelte sich ab 1943 die Flugzeugindustrie. Hier setzte man Häftlinge vor allem für den Ausbau der Flugzeugproduktion ein, in einem Bereich, der bis etwa Mitte 1944 noch außerhalb Speers direkter Verantwortung lag.⁵⁷⁰ Himmler informierte im März 1944 Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe, dass 36.000 Häftlinge für die Luftrüstungsindustrie tätig seien. Solange jedoch noch andere

⁵⁶⁵ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 784.

⁵⁶⁶ NS-Terror und Verfolgung, S. 339 f. Im Rahmen seiner Besprechungen mit Hitler vom 20. bis 22. September 1942 gelang es Speer, von diesem eine solche Grundsatzentscheidung zu erhalten, siehe Schulte, S. 94. Vorher waren KZ-Häftlinge im Allgemeinen nur für KZ- beziehungsweise SS-eigene Bauarbeiten herangezogen worden. Zudem hatten sich Rüstungsministerium und Industrie dagegen gewehrt, Rüstungsgüter direkt in KZs produzieren zu lassen, siehe Fröbe, S. 352. Im Jahr 1942 wurden daher nur 0,002 Prozent der Rüstungsgüter direkt in KZ-Produktionsanlagen hergestellt, siehe Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 403.

⁵⁶⁷ Das Verfahren ist beschrieben bei Schulte, S. 94 f.

⁵⁶⁸ Spoerer, *Zwangsarbeit im Dritten Reich*, S. 21. Der von uns für nicht sehr geeignet erachtete Begriff der Sklavenarbeit als allgemeines Äquivalent für Zwangsarbeit ist zumindest für die KZ-Rekrutierungsprozeduren durchaus angebracht.

⁵⁶⁹ Bis 1944 stieg ihre Anzahl unter den Produktionsarbeitern bei Heinkel auf 7.000, Schulte S. 96.

⁵⁷⁰ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 410. Siehe auch Tooze, S. 611 f. und 713 mit mehreren Beispielen, von Auschwitz bis zu den Konzentrationslagern im Deutschen Reich. Für Tooze firmiert diese Häftlingsarbeit jedoch pauschal unter dem Label „Vernichtung durch Arbeit“. Nach unserer Auffassung war das Hauptziel jedoch nicht die Vernichtung, sondern der Arbeitseinsatz. So sanken zwar die absoluten Totenzahlen in den Konzentrationslagern von 1942 auf 1943 nur wenig, das hatte jedoch vor allem mit einer knappen Verdoppelung der Insassen-

Arbeitskräfte verfügbar waren – eben bis etwa Anfang 1944 –, verzichteten die meisten Rüstungsfirmen noch auf KZ-Häftlinge.⁵⁷¹ Es kamen insgesamt bis Ende 1943 lediglich circa 100.000 Häftlinge zum Einsatz, und in Speers Rüstungsindustriebereich selbst lag ihre Zahl zu Beginn 1944 bei etwa 32.000.⁵⁷²

Die immer stärker aus dem Berufsleben verdrängten und arbeitslos gewordenen deutschen Juden waren bereits am 20. Dezember 1938 durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung einer Arbeitspflicht unterzogen worden. Diese sah für die Arbeitslosenunterstützungsempfänger den Arbeitseinsatz in geschlossenen Gruppen vor. Die Juden wurden zu besonders schweren und schmutzigen Arbeiten herangezogen. Am 20. Februar 1941 unterlagen auch die jüdischen Frauen der Zwangsarbeitspflicht, was vorher nur für arbeitslose jüdische Fürsorgeempfängerinnen gegolten hatte.⁵⁷³

Die im Reichsgebiet bis zum Kriegsbeginn verbliebenen deutschen Juden, denen keine Flucht oder Ausreise ins Ausland gelungen war, wurden mehrheitlich ab Herbst 1941 in den Osten deportiert und dort in der großen Mehrzahl entweder in Vernichtungslagern ermordet oder sie starben im Arbeitseinsatz, parallel zu den Millionen Juden aus West- und Osteuropa, die ebenfalls aus ideologischen Gründen kein weiteres Lebensrecht haben sollten.⁵⁷⁴ Lediglich etwa 75.000 deutsche Juden verblieben zunächst als kriegswichtige Arbeitskräfte („Arbeitsjuden“) beziehungsweise wegen ihres hohen Alters weiterhin im Reich, wurden jedoch ab 1942 nach und nach ebenfalls in die Vernichtungslager transportiert.⁵⁷⁵

Einen ersten Versuch zum systematischen Einsatz jüdischer Häftlinge als Arbeitskräfte hatte Himmler schon ab Ende 1941 gestartet, als er nach einer Besprechung mit Hitler der KZ-Verwaltung ankündigte, dass nunmehr auch die Konzentrationslager eine wichtige Rolle bei der Rüstungsproduktion erhalten würden. Hierzu würden 1942 allein 100.000 männliche und 50.000 weibliche Juden verhaftet, in KZ verbracht und zu Arbeitseinsätzen herangezogen werden.⁵⁷⁶ Dies knüpfte durchaus an die oben erwähnte Arbeitspflicht für deutsche Juden an, die ab 1939 zunehmend zum Arbeitseinsatz verpflichtet worden waren. Da immer mehr Juden aus dem Erwerbsleben verdrängt wurden, traf es gerade diese Gruppe besonders hart, darun-

zahl von 115.000 im August 1942 auf 223.000 im August 1943 zu tun, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 339 f.

⁵⁷¹ Schulte, S. 96.

⁵⁷² Herbert, Einleitung, in: Herbert (Hg.), *Europa*, S. 13 sowie Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 411 f. Eichholtz berichtet beispielsweise über das Ersuchen von Industrieführern im Rahmen einer Sonderausschusssitzung in Potsdam im März 1943 zur Bereitstellung von mehr KZ-Häftlingen für ihren Rüstungsbereich, Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 29.

⁵⁷³ Siehe zu diesen Angaben Avraham Barkai, *Vom Boykott zur >Entjudung<. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt / Main 1988, S. 173–175. Die Arbeitszeit betrug zwischen neun und zehn Stunden, die Bezahlung war erst im Oktober 1941 einheitlich geregelt, jedoch aufgrund diskriminierenden Steuerbestimmungen sehr niedrig, ebenda, S. 176.

⁵⁷⁴ Näheres hierzu in: *NS-Terror und Verfolgung*, S. 209–242.

⁵⁷⁵ Siehe hierzu *NS-Terror und Verfolgung*, S. 211 f., sowie Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 816 f.

⁵⁷⁶ Kroener, *Menschenbewirtschaftung*, S. 782.

ter viele alte und kranke Juden. Bis zu 50.000 der deutschen Juden sind zu solchen Arbeitseinsätzen herangezogen worden; bis zu ihrer weitgehenden Deportation in die Vernichtungslager 1943 waren sie in gut 300 Lagern untergebracht und zu allen möglichen Baumaßnahmen, später auch zu Arbeiten in der Rüstungsindustrie herangezogen worden.⁵⁷⁷

Vernichtung von Juden oder ihr Überleben als notwendige Arbeitskräfte bildeten dabei bis 1944 zwei parallele und widersprüchliche Zielsetzungen der SS, die beide in den Konzentrationslagern wirksam waren. Vor allem der Einsatz jüdischer KZ-Häftlinge war ab 1942 zwischen den verschiedenen SS-Instanzen höchst strittig gewesen. Obwohl Himmler, wie schon erwähnt, bereits am 25. Januar 1942 den Einsatz einer größeren Anzahl jüdischer Häftlinge in den Konzentrationslagern zum Arbeitseinsatz angekündigt hatte, kam es dazu bis 1944 nur in kleinerem Ausmaß, da für das Schicksal der Juden drei konkurrierende, aber sich auch überschneidende Leitlinien galten.⁵⁷⁸ Der Kommandant des KZ Auschwitz, Rudolf Höß, hat diesen Prozess nach 1945 so beschrieben:

„Das RSHA [Reichssicherheits-Hauptamt, A.d.A.] erhob die schwersten Bedenken, als der RFSS [Himmler, A.d.A.] auf Pohls [SS-WVHA, A.d.A.] Vorschlag die Aussortierung der Arbeitsfähigen befahl. Das RSHA war immer für die restlose Beseitigung aller Juden, sah in jedem neuen Arbeitslager, in jedem neuen Tausend Arbeitsfähiger die Gefahr der Befreiung, das am Leben bleiben durch irgendwelche Umstände. Keine Dienststelle hatte wohl mehr Interesse am Steigen der Todesziffern der Juden als das RSHA, das Juden-Referat. Dagegen hatte Pohl den Auftrag des RFSS, möglichst viele Häftlinge zum Rüstungseinsatz zu bringen ... RSHA und WVHA waren also genau entgegengesetzter Auffassung. Doch Pohl schien stärker, denn hinter ihm stand der RFSS und verlangte immer dringender Häftlinge für die Rüstung, gezwungen durch die Versprechungen dem Führer gegenüber. Auf der anderen Seite wollte aber auch der RFSS möglichst viele Juden vernichtet haben. Die KL [KZ, A.d.A.] standen zwischen RSHA und WVHA. Das RSHA lieferte Häftlinge ein mit dem Endziel der Vernichtung; ob sofort durch Exekutionen oder durch die Gaskammer oder ob etwas langsamer durch Seuchen (hervorgerufen durch die unhaltbar gewordenen Zustände in den KL, die man mit Absicht nicht beseitigen wollte), blieb sich gleich. Das WVHA wollte die Häftlinge erhalten für die Rüstung. Da aber Pohl sich durch die vom RFSS beständig höher geforderten Einsatz-Zahlen beirren ließ, leistete er dem Willen des RSHA unbeabsichtigt Vorschub, indem durch sein Drängen nach Erfüllung des Geforderten unzählige Tausende von Häftlingen durch den Arbeitseinsatz sterben mußten, weil

⁵⁷⁷ Karola Fings, Kommunen und Zwangsarbeit, in: Winkler, Stiften gehen, S. 108–129, hier S. 111 f.; zu einzelnen Einsätzen siehe Kapitel 4 und 6.

⁵⁷⁸ Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 402.

*praktisch alle unbedingt notwendigen Lebensbedingungen für derartige Häftlingsmassen fehlten.*⁵⁷⁹

Erst mit dem Zusammenbruch der Ostfront im Mittelabschnitt ab Juni / Juli 1944 war Hitler bereit, wieder Juden ins Reichsgebiet zu holen, um sie für den Arbeitseinsatz in der Wirtschaft heranzuziehen. Der Einsatz von Juden wie auch der verstärkte Einsatz von KZ-Häftlingen wurde von Hitler nur genehmigt, nachdem Sauckels brutale Rekrutierungspolitik – er hatte Hitler Anfang 1944 noch mehrere Millionen neue Arbeitskräfte versprochen – bereits im März gescheitert war und Sauckel sein Scheitern im Rüstungsministerium eingestehen musste.⁵⁸⁰ In einem Gespräch mit Hitler im Juni 1944 erhielt Speer die Zusicherung, auch nun über diese Häftlinge verfügen und sie in der Rüstungsindustrie einsetzen zu können. Das folgende Gespräch mit Himmler brachte das Übereinkommen – ungarische Juden, zum Teil auch Juden aus anderen Ländern, und Frauen – für die Rüstungsindustrie zu rekrutieren und hierzu verstärkt KZ-Außenlager bei den Rüstungsbetrieben einzurichten. Himmler erklärte sich auch bereit, die Mindesteinsatzkontingente bei Frauen pro Betrieb von 1.000 auf 500 Häftlinge herabzusetzen.⁵⁸¹

Mehr als 100.000 vor allem ungarische Juden, aber auch polnische Juden bekamen so eine Chance, ihr Leben – zumindest vorerst – zu retten und als Arbeitskräfte, untergebracht in Außenlagern der Konzentrationslager bei Rüstungsbetrieben, eingesetzt zu werden.⁵⁸²

Neben den Juden, die Teil der Verfügungsmasse der SS waren, bildeten die übrigen KZ-Häftlinge ab 1943 das letzte noch nicht systematisch genutzte Arbeitskrätereservoir. Produktionsverlagerungen auf Grund eines Erlasses vom 26. August 1943⁵⁸³ und Dezentralisation (vor allem für die Luftrüstung) ab 1943 und aufgrund der zunehmenden alliierten Luftangriffe verstärkt ab 1944 führten zu einem umfangreichen Bauprogramm für Bunker und unterirdische Produktionsstätten (Stollen), in dem immer mehr Häftlinge eingesetzt wurden. Gleichzeitig wurden etwa 1.000 KZ-Außenlager⁵⁸⁴, unter ihnen 62 in Sachsen, vor allem bei Rüstungs-

⁵⁷⁹ Zitiert in: Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 403 f. Das für den Arbeitseinsatz zuständige Amt D II des WVHA kümmerte sich kaum um die konkreten Lebensbedingungen der arbeitenden Häftlinge, deren medizinische und ernährungsphysiologisch eklatante Unterernährung ihre Arbeitskraft ständig unterminierte. Solange jedoch, so Schulte, genügend neue Häftlinge zur Verfügung standen, spielte das Zugrundegehen der Häftlinge keine Rolle, Schulte, S. 93 f.

⁵⁸⁰ Fröbe, S. 358.

⁵⁸¹ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 412 f. In der Besprechung des Jäger-Stabs am 26. Mai 1944 – der ersten, an der Speer teilnahm – wurde über dieses letzte Arbeitskrätereservoir debattiert, siehe Tooze, S. 723.

⁵⁸² Als Überblick hierzu NS-Terror und Verfolgung, Teil 3: Konzentrationslager und Todesmärsche in Sachsen 1944 und 1945, insbesondere S. 336–353. Offenbar hatte Saur als Speers Vertreter Hitler bereits am 6. / 7. April auf die Möglichkeit des Einsatzes von ungarischen Juden angesprochen, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 238.

⁵⁸³ Hierin sind Betriebsverlegungen nach Westsachsen und in den Raum Chemnitz genannt, siehe Jens Hummel, Das Rüstungskommando Chemnitz, in: Verlagerter Krieg, S. 5–17, hier S. 12.

⁵⁸⁴ NS-Terror und Verfolgung, S. 340.

betrieben errichtet. Im Herbst 1944 wurden von insgesamt 600.000 etwa 480.000 Häftlinge als arbeitsfähig beurteilt; von denen waren nach Schätzung Oswald Pohls vom WVHA 140.000 als Bauhäftlinge⁵⁸⁵ unter dem Befehl des zum SS-Gruppenführer aufgestiegenen Hans Kammeler (vor allem für Betriebsverlagerungen, Stollenbau, das sogenannte Jäger-Programm), 130.000 bei Bauvorhaben der Organisation Todt und 230.000 in der Privatindustrie eingesetzt.⁵⁸⁶ Die Rüstungsproduktion selbst bot den KZ-Häftlingen bessere Überlebenschancen als beim Baueinsatz; Frauen wiederum hatten in der Produktion gegenüber den Männern, etwa weil sie eben doch leichtere Arbeiten auszuführen hatten, nochmals eine etwas größere Chance. Insgesamt jedoch war der Druck auf die KZ-Häftlinge so groß, dass sie insgesamt kaum Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Loses hatten. Widerstand gegen Ausbeutung und in der Rüstungsproduktion war kaum möglich, Sabotage-Akte waren recht selten.⁵⁸⁷

Während bis Herbst 1944 das WVHA über den Einsatz der KZ-Häftlinge entschied, ging diese Kompetenz nun ebenfalls am 9. Oktober 1944 auf das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion über, was dessen wachsende und zentrale Verteilungskompetenz seit 1942 noch mehr unterstreicht.⁵⁸⁸

Anfang 1945 verfügten die Konzentrationslager wohl über etwa 700.000 Häftlinge, von denen etwa 600.000⁵⁸⁹ im Arbeitseinsatz waren. Gut ein Drittel der im Januar 1945 noch lebenden KZ-Häftlinge hat am Ende des Krieges die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den

⁵⁸⁵ Unter den Bauhäftlingen, ebenso etwa wie bei der IG Farben in Auschwitz-Monowitz, war die Todesquote extrem hoch, da diese recht einfach auszutauschen waren, wenn ihre Arbeitskraft nachließ. Zum Teil betrug die Lebenserwartung wie etwa bei den Stollenbauten nur wenige Monate; bei der IG Farben in Auschwitz durfte etwa die Krankenquote nicht höher als fünf Prozent sein; kranke Häftlinge wurden dann in das KZ zurückgeschickt, Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 23.

⁵⁸⁶ Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 413. Die Lebens- / Überlebensbedingungen in den einzelnen Außenlagern waren dabei recht unterschiedlich und hingen von vielen Faktoren ab. Grundsätzlich muss jedoch ein Unterschied zwischen den Baukommandos mit sehr hoher Sterblichkeit und den Rüstungsbetrieben mit geringerer Sterblichkeit gemacht werden. So kann etwa die Todesquote bei Untertageverlagerungen gut verglichen werden. Wenn die Produktion in solchen Anlagen tatsächlich begann, sank die Sterberate auf Werte zwischen einem Fünftel und einem Zehntel gegenüber der Bauphase, siehe hierzu – mit Bezug auf Karin Orth – Schulte, S. 97 f. Zu Todesquoten von ungarischen Juden des KZ Mauthausen beim Baueinsatz in verschiedenen Einsatzorten siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 240.

⁵⁸⁷ Spoerer nennt in Anlehnung an eine Aussage eines RSHA-Mitarbeiters nach dem Krieg durchschnittlich 6.800 Sabotage-Akte pro Jahr für alle Ausländer (also inklusive KZ-Häftlinge), von denen den meisten persönliche Gründe zugrundegelegen hätten. Das probateste Mittel zum Überleben war damit ein möglichst kräfteschonendes Arbeiten, das heißt langsam arbeiten, siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 24 f.

⁵⁸⁸ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 112; siehe auch Schulte, S. 99. Dass auch das schon genannte Auswahlverfahren nicht mehr griff, zeigt die Tatsache, dass viele Firmen 1944 im Antrag nur noch die Anzahl von KZ-Häftlingen benennen konnten, jedoch keinen Einfluss mehr auf die Auswahl hatten. Am Beispiel der Astra-Werke werden wir in Kapitel 5 darauf näher eingehen.

⁵⁸⁹ Nach Eichholtz waren Ende 1944 etwa 500.000 KZ-Häftlinge im Arbeitseinsatz; fraglich ist nach seiner Meinung, ob auch die etwa 150.000 ungarischen Juden aus Auschwitz hierin enthalten sind oder hinzugerechnet werden müssen, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 15.

Betrieben, die Todesmärsche bei der Evakuierung der Außenlager sowie die katastrophalen Bedingungen in den Stammlagern nicht überlebt.⁵⁹⁰

Ausländereinsatz: Gruppen, Branchenstruktur, Kosten

Arbeitsbedingungen und Behandlung der verschiedenen Großgruppen waren sehr unterschiedlich. Während einige Gruppen für die Betriebe höhere Kosten als deutsche Arbeitskräfte verursachten, waren Ostarbeiter und Kriegsgefangene betriebswirtschaftlich nominell erheblich „billiger“. In jedem Fall kam für ihre Gruppenangehörigen persönlich hinzu, dass an sie nur ein Bruchteil des Nettolohns deutscher Arbeitskräfte ausgezahlt wurde. An Polen, Ostarbeitern und Kriegsgefangenen verdienten zwar auch die Firmen, jedoch vor allem der Staat über höhere Steuern und Abgaben.⁵⁹¹ KZ-Häftlinge kosteten die Firmen vier RM pro Tag bei Frauen und Ungelernten, sechs RM bei Fachkräften⁵⁹², freilich flossen diese Beträge voll in den Staats-

⁵⁹⁰ Siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, Teil 3: Konzentrationslager und Todesmärsche in Sachsen 1944 und 1945 sowie Anhang, S. 462–579. In diesem Zusammenhang verweist Eichholtz angesichts näher rückender Fronten zu Recht kritisch auf Bemühungen der Industrie aus den ersten Monaten 1945, ihre Zwangsarbeiter wie KZ-Häftlinge, Juden und Kriegsgefangene an die SS beziehungsweise die Wehrmacht zurückzugeben oder etwa zivile Arbeitskräfte an das Arbeitsamt zu übergeben, vermutlich auch, um sich selbst zu schützen. Seine Einordnung jedoch ist zweifelhaft, wenn er schreibt: „Ein Urteil besonderer Art – für unzählige Zwangsarbeiter ein Todesurteil – fällt in den letzten Kriegsmonaten das deutsche Großkapital“, womit die weiter vorn genannten Bemühungen gemeint sind. „Es musste den genannten Institutionen und den Industriellen klar sein, dass die ‚Rückgabe‘ von Juden, KZ-Häftlingen und ‚unzuverlässigen Ausländern‘ an SS und Gestapo unter den damaligen Umständen einem Todesurteil gleichkam. Ein solches Schicksal traf tatsächlich bald darauf ungezählte Tausende, spätestens auf den berüchtigten ‚Todesmärschen‘“, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 35 f., dort auch Zitate. Ähnlich nochmals Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 650 f. Eichholtz lässt bei dieser Wertung allerdings außer Betracht, dass die Auflösung der Konzentrationslager mit nachfolgenden Evakuierungsmärschen und –transporten auf Befehl Himmlers bereits im Juni 1944 im Generalgouvernement begann und dazu diente, KZ-Häftlinge nicht in die Hände der Alliierten fallen zu lassen. Dieses war ein Prozess, der sich bis in den Mai 1945 für das Reichsgebiet fortsetzte. Hauptverantwortlich für diese Transporte war die SS und nicht die Initiative der Industrie, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, Teil 3 „Die Auflösung der KZ-Außenlager“, S. 378–387. Ähnlich auch Schulte, S. 99, der darauf hinweist, dass Himmler mit seinen Evakuierungsbefehlen *auch* den Wünschen der Industrie entgegenkam. Eichholtz macht selbst darauf aufmerksam, dass Himmler am 25. September 1944 einen Befehl erließ, Rebellionen von Ausländern auf jeden Fall mit allen Mitteln zu unterbinden, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 652.

⁵⁹¹ Die hauptsächliche Verantwortung des Staates für den Zwangsarbeitereinsatz unterstreicht auch Heß in seinem Aufsatz zur Zwangsarbeiterausstellung des Sächsischen Staatsarchivs, siehe Heß, S. 115

⁵⁹² Tooze gibt eine andere Berechnung von Spoerer wieder, in der es um die Kosten von KZ-Häftlingen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen geht. Hieraus wird deutlich, dass in der metallverarbeitenden sowie elektrotechnischen Industrie – gemessen an der Produktivität – KZ-Häftlinge kostengünstiger waren als deutsche Arbeitskräfte, im Baubereich jedoch eher umgekehrt, siehe Tooze, Tabelle 16 S. 616 f. Der Einsatz von KZ-Häftlingen war außerdem an die Festlegung gebunden, dass die von den KZ-Häftlingen gefertigten Rüstungsgüter vom Deutschen Reich nur mit einem Abschlag von 3,515 Prozent gegenüber dem vereinbarten Festpreis abgenommen wurden, siehe Tooze, S. 615. Für die Verpflegung der KZ-Häftlinge, die durch die Betriebe erfolgte, konnten diese pro Tag 0,65 RM bei Normalarbeitern, 0,70 RM bei Lang- und Nachtarbeitern und 0,80 RM bei Schwerstarbeitern abziehen, Hesse, Teil II, S. 91. Hesse kommt jedoch zu dem – unseres Erachtens zu pauschalen – Urteil, dass allein durch die Lohnunterschiede zwischen deutschen Arbeitskräften und KZ-Häftlingen die Rüstungsindustrie Milliardenzusatzgewinne eingefahren habe, Hesse, Teil II, S. 92; zu den Kostenunterschieden

haushalt.⁵⁹³ Die nächste Tabelle zeigt das unterschiedliche Kostenniveau im Jahr 1944 am Beispiel des Bergbaus.

Lohnaufwendungen der Ruhrzechen pro Arbeiter und Tag (Februar 1944 in RM)⁵⁹⁴

| Gruppen | Steuern | Gesetzliche Sozialleistungen | Trennungsgeld | Kost / Logis | Auszahlbeitrag | Arbeitskosten (Prozent) |
|--|---------|------------------------------|---------------|--------------|----------------|-------------------------|
| Deutsche | 0,33 | 2,26 | 0,00 | 1,22 | 8,72 | 12,53 (100) |
| Westarbeiter, Dänen, Kroaten | 0,33 | 2,26 | 0,91 | 3,33 | 6,60 | 13,44 (107) |
| Polnische Ukrainer + Weißrussen | 0,33 | 1,90 | 0,91 | 3,33 | 6,60 | 13,07 (104) |
| Polen | 1,37 | 1,86 | 0,61 | 3,33 | 5,36 | 12,53 (100) |
| Ostarbeiter ⁵⁹⁵ | 1,38 | 0,48 | 0,00 | 3,30 | 1,86 | 7,02 (56) |
| Westliche Kriegsgefangene ⁵⁹⁶ | 1,26 | 0,31 | 0,00 | 3,32 | 1,68 | 6,57 (52) |
| Sowjetische Kriegsgefangene | 1,30 | 0,16 | 0,00 | 3,33 | 0,40 | 5,19 (41) |

Von allen Ausländergruppen bildeten sowjetische Bürger mit etwa 35 Prozent die größte Einzelgruppe, gefolgt von Polen, Franzosen und Italienern, wie die nächste Tabelle zeigt:

den siehe ebenda, S. 98. Wenn dies so pauschal zuträfe, hätte der massenhafte Einsatz von KZ-Häftlingen schon aus Profitinteresse viel früher einsetzen müssen. So geht denn etwa Ulrich Fritz davon aus, dass Firmen beim Einsatz von KZ-Häftlingen „keine unmittelbaren finanziellen Nutzen“ (gemeint ist: keinen Sonderprofit) erzielt haben, siehe Ulrich Fritz, KZ-Außenlager in Sachsen, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 139–156, hier S. 145. Die an die SS gezahlten Pauschalen entsprachen einem „Lohnsatz“ zwischen 45 und 65 Prozent eines deutschen Arbeitnehmers. Gegen Ende des Krieges konnten auch geringe Löhne in Form von Lagergeld ausgezahlt werden, siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 22.

⁵⁹³ Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der Staat auch die Kosten der SS-Konzentrationslager trug. Da diese jedoch aus anderen Gründen eingerichtet worden waren, führt hier eine ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung in die Irre. Als Beispiel sei die heutige Strafgefangenen-(Zwangs-)arbeit angeführt, bei der Häftlinge auch nur einen Bruchteil des Ertrages ihrer Arbeit erhalten, während der Rest an den Staatshaushalt geht. Insgesamt kann jedoch kein Arbeitseinsatz von Strafgefangenen die Gesamtkosten des Gefängnisbetriebs erbringen.

⁵⁹⁴ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 185.

⁵⁹⁵ Damit waren die Polenkosten für den Arbeitgeber etwa gleich hoch wie bei einem deutschen Vergleichslohn. Der deutsche Staat war gleichzeitig größter (Steuer-)Profiteur vom Polen- und Ostarbeitereinsatz.

⁵⁹⁶ Kriegsgefangene erhielten unterschiedliche Entlohnung, je nach Herkunftsland. Zumeist wurde diese von dem Betrieb an die Stalags gezahlt, später zum Teil auch an die Kriegsgefangenen selbst, siehe hierzu Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 164 f.

*Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz im Deutschen Reich August / September 1944*⁵⁹⁷

| „Nationalität“ | Kriegsgefangene | Zivilarbeiter | | | insgesamt |
|-------------------------|-----------------|---------------|-----------|-----------|-----------|
| | | Männlich | Weiblich | Zusammen | |
| Belgien | 50.386 | 170.058 | 29.379 | 199.437 | 249.823 |
| Baltenländer(2) | | 28.450 | 16.349 | 44.799 | 44.799 |
| Bulgarien | | 14.207 | 2.050 | 16.257 | 16.257 |
| Großbritannien | 80.725 | | | | 80.725 |
| Frankreich | 599.967 | 603.767 | 42.654 | 646.421 | 1.246.388 |
| Griechenland | | 12.532 | 3.126 | 15.658 | 15.658 |
| Italien | 427.238 (3) | 265.030 | 22.317 | 287.347 | 714.685 |
| Jugoslawien (4) | 89.359 | 72.263 | 23.497 | 97.760 | 187.119 |
| Niederlande | | 233.591 | 20.953 | 254.544 | 254.544 |
| Polen (5) | 28.316 | 1.088.540 | 573.796 | 1.662.336 | 1.690.642 |
| Tschechoslowakei (6) | | 252.825 | 61.065 | 313.890 | 313.890 |
| Schweiz | | 11.835 | 5.179 | 17.014 | 17.014 |
| Sowjetunion | 631.559 | 1.062.507 | 1.112.137 | 2.174.644 | 2.806.203 |
| Ungarn | | 17.206 | 7.057 | 24.263 | 24.263 |
| Insgesamt | 1.930.087 | 3.986.308 | 1.990.367 | 5.976.673 | 7.906.760 |

(2) Ehemaliges Estland, Lettland, Litauen; (3) Militärinternierte; (4) Inkl. Kroatien; (5) „Arbeitskräfte polnischen und ukrainischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und dem Bezirk Bialystok“ sowie polnische „Schutzangehörige des Großdeutschen Reiches“; (6) „Protectorat“ und Slowakei.

Die Zahl der arbeitenden Kriegsgefangenen nahm in Laufe des Krieges um etwa 50 Prozent zu, was vor allem auf die sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die IMIs zurückzuführen war.

*Im Deutschen Reich beschäftigte Kriegsgefangene nach Nationalitäten*⁵⁹⁸

| Nationalität | 15.2.1942 | 15.8.1943 | 15.11.1943 | 1.1.1945 |
|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Franzosen | 971.000 | 736.324 | 664.736 | 637.564 |
| Sowjetrussen | 154.000 | 496.106 | 564.692 | 972.388 |
| Belgier | 58.000 | 53.311 | 53.858 | 57.392 |
| Briten | 41.000 | 44.087 | 66.586 | 101.564 |
| Serben | 105.000 | 93.872 | 92.103 | 100.830 |
| Polen | 31.000 | 29.128 | 30.548 | 34.691 |
| Holländer | | | | 6.174 |
| Sonstige | 10.000 | 9.270 | 382.906 | 280.012 |
| Insgesamt | 1.370.000 | 1.462.098 | 1.855.429 | 2.190.615 |

⁵⁹⁷ Ulrich Herbert, Einleitung, in: Herbert(Hg.), Europa, S. 8.

⁵⁹⁸ Tabelle bei Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 212. Dort auch Angabe zu den genutzten Quellen. Die Angaben von Herbert, Tabelle zuvor, weisen etwas geringere Zahlen auf.

Sowohl Kriegsgefangene als auch zivile Zwangsarbeiter waren zu unterschiedlichen Anteilen in den Wirtschaftsbranchen eingesetzt. Nach Angaben Speers bestanden auf dem Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion, 1944, gut 40 Prozent aller Beschäftigten in der Rüstungsindustrie bereits aus Kriegsgefangenen.⁵⁹⁹

Verteilung der Kriegsgefangenen auf Wirtschaftsbereiche, August 1944⁶⁰⁰

| | Land-, Forstwirtschaft | Bergbau | Industrie | Bau | Dienstleistungen |
|-----------------------|-----------------------------------|----------------|------------------|------------|-------------------------|
| Franzosen | 60% | 2% | 26% | 4% | 7% |
| IMI | 8% | 10% | 60% | 11% | 12% |
| Sowjetbürger | 24% | 25% | 31% | 5% | 15% |
| Alle Kriegsgefangenen | 36% | 12% | 35% | 7% | 11% |

Aufgrund von Rundungen ergeben die Zahlen nicht immer exakt 100 Prozent

Welche Bedeutung der Ausländereinsatz zum Beispiel für die Flugzeugproduktion hatte, wird in einer 1942 gehaltenen Rede des Direktors der Junkers-Werke, Kuhnen, bezüglich verstärkter Einführung von Fließbandproduktion deutlich: „...es ist für uns keine Frage mehr, ob wir irgendwo die Fließarbeit anwenden wollen oder nicht. Unsere Erfahrungen haben gelehrt, daß sie, solange wir mit dem Einsatz europäischer Hilfsvölker rechnen müssen, den Betrieb wenig [d. h. flexibel] erhält. Wir haben es uns vollständig abgewöhnt, bei irgendwelchen Produktionssteigerungen vom Arbeitsamt Fachleute anzufordern. Wir sind mit dem zufrieden, was die Arbeitseinsatzstellen gerade anbieten können. [...] Für uns kann es sich nur noch um eine Frage handeln: Bis wann bringen wir *alles* zum Fließen und wie bringen wir es noch *besser* zum Fließen?“⁶⁰¹

Gerade für die Industrie, aber auch den Bergbau mit seiner zentralen Rolle als Rohstoffproduzent für den Rüstungssektor spielten sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte eine erhebliche Rolle⁶⁰², so dass Ulrich Herbert zu dem Schluss kommt, dass ohne sie der Krieg über das Jahr 1943 hinaus nicht hätte geführt werden können.⁶⁰³ Rolf-Dieter Müller konstatiert zu Recht, dass – bezogen auf die Ostarbeiter – zwar immer eine geringere Anzahl als von NS-Instanzen geplant rekrutiert werden konnten, deren Einsatz jedoch entscheidend dazu beigetragen hat, den Krieg bis zum Frühjahr 1945 fortzusetzen.⁶⁰⁴

⁵⁹⁹ Aus einem Verhör Speers vom 18. Oktober 1945, in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 542.

⁶⁰⁰ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 225.

⁶⁰¹ Zitiert in Fröbe, S. 362. Hervorhebungen im Text enthalten.

⁶⁰² Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 225.

⁶⁰³ Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 144.

⁶⁰⁴ Rolf-Dieter Müller, Rekrutierung, S. 248.

Wie die nächste Tabelle zeigt, nahm ab 1939 die Zahl der beschäftigten ausländischen Zivilisten wie auch der Kriegsgefangenen kontinuierlich zu – ebenso wie die Zahl der Einberufenen –, während die Quantität der beschäftigten deutschen Frauen annähernd gleichblieb und der beschäftigten deutschen Männer auf unter 60 Prozent des Vorkriegsniveaus sank.

*Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz*⁶⁰⁵

| Gruppe | 31.5.1939 | 31.5.1940 | 31.5.1941 | 31.5.1942 | 31.5.1943 | 31.5.1944 |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Gesamt | 39.414.596 | 36.042.245 | 36.498.554 | 35.627.458 | 36.607.525 | 35.804.263 |
| Davon | | | | | | |
| Ausländer und Juden | 300.552 | 803.008 | 1.753.469 | 2.644.464 | 4.536.540 | 5.274.709 |
| Kriegsgefangene | - | 348.198 | 1.315.934 | 1.489.281 | 1.623.412 | 1.830.706 |
| Deutsche Frauen | 14.625.956 | 14.385.107 | 14.186.415 | 14.459.127 | 14.806.058 | 14.552.761 |
| Deutsche Männer | 24.488.088 | 20.505.932 | 19.242.736 | 17.034.586 | 15.641.515 | 14.146.087 |
| Davon uk-gestellt | - | 3.043.000 | 5.347.154 | 5.394.693 | 4.590.394 | 6.198.558 |
| Eingezogene | - | 4.524.864 | 5.921.162 | 7.946.804 | 9.563.924 | 10.663.896 |

*Verteilung der in- und ausländischen Zivilarbeiter auf Wirtschaftsbereiche, August 1944*⁶⁰⁶

| | Land-, Forstwirtschaft | Bergbau | Industrie | Bau | Dienstleistungen |
|-------------------|---------------------------|---------|-----------|-----|------------------|
| Belgier | 2% | 1% | 72% | 10% | 14% |
| Franzosen | 9% | 1% | 72% | 6% | 13% |
| Italiener | 10% | 4% | 50% | 23% | 13% |
| Kroaten | 8% | 5% | 62% | 15% | 11% |
| Niederländer | 9% | 2% | 59% | 12% | 19% |
| Polen | 68% | 3% | 18% | 4% | 6% |
| Serben | 15% | 8% | 51% | 8% | 17% |
| Sowjetbürger | 35% | 4% | 45% | 4% | 12% |
| Tschechen | 5% | 5% | 58% | 16% | 17% |
| Ausländer | 36 % | 3 % | 43 % | 6 % | 12 % |
| In- und Ausländer | 18% | 4% | 42% | 5% | 32% |

In Zahlen bedeutete dies etwa, dass im August / September 1944 von gerundet 2,7 Millionen ausländischen Beschäftigten in der Landwirtschaft etwa 1,1 Millionen aus polnischen und 723.000 aus sowjetische Zivilarbeitern bestanden, gefolgt von 351.000 französischen und 138.000 sowjetischen Kriegsgefangenen. In der Industrie waren gut 3,4 Millionen Zwangsar-

⁶⁰⁵ Kroener, Personelle Ressourcen, S. 810 (Uk-Gestellte 1940 möglicherweise unvollständig); siehe auch Kroener, Menschenbewirtschaftung, Tabelle S. 854 (Einschubblatt), die bis 30. September 1944 geht. In der der Tabelle zugrundeliegenden Wehrmachtstatistik sind Ausländer und Juden zu einer Gruppe zusammengefasst.

⁶⁰⁶ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 225.

beiter beschäftigt. Der Anteil der Metallindustrie daran betrug etwa 1,7 Millionen Arbeitskräfte. Hier setzte sich die größte Gruppe aus 750.000 Ostarbeitern zusammen, gefolgt von 293.000 Franzosen, 180.000 IMIs sowie 130.000 sowjetischen Kriegsgefangenen und 129.000 polnischen Zivilarbeitern. Auch im Bergbau waren sowjetische Bürger bei insgesamt 434.000 Ausländern mehrheitlich vertreten. Die beiden größten Gruppen bildeten 160.000 sowjetische Kriegsgefangene und 93.000 Ostarbeiter, danach kamen 55.000 polnische Zivilarbeiter und 44.000 IMIs.⁶⁰⁷

In einigen Wirtschaftszweigen hatten ausländische Zivilarbeitskräfte einen Anteil von knapp der Hälfte bis zu einem Viertel der jeweils Beschäftigten. Insgesamt waren zum Höhepunkt des Ausländereinsatzes im Juli 1944 etwa acht Millionen Personen – inklusive Kriegsgefangene – in der deutschen Wirtschaft beschäftigt. Dies entsprach – je nach Vergleichsgröße mit deutschen Beschäftigtengruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) Anteilen zwischen 26 und 33 Prozent.⁶⁰⁸ Ohne diese Ausländer hätte die deutsche Volkswirtschaft, gerade die Landwirtschaft mit ihrer zentralen Ernährungsrolle, nicht mehr funktionieren können. Gleiches gilt für die Rüstungsindustrie. Es gehört zur Tragik und Ambivalenz des Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangeneinsatzes, dass auch dieser entscheidend dazu beigetragen hat und es der NS-Führung erlaubte, den Krieg noch bis 1945 fortzusetzen.

Anteil ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener an der Gesamtbeschäftigung nach Wirtschaftsbereichen, 1943 und 1944⁶⁰⁹

| | Februar / März 1943 | August 1944 |
|---------------------------|----------------------------|--------------------|
| Land- und Forstwirtschaft | 49% | 46% |
| Bergbau | 23% | 34% |
| Industrie | 20% | 25% |
| Bau | 30% | 33% |
| Dienstleistungen | 7% | 10% |
| Gesamte Wirtschaft | 21% | 25% |

⁶⁰⁷ Zahlen bei Eichholtz, Zwangsarbeit, Tab. 3 S. 23.

⁶⁰⁸ Herbert nennt für den Herbst 1944 7,9 Millionen Ausländer aus 26 Ländern, was 33 Prozent der Arbeiter und Angestellten entsprach; Spoerer geht von acht Millionen Arbeitskräften aus, was 26 Prozent aller Arbeitskräfte gleichkam, siehe Herbert, Einleitung, in: derselbe (Hg.), Europa, S. 7 sowie Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 9.

⁶⁰⁹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 226. In manchen Betrieben lag der Anteil von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen sogar zwischen 50 und 75 Prozent, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 939.

Ernährung von Zwangsarbeitern

Welche Bedeutung hatten die einzelnen Gruppen für die Einsatzbetriebe? Waren letztgenannte Gruppen betriebswirtschaftlich betrachtet profitabler?⁶¹⁰ Wie die Tabelle zur Arbeitsproduktivität (weiter oben) gezeigt hat, wiesen die am meisten diskriminierten Gruppen teils recht niedrige Produktivitätswerte auf. Der wichtigste Grund hierfür lag in der völlig unzureichenden Ernährung für Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Dieser Zusammenhang war den Verantwortlichen für die Rüstungsindustrie (inklusive Bau und Bergbau) bereits 1942 klargeworden. Spezielle Studien des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie aus dem Jahr 1943 / 1944 (Kraut-Aktion)⁶¹¹ zeigten deutlich, dass eine ausreichende Ernährung sowohl zu höherer Produktivität als auch zu einem sinkenden Krankenstand führte.⁶¹² Doch vor der Katastrophe von Stalingrad konnten sich diese Überlegungen gegenüber den Ideologen in der Staatsführung und Backes Reichsernährungsministerium nicht durchsetzen. Als schließlich 1944 rechtliche Angleichungen⁶¹³ und formale Gleichstellungen der am stärksten diskriminierten Gruppen an die Ernährungsbestimmungen für Westarbeiter und westliche Kriegsgefangene vorgenommen wurden⁶¹⁴, war es für viele Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene bereits zu spät, denn spätestens seit Mitte 1944 war auch die Ernährungslage im Deutschen Reich aufgrund der durchschlagenden alliierten Luftangriffe sowie des Verlustes der besetzten Ostgebiete höchst prekär und verschlechterte sich weiter. Dieses hatte zur Folge, dass es im Februar / März 1945 noch einmal für alle deutschen und ausländischen Arbeiter zu einer Rationskürzung kam, die wiederum Ausländer besonders hart traf.⁶¹⁵ Zudem hatte die weitverbreitete Korruption zur Folge, dass keineswegs alle für diese Gruppen vorgesehenen Lebensmittelrationen bei ihnen ankamen, ganz abgesehen von deren minderer Qualität.⁶¹⁶ Hinzu kommt noch, dass diese Gruppen in der Skala der um Nah-

⁶¹⁰ So schreibt Eichholtz etwa, 1942 habe sich in „maßgeblichen politischen und Wirtschaftskreisen“ die Auffassung durchgesetzt, dass Zwangsarbeit nicht nur unverzichtbar, sondern auch „hochprofitabel“ sei, Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 11.

⁶¹¹ Dietrich Eichholtz, Die „Krautaktion“. Ruhrindustrie, Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit 1944, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 270-294. Siehe auch den entsprechenden gleichnamigen Abschnitt in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 246-266.

⁶¹² Eichholtz, Krautaktion, S. 285.

⁶¹³ So wurden Ostarbeiter ab April 1944 offiziell sozialversicherungspflichtig und damit Westarbeitern und Deutschen gleichgestellt, siehe Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 139 f.

⁶¹⁴ Die meisten IMI wurden trotz Bedenken am 1. September 1944 in den Zivilstatus überführt; sie, die sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter erhielten ab Juni 1944 für zunächst zwei Monate eine sogenannte Ernährungs-Reichszulage, um bessere Arbeitsergebnisse zu erzielen, siehe Eichholtz, Krautaktion, S. 284 sowie Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 260 und 648. 1944 wurde zudem in zwei Schritten die sogenannte Leistungsernährung eingeführt, siehe hierzu Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 127 f. Zum Beispiel erfolgte auch am 21. August 1944 bei der Ernährung die formale Gleichstellung sowjetischer Kriegsgefangener mit denen anderer Staaten, siehe Nagel, Kriegsgefangenenwesen, in: Zeithain, Bd. 1, S. 33.

⁶¹⁵ Eichholtz, Krautaktion, S. 286 f. Siehe auch Fußnote 426.

⁶¹⁶ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 271.

rungsmittel Konkurrerenden an unterster Stelle standen. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass die am stärksten diskriminierten Gruppen häufig zu besonders schweren und gesundheitsschädlichen Arbeiten (Bergbau, Stollenbau, Munitionsherstellung) herangezogen wurden.⁶¹⁷ Die folgenden Tabellen zeigen ausschnittsweise die nominelle Höhe der Rationen für verschiedene Gruppen.

Arbeitskalorien nach Abzug des Grundumsatzes⁶¹⁸

| Gruppen | Normalverbraucher | Lang- und Nachtarbeiter | Schwerarbeiter | Schwerstarbeiter | Bergleute |
|-------------|-------------------|-------------------------|----------------|------------------|-----------|
| Deutsche | 340 | 620 | 1.030 | 1.750 | 1.750 |
| Ostarbeiter | 340 | 370 | 700 | 1.100 | 1.160 |

Verbrauch von ausnutzbarem Eiweiß in Gramm pro Tag

| Gruppen | Normalverbraucher | Lang- und Nachtarbeiter | Schwerarbeiter | Schwerstarbeiter | Bergleute |
|-------------------------|-------------------|-------------------------|----------------|------------------|-----------|
| Deutsche | 47,9 | 56,7 | 66,1 | 79,5 | 79,5 |
| Ostarbeiter | 43,6 | 44,9 | 52,9 | 62,3 | 64,8 |
| Davon tierisches Eiweiß | | | | | |
| Deutsche | 19,7 | 23,7 | 26,5 | 32,3 | 32,3 |
| Ostarbeiter | 6,3 | 7,5 | 10,1 | 12,6 | 15,1 |

Bei Häftlingen wurden die Rationen im April 1944 und im Oktober 1944 sogar noch einmal herabgesetzt.⁶¹⁹

Offizielle Wochenrationen für Häftlinge bei Einsatz in der gewerblichen Wirtschaft, Juni 1941 und April 1944 (in g)⁶²⁰

| | Nichtjuden Juni 1941 | Nichtjuden Juni 1944 | Juden April 1944 |
|-----------------------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Fleisch | | | |
| Normalarbeiter | 320 | 200 | 200 |
| Lang- und Nachtarbeiter | 480 | Max. 340 | Max. 340 |
| Schwer- und Schwerstarbeit. | Max. 640 | 480 | Max. 340 |
| Fett (Margarine) | | | |
| Normalarbeiter | 200 | 183 | 183 |

⁶¹⁷ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 273.

⁶¹⁸ Beide Tabellen in: Eichholtz, Krautaktion, S. 276. Als Grundumsatz nahm Kraut an: Deutsche 1.700, Ostarbeiter 1.600 und Kriegsgefangene 1.500 kcal. Siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, Tabelle 42 S. 269, die die Abstufung der Lebensmittelrationen (wobei bestimmte Lebensmittel wie Hülsenfrüchte, Käse, Quark und Eier für letztgenannte Gruppe gar nicht zur Verteilung kamen) zwischen nichtsowjetischen Zivilisten, nichtsowjetischen Kriegsgefangenen und sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern verdeutlicht.

⁶¹⁹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 125.

⁶²⁰ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 126.

| | | | |
|-----------------------------|----------|------------|-------|
| Lang- und Nachtarbeiter | 220 | 203 | 203 |
| Schwer- und Schwerstarbeit. | Max. 300 | Max. 283 | 203 |
| Brot | | | |
| Normalarbeiter | 2.740 | 2.600 | 2.600 |
| Lang- und Nachtarbeiter | 3.340 | 3.280 | 3.280 |
| Schwer- und Schwerstarbeit. | k.A. | Max. 4.000 | 3.280 |

Welche Abweichungen es nach unten geben konnte, schildert Spoerer an einem Beispiel aus dem Bergbau: „Ein deutscher oder ausländischer lagerverpfliegter Zivilarbeiter erhielt im Frühjahr 1944 im Untertagebau über 1.400 Gramm Fleisch und Fett pro Woche, ein nichtsovjeterischer Kriegsgefangener 1.100, ein Ostarbeiter oder sowjetischer Kriegsgefangener 900, nicht nicht-jüdischer KZ-Häftling maximal 750 und ein jüdischer KZ-Häftling maximal 550.“⁶²¹

Wie schwer die Arbeit zum Beispiel für sowjetische Kriegsgefangene im Bergbau war, belegen eindeutige Zahlen. Bei 181.764 im Bergbau beschäftigten Kriegsgefangenen zu Anfang 1944 gab es bis Mitte 1944 allein 32.236 Abgänge. Für den oberschlesischen Bergbau lassen sich die Abgänge aufschlüsseln: Von 10.963 als Abgänge verzeichneten Kriegsgefangenen wurden 7.914 wegen Krankheit in die Stammlager zurückgeführt und starben dort in erheblicher Größenordnung, 1.592 wurden wegen Krankheit in Lazarette überführt, 639 starben während des Arbeitseinsatzes, 818 waren geflohen.⁶²²

Es ist daher keine Überraschung, dass in der Erinnerung an den Zwangsarbeitseinsatz in Deutschland bei diesen letztgenannten Gruppen (Juden, KZ-Häftlinge, Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene) der Hunger die überragende Rolle spielte, während bei Westarbeitern vor allem die Luftangriffe das prägendste Erlebnis waren.⁶²³

Zwangsarbeitereinsatz: Gesamtzahlen

Zum Schluss dieses Abschnitts wollen wir noch einmal die Gesamtzahlen für die wichtigsten Zwangsarbeitsgruppen zusammenfassen. Als erste Ausländer wurden Tschechen zum Arbeitseinsatz genötigt. Etwa 400.000 von ihnen kamen ab März 1939 aus dem Protektorat, insgesamt waren bis 1945 etwa 600.000 Tschechen zum Arbeitseinsatz herangezogen worden.⁶²⁴ 400.000 Italiener arbeiteten von 1938 bis zum 8. September 1943, als Italien aus dem Bündnis mit dem Deutschen Reich ausschied, dort tätig; nach dem Sturz Mussolinis kamen noch etwa

⁶²¹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 126.

⁶²² Zahlenangaben bei Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 152.

⁶²³ So Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 258. Siehe auch Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 258. Gerade das manchmal verzweifelte Bemühen der von Hungertod bedrohten Gruppen um jedwede Lebensmittel, auch verdorbene, war dazu geeignet, ideologisch begründete Vorurteile ihnen gegenüber scheinbar zu bestätigen.

⁶²⁴ Miroslav Kárný, Der „Reichsausgleich“ in der deutschen Protektoratspolitik, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 26–50, hier S. 43 f.

100.000 Zivilisten zwangsweise zum Einsatz, hinzuzurechnen sind circa 650.000 italienische Militärinternierte (eigentlich: Kriegsgefangene).⁶²⁵ Aus dem besetzten westlichen Nachbarland Niederlande sind 163.000 Arbeitskräfte zwangsverpflichtet worden, mit „Freiwilligen“ waren es insgesamt 531.000.⁶²⁶ Die Franzosen bildeten mit 1,6 Millionen Kriegsgefangenen – am Ende des Krieges waren davon circa eine Million im Arbeitseinsatz – sowie 900.000 meist angeworbenen Zivilisten wie auch weiteren 200.000 ehemaligen, in den Zivilstatus überführten Kriegsgefangenen die drittgrößte Gruppe.⁶²⁷ Diese war etwa gleich groß wie die der Polen. Gut 300.000 polnische Kriegsgefangene waren 1940 in den Zivilarbeiterstatus überführt worden, so dass – diese Gruppe eingerechnet – etwa 2.860.000 Polen zeitweilig zur Arbeit im Deutschen Reich eingesetzt waren.⁶²⁸

Die größte Gruppe bestand aus Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen, also sowjetischen Bürgern. Bis Ende 1942 setzte man allein 1,3 Millionen sowjetische Zivilisten und 450.000 sowjetische Kriegsgefangene zur Arbeit ein.⁶²⁹ Zum Stichtag 30. Juni 1944 waren ab etwa 1942 circa 2,8 Millionen Ostarbeiter – im Allgemeinen mit Zwangsmitteln – in das Deutsche Reich überführt oder mitgeführt worden; nach einer sowjetischen Erhebung betrug die Zahl der deportierten Zivilisten allerdings insgesamt sogar 4.978.000⁶³⁰; hinzu kamen mindestens eine Million, möglicherweise bis zu 1,5 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, die insgesamt zu verschiedenen Zeiten von 1941 bis 1945 allein im Deutschen Reich im

⁶²⁵ Brunello Mantelli, Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 51–89, hier S. 54 f. Nicht alle von ihnen sind offenbar freiwillig gekommen, denn ab 1940 setzte das Deutsche Reich Italien unter Druck, mehr Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche Kräfte wurden zum Beispiel durch italienische Auskämm-Aktionen gewonnen, siehe Lukat, S. 177.

⁶²⁶ Hirschfeld, S. 179 und 181.

⁶²⁷ Durand, S. 184.

⁶²⁸ Cesaław Łuczak, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 90–105, hier S. 98. Von den polnischen Juden wurden ab 1940 gut 700.000 zur Zwangsarbeit in ihrem Heimatgebiet eingesetzt (bevor sie ab 1942 weitgehend ermordet wurden), siehe Herkunft und Anzahl ausländischer Zivilarbeiter / innen und Zwangsarbeiter / innen, in: wollheim memorial, in: http://www.wollheim-memorial.de/de/herkunft_und_anzahl_auslaendischer_zivilarbeiter/innen_zwangsarbeiter/innen, 30. November 2019. Dort ebenfalls Zahlen für die hier nicht explizit genannten Gruppen aus Jugoslawien, Griechenland sowie einigen anderen Staaten.

⁶²⁹ Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 140.

⁶³⁰ Rolf-Dieter Müller, Rekrutierung, S. 234 mit Bezug auf deutsche Quellen. Die sowjetische Zahl ist eine Berechnung der Repatriierungsbehörde, siehe Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006, S. 39. Hierin sind jedoch auch Personen aus dem Baltikum sowie den 1939 annektierten polnischen Ostgebieten enthalten, die in manchen anderen Quellen nicht als Sowjetbürger gezählt werden. Die sowjetische Zahl beinhaltet wohl insgesamt alle von den Deutschen zur Zwangsarbeit herangezogenen sowjetischen Bürger außerhalb des sowjetisch kontrollierten Gebiets. Zur Problematik der unterschiedlichen kumulierten Zahlen siehe Glauning, S. 3.

Arbeitseinsatz waren.⁶³¹ Nach Spoerer sind von den Zivilarbeitergruppen höchsten zwischen zehn bis 20 Prozent im weiten Sinne freiwillig ins Deutsche Reich gekommen.⁶³²

Die Gesamtzahlen für alle hier genannten Gruppen sind mit einigen Unsicherheiten behaftet, da es zwar zeitgenössische staatliche Angaben gibt, diese sich jedoch zumeist nur auf bestimmte Stichtage beziehen und keine kumulierten Zahlen abbilden. Während Ulrich Herbert noch bei seinen ersten Arbeiten von etwa 9,5 Millionen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern sowie zusätzlich 0,4 Millionen KZ-Häftlingen ausging⁶³³, nannte Maier aus der Sicht der damaligen Arbeitsverwaltung etwa zehn bis zwölf Millionen (ohne KZ-Häftlinge)⁶³⁴. Die ermittelten Zahlen von Spoerer wie auch schon vorher die von Eichholtz liegen höher. Bei insgesamt von Spoerer geschätzten 13,5 Millionen Ausländern aller Gruppen⁶³⁵ haben nach seiner Berechnung bis zu 2,7 Millionen Aufenthalt oder Arbeitseinsatz im Deutschen Reich nicht überlebt. Zu ihnen zählen nach Spoerer neben den KZ-Häftlingen und „Arbeitsjuden“ vor allem wohl über eineinhalb Millionen sowjetische Kriegsgefangene, Ostarbeiter und auch italienische Militärinternierte.⁶³⁶ Sie haben – trotz rechtlicher und ökonomischer Verbesserungen ab

⁶³¹ Zum Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener siehe Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, Anlage 9, S. 503–506. Diese Tabelle enthält jedoch auch nur Stichtagszahlen, so dass eine gesicherte Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz nicht zu ermitteln ist; Keller legt hierfür auch keine Schätzung vor.

⁶³² Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 11. Da „Freiwilligkeit“ nur für Zivilarbeiter gelten kann, dürfte die Zahl bei einigen Hunderttausend bis maximal etwa 1,5 Millionen gelegen haben. In einer Besprechung vom 1. März 1944 in der Zentralen Planung gab Sauckel die Zahl der Freiwilligen unter fünf Millionen ausländischen Zivilarbeitern sogar nur mit gut 200.000 an, siehe Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 1, S. 273 f.

⁶³³ So genannt bei Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 221 mit Bezug auf Herbert. Herberts Zahl wohl ohne KZ-Häftlinge. Die Zahlen variieren auch darum, weil in die amtlichen Statistiken zum Teil annektierte Gebiete einbezogen wurden, teils nicht, siehe Lukat, S. 132.

⁶³⁴ Maier, S. 81.

⁶³⁵ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 223. Eichholtz nennt mit Berufung auf Jürgen Kuczynski etwa 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte im Deutschen Reich, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 247. Die Zahl der außerhalb der Reichsgrenzen in den besetzten Gebieten für Zwecke des Deutschen Reichs oder der Wehrmacht Arbeitenden schätzt er, mit Bezug auf Aussagen Sauckels, ebenfalls auf etwa zwölf bis 14 Millionen Menschen, siehe ebenda, S. 247. Die Größenordnung Spoerers als auch die von Eichholtz für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich wird in der Forschung (wobei gerade in der außeruniversitären Forschung Eichholtz' Publikationen zu Unrecht oft nicht rezipiert werden) allgemein als Grundlage akzeptiert. Zur Quellengrundlage von Spoerers Zahlen siehe Silke Schumann, Zivile ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene in der Region Chemnitz. Zu den quantitativen Dimensionen des nationalsozialistischen Zwangsarbeitereinsatzes, in: Fremd- und Zwangsarbeit, S. 49–56, hier S. 50. In seiner angesichts der Fülle ausgewerteter Archivalien verdienstvollen Dokumentation zur Rüstungsindustrie in Leipzig kommt Hesse allerdings auf mehr als 22 Millionen Zwangsarbeiter aller Kategorien. Dies beruht jedoch auf einem systematischen Fehler, denn er addiert alle Stichtagsangaben von Dietrich Eichholtz für die jeweiligen Jahre von 1939 bis 1944 und kommt so auf seine Gesamtzahl, siehe Hesse, Teil II, S. 3, Tabelle von Eichholtz bei ihm abgedruckt auf S. 22. In der genannten Tabelle werden jedoch von Eichholtz jeweils korrekt Stichtagszahlen verzeichnet, siehe Dietrich Eichholtz, Zwangsarbeit, hier Tabelle 4 S. 37.

⁶³⁶ Exakte Gesamtzahlen derjenigen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem deutschen Arbeitseinsatz ihr Leben verloren, liegen nicht vor. Es gibt jedoch verschiedene Schätzungen. Aufgrund der für mehrere unserer untersuchten Gruppen furchtbaren Existenzbedingungen (Ernährung, Krankheiten, Unterbringung, Arbeitsbedingungen) geht Spoerer von insgesamt 2,7 Millionen Todesopfern bei den hauptsächlichen Gruppen

1943 – aufgrund der insgesamt furchtbaren Lebensumstände im Deutschen Reich den Tod gefunden.

Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft: Zwischen staatlichem Zwang und Profitinteressen

Wie wir in diesem Kapitel gezeigt haben, war es der Staat, der die grundlegenden Rahmenbedingungen für den Arbeitseinsatz von Ausländern festlegte. In seiner wegweisenden Studie zum Zwangsarbeitereinsatz von Ausländern während des Krieges kommt Spoerer zu dem Ergebnis, dass der Einsatz solcher Arbeitskräfte aber auch für die Betriebe im Allgemeinen

aus: 1,1 Millionen Kriegsgefangene (vor allem sowjetische); 0,5 Millionen Zivilarbeiter (davon etwa 0,17 Millionen Ostarbeiter); 1,1 Millionen KZ-Häftlinge und „Arbeitsjuden“, siehe Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 228 f. sowie auch Tooze, S. 602 mit Bezug auf Spoerer. Nach Glauning dürfte aber die von Spoerer genannte Zahl der verstorbenen Ostarbeiter mit 170.000 eher zu niedrig geschätzt sein, siehe Glauning, S. 11. Die sowjetische Repatriierungskommission setzte die Zahl der verstorbenen sowjetischen Zivilisten (Ostarbeiter) mit 1.135.023 bei einer allerdings erheblich höheren Zahl von insgesamt knapp fünf Millionen Ostarbeitern an; dies entspräche einer Todesquote von 22,8 Prozent, Zahlen genannt bei Goeken-Haidl, Der Weg zurück, S. 39. Eine ähnliche Zahl (1,12 Millionen umgekommene Zivilisten in deutschen oder deutschbesetzten Gebieten) führen auch Naumov / Reschin, S. 337, an. Unter den westlichen Kriegsgefangenen lag die Todesrate der IMIs mit 40.000 bis 50.000 Toten am höchsten, siehe Luigi Cajani, Die italienischen Militär-Internierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 295–318, hier S. 308. Die oben genannten Todeszahlen Spoerers für sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz scheinen uns aber zu hoch gegriffen. Wie aus Fußnote 256 und 548 mit der dazugehörigen Tabelle zur Sterblichkeit der Kriegsgefangenen ersichtlich, starben selbst von den im Jahr 1941 und 1942 gefangenengenommenen Rotarmisten insgesamt etwa 52,8 Prozent beziehungsweise 44 Prozent, der Rest erlebte wahrscheinlich das Kriegsende. Insgesamt lag für den gesamten Kriegszeitraum die Sterblichkeit bei 47,7 Prozent. Für die Jahre 1941 und 1942 ergibt die Erhebung der Dokumentationsstelle Dresden 227.595 Tote, eine ähnliche Totenzahl nennt auch Keller (FN 256). Damit dürfte die Gesamtsterbefallzahl für die ins Deutsche Reich transportierten Kriegsgefangenen wohl eher in einer Größenordnung von etwa 500.000 gelegen haben. Nach Ermittlungen aus dem Projekt „Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“ der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten befanden sich nach Berechnungen des damaligen Projektbeteiligten Reinhard Otto vermutlich etwa 1,4 Millionen sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet, von denen nach einer älteren Schätzung von ihm etwa 400.000 verstorben seien, siehe Müller, Forschungsprojekt, S. 24 sowie Reinhard Otto, Pilotprojekt Offizierskartei. Erste wissenschaftliche Ergebnisse, in: Für die Lebenden – der Toten gedenken. Ein internationales Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung des Schicksals sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Verbindung mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Dokumentationsstätte Stalag 326 Senne, Dresden 2003, S. 40–49, hier S. 42. Ein Teil der bereits seit Sommer / Herbst 1941 in Lager des Reichsgebiets Verbrachten verstarb dort noch bis Frühjahr 1942 an Hunger und Seuchen, also noch nicht im unmittelbaren Arbeitseinsatz. Dies gilt paradigmatisch auch für das Lager 304 (H) Zeithain, in dem von 1941 bis 1945 etwa 25.000 sowjetische Kriegsgefangene umkamen, circa 40 Prozent jedoch schon von 1941 bis März 1942 (Das Lager war vor März 1942 seit Monaten unter Quarantäne gewesen) und etwa 50 Prozent, ehe das Stalag Zeithain im September 1942 nach Löwen in Belgien verlegt wurde; ab 1. Februar 1943 fungierte es offiziell als Kriegsgefangenen-Reservelazarett. Es wurde damit vielfach Sterbeort dorthin überwiesener erkrankter sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Arbeitseinsatz für den ganzen Wehrkreis IV, aber auch anderer Wehrkreise. In Kapitel 4 werden wir uns noch einmal genauer mit den Sterbezahlen im Lager Zeithain auseinandersetzen und versuchen, hier Todesfälle im oder nach dem Arbeitseinsatz von solchen vor dem Arbeitseinsatz zu differenzieren.

betriebswirtschaftlich profitabel war. Gleichwohl änderte sich die Rolle der Zwangsarbeiter mit dem Fortschreiten des Krieges und der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage des Deutschen Reiches erheblich. Für 1942 / 1943 stellt er noch fest: „Doch da bis zum Übergang auf Festpreise ab 1942 als Grundsatz galt, dass die Unternehmen auf jeden Fall die Kosten plus einen Gewinnaufschlag verdienen sollten, lässt sich kaum vorstellen, dass sie wegen des Einsatzes teurer Westarbeiter oder anderer Ausländer in die Verlustzone gerutscht wären. Vielmehr ergaben Sonderprüfungen der Finanzbehörden, dass die Produktion gerade in der Rüstungsindustrie mindestens bis 1943 ausgesprochen profitabel war.“

1944 hatte sich die Lage jedoch verändert, so Spoerer: „Doch gegen Kriegsende kam es den Unternehmen gar nicht mehr darauf an, ‚Geld‘ zu verdienen. Geld in Form von Reichsmarkguthaben war durch die zurückgestaute Inflation, über die in der nationalsozialistischen Wirtschaftspresse erstaunlich offen diskutiert wurde, eine ausgesprochen risikoreiche Anlage. Viel wichtiger war, die Gewinne in inflationssicheres Realkapital zu investieren, also Grundstücke, Gebäude und Maschinen. In der Kriegswirtschaft, die solche Investitionen einer strengen Kontrolle unterwarf, war dies nur möglich, wenn ein Unternehmen damit Rüstungsgüter produzierte. ... Insofern erwies sich der massive Einsatz von Zwangsarbeitern aus Sicht der Unternehmen als klare Konsequenz einer übergeordneten Wachstums- und Überlebensstrategie. Betriebswirtschaftlich gesehen war es sinnvoll, immer mehr Arbeiter – deutsche oder ausländische – anzufordern.“⁶³⁷ Für die Rüstungsproduktion ab 1942 und gerade in der letzten Kriegsphase ab Mitte 1944 kam dem Zwangsarbeiter- und KZ-Häftlingseinsatz eine zentrale Funktion zu. Diese Gruppen „gewährleisteten die Aufrechterhaltung und Steigerung der Rüstungsproduktion sowie die Sicherung zukünftiger Marktchancen oder sogar ausgelagerter Maschinenparks über das Kriegsende hinaus.“ Eine solche Entwicklung wurde geradezu zu einem „Signum“ der deutschen Wirtschaftsgeschichte in der Kriegszeit, wie Kukowski / Boch in ihrer grundlegenden Studie zur Auto Union Chemnitz betonen.⁶³⁸

Letztlich nutzten alle größeren Rüstungsbetriebe diese Arbeitskräfteresourcen, ob von Anfang an oder erst im Verlauf des Krieges. Die Verweigerung einer solchen Nutzung und damit einhergehend Kapazitätssenkungen aufgrund fehlender Arbeitskräfte waren nicht möglich, ohne sich der Gefahr des Abzugs von Maschinen, der Nutzung der Werkshallen durch Konkurrenten oder etwa des Einsatzes eines staatlichen Treuhänders auszusetzen.⁶³⁹

⁶³⁷ Beide Zitate Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, S. 189. Ob jede Beschäftigung von Zwangsarbeitern betriebswirtschaftlich sinnvoll war, kann damit nicht untermauert werden. Alexander Fischer konstatiert dagegen: „Der ‚Ausländereinsatz‘ war für die einzelnen Unternehmen eine profitable Angelegenheit, sie waren sich dessen sehr wohl bewusst, und sie wollten von den Ausländern vor allem eines: ihre Arbeitskraft“, so Fischer, S. 21. Der hier formulierte Vorwurf ist zwar moralisch gerechtfertigt, jedoch volkswirtschaftlich unlogisch. Was hätten Betriebe in einer kapitalistisch organisierten Kriegswirtschaft sonst von Arbeitskräften vornehmlich wollen können?

⁶³⁸ Kukowski / Boch, S. 25, dort auch Zitat S. 24 f.

⁶³⁹ Siehe hierzu Kukowski / Boch, S. 28. Insofern ist auch der Begriff der „Verstrickung“ von Unternehmen in Verbrechenkomplexe des NS-Regimes wie die Eroberungs- oder Besatzungspolitik nicht angemessen, da er, so

Gleichwohl muss betont werden, dass die Rüstungsindustrie, die weitgehend privatkapitalistisch organisiert blieb und nur zu einem kleinen Teil in Staatshand war, keineswegs als Zwangswirtschaft zu charakterisieren ist. Produktion und Produktionsziele wurden, wie wir schon für die Ära Speer ausgeführt haben, nicht einfach dekretiert, sondern ausgehandelt und prinzipiell mit Gewinn umgesetzt. Betriebe folgten dabei lange Zeit klassischen Rentabilitäts- und Gewinnkriterien, die ihnen auch vom NS-Staat zugebilligt wurden.⁶⁴⁰ Der NS-Staat arbeitete auch in der zweiten Kriegshälfte vornehmlich mit wirtschaftlichen Anreizen, wenn auch staatlicher Druck zunahm.

Freilich traten in der zweiten Kriegshälfte Verschiebungen ein. Während in Normaljahren (Friedensjahren) etwa Rentabilitätskriterien bei Fragen von Diversifizierung der Produktion versus Konzentration, Inlands- versus Auslandsabsatz sowie in den ersten Kriegsjahren Stamm(zivil)produktion versus Rüstungsproduktion im Vordergrund standen, änderte sich dieses mit dem totalen Krieg ab 1943 für die Betriebe ebenfalls fundamental. Die wichtigsten Fragen waren nun: Erhaltung der Produktionsfähigkeit durch Vermeidung der Stilllegung von Betriebsteilen, möglichst Erhalt der Stammbesellschaft sowie Bewahrung des Anlagevermögens.⁶⁴¹ In diesem Sinne argumentiert auch Ulrich Fritz, wenn er konstatiert, dass der Häftlingseinsatz in den letzten acht bis zwölf Kriegsmonaten angesichts des schlechten körperlichen Zustands der Häftlinge und daraus folgender geringer Produktivität im Allgemeinen „keinen unmittelbaren finanziellen Nutzen“ für die Betriebe erbrachte, und verweist auf den ganz anders gelagerten viel wichtigeren Nutzen: Häftlingsarbeit trug dazu bei, die Rüstungsproduktion überhaupt am Laufen zu halten und damit die Produktion in ihrem Betrieb.⁶⁴²

Genauere Berechnungen, welchen Profit sowohl Staat als auch die Unternehmen aus dem Zwangsarbeitereinsatz (inklusive Kriegsgefangene) zogen, lassen sich nicht seriös anstellen. Es liegen jedoch Gesamtschätzungen vor, etwa wenn Rolf-Dieter Müller mit Bezug auf Dietrich Eichholtz eine Summe von 60 bis 70 Milliarden RM aus dem Zwangsarbeitereinsatz für Staat und Betriebe angibt. Besondere Gewinne für Betriebe traten etwa ein, wenn eben Zwangsarbeiter aus Osteuropa wesentlich geringere Stundenlöhne erhielten und diese Kostensenkung sich nicht vollständig in Preissenkungen niederschlug.⁶⁴³ Zu berücksichtigen ist aber dabei, dass der Staat beim Ostarbeitereinsatz vom Betrieb eine besondere Abgabe verlangte.

Schneider, eine Zwangsläufigkeit suggeriert, obwohl doch gerade in diesem Bereich Unternehmen Entscheidungsspielräume hatten, siehe Schneider, Rüstung, S. 199 f.

⁶⁴⁰ Siehe hierzu Kukowski / Boch, S. 29. So auch Schneider, Rüstung, S. 188, der das Kriterium der Gewinne für Betriebsentscheidungen betont.

⁶⁴¹ Siehe hierzu Schneider, Unternehmensstrategien, S. 240

⁶⁴² Fritz, KZ-Außenlager, S. 145. Didzionic konstatiert für den Freiburger Bergbau ebenfalls Zweifel an der These, dass Häftlingsarbeit für Betriebe per se besonders lukrativ gewesen sei, Didzionic, S. 48. Ebenso Kukowski / Boch, die mit Hinweis auf staatliche Gewinnabschöpfungen über Steuern und Abgaben keinen Extra-Profit aus Häftlingsarbeit feststellen, jedoch konstatieren, dass der Einsatz auch dieser Beschäftigten-gruppen grundsätzlich für die Betriebe profitabel war, siehe ebenda, S. 31.

⁶⁴³ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 468. Die Angabe beruht auf Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 531. Bei einer Gesamtzahl von 14 Millionen Zwangsarbeitern geht Eichholtz von einer durchschnittlichen Beschäfti-

Bei vielen Autoren, die Grundlage unserer Darstellung in Teil 1 sind und die sich entweder noch in der alten Bundesrepublik oder danach mit einem wissenschaftlich(-empathischen) Ansatz der Fragen von Zwangsarbeit und KZ-Häftlingseinsatz näherten, sind lediglich für einzelne Firmen Fragen der Profitabilität berührt worden. Solche Fragen wie Profitabilität beziehungsweise explizit Extra-Profite waren und sind für viele kapitalismuskritische deutsche, zumeist aus der DDR kommende Autoren durchaus von großem heuristischen Gesamtinteresse, etwa bei dem Nestor der DDR-Kriegswirtschaftsforschung, Dietrich Eichholtz. Als einer der weiteren aus dieser Gruppe hat der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski, Sohn des bekannten DDR-Historikers Jürgen Kuczynski, im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigungsdebatte um das Jahr 2000 einen Versuch unternommen, die behaupteten Extra-Profite der deutschen Kriegswirtschaft aufgrund der Beschäftigung von Zwangsarbeitern im umfassenden Sinne (etwa West- und Ostarbeiter, Polen, Bürger aus Südosteuropa, Italiener, Kriegsgefangene, Juden und KZ-Häftlinge) im Vergleich zu Kosten für deutsche Arbeitskräfte zu ermitteln. In einem 1999 erstellten Gutachten kommt er dabei für etwa 14 Millionen Zwangsarbeiter auf entgangenen Lohn in Höhe von umgerechnet 180 Milliarden DM; in einer späteren Publikation aus dem Jahr 2004 beziffert er diese Summe mit mehr als 228 Milliarden DM.⁶⁴⁴

Wie hat Kuczynski diese Summe ermittelt? Mittels einiger Einzelerhebungen für Firmen, etwa Daimler-Benz, und für die Landwirtschaft berechnet er einerseits Durchschnittsverdienste Deutscher und andererseits zur Zwangsarbeit eingesetzter Ausländer und errechnet so einen Extra-Profit für Staat und die Unternehmen. So geht er bei der Berechnung davon aus, dass die Zwangsarbeiter im Schnitt eineinhalb Jahre beschäftigt waren und kommt auf gut 21,4 Millionen Personenjahre. Ausgehend von einer Hitler-Äußerung aus dem Jahr 1942, ein Ausländer verdiene jährlich etwa 1.000 RM weniger als ein deutscher Beschäftigter, ergäbe dies eine Summe von gut 21 Milliarden RM. Aufgrund einiger Abzüge durch die tatsächliche Arbeitssituation belief sich die Summe nach Kuczynskis Berechnungsmethode schließlich auf

gangsgröße von 4,5 Millionen Menschen aus, einer Mehrwertrate von 100 Prozent unter Berücksichtigung geringerer Arbeitsproduktivität und überwiegend einfachem Arbeitscharakter sowie durchschnittlicher Lohnhöhe von 50 Prozent zum Tariflohn. Für im Bergbau eingesetzte Kriegsgefangene kommt Eichholtz auf einen Sonderprofit von 71 RM (Kosten im Vergleich zu regulären Bergleuten) pro Mann und Monat, siehe ebenda, S. 218. Ohne Berücksichtigung der Produktivitätsunterschiede kommt etwa Hesse bei einer Entschädigungssumme von 10.000 DM für jede Person, wie sie in den 1990er Jahren in der Diskussion stand, für die gesamte Wirtschaft auf einen Betrag von 200 Milliarden DM, siehe Hesse, Teil II, S. 3. Beim Gesamtbetrag von 200 Milliarden DM geht Hesse freilich irrtümlich von insgesamt 22 Millionen Zwangsarbeitern aus. Allein für den Raum Leipzig schließt Hesse auf einen Zusatzprofit für den Einsatz von Zwangsarbeitern von 0,5 Milliarden RM, Hesse, Teil II, S. 53.

⁶⁴⁴ Thomas Kuczynski, Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“, in: Winkler, Stiften gehen, S. 170–185. Der Aufsatz basiert auf einem längeren Gutachten Kuczynskis zur Ermittlung der Lohnlücke und ist die Übernahme eines Vortrages aus dem Jahr 2000. Das Gutachten wurde im Auftrag der von Karl-Heinz Roth geleiteten Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts für die Opferanwälte Ed Fagan und Michael Wittl erstellt, siehe Christian Werthschulte, Entschädigung mündgerecht. Thomas Kuczynski rechnet vor, was Deutschland den NS-Zwangsarbeitern wirklich schuldet, in: literaturkritik.de, <https://literaturkritik.de/id/8446>. Die Rezension bezieht sich dabei auf das Buch Jürgen Kuczynskis, Brosamen vom Herrentisch, Berlin 2004.

gut 16,23 Milliarden RM. Unter Zugrundlegung einer Indexierung von Lebensstandard und Einkommen im Jahr 2000 und in den Jahren 1940 bis 1944 kommt er dann auf eine gewichtete Summe von 180 Milliarden DM. Der Aufsatz enthält freilich eine ganze Reihe von Setzungen (etwa durchschnittliche grundsätzliche Arbeitszeitunterschiede von Deutschen und Zwangsarbeitern, Gleichsetzung aller Fremdarbeitergruppen und Kriegsgefangenen in einer Kategorie als Zwangsarbeiter, Setzung einer grundsätzlich gleichen Arbeitsproduktivitätshöhe aller Zwangsarbeitergruppen mit deutscher Produktivität), die hier nicht alle im Einzelnen auf ihre jeweilige Richtigkeit oder Angemessenheit diskutiert werden können, nach unseren Darlegungen jedoch so pauschal nicht zutreffen.⁶⁴⁵

Dietrich Eichholtz gibt den gesamten kriegswirtschaftlichen Gewinn der Privatwirtschaft („Kriegsprofit“) mit 60 bis 70 Milliarden RM an, die ausreichten, die Kriegsverluste (Bombenschäden) auszugleichen; zum Teil wurden solche Schäden auch vom Reich getragen.⁶⁴⁶ Zu den unmittelbaren Gewinnen aus Rüstungsproduktionen kamen bereits von 1933 bis Kriegsende weitere Formen von Staatsunterstützung zur Förderung der Rüstungsindustrie. Zum einen investierte der Staat in Form von Krediten an die Firmen, die nur teilweise zurückgezahlt werden mussten, direkt in solche Produktionen. Des weiteren hielten staatliche Institutionen auch Anteile an Rüstungsfirmen, welche später zum Teil von den Firmeneignern zu meist günstigen Bedingungen aufgekauft wurden; und zum dritten konnten Profite, die der Besteuerung unterlagen, durch Abschreibungen und Rückstellungen nominell gesenkt werden.⁶⁴⁷

In jedem Fall blieben Einnahmen der Betriebe in der zweiten Kriegsphase, die nicht in neue Sachwerte umgesetzt werden konnten, nach Kriegsende fast wertlos, waren allein „Inflationsgeld“ (R.-D. Müller), wie auch die Sparguthaben von Beschäftigten⁶⁴⁸ und Zwangsarbeitern.

⁶⁴⁵ Wir möchten es unseren Lesern überlassen, die von Kuczynski angestellten Hochrechnungen selbst auf ihre Richtigkeit beziehungsweise auf die Zulässigkeit seiner Berechnungsmethoden zu überprüfen. In diesem Teil unserer Studie haben wir versucht, für die Reichsebene sowohl die allgemeinen Bedingungen für die Zwangsarbeitergruppen als auch die höchst unterschiedlich ausgeprägten und entlohnten Einsatzarten der Zwangsarbeitergruppen herauszuarbeiten. In Teil 2 gehen wir für den Gau Sachsen wie auch für die betrieblichen Ebenen darauf noch näher ein.

⁶⁴⁶ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 569. Die Ermittlung des tatsächlichen Gewinns ist schwierig, da es verschiedene Bezeichnungen gab, die Gewinne subsumierten, und Bruttogewinn, Nettogewinn, Reingewinn, und auch Rücklagen zu berücksichtigen sind. Welche Verbuchungsmöglichkeiten genutzt wurden, beschreibt Eichholtz an Beispielen mehrerer großer und kleiner Firmen, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 560–569. Das Kapitel firmiert bei Eichholtz unter der Überschrift: Gesamtprofit: 100 Milliarden.

⁶⁴⁷ So waren vom Deutschen Reich etwa eine Reihe von (Rüstungs-)Investitionsbanken gegründet worden (Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH, Heeres-Rüstungs-Kredit AG, Luftfahrtkontor GmbH, Rüstungskontor GmbH), siehe hierzu Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 521–529 mit Beispielen. Zu den Abschreibungen siehe ebenda, S. 520 f.

⁶⁴⁸ Rolf-Dieter Müller, *Speer*, S. 470 f., dort auch Bezug auf Eichholtz (FN 646). Genaue Gewinnermittlungen sind nach Rolf-Dieter Müller jedoch nur auf einzelbetrieblicher Basis möglich. Die Reingewinne beziehungsweise Bilanzgewinne etwa der IG Farben lagen bei 148,8 respektive 85 Millionen RM; manche mittelständischen Unternehmen hatten Gewinne von bis zu 65 Prozent der Umsatzsumme, siehe Rolf-Dieter Müller, *Speer*,

Unseres Wissens ist bislang von anderen Forschern eine solche Lohngesamtbilanz von 60 bis 70 Milliarden RM, seien es Wirtschaftswissenschaftler oder Historiker, nicht vorgelegt worden, da eine solche seriöse Gesamtbilanz, um das Mindeste zu sagen, auf schwer zu lösende methodische – und Quellenprobleme stößt.⁶⁴⁹

Im Zusammenhang mit der Frage, ob und in welcher Höhe zumindest im KZ-Häftlingseinsatz Extra-Profite angefallen sind, hat sich Mark Spoerer in einer Studie mit dieser Frage (Ex-Post) sowie einer weiteren zentralen Frage befasst: Welche Erwartungen hatten Betriebe denn an den Einsatz von KZ-Häftlingen (Ex-Ante).⁶⁵⁰ Die erste Frage (Ex-Post) beantwortet Spoerer so: „Insgesamt waren also entgegen vielfacher Behauptung KZ-Häftlinge im Durchschnitt nicht oder allenfalls geringfügig ‚billiger‘ als vergleichbare deutsche Arbeitskräfte. Unter Einbeziehung der Arbeitsproduktivität lässt sich vielleicht sogar schlussfolgern, dass die Mietgebühr für Häftlinge in gewisser Weise durchaus ‚marktkonform‘ war. Das Reich hatte offenbar kein Interesse daran, der Industrie Arbeitskräfte unter Preis zu überlassen.“⁶⁵¹ In Bezug auf die Erwartungen der Betriebe an den Einsatz von KZ-Häftlingen (Ex-Ante) kommt Spoerer allerdings zum Schluss, dass diese vom Einsatz von KZ-Häftlingen insgesamt profitierten, also Unternehmensziele erreicht wurden (die nicht einfach in finanziellem Profit liegen mussten). Diese Fragestellung kombiniert Spoerer mit der Frage, von wem die Initiative zum Einsatz von KZ-Häftlingen ausging: Von den Rüstungsbehörden (im weiten Sinne: das Speer-Ministerium) oder von den Rüstungsbetrieben selbst? Aufgrund von insgesamt zu dem Zeitpunkt bekannten Untersuchungen für 24 Betriebe (nicht repräsentativ) kommt er zu dem Schluss, dass die überwiegende Mehrzahl von ihnen freiwillig KZ-Häftlinge anforderte und nur wenige Betriebe

S. 471. Zu der Gewinnentwicklung eines solchen Unternehmens siehe zu den Astra-Werken Kapitel 5 unserer Darstellung.

⁶⁴⁹ Mark Spoerer qualifiziert die Erhebung Kuczynskis als „heroischen Versuch“, weist allerdings auf eine Vielzahl von methodischen Unzulänglichkeiten hin, ohne diese freilich näher zu benennen. Daher könne „die Zahl nicht überzeugen“, siehe Mark Spoerer, Rezension von U. Winkler (Hg.), *Stiften gehen*, in: *H / Soz / Kult*, 29. November 2000, S. 5.

⁶⁵⁰ Mark Spoerer, *Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur*, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 268, H. 1 (Februar 1999), S. 61–95. Die folgenden Ausführungen basieren auf diesem Aufsatz.

⁶⁵¹ Spoerer, *Profitierten Unternehmen*, S. 70. Hinzuweisen ist hier auch auf die sogenannte Ostarbeiterabgabe, die ebenfalls die niedrigeren Kosten der Betriebe durch niedrigere Löhne für Ostarbeiter über diese Sondersteuer wieder erhöhte. Für die Erla-Werke stellt Hesse Berechnungen zu den Kosten und Gewinnen von KZ-Häftlingsarbeit an. Verglichen mit deutschen Facharbeitern beziehungsweise Hilfsarbeitern kommt er dabei auf Einsparungen von 112,30 RM, in zweiten Fall auf 81,50 RM pro Mann und Monat. Insgesamt summierten sich Kosteneinsparungen für die Erla-Werke damit nach seinen Schätzungen auf etwa 7,5 Millionen RM, Hesse, Teil II, S. 99–101. Abgesehen von der unseres Erachtens zu schematischen Berechnung ist allerdings die Aussage zu den Einnahmen der SS aus der Häftlingsarbeit irreführend, denn die Kosten der KZ-Lager wurden aus dem Staatshaushalt getragen; daher flossen auch die Einnahmen der SS, die nach Hesse bei den Erla-Werken bei etwa zehn Millionen RM lagen, direkt in den Staatshaushalt und kamen nicht direkt der SS zugute. Freilich konnte Himmler seine politische Stellung in der NS-Führung unbestreitbar durch den Einsatz von KZ-Häftlingsarbeit stärken.

tatsächlich auf Druck der Rüstungsbehörden handelten. „Es standen betriebswirtschaftliche Ziele im Vordergrund [des KZ-Häftlingseinsatzes, A.d.A.]“⁶⁵²

Welche Verantwortung trugen diese Unternehmen letztendlich für Einsatz und Schicksal aller Zwangsarbeiter? Spoerer unterteilt die Beantwortung dieser Frage in zwei grundsätzliche Aspekte: Wer war verantwortlich für den Einsatz an sich? Und: Wer war verantwortlich für die Umstände des Einsatzes?⁶⁵³ Die erste Frage beantwortet er klar in der Weise, dass die Grundsatzentscheidung zur Anwendung von Zwangsarbeit im millionenfachen Umfang beim NS-Staat lag. Der Apartheitscharakter bei der Behandlung bestimmter Gruppen wie Polen und Ostarbeiter war auch vom Staat vorgegeben. Auch ist der *Umfang* der Zwangsarbeit von *Ausländern* in der deutschen Kriegswirtschaft sicherlich beispiellos in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, denn Zwangsarbeiter im Millionenumfang etwa wurden zwar auch in der Sowjetunion von den 1930er bis 1950er Jahren im Gulag eingesetzt, es waren dort jedoch praktisch fast ausschließlich Inländer betroffen⁶⁵⁴ (zur Zwangsarbeit von sowjetischen Kriegsgefangenen und deportierten Zivilisten nach ihrer Befreiung 1944 / 1945 siehe auch Kapitel 8).

Somit kommt den Betrieben als Juniorpartner des Staats vor allem Verantwortung für die Einsatzumstände der Zwangsarbeiter zu. Auf Zwangsarbeiter grundsätzlich zu verzichten war, wie wir in diesem Kapitel beschrieben haben und in Teil 2 noch näher für Sachsen schildern werden, nicht möglich. Zunächst war die Bereitschaft, Zwangsarbeiter einzusetzen, eher zögerlich. Dieses änderte sich jedoch im Verlauf des Krieges, als deutsche Arbeitskräfte immer schwerer zu erhalten oder zu behalten waren und die Rüstungsproduktion immer stärker zu Lasten der Konsumgüter ausgeweitet wurde. Diesem Trend zur Rüstungsproduktion konnte praktisch kein größerer Betrieb entgehen.

Außerdem war die Situation insbesondere großer Konzerne nicht dazu angetan, auf das Arbeitskräftereservoir „Ausländer“ zu verzichten, wenn die Konkurrenz keine derartigen Skrupel hatte. Verzicht auf Zwangsarbeit hätte in jedem Fall Verzicht auf Produktion bedeutet, was trotz der Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise im Allgemeinen die Gefahr von Teilstilllegungen, Maschinenabgabe, des Verlusts von Kapitalstock und eventuell auch des Gesamtverlusts der Firma bedeutet hätte, in jedem Fall aber den Verlust von Rendite.⁶⁵⁵

Die Grundsatzentscheidung der jeweiligen Betriebsführer, nicht mitzumachen, nicht für den Krieg Rüstungsaufgaben zu übernehmen und keine Zwangsarbeiter zu beschäftigen, sich damit also total zu verweigern, hätte eine sehr starke ethische Widerstandskraft erfordert, den auch die meisten anderen Gruppen der deutschen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit nicht aufbrachten.⁶⁵⁶

⁶⁵² Spoerer, Profitierten Unternehmen, S. 85.

⁶⁵³ Zu den folgenden Ausführungen siehe Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 26–30.

⁶⁵⁴ Siehe zur Zwangsarbeit in den sowjetischen Gulags Anne Applebaum, Der Gulag, Berlin 2003.

⁶⁵⁵ Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 29.

⁶⁵⁶ Ein anderes Beispiel für eine Totalverweigerung des Mitmachens wäre etwa die Option der Wehr- und Kriegsdienstverweigerung gewesen, die jedem männlichen Deutschen theoretisch offenstand, aber nur äußerst

Betriebe beschäftigten also Zwangsarbeiter, je länger der Krieg andauerte, in immer größerem Umfang. Für eines waren sie jedoch vornehmlich, manchmal auch hauptsächlich verantwortlich: für Unterkunft, für Ernährung, für den Arbeitseinsatz. Hier konstatiert Spoerer zu Recht einen großen Handlungsspielraum der Betriebe, den diese – von den Großkonzernen bis zu einzelnen Bauernhöfen – ausnutzen oder ganz im Rahmen des rassistischen Ausländerschemas von NS-Regime und SS einführen konnten.⁶⁵⁷

Allenfalls beim Einsatz von KZ-Häftlingen haben bei den Großbetrieben einzelne wie die Opel AG und auch Betriebe der Metallgesellschaft auf die Nutzung dieser Gruppe verzichtet, und nur wenige Betriebe wurden offenbar genötigt, KZ-Häftlinge anzufordern.⁶⁵⁸ Die meisten Rüstungsbetriebe, die KZ-Häftlinge einsetzten, haben im letzten Kriegsjahr 1944 / 1945 keine solchen Skrupel (mehr) gehabt.

Lassen wir nochmals Spoerer sprechen: „Man kommt also bei der Frage nach der Verantwortung [für das Schicksal der Zwangsarbeiter, A.d.A.] zu einem differenzierten Ergebnis. Für die meisten Unternehmen war der Ausländereinsatz nur ein betriebswirtschaftlicher Faktor unter vielen. ... Unternehmen, die auf Wachstum durch Rüstung verzichteten, mögen bis 1943 oder 1944 ohne Zwangsarbeiter ausgekommen sein. Gegen Kriegsende hatten aber auch sie keine andere Wahl mehr, als die durch Einberufungen frei werdenden Arbeitsplätze mit ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen zu besetzen. Unverschuldete Sachzwänge zur Anforderung von KZ-Häftlingen⁶⁵⁹ gab es jedoch nicht. Und in jedem Fall blieb den Unter-

selten praktiziert wurde, da dies mit höchster Lebensgefahr verbunden war (Todesstrafe). Selbst harte politische Gegner des NS-Regimes wie etwa Kommunisten, die in erheblichem Umfang bereits 1933 verhaftet wurden und Gefängnisse und die frühen KZ durchlaufen mussten, im lebensgefährdenden Widerstand waren und zu Tausenden dabei als Widerständler oder als Angehörige von Strafbataillonen ihr Leben verloren, brachten verständlicherweise insgesamt diese für Leib und Leben gefährliche Konsequenz nicht auf, ganz zu schweigen von etwa 18 Millionen wehrfähigen Männern anderer politischer Überzeugungen. Im Gegensatz zu Kommunisten oder Sozialdemokraten hatten wichtige Teile der Industrie, aber auch viele mittelständische Betriebseigner, schon früh zu den Unterstützern der Nationalsozialisten gehört. Insgesamt waren Industrie, Mittelstand und Handwerk, wie wir am Beispiel Sachsens noch verdeutlichen werden, zumeist ein Profiteur der forcierten Aufrüstungskonjunktur. Dass hier Fundamentalwiderstand gegen Zwangsarbeit praktisch nicht vorkam, ist daher kaum verwunderlich.

⁶⁵⁷ Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 27. Ähnlich auch Antusch bei seiner Untersuchung zu Zwangsarbeit im Stahlwerk Gröditz, siehe Antusch, S. 102. Zu den konkreten Bedingungen in Sachsen siehe Kapitel 4–7.

⁶⁵⁸ Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 30.

⁶⁵⁹ KZ-Häftlinge wurden grundsätzlich von den Werksleitungen angefordert und nicht etwa auf Druck der SS eingesetzt, wie Kukowski / Boch, S. 28, zu Recht unterstreichen. Hinzu kam aber staatlicher Druck der Rüstungsinstanzen bis hin zum Rüstungsministerium zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Produktion, was ab Mitte 1944 ohne den Einsatz von KZ-Häftlingen nicht gewährleistet werden konnte. Nicht nur die aus der Kfz-Industrie erwachsenen Rüstungskonzerne wie Auto Union, Daimler-Benz, Steyr oder Adler nutzten diese Möglichkeiten als „Weg des geringeren Widerstandes“ (Kukowski / Boch), um sich staatlichem Druck zu entziehen. In jedem Fall war der Nichteinsatz von KZ-Häftlingen nicht von Repressionen begleitet, denn Opel als großer Rüstungsbetrieb war auch ohne Einsatz dieser Häftlinge keinen Sanktionen ausgesetzt, siehe hierzu Kukowski / Boch, S. 371.

nehmen die Möglichkeit, die ihnen zugeteilten Ausländer angemessen⁶⁶⁰ zu behandeln.“ Und Spoerer fährt fort: „Für viele der skrupelloseren Unternehmen ging das Kalkül auf. Insbesondere rüstungswichtige Unternehmen konnten durch den Zugriff auf die letzte Reserve des relativ billigen Produktionsfaktors Arbeit – die KZ-Häftlinge – ihren Bestand des relativ teuren Produktionsfaktors Kapital in unterirdische Verlagerungswerke und später in die zukünftigen Westzonen schaffen. Auch unter Einberechnung der Verluste in Ost- und Mitteldeutschland trat die Industrie als relativer Gewinner aus den Jahren des Krieges, der Zwangsbewirtschaftung und der Währungsreform hervor. Der Kapitalstock der westdeutschen Industrie war 1948 trotz Luftkrieg und Demontage um 20 Prozent größer und deutlich jünger als vor dem Krieg. Die heutigen Aktionäre und Mitarbeiter von Industrieunternehmen beziehen Dividenden und Gehälter aus einem Kapitalstock, dessen Grundlagen in den letzten Kriegsjahren nur noch mit Hilfe von Zwangsarbeitern errichtet und ausgebaut werden konnten.“⁶⁶¹

Auch Rolf-Dieter Müller sieht in den unterirdischen Produktionsverlagerungen vor allem das Bestreben der Industrie, Substanzverlust an Anlagevermögen zu vermeiden, aber auch Kriegsverluste zu ersetzen. Militärisch gesehen blieben diese Bemühungen, die Zehntausende von Häftlingen das Leben kosteten, sinnlos.⁶⁶²

Das Anlagevermögen der Industrie nahm seit Ende der 1930er Jahre nicht etwa wegen des ab 1939 geführten Krieges ab, sondern durch die Aufrüstung und dann wegen des Krieges und der mit ihm einhergehenden Investitionen in die Anlagegüter, den Maschinenpark und die Gebäude zu. Die Steinkohleproduktion war von 1935 bis 1943 um ein Drittel gestiegen, die Rohstahlproduktion (und damit die für die Stahlproduktion notwendigen Anlagen) um 100 Prozent. 1945 war das Bruttoanlagevermögen der Industrie um 20 Prozent höher als zu Kriegsbeginn⁶⁶³, die Bruttoinvestitionen waren von 1936 bis 1945 um 70 Prozent angewachsen. Die Kriegsverluste hingegen wurden nur mit 17 Prozent angegeben. Vor allem kam hinzu: Etwas mehr als die Hälfte der Industrieanlagen waren jünger als zehn Jahre.⁶⁶⁴ Während damit

⁶⁶⁰ Vergleiche in der Kfz-Industrie, vor allem aber die Untersuchung der verschiedenen Produktionsstandorte der Auto Union belegen, dass die Unternehmen einen großen Spielraum bei der Ausgestaltung konkreter Produktions- und Lebensbedingungen ihrer Zwangsarbeiter hatten; diese konnten von Werk zu Werk deutlich variieren, so Kukowski / Boch, S. 30.

⁶⁶¹ Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 240 f. Fröbe schildert am Beispiel von Rüstungsverlagerungen in neue Rüstungsbunker (unter dem Tarnnamen Weingut I) ab Sommer 1944 die Überlegungen der Industrie, angesichts der heranrückenden Roten Armee und des baldigen Kriegsendes Produktionsanlagen in sicherere Gebiete zu verlagern. Dies geschah bereits in dem Bewusstsein, dass diese Anlagen nicht mehr zum Einsatz kommen würden, sondern bereits als (dann wohl zivile) Anlagen für die Nachkriegsproduktion einzusetzen wären, siehe Fröbe, S. 369–372.

⁶⁶² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 455. In Kapitel 4, 5 und 6 gehen wir anhand sächsischer Betriebe genauer auf solche Untertageverlagerungen ein.

⁶⁶³ Im größten Rüstungsbetrieb in Südwestsachsen, dem Auto-Union-Konzern, stieg die Zahl der Maschinen von 1939 bis 1945 um gut 50 Prozent, siehe Kukowski / Boch, Tab. 38, S. 313 sowie S. 307. Siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 669–679, der ebenfalls diese Größenordnung an erhöhtem Kapitalstock ermittelt hat.

⁶⁶⁴ Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 179 f.

die Industrie der Westzonen nach 1945 sehr gute Startchancen hatte und weltmarktfähig war, galt dieses für die Industrieanlagen der SBZ zwar grundsätzlich auch, wurde aber erheblich gemindert durch die vor allem aus der SBZ zu leistenden Reparationen in Form von Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion für die sowjetische Wirtschaft.

Teil 2: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Sachsen

Kapitel 3: Überblick

Die im vorigen Teil beschriebenen reichsweiten Entwicklungen von Kriegs- und Rüstungswirtschaft, Ausländerrekrutierung und des Einsatzes von Zwangsarbeitern in Landwirtschaft, Bergbau und Rüstungswirtschaft trafen im Großen und Ganzen auch auf Sachsen zu, jedoch mit einigen Verzögerungen. Das hatte anfangs vor allem mit der weitgehend mittelständischen Industriestruktur und der geographischen Lage Sachsens als Grenz-Gau – im Kriegsfall als militärisch besonders bedrohtes Gebiet angesehen – zu tun. Teile Sachsens waren 1935 zum Grenz-Gau¹ erklärt worden.

Der Grenzland-Status betraf mit 41,4 Prozent immerhin mehr als ein Drittel seines Territoriums. Dieser Status wurde am 2. August 1939 offiziell aufgehoben, nachdem im Herbst 1938 das tschechoslowakische Sudetengebiet unter Kriegsdrohung an das Deutsche Reich angegliedert und im März 1939 der unabhängige tschechische Teil der Tschechoslowakei besetzt und in das Protektorat Böhmen und Mähren verwandelt worden war.²

Der NS-Gau Sachsen war weitgehend deckungsgleich mit dem Land Sachsen und bildete gleichzeitig den größten Teil von Wehrkreis IV³. Wehrkreis IV mit seiner Rüstungsinspektion (RüIn) IV war nach dem Raum Berlin (Wehrkreis III, RüIn III) und dem Rhein- / Ruhrgebiet (Wehrkreis VI, RüIn VI) der drittgrößte Wehrkreis des Deutschen Reiches.⁴ Von insgesamt

¹ Wolfgang Uhlmann, Die Chemnitzer Rüstungsindustrie zwischen 1935 und 1945, in: Chemnitz in der NS-Zeit. S. 173–196, S. 173. Zu den ersten Rüstungsproduktionen im Raum Chemnitz siehe Uhlmann, S. 173–175. Schneider sieht – durchaus neben Sicherheitsaspekten als Grenz-Gau – den hauptsächlichsten Grund der relativ geringen Berücksichtigung Sachsens bei der Rüstungsproduktion in den 1930er Jahren vor allem in der mittelständischen beziehungsweise kleinproduktiven Firmenstruktur begründet, siehe Michael C. Schneider, Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Sachsen in der NS-Zeit, S. 72–84, S. 75.

² Ulrich Hess, Rüstungs- und Kriegswirtschaft in Sachsen (1935–1945), in: Werner Bramke / Ulrich Heß (Hg.), Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar / Köln / Wien 1995, S. 73–91, hier S. 76. Im Folgenden zitiert als Hess, Rüstungswirtschaft.

³ Karte der Wehrkreise bei: Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 799. Zum Wehrkreis IV gehörten auch Teile des heutigen Landes Sachsen-Anhalt sowie des früheren Sudetenlandes. Der spätere Verwaltungsbereich der Rüstungsinspektion IV a (Dresden) beschränkte sich dann ab Mai 1943 auf das Land Sachsen, siehe Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 64 f. Die Rüstungsinspektion für den Wehrkreis IV hatte ursprünglich in Dresden, Leipzig, Halle, Chemnitz und Reichenberg ihre jeweiligen regionalen Rüstungskommandos, siehe Schulz, Rüstungsproduktion, S. gegenüber Foto Rüstungsinspektoren.

⁴ Nagel, Das Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 44.

durch die Rüstungsinspektionen betreuten 5.425 Betrieben gab es 1939 im WK IV allein 646 Betriebe; im Frühjahr 1940 waren davon 30 von Betriebsstilllegungen betroffen.⁵

Im WK IV waren zum 31. August 1942 302.000 Personen in den von der Rüstungsinspektion betreuten Betrieben beschäftigt.⁶ In der Kriegszeit wurde die Rüstungsinspektion von 1940 bis August 1943 von Generalleutnant Walter Friedensburg und dann bis Kriegsende von Generalleutnant Wolfgang Weigand geleitet, beide wegen der besonderen Bedeutung der Luftrüstung in Sachsen Generäle der Luftwaffe.⁷ Nach dem Amtsantritt Speers im Februar 1942 wurde auch im Wehrkreis IV ein neues Koordinierungsgremium eingerichtet, die Rüstungskommission, in der alle mit Rüstungsfragen direkt befassten Institutionen vertreten waren: Generalleutnant Friedensburg als Chef der Rüstungsinspektion, der Rüstungsobmann der NSDAP, der Wehrkreisbeauftragte von Rüstungsminister Speer, der Präsident der Landesarbeitsamts. Nicht zu vergessen ist hierbei auch der Einfluss Martin Mutschmanns (obwohl nicht Mitglied der Rüstungskommission) als Reichsverteidigungskommissar für den Gau Sachsen. Die Rüstungskommission koordinierte die Rüstungsproduktion im Wehrkreis IV / später IVa bis etwa Herbst 1944, ehe sich die koordinierten Reichs- und Gaurüstungsorganisationen angesichts schwerer Zerstörungen und der Kriegslage langsam aufzulösen begannen.⁸

Die Wirtschaft Sachsens hatte 1933 noch keine reinen oder großen Rüstungsbetriebe aufzuweisen. Vielmehr war seine Industriestruktur vorwiegend sowohl mittelständisch strukturiert wie auch exportorientiert.⁹ Der klassische Industriesektor Sachsens, die Textilindustrie, war parallel zur Aufrüstungsstrategie des Deutschen Reiches bereits früh in viel stärkerem Maße von langfristigen Stilllegungen betroffen als später im Krieg andere Zivilproduktionszweige. Es kam vor allem darauf an, Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie freizusetzen. Der Regierungspräsident in Chemnitz rechnete etwa 1940 mit circa 10.000 Betrieben, unter ihnen sehr viele Kleinbetriebe, für die Stilllegungen zu erwarten waren. Allerdings führte die kleinteilige Betriebsstruktur dazu, dass das Ziel einer großen Anzahl in die Rüstungsindustrie zu versetzender Arbeitskräfte letztlich verfehlt wurde.¹⁰ Obwohl Stilllegungs-Aktionen immer wieder angestoßen wurden, war ihnen zur Lösung des Arbeitskräftemangels kein Erfolg beschieden (siehe auch Kapitel 4).

⁵ Nach Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, Tabelle S. 451.

⁶ Kroener, Menschenbewirtschaftung, Tabelle S. 795. Allein über 200.000 arbeiteten für die Luftrüstung.

⁷ Auch die Vorkriegsinspektoren waren Luftwaffenoffiziere gewesen, siehe Schulz, Rüstungsproduktion, Fotos beider Inspektoren im Krieg Punkt 1.2. und S. FN 8.

⁸ Siehe hierzu Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 8. Im August 1944 endete etwa deren überliefertes Berichtswesen.

⁹ So lag der Exportanteil etwa der Chemnitzer Auto Union 1938 bei 14 Prozent, die Chemnitzer Wanderer-Werke waren sehr am Erhalt ihres Auslandsnetzes interessiert, Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 85.

¹⁰ So etwa die Einschätzung des Arbeitsamtes Glauchau, siehe Jens Hummel, Betriebsstilllegungen, Betriebsverlagerungen und Untertageverlagerung von Produktionsanlagen, in: Verlagerter Krieg, S. 18–36, hier S. 18 f.

Die für Sachsen charakteristische Textilindustriestruktur wurde jedoch im Zuge des deutschen Aufrüstungsprogramms einer Modernisierung unterzogen¹¹ und neue, auch kriegswirtschaftliche wichtige Produktionsstätten für Fahrzeugbau, Flugzeugbau, Chemieprodukte, Elektroindustrie und Feinmechanik / Optik kamen hinzu, dominierten die Gesamtproduktion jedoch noch nicht. Im Vergleich zu Industrieführern aus anderen Regionen hatten sächsische Betriebseigentümer auf Rüstungsentscheidungen der Reichsebene (siehe Kapitel 2) (noch) wenig Einfluss.¹²

Freilich sollte Sachsen bald aufholen. So lag sein Auftragsanteil an der Rüstungsproduktion des Deutschen Reiches 1937 bei 8,1 Prozent (Berlin: 20 Prozent) und damit etwa so hoch wie bei anderen Industriebereichen Deutschlands; während der Großraum Leipzig profitierte, verloren andere ältere Industriezentren wie Südwestsachsen und Chemnitz¹³ zunächst an Bedeutung.¹⁴ 1939 fand circa ein Viertel der deutschen militärischen Flugzeugproduktion bei Firmen im Raum Leipzig statt. Nicht zuletzt aus Luftschutzgründen in Leipzig angesiedelt, wurden diese Betriebe 1944 aber zu 50 bis 80 Prozent durch Luftangriffe zerstört.¹⁵ Der von der Belegschaft her größte sächsische Rüstungsbetrieb mit der größten Zahl von Zwangsarbeitern, die Hugo-Schneider AG (HASAG), war ebenfalls in Leipzig und im Leipziger Umland beheimatet. Die Allgemeine Transportanlagen GmbH (ATG) als Flugzeughersteller gehörte über seine Mutter Mitteldeutsche Stahlwerke AG zum Flick-Konzern, der seine Konzernzentrale in Riesa, also im Bereich Dresden, hatte. Zudem verfügte der Bezirk Dresden mit den Stahlwerksstandorten in Riesa, Gröditz und Freital (und einige kleinere im Umland) mit nur einer Ausnahme über die wichtigsten in Sachsen.¹⁶

Im Süden Leipzigs entstand, aufbauend auf einer seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Braunkohlenindustrie im Bereich Borna, zeitgleich mit der Entwicklung der Flugzeugindustrie eine überragende Chemieregion. Leipzig, das Altenburger Land, Leuna, Merseburg, Wolfen, Böhlen, Espenhain und Regis bildeten *das* Chemiedreieck in Deutschland. Dieses ließ für

¹¹ Die Textilindustrie konnte immerhin 1935 für etwa elf Millionen RM Aufträge der Wehrmacht ausführen, von insgesamt 18 Millionen RM, die nach Sachsen flossen, Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 75 f.

¹² Hess, Rüstungswirtschaft, S. 75 f. Einzelne Unternehmer, wie etwa der erste sächsische Wehrwirtschaftsführer Otto Sack in Leipzig, avancierten in den 1940er Jahren zum Berater in der Luftrüstung, ebenso wie etwa Dr. Richard Bruhn und William Werner von der Auto Union AG, ebenda, S. 77.

¹³ So sank die Gesamtzahl der deutschen Industriebeschäftigten in Sachsen von 1939 bis Ende 1940 um 124.000 Personen, was vor allem zu Lasten der Textil- und Bauindustrie ging. Das aufstrebende mitteldeutsche Chemierevier konnte dagegen seine Beschäftigten von 1939 bis 1942 fast verdoppeln, siehe Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 80.

¹⁴ Hess, Rüstungswirtschaft, 77.

¹⁵ Hess, Rüstungswirtschaft, S. 78 und 80.

¹⁶ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 86–89. Über das Vorstandsmitglied Heinrich Koppenberg, ab 1933 Generaldirektor der Junkers-Werke in Dessau, war ebenfalls eine enge Verbindung zur Flugzeugindustrie sichergestellt, ebenda, S. 89; siehe auch Priemel, S. 130. Nach der 1934 vollzogenen Fusion von Charlottenhütte und Mittelstahl fungierte das Büro in Berlin als Konzernzentrale der Holding, Riesa war weiterhin Standort der Hauptverwaltung für die betriebliche Leitung, siehe Priemel, S. 277 f.

den Bereich Chemie in seiner Bedeutung sowohl das Ruhrgebiet wie die Region um Ludwigs-
hafen hinter sich.¹⁷ Gerade in diesem Chemiedreieck manifestierte sich auch das ständige
Bemühen des Deutschen Reiches um kriegswirtschaftlich größtmögliche Autarkie im Sektor
der chemischen Grundstoffe und der Benzinhydrierung. In Böhlen wurde bereits 1935 eines
von vier Hydrierwerken der extra dafür 1934 gegründeten Brabag errichtet.¹⁸

In den beiden sächsischen Rüstungszentren Chemnitz und Dresden waren andere Pro-
duktionsbereiche vorherrschend: für Chemnitz vor allem der Fahrzeugbau der Auto Union mit
ihren Werken in Chemnitz, Zschopau und Zwickau, in denen vor allem Fahrzeuge wie Kübel-
wagen (eine Art Jeep), LKW und Motorräder, Raupenschlepper, Panzermotoren und Torpedos
hergestellt wurden.¹⁹ Gegen Kriegsende produzierte der Konzern an insgesamt 17 Standorten
„von leichter Infanteriemunition bis hin zu Panzern und Jägertriebwerken nahezu alles – und
seine Werkhallen füllten sich mit Heerscharen von Zwangsarbeitern und schließlich sogar KZ-
Häftlingen.“²⁰

1939 hatte die Zivilproduktion bei der Auto Union noch bei 84 Prozent gelegen, als Mehr-
heitseigner war sie allerdings bereits länger an den Mitteldeutschen Motorenwerken in
Taucha, einem Rüstungsbetrieb, beteiligt.²¹ Der Rüstungsanteil von etwa 16 Prozent bestand
vor allem aus der Flugmotorenproduktion der MMW in Taucha wie ab 1934 aus der zunächst
geheimen Herstellung von Fahrgestellen und Spezialfahrzeugen (Tarnname BZ) bei Horch in
Zwickau sowie im Werk Siegmars²², und schließlich aus der Lieferung von Motorrädern und
Motoren des Werkes Zschopau.²³ Die Zahl der Betriebe mit Munitionsproduktion, ein anderer

¹⁷ Hess, Rüstungswirtschaft, S. 81 f. So war die Förderung dieses Chemiereviers eines der Hauptziele des Vier-
jahrplanes, siehe Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 85 f.

¹⁸ Thomas Urban, Zwangsarbeit in der sächsischen Braunkohlenindustrie, in: Fremd- und Zwangsarbeit in
Sachsen, S. 57–62, hier S. 57. Die Brabag-Gründung ging dabei auf starken staatlichen Druck zurück, denn den
vorgesehenen zehn Konzernen aus der Montan-, Chemie- und Energiebranche war durchaus bewusst, dass
hydriertes Benzin weder im Deutschen Reich noch international konkurrenzfähig war. Die Beteiligung der Fir-
men kam nur zustande, weil der deutsche Staat die Abnahme der Produkte Benzin, Kautschuk sowie Schmier-
und Heizöle versprach, siehe hierzu ausführlicher Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 107 f. Insgesamt wurden
im mitteldeutschen Raum vier Hydrierwerke errichtet: Böhlen bei Leipzig (1935), Magdeburg (1935), Schwarz-
heide (1936) und Zeitz (1937). Martin Baumert kennzeichnet die Brabag wegen dieser engen „Verquickung
von Staat und Wirtschaft“ als „Parteikonzerne“, siehe Martin Baumert, >Kontinuität im Wandel<. Ein diachroni-
scher Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes Böhlen-Espenhain zwischen 1933 und
1965, in: Frank Becker / Daniel Schmidt (Hg.), Industrielle Arbeitswelt und Nationalismus. Der Betrieb als
Laboratorium der „Volksgemeinschaft“ 1920–1940, Essen 2020, S. 261–274, hier S. 261, FN 1, sowie Martin
Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 47.

¹⁹ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 7.

²⁰ Kukowski / Boch, S. 13.

²¹ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 89. Da die Auto Union auch an den Mitteldeutschen Stahlwerken
beteiligt war, lag der gesamte Rüstungsumsatz der Auto Union 1941 bereits bei 70 Prozent, siehe Schneider,
Sächsische Unternehmen, S. 91.

²² Zur Entwicklung des Werkes Siegmars bis Kriegsbeginn siehe Kukowski / Boch, S. 72.

²³ Kukowski / Boch, S. 52. Die Hauptproduktion von Wehrmachtfahrzeugen sowie von Flugzeugmotoren vor
Ausbau der MMW und deren Umzug nach Taucha wurde im Horchwerk Zwickau vorgenommen, ebenda, S. 71.

zentraler Rüstungsbereich, nahm im Raum Chemnitz gleichzeitig von zunächst 15 Betrieben in der Vorkriegszeit auf immerhin 92 Betriebe im Juli 1942 zu.²⁴ Zu den größten westsächsischen Rüstungsbetrieben gehörte in Südwestsachsen auch die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen²⁵, die vor allem Kettenfahrzeuge herstellte. In Dresden war dagegen eher die Produktion in den Sektoren Feinmechanik / Optik prägend (zu den genannten Rüstungsregionen siehe weiter unten).²⁶

Bereits in der Vorkriegszeit hatte sich auch allmählich die Betriebsstruktur in Sachsen geändert. Die Zahl großer Betriebe mit mehr als eintausend Beschäftigten erhöhte sich von 1933 mit 48 Betrieben auf immerhin 127 im Jahre 1939, doch die überwiegende Betriebsstruktur blieb eher klein- und mittelständisch geprägt.²⁷ Am 1. Januar 1940 produzierten von 146 sächsischen Betrieben mindestens 20 im Raum Chemnitz – unter ihnen auch die Auto Union und die Astra-Werke – sowie 32 in Leipzig und 20 in Dresden direkt für die Rüstung.²⁸ Insgesamt waren sachsenweit Anfang 1940 gut 646 Betriebe ganz oder teilweise in der Rüstungsproduktion tätig.²⁹

Ab 1942 setzte in der heftig expandierenden sächsischen Rüstungsindustrie ein starker Trend zum Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen ein, der sich nach den Verlagerungen luftkriegsgefährdeter Industriebetriebe aus dem Westen des Deutschen Reiches in den bis dahin weithin vom Bombenkrieg verschonten Raum Sachsen (zeitgenössisches Schlagwort: (Reichs)-Luftschutzkeller³⁰) aufgrund des Erlasses vom 26. August 1943 noch verstärkte. Im Grunde hatte das aber – wenn auch für Sachsen verzögert – ebenso mit der Rüstungspolitischen Wende nach dem Scheitern des Blitzkrieges Ende 1941 vor Moskau zu tun.

Ab 1942 führten Betriebsstilllegungen immer häufiger dazu, dass Betriebsanlagen und bisherige Beschäftigte solcher Betriebe als Aufnahmebetriebe für kriegsbedingte Rüstungsanlagenverlagerungen fungierten und dass man versuchte, durch Umschulungen Arbeitskräfte für die vorgesehene Rüstungsproduktion zu gewinnen. In einem Eintrag im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Chemnitz ist bis Frühling 1944 von Verlagerungen im Umfang von 393 Betrieben mit über 46.000 Beschäftigten in den Raum Westsachsen die Rede. Den Schwerpunkt der Verlagerungen dorthin bildeten die Luftrüstungsbetriebe, deren Mitarbeiterzahl ab März 1941 innerhalb eines Jahres um ein Drittel auf gut 38.000 Beschäftigte zunahm. Die Priorität der Luftrüstung mit Aufnahme des Jäger-Programms 1944 zeigte sich auch in Sachsen

Insgesamt waren in beiden Standorten 6.700 Personen beschäftigt.

²⁴ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 11.

²⁵ Tooze, S. 509.

²⁶ Hess, Rüstungswirtschaft, S. 81.

²⁷ Hess, Rüstungswirtschaft, S. 86.

²⁸ Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 80.

²⁹ Rolf-Dieter Müller, Mobilisierung, S. 451.

³⁰ So zum Beispiel vom Rüstungskommando Chemnitz bezeichnet, siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 198.

darin, dass die Arbeitszeit männlicher Beschäftigter auf 72 Wochenstunden und die weiblicher und jugendlicher auf bis zu 60 Wochenstunden angehoben wurde³¹; die Arbeitszeitverlängerung wurde freilich bald auf weitere Bereiche der Industrie ausgeweitet. In einem Schreiben der Rüstungskommission IVa vom August 1944 wurden die Betriebe darüber informiert, dass generell die Arbeitszeit zu erhöhen sei und gegebenenfalls unterbeschäftigte Mitarbeiter aufgrund von Produktionsausfällen an die Arbeitsämter zur Versetzung in andere Betriebe zu melden waren. Wörtlich hieß es in dem Rundschreiben an die kriegswichtige gewerbliche Wirtschaft: „Im Hinblick auf die augenblickliche Lage kann nicht mehr verantwortet werden, dass in vielen Betrieben trotz mehrfacher Hinweise noch immer ohne zwingende Gründe an einer wöchentlichen Arbeitszeit von 53 und weniger Stunden festgehalten wird. Gemäß Befehl des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 2. August 1944 ist eine erhöhte Arbeitszeit von 60 Wochenstunden einschl. Pausen sofort anzustreben. Bei günstiger Betriebslage ist sie darüber hinaus zu erhöhen. Bei Frauenarbeit wird eine Arbeitszeit von 54 bis 56 Stunden als zumutbar angesehen.“ Für Abweichungen nach unten waren triftige Gründe nachzuweisen.³²

Freilich war die Verlegung von großen Rüstungsbetrieben in den sächsischen Raum keineswegs immer leicht zu bewerkstelligen. So wurden zum Beispiel Teile der Produktionsanlagen der Kugellagerfabrik Fichtel & Sachs aus Schweinfurt nach Sachsen verlegt, nachdem es im August 1943 zu schweren Luftangriffen auf diese Betriebe gekommen war.³³ Die verlagerten Teile der Produktion mussten auf insgesamt zehn neue Aufnahmebetriebe im Raum Reichenbach und Mylau³⁴ aufgeteilt werden, da es dafür vor Ort keine größeren Aufnahmebetriebe gab. Auch andere Betriebe wurden nach Reichenbach verlagert. Die AEG Berlin verlegte einen Teil ihrer Abteilung Gleichrichterbau, die Granaten und Munition fertigte, in die offenbar stillgelegte Firma Georg Schleber AG (Textilveredelung). In Mühlwand, einem Ortsteil des unmittelbar an Reichenbach angrenzenden Orts Limbach, fertigte das Transformatorenwerk Rudolf Laver ebenfalls als Verlagerungsbetrieb der Berliner AEG.³⁵ Insgesamt waren bis 1944 in dieses vermeintlich noch sicherste Luftschutzgebiet in Südwestsachsen gut 100 auswärtige Firmen verlegt worden, die gut eine Million qm Fläche (Lager und Gebäude) beanspruchten.³⁶

³¹ Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 19–21.

³² Rundschreiben Rüstungskommission Dresden vom August 1944, Stadtarchiv Dresden Akte 9.1.31, Nr. 287, abgedruckt in: Schulz, Abb. 6.

³³ Die größten Teile der Kugellagerproduktion verblieben allerdings vor Ort, da eine vollständige Verlagerung zu nicht hinnehmbaren Produktionsausfällen geführt hätte; durch die Luftangriffe fiel kurzfristig die Produktion um 38 Prozent und späterer Luftangriffe reduzierten den Kugellagerausstoß in Schweinfurt auf einen Bruchteil, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 364 f. Die Gesamtproduktion an Kugellagern sank allerdings kaum, da ab Ende 1943 große Dezentralisierungsmaßnahmen, von denen die Verlagerung nach Sachsen eine war, durchgeführt wurden; es gab schließlich insgesamt 49 dezentrale Fabrikationsstandorte, so Overy, S. 666.

³⁴ Betriebe aufgeführt bei Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 13.

³⁵ Kreisarchiv Landkreis Reichenbach i.V., Quellenerfassung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Rat des Kreises Reichenbach, Oktober 1964, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 682 f.

³⁶ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 205.

Doch nicht nur Rüstungsbetriebe transferierten ihre Produktionsanlagen nach Sachsen. Auch manche staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen wanderten ganz oder teilweise in kleinere sächsische Orte ab. Eine Liste vom 1. November 1944 enthält zum Beispiel für den Ort Lichtenstein, südwestlich von Chemnitz gelegen, eine ganze Reihe solcher Verlegungen: etwa Reichsjugendführung Berlin, Reichspostministerium Berlin, HJ-Bann Glauchau. Die Liste nennt jedoch auch eine ganze Reihe von Industrieverlagerungen: Gesellschaft für Luftfahrtbedarf Leipzig, mehrere Werke aus Chemnitz, Deutsche Houghton-Fabrik Magdeburg, Reichsvereinigung chemische Fasern Berlin.³⁷ Auch der einzige deutsche Fremdsprachenverlag verlagerte seinen Sitz von Berlin nach Plauen. Eine der wichtigsten Aufgaben bestand in der Herausgabe von Zeitungen für die Fremdarbeiter in deren Muttersprache. Solche Zeitungen fanden unter anderem im Rahmen der DAF-Propagandabemühungen breite Verwendung in den Ausländerlagern.³⁸

Der Flugzeugbauer Focke Wulf AG arbeitete eng mit einem Betrieb in Zwickau zusammen, der G. Basser KG, und lieferte Flugzeugteile für das Jagdflugzeug FW 190. Außerdem wurden Flugzeugmodelle der Focke Wulf AG gewartet und zum Teil umgebaut. Die G. Basser KG wiederum ließ für sich in immerhin neun Betrieben der Umgebung Flugzeugteile produzieren. Betriebe in Ruppertsgrün, Schneeberg, Stollberg, Planitz, Zwickau, Reichenbach / Vogtland und Lichtentanne stellten jeweils Einzelteile für die Basser KG her. Ein weiterer außersächsischer Flugzeugbetrieb, die Heinkel-Werke in Rostock, waren ebenfalls in Westsachsen vertreten, indem im März 1943 Teile ihrer Maschinenanlagen in die Firma Adoros in Adorf und die Firma Koch & te Kock in Oelsnitz verlagert wurden. Hier fertigte man Teile für die He 177 und He 219.³⁹ Ein anderes Beispiel aus dem Raum Chemnitz war die Verlegung der Torpedoproduktion der Deutsche Werke Kiel AG nach Harthau.⁴⁰ Auch kleinere Hersteller aus dem Berliner Raum verlagerten Produktionskapazitäten nach Sachsen und Schlesien. So richteten etwa die OSRAM-Werke Berlin zwei Produktionsstätten in Plauen ein, die Firma Opta Radio ließ in Wolkenburg produzieren. Ein Röhrenwerk aus Aachen produzierte in einer leerstehenden Fabrik in Weißwasser; die Arado Flugzeugwerke aus Berlin nutzen eine Porzellanfabrik in Freiberg.⁴¹

³⁷ Stadtverwaltung Lichtenstein, 2. II. 25e, 22.1. (1943–1945), abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 634. In einem Schreiben vom 2. Oktober 1944 an den Bürgermeister von Lichtenstein unterrichtete die Houghton-Fabrik diesen über einen heftigen Luftangriff auf Magdeburg, bei dem fast alle Fabrikationsanlagen vollständig zerstört worden wären. In dem Schreiben wies die Houghton-Fabrik darauf hin, wie wichtig es angesichts dessen gewesen sei, dass ihre Abteilung „Härtemittel“ nach Lichtenstein verlegt worden sei, da sie die einzige Erzeugungsstätte dieser Produktionslinie von Gewicht im Deutschen Reich sei, ebenda, S. 634.

³⁸ Siehe hierzu Lukat, S. 25 und 150. Die Zeitungen wurden unter deutscher Leitung von Muttersprachlern aus den jeweiligen Ländern gestaltet (siehe Kapitel 4).

³⁹ Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 22.

⁴⁰ Uhlmann, S. 187 f.

⁴¹ Fritz, KZ-Außenlager, S. 143.

Das Verfahren zur Verlagerung war administrativ-rechtlich geregelt und mündete in der Regel in ein Vertragsverhältnis zwischen dem Aufnahme- und dem Abgabebetrieb ein, in dem Mietpreise, notwendige Umbauten und sonstige Einzelheiten festgelegt waren. Vorher hatte der Aufnahmebetrieb bereits einen Verlegungsvor- sowie einen Verlegungsbescheid erhalten. In einigen Fällen liefen die Verlagerung und der anschließende Produktionsbeginn bereits an, bevor überhaupt ein Vertrag geschlossen worden war. Sollten sich Aufnahmebetriebe der häufig branchenfremden Produktionsverlagerung widersetzen, waren die Rüstungsbehörden des Wehrkreises zu Zwangsmaßnahmen berechtigt. Ein echtes Verweigerungsrecht hatte der Betrieb nicht, wie Hummel anmerkt: „Meist blieb den Unternehmern spätestens ab 1943 / 44 nur die Wahl zwischen Stilllegung des Betriebs, Aufnahme eines Verlagerungsbetriebs oder direkten, oft branchenfremden Rüstungsaufträgen.“⁴² So wurde etwa der Strumpffabrik C. G. Bernhardt in Burkhardtsdorf mit Schreiben vom 13. Oktober 1943 auferlegt, Teilfertigungen für die Rüstungsproduktion der Auto Union zu übernehmen. Am 18. April 1944 befahl man vier Firmen, Teile ihrer Betriebshallen für die Rüstungsproduktion der Auto Union zur Verfügung zu stellen. Von der Fa. Karl Ahnert in Pobershau forderte man 1.500 qm, von der Fa. Decker in Weißbach 560 qm, von der Fa. Frische in Burkhardtsdorf 800 qm und von der dortigen schon genannten Firma C. G. Bernhardt nochmals 315 qm.⁴³

Aus Nachkriegserhebungen für die Sowjetische Militäradministration geht hervor, dass 22 Prozent der Rüstungsbetriebe Sachsens im Jahr 1945 in der Waffenproduktion, 20 Prozent für die Luftwaffe und als letzter einzelner Schwerpunkt 19 Prozent in der Munitionsproduktion tätig waren. Den Rest teilten sich Fahrzeugbau, chemische -, optische - und Nachrichtenindustrie (siehe dazu näher Kapitel 5 und 6).⁴⁴

Am Beispiel der westsächsischen Großen Kreisstadt Glauchau mit etwa 34.000 Einwohnern, gut 25 km westlich von Chemnitz gelegen, lässt sich die Durchdringung der Produktionssphäre für Rüstungszwecke gut veranschaulichen. 1940 war es auch in Glauchau zu ersten Betriebsstilllegungen gekommen, denen weitere in den nächsten Jahren folgten. Viel wichtiger war aber, dass sich immerhin 20 Betriebe nachweisen lassen, die ganz oder teilweise selbst für den Rüstungs- und Wehrmachtbedarf fertigten oder ihre Produktionshallen verlagerten Rüstungsbetrieben zur Verfügung stellen mussten, weitere vermieteten offenbar Lagerräume für Wehrmachtartikel oder an Rüstungsfirmen. Die Breite der Produkt- und Dienstleistungspalette – zumindest zeitweilig, solange genügend Arbeitskräfte und Rohmaterialien vorhanden waren – wird an der folgenden Aufzählung deutlich: Räder für Militärfahrzeuge, Sanitätsschlitten (für den Wintereinsatz), Geschosse und Kleinteile für Granaten, Militärschirmmützen, Pumpen für Minen, Fahrzeugverdecke für Kübelwagen (jeepähnliche Fahrzeuge), Zellwolle für Uniformen, Schießbaumwolle, Armeerrucksäcke, Koppel, Werkzeuge zur Rüstungsproduktion, Granaten, Flugzeugrumpfreparaturen, Gasmasken für Militär- und Zivilpersonen, Magnetzün-

⁴² So Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 26 f., Zitat S. 27.

⁴³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 374.

⁴⁴ Angaben bei Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 21.

der, Läufer und Achsen für Anlasser bei der Luftwaffe, Kartuschenbeutelstoffe, Bordwaffengeräteteile, Flakgeräteteile, Produktionsteile für das Jäger-Programm. Andere Betriebe fertigten Bestandteile von Fertigteilhäusern (für Ausgebombte) oder stellten Lagerräume für Materialien der Dringlichkeitsstufe SS bereit.⁴⁵ Wenn Ulbrich für Glauchau zusammenfasst, dass es am Kriegsende kaum Betriebe in Glauchau gegeben haben dürfte, „die nicht für die Rüstung produzierten“⁴⁶, so lässt sich diese Feststellung sicherlich auch auf die meisten anderen sächsischen Städte übertragen.

Viele der zumindest etwas größeren Betriebe griffen auch auf ausländische Arbeitskräfte als Ersatz für ihre eingezogenen Mitarbeiter zurück. So nennt eine Untersuchung zu Mittweida, einer Stadt von damals etwa 20.000 Einwohnern 50 km südwestlich von Dresden, immerhin 66 Firmen, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigten, zu einem großen Teil für Rüstungs- oder rüstungsähnliche Produktionen. Insgesamt lassen sich für Mittweida etwa 1.200 ausländische Zivilarbeiter, 500 KZ-Häftlinge eines KZ-Außenlagers sowie 200 Kriegsgefangene nachweisen.⁴⁷

Auch für die Städte Döbeln und Roßwein liegen Informationen vor.⁴⁸ So errichtete etwa die Firma H. W. Schmidt aus Döbeln bereits in den 1930er Jahren neue Hallen für die Rüstungsproduktion. Sie lieferte in großem Umfang Minen für das Heer, pro Monat etwa 10.000 Stück. Ihr Rüstungsumsatz lag 1944 bei gut 93 Prozent des Gesamtumsatzes.

Die Metall- und Lackierwarenfabrik Johannes Großfuss, ebenfalls aus Döbeln, war ein großer Betrieb mit gut 1.700 Beschäftigten. Sie stellte bis Kriegsende hauptsächlich Teile für Gewehre und Maschinenpistolen her. Die Firma Gebr. Tümmeler fertigte gleichfalls Minen, Gewehrteile, Granaten und Zünder, aber auch Panzerfäuste und Torpedoteile. 1944 war ihre gesamte Produktion im Gesamtwert von über 13 Millionen RM auf die Kriegsrüstung ausgerichtet.

In etwa denselben Jahresumsatz an Rüstungsgütern hatte 1944 auch die Roßweiner Firma Carl Wolf aufzuweisen. Sie lieferte zu knapp zwei Dritteln an das Heer, zu einem Drittel an die Luftwaffe und zu wenigen Prozenten an die Marine, hauptsächlich Teile für die Achsen von Fahrzeugen. Daneben wurden Waffen- und Gewehrteile sowie Geschütze hergestellt. Die

⁴⁵ Zusammenstellung nach Werner Ulbrich, Rüstungsproduktion in Glauchau 1936 bis 1945, in: Verlagerter Krieg, S. 37–48. Zu Betrieben mit Rüstungsproduktion im Grüna siehe zum Beispiel Christoph Ehrhardt, Grünauer Betriebe im Dienste der deutschen Wehrwirtschaft im Zweiten Weltkrieg, in: Verlagerter Krieg, S. 55–61.

⁴⁶ Ulbrich, S. 47.

⁴⁷ Horst Kühnert, Ausländische Zwangsarbeiter in Mittweidaer Betrieben, in: Verlagerter Krieg, S. 50–54, mit Bezug auf stadtgeschichtliche Untersuchungen. Die KZ-Häftlinge waren in Mittweida für den Dresdner Rüstungskonzern Lorenz AG tätig, siehe Reinhardt Balzk, Zwangsarbeiter in Dresden. Eine Dokumentation zum Geschehen im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden. Hg.: PDS-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, August 2001, S. 7.

⁴⁸ Die folgenden Ausführungen beruhen auf der Masterarbeit von Sophie Spitzner, Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft im Muldentale – Aufbau und Entwicklung bis zum Kriegsende, Roßwein 2014 (Masterarbeit an der Hochschule Mittweida), S. 12–16. Wir danken Steffi Unger für die Überlassung dieser Arbeit. Auf die Personalausstattung der Firmen und ihre vielen Ausländerlager gehen wir in Kapitel 6 näher ein.

Firma Kadner & Co stellte militärische Güter der Dringlichkeitsstufe 1 für Heer und Luftwaffe her. Zum Schluss seien die Ebro-Werke in Roßwein genannt. Diese Firma ließ einen Teil ihrer Produktion von Westfalen nach Roßwein verlegen, um der Luftkriegsgefahr zu begegnen. Hauptprodukt war die mit höchster Dringlichkeitsstufe ausgestattete Produktion von Aluminiumteilen für die V2-Raketen, die im KZ Mittelbau-Dora zusammengesetzt wurden (Kapitel 2).

Dass solche Notmaßnahmen wie Betriebsverlagerungen und Auskämm-Aktionen zu Produktionsschwierigkeiten führten, ist evident. Zum größten Problem der Betriebe entwickelte sich jedoch von Anfang an die Versorgung mit Arbeitskräften, welche während keiner Phase des Krieges aus Sicht der Planer wie auch in der Realität ausreichend gesichert werden konnte.

Die oben geschilderte relative Verschonung Sachsens im Luftkrieg bis ins Jahr 1943 hinein blieb jedoch nicht mehr sehr lange bestehen. Am 4. Dezember 1943 fand ein erster großangelegter Luftangriff auf Leipzig statt, das aufgrund vieler Rüstungsbetriebe der wichtigste Rüstungsstandort in Sachsen war.⁴⁹ So produzierten hier die Erla-Werke, die Allgemeine Transportanlagen GmbH, die Junkers Flugzeug und Motoren AG, und nicht zuletzt die HASAG, dem von seiner Beschäftigtenzahl her größten sächsischen Rüstungsbetrieb mit schließlich acht Standorten im In- und Ausland. Etwa 20.000 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge waren in diesem Betrieb im Arbeitseinsatz.⁵⁰

Erste vereinzelte Luftangriffe auf den Leipziger Raum hatte es bereits 1940 gegeben; es gab jedoch keine nennenswerten Schäden. 1941 und 1942 wurde jeweils nur ein begrenzter Angriff vorgenommen. Ab Sommer 1943 war Leipzig jedoch regelmäßig Ziel alliierter Bombenangriffe. Die Attacke vom 20. Oktober 1943 forderte zum ersten Mal Todesopfer in einer Größenordnung von 40 Menschen, es gab jedoch nur relativ wenige Zerstörungen bei Industrieanlagen. Der Angriff vom 3. / 4. Dezember traf wiederum nicht vornehmlich die Industrie, sondern vor allem das sogenannte Buchdruckerviertel, das stark zerstört wurde. Mit 1.815 Toten und mehreren Tausend Verletzten⁵¹ forderte er erhebliche Menschenleben. Erst der Luftschlag vom 20. Februar 1944⁵² führte auch bei der Luftrüstungsindustrie zu großen Schäden, so bei den Junkers-Werken, der ATG und den Erla-Werken. Am 28. Mai 1944 wurden auch die Mitteldeutschen Motorenwerke in Taucha bombardiert. Durch vier Luftangriffe vom

⁴⁹ Siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 202.

⁵⁰ Thomas Fickenwirth / Birgit Horn / Christian Kurzweg, Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939–1945. Archivalisches Spezialinventar (= Leipziger Kalender, Sonderband 2004 / 1), hrsg. von der Stadt Leipzig, Leipzig 2004, S. 14.

⁵¹ Behring summiert für diesen Luftangriff gut 2.000 Todesopfer, etwa zehn Prozent vollständig zerstörte Wohnungen im Leipziger Bestand sowie 140.000 Ausgebombte. Aufgrund der britischen Strategie war eine Konzentration auf unmittelbar militärische Objekte weder möglich noch gewollt, siehe Rainer Behring, Das Kriegsende 1945, in: Sachsen in der NS-Zeit, S. 224–238, hier S. 225 f.

⁵² Dieser und der amerikanische Tagangriff forderten wiederum etwa 800 Todesopfer. Da die Royal Air Force auch etwa zehn Prozent ihrer Flugzeuge verlor, unterblieben ähnliche britische Flächenbombardements auf sächsische Städte bis Anfang 1945, siehe Behring, S. 226.

29. Mai bis 20. Juli 1944 wurden gleichfalls erhebliche Schäden in der Luftrüstungsindustrie hervorgerufen. Bei einem der Luftschläge vom 7. Juni 1944 gab es auch große Zerstörungen in der Verkehrsinfrastruktur, als der Hauptbahnhof und das Reichsbahnausbesserungswerk Engelsdorf Ziele waren; letztere waren auch betroffen von den Bombenangriffen vom 6. und 10. April 1945. Bevölkerungsseitig führten die Angriffe zu geschätzt etwas mehr als 5.000 Todesopfern, unter ihnen auch einige Hundert ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, zu Tausenden von Verletzten und Hunderttausenden Ausgebombten (zu Luftangriffen auf andere sächsische Zentren siehe weiter unten).⁵³

Sachsen war während des ganzen Krieges Zuzugsgebiet für evakuierte Privatpersonen und Arbeitskräfte aus anderen deutschen Regionen. Bis Ende 1943 wurden ungefähr 64.000 behördlich Ausquartierte nach Sachsen gelenkt, zuzüglich einer unbekanntenen Zahl von privat untergebrachten Personen bei ihren sächsischen Verwandten.⁵⁴ Bis 1945 stieg die Zahl der Evakuierten auf 400.000 bis 500.000⁵⁵. Verlagerte Betriebe brachten 120.000 Arbeitskräfte mit.⁵⁶ Wie auch im Deutschen Reich, brach ab Anfang 1945 in Sachsen die zentrale Steuerung der Rüstungsproduktion durch die Rüstungskommission zusammen. Man solle daher, so der Chef der Rüstungskommission, der HASAG-Vorstand Hans Führer, zu „autarke(r) Rüstungswirtschaft“⁵⁷ übergehen. Hier nur zwei Beispiele dafür aus Chemnitz. Die Fa. Bachmann & Knorr meldete der IHK, dass sie nunmehr für die Auto Union-Werke Siegmars und Zwickaus Notprogramme für die Rüstung tätigen werde. Ein Brief vom 7. März 1945 informierte Hans Führer nachträglich darüber, dass das Rüstungsministerium in Berlin beschlossen hatte, im Werk Siegmars der Auto Union den Waffenträger 38 D nicht mehr produzieren zu lassen, im Auto Union-Werk Zwickau die LKW-Produktion um 50 Prozent zu reduzieren und auch im DKW-Werk Zschopau die Kradfertigung (Kraftrad) zu reduzieren.⁵⁸

Ab 1942 setzte in Sachsen ein verstärkter Ausländereinsatz ein. Im Jahr 1943 waren 235.000 zivile ausländische Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts und 87.000 Kriegsgefangene im Einsatz, was zusammen 17 Prozent aller Arbeitskräfte entsprach. In Borna (Braunkohlenrevier) und Riesa (Stahlproduktion) lag der Ausländeranteil sogar bei 36 beziehungsweise 30 Prozent. 1944 bildeten die Ostarbeiter mit 38 Prozent die größte Gruppe unter den ausländischen Zivilisten. Von ihnen waren im selben Jahr als Teil der Industriearbeiterschaft die große

⁵³ Tabelle bei Hesse, Teil 1, S. 79 f. und S. 81.

⁵⁴ Widera, S. 390. Die meisten von ihnen kamen aus dem Köln-Aachener – und dem Weser-Ems-Gebiet, für die Sachsen als Aufnahmegebiet bestimmt worden war, siehe Behring, S. 224.

⁵⁵ Seit Herbst 1944 stammten die meisten neuen Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten; Sachsen wurde vor allem für ostpreußische Flüchtlinge Zielgebiet, wie eine Aufstellung des NSDAP-Hauptamtes für Volkswohlfahrt vom 5. Januar 1945 ausweist, siehe Behring, S. 229.

⁵⁶ Rolf-Dieter Müller, Speer, Karte S. 362. Insgesamt gibt Widera die Zahl der Ausgebombten im Deutschen Reich, die ihre städtischen Wohnquartiere verlassen mussten, mit bis zu zehn Millionen an, siehe Widera, S. 391.

⁵⁷ Zitiert in: Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 80.

⁵⁸ Staatsarchiv Chemnitz, 30874, IHK, Film 354 und 419.

Mehrzahl mit 62.000 im Maschinenbau und 20.000 in der Metallwarenherstellung, aber nur 10.000 in der Textilindustrie tätig.⁵⁹

Parallel zu den Bemühungen um verstärkten Ausländereinsatz wurden ab 1942 mehrere Aktionen zur Erhöhung der deutschen Arbeitskräftezahl im Rüstungssektor durchgeführt. So gab es 1942 weitere Auskämm- und Stilllege-Aktionen, jedoch mit wenig Erfolg für die Rüstungsindustrie⁶⁰. Hierbei mussten Betriebe Prüfungen über sich ergehen lassen, welche Arbeitskräfte sie entbehren könnten. Im April 1943 wurden – nach der militärischen Katastrophe von Stalingrad – Musterungen von bisher verschonten 42 bis 45-jährigen Männern durchgeführt, im Herbst schließlich Musterungen auf Geburtsjahrgänge bis 1890 ausgedehnt.⁶¹ Parallel versuchte der Staat, möglichst alle arbeitsfähigen deutschen Zivilisten zu erfassen. Am 18. Februar 1943 wurde, wie schon erwähnt, die allgemeine Arbeitspflicht für alle Männer von 16 bis 65 Jahren und Frauen von 17 bis 45 Jahren eingeführt.⁶²

Im Juli 1943 startete Sauckel die Aktion „Auskämmung Ziviler Sektor“ (AZS). Vorgesehen war innerhalb von gut drei Monaten die Umsetzung von 500.000 deutschen Arbeitskräften aus dem zivilen Sektor, vor allem der Konsumgüterindustrie, in den Rüstungsbereich. Die Quote für Sachsen lag bei 9.000 Personen, wovon der Rüstungsbereich Chemnitz wiederum 3.000 Personen aus dem Zivilektor beitragen sollte. Die Aktionen liefen jedoch sehr schleppend; die NS-typische Antwort darauf war nicht etwa der Abbruch, sondern die Erhöhung durch Berliner Stellen auf nunmehr 34.000 sowie kurze Zeit später auf 45.000 Umzusetzende. Verstärkte Anstrengungen führten dazu, dass der Gau Sachsen die genannte Zahl Ende November tatsächlich erreichen konnte.⁶³ Für den Bereich Chemnitz sei ein Beispiel bezüglich der Auto Union genannt: Am 17. Dezember 1943 erfolgte die Weisung der IHK an vier Chemnitzer Betriebe, Arbeitskräfte an die Auto Union abzugeben. So verlor die Fa. W. Jansen 200 Arbeitskräfte, die Juwena-Werke (Kurt Polster) 262, die Fa. Kornick (eine Weberei) 35 und die Fa. Mafrasa AG 180.⁶⁴

Speer wiederum versuchte in der zweiten Jahreshälfte 1943, das Arbeitskräfteproblem mit Hilfe von Personalumsetzungen ganzer Betriebe zu lösen. Eine Größenordnung von

⁵⁹ Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 75 f.

⁶⁰ Geschildert bei: Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 157 f.

⁶¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 221. Das Formblatt Beschäftigungsmeldung vom 30. September 1944 der Astra AG enthält unter der Rubrik Sicherstellung von männlichen Inländern – Tauglichkeitsgrad sogar die Altersgruppen 1884 bis 1893, 1894 bis 1900, 1906 und jünger, mit entsprechenden Zahlen. Das heißt, dass gegebenenfalls Männer im Alter von 60 Jahren noch – theoretisch – für den Waffeneinsatz in der Wehrmacht innerhalb dreier Stufen (kv= kriegsverwendungsfähig, gvF und gvH = garnisonsverwendungsfähig Front beziehungsweise Heimat, schließlich av = arbeitsverwendungsfähig) in Frage kamen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Bl. 170. Für das Jahr 1943 waren von etwa 130.000 in der sächsischen Rüstungsindustrie Beschäftigte im Raum Chemnitz-Zwickau nur noch 8.600 uneingeschränkt frontdiensttauglich, Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 74.

⁶² Uhlmann, S. 189; siehe auch Kapitel 2.

⁶³ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 323–327.

⁶⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 359.

500.000 Personen sollte durch Stilllegungen von Betrieben ab etwa 100 Beschäftigten gewonnen werden. Insgesamt waren die von Speer geforderten Zahlen nicht erreichbar, obwohl Sachsen Mitte 1944 von allen Wehrkreisen die relativ größte Zahl an Umsetzungen in den Rüstungssektor zu vermelden hatte: Von etwa 120.000 Arbeitskräften stellte der Wehrkreis IVa immerhin 16 Prozent.⁶⁵ Auch dies zeigt deutlich, dass mit Maßnahmen innerhalb der deutschen Beschäftigten das Arbeitskräftemanko des Rüstungsbereichs nicht zu lösen war und belegt einmal mehr, welche tatsächliche Bedeutung die Beschäftigung der Ausländer in diesem Sektor darstellte.

Die reichsweit von Berlin befohlenen Aktionen stießen freilich auf regionaler Ebene auf eine Fülle von organisatorischen Hindernissen und auf politischen Widerstand. So wurde etwa in Sachsen versucht, geschlossene Belegschaftsumsetzungen möglichst zu vermeiden und eher auf Auskämm-Aktionen zu setzen. Am Beispiel der Chemnitzer Firma Bachmann & Co werden die konkreten Probleme solcher Umsetzungen erkennbar. Alle Belegschaftsmitglieder der Firma sollten an die Maschinenfabrik Germania abgegeben werden. Während 100 Beschäftigte Magazinsäcke für die Wehrmacht produzierten, arbeiteten 40 weitere für die Auto Union im Rüstungsbereich. Auf der einen Seite protestierte die Auto Union gegen den Abzug der Arbeitskräfte, auf der anderen Seite stellte sich heraus, dass von den genannten 100 Mitarbeitern bereits einige an die Wehrmacht oder den RAD abgegeben worden waren; andere durften als Ausländer nicht in Rüstungsprojekten eingesetzt werden. Schließlich blieben 47 Arbeitskräfte übrig, von denen 50 Prozent über 60 Jahre alt waren, davon zwölf Personen sogar über 70 Jahre. Der Aufnahmebetrieb war schließlich nicht bereit, aufgrund mangelhafter Einsetzbarkeit solche Arbeitnehmer diese in die Rüstungsproduktion zu übernehmen.⁶⁶

Für den Sektor Textilindustrie ermöglichen zwei Ergebnisübersichten zu Stilllegungs- und Verlagerungs-Aktionen einen weiteren exemplarischen Einblick in dieses Procedere. Nachdem entsprechende Kommissionen die Betriebe besichtigt hatten, wurden deren Vorschläge vor Ort beraten und gegebenenfalls anderslautende Voten abgegeben, über welche insgesamt in Berlin entschieden wurde. Das Ergebnis wurde dann der IHK mitgeteilt. In der Fachuntergruppe „Strickerei“ lehnte man bei 19 Firmen die Einsprüche gegen die Stilllegung ab, bei fünf Firmen wurde den Einsprüchen stattgegeben. Für die Stoffhandschuhindustrie lautete die Bilanz: 18 Einsprüche abgelehnt, 13 Stilllegungs-Verfügungen aufgehoben. Es folgten weitere Festlegungen für die Trikotagenindustrie sowie weitere Spezialhersteller. Zum Schluss wurde darauf hingewiesen, dass die freigesetzten Arbeitskräfte in erster Linie in sogenannte Konzentrationsbetriebe (die weiterzuführen waren) umzusetzen seien, „weil die weiterlaufenden Betriebe sonst die ihnen zufallende erhöhte Produktion im Heeres- und bevölkerungspolitisch notwendigen Zivilbedarf nicht erbringen können.“⁶⁷

⁶⁵ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 328, 346 f.

⁶⁶ Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 69–71.

⁶⁷ Bezirksgruppe Sachsen der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, Untergruppe Chemnitz-Erzgebirge: Betr.: Stilllegungen in der Textilindustrie, 19. Mai 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, o.BI.

Für 1943 liegt ein ähnlicher Bericht der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie vor. So war vorgesehen, Arbeitskräfte von der Firma Bernh. Kurt Weber in Flöha in die Firma Baumwollspinnerei Gückelsberg, William Schulz AG, in Flöha umzusetzen. Gleichzeitig sollte eine Konzentration der Beschäftigten letztgenannter Firma aus ihrem Werk in Schweizertal nach Flöha erfolgen. Ziel war, wie die Bemerkungen im Dokument belegen, eine volle Auslastung der Firma Gückelsberg. Die innerbetriebliche Umsetzung war jedoch nicht möglich, so dass als Ausweg die Einrichtung einer Rüstungsproduktion im Standort Schweizertal vorgesehen wurde. Bei der Firma Gebr. Schüller AG, in Venusberg Ortsteil Spinnerei, sollten drei Betriebsstandorte auf zwei konzentriert werden, um einen für die Auto Union freizumachen. Auch im Bereich der Tuch- und Kleiderstoffindustrie musste die Firma Lenk & Rüger in Glauchau Webstühle an die Firma Ernst Seifert GmbH in Glauchau abgeben, da die Webstühle in erstgenannter Firma nicht besetzt waren, gegebenenfalls könnte die ganze Firma Lenk & Rüger stillgelegt werden. Für den Ort Mülsen war festgelegt, dass die Firma Bochmann ihre Kunstseidenstühle an den moderneren Betrieb Rich. Pönisch Nachf. abzugeben hatte. Dies sei der Firma Bochmann zuzumuten, da sie bisher in ihren drei Werken von Stilllegungen verschont worden sei. Dann folgten weitere Chemnitzer und Lichtensteiner Betriebe, die Produktionsmittel anderer aufnehmen sollten oder wie im Falle der Venus-Werke in Chemnitz den Standort in der Goe-thestraße zugunsten des Standortes in der General-Litzmann-Straße schließen sollte.⁶⁸

Weitere Beispiele für Betriebsstilllegungen ließen sich zu Hauf anführen. Einige Fälle mögen hier genügen. Die Firma Bernhard Möckel & Sohn in Rotheberg, die hauptsächlich ein Sägewerk betrieb, wurde am 1. Januar 1944 stillgelegt, um Platz für die Produktionsanlagen der Firma Meyer & Weichelt aus Leipzig (siehe auch Kapitel 6) zu machen. Es sollten vornehmlich Munitionskisten hergestellt werden.⁶⁹ Bei der Lederfabrik Sohre in Freital erfolgte 1938 ihre Einordnung als Rüstungsbetrieb, 1944 wurde jedoch eine Teilstilllegung festgelegt.⁷⁰ Für den sächsischen Raum nannte Speer in seiner schon erwähnten Rede vom 6. Oktober 1943 vor den Gauleitern in Posen auch eine Reihe von Betrieben, die stillgelegt und deren Belegschaft in die Rüstungsindustrie überführt worden waren, etwa die Kammgarnspinnerei in Leipzig (Belegschaft wohl zu den Erla-Werken) und die Wanderer-Werke mit ihrer Büromaschinenproduktion aus Chemnitz, deren Belegschaft nun Geräte und Waffen für Flugzeuge produzieren musste.⁷¹

Am Beispiel der Region Chemnitz lässt sich ein Fazit dieser Aktionen ziehen. Immerhin 400 Betriebe mit einer mittleren Mitarbeiterzahl von 115 Beschäftigten waren bis Juni 1944

⁶⁸ Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, Bezirksgruppe Sachsen in der Gauwirtschaftskammer Sachsen, Vorschläge für die Zusammenlegung und Stilllegung von Betrieben im Bezirk der Untergruppe Chemnitz-Erzgebirge vom 15. Juni 1943, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, o.Bl.

⁶⁹ Steinberg-Bote, Amtsblatt der Gemeinde Steinberg 11 / 2011, S. 6.

⁷⁰ Jana Reichenbach-Behnisch, Niedrigschwellige Instandsetzung brachliegender Industrieanlagen mit nutzungsorientiertem Umbau zu kostenoptimierten Arbeitsräumen für die Kreativwirtschaft in strukturschwachen Regionen bei fortführender energetischer Optimierung, Stuttgart 2016, S. 168.

⁷¹ Die Rede Speers ist auszugsweise zitiert in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 152.

überprüft worden. Gut 280 Betriebe hatten in diesem Zeitraum Stilllegungs-Bescheide oder zumindest Bescheide für eine Teilstillegung erhalten. Etwa 9.000 Arbeitskräfte waren so dem Rüstungssektor im Chemnitzer Raum zusätzlich zugeführt worden, was knapp der Hälfte aller im Rahmen der Wissmann-Aktion umgesetzten sächsischen Arbeitskräfte entsprach.⁷²

Trotz der immer mehr erodierenden Industriestruktur in Deutschland wurden die Auskämmungs- und Umsetzungs-Aktionen auch noch in der zweiten Jahreshälfte 1944 fortgesetzt. Insgesamt wurden der Rüstungsindustrie so im Rahmen von Speers Maßnahmen von Mitte 1943 bis Ende September 1944 sachsenweit 26.300 Arbeitskräfte zugeführt (Raum Chemnitz: etwa 13.000). Auch Sauckels AZS-Aktion erbrachte nochmals gut 23.000 von insgesamt 25.000 Ausgekämmten in der zweiten Jahreshälfte. Die meisten von ihnen waren in andere Betriebe versetzt worden, immerhin 5.000 aber auch innerhalb ihres Betriebs in eine rüstungsrelevante Abteilung. Hinzu kam für die zweite Jahreshälfte weiterer Bedarf der Wehrmacht. Goebbels als Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz forderte weitere 300.000 wehrfähige Soldaten aus der Wirtschaft. Der sächsische Anteil lag bei 17.500 Männern, von denen nur knapp 60 Prozent tatsächlich einberufen wurden, weil sowohl Speer als auch die Industrie versuchten, möglichst viele Arbeitskräfte zu halten. Die sächsische Rüstungsindustrie allein verlor in dieser Aktion 7.000 Beschäftigte.⁷³

Wenn man die Situation bilanziert, so ist Schumann in ihrem Fazit für die Situation spätestens in der zweiten Kriegshälfte nur zuzustimmen. Das NS-Regime „war an einem Punkt angelangt, wo ein irgendwie gearteter sinnvoller Ausgleich zwischen den Bedarfsträgern Rüstung und Wehrmacht nicht mehr möglich war. ... Es bedurfte des Rückgriffs auf die Dynamik und Radikalität der NSDAP-Kampfzeit, um ohne Rücksicht auf mögliche weitere Produktionseinbrüche Frontsoldaten auszuheben, die dann in Lumpen gekleidet und mit leichten Handwaffen bewaffnet gegen Panzer und Jagdflugzeuge ausgeschiedt wurden.“⁷⁴

Insgesamt nahm in Sachsen die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitnehmer vom Kriegsbeginn bis 1944 von 300.000 auf 166.000 ab, während sich die Beschäftigtenzahl in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie von 64.000 auf 104.000 oder im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau von 200.000 auf 300.000 erhöhte. Dabei hatte sich gleichzeitig die Zahl der inländischen beschäftigten Männer fast halbiert, und zwar von 1,2 Millionen auf

⁷² Ausführlich zum Vorgehen und zum Verlauf der Aktion, die von regionalen Betriebsumsetzungskommissionen geleitet wurden, siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 330–347; siehe auch Lukat, S. 127 f., für die sächsische Textilindustrie. Widerstand gegen einzelne Stilllegungs- beziehungsweise Umsetzungsbeschlüsse konnte dabei von beiden Seiten kommen: vom Aufnahme- wie auch vom Abgabebetrieb, siehe hierzu mit einigen konkreten Problembeschreibungen und Beispielen Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 336–338. Am 1. September 1943 war von Speer ein Generalbeauftragter für Betriebsumsetzungen (GfB) ernannt worden, dessen Funktion alsbald Ministerialrat Karl Wissmann übernahm. Dieser wiederum verfügte über Sonderbeauftragte für Fertigungszweige. Es ging darum, bei Betrieben der Konsumgüterindustrie ab 100 Beschäftigten und Handwerksbetrieben ab 50 Beschäftigten solche Umsetzungen durchzuführen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 150–154.

⁷³ Zu den sächsischen und Chemnitzer Zahlen siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 371–375.

⁷⁴ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 372.

700.000.⁷⁵ Der Bedarf an Arbeitskräften durch nichtbesetzte Stellen in der Rüstungsindustrie blieb gleichwohl hoch; er lag im Mai 1944 sogar noch 71.000 im November 1943 bei 94.000.⁷⁶

Schließlich waren gegen Kriegsende – die letzten verlässlichen Zahlen der sachsenweit eingesetzten Arbeitskräfte beziehen sich vor allem auf den Mai 1944 – praktisch alle dafür geeigneten sächsischen Betriebe ganz oder überwiegend in die Rüstungsproduktion einbezogen. Das Kontingent der zivilen Arbeitskräfte betrug am 15. Mai nach Statistiken des Landesarbeitsamtes 1.782.454 Beschäftigte, von denen 245.983 Personen Ausländer waren. Hinzu kamen noch 95.199 im Arbeitsprozess stehende Kriegsgefangene⁷⁷. Im Herbst 1944 war die Zahl der ausländischen Zivilarbeiter sogar noch einmal auf 270.000 gewachsen⁷⁸, etwa 108.000 arbeitende Kriegsgefangene wurden durch sächsische Stalags und Oflags im Wehrkreis IV betreut⁷⁹, zuzüglich 45.000 KZ-Häftlinge in 62 Außenlagern auf sächsischem Gebiet.⁸⁰ Dies ergibt überschlägig für Ende 1944 eine Gesamtzahl von 1.950.000 Beschäftigten. Damit hatte sich der Ausländeranteil (aller Zwangsarbeitergruppen) an den Arbeitskräften in Sachsen im Herbst 1944 / Anfang 1945 auf etwa 21,5 Prozent erhöht. Allein die Zahl der zivilen Ausländer war dabei von Februar 1942 bis Mitte 1944 auf das Dreieinhalbfache gestiegen.⁸¹

⁷⁵ Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 74 f. In Plauen fertigten 1942 / 1943 noch mehr als 500 Textilfirmen. Um gegen Stilllegungen gewappnet zu sein, waren einige von ihnen aber dazu übergegangen, militärische Güter herzustellen (etwa Gewebe für Moskito- und Mückennetze), siehe hierzu Lukat, S. 206 f.

⁷⁶ Im Bereich des Rüstungskommandos Chemnitz waren gut 15.000 beantragte Stellen nicht besetzt. Zu Sachsen und Chemnitz siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 352.

⁷⁷ Der gesamte Wehrkreis IV, der wie schon ausgeführt nicht nur Sachsen umfasste, wies bei 235.440 Kriegsgefangenen im Dezember 1944 die mit 10,4 Prozent zweithöchste Quote aller Wehrkreise auf. Von diesen Kriegsgefangenen waren gegen Jahresende 191.891 im Arbeitseinsatz tätig, so die Zusammenstellung des Befehlshabers des Ersatzheeres, Chef des Kriegsgefangenenwesens vom 1. Dezember 1944, in: Hesse, Teil II, Tabelle 34 S. 72. Die weiteren Ausführungen Hesses sind aber irreführend. Wenn das Stalag IV B Mühlberg nur 8,7 Prozent seiner Insassen im Arbeitseinsatz hatte und das Stalag Oschatz 86,2 Prozent, belegt dies nicht eine unterschiedliche Arbeitseinsatzrate, sondern ist den unterschiedlichen Funktionen der Lager geschuldet. Die „Schattenlager“ wie etwa Oschatz waren reine Verwaltungslager für im Arbeitseinsatz stehende Kriegsgefangene und nicht für eine Dauerbelegung mit Kriegsgefangenen ausgelegt, siehe hierzu Kapitel 4, Abschnitt Sowjetische Kriegsgefangene.

⁷⁸ Zahlen genannt im Anhang von: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 169 und 170. Siehe auch die Statistik des Reichsarbeitsamtes vom 30. September 1944, die für diesen Stichtag genau 269.462 zivile Ausländer, unter ihnen 102.113 Ostarbeiter, und auch die einzelnen Werte für die 24 Arbeitsamtsbezirke nennt, Statistik abgedruckt in: Mark Spoerer, NS-Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Bd. 49 (2001), Heft 4, S. 665–684, hier S. 676. Größte Schwerpunkte in fünfstelliger Höhe waren in absteigender Reihenfolge Leipzig, Dresden, Chemnitz, Riesa, Zwickau, Plauen und Meißen, siehe ebenda, S. 676.

⁷⁹ Abt. Kriegsgefangene im OKW im Dezember 1944, Bundesarchiv / Militärarchiv Freiburg, RW 6 / v.452.

⁸⁰ Die Gesamtzahl ist ermittelt aus den Kurzbeschreibungen der 62 Außenlager, die von uns zusammen gestellt sind in: NS-Terror und Verfolgung, S. 462–528. Die Zahl der im Arbeitseinsatz stehenden KZ-Häftlinge fehlt meist in den Zahlenangaben der Forschungsliteratur, die sich in der Regel auf Zivilarbeiter und Kriegsgefangene beziehen, siehe zum Beispiel Fickenwirth u. a., S. 12, der für Mai 1944 1.780.00 Beschäftigte, darunter 350.000 ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, nennt.

⁸¹ Lukat, Tabelle 7 S. 136.

Von den gut 13,5 Millionen Zwangsarbeitern im Deutschen Reich und seinen annektierten Gebieten kamen während der gesamten Kriegsdauer wohl über 500.000 in Sachsen zum Einsatz.⁸² Man kann davon ausgehen, dass es in Sachsen neben anderen Zwangsarbeiterlagern während des Krieges allein mehr als 2.000 Ausländerlager (für ausländische Zivilarbeiter) gab.⁸³

Exakte Gesamtzahlen der *im oder durch den Arbeitseinsatz* Verstorbenen liegen nicht vor. Lediglich für Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge lassen sich einigermaßen verlässliche *Mindestzahlen* ermitteln. So ergab eine Untersuchung der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus dem Jahr 2008, dass auf den insgesamt 248 sächsischen Gräberstätten mit sowjetischen Bürgern 5.847 sowjetische Zivilisten begraben liegen. Auch 4.198 sowjetische Kriegsgefangene sind auf ihnen bestattet. Zusammen mit den etwa 6.000 bis 7.000 im Lazarett Zeithain von September 1942 bis April 1945 befindlichen schwer erschöpften, erkrankten und dann verstorbenen Kriegsgefangenen aus den Arbeitseinsätzen in Sachsen sind das mindestens 10.000 bis 11.000 Kriegsgefangene, die im Zusammenhang mit dem Arbeitseinsatz verstorben sind, zuzüglich eines Teils der 3.000 sowjetischen Verstorbenen auf Friedhöfen, deren Status unbekannt ist.⁸⁴ Da die Italienischen Militärinternierten bei Arbeitsunfähigkeit und schwerer Erkrankung ebenfalls in das Lazarett Zeithain verlegt wurden, kann deren Todeszahl von 973 in Zeithain mit einiger Sicherheit zumindest als Größenordnung für der Sterbefälle der IMIs im sächsischen Arbeitseinsatz angenommen werden.

In den 62 KZ-Außenlagern Sachsens starben mindestens 4.131 Menschen während des Aufenthaltes an Überlastung, Krankheiten, Unterernährung oder direkt durch Massaker. Dabei konnte die Zahl der Opfer zwischen Lagern ohne Tote im Lagerbetrieb und Lagern mit bis zu

⁸² Siehe Rainer Wolf, Vorwort, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 6–7, hier S. 6. Grundsätzlich gilt für die Zahlen zu Sachsen bereits das in Kapitel 2 Ausgesagte: Kumulierte Gesamtzahlen beruhen in der Regel auf Schätzungen, weil sich die verschiedenen zeitgenössischen Statistiken jeweils auf Stichtagszahlen beziehen. Die Zusammenstellungen aus der Nachkriegszeit für die Alliierten sind ebenfalls mit Unsicherheiten behaftet, da die Betriebe zum einen sicherlich ein Interesse daran hatten, die Zahl der zwangsweise bei ihnen eingesetzten Ausländer im Zweifelsfall kleiner zu halten. Hinzu kommen vielfache Kriegszerstörungen der Unterlagen. Auch ist die potentielle Hauptquelle für den zentralen Nachweis des Ausländereinsatzes, die Unterlagen der Arbeitsämter, weitgehend nicht überliefert worden, siehe hierzu Heß, S. 109.

⁸³ Fischer, S. 12.

⁸⁴ Zusammenstellung der Verfasser nach: Grabstätten sowjetischer Bürger auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Red. Klaus-Dieter Müller und Alexander Haritonow unter Mitarbeit von Wolfgang Scheder, Christel Achmad, Kristina Posseckardt, Uljana Sieber, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dresden 2008, Friedhofsteil. Mit unbekanntem Status (entweder gefallener Rotarmist, verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener oder sowjetischer Zivilist) sind 8.754 Personen verzeichnet. Wenn man die gefallenen Rotarmisten sowie die bei Massakern am KZ-Ort oder bei Bahntransporten getötete KZ-Häftlinge abzieht, bleiben etwa 3.000 Kriegsgefangene oder Zivilisten übrig, die wohl ebenfalls in Zusammenhang mit dem Arbeitseinsatz verstorben sind. Im Lazarett Zeithain sind von Sommer 1942 bis 1945 etwa 16.000 bis 17.000 sowjetische Kriegsgefangene umgekommen, etwa 6.000 von ihnen waren aber aus anderen Wehrkreisen schwer erkrankt nach Zeithain überwiesen worden. Wir danken Jens Nagel für diesen Hinweis.

mehreren Hundert schwanken. Die Opferzahl bei den anschließenden Evakuierungsmärschen und Transporten geht ebenfalls in die Tausende, ohne insgesamt genau beziffert werden zu können.⁸⁵

Kapitel 4: Einzelne Fremd- / Zwangsarbeitergruppen

Polen und Franzosen

Mit den Einberufungen zur Wehrmacht im Sommer 1939 war Sachsen zu einem Zuschussgebiet für Arbeitskräfte in der metallverarbeitenden und als Zulieferer für Rüstungsbetriebe fungierenden Industrie geworden, während andere Wehrkreise im Westen wie im Osten des Deutschen Reiches Überschussgebiete waren. Reichsausgleich und Dienstverpflichtung zum Ausgleich zwischen Überschuss- und Zuschussgebieten trafen jedoch bereits 1939 auf erhebliche Widerstände.⁸⁶ Umso mehr war es daher aus Sicht der Planer erforderlich, über zusätzliche Fremdarbeiter einen Ausgleich innerhalb der Regionen vorzunehmen.

Als Arbeitskräfte kamen dabei vor allem zunächst Kriegsgefangene in Frage, polnische sowie ab 1940 französische. Für den Bereich Oschatz existiert von Gabriele Teumer ein Artikel über das Stalag IV G.⁸⁷ Danach wurde die Bevölkerung bereits eine Woche, bevor die ersten 550 polnischen Kriegsgefangenen am 6. Oktober 1939 eintrafen, von der örtlichen Zeitung, dem Oschatzer Tageblatt, darüber informiert. Der Zeitungsbericht besagte, dass die Kriegsgefangenen für die Landwirtschaft als Ersatz für eingezogene Deutsche dienen sollten. Weiterhin wurde mitgeteilt, dass Kriegsgefangene nur über die örtlichen Arbeitsämter angefordert werden könnten. Erst wenn der Bedarf der Landwirtschaft gedeckt sei, dürften die Gefangenen auch in Gewerbebetrieben beschäftigt werden.

In den folgenden Monaten entwickelte sich wohl ein recht vertraulicher Umgang der Bevölkerung mit den Polen. So sah sich das Oschatzer Tageblatt am 16. November 1939 genötigt, darauf hinzuweisen, dass es bei Strafe verboten sei, mit polnischen Kriegsgefangenen Kontakt jedweder Art aufzunehmen. Weil dies offenbar nicht reichte, veröffentlichte die Zeitung unter Hinweis auf Urteile des Sondergerichts Freiberg am 14. März 1940 „10 Gebote für

⁸⁵ Todeszahlen während des Lagerbetriebs zusammengestellt nach NS-Terror und Verfolgung, Verzeichnis der KZ-Außenlager. Die Zahl der unmittelbar in den Außenlagern angefallenen Todesfälle liegt bei mindestens 2.984, hinzu kommen Häftlinge, die nach Rücktransport ins Stammlager dort schnell verstarben oder ermordet wurden, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 353.

⁸⁶ Siehe hierzu Kroener, Personelle Ressourcen, S. 767 ff. Zu den Zuschuss- und Überschussgebieten siehe ebenda, Tabelle S. 768.

⁸⁷ Gabriele Teumer, Das Kriegsgefangenenlager Stalag IV G, Oschatzer Geschichte(n), Heft 9, Oschatz im Krieg 1939–1945, in: http://www.oschatzer-heimatverein.de/stalag_text.html, 30. November 2019, S. 1.

den Umgang mit Kriegsgefangenen“. Verboten waren unter anderem die Unterhaltung mit Kriegsgefangenen, Briefe an deren Angehörige, der Verkauf oder die Weitergabe von Schreibwaren, eine Alkoholbesorgung, jede Geldweitergabe, Einkäufe für Kriegsgefangene, Teilnahmen von Kriegsgefangenen an Festlichkeiten, gemeinsame Mahlzeiten und Kirchgänge sowie jedweder Familienanschluss.⁸⁸

Das Vorgehen des Oschatzer Tageblatts war offenbar landesweit gängig und beruhte auf zentralen Vorgaben. So gibt es etwa ähnliche Aktionen des Landratsamts Schwarzenberg. Aus Sicherheitsgründen wurde dort die Bevölkerung aufgefordert, gegenüber Kriegsgefangenen größte Vorsicht und Abstand zu halten. In einem Aufruf von 1940 – es ist unklar, von wem genau er stammt – wurde ausdrücklich gefordert, diese „streng, aber korrekt zu behandeln“. Insbesondere wurden Frauen darauf hingewiesen, dass „sie in keinerlei Beziehungen zu den Kriegsgefangenen treten“ dürften. Dann folgten eine ganze Reihe von Aufforderungen dahingehend, dass Kriegsgefangene nicht am gemeinsamen Essenstisch sitzen dürften, nicht an Feierlichkeiten teilzunehmen hätten, keine gemeinsamen Gottesdienstbesuche möglich seien, auch keine gemeinsamen Gaststättenbesuche. Es wurde betont, dass Kriegsgefangene alles Notwendige von Staatsseite erhielten, so dass lediglich eventuell gebrauchte Kleidungsstücke zusätzlich an diese weitergegeben werden könnten.⁸⁹

Auch die Arbeitgeber von Kriegsgefangenen wurden in einem anderen Merkblatt eindringlich auf ihre Aufsichtspflicht hingewiesen und es wurde ihnen dabei eingeschärft: Feind bliebe Feind. Es sei daher verboten, sie ohne Aufsicht zu beschäftigen, ihnen ein Fahrrad zu überlassen, sich privat zu unterhalten, ihnen Geschenke zu machen, Zivilkleider oder „kursfähiges“ Geld zu überlassen, ihnen feuergefährliche Gegenstände beziehungsweise Stoffe zu geben und selbstverständlich keine Waffen oder Munition auszuhändigen. Festgehalten wurde aber auch, dass selbständige Bestrafungen oder Misshandlungen verboten seien. Das Merkblatt endet damit, dass Fluchthilfe, Briefweiterleitungen oder gar Telefonieren strikt verboten seien und strengstens bestraft würden.⁹⁰ Da es offenbar häufiger zu Unfällen beim Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen gekommen war, machte der Kommandeur der Kriegsgefangenen im WK IV in einem Schreiben an alle Arbeitgeber 1941 extra darauf aufmerksam, dass diese ein besonderes Augenmerk auf die Unfallverhütung richten sollten und Kriegsgefangene immer wieder mündlich auf Gefahrenlagen und die Einhaltung von Unfallvorschriften hinwei-

⁸⁸ Wiedergabe des Artikels bei: Teumer, S. 2; siehe auch Kapitel 1, in dem wir auf die zugrundeliegende Wehrkraftschutz-VO vom 25. November 1939 eingegangen sind.

⁸⁹ Aufruf „Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen“ von 1940, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Best. Rat der Stadt Grünhain, Kriegsgefangene, August 1940 – November 1944, Bd. 5, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 382.

⁹⁰ Merkblatt für Arbeitgeber, die Kriegsgefangene beschäftigen, von 1940, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Best. Rat der Stadt Grünhain, Kriegsgefangene, August 1940 – November 1944, Bl. 14, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 383.

sen sollten. Jeder Ausfall eines Kriegsgefangenen als Arbeitskraft sei zu vermeiden. Nicht nur der Arbeitgeber verlöre diese, sondern die ganze deutsche Wirtschaft.⁹¹

Die Unterbringung der Kriegsgefangenen hatte dabei nach Sicherheitskriterien zu erfolgen. In einem Schreiben vom Juli 1940 an die Bürgermeister des Kreises Annaberg wies der Landrat auf bald eintreffende 577 Kriegsgefangene aus dem Lager Stalag IV B Mühlberg hin. Für die notwendigen Lager in den Städten und Gemeinden verlangte der Landrat Folgendes: Fenster der Unterbringungsräume mit Stacheldraht oder Gitter zu sichern; Räume mit abschließbaren Türen vorzusehen; Zu- und Ausgänge des Lagers gegen Fluchten zu sichern; Abschaltmöglichkeiten für elektrisches Licht der Räume von außen einzurichten. Außerdem war verpflichtend, Kriegsgefangene und Wachpersonal getrennt unterzubringen.⁹²

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus Osteuropa, stieß jedoch von Anfang an auf Seiten der sächsischen NS-Führung auf große Vorbehalte. Der starke Mann Sachsens, Martin Mutschmann, seines Zeichens zugleich NSDAP-Gauleiter, Ministerpräsident und Reichsverteidigungskommissar, war nicht nur ein besonders scharfer Antisemit, sondern auch Gegner jeglicher sogenannter Rassenvermischung. Von daher kritisierte er von Anfang an den Einsatz slawischer Personen in der deutschen Wirtschaft. Als die ersten Polen als Kriegsgefangene und (Zwangs-)Arbeiter 1939 nach Sachsen kamen, hat Mutschmann ihren Einsatz schon Mitte Oktober als „vom völkischen und nationalen Standpunkt aus unerwünscht“⁹³ charakterisiert. Freilich konnte er sich – trotz mancher politischer Unterstützung seiner Kreisleiter – nicht durchsetzen, da der Bedarf unabweisbar war. Freilich erließ der sächsische Innenminister – sogar Monate, bevor die Polen-Erlasse herauskamen – Verbote für Polen, etwa Gaststätten und Kinos aufzusuchen oder die Ortschaft ihres Arbeitseinsatzes zu verlassen; auf Arbeitsverweigerung standen strenge Strafen.⁹⁴

Wie das konkret aussah, belegt ein Schreiben aus der Leipziger Verwaltung, das die Rahmenbedingungen für polnische Zwangsarbeiter aus dem Jahr 1941 in der Stadt konkretisierte. Unter Verweis auf Bestimmungen Himmlers vom 3. September 1940 legte das Schreiben fest: Tragen des Kennzeichens „P“; Beisichführen der Arbeitskarte als Passersatz; Verbot des

⁹¹ Schreiben vom 5. Juni 1941 „An alle Arbeitgeber von Kriegsgefangenen“, Landratsamt Aue-Schwarzenberg, Best. Rat der Stadt Grünhain, Kriegsgefangene, August 1940 – November 1944, Bl. 18, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 424.

⁹² Schreiben des Landrates von Annaberg an die Bürgermeister des Kreises, Landratsamt Annaberg, Sig. 149, Kriegsgefangene Gemeinde Königswalde i. E. 1940–1944, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 628.

⁹³ Held / Fickenwirth, S. 159. Freilich befanden sich sowohl die Ideologen als auch sonstige Gegner des Ausländereinsatzes in einer Zwickmühle. Denn der Ausländereinsatz entspannte auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt insofern, als wenigstens zu Beginn weniger deutsche Frauen in der Wirtschaft eingesetzt werden mussten, siehe Heß, S. 119. In der Stadtverwaltung Leipzig gehörte etwa der Bürgermeister Rudolph Haake zu den entschiedenen rassenpolitischen Gegnern der Ausländerbeschäftigung. Er wandte sich in Rundschreiben dagegen und erreichte immerhin, dass Ausländer in der Stadtverwaltung keine Anstellung fanden, Held / Fickenwirth, S. 166 f.

⁹⁴ Mai, S. 32 f. Zu weiteren Beispielen, die belegen, wie unterschiedlich auf dem Lande mit Verstößen gegen die Polen-Verordnung umgegangen werden konnte, siehe Mai, S. 37–39; siehe auch Kapitel 7.

Besuchs von Gaststätten und Kinos; Verbot, den Arbeitsort zu verlassen (gemeint: Gemeinde). Dann folgten noch besondere Bestimmungen für Leipzig: Verbot der Benutzung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personenverkehrs; Verbot, das Leipziger Zentrum zu betreten; Festlegung des Bewegungsraums für HASAG-Zwangsarbeiter sowie für die Zwangsarbeiter der Firma Meier & Weichelt, für alle anderen Firmen war der Ortsteil des jeweiligen Arbeitgebers als Aufenthaltsort bestimmend. Aufenthaltsausnahmen waren nur für einzelne Polen mit Sonderausweis gestattet. Bei Zuwiderhandlungen drohte das Schreiben die Überstellung an die Gestapo an.⁹⁵

Trotz dieser Beschränkungen konnten etwa deutsche Geistliche (sicherlich zumeist katholische Priester) auch geistliche Handlungen für Polen vornehmen. So machte die Gestapo Chemnitz die Städte und Gemeinden in ihrem Einzugsbereich darauf aufmerksam, dass Polen seelsorgerisch betreut werden könnten, etwa bei Taufen von neugeborenen Kindern oder auch bei Beerdigungen. Allerdings wies das Schreiben ausdrücklich darauf hin, dass dabei weder die polnische Sprache genutzt werden dürfte noch Deutsche daran teilnehmen dürften und auch keine gemeinsame Taufe von polnischen und deutschen Kindern erlaubt wäre.⁹⁶

Als dann im Herbst 1941 die ersten Planungen zum Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilisten anliefen, informierte beispielsweise der Landrat von Leipzig aufgrund entsprechender Schreiben der Gestapo bereits im Vorhinein die betroffenen Ämter über deren Einsatznotwendigkeit, weil „im Hinblick auf den stetig zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften für Aufgaben kriegsentscheidender Bedeutung volkstümpolitische Überlegungen zeitweilig hinter ernährungs- und rüstungswirtschaftlichen Anforderungen zurücktreten“⁹⁷ müssten.

Grundsätzlich bestimmten mehrere Institutionen wie auch Instanzenzüge die Bedingungen der Betriebe, sowohl deutsche Arbeitskräfte als auch Ausländer anzuwerben, zu beschäftigen und bei ausländischen Arbeitskräften auch unterzubringen und zu versorgen⁹⁸. Freilich war dies kein einfacher militärischer Befehlsstrang, denn es gab unter anderem eine Fülle von Schreiben, in denen die mangelhafte oder zeitlich verzögerte Umsetzung der Anweisungen

⁹⁵ Schreiben abgedruckt in: Held / Fickenwirth, S. 255 f.

⁹⁶ Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 17. Dezember 1942, Stadtverwaltung Obernhau, o. Sign., Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 488. Auf der anderen Seite war eine religiöse Betreuung von Ostarbeitern durch Geistliche nicht gestattet. Lediglich Laien unter den Ostarbeitern selbst konnten, wenn dies nicht zur Störung des Betriebsfriedens führte, solche Betreuungen in den Lagern vornehmen, Schreiben der Gestapo Plauen an den Oberbürgermeister von Werdau vom 25. Februar 1942 (sic!, wohl 1943), Stadtarchiv Werdau, Rep. II, Kap. 106 / 00. Polizeiamtliche allgemeine kirchenpolitische Sachen, Bl. 175, Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 717.

⁹⁷ Zitiert in: Held / Fickenwirth, S. 160.

⁹⁸ Schumann konstatiert dabei, dass der Staat, der doch die Hauptverantwortung für den Einsatz der Zwangsarbeiter trug, seine Verantwortung im Reichsgebiet keineswegs ausreichend wahrnahm und es den Betrieben überließ, letztlich für ausreichende Unterbringung und Versorgung zu sorgen, was nur partiell geschah, Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 270.

von oben beklagt und deren Durchführung angeordnet wurden.⁹⁹ Mit dem (Zwangs-)Arbeits-einsatz waren befasst: die Arbeitsämter¹⁰⁰, die Sicherheitsorgane (siehe Kapitel 7: auch Abwehrbeauftragte der Betriebe), die Industrie- und Handelskammern, die Landratsämter (für Versorgung und Verpflegung) und letztlich auch die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die für Arbeits- und Lebensbedingungen, Hygiene und medizinische Versorgung mit verantwortlich war.¹⁰¹ Die DAF hatte damit 1942 die Aufgabe erhalten, sich insgesamt um Fremdarbeiterlager zu kümmern.¹⁰²

Zum Komplex Arbeitseinsatz und Produktion gehörten jedoch auch verschiedene Instanzenzüge: 1. Auf Reichsebene das Reichsarbeitsamt beziehungsweise ab 21. März 1942 der GBA Fritz Sauckel, die Bezirksarbeitsämter sowie am Schluss der Kette der einzelne Betrieb(sführer); 2. Das sächsische Wirtschaftsministerium, die IHK und wiederum der Betrieb(sführer); 3. Die Zentrale der DAF auf Reichsebene, die Kreisstelle der DAF und der Betrieb(sführer).¹⁰³

Auch für die Rüstungsproduktion selbst gab es einen Instanzenzug. Wichtigster oberster Akteur war ab 1940 das Rüstungsministerium (vorher: WiRüAmt des OKW), diesem folgte auf regionaler Ebene die Wehrkreis-Rüstungskommission (später Gau-Rüstungskommission), dann kamen die Bezirks-Rüstungskommandos sowie wieder am Ende der Betrieb(sführer).

Wie war die Rüstungsproduktion vor Ort organisiert? Neben den Rüstungskommissionen auf Gau-Ebene wurde die Rüstungsproduktion von deren Rüstungskommandos gesteuert beziehungsweise koordiniert. In Sachsen waren das die bis 1942 zur Wehrmacht gehörenden Rüstungskommandos Dresden, Leipzig und Chemnitz (ab Herbst 1942 dem Rüstungsministerium unterstellt), die unter diesen Bezeichnungen ab 22. November 1939 fungiert hatten. Sie unterstanden der auf Wehrkreisebene arbeitenden Rüstungsinspektion. Beide Einrichtungen waren am 1. April 1935 zunächst unter den Bezeichnungen Wehrwirtschaftsinspektion für den Wehrkreis und Wehrwirtschaftsstellen für Regionalbereiche der Wehrkreise gegründet worden, um den zunehmenden Koordinierungsbedarf zwischen Wirtschaft und Wehrmacht zu befriedigen, der mit der Aufrüstung ab 1935 zusammenhing.¹⁰⁴

Das Rüstungskommando Chemnitz etwa hatte, wie alle Rüstungskommandos, mehrere zentrale alleinige oder mit anderen staatlichen oder wirtschaftlichen Stellen gemeinsam zu bewältigende Aufgaben: Koordinierung der Rüstungsproduktion in seinem Verantwortungs-

⁹⁹ So zitiert Müller aus einem Schreiben der DAF vom 6. Oktober 1944, in dem diese Klagen erhoben wurden und die Betriebsführer für deren Nichterfüllung zur Verantwortung gezogen werden sollten, siehe Klaus Müller, Niles-Werke, S. 66.

¹⁰⁰ Grundsätzlich mussten Betriebe für die Zuweisung von Ausländern entsprechende Anträge an die Arbeitsämter richten. Zum Beispiel forderte die Leipziger Firma Max Jahn Stahl- und Eisengießerei im November 1942 insgesamt 90 Ausländer für ihre Produktion an, von denen allein 60 als Hilfsarbeiter eingesetzt werden sollten, siehe Abb. 5 in: Heß, S. 118.

¹⁰¹ Klaus Müller, Niles-Werke, S. 65. Bei KZ-Häftlingen war jedoch ausschließlich die SS mit zuständig.

¹⁰² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 280.

¹⁰³ Klaus Müller, Niles-Werke, S. 66.

¹⁰⁴ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 5.

bereich, Arbeitskräfte lenkung, Betreuung der Rüstungsfirmen, Luftschutz, Werkschutz (Abwehrbeauftragte in den Firmen), Transportsicherung für Rüstungsproduktion und viele mehr.¹⁰⁵ Ausgestattet mit Wehrmachtspersonal und Zivilisten, in den späten Kriegsjahren im Umfang von etwa 80 Personen, unterstand auch das Rüstungskommando Chemnitz in fachlicher Hinsicht Speers Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.¹⁰⁶ Gerade für die Beschäftigung von neuen zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften war immer auch die Genehmigung des Rüstungskommandos erforderlich, was ihm eine weitere zentrale Bedeutung für die Betriebe zuwies.¹⁰⁷



Abb. 10: Foto Oberst Spangenberg (in Uniform), Kommandeur Rüstungsbereich Chemnitz¹⁰⁸

Direkten Einfluss auf den Einsatz der Zwangsarbeiter in ihrem Einzugsgebiet hatten die einzelnen Städte und Kommunen nicht. Vielmehr wurden die ins Deutsche Reich zumeist deportierten Arbeitskräfte ab 1939 / 1940 zunächst in zentrale Durchgangslager, die dem Landesarbeitsamt Sachsen unterstanden, überstellt. Sie waren in Sachsen über das ganze Territorium

¹⁰⁵ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 6.

¹⁰⁶ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 7.

¹⁰⁷ Held / Fickenwirth, S. 164.

¹⁰⁸ Foto Oberst Spangenberg bei einer Besichtigung 1943, abgedruckt in: Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 7.

verteilt und befanden sich in Leipzig, Bautzen, Riesa, Zittau, Borna, Dohna-Heidenau, Ebersbach und Kamenz.¹⁰⁹

1939 / 1940 übten die meisten ausländischen Arbeitskräfte im weitesten Sinne landwirtschaftliche Arbeitsaufgaben aus. Freilich blieb ihre Zahl, im Vergleich zum Höhepunkt des Ausländereinsatzes 1944 / 1945, eher marginal. So waren etwa Mitte November 1939 561 polnische Kriegsgefangene im Raum Leipzig vor allem in Landwirtschaft und Gärtnereien beschäftigt, eine andere Quelle nennt für Februar 1940 200 Polen, die dort eingesetzt waren.¹¹⁰ Die ersten 44 polnischen Arbeiter trafen im Arbeitsamtsbezirk Chemnitz im Oktober 1939 ein, wo sie ebenfalls in der Landwirtschaft tätig wurden. Der Nachbarbezirk Glauchau meldete 150 Polen. Vorkriegsbeschäftigte aus Bulgarien, Polen, Jugoslawien und dem 1939 annektierten Teil der Tschechoslowakei mussten zwangsweise in Deutschland bleiben.¹¹¹ Es gab jedoch auch in dieser Zeit bereits erhebliche Fluktuationen. Von den im Frühjahr 1940 dem Arbeitsamtsbezirk Chemnitz zugewiesenen in der Landwirtschaft beschäftigten 450 Polen sollte gut die Hälfte bereits im März wieder in andere Bezirke versetzt werden.¹¹²

Mit der Fortsetzung des Krieges 1940 gegen Frankreich und Großbritannien, die beide nach dem deutschen Angriff auf Polen dem Deutschen Reich am 3. September 1939 den Krieg erklärt hatten, wurden nach dem schnellen Sieg über Frankreich auch immer größere französische Kontingente zum Arbeitseinsatz nach Sachsen überstellt. Genauere Gesamtzahlen Sachsens für das Jahr 1940 sind nicht publiziert. Reichsweit kamen in diesem Jahr 1,2 Millionen französische Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz, typischerweise zunächst in die deutsche Landwirtschaft.¹¹³ Dass Sachsen zu diesem Zeitpunkt nicht zu den bevorzugten Zuweisungsgebieten gehörte, macht eine Mitteilung der Stadtverwaltung Freiberg deutlich. Wie andere Kommunen auch, hatte sich Freiberg im Oktober 1939 beim Arbeitsamt erkundigt, ob und zu welchen Bedingungen man polnische Kriegsgefangene anfordern könne. Daraufhin erhielt die Stadtverwaltung (das Bauamt) vom zuständigen Arbeitsamt Freiberg die Antwort, ganz Sachsen stünden lediglich 8.000 polnische Kriegsgefangene zu, die nicht einmal für die sächsische Landwirtschaft ausreichen würden, so dass Anforderungen für städtische Projekte keine Chance hätten.¹¹⁴

Auch die Rüstungsindustrie war noch nicht bevorzugtes Ziel des Kriegsgefangeneneinsatzes. So wurden zwar etwa im Juli 1940 12.000 Kriegsgefangene aus Westeuropa zum Industrieinsatz nach Sachsen überführt, doch bald gab es Verzögerungen und den Abzug solcher

¹⁰⁹ Aufzählung bei Held / Fickenwirth, S. 161. Im Deutschen Reich gab es 45 solcher Aufnahmelager, die von der DAF verwaltet wurden, siehe Antusch, S. 30.

¹¹⁰ Fickenwirth u. a., S. 15 und S. 12. Ein genereller Widerstand gegen eine solche Ausländerbeschäftigung blieb in bestimmten NS-Kreisen auch nach 1939 bestehen, wie aus Äußerungen des Leipziger NSDAP-Kreisleiters hervorgeht, siehe hierzu Held / Fickenwirth, S. 166.

¹¹¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 163.

¹¹² Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 165.

¹¹³ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 166.

¹¹⁴ Didzionic, S. 18.

Kriegsgefangener. Ende 1940 waren nur noch 3.000 in Rüstungswerken eingesetzt, bei eigentlich zehnfach höherem Bedarf.¹¹⁵

Die Entwicklung der Zwangsarbeit ab 1941 / 1942

Ab dem Jahr 1941 – nachdem das noch 1940 von den Betrieben erhoffte Ende der Kampfhandlungen mit Großbritannien nicht eingetreten war und damit die Demobilisierungen der Wehrmacht nicht im erwarteten Umfang erfolgten – stieg auch in den sächsischen Bezirken die Anzahl der Ausländer stark an. Bevor wir im Folgenden verschiedene Stichtagszahlen anführen, ist eine grundsätzliche Bemerkung angebracht. Je nach Quellenart (etwa Arbeitsamt, statistische Berichte, Zusammenfassungen, Firmenangaben), Überlieferungslücken (so existieren eben keine lückenlosen Zahlenbestände) und Einbezug aller oder einzelner Zwangsarbeitergruppen können die Zahlen durchaus variieren, bilden jedoch nach unserer Überzeugung die Trends und Entwicklungen des Zwangsarbeitereinsatzes genügend deutlich ab. Wir haben bei den nachfolgend wiedergegebenen einzelnen Angaben versucht, den jeweiligen Zeitraum / Zeitpunkt, den geographischen Bezug und die betroffenen Gruppen möglichst präzise mit anzugeben.¹¹⁶

Das Jahr 1941 stellte eine erste Zäsur in der Arbeitskräftefrage dar, und dies nicht erst mit dem am 22. Juni 1941 begonnenen und tatsächlich als Blitzkrieg und Blitzsieg gegen die Sowjetunion geplanten und alsbald gescheiterten Kriegskonzepts. Denn bereits lange vor dem tatsächlichen Beginn des Krieges mit der Sowjetunion kamen etwa auf den Regierungsbezirk Chemnitz Herausforderungen bezüglich des Arbeitskräfteangebots zu: Zum einen wurden im Frühjahr 1941 Soldaten, die im Rahmen der Aktion „Rü 40“ zunächst in der Rüstungsindustrie eingesetzt waren, reichsweit wieder zur Wehrmacht zurückgeführt. Zum anderen sollte der Wehrkreis IV nach einer Verfügung von Rüstungsminister Todt vom 28. Februar 1941 insgesamt 55.000 Arbeitskräfte (für alle Wehrkreise: 473.900) in die Rüstungsproduktion abgeben, davon waren zum Beispiel die Chemnitzer Wanderer-Werke mit einer Anforderung von 1.500 Arbeitskräften betroffen.¹¹⁷ Auch die Astra-Werke mussten einige Arbeiter an die Zeiss Ikon-Werke in Dresden abgeben. Tatsächlich gelang es vielen Betrieben jedoch, diesen Vorgaben

¹¹⁵ Nach Angaben der Rüstungsinspektion Dresden, in: Kukowski / Boch, S. 136 f.

¹¹⁶ Wie verlässliche (Gesamt)Zahlen trotzdem realitätsnah ermittelt werden können, hat Pfalzer in einem Beitrag diskutiert, siehe Pfalzer, S. 200–203. Er verweist darauf, dass die zentrale Ausländerkartei des Arbeitsamtsbezirkes Chemnitz wohl vernichtet ist, genauso wie deren Sicherheitsfilme, siehe Pfalzer, S. 198.

¹¹⁷ Angaben bei Schneider, Unternehmensstrategien, S. 257 ff. und 270 f. Der Rüstungsanteil an der Werksproduktion der Wanderer-Werke lag 1941 noch bei 15 Prozent, da diese versuchten, auf längere Sicht ihre Zivilproduktion zu erhalten. Die Auskämm-Aktionen brachten jedoch den Vorstand dazu, stärker auf Rüstungsproduktion zu setzen, um die Stammbesellschaft möglichst umfangreich zu erhalten, siehe Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 92. Zur Größenordnung der Umsetzungsziele der Wehrkreise siehe Kroener, Personelle Ressourcen, Karte S. 806.

nicht vollständig nachzukommen, so dass nur ein kleiner Teil der Anforderungen erfüllt wurde, was für den gesamten Wehrkreis IV galt. Überall stieg jedoch der Druck.¹¹⁸

In dem schon erwähnten Aufruf des Inspektors der Rüstungsinspektion von Wehrkreis IV vom 26. Juni 1941 – es ist davon auszugehen, dass solche Aufrufe von allen Rüstungsinspektionen herausgegeben wurden – wurden die „Betriebsführer der kriegswichtigen gewerblichen Wirtschaft im Wehrkreis IV“ vor allem auf die wachsende kriegswirtschaftliche Herausforderung durch die USA und nicht etwa auf den gerade begonnenen Ostfeldzug hingewiesen. Unter Bezug auf umfangreiche Stilllegungen auch in der britischen Zivilgüterindustrie folgte die Aussage, Hitler habe das für die deutsche Wirtschaft noch nicht befohlen (was so nicht ganz stimmt, denn es gab bereits seit 1939 vielfache Versuche des OKW / WiRüAmts zu größeren Stilllegungen¹¹⁹), sondern vertraue darauf, dass die deutsche Industrie durch „Selbsthilfemaßnahmen“ diese Schritte vermeiden helfe. Es ginge um Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit. Im Folgenden wurden Wege aufgezeigt, wie Arbeitsprozesse rationeller gestaltet werden könnten, auch durch verbesserte Versorgung und Arbeitsbedingungen. Dann zählte der Aufruf Beispiele für Material- und Arbeitszeiteinsparungen auf; zum Schluss kam die Ankündigung, dass zukünftig bei Betriebsprüfungen über den Abzug von Arbeitskräften die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen und die betriebliche Effektivität mit berücksichtigt würden.¹²⁰

Aus dem Wehrkreis IV wurden zudem vom 31. Mai 1941 bis 31. Mai 1942 weitere 99.000 Männer aus der Industrie in die Wehrmacht eingezogen. Das waren 42 Prozent der am 31. Mai 1942 dort beschäftigten wehrfähigen Männer. Am 31. Mai 1942 betrug ihre Zahl noch 333.000 Industriebeschäftigte, was einem Anteil von 31 Prozent der dort am 31. Mai 1939 beschäftigten wehrfähigen Männer entsprach; alle anderen waren bereits eingezogen worden. Auch die uk-Gestellten nahmen im selben Zeitraum leicht ab, ihre Anzahl im Wehrkreis IV entsprach am 31. Mai 1942 bei 325.000 Industriearbeitern mit 41 Prozent genau dem Reichsdurchschnitt.¹²¹ Von den uk-Gestellten des Jahrgangs 1924 im Umfang von 19.180 Arbeitskräften waren für den Herbst 1942 nur 6.845 als Einberufungssoll vorgesehen, was auch hier die nicht unbe-

¹¹⁸ Inwieweit der Arbeitsamtsbezirk Chemnitz Arbeiter abgab, beschreibt Schneider, Unternehmensstrategien, S. 271 f.

¹¹⁹ Die Stilllege-Aktionen in Sachsen richteten sich naturgemäß vor allem gegen den hier besonders stark vertretenen Textilindustriesektor. Sie wurden jedoch immer wieder verzögert, unter anderem mit Hinweis auf die höhere Altersstruktur der darin Beschäftigten, die diese für die Rüstungsindustrie kaum verwendungsfähig machen würden. Insgesamt sind in Sachsen bis Mitte 1944 290 Total- oder Teilstilllegungen vorgenommen worden, die jedoch nur eine relativ geringe Zahl von 19.400 Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft erbrachten, siehe Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 83.

¹²⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie Chemnitz. Der Rüstungsinspektor Generalmajor Friedensburg war auch gleichzeitig Vorsitzender der Prüfungskommission gewesen.

¹²¹ Kroener, Personelle Ressource, Karten S. 987 und 988.

trächtlichen Einspruchsmöglichkeiten regionaler Organe gegen Wehrmachtenforderungen verdeutlicht.¹²²

Doch vollständig und auf Dauer waren Einberufungen nicht zu vermeiden. Da die Zahl der beschäftigten Frauen – wie gleichermaßen im Reich – auch in Sachsen gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur nicht gesteigert werden konnte¹²³, sondern sogar von etwa 815.000 auf 750.000 im Jahr 1941 gesunken war, blieben als Ausweg aus Sicht von Staat und Betrieben nur ausländische Arbeitskräfte.

Das waren zum einen Zivilarbeiter, zum anderen aber auch Kriegsgefangene. Ein Bericht über das Stalag IV G Oschatz nennt für den Stichtag 28. Februar 1941 immerhin knapp 20.000 französische, belgische und polnische Kriegsgefangene, von denen sich fast alle im Arbeitseinsatz, zum Teil in erheblicher Entfernung vom Lager, befanden. Einsatzorte waren etwa Großzossen, Großsteinberg, Hohnstädt, Leipzig, Meißen, Espenhain, Döbeln oder Coswig bei Dresden. Doch auch die Betriebe der Stadt Oschatz bedienten sich offenbar bereitwillig dieser Kriegsgefangenen, zu denen später auch sowjetische hinzukamen. Bekannt sind etwa die Spinnerei Mathaus, die Gerberei Mylius, verschiedene Gutshöfe, eine Waagenfabrik Kopp & Haberland, das Betonwerk Geßner, die Firma Bauheier, die Oschatzer Zuckerfabrik und andere. Die Liste nennt allein vier Unterkünfte für die Kriegsgefangenen in Oschatz.¹²⁴

Im Herbst 1941¹²⁵ arbeiteten etwa 140.000 ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in Sachsen; die Zivilarbeiter waren offenbar (ehe die Zahlen erheblich stiegen) im Jahr 1942 zu zwei Dritteln in Privatquartieren und zu einem Drittel in Lagern¹²⁶ untergebracht. Dies unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass die meisten Arbeitskräfte in dieser Zeit vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt worden waren. Auch reichsweit arbeitete etwa die Hälfte der Zivilisten und Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft, ein Drittel in der Industrie und etwa zehn Prozent im Handwerk.¹²⁷

Trotz dieser hohen Ausländerzahlen klemmte es an allen Ecken und Enden. So beklagte die Rüstungsinspektion Dresden für ihren Bereich am 13. September 1941: „Der Mangel an Facharbeitern, Ungelernten und Frauen ist nach wie vor das Kernproblem. Betriebsüberprüfungen, Umsetzungen infolge Umsteuerung der Rüstung und Rationalisierung des Einsatzes der Arbeitskräfte bringen nur einen Bruchteil der für die Luftrüstung, das Panzer- und U-Boot-

¹²² Kroener, Menschenbewirtschaftung, Karte S. 823. Auch in Sachsen wurden zudem 1942 „Wehrunwürdige“, das heißt vor allem politische Gegner des NS-Systems, zur Wehrmacht einberufen. Aus dem WK IV waren es 700 Männer und damit die höchste Zahl aus allen Wehrkreisen, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 840.

¹²³ Erst 1944 stieg die Zahl der beschäftigten Frauen wieder auf 815.000, siehe Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 73.

¹²⁴ Teumer, S. 3.

¹²⁵ Anhang, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 167. Sie setzten sich aus etwa 65.000 Kriegsgefangenen und 80.000 ausländischen Zivilarbeitern zusammen, siehe Kukowski / Boch, S. 137.

¹²⁶ Mai, S. 29 mit Bezug auf eine zeitgenössische Zeitungsmeldung.

¹²⁷ Held / Fickenwirth, S. 157.

Programm sowie den Krauch-Plan erforderlichen Kräfte auf. Zudem beginnt das Absinken der physischen und seelischen Widerstandskraft des Arbeiters, zunehmend die Arbeitslust und die Leistung zu beeinflussen.“¹²⁸

Hinzu kamen noch andere Engpässe. Die Rüstungsinspektion Dresden stellte etwa am 14. November 1941 fest: „Die Lage ist durch den Druck auf den Gebieten des Arbeitseinsatzes, des Transportes und der Energie- und Kohleversorgung gekennzeichnet. Der gesamte Wehrkreis ist nunmehr reines Engpassgebiet geworden. Nachdem alle Maßnahmen und Bemühungen der RÜIn und der Arbeitseinsatzbehörden um eine Entlastung und geringere Belegung des Bereichs erfolglos geblieben sind, ist die Überlastung und der Fehlbestand an Arbeitskräften auf das höchste Maß im Reich gestiegen. Soweit die zentrale Auftragserteilung seitens der Bedarfsträger selbst auf diese Verschärfung der Lage im Bereich wenig oder keine Rücksicht nimmt, häufen sich die Hemmungen und Spannungen zwischen der Auftragserteilung und den notwendigen Steuerungsmaßnahmen der Mittelinstanzen.“¹²⁹

Eine weitere Angabe von 1942 verdeutlicht eine ähnliche Größenordnung von zivilen Arbeitskräften. Das Landesarbeitsamt Sachsen nannte am 16. Februar 1942 insgesamt 72.057 ausländische Zivilarbeiter (zum damaligen Zeitpunkt 4,3 Prozent aller sächsischen Arbeitskräfte).¹³⁰ Im Mai 1942 war ihre Zahl auf 88.000 gestiegen, von denen allein 23.000 aus dem Generalgouvernement und Bialystok (Polen) kamen und in der Landwirtschaft tätig waren.¹³¹ Freilich konnte der Abgang von deutschen Beschäftigten für den Kriegseinsatz nie vollständig kompensiert werden. So waren seit Kriegsbeginn bis Juli 1942 gut 350.000 Männer aus dem Wehrkreis IV zur Wehrmacht eingezogen worden, während bis dahin 60.000 Kriegsgefangene und 135.000 Zivilarbeiter zum Einsatz gekommen waren, also etwa 56 Prozent der wehrmachtbedingten Abgänge.¹³² Insgesamt umfasste der Rüstungssektor in Sachsen 1943 bereits den größten Arbeitskräfteanteil aller Branchen. Für den 15. Juli 1943 registrierte die RÜIn IVa 287.986 Beschäftigte, von denen 147.471 direkt im Bereich Speers tätig waren. 134.626 arbeiteten für den sonstigen Bedarf der Wehrmacht (RWM), aber auch die Wehrmacht selbst beschäftigte 5.889 Arbeitskräfte.¹³³ Etwas überprononciert sprach etwa das Heereswaffenamt bei der RÜIn IV von einer Entwicklung zum zweiten Ruhrgebiet.¹³⁴

Ein weiteres Problem kam hinzu. Offenbar wurden die meisten Ostarbeiter bereits Anfang 1942 nicht mehr freiwillig für die Arbeit im Deutschen Reich rekrutiert. Einem Werks-

¹²⁸ Rüstungsinspektion Dresden vom 13. September 1941, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 137. Der nach Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG Farben, benannte Plan sah eine erhebliche Erhöhung der Pulver-, Sprengstoff- und Kampfstoffproduktion vor.

¹²⁹ Rüstungsinspektion Dresden vom 14. November 1941, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 142.

¹³⁰ Anhang, in: Fremd- und Zwangsarbeit, S. 167.

¹³¹ Held / Fickenwirth, S. 157.

¹³² Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 80.

¹³³ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 19.

¹³⁴ Zitiert in: Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 19 und Folgeseite.

leiterbericht der Grube Borna (Braunkohlebergwerk) ist zu entnehmen, dass ihm die Anfang 1942 angelegten (= eingestellten) Ostarbeiter erklärt hätten, sie seien nicht freiwillig gekommen, sondern gezwungen worden.¹³⁵

Es gab daher nicht nur bei Ostarbeitern eine hohe Fluktuation, die vor allem etwas mit Fluchten oder krankheitsbedingten Ausscheiden auf Grund sehr schlechter Lebensbedingungen einiger schon genannter Gruppen (Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, IMIs oder ab 1944 KZ-Häftlinge) zu tun hatte, aber auch mit Umsetzungen durch Anordnungen der Arbeitsämter verbunden war.¹³⁶

Am Beispiel der sogenannten OKW-Spezialbetriebe in Leipzig lässt sich auch ein Grundwiderspruch der NS-Kriegswirtschaft verdeutlichen. Sowohl Wehrmacht wie Rüstungsbetriebe forderten für ihren Bereich Facharbeiter, da nicht nur in der spezialisierten Rüstungsproduktion in der Industrie, sondern auch in der Waffenbedienung und -wartung bei der Wehrmacht spezielle Kenntnisse erforderlich waren. So sank die Zahl der Arbeitskräfte in diesen Leipziger Betrieben bis 1. Dezember 1941 von 102.300 auf 87.200, weil 15.100 deutsche Arbeiter einberufen worden waren. Hierbei handelte es sich zu zwei Dritteln um Facharbeiter und nur zu einem Drittel um angelernte und ungelernete Arbeiter. Die Facharbeiterzahl sank damit um circa 20 Prozent.¹³⁷ Der Mangel an Facharbeitern war durch den verstärkten Einsatz von Zwangsarbeitern zwar quantitativ, aber nicht qualitativ auszugleichen, nicht nur in Leipzig, und stieß daher durchaus auf Vorbehalte.

Um diesen Vorbehalten von Seiten der Wehrmachtverwaltung entgegenzuwirken, machte die Rüstungskommission Dresden die Betriebe Ende 1942 noch einmal eindrücklich auf den Wert der Ostarbeiter aufmerksam, wenn es etwa hieß: „Die guten Erfahrungen mit wahllos zugewiesenen ungelerten Ostarbeitern, die planmäßig unter strenger Aufsicht bei sorgfältiger menschlicher Steuerung von fachmännischen Lehrkräften in Lehrwerkstätten geschult werden, haben [...] gelehrt, dass die Ostarbeiter – im ganzen gesehen – durchaus brauchbare Arbeitskräfte darstellen. Sie sind es wert, dass jeder Betriebsführer, der Ostarbeiter erhält, sich persönlich ihrer Behandlung, Ernährung, Bekleidung, Unterbringung und Weiterbildung annimmt. Diese Aufgabe ist ebenso kriegswichtig vordringlich wie die Rüstungsaufgaben selbst. Dann werden sehr bald zum Vorteil der Fertigung die Minderleistungen nachlassen oder verschwinden.“¹³⁸

Die Betriebe griffen tatsächlich dazu, ausländische Arbeitskräfte sowohl gezielter auszusuchen (wo das möglich war), vor allem aber zu qualifizieren, wie etwa die Firmen Schuberth & Salzer oder Gbr. Langer in Chemnitz.¹³⁹ Die Brabag Böhlen bei Leipzig schulte zum Bei-

¹³⁵ Bericht zitiert bei: Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 46.

¹³⁶ So beschrieben am Beispiel der Niles-Werke bei: Klaus Müller, Niles-Werke, S. 67 f.

¹³⁷ Zusammenstellung bei Hesse, Teil II, Tabelle 14 S. 33.

¹³⁸ Rundschreiben der Rüstungskommission Dresden vom 15. Dezember 1942, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 277.

¹³⁹ Solche Beispiele bei Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 273.

spiel seit Ende 1941 Ausländer nach, um dem Facharbeitermangel abzuhelpfen. Im Januar 1943 bestand das Kontingent der nachgeschulten Ausländer aus 321 Mann, unter ihnen allein 234 Personen aus der Sowjetunion. 76 Ausländer befanden sich noch in der Umschulung.¹⁴⁰

Am Beispiel der Chemnitzer Wanderer-Werke lässt sich die Abnahme der Facharbeiter unter der Belegschaft ebenfalls verdeutlichen. Sie sank von 1940 mit gut 59 Prozent auf etwa 45 Prozent aller Beschäftigten drei Jahre später. Rationalisierungsbemühungen (zur Vereinfachung der Arbeitsvorgänge) führten nicht zu nennenswerten Kompensationen.¹⁴¹

Ganz deutlich lässt sich der Verlust an Facharbeitern auch beim größten Rüstungskonzern im Raum Chemnitz ersehen, der Auto Union. Bei Kriegsbeginn hatte der Anteil der Facharbeiter in deren Werken noch über 50 Prozent ausgemacht; im letzten Kriegsjahr war er jedoch auf etwa 20 Prozent gesunken. Sogar in den größten Rüstungsstandorten Siegmars bei Chemnitz und Horch in Zwickau lag er im Juni 1944 bei 14,7 beziehungsweise 25,3 Prozent. Die umfangreichste Gruppe im Konzern bildeten Angelernte mit 46,8 Prozent, gefolgt von Ungelernten mit 31,6 Prozent. Auch der Anteil der Frauen hatte sich konzernweit auf gut 26 Prozent erhöht. „An die Stelle des deutschen Facharbeiters traten in- und ausländische Anlernkräfte sowie gänzlich Ungelernte beiderlei Geschlechts, schiere Masse ersetzte Qualifikation“, wie Kukowski / Boch diese Entwicklung der Auto Union, die sicherlich paradigmatisch für die gesamte Rüstungsindustrie war, prägnant charakterisieren.¹⁴²

Ostarbeiter: Lebens- und Arbeitsbedingungen

Da Ostarbeiter die größte Zwangsarbeitergruppe unter den Zivilisten bildeten, sollen im Folgenden einige ihrer Lebensbedingungen zunächst überblicksartig beschrieben werden (Detailliertere Ausführungen für den Bereich Chemnitz dazu auch in Kapitel 5). Von herausragender Bedeutung für sie war dabei bekanntlich die Ernährungssituation. Zu berücksichtigen ist hier besonders, dass es nicht nur auf die Quantität der Nahrungsmittel, sondern angesichts der Anforderungen des Arbeitsprozesses ebenso auf deren Qualität ankommt. Eine 1990 erstellte medizinisch-physiologische Untersuchung gerade dieses letztgenannten Kriteriums kommt dabei für den Bereich Leipzig zu folgendem Schluss, der im Großen und Ganzen auch für die Ostarbeiter in ganz Sachsen galt: „In der Ernährung der Ostarbeiter fehlte jegliche Abwechslung. Ohne Vitamine und fast ohne Fleisch bestand sie hauptsächlich aus Roggenbrot, Kohlrüben oder Kohlrübenkraut, Margarine, Kartoffeln und Wasser. Fleisch gab es nur in Aus-

¹⁴⁰ Siehe Abb. 18, in: Heß, S. 135.

¹⁴¹ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 433.

¹⁴² Kukowski / Boch, S. 264. Zu den Facharbeiter-, Angelernten-, Ungelernten- und Geschlechtsanteilen der Beschäftigten in den verschiedenen Auto-Union-Standorten siehe ebenda, Tabelle 29b S. 268.

nahmefällen als Pferde- oder Freibankfleisch.“¹⁴³ Dies führte zu erheblich höheren Krankheitsfällen und Arbeitsunfällen.¹⁴⁴

Große Betriebe wie etwa die Auto Union AG verfügten immerhin über 45 Werkskantinen (ohne Tochterfirmen), die jedoch keineswegs für jeweils alle an einem Standort arbeitenden Beschäftigten zugänglich waren, sondern nur für bestimmte Gruppen. Ostarbeiter und die Angehörigen der letzten Gruppe (bei Spoerer Gruppe 4) erhielten die qualitativ und quantitativ schlechteste Variante. Bessere Qualität war für Deutsche und für andere Ausländer vorgesehen. Aus Unterlagen der Auto Union geht aber hervor, dass selbst Deutsche mit stetig längerer Kriegsdauer nicht immer ausreichend für ihren teils sechzig- bis siebzigstündigen wöchentlichen Arbeitseinsatz versorgt wurden; bei Ostarbeitern, aber auch Italienern ab 1943 / 1944 herrschte Mangelernährung. Über die Untersuchungen des Kaiser-Wilhelm-Instituts zum Zusammenhang von Ernährung und Arbeitsleistung (siehe Kapitel 2) herrschte auch bei der Auto Union Klarheit und man erwog, bei der Tochter Agricola GmbH in Oederan dazu einen eigenen Modellversuch zu machen.¹⁴⁵

Auch für den Bezirk Chemnitz gibt es einige Angaben zu den Verpflegungssätzen für Ostarbeiter. Eine Übersicht vom 7. Dezember 1942 sah (offenbar pro Woche) für Schwerstarbeiter (sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter) eine Versorgung mit 1.350 g Roggenmehl, 250 g Pferde- und Freibankfleisch sowie 130 g Margarine oder Landbutter vor.¹⁴⁶ Aus einem Bericht im Stadtarchiv Chemnitz geht hervor, dass (offenbar 1944) ein sowjetischer Normalarbeiter (Ostarbeiter) wöchentlich 2.060 g Roggenbrot, 5.000 g Kartoffeln, 2.000 g Steckrüben, 200 g des schon erwähnten Pferde- oder Freibankfleischs und 387 g sonstige Lebensmittel erhalten sollte.¹⁴⁷ Für Schwer- und Schwerstarbeiter waren jeweils Zuschläge vorgesehen.

Aber wenn auch ab August 1944¹⁴⁸ Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene den anderen Zwangsarbeitern offiziell in der Versorgung gleichgestellt waren, so ist immer zu berücksichtigen, dass zu dieser Zeit die tatsächliche Versorgung immer mehr unter der zuneh-

¹⁴³ Brigitte Reiche, Zur medizinischen Betreuung und sozialen Lage der im Raum Leipzig während des Zweiten Weltkrieges eingesetzten ausländischen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge, Diss. Leipzig 1990, zitiert in: Fickenwirth, u. a., S. 20.

¹⁴⁴ Fickenwirth u. a., S. 21.

¹⁴⁵ Kukowski / Boch, S. 284 f. mit Bezug auf Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 43. Deutsche und Ausländer hatten gemeinsame Kantinen, während in den Werken Siegmars, Horchs und DKW für die dortigen KZ-Häftlinge eigene Küchen existierten. Ausländer und KZ-Häftlinge erhielten Vollverpflegung, die Deutschen nur ein Mittagessen. Ausländischen Zivilarbeitern wurde die Tagesverpflegung mit einer RM berechnet, bei Lang- und Schwerarbeitern mit 1,15 bis 1,35 RM, siehe Sign. 275, Bl. 43.

¹⁴⁶ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie Chemnitz, Bl. 503. Am 17. April 1942 hatte das Reichsernährungsministerium neue Verpflegungsnormen für Zwangsarbeiter eingeführt. Für Schwer-, Schwerst- und Bergarbeiter wurden die Normen bei Fleisch, Brot und Fett erhöht, Normalarbeitersätze blieben gleich. Hochwertige, eiweißhaltige Nahrungsmittel wurden jedoch nicht gewährt, auch keine Sonderzuteilungen wie etwa Kaffee und Tee, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 216.

¹⁴⁷ Pfalzer, S. 209. Dies entsprach nach Umrechnung durch einen Chemnitzer Mediziner aus dem Jahr 2001 einem Kalorienwert von 1.740 kcal, was Unterernährung bedeutete, siehe Pfalzer, S. 209.

¹⁴⁸ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 263.

mend schlechteren allgemeinen Versorgungslage litt. Die Rationen etwa, die 1944 / 1945 für Ostarbeiter in den Niles-Werken ausgeteilt wurden, sahen wöchentlich so aus: 315 g Fleisch, 55 g Nahrungsmittel, 154 g Zucker, 154 g Brotaufstrich, 3 kg Kartoffeln, gut 1,7 kg Brot und 112 g Margarine.¹⁴⁹

Vorher waren zwar monatlich auf dem Papier zum Teil höhere Verpflegungsmengen an Ostarbeiter als an Deutsche (unter anderem Roggenmehl 10,4 – 7 kg, Fleisch 1,4 – 1 kg, Kartoffeln 28 – 20 kg für jeweils vier Wochen) verteilt worden, wie eine Zusammenstellung des Rüstungskommandos Chemnitz im April 1943 suggerierte, das diese an die vorgesetzte Dienststelle sandte. Die teils höheren Mengenwerte ließen jedoch die unterschiedliche Qualität der ausgeteilten Lebensmittel wie auch sonstige Nahrungsmittelarten, die nur Deutschen zustanden, unberücksichtigt. Zu Recht weist Schumann kritisch auf diese einseitige Darlegung des Rüstungskommandos hin, das mit der Zusammenstellung offenbar auf Gerüchte in der Bevölkerung nach der Niederlage von Stalingrad reagierte, Ausländer seien besser versorgt als Deutsche.¹⁵⁰

Ohne Angabe von konkreten Mengen hat die Steinkohlengrube Gottes Segen in Oelsnitz die Verpflegung ihrer Ostarbeiter so beschrieben: Das Essen komme aus der Küche eines Kriegsgefangenenlagers der Zeche, wobei die Kriegsgefangenen mit denselben Rationen ernährt würden wie die Ostarbeiter. Früh gebe es einen Liter Mehlsuppe. Jeder erhalte das, was für seine Arbeitseinsatz – Arbeit unter Tage, über Tage Schwerarbeiter- oder Normalarbeiterverpflegung – vorgesehen sei, also auch entsprechend Brot und Fett. Gegen 10.00 Uhr bekomme jeder über Tage einen Liter Suppe aus dem Werk, die Beschäftigten unter Tage erst nach der Ausfahrt. Mittags gebe es eineinhalb Liter (es wird nicht mitgeteilt, was genau). Mindestens ein Mal wöchentlich würden Pellkartoffeln gekocht, Zucker sei im Essen vorhanden oder werde extra ausgeteilt. Der Bericht teilte weiter mit, dass die Ostarbeiter nicht zufrieden seien. Sie wollten weniger Gemüse, dafür aber mehr Kartoffeln und „sehr dickes Essen“ haben. Offenbar gab es einen gedruckten Wochen-Speiseplan.¹⁵¹

¹⁴⁹ Steffen Kranich, Die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges, dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, Heft 22, Jg. 1978, hrsg. vom Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, S. 39–55, hier S. 51. Kinder, so entnimmt Kranich Unterlagen des Betriebsarchivs, erhielten etwa die halben Sätze.

¹⁵⁰ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 261–263. Auf der anderen Seite war die Rüstungskommission aber durchaus bereit, den Firmen die Schuld an der schlechten Ernährung der Ostarbeiter zuzuweisen, so General Friedensburg im Dezember 1942, siehe Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 76 f.

¹⁵¹ Schreiben der Gewerkschaft Gottes Segen vom 29. September 1943 an die Kreisleitung Stollberg der DAF mit einer Stellungnahme zu Beanstandungen im „Ostarbeiterlager“ des Unternehmens, in: Hans-Christoph Seidel und Klaus Tenfelde (Hg.) unter Mitarbeit von Jens Adamski, Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Band 2: Dokumente), Essen 2005, Dok. 114, S. 320–324, Zitat S. 323.

Wie Alexander Fischer an Beispielen aus dem Bereich Dresden erläutert, hingen die tatsächlichen Ernährungsbedingungen in hohem Maße davon ab, ob es den Betrieben gelang, zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Die Arbeitsleistung sei nur zufriedenstellend, wie auf einer Besprechung des Arbeitsamts Dresden festgestellt wurde, wenn „eine zusätzliche Ernährung bei den Betrieben mit eigener Werksküche“ durchgeführt werde. Insgesamt sei die für Ernährung und Unterbringung gezahlte Pauschale von 1,50 RM viel zu niedrig. Zudem ergaben Kontrollen der Buchführung in Ausländerlagern sowohl eine unzureichende Buchführung, fehlende Bestände als offenbar auch Fälschungen und Unterschlagungen.¹⁵² In einem besonders dreisten Fall kam es 1942 zu einem Gerichtsverfahren wegen Unterschlagung von Lebensmitteln für ausländische Arbeitskräfte / Zwangsarbeiter bei den ASW Espenhain (Braunkohlebergbau). Involviert waren ein kaufmännischer Direktor, Betriebsobleute wie auch ein Kreisobmann der DAF (insgesamt 21 Personen). Das Verfahren endete mit hohen Urteilen für einige Angeklagte. Verschoben worden waren offenbar 6.500 kg Teigwaren, 2.500 kg Roggenmehl, 1.800 kg Weizenmehl, 225 kg Fleisch, 200 kg Butter, 150 kg Gries und 10.000 Eier.¹⁵³

Auch dies ist wieder ein Beleg dafür, dass offizielle Zuteilungsraten häufig nicht wirklich zur Austeilung kamen. Viktor Klemperer berichtete 1942 in seinen Tagebüchern über Aussagen jüdischer Zwangsarbeiter bei den Zeiss Ikon-Werken, dass die dortigen Ostarbeiterinnen sogar schlechter als die einheimischen Juden versorgt worden seien: „Sie hungern in ihrem Massenquartier, morgens und abends ein Topf Kaffee mit einer Schnitte Brot, mittags nur eine dünne Suppe.“¹⁵⁴

Die schon erwähnte Richtlinie der DAF von 1943 legte auch Ernährungsmaßnahmen für Ostarbeiter fest. Beim Stahlwerk Gröditz wurden diese in Richtlinien für drei Produktivgruppen umgewandelt: Zwischen 100 und 90 Prozent der Leistung deutscher Mitarbeiter (gut), etwa 70 Prozent (mittel oder nicht befriedigend) und 50 bis 24 Prozent (schlecht). Im Betrieb erhielt etwa der schlecht Arbeitende nur einen halben Schlag Suppe, dem gut Arbeitenden wurde das dem schlecht Arbeitenden Entzogene hinzugegeben, und der mit mittlerem Ergebnis Arbeitende erhielt einen knappen Schlag Suppe. Im Lager galt bei der Essenverteilung dasselbe Prinzip. Freiwillige Leistungen, hieß es in dieser Anweisung, könnten ganz gekürzt oder eben verteilt werden. Damit die Ostarbeiter auch verstanden, was geschah, war auf den Lebensmittelkarten der schlecht arbeitenden Gruppe Folgendes auf Russisch zu lesen: „Deine Leistungen sind schlecht! Darum hast du keinen Anspruch auf volle Verpflegung, Suppen, Rauchwaren und Bekleidung! Arbeite besser, sei sauber und pünktlich! Nur dann erhältst du volle Verpflegung.“ Die unterschiedliche Behandlung setzte sich auch bei Spaziergängen in die

¹⁵² Fischer, S. 23 f., mit Dresdner Beispielen. Dort auch Zitat.

¹⁵³ Zu diesem Verfahren siehe Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 120 f.

¹⁵⁴ Viktor Klemperer, Tagebücher 1933–1945, Berlin 1999, hier Bd. 5, S. 194. Hesse ordnet die unzureichende bis ungenügende Ernährung „als Bestandteil der im Vernichtungsprogramm vorgeschriebenen Hungerrationen für ausländische Zwangsarbeiter“ ein, Hesse, Teil II, S. 49 mit Angaben zu Verpflegungssätzen Leipziger Zwangsarbeiter. Diese Einordnung der Mangelernährung in ein Vernichtungsprogramm gegenüber Ostarbeitern ist jedoch von den Quellen nicht belegt und viel zu pauschal.

Umgebung fort, von denen schlecht Arbeitende ausgeschlossen waren; dafür sollten sie allerdings bei Reinigungsarbeiten oder Sonntagsschichten als erste eingesetzt werden.¹⁵⁵ Die Hille-Werke in Dresden entwickelten für die Leistungsernährung ein betriebseigenes Bewertungsschema, das aus drei Komponenten und einem Punktesystem bestand: Werkstattleistung, Fleiß und persönliches Verhalten. Für die Bewertung der ersten beiden Kriterien war der Werkstattmeister zuständig, das dritte beurteilte der Lagerführer. 13 bis 15 Punkte zogen die Einordnung in Kategorie Leistungsgruppe eins, sechs bis zwölf Punkte in Kategorie zwei und bis zu fünf Punkten in Kategorie drei nach sich. Für Leistungsgruppe eins war eine rote Plakette (zu tragen an der Arbeitskleidung) vorgesehen, für Leistungsgruppe drei eine gelbe. Leistungsgruppe zwei blieb ohne eigene Plakette. Insgesamt zeigte sich das Werk zwei Monate nach der Einführung mit dem neuen Leistungssystem zufrieden und stellte „im allgemeinen einen Leistungsaufschwung bei den Ostarbeitern zum Teil um 30 Prozent“ fest.¹⁵⁶

Partiell, wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, wurde die Ernährung auch bei sowjetischen Kriegsgefangenen verbessert, ohne aber jemals ausreichend zu sein. So geht aus Unterlagen des Landratsamts Freiberg hervor, dass die Wochenration an Brot von 1941 mit 2,25 kg auf 2,6 kg 1943 stieg; die Kartoffelversorgung sank allerdings von 8,5 kg auf sieben kg, Frischgemüse mit 1,125 kg fiel 1943 vollständig weg, Tee-Ersatz sank von 28 g auf 14 g.¹⁵⁷

Das nächste Dokument zeigt die offiziellen vierwöchigen Verpflegungssätze in Chemnitz kurz vor Ende des Krieges (diese und alle folgenden Abbildungen aus dem Staatsarchiv Chemnitz entsprechen den Vorlagen bzw. Reproduktionen des Staatsarchivs Chemnitz):

¹⁵⁵ Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 277 f., Zitat S. 277.

¹⁵⁶ Der Einsatz der Ostarbeiter, Hille-Werksmitteilungen Juni / Juli 1943.

¹⁵⁷ Didzionickeit, S. 26.

Ernährungsamt, Abt. B Chemnitz
 Abt. Großverbraucher
 1576/3/Hu./Ha.

Verpflegungssätze

der 73. Zuteilungsperiode vom 5.2. - 2.3.1945
 für Kriegsgefangene jeder Nationalität und Ostarbeiter

je Kopf und ZP.

a) Normalarbeiter:

| | |
|--|-------------|
| Roggenbrot 8,900 kg umgerechnet in Roggenmehl | 6.675 kg |
| Pferde- od. Freibankfleisch | 1.450 kg |
| Margarine od. Landbutter | -.497 kg |
| Schweineschlachtfette | -.125 kg |
| Käse (od. hierfür die doppelte Menge Quarg) | -.062, 5 kg |
| Kartoffelstärke-Erzeugnisse | -.050 kg |
| Nährmittel | -.300 kg |
| Teigwaren | -.200 kg |
| Zucker | -.700 kg |
| Marmelade | -.700 kg |
| Kaffee-Ersatz | -.150 kg |
| Kartoffeln für nichtsoj. Kriegsgefangene | 15.000 kg |
| " " soj. Kriegsgefangene u. Ostarbeiter | 20.000 kg |

b) Hierzu treten Zuschläge für vom Gewerbeaufsichtsamt genehmigte
 zulageberechtigte Arbeiter:

| | Lang- und Nachtarbeiter | Schwer- | je Kopf und ZP. Schwerstarbeiter |
|---------------------------------|----------------------------|----------|-------------------------------------|
| Roggenmehl | 2.025 kg | 2.775 kg | 4.800 kg |
| Pferde- oder Freibankfleisch | -.530 kg | 1.120 kg | 1.520 kg |
| Margarine od. Landbutter | -.048 kg | -.123 kg | -.323 kg |

Bezugscheine über Pferde- oder Freibankfleisch werden für den
 jeweiligen Wochenbedarf nur am Dienstag einer jeden Woche von
 8 - 13 Uhr ausgegeben. Die Ausgabe von Freibankfleisch erfolgt
 nur am Dienstag, einer jeden Woche von 10 - 14 Uhr im Städtischen
 Schlachthof.

Abb. 11: Amtliche Verpflegungssätze Februar / März 1945¹⁵⁸

¹⁵⁸ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30942, Eisengießerei G. Krautheim AG, Chemnitz, Nr. 294.

Eine zusätzliche Möglichkeit bestand für Ostarbeiter darin, sich sonntags in ihrer Freizeit bei Bauern in der Umgebung zu verdingen, um zusätzliche Lebensmittel zu erhalten. Zum Teil wurden industrielle Ostarbeiter auch direkt für den Ernteeinsatz, wohl wieder in ihrer eigentlich freien Zeit, eingesetzt, wie Steffi Unger für die Freitaler SGW berichtet. Damit war zumindest die Möglichkeit verbunden, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.¹⁵⁹

Zuweilen gelang es offenbar Ostarbeitern, sich Lebensmittelmarken für Deutsche zu besorgen. In einem Fall wurde ein Ukrainer namens Huzol, beschäftigt bei der Zeche Gewerkschaft Deutschland, von seinem Betriebsmeister in Oelsnitz am 7. März 1944 angehalten und als „verdächtig“ zur Polizeiwache gebracht. Die dortige Untersuchung ergab, dass er ein Brot von einem Kilogramm Gewicht mit Marken erworben hatte, die er von einer Deutschen bekommen hatte. Da dieses verboten war, wurde ihm das Brot, das er mit eigenem Geld erworben hatte, abgenommen, und er wurde wieder ins Ostarbeiterlager zurückgeschickt. Der Meister erstattete zudem Anzeige. Über das weitere Schicksal des Ukrainers ist nichts bekannt.¹⁶⁰

Neben der praktisch bis Kriegsende unzureichenden Ernährung spielten auch Bekleidungsprobleme eine große Rolle. Grundsätzlich hatten alle ausländischen zivilen Arbeitskräfte für ihre Bekleidung, ihr Schuhwerk und ihre Bettwäsche selbst zu sorgen. Für Ostarbeiter war dies aber kaum zu leisten. Im Prinzip waren sie auf das angewiesen, was sie bei ihrer Ankunft am Leib trugen. In einer Notiz eines Mitarbeiters der Kammgarnspinnerei Stöhr und Co. in Leipzig vom 24. Juli 1943 ist dazu festgehalten: „Die nötige Arbeitskleidung muss mitgebracht werden.“¹⁶¹



Abb. 12: Ankunft Ostarbeiter bei den Leipziger Pittler-Werken¹⁶²

¹⁵⁹ Steffi Unger, NS-Fremd- und Zwangsarbeit in den Sächsischen Gußstahlwerken Döhlen AG, Dresden 2016 (Masterarbeit TU Dresden), S. 65.

¹⁶⁰ Abschrift der Anzeige des Vorfalles bei der Schutzpolizeiabteilung Oelsnitz vom 8. März 1944, Arolsen Archive, Best. 2.1.4.2., Akte 10008695.

¹⁶¹ Zitiert in: Hesse, Teil II, S. 60.

¹⁶² Foto, hrsg. vom Hauptausschuss Maschinen beim Rüstungsministerium, abgedruckt in: Held / Fickenwirth, S. 246.

„In den Barackenlagern der ‚Fremdarbeiter‘“, so fasst Rolf-Dieter Müller für die zweite Kriegshälfte zusammen, „herrschten Trostlosigkeit und Elend, lange bevor auch die deutschen Städte davon erfasst wurden. Kleiderkarten wurden nicht ausgegeben. Die mitgebrachte Bekleidung musste getragen werden, bis sie in Fetzen zerfiel. Ersatz gab es bestenfalls aus Lumpensammlungen. Waschmittel wurden nicht zur Verfügung gestellt. Die Ausgabe von Unterwäsche und Wintersachen war nicht vorgesehen. Erst als durch die Not die Arbeitsfähigkeit ernsthaft gefährdet war, griff das Reichswirtschaftsministerium ein. Durch ein ‚Sonderprogramm‘ wurden für Millionen von Ostarbeitern besondere Bekleidungstypen, wie etwa Holzschuhe, geschaffen, die der deutschen Versorgungslage nicht zur Last fielen.“¹⁶³

Das obige Foto des Rüstungsministeriums zeigt Ostarbeiter, die bei den Leipziger Pittler-Werken eintrafen, vermutlich im Sommer 1943. Es belegt die Bekleidungssituation der Ostarbeiter, die alles, was sie zu dem Zeitpunkt besaßen, bei sich trugen. Einige sind ohne Schuhe.

Das Rüstungskommando Dresden sammelte 1942 Berichte der Firmen, in denen Ostarbeiter eingesetzt waren, und leitete diese Informationen an die Rüstungsinspektion in Dresden weiter. Gerade im Winter sei es notwendig geworden, Sammelaktionen durchzuführen, um Ostarbeiter vor der Kälte zu schützen. Es herrsche Mangel an Schuhwerk. Das eigentlich für solche Bekleidungsstücke zuständige Landeswirtschaftsamt habe zwar Lieferungen zugesagt, diese Zusagen aber nicht eingehalten. Sollten diese Probleme anhalten, so sei „mit einer Gefährdung der Fertigungen bei einer großen Anzahl von Rü-Betrieben [Rüstungsbetrieben, A.d.A.] infolge Überhandnahme von Erkältungskrankheiten“ zu rechnen.¹⁶⁴ Wie angespannt die Lage sein konnte, wird aus einem Aufruf der Firma Siemens-Elektrowärme-Gesellschaft in Sörnwitz bei Meißen kurz vor Weihnachten 1943 deutlich, als diese ihre Mitarbeiter aufrief, nicht mehr benötigte Kleidung zu spenden: „Achtung Kleidersammlung (Ostarbeiterlager). Wir bitten die Gefolgschaft um Abgabe entbehrlicher Sachen, wie Strümpfe, Röcke, Blusen, Schuhe oder Stoffreste, aus denen Fußlappen gefertigt werden können. Die Sachen werden unentgeltlich oder auch gegen Bezahlung vom Betriebsobmann oder den Lagerführerinnen, Frau Popp und Frau Naumburger, angenommen.“¹⁶⁵ Unternehmen hatten dann Chancen, Bekleidungsgegenstände zu erhalten, wenn das für den Arbeitseinsatz unabdingbar war. Auch das Stahlwerk in Riesa erhielt zuweilen aus Altkleiderlagern Bekleidungsstücke, jedoch trafen die, wie der Betrieb vermerkte, in viel zu geringem Umfang ein und versiegten gegen Kriegsende immer mehr.¹⁶⁶

Dieselben Probleme gab es in Chemnitz, da Ostarbeiter nicht in Zuweisungen gemäß Reichskleiderkarten einbezogen waren. Es war also für die Firmen nötig, Ersatz zu beschaffen.

¹⁶³ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 484.

¹⁶⁴ Berichte des Rüstungskommandos, in: Fischer, S. 16.

¹⁶⁵ Aufruf abgedruckt in: Heß, S. 148.

¹⁶⁶ Sebastian Fink, Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933–1963 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 9), Leipzig 2012, S. 234.

Auf ein Schreiben der Stadt Chemnitz vom 18. Oktober 1942 zur Meldung des entsprechenden Bedarfs teilte das Lager Altendorfer Straße 40 einen solchen von 136 Paar Schuhen mit, wohl für alle Ostarbeiterinnen. Die Firma Rudolph Then war genötigt, für ihre Ostarbeiterinnen ebenfalls Schuhe und Bekleidung bereitzustellen, die von den Ostarbeiterinnen zu bezahlen waren. Ein von Stephan Pfalzer ausgewertetes Schicksal einer verstorbenen Ostarbeiterin zeigt deren Hinterlassenschaft im Umfang von 17 Kleidungsstücken und einem Paar Schuhe im Gesamtwert von 26,- RM. Und dieses Wenige war außerdem noch durch die Kriegereignisse gefährdet. Als zum Beispiel bei Luftangriffen auf die Auto Union und die Wanderer-Werke am 11. September 1944 auch das Lager Landgraf getroffen wurde, verloren alle Ostarbeiter ihre persönliche Habe.¹⁶⁷ Vorstöße der obigen Firmenwerksleitungen bei den für zur Ausgabe von Bekleidung an die betroffenen Ostarbeiter und KZ-Häftlinge zuständigen deutsche Behörden zum Ersatz von Bekleidungsstücken wurden von letzteren empört als völlig übertrieben zurückgewiesen und man drohte den Werkleitungen sogar mit der Einschaltung des Staatsanwalts. Hinweise etwa des Horch-Werkes in Zwickau, dass mangelhafte Bekleidung gerade im Winter zu gesundheitlicher Gefährdung und damit einhergehend zu Arbeitsausfall führen müssten, hatten ebenfalls keinen Erfolg.¹⁶⁸

Während die KZ-Häftlinge der Astra-Werke im Werksgebäude I untergebracht wurden (siehe Kapitel 5), entschied sich die Auto Union anders. Sie errichtete ihr KZ-Außenlager 1944 zusätzlich innerhalb des bereits genannten Ausländerlagers Landgraf im Umfeld der Firma im Ortsteil Siegmars ein. Der Widerstand gegen die Unterbringung der Häftlinge in einem Gemeinschaftslager war, nach Besichtigung durch die SS auf seine Tauglichkeit, von dieser aufgegeben worden. Vorher hatte die SS einige Forderungen zur Ausstattung und den Sicherheitsbestimmungen des KZ-AL erhoben. Dazu gehörten etwa gesonderte Klosetts in den Baracken, um die Häftlinge auch nachts besser bewachen zu können. Schränke sollten entfernt werden, um die Belegungsdichte zu erhöhen. Die Waschbaracke sollte im Lager, die Unterkunft der Wachmannschaften außerhalb sein. Die SS verlangte weiterhin eine Umzäunung mit Stacheldraht oben am Zaun inklusive nächtlicher Beleuchtung. Außerdem seien Wachtürme an allen Ecken nötig. Selbst bot die SS etwa 25 Wachsoldaten an, zusätzlich sollte die Auto Union 25 Aufseherinnen stellen. Die Auto Union war jedoch skeptisch, ob sich der ganze Aufwand betriebswirt-

¹⁶⁷ Pfalzer, S. 207–209. Im Dezember 1944 unterhielt die Auto Union AG insgesamt elf Hauptlager sowie 58 Ausweichlager, in denen sowohl zivile Ausländer (unter ihnen Ostarbeiter) wie auch – wo eingesetzt – KZ-Häftlinge untergebracht waren, insgesamt 12.406 Personen inklusive 1.793 KZ-Häftlingen. Die Lager waren jedoch nur unzureichend ausgestattet, denn es fehlten unter anderem 1.575 Schränke, 1.100 Wolldecken, 1.500 Handtücher, 450 Strohsäcke, 500 Kopfkeile, 75 einfache Betten, 140 Doppelbetten oder etwa 120 Essbestecke (im Übrigen auch 50 Aufgematratten und 60 Garnituren Bettwäsche für die deutsche Bewachung), Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 45 und 46.

¹⁶⁸ Kukowski / Boch, S. 282 f. Ein Aufstellung der Auto Union AG über ihre Zwangsarbeiter erbrachte im Dezember 1944 bei 12.406 Personen einen Fehlbedarf von 2.830 Sätzen Arbeitsbekleidung, 2.750 Männerunterhosen, 2.500 Männeroberhemden, 3.600 Fußlappen, 500 Paar Männerstrümpfen und 130 Paar Frauenstrümpfen sowie 1.050 Paar Männer-, 437 Paar Frauen- und 27 Paar Kinderholzschuhen fest, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 45.

schaftlich für sie lohnen würde und meinte, die Zahl der Häftlinge sollte daher auf etwa 700 im Lager Siegmar beschränkt werden, was ihr leichter möglich schien.¹⁶⁹

An die
Kreisbauernschaft Chemnitz
(10) C h e m n i t z.

Vertraulich.

Rechtsabtlg. 117 Hä/St. 22.7.44.
51/42.

r.: Ausländerlager Werk Siegmar.

Innerhalb des bestehenden Ausländerlagers ist von uns ein Häftlingslager für ca. 700 - 740 Personen einzurichten. Für dieses Häftlingslager wird von der Reichsführung SS Spezial-einzäunung mit Wachtürmen gefordert.

Zur Durchführung dieser Einzäunung und der Wacheinrichtungen benötigen wir von dem Flurstück 162 der Flur Siegmar, Eigentümer der Landwirt Alfred Hähnel, Siegmar-Schönau, Adolf-Hitler-Str. 6, die auf dem beiliegenden Lageplan rot schraffierte Fläche von rd. 400 qm. Die Anlagen müssen bis zum 15.8.44 stehen.

Von dem Landwirt Hähnel haben wir bereits die grün schraffierte Fläche für die Anlegung des Verbindungsweges gepachtet.

b.w.

578

Abb. 13: Schreiben Auto Union zur Errichtung eines KZ-Außenlagers¹⁷⁰

¹⁶⁹ Bericht der Auto Union vom 1. Juli 1944 über eine Besichtigung des Gemeinschaftslagers sowie zu den Kostenüberlegungen der Auto Union, in: Kukowski / Boch, S. 372 f. Es handelt sich um ein KZ-AL des KZ Flossenbürg.

¹⁷⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Nr. 4588. Produzieren mussten die Häftlinge in zwei Hallen der Wanderer-Werke, die die Auto Union gepachtet hatte. Eine kurze Übersicht über das Lager in: NS-Terror und Verfolgung, Lager Siegmar-Schönau, S. 516 f. Das Häftlingslager bestand allerdings nur wenige Monate. Die Häftlinge wurden am 10. Dezember in ein anderes Lager in Hohenstein-Ernstthal verlegt und der KZ-Teil des Siegmarer Lagers wurde rückgebaut, siehe Schreiben der Auto Union AG Werk Siegmar an die Rechtsabteilung vom 13. Dezember 1944, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 4588. Die

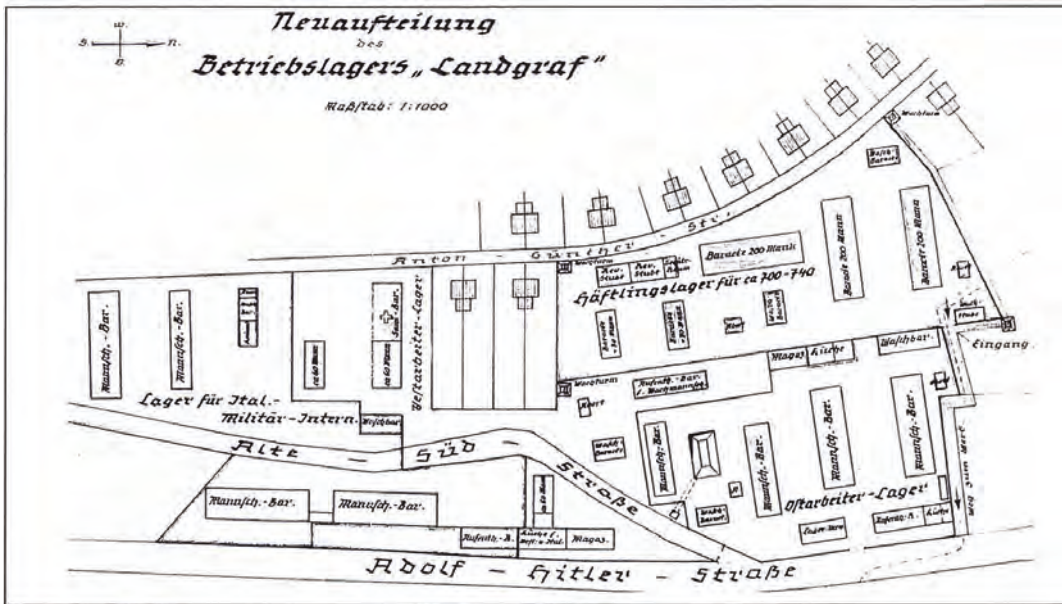


Abb. 14: Planskizze Lager Landgraf in Siegmars¹⁷¹

Der Krankenstand war immer ein besonderer Gradmesser für die körperliche Verfassung der Beschäftigten. Bei der Auto Union AG lag er 1941 für alle Werke durchschnittlich bei 4,3 Prozent bis zu – langsam ansteigend – 6,6 Prozent Ende 1944, wobei sich der weibliche Krankenstand meistens knapp 50 Prozent über dem männlichen bewegte.¹⁷² Der Krankenstand der Ostarbeiter war häufig wesentlich höher, da Unterbringungs-, Ernährungs- und Hygienebedingungen für diese grundsätzlich schlechter waren. Auch die medizinische Versorgung hinkte dem Bedarf hinterher, obwohl die Auto Union 15 Betriebsärzte für die Lager verpflichtete und dort die Einrichtung von Sanitätsstuben vornahm. 1942 spielten auch noch Seuchen wie Fleckfieber und Typhus – nicht nur bei sowjetischen Kriegsgefangenen – eine Rolle, obwohl in den

gепachteten Flächen des Häftlingslagers sowie die darauf errichteten Gebäude wurden anschließend (etwa Ende 1944) an die Stadt Siegmars-Schönau gegeben, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 4588.

¹⁷¹ Abgedruckt in: Pfalzer, S. 209. Dieses Lager war ein besonderes, denn in ihm waren drei Gruppen von Zwangsarbeitern, freilich intern getrennt voneinander, untergebracht: IMIs, KZ-Häftlinge (nur kurzzeitig) und Ostarbeiter.

¹⁷² Kukowski / Boch, Tabelle 32 S. 286 f. Bei den Astra-Werken war der Krankenstand im September 1944 auf 11,3 Prozent gestiegen; hinzu kamen 6,1 Prozent unentschuldigtes und 0,4 Prozent entschuldigtes Fehlen, Schaller, S. 157. Vermutlich hing dies auch mit den Folgen des Luftangriffs vom 11. September 1944 zusammen.

Aufnahmelagern Röntgenuntersuchungen und Entlausungsaktionen obligatorisch waren. Auch die Gesundheitsämter inspizierten die Barackenlager der Auto Union regelmäßig.¹⁷³

Die Rüstungskommission Dresden richtete immer wieder Appelle an die Betriebe, sich um die – für einen befriedigenden Arbeitseinsatz – notwendigen Unterbringungs- und Versorgungsbedingungen für Ostarbeiter zu kümmern. So hieß es etwa dazu Ende 1942: „Wohn- und Schlafräume, ausreichende Wasch- und Abortanlagen müssen peinlich sauber gehalten werden. Für einigermaßen wohnlich hergerichtete Wohnräume ist der Ostarbeiter durchaus empfänglich. Die Einrichtung von Brausen und Friseurstuben, die Beschaffung je eines Rasierapparates und einiger Kämme je Baracke und einer Haarschneidemaschine ist kein Luxus. Die Beschaffung dieser Gegenstände ist auch heute noch möglich, wie eine Reihe von Betrieben bewiesen hat. Erziehung zur Reinlichkeit ist ebenso wichtig wie die Ernährung und ausreichende Bekleidung.“¹⁷⁴

Es blieb aber dabei: Um die medizinische Versorgung der Ostarbeiter war es grundsätzlich – auch in Sachsen – wesentlich schlechter bestellt als für ihre westlichen Kollegen. Ostarbeiter durften keineswegs auf normale Krankenhausstationen verlegt werden. So erging am 27. Januar 1941 eine Verordnung des Reichsinnenministeriums, dass Angehörige von Feindstaaten und Polen nicht in denselben Abteilungen wie Deutsche behandelt werden dürften, sondern getrennt von diesen.¹⁷⁵ Daraufhin richtete etwa das Stadtkrankenhaus Zschopauer Straße in Chemnitz eine eigene Ostarbeiterbaracke ein, die auch als Geburtsstätte für Kinder von Ostarbeiterinnen fungierte. Mehrere offenbar ausländische Ärzte waren hier tätig, zum Beispiel Dr. Valentin Scheweljow, der unter anderem auch für die Ostarbeiter der Astra-Werke zuständig war. Es gab – wie auch für die verwandte Gruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen (siehe weiter unten) – bestimmte präventive Untersuchungen zur Tbc-Vorsorge.¹⁷⁶ Ostarbeiter wurden offenbar flächendeckend nicht nur gegen Tbc, sondern auch gegen Fleckfieber, Typhus und Ruhr geimpft.¹⁷⁷

Aus einem Schriftwechsel des Gesundheitsamts Zwickau¹⁷⁸ gehen mehrere aufschlussreiche Vorgänge zur Prophylaxe hervor, die belegen, welchen Stellenwert diese für die deut-

¹⁷³ Kukowski / Boch, S. 288. Eine Zusammenstellung der Auto Union AG gibt die Zahl der Krankenbetten in den Revieren für Ausländer und KZ-Häftlinge für Ende 1944 pauschal mit 418 an, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 47.

¹⁷⁴ Rundschreiben Rüstungskommission Dresden vom 15. Dezember 1942, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 290.

¹⁷⁵ Held / Fickenwirth, Anhang, S. 179.

¹⁷⁶ Pfalzer, S. 210. 2014 hat der Sohn einer Ostarbeiterin, der in den Sanitätsbaracken im Reichsbahnbogen an der Blankenauer Straße geboren wurde, Chemnitz besucht, um den Ort kennenzulernen, wo seine Eltern als Zwangsarbeiter tätig gewesen waren. Es handelte sich um Alexej Skripnik aus Jekatarinenburg, siehe: Ein Kind des Krieges, in: Freie Presse Chemnitz, 14. Juni 2014.

¹⁷⁷ Heß, S. 151, dort auch Impfschein eines Ukrainers.

¹⁷⁸ Schriftverkehr des Gesundheitsamts Zwickau, Arolsen Archive, Best. 2.1.4.2., Akte 10005905, verschiedene Vorgänge. Bereits 1940 lagen zentrale Vorschriften des Reichsinnenministeriums vor, die die ärztliche Untersuchungen im Herkunftsland vor Abreise zum Arbeitseinsatz in das Deutsche Reich sowie auch Eingangsuntersuchungen vor Arbeitsantritt am Einsatzort forderten, siehe hierzu Lukat, S. 281 f.

sehen Behörden hatte. So berichtet ein Schreiben vom 5. Juli 1940, dass ein polnischer Arbeiter als lungenkrank diagnostiziert wurde. Man schickte ihn in die Heimat zurück. Gleichzeitig veranlasste der Amtsarzt, dass im von dem Polen bewohnten Lager „Weißes Roß“ Desinfektionsmaßnahmen durchgeführt und sämtliche anderen 25 Polen einer Röntgenuntersuchung zugeführt wurden. Als 1942 Ostarbeiter in größerer Anzahl nach Zwickau transportiert worden waren, führte das Gesundheitsamt unter ihnen flächendeckend Befragungen zu Vorerkrankungen durch. Die Skala der ermittelten Erkrankungen mit Auftrittsjahr umfasste etwa Malaria, Lungenerkrankungen, Typhus, Tuberkulose. Wie einem Schreiben der Horch-Werke vom 5. August 1942 zu entnehmen ist, wurde ein fleckfieberverdächtiger Ostarbeiter ins Heinrich-Braun-Krankenhaus eingewiesen. In einem anderen Schreiben vom Arbeitsamt Zwickau an das städtische Gesundheitsamt wurde dieses mit Hinweis auf den Fleckfieberfall dringend dazu aufgefordert, die neu eingetroffenen Ostarbeiter medizinisch zu überwachen (offenbar zur Seuchenprophylaxe). Auch für die seuchenmedizinische Überwachung des zur selben Zeit eingetroffenen Transports von bulgarischen Arbeitskräften richtete das Arbeitsamt Zwickau angesichts erster aufgetretener Verdachtsfälle dringende Bitten an das Gesundheitsamt und teilte darüber hinaus mit, dass der zuständige Betriebsarzt der Firma Friemann & Wolf zur medizinischen Überwachung und etwaigen Entlausung des Betriebslagers aufgefordert worden war.

In Leipzig wurden ebenfalls eigene Stationen für ausländische Bürger eingerichtet und die Patienten von ausländischen Ärzten behandelt. Ende 1942 waren hierfür zwölf Ärzte eingesetzt. In der Landesanstalt Leipzig-Dösen gab es eine spezielle Seuchenstation, in den Krankenbaracken des Städtischen Krankenhauses St. Georg auch eine chirurgische Station. Das Pflegepersonal bestand aus Fremdarbeitern beiderlei Geschlechts.¹⁷⁹

Die größeren Betriebe setzten wohl – jedenfalls für die SGW in Freital nachweisbar – bereits von Anfang an eigene Betriebsärzte auch für die Versorgung von Fremdarbeitern ein, die aber vor allem in den Lagern selbst stattfand. So wurden etwa die Barackenlager der SGW mit eigenen Krankenstuben geplant, und im Barackenlager Reichsbaracke III waren ein eigener sowjetischer Mediziner (Dr. Baladow) und mehrere russischsprachige Krankenschwestern tätig.

Da viele Fremdarbeiter in verstreuten Unterkünften untergebracht waren, richtete man für diese auch zentral eine eigene Krankenstube in der Poisentalstraße in der Stadt Freital ein, die über 60 Betten verfügte. Nach einer Besichtigung durch das städtische Gesundheitsamt im Jahre 1944 erhielt es offenbar die Bezeichnung Hilfskrankenhaus. Nach der Erinnerung eines Kriegsgefangenen bestand es aus mehreren Baracken und einem Ziegelbau, in dem der Arzt

¹⁷⁹ Held / Fickenwirth, S. 171. Ursache für die separate Unterbringung waren offenbar neben rassistischen Gründen auch der Schutz vor möglichen Seuchengefahren, die sich aus dem Lagerleben sowie den Bordellen ergeben konnten, ebenda, S. 171. Die Ausweitung dieses Sektors hatte aber auch damit zu tun, dass ab Ende 1942 dauerhaft erkrankte Zwangsarbeiter, häufig aus dem Osten stammend, nicht mehr in ihre Heimatgebiete zurückgeschickt werden durften, siehe hierzu Fings, S. 114.

praktizierte. Es waren in diesem Fall ein Baltendeutscher, der gut Russisch sprach, sowie auch mehrere Krankenschwestern aus der Gruppe der Ostarbeiterinnen, da viele der Patienten aus dieser Zwangsarbeitergruppe stammten.¹⁸⁰

Ein besonderer Typ von Lager existierte an zwei Standorten in Sachsen: sogenannte Rückkehrer-Sammellager. Sie dienten der Zusammenführung von erkrankten oder schwer verunglückten Zivilarbeitern sowie Schwangeren aus dem Osten vor deren Rücktransport in ihr Heimatgebiet. Eine solche Abschiebepaxis war bis 1942 weit verbreitet, ehe sie aufgrund von Transportkapazitätsmängeln und zunehmenden Schwierigkeiten auf dem östlichen Kriegsschauplatz mit einer Anweisung von Fritz Sauckel eingestellt und nur noch mit besonderer Genehmigung möglich war. Während Sauckel noch im Oktober 1942 die Einrichtung solcher Lager zur Rückführung befohlen hatte, widerrief er die Rückführung am 12. Dezember 1942 schon wieder.

Ein solches Lager wurde durch eine Anweisung des sächsischen Landesarbeitsamtspräsidenten im März 1943 in der Holzmühle bei Plauen eingerichtet, obwohl eine Rückkehr des genannten Personenkreises kaum noch möglich war – insofern ist die offizielle Bezeichnung irreführend. Es diente als Sammellager für praktisch alle Arbeitsamtsbezirke mit Ausnahme der östlichen Kreise Sachsens. Ausgestattet mit einem Behelfs Krankenhaus sowie ab Februar / März 1943 einer Mütter-Entbindungsstation („primitive Entbindungsstube im Restaurant ‚Holzmühle‘ bei Plauen“, so die Charakterisierung der DAF¹⁸¹), waren darin vor allem Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen untergebracht. Die Todesursachen der Verstorbenen standen sehr häufig im Zusammenhang mit der Arbeits-, Unterbringungs- und Ernährungslage der Ostarbeiter: Lungen-Tbc, Herzinsuffizienz, allgemeine Körperschwäche, Ödeme, Zirrhosen, Rheuma und viele andere. Da die Tbc-Patienten nicht isoliert wurden, war die Ansteckungsgefahr für andere immer besonders hoch. Auch war die Versorgung mit Medikamenten unzureichend, so dass die Zahl der Verstorbenen bis Kriegsende (Schließung des Lagers im März 1945) knapp 700 erreichte. So bestand der wahre Charakter des Lagers in seiner Funktion als

¹⁸⁰ Unger, S. 67–69. Nur in seltenen Ausnahmefällen kam es bei Fremdarbeitern zur Überstellung in reguläre Krankenhäuser, siehe ebenda, S. 68. Für die Sächsischen Gußstahlwerke in Freital-Döhlen liegen umfangreiche Schilderungen eines ukrainischen Ostarbeiters vor, der zuvor Arzt gewesen war und dann auch als (mit minderen Befugnissen) ausgestatteter Arzt in den Lagern der SGW gearbeitet hat. Es handelt sich um Berichte von Aleksej Sawada aus den Jahren 2005 und 2009, die dieser an den Verein Kontakty gesandt hatte. Wir danken Steffi Unger sehr herzlich für die Überlassung dieser Dokumente. Der Duktus der Ego-Dokumente im Umfang von 27 enggedruckten Seiten ist zum Teil dokumentarisch, zum Teil offenbar höchst fiktional, denn es werden beispielsweise seitenlang Dialoge mit anderen Personen wiedergegeben. Ob und inwieweit er sich auf unmittelbare Aufzeichnungen aus der Kriegs- oder Nachkriegszeit bezieht, ist nicht ersichtlich. In jedem Fall enthalten die Briefe Erinnerungen an den eigenen Krankheitsaufenthalt in der Lazarettbaracke in der Poisentalsstraße in Freital und an seine Zeit als Arzt in der sogenannten Reichsbaracke Nr. 3 (siehe hierzu näher Kapitel 5).

¹⁸¹ Zitiert bei Lukat, S. 301. Die Belegkapazität lag wohl bei etwa sechs bis acht Frauen, ebenda, S. 302. Die Kindersterblichkeit war hoch, wie Lukat, S. 315 f., an einigen Beispielen belegen kann.

Todes-, genauer Sterbelager für Ostarbeiter, ähnlich wie die Funktion Zeithains ab etwa 1943 für sowjetische Kriegsgefangene.¹⁸²

Ein besonderes Problem trat auf, wenn Ostarbeiterinnen¹⁸³ schwanger wurden. Da das notwendigerweise ihre Arbeitsmöglichkeiten einschränkte, wurden Mütter wie Kinder bis 12. Dezember 1942 zurück nach Polen oder in die besetzten Gebiete der Sowjetunion geschickt, ehe Sauckel solche Rücktransporte verbot. So meldete die DAF Leipzig, dass es zwischen 1939 und 1941 76 ausländische Schwangerschaften gegeben habe; die jeweiligen Ostarbeiterinnen wurden anweisungsgemäß in ihre Heimatgebiete zurücktransportiert. Zuweilen bestand, wie im Fall der DAF Rochlitz, sogar der Verdacht, dass Frauen sich absichtlich hätten „schwängern“ lassen. Ab 1943 kam es daher nicht mehr zur Rückverweisung in die Heimat.¹⁸⁴ In Chemnitz gab es dazu am 2. Februar 1943 eine Besprechung der Lagerführerinnen von Ostarbeiterlagern, wo diese über die neuen Anweisungen zum Umgang mit entbindenden Ostarbeiterinnen unterrichtet wurden. Vorgesehen war Folgendes: Arbeit bis 14 Tage vor und Wiederaufnahme der Arbeit zehn Tage nach der Entbindung. Die Zuweisung leichterer Arbeit bedurfte eines ärztlichen Attests sowie der Bestätigung durch die DAF. Eine regelmäßige besondere Unterstützung für Mutter und Kind war nicht vorgesehen (Ausnahme: besondere Begründung). Das Kind war aus der Verpflegungsration der Mutter mit zu versorgen. Kürzere Arbeitszeiten waren ebenfalls nicht gestattet. Eine Betreuung der Neugeborenen durch deutsche Kräfte war verboten.¹⁸⁵

Im selben Jahr wurden Schwangerschaftsabbrüche für Ostarbeiterinnen straffrei gestellt und sogar gefördert¹⁸⁶, wenn der Vater des Kindes nicht dem Rassenschema des Nationalsozialismus entsprach. Falls eine Abtreibung nicht möglich war, wurden die Kinder nach der Entbindung schnell in eines von insgesamt zwölf sächsischen Ausländerkinderpflegestätten zwangsüberwiesen, wo sie sehr häufig infolge bewusster Vernachlässigung starben, während ihre Mütter sofort wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden. Das Kind hatte nur dann eine wirkliche Chance, wenn es als „höherrassisch“ eingestuft und zur Adoption für Deut-

¹⁸² Siehe zum Rückkehrer-Sammellager ausführlich Lukat, S. 255–262. Der Standort des zweiten sächsischen Lagers ist bei Lukat nicht genannt und konnte bislang nicht ermittelt werden. Vermutlich hat es in Ostsachsen gelegen. Zu den Opferzahlen siehe Abschnitt Große Friedhöfe, Friedhof Kauschwitz, in Kapitel 5. Zu Sauckels diesbezüglichen Anweisungen aus dem Jahr 1942 siehe Lukat, S. 299 und 307 f.

¹⁸³ Wenn Ausländerinnen, die in Deutschland versichert waren, schwanger wurden, griff eine Reihe von Hilfsmaßnahmen. Grundsätzlich waren diese wiederum für Polinnen und Ostarbeiterinnen abgestuft, siehe hierzu allgemein Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 228 f. sowie Lukat, S. 305.

¹⁸⁴ Mit Zahlen für Leipzig, Rochlitz und Döbeln siehe Mai, S. 42 f.

¹⁸⁵ Dienstbesprechung für Lagerführerinnen vom 2. Februar 1943, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz. Siehe zum Umgang mit solchen Müttern Lukat, S. 301–303.

¹⁸⁶ Bereits 1942 hatte Hitler für die besetzten Ostgebiete alle Maßnahmen gutgeheißen, die auf eine verringerte Geburtenrate hinwirkten, so etwa Abtreibungen und Verhütungsmittel, siehe Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 240. Zur Frage von Abtreibungen im Reichsgebiet siehe Lukat, S. 312.

sche¹⁸⁷ freigegeben wurde. Da das Schicksal dieser Kinder den Müttern nicht unbekannt blieb, weigerten sich manche, ihre Kinder abzugeben, wie ein Beispiel aus der Gemeinde Leisnig zeigt. Eine dort tätige Ostarbeiterin musste ihr Kind an die Säuglingsstation des Alters- und Pflegeheimes Technitz, für Leisnig zuständig, offenbar gegen ihren Willen abgeben.¹⁸⁸ Dass Geburten bei ausländischen Frauen auch in der Stadt Döbeln keineswegs nur vereinzelt vorkamen, belegt eine Angabe des Kreisjugendamts, die von April bis Dezember 1943 von 80 Geburten berichtet, von denen 34 Kinder ausländische Mütter hatten.¹⁸⁹

Doch auch wenn Frauen ihre Kinder nicht abgeben mussten, starben diese häufig wenige Monate nach der Geburt. Aus dem Ostarbeiterlager Mangold in Leipzig, das zur Rudolf Sack KG gehörte, gibt es einige Überlieferungen zu Geburten im Lager. So war ein sowjetisches Kleinkind, das am 11. Mai 1944 geboren worden war, bereits am 24. September 1944 gestorben. Ein „Polenkind“ verstarb am 10. Oktober 1944, nur gut zwei Monate nach der Geburt. Insgesamt hielten sich in dem Lager nach einer Mitteilung vom 15. März 1945 21 Kinder im Alter von bis zu drei Jahren und zwölf Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren auf.¹⁹⁰

Für Dresden ist das Entbindungsheim Kiesgrube bekannt, das von 1943 bis 1945 ausländische Schwangere aufnahm und bei etwa 500 Geburten mindestens 200 Kindertodesfälle zu verzeichnen hatte. Die Zeiss Ikon AG stellte vier Baracken zur Verfügung und erhielt dafür von der DAF, die das Lager betrieb, 300 RM monatlich an Miete und 30 Pfennig pro Aufenthaltstag für jede Mutter.¹⁹¹

In Chemnitz gab es offenbar Entbindungsunterkünfte bei zwei Firmen, in der Nähe in Flöha betrieb die Firma Gückelsberg, William Schulz AG, zwei weitere Entbindungsstationen, die Lager „Walkmühle“ und ein anderes Lager, die aber wohl auch als Wohnlager für Ostarbei-

¹⁸⁷ Für den Bereich Döbeln ist ein Fall dokumentiert, der eine Ukrainerin betrifft. Einer im Heim Technitz entbindenden Ukrainerin entzog man das Kind offenbar dauerhaft (keine Übergabe an Verwandte), denn sie war einige Tage nach der Geburt verstorben, siehe Spitzner, S. 73 f.

¹⁸⁸ Siehe Heß, S. 151 f., dort ist auch Schreiben des Landrats von Döbeln an den Gendarmerieposten von Leisnig vom 22. August 1944 abgedruckt. Genauer zu den zwei Heimen im Gasthof „Jägerhof“ in Berthelsdorf bei Hainichen sowie zum Heim in Technitz Spitzner, S. 71–73. Auch das Ostarbeiterheim der Firma Bauch in Roßwein erhielt eine eigene Säuglingsstation. Insbesondere für Gebärende aus der Landwirtschaft sollte die Schwangerschaft die Versetzung auf einen Industriearbeitsplatz nach sich ziehen, da damit sichergestellt werden sollte, dass das Kind aus rassistischen Gründen nicht in einer deutschen Umgebung wie auf einem Bauernhof aufwachsen würde. Da jedoch praktische Hindernisse auftauchten, ging man 1943, wie am Beispiel des Gauamtes Weser / Ems geschildert, dazu über, auch für den ländlichen Bereich Ausländersäuglingsheime einzurichten, siehe Hoffmann, S. 141.

¹⁸⁹ Zitiert in Spitzner, S. 70.

¹⁹⁰ Angaben bei Hesse, Teil II, S. 61.

¹⁹¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 291, mit Verweis auf die Magisterarbeit von Alexander Fischer. Siehe auch Fischer, S. 19. Kurze Darstellung zur Geschichte des Lagers auch bei Wießner / Balzk, S. 29, dort auch Schreiben bezüglich Mietzahlung, abgedruckt S. 28. Aus dem Schreiben ist ersichtlich, dass etwa im Mai 1943 die Belegung zwischen 98 und 120 Müttern schwankte. Dass das Lager aus vier Baracken bestand, geht aus einer Versicherungsübersicht vom 27. Januar 1945 über insgesamt 81 Baracken der Zeiss Ikon AG hervor, abgedruckt in: Wießner, S. 77–80.

terinnen mit kleinen Kindern fungierten. Gesicherte Zahlen zu Geburten und Todesfällen liegen nicht vor.¹⁹²

Während für Ostarbeiterlager gemäß den Ostarbeiter-Erlassen Himmlers vom 20. Februar 1942 (siehe Kapitel 2) zu Beginn sogar Stacheldrahtumzäunungen vorgesehen waren, wurden diese bald verboten¹⁹³. Bereits am 1. Mai 1942 hatte Speer in einem Schreiben an die Betriebe Änderungen im Umgang mit Ostarbeitern bekannt gegeben. Darin hieß es etwa, auf Anregung von ihm habe der für die Ostarbeiter-Erlasse zuständige Reichsführer-SS Himmler nunmehr die Entfernung der Stacheldrahtumzäunung befohlen, eine gemeinsame Familienunterbringung in nicht getrennten Räumen verfügt, bei Bewährung Ausgang in geschlossenen Formationen erlaubt, Arbeit in den Betrieben auch in kleineren Gruppen genehmigt, gemeinsame Arbeit von Ostarbeitern und deutschen Betriebsmitgliedern oder anderen Ausländern ermöglicht und schließlich auch die Trennung von Familien mit ihren über 15 Jahre alten Kindern aufgehoben. Es bleibe aber dabei, dass Frauen mit nicht arbeitsfähigen – wohl zu kleinen – Kindern und Schwangere wieder in ihr Heimatgebiet abzuschieben seien.¹⁹⁴

In einem Aufruf von Sauckel wohl aus dem Jahr 1942, vielleicht 1943, werden mehrere Verbesserungen genannt, die Ostarbeitern nun zukommen sollten. Hierzu zählten – wie schon erwähnt der Verzicht auf Stacheldrahtumzäunungen – sowie eine verbesserte Ernährung in Anlehnung an deutsche Verpflegungssätze, eigene Sparkassenkonten zur Einzahlung von Ersparnissen, Unterstützung Angehöriger zuhause, Postverkehr mit Angehörigen und weitgehende Freizeitangebote.¹⁹⁵ So lautete die Theorie, aber die Wirklichkeit war, wie schon in Kapitel 2 beschrieben, weit weniger geeignet, die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu stärken. Erst im Laufe der nächsten Monate und Jahre erweiterten sich – parallel zur sich verschlechternden Kriegslage und im Gefolge der Bemühungen des NS-Regimes, nun Ostarbeiter tatsächlich für sich zu gewinnen – auch deren Bewegungsmöglichkeiten. In den ersten beiden Jahren 1942 und 1943 war es jedoch nur möglich, in geschlossenen Gruppen die Lager zu verlassen, wie ein Schreiben aus Freiberg belegt. So stellte die Polizei dort für zwei deutsche Mitarbeiter

¹⁹² Zu den beiden Lagern der Firma Gückelsberg, William Schulz AG, siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 291–296 sowie dieselbe, Soldaten und Arbeiter, S. 77. Für das Gebiet im heutigen Bundesland Niedersachsen liegen Schätzungen vor. Es gab insgesamt 58 solcher Säuglingsheime mit 3.000 bis 4.000 Kindern, von denen zwischen 2.000 und 3.000 starben, manche von ihnen noch kurz nach Kriegsende. Reichsweit könnten zwischen 30.000 bis 50.000 Kinder in solchen Heimen gestorben sein, siehe Hoffmann, S. 141.

¹⁹³ Es war bezeichnenderweise vor allem Sauckel, der sich gegen ein unnötig hartes Bewachungsregime bei Ostarbeitern einsetzte, um aus diesen ein Maximum an Leistung herauszuholen. Freilich blieben die mit Stacheldraht bewehrten Lager in manchen Gegenden des Deutschen Reiches noch eine ganze Weile erhalten, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 802–804. Im Bereich Chemnitz machte die Staatspolizeistelle im September 1942 die Gemeinden und Betriebe darauf aufmerksam, dass sowohl der Stacheldraht an Fenstern als auch an Umzäunungen der Lager endgültig zu entfernen sei, Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 18. September 1942, Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Glösa, Nr. 343, Bl. 12, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 481.

¹⁹⁴ Aufruf abgedruckt in: Hesse, Teil II, S. 55.

¹⁹⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie Chemnitz.

eigene Ausweise aus, die diesen erlaubten, Ostarbeiterlager zu betreten und Gruppen bei Ausflügen zu begleiten und zu überwachen. Damit sollte es, so das Schreiben vom 24. März 1943, möglich werden, „als Truppführer regelmäßig sonntags Gruppen von 10 bis 20 Ostarbeiterinnen aus(zu)führen“.¹⁹⁶

Auch Leipziger Betriebe hatten 1942 von Deutschen begleitete Ausflüge eingeführt. Die meiste Zeit verbrachten die Ostarbeiter jedoch in den Lagern, wo sie selbst oder die DAF¹⁹⁷ Freizeitangebote organisierten.¹⁹⁸ In der Reichsbaracke III in Freital, einem großen Barackenlager der SGW, gab es 1943 sportliche Veranstaltungen und Filmvorführungen. Es war sogar eine Lagerbibliothek vorhanden. Die Lagerleitung organisierte beziehungsweise ermöglichte zumindest Flick- und Nähstunden (angesichts der prekären Bekleidungsfrage von zentraler Bedeutung), man konnte tanzen, singen und Musik machen. Postempfang und Postversendung nach Prüfung des Inhalts durch die Lagerleitung waren möglich; die lagereigene Kantine gestattete begrenzte Einkäufe für den täglichen Bedarf, soweit dafür bei den Zwangsarbeitern Geldmittel vorhanden waren.¹⁹⁹

In Dresden wurde am 16. Oktober 1943 sogar ein „Sporttag der Reichsbahn-Ostarbeiter“ auf dem früheren Reichsbahn-Sportplatz an der Weißeritz durchgeführt.²⁰⁰ Für die Ostarbeiter der Firma Rudolf Sack in Leipzig wurden ab Ende 1942 regelmäßig Veranstaltungen organisiert; gleichfalls gab es offenbar auch Selbstorganisationsformen der Zwangsarbeiter wie Musikkapellen, Tanz- und Spielgruppen.²⁰¹ Auch in Chemnitz fanden organisierte Filmabende und Zirkusvorstellungen statt. 1944 wurde schließlich die Gaststätte „Schloßchemnitz“ als ausschließlich für „Ostvölker“ zugänglicher „Zerstreuungsraum“ eingerichtet.²⁰²

Im Landkreis Döbeln existierten ab 1943 spezielle Gaststätten für osteuropäische Arbeitskräfte. In Roßwein war für Polen das „Deutsche Haus“ sonntags von 13 bis 16 Uhr geöffnet, für Ostarbeiter gab es die „Garküche“ in der Mühlstraße 26, für Ostarbeiterinnen bestand eine Besuchsmöglichkeit in der Gaststätte „Beckers Garten“. Die Öffnung für diese Gruppen bedeutete zugleich, dass für diese Zeiten das Betreten der Räumlichkeiten für Deutsche verboten war.²⁰³

Im Lager des Stahlwerks Riesa konnten ab 1941 ausländische Arbeitskräfte Zeitungen erhalten, die – selbstverständlich im offiziellen Sinn – über die politische und militärische Lage unterrichteten und mit dem Leben in Deutschland vertraut machen sollten. Später kamen

¹⁹⁶ Didzionic, S. 40. Dort auch Zitat.

¹⁹⁷ So organisierte die DAF am 1. Dezember 1944 ein „Buntes russisches Programm“ für Ostarbeiter der Firma Rudolf Sack in Leipzig, für das die DAF 390,- RM erhielt, Vereinbarung ist abgedruckt in: Heß, S. 150.

¹⁹⁸ Mai, S. 46 f. Ein Foto einer Musikantengruppe mit Zuhörern vor einer Ostarbeiterbaracke in: Heß, S. 149.

¹⁹⁹ Unger, S. 64 mit Bezug auf den Arbeitsplan der Reichsbaracke III.

²⁰⁰ Programm abgedruckt in: Heß, S. 150.

²⁰¹ Mai, S. 47.

²⁰² Pfalzer, S. 210.

²⁰³ Spitzner, S. 67.

Theater- und Filmvorführungen hinzu. Auch einzelne Propaganda-Vorträge fanden statt. Sport- und Freizeitveranstaltungen gehörten zu den Selbstorganisationsaufgaben der Zwangsarbeiter; es gab auch übergreifende Sporttage, die jeweils am selben Tag in den Lagern stattfinden sollten. Wie ein Bericht der DAF von 1943 freilich beklagte, erwies sich die Beteiligung der Lager daran wohl eher als gering. Offenbar war das Engagement der Lagerleiter eher begrenzt.²⁰⁴

Die Vorschrift des lediglich gruppenweisen Ausgangs wurde wohl auch anfangs keineswegs immer streng eingehalten. So beklagte sich etwa die Staatspolizeistelle Chemnitz in einem Schreiben vom 29. Dezember 1942 an die Betriebsführer darüber, dass Ostarbeiter zum Teil völlig ohne Aufsicht und teilweise auch ohne Ostarbeiterabzeichen ausgingen, Kinos besuchten und sogar einkaufen würden. In dem Schreiben wies sie darauf hin, dass nur Ausgänge in geschlossener Formation unter Aufsicht eines verantwortlichen – wohl vertrauenswürdigen – Ostarbeiters gestattet seien, das Ostarbeiterzeichen immer zu tragen sei und Besuche von Vergnügungsstätten wie Kinos, Theatern und Gaststätten verboten seien. Wegen Überlastung der Straßenbahnen müsste deren Benutzung für Ostarbeiter verboten werden.²⁰⁵ Es wurden in Chemnitz – um der Abgrenzung zu entsprechen – eigene Gaststätten beziehungsweise wohl Gaststättenzeiten vorgehalten; ebenso wurde das Crusius-Bad als öffentliche Badeanstalt für Ostarbeiter reserviert.²⁰⁶

Auch in anderer Beziehung stellte der Masseneinsatz von Ausländern, das heißt ausländischen Männern, die für diese Gruppe zuständigen deutschen Stellen vor Probleme. Es ging um ihre sexuellen Bedürfnisse. Um hier deutsche Frauen, etwa im Sinne der Polen- und Ostarbeiter-Erlasse, vor diesbezüglichen Ausländerkontakten zu schützen, wurden ab etwa 1941 spezielle Ausländerbordelle eingerichtet. Wie das Protokoll einer Besprechung bei der DAF²⁰⁷ ausweist, führte man bereits am 8. Oktober 1941 in Dresden eine Besprechung der beteiligten Stellen zur Einrichtung von „Bordellen für fremdvölkische Arbeiter“ durch. Dabei ergab sich, dass der Bedarf, wie es im Dokument heißt, im Raum Leipzig am größten sei. Für Plauen, Zwickau und Chemnitz wurde nur geringer Bedarf konstatiert, gleichwohl sollte für Italiener in

²⁰⁴ Übersicht dazu bei Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 242–244. Im Herbst 1943 lag die Auflagenhöhe fremdsprachiger Zeitungen bei etwa 750.000, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 276. Für die fremdsprachigen Zeitungen war ein deutscher Fremdsprachenverlag zuständig, der 1943 nach Plauen zog, siehe hierzu Abschnitt Plauen in Kapitel 5.

²⁰⁵ Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 29. Dezember 1942, Landkreis Chemnitz, Landratsamt Kreisarchiv Glauchau, Akte Röhrsdorf AS 51 „Ausländische Arbeiter“ 1935–1942, Bl. 194, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 487.

²⁰⁶ Kukowski / Boch, S. 291.

²⁰⁷ Die DAF war die gesellschaftlich-staatliche Stelle, die für den Betrieb von Bordellen, zumindest wenn diese als Baracken in und bei Zwangsarbeiterlagern eingerichtet wurden, zuständig war. Die Häuser- und Barackenbau-GmbH, eine DAF-Gliederung, war häufig auch die Betreiberin von Zwangsarbeiterlagern. Insofern lag auch dieser Bereich in ihrer Zuständigkeit, siehe Werner Winkler, Bordelle in der NS-Zeit, in: www.hiredo.de. Dieser im Internet veröffentlichte Artikel von Werner Winkler wurde mehrfach von Zeitungen für deren Artikel genutzt beziehungsweise in Auszügen abgedruckt.

Plauen eine solche Baracke errichtet werden. Auch für Gröditz (das Stahlwerk) sah man einen besonderen Bedarf. In Dresden sei bereits in der Fleischergasse ein solches Gebäude eingerichtet worden. Das Dokument hält fest, dass in jedem Fall, wenn sich solche Einrichtungen außerhalb von Ausländerlagern befänden, ein Schild mit der Aufschrift „Zutritt für Deutsche verboten“ angebracht sein müsse.²⁰⁸

Eine Besonderheit hatten dabei offenbar Leipzig und eben Dresden (in der Fleischergasse) zu bieten. So wurden in einer extra gesicherten Straße (Moritzstraße) in Leipzig zwei Bordelle für ausländische Personen (also später auch für Ostarbeiter nutzbar) eingerichtet, die für Deutsche streng verboten waren. Offenbar fungierten diese Straße und die entsprechenden Gebäude nach Polizeiberichten auch als Tausch- und Austauschbörse für vielfältige Gegenstände des täglichen Bedarfs.²⁰⁹ Die benötigten Prostituierten – da es sich nach staatlicher Auffassung auch um ein Sicherheitsproblem handelte – wurden aus Paris herangeholt, wohin die Bordellbetreiberin unter Begleitung eines Mitarbeiters der Leipziger Kriminalpolizei vorher gereist war. Mit Eintreffen der Frauen erarbeitete die Kriminalpolizei ein Merkblatt zum Bordell-Regime, das die gesundheits- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen dieser Tätigkeit festlegte. Als bei dem Luftangriff auf Leipzig am 4. Dezember 1943 auch die Moritzstraße schwer getroffen wurde, blieb schließlich im Jahr 1944 nur noch ein Ausländerbordell erhalten, das wahrscheinlich bis Kriegsende in Betrieb war.²¹⁰ Eine weitere diesbezügliche Einrichtung existierte offenbar 1943 im Ausländerlager „Hasenheide“ der Metallguss GmbH Böhlitz-Ehrenberg, westlich von Leipzig.²¹¹ Wie aus einer Besprechung bei der Gestapo in Chemnitz Anfang 1943 ersichtlich ist, war auch in Chemnitz in der Blankenauer Straße ein Bordell eingerichtet worden, um deutsche Frauen vor sexueller Belästigung durch Ostarbeiter zu schützen, wie die Gestapo dieses ausdrücklich begründete.²¹²

Die Existenz von Ausländerbordellen muss jedoch – angesichts der großen Zahl von Männern unter den ausländischen Zivilarbeitern – wesentlich weiter verbreitet gewesen sein. Nahe des „Gemeinschaftslagers Pulgar“ der Brabag AG in Böhlen, das immerhin aus 36 Baracken für gut 2.800 Personen bestand, wurde 1944 ein eigenes Bordell mit fünf Prostituierten aus Frankreich und später aus Polen eingerichtet.²¹³

²⁰⁸ Bericht der Kriminalpolizei Leipzig vom 9. Oktober 1941, abgedruckt in: Held / Fickenwirth, Anhang, S. 257 f.

²⁰⁹ Mai, S. 47 f. Tauschhandel, das heißt der Schwarzmarkt, wurde grundsätzlich strafrechtlich verfolgt. In den letzten Kriegsjahren waren Hitler und Göring jedoch zu keinem harten Kurs bereit, sondern nahmen angesichts der sich zuspitzenden Ernährungskrise die Endverbraucher von Strafverfolgungen aus; gleiches galt für Ausländer, die zunächst drakonisch verfolgt worden waren, deren Tauschhandel aber ab 1944 auch nicht mehr sanktioniert wurde, Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 497.

²¹⁰ Siehe hierzu Winkler, Bordelle in der NS-Zeit.

²¹¹ Winkler, Bordelle in der NS-Zeit. Allerdings weist lediglich ein Dokument auf diese Einrichtung hin.

²¹² Kukowski / Boch, S. 291 mit Hinweis auf zwei Besprechungen 1943 durch die Gestapo.

²¹³ Vorher hatte es bereits eine solche Einrichtung in einem Mietobjekt in der Ortschaft Zeschwitz gegeben, die jedoch aufgrund hygienischer Mängel geschlossen worden war, siehe Winkler, Bordelle in der NS-Zeit. Es ist nicht eindeutig geklärt, ob die Frauen zu dieser Tätigkeit in einem engen Sinne gezwungen wurden, also wie

Auch im Wohnlagerkomplex Grube Magarethe in Espenhain gab es ab 1943 ein Ausländerbordell mit zunächst französischen Prostituierten.²¹⁴ Für die Einrichtung dieses Bordells liefern einige zeitgenössische Unterlagen weitere Informationen. Das Bordell wurde als Sondergebäude etwas außerhalb der einzelnen vier Wohnlager, aber innerhalb der Gesamtanlage, als sogenannte B-Baracke eingerichtet (siehe Lageplan in Kapitel 6). Die Prostituierten wohnten wenige hundert Meter entfernt in der sogenannten Polen-Baracke. Während Staat und NS-Organisationen wie die DAF Druck auf die Betriebe ausübten, solche Baracken einzurichten, waren die Betriebe wie auch die örtlichen Politiker sowohl aus moralischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen eher ablehnend. Auch die Beschaffung der notwendigen Inneneinrichtungen war schwierig. Das Bordellgebäude in Espenhain bestand aus zwölf Einzelzimmern, einem Speiseraum, einem Aufenthaltsraum, drei Bädern und jeweils drei Damen- und Herrentoiletten, einem Büroraum sowie einem Einlassbereich, in dem eine Eintrittsgebühr von 0,50 RM zu entrichten war. Der Geschlechtsakt als solcher kostete mindestens fünf RM (das heißt mindestens einen Nettotagesverdienst oder mehr). Die acht Prostituierten kamen aus Frankreich und wurden nach den zeitgenössischen Quellen vom Leipziger Hauptbahnhof abgeholt. Ob die französischen Frauen in Espenhain unter unmittelbarem Zwang gearbeitet haben, ist unklar, nach Angaben deutscher Stellen kamen sie offenbar, wie bereits am Beispiel Leipzig / Moritzgasse erläutert wurde, aus dem einschlägigen Gewerbe. Geleitet wurde die Einrichtung von einer deutschen Frau, die von der DAF beziehungsweise der Kriminalpolizei verpflichtet worden war. Das Bordell in Espenhain war nur für bestimmte Gruppen zugelassen. Reichsdeutschen, Kriegsgefangenen und Ostarbeitern (für diese zumindest bis 1943) war der Zutritt verboten.

Kommen wir nun zu einem zentralen Bereich für die Lebensbedingungen aller Ostarbeiter. Ihre Unterbringung erfolgte in der Regel in Barackenlagern (Basis: Baracken des Reichsarbeitsdienstes), wie das nächste Bild für die Pittler-Werke zeigt (Abb. 15).

Eine Anordnung von Reichsarbeitsminister Seldte vom 14. Juli 1943 legte eine allgemeine Lagerordnung mit Mindeststandards fest. Hierzu gehörten ausreichende Wasserversorgung, die Ausstattung mit Öfen und die Einrichtung von Funktionsräumen wie Flickstube und Schuhwerkstatt. Zusätzlich war für jeden Zwangsarbeiter ein Volumen von mindestens sieben m³ Luft innerhalb der Baracke vorgeschrieben (gegen Überbelegung).²¹⁵ Die DAF – nach einer Übereinkunft mit dem GBA Sauckel im Grundsatz für die Betreuung der Fremdarbeiter zustän-

Zwangsarbeiter gegen ihren Willen nach Deutschland deportiert worden waren. Baumert bezeichnet sie jedenfalls als Zwangsprostituierte, siehe Martin Baumert, NS-Zwangsarbeit und Erinnerungskultur im Landkreis Leipzig. Das Beispiel Böhlen-Espenhain, in: Brunner / Kenkmann, S. 91–114, hier S. 102.

²¹⁴ Werner Winkler, Ein Bordell für Zwangsarbeiter, in: <http://www.hiredo.de>. Die folgenden Angaben zur Einrichtung dieses Bordells basieren auf dieser Quelle. Dort ist auch ein zeitgenössisches Foto des Empfangsbereichs abgedruckt; siehe auch Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 109, der sich ebenfalls auf Winkler bezieht.

²¹⁵ Abgedruckt in: RGBl. 1943, I, S. 388, siehe: Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 284. Dass die Mindeststandards auch bei Fremdarbeitern verbündeter Staaten nicht immer eingehalten wurden, zeigt die Unterbringung der italienischen Arbeiter bei der VOMAG in Plauen, siehe Kapitel 5, Abschnitt Plauen.

dig – richtete hierfür eine „Zentralinspektion für die Betreuung der ausländische Arbeitskräfte“ ein.²¹⁶



Abb. 15: Barackenlager der Pittler-Werke mit ausmarschierenden Ostarbeiterinnen²¹⁷

Es gab eigene Merkblätter der DAF dafür, was bei der Einrichtung eines solchen Lagers zu tun sei.²¹⁸ Zunächst wurde der potentielle Interessent darüber belehrt, dass „...aus völkischen,

²¹⁶ Auch vor dem IMT in Nürnberg war dieses Dokument am 13. Dezember 1945 Beweisstück, siehe RABl 1943, I, S. 588, zitiert in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 3, S. 540; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 279. Zu dieser Zentralinspektion gehörten auch Vertreter des Propaganda- und des Ostministeriums sowie der Sicherheitspolizei und des SD, siehe ebenda, S. 279. Neben der DAF waren eine ganze Reihe von lokalen Institutionen für die Überwachung der Lager zuständig: Gewerbeaufsichtsamt, Gesundheitsamt, Betrieb und Arbeitsamt, siehe Lukat, S. 123 f.

²¹⁷ Abgedruckt in: Held / Fickenwirth, S. 247. Solche Baracken konnten unterschiedlich groß sein. Die gängigsten Typen hatten eine Breite von 8,14 m und eine Länge von 26,55 m. Kriegsgefangenenbaracken waren bis zu 400 qm groß und für die Unterbringung von bis zu 400 Kriegsgefangenen bestimmt. Auch im Barackenbau gab es Engpässe, so dass in diesem Bereich ebenso eine Konzentration stattfand. Während zuvor, wie es in einem Artikel der Frankfurter Zeitung vom 20. Dezember 1942 hieß, 6.500 Firmen über 100 Barackentypen hergestellt hatten, war die Zahl der Firmen Ende 1942 auf 450 mit nur drei Typen gesunken. Dadurch nahmen die Kosten infolge erheblich reduzierten Arbeits- wie auch leicht gesunkenen Materialaufwands ab, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 321.

²¹⁸ Merkblatt der DAF Leipzig vom 29. Januar 1943, abgedruckt in: Held / Fickenwirth, S. 263–265. Untersuchungen von Mai weisen darauf hin, dass Lagerführer ihre Handlungsmöglichkeiten (trotz ihrer Verantwortung gegenüber Betrieb, DAF und Gestapo) sehr unterschiedlich ausnutzen konnten, von Repressalien an Lagerinsassen bis zur Verteidigung der Bewohner, siehe Mai, S. 36.

sicherheitsmäßigen wie auch kriegswichtigen Gründen eine Unterbringung in privaten Quartieren nicht möglich ist.“ Stattdessen empfahl das Schreiben die Beherbergung im eigenen Betrieb, in nahegelegenen Gaststätten oder in sonstigen öffentlichen Räumen. Wenn dies nicht möglich sei, so müsse der Betrieb sich für die Bereitstellung von Baracken an das Rüstungsministerium wenden. Inneneinrichtungen seien bei der DAF zu beantragen. Sobald das Lager eingerichtet sei, sei ein „weltanschaulich gefestigter, einsatzbereiter, zuverlässiger Lagerführer“ zu ernennen. Dieser müsse auf das sorgfältigste ausgesucht werden. Danach werde er zu einem kurzen Lehrgang in eine Gauschule einberufen. Nach erfolgreicher Absolvierung des Lehrgangs könne der vorgesehene Lagerführer bestätigt werden und erhalte einen Berufsausweis. „Bei Ostarbeiterlagern muss der Lagerführer vor Einsetzung durch den Betrieb der Geheimen Staatspolizei ... gemeldet werden und erst wenn dort die Unbedenklichkeitsbestätigung ausgestellt wird, kann er vom Betrieb eingesetzt werden.“²¹⁹ Die Verpflegung der Ausländer erfolge ausschließlich durch das Lager, das heißt den Betrieb, da die Ausländer keine Lebensmittelkarten erhielten. Tabakwaren könnten auf Antrag bei der DAF zur Verfügung gestellt werden. Jedes Lager habe monatlich einen Bericht über Ernährung, Bekleidung und andere Bereiche zu erstatten. Die genaue Einhaltung der Berichtspflicht sei erforderlich, um eventuell in den Genuss von Sonderzuteilungen zu kommen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass für fast alle „europäischen Völkerstämme und Nationen“ Zeitungen gedruckt würden, die über die DAF angefordert werden könnten. Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, dass auch Fahrkarten für Familienheimfahrten in Urlaubersonderzügen von der DAF beantragt werden könnten.

Aus Unterlagen der SGW Freital geht hervor, dass die Lagerleiter beziehungsweise bei Frauenlagern Lagerleiterinnen insgesamt für alle Belange der Lager zuständig waren. Dies galt für die Betreuung der Insassen (Freizeitgestaltung) und alle Fragen der Unterkunft, für den Weg zur Arbeit, für die Organisation von Verpflegung und Krankmeldungen, für alle finanziellen Abrechnungen sowie auch – besonders wichtig – für alle Fragen von Sicherheit und Disziplin wie auch Bestrafungen oder Meldungen an die Gestapo. Der Lagerleiter hatte zudem Berichtspflicht gegenüber der DAF.²²⁰ Aus Unterlagen der SGW geht zudem hervor, dass allein für die Verpflegung der Tausende von Fremdarbeitern 22 Firmen aus Freital und Umgebung zuständig waren, wie beispielsweise der Vieh- und Schlachthof in Dresden.²²¹

Da der Bau von Barackenlagern erheblich teurer als die Anmietung bestehender Gebäude war, wurden diese erst errichtet, als die ab 1942 einsetzenden großen Ströme von Ostarbeitern (als Ersatz für sowjetische Kriegsgefangene) nicht mehr in anderen Miet-Objekten unter-

²¹⁹ Doch nicht nur dafür war die Gestapo verantwortlich. In einem Schreiben vom 22. Mai 1944 informierte der Kommandeur der Ordnungspolizei in Sachsen darüber, dass die Ordnungspolizei zukünftig nicht mehr für die Überwachung der Lager zuständig sei und diese Aufgabe nunmehr auch von der Gestapo auf jeweiligen Antrag der Lagerleitung übernommen werde, siehe *Didzineit*, S. 41.

²²⁰ Unger, S. 61–63.

²²¹ Unger, S. 66. Auf die mangelhafte Qualität des für Ostarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzten Fleisches haben wir schon in Kapitel 2 hingewiesen.

gebracht werden konnten und durften. Bei den verschiedenen Barackenlagern der SGW in den Jahren 1942 und 1943 fielen nach einer Firmenaufstellung etwa knapp 500.000 RM allein für die Baracken an. Als das zentrale Lager „Reichsbaracke III“ Ende 1943 für erwartete neue Zwangsarbeiter, 1.200 Italiener und beim Rückzug der Wehrmacht mitgeführte Ukrainer und Volksdeutsche, infolge Holz Mangels durch Baracken in Massivbauweise mittels eigenem Baumaterial des Werks erweitert werden musste, lagen auch hierfür die Kosten bei 300.000 RM. Hinzu kamen Pachtzahlungen für das Lagergelände, wenn die Lager nicht auf direktem Betriebsgelände errichtet werden konnten. Die Kosten für die Pachtzahlungen an die Grundstücksbesitzer für solche SGW-Baracken-Lager beliefen sich im ersten Vierteljahr 1944 für drei Lager auf insgesamt 5.999 RM.²²²

Die ersten Barackenlager in Chemnitz wurden mit Genehmigung der Stadtverwaltung vom 11. Mai 1942 errichtet. So baute die Auto Union ein solches Lager an der Neukircher Straße, die Astra-Werke errichteten ihr Lager an der Annaberger- / Ecke Metzgerstraße, die Maschinenfabrik Germania an der Schulstraße. Ein Aufnahme- und Durchgangslager wurde an der Blankenauer Straße errichtet. In Siegmarschönau wurde das schon genannte Lager Landgraf der Auto Union und der Wanderer-Werke, in Chemnitz-Borna das Lager der C.G. Haubold AG gebaut.²²³ Vielfach brachte man Fremdarbeiter jedoch in halböffentlichen, Vereinen gehörenden oder in privaten Räumen unter. Für Chemnitz waren dies etwa Ballsäle wie der „Johannisgarten“ in der Zschopauer Straße, der „Marmorpalast“ in der Limbacher Straße, „Meyers Feldschlößchen“ in der Bernsdorfer Straße, „Reichels Neue Welt“ in Altchemnitz oder auch im „Silbersaal“ in der Eislebener Straße. Auch die Reichsbahn als ein großer Arbeitgeber für Zwangsarbeiter ließ diese sowohl in mehreren Barackenlagern in Chemnitz als auch in nahe liegenden Dörfern in dortigen Lagern wohnen. Gemietete Gastwirtschaften dienten der Reichsbahn ebenfalls als Wohngebäude. Die Stadt Chemnitz und auch Betriebe ließen etwa Ostarbeiterinnen in Turnhallen (Altendorfer Straße 60) oder in der Waldenburger Straße 66 beherbergen.²²⁴

Viele Ausländer lebten auch in Leipzig in solchen provisorischen Unterkünften. Häufig wurden dazu, wie im obigen Aufruf beschrieben, leer stehende quasi öffentliche Räume genutzt. Die Wehrmacht beschlagnahmte diesbezüglich für die Kriegsgefangenenunterbringung etwa Gastwirtschaften wie „Schäfers Ballhaus“ zugunsten der Fa. Edmund Becker & Co, Vereinsräume der Gartenvereine „Erholung“ und „Teutonia“ zugunsten der Vereinigten Flugmotoren-Reparaturwerke, die Gaststätte „Rabensteiner“ wurde für die HASAG in gleicher Weise freigemacht.²²⁵

Am Beispiel der Firma Rudolf Sack in Leipzig erläutert Andreas Mai etwas genauer, welche Lager diese Firma einrichtete und welche Möglichkeiten die Fremdarbeiter dort hatten.

²²² Zahlen bei Unger, S. 59.

²²³ Pfalzer, S. 205. Zur Funktion des Aufnahme- und Durchgangslagers für Leipzig siehe Kapitel 6.

²²⁴ Ausführlicher hierzu: Pfalzer, S. 206.

²²⁵ Hesse, Teil II, S. 27.

Für das erste Lager 1941 nutzte man den Saal einer Gartenvereinsgaststätte. Erster Lagerleiter wurde der Wirt, später dann ein Mitarbeiter des Betriebs. Bis zu 74 Personen konnten dort untergebracht werden. Charakteristisch für das Lager war, dass immer eine große Fluktuation herrschte und stets Angehörige neuer Gruppen untergebracht wurden, wenn andere das Lager verlassen hatten. Auch ein zweites, etwas kleineres Lager wurde 1941 in einer weiteren Gaststätte eingerichtet. Sowohl West- wie Ostarbeiter, auch Zwangsarbeiter aus Südosteuropa, erhielten hier eine Unterkunft. 1942 wurde schließlich ein Ostarbeiterlager („Mangold“) eingerichtet, das tatsächlich aus mehreren RAD-Baracken bestand und im März 1945 872 Männer und Frauen sowie 81 Kinder beherbergte. Zwölf Wachsutzleute waren für das Lager zuständig. Zudem unterhielt die Firma zeitweise drei weitere kleinere Lager mit ausländischen Bewohnern. Ihnen standen unterschiedliche Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung. Manche (etwa Belgier) konnten Bücher ausleihen, es gab jährlich Weihnachtsfeiern, für die der Betrieb Mittel zur Verfügung stellte. Ab 1943 war es auch den Ostarbeitern der Firma gestattet, das Lager zu verlassen; jedoch blieben für sie manche Restriktionen der Himmlerschen Ostarbeiter-Erlasse bestehen, etwa das Verbot, öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Die DAF veranstaltete zumeist innerhalb des Lagers Veranstaltungen für Ostarbeiter beiderlei Geschlechts, auch gab es einen lagereigenen Garten.²²⁶

Um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen, müssen zwei entscheidende Aspekte für das Leben und Überleben der Ostarbeiter mit berücksichtigt werden: Die Hauptexistenzbedingungen waren der Arbeitseinsatz und die Ernährung. Die schlechten und schweren Arbeitsbedingungen vor allem für Ostarbeiter und ihre praktisch immer unzulängliche Ernährung spielen zum einen die Hauptrolle zur Beurteilung ihres Aufenthalts im Deutschen Reich, wenn man die oben genannten Schilderungen relativer Normalität ab 1943 in den Lagern bewertet. Zum zweiten sind die Realitäten in den Lagern zu beachten. Tatsächlich befanden sich auch Lager in Sachsen, zumindest zeitweise, in einem traurigen Zustand. Das Lager „Prinzenhöhe“ in Cunnersdorf mit einer Belegung von 84 Ostarbeitern (Eigentümer: Fa. Karl Klemm, Bannewitz) war zum Beispiel Anfang 1944 überprüft worden. Wie der Bericht der Gendarmerie Gittersee vom 6. September 1944 festhält, sei es „im gleichen verdreckten Zustand“ wie vorher gewesen. „Es muss immer wieder gesagt werden, dass dieses Lager eine Brutstätte für Ungeziefer und Krankheitskeime aller Art ist. Unter den Strohsäcken wurde aller erdenkliche Unrat, wie alte Lumpen, schmutzige Wäsche, Esswaren, Seifenpulver, altes verdrecktes Schuhwerk und Bekleidungsstücke, vorgefunden. Dieser Zustand bezieht sich nicht nur auf einzelne Betten, sondern auf alle Lagerstätten. Die Strohsäcke sind mit Holzwolle gefüllt. Schlafdecken sind auch vorhanden. Dieselben können aber meist als solche nicht mehr angesprochen werden. Wenn unter den Strohsäcken derartiges Gerümpel vorgefunden wird, so ist die Ursache in der sehr primitiven Einrichtung des Lagers zu suchen. Die Leute sind auf ihre Lagerstätte angewiesen, weil eine andere Unterbringung der unter den Strohsäcken

²²⁶ Zu den Lagern und den in ihnen herrschenden konkreten Lebensbedingungen, die Mai aus den vorgefundenen Archivalien rekonstruiert hat, siehe Mai, S. 44–47.

befindlichen Sachen im Lager nicht möglich ist. Es sind weder Schränke noch Regale vorhanden. ... Die Ostarbeiter klagen vor allen Dingen darüber, dass sie durchweg nur ein Hemd hätten. Eine Waschgelegenheit sei in ungenügendem Maße vorhanden. Wenn sie dann ihr Hemd gewaschen hätten, dann wüssten sie wieder nicht, wo sie es zum Trocknen aufhängen sollten. Ein Aufhängen im Garten sei verboten, weil es der Hauswirt nicht dulde. Ferne klagen sie auch darüber, dass ihnen keinerlei Gelegenheit geboten werde, sich irgendwelche Bekleidungsstücke nachzu(be)schaffen. Sie hätten meist nur das im Besitz, was sie auf dem Leibe hätten. Durch ihren Vertrauensmann hätten sie schon oft den Betriebsführer gebeten, zur Abhilfe irgendwelche Schritte zu unternehmen. Es sei ihnen wohl versprochen worden. Eine Abhilfe sei aber noch nicht erfolgt: Es sei hier in der ganzen Umgebung der einzige Betrieb, in welchem die Ostarbeiter so kümmerlich untergebracht wären und (wo) in der Bekleidungsfrage überhaupt nichts getan würde. ... Die Klagen betreffs der Unterbringung und Bekleidung sind berechtigt. Einen Ostarbeiter von der Prinzenhöhe erkennt man schon an der Bekleidung.“²²⁷

Die in der Realität praktisch immer unzureichenden hygienischen Verhältnisse in den Lagern waren einer der Gründe dafür, dass es wiederholt zu Entseuchungs- und Entlausungsaktionen kam, nicht nur bei der Einweisung der Zwangsarbeiter in ihrem Aufnahmebetrieb. Als Beispiel für die offenbar beengten und hygienisch unzureichenden Verhältnisse sei einmal das Barackenlager bei der Weichenbauanstalt Cainsdorf (ein Betrieb der Freitaler SGW) genannt, in dem für 74 Ostarbeiter nur drei Toiletten und ein 20 qm großer Waschraum vorhanden waren. Zuweilen wurden Kranke und von Läusen Befallene sogar in ein Wohnlager in Freital eingewiesen, wo für 55 Ostarbeiter nur 39 Strohsäcke und 20 Waschsüsseln vorhanden waren. Es kam daher auch immer wieder zu Entlausungsaktionen in den Baracken und Unterkünften, da in den Betrieben Deutsche und Fremdarbeiter eng zusammenarbeiten mussten, so dass etwa Läusebefall für alle bedrohlich war.²²⁸

In zwei anderen Fällen²²⁹ wird die enge Verzahnung von Betrieb, Arbeits- und Gesundheitsamt in Zwickau deutlich. Ein ukrainischer Zwangsarbeiter der Firma G. Bassler KG war im Oktober 1944 in das Heinrich-Braun-Krankenhaus eingeliefert worden. Dabei stellte das Krankenhaus fest, dass er starken Ungezieferbefall aufwies. Daraufhin veranlasste die Firma die Entlausung aller Lagerinsassen im Gasthof „Grünes Tal“, wo auch der Ukrainer untergebracht war. Das Arbeitsamt Zwickau forderte zudem das Gesundheitsamt auf, das Lager insgesamt zu überprüfen.

In einem Schreiben des Arbeitsamts Zwickau vom 2. September 1943 wandte man sich an das städtische Gewerbeaufsichtsamt (mit Durchschrift an das Gesundheitsamt) und for-

²²⁷ Bericht des Gendarmeriepostens Gittersee vom 6. September 1944, betr. Ostarbeitergemeinschaftslager „Prinzenhöhe“ Cunnersdorf, Stadtarchiv Dresden, 8.9 Gittersee, B II / 2., abgedruckt in: Wießner, S. 48–50. Ergänzungen in Klammern von den Verfassern.

²²⁸ Unger, S. 70 f. Für die Stadt Pirna, in der die SGW zusammen mit der Auto Union ein Schmiedewerk betrieb, gab es offenbar auch Pläne, eine zentrale Entseuchungseinrichtung zu bauen, an der die SGW sich beteiligen sollte, ebenda, S. 69 f.

²²⁹ Schriftverkehr des Arbeitsamts Zwickau, Arolsen Archive, Best. 2.1.4.2., Akte 10005903, Bl. 68 und 162.

derte ersteres auf, die Lager der Firma Winter und des Horch-Werks für die Aufnahme von 40 männlichen Arbeitskräften beziehungsweise 100 Franzosen bezüglich der hygienischen Verhältnisse zu überprüfen, bevor die Arbeitskräfte endgültig zugewiesen werden konnten.

Wie Ostarbeiter im Bergbau untergebracht sein konnten, zeigt das Beispiel der Steinkohlenzeche Gottes Segen in Oelsnitz i. E. Offenbar hatte es im Spätsommer 1943 Beschwerden über die dortigen Wohnbedingungen gegeben, so dass die DAF eine Stellungnahme der Zeche forderte. In ihrem Antwortschreiben verwies die Gewerkschaft Gottes Segen darauf, dass man eigentlich Kriegsgefangene erwartet und für diese ein Lager in der Nähe der Zeche als Barackenlager geplant habe. Dieses sei dann doch nicht gebaut worden, da keine Barackenbauteile verfügbar gewesen seien. Als Ausweichquartier hätten nur frühere Betriebsgebäude in Lugau zur Verfügung gestanden. Die Gebäude seien allerdings stark renovierungsbedürftig gewesen, und Handwerker hätten gefehlt.

Die 56 Ostarbeiter mussten daher zunächst diese Gebäude beziehen, deren Dach erst nach zwei Monaten regendicht gemacht werden konnte. Woraus bestand nun das Lager? Es hatte, so der Bericht der Zeche, zwei Aufenthaltsräume, drei Schlafräume, eine Abortanlage, ein Pissoir, ein Zimmer für den Lagerverwalter, eine Krankenstube, einen Verbandsraum. Weiterhin hatten die Ostarbeiter Holzbetten mit Strohsäcken, jeweils zwei Decken, und es gab Schränke. Die Aufenthaltsräume waren möbliert, es gab Abfallkästen als Papierkörbe und Behälter für Speisereste. Außerdem waren offenbar vor kurzem auch Öfen eingebaut worden, wie die Zeche mitteilte. Jeder Ostarbeiter hatte seine Bekleidung selbst zu waschen. Die Krankenstube verfügte über drei Betten, und der Verbandsraum besaß einen Sanitätsschrank. Was darin enthalten war, teilt das Dokument nicht mit. Schließlich war für das Lager ein Betreuer eingesetzt, der in dem dafür vorhandenen Raum nächtigte und auch als Sanitärer fungierte. Ein Ostarbeiter war als Lagerältester eingesetzt, welcher Stubendienst und Essenausgabe regelte; er und ein Dolmetscher erhielten kleine Sondervergünstigungen vom Betrieb.²³⁰

Ähnlich war die Ausstattung der Baracken in den SGW-Lagern in Freital, differenziert nach Zwangsarbeitergruppen. Manche Lager hatten Doppelstockbetten, es gab Tische, Stühle und Waschmöglichkeiten. Baracken für sowjetische Kriegsgefangene waren demgegenüber offenbar nur mit Strohsäcken als Matratzen und Kopfkissen ausgestattet, ohne jede Bettwäsche.²³¹

Da es eine Fülle von Vorschriften für die je nach sicherheitspolitisch-rassistischen Vorgaben differenzierte Behandlung der verschiedenen Zwangsarbeitergruppen gab, schickte die Staatspolizeistelle Chemnitz 1943 noch einmal eine Übersicht an die Betriebe, in welcher

²³⁰ Schreiben der Gewerkschaft Gottes Segen an die Kreisleitung Stollberg der DAF mit einer Stellungnahme zu Beanstandungen im Ostarbeiterlager des Unternehmens vom 29. September 1943, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 114, S. 321.

²³¹ Unger, S. 60 mit Bezug auf entsprechende zeitgenössische Fotos sowie die Aussage des sowjetischen Kriegsgefangenen Sawada aus den 2000er Jahren (siehe FN 180)

zusammengefasst war, welche Rechte beziehungsweise Verbote für die einzelnen Gruppen gal-
ten (Abb. 16a: Abschrift).²³²

| 1943 | | | | | |
|---|--|--|--------------------------------|--|----------------------|
| Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Chemnitz | | (Vordruck) | | Stand vom 15. Juli 1943 | |
| Nur für den Dienstgebrauch! Nicht zum öffentlichen Aushang im Betrieb, im Lager oder zur Aushändigung an Ausländer bestimmt! | | | | | |
| RICHTLINIEN für die Behandlung ausländischer Zivilarbeiter | | | | | |
| | Angehörige von Verbündeten oder befreundeten Nationen | Ausländer allgemein | Angehörige des Protektorats | Polen (P) | Ostarbeiter (Ost) |
| Aufenthaltsgenehmigung | Reichsgebiet | Kreisgebiet | | Ortspolizeibezirk | |
| Unterbringung | Grundsätzlich nur in Lagern | Privatunterkunft nur mit Genehmigung | | Lager, ausgenommen in Haushalten und der Landwirtschaft | |
| Ausgang | Nach Lagerordnung Werktags 22 Uhr Sonntags 23 Uhr | Nach Lagerordnung: Werktags bis 22 Uhr Sonntags bis 23 Uhr | | Nach Lagerordnung: Im Sommer bis 21 Uhr Im Winter bis 20 Uhr | |
| Besuch von Gaststätten | Erlaubt | Allgemein erlaubt | Erlaubt | Verboten | |
| Abgabe von alkohol. Getränken | ohne Einschränkung | In geringen Mengen erlaubt | In geringen Mengen erlaubt | Verboten | |
| Besuch öffentl. Filmvor- führungen, Theater und sonstige Veranstaltungen | ohne Einschränkung | Erlaubt | | Verboten | |
| Wareneinkauf in Kaufhäusern, Läden usw. | Erlaubt | Erlaubt | | Erlaubt bei Bevorzugung Deutscher | Nicht möglich |
| Reisen und Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln | Deutschen Volksgenossen innerhalb des Kreisgebiets gleichgestellt | | | Verboten | |
| Benutzung der Freibäder | Erlaubt | Erlaubt | | Verboten. Zwecks Arbeitseinsatz örtl. Regelung | |
| Geschlechtsverkehr mit Deutschen | Allgem. unerwünscht | Ukrainer verboten | verboten | | |
| Besuch von Gottesdiensten | Erlaubt | Erlaubt | Erlaubt | Verboten (Monatl. einmal Sondergottes- dienst in deutscher Sprache möglich) | |
| Kennzeichnung | ---- | ---- | ---- | " P " " Ost " Kennzeichen muß fest mit der Oberkleidung verbunden sein. *) | |

Abb. 16a: Übersicht Richtlinien für die Behandlung ausländischer Zivilarbeiter

²³² Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 15. Juli 1943, Stadtverwaltung Olbernhau, o. Sig., Bl. 116, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 501.

Sowjetische Kriegsgefangene

Der Ausländereinsatz hat sich ab Spätsommer / Herbst 1941 mit dem Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener erheblich geändert. Gemäß den geänderten Planungen des OKW²³³ wurde im Juni 1941 für den Wehrkreis IV nur ein „Russenslager“ in Zeithain eingerichtet. Nach ihrer Registrierung im Stalag Zeithain verblieb ein Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen in diesem Lager, zum Teil wurden die Kriegsgefangenen auch gleich nach ihrer Ankunft am Bahnhof Jacobsthal (unmittelbar am Stalag Zeithain liegend) in das etwa 15 km entfernte schon seit 1939 existierende Stalag IV B weitergeleitet (sie mussten dorthin laufen), um von diesem Lager in den Arbeitseinsatz geschickt zu werden. Im Stalag Zeithain selbst wurden 1941 / 1942 gut 53.000 Kriegsgefangene registriert.²³⁴

Das Stalag IV B wurde bald auch die zentrale Verteilungsstelle für diese Kriegsgefangenen im Wehrkreis IV. Das nächste Foto zeigt dessen Eingangstor (Abb. 16b).



Abb. 16b: Foto Eingangstor Stalag IV B Mühlberg²³⁵

²³³ Ursprünglich war für den Wehrkreis IV eine Aufnahmekapazität von 140.000 sowjetischen Kriegsgefangenen mit mehreren sogenannten Russenslagern vorgesehen, siehe Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 55.

²³⁴ Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 51.

²³⁵ Foto: Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V. (Quelle: wikipedia, Lutz Brno, CC BY-SA 3.0)

Um den Arbeitseinsatz besser steuern zu können, wurden in der Folge sogenannte Schattenlager eingerichtet, die für die regionale Betreuung der sowjetischen Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos zuständig waren: Die Stalags IV E Altenburg, IV F Hartmannsdorf²³⁶, IV G Oschatz (darüber haben wir bereits berichtet), IV A Hohnstein, IV C Wistritz und IV D Torgau. Diese Lager waren – im Gegensatz zu Zeithain und Mühlberg – nicht für den Daueraufenthalt von sowjetischen Kriegsgefangenen vorgesehen; sie erhielten dort aber eine verwaltungsmäßige Umregistrierung (das heißt eine neue Kriegsgefangenennummer) mit Bezug zu diesen Lagern.²³⁷ Bevor sie an die Schattenlager²³⁸ überstellt werden durften, waren sie zunächst entweder im Stalag IV H Zeithain oder IV B Mühlberg registriert, medizinisch untersucht und auch gegen gängige Infektionskrankheiten geimpft worden.²³⁹

Aufgrund des drängenden Arbeitskräfteproblems und der keineswegs ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten in den beiden Stammlagern wurden die Kriegsgefangenen recht schnell weiterverteilt. So war im ursprünglich einzigen Aufnahmelager in Zeithain, als die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen dort am 12. Juli 1941 eintrafen, die Verwaltung weder zu vollständiger Registrierung noch zur Bereitstellung regulärer Unterkünfte in der Lage. Lediglich 26 Funktionsbaracken waren vorbereitet (Krankenreviere, Küchen), die Gefangenen selbst lebten unter freiem Himmel und mussten im Verlauf der nächsten Monate ihre Baracken selbst errichten.²⁴⁰

Die ersten Arbeitskommandos stellte man bereits im August 1941, wie Karteikarten etwa für einen Arbeitseinsatz in Glauchau (Spinnerei) oder Crossen belegen, zusammen.²⁴¹ Wenn Betriebe Kriegsgefangene als Arbeitskräfte beschäftigen wollten, reichten sie zunächst beim nächsten Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag ein, wie dieses etwa für Roßwein

²³⁶ Das Stalag IV F Hartmannsdorf war auch für die Unterrichtung der Betriebe über die Fragen des Arbeitskräfteeinsatzes der von ihm betreuten Kriegsgefangenen zuständig. So richtete es etwa am 19. Februar 1943 ein Rundschreiben an alle, Kriegsgefangene beschäftigende Betriebe ihrer Einzugszone, in dem es um die juristische Frage des Arbeitsverhältnisses, um Arbeitsbedingungen sowie um die Pflichten des Arbeitsgebers bezüglich Vergütung, Krankheit, Unterkunft und Verpflegung, Unfallversicherung, Transportkosten, Sicherheitsfragen sowie das Verbot von Strafmaßnahmen ging, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie Chemnitz.

²³⁷ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 193–195. Als Überblick zur Geschichte des Lagers beziehungsweise seit Ende 1942 des Reservelazarets Zeithain siehe Norbert Haase / Jens Nagel, *Gedenkstättenarbeit in Zeithain. Herausforderungen und neue Perspektiven*, in: *Für die Lebenden*, S. 62–66 sowie ausführlicher Nagel, *Kriegsgefangenenlager Zeithain*, in: *Zeithain*, Bd. 1.

²³⁸ Die Schattenlager selbst bestanden aus einem relativ kleinen Lager und einem angeschlossenen Reservelazarett; sie betreuten teils Hunderte von dezentralen Arbeitskommandos, siehe Nagel, *Kriegsgefangenenlager Zeithain*, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 45.

²³⁹ Zu diesen reichsweit gleichartigen Vorgängen siehe Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 175.

²⁴⁰ Wie furchtbar die Bedingungen waren, lässt sich aus Schilderungen von überlebenden Kriegsgefangenen ersehen, siehe Nagel, *Kriegsgefangenenlager Zeithain*, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 51 f. Ende des Jahres bestand das Lager Zeithain aus 156 Baracken, 1942 wurden nochmals 34 weitere hinzugebaut, siehe ebenda, S. 52.

²⁴¹ Nagel, *Kriegsgefangenenlager Zeithain*, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 57.

näher erläutert werden kann.²⁴² In einem solchen Antrag waren die Zahl und die erwünschten Berufe der Kriegsgefangenen zu nennen, im Fall der Fa. Carl Wolf insgesamt 100 Personen, die gelernte oder angelehrte Schmiede, Dreher und Schlosser sein sollten. Dann waren die vorgeesehenen Arbeitsvorgänge zu beschreiben, der Auftraggeber für die Arbeiten (etwa die Wehrmacht), etwaige Dringlichkeitsstufen, Arbeitszeit und Arbeitslohn. Dem folgten Angaben zur Unterbringung der Gefangenen, zur Wachmannschaft (hier: im Gasthof Feldschlösschen) sowie zur Verpflegung.

Am 27. November 1941 beantragte auch die Firma Kadmer und Co. beim Arbeitsamt Döbeln die Überlassung von sowjetischen Kriegsgefangenen mit den bezeichnenden Worten: „Wie wir hörten, werden jetzt 2 ½ Millionen Russen in die Wirtschaft abgegeben. Wir bitten Sie höflichst, uns die entsprechenden Formulare zuzuschicken, damit wir rechtzeitig die Anforderung machen können.“ Nach Eingang solcher Schreiben schickte dann das Arbeitsamt das ausgefüllte Formular an das Landesarbeitsamt. Dort wurden die Anträge gesichtet und es erfolgte gegebenenfalls die grundsätzliche Zustimmung, zuweilen mit einer Minderung der beantragten Zahl versehen, wenn nicht genügend Kriegsgefangene vorhanden waren. Ein Kontrolloffizier musste dann vor Eintreffen der Kriegsgefangenen bei der Firma die Unterbringung überprüfen und genehmigen. Wenn das alles geschehen war, wurde zwischen Firma und entleihendem Stalag (für Döbeln das Stalag IV G Oschatz) ein Vertrag geschlossen, der Einzelheiten zur Zahl der Kriegsgefangenen, Verpflegung, Unterbringung (bei der Firma Kadner und Co. im Gasthof Etzdorf) und Kosten enthielt. Zehn Kriegsgefangene vom Lager IV B Mühlberg trafen schließlich am 9. März 1942 im Gasthof Etzdorf ein.

Am Beispiel des oben genannten Gasthofs Etzdorf²⁴³ kann man auch ermessen, wie sich das Zahlenverhältnis zwischen den Kriegsgefangenen in den Arbeitskommandos und ihren Wehrmachtbewachern verhielt. Zunächst einmal hatte auch die Firma Carl Wolf aus Roßwein mit der Besitzerin des Gasthofs einen Vertrag zur Unterbringung von Kriegsgefangenen geschlossen, der ihr einen Betrag von zehn Pfennig pro Kriegsgefangenem und Tag einbrachte. Als Schlafsaal war der sogenannte Gaststall vorgesehen, der mit Stroh ausgelegt wurde. Die Wachmannschaft war extra einquartiert. Insgesamt war zuzüglich zur individuellen Miete pro Kriegsgefangenem eine Pauschalsumme von 75 RM monatlich vorgesehen. Der normale Gasthofbetrieb lief im Übrigen weiter. Die Firma Carl Wolf vermietete die Räumlichkeiten des Gasthofs selbst an andere Firmen und deren Kriegsgefangene weiter (so für die Firma Kadner und Co.). Die Zahl der dort untergebrachten Kriegsgefangenen schwankte von anfänglich 222 im Juni 1942 bis um die 150 Ende 1943. Das Bewachungskontingent, in der Regel gebildet aus Landeschützen (nicht mehr fronttauglichen Wehrmachtangehörigen), bestand aus bis zu 15 Mann. Die Landeschützen begleiteten die Kriegsgefangenen vom Lager, hier Gasthof Etzdorf, zum jeweiligen Arbeitsort und zurück beziehungsweise bewachten sie in ihrem Lager.

²⁴² Zu diesem Vorgang am Beispiel des Roßweiner Betriebes Carl Wolf, siehe Spitzner, S. 30–32, Antrag der Fa. Carl Wolf vom 27. Januar 1941 abgedruckt in: ebenda, S. 86 f. Zur Firma Kadner und Co. siehe ebenda.

²⁴³ Zum Folgenden siehe Spitzner, S. 38–41.

Da eine Quote von etwa einem Soldaten zu zehn Kriegsgefangenen vorgeschrieben war, reichte die Zahl der Landeschützen nicht aus. Die Firmen stellten deshalb eigene Mitarbeiter ab, die ganz oder teilweise als Hilfswachmannschaften für die Bewachung oder den Marsch der Kriegsgefangenen vom Lager zum Betrieb und zurück mitverantwortlich waren. Auch sie waren grundsätzlich bewaffnet. Die schon genannte Firma Kadner und Co. bot etwa im März 1942 acht Wachmänner auf, Carl Wolf erhöhte seine Wachmännerzahl zusätzlich zu den ursprünglich 15 Landeschützen sogar im März 1945 nochmals um drei eigene Mitarbeiter.²⁴⁴

Im Wehrkreis IV waren am 1. September 1941 bereits 16.609 sowjetische Kriegsgefangene verwaltungsmäßig auf die genannten Stalags A bis G weiterverteilt worden.²⁴⁵ Am 1. Dezember 1941 befanden sich bei den fünf Schattenlagern knapp 25.000 arbeitende Kriegsgefangene in deren Betreuung.²⁴⁶ Insgesamt sind 1941 in den beiden Stalags IV H Zeithain und IV B Mühlberg und damit im Wehrkreis IV 33.000 beziehungsweise 51.000, also insgesamt 84.000 sowjetische Kriegsgefangene registriert worden. Die Zuführung neuer Gefangener wurde Mitte November wegen der grassierenden Fleckfielerepidemie auch für die beiden genannten Aufnahmelager IV B und IV H für mehrere Monate gestoppt, so dass in der letzten Periode vom 18. Oktober bis 20. November 1941 nur noch 22.762 dieser Kriegsgefangenen im Wehrkreis IV eintrafen.²⁴⁷ Trotzdem war der Wehrkreis IV damit reichsweit jener mit den höchsten Aufnahmequoten.²⁴⁸

Parallel zum Aufbau des „Russenslagers“ Zeithain erfolgte gemäß OKW-Befehl auch die Einrichtung eines Reservelazarets in Zeithain, etwas abseits vom eigentlichen Lagergelände. Dieses war und blieb auch weiterhin zuständig für die Aufnahme aller erkrankten sowjetischen Kriegsgefangenen des Wehrkreises.²⁴⁹ Die Zahl der Gefangenen im Stalag IV H Zeithain schrumpfte nach Angaben des OKW infolge der Fleckfielerepidemie am 1. Februar 1942 auf nur noch 5.685 Gefangene²⁵⁰, da inzwischen Tausende verstorben waren.²⁵¹

In den – nachdem das Stalag IV H Zeithain 1942 als eigenständiges Lager ausgeschieden war²⁵² – sechs verbliebenen Kriegsgefangenenlagern im Wehrkreis IV befanden sich zum

²⁴⁴ In Kapitel 9 stellen wir einen Fall eines solchen Hilfswachmannes vor, der nach 1945 wegen Tötung eines geflohenen Kriegsgefangenen vor Gericht gestellt worden ist.

²⁴⁵ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 378.

²⁴⁶ Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, Tabelle 2 S. 60.

²⁴⁷ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 75 f.

²⁴⁸ Siehe Anlage 1, in: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 484.

²⁴⁹ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 103. Später erfolgten hier auch zentral die Krankenaufnahmen für Serben, IMIs und die neuen polnischen Kriegsgefangenen des Warschauer Aufstands von 1944.

²⁵⁰ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 383.

²⁵¹ Die Sterberate lag in den Wintermonaten bei monatlich etwa 1.000, am 2. April 1942 wurde der 9.960. Verstorbene registriert, siehe Haase / Nagel, S. 70. Bei Quarantäneverhängung Mitte Dezember 1941 lebten noch etwa 10.700 Gefangene, im April 1942 hatten lediglich 3.700 überlebt, siehe Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 56.

²⁵² Im September 1942 wurde das Stalag Zeithain Zweiglager des Stalags Mühlberg mit der Bezeichnung IV B / Z Zeithain. Circa noch vorhandene 10.000 Kriegsgefangene wurden aus Zeithain nach Belgien versetzt. Das

1. September 1943 nach Angaben des OKW inzwischen 60.106 sowjetische Kriegsgefangene, von denen das Stalag IV F Hartmannsdorf mit gut 13.500 Kriegsgefangenen die meisten betreute. Gut 80 Prozent der Kriegsgefangenen waren im Arbeitseinsatz; lediglich im Stalag IV B Mühlberg waren es nur gut zehn Prozent.

Etwa ein Jahr später, Ende 1944, war die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen nach OKW-Angaben im Wehrkreis auf gut 80.000 Mann gewachsen. Wiederum hatte das Stalag IV F Hartmannsdorf mit über 19.000 die meisten sowjetischen Kriegsgefangenen aufzuweisen. Im Lager IV B Mühlberg, zu dem offenbar immer mehr Kranke angeliefert worden waren, war der Anteil der Arbeitenden (alle Kriegsgefangenenationen) inzwischen auf fünf Prozent gesunken.²⁵³

Sowjetische Kriegsgefangene als nach den französischen Kriegsgefangenen zweitgrößte im Arbeitseinsatz befindliche Kriegsgefangenengruppe im Wehrkreis IV waren praktisch über ganz Sachsen verteilt. Einsatzgebiete nach den Land- und Forstwirtschaften bildeten vor allem die Rüstungsindustrie und auch der Bergbau. So gehörten zu den Einsatzorten (auf einige werden wir im weiteren Verlauf noch gesondert eingehen) die Brabag Böhlen oder das Buna-Werk in Schkopau. Sowjetische Kriegsgefangene arbeiteten bei der MIAG in Dresden, bei den Wanderer-Werken und der Auto Union in Siegmarschönau, bei der HASAG in Leipzig. Weiterhin waren die Stahlwerke in Riesa, Gröditz und Freital Einsatzorte, es gab aber auch viele Mittelständler und Kommunen, die diese Gruppe einsetzten.²⁵⁴

Praktisch ständiger Begleiter der sowjetischen Kriegsgefangenen war der Hunger. Dieser veranlasste sie nicht nur in den Lagern zu Verzweiflungshandlungen wie etwa dem Verzehr von Gras und anderen für Menschen ungeeigneten Pflanzen. Auch beim industriellen Arbeitseinsatz gehörte Hunger zur Begleiterscheinung. So berichtet Unger beispielsweise für die SGW in Freital darüber, dass sowjetische Kriegsgefangene häufig in Abfallbehältern nach eventuell noch verwertbaren Essensresten wühlten.²⁵⁵ Wenn sich Betriebe in Eigenregie um eine bessere Ernährung ihrer sowjetischen Kriegsgefangenen bemühten, wie etwa die Clemens Müller AG in Dresden²⁵⁶, so war dies keineswegs immer von Seiten der staatlichen Instanzen gewünscht, im Gegenteil (Beispiele hierfür im Abschnitt Braunkohlenbergbau, Kapitel 6, Abschnitt Leipzig).

Lager Zeithain widmete man Anfang 1943 offiziell zu einem Reservelazarett um, das bisherige Lazarett im Waldlager wurde geschlossen. Die Kapazität lag 1944 bei knapp 8.000 Betten, siehe Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 46 f.

²⁵³ Zu den Zahlen 1943 und 1944 siehe Abt. Kriegsgefangene im OKW, BA / MA Freiburg, RW 6 / v.451, 452. Zur jeweiligen Stärke der Kriegsgefangenenlager Hohnstein, Mühlberg, Wistritz, Torgau, Altenburg, Hartmannsdorf und Oschatz von 1941 bis 1944 siehe Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 60.

²⁵⁴ Nagel, Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 60. Die Aufzählung ist nicht vollständig.

²⁵⁵ Unger, S. 66.

²⁵⁶ So berichtet Fischer von einem Schreiben dieser Firma an eine Wehrmachtstelle, man sei „von jeher bestrebt, sie zufrieden zu stellen, insbesondere bemüht, außer den uns zugeteilten Lebensmittelmengen zusätzliche Nahrungsmittel zu erhalten“, zitiert in: Fischer, S. 23.

Der Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen war aus Sicht der Rüstungsindustrie zunächst keine vollwertige Lösung als Ersatz für eingezogene Mitarbeiter. Aufgrund ihrer geringen beruflichen Vorkenntnisse wurden, wie der von Rüstungsminister Todt eingesetzte und schon erwähnte HASAG-Chef Paul Budin mitteilte, die sowjetischen Kriegsgefangenen zu 96 Prozent für Hilfsarbeiten genutzt. Er empfahl daher, sie „da einzusetzen, wo heute deutsche Arbeitskräfte eingesetzt sind, damit die deutschen Männer eine Stufe höher rücken und systematisch angelernt werden für wichtigere Aufgaben“.²⁵⁷ Später gelang es jedoch, unter den sowjetischen Kriegsgefangenen auch Fachkräfte zu rekrutieren. So nannte Speer bei seinen Vernehmungen in Nürnberg eine Zahl von 90.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die in der Rüstungsindustrie tätig waren, „...der größte Teil gelernte Facharbeiter“.²⁵⁸



Abb. 17: Sowjetische Kriegsgefangene bei der Ankunft im Stalag Zeithain (Quelle: Gedenkstätte Zeithain, Stiftung Sächsische Gedenkstätten)

Dass sich auch die Lage der westlichen Kriegsgefangenen in den letzten Kriegsmontaten erheblich verschlechtert hatte, belegt der Bericht einer Delegation des IKRK aus Genf nach dem

²⁵⁷ Schreiben Budins an die Wehrkreisbeauftragten und Rüstungsinspektionen vom 29. Dezember 1941, zitiert in: Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene*, S. 336. Viele deutsche Arbeitskräfte rückten damit in die Position von Vorarbeitern auf, siehe Hess, *Rüstungswirtschaft*, S. 89.

²⁵⁸ Speer mit Bezug auf die 36. Sitzung der interministeriellen Zentralen Planungs(-kommission), zitiert in: *Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg*, Bd. 3, S. 542.

Besuch des Stalags IV G Oschatz noch im März 1945. Das Lager betreute zu diesem Zeitpunkt 5.233 britische und amerikanische Kriegsgefangene, von denen nur 20 im Lager waren, alle anderen in 76 Arbeitskommandos oder im Lazarett. Festgestellt wurde auch der Tod von 24 britischen Kriegsgefangenen, deren Bunker am 27. Februar 1945 einen Bombenvolltreffer erhalten hatte.

Der Zustand der amerikanischen Kriegsgefangenen wurde als sehr schlecht beschrieben. Viele seien krank und medizinisch nicht ordnungsgemäß betreut. Die Ernährung sei gleichfalls schlecht, so dass viele an Körpergewicht verloren hätten. Die schlechte Ernährung führte die Kommission auch darauf zurück, dass zum einen der Inhalt von Essenspakete aus der Heimat verdorben war (überlagert) und dass teils auch über Wochen keine Pakete das Stalag erreicht hatten. Zudem wies ein inspiziertes Krankenrevier in Leipzig erhebliche Mängel auf.

Bei einer Diskussion über die Mängel mit der Stalag-Verwaltung machte diese darauf aufmerksam, dass viele amerikanische Gefangene erst vor kurzem von der deutschen Westfront zu Fuß bis nach Oschatz gekommen seien. Bei einigen Außenkommandos war nur die Minderheit der Kriegsgefangenen noch im Arbeitseinsatz, die anderen waren arbeitsunfähig erkrankt. Die Stalag-Verwaltung versprach dem IKRK, sich um eine Verbesserung der Bedingungen zu bemühen.²⁵⁹ Ersichtlich hatte sich die Situation der westalliierten Kriegsgefangenen – auch wegen fehlender Essenspakete und langer Märsche – in dieser Zeit an jene ihrer sowjetischen Kameraden zum Teil nach unten angeglichen. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, um wie viel prekärer sich die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen gerade in der letzten Phase entwickelt haben muss.

KZ-Häftlinge, Untertageverlagerungen und Luftkrieg

Es gab aber auch von anderer Seite Probleme beim Ausländereinsatz in Sachsen. Die schon erwähnte grundsätzlich abwehrende Haltung Gauleiter Mutschmanns im Jahre 1939 gegen den Ausländereinsatz in Sachsen zeigte sich auch später noch in seinen Versuchen, ab 1944 die Anweisungen des Rüstungsministeriums zu unterlaufen, verstärkt Rüstungsbetriebe aus anderen Reichsteilen nach Sachsen zu verlegen. Die Rüstungsinspektion war als weisungsabhängige Mittelinstanz des Rüstungsministeriums gehalten, Speers Anweisungen umzusetzen, während sie doch als auch sächsische Institution durchaus Verständnis für die Skepsis gegen weitere Rüstungsverlegungen nach Sachsen hatte. So verzögerten zum Beispiel Mutschmann und sein Apparat durchaus die Bereitstellung von Unterkünften für neue Betriebe oder auch Baugenehmigungen, sie konnten diese jedoch nicht verbieten; ebenso galt, dass Mutschmanns Verlagerungsverbote keine Rechtsgrundlage hatten.²⁶⁰ Dass diese divergierenden Kräfte keineswegs für eine reibungslose Rüstungsproduktion förderlich waren und mit dazu beitrugen,

²⁵⁹ Der Bericht ist ausführlich zitiert bei: Teumer, S. 5–7.

²⁶⁰ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 203. Zu den Versuchen Mutschmanns, Betriebsverlagerungen nach Sachsen zu verhindern, siehe Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 68.

Speers Ziele nur teilweise umzusetzen, ist auch ein Beleg für das strukturell polykratische System innerhalb des diktatorischen NS-Staats, der eben keineswegs immer den Durchgriff der Zentrale auf die Regionen sicherstellen konnte. Trotzdem setzten sich schließlich die Rüstungs- und Arbeitskräftesteuerungssysteme Speers und Sauckels auch in Sachsen durch. Sachsenweit kam 1944 jede achte Arbeitskraft aus dem Ausland²⁶¹, in der sächsischen Industrie sogar jede fünfte.²⁶²

Mit beigetragen zu dieser Dichte von ausländischen Arbeitskräften haben auch seit Mitte 1944 – mit einigen früheren Ausnahmen – die als letzte Gruppe massenhaft zur Zwangsarbeit eingesetzten KZ-Häftlinge. Sie waren in 62 Lagern (Männer- und Frauenlager werden jeweils einzeln gezählt) nahe ihrer rüstungsindustriellen Arbeitsorte untergebracht. Drei städtische und mehrere regionale Schwerpunkte kristallisieren sich dabei heraus: In der Stadt Leipzig befanden sich allein fünf solcher Außenlager, in der Stadt Dresden acht, in der Stadt Chemnitz und in Siegmarschönau zwei. Andere Lagerschwerpunkte lagen wegen der infolge des Luftkrieges ab 1943 einsetzenden Auslagerung von Produktionsstandorten südlich der Stadt Leipzig, südlich von Dresden sowie südlich von Chemnitz in Südwestsachsen, unter anderem mit vier Lagern in Plauen und Mehltheuer²⁶³. Sie gehörten verwaltungsmäßig zu den KZ-Stammlagern Groß-Rosen, Buchenwald und Flossenbürg. Die Buchenwalder Lager konzentrierten sich in Nordwestsachsen, die Groß-Rosener in Ostsachsen, die Flossenbürger in Südwestsachsen und dem Dresdner Raum. Die Vielzahl der Lagerstandorte korrespondierte wiederum mit der eher mittelständischen Industriestruktur Sachsens.²⁶⁴

Die KZ-Häftlinge waren dabei zum einen in vorhandenen Gebäuden untergebracht, zum Teil aber in extra errichteten Baracken. So erinnerte sich ein Zeitzeuge an das Lager Abtnaundorf, in dem KZ-Häftlinge für die Erla-Werke in Leipzig wohnten, folgendermaßen: „Das gesamte Lager Abtnaundorf war mit einem umfangreichen Sicherheitskordon umgeben. Ein drei Meter hoher und mit 1.000 Volt geladener Stacheldrahtzaun trennte die Häftlinge von der Außenwelt. Ein Stolperdrahtgeflecht von zwei Meter Breite und einem Meter Höhe umgab als zweiter Sicherungsring das Lager.“²⁶⁵ Andere Häftlinge, wie etwa die Frauen bei den Astra-Werken in Chemnitz, wurden zum Beispiel im Obergeschoss des Produktionsgebäudes untergebracht, so dass hier kein Stacheldraht zum Einsatz kommen musste. Fast immer ging die

²⁶¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 234 und 237. Pfalzer schätzt die Zahl der zivilen Zwangsarbeiter im Raum Chemnitz im Sommer 1944 auf gut 29.300, zuzüglich der 915 KZ-Häftlinge der Astra AG und der Auto Union, siehe Pfalzer, S. 201.

²⁶² Held / Fickenwirth, S. 158.

²⁶³ Sie bestanden aus zwei Lagern der verlagerten OSRAM AG, einem Lager des Leipziger Betriebes Th. Horn sowie einem KZ-AL der VOMAG mit zusammen 750 Häftlingen.

²⁶⁴ Siehe NS-Terror und Verfolgung, Verzeichnis der KZ-Außenlager sowie Karten 2–4. Die Rekrutierung von KZ-Häftlingen gestaltete sich unterschiedlich. Offenbar konnten größere Werke wie die OSRAM AG oder die MMW in Taucha durchaus Einfluss auf die Auswahl der Häftlinge für den Arbeitseinsatz bei ihnen nehmen, etwa 1944 noch in Auschwitz oder im KZ-Stammlager Flossenbürg, siehe dazu näher Fritz, KZ-Außenlager, S. 146. Im Fall der KZ-Häftlinge der Astra-Werke in Chemnitz war dies jedoch nicht der Fall, siehe Kapitel 5.

²⁶⁵ Zitiert in: Hesse, Teil II, S. 95.

Initiative zur Beschäftigung von KZ-Häftlingen von den einzelnen Betrieben aus²⁶⁶, die dann wie etwa die Erla-Werke Kontakte mit den zuständigen SS-Instanzen für die Bereitstellung von Häftlingen und die Errichtung der notwendigen Unterkünfte aufnahmen.²⁶⁷

Versuche, der Bedrohung durch alliierte Luftangriffe durch die Verlagerung von Produktionsstätten in unterirdische Stollen zu entgehen, gab es auch in Sachsen, wenngleich deren Fertigstellung zumeist nicht mehr erfolgte, so dass nur ein geringer Produktionsanteil in solchen Anlagen erzielt werden konnte. Während Betriebsverlagerungen in der Regel von den Rüstungsfirmen angesichts der Luftbedrohung bereitwillig vorgenommen wurden, waren Untertageverlagerungen viel schwieriger, trotz des Schutzes, den sie für den Maschinenpark des Betriebs versprachen. Man konnte eben nicht auf die Infrastruktur eines Aufnahmebetriebs zurückgreifen, sondern musste eine solche Struktur in den Stollen vollständig neu einrichten, was zu hohen Kosten führte, wie etwa die Junkers-Werke in Dessau in einer Stellungnahme hervorhoben.²⁶⁸ Trotzdem gab es auch für Sachsen eine ganze Reihe solcher Bauprojekte.

*Auszug aus einer Liste für die unterirdischen Bauten mit dem Schwerpunkt Sachsen*²⁶⁹

| Deckname | Objekt | Nr. |
|--------------|----------------------------------|------|
| Anke | Schiefergrube Colditz | 139 |
| Avanturin | Sachsenstein, Sächsische Schweiz | 5128 |
| Azurit | Stollenanlage Plauen | 5154 |
| Achat | Stollen Großbothen | 5178 |
| Carnallit | Herrenleite bei Pirna | 5034 |
| Christa | Brk Feldschlösschen, Dresden | 6037 |
| Cyanit | Rohrbach / Bad Brambach? | 5038 |
| Dachs | Bergloch, Elbeklamm | 160 |
| Eichhörnchen | Zinnwald-Altenberg | 73 |
| Elonore | Kommunebrauerei Altenburg / Thü. | 675 |
| Else | Brk Landeskronen Görnitz | 6042 |
| Fenok | Waldheim | 1132 |

²⁶⁶ Fritz, KZ-Außenlager, S. 145. Siehe auch die entsprechenden Ausführungen dazu in Kapitel 2.

²⁶⁷ So verweist Hesse, Teil II, S. 98 f. auf die diesbezüglichen Aussagen eines Erla-Werke-Direktors bei seinem Verhör am 12. Juni 1945; zur Kontaktaufnahme zum für den Häftlingseinsatz zuständigen Mitarbeiter des Amtes D II im WVHA der SS, Gerhard Maurer, siehe Maximilian Schulz, KZ-Alltag in Leipzig. Das Außenlager Leipzig-Thekla 1943–1945, in: Brunner / Kenkmann, S. 69–89, hier S. 74.

²⁶⁸ Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 28 f. zitiert eine solche Stellungnahme der Rechtsabteilung der Junkers-Werke.

²⁶⁹ Die sächsischen Objekte zur unterirdischen Rüstungsproduktion sind aus der „Gesamtliste Straßen- und Eisenbahntunnel, Gruben, Keller, Bergwerke, Festungen, Steinbrüche, Höhlen, Schächte, Bunker, Burgen, Zechen“ entnommen worden. Die als „Geheime Kommandosache“ deklarierte Liste wurde am 24. Februar 1945 in 20 Ausfertigungen vom Rüstungsministerium, Amt Bau-OT, Amtsgruppe Technik, Abt. Unterirdische Bauten, mit Stand vom 15. Januar 1945 an die betreffenden Stellen im Reich weitergeleitet, BStU Ast Leipzig, MfS BV Leipzig, AGL 00199 / 02.

| Deckname | Objekt | Nr. |
|--------------------|--|------|
| Flamingo | DRT Penig, Chemnitz | 267 |
| Gisela | Brk Riebeck, Altenburg / Thü. | 671 |
| Granulit | Lengenfeld / Vogtl. | 5175 |
| Herbert | Raudnitz (heute Roudnice nad Labem) / Böhmen | 559 |
| Hering | Elbschlossbr. Leitmeritz / Böhmen | 600 |
| Honigstein | Tetschen / Böhmen | 5119 |
| Heliotop | Stenoper-Plauen | 5029 |
| Kareibe | Seidel, Frankenstein | 1141 |
| Karausche | Bergkeller Eilenburg | 601 |
| Katharina | Vereinsbrauerei Zwickau | 647 |
| Knurrhahn | Herold | 148 |
| Konstanze | Tharandt | 6102 |
| Kreuzer | Drachenhöhle | 411 |
| Leipzig | Feste Leipzig | 333 |
| Martha | Felsenkeller Dresden | 77 |
| Mondstein | Polenztal | 5108 |
| Nanny | Brk Aktbr. Plauen | 6021 |
| Nautilus | Wellnitz bei Böhm. Leipa | 1092 |
| Ottilie | Brk Radebeul bei Dresden | 6060 |
| Pechblende | Stollenanlage Einsiedel | 5150 |
| Prusit | Markersdorf | 5195 |
| Puppe | Lengefeld | 49 |
| Rauchquarz | Miltitz-Roitzschen | 1143 |
| Richard I, II, III | Leitmeritz / Böhmen | 51 |
| Rogenstein | Alte Post bei Pirna | 5166 |
| Rotfeder | Kirchberger Glück | 140 |
| Rudi | Wiesa-Kamenz | 573 |
| Rüdiger | Koschenberg bei Wiesa | 572 |
| Schwätzer | Hammer-Unterwiesenthal | 6? |
| Seezunge | Rabensteiner Felsendome | 75 |
| Silvinit | Schmiedeberg | 5043 |
| Serizit | Görlitz-Moys | 5170 |
| Tegel | Zschachwitz | 5042 |
| Tilde | Unionbrauerei Zwickau | 6072 |
| Vera | Schlossbr. Chemnitz-Altendorf | 6013 |
| Zander | Nenntmannsdorf [Kalksteinbrüche, A.d.A.] | 1087 |

Aus dem Chemnitz-Zwickauer Bereich versuchte beispielsweise die Auto Union nach den schweren Luftangriffen auf Chemnitz vom 11. September 1944 Teile ihrer Produktion in ein Höhlensystem bei Leitmeritz im Sudetenland zu verlagern (zum Hintergrund siehe genauer Kapitel 5). Etwa 18.000 Häftlinge mussten das Höhlensystem mit den Code-Namen Richard I,

II und III auf- und ausbauen. Ebenso wie bei anderen Untertagebauten (etwa die Raketenproduktion in Mittelbau-Dora) war die Opferzahl unter ihnen hoch: zwischen einem Viertel bis zu einem Drittel von ihnen kam bei den Arbeiten ums Leben.²⁷⁰ Die Auto Union²⁷¹ sollte zwei Produktionsstandorte erhalten und ließ dort unter dem Tarnnamen Elsabe AG produzieren: in Richard I (60.000 qm) und Richard III (4.000 qm), in letzterem wurde aber die Produktion nicht mehr aufgenommen. Richard II (14.000 qm) war als unterirdische Produktionsstätte zwar von der Auto Union für sich reklamiert, jedoch vom Rüstungsministerium der OSRAM AG zugeschlagen worden. Mit dem Ausbau der drei Höhlenkomplexe wurde die SS unter Waffen-SS-General Hans Kammler, Mitglied des Jäger-Stabs, vom Rüstungsministerium betraut, der wiederum eine Vielzahl von Berliner und anderen Firmen mit den konkreten Bauarbeiten beauftragte.

Wie häufig, waren auch hier Finanzen und Besitzverhältnisse zwischen Rüstungsministerium und Verlagerungsbetrieb (Auto Union) strittig, so etwa bei Erschließungskosten. Die Auto Union wollte die Stollen kaufen, das Rüstungsministerium sah eine Verpachtung vor. Bis Kriegsende kam es hier zu keiner Entscheidung.²⁷² Zugleich geriet das Vorhaben im Herbst 1944 in eine kritische Phase. Obwohl die Stollen der Auto Union bereits im Jahr 1943 auf deren perspektivische Anfrage hin vom Oberbergamt Freiberg als grundsätzlich geeignet (vor Bombenabwürfen sicher) charakterisiert worden waren, erhob dasselbe Amt im August 1944 Bedenken gegen die Eignung des Stollensystems. Ein daraufhin eingeholtes externes Gutachten erbrachte erwartungsgemäß ein anderes Urteil, so dass weitergebaut werden konnte. Immerhin erließ das Oberbergamt Freiberg am 4. Dezember 1944 52 bergpolizeiliche Auflagen für die Ausgestaltung des Ausbaus.²⁷³

Die ersten 500 Bauhäftlinge waren bereits im März 1944 aus dem KZ Flossenbürg eingetroffen und wurden mangels Unterkünften vor Ort im nahe gelegenen Ghetto Theresienstadt im dortigen Gestapo-Gefängnis untergebracht, im Mai erfolgte dann die Verlegung der Häftlinge in die frühere Artilleriekaserne in Leitmeritz. Im Juni 1944 hatte sich die Beschäftigtenzahl auf der Baustelle vervielfacht. Neben 500 politischen Häftlingen aus Theresienstadt waren gut 1.700 KZ-Häftlinge, 315 deutsche Arbeiter und ebenso viele tschechische und französische Zivilarbeitskräfte beschäftigt. Nach Erhöhung der Dringlichkeitsstufe des Vorhabens auf die höchste Ebene des Jäger-Stabs wurden weitere Tausende von Häftlingen und auch IMIs

²⁷⁰ Kukowski / Boch, S. 231, 393. Zur treibenden Kraft für das Projekt wurde die Auto Union wohl erst im Herbst 1944, als die Verlagerung ihrer Produktionsanlagen angesichts der kritischen Luftsicherheit in Chemnitz oberste Priorität erhielt. Die Sorge, so stellen Kukowski / Boch fest, galt dabei kaum den eingesetzten Arbeitskräften, sondern vielmehr der Sicherheit ihrer Produktionsanlagen, siehe Kukowski / Boch, S. 232.

²⁷¹ Zu den folgenden Ausführungen siehe Kukowski / Boch, S. 226–232.

²⁷² Die in Leitmeritz produzierende Fa. Kalk- und Ziegelwerke AG verlangten von der Auto Union große Leistungen zur Herrichtung der Stollen, die sie als Besitzer nicht selbst übernehmen wollte, sowie die kostenlose Übernahme der durch die Auto Union einzubauenden Betriebsanlagen nach deren Nutzungsende, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 993.

²⁷³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union Chemnitz AG, Sign. 993.

erwartet, so dass die Gesamtzahl der Häftlinge (inklusive Arbeitshäftlinge in der Produktion) dann bis Mai 1945 auf die oben schon genannte Zahl von etwa 18.000 stieg.

Der Lagerkomplex Leitmeritz bildete damit das größte Außenlager des Stammlagers Flossenbürg. Nach den Planungen der SS war zu Beginn eigentlich eine Ausbaustufe von 4.300 männlichen und 1.000 weiblichen Häftlingen geplant. Epidemien sowie die schrecklichen Arbeits- und Lebensbedingungen führten aber zu zahlreichen Todesfällen, und auch Bauprobleme machten eine erhöhte Zahl von Bauhäftlingen erforderlich. So wurden zahlreiche neue Häftlingstransporte aus verschiedenen KZ-Stammlagern nach Leitmeritz durchgeführt. Vom 10. August 1944 mit 2.800 Häftlingen stieg die Belegung bis 16. November auf knapp 5.000. Im Februar 1945 erhöhte sie sich auf gut 6.500. Viele der Evakuierungsmärsche und Bahntransporte aus KZ-Außenlagern wurden ebenfalls nach Leitmeritz geleitet²⁷⁴, so dass schließlich über 9.000 Häftlinge in den Stollen, den überfüllten Baracken und auch im Freien lebten und übernachten mussten. Entsprechend hoch war die Sterblichkeit bereits im Januar 1945 mit 945 Toten. Kranke, das heißt nicht arbeitsfähige Häftlinge, wurden entweder nach Flossenbürg zurücküberwiesen oder in das KZ Bergen-Belsen, insgesamt wohl 3.869 Personen.²⁷⁵

Im Juli 1944 war die schon erwähnte Elsafe AG gegründet worden. Da sich die Auto Union nicht der Bauhäftlinge für ihre geplante Produktion bedienen sollte, forderte sie vom KZ Flossenbürg gesondert 4.000 Produktionshäftlinge an. Für die Unterbringung und Ernährung dieser Häftlinge wie auch der anderen Produktionsarbeiter, einschließlich einer eigenen Kantine, wurde schließlich nach längerem Streit mit dem Rüstungsministerium die Auto Union verantwortlich. Großen Wert legte der Vorstand darauf, dass das deutsche Leitungspersonal „tadellos untergebracht werden muss und eine dauernde Unterbringung innerhalb des Barackenlagers keinesfalls in Betracht gezogen werden darf“, wie es im Protokoll der Gründungssitzung hieß.²⁷⁶

²⁷⁴ NS-Terror und Verfolgung, Beikarte 4: Flossenbürg: Außenlager und Evakuierung.

²⁷⁵ Zahlen nach Kukowski / Boch, S. 391 f. Insgesamt wird die Gesamtsterbezahl im Komplex Leitmeritz mit etwa 4.500 Häftlingen benannt; ab Anfang 1945 existierte zur Beseitigung der Leichen sogar ein eigenes Krematorium, siehe Patrick Bormann / Per Thiedtke, Erweiterter Forschungsbericht Auto Union, in: <https://www.wiwo.de/downloads/9943596/1/>, S. 15. Es handelte sich dabei, wie bei einem Beitrag von Mark Spoerer zur Auto Union (siehe weiter unten), um ein Auftragsgutachten für die Wirtschaftswoche.

Insgesamt kommt Spoerer in seinem Parallelgutachten für die Wirtschaftswoche zu 5.700 Todesfällen, da nach seinen Angaben noch etwa 1.200 Todkranke „zur Ermordung ins KZ Bergen-Belsen transportiert“ wurden, siehe Mark Spoerer, Umfang und Interpretation des Einsatzes von Zwangsarbeitern für den Auto Union-Konzern im Zweiten Weltkrieg, Deutsches Historisches Institut Paris, März 2010, S. 4, in: <https://www.wiwo.de/downloads/9943596/1/>, 8. Dezember 2019. Ob die Charakterisierung „Ermordung“ im juristischen Sinne angebracht ist, darf bezweifelt werden; in jedem Fall starben aber die meisten der verlegten Häftlinge nach der Ankunft in den Stamm-KZs aufgrund der dort inzwischen herrschenden chaotischen Lebens- und Unterbringungsbedingungen, so auch in Bergen-Belsen. Ähnlich war es, wenn sowjetische Kriegsgefangene als Todkranke in ihre Stalags zurücktransportiert wurden.

²⁷⁶ Zitiert in: Kukowski / Boch, S. 354 f.

Die Untertageverlagerung nach Leitmeritz²⁷⁷ ist die einzige, die bei der Auto Union tatsächlich zur Produktionsreife geführt wurde, was sicherlich mit der Priorität des Panzermotorenprogramms zusammenhing. Obwohl die Stollen noch nicht für die Herstellung von Motorenkomponenten vollständig betriebsfertig waren, wurden bereits im Oktober 1944 erste Maschinen und 470 Arbeiter nach Leitmeritz verlegt. Gerade am Beispiel der Auto Union-Produktion in Leitmeritz können die Probleme dieses NS-Notmaßnahmeprogramms verdeutlicht werden. Da die Eingänge zu den Höhlen zu klein waren, mussten viele Maschinen zunächst auseinandergenommen und dann in den Höhlen wieder zusammengesetzt werden. Es gab erhebliche Unterbringungsprobleme für die deutschen und ausländischen Arbeitskräfte, die zu hohem Krankenstand führten. Die ersten 400 KZ-Produktionshäftlinge waren für Ende November vorgesehen und sollten sukzessive auf bis zu 2.300 erhöht werden. Es wurde für die Produktion zu einem nicht zu behebenden Problem, dass zahlreiche Produktionsmaschinen beim Luftangriff auf Chemnitz vom 11. September 1944 beschädigt worden waren und nicht vollständig repariert werden konnten. So kam es für die Motorenmontage in Siegmarsberg zu erheblichen Ausschusslieferungen aus Leitmeritz. Im Werk Elsabe waren im Dezember 1944 258 Deutsche (175 Männer, 83 Frauen), 215 ausländische Zivilarbeiter (201 Männer, 14 Frauen), 125 Ostarbeiter (121 Männer und 4 Frauen) und 356 KZ-Häftlinge tätig, also 696 ausländische Arbeitskräfte. Im Februar 1945 war die Zahl der Ausländer auf 213 Zivil- und 82 Ostarbeiter gestiegen, hinzu kamen 828 KZ-Häftlinge; die deutsche Belegschaft war auf 158 gesunken, also bestand die Gesamtbelegschaft aus 1.281 Personen.²⁷⁸

Die Werksleitung war sich immer bewusst, dass die KZ-Häftlinge in einem körperlichen Zustand waren, der keine zufriedenstellenden Arbeitsergebnisse zuließ und daher dringende Verbesserungen benötigte. So hieß es zum Beispiel in einem Fabrikationsprotokoll vom Dezember 1944: „Hinzu kommt, dass die bei Elsabe eingesetzten Häftlinge aufgrund ihres geistigen und körperlichen Zustandes für einwandfreie Arbeiten z.Zt. noch völlig ungeeignet sind. Es sind alle Maßnahmen eingeleitet, um die bei den Maschinen, Vorrichtungen und Werkzeugen liegenden Ursachen für die hohe Ausschussquote abzustellen und damit von dieser Seite her den Arbeitsausschuss zu mindern. Von entscheidender Bedeutung ist aber hierfür auch die Art der zum Einsatz gelangenden Arbeitskräfte. Die Werkleitung Elsabe gibt dem Vorstand einen umfassenden Bericht über den derzeitigen Zustand der Häftlinge. Da im Interesse der Programmerrfüllung die für uns wertvolle Arbeitskraft, wie sie die Belegschaft der Häftlinge darstellt, unter allen Umständen erhalten bleiben muss, dies aber bei dem derzeitigen Zustand von Unterbringung, Bekleidung, hygienischer und sanitärer Betreuung tatsächlich nicht der Fall ist, wurden mit den für die Lagerhaltung verantwortlichen SS-Dienststellen unter Mitwirkung eines SS-Hauptarztes folgende Maßnahmen besprochen [es folgen die Maßnahmen, A.d.A.]. ... Im gleichen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass gerade auch

²⁷⁷ Zu den folgenden Ausführungen für Leitmeritz (Richard I und III) siehe Kukowski / Boch, S. 331–337.

²⁷⁸ Kukowski / Boch, Tabelle 40 S. 396, Tabelle 42 S. 397.

beim Häftlingseinsatz durch ein geeignetes System hinsichtlich Verteilung der Lebensmittel, Rauchprämien usw. durchaus ein sachlicher Wettbewerb geschaffen werden kann, der eine Steigerung der Arbeitsleistung auslöst.“²⁷⁹ Die im Protokoll genannten „Verbesserungen“ bestanden in der Trennung der Bau- von den Produktionshäftlingen, in getrennter Beköstigung, besserer Bekleidung sowie der Ausstattung mit wärmenden Decken.²⁸⁰

In diesem Protokoll kommt wie in einem Brennglas die zentrale Situation gegen Ende des Krieges zum Ausdruck: Man erkennt auf Firmenseite, dass der Zustand der Häftlinge beklagenswert und ausschlaggebend für schlechte Arbeitsergebnisse ist, und versucht daher, Abhilfe zu schaffen. Gleichzeitig ist man bereit, bessere Arbeitsergebnisse sogar noch durch die Lebensmittelzuteilung als Druckmittel zu erzielen. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Häftlinge gab es nicht, und humanitäre Überlegungen fanden keinen Niederschlag.

Insgesamt und verklausuliert verabschiedete sich die Auto Union bereits im Februar 1945 von ihrem Prestige-Verlagerungsprojekt Leitmeritz und empfahl dem Vorstand keine weiteren Produktionsverlagerungen dorthin. Allein der Eisenbahntransport zwischen Leitmeritz und Siegmarsdorf dauerte zu dieser Zeit aufgrund des Eisenbahnnetzzustands circa drei Wochen (Verzögerungen, Transport nur über Nebenstrecken). Leitmeritz war auch betriebswirtschaftlich nicht mehr lohnend und verzögerte wegen seiner Lieferrückstände die Panzermotorenherstellung in Siegmarsdorf wesentlich. Trotzdem wurde die Produktion in dem Stollen bis zum 5. Mai 1945 aufrechterhalten, bis zur Befreiung.

Aus dem Leipziger Raum verlagerten gegen Ende 1943 die Mitteldeutschen Motorenwerke in Taucha, eine Tochter der Auto Union, ebenfalls Produktionsteile in das Sudetenland nach Morchenstern und Plaw, allerdings in nicht mehr genutzte Übertagefabrikhallen der Textilindustrie. Das Werk erhielt den Tarnnamen Iser GmbH.²⁸¹ Im Unterschied zu sonstigen sächsischen Verlagerungen waren die neuen Aufnahmebetriebe jedoch etwa 200 km Luftlinie vom Stammwerk in Taucha entfernt. Auch ist wesentlich, dass nicht etwa die Firma allein das Verlagerungsvorhaben steuerte, sondern es unter die Ägide des Jäger-Stabs fiel, der 1944 zentralen Steuerungsinstanz im Rüstungssektor. Die eingeforderten Flächen der beiden Werke in Morchenstern (ehemalige Johann Priebisch Erben AG) und Plaw (Weberei F. Bruna) lagen bei über 41.000 qm Nutz- beziehungsweise 23.000 qm bebaute Fertigungsfläche. Die Zahl der prospektierten Arbeitskräfte war ebenfalls erheblich: 1.350 und 1.000, die fast ausschließlich aus dem Protektorat kommen sollten.

²⁷⁹ Protokoll der Dezember-Fabrikationssitzung Elsabe vom 16. Januar 1945, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 332 f.

²⁸⁰ Siehe hierzu genauer Kukowski / Boch, S. 392. Der Krankenstand der Elsabe-Häftlinge lag teilweise bei 30 Prozent.

²⁸¹ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 98. Siehe auch Fritz, KZ-Außenlager, S. 149, und Kukowski / Boch, S. 223. Zu den folgenden Ausführungen bezüglich der Iser GmbH siehe Kukowski / Boch, S. 341–344.

Dies gelang jedoch nur begrenzt. Vielmehr wurden Fachkräfte aus Taucha abgezogen, und die Beschäftigtenzahlen betrugen im September 1944 1.584, im Oktober 1.770, im November 1.783 und im Dezember 1.706. Viele von ihnen waren Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene aus dem MMW-Werk in Taucha. Im Februar 1945 wurden zudem 300 weibliche KZ-Häftlinge aus dem aufgelösten KZ-Stammlager Groß-Rosen überstellt, die jedoch bereits im nächsten Monat an das KZ Mittelbau weitergeleitet wurden, da sich die Front näherte. Welche Produktionsergebnisse erreicht werden konnten, ist unklar. Geplant war auf jeden Fall, in Morchenstern monatlich gut 500 Junkers-Motoren und in Plaw 500 Ju-88-Triebwerke zu reparieren.

Ein ebenso wichtiges Verlagerungsprojekt der MMW war das Vorhaben „Carnallit“.²⁸² Die ab Ende 1943 einsetzenden Luftangriffe auf den Raum Leipzig führten zu Überlegungen der Auto Union, die gesamte oder mindestens Teile der Produktion unterirdisch zu verlagern und damit zu sichern. Dieses geschah auch aus Sorge vor Ansprüchen von Junkers auf die Maschinen in Taucha. Spätestens ab April 1944 wurde die Suche nach geeigneten Verlagerungstollen intensiviert, nachdem sich Pläne, überirdische Betonstollen zu errichten, wegen viel zu knapper Baumaterialien schnell zerschlagen hatten. Aus mehreren möglichen Standorten schälte sich alsbald der Höhlenkomplex in Mockethal-Herrenleite bei Pirna heraus, dem das Rüstungsministerium zustimmte. Nach einer genaueren Prüfung gab es jedoch zunächst eine Absage, weil die Stärke des Deckgesteins als zu geringer Schutz vor Luftangriffen eingeschätzt wurde.

MMW / Auto Union versuchten dies zu entkräften und doch noch die Zustimmung zu dem Projekt zu erhalten. In einem Schreiben umriss Auto-Union-Vorstand Bruhn die Dimensionen des Projekts: Fertigungsstätte mit 42.000 qm, eine Kammlinie von 1.000 Junkers-Motoren monatlich. Bei Kosten von gut zwölf Millionen RM sollte im Dreischichtsystem mit 7.000 Arbeitskräften gearbeitet werden. Der Beginn der Produktion war auf Oktober / November 1944 terminiert.

Trotz fehlender endgültiger Genehmigung durch das Rüstungsministerium wurden die Planungen – Arbeitskräfte, Unterbringungsfragen, Versorgungsleitungen, Sicherung von Baukapazitäten und vieles mehr – weiter vorangetrieben. Sogar der Jäger-Stab stellte Ende Juli 1944 eine erste Rate für die Baukosten in Höhe von neun Millionen RM zur Verfügung. Doch dann kam ein Rückschlag. Eine Kommission unter der Leitung Edmund Geilenbergs, des Generalkommissars für Sofortmaßnahmen bei Speer, besichtigte den Steinbruch und beanspruchte ihn für den Aufbau eines chemischen Werks, wohl eines Hydrierwerks.²⁸³ Die Untertageverlegungen waren – ebenso wie die Beziehungen zwischen Herstellern im Rahmen von Ringfertigungen – immer von einem Konkurrenzverhältnis geprägt. So etwas konnte man auch bei anderen Auto-Union-Verlagerungsprojekten feststellen.

²⁸² Zu den folgenden Ausführungen Kukowski / Boch, S. 232–237.

²⁸³ So wurden vom Geilenberg-Stab später bei zwei Projekten im Erzgebirge jeweils 10.000 Arbeitskräfte im Rahmen eines Hitlerschen Sonderauftrags eingesetzt, wie es in einer Besprechung zum Carnallit-Projekt im November 1944 hieß, siehe Kukowski / Boch, S. 346.

So sollte auch in den Kalkhöhlen bei Miltitz in der Nähe von Leipzig produziert werden. Die Auto Union wollte diese Höhlen für die Verlagerung ihres Panzerprogramms von Horch in Zwickau nutzen. Sie erhielt auch den Zuschlag, freilich keine hohe Dringlichkeitsstufe. Als später ein anderer Interessent, der ausgebombte Bremsenhersteller Teves aus Frankfurt / Main, eine solche Stätte suchte, erhielt er den endgültigen Zuschlag und die Auto Union ging leer aus.

Die in der Nähe von Chemnitz gelegenen Rabensteiner Felsendome waren der Auto Union bereits vom Jäger-Stab zugesagt, als das Rüstungsministerium umschwenkte und diese Kalkhöhlen der Chemnitzer Firma Hermann Pfauter AG zur Verfügung stellte. Auch die Kalkbergwerke in Braunsdorf, die als Untertageproduktionsstätte für MMW, DKW oder das Chemnitzer Auto-Union-Werk Rößlerstraße grundsätzlich in Frage kamen, wurden nicht an die Auto Union, sondern an Zeiss Ikon in Dresden vergeben.²⁸⁴

Für die Pläne in Mockethal-Herrenleite zeigten die Eingaben der Auto Union beim Rüstungsministerium doch noch Wirkung.²⁸⁵ Anfang Oktober konnten die Ausbauarbeiten begonnen werden, durch Baufirmen und zusätzliche Arbeitskräfte der Organisation Todt. Von Beginn an legte man in der Planung – eingedenk der Schwierigkeiten in Leitmeritz – Wert auf ausreichend Unterkünfte und Ernährung. Doch im Dezember 1944 legte das Rüstungsministerium wieder ein Veto ein, das nun der Produktionssicherung im Ruhrgebiet höchste Priorität einräumte. Auf Intervention von Mutschmann²⁸⁶ und vieler anderer Entscheidungsträger bei Speer revidierte dieser seine Entscheidung zur Einstellung der Bauarbeiten und gab am 15. Dezember die Genehmigung, wenigstens eine Produktionsfläche von 7.000 qm fertigzustellen. Zwar war zwischenzeitlich die Zahl der Bauarbeiter von 1.000 auf 290 im November 1944 gesunken, stieg dann im Februar 1945 aber wieder auf gut 800 an. Tatsächliche Baufortschritte waren jedoch außer Arbeiten an Baracken, zur Schuttberäumung und ersten kleinen Probebohrungen kaum zu verzeichnen. Das Carnallit-Projekt ging nie in Produktion. Wenn es hätte realisiert werden können, wäre es größer dimensioniert gewesen als das Stammwerk von MMW in Taucha, und es hätte große Kontingente von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen für die Produktion erfordert, weil deutsche Arbeitskräfte im geplanten Umfang nicht mehr zur Verfügung standen. Carnallit ist ein Beispiel dafür, wie ein Industriekonzern keineswegs auf Druck von Speer Verlagerungen vornehmen sollte, sondern umgekehrt Speer dazu genötigt wurde, den Wünschen des Konzerns nachzugeben. Kukowski / Boch sehen den entscheidenden Grund der Auto Union zum Festhalten am Projekt Carnallit letztlich darin, ihr Standbein in der Luftrüstung nicht an die Junkers-Werke zu verlieren, trotz aller geschilderten Schwierigkeiten in Mockethal-Herrenleite.²⁸⁷

²⁸⁴ Zu den Verlagerungsorten Miltitz, Rabenstein und Braunsdorf siehe Kukowski / Boch, S. 237 f.

²⁸⁵ Für die folgenden Ausführungen siehe Kukowski / Boch, S. 344–349.

²⁸⁶ Dieser war bereit, das Carnallit-Projekt als Gauprojekt einzustufen, einem Verfahren, das jedem Gauleiter ermöglichte, Hitler ein Projekt als „Geschenk“ zu dessen Geburtstag, quasi außerhalb sonstiger Planungen, zu überreichen, siehe Kukowski / Boch, S. 346 und 348.

²⁸⁷ Kukowski / Boch, S. 349.

Bei einigen der Untertageverlagerungen ins Erzgebirge außerhalb der Auto Union-Vorhaben wurden nicht nur Tausende von Zwangsarbeitern der Organisation Todt eingesetzt, sondern auch für die Ausbauphase KZ-Häftlinge. In Königstein, Porschdorf und Mockethal-Zatzschke in der Sächsischen Schweiz waren Häftlinge für die Einrichtung solcher Untertageproduktionsstätten eingesetzt. Auch hier war, wie in Königstein, die Todesrate von zehn Prozent innerhalb weniger Monate sehr hoch, viele Hundert wurden todkrank ins Stammlager abgeschoben.²⁸⁸

Auch Justiz-Gefangene wurden – etwa in einem Kalkstein-Bergwerk bei Miltitz (Code-Name Molch IV) – so zur Benzinproduktion eingesetzt. Eine gewaltige Untertageproduktionsstätte zur Herstellung von Flugbenzin (nach den Zerstörungen der Hydrierwerke im Mai 1944) war zwar im sächsischen Polenztal vorgesehen, konnte aber nicht umgesetzt werden.²⁸⁹

Die meisten der geplanten Untertageverlagerungen kamen nicht zustande beziehungsweise nahmen den Produktionsbetrieb nicht auf. Die Rabensteiner Dome sollten unter anderem Produktionsstätten der Chemnitzer Firma Pfauter aufnehmen. Die Fa. Hamel wollte etwa einen Teil ihrer Panzermotorenproduktion im Merkur- und Plutoschacht Gersdorf, Tarnname Okapi, vornehmen.²⁹⁰

In die Herolder Kalkwerke sollten 1944 / 1945 Produktionsanlagen der naheliegenden Junkers-Werke in Venusberg unterirdisch verlagert werden (Tarnname Knurrhahn). Nach Venusberg waren 1943 Betriebsteile der Kasseler Junkers-Werke verlagert worden; sie wurden unter dem Namen Venuswerke AG fortgeführt. Unter anderen sollten dazu Fabrikationsanlagen im Thumer Ortsteil Herold angemietet werden, ebenso wie im nahegelegenen Ehrenfriedersdorf, wo zum Beispiel Teile für das Düsentriebwerk der Me 262 hergestellt wurden. Um die Produktion in das Kalkwerk Herold verlagern zu können, mussten sowjetische Kriegsgefangene eine 30-Kilovolt-Stromleitung bauen. Zudem entstand im Kalkwerk Herold offenbar ein Barackenlager, vermutlich vorgesehen für die Belegschaft zum Betrieb der unterirdischen Produktionsstätte, für die mit Sicherheit auch die KZ-Häftlinge der Venuswerke AG vorgesehen waren. Es kam jedoch auch in diesem Fall nicht mehr zum Einsatz der vorgesehenen unterirdischen Anlage.²⁹¹

Am Beispiel von Herold lassen sich auch die Interessengegensätze zwischen den Beteiligten verdeutlichen. Ursprünglich sollten die Venuswerke auf einer Sohle in 40 m Tiefe ihre Produktionsfläche einrichten. Die Arbeiten dazu liefen ab Februar 1944. Auf der in 54 m Tiefe liegenden Sohle wurde weiter Kalk abgebaut. Das Rüstungsministerium verfügte jedoch Ende

²⁸⁸ Hans Brenner, *Eiserne „Schwalben“ für das Elbsandsteingebirge. KZ-Häftlingseinsatz zum Aufbau von Treibstoffanlagen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges*, in: *Sächsische Heimatblätter* 45 (1999), S. 9–16. Zu den KZ-Außenlagern siehe *NS-Terror und Verfolgung*, S. 489 f., 503 f. und 513 f.

²⁸⁹ Gerald Hacke, *Radikalisierung und Eskalation. Zur Tätigkeit der Justiz in Sachsen während des Zweiten Weltkrieges*, in: *Schmeitzner / Vollnhals / Weil*, S. 117–137, hier S. 130 f.

²⁹⁰ Uhlmann, S. 188. Der genannte Schacht in Gersdorf ist in oben genannter Liste nicht enthalten.

²⁹¹ *Stadtbote Thum*, Nr. 1, 1. Januar 2014, S. 8 sowie *Stadtbote Thum* Nr. 8, 1. August 2014, S. 9. Zum KZ-Außenlager der Venuswerke AG siehe *NS-Terror und Verfolgung*, S. 519 f.

1944, den Kalkabbau einzustellen. Auf Einspruch des Oberbergamts Freiberg wurde dieser Bescheid wieder aufgehoben, da auch der Kalkabbau prioritär war. Das Projekt Knurrhahn war allerdings erst Ende April 1945 mit 5.000 qm Fläche so hergerichtet, dass auch Produktionsanlagen hätten eingerichtet werden können, wozu es aufgrund der Kriegslage nicht mehr kam; ein Mietvertrag war zwischen dem Kalkwerk und den Venuswerken bis Ende März 1945 ebenso nicht zustande gekommen. Insgesamt hatte man für die Einrichtung des unterirdischen Venuswerke-Betriebes Gesamtinvestitionen von zwei Millionen RM veranschlagt.²⁹²

Im Falle der Leipziger Pittler-Werke mit ihrem Betrieb Mechanik GmbH Rochlitz erfolgte eine Untertageverlegung in den Raum Halle in zwei stillgelegte Kali-Schächte in Wansleben. Dabei wurden Produktionsanlagen in von Häftlingen ausgebaute Hallen unterirdisch verlagert; als Arbeitskräfte wurden sowohl deutsche Stammarbeiter als auch männliche KZ-Häftlinge eingesetzt.²⁹³

Von den Betrieben im Raum Dresden verlagerten oder planten die Verlagerung insgesamt neun Hersteller.²⁹⁴ Die Zeiss Ikon AG, schon weiter oben genannt, stach die Auto Union bei den Braunsdorfer Dolomitwerken aus und erhielt den Zuschlag. Als Fläche standen immerhin 13.000 qm zur Verfügung, zuzüglich 3.000 qm für die Firma Anschütz aus Kiel. Weitere Untertageverlagerungsorte waren das Kalkwerk Maxen bei Dresden mit 2.000 qm, die Kalk- und Diabas-Werke Nenntmannsdorf bei Dresden mit 2.300 qm (Tarnname: Zander)²⁹⁵ sowie das Kalkbergwerk Bahrathal bei Friedrichswalde (Tarnname wahrscheinlich: Rogenstein) mit 8.000 qm. Ein weiteres Kalkbergwerk war die Kalkgrube Steinbach bei Mohorn, die mit 1.038 qm von der Dresdner Firma Brückner, Kanis & Co genutzt werden sollte. Die Firma Gläser-Karosserie wollte zur Produktion von Me 262-Teilen den Tunnel Penig bei Chemnitz nutzen (Tarnname: Flamingo). Die MIAG in Dresden mit dem Schwerpunkt Panzerbau legte drei Stollen an der B 172 am Ortsausgang nach Pirna (Tarnname: Tegel) an. Die Sachsenwerke Niederselitz wichen auf ein Schaubergwerk in Altenberg aus, das auf zwei Sohlen 1.100 qm Platz bot. Die Firma Raßmann & Goedecke plante für den Dittrichschacht bei Eisleben (Tarnname: Hamster). Mehrere Dresdner Werke beteiligten sich sogar an einem Verlagerungsprojekt nach Mühldorf am Inn, wo unter dem Tarnnamen „Weingut I“ Großbunker gebaut wurden (siehe

²⁹² Zum Objekt „Knurrhahn“ siehe auch Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 29–33; dort auch einige Fotos der Stollen, des Barackenlagers für die sowjetischen Kriegsgefangenen sowie des von ihnen errichteten und heute noch existierenden Transformatorhäuschens.

²⁹³ Hofmann, S. 66. Die bei Hofmann genutzten Erinnerungen ehemaliger Beschäftigter sind jedoch etwas irreführend, denn die Schächte selbst begannen erst in etwa 400 m Tiefe. Es wäre kaum möglich gewesen, in engen Schächten Rüstungsgüter in dieser Tiefe zu produzieren, abgesehen von Transportproblemen bis in diese Tiefe. Es sind daher nahe der Oberfläche Hallen im Berg ausgebaut worden, wie bei anderen Untertageverlagerungen auch.

²⁹⁴ Zum Folgenden siehe Schulz, Rüstungsproduktion, Anlage 2, wobei dieser darauf aufmerksam macht, dass die Realisierung unklar blieb.

²⁹⁵ Offenbar wurde dort ab zweitem Quartal 1944 produziert, siehe Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 64.

Kapitel 2). Das waren die Balda-Werke, die Elbtalwerke AG und die Siemens-Schuckert-Werke in Müglitz, die jeweils zwischen 2.200 und 3.000 qm erhalten sollten.²⁹⁶

Trotz der zunehmenden alliierten Luftangriffe produzierten viele Industriebetriebe, auch die meisten Rüstungsbetriebe, bis in das Jahr 1945 hinein, teilweise oder sogar ganz planmäßig. Es gab jedoch auch vollständig zerstörte Produktionsanlagen, und die öffentliche Ordnung wie auch die Überwachung der Zwangsarbeiter geriet zum Teil außer Kontrolle. Die Luftangriffe führten nicht nur zu Ausfällen in der Rüstungsproduktion, sondern auch zu erheblichen Zerstörungen bei den Unterkünften von ausländischen Arbeitskräften.

Von den Werken des Chemnitzer Auto-Union-Konzerns war als erstes sein Betrieb in Spandau betroffen. Bei einem Luftangriff am 26. Februar 1943 waren allerdings kaum Schäden zu verzeichnen. Den nächsten Treffer, der einige Baracken zerstörte, erhielt das Werk am 30. Januar 1944. Am 13. Februar 1944 schlugen dann zwei Luftminen und 200 Brandbomben ein, so dass 4.000 qm Werkhallen zerstört wurden, ebenso wie große Materialvorräte. Ein Produktionsausfall von 14 Tagen war die Folge. Ein weiterer starker Luftangriff erfolgte am 6. Oktober 1944. 22 Sprengbomben und hunderte Brandbomben zerstörten von über 40.000 qm Hallenfläche gut 14.000 völlig, 18.500 erheblich und die anderen leicht. Damit einher ging die Vernichtung eines großen Teils vom Maschinenpark. Auch sechs ausländische Beschäftigte starben trotz Evakuierung, deutsche Arbeiter wurden verletzt. Es kam zu einem Produktionsausfall von sieben Wochen. Die Verluste gingen bei diesem Angriff insgesamt in die Millionen.²⁹⁷

Die Tochterfirma MMW kam ebenfalls 1943 ins Fadenkreuz der alliierten Bombenverbände.²⁹⁸ Von dem ersten Angriff auf Leipzig am 20. Oktober 1943 und dem schweren Angriff am 3. / 4. Dezember 1943 war auch Taucha, obgleich nur leicht, mit betroffen. Die nächsten Angriffe auf die MMW erfolgten am 28. Mai und 29. Juni 1944 mit immerhin 80 und 500 Bomben, die jedoch zumeist ihr Ziel verfehlten und wenig Schaden anrichteten. Ein Luftschlag am 7. Juli traf allerdings das Werk empfindlich. Nach bei Kukowski / Boch genannten Angaben der US-Airforce warfen die Flugzeuge über 2.000 Brand- und Sprengbomben ab. Man traf 84 Gebäude und landete 345 Treffer auf dem Werksgelände. Hunderte von Maschinen waren entweder zerstört, schwer oder leicht beschädigt. Doch trotz dieser Schäden, die sowohl US-Airforce wie Rüstungsinspektion Dresden zunächst auf 80 Prozent und damit gravierend einschätzten, konnte das Werk bereits einige Tage später wieder Komponenten produzieren und am Ende des Quartals sein Soll an Motoren fast vollständig erfüllen.²⁹⁹ Daher erfolgten seitens der US-Airforce in den folgenden Monaten weitere Angriffe auch auf Taucha. Der Luftschlag am 2. November 1944 hatte dabei verheerende Wirkung. Die Bomben zerstörten Prüfstände

²⁹⁶ Beim Bunkerbau in Mühldorf starben mehrere Tausend Häftlinge, siehe hierzu Kapitel 2.

²⁹⁷ Kukowski / Boch, S. 323.

²⁹⁸ Zu den folgenden Ausführungen zu den MMW siehe Kukowski / Boch, S. 358–360.

²⁹⁹ Diese alliierten Überschätzungen ihrer Bombenwirkung waren durchaus typisch und belegen, warum es der deutschen Rüstungsindustrie trotz der Bombenschäden gelang, ihr Produktionsniveau bis weit in das Jahr 1944 zu halten und damit den Krieg zu verlängern.

und mehrere Produktionshallen sowie große Materialvorräte. Von den 17 Getöteten und neun Verletzten waren die meisten Ostarbeiter, die in einem Splittergraben Schutz gesucht hatten. Weil ein Teil der Bomben mit Zeitzündern versehen war und erst später explodierte, blieben Teile des Werksgeländes gesperrt. Insgesamt hatte das Werk einen Millionenschaden zu verzeichnen, und die Produktion wurde, wie bei anderen Werken auch, zum Teil ins Freie verlegt.

Mit den schweren Luftangriffen auf Chemnitz am 11. September 1944 (siehe Kapitel 5) und auf Zwickau am 7. Oktober 1944³⁰⁰ war es auch mit der relativen Luftsicherheit in Südwestsachsen vorbei. Angriffsziele in Zwickau waren die Horch- und Audi-Werke der Auto Union. In beiden Standorten zusammen wurden etwa 18.000 qm Hallenfläche zerstört, es gab über 15 Tote (darunter ausländische Arbeitskräfte) und Verletzte. Hunderte von Maschinen waren zerstört oder schwer beschädigt. Der Schaden belief sich auf mehr als eine Million RM mit einem Produktionsausfall von gut zwei Wochen beim Audi-Werk. Der Angriff verstärkte die im Übrigen schon länger laufenden Verlagerungsanstrengungen weiter. Der letzte große Luftangriff auf Zwickau richtete sich gegen das Horch-Werk, verfehlte sein Ziel jedoch fast vollständig und traf daher vor allem Wohngebiete, so dass die Horch-Werke bis zur Besetzung durch amerikanische Truppen am 17. April 1945 weiterproduziert haben.

In den ersten Kriegsmonaten 1945 erfolgten nicht nur die schweren Luftangriffe vom 13. bis 15. Februar 1945 auf Dresden, sondern auch weiterhin Angriffe auf die Auto-Union-Standorte in Chemnitz und Zwickau. Auch die Auto-Union-Standorte in Zschopau und Scharfenstein wurden am 14. Februar 1945 attackiert, ohne allerdings allzu große Schäden davonzutragen.³⁰¹ Die Angriffe auf Chemnitz am selben Tag waren zwar vor allem gegen das Werk Siegmars gerichtet, verfehlten dieses jedoch weitgehend. Dagegen wurden andere Werke getroffen, und unter anderem verbrannte ein Standort für wichtige Motorenteile für das Werk Siegmars. Die Luftschläge am 5. / 6. März 1945 richteten zwar in der Stadt Chemnitz verheerende Schäden an, trafen den Standort Siegmars der Auto Union jedoch kaum. Weitere Chemnitzer Standorte kamen unversehrt davon, andere wurden schwer beschädigt oder gar zerstört. Insgesamt lag der Schaden bei über sieben Millionen RM allein für die Chemnitzer Werksstandorte.

Welche Folgen solche Bombardements aber für die Arbeitskräfte der angegriffenen Werke zeitigten, lässt sich an diesem Luftangriff gut darstellen. Nach einer Aufstellung der Auto Union zu diesem Angriff wurden Unterkünfte von etwa 1.500 ausländischen Arbeitskräften zerstört, die dadurch längere Zeit obdachlos wurden und schließlich teilweise in eine Etage des Siegmarsers Auto-Union-Hochhauses einquartiert wurden, die eigentlich für KZ-Häftlinge vorgesehen war.³⁰² Die genannten ausländischen Arbeitskräfte hatten in verschiedenen Ausländerlagern im Stadtgebiet gewohnt.³⁰³ So waren etwa die Baracken im Ausländerlager „Nordpol“ und „Zeppelin“ fast sämtlich zerstört worden. Im Lager „Bernsdorf“ gingen Kapazi-

³⁰⁰ Kukowski / Boch, S. 324 f.

³⁰¹ Kukowski / Boch, S. 361.

³⁰² Kukowski / Boch, S. 362 f. und 421 f.

³⁰³ Zu den folgenden Ausführungen siehe Kukowski / Boch, S. 363, 365.

täten von 100 Ausländerbetten verloren. Das Lager „Johannisgarten“ büßte ein Barackendach und die Waschbaracke ein. Auch ein Lager für „Volksdeutsche“ wurde zerstört.

Insgesamt war die Endphase des Krieges durch verstärkte Desorganisation und Kontrollverlust gekennzeichnet. Die Bombentreffer hatten jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit ausländischer Arbeitskräfte, die das Durcheinander nach den Angriffen zu Fluchten nutzten; immerhin vermisste die Auto Union Ende März immer noch 337 zivile Arbeitskräfte, vornehmlich Franzosen, Italiener und Holländer. Doch nicht nur ausländische Arbeitskräfte vermochten sich zunehmend der vormals engen deutschen Kontrolle zu entziehen, auch die deutsche Stammebelegschaft tat das in noch stärkerem Maße. Neben erhöhtem Krankenstand zeigten sich unmittelbar nach dem Bombenangriff bis zu 18 Prozent entschuldigtes Fehlen und bis zu 42 Prozent unentschuldigtes Fehlen bei der deutschen Belegschaft. Während sich der Fehlstand bei den Ausländern einige Wochen später auf 8,5 Prozent gemindert hatte, blieb der Fehlstand der deutschen Belegschaft weiterhin wesentlich höher.³⁰⁴

Kommen wir zum Schluss dieses Abschnitts zum Raum Dresden. Die Betriebsverlagerungen aus Dresden (siehe Kapitel 6) hatten – obwohl Dresden erst im Herbst 1944 zum ersten Mal Ziel alliierter Luftangriffe war – natürlich mit der zunehmenden potentiellen Luftgefährdung zu tun³⁰⁵. Der erste Angriff auf den Raum Dresden richtete sich gegen die Hydrierindustrie in Freital, die Firma Rhenania Ossag Mineralölwerke AG. Das Ziel wurde freilich verfehlt, Bomben trafen aber die König-Friedrich-Hütter AG und andere Rüstungsbetriebe. Zum Teil musste die Produktion für einige Tage vollständig unterbrochen werden. Die Personenverluste betragen insgesamt 241 Tote.

Am 7. Oktober 1944 erfolgte der erste Angriff auf Dresden selbst. Ziel war das Gebiet vom Güterbahnhof Dresden-Friedrichstadt bis Dresden-Mitte. Hierbei wurden auch Rüstungsbetriebe getroffen. Es gab 270 Tote. Gut zwei Monate später flog die US-Luftwaffe einen Angriff auf Dresden-Friedrichstadt, Dresden-Mitte und Dresden-Neustadt. Schäden hat dabei vor allem die Infrastruktur (Bahnhöfe) erlitten; auch Rüstungsfirmen verzeichneten Verluste. Es kamen 367 Menschen ums Leben.

Die Hauptangriffe erfolgten durch britische und amerikanische Bomberverbände vom 13. bis 15. Februar 1945³⁰⁶. Die Angriffe auf das Dresdner Zentrum führten zu einem Feuersturm und etwa 25.000 Toten.³⁰⁷ Auf die Rüstungsindustrie hatten sie zum Teil zerstörerische

³⁰⁴ Kukowski / Boch, S. 365.

³⁰⁵ Die folgenden Ausführungen zu den Schäden in der Rüstungsindustrie beruhen auf Schulz, Rüstungsproduktion, Anlage 1, soweit sie nicht durch andere Quellen gesondert ausgewiesen werden.

³⁰⁶ Den Luftangriffen auf Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945 hat Frederick Taylor ein eigenes Buch gewidmet, siehe Frederick Taylor, Dresden, Dienstag 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? München 2004. Zu den militärischen Auswirkungen der Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie Dresdens siehe ebenda, S. 392–394.

³⁰⁷ Diese Zahl wurde 2010 von einer unabhängigen Historikerkommission veröffentlicht, siehe Landeshauptstadt Dresden, Abschlussbericht der Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden zwischen dem 13. und 15. Februar 1945, Redaktion: Matthias Neutzner unter Mitarbeit von Nicole Schönherr, Alexander von

Wirkungen. Zeiss Ikon etwa hatte bei fünf Standorten Totalverluste zu verzeichnen, bei zweien Teilverluste. Die Auslagerungsstandorte in Heidenau, Neugersdorf, Großröhrsdorf und Ostritz blieben unbeschädigt. Das Rüstungsprogramm musste erheblich eingeschränkt werden. Neben Zeiss Ikon verzeichneten die Berichte der Wehrmachtführung auch das Gläser-Karosserie-Werk, die IHAGEE, die Balda-Werke oder etwa die Universelle als zerstört. Viele beschädigte Kleinbetriebe sind in der Aufstellung erst gar nicht verzeichnet worden. Die folgenden Angriffe vom 2. März und 17. April 1945 richteten sich hauptsächlich noch einmal gegen die Verkehrsinfrastruktur, also Bahnhöfe, Brücken, Häfen.

Obwohl Dresden nach Aussagen von Heinz Schulz nie prioritäres Angriffsziel als Rüstungsstandort war, wurden bei den genannten Angriffen auf Dresden auch Rüstungsbetriebe und vor allem die Infrastruktur getroffen oder zerstört. Denn Dresden war zu Beginn des Krieges nicht nur sechstgrößte Industriestadt des Deutschen Reiches, sondern auch infolge der Rüstungsexpansion seiner Betriebe zweitgrößtes Rüstungszentrum in Sachsen (nach Leipzig) und nicht nur überkommene „Lazarett- und Kunststadt“, wie Schulz zu Recht konstatiert.³⁰⁸ Obwohl auch die Dresdner Rüstungsproduktion bis Anfang Februar 1945 ihre Aufgabe weitgehend erfüllte und damit zur Verlängerung des Krieges beitrug, hatten die späten Angriffe jedoch kaum noch gravierende Auswirkungen auf den Kriegsverlauf (siehe hierzu auch Kapitel 2).³⁰⁹

Die schon in Kapitel 2 genannte „Verinselung“ zur Charakterisierung der Rüstungsproduktion in den letzten Kriegsmonaten hatte auch für die Bevölkerung erhebliche Folgen. Bereits im November 1944 bezeichnete die IHK Chemnitz die Verkehrsfrage als wichtigstes Problem der Kriegswirtschaft. Die Reichsbahn konnte nur noch teilweise Rohstoffe anliefern, es kam zu Kohlelieferungskürzungen für Krankenhäuser und Schulen wie auch zu Stromsperren. Die Lebensmittelversorgung wurde immer schwieriger, und in den letzten zwei bis drei Kriegsmonaten gab es sowohl Plünderungen von Lebensmittellagern als auch die Auflösung von Vorratslagern, deren Lebensmittel offiziell an die Bevölkerung verteilt wurden. Zehntausende von Chemnitzern wichen nach den schweren Bombenangriffen vom 5. März 1945 ins

Plato und Helmut Schnatz, in: https://www.dresden.de/media/ndf/infoblaetter/Historikerkommission_Dresden1945_Abschlussbericht_V1_14a, S. 67. Zu solchen Luftangriffen generell im Jahr 1945 siehe Kapitel 2, wo wir uns vor allem auf Tooze und Overy bezogen haben.

³⁰⁸ Schulz, Rüstungsproduktion, Punkt 4.

³⁰⁹ Behring argumentiert grundsätzlich, dass eine solche eingeschränkte Fragestellung sinnlos sei. Vielmehr gehöre der Luftangriff auf Dresden zu der schon seit 1941 eingeschlagenen Luftkriegsstrategie der Royal Air Force und er fragt, warum Briten angesichts des unnachgiebigen Durchhaltewillens der NS-Führung ihre Strategie zur Schwächung des deutschen Kriegspotentials ändern sollten? Im Übrigen hätten ja auch die Deutschen eine solche Strategie 1939 bis 1941 gegen verschiedene Städte Europas angewandt, und Begrenzungen des Luftkrieges seien völkerrechtlich zur damaligen Zeit noch nicht kodifiziert gewesen, so Behring, S. 227 f. Siehe hierzu auch die gegenteiligen Ausführungen von Richard Overy, die wir in Kapitel 2 referiert haben. Zur kontroversen Frage der militärischen Logik von Flächenbombardements siehe auch Taylor, S. 437–454.

Umland aus, da nicht nur ein Großteil der Häuser zerstört war, sondern auch die Wasserversorgung nicht mehr überall aufrechterhalten werden konnte.³¹⁰

Obwohl von einem koordinierten Produktionsverlauf sogar im Bereich der prioritären Rüstungsproduktion nicht mehr gesprochen werden konnte, führte der Vorsitzende der Rüstungskommission für den Wehrkreis IVa, Hans Führer, noch einmal am 7. März 1945 eine Besprechung durch. Hierin forderte er eine Konzentration auf das sogenannte Notprogramm Speers, verstärkte Anstrengungen und eine autarke Rüstungswirtschaft für Sachsen aufzubauen. Auch verzichtete er nicht auf Durchhalteparolen.³¹¹

Die Chemnitzer Wirtschaft versuchte ab März 1945 gewisse Selbstorganisationsformen aufzubauen und gründete eine „Notgemeinschaft der Chemnitzer Wirtschaft“. Der Präsident der Wirtschaftskammer Chemnitz, Hans Schöne, der zugleich regionaler Kreisleiter der NSDAP war, übernahm die Führung. Es ging vor allem darum, die Versorgung der Bevölkerung wieder herzustellen wie auch die Arbeitskräftelenkung beizubehalten. Ziel war aber auch, Chemnitz als „erstrangiges Wirtschaftszentrum zu erhalten“, wie es in einem Schreiben der Wirtschaftskammer Chemnitz vom 23. März 1945 hieß.³¹²

Die Fortsetzung der Rüstungsproduktion hing in der letzten Kriegsphase zum einen vom Grad der Luftkriegszerstörungen und allgemein vom jeweiligen Funktionsgrad des Verkehrssystems ab, aber auch vom militärischen Geschehen am Boden. Amerikanische Truppen erreichten sächsisches Gebiet aus westlicher Richtung kommend am 13. April 1945. Die Rüstungsproduktion wurde jeweils endgültig eingestellt, sobald ein Gebiet besetzt war, wie etwa Leipzig am 18. / 19. April 1945 von den Amerikanern. Obwohl amerikanische Truppen den Stadtrand von Chemnitz etwa gleichzeitig erreicht hatten, wurde Chemnitz nicht von diesen eingenommen, sondern entsprechend den interalliierten Absprachen erst am 8. Mai 1945, als sowjetische Truppen die Stadt erreicht hatten, von letzteren besetzt. Dies verlängerte die Rüstungsproduktion in Chemnitz nochmals um gut drei Wochen.³¹³

³¹⁰ Zur Situation in Chemnitz in den letzten Kriegsmonaten siehe Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 383–387; zu den Lebensmittelplünderungen und offiziellen -ausgaben siehe ebenda, S. 391–393. Für die Situation in Chemnitz nach dem Luftangriff vom 5. März 1945 siehe auch Behring, S. 228. Die Aktionen des Rüstungsministers im Ernährungsbereich in den letzten Kriegsmonaten sind beschrieben bei Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 630.

³¹¹ Zu der Besprechung im Rathaus von Tharandt siehe Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 388. Auch Carl Hahn von der Auto Union war noch in eine der letzten Wehrkreisaktionen einbezogen. Er war vom Generalinspekteur für das Kraftfahrwesen, Jakob Werlin, beauftragt, für den Wehrkreis IV eine Erhebung zu den privaten und militärischen Lager-Gebäuden unter der Frage vorzunehmen, ob diese für die Unterbringung von Rüstungsfertigung oder die Reparatur von Kraftfahrzeugen geeignet sind, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 419.

³¹² Siehe hierzu Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 388 f., Zitat S. 389. Schumann weist ausdrücklich darauf hin, dass der sogenannte Nero-Befehl Hitlers vom 19. März 1945 zur Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des Deutschen Reiches, der dann aber etwas abgeschwächt wurde, für Chemnitz keine Rolle spielte, siehe ebenda, S. 391.

³¹³ Zu den militärischen Bewegungen der Alliierten in Sachsen siehe Behring, S. 233–235.

Der schon geschilderte Verlauf des Bombenkrieges führte auch in Sachsen im Bereich der Rüstungsindustrie zu hohen materiellen Schäden und Verlusten. Allein die Rüstungsindustrie verlor bis 1945 fast die Hälfte ihrer Produktionsstätten. 683 Groß- und Mittelbetriebe waren völlig, 812 schwer oder mittel zerstört; 801 Betriebe (ganze SBZ: 1.650 Betriebe) wurden nach Kriegsende zusätzlich teils oder ganz demontiert.³¹⁴ Die Mehrzahl der sächsischen Rüstungsbetriebe wurde zudem im Rahmen des Volksentscheids vom 30. Juni 1946 über das „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“, nachdem bereits tausende Betriebe unter Zwangsverwaltung durch Treuhänder gestellt worden waren, entweder endgültig enteignet (Liste A mit 2.169 Betrieben), an die früheren Besitzer zurückgegeben (Liste B mit 2.239 Betrieben) oder vorläufig im Besitz beziehungsweise unter Kontrolle der Besatzungsmacht belassen (Liste C mit 600 Betrieben).³¹⁵

³¹⁴ Hess, Rüstungswirtschaft, S. 90 f. SBZ-weit wurden die Betriebsdemontagen 1947 eingestellt, 202 zur Demontage vorgesehene Betriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt und auch 74 SAG-Betriebe an die Landesregierungen übergeben, siehe Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (IML), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XII: Periode von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1968, S. 198. Die Manager der Flick-KG versuchten nach Kriegsende, ihre Betriebe zu retten und zu Kooperationen mit der neuen sächsischen Landesregierung zu kommen, allerdings vergeblich. Am 29. Oktober 1945 wurden alle größeren Flick-Betriebe in Sachsen entschädigungslos in Landeseigentum überführt, ehe am 30. Oktober die SMAD die Beschlagnahme aller industriellen Betriebe festlegte. Bis Ende 1946 waren alle Flick-Betriebe praktisch zu 100 Prozent demontiert worden, so dass diese als quasi leere Hüllen anschließend mühsam als volkseigene Werke wieder aufgebaut werden mussten, siehe Priemel, S. 609–613; aus offizieller Sicht der SED dazu IML, S. 72 f. Am 17. September 1945 waren bereits die sächsischen Kohlenbergwerke der Landesverwaltung Sachsen unterstellt worden, siehe IML, S. 72.

³¹⁵ Siehe hierzu https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_in_Sachsen_1946, 9. September 2019; dort auch wichtige Literatur zu Zielen, Vorgeschichte und Durchführung des Volksentscheids. Mit etwas anderen Zahlen zu den verschiedenen sequestrierten Betrieben siehe IML, S. 167. Als einer der Gründe für Sequestrierungen wurde gemäß den Befehlen 124 / 126 der SMAD auch die Rüstungsproduktion angeführt, siehe hierzu Schulz, Rüstungsproduktion, S. von FN 1. Befehl 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 „Über die Beschlagnahme und Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland in zeitweilige Verwaltung“ sowie Befehl der SMAD Nr. 126 vom 31. Oktober 1945 „Über die Einziehung von Eigentum der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organe und ihr angrenzender Organisationen“ sind abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation (Hg.), Sammlung gesetzlicher und normativer Bestimmungen über Repressionen und die Rehabilitierung politischer Repression, Band 1 und 2, Kursk 1999 (russ.), hier Bd. 2, S. 362–374, eingeschlossen eine Aufstellung über die in Befehl 126 genannten Organisationen sowie eine Instruktion zur Durchführung von Befehl 124. Unter Punkt b) aus Befehl 124 ist genannt: Deutsche Rüstungsunternehmen und -organisationen. Ein solcher Volksentscheid fand nur in Sachsen statt und wurde von den anderen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone übernommen. Sachsen wurde bewusst als „industriell fortgeschrittenste(s) Gebiet der sowjetischen Besatzungszone mit einer traditionsreichen Arbeiterbewegung“ ausgewählt, wie es in IML, S. 162 heißt. Die für den Kreis Döbeln, in dem auch die Firma Framo aus Hainichen lag, geführten Listen der Betriebe mit Angaben zur Produktionspalette, zum Umsatz, zur Beschäftigtenzahl und zum Zustand (demontiert, Grad der Zerstörung) finden sich im Staatsarchiv Leipzig, Best. 20232, Kreistag / Kreisrat Döbeln, Akten 524, 525 und 807. Dem Volksentscheid waren Kampagnen der SED vorausgegangen, in denen „das Monopolkapital (als) der Hauptschuldige am Hitlerkrieg“ bezeichnet wurde, so dass „...ohne seine Entmachtung keine Sicherheit für eine friedliche und demokratische Entwicklung gegeben ist“, IML, S. 72; zu den Kampagnen, ebenda, S. 154; eine Aufzählung der wichtigsten sächsischen Rüstungs-Konzerne mit Zwangsarbeiter-einsatz, von denen auch mehrere in unserer Studie behandelt werden, ist in der genannten IML-Publikation auf Seite 163 enthalten.

Kapitel 5: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in der Region Chemnitz / Südwestsachsen

Überblick: Arbeitskräftebedarf – Rüstungsbedarf – Rüstungsproduktion

Erste Ansätze von Rüstungsproduktion gab es auch im Bereich Chemnitz ab 1935, trotz der Restriktionen, die der Grenzland-Status bis 1939 mit sich brachte. So fertigten etwa die Elite-Diamant-Werke Seitengewehre, die Firma Seyfert & Donner übernahm Aufträge für die Luft-rüstung und die Firma Krautheim AG lieferte Granaten-Rohlinge, immerhin bis 1939 250.000 Stück jährlich.³¹⁶ Die Firma Gebr. Langer in Chemnitz hatte bereits 1934, also vor Einführung der Wehrpflicht ein Jahr später, auf steigende Nachfrage der Wehrmacht gesetzt und eine Abteilung für Zünderproduktion eingerichtet. Bis 1941 konnten so mehr als zehn Millionen Zünder und 500 Millionen Zündfedern produziert werden.³¹⁷

Auch der spätere Hauptrüstungsbetrieb im Bezirk Chemnitz, die Auto Union, begann 1934 / 1935 mit der ersten verdeckten Produktion von Fahrzeugfahrgestellen für das Heer.³¹⁸ Die Auto Union war 1932 vor dem Hintergrund von Weltwirtschaftskrise und mehreren hochverschuldeten Autoproduzenten mit sächsischer Staatshilfe zu einem bald prosperierenden Konzern zusammengeschlossen worden. Dieser Konzern bestand aus folgenden Firmen: Dem DKW-Konzern in Zschopau und Berlin / Spandau sowie weiteren Standorten in Sachsen, Audi und Horch in Zwickau sowie der Autosparte der Wanderer-Werke in Chemnitz (Siegmar). Am 29. Juni 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag der neuen Auto Union unterschrieben. Nach der Opel AG und den kooperierenden Daimler-Benz- / BMW-Gruppen war damit der drittgrößte deutsche Automobilkonzern entstanden. Aufgrund des dominanten finanziellen Engagements des Landes Sachsen war „ein privatwirtschaftlich geführter Staatsbetrieb“ gebildet.³¹⁹ Dieser entwickelte sich angesichts der aufkeimenden Konjunktur rasant. Im Jahr 1938 hatte er im Inland einen Marktanteil von 23,4 Prozent und produzierte 1938, im letzten Friedensjahr, insgesamt 52.184 Automobile; im Motorradsektor lag der Anteil mit 44.037 Maschinen bei 29,2 Prozent³²⁰ Hinzu kam, dass die Auto Union Ende der 1930er Jahre ihren Export auf knapp 38 Millionen RM und damit seit 1932 auf das Siebenfache erhöht hatte. Sie war Weltmarktführer

³¹⁶ Uhlmann, S. 175.

³¹⁷ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 12.

³¹⁸ Uhlmann, S. 177. Um diese Produktion möglichst geheim zu halten, firmierte die entsprechende Abteilung unter der Bezeichnung BZ, gleich Behördenzentrale, siehe Bormann / Thiedke, S. 10.

³¹⁹ Zu Vorgeschichte der Auto Union Kukowski / Boch, S. 37–43, Zitat S. 43.

³²⁰ Kukowski / Boch, Tabelle 1 und 2 S. 47, Tabelle 3 S. 48.

unter den deutschen Marken.³²¹ Verglichen mit 1932 hatte sich der Umsatz der Auto Union bis 1938 bereits auf 280 Millionen RM versiebenfacht.³²²

Der Löwenanteil der Produktion war bis 1938 für den Zivildsektor bestimmt. Im Auftrag der Wehrmacht wurden in dieser Zeit zum einen Militärversionen von Zivilfahrzeugen entwickelt und ausgeliefert, zum anderen stellte man Spezialfahrzeuge oder Fahrzeugteile her. 7.400 Fahrgestelle, 6.500 Spezialfahrzeuge, 14.000 Motoren für Funkanlagen, 3.700 Motorräder – das war etwa die Produktion bis 1938.³²³

Der Kriegsbeginn führte für die Auto Union zu erheblichen Änderungen. Ihre Zivilproduktion ging aufgrund von kriegsbedingten Einschränkungen zurück, ihre Militärproduktion stieg erheblich an. Bereits im August 1938 war die Kontingentierung von Kraftstoffen eingeführt worden, am 3. September wurde untersagt, Zivil-PKW auszuliefern, und am 6. September entzog man den Besitzern von vier Fünfteln des PKW-Bestands vorläufig die Betriebserlaubnis. Die Fertigung von Zivil-PKW sank von 61.031 im Jahr 1939 auf gut 17.000 im folgenden Jahr und lag 1942 nur noch bei 2.322. Die DKW-Motorenproduktion spiegelte den Prozess gleichfalls wider. Während 1939 die Zivilfertigung die militärische noch um das Dreifache überstieg, hatte sie bereits 1942 bei insgesamt doppeltem Ausstoß nur noch einen Anteil von etwa 50 Prozent.³²⁴

Im Zwickauer Horch-Werk hatte man ebenfalls 1939 mit der Rüstungsproduktion begonnen. Das Oberkommando der Marine erteilte im Dezember 1939 einen Erprobungsauftrag für Torpedos. Mitte 1940 setzte die Produktion ein und erreichte bis Ende 1940 einer Fertigung von 405 Torpedos. 1941 wurden sogar bereits 3.987 gebaut. Horch Zwickau war mit diesem Rüstungsprodukt zu einem wichtigen Hersteller geworden und blieb es bis Ende des Krieges.³²⁵

Alle Werke der Auto Union waren ab Kriegsbeginn in die Rüstungsproduktion einbezogen. Audi in Zwickau konzentrierte sich auf LKW, Geschütze und Luftwaffenzubehör. DKW fertigte Teile für die Luftwaffe, Horch in Zwickau baute Kübelwagen, Luftwaffengeräte, die schon genannten Torpedos, Panzermotoren, auch Panzerfahrzeuge; ähnlich war die Produktion im Werk Siegmars bei Chemnitz. 1941 lag der Wert der gesamten Rüstungsproduktion bei 133,4 Millionen RM.³²⁶

Im Jahr 1940 hatte es freilich noch einmal eine kurze Atempause gegeben. Die nach dem schnellen Sieg über Frankreich schon beschriebenen Friedenserwartungen in weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft zeigten sich in entsprechenden Überlegungen der Chemnitzer Wirtschaft zur Rückverlagerung der Produktion auf Zivilbedarf, auch bei der Auto Union. Dies

³²¹ Kukowski / Boch, S. 49 sowie Tabellen 4–6 S. 53–55.

³²² Bormann / Thiedtke, S. 3.

³²³ Zu den Produktionszahlen Bormann / Thiedtke, S. 10.

³²⁴ Kukowski / Boch, S. 87–90, Tabellen 9 und 10 S. 90.

³²⁵ Kukowski / Boch, S. 94.

³²⁶ Bormann / Thiedtke, S. 11. Bis 1944 hatte er sich auf 428 Millionen RM mehr als verdreifacht, ebenda, S. 11.

führte zu dem verstärkten Bemühen der Betriebe, ihre Stammkräfte (vor allem Facharbeiter) im Betrieb zu halten³²⁷ beziehungsweise wieder aufzufüllen. Die zu 75 Prozent aus Facharbeitern und Angelernten bestehende Belegschaft war schließlich seit August 1939 durch Einberufungen und Dienstverpflichtungen von knapp 25.000 auf fast 19.000 Mitarbeiter im März 1940 gesunken.³²⁸

Diese Phase war jedoch sehr kurz, denn schon ab Juni / Juli 1940 begannen erst militärische Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion (entgegen den Bestimmungen des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939), die mit erheblichen Rüstungsausweitungen und Wehrmacheinberufungen einhergingen (siehe Teil 1). Dass die Beschäftigungszahlen in den Betrieben der Auto Union trotzdem stiegen, war auf zwei Phänomene zurückzuführen: den Anstieg des Frauenanteils an der Belegschaft sowie der verstärkten Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften. Der Frauenanteil vervierfachte sich von 1939 bis 1941 auf 3.294 Beschäftigte beziehungsweise 20 Prozent der Belegschaft. Insgesamt hatte die Auto Union im September 1942 (24.782 Personen) wieder in etwa ihre Beschäftigungszahl vom August 1939 (24.889) erreicht.³²⁹ Als zentrales neues Reservoir nutzte auch die Auto Union die Ausländerbeschäftigung, nachdem Auskämm- und Stilllegungs-Aktionen nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten und Arbeitskräfteeinsparungen durch Rationalisierungsmaßnahmen nur langsam wirken konnten.

Der Ausländereinsatz in der Region Chemnitz erhöhte sich, parallel zum Deutschen Reich, auch in der Region Chemnitz ab 1941 kontinuierlich. So waren etwa im Januar 1941 2.700 ausländische Arbeitskräfte für den Regierungsbezirk Chemnitz, der mehrere Arbeitsamtsbezirke umfasste, gemeldet, bis August 1941 hatte sich diese Zahl bereits auf 4.700 erhöht.³³⁰ Während 1940 noch 5.000 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz gewesen waren, stieg ihre Zahl im Sommer 1941 auf über 7.000, etwa zehn Prozent aller in Sachsen eingesetzten Kriegsgefangenen.³³¹ Die Mehrheit sowohl der Kriegsgefangenen als auch der zivilen Arbeitskräfte war in dieser Zeit in der Landwirtschaft beschäftigt.³³² Im Verlauf des Jahres 1941 stieg die Zahl der Ausländer weiter an. Im Herbst betrug der Ausländereinsatz 7.600 Personen und Ende des Jahres bereits 11.400 Kriegs- und Zivilgefangene.³³³ Im Vergleich zu Gesamtsachsen und dem Deutschen Reich war die Region Chemnitz im Januar 1942 mit zwei Prozent Ausländerbeschäftigung sowohl sachsenweit (dort vier Prozent) wie auch reichsweit (dort acht Pro-

³²⁷ Uhlmann, S. 175. Von Stilllegungen war der Bezirk jedoch wenig betroffen. So berichtet etwa Uhlmann nur von der Schließung der Vereinigten Harthauer Kammgarnspinnerei, siehe ebenda, S. 175.

³²⁸ Siehe Kukowski / Boch, Tabelle 13 und 14 S. 128.

³²⁹ Kukowski / Boch, S. 134, sowie Tabelle 14 und 15, S. 128 f.

³³⁰ Zahlen, ermittelt von Silke Schumann, siehe: Schumann, *Zivile ausländische Arbeiter*, S. 51. Diese Zahlen beziehen sich auf die AA-Bezirke Annaberg, Chemnitz, Flöha, Glauchau, Lugau und Olbernhau. Auf diesen AA-Bezirken beruhen auch die im Weiteren genannten von Silke Schumann ermittelten Zahlenangaben.

³³¹ Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 166.

³³² Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 168.

³³³ Schumann, *Zivile ausländische Arbeiter*, S. 54.

zent) aber noch unterrepräsentiert.³³⁴ 1942 erfolgte auch hier der Umschwung. Allein im Stadtgebiet Chemnitz – damit auch die großen Betriebe Auto Union, Wanderer-Werke und Astra-Werke mit umfassend – stieg die Zahl der Zwangsarbeiter bis August 1942 auf 5.733 Menschen.³³⁵

Bei der Auto Union setzte mit verstärkter Rüstungsproduktion im Mai 1941 auch der Einsatz von Kriegsgefangenen ein, freilich noch in der geringen Zahl von bis zu 148 französischen Kriegsgefangenen im November 1941; man hatte allerdings mehr erwartet, aber nicht erhalten. Insgesamt blieb der Einsatz von Ausländern und Kriegsgefangenen in den Jahren bis Anfang 1942 relativ gering, wobei die Zahl der ausländischen Zivilisten die der Kriegsgefangenen um ein Mehrfaches überstieg. Im Auto-Union-Konzern waren das 2.245 zivile Ausländer und 512 Kriegsgefangene, für die Auto Union AG allein 1.125 respektive 202.³³⁶

Nachdem Hitler zunächst Anfang August 1941 einem begrenzten Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener für die Arbeit im Deutschen Reich offiziell zugestimmt hatte (maximal 120.000), kamen die ersten 550 sowjetischen Kriegsgefangenen im August 1941³³⁷ in der Region Chemnitz zum Einsatz, offenbar aber noch nicht in der Maschinenbau- und Rüstungsindustrie. Das Rüstungskommando Chemnitz war durchaus bereit, auf diese neuen Arbeitskräftegruppen zurückzugreifen, aber die Bestimmung, sowjetische Kriegsgefangene nur in Kolonnen einzusetzen, machte zunächst ihre Verwendung in der Rüstungsindustrie, vor allem in der kleinteiligen sächsischen Industrie, nicht durchführbar.³³⁸

Wie ausgewählte Personalkarteikarten der Wehrmachtkriegsgefangenenverwaltung zeigen, waren sowjetische Kriegsgefangene im Industriebereich erst ab April 1942 im Einsatz (siehe weiter unten). Ihr schlechter gesundheitlicher Zustand und ihre im Vergleich zu anderen Kriegsgefangenen Gruppen erheblich schlechteren Lebensbedingungen werden auch daran deutlich, dass die Zahl im Raum Chemnitz von 1.380 im Januar 1942 auf 1.260 im März 1942 gesunken war, was auf Krankheit und Todesfälle zurückzuführen war.³³⁹

Ostarbeiter wurden gleichfalls beschäftigt. Ihre Zahl im Bezirk Chemnitz betrug im Juni 1942 3.000 Personen, und weitere 6.000 wurden für Juli erwartet. In der Stadt Chemnitz waren sie und andere ausländische Zwangsarbeiter in circa 130 Lagern, im Stadtumland zusätzlich in etwa 70 weiteren, untergebracht.³⁴⁰ Sowjetische Zwangsarbeiter galten auch für den Bezirk Chemnitz – obwohl das so nicht der Wirklichkeit entsprach – als unerschöpfliche

³³⁴ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 168.

³³⁵ Siehe Pfalzer, S. 201.

³³⁶ Kukowski / Boch, S. 138 f. sowie Tabelle 19 S. 143 f.

³³⁷ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 173. Für die Region Borna sind erste sowjetische Kriegsgefangene gleichfalls bereits für den August 1941 und damit früher als im Ruhrbergbau nachweisbar, siehe Urban, Zwangsarbeit in der sächsischen Braunkohlenindustrie, S. 59. Siehe hierzu ausführlicher Kapitel 6.

³³⁸ Siehe hierzu Schneider, Unternehmensstrategien, S. 260.

³³⁹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 175.

³⁴⁰ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 268.

Quelle, wie Schumann zu Recht schreibt.³⁴¹ Vor allem der Einsatz von Zivilarbeitern aus Osteuropa nahm in der Folge sehr stark zu. So war die Zahl der im Arbeitsamtsbezirk Chemnitz eingesetzten Zwangsarbeiter (inklusive Ostarbeiter) von Januar 1943 mit 12.932 Personen sieben Monate später am 12. August 1943 bereits auf 18.802 gestiegen, unter ihnen inzwischen auch wieder 2.239 Kriegsgefangene.³⁴² Für die Region Chemnitz nennt Silke Schumann einen Anstieg der ausländischen Zivilarbeiter von 4.900 Ende 1941 auf 31.700 Ende 1943 und kommt damit auf etwas höhere Zahlen als Pfalzer.³⁴³ 1943 wurden nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 (siehe Kapitel 2) auch im Herbst die ersten IMIs nach Chemnitz transportiert, freilich blieb ihre Zahl relativ gering. Sie stieg von 1.800 im November 1943 auf 2.000 im Februar 1944.³⁴⁴

1944, auf dem Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion, lag die Zahl ausländischer Arbeitskräfte im Raum Chemnitz bei circa 38.000, davon etwa 15.000 Ostarbeiter.³⁴⁵ Das Rüstungskommando Chemnitz gab für seinen Zuständigkeitsbereich für den Zeitraum Juni / Juli 1944 1.231 sowjetische Kriegsgefangene, 3.598 Kriegsgefangene anderer Nationen, 6.430 Ostarbeiter, 7.984 Ostarbeiterinnen, 17.355 Zivilarbeiter und 2.127 Zivilarbeiterinnen anderer Nationen an, insgesamt 38.725 Menschen.³⁴⁶

Nach auswertbaren Zuweisungslisten des Arbeitsamts im Umfang von 23.172 Personen bildeten Ostarbeiter mit 35,75 Prozent, Franzosen mit 21,36 Prozent, Belgier (Flamen und Wallonen) mit gut zehn Prozent, Tschechen mit 7,20 Prozent und Italiener mit 6,6 Prozent die größten Gruppen. Insgesamt waren 23 Nationalitäten beziehungsweise Herkunftsregionen vertreten.³⁴⁷

Gleichwohl blieben im Jahr 1944 etwa im Bereich der Rüstungsindustrie gut 15.000 Arbeitsplätze unbesetzt. Selbst bei sogenannten Rotzetteln (die prioritäre Versorgung mit Arbeitskräften sichern sollten) konnte das Arbeitsamt Chemnitz nur gut 50 Prozent der Anforderungen erfüllen. Ein großes Manko bestand aus Sicht der Betriebe in der Abnahme der männlichen Mitarbeiter. Ihre Zahl hatte sich seit Kriegsbeginn bis 1944 auch im Raum Chem-

³⁴¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 293.

³⁴² Pfalzer, S. 201. Held / Fickenwirth nennen etwas andere und höhere Zahlen mit 18.703 Zivilisten plus 2.339 Kriegsgefangenen, siehe Held / Fickenwirth, S. 158.

³⁴³ Schumann, Zivile ausländische Arbeiter, S. 54.

³⁴⁴ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 239.

³⁴⁵ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 237. Stephan Pfalzer schätzt die Zahl der zivilen Zwangsarbeiter im Sommer 1944 auf gut 29.300, zuzüglich den KZ-Häftlingen der Astra AG und der Auto Union von insgesamt 915, siehe Pfalzer, S. 201. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die KZ-Häftlinge erst ab September beziehungsweise Oktober 1944 eingesetzt wurden. Für die Stadt Chemnitz gibt Schaller eine Zahl von etwa 20.000 ausländischen Arbeitskräften an, darunter 3.000 Kriegsgefangene, Schaller, S. 118. Der Arbeitsamtsbezirk Chemnitz verzeichnete am 30. September 1944 20.603 Zivilausländer, unter ihnen 9.857 Ostarbeiter, siehe Spoerer, Statistik, S. 676.

³⁴⁶ Zahlen genannt in: Lukat, S. 361.

³⁴⁷ Pfalzer, S. 203.

nitz in etwa halbiert; zuzüglich ausländischer ziviler männlicher Arbeitskräfte betrug sie jedoch auch nur gut 70 Prozent des Stands von 1939.³⁴⁸

Für einzelne Industriebetriebe konnte, verglichen mit der oben genannten nationalen Zusammensetzung der ausländischen Beschäftigten, die Zusammensetzung ihres Ausländeranteils jedoch erheblich abweichen. Für den Stichtag 28. Juni 1943 nennt Steffen Kranich folgende Zahlen für die größten Chemnitzer Betriebe:

Die Wanderer-Werke beschäftigten 88 Kriegsgefangene, davon 31 französische und 57 sowjetische. Zudem hatten sie 516 männliche Zivilisten, unter ihnen 200 Franzosen, 120 sowjetische Bürger, 54 Belgier, 53 Tschechen, 52 Italiener, 31 Niederländer und sechs Polen. Die Zahl der weiblichen Fremdarbeiter betrug sogar 713; bezeichnenderweise kamen hiervon allein 578 aus der UdSSR, 89 aus Frankreich, 19 aus Belgien, 18 aus Polen, sechs aus Jugoslawien, zwei waren Tschechinnen, eine war staatenlos. In dem Auto-Union-Werk Siegmars waren 1.279 männliche Zivilarbeiter beschäftigt, davon mehr als drei Viertel Franzosen.³⁴⁹ Die Firma Elite-Diamant setzte unter anderem 177 Ostarbeiter und 59 Ostarbeiterinnen ein; weitere 14 Firmen mit Zwangsarbeitern komplettieren die Liste.³⁵⁰

Sehen wir uns im Folgenden die Beschäftigten und ihre Herkunft beim größten im Raum Chemnitz beheimateten Rüstungsbetrieb Auto-Union-Konzern während der Kriegsjahre ab 1942 näher an. Die Auto Union konnte in den Jahren 1942 bis 1944 trotz steigender Einberufungen und Dienstverpflichtungen ihre Beschäftigtenzahl weiter steigern. So verlor der Konzern vom 31. Dezember 1939 bis 31. Dezember 1944 insgesamt 9.132 Arbeiter und Angestellte durch Einberufungen und 1.600 Mitarbeiter durch Dienstverpflichtungen.³⁵¹ Die Tochterunternehmen gaben insgesamt bis November 1944 3.259 Mitarbeiter ab. Insgesamt büßte der Konzern damit von 1939 bis 1945 etwa die Hälfte seiner deutschen Stammebeleg-

³⁴⁸ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 353 und 355.

³⁴⁹ Insgesamt bildeten die Franzosen im März 1943 gut elf Prozent der Gesamtbelegschaft, Kukowski / Boch, S. 212.

³⁵⁰ Steffen Kranich, Die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges, dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben, Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Dresden, 1974, S. 44. Die Arbeit befindet sich im Staatsarchiv Chemnitz, Best. 33232, SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Akte V 7 / 095. Diese Arbeit ist ein anschauliches Beispiel für zwei Feststellungen: Erstens belegt sie den ideologischen Rahmen, in dem sich die Beschäftigung mit dieser Thematik in der DDR der 1970er Jahre bewegte, und zweitens ist sie Beleg dafür, dass diese Thematik durchaus bereits zu dieser Zeit in der DDR untersucht wurde. Kranich hat sich zudem auf damals noch greifbare Zeitzeugen gestützt, die bei seinem Hauptbeispiel Niles-Werke Siegmars-Schönau vor und nach 1945 beschäftigt waren.

³⁵¹ Kukowski / Boch, Tabelle 20 S. 243. Nur im zweiten Halbjahr 1940 sank die Gesamtzahl der Einberufungen um gut 300. Von den Einberufenen waren etwa 15 Prozent (1.376) bis Ende 1944 gefallen, Kukowski / Boch, S. 423. Eine Übersicht von Ende Oktober 1944 nennt 8.993 Einberufene, 1.565 Dienstverpflichtete und 1.374 Gefallene, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 41. Dies belegt, dass die personelle Auszehrung auch 1944 kontinuierlich weiterging.

schaft von 1939 ein, während die andere Hälfte (etwa Umgesetzte, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge) vermutlich mehrmals ausgetauscht wurde.³⁵²

Die Konzernbelegschaft wuchs trotzdem ab 1942 von 33.470 am 31. März 1942 auf 47.935 Personen zum 30. September 1944. Das bedeutete ein Wachstum von 43 Prozent, trotz der oben genannten Abgänge. Die Beschäftigtenzahl der Stammbetriebe mit den Werken Audi Zwickau, DKW Zschopau, Horch Zwickau, Chemnitz Rößlerstraße und Zwickauer Straße, Siegmar sowie Spandau und den Filialen stieg dabei sogar von 23.661 auf 35.864, das heißt sie erhöhte sich um 51 Prozent. Die Töchter MMW mit ihrem Werk Iser GmbH, die DKK mit den Standorten Scharfenstein und Brand-Erbisdorf sowie die Werke in Kment, Pirna, Kolin und das Werk C.A. Richter in Chemnitz³⁵³ wuchsen von 9.809 Mitarbeitern auf 12.071, das heißt um 23 Prozent. Jedoch wurde der Aufwuchs bei der DKK vom Abbau bei den MMW zum Teil kompensiert.³⁵⁴ Eine Übersicht für den Februar 1945 zeigt schließlich eine ähnliche Verteilung der Arbeitskräfte wie schon Jahre vorher. An der Spitze lag das Werk Siegmar mit 10.738, gefolgt vom Horch-Werk mit 10.006, den MMW mit 5.068, DKW mit 4.758 und DKK mit 4.520 Beschäftigten.³⁵⁵ Die Gesamtbelegschaft lag damit nach einer Übersicht von November 1944 bei 47.623 Beschäftigten sowie 11.997 Einberufenen und 1.820 Dienstverpflichteten, insgesamt 61.440 Personen.³⁵⁶

Ab 1942 nahm auch der Ausländereinsatz in der Auto Union erheblich zu. Er lag beim Gesamtkonzern im ersten Quartal 1942 noch bei 3.073 Personen (zivile Ausländer und Kriegsgefangene) und wuchs im zweiten Quartal 1944 auf 16.458, davon waren 2.585 Kriegsgefangene und 13.409 Zwangsarbeiter, zuzüglich 464 Beschäftigte im Ausland. Auffällig ist dabei, dass sich die Zahl der Kriegsgefangenen innerhalb eines Dreivierteljahres bis Juni 1944 von 781 auf 2.585 mehr als verdreifachte, während die Zahl der zivilen Zwangsarbeiter nur um knapp 600 Personen stieg. Prozentual erhöhte sich der Ausländeranteil an der Belegschaft im Gesamtkonzern von 9,2 Prozent auf 34,6 Prozent Mitte 1944, sein Anteil nur beim Stammbetrieb lag gleichzeitig unwesentlich niedriger.³⁵⁷ In der Auto Union AG waren im Dezember 1944 insgesamt 13.226 Ausländer beschäftigt, davon 10.867 zivile Zwangsarbeiter, 1.842 KZ-

³⁵² Kukowski / Boch, S. 423; siehe auch Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 357.

³⁵³ Diese im Familienbesitz befindliche Eisengießerei wurde 1942 übernommen und ging später mit in andere Gießereistandorte der Auto Union in Chemnitz in der Zwickauer Straße ein, Kukowski / Boch, S. 111.

³⁵⁴ Kukowski / Boch, Tabelle 21a S. 244 f. Die MMW hatten ab 1942 verstärkt Einberufungen und auch viele Abgänge durch die Nichtrückkehr französischer Vertragsarbeiter zu verzeichnen, siehe ebenda, S. 241.

³⁵⁵ Zahlen nach Kukowski / Boch, Tabelle 47 S. 416.

³⁵⁶ Stand Gesamtbelegschaft Auto Union Konzern November 1944, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 31 und 31.

³⁵⁷ Zahlen nach Kukowski / Boch, Tabelle 21 a und b, Tabelle 22a und 22b S. 244–251. So wies der Stammbetrieb im November 1944 eine Gesamtzahl von 35.873 Mitarbeitern auf (Gehalts- und Lohnempfänger). Von diesen firmierten 30.487 als Lohnempfänger (Arbeiter). Letztere setzten sich aus 18.430 Deutschen, 10.692 Ausländern (inklusive 2.596 Ostarbeitern beiderlei Geschlechts) zusammen, hinzu kamen 465 Kriegsgefangene und 900 KZ-Häftlinge. Alle Ausländergruppen zusammen bildeten 39,5 Prozent der Lohnempfänger und 33,6 Prozent aller Beschäftigten, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 34.

Häftlinge und 504 Kriegsgefangene. Bei den Töchtern lauteten die Zahlen 7.803 Ausländer, von ihnen 3.793 Zwangsarbeiter, 2.055 sonstige zivile Ausländer, 1.386 KZ-Häftlinge und 569 Kriegsgefangene. Der Ausländeranteil im Gesamtkonzern betrug damit 42,3 Prozent und stieg bis Februar 1945 schließlich auf den Spitzenwert von etwa 45 Prozent durch weitere, vor allem ausländische Strafgefangene und KZ-Häftlinge an.³⁵⁸

Die Auto Union wies damit zwar geringere Ausländeranteile als ihre unmittelbaren Konkurrenten Daimler-Benz, BMW oder Volkswagen auf (die Anteile bei diesen lagen schon 1941 / 1942 bei bis zu 50 Prozent), man bewegte sich damit aber trotz allem ab 1942 in ähnlichen Dimensionen.³⁵⁹ So wies eine Übersicht der Auto Union für den 20. August 1944 im Werk Siegmars mit 3.465 ausländischen Arbeitskräften die absolut höchste Zahl aller Auto-Union-Standorte aus, deren stärkste Gruppe Franzosen mit 1.489 (davon 57 Kriegsgefangene), gefolgt von Ostarbeitern mit 750 und Italienern mit 529 (davon allein 425 IMIs) bildeten. In 47 anderen Firmen waren gut 977 Arbeitskräfte für die Chemnitzer Werke der Auto Union tätig.³⁶⁰ Eine Übersicht über die Herkunft der beschäftigten Ausländer vom März 1943 (Ausländer inklusive 2,6 Prozent Kriegsgefangene, insgesamt 31,3 Prozent) belegt, dass, wie schon genannt, Franzosen insgesamt im Auto-Union-Konzern die größte Ausländergruppe mit elf Prozent aller Beschäftigten waren, gefolgt von Sowjetbürgern mit einem Anteil von 7,2 Prozent, Polen von 3,5 Prozent und Holländern und Belgiern von 2,7 beziehungsweise 2,5 Prozent.³⁶¹ Unter Anwendung der Kriterien Spoerers (siehe Einleitung) gehörten damit 1,4 Prozent der Gesamtbelegschaft der ersten Gruppe an (neutrale und verbündete Staaten), 16,8 Prozent kamen aus „privilegierten“ Ländern, elf Prozent hatten kaum Einfluss auf Existenzbedingungen (Ostarbeiter, Polen, IMI) und 1,1 Prozent bildeten die unterste Schicht (sowjetische Kriegsgefangene).³⁶² Wie drei Stichtagsübersichten zeigen, waren 1942 noch überwiegend Arbeitskräfte aus besetzten Ländern Osteuropas prägend. 1943 kamen verstärkt Facharbeiter und Angelernte aus Nord- / Westeuropa zum Einsatz, gegen Ende 1943 zeigte der Trend wieder mehr auf die stärker diskriminierte Gruppe der Arbeitskräfte aus Osteuropa und Italien.³⁶³

Auch beim Verhältnis männlicher und weiblicher Zwangsarbeiter gab es bei der Auto Union wesentliche Unterschiede und Entwicklungen. Männliche Zwangsarbeiter aus Nord-

³⁵⁸ Zahlen nach Kukowski / Boch, Tabelle 50 und 51 S. 425–428 sowie S. 422.

³⁵⁹ Genaue Angaben dazu bei Kukowski / Boch, S. 240 f.

³⁶⁰ Uhlmann, Tabelle, Anlage 1 und 2, S. 191–193. Das Horch-Werk in Zwickau hatte beim Ausländereinsatz eine ähnliche Größenordnung, Kukowski / Boch, Tabelle 22a S. 248.

³⁶¹ Zu den einzelnen Gruppen siehe Kukowski / Boch, Tabelle 23 S. 252. Die anderen Gruppen bewegten sich unter einem Prozent. Die größte Verschiebung hatte sich damit für die zweite Gruppe ergeben, denn im September 1942 hatte deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl lediglich bei 6,2 Prozent gelegen, siehe Kukowski / Boch, Tabelle 25 S. 257 f. Es waren vor allem neue Arbeitskräfte – zumeist unter Zwang – aus Frankreich gekommen.

³⁶² Kukowski / Boch, Tabelle 24 S. 254 f. Der Anteil der zweiten Gruppe hatte sich bis Herbst 1943 sogar auf 19,3 Prozent erhöht, siehe ebenda, Tabelle 26 S. 260 f.

³⁶³ Zu den Tendenzen siehe auch Kukowski / Boch, S. 259.

West- und Südeuropa bildeten im September 1944 immer noch die anteilmäßige größte Gruppe von 21,2 Prozent der Gesamtbeschäftigten (Gruppe 2 bei Spoerer), während bei den weiblichen Zwangsarbeitern, die im Konzern insgesamt nur 5,6 Prozent aller Beschäftigten bildeten, Frauen aus Osteuropa mit 4,1 Prozent immerhin zugleich 72 Prozent aller weiblichen ausländischen Arbeitskräfte ausmachten. In absoluten Zahlen hatte der Konzern im Dezember 1944 14.404 weibliche Beschäftigte, von ihnen 4.372 Ausländerinnen aller Kategorien.³⁶⁴

KZ-Häftlinge hatten lange Zeit keine nennenswerte Rolle in der Belegschaftszusammensetzung der Auto Union gespielt. Dies änderte sich jedoch 1944. Denn zum Spezifikum der Auto Union und ihrer Tochterfirmen gehörte ab diesem Jahr auch der massenhafte Einsatz von KZ-Häftlingen. Mutmaßlich ging die Initiative dazu vom Vorstand aus und nicht so sehr von den für die Arbeitskräfterekrutierung zuständigen Werksangehörigen. In einigen vor allem von den zuständigen Verantwortlichen erhalten gebliebenen Protokollen ist immer wieder davon die Rede, dass, wenn auf andere Arbeitskräftegruppen (ausländische Zwangsarbeiter, Frauen) nicht mehr zurückgegriffen werden könne, KZ-Häftlinge genutzt werden müssten: „Sofern es sich als unmöglich herausstellen sollte, zivile ausländische Arbeitskräfte zu erhalten, wird auch bei DKW kein anderer Weg beschritten werden können, um den Arbeitskräftebedarf zu decken, als Konzentrations-Häftlinge (sic!) einzustellen.“ An anderer Stelle hieß es: „Wir halten, wenn sich die Militärbehörden in den besetzten Westgebieten – wo genügend unbeschäftigte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen – nicht zu schärferen Maßnahmen entschließen, den Einsatz von Häftlingen für die letzte Möglichkeit, unseren Kräftebedarf zu decken. In diesem Zusammenhang dürfen wir erwähnen, dass wir nach wie vor mit einem großen Abgang an Lohn- und Gehaltsempfängern in jedem Monat zu rechnen haben.“³⁶⁵ Am 27. Juli 1944 hielt es Leggewie als kaufmännischer Verantwortlicher für den Arbeitseinsatz offenbar für nötig, skeptische Werksleitungen vom Masseneinsatz der KZ-Häftlinge zu überzeugen, indem er nochmals auf die Restriktionen der bisherigen Arbeitskräfterekrutierungen aufmerksam machte und auch nicht vergaß mitzuteilen, dass der Hauptausschuss Kraftfahrzeuge sogar 3.200 KZ-Häftlinge für die LKW-Erzeugung bei der Auto Union verlangt hätte. Im Übrigen wies er auf die offenkundigen Vorteile von Häftlingen als Arbeitskräfte hin: 12-Stundentag, kein Anrecht auf Urlaub, kein Arbeitsausfall durch Arzt- und Facharztbesuche in Chemnitz.³⁶⁶

Obwohl daraus deutlich wird, dass die Auto Union, wie vermutlich viele Firmen, keineswegs freudig und fordernd einem KZ-Häftlingseinsatz entgegensah, war sie angesichts des allgegenwärtigen Arbeitskräftemangels doch bereit, diese letzte am meisten drangsaliierte Men-

³⁶⁴ Zu den einzelnen Zahlen siehe Kukowski / Boch, Tabelle 30a und 31a S. 271, 273 f. Der Frauenanteil an der Belegschaft insgesamt lag im Dezember 1944 bei 29 Prozent; deutsche Frauen bildeten 20,2 Prozent und alle Ausländerinnen inklusive weiblicher KZ-Häftlinge 8,8 Prozent der Gesamtbelegschaft, Kukowski / Boch, Tabelle 52b S. 430 f. sowie Tabelle 52a S. 428 f.

³⁶⁵ Bericht vom 10. Juli 1944 und 15. Juli 1944, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 373 und 374.

³⁶⁶ Protokoll der Werksleitersitzung vom 27. Juli 1944, in: Kukowski / Boch, S. 375.

schengruppe im Interesse ihrer Betriebe einzusetzen. Verzichtsforderungen aus humanitären Gründen wurden von Seiten der Auto Union nicht erhoben, und eine aus diesen Gründen notwendige Einschränkung der Produktion kam für sie nicht in Betracht. In der Zwickmühle zwischen immer höheren Rüstungsquoten und menschlichen Verlusten durch Einsatz der am meisten unterdrückten Gruppe entschied man sich für Ersteres, und das in vielen ihrer Produktionsstandorte, wie die Beschäftigungszahlen an den Standorten zeigen.

Sehen wir uns einige Produktionsstandorte näher an. So waren 1944 etwa in der Tochterfirma der Auto Union, der Deutschen Kühl- und Kraftmaschinen GmbH (DKK) in Wilischthal³⁶⁷, 300 Jüdinnen für die Flugzeugteileproduktion tätig.³⁶⁸

Ein weiteres Werk der DKK (Tarnname: Agricola GmbH Scharfenstein) lag in Oederan³⁶⁹, wo es ebenso ein KZ-Außenlager mit 500 Jüdinnen gab. Die Agricola GmbH hatte in Oederan bereits seit Anfang 1944 Geschosshülsen gefertigt; es war geplant, zusätzlich auch Pistolenmunition herzustellen. Für diese Aufstockungen versprachen die zuständigen Ausschüsse sowohl Arbeitskräfte als auch zusätzliche Maschinen. Die Produktionsergebnisse waren jedoch aus Sicht der Firma enttäuschend. Um die Munitionsherstellung verschiedener Arten zu steigern, gelang es zwar im Frühjahr 1945 noch, Hochöfen der Firma Brown Boveri & Cie. aus dem Ruhrgebiet nach Oederan zu schaffen. Diese konnten bis Kriegsende jedoch nicht mehr richtig in Gang gesetzt werden.

Insgesamt wurde im Herbst 1944 ein Bedarf von über 900 KZ-Häftlingen, 150 ausländischen Zwangsarbeitern und gut 225 deutschen Arbeitskräften festgestellt. Untergebracht werden sollten die Häftlinge und Zwangsarbeiter bei der Firma Salzmann, der Lederfabrik Schmidt und in einer Wohnbaracke. Wie üblich, musste der vorgesehene Unterbringungsort der KZ-Häftlinge vorab von der SS besichtigt und auf die Einhaltung der für solche Außenlager vorgesehenen Sicherheitsbestimmungen überprüft werden, wie die DKK in einem Schreiben an das RSHA vom 24. Juni 1944 verabredete. In dem Schreiben wies die DKK ausdrücklich darauf hin, dass eine abgeschlossene Unterbringung und auch eine im Betrieb von deutschen und anderen Ausländern getrennte Produktionsstätte vorhanden sei. Die ersten Häftlinge (Jüdische Frauen) kamen am 12. September 1944 an, konnten jedoch noch nicht für die im Aufbau befindliche Rüstungsproduktion eingesetzt werden. Sie mussten daher zunächst schwere Erdarbeiten verrichten. Später wurden sie dann in der Herstellung von 2-cm-Sprenggranaten für

³⁶⁷ Die DKK mit ihren Standorten in Scharfenstein und Brand-Erbisdorf war bis 1940 ein Zulieferer der Auto Union gewesen. Ende 1940 wurde sie übernommen, aber formal als eigenständiger Betrieb fortgesetzt. Ab 1941 produzierte man statt Stanzteilen verstärkt Rüstungsgüter wie Flak-, Maschinengewehr- und Lafettenteile, Munition, Teile für Seeminen, Bombengestelle und Kartuschenhüllen, siehe hierzu Kukowski / Boch, S. 108–110.

³⁶⁸ Zu den Häftlingstransporten nach Wilischthal, insbesondere auch zur offenbar besonders grausamen Behandlung der Häftlinge durch die Wachmannschaften siehe Kukowski / Boch, S. 385–388; siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 521 f.

³⁶⁹ Es handelte sich um einen ausgelagerten Rüstungsbetrieb der DKK, der ursprünglich in Freiberg produzieren sollte, jedoch dann nach Kabis nahe Oederan auswich. Er stellte Munition her, siehe zur Entwicklung der Firma Kukowski / Boch, S. 221 f. sowie ebenda, S. 351–353. Zum KZ-Häftlingseinsatz siehe ebenda, S. 383–385.

die Luftabwehr tätig. Allein 110 dieser Jüdinnen waren aus Auschwitz gekommen und bildeten mit Jahrgängen zwischen 1925 und 1930 die jüngsten Häftlinge.³⁷⁰ Ein Teil von ihnen gehörte zu einem Transport, der 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz gegangen war. In einer der Unterkünfte in Theresienstadt, über die später eine Dokumentation entstand, hatten insgesamt 60 Mädchen gewohnt, die alle nach Auschwitz kamen. Nur 15 von ihnen überlebten, und drei von ihnen wurden – nachdem sie in Auschwitz selektiert und für arbeitsfähig befunden worden waren – in das KZ-Außenlager nach Oederan geschickt. Am 14. April wurde das Außenlager evakuiert. Die Häftlinge sandte man in offenen Bahnwaggons auf eine Irrfahrt, die am 21. April 1945 schließlich wieder in Theresienstadt endete, wo das Martyrium endgültig vorbei war, als das Ghetto etwa 14 Tage vor Kriegsende von der SS verlassen wurde.³⁷¹

Neben dem Außenlager in Oederan betrieb die Auto Union in Zschopau ein weiteres KZ-Außenlager durch ihre Tochtergesellschaft MMW Taucha, in dem 500 Jüdinnen beim Bau von Flugmotorenteilen und Flugzeugrädern tätig waren. Ihr Einsatz begann erst am 25. November 1944, weil zuvor alle Bemühungen gescheitert waren, die notwendigen Unterbringungsbaracken zu beschaffen. So entschloss sich die Werksleitung, die Häftlinge im Werksgebäude selbst, wie etwa auch bei den Astra-Werken in Chemnitz, unterzubringen. Da auch die Vorbereitungen dieser Räume bei Ankunft der Häftlinge noch nicht abgeschlossen waren, mussten die Frauen die Nächte einen Monat lang in einer Turnhalle sowie im Außenlager Wilischthal zubringen.³⁷²

Im Zwickauer Horch-Werk gehörten neben den sonstigen Beschäftigten sogar 1.167 männliche KZ-Häftlinge zur Belegschaft. Sie wurden in fünf Baracken eingewiesen. Das Lager war nach den Vorstellungen der SS mustergültig angelegt: Wachtürme an den Ecken, Stacheldrahtzäune sowie eine SS-Bewachungstruppe von etwas mehr als 50 Mann. Das AL bei Horch war zudem durch eine besonders hohe Todesquote unter den Häftlingen gekennzeichnet. Bei einem Fluchtversuch wurden insgesamt 23 Häftlinge erschossen. Sehr viel mehr Häftlinge starben allerdings aufgrund der völlig mangelhaften Ernährungs- und Hygienesituation. Ins-

³⁷⁰ Kukowski / Boch machen richtigerweise darauf aufmerksam, dass die Korrektur von Altersangaben in Auschwitz angesichts der Selektion von in der Regel weniger leistungsfähigen Häftlingen jugendlicher und älterer Jahrgänge eines der Überlebensmittel war, so dass aufgrund falscher Altersangaben auch relativ junge wie manche ältere Häftlinge zu den Arbeitseinsätzen geschickt wurden, siehe Kukowski / Boch, S. 383.

³⁷¹ NS-Terror und Verfolgung, S. 509 f. Dieses Mädchen ist in der Dokumentation von Hannelore Brenner-Wonschick unter dem Titel „Die Mädchen von Zimmer 28. Freundschaft, Hoffnung und Überleben in Theresienstadt“, Berlin 2008 ein literarisches Denkmal gesetzt worden. Drei der Genannten – Helga, Handa und Tella Pollak – gehörten zu denen, die nach Oederan transportiert wurden und die das dortige KZ-Außenlager überlebten, siehe hierzu Brenner-Wonschick, S. 325–328 und 342–345 und 366 f. Siehe auch den Bericht von Raga-Rifka Diamant, die über das Ghetto Łódź zunächst nach Auschwitz transportiert worden war, um dann anschließend auf Transport nach Oederan zu gehen, Schilderung auszugsweise abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 661; Schreiben der DKK an das RSHA vom 24. Juni 1944, in: ebenda, S. 662, auch zitiert in: Kukowski / Boch, S. 371. Beide weisen darauf hin, dass dieses offenbar das früheste überlieferte Zeugnis der Bemühungen der Auto Union um KZ-Häftlinge ist. Zum Ghetto Theresienstadt, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 217–226.

³⁷² Kukowski / Boch, S. 388–390. Siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 526 f.

gesamt kamen in Zwickau etwa 280 Häftlinge um, mehr als 350 wurden als nicht mehr arbeitsfähig ins Stammlager zurücktransportiert und wurden durch andere Häftlinge aus Flossenbürg ersetzt.³⁷³ Auf die KZ-Außenlager im Werk Siegmars und Hohenstein-Ernstthal gehen wir weiter unten bei einer genaueren Darstellung der Entwicklung des Werkes Siegmars noch näher ein.

Wie lässt sich nun dieser Einsatz von KZ-Häftlingen für eine Einordnung der Auto Union als Rüstungsproduzent deuten? War er höher als bei anderen Rüstungsprotagonisten wie etwa der Flick AG oder bei den Konkurrenten wie Daimler-Benz? Strittig ist hierbei vor allem der Untertagekomplex Leitmeritz. Dort waren bis zu 18.000 Bauhäftlinge beschäftigt (Kap. 4). In einer Analyse zum Einsatz von KZ-Häftlingen bei dem Auto-Union-Konzern aus dem Jahr 2010 kommt Spoerer unter Einberechnung dieser Gruppe zu der Einschätzung, 1945 sei etwa jeder vierte bis fünfte Mitarbeiter ein KZ-Häftling gewesen.³⁷⁴ Mit einer solchen Feststellung läge die Auto Union an der Spitze deutscher Rüstungsunternehmen. Kukowski / Boch kommen in ihrer Auseinandersetzung mit Spoerers Berechnungen zur Ermittlung des KZ-Häftlingseinsatzes bei der Auto Union zu anderen Ergebnissen. Zum einen argumentieren sie, dass es keine vertraglichen Beziehungen zwischen der SS und der Auto Union beim Einsatz von Bauhäftlingen gab (im Unterschied zu den Produktionshäftlingen); der Einsatz von SS-Bauhäftlingen beim Vorhaben Leitmeritz sei zum anderen vom Rüstungsministerium beauftragt worden. Die Auto Union verfügte nach Kukowski / Bochs Ermittlungen über kein unmittelbares Weisungsrecht. Ohne Einbezug dieser Leitmeritzer KZ-Bauhäftlinge kommt Spoerer auf einen KZ-Häftlingsanteil von gut zehn Prozent sowohl bei der Auto Union AG wie dem Gesamtkonzern. Unter Berücksichtigung der Bauhäftlinge liegen nach seiner Berechnung die Werte jedoch wesentlich höher, bei über 20 Prozent im Jahr 1944 für die Auto Union AG sowie sogar bei über 30 Prozent beim Gesamtkonzern. Diese Zahlen stoßen jedoch bei Kukowski / Boch auf Kritik.³⁷⁵

³⁷³ Kukowski / Boch, S. 378–380. Siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 526 f.

³⁷⁴ Kukowski / Boch, S. 399 f. mit Bezug auf das schon genannte Gutachten von Mark Spoerer aus dem Jahr 2010. Tatsächlich hat Spoerer jedoch zu dieser Frage zwei vom Text her fast identische Gutachten erstellt beziehungsweise veröffentlicht (Umfang: 2,5 Textseiten). Neben dem im März 2010 erstellten und im Internet veröffentlichten Gutachten wurde offenbar der Wirtschaftswoche ein Gutachten vom 13. Mai 2010 übergeben, das zudem eine Überblickstabelle zu Beschäftigungsstruktur und Zwangsarbeitereinsatz der Auto Union AG sowie des Auto-Union-Gesamtkonzerns und außerdem eine Vergleichstabelle zu anderen großen Rüstungskonzernen enthält. In diesem Gutachten sind seine Zahlen aus dem Text mit den genannten Tabellen untersetzt. Als Gesamtbelegschaft des Auto Union-Konzerns gibt Spoerer 40.000 Beschäftigte an; von diesen seien 4.100 KZ-Häftlinge gewesen. Einschließlich eines Anteils von 80 Prozent der Bauhäftlinge für die Stollen in Leitmeritz kommt er auf gut 14.000 KZ-Häftlinge für die Auto Union am Standort Leitmeritz; der Gesamtkonzern beschäftigte danach von 1944–1945 insgesamt gut 17.000 KZ-Häftlinge. Während Spoerers Berechnungen für den Auto-Union-KZ-Einsatz sowohl Produktions- als auch Bauhäftlinge mit beinhalten (es gibt auch eine Variante ohne Bauhäftlinge), konstatieren Bormann / Thiedtke, dass die Bauhäftlinge keineswegs einfach der Auto Union zugeschlagen werden können, betonen jedoch dabei: „Das bedeutet jedoch nicht, dass die Auto Union keine Verantwortung für diese Häftlinge und ihr Schicksal hatte“, Bormann / Thiedtke, S. 15. Wir bedanken uns bei Martin Kukowski sehr herzlich für die Überlassung des Spoerer-Gutachtens vom 13. Mai 2010.

³⁷⁵ Spoerer, Umfang, Mai 2010, S. 2 sowie Tabelle S. 4. Nach den Aussagen von Kukowski / Boch sind dabei allerdings Berechnungsfehler vorhanden, die sie auf der Grundlage von Tabelle S. 5 beschreiben. So werden

Aufgrund eigener Berechnungen und Überlegungen ergeben sich für beide andere Zahlen. Danach betrug die Gesamtzahl der eingesetzten KZ-Häftlinge im Auto-Union-Konzern am 20. September 1944 anfangs 710 und stieg bis zu ihrem Höhepunkt am 20. Februar 1945 auf 3.671 an. Damit erhöhte sich ihr Anteil an der gesamten Beschäftigung im Konzern von anfangs 1,5 Prozent auf 7,4 Prozent im Februar / März 1945.³⁷⁶ Die jeweilige Quote der KZ-Häftlinge an den Standortbelegschaften schwankte dabei zwischen einem Zehntel und einem Sechstel. Im Gesamtergebnis kommen Kukowski / Boch zu dem Ergebnis, dass die Auto Union damit in ähnlicher Höhe auf KZ-Häftlinge zurückgriff wie etwa Daimler-Benz oder etwas mehr als BMW. Die beiden Autoren stellen in jedem Fall ein moralisches Versagen des Konzerns durch die Häftlingsbeschäftigung fest, jedoch bis Kriegsende keineswegs eine einfache Gleichsetzung des Konzerns mit den „schwerstbelasteten ‚ganz großen‘ Rüstungskonzernen wie Flick, IG Farben oder HASAG.“³⁷⁷

Nach dieser genaueren Darstellung von Belegschaft und Ausländer- / Ostarbeiter- / KZ-Häftlingseinsatz bei der Auto Union wollen wir noch einige weitere, kleinere Chemnitzer Werke zu dieser Frage betrachten. Die Wanderer-Werke hatten unter ihren weiblichen ausländischen Zivilarbeitern vor allem Ostarbeiterinnen mit einem Anteil von über 77 Prozent, danach weit abfallend Polinnen mit circa acht Prozent und dann erst Französisinnen mit knapp sechs Prozent beschäftigt, was auch für den Bereich Chemnitz die Aussage aus Teil 1 bestätigt, dass Ostarbeiter (als Sammelbezeichnung für beide Geschlechter) vor allem Ostarbeiterinnen waren. Bei den männlichen ausländischen Zivilarbeitern waren die Nationalitäten gleichmäßiger verteilt. Die stärkste Gruppe bildeten wiederum Ostarbeiter mit gut 30 Prozent, gefolgt von Franzosen mit etwas mehr als 25 Prozent, Niederländern mit gut 19,5 Prozent, Italienern mit etwa zehn Prozent und Protektoratsangehörigen mit 6,7 Prozent.³⁷⁸

KZ-Gruppen genannt, die nicht wirklich vorhanden waren; andere KZ-Häftlinge waren in Wirklichkeit, wie in Leitmeritz, für der OSRAM AG tätig, und drittens weisen sie darauf hin, dass die Gesamtbelegschaft des Auto-Union-Konzerns im Februar 1945 mit gut 50.000 Personen größer war als von Spoerer zugrundegelegt. Zur Auseinandersetzung mit Spoerers Zahlen siehe Kukowski / Boch, S. 402 f., Fußnote 889. Die von uns für die Auto Union AG in Sachsen erhobenen Werte für Kernbetriebe liegen insgesamt bei 2.767 KZ-Häftlingen (Standorte Siegmars, Hohenstein-Ernstthal, Zschopau, Zwickau), siehe NS-Terror und Verfolgung, Verzeichnis der KZ-Außenlager. Hinzu kommt, dass alle konkreten Gesamtzahlen von eingesetzten KZ-Häftlingen 1945 mit erheblichen Überlieferungslücken behaftet sind und oftmals nur Schätzungen möglich scheinen; zum anderen wurden offenbar kranke oder in Quarantäne befindliche Häftlinge zum Teil mitgezählt, zum Teil nicht, siehe Kukowski / Boch, S. 401 ff.

³⁷⁶ Zu den einzelnen Zahlenangaben siehe Kukowski / Boch, Tabelle 43, 44 und 48, S. 405 f., 409 und 418.

³⁷⁷ Kukowski / Boch, S. 411 f. Zu den einzelnen Standorten der Auto Union siehe ebenda, S. 412, Zitat ebenda, S. 412. Zur HASAG, dem belegschaftsmäßig und beim Ausländereinsatz größten sächsischen Rüstungsbetrieb siehe weiter unten Kapitel 6. Spoerer nennt in seinem Gutachten für BMW 4,8 Prozent KZ-Häftlingsanteil, für den Daimler-Benz-Konzern 7,6 Prozent, für den Heinkel-Konzern (Flugzeugbau) 57,2 Prozent, für den Messerschmitt-Konzern 27,5 Prozent sowie schließlich für die IG Farben 26,4 Prozent, siehe Spoerer, Umfang, Mai 2010, Tabelle S. 4,

³⁷⁸ Tabelle für die Wanderer-Werke, Stand Dezember 1944, in: Schneider, Unternehmensstrategien, S. 243.

Am anderen Ende der Skala gab es Betriebe, die nur wenige Ausländer beschäftigten. Zu ihnen gehörte die Deutsche Niles-Werke AG. In ihr arbeiteten nie mehr als zehn Prozent Ausländer.³⁷⁹ So waren im Zeitraum 1942 bis 1944 immer zwischen acht und 30 Westarbeiter sowie ab 1942 auch 20 französische und 70 sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Im Januar 1944 verließen die letzten sowjetischen Kriegsgefangenen die Niles-Werke und wurden durch 41 Personen aus Ostarbeiterfamilien ersetzt.³⁸⁰ Bei ihnen handelte es sich offenbar um den Personenkreis von durch die Wehrmacht bei ihrem Rückzug mitverschleppten ganzen sowjetischen Familien (siehe Kapitel 2), denn unter den genannten 41 Personen befanden sich sechs Kinder unter 14 Jahren und auch sechs Kleinkinder.

Auffällig bei allen Meldungen der Betriebe an die Industrie- und Handelskammer Chemnitz ist, dass die Kriegsgefangenen in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen werden. KZ-Häftlinge waren im damaligen Stadtgebiet Chemnitz nur bei der Astra tätig, freilich auch im nahegelegenen Auto-Union-Standort im damals selbständigen Siegmarschönau. Für den 4. März 1945 gibt es verschiedene Statistikbogen der IHK. Einmal wurden 25 Firmen beziehungsweise 30 Firmen betrachtet, in letztere Erhebung waren auch die Betriebe der Stadt Siegmarschönau einbezogen. Damit waren insgesamt 6.030 Zwangsarbeiter statistisch erfasst, die Anzahl der Arbeiter und Angestellten insgesamt wurde mit 28.170 angegeben. So betrug der Anteil an Zwangsarbeitern mindestens 21,41 Prozent.

Arbeitskräftemeldung von 25 Firmen an die IHK Chemnitz mit Stichtag 31. März 1945³⁸¹

| | Gewerbliche Kräfte | | | | Angestellte | | | | Summe |
|--------------------------|--------------------|----------|----------|----------|-------------|----------|----------|----------|--------|
| | männlich | | weiblich | | männlich | | weiblich | | |
| | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | |
| Am 4.3.1945 | 10.497 | 2.990 | 7.470 | 3.005 | 2.459 | 31 | 1.714 | 4 | 28.170 |
| Am 31.3.1945 im Betr. | 7.293 | 1.809 | 2.355 | 1.962 | 1.962 | 27 | 1.285 | 4 | 17.970 |
| Krank / beur- laubt | 1.910 | 227 | 2.337 | 185 | 352 | 2 | 301 | - | 5.314 |
| anderweit. abgeb. | 557 | 327 | 519 | 91 | 56 | - | 58 | - | 1.612 |
| Fehlbestand | 1.269 | 722 | 2.145 | 446 | 231 | 2 | 154 | - | 4.969 |

³⁷⁹ Klaus Müller, Niles-Werke, S. 67. Eine Übersicht vom 19. März 1945 gibt insgesamt 503 Belegschaftsmitglieder an, von denen 43 aus dem Ausland kamen: 29 Ostarbeiter, acht französische Kriegsgefangene und sechs Italiener. Dies entspricht einem Anteil von 8,6 Prozent, siehe: Mitteilung der Niles Werke an ihre Berliner Zentrale vom 19. März 1945, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31011, Niles AG, 203 Belegschaft Mitte März 1945.

³⁸⁰ Klaus Müller, Niles-Werke, S. 68. Zu den ausländischen Arbeitskräften der Niles-Werke siehe auch Kranich, S. 46. Kranich geht auf S. 50 auf die oben genannten 41 Ostarbeiter ein, die Anfang 1944 bei den Niles-Werken eintrafen, erwähnt aber nicht, dass es sich offenbar um Familien handelte, die insgesamt deportiert worden waren.

³⁸¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 424.

Gesicherte Gesamtzahlen der im Bezirk Chemnitz eingesetzten Zwangsarbeiter aller Kategorien liegen nicht vor, sondern wie schon ausgeführt nur zeitgenössische Stichtagsangaben. Somit ist es lediglich eine Schätzung, die quellenkritisch zu betrachten ist, wenn etwa Stephan Pfalzer aus der Literatur die Zahl von gut 80.000 Beschäftigten referiert.³⁸²

Chemnitz als regionales Zentrum der Rüstungsindustrie

Die Auto Union AG

Nach der Kriegswende 1941 / 1942 hatte sich die Region Chemnitz mit erheblichen Produktionsenerweiterungen und zunehmendem Ausländereinsatz neben Leipzig und Dresden zu einem weiteren Zentrum der sächsischen Rüstungsindustrie entwickelt. So war sie etwa ab Anfang 1943 führend am sogenannten Adolf-Hitler-Panzerprogramm („Die erfolgreiche Weiterführung des Krieges erfordert den höchstmöglichen Ausstoß an Panzern.“)³⁸³ beteiligt, mit dem das Rüstungsministerium die Panzerproduktion erweitern wollte, um auf dem östlichen Kriegsschauplatz wieder die strategische Initiative zurückzugewinnen. Im Raum Chemnitz waren Anfang 1943 159 Betriebe in dieses Programm integriert. Hauptproduzent für die Panzermotoren der Firma Maybach (Friedrichshafen) war die Auto Union, ehe der Betrieb von dem Luftangriff auf Chemnitz am 11. September 1944 schwer getroffen wurde.³⁸⁴

Wichtigster Rüstungsproduzent der Region war die Auto Union, die auch an mehreren ausländischen Standorten Anlagen besaß. Sie kann seit der zweiten Kriegshälfte praktisch als reiner Rüstungsbetrieb bezeichnet werden und lieferte nicht nur zentrale Bestandteile für Waffen und Fahrzeugen, sondern auch ganze Wehrmachtfahrzeuge. So wurden etwa in ihrem Werk Siegmars folgende Rüstungsgüter produziert: LKW, Torpedos, Maschinengewehre, Geschütze, gepanzerte Fahrzeuge, Panzermotoren. In einem anderen Chemnitzer Werk, in der Rößler-Straße, stellte man Anlasser, Zünder und Elektroteile für die Luftwaffe her (zur Gesamtpalette der Rüstungsprodukte siehe weiter unten Tabelle Rüstungsproduktion).³⁸⁵

Im Folgenden wollen wir uns exemplarisch mit einigen der Auto-Union-Standorte und ihren konkreten Rüstungsproduktionen befassen, da sich hieraus durchaus zutreffende Ein-

³⁸² Pfalzer, S. 200. Als Quelle ist dort die auch von uns genutzte Publikation von Steffen Kranich, Beiträge, S. 49, genannt. Dieser wiederum stützt sich bei seiner Aussage auf eine Publikation der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Abteilung Propaganda und Agitation, und unternimmt keine weitere Quellenwürdigung. Pfalzer diskutiert im Übrigen quellenkritisch die vereinzelt vorhandenen Zahlenangaben verschiedener Provenienz für den Raum Chemnitz, siehe Pfalzer, S. 201.

³⁸³ Siehe Moll, S. 317–318, Zitat Hitler S. 317. Zum Verlauf des genannten Programms siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 570–573.

³⁸⁴ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 95 f.

³⁸⁵ Siehe unter anderem Uhlmann, S. 177–187 mit einem Überblick zu Chemnitzer Rüstungsbetrieben.

drücke für die gesamte sächsische Rüstungsproduktion(sproblematik) gewinnen lassen, wie wir sie im Allgemeinen bereits in Teil 1 behandelt haben.

Das wichtigste Rüstungsprodukt des Werks Siegmars waren die Maybach-Panzermotoren HL 210 beziehungsweise ab 1944 HL 230, welche unter anderem für die in Kassel produzierten Panzer V (Panther) und VI (Tiger) hergestellt wurden. Die Auto Union war hierfür neben anderen deutschen Produzenten wie den Maybach-Werken in Friedrichshafen selbst oder der Daimler-Benz AG in Stuttgart zuständig und hatte über ihren Direktor William Werner ab 1943 erheblichen Einfluss auf die Motorenproduktion insgesamt.³⁸⁶ Die von der Wehrmacht ab Januar 1944 verlangten Stückzahlen von 1.000 pro Monat wurden jedoch bei weitem nicht erreicht. So betrug die tatsächliche Zahl im März 1944 nur 48 Motore.³⁸⁷ Andere Rüstungsgüter waren etwa Raupenschlepper Ost, LKW, Getriebe, Maschinengewehrteile und Steyr-Motore. Die Auto Union ist zudem ein gutes Beispiel dafür, wie lange die Rüstungsproduktion in Sachsen fortgesetzt wurde. Der letzte Panzermotor wurde im Werk Siegmars am 14. April 1945 produziert, dem Tag, als die Amerikaner Siegmars erreichten.³⁸⁸

Für das Werk Siegmars war von der Konzernspitze eigentlich die Produktion eines eigenen Militär-LKW geplant und bis zur Produktionsreife gebracht worden (Typenname AU-1500). Nach der militärischen Katastrophe des Kriegswinters 1941 / 1942, als sich insbesondere die LKW der Wehrmacht als völlig unzureichend erwiesen hatten, setzte von Seiten des Rüstungsministeriums eine rigorose Typenreduzierung ein. Auf zentralen Beschluss wurde ein Modell von Steyr zum neuen Standard-LKW bestimmt. Die Auto Union erhielt am 4. März 1942 die Nachricht, dass ihr Modell nicht produziert werden würde. Sowohl das Werk Siegmars als auch das Audi-Werk in Zwickau erhielten jedoch den Auftrag, Steyr-LKW und den sogenannten Steyr-Raupenschlepper-Ost (RSO) in Lizenz zu fertigen. Das Produktionsoll lag ab Produktionsbeginn 1942 bei 950 LKW und 650 RSO monatlich.³⁸⁹

Diese Programme nahmen in den Jahren 1943 bis 1945 eine sehr wechselvolle Entwicklung. Sie sollen hier deshalb etwas ausführlicher referiert werden, weil sie die eigentlichen Probleme in der Rüstungswirtschaft aufgrund von Materialmangel, Luftkrieg und vor allem Arbeitskräfteengpässen exemplarisch zu illustrieren vermögen. Es existierte zunächst eine Fülle von organisatorisch-praktischen Problemen. So gab es zu wenig Arbeitskräfte und auch Maschinen für die Herstellung von Gelenkwellen (Rzeppa). Das Produktionsziel von 166 RSO

³⁸⁶ William Werner, zuvor stellvertretender Leiter des Industrierates der Luftrüstung, wurde gegen den Widerstand der Firma Maybach mit erheblicher Unterstützung von Albert Speer Vorsitzender des neuen Ausschusses für Motorenproduktion, der nunmehr sowohl für Flugzeug- wie auch Panzermotoren zuständig wurde, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 317.

³⁸⁷ Zu den nicht untypischen Gründen für erheblich niedrigere Produktionszahlen von Rüstungsgütern siehe Uhlmann, S. 178–180.

³⁸⁸ Uhlmann, S. 191. Manche Betriebe in Chemnitz produzierten noch bis zum 7. Mai 1945 Rüstungsgüter, siehe ebenda, S. 191.

³⁸⁹ Kukowski / Boch, S. 170–172. Zur Typenreduzierung im Jahr 1942 im Bereich Kfz-Bau siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 314–316.

im Oktober 1942 wurde verfehlt, nur 70 teilweise montierte Schlepper konnte man fertigen. Der Produktionsbeginn für den Steyr-LKW wurde nach hinten verschoben. Gleichzeitig kam es zu Streitigkeiten mit Steyr über die Lieferung von Spezialmaschinen für die Gelenkherstellung. Weitere Engpässe bei Achsträgern, Kettenradnaben, Bremstrommeln, Zahnkränzen, Argus-Bremsen und vielen anderen Komponenten führten beim RSO zu Produktionsverzögerungen bis November 1942. Diese Probleme hatten auch eine Verschiebung der LKW-Produktion zu Folge. Im Dezember konnten jedoch durch Sonderschichten weitere RSO hergestellt werden. Insgesamt 1.100 Schlepper kamen am Jahresende zur Ablieferung an die Wehrmacht. Freilich hatte man dafür Komponenten verwandt, die eigentlich für das Januar Soll 1943 vorgesehen waren. Dadurch kam es im Januar 1943 wieder zu Einbrüchen. Der Beginn der LKW-Fertigung im Februar 1943 war in Gefahr.

Hinzu kam, dass zu diesem Zeitpunkt das RWM mit dem Wunsch an die Auto Union herantrat, ein Exportprogramm für DKW-Fahrzeuge wieder aufzunehmen, was nur in Konkurrenz zu den Rüstungsproduktionen geschehen konnte. Gleichzeitig bemühte sich die Auto Union, zu eruieren, ob nicht Teile der Rüstungsproduktion in Frankreich und Italien zu verwirklichen wären, stellte aber selbst fest, dass dort zwar Kapazitäten vorhanden, jedoch die zusätzlich notwendigen Kohle- und Öllieferungen aus dem Deutschen Reich nicht sicherzustellen seien.

Trotz Problemen bei der Materiallage konnte die RSO-Produktion entgegen den Erwartungen im Januar 1943 sogar übererfüllt werden (464 statt nur erwarteter 450 Exemplare), jedoch zu Lasten einer Verschiebung des LKW-Programms. Die wegen Übererfüllung bei RSO sofort erhöhten Anforderungen für LKW waren für Februar 1943 aber nicht zu erbringen, da wiederum Gelenkwellen fehlten. Der Hauptausschuss Kraftfahrzeuge wies zudem die Auto Union an, nunmehr auch nach den Wünschen des RWM Exportfahrzeuge zu bauen. Auch im Februar konnte die RSO-Fertigung durch erhöhte Arbeitszeiten (Sonntagsarbeit) erfüllt werden. Die ersten neun Steyr-LKW wurden ebenfalls im Februar 1943 fertiggestellt (Soll: 50).

Beim Audi-Werk in Zwickau gab es gleichzeitig erhebliche Maschinenengpässe für den Bau von Gelenkwellen, und auch die Exportproduktion kam nicht zustande, weil das für die Motorenfertigung zuständige DKW-Werk nicht pünktlich liefern konnte. Diese Schwierigkeiten verstärkten sich, als der Hauptausschuss festlegte, das Audi-Werk solle insgesamt die Steyr-LKW-Produktion übernehmen, da entschieden sei, dass das Werk Siegmars in die Panzermotorenherstellung einsteigen müsse. Die LKW-Exportproduktion solle zudem spätestens im Januar 1944 anlaufen. Schnell setzten weitere hektische Aktivitäten ein. Es waren neben notwendigen Komponenten vor allem genügend Arbeitskräfte zu beschaffen, vor allem Ausländer. Der Baracken- und Unterkünftebau war sowohl in Zwickau wie in Siegmars zu beschleunigen. Die Auto Union verlangte von Sauckel neue Arbeitskräfte, versuchte aber auch selbst, solche in allen Teilen des besetzten Europas zu gewinnen.

Obwohl beide Werke ihr Soll beim LKW-Bau nicht erfüllten, kamen von dem für Fahrzeugbau zuständigen Hauptausschuss ständig weitere Anforderungen. „Die Transportlage der Wehrmacht verlange von der Kfz-Industrie trotz aller widrigen Bedingungen und Benachteiligungen bei der Vergabe von Dringlichkeitsstufungen umgehende Ausstoßsteigerungen durch

Improvisation“, wie es in einem Protokoll hieß.³⁹⁰ Proteste der Auto Union mit Hinweis auf die vielfältigen Mangelsituationen blieben beim Rüstungsministerium ohne Reaktion.

Im Werk Siegmars musste man im September 1943 das Auslaufen der RSO-Produktion einleiten, da die Maybach-Panzermotorenfertigung einige Wochen später starten sollte. Auch sollte die LKW-Herstellung langsam auslaufen, was jedoch nicht möglich war, da das Audi-Werk keineswegs in der Lage war, alle LKW zu fertigen. Fehlende Gelenkwellen sorgten dafür, dass statt der geforderten 700 LKW in beiden Werken nur 400 gebaut werden konnten. Hinzu kam ein erheblicher Mangel an Kraftstoff. Der Vorstand senkte daher das Soll. Eine Milderung des Arbeitskräftemangels erwartete er vor allem durch umfassende Umsetzungen von Arbeitern aus der stillzulegenden Textilindustrie in die Auto-Union-Rüstungsproduktion.

Die Produktionszahlen blieben auch im September / Oktober 1943 hinter den Forderungen zurück und zogen ständige Auseinandersetzungen im Hauptausschuss Kraftfahrzeuge nach sich. Minderlieferungen von 40 Prozent bei den LKW im Oktober 1943 führten zu erhöhten Lieferungsforderungen durch ein Aufholprogramm für den Rest des Jahres. Auch dieses konnte jedoch nicht erfüllt werden, weil unter anderem der erste große Luftschlag gegen die Industrie in Leipzig am 3. / 4. Dezember 1943 zu Lieferausfällen führte, zudem fehlte weiterhin Personal. Während die RSO-Produktion im Werk Siegmars im Oktober 1943 planmäßig ausgelaufen war, konnten im Dezember 1943 in Siegmars und Zwickau nur insgesamt 450 LKW ausgeliefert werden.

Als Antwort auf diese Probleme erhielt das LKW-Programm zur Jahreswende 1943 / 1944 eine höhere Priorität, was theoretisch die Materialbeschaffung erleichtern konnte. Das Liefer-soll für 1944 von 700 LKW monatlich wurde erwartungsgemäß um 50 Prozent verpasst, weil es weiterhin Probleme bei der Zulieferung und den Arbeitskräften gab. Im Februar 1944 war zudem das Steyr-Werk in Österreich schwer bombardiert worden, so dass die dortige Produktion einbrach. Zum Ausgleich verlangte der Hauptausschuss von der Auto Union eine Kammlinie (Produktion) von 1.000 LKW pro Monat. Neue Maschinen aus Italien und nunmehr freigesetzte Arbeitskräfte von Steyr sollten dieses ermöglichen; Steyr kam dem jedoch nicht nach.

Das LKW-Programm befand sich jedoch nicht nur wegen der Bombenschäden in einer Krise. Es fehlte an ausreichenden Zulieferungen wie auch an Arbeitskräften, worauf der Auto-Union-Vorstand dringlich hinwies. Es sei im März 1944 nur möglich gewesen, Abgänge zu kompensieren, jedoch keine neuen Arbeitskräfte zu gewinnen. Im April 1944 lag die Produktionszahl im Werk Siegmars bei 225, im Werk Audi bei 397 LKW. Bemühungen um neue Arbeitskräfte aus Italien wie auch Umsetzungen von anderen Chemnitzer Werken zur Auto Union blieben erfolglos. Trotzdem legte der Sonderausschuss der Auto Union ab Mai eine monatliche Kammlinie von 1.000 LKW und 2.300 Motoren für LKW und RSO auf. Beides konnte bis Ende 1944 nicht erfüllt werden; der Produktionsausstoß betrug etwa die Hälfte. Hinzu kam, dass selbst die gefertigten LKW gegen Ende 1944 wegen des zunehmenden Verkehrssystemzusam-

³⁹⁰ Sitzung der Leiter der Sonderausschüsse im Hauptausschuss Kraftfahrzeuge vom 28. Juli 1943, in: Kukowski / Boch, S. 177.

menbruchs nicht mehr vollständig ausgeliefert werden konnten. „Man produzierte immer mehr auf Halbe“, wie Kukowski / Boch dazu feststellen.³⁹¹

Das PKW-Exportprogramm war ebenfalls bis Mai 1944 wegen Lieferschwierigkeiten bei den DKW-Motoren aus Zschopau nicht angelaufen, weil auch dieses Werk unter massivem Arbeitskräftemangel litt. Um den zu mildern, griff das Werk Siegmars ab September 1944 auf die letzte Arbeitskräfteresource zu, KZ-Häftlinge, während man bei Audi in Zwickau darauf verzichtete.

Aus dieser Schilderung wird deutlich, in welchem Rahmen sich sowohl Betriebe als auch die Selbstverwaltungsausschüsse der Industrie bei der Festlegung von Produktionslinien bewegten. Es wurden praktisch fast immer zu hohe Forderungen erhoben, die nur partiell durch Vorgriff auf Reserven erfüllt werden konnten, zumeist aber verfehlt wurden. Trotzdem stieg der Ausstoß von LKW und RSO seit Programmbeginn 1942 „mit fachlich eher minderqualifiziertem Personal durch verschärfte Arbeitsbedingungen und Rationalisierung“³⁹² erheblich an. Persönliche Konsequenzen hatte die Lücke zwischen Anforderungen und tatsächlicher Produktion für die beteiligten Auto-Union-Vorstände nicht.³⁹³

Ähnliche Probleme zeigten sich auch für das DKW-Werk in Zschopau, das Motorräder, Stationär- und Einbaumotoren fertigte. Auch diese Produktionslinie litt unter Transportproblemen der Zulieferer, Ausschussanlieferungen, Arbeitskräftemangel und letztlich nicht erfolgreichen Versuchen, im besetzten oder verbündeten Ausland zu produzieren. Es kam immer wieder zu Verspätungen, Bandstillständen und in der Folge Programmsenkungen. Zeiten des Nichtstuns und Zeiten überbeanspruchter Arbeitskraft durch Akkord- und Sonntagsarbeiten bei verlängerter Arbeitszeit wechselten sich ab. Die Belegschaft stieg zwar von etwa 3.600 Personen 1941 (zumeist Facharbeiter) auf gut 4.500 (die Neuzugänge waren zumeist weniger qualifiziert) im ersten Halbjahr 1944, sollte aber auch eine vervierfachte Produktion sicherstellen. Nach Berechnungen des Vorstands bestand im Mai 1944 beim Personal eine Unterdeckung von gut 31,6 Prozent.

Die Folge waren erhebliche fast ständige Sollverfehlungen von 1942 bis 1944. Es gab 1942 nur in wenigen Monaten eine nominelle Erfüllung der Motorradzahlen (es wurden auch nur teilweise fertiggestellte, zeitweise gelagerte und nicht nur komplette Motorräder eingerechnet), in den folgenden Jahren verfehlte man die Planungen erheblich. Bei der Motorenher-

³⁹¹ Kukowski / Boch, S. 328. So heißt es unter dem Betreff „Stichworte zur Transportsituation“ – wohl Ende 1944 –, dass beim Audi-Werk 318 fertige 1,5-t-LKW versandfertig ständen, jedoch infolge fehlender Waggons nicht abgeholt würden; gleichzeitig erwartete man von verschiedenen Firmen Zulieferteile, die dort versandfertig lagen und ebenfalls nicht durch die Reichsbahn transportiert werden konnten. Zum dritten fehlten den Standorten des Stammbetriebs ebenfalls LKW, da diese acht Produktions- und Kundendienststätten und nicht weniger als 93 aus Luftschutzgründen entstandene Verlagerungsbetriebsstätten zu versorgen hatten, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 114, 115, 118, 119.

³⁹² So die Einschätzung von Kukowski / Boch, S. 186.

³⁹³ Zu den vorstehenden Ausführungen zum Steyr-LKW- und RSO-Programm siehe Kukowski / Boch, S. 170–186.

stellung wurden die Vorgaben generell nicht erreicht. Einer der Hauptgründe war die Beschäftigungslage. Schließlich griff auch das Zschopauer Werk Mitte 1944 auf KZ-Häftlinge zurück und begründete dieses mit den Zwängen der Arbeitsmarktlage.³⁹⁴

Die Auto Union entwickelte sich, wie schon erwähnt, in der zweiten Kriegshälfte nicht nur zu einem der zentralen Militärfahrzeughersteller im Deutschen Reich, sondern fungierte auch immer stärker als einer der wichtigsten Herstellungsbetriebe von Komponenten in der Panzerproduktion: Panzermotoren in Lizenzproduktion von Maybach-Modellen. In ihrem Horch-Werk in Zwickau wurde der Maybach-Motor HL 42 und der Hanomag-Zugkraftwagen HKL 6 produziert³⁹⁵, das Werk Siegmars wurde als einer der Standorte für die Herstellung des Hochleistungspanzermotors HL 230 bestimmt. Für die Produktion bei Horch musste 1942 zunächst einmal eine neue Halle von 300 Meter Länge gebaut werden, die tatsächlich, auch durch den Einsatz von Strafgefangenen, im Oktober 1942 teilweise fertiggestellt war. Unterkünfte für den stärkeren Einsatz von Ausländern inklusive Ostarbeitern³⁹⁶ konnten schnell beschafft werden. Schon vor Produktionsbeginn hatte man aber, wie schon für die Werke Siegmars und Audi-Zwickau beschrieben, die Sollanforderungen von 1.000 auf 1.500 Motoren monatlich erhöht. Zunächst wurden ab Oktober 1942 100 Motoren produziert, dann 150. Die Zugkraftwagenproduktion war für Februar 1943 vorgesehen. Der Vorstand der Auto Union beantragte zudem 1943 erfolgreich, die Motoren- und Zugkraftwagenproduktion in das Adolf-Hitler-Panzerprogramm, das die höchste Dringlichkeitsstufe aufwies, aufzunehmen. Dadurch ließ sich die Zulieferung von inländischen Bauteilen erleichtern, aber auch aus dem Ausland durch Lieferungen von Citroen.

Im Januar und Februar 1943 konnten 300 Motoren produziert werden, ebenso die ersten zehn Zugkraftwagen. In den nächsten Monaten stieg die Produktionszahl auf 60 beziehungsweise 180 dieser Fahrzeuge. Freilich gab es eine Unterproduktion bei den Panzermotoren, auch aufgrund von erheblichem Personalmangel (dieser sollte durch ausländische Zwangsarbeiter ausgeglichen werden, für die ein neues Barackenlager „Am Kuhberg“ errichtet wurde), vor allem aber aufgrund von weiterhin fehlenden Maschinen für die weitere Erhöhung des Ausstoßes. Gleichfalls fehlten wichtige Komponenten der Zulieferer wie Zylinderköpfe, Nocken- und Kurbelwellen. Während die Motorenherstellung im weiteren Verlauf des Jahres stabilisiert werden konnte, verfehlte die Zugkraftwagenproduktion ihre Ziele in der zweiten Jahreshälfte zumeist moderat.

Gegen Jahresende 1943 nahmen die Probleme aber wieder zu. Ein erhoffter Zuwachs an Arbeitskräften im Umfang von 509 Personen blieb nicht nur aus, sondern verkehrte sich durch

³⁹⁴ Zur zuvor geschilderten Entwicklung des DKW-Werkes in Zschopau siehe Kukowski / Boch, S. 151–170.

³⁹⁵ Für die folgenden Ausführungen siehe Kukowski / Boch, S. 190–198. Ein Zugkraftwagen war ein LKW mit Raupenkettensystem an den Antriebsrädern und normalen Rädern vorne. Er hatte eine Leistung von 100 PS.

³⁹⁶ In diesem Zusammenhang machte die Werksleitung schnell darauf aufmerksam, dass die aus ihrer Sicht ungenügenden Arbeitsleistungen der Ostarbeiter nur durch eine erheblich bessere Nahrungsmittelversorgung zu steigern seien, siehe Kukowski / Boch, S. 191 f.

weitere Einberufungen sogar in einen Verlust von 150 Mann. 1944 wurden die erwarteten Produktionszahlen von 1.000 Motoren monatlich wiederum nur leicht verfehlt, ebenso konnten von 400 Zugkraftwagen immerhin im Februar 380 fertiggestellt. Laufende Klagen über eine Unterausstattung bei Maschinen wurden dennoch erhoben, vielleicht auch, wie Kukowski / Boch vermuten, weil angesichts der Währungszerrüttung Maschinen „absehbar eine alternative Sachwährung von bleibendem Wert“³⁹⁷ zu werden versprochen. Die Unterausstattung mit Arbeitskräften hoffte die Auto Union schließlich im August 1944 durch den Masseneinsatz von KZ-Häftlingen auszugleichen. Das Zwickauer Horch Werk war das erste der Auto Union, das KZ-Häftlinge beschäftigte.

Das Werk Siegmars wurde ab dem Jahr 1943 zu einem der Hauptproduzenten des modernsten und stärksten deutschen Panzermotors, des HL 230, wie erwähnt von Maybach entwickelt.³⁹⁸ Im April 1943 hatte Albert Speer entschieden, dass die Produktion in Siegmars im Januar 1944 anlaufen sollte. Hinzu kamen Lieferungen von HL-230-Motorenteilen für andere Motorenhersteller. Die Komplettmotorenherstellung war auf eine Kammlinie von 1.000 Stück pro Monat ausgerichtet. Um das Programm überhaupt umsetzen zu können, waren nach Planung der Auto Union 732 zusätzliche Maschinen und 4.175 Arbeitskräfte nötig. Zudem mussten im Werk erhebliche Um- und Ausbauten vorgenommen werden. Im Herbst 1943 fehlten weiterhin Arbeitskräfte, die die Rüstungsinspektion Dresden nicht beschaffen konnte. Man hoffte bei der Auto Union daher auf 500 italienische Militärinternierte, das neue Arbeitskrätereservoir nach Abfall des Verbündeten Italien.

Die RSO-Produktion lief endgültig am 15. Oktober 1943 aus, und die ersten Panzermotoren sollten im Januar 1944 gefertigt werden, was aber nicht gelang. Schließlich gelangen die ersten Motorenfertigungen im Februar 1944 mit 100 Exemplaren (Soll: 150). Immer noch fehlten wichtige Maschinen, so dass die Fertigung im März auf 48 (Soll: 262) sank. Im April stieg die Produktion auf den neuen Höchstwert von 148 Motoren an. Bereits im März 1943 war der Auto Union mitgeteilt worden, dass die HL-230-Motorenproduktion aus Luftschutzgründen auf Befehl Hitlers längerfristig in das Höhlensystem von Leitmeritz zu verlagern sei. Da im April 1944 die Maybach-Werke in Friedrichshafen schwere Bombenschäden zu verzeichnen hatten, erlangte das Werk Siegmars eine neue kriegswirtschaftliche Bedeutung.³⁹⁹ Es war knapp ein halbes Jahr lang das einzige Werk, das Motoren für die Panzer Panther und Tiger liefern konnte. Nach dem Maybach-Ausfall verbesserte sich die Zuliefer- und Versor-

³⁹⁷ Kukowski / Boch, S. 196.

³⁹⁸ Die folgenden Ausführungen beruhen auf Kukowski / Boch, S. 198–207. Die Motoren fanden auch Einsatz in den Kampfpanzern Tiger I und II (Königtiger), vor allem aber in dem Kampfpanzer Panther, der ab 1942 mit dem Motor HL 210 ausgerüstet wurde. Rolf-Dieter Müller berichtet, dass es am 11. Februar und 2. März 1943 zu einer Besprechung mit oder über die Auto Union zur Herstellung dieses Panzermotors gekommen war, siehe ebenda, S. 633, FN 282.

³⁹⁹ Eichholtz weist allerdings zu Recht darauf hin, dass das Werk Friedrichshafen am 11. September 1944, als das Werk Siegmars bombardiert und teilweise zerstört wurde, bereits wieder arbeitete, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 178.

gunungslage, so dass im Mai 1944 453 Motoren (Soll: 500) produziert wurden. Die Motorenproduktion erhielt sogar nochmals eine Erhöhung ihrer Dringlichkeitsstufe, die dem Jäger-Programm entsprach, wie Speer am 16. Mai 1944 mitteilte. Für die weitere Steigerung der Programm-Zahlen forderte die Auto Union, ihre neue Lage ausnutzend, neue Maschinenlieferungen und vor allem mehr Arbeitskräfte, was der für die Steuerung der Panzerproduktion zuständige Sonderausschuss zusagte. Auch die Arbeitszeiten wurden erheblich erhöht und die 72-Stunden-Woche⁴⁰⁰ eingeführt. Es gelang dem Werk Siegmars, im Juni 1944 651 Motoren herzustellen. Und es waren Bemühungen im Gang, endlich auf KZ-Häftlinge zugreifen zu können, um an mehr Arbeitskräfte zu kommen. Für Juli und August konnte die Auto Union Rekordzahlen melden: jeweils etwa 800 Panzermotoren.⁴⁰¹

Es traten jedoch auch immer wieder Defizite in anderen Bereichen auf, wie etwa bei der Komponentenproduktion für Motorenteile. Am Beispiel des Panzergetriebebaus lässt sich das erläutern. Während nach Plan für den Herbst 1943 monatlich 200 gefertigte Panzergetriebe erwartet wurden, musste dieses Ziel bald auf Februar 1944 verschoben und dann weiter reduziert werden. Tatsächlich war es nur möglich, im Februar 1944 etwa 20 Getriebe zu fertigen. Die Hauptursache hierfür war trotz allem Zwangsarbeitereinsatz die immerwährende Arbeitskräfteknappheit.⁴⁰² Das hatte auch damit zu tun, dass die ebenfalls von Hitler 1942 / 1943 verfügten Stilllegungserlasse (zum Transfer von Arbeitskräften aus der Zivil- in die Rüstungsindustrie) nur bedingt erfolgreich waren und daher auch 50.000 Arbeitskräfte aus der gewerblichen Kriegswirtschaft einberufen werden sollten.⁴⁰³ Die angespannte Arbeitskräftesituation, bedingt durch die Kriegslage, zeigte sich auch in einem anderen nicht veröffentlichten Erlass Hitlers vom 13. Januar 1943, in dem er, wie schon erwähnt, durch den GBA Sauckel die Meldepflicht zum Arbeitseinsatz für alle Männer zwischen 16 und 65 Jahren sowie alle Frauen zwischen 17 und 45 Jahren festlegen ließ.⁴⁰⁴

Ein weiterer Grund für Produktionsprobleme lag darin, dass im Jahr 1944 auch im Raum Chemnitz die Gefahr von Luftangriffen erheblich zunahm. Zur Verminderung von möglichen Bombenschäden, neben den Planungen für Leitmeritz, beschleunigte man eine Auflockerung der Produktionsstätten nicht nur der eigenen Werke⁴⁰⁵, sondern auch derjenigen der Auto-

⁴⁰⁰ Auch im Auto-Union-Werk Audi in Zwickau, wo Steyr-LKW produziert wurden, wurden nach dem Ausfall der Steyr-Werke nach Bombenangriffen die 72-Stunden-Woche, Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden und regelmäßige Sonntagsarbeit eingeführt, um den LKW-Ausstoß zu erhöhen, Kukowski / Boch, S. 326.

⁴⁰¹ Kukowski / Boch, S. 207 und 329.

⁴⁰² Ausführlicher hierzu Schneider, Unternehmensstrategien, S. 459–461.

⁴⁰³ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 391. Der Führer-Befehl vom 19. Dezember 1942 ist abgedruckt bei: Moll, S. 305–307.

⁴⁰⁴ Abgedruckt bei: Moll, S. 311–313.

⁴⁰⁵ Dies brachte jedoch erhebliche Transportprobleme mit sich. Das Werk DKW Zschopau hatte sieben Ausweichstätten in bis zu zehn km Entfernung, das Werk Chemnitz Rößlerstraße sogar 17 solcher Stätten mit Entfernungen bis zu 130 km (zumeist jedoch 20 bis 45 km), das Werk Siegmars zwar nur 14 solcher zumeist nahegelegener Stätten, ließ jedoch den wichtigen Panzermotor im Werk Elsabe im gut 130 km entfernten Leitmeritz produzieren, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 121, 123, 124.

Union-Tochterfirmen im jeweiligen Umland. Der Luftangriff auf Chemnitz am 11. September 1944 unterbrach den Produktionsprozess in Siegmarschlagartig. Es kam zu einem wochenlangen Stopp der Panzermotorenfertigung.⁴⁰⁶ Die Verlagerung nach Leitmeritz erhielt dadurch nochmals einen zusätzlichen Schub.

Die am 9. September 1944 in Siegmarschlag eingetroffenen 400 KZ-Häftlinge, zwei Tage vor dem Luftangriff, wurden daher zunächst für Aufräumarbeiten eingesetzt. Sie verblieben im Werk Siegmarschlag bis Anfang Dezember 1944 (untergebracht im Lager Landgraf) und arbeiteten in der Motorenproduktion, ehe sie dann am 10. Dezember 1944 nach Hohenstein-Ernstthal verlegt wurden, wohin die Zulieferungsarbeiten für die Steyr-Motorenproduktion verlagert worden waren. Obwohl es im Februar 1945 weitere Verhandlungen über einen KZ-Häftlingseinsatz in Siegmarschlag gab, kam es nicht mehr dazu. Stattdessen griff das Werk Siegmarschlag auf mindestens 164 Strafhäftlinge zurück.⁴⁰⁷

Durch die Luftkriegszerstörungen bei Maybach in Friedrichshafen und der Auto Union in Siegmarschlag sank die Panzermotorenproduktion ab Oktober 1944 zunächst auf 378 versandte Motoren. Gleichwohl verlangte der Panzerausschuss für November 1944 wieder ein Soll von 500 Motoren und für das Jahr 1945 eine Erhöhung auf 700 Motoren monatlich.⁴⁰⁸ Die tatsächlichen Produktionszahlen waren jedoch erheblich niedriger. Im November 1944 wurden noch 210 Motoren produziert und 72 repariert. Im Dezember betrug die Produktionszahl 293, da es erhebliche Lücken bei den einzelnen Komponenten gegeben hatte. Ab Februar 1945 sank die Motorenabnahme auf etwas über 50 Prozent des Solls – an 22 Tagen war es zu Luftarmen gekommen –, da wiederum Engpässe auftraten und auch ein Ersatzteillager bei einem Luftangriff am 5./6. März 1945 auf Chemnitz völlig zerstört wurde.⁴⁰⁹ Für die folgenden Monate liegen keine exakten Produktionszahlen mehr vor. Der Ausfall gegenüber dem Soll lag bei verschiedenen Rüstungsgütern zwischen 26 und 100 Prozent, zumeist durch Materialmangel

⁴⁰⁶ Das Werk Siegmarschlag hatte 86 Todesopfer unter den Arbeitern, davon 42 Ausländer, sowie über 50 Verletzte zu verzeichnen, verlor 480 Maschinen und insgesamt 26.000 qm Gebäudeflächen, siehe Kukowski / Boch, S. 224 und 329 f. Unter den Verletzten war auch der Vorstandsvorsitzende Bruhn, da zum Zeitpunkt des Luftangriffs der Hauptausschuss Motoren tagte. Eine tabellarische Übersicht von Ende 1944, die auch den Zahlen von Kukowski / Boch zugrundeliegt, nennt gleichfalls für die Werke in Spandau, Taucha, Siegmarschlag, Audi und Horch Zwickau Ausfallzeiten zwischen zehn Tagen bis zu sieben Wochen. Für die Auto Union selbst gab eine werkseigene Übersicht insgesamt 38 Millionen RM Schäden an, für den Konzern sogar über 81 Millionen RM, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31050, Auto Union AG, Sign. 275, Bl. 23 und 32.

⁴⁰⁷ Siehe hierzu genauer Kukowski / Boch, S. 381–383; zu beiden Außenlagern siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 486 f. und 516 f.

⁴⁰⁸ Kukowski / Boch, S. 330.

⁴⁰⁹ Kukowski / Boch, S. 335 f. Zusammenfassend zu den Bombenschäden in Chemnitz Kukowski / Boch, S. 361–364. In der Endphase des Krieges mussten selbst die Rüstungsbetriebe Arbeitskräfte zur Beseitigung von Bombenschäden bereitstellen (insgesamt 1.824, davon allein ein Drittel Fachkräfte), wie aus einem Schreiben der IHK vom 27. März 1945 an 15 Betriebe deutlich wird, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 420. Die Auto Union musste 600 Kräfte stellen, die Astra-Werke 100.

oder bei einigen auch durch die Luftangriffe direkt verursacht.⁴¹⁰ Die Produktion wurde aber weiterhin, wie schon ausgeführt, fortgeführt und zumeist erst im Mai 1945 eingestellt.

Planungen über andere Panzerproduktionen für das Werk Siegmars hatte es bereits ab September 1944 gegeben. Aufgrund der beabsichtigten – aber nicht voll umsetzbaren – Verlagerung der Maybach-Motorenproduktion nach Leitmeritz sah der Auto-Union-Vorstand freie Kapazitäten im Werk Siegmars, trotz zunehmender Luftbedrohung. So plante man, einen neuen Jagdpanzer G 50 beziehungsweise 38-D in Siegmars zu produzieren. Es sollte das Nachfolgeprogramm für den Maybach-Motor werden. Die Verhandlungen zogen sich jedoch in die Länge; für erforderliche Umbaumaßnahmen existierten keine sächsischen Kapazitäten. Es fehlte wie immer an ausreichend Maschinen und an Arbeitskräften. Im Frühjahr 1945 hatte sich zudem gezeigt, dass die vollständige Verlagerung der Maybach-Motorenherstellung nach Leitmeritz illusorisch war, so dass keineswegs erhebliche Kapazitäten frei wurden. Und nicht zuletzt spielte das Sicherheitsargument eine Rolle. Die Auto Union wäre der einzige Hersteller dieses Panzers gewesen, was das Risiko eines Luftschlages und damit des vollständigen Produktionsausfalls für das Rüstungsministerium zu hoch erscheinen ließ. Aber auch diese Entscheidung wurde noch einmal verworfen und das Werk Siegmars sollte Ende März 1945 zumindest für die Herstellung von Panzerfahrzeugen G 50 hergerichtet werden. Letztlich blieben diese Pläne alle im luftleeren Raum. Man kann, nicht nur auf dieses Beispiel bezogen, der Bewertung von Kukowski / Boch nur zustimmen, wenn sie resümieren: „Während die längst übermächtigen Alliierten die unumschränkte Luftherrschaft über Deutschland ausübten und ihre Bodentruppen immer tiefer nach Deutschland vorstießen, wurden bei den Rüstungsstäben mit größtem Aufwand Programmplanungen über das Jahr 1945 hinaus betrieben, deren Halbwertszeiten sich nur noch auf wenige Wochen und schließlich gar auf nur Tage beliefen.“⁴¹¹ Auf Seiten der Auto Union waren die letzten Monate nach der überzeugenden Einschätzung von Kukowski / Boch neben aller offiziellen Durchhalterhetorik wohl vor allem auf die Sicherung der Produktion nach Kriegsende und auf das persönliche Überleben gerichtet.⁴¹²

Welchen Einzugsbereich die Auto Union in der zweiten Kriegshälfte erreicht hatte, sieht man an der Zahl ihrer Verlagerungsbetriebe. Allein die Auto Union AG fertigte in 32 Auslagerungsbetrieben (14 weitere waren noch in Vorbereitung), ihre Tochter MMW in Taucha wies neun Verlagerungen auf, die Tochter DKK drei.⁴¹³

Der Auto-Union-Konzern hatte sich spätestens ab 1942 zu einem praktisch reinen Rüstungskonzern entwickelt. Bei seinem Hauptunternehmen, der Auto Union AG, lag der Zivilgüteranteil 1944 bei knapp zehn Prozent. 1938 / 1939 betrug der Rüstungsanteil noch 15 Prozent, verdreifachte sich 1939 / 1940 auf gut 45 Prozent, stieg im nächsten Jahr auf knapp 56

⁴¹⁰ Siehe Tabelle 39 mit Angabe der Rüstungsgüter und ihren wahrscheinlichen Produktionszahlen im März 1945 in: Kukowski / Boch, S. 367.

⁴¹¹ Zu diesen Planungen Kukowski / Boch, S. 337–341, Zitat S. 341.

⁴¹² Näher hierzu Kukowski / Boch, S. 368 f.

⁴¹³ Kukowski / Boch, S. 223.

Prozent, um sich dann in den Jahren 1941 / 1942 und 1942 / 1943 auf gut 75 Prozent zu erhöhen; im vorletzten Geschäftsjahr 1943 / 1944 erreichte er schließlich einen Anteil von 90 Prozent.⁴¹⁴

Was wurde in den Auto-Union-Konzernwerken konkret produziert? Auf einige zentrale Rüstungsgüter – Kräder, LKW, RSO-Schlepper, Panzermotoren – sind wir schon genauer eingegangen. Die nächste Tabelle gibt eine genaue Übersicht bezüglich einzelner Rüstungsgüter oder Fahrzeugmodelle von 1938 / 1939–1944 / 1945.⁴¹⁵

| Erzeugnis: militärisch | 1938 / 1939 | 1939 / 1940 | 1940 / 1941 | 1941 / 1942 | 1942 / 1943 | 1943 / 1944 | 1944 / 1945 |
|--------------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| DKW-Mot. Luftschutz | 13.191 | 14.903 | 14.282 | 12.173 | 10.069 | 5.193 | 5.797 |
| DKW-Mot. Wehrmacht | 4.483 | 9.088 | 17.918 | 23.532 | 41.892 | 61.407 | 18.945 |
| DKW-Motorräder Wehrmacht | (n.b.) | 10.210 | 4.522 | 4.168 | 13.139 | 20.557 | 7.335 |
| Wehrmacht-Kfz | 1.877 | 5.434 | 10.296 | 8.293 | 2.337 | 38 | - |
| Maybach HL-42 | - | - | - | 460 | 8.230 | 10.052 | 1.104 |
| Zgkw. o.Mot. | - | - | - | - | 2.280 | 4.003 | 710 |
| Steyr RSO ⁴¹⁶ | - | - | - | 883 | 4.767 | - | - |
| Steyr-LKW 1500 / 2000 ⁴¹⁷ | - | - | - | - | 2.217 | 6.670 | 987 |
| Maybach HL-230 ⁴¹⁸ | - | - | - | - | - | 3.919 | 716 |
| Halbkette Maultier | - | - | - | - | 2.944 | 3.215 | - |
| Sonderanhänger | - | - | - | 791 | 1.314 | 1.622 | 550 |
| Torpedos | - | - | 4.618 | 2.996 | 2.567 | 5.472 | 218 |
| Schwungkraftanlasser | - | - | 352 | 6.929 | 12.000 | 27.151 | 3.261 |

⁴¹⁴ Kukowski / Boch, Tabelle 35 S. 304.

⁴¹⁵ Kukowski / Boch, Tabelle 36 S. 305 f.

⁴¹⁶ Zum Vergleich: Von den RSO wurden 1942 in allen deutschen Rüstungsbetrieben insgesamt 1.454, 1943 gut 14.000, 1944 etwa 11.400 und 1945 870 Exemplare produziert, vom Halbketten-LKW „Maultier“ 1942 1.635 (plus 2.130 Umstellungen von Rädern auf Kette an der Front), 1943 13.594 und 1944 8.196 Stück, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 564 f.

⁴¹⁷ Die beiden genannten Spezialanfertigungen RSO und Maultier gehörten in die Großgruppe der LKW-Produktion und umfassten etwa zehn Prozent, sie wurden nicht zusätzlich zur normalen LKW-Produktion mit Rädern hergestellt. Insgesamt – im Gegensatz zu anderen als kriegswichtig erachteten Rüstungsgütern wie Flugzeugen und Panzern – gab es bei der LKW-Produktion kein Speersches „Rüstungswunder“. Die LKW-Produktion stieg von 81.276 im Jahre 1942 auf 109.483 1943 und sank ein Jahr später sogar auf 89.069 Fahrzeuge, Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 564. Ab 1943 war gerade die Entwicklung des Fahrzeugparks der Wehrmacht negativ, da jeweils immer mehr Fahrzeuge verloren gingen als neue produziert werden konnten. Zur Entwicklung und zu den Produktionszahlen bei LKW, PKW und Krädern siehe ebenda, S. 632–639, dort auch Tabellen S. 635, 636, 638.

⁴¹⁸ Von den mit dem HL-230-Motor ausgerüsteten Kampfpanzern vom Typ Panther und Tiger wurden gut 7.000 respektive 2.000 produziert, also insgesamt 9.000, siehe WaffenHQ: Maybach HL 210 / HL 230, in: <http://www.whg-forum.de/cms/367.0.html> vom 23.10.2019. Die Auto Union war also an diesem zentralen Panzerprogramm der Wehrmacht mit gut der Hälfte aller Motoren beteiligt.

| | | | | | | | |
|------------------------|--------|--------|-------|--------|--------|--------|-------|
| Magnetzündler | - | 200 | 9.389 | 18.517 | 31.057 | 29.509 | 1.375 |
| L-400 | - | - | 411 | 790 | 961 | 1.641 | 509 |
| MG-151 + Läufe | - | - | 59 | 1.881 | 8.168 | 19.807 | 5.377 |
| Lafette DL-131 | - | - | 235 | 1.240 | 2.145 | 1.460 | - |
| Auslaufertigung | | | | | | | |
| Zivilproduktion | | | | | | | |
| Horch-Wagen | 1.646 | 450 | 326 | - | - | - | - |
| Audi-Wagen | 926 | 277 | 13 | - | - | - | - |
| Wanderer-Wagen | 10.140 | 3.069 | 629 | - | - | - | - |
| DKW-Wagen | 48.119 | 13.509 | 4.888 | 2.332 | 602 | 17 | - |
| DKW-Motorräder (zivil) | 60.945 | 25.512 | 9.616 | 3.315 | - | - | - |

Zum Abschluss dieses Abschnitts wollen wir auch noch einen Blick auf die Umsatzzahlen der Auto Union werfen. Die Umsätze sowohl der Auto Union AG wie des Auto-Union-Konzerns sanken mit Kriegsbeginn zunächst und nahmen dann erheblich zu. Im ersten Berichtsjahr 1938 / 1939 war ein Konzernumsatz von etwa 347 Millionen RM zu verzeichnen, im nächsten Jahr lag er bei 340 Millionen RM und erreichte 1940 / 1941 391 Millionen (davon Rüstungsanteil 70,6 Prozent⁴¹⁹). Die verstärkten Rüstungsanstrengungen schlugen sich 1941 / 1942 in 448 Millionen, 1942 / 1943 in 542 Millionen und schließlich im letzten einigermaßen verlässlich abzubildenden Jahr 1943 / 1944 in 744 Millionen RM nieder. Die Auto Union erreichte 1944 dasselbe Umsatzniveau wie die Firma BMW und lag nur 200 Millionen RM unter Daimler-Benz.⁴²⁰

Nach den Bilanzdaten der Auto Union AG betrug die Reinerträge in jedem der betrachteten Geschäftsjahre etwa zwei Millionen RM und erhöhten sich maximal auf gut 2,5 Millionen RM, was einer Kapitalrendite von 13,8 Prozent für 1938 / 1939 entsprach. Bis 1941 / 1942 wuchs die Rendite auf 17,7 Prozent bei einem Grundkapital von 14,5 Millionen RM. Aufgrund einer Erhöhung des Grundkapitals auf 30 Millionen RM (auch durch Bilanzberichtigungen) im Jahr 1943 / 1944 sank die Rendite nominell auf 7,7 Prozent, war in absoluten Zahlen aber so hoch wie 1940 / 1941. Es wurden mit Bezug zum Grundkapital Dividenden von 6 Prozent gezahlt, später dann bei erhöhtem Grundkapital von 4,5 Prozent. Außerdem gab es Sonderzuwendungen zwischen 700.000 und 1,2 Millionen RM an die Belegschaft, für 1943 / 1944 sind keine Angaben hierfür vorhanden.⁴²¹

Diese buchhalterische Stagnation trotz erheblich gestiegener Umsätze hatte offenbar nicht nur mit Preisdeckelungen bei Rüstungsgütern in Ringfertigung zu tun, bei der der Preis des günstigsten Anbieters für alle galt, sondern vor allem wohl mit dem Bemühen, die Sachwerte des Konzerns bei einer in immer höherem Maße zerrütteten Währung zu erhöhen. Man

⁴¹⁹ Zu den Rüstungsumsätzen des Gesamtkonzerns siehe Kukowski / Boch, Tabelle 12 S. 99.

⁴²⁰ Kukowski / Boch, Tabelle 33 und 34 S. 302, und S. 303. Zur Ermittlung der Produktionszahlen in obiger Tabelle sowie der Umsatzzahlen siehe ebenda, S. 303.

⁴²¹ Kukowski / Boch, Tabelle 37 S. 306.

investierte in Sachwerte für die kommende Friedensproduktion. Der Maschinenpark des Auto-Union-Konzerns erhöhte sich von 1939 bis 1945 um 50 Prozent, und nur das Werk Spandau hatte aufgrund verheerender Bombenangriffe dauerhaft eine Abnahme ihres Maschinenparks zu verzeichnen.⁴²²

Kukowski / Boch kommen bei ihrem Resümee zur Rolle der Auto Union in der deutschen Rüstungswirtschaft zu einem ambivalenten Schluss, der hier etwa ausführlicher wiedergegeben werden soll, weil er sicherlich auch auf die meisten Rüstungsbetriebe Sachsens zutreffen dürfte und das Spannungsfeld zwischen erzwungener und freiwilliger Verstrickung in NS-Verbrechen verdeutlicht. Da die Auto Union durch den Kriegsverlauf etwa die Hälfte ihrer Mitarbeiter einbüßte, griff man eben auf Fremdarbeiter / Zwangsarbeiter zurück. „Durch Firmenübernahmen und die Etablierung eines regelrechten Zwangsarbeitskomplexes konnten die Verluste aber insbesondere in der zweiten Kriegshälfte kompensiert und die Belegschaft sogar noch fast verdoppelt werden. Kennzeichnend für die Arbeitskräfterekrutierung war dabei eine zunehmend humanitäre und völkerrechtliche Enthemmung, die im verbrecherischen Einsatz von und Umgang mit KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie ihren Gipfel erklomm. Die Auto Union hat bei all dem mitgemacht. Zwar meist nicht protagonistisch und manchmal auch gegen eigene Überzeugungen, aber dennoch stets um den Schulterchluss mit dem NS-Regime und den Organen seiner Kriegsrüstung bemüht.“⁴²³

Andere und kleinere Rüstungsproduzenten

Neben der Auto Union waren im Bereich Chemnitz unter anderem folgende Firmen in der Rüstungsproduktion tätig, für die wir wenigstens aufgrund unserer Archivrecherchen die Produktionspalette anführen wollen, ehe wir uns weiter unten ausführlicher mit der Astra AG als zweitem Chemnitzer Rüstungsbetrieb beschäftigen:

- Die DARAG, die Maschinen für die Munitionsproduktion wie auch für Zünder und Geschosshülsen lieferte.
- Die Wirkmaschinenfabrik G. Hilscher wies 1943 etwa 50 Prozent Wehrmachtproduktion auf.
- Die Maschinenfabrik Germania AG lieferte vor allem Drehbänke für die prosperierende Rüstungsindustrie, es wurden aber auch Rüstungsgüter wie Lafetten für Flakgeschütze, Flakgranaten und Maschinengewehrdrehkränze für Flugzeuge hergestellt. Die Produktion stieg so stark, dass die Belegschaft von 350 im Jahr 1939 auf 1.140 im Jahr 1943 anwuchs, davon über 400 Fremdarbeiter.

⁴²² Kukowski / Boch, S. 307 sowie Tabelle 38 S. 313.

⁴²³ So Kukowski / Boch, S. 423.

- Die Maschinenfabrik Kappel produzierte zunächst für den Zivilsektor, nahm ab 1943 aber am Panzerbauprogramm teil und musste daher zum Beispiel ihre Schreibmaschinenproduktion einstellen. Bei einem Gesamtauftragswert von 7,83 Millionen RM im Jahr 1943 machte die Luftwaffengeräteherstellung knapp 64 Prozent, die Panzergetriebeherstellung 5,4 Prozent und der Werkzeugmaschinenbau immerhin circa 29 Prozent der Gesamtproduktion aus.
- Die Nationale Automobil-Gesellschaft (Abt. Presto) hatte bis 1943 noch selbst Fahrräder produziert und war Zulieferer für die Fahrzeugproduktion. Ab Mai 1943 fertigte sie vor allem Rüstungsgüter wie etwa Getriebeteile.
- Die Sächsische Textilmaschinenfabrik (vorm. Rich. Hartmann AG) stellte vornehmlich Nebelwerfer her und lieferte auch Geschosshülsen für die Luftwaffe. Viele ihrer Werkzeugmaschinen vermietete sie an andere Textilfabriken, die ebenfalls in die Rüstung eingegliedert worden waren.
- Die Firma Schubert & Salzer hatte etwa 90 Prozent Rüstungsproduktion und mindestens 90 Prozent der Beschäftigten waren in diesem Bereich tätig. Hauptrüstungsgüter waren Flugzeugteile, Zünder, Granaten, Pak- und Flakteile. Auch wurden Beutewaffen, die einen erheblichen Teil der Wehrmächtausrüstung bildeten, repariert. Ein Teil der Produktion bestand aus Zulieferungen an andere Rüstungsbetriebe.
- Die Firma Seyfert & Donner, ursprünglich im Strickmaschinenbau tätig, veränderte ihre Produktion praktisch vollständig als Zulieferbetrieb für alle großen Flugzeugwerke, so auch die Leipziger Erla-Werke.
- Die schon erwähnten Wanderer-Werke steigerten ihre Rüstungsquote von ursprünglich 15 Prozent im Jahr 1941 auf 68 Prozent Ende 1944. Produziert wurden unter anderem Leuchtspur-Sprenggranaten, MG-Teile, verschiedene Zünder, Flakgeschütze, Kommunikationsgeräte für die Wehrmacht, Spezialfräsmaschinen für den Panzer- und Flugmotorenbau. Auch ein Nachfolgemodell für die Enigma, die wichtigste Verschlüsselungsmaschine der Wehrmacht, wurde entwickelt und von der Wehrmacht genutzt. Neben eigenen Anlagen wurden auch andere Produktionsstätten genutzt, wie etwa die Gebäude einer Strumpffabrik, ein Lazarett, das Zuchthaus Waldheim, ein Bierkeller oder die Gebäude kleiner Firmen in benachbarten Dörfern. 1943 war aufgrund von Speer-Erlassen die Produktion von Schreibmaschinen und Motorrädern eingestellt worden. Ende 1942 waren 3.249 Arbeitskräfte, unter ihnen 105 Kriegsgefangene, in dem Betrieb tätig.

Es kamen auch manche weitere kleine Betriebe hinzu. Unter den großen Betrieben bildeten lediglich die Niles Werke eine Ausnahme, die auch weiterhin im Werk Siegmar mit Stammwerk in Berlin zivile Güter (Werkzeugmaschinen) produzieren konnten.⁴²⁴

⁴²⁴ Uhlmann, S. 188.

Wie die Auto Union und die folgenden Beispiele zeigen, war das Zentrum der Rüstungsproduktion in der Region Chemnitz vor allem die Stadt selbst. In Chemnitz betrug die Zahl der Rüstungsbetriebe 1944 etwa 44, und es gab noch viele weitere Betriebe, die direkt für die Wehrmacht produzierten.⁴²⁵ Die wichtigsten von ihnen waren⁴²⁶:

Eisengießerei G. Krauthelm AG Chemnitz, Werke in Altendorf und Borna; Böhme Fettchemie GmbH und Vorgänger, Werke in der Moritzstraße, Hauptwerk in Kappel, Werk in Mohsdorf / Chemnitztal; Schwalbe & Sohn mit den Werken Fabrikstraße und Schulstraße (Germania); Carl Hamel AG, Textilmaschinenbau, Schönau; Sächsische Webstuhlfabrik (vorm. Luis Schönherr); Reinecker AG, Chemnitz; Fa. Josef Witt, Spinnerei, Chemnitz; Harthauer Kammgarnspinnerei; Reichsbahnausbesserungswerk Chemnitz; Richard Leppert KG, Metallwarenfabrik, Limbach; Emil Riemann AG, Chemnitz, Fürstenstraße (FEK); Faradit Werke, Reichenhain; Brotfabrik Emil Reimann, Rottluff; Pfauter Werk (Modul), Chemnitz; Elite-Diamant, Siegmars; Kieler Gerätebau, Harthau; Metallwarenfabrik Köppen, Adelsberg; Moll & Co, Kfz-Reparatur, Uferstraße, Betreiber von mehreren Ausländer-Gemeinschaftslagern in Chemnitz.

In diesem Zusammenhang wollen wir in einem kleinen Exkurs die Aufmerksamkeit auch auf einen großen Betrieb im Süden der Region Chemnitz-Zwickau lenken: Die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen (VOMAG).⁴²⁷ Bereits vor dem Ersten Weltkrieg gehörte die VOMAG zu den führenden Maschinenbaufabriken des Deutschen Reiches. An der deutschen Rüstungswirtschaft im Ersten Weltkrieg war die VOMAG mit der Herstellung von LKW, aber auch Granaten und Fliegergeschossen beteiligt, mit im Jahr 1918 immerhin 3.800 Beschäftigten. In der Weimarer Republik konzentrierte sich die VOMAG auf die Herstellung von Bussen und LKW. Nach der Überwindung eines Konkurses im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1932 konnte die VOMAG 1933 mit der Produktion von LKW für die deutsche Wirtschaft auch wieder am Aufrüstungsprogramm der Nationalsozialisten partizipieren. So lag der Anteil der Wehrmachtaufträge bei der LKW-Produktion 1938 bereits bei 28 Prozent und Anfang 1939 bei 53 Prozent⁴²⁸; 1940 war der Anteil der Rüstungsproduktion sogar auf 50 Prozent des Gesamtumsatzes gestiegen. Es wurden 1940 auch erste Panzerreparaturaufträge übernommen und Kettenfahrzeuge gefertigt. Deren Wert betrug 1940 jedoch nur etwa drei Prozent der gesamten Produktion. Jedoch wurden ab 1940 durch Betriebserweiterungen Vorbereitungen getroffen, schwerpunktmäßig in die Panzerproduktion einzusteigen. 1943 erbaute man hierzu etwa eine 18.000 qm große Panzerhalle, die direkt über eine Panzerbrücke mit den Bahnanlagen verbunden war. 1940 / 1941 produzierte man in der VOMAG schwere Halbkettenfahrzeuge. 1942 legte der Betrieb der Wehrmacht einen Plan zur Produktion des Panzerkampfwagens IV vor, der

⁴²⁵ Uhlmann, S. 176.

⁴²⁶ Zusammenstellung: Autoren.

⁴²⁷ Eine kurze Zusammenfassung zur VOMAG in: https://de.wikipedia.org/org/wiki/Vogtländische_Maschinenfabrik, 31. Juli 2019.

⁴²⁸ Zu diesen und den folgenden Angaben siehe Lukat, S. 169 f.

dann auch bald in die Produktion ging. Der Anteil der Panzerherstellung am Gesamtumsatz stieg von 35 Prozent im Jahr 1942 auf 70 Prozent 1944.

Bis Kriegsende wurden vom Panzerkampfwagen IV 1.374 Exemplare gefertigt.⁴²⁹ Ein selbstentwickelter Panzer, der Jagdpanzer IV, war Ende 1943 produktionsreif und wurde, nachdem Hitler zu dessen großer Zufriedenheit ein Modell vorgeführt worden war, ab Oktober 1943 in Serie gebaut. Die VOMAG war reichsweit der einzige Hersteller dieses Panzertyps, der insgesamt in 1.700 Exemplaren gefertigt wurde.⁴³⁰ Die Bedeutung der VOMAG wurde unter anderem durch einen Besuch des Inspektors der Panzertruppe, Generaloberst Heinz Guderian, am 12. Januar 1944 unterstrichen.⁴³¹

Aufgrund steigender Rüstungsproduktion wuchs auch die Belegschaft. Waren 1939 noch 4.242 Beschäftigte vorhanden, so stieg ihre Zahl bis zum Höhepunkt 1943 auf 6.615, um dann 1944 leicht abzunehmen.⁴³²

Insgesamt verlief der Ausländereinsatz in Plauen (Arbeitsamtsbezirk) zunächst eher schleppend. Am 20. Januar 1942 gab es 1.590 Personen, fünf Monate später 3.762 und Ende 1943 9.969. Danach stieg die Ausländerzahl nur noch langsam bis auf 12.873 am 30. September 1944. Ostarbeiter bildeten 1944 etwa 50 Prozent dieser Ausländergruppe.⁴³³

Der größte Nutzer von Fremdarbeitern in Plauen war die VOMAG, die mehrere Gruppen von ihnen beschäftigte. Zum Höhepunkt der Gesamtbeschäftigtenzahl 1943 lag der Ausländeranteil bei 37 Prozent. Möglicherweise bereits 1941, setzte die VOMAG nach gesicherten Erkenntnissen mindestens ab Juli 1942 zunächst Italiener und Franzosen ein. Die ersten Ostarbeiter wurden ebenfalls Mitte 1942 tätig. Als weitere Gruppen wurden Polen und Tschechen herangezogen.⁴³⁴ Hinzu kamen 369 sowjetische Kriegsgefangene, die offenbar jedoch in ihrer Mehrheit nur jeweils wenige Monate bei Bau- und Transportarbeiten tätig waren, vermutlich weil die Arbeiten sehr schwer waren, und die dann wieder abgezogen werden mussten.⁴³⁵ Im Dezember 1944 richtete die VOMAG noch in Mehltheuer, nordwestlich von Plauen, ein KZ-

⁴²⁹ Insgesamt wurden von 1942 bis 1945 etwa 7.300 Exemplare dieses Panzertyps hergestellt (1942: circa 880, 1943: 2.450, 1944: 3.290 und 1945: 700, Zahlen geschätzt nach Rolf-Dieter Müller, Speer, Grafik Fertigung und Totalverluste Panzerkampfwagen und Sturmgeschütze Januar 1942 bis Februar 1945, S. 571.

⁴³⁰ Insgesamt gehörte die VOMAG zu den neun großen Panzerherstellern im Deutschen Reich, die 1943 zusammen immerhin 90 Prozent aller Panzer produzierten, und war neben dem Standort MIAG-Zschachwitz der zweite sächsische Panzerbaustandort, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 178. Der VOMAG-Anteil an der gesamten deutschen Panzerproduktion soll (wohl 1944) nach einer amerikanischen Erhebung vom Juni 1945 bei 20–30 Prozent gelegen haben, siehe Lukat, S. 170, eine Schätzung, die uns angesichts der Gesamtzahl der 1944 in deutschen Fabriken produzierten Panzerfahrzeuge von über 19.000 als weit überhöht erscheint, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 61 Panzerproduktion nach Typen 1940–1945 S. 176.

⁴³¹ Lukat, S. 171.

⁴³² Lukat, S. 170.

⁴³³ Siehe Lukat, Tabelle 8 S. 160. Zur Entwicklung der Ausländerbeschäftigung im Vergleich zu anderen sächsischen Regionen siehe Lukat, S. 160–165.

⁴³⁴ Lukat, S. 175–182.

⁴³⁵ Zu den genannten Kriegsgefangenen siehe Lukat, S. 378–382.

Durch die VOMAG als wichtigem Panzerhersteller geriet auch Plauen 1945 auf die Zielliste der amerikanischen Luftflotte. An sechs Flugtagen wurden insgesamt neun Angriffe auf die VOMAG geflogen, so dass diese am 26. März 1945 vollständig zerstört wurde und die Panzerproduktion zum Erliegen kam.⁴⁴⁰ Über die Folgen der Luftangriffe für die Stadt Plauen und das Stadtzentrum haben wir bereits in Teil 1 berichtet.

| Reichsbetriebs-Nr. | | Kürzel | Auftraggeber (Dienststelle) | Bedarfs-Gr. | Auftrags-Nr. | MNI | Auftr.-Ar. |
|---|------------|-----------------|--|---------------------------------------|------------------|---|------------|
| o/o38a/oo74 | | o4 | WaJRU (Mun 1/VI b ²) | 1313 | 88 462-1-oo69/41 | 1 | 2 |
| Reichswärter-Nr. | | lifa-Nr. | Auftragsgegenstand | | Auftragsmenge | Einheit | |
| o13 1624 8317 o13 - o | | 1 | P.H.Gr.38 (Stg) gießen u. vorschruppen | | 35000 | 5 | |
| Firma G. Krautheim A. G., Stahl- u. Tempergießereien Chemnitz - Horna | | | | | Ferwurf 71441-43 | Abt. Nr. 425 | Stf.-Nr. |
| Jahr | Liefersoll | Datum | | | Summ. Stück | Bemerkungen | |
| 45 | | gefertigt | abgenommen | versandt | M XIV | 425 | |
| Übertrag | 058 000 | 770 500 | 770 500 | 770 500 | | Bemerkungen durch Fe. od. Abw./Baufe. | |
| Jan. | 35 000 | 19 950 | 19 950 | 19 950 | 11 | außerd. 1650 Stück als kostenloser Erg. | |
| So. | 093 000 | 798 250 | 798 250 | 798 250 | 15 | gef. abver. u. vers. | |
| Febr. | 35 000 | 16 500 | 16 500 | 16 500 | 11 | | |
| So. | 028 000 | 014 750 | 014 750 | 014 750 | 15 | | |
| März | 35 000 | 9 300 | 9 300 | 9 300 | 11 | | |
| So. | 063 000 | 024 050 | 024 050 | 024 050 | 17 | | |
| Hauptabw. (Dienstst.) | | Bezirksobmann | | Man. Fertigungsteil (Lichtpausen) (K) | | | |
| Baufe. | | Auftragnehmer | | | | | |
| | | So. Lichtpausen | | | | | |

| Fertigungsvorhersage | | | | | | |
|--|---|----------|----------|----------|----------|----------|
| Anschlußdatum des Berichtsmonats | Voraussichtliche Fertigung in dem Berichtsmonat folgenden | | | | | |
| | 1. Monat | 2. Monat | 3. Monat | 4. Monat | 5. Monat | 6. Monat |
| 25.1.45 | 35000 | 35000 | 35000 | 35000 | 35000 | 35000 |
| Bemerkungen zum 1. Monat: | | | | | | |
| Bemerkungen zum 2. Monat: Infolge Feindeinwirkung und wesentlich beschränkter Fertigungsmöglichkeit können in Augenblick Lieferungsvoraussagen nicht gegeben werden. | | | | | | |
| Bemerkungen zum 3. Monat: Lieferungen von 25000 - 30000 Stück werden erreicht, sobald folgende Rohstoffe: Sinterdolomit, Schmelzkoks, Ferro-Mangan, Spiegeleisen, Schrott, Schlichte, Silikamörtel herankommen. | | | | | | |
| Bemerkungen zum 4. Monat: | | | | | | |
| Bemerkungen zum 5. Monat: | | | | | | |
| Bemerkungen zum 6. Monat: | | | | | | |

Abb. 19: Planzahlen Rüstungsproduktion Firma Krautheim 1945⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Vogtländische Maschinenfabrik, in: wikipedia. Ab August 1944 und dann wieder ab 1945 waren die Panzerfabriken Ziel alliierter Luftangriffe, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 179.

⁴⁴¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30942, Eisengießerei G. Krautheim AG, Nr. 286.

Die Rüstungsproduktion in Sachsen litt aber nicht nur unter Arbeitskräftemangel, sondern auch unter häufigen Zulieferungsstockungen, wie etwa dem Fehlen von entsprechenden Schrauben und Muttern.⁴⁴² Ein anderes Problem war die Qualität der Produktion. So lag die Ausschussrate bei zugelieferten Nebenpleueln und Zylinderköpfen für die Panzermotorenproduktion in der Auto Union 1944 bei 50 Prozent, was dazu führte, dass trotz geforderter Stückzahlen von 262 Motoren, etwa März 1944, tatsächlich nur 48 erreicht werden konnten.⁴⁴³ Die Abbildung 18, S. 308, ist eine Statistik der Fa. Ernst Saupe in Limbach über deren Lieferungen an die Firma Krautheim vom Januar 1945. Noch tolerierbare Teile machten 25 Prozent, der Ausschuss 20,2 Prozent und die einwandfreie Produktion nur 48 Prozent aus.

Wie das Dokument der Fa. Eisengießerei G. Krautheim AG, Abb. 19, S. 309, zeigt, wurden im Januar 1945 nur circa 57 Prozent der Bestellungen (19.950 von 35.000) ausgeliefert. Für Februar und weitere Monate 1945 wies der Betrieb zudem auf die völlig unsichere, aber zwingend notwendige Rohstofflieferung hin. Hier ist daran zu erinnern, dass ab Herbst 1944 für die deutsche Rüstungsindustrie angesichts der Luftkriegslage keine gesamtstaatliche Produktionssteuerung mehr möglich war, sondern Zulieferungen am ehesten noch für „Produktionsinseln“ planbar waren.

Die Astra AG

Sehen wir uns nun die Entwicklung der Produktion unter Einbezug von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen für einige weitere Chemnitzer Betriebe genauer an. Einer der wichtigen größeren Rüstungsbetriebe in Chemnitz war die Astra AG. 1921 erfolgte die Firmengründung mit dem Ziel, im Deutschen Reich eine Rechenmaschine mit nur zehn Tasten auf den Markt zu bringen. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führte, wie in vielen anderen Unternehmen auch, zu Entlassungen von Belegschaftangehörigen. Trotz dieser problematischen Lage gelang es, 1933 eine Astra-Buchungsmaschine auf der Internationalen Büromaschinenausstellung in Berlin als ein Spitzenprodukt vorzustellen.⁴⁴⁴

Die erfolgreiche Unternehmertätigkeit des Firmengründers John E. Greve⁴⁴⁵ war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich Firmenleitung wie auch der Aufsichtsrat des Betriebs

⁴⁴² Hummel, S. 8.

⁴⁴³ Uhlmann, S. 179. Dasselbe galt auch für die Munitionsherstellung, für die gerade der gelieferte Stahl von ausschlaggebender Bedeutung war. Hier ordnete beispielsweise Speer an, um den Anteil des Ausschusses zu verringern, dass Stahlfirmen für die Kosten der Produktionsverluste aufzukommen hatten, siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 643.

⁴⁴⁴ Zur Entwicklung der Astra AG bis Kriegsbeginn siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 160–230.

⁴⁴⁵ Der Direktor der Astra AG, Greve, wurde trotz seiner langjährigen Bemühungen erst 1939 Mitglied der NSDAP, nachdem die Kanzlei des Führers hierfür eine Sondergenehmigung gegeben hatte, denn Greve war Freimaurer gewesen. Die Freimaurer waren eine Organisation, die von den Nationalsozialisten 1935 endgültig verboten wurde, siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 163. Eine, so Schneider, jedoch noch wichtigere Bedingung für den wirtschaftlichen Erfolg der Astra-Werke bestand darin, dass Vorstandsmitglied Rübberdt

nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ab 1933 weitgehend mit dem Regime arrangierten.⁴⁴⁶ Sie erhofften sich wohl verbesserte Bedingungen für den weiteren Ausbau der Fabrikanlagen, die Entwicklung von Buchungsmaschinen, eine Erhöhung der Mitarbeiterzahlen und den Aufbau eines eigenen Vertriebssystems. Aufgrund des enormen wirtschaftlichen Erfolgs konnten die Astra-Werke bereits in den Jahren nach 1936 ein breites Spektrum sozialpolitischer Leistungen für ihre Beschäftigten bereitstellen.⁴⁴⁷ Sie unterstützten dabei aber auch indirekt die Stabilisierung des nationalsozialistischen Regimes etwa durch eine Reihe von Sozialleistungen für die Mitarbeiter, beispielsweise die Zahlung von Weihnachtsgeld und die Ausgabe von Festanzügen zum „Tag der Arbeit“ 1934.⁴⁴⁸

Am 29. August 1936 verfügte Adolf Hitler, dass besondere Unternehmen mit dem Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet werden konnten. Im jährlichen Kampf um ein solches sogenanntes Gau-Diplom hat die Betriebsleitung der Astra AG viele Mittel zur Erreichung eingesetzt.

Im jährlichen Kampf um ein Gau-Diplom gelang es der Betriebsleitung, die Belegschaft auch in den späten 1930er Jahren und der Kriegszeit durch soziale Maßnahmen zu hohen Leistungen, vor allem aber zum Bleiben zu motivieren. Es entstanden mit Hilfe des Betriebs Wohnungen, die „Astra-Siedlung“, und Möglichkeiten der sportlichen sowie kulturellen Betätigung der Belegschaft.⁴⁴⁹ Schließlich erhielt die Astra AG am 1. Mai 1944 den Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“.

bereits 1933 Vorsitzender des Rechenmaschinenverbandes wurde, also die Interessenvertretung der Unternehmen leitete, die reichsweit Rechenmaschinen herstellten, siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 185.

⁴⁴⁶ Zumeist gegen ihren Willen wurden spätestens ab 1937 Exportfirmen gezwungen, auf ihre jüdischen Auslandsvertretungen zu verzichten, was zu geschäftlichen Problemen führte, Schneider, Unternehmensstrategien, S. 221. Dies traf freilich auf die Astra-Werke weniger zu, da ihre Exportquote vor Kriegsbeginn auf etwa zehn Prozent sank, siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 171.

⁴⁴⁷ Zum Beispiel höhere Löhne als vom Tarifvertrag vorgesehen, Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, bezahlte Freistellungen für besondere Familienanlässe, Krankengeldzuschuss, Unterstützung bei kulturellen Aktivitäten der Betriebsangehörigen, Betriebssportgemeinschaften, kostenlose Werksbücherei, Bezuschussung des Mittagessens, siehe auch Edeltraud Höfer, Geschichte der Astra-Werke, 2002. Es handelt sich dabei um eine von der VVN betreute ABM-Maßnahme, die von Höfer auf der Grundlage von Archivalien des Staatsarchivs Chemnitz durchgeführt wurde (Arbeit im Besitz der Verfasser). Genutzt wurden hierbei insbesondere die Geschäftsberichte der Jahre 1942 bis 1946, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra Werke AG, Sign. 115, 116, 117.

⁴⁴⁸ Mit Stand 12. Januar 1975 existiert ein Manuskript von Wilhelm Morgenstern, Entwurf Geschichte Astra-Werke / Buchungsmaschinenwerk, Karl-Marx-Stadt 1975, Stadtarchiv Chemnitz, Nachlässe, Man. T. 1, Exzerpt S. 4. Die Weihnachtsgroßzahlung betrug für Verheiratete 25 Mark, für Ledige 15 Mark und für Lehrlinge zehn Mark. Auch Morgenstern hat die Geschäftsberichte der Astra-Werke (FN 447) genutzt.

⁴⁴⁹ Morgenstern, Exzerpt S. 5. In ihrer Betriebszeitung Astra Warte, die ab 1941 erschien, wurde darüber breit berichtet. Höhere Sozialleistungen hatten freilich auch damit zu tun, dass Lohnerhöhungen nach 1933 nur schwer durchzusetzen waren (siehe Teil 1) und man mit Erreichen der Vollbeschäftigung andere Mittel einsetzen musste, um seine Belegschaft zu halten.

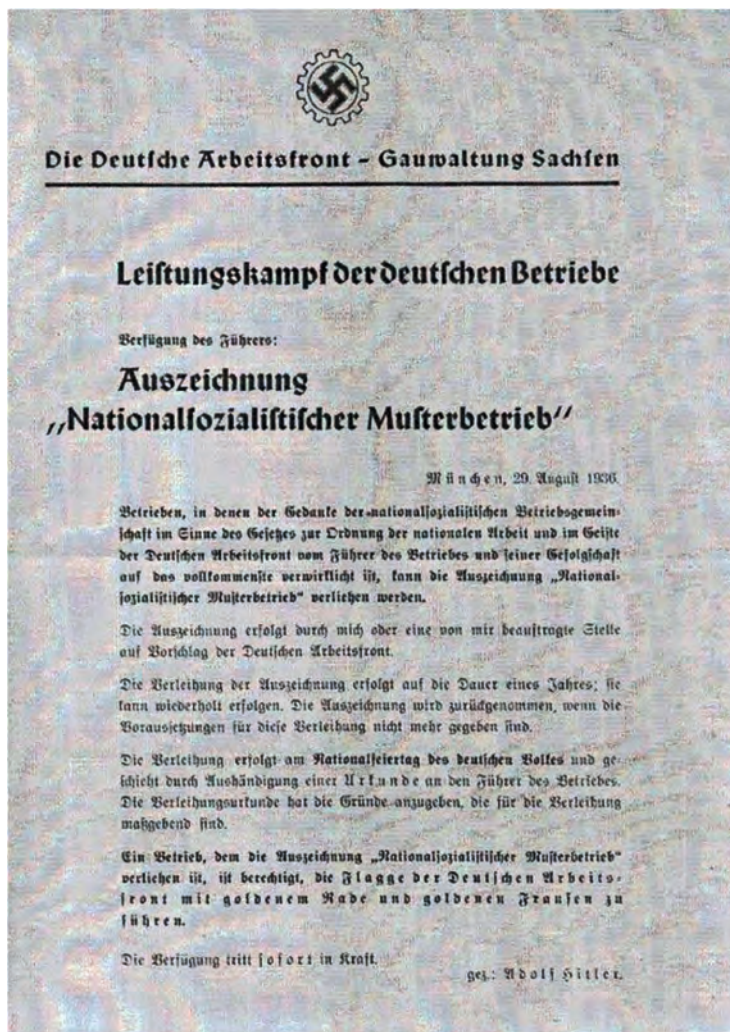


Abb. 20: Verfügung Hitlers über Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“⁴⁵⁰

⁴⁵⁰ Aus der Broschüre „Nationalsozialistischer Musterbetrieb‘- Leistungskampf der deutschen Betriebe“, Berlin 1936, hrsg. von der DAF. Hierin war formuliert, welche betrieblichen, kulturellen und erzieherisch-organisatorischen Maßnahmen Betriebe durchführen sollten, um das Diplom zu erhalten. Kopie im Besitz der Verfasser.



Abb. 21: Astra Warte mit Abdruck „Gaudiplom für hervorragende Leistungen“⁴⁵¹

⁴⁵¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 86, Astra Warte Jahrgang 1941, Folge 2, S. 3.

Bereits im Januar 1943 berichtete die Astra Warte auch über einen (Durchhalte-)Besuch des sächsischen Gauleiters und Reichsstatthalters Martin Mutschmann in ihrem Werk, kurze Zeit, bevor in Stalingrad die 6. Armee endgültig kapitulieren musste.



Beide Werke führten die Veranstaltungen dank des vorzüglichen Wetters im Freien durch. Es sprach der Reichseinsatzredner Pg. Robert Neubert. Er ist uns allen kein Unbekannter und als vorzüglicher Redner zu den Fragen der Zeit bestens bekannt. Er fand auch diesmal die richtigen Worte, um zu den Herzen aller Arbeitskameraden und -kameradinnen zu sprechen. Vor allem wies er auf unsere Verpflichtungen hin, die wir in Anbetracht des großen Ausländereinsatzes als deutsche Menschen haben. Unsere Gefolgschaft lauschte seinen Ausführungen mit sichtlich Spannung und noch Tage nachher wurde die Rede des Pg. Neubert lebhaft besprochen. Unsere Gefolgschaft war schlechthin von ihm begeistert.



Unser Gauleiter besucht Werk II

Nachdem vor längerer Zeit Gauleiter Mutschmann bereits das Werk I besichtigt hatte, besuchte er am 22. Januar 1943 im Zuge der Leistungssteigerung auch unser Werk II. Mit ihm kamen Oberbereichsleiter der NSDAP. Jäzsoch, Gauobmann Peitsch, #-Obergruppenführer Woyrsch, Stellvertreter im Amt des Kreisleiters Schöne, Oberbürgermeister Schmidt, Kreisobmann Bartle, Presseleiter Heyn und Kreiswirtschaftsberater Hauschild.

Der Reichsstatthalter ging von Stockwerk zu Stockwerk und überzeugte sich selbst von der Arbeitsfreudigkeit und der Einsatzbereitschaft unserer Gefolgschaftsmitglieder. Vielen reichte er die Hand, was bei der Gefolgschaft große Freude hervorrief, war es doch ein persönliches Erkundigen nach dem persönlichen Befinden des einzelnen. Auch Gauobmann Peitsch nahm vielfach Gelegenheit, diesen und jenen Arbeitskameraden (oder -kameradin) zu sprechen. Ein Händedruck und ein frohes Gesicht auf beiden Seiten schloß dann immer das Gespräch ab.

Der Besuch des Gauleiters verstärkte unter der Gefolgschaft die Gewißheit, daß die Bindung zwischen Führung und Volk die engste und herzlichste ist, und daß die Arbeitsfreudigkeit wiederum dadurch neuen Auftrieb erfahren hat. Unsere Gefolgschaft wird alles daransetzen, zum baldigen endgültigen Sieg ihr Teil beizutragen.

Abb. 22: Astra Warte über den Besuch Mutschmanns in den Astra-Werken 1943⁴⁵²

Die Astra-Werke beteiligten sich gleichfalls an vom NS-Regime gewünschten finanziellen Zuwendungen an verschiedene staatliche- und Parteiinstitutionen, wie die nächste Tabelle ausweist:

⁴⁵² Industriemuseum Chemnitz, Astra Warte, Jahrgang 1943, Folge 1, S. 9. Drei Exemplare (Januar bis September 1941) sind im Staatsarchiv Chemnitz im Bestand 31092, Akte 86, vorhanden, die anderen im Industriemuseum Chemnitz.

Verteilung der erwirtschafteten Gewinne der Astra-Werke AG 1941–1945⁴⁵³

| Art der Spende / Gewinne | (Angaben in RM) | | |
|--|-------------------------------------|-------------|--------------------------|
| Geschäftsjahr: | 1940 / 1941 | 1941 / 1942 | 1942 / 1943 |
| Allgemeine Zuwendungen | | | |
| Mai-Spende | 109.137,00 | k. A. | k. A. |
| Ferienspende | 59.811,50 | k. A. | k. A. |
| Herbstspende | 93.593,22 | k. A. | k. A. |
| Wehrmachtspende | 92.626,22 | k. A. | k. A. |
| Gesamt | 355.167,94 = Adolf-Hitler-Spende | 410.982,80 | 367.081,81 |
| Wehrmachtunterstützung für Betriebsangehörige | 122.936,16 | 172.547,29 | 251.989,15 |
| Tätigkeit der NSDAP, DAF | | | |
| Kultur und Sport (im Betrieb) | 78.985,10 | 96.298,91 | 85.457,84 |
| Gemeinschaftswerk der Gefolgschaft (im Betrieb) | 8.509,80 | k.A. | k. A. |
| Werksbücherei / Astra Warte | 9.460,60 | 27.134,40 | 19.708,23 |
| Angaben zur Auszahlung der Tantiemen für 1943 / 44: | | | 189.134,77 |
| Vergütung des Aufsichtsrats: | 61.845,26 | k.A. | 23.437,50 (1943/1944) |

Bei den Zahlen von 1940 bis 1943 („Gesamt“) handelt es sich um die sogenannte Adolf-Hitler-Spende. Sie war als freiwillige Spende der Industrie im Jahr 1933 eingeführt worden und entwickelte sich allmählich zu einer Zwangsabgabe. Anfänglich für den „nationalen Aufbau“ vorgesehen, stand sie de facto Hitler zur persönlichen Verfügung.⁴⁵⁴ Die „Spende“ betrug 5‰ der Lohnsumme. Bis 1945 erhielt der NS-Staat so eine Summe von etwa 700 Millionen RM.⁴⁵⁵

⁴⁵³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Sign. 11, Geschäftsberichte; siehe auch Morgenstern, Exzerpt.

⁴⁵⁴ In einem Aufruf vom 1. Juni 1939 wurde im 7. Spendenjahr zur Beteiligung an der Adolf-Hitler-Spende aufgefordert. Wörtlich heißt es unter anderem: „Zeigen Sie bitte hier dem Führer, dass das Vertrauen, das wir in ihn setzen, und die Dankbarkeit, die wir ihm gegenüber empfinden, unbegrenzt sind.“ Gleichzeitig wurde in einem Schreiben von Rudolf Heß an die NSDAP, ebenfalls vom 1. Juni 1939, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es Parteistellen verboten sei, selbst Spendensammlungen bei Betrieben durchzuführen, da diese die Adolf-Hitler-Spende schmälern könnten, Kopie des Dokumentes im Besitz der Verfasser. Dass trotzdem weiterhin Spenden an örtliche Parteistellen flossen, um keine Konfliktpotentiale aufzubauen, zeigen die Spendenforderungen an die Flick-KG-Zentrale in Riesa. Hohe Beiträge wurden darüber hinaus von den höchsten Wirtschaftsführern im Rahmen des Freundeskreises Heinrich Himmler geleistet, siehe Priemel, S. 280 f.

⁴⁵⁵ Siehe Adolf-Hitler-Spende, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf-Hitler-Spende_der_deutschen_Wirtschaft, vom 7. März 2018.

Die Astra-Werke im Krieg



Abb. 23: Astra AG Werk II, Waplerstraße 1 (Aufnahme 2014 – dieses Gebäude war bis 1990 Sitz des VEB Nadel- und Platinenfabrik). Foto: Dietmar Wendler

Am 1. Mai 1939 wurde eine neue Betriebsordnung eingeführt. Die Lehrwerkstatt erhielt neue Räume an der Annaberger Straße (Werk III⁴⁵⁶). Nach dem im Jahr 1937 beschlossenen und 1938 erfolgten Zukauf des Gebäudes an der Waplerstraße 1 (Werk II) erfolgte im Jahre 1939 der Einstieg in die Rüstungsproduktion⁴⁵⁷, in die immerhin wenige Wochen nach Kriegsbeginn gut 20 Prozent der Belegschaft (337 von 1.784 Mitarbeitern) eingebunden war.⁴⁵⁸ Laut

⁴⁵⁶ Das Grundstück wie auch das vorhandene Betriebsgebäude wurden offenbar (laut Hinweis aus einem Schreiben der IHK von Dr. Walter Linse) weit unter Verkehrswert vom vormals jüdischen Besitzer Oskar Meyer erworben, so dass die Astra-Werke wie viele andere auch mit zu Arisierungsgewinnern gehörten, siehe Höfer, Astra S. 4 und 6.

⁴⁵⁷ Siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 329. Das Objekt Waplerstr. 1 war eine Strumpf- und Strickwarenfabrik im Besitz der jüdischen Eigentümer Rollmann & Rose. Der Kauf erfolgte ebenfalls zu einem günstigen Preis.

⁴⁵⁸ Siehe hierzu Schneider, Unternehmensstrategien, S. 186 f. und 329. Von welcher Seite der entscheidende Impuls zur Vorbereitung und Ingangsetzung von Rüstungsproduktion kam (Wehrmacht oder Betriebsführung), ist nach Schneider nicht geklärt, da zumindest 1938 Rüstungsaufträge nach Sachsen wegen der Nähe zur tschechoslowakischen Grenze eher ungern vergeben wurden. Schneider sieht jedenfalls in der Entscheidung für Werk II kein Indiz für eine besondere Nähe des Betriebes zur NS-Politik, Schneider, Unternehmensstrate-

Betriebsmeldung vom 31. Dezember 1939 waren in Werk II, das ausschließlich Rüstungsgüter oder Vorprodukte dafür herstellte, 381 (25 waren eingezogen) von insgesamt 1.572 Beschäftigten (plus eingezogen / dienstverpflichtet: 273) eingesetzt, also 24 Prozent der tatsächlich Arbeitenden.⁴⁵⁹

Die Rüstungsproduktion war zumindest nach einer gewissen Anlaufzeit prinzipiell auch für die Astra AG durchaus lukrativ, denn im Sommer 1940 warf Werk II bereits einen kleinen Gewinn ab⁴⁶⁰. Zugleich war sie jedoch auch mit Unsicherheiten behaftet, die mit dem jeweiligen Kriegsverlauf sowie mit Umsteuerungen der Wehrmachtführung zwischen den einzelnen Teilstreitkräften zu tun hatten (siehe Teil 1). Wie Jens Hummel aufgrund von Überlieferungen des Rüstungskommandos Chemnitz berichtet, führte zum Beispiel der unerwartet schnelle Sieg gegen Frankreich im Frühsommer 1940 zu Überlegungen, die Munitionsproduktion in Chemnitzer Firmen wieder einzustellen, ehe diese dann mit der (geheimen) Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion seit Ende 1940 wieder in vollem Umfang weitergeführt wurde.⁴⁶¹ Auch für die Chemnitzer Wanderer-Werke war das eine Zeit der raschen Änderungen in der Rüstungsproduktion (Änderung der Auftragslage).⁴⁶²

Wie die folgende Tabelle zeigt, entwickelte sich die Astra AG bis Kriegsbeginn 1939 stetig, denn ihre Beschäftigtenzahl stieg auf 1.653 im letzten offiziellen Friedensjahr, eigentlich: Nichtkriegsjahr, denn dass sich Europa auf einen baldigen Krieg vorbereitete, war offenkundig (siehe Kapitel 1).

In gleichem Maße hatten sich Umsätze und Gewinne entwickelt. Von 1926 mit etwa einer Million RM stieg der Umsatz 1928 auf gut drei Millionen RM, um während der Weltwirtschaftskrise wieder auf eine Million zu sinken. Im letzten Vorkriegsjahr erreichte er neun Millionen

gien, S. 187. Die Beiträge in der Betriebszeitung „Astra Warte“ des ersten Jahrgangs vermitteln eine andere Sicht, denn ein Gaudiplom gab es nur für Betriebe, deren Leitung und Belegschaft fest hinten den Zielen der NSDAP mit ihrem Führer stand, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 86.

⁴⁵⁹ Gefolgschaftsmeldung mit Stichtag 31. Dezember 1939, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 48 und Akte 124; siehe auch Astra Warte Jg. 1. Der Anteil weiblicher Arbeitskräfte war bei den Astra-Werken im Vergleich zu anderen Maschinen- und Fahrzeugwerken besonders hoch, er lag bei etwa 33 Prozent; siehe auch Schaller, S. 112 f. Während des Krieges stieg der Frauenanteil (deutsche Arbeitskräfte) leicht an und lag am 30. Juni 1943 bei 37 Prozent, unter Einschluss der Zwangsarbeiterinnen erreichte er knapp 39 Prozent, siehe Gliederung des Gefolgschaftsstandes vom 30. Juni 1943, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124. Schaller benennt den Frauenanteil für Ende 1943 mit 44 Prozent unter Einbeziehung der Eingezogenen, Schaller, S. 112 f.

⁴⁶⁰ Wie der Vorstand dem Aufsichtsrat berichtete, siehe: Schneider, Unternehmensstrategien, S. 331.

⁴⁶¹ Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 11 f. Mit Bezug auf die Firmen Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG Chemnitz und Karl Lieberknecht, Oberlungwitz, berichtete das Rüstungskommando Chemnitz, dass diese im November 1942 kurz nach voller Produktionsaufnahme für die 2-cm-Flak auf die 3,7-cm-Flak umgelenkt wurde, siehe Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 11.

⁴⁶² Für die Wanderer-Werke siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 250.

RM und erhöhte sich dann im Geschäftsjahr 1939 / 1940 bereits auf elf Millionen RM.⁴⁶³ Die Reingewinne zeigten folgende Größen:

1927 / 1928: 359.179,89 RM; 1929 / 1930: 270.831,00 RM; 1930 / 1931: 150.000 RM; 1931 / 1932: 20.925,53 RM; 1935 / 1936: 861.730 RM; 1937: 1.099.330 RM; 1938: 888.110,00 RM. Dies entsprach Umsatz-Gewinn-Margen von bis zu 18,3 Prozent.⁴⁶⁴

*Größe der Belegschaft der Astra AG bis zum Krieg nach Jahr / Anzahl*⁴⁶⁵

1922: 45; 1923: 175; 1928: 407; 1932: 166; 1933: 602; 1938; 1.653.

Für die Kriegsjahre wollen wir uns die Entwicklung der Belegschaft genauer ansehen. Die Zahl der im Betrieb Tätigen stieg bis zum 31. Dezember 1939 auf insgesamt 1.845 Personen, davon 515 weibliche Beschäftigte. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren von diesen 240 Personen der Astra-Werke zur Wehrmacht (einschließlich Reichsarbeitsdienst) eingezogen und 33 anderweitig dienstverpflichtet worden. Von den männlichen Lohnempfängern (Arbeiter) waren 733 als gelernt, 247 als angelernt und 55 als ungelernt eingestuft.⁴⁶⁶

Ein Jahr später hatte sich die Gesamtzahl der Beschäftigten um circa 40 Prozent vergrößert. In inzwischen vier Werken waren am 31. Dezember 1940 exakt 2.585 Personen tätig. Die Zahl der Frauen unter ihnen hatte sich sogar auf 1.039 verdoppelt; auch die Größenordnung der Eingezogenen und Dienstverpflichteten war auf 407 gestiegen. 37 Prozent der Mitarbeiter waren inzwischen in Werk II eingesetzt. Die Zahl der gelernten Arbeitskräfte hatte zwar etwas zugenommen, ihr Anteil an allen männlichen Arbeitern war aber auf knapp zwei Drittel gesunken.⁴⁶⁷

Für Mitte 1942 liegen weitere Zahlen vor. Sie beziehen sich nunmehr auf drei Werke (I, III und II, wobei die Zahlen für die Werke I und III immer zusammengezogen wurden). Am 30. Juni 1942 waren 2.273 Betriebsangehörige tätig, unter ihnen 972 Frauen und Mädchen (Lehrlinge), was einem Anteil von knapp 43 Prozent entsprach. Geschrumpft war nicht nur die

⁴⁶³ Schneider, Unternehmensstrategien, Abb. 6, S. 162. Dies lag mit Sicherheit an der hohen Qualität der Rechen- und Buchungsmaschinen. Schreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freital vom 16. August 1938, der Lobositzer Sparkasse vom 21. September 1939 und der Städtischen Betriebswerke Beeskow vom 23. Februar 1939 bestätigten ausdrücklich das einwandfreie Funktionieren der gelieferten Buchungsmaschinen, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 86, Astra Warte, Jg. 1 und Akte 124.

⁴⁶⁴ Morgenstern, Exzerpt S. 5.

⁴⁶⁵ Industriemuseum Chemnitz, Astra Warte, Jahrgang 4, Folge 1.

⁴⁶⁶ Gefolgschaftsmeldung mit Stichtag 31. Dezember 1939, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124. Die Aufteilung in gelernt (später Facharbeiter), angelernt und ungelernt ist wichtig, da die Einberufungen zur Wehrmacht wie auch die massenhafte Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Verlaufe des Krieges zu einer erheblichen Verschiebung der Beschäftigtenzusammensetzung in Richtung ungelernt führten. Bei weiblichen Mitarbeitern ist diese Differenzierung nicht in der Tabelle enthalten.

⁴⁶⁷ Gefolgschaftsmeldung mit Stichtag 31. Dezember 1940, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124 Bl. 92. Die Dienstverpflichteten und Eingezogenen sind in den hier genannten Gesamtzahlen nicht enthalten und müssen daher zur Gesamtmitarbeiterzahl hinzugerechnet werden.

Gesamtbeschäftigtenzahl, sondern dabei auch die Zahl der gelernten Arbeiter, die nur noch 588 betrug. Dienstverpflichtet und eingezogen waren inzwischen insgesamt 793 Mitarbeiter. Interessant ist, dass in dieser Statistik auch 78 Mitarbeiter genannt sind, die im Rahmen von Auskämm-Aktionen inzwischen in andere Betriebe versetzt worden sind. Da Werk II ausschließlich und die Werke I und III nur partiell für die Rüstungsindustrie produzierten, waren die meisten Einberufungen und Dienstverpflichtungen zur Wehrmacht aus diesen zweitgenannten Werken vollzogen worden. Zum Stichtag der Statistik vom 30. Juni 1942 lag ihre Gesamtzahl bei 793 Abgängen, ein Mehrfaches im Vergleich zu 1939 und 1940.⁴⁶⁸

Wie schon für den Bezirk Chemnitz ausgeführt, stieg auch in den Astra-Werken aufgrund von Personalversetzungen und Einberufungen zur Wehrmacht und dem schon genannten Produktionsschwerpunkt im Rüstungsbereich ab 1942 / 1943 die Zahl der ausländischen Beschäftigten. Am 31. März 1942 wurden von insgesamt 2.276 Arbeitskräften nur vier zivile Ausländer ausgewiesen. Ein Jahr später (1943) stieg die Belegschaft auf 2.575, der zivile Ausländeranteil lag jedoch schon bei 289, unter ihnen inzwischen viele Ostarbeiter, sowie 214 sowjetischen Kriegsgefangenen.⁴⁶⁹

Eine Statistik vom 31. Dezember 1942 hatte zum ersten Mal auch Ausländer getrennt aufgeführt: Ostarbeiterinnen und sowjetische Kriegsgefangene. Andere Ausländergruppen, obwohl auch bei den Astra-Werken tätig, wurden in den zeitgenössischen Astra-Statistiken nicht gesondert genannt. Die Gesamtzahl der zivilen Arbeitskräfte belief sich am 31. Dezember 1942 auf 2.241 Mitarbeiter. In ihnen sind erstmals 140 Ostarbeiterinnen enthalten. Außerdem beschäftigte das Werk 284 sowjetische Kriegsgefangene (zeittypisch Russen genannt), davon allein 254 in Werk II. In der Wehrmacht und dem RAD dienten 633 Mitarbeiter, 179 waren anderweitig dienstverpflichtet. Die Astra-Werke hatten außerdem 72 Ausgekämmte abzugeben.⁴⁷⁰

Eine weitere Statistik gibt Auskunft über das Jahr 1944. Zum 30. September 1944 weist sie eine Zahl von 2.585 im Betrieb Tätigen aus, ein leichter Anstieg zum Vorgängermonat mit 2.540; immerhin 34 Männer wurden im September 1944 auch zur Wehrmacht eingezogen. Von den 2.585 Beschäftigten waren 2.078 Inländer, 221 Ostarbeiter, 231 gehörten zur Sammelkategorie sonstige zivile Ausländer / Juden / Häftlinge, 55 waren sowjetische Kriegsgefangene, Kriegsgefangene anderer Staaten wurden nicht beschäftigt. Insgesamt verzeichnete der Betrieb im September 1944 115 Zugänge, vor allem Frauen, und 70 Abgänge, vor allem Männer. Die Beschäftigungsanzahl von Männern – 1.380 – und Frauen – 1.205 – hatte sich gegenüber 1942 stark angeglichen, 53,4 zu 46,6 Prozent. Die Gesamtzahl der beschäftigten männli-

⁴⁶⁸ Gefolgschaftsmeldung mit Stichtag 30. Juni 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 123 und 124.

⁴⁶⁹ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 455, mit Bezug auf von uns nicht genutzte andere Astra-Unterlagen. Von Interesse sind die Akten 26, 27, 113–117, 124, 155, 168. Zur Übersicht des Personalbestandes siehe FN 498 mit der Gliederung des Gefolgschaftsstandes vom 31. März 1943.

⁴⁷⁰ Gefolgschaftsmeldung mit Stichtag 31. Dezember 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 129 und 130; vgl. auch Akte 9, Auskämm-Aktion 1939 bis 1944.

chen Facharbeiter betrug nur noch 373. Mit 1.050 waren vor allem Frauen für Hilfsarbeiten⁴⁷¹ eingesetzt. Von 1.091 inländischen Männern der Belegschaft galten 473 als voll kriegsverwendungsfähig (kv), die anderen waren nur bedingt kv oder arbeitsverwendungsfähig. Von den genannten 473 gehörten allerdings die größten beiden Gruppen den Jahrgängen 1894 bis 1905 an. Als dringenden Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften gab der Bericht 135 Männer und 582 Frauen an. Zwei Gruppen seien zum Abschluss genannt: Seit Kriegsbeginn hatte der Betrieb insgesamt 812 Männer an die Wehrmacht abgegeben. Die schon genannte Gruppe der zivilen Ausländer / Juden / Häftlinge umfasste am 30. September 1944 234 Männer und 218 Frauen.⁴⁷²

Eine letzte detaillierte Aufstellung des Personalbestands liegt vom 27. Februar 1945 vor. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wurde mit 3.009 angegeben. Der Anstieg war vor allem auf die Beschäftigung von 506 KZ-Häftlingen ab Dezember 1944 zurückzuführen. 444 waren ausländische Zivilarbeiter, 57 gehörten zur Gruppe der Kriegsgefangenen. Die Ausländerquote unter den Beschäftigten umfasste ziemlich genau ein Drittel. Als Hilfsarbeiter waren mit 2.016 Personen etwa zwei Drittel der Beschäftigten eingestuft, weil praktisch alle ausländischen Beschäftigten als solche betrachtet wurden, wenngleich sie vielfach angelernt wurden.⁴⁷³

Arbeitskräftemeldung der Astra-Werke an die IHK Chemnitz zum Stichtag 31. März 1945⁴⁷⁴

| | Gewerbliche Kräfte | | | | Angestellte | | | | Summe |
|--------------------------|--------------------|----------|----------|----------|-------------|----------|----------|----------|-------|
| | männlich | | weiblich | | männlich | | weiblich | | |
| | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | deutsch | ausländ. | |
| Am 4.3.1945 | 862 | 283 | 816 | 721 | 179 | - | 133 | - | 2.994 |
| Am 31.3.1945 im Betr. | 576 | 268 | 361 | 643 | 153 | - | 107 | - | 2.108 |
| Krank / beur- laubt | 224 | 3 | 192 | 40 | 25 | - | 17 | - | 501 |
| anderweit. abgeb. | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Fehlbestand | 46 | 11 | 244 | 42 | 1 | - | 8 | - | 352 |

Die Stichtagszahl vom 4. März 1945 besagt, dass bei den Astra-Werken 1.004 ausländische Arbeitskräfte tätig waren, in denen offenbar auch die KZ-Häftlinge enthalten waren. Die

⁴⁷¹ Dass viele ausländische Zwangsarbeiter in dem meisten Firmen vor allem für Hilfsarbeiten eingesetzt wurden, zeigen auch die Niles-Werke. Die dortigen West- wie Ostarbeiter waren vor allem für Reinigungs- oder Transportarbeiten eingesetzt, siehe Kranich, Beiträge, S. 50.

⁴⁷² Beschäftigungsmeldung Astra AG mit Stichtag 30. September 1944, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 107 und 108.

⁴⁷³ Beschäftigungsmeldung Astra AG mit Stichtag 27. Februar 1945, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 170.

⁴⁷⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK Chemnitz, Film 424.

Gesamtbelegschaft umfasste 2.994 Arbeiter und Angestellte. Der Ausländeranteil betrug 33,53 Prozent. Mit den gut 57 sowjetischen Kriegsgefangenen, die in einer anderen Statistik vom 26. Februar 1945⁴⁷⁵ zu dem Zeitpunkt bei der Astra AG arbeiten mussten, gab es danach bis zu 1.060 Zwangsarbeiter. Damit lag der Ausländeranteil auch bei Berücksichtigung von sowjetischen Kriegsgefangenen bei einem Drittel.

Am 15. Januar 1946 haben die Betriebe der Stadt Chemnitz die für die gesamte Kriegsdauer bei ihnen tätigen ausländischen Arbeitskräfte nach Herkunftsländern geordnet gemeldet. Die Astra-Werke wiesen insgesamt 1.125 Personen aus. Diese Zahl fasst zusammen, wie viele Ost- und Westarbeiter sowie KZ-Häftlinge in dem Unternehmen seit Kriegsbeginn Zwangsarbeit verrichtet haben, enthält jedoch keine sowjetischen Kriegsgefangenen. Ihre Gesamtzahl, die aus zeitgenössischen Übersichten hervorgeht, liegt bei etwa 502 (siehe weiter unten Abschnitt Sowjetische Kriegsgefangene).

Zur besseren Einordnung seien an dieser Stelle nochmals die Vergleichszahlen der Auto Union mit herangezogen. Im Vergleich zu den Astra-Werken waren zum Stichtag 20. August 1944 in den Chemnitzer Betrieben der Auto Union (inklusive Werk Siegmars) in absoluten Zahlen mit 3.465 Ausländern mehr als dreimal so viele beschäftigt wie zum selben Zeitraum bei den Astra-Werken.⁴⁷⁶ Relativ gesehen war der Anteil aber geringer als bei den Astra-Werken. Eine Übersicht über die Beschäftigtenstruktur der Auto Union AG inklusive aller Filialen (ohne Tochter-Firmen) vom 20. November 1944 macht deutlich, dass von insgesamt 35.704 Arbeitskräften immerhin 12.289 Ausländer waren (10.230 Zivilbeschäftigte, 439 Kriegsgefangene und 1.620 KZ-Häftlinge), was einem Anteil von 34,2 Prozent entsprach.⁴⁷⁷

Wenn man die von Stephan Pfalzer analysierten Zuweisungslisten zugrundelegt, so wurden von 23.172 Personen mit 5.527 die meisten der Auto Union, danach mit 2.945 der Deutschen Reichsbahn, mit 1.753 den Wanderer-Werken und an vierter Stelle mit 1.229 den Astra-Werken zugewiesen; offenbar sind aber nicht alle in den zugewiesenen Betrieben auch zum Einsatz gekommen. Insgesamt waren diese Arbeitskräfte in 393 Chemnitzer Betrieben eingesetzt, von den genannten Industriebetrieben über Handwerksbetriebe und städtischen Einrichtungen bis zu Gaststätten und Privathaushalten.⁴⁷⁸

⁴⁷⁵ Morgenstern, Exzerpt, S. 141.

⁴⁷⁶ Siehe Tabelle Anlage 2, in: Uhlmann, S. 192 f.

⁴⁷⁷ Gefolgschaftsbestand Auto Union AG einschließlich Filialen, abgedruckt in: Heß, Abb. 12 S. 128; siehe auch die Übersicht über die Belegschaftszusammensetzung der Auto Union weiter vorn. Die Auto Union hatte bereits früh Kontakte zur französischen Auto-Industrie aufgenommen und 1943 Zugriff auf die Citroen-Werke erhalten. Dortige Auskammungen führten dazu, dass französische Arbeitnehmer 1943 die größte Gruppe unter den ausländischen Beschäftigten bildeten, siehe Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 93.

⁴⁷⁸ Siehe Tabelle Zuweisungen, in: Pfalzer, S. 203. Die Zahlen für die Auto Union und die Astra-Werke beinhalten auch Häftlinge, sicherlich KZ-Häftlinge. Hinzu kamen bereits ab 1939 auch Strafgefangene, siehe hierzu weiter unten.

Übersicht ausländische Arbeitskräfte 1939–1945 Astra-Werke⁴⁷⁹

| Werk I | | Werk II | | Summe |
|----------------------------|-----|----------------------------------|-----|--------------|
| Ostarbeiter | 1 | Ostarbeiter UdSSR | 15 | |
| Ostarbeiterinnen | 149 | Ostarbeiterinnen UdSSR | 114 | |
| | | Ostarbeiter Polen | 3 | 282 |
| Westarbeiter | 51 | Westarbeiter | 290 | 341 |
| davon | | | | |
| Belgien | 31 | Belgien | 115 | 146 |
| Frankreich | 2 | Frankreich | 86 | 88 |
| | | Ukraine, franz. Staatsangehörige | 21 | 21 |
| Holland | 5 | Holland | 47 | 52 |
| Bulgaren | 2 | | | 2 |
| Finnland | 2 | | | 2 |
| Italien | 2 | Italien | 16 | 18 |
| | | Estland | 3 | 3 |
| Lettland | 1 | | | 1 |
| Spanien | 6 | | | 6 |
| | | | | |
| KZ-Außenstelle Flossenbürg | 281 | KZ-Außenstelle Flossenbürg | 221 | 502 |
| Summe | | | | 1.125 |

Mit den 502 sowjetischen Kriegsgefangenen zusammen dürfte die Ausländergesamtzahl bei den Astra-Werken während des Krieges etwa 1.600 betragen haben, wobei die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen in den beiden letzten Kriegsjahren 1944 / 1945 im Mittel eher bei ungefähr 55 gelegen hat. Statistische Übersichten sowjetischer Kriegsgefangener für einzelne Betriebe liegen häufig nicht vor, jedoch verfügen wir über Listen mit den Namen und Erkennungsmarkennummern dieser Kriegsgefangenen für die Astra-Werke. Unter ihnen gab es Todesfälle, Fluchten und auch den Wechsel von diesen Kriegsgefangenen zu anderen Betrieben in Sachsen. Wir werden darauf im letzten Teil unserer Ausführungen zu den Astra-Werken noch näher eingehen.

Die Produktion in den Astra-Werken wurde durch das Kriegsende nur kurz unterbrochen und schnell wieder voll auf das Friedenssortiment umgestellt. Bereits im Mai 1945 nahmen 609 Beschäftigte die Fertigung von Buchungsmaschinen wieder auf, dieses konnte jedoch nur kurze Zeit in allen Werken aufrechterhalten werden. Auf der Grundlage von Abschnitt IV des Potsdamer Abkommens über die Reparationsansprüche der Siegermächte verfügte die Sowje-

⁴⁷⁹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 27. Warum der Nachkriegsbericht 502 KZ-Häftlinge aufweist und nicht korrekt 510 Frauen, die tatsächlich kamen, ist unklar. Vielleicht wollte man Abgänge durch Sterbefälle oder Überstellungen in andere KZ verschleiern.

tische Militäradministration (SMAD) die vollständige technische Demontage von Werk II (nach Wiederaufbau bis 1990 VEB Naplafa, Betrieb des Kombines Textima) sowie die Entlassung der Direktoren Greve und Rübberdt, die für die Beschäftigung der Zwangsarbeiter, sowjetischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge verantwortlich gewesen waren. Beide gingen anschließend nach Westdeutschland, wahrscheinlich, um weiterer möglicher Bestrafung zu entgehen.

Entwicklung von Produktionszahlen und Betriebsergebnissen während des Krieges

Obwohl die Firmenführung der Astra-Werke versuchte, nach Kriegsbeginn die Zivilproduktion zunächst noch so umfangreich wie möglich beizubehalten, vor allem um für die erwartete baldige Friedensproduktion gerüstet zu sein⁴⁸⁰, gelang das wie bei anderen Firmen auch letztlich immer weniger.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Astra-Produktion an Büromaschinen kontinuierlich reduziert; 1942 lag der Chemnitzer Anteil der für diesen Produktionszweig eingesetzten Beschäftigten aber immer noch bei 60 Prozent, nämlich 702 von 1.179 Personen. Auf Weisung von Rüstungsminister Albert Speer sollte die Büromaschinenproduktion am 7. Oktober 1943 offiziell ganz eingestellt werden⁴⁸¹, was aber nicht sogleich zu einem Auslaufen dieses Produktionsbereichs führte. Die Büromaschinenherstellung war bis dahin auf relativ hohem Niveau beibehalten worden. Zwar gab es bereits einen Rückgang von 10,3 (offenbar Geschäftsjahr 1940 / 1941) auf acht Millionen RM (Geschäftsjahr 1941 / 1942), wie auf einer Aufsichtsratssitzung vom 2. Oktober 1942 mitgeteilt wurde.⁴⁸² Der entscheidende Moment für diesen Produktionszweig kam erst im Herbst 1943. Wie auf der Aufsichtsratssitzung der Astra-Werke vom 6. November 1943 mitgeteilt wurde, wurden im Jahr 1943 immerhin noch 7.398 Addiermaschinen (1939: 10.336) sowie 1.160 Buchungsmaschinen (1939: 1.675) gefertigt.⁴⁸³ Aus einer Übersicht über den Bereich Buchungs- und Rechenmaschinen vom 30. Juni 1942 geht hervor, dass im ersten Halbjahr 1939 insgesamt 6.073 Maschinen (und 1.500 Gestelle) gefertigt wurden. Ab Mai 1940 sank die monatliche Produktion auf 985. Im ersten Halbjahr 1942 ging sie weiter kontinuierlich auf 590 im Juni zurück, sollte aber wieder auf

⁴⁸⁰ Uhlmann, S. 175, am Beispiel von Überlegungen der Auto Union.

⁴⁸¹ Uhlmann, S. 177, möglicherweise mit Bezug auf Schneider, Unternehmensstrategien, S. 451. Freilich lief die Produktion von zivilen Maschinen noch weiter, zum Teil auch, weil diese sowohl für zivile wie militärische Verwaltungszwecke benötigt wurden, zum Teil aber auch, weil sie dringend notwendige Devisen einbrachten, siehe Uhlmann, S. 188. Nach Zusammenstellungen von Schneider lag der Exportanteil der sächsischen Büromaschinenindustrie 1940 bei 15 Prozent, 1941 sogar bei 32 Prozent und 1942 immerhin noch bei 18 Prozent, siehe Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 81.

⁴⁸² Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30972, Robotron Astra AG. Nr. 1954, Gesellschafterversammlung.

⁴⁸³ Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30972, Robotron Astra AG. Nr. 1954, Gesellschafterversammlung.

1.105 im September steigen.⁴⁸⁴ Zu diesem Zeitpunkt waren immerhin 565 von 2.273 Arbeitskräften noch für den Kundendienst beziehungsweise den Bau von Rechen- und Buchungsmaschinen sowie 213 als kaufmännische und technische Mitarbeiter eingesetzt (= 34 Prozent der Gesamtbelegschaft), Ende 1942 lag deren Zahl bei 568 plus 193 andere Mitarbeiter.⁴⁸⁵ Am 31. März 1943 waren 514 Kräfte in diesem Bereich tätig, am 30. Juni 1943 noch 498 Produktionskräfte sowie 215 kaufmännische und technische Kräfte.⁴⁸⁶

Aufgrund von Speers Stilllegungsanweisung sollte die monatliche Produktion jedoch ab November 1943 von 750 auf 250 Addiermaschinen und von 90 auf 15 Buchungsmaschinen fallen; folgerichtig sah der Plan eine Senkung der daran beteiligten Arbeitskräfte von 436 auf 139 vor.⁴⁸⁷ Und in der Tat ging das angestammte Produktionsprofil sukzessive zurück. Am 31. März 1944 vermerkt die Statistik insgesamt 292 Beschäftigte in diesem zivilen Geschäftsbereich. Neben 160 Arbeitern (inklusive neun Personen als Aufsicht in Haftanstalten) waren dieses 132 Angestellte, drei Monate später lauteten die Zahlen 152 und 79 Personen. Am 27. Februar 1945 schließlich ist in einer Beschäftigungsmeldung lediglich von 134 Arbeitskräften mit dem Bezug „Maschinen“ die Rede.⁴⁸⁸ Ausländische Arbeitskräfte waren nur marginal in der Zivilproduktion eingesetzt. Die schon genannte Gliederung des Gefolgschaftsstands vom 30. Juni 1944 vermerkt nur sechs Ausländer unter den Produktionskräften für diesen Bereich.⁴⁸⁹

Die Astra-Werke wie auch die gleichfalls Büromaschinen produzierenden Unternehmen Wanderer-Werke AG und die Maschinenfabrik Kappel AG konnten damit weiterhin, zumindest eingeschränkt, ihre Stammproduktion fortführen. Absolut gesehen fielen dabei für die Astra-

⁴⁸⁴ Übersicht über Produktionszahlen als Berechnungsunterlage für Motorenlieferung an die Astra AG vom 30. Juni 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 155, Bl. 125.

⁴⁸⁵ Arbeitskräftebestand am 30. Juni 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, o. Bl., sowie Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 31. Dezember 1942 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 127. Die Angaben zu den kaufmännischen und technischen Kräften sind unter der Rubrik Angestellte Werk I und der Angabe „betr. Wert von Rechen- und Buchungsmaschinen nach Erzeugungsplan des Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion im Inneren und außerhalb Deutschlands“ enthalten.

⁴⁸⁶ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 30. Juni 1943 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, ohne Bl.

⁴⁸⁷ Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30972, Robotron Astra AG, Nr. 1954, Gesellschafterversammlung. Die gesamte deutsche Büromaschinenproduktion war von 1939 mit 201 Millionen RM auf 102 Millionen RM 1943 geschrumpft, die Zahl der dafür Beschäftigten war im Januar 1944 um 69 Prozent gegenüber Juli 1939 gesunken, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 94 S. 375.

⁴⁸⁸ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 31. März 1944 einschließlich Lehrlingen, Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 30. Juni 1944 einschließlich Lehrlingen, sowie Beschäftigungsmeldung – Industrie am 27. Februar 1945 vom 3. März 1945, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124 und 191, Bl. 147, 162 und 170; Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK, Film 424. Insofern ist die Feststellung von Uhlmann, S. 177, die Fertigung von Rechen- und Buchungsmaschinen sei aufgrund der Speerschen Festlegung stillgelegt worden, so nicht zutreffend.

⁴⁸⁹ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 30. Juni 1944 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124 und 191.

Werke die Umsätze verglichen mit den Vorkriegsumsätzen erst ab 1942 / 1943 ab, während sie bis 1941 / 1942 noch gestiegen waren. Erst im letzten Kriegsjahr sank der Umsatz an Rechen- und Addiermaschinen auf zwei Drittel des Vorkriegsniveaus.⁴⁹⁰ Der Kriegserzeugungsplan, der für die Astra-Werke eine drastische Senkung der Produktion von Rechen- und Addiermaschinen vorgesehen hatte, wurde nur langsam realisiert, da diese Produkte wichtig für den Export waren und damit ebenfalls als kriegswichtig eingestuft wurden.⁴⁹¹

Der Anteil der Rüstungsproduktion am Umsatz erhöhte sich bis 1944 erheblich. Er wurde nach Untersuchungen von Schneider auf knapp 74 Prozent gesteigert⁴⁹², nach unseren Berechnungen stieg er im letzten Geschäftsjahr (1. April 1944 bis 31. März 1945) sogar auf über 80 Prozent an der Gesamtproduktion (mit einer um 60 Prozent erhöhten Beschäftigtenzahl verglichen mit 1939), ein recht hoher Anteil verglichen mit anderen großen Chemnitzer Betrieben, insbesondere auch mit dem Konkurrenten Wanderer-Werke, die einen Rüstungsanteil von 68 Prozent aufwiesen.⁴⁹³

Es wäre jedoch für eine Beurteilung zur Beteiligung an der Rüstungsproduktion zu kurz gegriffen, nur auf Umsatzzahlen, wie sie den Angaben oben zugrunde liegen, zurückzugreifen. Die Umstellung auf weitere Rüstungsproduktionen musste gewöhnlich wegen der langen Vorlaufzeiten für Investitionen, Arbeitskräfteanforderungen und Produktionseinrichtung teils Monate, teils auch Jahre vor der tatsächlichen Rüstungsfertigung beginnen. So waren Ende 1942 bei den Wanderer-Werken bereits 50 Prozent der Arbeitskräfte in der Rüstungsproduktion eingesetzt, während der Anteil von Rüstungsgütern am Umsatz erst bei etwa 25 Prozent lag.⁴⁹⁴

Die Hauptproduktion der Astra-Werke bestand seit dem Geschäftsjahr 1943 / 1944 aus Rüstungsgütern. Dabei fertigte Werk I überwiegend, Werk II von Beginn an vollständig für die Rüstungsindustrie. Was wurde produziert?

Werk I: Dämpfungs- und Steuerkreisel (für gelenkte Flugkörper), Rudermaschinen, Wendehorizonte (Flugüberwachungsgerät), Gerätegruppen zum Kommandogerät 40 des OKW (Koordinationsrechner der Flak), Fertigung von Flugzeugteilen, Stanzteile für MP 43.

⁴⁹⁰ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 334.

⁴⁹¹ Siehe zu den konkreten Maschinenzahlen Schneider, Unternehmensstrategien, S. 336 f. Die Exportquote der Astra-Werke lag in den 1930er Jahren nur bei 7,74 Prozent, spielte also eine untergeordnete Rolle, Schneider, Unternehmensstrategie, Tabelle 17, S. 171. Die sächsische Büromaschinenproduktion hatte 1938 mit 15 Prozent Exportquote einen etwa doppelt so hohen Anteil wie bei den Astra-Werken. Der sächsische Exportanteil bei Büromaschinen stieg bis 1941 auf 32 Prozent und in absoluten Zahlen sogar von gut zehn Millionen RM auf knapp 15 Millionen RM, was aber daran lag, dass sich der inländische Absatz fast halbiert hatte, Zahlen bei Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 81.

⁴⁹² Zu diesem Prozess siehe Schneider, Unternehmensstrategien, S. 454.

⁴⁹³ Uhlmann, S. 185. Zum Rüstungsumsatz der Astra-Werke siehe FN 506.

⁴⁹⁴ Schneider, Unternehmensstrategien, S. 261 f. und Tabelle 13, S. 507.

Werk II: Fertigung Karabiner 98 K (Standardgewehr der Wehrmacht, 40.000 Stück pro Monat), Fertigung MP 43 (Maschinenkarabiner, 35.000 Stück pro Monat).⁴⁹⁵

Für die Jahre 1942 bis 1944 liegen detaillierte Unterlagen zur weiteren Produktionspalette bei Rüstungsgütern vor. Werk I produzierte hierbei im Bereich Rüstungsgüter ausschließlich als Unterlieferant, was auch noch einmal die enge Verzahnung der Rüstungsproduktion nicht nur zwischen sächsischen Rüstungsstandorten belegt. Zu den Gütern gehörten Werkzeug- und Vorrichtungsbau für Wehrmachtbedarf bei den Firmen Junkers-Werke in Dessau, Mitteldeutsche Motorenwerke in Leipzig / Taucha, Auto Union in Chemnitz, Daimler Benz in Genshagen (bei Berlin), Zeiss Ikon in Dresden. Hinzu kamen Empfangs- und Wendegeräte für die Firma Lorenz in Berlin, Teilefertigung des MG 81 für die Firma Dietrich in Altenburg sowie BZA-Fertigung für die Firma Zeiss Ikon in Dresden. Die Wehrmachtfertigung in Werk II wurde nur pauschal ausgewiesen.⁴⁹⁶ In der nächsten Übersicht vom 31. Dezember 1942 sind für Werk I zusätzlich Kommandogeräte für die Firma Friedenauer Technische Werkstätten und ein neuer Wehrmachtauftrag zur Entwicklung von „Rechenlocher und Rechenmaschine für OKH“ enthalten, für die 62 beziehungsweise zwölf Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Bei Werk II „Wehrmachtfertigung Heer“ sind erstmals 254 sowjetische Kriegsgefangene verzeichnet.⁴⁹⁷

Der Bericht vom 31. März 1943 nannte dieselben Rüstungsgüter, wies jedoch im Vergleich zum Vorjahr „7 russ. Kgf., 22 männl. u. 137 weibl. ausl. Zivilkr.“ auf. Bei 1.472 Gesamtbeschäftigten in Werk I machte der Ausländeranteil etwa elf Prozent aus. In Werk II waren für die „Wehrmachtfertigung Heer“ bei 1.049 Beschäftigten 207 sowjetische Kriegsgefangene und 123 männliche ausländische Zivilarbeiter enthalten, was einem Anteil von gut 30 Prozent entsprach.⁴⁹⁸

Drei Monate später erwähnte der Bericht für Werk I ein zusätzliches Produktionsgut. Für die Firma Askania-Werke Berlin wurde ein „Gerät 101“ hergestellt. Insgesamt waren in Werk I zu dieser Zeit 176 ausländische Arbeitskräfte tätig (sieben sowjetische Kriegsgefangene, 32 männliche und 137 weibliche ausländische Zivilkräfte). In Werk II arbeiteten für die Rüstungsproduktion inzwischen mehr Ausländer: 172 sowjetische Kriegsgefangene sowie 187 männliche und zwei weibliche ausländische Zivilkräfte.⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ Zusammengestellt nach: Morgenstern, Exzerpt, S. 120. Siehe hierzu detaillierter Uhlmann, S. 177.

⁴⁹⁶ Arbeitskräftebestand am 30. Juni 1942 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, 27, 155, o. Bl. Produktionszahlen sind in der Quelle nicht enthalten, es handelt sich nur um eine Übersicht der eingesetzten Arbeitskräfte. Ausländische Arbeitskräfte sind nicht gesondert ausgewiesen.

⁴⁹⁷ Gliederung des Gefolgschaftsbestandes am 31. Dezember 1942 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, 27, 155.

⁴⁹⁸ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 31. März 1943 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, 27, 155. Handschriftlich ist die nationale Zusammensetzung der Zivilarbeiter genannt: 40 Belgier, 44 Holländer, 63 Franzosen, ein Schweizer, ein Pole, zwei Spanier. Die weiblichen Zivilarbeitskräfte setzten sich aus 136 Ostarbeiterinnen, einer Griechin und einer Holländerin zusammen.

⁴⁹⁹ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 30. Juni 1943 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, 27, 155. Mit Gerät 101 ist wahrscheinlich ein Funkhöhenmesser für Flugzeuge

Über den Stand Ende März 1944 gibt ein weiterer Bericht Auskunft. Hierin sind die Rüstungsgüter zusammengefasst, die unter der Prioritätskategorie S in Werk I produziert wurden: Drei Komponenten für die Gleitbombe Fi 103 (auch V1 genannt)⁵⁰⁰, Ko-Geräteteil Fritewe, Empfangs- und Sendergeräte, Wendehorizont. Zugleich wurde mitgeteilt, dass die Fertigung für die Firmen Lorenz in Berlin, Dietrich in Altenburg, die BZA-Fertigung für Zeiss Ikon sowie die Rechenlocherentwicklung für das OKH zum 1. März 1944 ausgelaufen waren. In dieser prioritären Rüstungsproduktion waren insgesamt 941 Arbeitskräfte eingesetzt, während 393 Mitarbeiter in der Zivilproduktion oder als Lehrlinge arbeiteten. Die Rüstungsgüterproduktion in Werk II war demgegenüber offensichtlich nicht als prioritär eingestuft und umfasste die Fertigung des Standardgewehrs K 98 und der MP 43. Insgesamt waren hierfür 1.234 Beschäftigte tätig, unter ihnen 66 sowjetische Kriegsgefangene sowie 310 männliche und weibliche Zivilarbeiter.⁵⁰¹

Drei Monate später war die Mitarbeiterzahl in der S-Fertigung (sogenannte produktive Arbeiter) auf 651 gesunken, unter ihnen 122 Ausländer. In Werk II produzierten 1.139 Kräfte hauptsächlich den Karabiner K 98⁵⁰² sowie die MP 43, unter ihnen 366 ausländische Kräfte.⁵⁰³

Für die Zeit ab 1938, als die erste Rüstungsproduktion vorbereitet wurde, lassen sich einige Zahlen zu Gesamtumsätzen, dem Anteil der Rüstungsproduktion daran und Gewinnen ermitteln. Dabei ist die Frage, ob Rüstungsproduktion per se rentabler als Zivilproduktion war oder ob es nicht in der zweiten Kriegshälfte eher um andere Ziele ging, wie Schneider dies für die Wanderer-Werke diskutiert hat, nicht einfach zu beantworten.⁵⁰⁴ Dass Betriebsführungen immer auch an die Zeit nach dem Krieg und damit langfristig gedacht haben, wenn es um Produktionsentscheidungen im Krieg ging (siehe Kapitel 2), unterstreicht auch Schneider.⁵⁰⁵

gemeint.

⁵⁰⁰ Siehe zu den Produktionszahlen der V1 für 1944 und 1945 Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 584 f.

⁵⁰¹ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 31. März 1944, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 146–148.

⁵⁰² Zu den reichsweiten Produktionszahlen für Infanteriewaffen siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 619–621, Tabelle S. 620.

⁵⁰³ Gliederung des Gefolgschaftsstandes am 30. Juni 1944 einschließlich Lehrlingen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 162–164.

⁵⁰⁴ Zu dieser Frage Schneider, Unternehmensstrategie, S. 238. Das NS-Regime wollte in jedem Fall sicherstellen, dass auch Rüstungsproduktion gewinnbringend war, um eine möglichst reibungsfreie Produktion sicherzustellen. Gleichzeitig sollten sich auch die Gewinne in Grenzen halten, was unter anderem durch Unternehmenssteuererhöhungen erzielt werden sollte, siehe ebenda, S. 239.

⁵⁰⁵ Entsprechende Überlegungen der drei von ihm untersuchten Betriebe zusammengefasst bei Schneider, Unternehmensstrategien, S. 400.

Umsatz⁵⁰⁶ und Reingewinne⁵⁰⁷ der Astra AG 1938 / 1939–1944 / 1945

| Planungszeitraum | Umsatz | Davon Rüstungsproduktion | Anteil Rüstung an Umsatz | Reingewinne / Nettogewinne ⁵⁰⁸ |
|------------------|---------------|--------------------------|--------------------------|---|
| 1938 / 1939 | 10.081.986,88 | 536.717,35 | 5,97 | 790.900,00 |
| 1939 / 1940 | 11.242.188,41 | 1.798.023,13 | 15,99 | 1.395.877,66 |
| 1940 / 1941 | 16.831.000,77 | 5.107.654,16 | 30,35 | 1.009.478,00 |
| 1941 / 1942 | 15.469.979,45 | 6.620.018,66 | 42,79 | 820.640,00 bzw. 1.295.649,32 |
| 1942 / 1943 | 16.298.628,72 | 8.512.525,02 | 52,23 | 534.900,00 |
| 1943 / 1944 | 18.814.209,18 | 12.773.778,99 | 67,89 | 783.236,00 |
| 1944 / 1945 | 21.143.992,33 | 15.589.565,31 | 73,73 | 200.000,00 ⁵⁰⁹ |

Zum Vergleich wollen wir hier nur Angaben eines anderen Rüstungsbetriebs anführen, der ebenfalls noch lange Zeit seine Zivilproduktion aufrechterhalten konnte: Die Framo-Werke in Hainichen. Sie produzierten Kleinlastwagen, Fahrzeug- und Motorradzubehör und begannen ihre Rüstungsproduktion ab 1938. Von 1944 an wurden ausschließlich Rüstungsgüter hergestellt. Auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge kamen in den Framo-Werken zum Einsatz. Zu Umsatz, Rüstungsanteil und Gewinnen / Verlusten⁵¹⁰ gibt die nächste Tabelle Auskunft:

| Jahr | Gesamtumsatz in RM | Rüstungsumsatz in RM | Gewinn in RM | Verlust in RM |
|------|--------------------|----------------------|--------------|---------------|
| 1932 | 3.844.398 | - | - | - |
| 1933 | - | - | - | - |
| 1934 | 4.832.630 | - | - | - |
| 1935 | - | - | - | 543.263 |
| 1936 | 4.120.797 | - | - | 39.233 |
| 1937 | - | - | - | 55.954 |

⁵⁰⁶ Umsatzzahlen nach Schneider, Unternehmensstrategien, Tabelle 16, S. 509.

⁵⁰⁷ Reingewinne zusammengestellt nach: Morgenstern. Dort auch leicht abweichende Angaben zu den Gesamtumsätzen. Für 1941 / 1942 gibt es zwei unterschiedliche Angaben.

⁵⁰⁸ Rüstungsumsatz errechnet nach: Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Sign. 195. Zu den Berechnungsmethoden der genannten Reingewinne siehe allgemein Schneider, Unternehmensstrategien, S. 71. Für die Julius Pintsch KG Berlin gibt Eichholtz eine interne Zusammenstellung über Reingewinn sowie sonstige Posten, die er zu den Betriebsgewinnen hinzuzählt, wieder (Abschreibungen, Unternehmerlohn, Spenden, Rückstellungen, Zahlungen an Gesellschafter, Steuervoraus- und -nachzahlungen), so dass er statt auf 17.136 RM Reingewinn auf eine Summe von 13.613.840 RM für das Jahr 1942 kommt, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 151 S. 561 f.

⁵⁰⁹ Dieser Betrag war eine Schätzung aus dem Jahr 1944, als der Aufsichtsrat am 21. Oktober 1944 tagte, und bezog sich allein auf die Rüstungsproduktion. Insgesamt verlaufe die Rüstungsproduktion „befriedigend. Immerhin gebe der bisherige Verlauf die Wahrscheinlichkeit auf einen angemessenen Ertrag“, siehe: Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30972, Robotron Astra AG, Nr. 1954, Gesellschafterversammlung.

⁵¹⁰ Protokoll einer Kontrolle der Firma Framo durch den Kreisrat Döbeln am 2. März 1948, Staatsarchiv Leipzig, Best. 20232, Kreistag / Kreisrat Döbeln, 807 Enteignungen, Bl. 8.

| Jahr | Gesamtumsatz in RM | Rüstungsumsatz in RM | Gewinn in RM | Verlust in RM |
|------|--------------------|-----------------------|--------------|----------------------|
| 1938 | 6.301.633 | | 61.464 | - |
| 1939 | - | | 119.787 | - |
| 1940 | 7.204.501 | 3.866.602 (1940 / 41) | 333.112 | - |
| 1941 | - | | 502.456 | - |
| 1942 | 10.820.084 | 6.181.498 | 1.605.425 | - |
| 1943 | - | 6.257.726 | 1.773.041 | - |
| 1944 | 9.726.041 | 9.294.569 | 414.473 | (nur Werk Hainichen) |
| 1945 | - | 2.486.247 | - | - |

Arbeitskräftebedarf und -deckung während des Krieges im Bereich Chemnitz durch Sondergruppen

Die prekäre Arbeitskräfteressourcenlage durch die Kriegssituation stellte sowohl die Wehrmacht (als Nachfrageseite) wie auch die Wirtschaft (gleichfalls als Nachfrageseite) in Sachsen und in Chemnitz vor letztlich nicht zu lösende Probleme. So konstatierte etwa das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Chemnitz vom 31. Juli 1943: „Rü-Bereich [Rüstungsbereich, A.d.A.] ist nach wie vor bei großem Mangel an Arbeitskräften mit Aufträgen überlastet.“⁵¹¹

Der steigende Bedarf an Rüstungsgütern führte insbesondere dazu, dass auch zivile Investitionsgüter immer mehr unter Begründungszwang gerieten⁵¹² und fehlende Genehmigungen für Vorprodukte nach sich zogen; damit war auch immer die Gefahr des Mitarbeiterabzugs in andere Rüstungsbetriebe verbunden. Nicht zuletzt um dem zu begegnen, so interpretiert Schneider die Rüstungsverhandlungen der Astra-Werke-Betriebsführung mit Reichsministerien und Rüstungsstellen ab 1939, sah man sich gezwungen, weitere Rüstungsaufträge einzuwerben.⁵¹³

Wie bereits im Aufruf der Rüstungsinspektion IV vom Juni 1941 erwähnt, sah sich das NS-Regime ab 1941 einem steigenden Wettstreit mit den USA ausgesetzt. Auch die erste Nummer der Astra Warte von Januar 1941 unterstrich die Bedeutung der Heimat-(Produktions-)Front für den laufenden Krieg, ohne das Wort Krieg zu benutzen. „Eine große Zeit verlangt ein großes Volk. Beweist, dass ihr das große Volk seid. Seid würdig unseres großen Führers Adolf Hitler! Noch einmal: Prüfe jeder jeden Tag, was er selbst tun kann, was er

⁵¹¹ Zitiert in: Hummel, S. 10.

⁵¹² So versuchte die Astra-Führung 1942, die Wirtschaftsstellen des Reiches davon zu überzeugen, dass ihre Buchungs- und Rechenmaschinen Arbeitskräfte in anderen Branchen einzusparen helfen könnten und diese Produktion daher ebenso kriegswichtig sei, siehe hierzu Schneider, Unternehmensstrategien, S. 452.

⁵¹³ Schneider, Unternehmensstrategie, S. 330–332.

beitragen kann zum Gelingen des Werkes,“ so wird Hermann Göring auf der Titelseite zitiert.⁵¹⁴ Unter Verweis auf den hohen Wert der „Kameradschaft“ in der Wehrmacht wurde in einem weiteren Artikel eine solche Kameradschaft auch für die Produktionsgemeinschaft im Betrieb eingefordert und diese Funktion für die neue Zeitschrift beansprucht. Die Zeitschrift „sei ein guter Kamerad. ... Ihnen, den Kameraden im grauen Rock [Wehrmacht, A.d.A.] ist unsere Werkzeitschrift im gleichen Maße gewidmet wie denen im blauen Arbeitskittel.“ Demselben Zweck diene auch ein Militärkonzert in Werk II der Astra AG. Ein Musikkorps der Marine spielte in einer verlängerten, sorgfältig vorbereiteten Mittagspause für die Belegschaft auf und stieß, so die Zeitschrift, auf begeisterten Empfang. Zum Schluss hieß es: „Beglückt und voll Freude gehen nun die Männer und Frauen an ihre Arbeit. Die Front reicht der Heimat die Hand. Wir alle möchten diesen blauen Jungens Dank sagen für die Musik, die sie uns brachten, und für den Kampf, den sie für uns und für den Sieg Großdeutschlands führen.“⁵¹⁵

Das NS-Regime verfuhr ab 1941 zweigleisig. Auf der einen Seite beschwor es die Schicksalsgemeinschaft der Front und der produzierenden Heimatfront in den Betrieben, auf der anderen Seite konnten die Betriebe immer stärker auf die vom Reich angebotenen ausländischen Arbeitskräfte zurückgreifen. Auch die Astra-Werke forderten unter anderem aufgrund der Einberufung von eigenen Beschäftigten solche Arbeitskräfte an: Einige Polen nach dem siegreichen Ende des Polenfeldzugs 1939, ab 1940 sogenannte Westarbeiter aus westlichen Anrainerstaaten nach dem siegreichen Ende des Westfeldzugs, ab 1942 dann Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene sowie schließlich ab 1944 auch noch KZ-Häftlinge. Weitere Personengruppen (Patienten eines Lazarett, Häftlinge in den Strafanstalten Hohe Straße in Chemnitz, Zuchthaus Waldheim, Jugendgefängnis Hoheneck)⁵¹⁶ stellten dort Produktionskomponenten für die Astra-Werke her.

Insgesamt waren im Deutschen Reich von den etwa 200.000 Gefangenen in Zuchthäusern und Gefängnissen circa 90 Prozent zu Arbeiten für die Landwirtschaft und Kriegsproduktion tätig. Zentrale sächsische Gefängnisse wie die Justizvollzugsanstalten Bautzen und Waldheim wurden voll in Produktionsprozesse eingegliedert, auch Gefangene in den Untersuchungsgefängnissen zog man für Arbeiten heran.⁵¹⁷ Solche Häftlinge arbeiteten für die verschiedensten sächsischen Rüstungsproduzenten, etwa für die Auto Union in Siegmarsdorf⁵¹⁸, die

⁵¹⁴ Titelseite, Astra Warte, Jg. 1, Nr. 1 Januar / Februar 1941, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 86.

⁵¹⁵ Artikel „Sie sei ein guter Kamerad“ und „Musik für die Mittagspause“, in: Astra Warte, Jg. 1, Nr. 1 Januar / Februar 1941, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 86.

⁵¹⁶ Schneider, Unternehmensstrategie, S. 455. Reichsjustizminister Gürtner hatte im Mai 1939 Häftlingsarbeit für wichtige Wirtschaftszweige zugelassen, so auch für den Bergbau, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 148.

⁵¹⁷ Hacke, S. 125. Mit Bezug auf Reichsjustizminister Thierack vom September 1944 auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 236.

⁵¹⁸ Das Werk Siegmarsdorf plante mit Zeichnungsarbeiten durch entsprechend ausgebildete Häftlinge, das Werk Horch-Zwickau ließ in den Haftanstalten Hoheneck und Waldheim fertigen, siehe Kukowski / Boch, S. 142. Der zeitweilige Einsatz von Strafgefangenen, freilich in relativ geringem Umfang, setzte bei der Auto Union bereits

Erla-Werke mit ihren Betrieben in Pegau und Plauen, für die Heeresmunitionsanstalt in Zeithain oder die Junkers-Werke in Leipzig und Gelenau.⁵¹⁹ Ebenso waren 1944 in Chemnitz Mitarbeiter vom Theater wie auch Wehrmachtsoldaten zuweilen für die Rüstungsproduktion der Auto Union tätig.⁵²⁰

Der Bereich Chemnitz war dabei in der Nutzung von Häftlings- und Lazarettarbeit führend⁵²¹. Ende 1941 wurden Komponententeile für Torpedos etwa für die Auto Union, Werk Zwickau, in der Strafvollzugsanstalt Zwickau von dort einsitzenden Facharbeitern gebaut. In Krankenhäusern wurden erstmals im Juli 1942 Rüstungskomponenten, so im Reservelazarett II (Küchwaldkrankenhaus), in Chemnitz produziert, freilich war dies nicht offiziell als Rüstungsproduktion bezeichnet, sondern als „Förderung des Heilprozesses durch Arbeitstherapie“ verbrämt.⁵²² Nach und nach weitete das Rüstungskommando Chemnitz im Jahr 1943 die Zahl der so eingesetzten Reservelazarette auf bis zu 23 aus, so beispielsweise Lazarette in Altenberg, Bad Elster, Chemnitz selbst, Frankenberg, Glauchau, Lichtenstein, Meerane und vielen anderen Orten.⁵²³

Auch die Astra-Werke⁵²⁴ griffen, unterstützt vom Rüstungskommando Chemnitz, auf diesen „Notnagel“ zurück. So belegt eine Lohnabrechnung aus dem Jahr 1944 / 1945, dass sie im Zuchthaus Waldheim, in der Haftanstalt Chemnitz sowie zusätzlich dem Reservelazarett II produzieren ließen. Für jede der drei Produktionsstätten war eine eigene Kostenstelle eingerichtet. Aus der Quelle gehen weder der Umfang der Arbeiten noch die Zahl der beschäftigten Häftlinge beziehungsweise verletzten / verwundeten im Reservelazarett II dafür eingesetzten Wehrmachtsoldaten hervor. Die höchsten Kosten (Lohnsummen) entstanden jedenfalls mit knapp 30.000 RM im Zuchthaus Waldheim, gefolgt von gut 18.000 RM in der Haftanstalt Chem-

1941 ein. Nennenswert kamen diese Strafhäftlinge aber erst 1945 in Betracht, als Strafhäftlinge aus dem Proktorat und dem Generalgouvernement nach Sachsen verlegt wurden. So wurden 288 Häftlinge ins Werk Siegmar, 200 ins Werk Zwickauer Straße und jeweils 100 in das DKW-Werk und zu Horch-Zwickau überstellt, siehe Kukowski / Boch, S. 420.

⁵¹⁹ Hacke, S. 130.

⁵²⁰ Kukowski / Boch, S. 419.

⁵²¹ Hummel spricht hier von einer Vorreiterrolle des Rüstungskommandos Chemnitz, siehe Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 11.

⁵²² Zitiert in: Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 10.

⁵²³ Vollständige Liste bei Hummel, Rüstungskommando Chemnitz, S. 10 f. Zum reichsweiten Umfang von Lazarett- beziehungsweise Krankenhausarbeit liegt ein Bericht des Rüstungsministeriums vor, der für 1944 gut sieben Millionen Arbeitsstunden monatlich angibt (einem Äquivalent von 28.000 Vollarbeitskräften), siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 236. Zur rechtlichen Entwicklung der Gefangenenarbeit in Sachsen seit 1938 und zu ihrer Anwendung auch außerhalb anstaltseigener Produktion in Plauen siehe Lukat, S. 332–338.

⁵²⁴ So belegt etwa die Gliederung des Gefolgschaftsstandes vom 30. Juni 1944 immerhin noch elf Mitarbeiter, die diese Arbeiten beaufsichtigten. Da diese unter der Rubrik Additions- und Buchungsmaschinen verzeichnet waren, dürfte die Häftlinge in diese Produktion einbezogen gewesen sein, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 162.

nitz und knapp 6.000 RM für das Reservelazarett, offenbar für die Monate Oktober bis Dezember 1944.⁵²⁵

Produktion im Warschauer Ghetto und mit KZ-Häftlingen

In zwei Aspekten unterschieden sich die Astra-Werke ab 1942 von Betrieben ähnlicher Produktionsstruktur, aber auch anderen Maschinenbaubetrieben: Sie waren 1942 bereit, im Osten in Ghettos eingepferchte Juden für sich arbeiten zu lassen⁵²⁶, und sie griffen im Herbst 1944 auf die Möglichkeit zurück, auch ein KZ-Außenlager in ihrem Betrieb zur Verstärkung der Rüstungsproduktion einzurichten. Bei der Produktion im Warschauer Ghetto waren die Astra-Werke die einzigen aus der Region Chemnitz sowie aus ganz Sachsen, am KZ-Häftlingseinsatz war auch die Chemnitzer Auto Union in mehreren ihrer Werke beteiligt.

Sehen wir uns zunächst einmal den ersten Punkt genauer an. Die Verwaltung des Warschauer Ghettos, die Transferstelle Warschau⁵²⁷, hatte im Herbst 1941 eine Initiative gestartet, Produktionsbetriebe von außerhalb im Ghetto anzusiedeln. Die IHK Chemnitz informierte die Chemnitzer Betriebe am 17. September 1941 über diese neue Möglichkeit. Während die Wanderer-Werke keine Reaktion zeigten, waren sowohl die Maschinenfabrik Kappel AG⁵²⁸ als auch die Astra-Werke durchaus interessiert⁵²⁹, wie Direktor Bringer am 20. Oktober 1941 bei einem Vororttermin der Transferstelle Warschau mitteilte. Um die Lage in Warschau weiter zu erkunden, reisten die Direktoren Greve, Seyfried und Bringer vom 5. bis 9. November 1941 wiederum dorthin und führten Gespräche mit der Transferstelle Warschau, die bereits am 7. November 1941 ihre Zustimmung zur Ansiedelung der Astra-Niederlassung gab. Vor allem die

⁵²⁵ Geschäftsvierteljahr 1944 / 1945, Errechnung der Löhne für Außenstellen, sowie Liste, betr. Fertigungslohn im Reserve-Lazarett II vom 3. Januar 1945, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 10, Bl. 38 und 76.

⁵²⁶ In den besetzten Ostgebieten galt der Arbeitszwang für alle Bevölkerungsgruppen, also auch die Juden, bei Männern von 15 bis 60 Jahren und bei Frauen von 16 bis 50 Jahren, siehe hierzu Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 246 f.

⁵²⁷ Jüdisches und polnisches Vermögen war von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden und unterstand einer Haupttreuhandstelle (Göring direkt zugeordnet) sowie einer Treuhandstelle von Generalgouverneur Frank, so dass Juden, um überleben zu können, unbedingt auf Arbeit für deutsche Stellen angewiesen waren, siehe Umbreit, Deutsche Herrschaft, S. 191.

⁵²⁸ Jedoch kam die Maschinenfabrik Kappel AG aufgrund fehlender Unterstützung in Warschau nicht zum Zuge, siehe Schneider, Unternehmensstrategie, S. 492. Zur Einrichtung der Produktionsstätte der Astra-Werke im Warschauer Ghetto beziehen wir uns zum einen auf Schneider, Unternehmensstrategien, S. 338–344 und 440–451. Soweit keine anderen Quellen genannt sind oder Zitate vorgenommen werden, gründen sich die folgenden Ausführungen dazu auf Schneider. Hinzu kommt eine Akte zur Niederlassung der Astra AG im Staatsarchiv Chemnitz, die wir nutzen konnten, siehe weiter unten.

⁵²⁹ Am 3. Oktober 1941 antwortete die Astra AG in einem Brief an Walter Linse von der IHK positiv auf das Angebot der als Info-Brief versandten Mitteilung der Transferstelle Warschau und teilte mit, welche Arbeitskräfte für sie vonnöten seien, beide Schreiben in Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30874, IHK. Unter anderem warb die Transferstelle Warschau mit der Einwohnerzahl des Ghettos von Hunderttausenden Menschen, von denen 40 Prozent der Erwerbsfähigen Handwerker seien.

prekäre Ernährungslage war aus Sicht der Betriebsleitung ein entscheidendes Problem für die Produktionsaufnahme. Die Astra-Leitung ließ sich jedoch beruhigen, dass dieses Problem gelöst werden könne, und akzeptierte offenbar die nicht zutreffende Erklärung der Ghetto-Verwaltung, Ernährungsprobleme seien hauptsächlich auf jüdische Unterschlagungen und nicht etwa auf eine systematische deutsche Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegen die Juden zurückzuführen. Nachdem die Transferstelle Warschau zugesichert hatte, die zukünftige Produktionsstätte der Astra-Werke mit zusätzlichen Lebensmitteln zu versorgen, was aus Sicht der Astra-Werke den Vorteil hatte, dies den jüdischen Arbeitern in Rechnung stellen zu können und damit die Produktionskosten zu senken, fiel Ende 1941 die Entscheidung, die Produktion im Ghetto probeweise für mehrere Monate unter der Leitung von zehn deutschen Arbeitskräften mit bis zu 200 Juden aufzunehmen. Es war zunächst ein Produktionsziel von 300 zu montierenden Addiermaschinen vorgesehen.

Dies zu tun und dabei über die menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Ghetto hinwegzusehen, war von keinerlei staatlicher deutscher Pressuren beeinflusst, es war eine Entscheidung, die „von einer hier autonom handelnden Unternehmensleitung ausgegangen ist“.⁵³⁰ Da passende Räume gefunden waren, konnten diese zunächst für eine Dauer vom 1. März bis zum 1. Dezember 1942 angemietet werden. Obwohl die Herstellungskosten für Addiermaschinen, wie der als Chef der Astra-Niederlassung vorgesehene Astra-Mitarbeiter Hübl schrieb, um ein Vierfaches höher als in Chemnitz lägen, beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat trotz mancher Zweifel schließlich wohl im März 1942, die Produktion aufzunehmen. Neben der Montage von Addiermaschinen sollte auch perspektivisch deren Produktion in den Betriebsräumen im Ghetto in der Smocza(str.) 35 eingeleitet werden. Ende April 1942 waren insgesamt 38 namentlich erfasste jüdische Arbeitskräfte für Montagearbeiten eingesetzt. Im August 1942 befanden sich bereits 82 jüdische Arbeitskräfte auf der Lohnliste.⁵³¹

Niederlassungsleiter Hübl richtete weiter sehr optimistisch gestimmte Berichte an den Vorstand in Chemnitz und betonte dabei Engagement und Fleiß der Arbeitskräfte, ohne darin zu berücksichtigen, unter welchen Bedingungen die Juden des Ghettos bereit sein mussten, für die Astra-Werke und andere deutschen Betriebe zu arbeiten: Nämlich ohne Arbeit und ohne regelmäßige, zudem unzureichende Ernährung ihrem schnellen Tod entgegen zu sehen, wovor sie nur der Arbeitseinsatz für deutsche Betriebe eventuell vorläufig retten konnte. So hieß es etwa im Bericht von Walther Handke, einem weiteren Mitarbeiter: „Wenn man bereits in der Abteilung Gruppen-Montage mit Begeisterung feststellen konnte, mit welcher Hingabe die jüdischen Arbeitskräfte arbeiten, so erweckte es beim Gehen durch die Maschinen-Montage den Eindruck, die Arbeitskräfte arbeitet (sic!) nicht erst einige Monate sondern (sic!) schon einige Jahre an unseren Maschinen. ... Der Gesamteindruck war also der denkbar günstigste

⁵³⁰ So wörtlich Schneider, Unternehmensstrategien, S. 344.

⁵³¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 11.

und als vorbildlich zu bezeichnen, sodass man unbesorgt einer erweiterten Maschinenproduktion entgegensehen kann.“⁵³²

Die Produktion lief aus der Sicht der Firma offenbar so zufriedenstellend, dass die Niederlassung nach einem erneuten dreitägigen Besuch von Direktor Seyfried in einer Niederschrift vom 17. Juli 1942 unter Punkt 1 und 2 festhielt: „1.) Der Betrieb in Smocza 35 und die bisher mit den jüdischen Arbeitskräften gemachten guten Erfahrungen ermuntern zur Erweiterung des Betriebes. 2.) Es wird beschlossen, nicht nur die Montage, sondern auch den dazu gehörigen Teilebau nach Warschau zu verlagern.“ Der unter Punkt 3 genannte Produktionsplan sah ganz optimistisch vor: Juli 100 Maschinen, August 150, September 200, Oktober 250, November 350 und Dezember sogar 500.⁵³³

Im August 1942 traf jedoch die Entscheidung der SS-Führung, das Ghetto Warschau zu räumen und sukzessive alle Juden auszusiedeln, wie es offiziell hieß, auch die Astra-Niederlassung und machte alle Pläne zu Makulatur.⁵³⁴ Täglich wurden nun 5.000 Juden ausgesondert und zum Abtransport versammelt. Da durchsickerte, dass es in Wirklichkeit nicht um eine Umsiedlung ging, sondern mit dem Transport in das Vernichtungslager Treblinka um ihre Ermordung, versuchten möglichst viele Juden, diesen Aktionen zu entgehen; das Ghetto war in heller Aufregung, was sich auch, wie die Warschauer Astra-Leitung bemerkte, in schlechteren Arbeitsergebnissen niederschlug. Daher hatte auch die Astra-Niederlassung ein Interesse daran, „ihre“ Juden vor der Deportation zu schützen. Zum einen gelang es ihr, ihre Niederlassung als Rüstungsbetrieb⁵³⁵ registrieren zu lassen, was vermeintlich vor Deportation schützen konnte, zum anderen schaffte es die deutsche Astra-Leitung, bereits zum Abtransport Versammelte wieder freizubekommen und dem Arbeitsprozess zuzuführen. Trotz der psychologisch und menschlich unmöglichen Situation für ihre Arbeitskräfte beharrte die Betriebsleitung darauf, Arbeitsausfälle durch Sonderarbeit ohne Lohnzahlung zu kompensieren. Unter wel-

⁵³² Zitiert aus einem Bericht von Walther Handke vom 3. August 1942, in: Schneider, Unternehmensstrategie, S. 446 f.

⁵³³ Ergebnisprotokoll der Niederlassung Warschau vom 17. Juli 1942, Höfer, Astra, S. 2. Am 18. Mai 1942 hatte Niederlassungsleiter Hübl der Geschäftsleitung einen Plan mit Angaben zur Maschinenzahl und -bestückung (mit Arbeitskräften) und der für die Herstellung von Rechenmaschinen notwendigen Betriebszeit vorgelegt, um perspektivisch in einem Dreimonatsrhythmus 1.500 Addiermaschinen herzustellen, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 11.

⁵³⁴ Das Warschauer Ghetto war 15. September 1940 eingerichtet worden. Dort wurden auf einer Fläche von knapp fünf qkm zeitweise 400.000 Juden zusammengepfercht, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 204 f. Im Frühjahr 1942, als die Astra-Werke im Ghetto aktiv wurden, lebten dort etwa 350.000 Juden. Nachdem das Vernichtungslager Treblinka am 11. Juli 1942 fertiggestellt worden war, wurde die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement befohlen, die vor allem Warschau betraf. Ausführlicher hierzu Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2014, S. 159 ff. und 270–272.

⁵³⁵ Die Betriebe im Ausland konnten verschiedenen Kategorien zugewiesen werden: R(rüstungs-)Betrieb, V(ersorgungs-)betrieb oder S(per-)betrieb. Dies schützte sie davor, allzu schnell Arbeitskräfte zu verlieren, und half, für die Belegschaft eine bessere Versorgung herbeizuführen, siehe Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 185. Die Astra-Werke versuchten daher, um ihre Zivilproduktion zu erhalten, eine solche Schutzbestimmung auch für ihren Ghetto-Betrieb zu erreichen.

chem Druck die Ghetto-Bewohner standen, wird in Berichten nach Chemnitz deutlich, in denen die Betriebsleitung beschrieb, mit welcher Verzweiflung Juden versuchten, Anstellungen bei ihr zu finden und dabei sogar eigene Maschinen kostenlos mit einzubringen. Auch wenn die Berichte einen Eindruck von den katastrophalen Ereignissen im Ghetto nach Beginn der Deportationen geben, so ist doch nirgends ein Gedanke darin enthalten, wie man zumindest seine eigenen Beschäftigten retten könne, und schon gar nicht findet sich Kritik an den SS-Aktionen.

Letztlich war – trotz entgegenstehender optimistischer Berichte und Vorschläge der Niederlassungsleitung zur Weiterproduktion – angesichts der Auflösung des Ghettos sowie vieler Schwierigkeiten bei der Ernährung ihrer Arbeitskräfte die Produktion nicht weiter aufrecht zu erhalten. Die Firmenleitung beschloss daher im Oktober 1942, diese einzustellen. In einem Gesprächsprotokoll von Niederlassungsleiter Hübl an Direktor Seyfried vom 15. Oktober 1942 in Chemnitz wurde festgehalten, wie mit den Maschinen und Ausrüstungsgegenständen der Niederlassung zu verfahren sei. Die schon erwähnten Maschinen, die jüdische Arbeitskräfte mitgebracht hatten, sollten der SS übergeben werden. Astra-Maschinen waren für den Rücktransport nach Chemnitz bestimmt. Logistikeile sollten möglichst vor Ort verkauft werden. Feste Gebäudeteile wie Toiletten und Küche wollte man sich „von der Heeresunterkunft“ bezahlen lassen. Koch- und Essgeschirr sollte nach Chemnitz geschafft werden, „da sie für die Russen verwendbar sind“. Werkbänke sollten verkauft werden. „Tische, Bänke und evtl. Stein- gutwaschbecken für Russenlager nach Chemnitz senden.“⁵³⁶

Als Resümee hieß es abschließend im Geschäftsbericht für 1942 / 1943 rückblickend: „Die ganze von uns aufgewendete Arbeit für die Einrichtung der Fabrikationsstätten, die Entsendung deutscher Gefolgschaftsmitglieder zur Anlernung jüdischer Arbeitskräfte und die monatelange Einarbeitung dieser Kräfte sind somit für uns umsonst gewesen.“⁵³⁷

Wie ist die Entscheidung der Astra-Führung, in Warschau durch Ghetto-Bewohner ihre Stamm(zivil)produktion aufrechtzuerhalten, zu beurteilen? Wenn es vornehmlich darum gegangen wäre, das NS-Regime um jeden Preis zu unterstützen, so hätten die Astra-Werke sicherlich andere Möglichkeiten gehabt als Addiermaschinen von Juden montieren zu lassen, nämlich die Rüstungsproduktion in Chemnitz bereitwillig noch mehr auszudehnen. So monierte etwa das Rüstungskommando Chemnitz zur selben Zeit, als die Niederlassung Warschau eingerichtet wurde, mangelndes Verständnis der Astra-Leitung für die Notwendigkeit größerer Rüstungsproduktion: „Vereinzelte Betriebe (besonders Astra-Werke) zeigen aber noch großen Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit restlos positiven Einsatzes in der

⁵³⁶ Verhandlungsbericht von Niederlassungsleiter Hübl an Direktor Seyfried vom 15. Oktober 1942, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 11.

⁵³⁷ Zitiert in: Schneider, Unternehmensstrategie, S. 450. Es ist unklar, ob die Produktion wie von der Warschauer Vertretung vorgeschlagen, mit polnischen Arbeitskräften fortgesetzt wurde. Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 95, konstatiert dieses. In seiner Dissertation führt er jedoch aus, dass wohl eine Dependance weitergeführt worden wäre, aber unbekannt sei, was und wieviel sie produzierte, Schneider, Unternehmensstrategien, S. 450 f.

Verlagerung ihrer Zivilfertigung.“⁵³⁸ Stattdessen ist Schneider sicherlich zuzustimmen, wenn er die Betriebsentscheidung für das Warschauer Ghetto „eher auf die Konsequenzen eines vor nichts zurückschreckenden Unternehmensegoismus“⁵³⁹ zurückführt. Gleichwohl blieb das Generalgouvernement für die Astra-Werke so interessant, dass eine eigene Verkaufsniederlassung erhalten blieb. Immerhin wurden von dieser Niederlassung 35 Buchungsmaschinen vor allem an Sparkassen, Betriebe oder städtische Einrichtungen in Warschau, Krakau, Lemberg oder etwa Tschenstochau verkauft, eine Reihe weiterer Bestellungen, teils noch von 1942, war im Oktober 1943 noch nicht ausgeliefert.⁵⁴⁰ Mit dem Scheitern des Produktionsexperiments in Warschau waren zunächst alle Versuche, Produktionskapazitäten mit Hilfe der SS unterstehender jüdischer Ghetto-Bewohner aufzubauen, beendet.



Abb. 24 und 25: Arbeitsräume Niederlassung im Warschauer Ghetto; Niederlassungsleiter Hübl und Mitarbeiter Stapel. Beide Fotos: Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 11.

KZ-Häftlinge

Erst in den letzten zwölf Kriegsmonaten planten die Astra-Werke mit einer Personengruppe, die sich in der Verantwortung der SS befand und nach den Juden einer besonders hohen lebensbedrohenden Gefahr ausgesetzt war: KZ-Häftlinge. Ab Mitte August 1944 wurden Vorbereitungen getroffen, ein KZ-Außenlager bei den Astra-Werken einzurichten, um den Bedarf an Arbeitskräften besser zu decken. Es liegen keine Angaben darüber vor, ab wann und mit

⁵³⁸ Zitiert in Schneider, Unternehmensstrategie, S. 451.

⁵³⁹ Schneider, Unternehmensstrategie, S. 492.

⁵⁴⁰ Aufstellung der im Jahre 1943 durch die Zweigniederlassung Warschau verkauften Buchungsmaschinen o. J. sowie Aufstellung der verkauften und noch nicht gelieferten ASTRA-Buchungsmaschinen im Generalgouvernement, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 11.

wem konkret der Betrieb die Pläne zur Einrichtung des Lagers vorangetrieben hat (mit Sicherheit war das SS-WVHA, Amt D II, eingebunden). Es wird jedoch sicherlich hilfreich gewesen sein, dass der Betrieb am 1. Mai 1944 als nationalsozialistischer Musterbetrieb ausgezeichnet worden war, Mitglieder der Betriebsleitung führend in Selbstverwaltungen der Rüstungsindustrie tätig waren und der Direktor des Werks II Ringführer⁵⁴¹ und Vorsitzender des Sonderausschusses Waffen der Untergruppe fünf war.

| | | |
|---|-------|----------|
| 1 | 56296 | 10.7.20 |
| 2 | 56297 | 18. 1.21 |
| 3 | 56301 | 27. 3.26 |
| 4 | 56302 | 1. 6.22 |
| 5 | 56304 | 23. 6.21 |
| 6 | 56303 | 25.12.25 |
| 7 | 56305 | 4. 6.25 |
| 8 | 56307 | 27. 5.06 |
| 9 | 56311 | 25. 5.15 |

Abb. 26: Auszug aus Liste KZ-Häftlinge mit Auschwitz-Nummern⁵⁴²

Zwischen Oktober 1944 und April 1945 befand sich auf dem Gelände der Astra AG, Altchemnitzer Straße 41, ein Außenkommando des KZ Flossenbürg. Nach und nach trafen 510 Frauen und Mädchen (die Zahl schwankte leicht) – vor allem Russinnen, Polinnen und Italienerinnen – ein und mussten hier Zwangsarbeit für die Astra-Rüstungsproduktion leisten. Unter Einbezug der KZ-Häftlinge wiesen die Astra-Werke zu dieser Zeit einen Anteil von gut 33 Prozent Ausländern auf, der damit erheblich höher war als bei anderen Chemnitzer Betrieben.

Freilich war mit der Beschäftigung von KZ-Häftlingen für die Astra-Werke auch ein Nachteil verbunden. Es war ihnen nur noch möglich, eine bestimmte Anzahl von Häftlingen anzufordern. Jede persönliche Auswahl, wie sie in den Jahren vorher und auch 1944 anderen Betrieben für diese Zwangsarbeitergruppe noch zugestanden worden war, war für die Astra AG nicht möglich.⁵⁴³ Dem Betrieb wurden in den Ankündigungslisten für KZ-Häftlinge nur das Geschlecht, die Häftlingsnummer, Nationalität und das Geburtsdatum mitgeteilt, jedoch keine Namen.

⁵⁴¹ Speer verwirklichte seine Steuerung der Rüstungsproduktion durch den Aufbau von Ringen und Ausschüssen, die der Industrie eine weitgehende Selbstorganisation der Rüstung erlaubten. Vorsitzende solcher Institutionen hatten damit besondere Einflussmöglichkeiten, siehe hierzu genauer Kapitel 2.

⁵⁴² Auszug aus einer Häftlingsliste der Astra-Werke, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 197.

⁵⁴³ Am 15. September 1942 war, auch das eine Folge der von uns schon mehrfach genannten Rüstungswende 1942, grundsätzlich zwischen Rüstungsministerium und dem WVHA der SS vereinbart worden, dass KZ-Häftlinge für die Rüstungsproduktion eingesetzt werden können. Bis zum Herbst 1944 mussten die Anforderungen der Betriebe direkt an das WVHA gestellt werden, ab Herbst 1944 behielt sich Speers Rüstungsministerium die Entscheidung über ihren Einsatz bei den Betrieben vor, siehe hierzu zusammenfassend NS-Terror und Verfolgung, S. 339–343.

Im KZ Auschwitz wurde der Transport zusammengestellt, die Frauen bekamen Nummern ab 56.291 und wurden eingekleidet. Sie unterstanden ab diesem Zeitpunkt dem KZ Flossenbürg, das als neues Stammlager für die Außenlager in Südwestsachsen fungierte.⁵⁴⁴

Man mischte die Nationalitäten untereinander. Damit sollte wohl auch verhindert werden, dass Widerstand und Fluchten abgesprochen wurden. Von den 510 Frauen kamen 186 aus der UdSSR, 155 aus Polen, 138 aus Italien, zehn aus Jugoslawien, fünf aus Kroatien, 16 waren staatenlos oder es liegen keine Angaben vor. Eine Transportliste des KZ Auschwitz über KZ-Häftlinge nach Sachsen verzeichnete für den 24. Oktober 1944 510 Frauen für die Astra-Werke.⁵⁴⁵

Flossenbürg, den 1. Jan. 1945

Landesamt für Arbeitseinsatz
Dienststelle

Forderungsnachweis Nr. Flo. 789

über den Häftlingseinsatz

bei Astrawerk A.G. in Chemnitz

für die Zeit vom 1. bis 31.12.1944

zum sonstiger Aufstellung sind zu entrichten:

| | | | |
|------------------------------------|--|--------|--------------|
| für | Pflichtarbeiter (Tagesbeschäftigung) | A RM | RM |
| für | Pflichtarbeiter (Halbtagsbeschäftigung) | A RM | RM |
| ich | 11795 Hilfsarbeiter (Tagesbeschäftigung) | A RM | 47.180,-- |
| für | Hilfsarbeiter (Halbtagsbeschäftigung) | A RM | RM |
| Häftlingsverpflegungen à - ,65 RM. | | Summe: | RM 47.180,-- |
| " | " à - ,70 RM. | | RM 10.903,80 |
| | | | RM 36.276,20 |

Abb. 27: Rechnung KZ Flossenbürg für Arbeitseinsatz von Häftlingen bei Astra-Werken⁵⁴⁶

⁵⁴⁴ Karte 4. Flossenbürg: Außenlager und Evakuierung, in: NS-Terror und Verfolgung.

⁵⁴⁵ ITS Bad Arolsen, Bestand KZ Flossenbürg. Liste aus der Nachkriegszeit. Der Häftlingstransport zur Astra AG ist in zwei Quellen genannt und daher in der Tabelle doppelt verzeichnet. Die folgenden Aussagen beruhen auf der Forschung von Hans Brenner im Betriebsarchiv des VEB-Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt in den 1970er Jahren.

⁵⁴⁶ Bundesarchiv Potsdam, Film 4053, Nr. 608 f. Die Astra-Werke zogen von den Pauschalzahlungen an die SS, wie alle anderen Firmen, die KZ-Häftlinge nutzten, die jeweiligen Verpflegungspauschalen von 65 beziehungsweise 70 Pfennig pro Tag ab (Normalarbeiterverpflegung, Schwerarbeiterverpflegung), siehe etwa verschiedene Anforderungen der SS an Rüstungsbetriebe in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 652 und 677.

Die Häftlingsfrauen wurden im geschlossenen Einsatz in zwei Schichten beschäftigt, jeweils zwölf Stunden pro Schicht.⁵⁴⁷ Arbeitskleidung, Decken, Essgeschirr sowie Essen waren durch die Astra-Werke zu stellen. Die Frauen erhielten keinen Lohn. Die Astra-Werke hatten für jeden Arbeitstag der weiblichen Häftlinge 4,00 RM an die SS zu zahlen. Für Verpflegung und Unterkunft konnte der Betrieb davon täglich bis zu 70 Pfennig einbehalten. Abzurechnen waren die Kosten für den Häftlingseinsatz direkt mit dem für das KZ-AL zuständigen Konzentrationslager Flossenbürg.

| AA Buchungsbeleg Vorgang | | | | | Nr. 00066 |
|---|------------------|-----------|----------|--------------------------|--|
| Übernahme folgender Leistungen auf das Lohnsammelkonto 410 (nicht ausbezahlt und nicht durch Rechnung belastet). Werk I | | | | | Tag 8.2.45 / 31.12.44 |
| | Oktober | November | Dezember | Zusammen 3. GVJ 44/45 | Hinweis auf Aussteller 5511/MB Kostenstelle 55 |
| Lehrlings-Leistungen | 740,21 | 270,23 | 41,76 | 1.052,20 | |
| Kriegsgefäng.-Leistung | 204,23 | 139,37 | 148,41 | 492,01 | |
| KL-Frauen-Leistungen | 2.564,60 | 2632,47 | 28323,57 | 57.220,64 | |
| | | | | 58.764,85 | |
| Soll | | Haben | | geprüft | |
| Konto-Nr. | Betrag | Konto-Nr. | Betrag | Symbol | |
| 700 410 | 1.052,20 | 5260 470 | | ○ | |
| | 492,01 | S 2436 | | | |
| | <u>57.220,64</u> | S 2466 | | | |
| | 58.764,85 | | | | |

Abb. 28: Buchungsbeleg über „Lohn“kosten Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge bei Astra-Werken

Der oben stehende Buchungsbeleg⁵⁴⁸ zeigt offenbar, welchen Produktionswert der Betrieb gerade aus der Häftlingsarbeit (hier Werk I) erzielen konnte. Ein weiterer Buchungsbeleg vom

⁵⁴⁷ Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen siehe auch Schaller, S. 131.

⁵⁴⁸ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 197, 10, 24. Insgesamt kamen am 24. Oktober 1944 510 KZ-Häftlinge bei den Astra-Werken an, von denen offenbar bis Ende dieses Monats erst 80 in den Produktionsprozess eingegliedert waren. Aus diesem im Text wiedergegebenen Beleg für Werk I geht hervor, dass die Häftlingsarbeit im Monat Oktober lediglich einen Bruchteil der Ergebnisse gegenüber November und Dezember 1944 erzielte.

31. Dezember 1945 konstatiert für den Zeitraum 1945, also Januar bis April, eine KL-Leistung (KZ-Häftlinge) von 27.226,94 RM.⁵⁴⁹

Die Unterbringung der Frauen erfolgte im 5. Stock des Werks I, ausgestattet mit dreistöckigen Holzpritschen und Strohsäcken ohne Bettzeug. Minderwertige Essensrationen, schlechte hygienische Bedingungen, Kälte und Bestrafungen durch die SS-Wachmannschaft und den Lagerkommandanten, SS-Oberscharführer Willing, gehörten zum Tagesablauf. Strafen bestanden unter anderem aus Schlägen beziehungsweise Essensentzug, meist wegen mangelhafter Arbeitsleistung. Hunger, Kälte und Krankheiten sowie auch einzelne Tote durch Unterernährung waren Folgen der zumeist menschenunwürdigen Verhältnisse. In der Krankenstube, in der zwei Ärztinnen praktizierten, fehlte es an Medikamenten. Kranke mussten im Schlafräum, in der 5. Etage, liegen. Die Unterbringung war zudem besonders gefährlich, denn die Frauen mussten dort auch bei den Fliegerangriffen ausharren.

Die Lebensmittelrationen für KZ-Häftlinge waren zentral geregelt und wurden für diese, Justiz- und Untersuchungsgefangene gemeinsam festgelegt. In der vierwöchigen Periode vom 11. Dezember 1944 bis 7. Januar 1945 waren für jeden Einzelnen vorgesehen: 8.000 g Roggenmehl für Brot, 800 g Fleischwaren, gegebenenfalls Freibankfleisch, 480 g Margarine oder entsprechend Speiseöl, 200 g Schweinefleisch oder 180 g Schweineschmalz, 400 g Quark oder entsprechend Sauermilchkäse, 50 g Kartoffelstärkerzeugnis, 400 g Brotaufstrich, 320 g Zucker, 150 g Kaffee-Ersatz, ein Liter entrahmte Frischmilch. In Sachsen waren zusätzlich 300 g Getreidenährmittel und 200 g Teigwaren vorgesehen. Zulagen für Nacht- und Schwerarbeitseinsätze waren möglich.⁵⁵⁰

„Die Verpflegung bestand aus einer Tasse ungesüßtem Kaffeeersatz als Frühstück, ½ Liter Suppe zum Mittag und einer Scheibe Brot mit Margarine zum Abendbrot. Nach den Luftangriffen auf Chemnitz am 5. März 1945 blieb die Verpflegung bis auf Rübensuppe einige Tage ganz aus“, wie es in dem Manuskript von Höfer heißt.⁵⁵¹

⁵⁴⁹ Buchungsbeleg vom 31. Dezember 1945 (also nachträglich), Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 197, Bl. 65. Es ist unklar, auf welches Werk sich diese Angabe bezieht. In derselben Quelle wird die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen, deren Zahl im ersten Vierteljahr 1945 durchschnittlich bei 55 lag, mit 12.590,70 RM angegeben. Da diese in Werk II beschäftigt waren, dürften sich beide Angaben daher wohl auf Werk II beziehen.

⁵⁵⁰ Zusammengestellt von Lukat, S. 399, nach den Angaben zu dieser Ernährungsperiode. Zu Beginn des Jahres 1945 wurden die Rationen allerdings gesenkt. Zu Recht weist Lukat zudem am Beispiel des KZ-AL Industriewerke Plauen der OSRAM AG darauf hin, dass es höchst zweifelhaft war, ob diese Mengen tatsächlich zur Austeilung kamen, siehe hierzu Lukat, S. 399 f.

⁵⁵¹ Höfer, Astra, S. 1. Für das KZ-Außenlager Rochlitz bei der dortigen Mechanik GmbH gibt es Häftlingsaussagen zu scheinbar besseren Lebensbedingungen. So erinnerte sich ein weiblicher Häftling so: „Wir haben in drei Schichten in der Fabrik gearbeitet. Bei der Arbeit wurden wir korrekt behandelt und im Lager behandelte man uns nicht schlecht, wir wurden nicht geschlagen und nicht beschimpft. Essen war zu wenig, aber verhältnismäßig nicht schlecht. Der Ingenieur der Fabrik beklagte sich bei der SS-Verwaltung, dass wir zu wenig Essen bekamen. Er sagte, daß er kräftige Arbeiter braucht“, so zitiert in: Hofmann, S. 68. Wahrscheinlich war diese Erinnerung vor allem durch den Kontrast zum Evakuierungsmarsch, den sie vorher angetreten hatte, beeinflusst, denn diesen bezeichnete sie als „schrecklich“. Im Kontrast zur obigen Beschreibung für Rochlitz siehe die

Die Häftlingsfrauen der Astra-Werke waren im Schnitt sehr jung. Aus den schon genannten Forschungen von Hans Brenner ergibt sich folgende Verteilung: Mehr als die Hälfte hatte ein Alter von unter 25 Jahren; die größte Gruppe entstammte mit 187 Personen den Jahrgängen 1920 bis 1924, die nächstkleinere Gruppe mit 114 den Jahrgängen 1925 bis 1930, bei drei Häftlingsfrauen ist kein Geburtsjahr bekannt. Etwa mehr als die Hälfte war in Werk I, gut 45 Prozent in Werk II eingesetzt.

Am 12. Februar 1945 wurden acht schwangere Frauen in das KZ Ravensbrück zur Entbindung überstellt (nächste Tabelle). Was aus den meisten von ihnen und den Säuglingen geworden ist, konnte noch nicht geklärt werden.

| Land | Name | Vorname | geboren am: |
|---------|------------|-----------|-------------|
| Italien | Berghignan | Elda | 19.4.1920 |
| UdSSR | But | Katharina | 7.9.1912 |
| Polen | Grelewicz | Jagielska | 31.1.1910 |
| Italien | Mandorino | Giovanna | 16.5.1922 |
| Polen | Mizera | Rosalia | 9.3.1921 |
| Italien | Romano | Carlotta | 5.3.1921 |
| Italien | Vodopivec | Valina | 28.12.1913 |
| UdSSR | Zarolowska | Dezenka | 11.9.1915 |

Zu einer der Frauen liegen jedoch genauere Informationen vor.⁵⁵² Rosalia Mizera, politischer Häftling aus Polen, war 23 Jahre alt, als sie nach Chemnitz kam, und im 5. Monat schwanger. Trotzdem musste sie zwölf Stunden am Tag schwer arbeiten. Am 12. Februar brachte die SS (eine Frau und ein Mann als Bewacher) acht Frauen ins KZ Ravensbrück. Rosalia Mizera berichtete später, dass sie dort als Hochschwangere vor Hunger drei Möhren entwendet habe und dafür drei Tage ohne Nahrung in einer Arrestzelle eingesperrt worden sei. Am 2. März 1945 schenkte sie einem Knaben das Leben (laut Geburtenbuch der KZ Ravensbrück). Sie nannte ihn Franz. Es gab zum Baden des Kindes nur kaltes Wasser. Die Baracke für die Mütter mit Kindern nach der Entbindung war unbeheizt und voller Ratten. Sie berichtete, dass Kinder, die von Ratten gebissen worden seien, den Müttern weggenommen und im Krematorium ver-

Notiz zur Ankunft von 199 weiblichen Häftlingen im Lager Calw/Schwarzwald am 13. Januar 1945. Ein Betriebsingenieur notierte: „Bei tiefer Kälte kamen die Frauen mittleren Alters und jüngere und ganz junge Mädchen (ab 12 Jahren) in einer ganz fürchterlichen, elendvollen Verfassung an. Sie waren ohne Ausnahme stark unterernährt, etwa 20 wegen ihres Schwächezustandes zunächst nicht arbeitsfähig, schlecht oder kaum gekleidet, meist ohne Schuhzeug – und keine hatte persönliches Eigentum, nicht einmal ein bisschen Seife, einen Kamm oder dergleichen. Also bar jeder Habe. Anstelle der zusammengewürfelten Kleidung, die sie aus Auschwitz und Rochlitz mitbrachten, erhielten sie in Calw grau-blau gestreifte KZ-Drilliche und Holzpantinen, es mangelte aber an Strümpfen und Unterwäsche“, zitiert in: Hofmann, S. 68. Es ist also davon auszugehen, dass die Lebensbedingungen auch in Rochlitz im Ganzen gesehen menschenunwürdig waren; gleichwohl waren im Lager unter den KZ-Häftlingen in Rochlitz wohl keine Todesopfer zu beklagen, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 514 f.

⁵⁵² Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung Ludwigsburg, RK V 5 SE.

brannt worden seien. Es sollen dort etwa 250 Mütter mit Kindern gewesen sein. Am 25. April 1945 wurden diese Mütter mit Kindern vom Schwedischen Roten Kreuz nach Schweden gebracht und dort gut versorgt.⁵⁵³ Zum Zeitpunkt ihrer Befreiung wog Rosalia noch 36 kg und musste längere Zeit in einem Krankenhaus behandelt werden. Rosalia und ihr Sohn blieben in Schweden. Beide haben durch die mangelhafte Ernährung und unhygienische Umstände noch lange danach leiden müssen. Sie wurde 75 Prozent erwerbsunfähig und der Sohn auf einem Ohr taub. Bis 1959 wohnten sie in Boras / Schweden. Ein ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand von Frau Mizera aus dieser Zeit liegt vor.

| | | | |
|-----------------------|--|----------------------------------|---------------------------------------|
| Date | 15.3.51/N.H. | Flossenburg- No. 56 570 Pol.Z.A. | ✓ |
| Name | M I Z E R A | Rosalia | GCC 5/56 File 14/1 |
| BD | 9.3.21 | BP Skomicezna | Nat Poliah |
| Next of Kin | | | |
| Source of Information | Flossenburg Ph. copy number book (women) | | |
| Last kn. Location | | Date | |
| CC/Prison | Polen Flossenburg/ | Arr. | 24.10.44 from 14 Auschwitz |
| Transf. on | Chemnitz | to | Ravensbrück ✓ |
| Died on | | in | |
| Cause of death | | | |
| Buried on | | in | |
| Grave | | D. C. No. | |
| Remarks | | | |

Abb. 29: Nachkriegskarteikarte zu Rosalia Mizera⁵⁵⁴

Trotz strenger Sicherheitsmaßnahmen des Wachpersonals und Befehlen der Betriebsleitung gegenüber den Beschäftigten, mit Häftlingen nicht zu reden und keine Unterstützung jeglicher Art zu geben, gelang es fünf Häftlingsfrauen der Astra AG, zu flüchten und bis Kriegsende unterzutauchen.

| Land | Name | Vorname | geboren am | geflüchtet am |
|---------|-----------|----------|------------|---------------|
| Italien | Lutznik | Ljudmila | 22.8.1922 | 24.3.1945 |
| UdSSR | Iwanow | Lala | 10.12.1925 | 5.4.1945 |
| Polen | Suchowska | Jadwiga | 25.5.1913 | 16.3.1945 |
| UdSSR | Timofejew | Nina | 8.6.1925 | 5.4.1945 |
| Polen | Dalimalia | Aniela | --.1923 | 16.3.1945 |

⁵⁵³ Noch in den letzten Kriegsmonaten wurden auf Befehl Himmlers Tausende von Häftlingen nach Verhandlungen mit dem Schwedischen Roten Kreuz aus verschiedenen Konzentrationslagern nach Schweden transportiert, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 382.

⁵⁵⁴ ITS Bad Arolsen, Best. KZ Flossenbürg, Stammkarte aus der Häftlingskartei.

FLOSS.

Polin Pol. HSM-Nr.:
56707

Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: Suchowska
 Vorname: Jadwiga
 Geb. am: 22.5.13 in: Nlynski
 Stand: _____ Kinder: _____
 Wohnort: _____
 Strasse: _____
 Religion: _____ Staatsang.: _____
 Wohnort d. Angehörigen: _____

Oberstellt

am: 24.12.44 an KL. _____
 v. Angewiltz u. Chermiltz
 am: _____ an KL. _____
 am: _____ an KL. _____
 am: _____ an KL. _____
 am: _____ an KL. _____
 am: _____ an KL. _____

Personen-Beschreibung:
 Größe: _____ cm
 Gestalt: _____
 Gesicht: _____
 Augen: _____
 Nase: _____
 Mund: _____
 Ohren: _____
 Zähne: _____
 Haare: _____
 Sprache: _____

Entlassung:
 am: _____ durch KL. _____
 mit Verfügung v.: _____

Strafen im Lager:
 Grund: _____ Art: _____ Bemerkung: _____
am 10.3.45 für 100 Stunden
in KZ Chamowitz eingelassen

Sicherheits- und sonstige Angaben:
 Bes. Kennzeichen: _____
 Charakt.-Eigenschaften: _____
 Sicherheit b. Einsatz: _____
 Körperliche Verfassung: _____

KL-S-44 200.000

Abb. 30: Karteikarte mit Angabe zur Flucht von Jadwiga Suchowska⁵⁵⁵

Nachweislich sind folgende zwei Frauen an den Folgen schlechter Lebensbedingungen in den Astra-Werken verstorben.

| Land | Name | Vorname | geboren am | gestorben am |
|-------|------------|------------|------------|--------------|
| Polen | Palszynska | Katarsrina | 8.4.1907 | 11.4.1945 |
| Polen | Medrek | Janina | 24.6.1924 | 20.2.1945 |

Wie die obige Karteikarte belegt, ist Janina Medrek nach gut zehn Wochen im Krankenhaus an Tbc gestorben.

Als Wachpersonal kamen ab Oktober 1944 etwa 40 meist junge weibliche Betriebsangehörige der Astra AG zum Einsatz, die für diese Zeit der SS unterstellt wurden. Nur wenige Frauen der Astra-Belegschaft meldeten sich zu diesem Dienst freiwillig⁵⁵⁶, alle anderen wur-

⁵⁵⁵ ITS Bad Arolsen, Best. KZ Flossenbürg, Häftlingskartei KZ Flossenbürg.

⁵⁵⁶ Die Framo-Werke in Hainichen, die ebenfalls ein KZ-Außenlager hatten, richteten am 2. Mai 1946 ein Schreiben an die sächsische Landesregierung, in dem es um die dortige Rekrutierung von Aufseherinnen 1944 ging. In Hainichen waren ebenfalls etwa 40 Aufseherinnen eingesetzt und im Juli 1945 35 von ihnen verhaftet

den unter Androhung von Strafen durch die Betriebsleitung gezwungen, an einem „Lehrgang“ im KZ Ravensbrück teilzunehmen. Die Ausbildung dauerte etwa drei Wochen. Von dort wurden fünf dieser Frauen in das KZ-Außenlager der ATG nach Leipzig-Schönau (siehe Kapitel 6) und ein anderer Teil in das im Aufbau befindliche Außenlager Freia des KZ Flossenbürg nach Freiberg abkommandiert, bevor die meisten als Aufseherinnen wieder bei der Astra AG zum Einsatz kamen.⁵⁵⁷

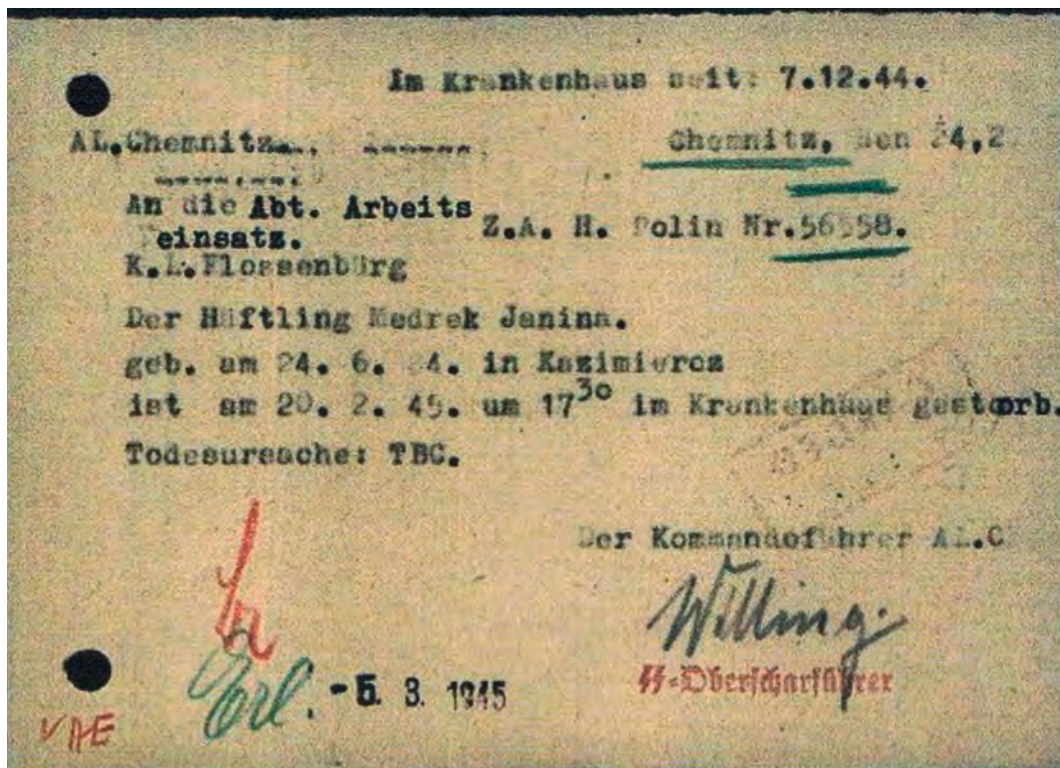


Abb. 31: Karteikarte des KZ-AL Astra-Werke über den Tod eines KZ-Häftlings⁵⁵⁸

worden. In dem Brief erklärten Treuhänder und Betriebsrat, dass „freiwillige Meldungen in fast allen Fällen nicht in Frage gekommen sind.“ Beide baten die Landesregierung, nach Kontakten mit der sowjetischen Kommandantur, sich für die Freilassung dieser Frauen einzusetzen, siehe Schreiben der Framo-Werke an Vizepräsident Fischer in Dresden vom 2. Mai 1946, in: Stadtarchiv Hainichen, Best. 0707, Bürgermeister-Schriftwechsel (siehe auch Kapitel 9).

⁵⁵⁷ Es existiert eine Erklärung der KZ-Aufseherin Elisabeth Lungwitz vom 10. Dezember 1945 (Im Original 1941, sicher verschrieben), Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0678, Bl. 21, in der sie diese Erläuterung abgibt. Die Dauer des Aufenthalts in Ravensbrück ergibt sich aus verschiedenen Firmenunterlagen, so zum Beispiel auch der Thyssen AG, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 243. Für die Astra-Werke sind mindestens neun der Aufseherinnen namentlich bekannt, siehe Schaller, S. 131.

⁵⁵⁸ ITS Bad Arolsen, Best. KZ Flossenbürg, Häftlingskartei KZ Flossenbürg.

Im April 1945 wurde das Astra-KZ-AL geräumt. Diese wie auch andere Räumungen weisen auch auf eine letzte schreckliche Katastrophe und damit einen der größten Verbrechenskomplexe des NS-Regimes hin: Bei Annäherung der alliierten Truppen an KZ-Standorte kam es fast immer zu deren Evakuierung, die entweder zu Fuß oder mit der Bahn beziehungsweise in beiden Bewegungsarten vorstättenging. Da die Transporte in der Regel sehr spät, unter mangelnder Vorbereitung, bei Wind und Wetter und vor allem innerhalb eines unübersichtlichen militärischen Gesamtgeschehens durchgeführt wurden, kam es zu vielen Todesfällen, aber aufgrund der brutalen Methoden des SS-Begleitpersonals auch häufig zu Massakern und Einzelschießungen.⁵⁵⁹

In der Nacht vom 12. zum 13. April marschierten die Häftlingsfrauen der Astra-Werke unter strenger Bewachung durch Chemnitz zum Güterbahnhof Hilbersdorf. Am 13. April 1945 wurden sie in verschlossenen Güterwagen zum KZ-AL Leitmeritz im Reichsgau Sudetenland transportiert. Der Güterzug war noch einen ganzen Tag auf dem Güterbahnhof Chemnitz-Hilbersdorf stehen geblieben, bevor die Fahrt begann. Es gab in den Waggons weder Sitzgelegenheiten noch Stroh. Die Häftlingsfrauen waren so eng zusammengepfertcht, dass sie sich während der ganzen Fahrt nicht hinlegen konnten.

Von Leitmeritz aus marschierten sie weiter zu Fuß nach Hertine. Häftlinge berichteten später über Erschießungen – archivalische Belege dafür sind nicht mehr zu ermitteln –, wenn Frauen vor Erschöpfung nicht mehr laufen konnten. In Hertine mussten sie bis zur Befreiung in einer Munitionsfabrik arbeiten. Es kam bei einigen Frauen in dieser Munitionsfabrik zu Vergiftungen durch Phosphor. Manche Vergiftung nahm einen tödlichen Ausgang. Die Anzahl der Toten ist aus den Zeugenberichten nicht ermittelbar. Ein Teil dieser Frauen wurde in einem langen Güterzug mit einigen hundert Häftlingen zusammen auf eine Todesfahrt geschickt. Der Zug fuhr südlich bis Weleschin (Velešín) und wurde kurz vor Kaplitz (Kaplíče) am 9. Mai 1945 von tschechischen Partisanen gestoppt.⁵⁶⁰

Noch ein zweites Mal waren die Astra-Werke kurzzeitig in den Komplex KZ-Häftlinge involviert. In den Tagen vom 13. bis 15. April 1945 übernachteten circa 700 polnische und ungarische Jüdinnen im 5. Stockwerk von Werk I, das ja durch den Abzug der eigenen Häftlinge frei geworden war. Sie kamen aus dem KZ-Außenlager Penig (Standort Langenleuba-Oberhain) des KZ Buchenwald und befanden sich auf einem Evakuierungsmarsch. Auch bei ihnen handelte es sich um KZ-Häftlinge, die als Jüdinnen aus dem KZ Auschwitz 1944 zum Arbeitsinsatz nach Deutschland transportiert worden waren.⁵⁶¹

⁵⁵⁹ Zu den Todesmärschen in Sachsen siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 378–387, 393–412. Einige dieser Märsche sind dort exemplarisch ausführlicher dargestellt, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 413–432. Der Transport der Astra-Häftlinge ist als Transport Nr. 13 in obiger Publikation verzeichnet.

⁵⁶⁰ Zum genauen Verlauf des Evakuierungsmarsches siehe Karte 4. Flossenbürg: Außenlager und Evakuierung, in: NS-Terror und Verfolgung, Anhang.

⁵⁶¹ NS-Terror und Verfolgung, S. 510 f.

Ostarbeitereinsatz im Raum Chemnitz

Wie schon mehrfach erwähnt, kam es ab 1942 sowohl im Raum Chemnitz / Südwestsachsen wie auch bei den Astra-Werken angesichts der Wende in der Rüstungsindustrieproduktion und der Arbeitskräftebeschaffung (Ernennung von Gauleiter Sauckel zum Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz) zu fundamentalen Änderungen. Vor den KZ-Häftlingen ab Herbst 1944 wurden in den Astra-Werken von 1942 bis 1945 wohl 502 sowjetische Kriegsgefangene und 282 männliche und weibliche Arbeiter aus Osteuropa beschäftigt, die meisten von ihnen waren unter Zwang rekrutiert worden. Vereinzelt existieren für die Astra-Werke Stichtagsangaben, die wir im vorigen Abschnitt genannt haben.⁵⁶² Vor allem die Ostarbeiterinnen waren im Schnitt sehr jung. Von den insgesamt beschäftigten 263 Frauen waren 231 jünger als Jahrgang 1919, und 114 entstammten sogar den Jahrgängen 1925 bis 1930. Bei 341 Westarbeitern (Männern) waren Angaben zu 299 auswertbar. Allein 154 gehörten Jahrgängen ab 1920 und jünger an.⁵⁶³ Offenbar waren die ersten 100 von 140 Ostarbeiterinnen bei den Astra-Werken Ende Dezember 1942 eingetroffen. Sie arbeiteten im Werk I, mussten jedoch noch angelernt werden, ehe sie in der Militärgüterproduktion eingesetzt werden konnten, da es sich mehrheitlich um Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft handelte. Diese Anlernarbeiten erfolgten bei der Produktion von Buchungsmaschinen.⁵⁶⁴

Auch die Maschinenfabrik Kappel AG versuchte, für ihre Produktion Ostarbeiter zu erhalten und baute hierfür sogar ein Lager auf, scheiterte jedoch mit ihrem Vorstoß und musste nach einem Jahr das ungenutzte Lager wieder abbauen.⁵⁶⁵ Dies belegt noch einmal, dass trotz der großen Deportationsaktionen von Ostarbeitern längst nicht alle deutschen betrieblichen Anforderungen erfüllt werden konnten. Ostarbeiter blieben bis gegen Kriegsende in Chemnitzer Werken beschäftigt. So belegt eine Übersicht der Niles-Werke für den 19. März 1945 – nach den schweren Luftangriffen auf Chemnitz vom 5. auf den 6. März 1945 – eine Gesamtbeschäftigtenzahl von 503 Personen, von denen 29 Ostarbeiter und sieben Personen französische Kriegsgefangene waren.⁵⁶⁶

Die Arbeitsleistung von Ostarbeitern war – wie in Kapitel 2 schon dargelegt – aus Sicht der Industrie im Großen und Ganzen zufriedenstellend. So äußerte sich der für den Arbeitskräftebedarf zuständige Verantwortliche der Auto Union, Leggewie, mehrfach positiv werbend über deren Einsatz. 1944 hieß es beispielsweise rückblickend, nach einer Würdigung der Leistung aller Fremdarbeiter trotz geringerer Leistungen als bei deutschen Arbeitskräften: „Trotz-

⁵⁶² Siehe weiter oben aus den Belegschaftsangaben der Astra AG in: Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Akten 124, 197, 24.

⁵⁶³ Berechnungen der Verfasser anhand der Zwangsarbeiterlisten. Ab 1944 kam es verstärkt dazu, dass auch Kinder im Alter ab zehn Jahren beim Rückzug der Wehrmacht ins Deutsche Reich geschickt wurden, siehe Umbreit, *Deutsche Herrschaft*, S. 221. Solche jungen Menschen waren auch in den Astra-Werken beschäftigt.

⁵⁶⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 124, Bl. 126.

⁵⁶⁵ Schneider, *Unternehmensstrategie*, S. 472.

⁵⁶⁶ Schreiben vom 19. März 1945 an die Zentrale in Berlin, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31011, Niles AG, o.Bl.

dem sind die Ergebnisse, die wir mit ausländischen Arbeitskräften erzielen konnten, angesichts der gegebenen Lage als recht befriedigend anzusehen. Den Ostarbeitern und Ostarbeiterinnen kann sogar volles Lob gespendet werden. Deswegen hat sich auch der GBA [Sauckel, A.d.A.] veranlasst gesehen, nach vollendeter einjähriger Tätigkeit im Betrieb bewährten Ostarbeitern und Ostarbeiterinnen Prämien in Höhe von 20 bis 50 Prozent des normalen Entgelts je nach Dauer der Zugehörigkeit zu dem Betrieb zu bewilligen. Die Tatsache, dass die Leitungen unserer Werke einem ganz beachtlichen Teil der eingesetzten Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen Prämien zubilligten, beweist, dass unsere Werke mit den Leistungen der Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen zufrieden sind.“ Und zwei Monate später betonte er nochmals: „Deswegen waren wir sehr erfreut darüber, dass es dem Gauarbeitsamt möglich war, uns in den vergangenen 6 Monaten [von Anfang 1944 bis Mitte 1944, A.d.A.] Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen nochmals in größerer Zahl anzuweisen. Es darf ohne jede Einschränkung gesagt werden, dass unsere Werke den Ostarbeitern vor allen anderen ausländischen Arbeitern den Vorrang geben.“⁵⁶⁷

In diesem Zusammenhang gab Leggewie auch eine Gesamtübersicht über den Ausländereinsatz im Geschäftsjahr 1942 / 1943. Während durch Sauckels Aktionen 1942 viele Franzosen zur Auto Union gekommen seien, habe man wegen immer geringerer Zuweisung dieser Gruppe im Geschäftsjahr 1943 / 1944 verstärkt auf Frauen und Ostarbeiter zurückgreifen müssen. Auch die Zahl der Italiener [wohl IMIs, A.d.A.] habe sich auf 1.600 erhöht. In Bezug auf die Arbeitsleistung von Franzosen und sowjetischen Kriegsgefangenen nannte Leggewie eine etwa 90-prozentige Leistung beider Gruppen. Italiener würden jedoch ihrer Arbeitspflicht nur sehr widerwillig nachkommen, vielleicht auch, weil sie unterernährt gekommen seien. Besserungen beim Ernährungsstand hätten jedoch keine besseren Arbeitsleistungen nach sich gezogen.⁵⁶⁸

Vor der Arbeitsaufnahme hatten Ostarbeiter offenbar eine Verpflichtungserklärung abzugeben, so etwa ein Ukrainer in deutscher und ukrainischer Sprache (siehe Abb. 32).

Ostarbeiter waren dabei, neben den rassistischen Diskriminierungen kodifizierenden Erlassen Himmlers, auch betrieblichen Nachteilen ausgesetzt. Selbst von ihrem im Vergleich zu deutschen Beschäftigten weit geringeren Lohn mussten sie zum Beispiel zusätzlich durch Einhalten von „Steuern“ zu Gunsten des Reiches zunächst etwa 40 Prozent, später dann circa 20 Prozent abgeben. Ein Dokument aus dem Staatsarchiv Chemnitz gibt Auskunft darüber, zu welchen (offiziellen) Bedingungen die Ostarbeiter in den Astra-Werken 1942 beschäftigt wurden.

⁵⁶⁷ Berichte Leggewie vom 15. März 1944 und 31. Mai 1944, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 277 f. Das angesprochene Akkordsystem mit höheren Prämien für gute Leistungen ab September 1942 wurde offenbar aber bis 1944 nicht in allen Auto-Union-Werken durchgesetzt, siehe Kukowskis / Boch, S. 278.

⁵⁶⁸ Zusammengefasst nach Bericht Leggewie vom 5. März 1944, in: Kukowski / Boch, S. 296 f. Siehe hierzu auch die Tabellen in Teil 1.

1

Ukrainisch.

Verpflichtungserklärung.

1. Ich verpflichte mich, die tägliche Arbeitszeit einzuhalten, die mir auferlegten Arbeiten getreulich und gewissenhaft zu erfüllen, insbesondere nicht mit der Arbeit zurückzuhalten, weder bewusst fehlerhafte oder schlechte Arbeit zu liefern noch das Arbeitsgerät und die Arbeitsgegenstände zu beschädigen oder unbrauchbar zu machen.
2. Ich verpflichte mich weiterhin, jedes mir bekanntwerdende Anzeichen von Sabotage gegen das Werk oder eine seiner Einrichtungen unverzüglich dem Betriebsführer oder der mir von ihm für den Empfang solcher Nachrichten als zuständig bezeichneten Stelle zu melden.
Der gleichen Stelle habe ich zu melden, wenn ich von irgendeiner Seite zu Sabotagehandlungen aufgefordert werde.
3. Mir ist bekannt, daß ich im Falle der Nichteinhaltung der vorstehenden Verpflichtungen eine Aburteilung nach den deutschen Strafgesetzen zu gewärtigen habe.

Заява.

1. Зобов'язуюся перестерігати денні години праці; а повірені мені роботи виконувати чесно й совісно; особливо не зволікати з роботою, не виконувати роботи зле, або свідомо хибно, як також берегти й хоронити від uszkodжень знаряддя й предмети праці та не чинити їх нездатними до вжитку.
2. Даліше зобов'язуюся о всякім прояві саботажу, який зміряє до знищення або uszkodження фабрики, або єі урядження, о якім мені булоб відомо, довести до відома начальника фабрики, або власті, яку мені начальник вскаже за властиву до відбирання таких відомостей.
Тій-же власті маю зголосити, як щоб хто звивав мене до яких небудь чинів саботажу.
3. Приймаю довідома, що в разі, колиби я висше наведених зобов'язань неперестерігав, чекає мене засуд після німецьких карних законів.

20. Jan. 1943

Datum

мислячий Дулюк

Unterschrift

Staatsdruckerei Wien. (G.) 1540 42

Abb. 32: Verpflichtungserklärung eines Ostarbeiters 1943⁵⁶⁹

⁵⁶⁹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126, Bl. 1.

„Einsatz Ostarbeiter (Abschrift)⁵⁷⁰

Betrifft: Bezahlung Ostarbeiter

In unserem Werk gelangten 40 Arbeiterinnen zum Einsatz.

Es wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt. Sämtliche Mehrarbeitszuschläge entfallen. Als Lohn wird der tatsächliche Lohn der vergleichsweise deutschen Arbeiterinnen bezahlt und zwar nach Lohnstufe IV der Tarifordnung für die Eisen-, Metall- und elektrotechnische Industrie im Wirtschaftsgebiet Sachsen vom 30. April 1938.

Die Ostarbeiterinnen sollen möglichst im Akkord beschäftigt werden. Die Lohnbezahlung wird wie folgt vorgenommen:

| | |
|---|---------------------|
| <i>Brutto-Lohn des deutschen Arbeiters wöchentlich (Stufe 29,75-30, 80)</i> | <i>ca. RM 30,10</i> |
| <i>Ostarbeiter-Abgabe zu Gunsten Reich</i> | <i>RM 11,90</i> |
| <i>Entgelt für Ostarbeiter laut Tabelle</i> | <i>RM 18,20</i> |
| <i>Abzüge für Unterkunft und Verpflegung</i> | <i>RM 10,50</i> |
| <i>auszuzahlender Betrag</i> | <i>RM 7,70</i> |

Die Ostarbeiter sind im Gemeinschaftslager untergebracht, Wohnung und Verpflegung hat die Firma zu tragen. Dem Ostarbeiter sind kalendertäglich RM 1,50 für Wohnung und Beköstigung anzurechnen und einzubehalten.

Die Ostarbeiter sind bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse unter C 1 (Krankenversicherung) angemeldet. Der volle Versicherungsbeitrag (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) ist von der Firma zu zahlen.“

Der Sonderabzug betrug damit etwa 40 Prozent des Bruttolohnes (11,90 von 30,10 RM). Diese Verordnung hatte nur wenige Monate Bestand. Man stellte nämlich fest, dass der Anreiz für die Ostarbeiter zu gering war und senkte die Ostarbeiterabgabe zunächst auf circa 30 Prozent und später auf etwa 20 Prozent, so dass ein höherer Auszahlungsbetrag entstand. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, dass deutsche Arbeiter zusätzlich bestimmte Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie für Überstunden erhielten, die Ostarbeiter nicht bekamen. Am Beispiel der Firma Arno & Moritz Meister AG in Erdmannsdorf kommt Silke Schumann auf einen tatsächlichen Nettolohn der dort beschäftigten Ostarbeiterinnen zwischen 0,70 und 5,60 Reichsmark in der Woche.⁵⁷¹

⁵⁷⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 40.

⁵⁷¹ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 277. 1943 hatte sich die Situation jedoch gebessert, denn nun konnten Ostarbeiter sowohl Zuschläge wie auch ein Weihnachtsgeld erhalten, wie Lukat am Beispiel von Ostarbeiterinnen der Firma „Tegewe“ in Plauen darlegt. Zur Entwicklung der Ostarbeiterinnenentlohnung dieser und anderer Firmen von 1942 bis 1944 siehe Lukat, S. 230–232.

Die Arbeitszeiten der Ostarbeiter – dies war vor allem dem innerbetrieblichen Arbeitsablauf geschuldet – waren zumeist denen deutscher Arbeitskräfte gleichgestellt.⁵⁷² Am Beispiel der Wanderer-Werke hat Silke Schumann ermittelt, dass je nach Abteilung deutsche wie ausländische Arbeiter zwischen 49 und 58 Wochenstunden absolvieren mussten. Insgesamt lag die nominelle Arbeitsbelastung der Ausländer ungefähr eine Stunde über der von Deutschen. Bei den eingesetzten Frauen war der Unterschied größer. Während deutsche Frauen bis zu maximal 54 Stunden arbeiteten, lag die Höchstarbeitszeit der Ausländerinnen bei bis zu 56,5 Stunden. In manch anderen Werken, wie Zeiss Ikon in Dresden, waren Zwangsarbeiter aber gezwungen, bis zu 40 Prozent mehr zu arbeiten. Hinzu kam die Arbeitseinteilung, bei der Zwangsarbeiter öfter mit Sonntagsarbeit belastet waren als deutsche Arbeitnehmer.⁵⁷³

Für die Chemnitzer Niles-Werke hat sich Klaus Müller mit den dort eingesetzten Ausländern beschäftigt. Die Arbeitszeiten betrug dort für alle Ausländer, wobei die Westeuropäer vergleichsweise qualifiziert waren und die Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen meist mit Hilfstätigkeiten beschäftigt wurden, 56 bis 60 Stunden in der Woche. Selbst Kinder und Jugendliche (Jungen und Mädchen von zehn bis 14 Jahren) mussten täglich immerhin vier Stunden arbeiten.⁵⁷⁴ Kranich nennt für die oben genannten Jugendlichen unter den Ostarbeitern der Niles-Werke sogar Arbeitszeiten von acht Stunden brutto (offenbar Pausen eingerechnet) bei einem Elfjährigen beziehungsweise elf Stunden bei einem Dreizehnjährigen. Zwei elfjährige Mädchen arbeiteten etwa vier Stunden täglich.⁵⁷⁵

Wie schon erwähnt, waren Ostarbeiter wie auch sowjetische Kriegsgefangene sehr häufig in der Industrie mit schwerer körperlicher – und Handarbeit belastet. Das nächste Bild zeigt sowjetische Kriegsgefangene sowie (wahrscheinlich) Ostarbeiter bei einem komplizierten Transport eines schweren Heizkessels in der Stahlgießerei Krautheim AG in Chemnitz.

In Teil 1 wurde bereits auf die im Vergleich zu anderen Zwangsarbeitergruppen weit schlechtere Ernährungssituation hingewiesen. Das Schicksal von Ostarbeitern der Astra-Werke war, wenn auch am Rande, Gegenstand der juristischen Erörterungen nach dem Krieg. Die Behandlung der sowjetischen Zwangsarbeiter in der Astra AG während des Zweiten Weltkrieges wurde in der Nachmittagsitzung am Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg am 22. Februar 1946 durch Generalmajor Zorya verhandelt. Er verlas den Brief einer Mutter, die in den Astra-Werken gearbeitet hatte. Bei ihrem wohl an der Ostfront gefallenen Sohn Wilhelm Bock hatten Rotarmisten einen Brief gefunden, in dem sie über die unmenschliche Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte geschrieben hatte. „Viele russische Frauen und

⁵⁷² In der Rüstungsindustrie lag die durchschnittliche Arbeitszeit in den ersten Kriegsjahren bei zehn Stunden für Männer und neun Stunden für Frauen, siehe Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 191.

⁵⁷³ Siehe hierzu Schumann, *Kooperation und Effizienz*, S. 273–275. So bringt Fischer ein Beispiel aus der Dresdner Zeiss Ikon AG, nach der im April 1944 Ausländer offenbar mit 220 Stunden pro Monat 40 Prozent Mehrarbeit gegenüber deutschen Arbeitern leisteten, da Deutsche eine dreimal höhere Fehlzeit gegenüber Ausländern aufwiesen, Fischer, S. 20 f.

⁵⁷⁴ Klaus Müller, *Niles-Werke*, S. 68.

⁵⁷⁵ Kranich, *Beiträge*, S. 50 f.

Mädchen arbeiten in den Astra Werken. Man zwingt sie, vierzehn und mehr Stunden täglich zu arbeiten. Lohn erhalten sie natürlich keinen [genauer: Ostarbeiterinnen erhielten Lohn, KZ-Häftlinge nicht, A.d.A.]. Zur Arbeit und zurück gehen sie unter Bewachung. Die Russen sind so erschöpft, dass sie buchstäblich zusammenbrechen. Sie werden häufig von der Wache ausgepeitscht. Sie haben kein Recht, sich über Schläge oder schlechtes Essen zu beschweren ...⁵⁷⁶



Abb. 33: Zwangsarbeiter beim Transport eines Heizkessels⁵⁷⁷

⁵⁷⁶ Internationaler Militärgerichtshof, Bd. VIII, S. 177 f.

⁵⁷⁷ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30942, Eisengießerei G. Krautheim AG Chemnitz, Nr. 507.

Grundsätzlich war die Nutzung von Fremdarbeitern aller Gruppen (bis hin zu KZ-Häftlingen ab 1944) an die Verfügbarkeit von geeigneten Unterbringungen geknüpft. Dabei galt die Regel, dass Ostarbeiter und Polen in Lagern untergebracht werden sollten, während für Westarbeiter zunächst auch gemietete oder requirierte private Unterkünfte sowie Gasthöfe genutzt werden konnten. Wie schon in Kapitel 4 geschildert, waren Fremdarbeiter im industriellen Arbeitseinsatz häufig in Barackenlagern mit Barackentypen der RAD untergebracht.⁵⁷⁸ Auch mehr als zehn Chemnitzer Betriebe errichteten oder nutzten derartige Barackenlager.

Die Astra-Werke verfügten über zwei große Barackenlager: Eines war in der Metzgerstraße 14 für sowjetische Kriegsgefangene bestimmt, das andere als Gemeinschaftslager für Ostarbeiter. Insgesamt bestanden beide Lager aus neun Baracken. Eine Baracke vom Typ RL IV / 3 war zu zwei Dritteln von Wachmannschaften genutzt, ein Drittel diente der Verwaltung des Gemeinschaftslagers. Eine Baracke RL VII / 5 stand im Kriegsgefangenenlager, je eine Baracke RL 260 / 9 in beiden Lagern. Zwei Baracken vom Typ VIII / 3 waren zu 60 Prozent für das Kriegsgefangenen- und zu 40 Prozent für das Gemeinschaftslager in Betrieb (konkrete Nutzung nicht genannt). Außerdem verfügte jedes der beiden Lager über je eine Abortbaracke RL X / a.⁵⁷⁹

Die Aufbauposten der beiden Lager wurden laut Kostenaufstellung vom 13. September 1944 mit 132.489,75 RM angegeben. Der Anschaffungswert für das Zivil- und Zwangsarbeiterlager (Ostarbeiterlager) schlug mit 57.095,64 RM zu Buche und für das Kriegsgefangenenlager wurden 85.323,40 RM investiert. Für dieses Gefangenenlager auf dem unbebauten 12.000 qm großen Flurstück 322 schlossen die Astra-Werke einen Mietvertrag mit der Becker Werke AG ab. Seit dem 1. Mai 1942 zahlte man einen jährlichen Mietzins von 3.000,- RM.⁵⁸⁰

Die beiden Barackenlager an der Kreuzung Annaberger Straße / Ecke Metzgerstraße – heute Heinrich-Lorenz-Straße, links und rechts der Annaberger Straße landwärts in Chemnitz (siehe Skizze S. 371) – erhielten im Betrieb jeweils eine eigene Kostenstellenummer. Gleiches traf auf das Westarbeiterlager zu.⁵⁸¹ Hier waren anfangs nur belgische Arbeitskräfte im Gasthof Markersdorf, Markersdorfer Straße 92, untergebracht. Am 10. März 1943 erfolgte eine Festlegung, dass in diesem Objekt Unterkunftsräume für 150 Personen zu schaffen seien.⁵⁸² Zwecks Erweiterung des Lagers für französische Zivilarbeiter wurde am 25. März 1943 der Saal im Gasthof gemietet.⁵⁸³

⁵⁷⁸ Kukowski / Boch, S. 280, die anmerken, dass Westarbeiter der Auto Union zum Beispiel in Gasthöfen einquartiert worden waren.

⁵⁷⁹ Übersicht über Barackenlager der Astra Werke, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 197.

⁵⁸⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 77.

⁵⁸¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 77.

⁵⁸² Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 35.

⁵⁸³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 27.

Eine Baracke des genannten Typs für die Ostarbeiter (siehe unten) konnte kurz vor dem Abriss 2010 auf dem ehemaligen Gelände der Auto Union AG, Werk Rößlerstraße, fotografiert werden.



Abb. 34: Baracke ehemaliges Auto Union-Werk Rößlerstr. Chemnitz (Foto: Dietmar Wendler)

Da die Unterbringungsmöglichkeiten dem infolge der Steigerungsraten der Rüstungsproduktion benötigten wachsenden Arbeitskräftebedarf nicht gerecht wurden, kamen Baracken auf dem Gelände des Werks III, Annaberger Straße / Ecke Altchemnitzer Straße, hinzu. Von 1940 bis Kriegsende nutzte die Astra AG als Unterkunft der Zivil- und Zwangsarbeiter aus Westeuropa auch Lager anderer Rüstungsbetriebe beziehungsweise Gemeinschaftslager in Chemnitz. Aus einem Schriftstück vom 17. Februar 1943 ist ersichtlich, dass französische Zivilarbeiter im Marmorpalast, Limbacher Straße 164, in Zweinigens Ballhaus, Jacobstraße 10–12, oder im Gemeinschaftslager der Fa. Moll & Co, Leipziger Straße, unterkamen. Dafür wurden den Astra-Werken pro Tag und Person für Verpflegung, Unterkunft und soziale Betreuung 2,80 RM in Rechnung gestellt.⁵⁸⁴

In der Trikotagenfabrik H. Hillig KG, Adorfer Straße 2, wurden Ostarbeiterinnen beherbergt, denn eine Meldung vom 1. Mai 1945 besagt, dass die Ostarbeiterinnen Kisten mit verpackter Trikotage und verschiedenen Garnen aufgebrochen hätten.⁵⁸⁵ Leider schwanken die Angaben über Quartiere in den Unterlagen der bisher erschienenen Literatur, weil es auch vorübergehende und kurzfristige Entscheidungen gab. Oft wird zum Beispiel das Werk II als Lagerstandort genannt, was jedoch sehr unwahrscheinlich ist. Denn der Abwehrbeauftragte der Astra AG führte nachts dort oft zu unterschiedlichen Zeiten Kontrollen durch und es ist kein Vermerk überliefert, dass er dortige Unterkunftsräume überprüft hätte.⁵⁸⁶

⁵⁸⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 84.

⁵⁸⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 84. In diesem Objekt war nach dem Krieg bis Anfang der 1990er Jahre die Lehrwerk- und Betriebsberufsschule Klasse 110 des VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt untergebracht, Hinweis Dietmar Wendler.

⁵⁸⁶ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191.

Konnten keine Einquartierungen in gemauerten Objekten (wie etwa stillgelegten oder ausgekämmten Textilfabriken, Gasthöfen oder Tanzsälen) erfolgen, kamen Standardbaracken des Reichsarbeitsdienstes zum Einsatz. Das nächste Foto von 2011 zeigt im Unterschied zur Baracke an der Rößlerstraße eine der wenigen massiven Baracken des Ostarbeiterlagers der Astra AG in der Metzgerstraße in Chemnitz.



Abb. 35: Ehemalige Baracke Ostarbeiterlager bei der Astra AG⁵⁸⁷ (Foto: Dietmar Wendler, 2015)

In Einzelfällen wurden auch, wie im Lager „Am Kuhberg“ in Zwickau, 1943 massive Gebäude in Schnellbauweise errichtet. Der im Vergleich zu den Astra-Werken weitaus größere Konzern Auto Union AG betrieb ohne Berücksichtigung seiner Tochterfirmen insgesamt elf Hauptlager und 58 Ausweichlager für insgesamt 13.609 Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge. Aufgrund von Fluktuationen kam es aber immer wieder zu Überbelegungen, wie bei den Werken Horch und Audi in Zwickau oder in Chemnitz auf der Zwickauer Straße. Es war dabei üblich, dass die Baracken nach dem Fremdarbeiterschema des NS-Regimes für jede Gruppe unterschiedlich ausgestattet beziehungsweise stark belegt waren.⁵⁸⁸

Die Niles-Werke etwa unterhielten für ihre zivilen ausländischen Arbeitskräfte ein getrenntes Ost- und Westarbeiterlager in zwei Gemeinschaftslagern. Für die Ostarbeiter gab

⁵⁸⁷ Ein zeitgenössisches Foto von Ostarbeiterbaracken des Sachsenwerks Dresden-Niedersedlitz vom 10. August 1942 findet sich in: Heß, S. 145.

⁵⁸⁸ Kukowski / Boch, S. 280 f.

es ein Lager im Gasthof „Zinn“ in Schönau sowie das Lager „Am Teich“. Westarbeiter waren im Lager „Zweiniger“ (Jacobstr. 10–12) und „Marmorpalast“ (Limbacher Str. 164) untergebracht.⁵⁸⁹ Weitere Chemnitzer Lager, die offenbar schon vorher bestanden hatten, waren unter anderem das Lager „Tiefeland“ in der Zöblitzer Straße, das DAF-Umschulungslager Beckerstraße 17, hinzu kam das Lager „Wiesenthal“ des Stalag IV F Hartmannsdorf für Kriegsgefangene.⁵⁹⁰

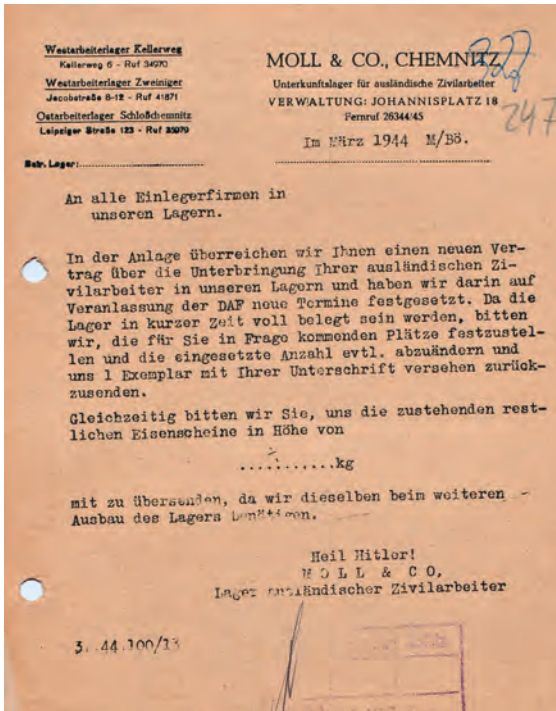


Abb. 36: Schreiben der Fa. Moll an Einlegerfirmen ihres Zwangsarbeiterlagers⁵⁹¹

⁵⁸⁹ Kranich, Beiträge, S. 46. Das Westarbeiterlager „Zweiniger“ wurde von der schon genannten Firma Moll & Co für mehrere Firmen gemeinsam betrieben. In Leipzig waren 1943 Gemeinschaftslager durch die Wirtschaftskammer Leipzig in Vorbereitung. In einem Brief informierte die Wirtschaftskammer die Betriebe darüber und forderte sie auf, sich an der Finanzierung zu beteiligen. 1.000,- RM pro Platz seien dafür zu investieren, die dann zu erzielende Belegungsabgabe pro Bewohner sollte täglich 2,10 RM betragen, siehe Hesse, Teil II, S. 119.

⁵⁹⁰ Lager recherchiert aus Unterlagen des Staatsarchivs Chemnitz. Durch drei AB-Maßnahmen wurden zwischen 2002 und 2004 aus Betriebsakten rund 200 Ausländerlager ermittelt. Die Recherche im Auftrag der VVN-BdA Chemnitz e. V. ist Grundlage einer der Publikationen des Förderzentrums „ProChemnitz“, Wider des Vergessens. Diese Broschüre ist Grundlage unserer Angaben. Grundsätzlich waren die Unterbringungsverhältnisse immer beengt und die Quartiere überbelegt. Es standen zu wenige Plätze zur Verfügung, siehe Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 268.

⁵⁹¹ Quelle: Kopie im Privatarchiv der Autoren.

Manche Firmen betrieben über Jahre Gemeinschaftslager für zivile Zwangsarbeiter. Eine davon war die Firma Moll & Co, die zwei Lager für Westarbeiter und eines für Ostarbeiter eingerichtet hatte. Juristische Grundlage für das Lager war ein eigens gegründeter Verein der Chemnitzer Kohlenhändler, der solche Lager offenbar aus kommerziellen Gründen betreiben wollte. In der Satzung hieß es hierzu sinngemäß, es sei Aufgabe, solche Lager einzurichten, „ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene zu beschaffen, sie lagermäßig oder in Einzelquartieren unterzubringen, zu verpflegen und falls notwendig (sic!) zu entlohnen“ sowie die notwendige Bekleidung und Bedarfsartikel zur Verfügung zu stellen.⁵⁹²

Im März 1944 richtete sie ein Informationsschreiben an ihre „Einlegerfirmen“. Wie der Arbeits- und Unterbringungsbetrieb organisiert war, berichtet ein Schreiben der Firma Moll & Co an die Firma MAN, die bei Moll Arbeitskräfte einquartiert hatte:

(Zusammenfassung)

1. *Mit Überweisungszettel müssen Sie die Arbeiter bei der Krankenkasse anmelden und sämtliche Papiere wie Steuer-, Invaliden- und DAF-Karte beantragen.*
2. *Lohnabzüge gelten wie für Deutsche, außer Juden und Polen.*
3. *Trennungspauschale (1,00 RM pro Tag) für verheiratete ausländische Zivilarbeiter ist steuerfrei.*
4. *Für Unterkunft darf MAN pro Tag 0,50 RM abziehen, die restlichen 0,50 RM gehen zu Lasten von MAN.*
5. *Die polizeiliche Anmeldung erfolgt vom Moll & Co. Ebenfalls die Beantragung der Seifenkarten.*
6. *Am Monatsende ist jeweils Moll & Co. zu melden, welche Arbeiter bei MAN noch tätig sind.*
7. *Für die Einrichtung des Inventars in den Unterkünften sind Moll & Co. für 5 kg Eisenmarken zur Verfügung zu stellen.*
8. *Die Verpflegungsscheine vom Ernährungsamt sind nach Erhalt sofort Moll & Co. zu übergeben.*
9. *Bei Entlassungen während des Monats darf MAN den Restlohn nicht auszahlen. Erst dann, wenn sämtliche Sachen mit Quittung abgegeben worden sind.*
10. *Bei Moll & Co. traten Probleme bei der Bereitstellung von Tabakwaren auf, weil Tabaklieferungen an Moll & Co. ausblieben.*
11. *Schwerpunkt ist die Sauberkeit im Lager. Deshalb wird auf die Möglichkeit des Bezugs von kontingentfreien Waschmittel bei der Fa. Farben Naumann, Schillerstraße 42 und der Fa. Otto Fritzsch, Kurt-Günther-Str. 1 hingewiesen.⁵⁹³*

⁵⁹² Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30104, Amtsgericht Chemnitz, Akte 879. Siehe auch Pfalzer, S. 206. Ähnliche Gemeinschaftslager gab es beispielsweise auch in Rabenstein.

⁵⁹³ Quelle: Kopie im Privatarchiv der Autoren.

Die Chemnitzer Elite-Diamant-Werke in Siegmarschönau waren ein Betrieb, der ebenfalls viele Ostarbeiter beschäftigte. Diese wurden in zwei Lagern im damals benachbarten Rabenstein (heute Stadtteil von Chemnitz) beziehungsweise direkt in Siegmarschönau untergebracht. Die zwei Lager in Rabenstein bestanden aus dem Gemeinschaftslager „Carolabad“ in der Reichenbrander Straße 29 und dem Gemeinschaftslager „Schweizerhaus“ in der Antonstraße 9, hinzu kam das Gemeinschaftslager „Färberei Kühnert“ in Siegmarschönau in der Rabensteiner Straße 9. Auch in Rabenstein selbst gründete man ein eigenes Konsortium zum Betrieb solcher Lager, eine „Interessengemeinschaft Russenlager“. Ähnlich wie im Fall der Firma Moll & Co für Chemnitz war die Firma Lindner & Co in Rabenstein für dieses Lager verantwortlich, das Ostarbeiter aus acht weiteren Firmen aufnahm.⁵⁹⁴

Auch die Reichsbahn beschäftigte in erheblichem Umfang Zwangsarbeiter (sie erhielt die meisten Zuweisungen nach der Auto Union). Das Reichsbahnausbesserungswerk Chemnitz unterhielt allein zehn verschiedene Lager beziehungsweise Gasthäuser, in denen Zwangsarbeiter einquartiert worden waren. Hierzu gehörten das Gasthaus „Linde“ in Niederwiesa (für Westukrainer), „Blankenau“ in Glösa (für Italiener und Franzosen), die Gasthäuser „Hohenzollern“ und „Lucas“ (für Protektorsangehörige), „Thalia“ (für Ostarbeiterinnen), „Einsiedel“ (für Holländer und Belgier), „Wolfs Gaststätte“ (offenbar für zeitweilig unterzubringende Beamte), alle in Chemnitz. Ein eigenes Barackenlager in der Frankenberger Straße 153a wurde für Ostarbeiter geschaffen, ein Lager für Polen mit dem Namen „Exerzierplatz“ lag in der Vitzhumstraße und schließlich wurde ein Lager für französische Kriegsgefangene in der Zeppelinstraße 41 errichtet.⁵⁹⁵

Am Beispiel der Gemeinde Netzschkau i.V. kann ein Eindruck über die verschiedenen Fremdarbeiterlager und ihre nationale Belegung vermittelt werden. Zum Teil waren die Lager nur mit einer oder zwei Nationalitäten belegt, etwa das Landschulheim in Lauschengrün und das Lager „Neue Schule“ mit männlichen Franzosen und Belgiern. Manch andere waren nicht nur von West- und Ostarbeitern bewohnt, sondern gleichfalls noch von sowjetischen Kriegsgefangenen. Im Lager Thüringischer Hof und im Wohnhaus Richter lebten 21 männliche Holländer, 18 männliche Polen, 22 sowjetische Kriegsgefangene und zehn Ostarbeiter. Die Lager „Mitte und Süd“ wurden für 22 sowjetische Kriegsgefangene, 186 Ostarbeiter und 46 Ostarbeiterinnen genutzt, wobei die Bewohner mit Sicherheit jeweils getrennt untergebracht waren. Die Liste umfasst mindestens 14 Lager mit teils zwei Standorten. Untergebracht waren insgesamt mindestens 1.355 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.⁵⁹⁶

⁵⁹⁴ Kranich, Beiträge, S. 48.

⁵⁹⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31444, RAW Chemnitz, Nr. 42.

⁵⁹⁶ Liste zusammengestellt von Adolf Diamant nach Unterlagen des Stadtarchivs Netzschkau, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 659.

Sowjetische Kriegsgefangene

Die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen kamen im Raum Chemnitz ab August 1941 zum Einsatz, wohl circa 550 Personen. Ihre Zahl stieg seit der von Keitel als Chef des OKW erlassenen Ausnahmegenehmigung vom 8. Juli 1941⁵⁹⁷ und der von Hitler vom 31. Oktober 1941 stammenden generellen Genehmigung zum Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener auch im Deutschen Reich. Bis dahin war ihr Einsatz nur partiell zugelassen und zahlenmäßig sehr beschränkt. Mit der geänderten Haltung der Reichsführung im Herbst 1941 erhöhte sich die Anzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen im Raum Chemnitz im Januar 1942 auf 1.380, fiel dann aber wieder bis März 1942 auf 1.260 (vor allem durch Todesfälle).⁵⁹⁸ Mutmaßlich handelte es sich bei den meisten wohl um Kriegsgefangene, die bis dahin in der Landwirtschaft eingesetzt waren. Im Dezember 1944 war im Raum Chemnitz (Chemnitz und südwestliches Sachsen), verwaltet von Stalag IV F Hartmannsdorf, mit gut 41.432 Kriegsgefangenen aller Nationen die größte Anzahl im Vergleich mit den anderen sächsischen Stalags (Schattenlager) tätig.⁵⁹⁹

Zwar gehörte der Auto-Union-Konzern zu den großen sächsischen Einsatzbetrieben von Zwangsarbeitern und ab 1944 auch von KZ-Häftlingen, sowjetische Kriegsgefangene spielten bei ihm jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Zum Beispiel waren in den Werken der MMW in Taucha und der Rößler-Straße in Chemnitz sowjetische Kriegsgefangene mit 3,4 beziehungsweise 3,5 Prozent im September 1944 an den Belegschaften beteiligt, was jeweils einer Zahl von 185 respektive 107 Kriegsgefangenen entsprach.⁶⁰⁰ Trotz dieser relativ geringen Zahl hatten auch diese Arbeitskräfte für die beiden Werke eine große Bedeutung. Obwohl es Fälle von Misshandlungen gab, traf das staatliche Programm der „Vernichtung durch Arbeit“ (siehe Kapitel 2) auf diese Gruppe keineswegs generell zu. Die MMW führten etwa im März 1942, als der körperliche Zustand sowjetischer Kriegsgefangener besonders schlecht war, ihre geringe Arbeitsleistung auf ihre sehr schlechte Ernährungssituation zurück, die zur Folge habe, „dass sie nicht in der Lage sind, sich länger als 5 bis 6 Stunden stehend auf den Beinen zu halten“. Und im Plädoyer gegenüber dem RLM für eine ausreichende Verpflegung stützten sich die Verantwortlichen auf ein utilitaristisches Argument, das auch viele andere Industriebetriebe mit denselben Problemen heranzogen: „Wenn bei einem Straßenbau in den Ostgebieten 2.000 Russen eingesetzt werden, und es fallen im Laufe eines Vierteljahres auf Grund der geringen

⁵⁹⁷ Held / Fickenwirth, S. 179. Näher hierzu Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 161. Am 2. August legte das OKW zudem die Prinzipien für den Arbeitseinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen fest, siehe Held / Fickenwirth, S. 179; ausführlicher Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 166.

⁵⁹⁸ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 175.

⁵⁹⁹ Hesse, Teil II, Tabelle 35 S. 73, zusammengestellt von Hesse nach Angaben des Chefs Kriegsgefangenenwesens vom 1. Dezember 1944.

⁶⁰⁰ Kukowski / Boch, Tabelle 28 S. 265 f. Die Anteile in beiden Werken schwankten etwas. Während der Anteil bei den MMW bis 1944 ein wenig sank, stieg er beim Werk Rößlerstraße. Bei der Tochter DKK waren es 5,9 Prozent.

Ernährung ein paar 100 Russen aus, so werden eben die fehlenden Erdarbeiter durch neue Russen ersetzt. In der Produktion eines Rüstungsbetriebes aber kann man unmöglich den Mann, der bisher an einer Spezialmaschine gestanden hat, plötzlich mit einem anderen austauschen.“⁶⁰¹ Das Werk Horch in Zwickau beklagte etwa im August 1942, auch nachdem sowjetische Kriegsgefangene offiziell aus der Gefangenschaft entlassen und in den Ostarbeiterstatus überführt worden waren, weiterhin schwankende Arbeitsleistungen wegen deren unzureichender Ernährung. „Hieraus werden sich, wenn nicht insbesondere durch bessere Ernährung eine Erhöhung der Leistung der Russen erreicht werden kann, Schwierigkeiten in der programmgemäßen Einhaltung des gesamten Fabrikations-Solls nicht vermeiden lassen. Seitens des Vorstandes wird hierzu betont, dass die Bemühungen, in den Arbeitsleistungen der eingesetzten russischen Arbeitskräfte zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, mit allem Nachdruck betrieben werden müssen, da eine Möglichkeit, andere Arbeitskräfte zu erhalten, zurzeit so gut wie ausgeschlossen erscheint.“⁶⁰²

Es hing also durchaus vom konkreten Arbeitseinsatz des jeweiligen Kriegsgefangenen ab, welchen Wert die Erhaltung seiner Gesundheit / Arbeitskraft für den jeweiligen Betrieb hatte. Dass es durchaus häufig zu Arbeitsplatzwechseln zwischen Betrieben und Branchen kam, zeigen wir im Folgenden an konkreten Beispielen Kriegsgefangener, die zeitweise bei den Astra-Werken in Chemnitz eingesetzt waren und deren Unterlagen wir zu dieser Fragestellung auswerten konnten.

Zu Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen existieren oftmals Namenslisten und Personalunterlagen (so etwa auch für die Firma Chemische Fabrik von Heyden in Radebeul, über die wir in Kapitel 6 genauer berichten werden), für die Astra-Werke jedoch zusätzlich Listen, auf denen bei sowjetischen Kriegsgefangenen zumeist auch die deutschen Erkennungsnummernnummern enthalten sind. Eine Überprüfung mittels der russischen Internetdatenbank „Memorial.ru“ ergab für die etwa 500 Namen sowjetischer Kriegsgefangener bei den Astra-Werken etwas mehr als 50 Treffer mit den zu ihnen gehörenden Karteikarten⁶⁰³. Wir haben dazu einige Beispiele von Kriegsgefangenen ausgewählt, die einmal oder mehrfach bei den Astra-Werken beschäftigt waren. Mehreres fällt bei den etwa 50 Fällen auf: 1. Praktisch alle Kriegsgefangenen waren bei der Einlieferung in die Kriegsgefangenenlager als gesund registriert.

⁶⁰¹ Protokoll einer Arbeitsausschuss-Sitzung vom 27. Februar 1942 und Schreiben der MMW-Leitung an das RLM vom März 1942, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 279.

⁶⁰² Protokoll der Fabrikationssitzung Werk Horch am 5. August 1942, zitiert in: Kukowski / Boch, S. 280.

⁶⁰³ Verteidigungsministerium der Russischen Föderation. Gesamtdatenbank (russ. OBD) OBD Memorial.ru. Wir bedanken uns sehr herzlich bei Dr. Alexander Haritonow, Dresden, für diese im März 2018 kurzfristig geleisteten Rechercharbeiten für die Ausstellung zu den Astra-Werken vom April 2018. Alexander Haritonow war langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter im schon genannten Forschungsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit.“

2. Wenn sie nach dem Arbeitseinsatz verstorben sind, so ist dieses mit Sicherheit bei den allermeisten auf die schon genannten Einschränkungen in der Ernährung wie auch die schweren Arbeitsbedingungen zurückzuführen.

3. Die ersten Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz für die Astra-Werke sind am 7. September 1942 verzeichnet (siehe weiter unten). Bereits am 23. April 1942 ist ein Kriegsgefangener namens Nikolaj Ruduika beim Arbeitskommando Siegmar-Schönau genannt; am 16. November 1943 begann sein Arbeitseinsatz bei den Astra-Werken.

4. Bei dem häufig auftauchenden Namen „Revier Harthau“ handelte es sich um ein Krankenrevier, das sich im Stadtteil Chemnitz-Harthau befand. Offenbar kamen erkrankte Kriegsgefangene für einige Tage oder Wochen dorthin. Dort verstorbene Kriegsgefangene wurden auf dem Friedhof Chemnitz-Harthau beerdigt.⁶⁰⁴

5. Die meisten der verstorbenen Kriegsgefangenen sind jedoch wahrscheinlich im Reserve-Lazarett Zeithain verstorben und bestattet, wohin sie offenbar einige Wochen oder Tage vor ihrem Tod schwerkrank transportiert worden sind, da ihr Tod in Zeithain häufig relativ kurz nach der Einlieferung eintrat.

6. Auffällig ist auch der häufige Wechsel des Arbeitsplatzes, was – wie schon erörtert – für die Firmen immer wieder Störungen im Produktionsablauf bedeutete. Auch hier wird noch einmal deutlich, dass der Abfluss von Facharbeitern für die Wehrmacht nie voll kompensiert werden konnte.

Der relativ häufige Wechsel betraf nicht nur sowjetische Kriegsgefangene (siehe weiter unten), sondern auch andere Nationen. So belegt ein Schreiben der Fa. Böhme Fettchemie G.m.b.H., dass zum Beispiel französische Kriegsgefangene mit Einverständnis des Stalag IV B Mühlberg (offenbar zuständig für deren Arbeitseinsatz) in die Firma Reinecker versetzt worden sind (Abb. 37).

Andererseits konnte es aber auch vorkommen, dass Kriegsgefangene einfach in Lagern anderer Firmen gegen Kostenerstattung untergebracht wurden, wie es auch mit Zivilarbeitern geschah. Im Jahr 1943 hat die schon erwähnte Firma Böhme Fettchemie zum Beispiel mehrere ihrer sowjetischen Kriegsgefangenen in einem Lager der Wanderer-Werke beherbergen lassen.

Es gibt kaum zeitgenössische Quellen, die konkret auf einzelne sowjetische Kriegsgefangene während des Arbeitseinsatzes eingehen; ebenso existieren für den Raum Chemnitz bisher keine Ego-Dokumente, das heißt persönliche Berichte, von dort beschäftigten überlebenden Kriegsgefangenen.

⁶⁰⁴ Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 71.

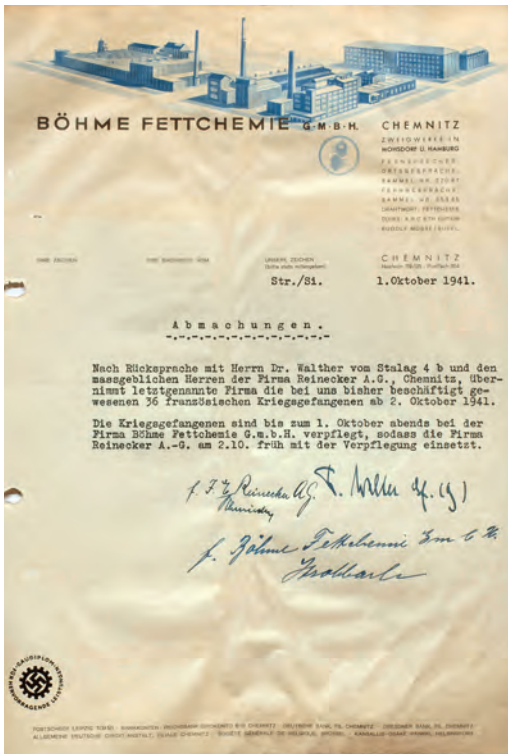


Abb. 37: Überlassungsschreiben für französische Kriegsgefangene⁶⁰⁵

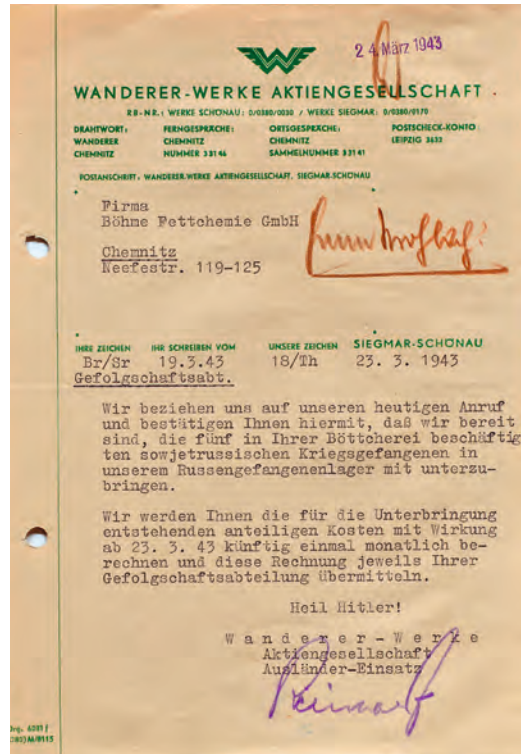


Abb. 38: Bereitschaftserklärung Wanderer-Werke zur Aufnahme von Kriegsgefangenen einer anderen Firma in ihrem Lager⁶⁰⁶

In einer Zusammenstellung von Briefen ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener beziehen sich nur wenige veröffentlichte Beiträge auf den Wehrkreis IV beziehungsweise Sachsen, und sie enthalten vor allem nur wenige Schilderungen des konkreten Arbeitseinsatzes in Sachsen. Der Kriegsgefangene N. S. Saporoshez geriet zum Beispiel schon im Juli 1941 bei Minsk in deutsche Kriegsgefangenschaft. Über verschiedene Lager im Osten kam er schließlich ins Lager IV B Mühlberg. Offenbar ist er dann zum Arbeitseinsatz nach Berlin gekommen, ehe er 1945 wieder nach Dresden versetzt wurde, in die Luftangriffe vom 13. bis 15. Februar geriet und anschließend zu Aufräum- und Leichenbeseitigungsarbeiten eingesetzt wurde. Danach war er in einem Gasthof bei einem deutschen Wirt beschäftigt. Im Durcheinander der letzten Kriegstage konnte er fliehen, sich ins damalige Protektorat durchschlagen und noch den Partisanen anschließen. Auf seiner Flucht war er zwar gestellt worden und sollte erschossen wer-

⁶⁰⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz, Nr. B 17/1.

⁶⁰⁶ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie GmbH Chemnitz, Nr. B 17/6.

den, mit Glück gelang es ihm aber, seinen Bewacher zu überwältigen und seinerseits zu töten.⁶⁰⁷

Die Schilderung von W. I. Newidomskij bezieht sich auf das Lager IV H Zeithain. Auch er geriet bereits im Juli 1941 in deutsche Gefangenschaft, war kurz im Lager Zeithain und dann in Mühlberg. Von dort aus ist er in mehrere Arbeitskommandos überführt worden, so nach Berlin oder etwa Oranienbaum bei Dessau, wo er offenbar vor allem zu Hilfsarbeiten eingesetzt war. An seinem letzten Aufenthaltsort in Leipzig wurde er schließlich 1945 von den Amerikanern befreit.⁶⁰⁸

W. I. Schinkar geriet beim deutschen Vormarsch auf Moskau bei Wjasma in deutsche Hände und wurde per Bahntransport nach Torgau gebracht. Er musste offenbar jahrelang schwere Arbeit in Bergwerken im heutigen Nordrhein-Westfalen leisten, wie ein erheblicher Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen.⁶⁰⁹

W. N. Iwanow wurde nach seiner Gefangennahme Anfang Oktober 1941, vermutlich ebenfalls bei Wjasma, nach Sachsen transportiert und in Altenberg / Osterzgebirge im Bergbau eingesetzt. Nach seinen Worten sind etwa 20 seiner Kameraden im dortigen Lager erschossen worden (es gibt jedoch keine archivalischen Bestätigungen dafür). Er erinnert sich, dass er unter Aufsicht eines deutschen Bergmanns arbeiten musste. Mit den deutschen Vorgesetzten habe er, wie er schreibt, gute und wohl auch solidarische Erfahrungen gemacht.⁶¹⁰

Obwohl sich das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener während des Arbeitseinsatzes in vielem kaum von den Arbeitsbedingungen der Ostarbeiter unterschied und sie zum Teil sogar erheblich schwereren Existenzbedingungen ausgesetzt waren, wurden sie aus rechtlichen und formalen Gründen nicht in die schon genannte gemeinsame Initiative von deutscher Industrie und Bundesregierung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern aus dem Jahr 2000 einbezogen (siehe genauer Kapitel 10)⁶¹¹.

⁶⁰⁷ Brief von Nikolaj Semjonowitsch Saporoshez vom 13. Juli 2005, in: „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004–2006, hrsg. vom Verein Kontakte – Контакты e. V., Berlin 2007, S. 60–65. Dass solche Aussagen nach so langer Zeit immer mit besonderer Quellenkritik zu betrachten sind, zeigen einige Irrtümer Saporoshez'. So nennt er etwa statt eines Kriegsgefangenenlagers bei Berlin (Stalag III A Luckenwalde) ein KZ als seinen Aufenthaltsort, wo laufend Leichen verbrannt worden seien. In einem anderen Fall geht aus Polizeiakten der Stadt Freiberg vom 28. April 1943 hervor, dass ein sowjetischer Kriegsgefangener, der als Waldarbeiter im Forst in Tharandt eingesetzt war, zu fliehen versuchte und dabei zwei Waldarbeiter mit dem Gewehr des Wachpostens erschoss. Am nächsten Tag wurde er mittels großangelegter Fahndung wieder gefasst, Didzioneit, S. 40. Es ist davon auszugehen, dass dieser Kriegsgefangene anschließend hingerichtet worden ist.

⁶⁰⁸ Brief von Wladimir Iwanowitsch Newidomskij, in: Ich werde es nie vergessen, S. 94–96. Auch er erinnert sich an Leichenverbrennungen im Stalag, die es nicht gegeben hat, und hat Mühlberg als „eine große Stadt“ in Erinnerung, obwohl es lediglich eine Landgemeinde ist.

⁶⁰⁹ Brief von Wassilij Stepanowitsch Schinkar, in: Ich werde es nie vergessen, S. 166–167.

⁶¹⁰ Brief von Wladimir Nikolajewitsch Iwanow, in: Ich werde es nie vergessen, S. 172–174.

⁶¹¹ Vermutlich hat das zum einen mit der generellen Genehmigung zum Arbeitseinsatz in der schon genannten Genfer Konvention von 1929 zu tun. Wahrscheinlich wichtiger war aber, dass vor allem die Sowjetunion und Frankreich deutsche Kriegsgefangene ebenfalls zu schweren Arbeitseinsätzen in der Kriegs- und Nachkriegs-

Personalkarte I: Personelle Angaben

Bestätigung der Erkennungsmarkte Nr. 10847
Lager: IV-C

Kriegsgefangenen-Stammblätter:

Name: Bobrow Alexej Staatsangehörigkeit: SSR, Russen
Vorname: Alexej Matrikelnr.: 10741
Geburtsort und -zeit: 17.10.1918, d. Wjodolka
Religion: orth. Zivildienst: Autofahrer, Berufe-Gr. 1
Vorname des Vaters: Wladimir Matrikelnr. (Stammkarte des Kommandanten):
Familienname der Mutter: Konstantina Gefangenennahme (ort und datum): 10.7.41, Borisow
Ob gesund, krank, verwundet eingetrieden: gesund

Nähere Personalbeschreibung
Besondere Kennzeichen: SW 7
Größe: 170 Haarfarbe: WpB
Fingerringbild des rechten I. Langfingers: Obdolo, Ringen: Bronnen der Pochowan in der Gegend Bobrow, Mita, Konstantina u. Rykowny, Aus d. Wjodolka

Lichtbild
Y.K.F. 30. XII. 43

Lichtbild
IVB 9
103-152

OKW-Befehl v. 10.1.40
Name: Alexej Bobrow Lager: IV-C

Personalkarte I: Personelle Angaben

Bestätigung der Erkennungsmarkte Nr. 10847
Lager: IV-C

Kriegsgefangenen-Stammblätter:

Name: Bobrow Alexej Staatsangehörigkeit: SSR, Russen
Vorname: Alexej Matrikelnr.: 10741
Geburtsort und -zeit: 17.10.1918, d. Wjodolka
Religion: orth. Zivildienst: Autofahrer, Berufe-Gr. 1
Vorname des Vaters: Wladimir Matrikelnr. (Stammkarte des Kommandanten):
Familienname der Mutter: Konstantina Gefangenennahme (ort und datum): 10.7.41, Borisow
Ob gesund, krank, verwundet eingetrieden: gesund

Nähere Personalbeschreibung
Besondere Kennzeichen: SW 7
Größe: 170 Haarfarbe: WpB
Fingerringbild des rechten I. Langfingers: Obdolo, Ringen: Bronnen der Pochowan in der Gegend Bobrow, Mita, Konstantina u. Rykowny, Aus d. Wjodolka

Lichtbild
Y.K.F. 30. XII. 43

Lichtbild
IVB 9
103-152

OKW-Befehl v. 10.1.40
Name: Alexej Bobrow Lager: IV-C

Abb. 40 a und 40b: Personalkarte I von Alexej Bobrow (Vorder- und Rückseite)

Alexej Bobrow, unser nächstes Beispiel, wurde am 10. Juli 1941 gefangen genommen, er war gesund. Am 14. Juli 1942 kam er in das Arbeitskommando Oberbürgermeister Chemnitz (sprich: Stadt Chemnitz). Am 22. Februar 1943 wurde er zu den Astra-Werken versetzt und am 27. November 1943 in die Forstwirtschaft nach Borstendorf abgegeben. Eine Besonderheit ist die Erwähnung einer Strafe. Er musste vom 23. bis 26. November 1943 drei Arresttage mit der Begründung verbringen: „Durch Fahrlässigkeit Maschinenschaden verursacht“.⁶¹² Man kann vermuten, dass seine Versetzung mit diesem Vorfall zu tun hatte. Obwohl die Karteikarte die sowjetische Information enthält, er sei am 30. Dezember 1943 verstorben, ist hierzu keine deutsche Angabe enthalten.

⁶¹² In einem anderen Fall in Olbernhau fühlte sich ein städtischer Hilfspolizist von sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz (Schneeräumen) bedroht. Der Bürgermeister meldete dieses dem zuständigen Wehrmachtsoffizier in Pobershau und bat um eine exemplarische Bestrafung durch die Wehrmacht. Gleichzeitig erfolgte eine Information an die Gestapo in Chemnitz, beide Schreiben als Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 673.

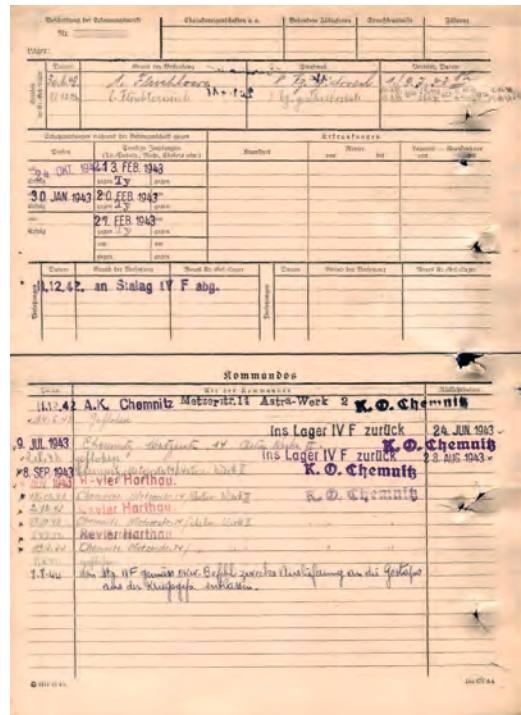


Abb. 44 a und 44b: Personalkarte I von Iwan Kolzow (Vorder- und Rückseite)

Ein weiteres Karteikartenbeispiel zeigt das Schicksal des Kriegsgefangenen Iwan Kolzow. Auch er kam am 11. Dezember 1942 zu den Astra-Werken. Seine Karteikarte weist eine besondere Häufung von Arbeitseinsätzen, Fluchten, Einlieferungen in das Revier Harthau und schließlich wiederum die Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und Übergabe an die Gestapo nach der letzten Flucht auf. Für zwei Fluchtversuche aus den Astra-Werken 1943 wurde er zu jeweils acht Tagen Arrest im Kriegsgefangenenlager verurteilt (IV F Hartmannsdorf), wobei die zweite Strafe in je vier Intervallen zu je zwei Tagen abzubüßen war. Schließlich hat das Kriegsgefangenenstammlager IV B in Mühlberg, das ihn 1942 registriert hatte, seinen Tod mit einem + verzeichnet, ohne genaues Datum und Ursache nur mit November 1944. Er wurde vermutlich erschossen.⁶¹⁴

Wie schon erwähnt, ist das erste Kriegsgefangenenarbeitskommando bei den Astra-Werken spätestens am 7. September 1942 eingerichtet worden. So kam (aus dem von uns ermittelbaren Namen der schon genannten Gesamtliste der Astra-Werke) Michail Erschow mit dem

⁶¹⁴ Fluchten von sowjetischen Kriegsgefangenen geschahen auch im Bergbau. In der Nacht vom 28. zum 29. Juli 1943 entkamen sieben sowjetische Kriegsgefangene aus ihren Unterkünften im Schacht Gottes Hilfe in Oelsnitz. Bei der Suche am nächsten Tag wurden drei von ihnen entdeckt und offenbar von den Wachmannschaften erschossen; insgesamt vier von 41 Fluchtversuchen endeten für die Geflohenen tödlich, so Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 665.

Weitere Kriegsgefangene des ersten Arbeitskommandos waren Alexander Lapin, Viktor Pankow und Peter Sjadkowskij. Von Pankow existiert eine schon genannte Personalkarte II:

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|--|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 |
| Personalkarte II | | | | | | | | | | | | | Wirtschaftliche Angaben | | | | | | | | | | | |
| Kriegsgefangenenlager: IV B Mühlberg | | | | | | | | | | | | | Aufsichtigung der Gefangenensache Nr. 171043 | | | | | | | | | | | |
| 46133 | | | | | | | | | | | | | Lager: V. R. v. M. Nr. 1244 | | | | | | | | | | | |
| Winnu d. Ozel | | | | | | | | | | | | | Dienstgrad: Wolow / coigan | | | | | | | | | | | |
| Geburtsort: Wolow | | | | | | | | | | | | | Stilberuf: Drehen | | | | | | | | | | | |
| Geburtsdatum: 25.1.1922 | | | | | | | | | | | | | Grad der Arbeitsfähigkeit: Arbeitslos 17.10.43 | | | | | | | | | | | |
| Staatsangehörigkeit: UdSSR - rum | | | | | | | | | | | | | Verstorben: ja | | | | | | | | | | | |
| Private Geldmittel | | | | | | | | | | | | | Abgenommene Wertgegenstände | | | | | | | | | | | |
| Gros. Moson (Bava) | | | | | | | | | | | | | Datum | | | | | | | | | | | |
| Wolow | | | | | | | | | | | | | Nähere Beschreibung | | | | | | | | | | | |
| 4x Opel | | | | | | | | | | | | | Aufbewahrende Stelle | | | | | | | | | | | |
| Wolow | | | | | | | | | | | | | Rückgabetermin mit Datum | | | | | | | | | | | |
| Wolow | | | | | | | | | | | | | Uebernahmetermin des Sachverwalter | | | | | | | | | | | |
| Wolow | | | | | | | | | | | | | des St.-Bef. | | | | | | | | | | | |
| Wolow | | | | | | | | | | | | | Wenden! | | | | | | | | | | | |

Abb. 46: Personalkarte II eines sowjetischen Kriegsgefangenen⁶¹⁶.

Eine zweite Gruppe von Kriegsgefangenen lässt sich für den 11. Dezember 1942 identifizieren. Laut den Karteikarten handelt es sich um zehn Personen (aus den von uns 50 ermittelten).

Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren zentral in einem Lager der Astra-Werke an der Metzgerstraße 14 untergebracht (siehe nächste Skizze sowie Foto Tankstelle, beides von Dietmar Wendler), wie auch auf den oben abgedruckten Personalkarten korrekt vermerkt ist.

gefangene (Mannschaften und Unteroffiziere) in deutscher Hand. Neue Dimensionen der internationalen Zusammenarbeit, in: Für die Lebenden, S. 140-161.

⁶¹⁶ Diese Karte – für alle Kriegsgefangenen im gleichen Format verwendet – gab Auskunft über alle finanziellen Angelegenheiten des Kriegsgefangenen, also auch über ein gegebenenfalls vorhandenes positives Saldo von Ausgaben und (Lohn-)einnahmen.

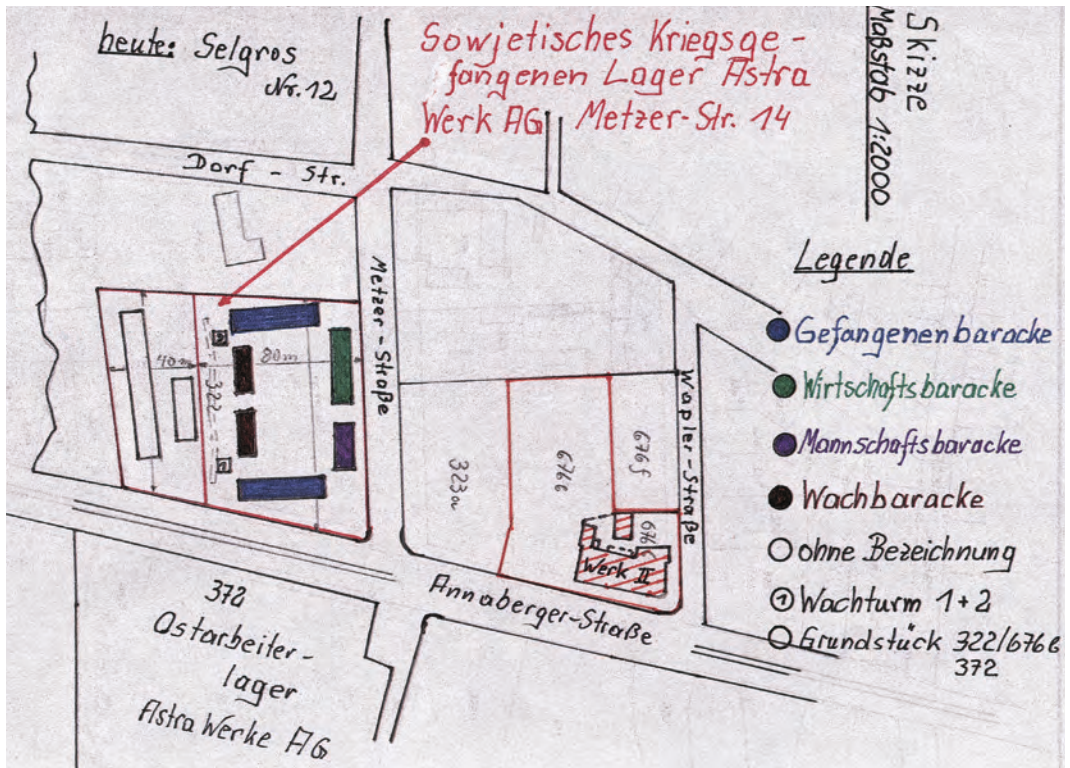


Abb. 47: Ostarbeiter- und Kriegsgefangenenlager der Astra-Werke (Skizze: Dietmar Wendler)

Der damalige Lagerstandort ist heute unter anderem von einer Tankstelle belegt sowie zum Teil mit einem Gebäudekomplex mit Parkhaus der Agentur für Arbeit Chemnitz. Kein Schild weist auf die frühere Nutzung des Grundstückes hin; Chemnitz ist freilich keine Ausnahme dieses Mankos.⁶¹⁷

⁶¹⁷ In diesem Zusammenhang wollen wir an eine im Frühjahr 2019 geführte Kontroverse um die Nachnutzung des Geländes eines ehemaligen KZ-Außenlagers für die Einrichtung eines Bratwurstmuseums in Mühlhausen erinnern, die zu heftigen öffentlichen Protesten und schließlich dem Verzicht auf die Pläne führte. Nachnutzungen von Lagerstandorten anderer Opfergruppen durch Firmen oder Institutionen erzeugen keineswegs solche Proteste, sondern werden häufig nicht einmal zur Kenntnis genommen. Im Vergleich zu den Auseinandersetzungen in Mühlhausen zeigt sich daher die immer noch zu beklagende Tendenz, dass es bei anderen Opfergruppen weiterhin Erinnerungsschatten gibt. Auch das Hauptgebäude der Astra-Werke, in dem 510 KZ-Häftlinge untergebracht waren, ist ohne Bedenken nach 1945 anderweitig genutzt worden; erst im April 2018 wurde eine Gedenktafel angebracht, die an ihr Schicksal erinnert. Kriegsgefangenenlagerstandorte sind zumeist nicht einmal durch Erinnerungstafeln gekennzeichnet, wie oben beschrieben.



Abb. 48: Standort früheres Kriegsgefangenenlager der Astra-Werke (Foto: Dietmar Wendler)

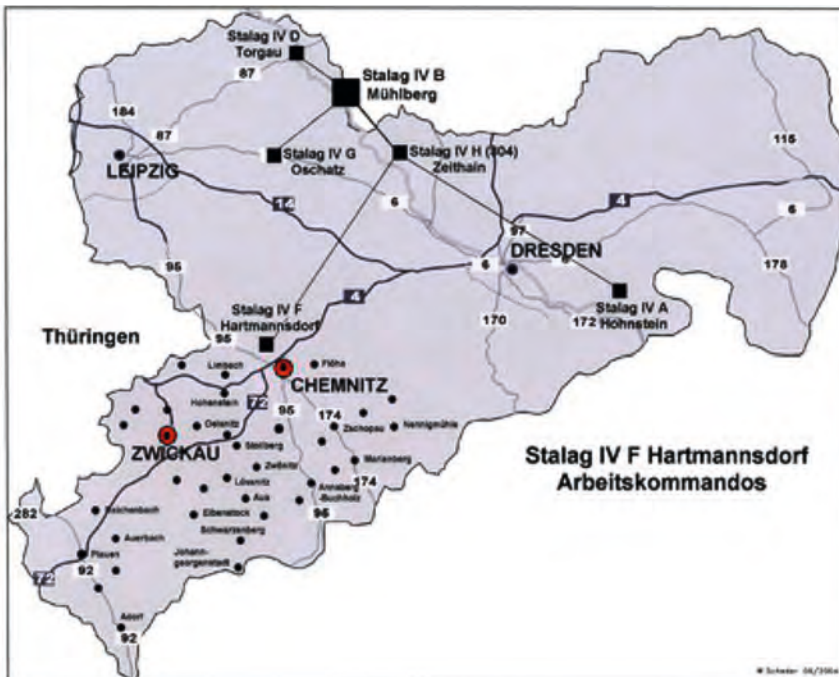


Abb. 49: Kriegsgefangenenlager in Sachsen und Arbeitskommandos im Raum Chemnitz⁶¹⁸

⁶¹⁸ Erstellt 2004 von Wolfgang Scheder, ehemaliger Mitarbeiter der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im schon erwähnten Kriegsgefangenenprojekt.

Insgesamt war eine Fülle von sowjetischen Arbeitskommandos aus Kriegsgefangenen in Sachsen eingesetzt. Wie Abb. 49 zeigt, gab es eine ganze Reihe solcher Arbeitskommandos (in der Karte ist nur ein Teil verzeichnet) in der Region Chemnitz, die alle vom Kriegsgefangenenlager Stalag IV F Hartmannsdorf gesteuert wurden.

Wie bereits an einigen Beispielen dargestellt, waren sowjetische Kriegsgefangene aufgrund der erheblich schlechteren Lebens- und Ernährungsbedingungen einem weitaus höheren Sterberisiko ausgesetzt als etwa westliche Kriegsgefangene. Genaue Zahlenangaben lassen sich hierfür nicht ermitteln.⁶¹⁹ Aus Übersichten der Friedhöfe in der Umgebung solcher Kommandos kann man aber entnehmen, dass ein großer Teil dieser Kriegsgefangenen offenbar vor Ort verstorben und begraben ist.



Abb. 50: Große sowjetische Friedhöfe im Freistaat Sachsen⁶²⁰

⁶¹⁹ An dieser Stelle ist noch einmal auf die Schwierigkeiten der Ermittlung von Gesamtzahlen hinzuweisen, wie wir diese bereits für sowjetische Kriegsgefangene in Teil 1 allgemein diskutiert haben. Während etwa bis 25. September 1942 12.772 sowjetische Kriegsgefangene im Stalag IV H Zeithain beerdigt worden waren, stieg ihre Zahl innerhalb der nächsten 16 Monate bis 17. Dezember 1943 auf 20.055, also um über 7.000; bis 18. September 1944 (23.030) lag die Zahl der in diesem Zeitabschnitt innerhalb von neun Monaten Verstorbenen mit knapp 3.000 niedriger. Am 22. Dezember 1944 wurde ein Verstorbenen mit der laufenden Nummer 23.458 beerdigt. In den ersten vier Monaten des Jahres 1945 bis zur Lagerbefreiung am 23. April 1945 kamen wohl noch etwa 500 bis 1.000 Verstorbenen hinzu, siehe hierzu Haase / Nagel, Tabelle S. 70 sowie Auswertung Datenbank Zeithain in: Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen. Die letzte ab September 1944 belegte Grabstätte Jagen 84 (Kriegsgräberstätte IV) hat etwa 1.500 Verstorbenen inklusive der in den ersten Nachkriegsmonaten Verstorbenen aufzuweisen, siehe Kapitel 8.

⁶²⁰ Erstellt 2004 von Wolfgang Scheder/Kriegsgefangenenprojekt der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. 2004 waren für das Stalag Zeithain 4.000 Verstorbenen namentlich bekannt, 2014 etwa 23.000. Die Anzahl der Toten auf dem Ostfriedhof Leipzig beträgt nach aktuellem Forschungsstand 1.758.

Für die Stadt Chemnitz und ihre Umgebung nennt Pfalzer mit Berufung auf eine Zusammenstellung von Adolf Diamant⁶²¹ eine Zahl von rund 2.000 Todesfällen unter sowjetischen Kriegsgefangenen, Ostarbeitern und KZ-Häftlingen, ohne genauer zwischen den verschiedenen Opfergruppen differenzieren zu können.

Es lassen sich jedoch durchaus eine Reihe Todesfälle unter Ostarbeitern mit ihren Todesursachen rekonstruieren. Daraus ergibt sich, dass die im Allgemeinen jungen Menschen vielfach an Krankheiten, die typischerweise bei Älteren gehäuft auftreten, verstorben sind, wie etwa Körperschwäche, Herzschwäche, Entkräftung, Lungentuberkulose, Lungenentzündung und andere. Auf der anderen Seite sind oftmals Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang erwähnt. Beide Todesursachengruppen weisen darauf hin, dass gerade Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene Arbeiten unter schweren Bedingungen ausführen mussten, und sie dabei unter erheblichen Ernährungsmängeln litten.⁶²²



Abb. 51: Sowjetisches Mahnmal auf dem Garnisonsfriedhof, Chemnitz-Reichenhain (Foto: Wolfgang Scheder)

⁶²¹ Adolf Diamant hat 1999 eine Dokumentation zur Gestapo im Bereich Chemnitz vorgelegt, die auch eine Liste mit Angaben zu Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen im Stapo-Bezirk Chemnitz enthält. In dieser Liste kommt Diamant auf etwa 60.000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, circa 10.000 KZ-Häftlinge und aus diesen Gruppen zu über 9.000 Bestatteten. Diese verdienstvolle Liste ist freilich mit zahlreichen Vorbehalten zu sehen und bedarf bei Angaben zu jedem konkreten Ort genauer Überprüfung, da sie praktisch keinerlei Nachweise zu den genannten Zahlen enthält, siehe hierzu Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 558 f.

⁶²² Pfalzer, S. 213 f.

Der Ehrenfriedhof für sowjetische Bürger wurde von 1946 bis 1948 errichtet. Hier ruhen 1.330 sowjetische Soldaten, sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten (Zwangsarbeiter) aus dem Stadtgebiet Chemnitz sowie durch Umbettungen aus dem Kreis Chemnitz. 845 Opfer sind namentlich bekannt.⁶²³

Auf dem Hauptfriedhof in Plauen sind ebenso Hunderte von sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern beerdigt. Viele von ihnen waren in der Rüstungsindustrie – vor allem der VOMAG – beschäftigt und kamen beim Luftangriff vom 19. März 1945 ums Leben. Von 176 Toten sind 17 Kriegsgefangene und 76 Zivilisten namentlich bekannt, bei 14 Toten ist die Gruppenzugehörigkeit nicht zu ermitteln. 69 namentlich nicht bekannte Personen sind ebenso beerdigt.⁶²⁴ Auf dem Friedhof in Kauschwitz, heute ein Stadtteil Plauens, sind sogar 692 sowjetische Bürger beigesetzt, unter ihnen 677 Ostarbeiter. Sie waren im sogenannten Rückkehrer-Sammellager Holzmühle in Plauen untergebracht (siehe Kapitel 4).⁶²⁵

Steinkohlenbergbau in der Region Chemnitz – Zwickau – Plauen

Ein Bereich, in dem reichsweit sowjetische Kriegsgefangene schwerpunktmäßig eingesetzt wurden, spielte in Sachsen nur eine relativ marginale Rolle: der Steinkohlenbergbau. Sein Anteil an der jährlichen deutschen Steinkohlengesamtproduktion, bezogen auf das sogenannte Altreich (das Deutsche Reich bis 1937), betrug nur etwa zwei bis drei Prozent. Die sächsischen Bergwerke befanden sich vor allem in den beiden Teilrevieren Oelsnitz-Lugau (Bergamtsbezirk Stollberg) mit ihren Bergwerken „Gewerkschaft Deutschland“ und „Gottes Segen“ sowie im Bergamtsbezirk Zwickau mit den Bergwerken „Morgenstern“ und „Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein“; hinzu kamen weitere kleinere Bergwerke in den genannten Revieren, zuzüglich einige weitere kleinere Zechen bei Dresden.⁶²⁶ Auf den kriegswirtschaftlich erheb-

⁶²³ Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 74 f.

⁶²⁴ Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 242. Nach einer Aufstellung der Stadt Plauen sind auf dem Hauptfriedhof insgesamt 657 ausländische Bürger bestattet, siehe Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 678.

⁶²⁵ Siehe hierzu Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 168. In seiner Dissertation nennt Krone für Kauschwitz irrtümlich eine Zahl von 817 sowjetischen Kriegsgefangenen, siehe Krone, S. 15. Diamant, Gestapo Chemnitz, schreibt unter Verweis auf eine Publikation aus dem Jahr 1945 / 1946 von 678 zwischen dem 5. April 1943 bis 19. März 1945 an Tuberkulose verstorbene Ostarbeiterinnen. An das Lager Holzmühle und seine Opfer erinnert heute ein Gedenkstein, der auch diese Zahl enthält, siehe Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 168. Zur Diskussion der unterschiedlichen, gleichwohl in derselben Größenordnung liegenden Todeszahlen für das Lager Holzmühle siehe Lukat, S. 257.

⁶²⁶ Siehe hierzu Stephan Posta, Terror statt Anlernung. Zwangsarbeit im sächsischen Steinkohlenbergbau während des Zweiten Weltkrieges, in: Tenfelde / Seidel, S. 193–221, hier S. 193 f. Zum Bergamtsbezirk Stollberg gehörten die Bergwerke „Gewerkschaft Deutschland“ mit sieben Schächten, „Gewerkschaft Gottes Segen“ mit fünf Schächten und „Gersdorfer Steinkohlenverein“ mit zwei Schächten. Der Bergamtsbezirk Dresden umfasste die zwei Bergwerke „Steinkohlenwerk Zauckerode“ (drei Schächte) und „Anthrazitwerk Schönfeld“. Zum Bergamtsbezirk Zwickau gehörten die sechs Bergwerke „Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein“ mit neun Schächten, „Steinkohlenwerk Oberhohnsdorf“ mit zwei Schächten, „Grube Hammerwald“ mit zwei Schächten und drei Tagefallörter, die „Gewerkschaft Morgenstern“ mit neun Schächten, die Steinkohlengruben „Scheller“

lich wichtigeren sächsischen Braunkohlenbergbau werden wir in Kapitel 6 noch näher eingehen.

Aufgrund seiner geologischen Struktur war der Steinkohlenbergbau in Sachsen bereits nach dem Ersten Weltkrieg im Niedergang begriffen, ehe er sich im Rahmen der deutschen Aufrüstung ab 1935 wieder etwas erholen konnte. Die Produktionssteigerung lag jedoch nur bei vier Prozent gegenüber 16,5 Prozent bei den großen Revieren außerhalb Sachsens. Trotzdem blieb es dabei, dass die sächsische Kohlenproduktion international nicht konkurrenzfähig war.⁶²⁷

Die besonderen geologischen Strukturen in Sachsen erforderten aus Sicht der Bergbauverwaltung geradezu zwingend den Einsatz von Fachleuten, das heißt gelernten Bergleuten. Drei Gründe führten dazu, dass der sächsische Steinkohlenbergbau erst spät und dann recht gering mit ausländischen Arbeitskräften, vor allem sowjetischen Kriegsgefangenen, ausgestattet wurde: Sein eher marginaler Anteil an der deutschen Steinkohlenproduktion führte bei den entscheidenden Stellen in Berlin dazu, dass zunächst nur wenige ausländische Kräfte zugewiesen wurden. Zweitens waren die Betriebsleitungen an ungelerten ausländischen Arbeitskräften kaum interessiert, da sie sie für ungeeignet hielten, und drittens rechnete auch der Steinkohlenbergbau 1940 mit einer raschen Rückkehr seiner zur Wehrmacht eingezogenen Bergleute.⁶²⁸

1941 schließlich, als sich abzeichnete, dass die immer höheren Einberufungen zur Wehrmacht auch vor dem Bergbau nicht halt machen würden, wurden die ersten 500 sowjetischen Kriegsgefangenen angefordert. Die ersten trafen jedoch erst im August 1942 ein, nachdem das große Massensterben in den sächsischen Kriegsgefangenenlagern nachgelassen hatte. Eine Vergleichszahl von 1942 zeigt, wie gering die Bedeutung des sächsischen Steinkohlenbergbaus reichsweit war. Im März 1942 waren 100.000 Ausländer in deutschen Bergwerken

sowie „Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbergverein“ mit fünf Schächten, siehe Bergwerksverzeichnis des Oberbergamtes Freiberg 1941 / 1942,

https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/jahrfdb_114948747-19410000.

Der Begriff „Gewerkschaft“ hat nichts mit der Bezeichnung einer heutigen Arbeitnehmervertretung zu tun, sondern war eine Eigentumsform der Bergwerke neben Kapitalgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 65. Die deutsche Steinkohleproduktion erreichte zum Beispiel 1937 184,5 Millionen Tonnen, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 75 Tabelle 2: Braun- und Steinkohleproduktion im Deutschen Reich 1914–1938. Ein großer Bestand zum Bergwerk Gewerkschaft Deutschland befindet sich im Staatsarchiv Chemnitz, Best. 40109, Gewerkschaft Deutschland. Die Steinkohleförderung im Deutschen Reich lag 1939 / 1940 bei gut 200 Millionen und 1943 / 1944 bei 268 Millionen Tonnen, von denen allein die Reviere Ruhrgebiet 125 und Oberschlesien 100 Millionen Tonnen lieferten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 76 S. 358. Trotz der bereits 1943 / 1944 kaum mehr gesteigerten Fördermenge legte die Zentrale Planung am 25. Mai 1944 wiederum eine ideale Fördermenge von knapp 290 Millionen Tonnen fest, für das Revier Zwickau 3,804 Millionen Tonnen, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 30 S. 121.

⁶²⁷ Posta, Terror, S. 195.

⁶²⁸ Posta, Terror, S. 196–198. Sogar freiwillige persönliche Bewerbungen von Ausländern wurden abgelehnt, ebenda, S. 197.

beschäftigt, in Sachsen jedoch lediglich etwa 20 (proportional zum Produktionsanteil im Deutschen Reich hätten es 2.000 bis 3.000 sein müssen).⁶²⁹

Die Priorität änderte sich auch in den nächsten Monaten nicht gravierend. Um dem Arbeitskräftemangel im deutschen Bergbau abzuhelpfen, vereinbarten OKW, Sauckel und Speer im Juni 1942, zunächst einmal eingezogene Bergleute aus der Wehrmacht zu entlassen (zur Erinnerung: man ging von einem gelingenden Feldzug der Heeresgruppe Süd in Richtung Stalingrad und Kaukasus aus), vor allem aber verstärkt sowjetische Kriegsgefangene einzusetzen. Insgesamt meldeten die deutschen Bergbauggebiete 72.700 Belegungsplätze in bezugsfertigen oder noch zu errichtenden Barackenlagern. Schwerpunkte waren das Ruhrgebiet und der Raum Oberschlesien mit knapp 44.000 Anforderungen. Das sächsische Revier Zwickau war mit 650 Plätzen nachrangig, wichtiger war das mitteldeutsche Braunkohlerevier mit über 6.000 Plätzen (dazu näher Kapitel 6). In der Prioritätenliste für zuzuweisende sowjetische Kriegsgefangene tauchten die sächsischen Steinkohlenzechen gar nicht auf, das mitteldeutsche Braunkohlerevier lag allerdings an dritter Stelle. Zum Verfahren war festgelegt, dass ab 23. Juni 1942 täglich Transporte von 2.000 beziehungsweise alsbald 4.000, ab 1. Juli sogar 5.000 sowjetischen Kriegsgefangenen in die Stalags gebracht werden sollten. Ersten Zugriff auf die Kriegsgefangenen hatten Verkehrswesen und Metallindustrie. „Der gesamte Rest steht dem Bergbau zur Verfügung. Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass in den einzelnen Stalags von Ihnen abgestellte Kräfte [für die Überprüfung der Kriegsgefangenen in den Lagern, A.d.A.] die russischen Kriegsgefangenen noch einmal daraufhin überprüfen, ob sie körperlich für den Einsatz in Ihren Betrieben brauchbar sind“⁶³⁰, teilte die Reichsvereinigung Kohle mit.

Die Bergwerke verbanden mit dieser Ankündigung zunächst die Erwartung, angesichts des angeblich riesigen Angebots an diesen Kriegsgefangenen durch eigene Rekrutierung (Auswahl) sowohl Fachkräfte als auch körperlich geeignete Arbeitskräfte zu gewinnen, obwohl das zuständige Stalag IV F Hartmannsdorf bereits auf den schlechten körperlichen Zustand der Gefangenen hingewiesen hatte. Lediglich ein halbes Prozent der Gefangenen wurde bei den Untersuchungen als bergbauerfahren eingestuft. Gleichwohl wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen fast ausschließlich zu den schwereren Arbeiten unter Tage eingesetzt. Ihr Leistungsvermögen lag aufgrund ihres körperlichen Zustands wie auch der völlig unzureichenden Ernährung bei etwa 30 Prozent der Leistung deutscher Arbeitskräfte. Die sächsischen Bergwerke unternahmen zur Abstellung der Mängel in beiden Richtungen wenig. Zum einen wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen zumeist für unqualifizierte Arbeiten eingesetzt und waren daher leicht zu ersetzen. Bemühungen auf Nachqualifizierung wie im Ruhrbergbau fan-

⁶²⁹ Posta, Terror, S. 199–201.

⁶³⁰ Rundschreiben des Chefs der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, an die Bezirksgruppen des Kohlenbergbaus über die Verteilung der Kriegsgefangenentransporte vom 23. Juni 1942, Abschrift in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 42, S. 182–184.

den in Sachsen kaum statt und riefen sogar die Kritik der Reichsvereinigung Kohle hervor. Bis 1944 hatte sich daran nichts geändert.⁶³¹

Eine andere Auseinandersetzung gab es zwischen einem Arbeitsamt und dem Stalag IV F Hartmannsdorf, deren Kommandant 1943 vom zuständigen Arbeitsamt forderte, kranke und arbeitsunfähige sowjetische Kriegsgefangene nach gewisser Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Krankenrevieren nicht wieder in den Bergbau zu entsenden. Der Lagerarzt von Hartmannsdorf warf in anderen Fällen den Zechen vor, kein Interesse am Leben der sowjetischen Kriegsgefangenen zu haben und nach dem Grundsatz zu handeln: „Ersatz müsse doch wieder gestellt werden, da doch genügend zur Verfügung stehen.“⁶³² Offenbar hatte es auch Beschwerden beim Arbeitsamt gegeben, denn die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Mitteldeutschland setzte sich in einem Schreiben an das Stalag IV F Hartmannsdorf gegen diesbezügliche Vorwürfe zur Wehr. Denn der Wehrmacht-Unterarzt Dr. Fraas hatte Kritik an der Haltung der Bergwerksdirektoren geübt, die die Meinung vertreten hätten, es komme nicht darauf an, ob sowjetische Kriegsgefangene bei der Arbeit stürben oder nicht. Die Bezirksgruppe antwortete, die Aussage sei falsch, da Dr. Fraas mit keinem Direktor gesprochen habe. Dass sowjetische Kriegsgefangene im Jahr 1943 eine bessere Gesundheit (als 1942) aufweisen würden, habe nichts mit geänderter Einstellung der Zechen zu tun, sondern damit, „dass offenbar die Wehrmacht ihre Meinung über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen gegenüber früher geändert hat. Seitens der Bergwerke ist der Erhaltung der Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen jedenfalls von vornherein die größte Beachtung geschenkt worden.“⁶³³ Auch dieses ist ein schlagender Beweis dafür, wie die Verantwortung zwischen den Beteiligten hin und hergeschoben wurde.

Ein Hauptgrund für die hohe Fluktuation (Zahl der Anlegung = Einstellung, Zahl der Abkehr = Ausscheiden) lag im Ernährungssystem nach Leistungskriterien (siehe Kapitel 2 und

⁶³¹ Posta, Terror, S. 206–208. Posta bezieht sich hierbei unter anderem auf einen Besuch des für die Verbesserung von Qualifizierungen der sowjetischen Kriegsgefangenen im Ruhrbergbau Zuständigen, den dieser 1944 in verschiedenen Zechen Sachsens durchführte, siehe Zusammenfassender Bericht über den Besuch des Beauftragten für den Ausländereinsatz der Reichsvereinigung Kohle, Betriebsinspektor Paul Norkus, bei den Steinkohlewerken des Zwickauer und Lugau / Oelsnitzer Reviers vom 17. Juni 1944, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 195, S. 541–545.

⁶³² Posta, Terror, S. 210, dort auch Zitat. Dass sich die Wehrmacht auch direkt in die hygienischen Verhältnisse zur Unterbringung von Kriegsgefangenen einmischte, zumal wenn auch die deutschen Wehrmachtbewacher betroffen waren, belegt ein anderes Beispiel. So kritisierte das Stalag VIII A Görlitz vehement die ungenügenden Bemühungen der Waldenburger Bergbau AG (Niederschlesien, heute polnisch Walbrzych), Gas für die Entwesung von Gefangenenbaracken von Wanzen, Schaben und Ratten heranzuschaffen. „Die Verseuchung hat einen Stand erreicht, der nicht nur im Interesse der Kriegsgefangenen und deren Arbeitsleistung, sondern auch der Gesundheit der Wehrmachtangehörigen nicht mehr verantwortet werden kann“, so im Schreiben des Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschaftsstaumlagers VIII A in Görlitz an die Waldenburger Bergbau AG vom 30. August 1944, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 125, S. 337.

⁶³³ Schreiben der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Mitteldeutschland an die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes Hartmannsdorf im Kriegsgefangenen-Mannschaftsstaumlager IV F in Hartmannsdorf über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen im sächsischen Steinkohlenbergbau vom 10. August 1943, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 297, S. 742 f.

4). Es wurde im Steinkohlenbergbau zuerst von der Gewerkschaft Gottes Segen eingeführt und baute auf fünf Ernährungsstufen auf, von denen die niedrigeren häufig zur Auszehrung der Gefangenen und damit zum Tod führten, in jedem Fall aber zu erheblichen Gewichtsverlusten. In der Gewerkschaft Deutschland im Revier Oelsnitz-Lugau sank das Durchschnittsgewicht der sowjetischen Kriegsgefangenen von etwa 60 kg Ende 1943 um durchschnittlich 5,7 kg bis März 1944, bei der Zeche Gottes Segen fiel das Gewicht von Oktober 1943 bis März 1944 um 7,2 kg. Mehrere Bergleute verstarben sogar innerhalb des Betriebs. Erst 1944 besserte sich die Ernährungslage langsam, wenn auch nicht wesentlich. Immerhin stieg aus Sicht des Betriebs die Arbeitsleistung auf bis zu 60 Prozent deutscher Vergleichsleistungen.⁶³⁴

In dem Bericht der Zeche Gottes Segen vom 11. März 1944, der auch dem vorherigen Absatz zugrunde liegt, ging das Werk zugleich detaillierter auf die Gründe des sich rapide verschlechternden körperlichen Zustands der Kriegsgefangenen ein: die Ernährungssituation. Bis Oktober 1943 habe man den Kriegsgefangenen noch zusätzliche Nahrung durch Zukäufe zur Verfügung stellen können, was seitdem nicht mehr möglich sei. Trotzdem würden die Gefangenen versuchen, so gut wie möglich zu arbeiten. „Es muss anerkannt werden, dass die sowjetruss. Kgf. sich auch heute bei der Arbeit immer noch machen. Wir haben tatsächlich einzelne Kgf., die sich nur noch hinschleppen und ihren Körper vollständig auspumpen. Andere aber, die früher als sehr gute Arbeiter bewertet wurden, sind schon heute so weit fertig, dass sie wegen vollständiger Entkräftung laut ärztlichem Urteil vom Bergbau abgesetzt werden müssen.“ Dann folgte eine unmissverständliche Warnung, nachdem vorher eigene wenig erfolgreiche Versuche zur Verbesserung der Ernährungslage geschildert worden waren: „Diese Maßnahmen dürften aber lange nicht genügen, den Kräfteverfall bei den sowjetruss. Kgf. aufzuhalten. Es ist vielmehr mit einem völligen Versagen der sowjetruss. Kgf. zu rechnen, wenn es in absehbarer Zeit nicht gelingt, mehr Lebensmittel, gleich welcher Art, zu erhalten. Wir bitten

⁶³⁴ Posta, Terror, S. 212 und 214. Sowohl sowjetische Kriegsgefangene wie auch IMIs hatten ab Ende 1943 eine erhebliche Gewichtsabnahme wegen deutlich verschlechterter Ernährungsbedingungen zu verzeichnen. So berichtete etwa die Zeche Monopol des Flick-Konzerns, dass ihre IMIs innerhalb von drei Monaten gut vier kg Gewicht verloren hätten. Sowjetische Kriegsgefangene dieser Zeche hatten von Ende 1942 bis Herbst 1943 eine Gewichtszunahme von insgesamt gut fünf kg erzielt, verloren aber ab Oktober 1943 bis Ende Februar 1944 kontinuierlich durchschnittlich 4,6 kg pro Person. Sie hatten damit fast ihr Untergewicht aus den Lagern der Wehrmacht vom Herbst 1942 wieder erreicht. Die Qualität der Nahrungsmittel hatte ab Herbst 1943 erheblich abgenommen, da ein DAF-Erlass für sechs Monate hauptsächlich weiße Steckrüben für die Ernährung vorsah. Vermutlich war dieses eine (schwerwiegende, teils tödliche) Konsequenz aus der miserablen Kartoffelernte von 1943, die im Vergleich zu 1942 lediglich bei einem Produktionsergebnis von Drei Vierteln lag (50 Millionen zu 36 Millionen Tonnen), siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 182 S. 620. Eine DAF-Verpflegungsrichtlinie von Anfang 1943 hatte für Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene sowieso vor allem die Nutzung von Gemüseabfällen, Kohl- und Wasserrüben vorgesehen, die die einzige Zugabe zu den Wassersuppen bildeten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 270. Selbst Paul Pleiger als Vorsitzender der RVK erkannte die mangelhafte Ernährung vor allem bei Ausländern als Kardinalproblem für die Verbesserung der Förderleistung, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 122.

Sie, geeignete Schritte zu unternehmen, dass uns größere Lebensmittelmengen für die Russen zugeteilt werden.“⁶³⁵

Gerade die Untertagearbeit und ihre Funktion als Hilfskräfte deutscher Bergleute führte für sowjetische Kriegsgefangene auch zu einer anderen besonderen Gefährdung: Misshandlung und Bestrafung zur Verbesserung ihrer Leistung. Körperliche Übergriffe waren eigentlich von Anfang an grundsätzlich verboten, kamen im Dunkel der Schächte jedoch wohl regelmäßig vor. In solchen Fällen stellte sich das Bergwerk in der Regel hinter seine deutschen Gefolgschaftsmitglieder.⁶³⁶

So hatte es einige Beschwerden von sowjetischen Kriegsgefangenen über ihre Behandlung in der Zeche Gewerkschaft Deutschland im Oelsnitzer Revier und insbesondere darüber gegeben, dass sie von deutschen Bergleuten geschlagen worden seien. Sowohl ein Steiger als auch ein Bergmann hätten vier Kriegsgefangene auf diese Weise misshandelt. Laut Niederschrift der Besprechung, in der diese Vorgänge untersucht wurden, argumentierte die Zeche mit den diesen Aussagen widersprechenden Darstellungen ihrer Gefolgschaftsmitglieder, welche bestritten, Kriegsgefangene geschlagen zu haben, als diese nicht gearbeitet hätten. Aufschlussreich wies die Niederschrift aber darauf hin, der Beschwerdeweg über eine arbeitsmäßige Minderleistung oder Arbeitsverweigerung über den Dienstweg sei „zu langwierig und umständlich, so dass der Zweck, den Gefangenen zur Arbeit anzuhalten, nicht erreicht wird. Der Gefangene muss glauben, er brauche nicht zu arbeiten, wenn nicht sofort auf die Arbeitsverweigerung die Strafe folgt.“ Im Kern lauteten die Aussagen der beiden deutschen Bergleute, der betreffende sowjetische Gefangene habe auf dem Boden gelegen. Sie hätten ihn immer wieder vom Boden hochgezogen, er habe sich aber immer wieder fallenlassen und geäußert, „er wäre kaputt.“ Bei diesem Hochziehen und Fallenlassen habe er sich wohl den Kopf gestoßen, so dass die Verletzung entstanden sei. Als Ergebnis der Unterredung wurde festgehalten, dass eben Aussage gegen Aussage stehe. Grundsätzlich müsse man den deutschen Gefolgschaftsmitgliedern aber mehr glauben als sowjetischen Kriegsgefangenen.

In der Folge erörterten die Anwesenden, darunter auch ein Vertreter des NSDAP-Kreisleiters, die Frage, welche Möglichkeiten man habe, die Kriegsgefangenen zu besserer Leistung zu bewegen. Hauptmann Dr. Wenz, der Vertreter des Stalags, erläuterte, dass Strafen wie Essensentzug rechtlich grundsätzlich nicht zur Verfügung stünden, da sie für Kriegsgefangene, als Soldaten, kein Disziplinarittel seien; gleichwohl zeige dies Wirkung. Während auf der einen Seite der oben genannte Steiger aufgrund zu geringer Leistungen oder vollständigem Arbeitsausfall der sowjetischen Kriegsgefangenen erklärte: „Russen sind für uns keine Entlastung, sondern ein Belastung“ und eine Arbeitsleistung von 80 Prozent werde nirgends erreicht, äußerte der Wehrmachtvertreter, „dass der russische Kriegsgefangene mit die wertvollste

⁶³⁵ Schreiben der Gewerkschaft Gottes Segen in Oelsnitz an die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Mitteldeutschland über die Ernährungslage der sowjetischen Kriegsgefangenen vom 11. März 1944, in: Seidel u. a., *Zwangsarbeit im Bergwerk*, Dok. 266, S. 675–677, dort auch Zitate.

⁶³⁶ Posta, *Terror*, S. 212 f.

Beute ist, die wir im Osten gemacht haben, und dass wir nur in unserem ureigensten Interesse handeln, wenn wir uns diese dadurch erhalten, dass wir den Kriegsgefangenen genügend zu essen geben.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die sogenannte Leistungsernährung mit besserer Ernährung für Mehrleistende und geringerer Ernährung für Minderleistende. Von der Werksleitung wurde mehrmals in der Besprechung auf Schnellstrafen wie mehrmaliger Essenentzug, Zusatzarbeit oder kurze Haftstrafen hingewiesen.⁶³⁷ Zum Schluss kam man überein, dass diese Strafen auch vom Stalag akzeptiert würden, und Hauptmann Dr. Wenz erklärte abschließend, dass der Beschwerde führende Kriegsgefangene „wegen seines Verhaltens und seiner verleumderischen Aussagen“ bestraft werde. Die anderen Beschwerdeführer unter den Kriegsgefangenen sollten verwarnt werden. Im Übrigen war man sich einig, dass die Beschwerden nicht an die große Glocke zu hängen („nicht weiterzumelden“) seien, und dass „sich jeder verpflichtet fühlen muss, dass die Kriegsgefangenen ausreichend arbeiten“.⁶³⁸

Dieses Dokument wird hier so ausführlich referiert, weil es – quasi auf der Arbeitsebene und nicht auf der politischen Ebene Sauckels, Speers oder der Gestapo-Spitze – die Haltung der am Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener beteiligten Deutschen paradigmatisch deutlich macht. Auf der einen Seite gab es die Vorschriften und Produktionserwartungen und auf der anderen Seite die Realität des Arbeitsalltags. Die Situation der Kriegsgefangenen – körperliche Schwäche, Unterernährung, rassistische Ein- und Unterordnung – war allen bekannt, spielte aber bei der Besprechung als mögliche oder wahrscheinliche Ursache der Minderleistungen oder des fehlenden Arbeitsvermögens keine Rolle, sondern wurde vielmehr als Arbeitsverweigerung oder einfach Faulheit gewertet. Dass es nicht zu Unterernährung kommen dürfe, erklärte der Vertreter der Wehrmacht. Gleichzeitig war er aber mit dem Leistungssystem, das Geschwächte oft tödlich belastete, einverstanden. Keiner der Beteiligten machte auch nur einen Versuch, eine grundlegende Verbesserung für die geschundenen Kriegsgefangenen wenigstens anzusprechen. Empathie für die Gefangenen war nirgends zu spüren. Ihre Charak-

⁶³⁷ Solche Erörterungen kamen mit ziemlicher Sicherheit angesichts der grundsätzlich inkonsistenten Rahmenbedingungen für Fremdarbeiter häufiger vor. Einerseits verlangten Rüstungsinstanzen und Betriebe von ihnen ein Höchstmaß an Leistung, andererseits wurden die Gruppen drei und vier Spoerers immer diskriminierend behandelt und unzureichend versorgt, ganz zu schweigen von ihrem Zwangseinsatz in Deutschland. Als anderes Beispiel sollen hier zwei Besprechungen beim Arbeitsamt Zwickau herangezogen werden, an denen Vertreter der Auto Union teilnahmen. Schnellgerichte als auch der Vollzug öffentlicher Prügelstrafe wurden dabei abgelehnt, „da dieses dem deutschen Empfinden nicht entspricht“, wie der Bericht die Haltung der Gestapo im Februar 1942 wiedergibt. In einem Schreiben von Gestapo-Chef Thümmler vom 1. Dezember 1942 hieß es dazu erläuternd: „Geschlagen werden soll im Allgemeinen nur dann, wenn es zum Brechen eines Widerstandes erforderlich ist. Im Übrigen ist durch geeignete Auswahl Anständiger aus den Kreisen der Ausländer eine gegenseitige Erziehung anzustreben. In leichteren Fällen von Arbeitsverweigerung und Disziplinlosigkeiten können die Ausländer durch Ausgehverbot und Kürzung der Verpflegung bestraft werden. In schwereren Fällen kann der Betriebsführer durch Entzug der warmen Verpflegung bis zu drei Tagen oder eine Haft bis zu 3 Tagen die Arbeitsleistung erzwingen. Helfen diese Mittel nicht oder liegen schwerere Vergehen vor, dann ist die Gestapo einzuschalten“, wie Thümmler dazu ausführte, beides zitiert in: Kukowski / Boch, S. 291 FN 595.

⁶³⁸ Niederschrift einer Besprechung des sächsischen Steinkohlenbergbaus über Beschwerden wegen der Misshandlungen von sowjetischen Kriegsgefangenen am 19. April 1943, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 343, S. 824–831.

terisierung als „wertvollste Beute“, wie in der Niederschrift die Gefangenen genannt wurden, erwies sich in der Realität daher als bloße Behauptung. Während in dem weiter oben genannten Schreiben der Zeche Gottes Segen vom 11. März 1944 wenigstens die Ernährungslage als entscheidende Ursache der körperlichen und gesundheitlichen Schwächen der Gefangenen anerkannt wurde, spielte dieser Gesichtspunkt auf der Besprechung der Gewerkschaft Deutschland vom 19. April 1943 nicht einmal als Erörterungspunkt eine Rolle.

Offenbar setzten die sächsischen Steinkohlenbergwerke zur Erreichung der erwarteten Leistungen vor allem auf Verschleiß, das heißt menschlichen Verschleiß. Immer wieder fanden Aktionen zur „Aussiebung der Unbrauchbaren“ statt, als deren Ergebnis die zerschundenen Gefangenen ins Stammlager zurückgeschickt wurden und, so die Hoffnung der Bergwerksleitungen, durch neue sowjetische Gefangene ersetzt werden sollten und wurden. Posta charakterisiert das als Zirkelschluss, der von der Annahme ausging, sowjetische Kriegsgefangene seien leicht zu ersetzen; diese leichte Ersetzbarkeit führte dann dazu, dass Ausbildungs- und Anlernprozesse erst gar nicht durchgeführt wurden, da sie nicht notwendig schienen. So lagen die Abkehrquoten (das heißt Abgänge) der Kriegsgefangenen bereits von August 1942 bis Juni 1943 bei 30 Prozent, eine Quote, die sich bis Kriegsende fortsetzte und zu hohen Fluktuationen führte.⁶³⁹

Vereinzelte sind jedoch auch positive Beispiele für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Bergbau überliefert. In der kleinen erzgebirgischen Stadt Scheibenberg gab es im Stadtteil Oberscheibe einen Kalksteinbruch. Dort waren nach den Erinnerungen eines Zeitzeugen auch sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Einer von ihnen war ein ehemaliger Musiker des Symphonie-Orchesters Leningrad. Dieser Kriegsgefangene mit Vornamen Nikolai erhielt nun von einem der deutschen Bergleute eine Trompete und blies dann das Warnsignal für eine bevorstehende Sprengung. Aber auch so manches Lied wurde von ihm – offenbar zur Freude der Bergleute – öffentlich intoniert, unter anderem auch einmal die „Internationale“, ohne dass es dafür Sanktionen gab.⁶⁴⁰

Für die Jahre 1943 / 1944 verfügen wir über eine Reihe von Karteikarten sowjetischer Kriegsgefangener (wie schon für die Astra-Werke dargelegt, dort ist auch Quelle genannt), die im sächsischen Steinkohlenbergbau eingesetzt waren. Sie beziehen sich mehrheitlich auf die Gewerkschaft Gottes Segen, drei Karteikarten auf die Gewerkschaft Morgenstern in Zwickau.

⁶³⁹ Posta, Terror, S. 208 f.

⁶⁴⁰ Amtsblatt Scheibenberg / Oberscheibe, April 1993, S. 16. Dass in kleinen Orten Fremdarbeiter waren, zeigen die Angaben für Scheibenberg. Dort waren sowohl sowjetische Kriegsgefangene wie Ostarbeiter untergebracht, es gab aber auch Franzosen sowie 25 amerikanische Kriegsgefangene, die offenbar im Kalkwerk Oberscheibe beschäftigt waren, ebenda, S. 16. Für den sowjetischen Kriegsgefangenen Andrej Wassiljewitsch Naidowitsch, beschäftigt in Oschatz zur Herstellung von Torfbriketts, blieb seine Zeit dort als wesentlich besser in Erinnerung als diejenige in den Stalags 1941 / 1942. Nachdem er die Fleckfieberepidemie überlebt hatte, kam er wahrscheinlich über das Stalag Zeithain oder Mühlberg nach Oschatz. „Das Leben hier unterschied sich erheblich von dem vorherigen. Wir wuschen uns regelmäßig, starben nicht vor Erschöpfung und lebten in beheizten Baracken. Wir arbeiteten bei jedem Wetter, wir hatten sogar unser Lazarett. Man gab sogar Lagermarken aus“, Freitagbrief Nr. 29 vom 12. Januar 2007, Verein Kontakte, zitiert in: Teumer, S. 4 f.

Der Kriegsgefangene Fjodor Bogatyrjow hatte am 1. Juli 1943 dort zu arbeiten begonnen, war aber bereits im November 1943 verstorben. Der Kriegsgefangene Kurbankady Basajew war in diesem Bergwerk vom 23. November 1943 bis lediglich 24. Januar 1944 eingesetzt, ehe er nach mehreren Revieraufenthalten und Einsätzen an anderen Arbeitsplätzen am 25. Mai 1944 im Lager Zeithain beerdigt wurde. Der Kriegsgefangene Alexandr Lapin begann in demselben Bergwerk am 1. August 1943 und war dort bis 3. März 1944 beschäftigt, danach wurde er im Lazarett gepflegt und verstarb schließlich am 29. April 1944 im Lager Zeithain.

Am 25. Juli 1943 begannen mehrere Kriegsgefangene ihren Einsatz in der Gewerkschaft Gottes Segen; bei einigen ist vermerkt, dass sie als Hilfsarbeiter eingesetzt wurden. Der Kriegsgefangene Chadshimus Negutsch starb bereits am 25. Januar 1944, zwei andere, Pavel Denisow und Dmitrij Bondarenko, starben am 11. September 1944 beziehungsweise im Dezember 1944. Der Gefangene Wassilij Poljakow war mit Unterbrechungen zweimal bei diesem Bergwerk eingesetzt, so vom 25. Juli 1943 bis 11. April 1944 und nach Lazarettaufenthalten noch einmal vom 1. Juli 1944 bis 3. Januar 1945, ehe er im April oder Mai 1945 in Zeithain verstarb. Insgesamt waren in dem Bergwerk von 1942 bis 1945 1.411 sowjetische, 232 britische und 48 französische Kriegsgefangene im Einsatz.⁶⁴¹

Im Bergbau gab es, vermutlich auch aufgrund des hohen Arbeitsdrucks, eine Reihe von tödlichen Arbeitsunfällen. Die Knappschaft vermerkte von 1943 bis 1945 jeweils 41, 52 und 24 solcher Unfälle mit Todesopfern unter den Kriegsgefangenen; die Mehrheit von ihnen stammte dabei aus der Gruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen.⁶⁴²

Das Problem der Rekrutierung von ausgebildeten Kräften war auch für die Ostarbeiter zentral. Die ersten 75 ukrainischen Ostarbeiter in der Zeche Gewerkschaft Deutschland, im Übrigen auch Frauen darunter, bestanden 1942 sämtlich nicht aus ausgebildeten Bergleuten. Sie waren aufgrund deutscher Versprechungen und katastrophaler Zustände in ihren ukrainischen Heimatorten nach freiwilligen Meldungen ins Reich transportiert worden. Hinzu kam, dass die meisten aufgrund ihres körperlichen Zustands in der Anlegeuntersuchung (Einganguntersuchung) als untauglich eingestuft wurden, diese jedoch alle trotzdem für die Zeche eingesetzt wurden. Manche brachen in der Folgezeit während der Arbeit zusammen, viele erkrankten und wurden in die Heimat zurückgeschickt; manche entzogen sich den schweren Bedingungen im Bergbau durch Flucht. Immerhin ein Viertel von ihnen hatte bereits nach wenigen Wochen das Werk wieder verlassen.⁶⁴³

⁶⁴¹ Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 665 mit Bezug auf ein Schreiben des Landratsamtes Stollberg vom 31. Juli 1995.

⁶⁴² Didzioneit, S. 33.

⁶⁴³ Posta, Terror, S. 202. So hatte etwa Paul Pleiger bereits im Juni 1942 darauf hingewiesen, dass die Kontingente der Zivilarbeitertransporte aus der besetzten Sowjetunion immer schlechter für den Bergbau geeignet wären, da sie häufig zur Hälfte aus Frauen und zudem noch aus Kindern bestünden, Rundschreiben des Chefs der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, an die Bezirksgruppen des Kohlenbergbaus über die Verteilung der Kriegsgefangenentransporte vom 23. Juni 1942, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 42, S. 183.

Ein Grund dafür lag, wie das Beispiel der Gewerkschaft Morgenstern in Zwickau zeigt, auch darin, dass viele der Ostarbeiter bereits sehr geschwächt in Sachsen ankamen. Die 75 dort im Juli und August 1942 eingesetzten männlichen Ukrainer waren mehrheitlich unterernährt und wogen bei der Anlegeuntersuchung zwischen 45 und 55 kg, „viele waren krank oder verkrüppelt“, wie Posta schreibt; einige wogen noch weniger. Sie wurden daher von den Ärzten nur für Übertagearbeit tauglich befunden. Das Bergwerk war jedoch nicht willens, die Geschwächten durch bessere Ernährung körperlich wiederherzustellen oder sie etwa auch für die vorgesehenen Arbeiten auszubilden, und so wurden sie bald wieder abgeschoben, sobald einige Monate später die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen eintrafen.⁶⁴⁴

Auch die Betriebsleitung der Gewerkschaft Deutschland war mit den eingesetzten Ostarbeitern sehr unzufrieden. Wie aus einem Bericht an die DAF nach circa dreiwöchigem Arbeitseinsatz hervorgeht (20. Juni 1942 bis 6. Juli 1942), kam sie zu dem Schluss, „dass die Mehrheit der russischen Arbeiter in jeder Hinsicht und zwar zivilisatorisch, gesundheitlich und hinsichtlich der Arbeitsmoral sehr enttäuscht hat“. Dann kritisierte der Betrieb indirekt die deutschen Anwerber, indem festgestellt wurde, die Ostarbeiter hätten nur die Bekleidung, die sie am Leibe trügen, seien teilweise sogar ohne Schuhe gewesen. Während der Gesundheitsuntersuchungen seien bei den Frauen zu 80 Prozent Läuse und Krätze festgestellt worden, von den 50 Männern seien nur fünf überhaupt bergbautauglich gewesen. Bei anderen sei absehbar, dass „sie auf Dauer der Grubenarbeit nicht gewachsen“ seien.

Die Arbeitsmoral wurde als schlecht eingeschätzt, es kam sogar zu Arbeitsverweigerungen. Die Betriebsleitung führte das darauf zurück, dass den Ostarbeitern offenbar bei der Anwerbung völlig unrealistische Versprechungen gemacht worden seien, „dass er in Deutschland nicht nur Arbeit *in seinem Beruf* [kursiv im Original, A.d.A.], sondern auch anständige Bezahlung dafür und alle Freiheiten findet, die der deutsche Arbeiter genießt.“ Die Ostarbeiter seien aber auch politisch unzuverlässig, allein zwölf seien bereits innerhalb von drei Wochen geflohen. Der Bericht kam daher zum Schluss, „dass der russische Zivilarbeiter für den Einsatz im Bergbau mit seinen in Bezug auf Sabotagegefahr besonders gelagerten Verhältnissen als ungeeignet anzusehen ist“.⁶⁴⁵ Das Experiment mit den Ostarbeitern war aus Sicht der Bergwerke insgesamt negativ verlaufen, und es zeigte sich, dass Erwartungen auf Seiten der Angeworbenen mit der deutschen von Sicherheitsüberlegungen und rassistischer Realität geprägten Wirklichkeit nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten.

Ein größeres Kontingent an Ostarbeitern wurde schließlich erst 1943 wieder rekrutiert, als sich die Arbeitskräftesituation immer angespannter zeigte und neue sowjetische Kriegsgefangene nicht in Sicht waren (siehe Kapitel 1, sowjetische Kriegsgefangene, FN 256 und 258). Statt wie angekündigt als Ersatz für fehlende sowjetische Kriegsgefangene etwa dienstver-

⁶⁴⁴ Posta, Terror, S. 203.

⁶⁴⁵ Schreiben der Gewerkschaft Deutschland in Oelsnitz an die Abteilung Ausländischer Arbeitseinsatz der DAF in Stollberg über die Beurteilung der sowjetischen Zivilarbeiter vom 6. Juli 1942, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 332, S. 809 f.

pflichtete Polen zu schicken, wurden vom zuständigen Arbeitsamt für mehrere Zechen 400 Ostarbeiter zugewiesen. Teilweise waren sie aus der Landwirtschaft in den Bergbau versetzt worden („ausgekämmt“ lautete der damalige Fachterminus), waren also auch bergbaufremd. Die Zeche Gottes Segen erhielt am 23. Juli 1943 56 der oben genannten Ostarbeiter. Eine Untersuchung mehrere Tage später ergab, dass 14 von ihnen bergbauuntauglich waren. Da für Ostarbeiter die Gestapo direkt zuständig war, wurden bald manche von ihnen, die sich angeblich Vergehen wie Diebstahl, Arbeitsverweigerung oder „stiller Hetzerei im Lager“ schuldig gemacht hätten, der Gestapo gemeldet und von ihr verhaftet. Insbesondere der Krankenstand von bis zu 40 Prozent blieb hoch. Auch dieser Ostarbeiterereinsatz wurde von der Zeche zum „großen Fehlschlag“ erklärt und die Ostarbeiter alsbald an das andere benachbarte Bergwerk Gewerkschaft Deutschland abgegeben.⁶⁴⁶

Dieses Bergwerk hatte vorher im Gegensatz zu anderen Zechen 1943 mit jungen Ukrainern offenbar gute Erfahrungen gemacht. Sie wurden wohl in gewissem Umfang angelernt und zeigten sich als diszipliniert, so dass sich hieraus die Bereitschaft der Bergwerksleitung erklärte, anderen Bergwerken deren Ukrainer abzunehmen.⁶⁴⁷

Sehen wir uns zum Abschluss noch einmal die nackten Zahlen für den Ausländereinsatz an. Im sächsischen Steinkohlenbergbau wurden 1942 erstmals 40 französische Kriegsgefangene in der Gewerkschaft Gottes Segen neben 75 neu eingesetzten Ostarbeitern in der Gewerkschaft Deutschland im Revier Oelsnitz-Lugau beschäftigt, die Gewerkschaft Morgenstern in Zwickau erhielt ebenfalls 75 Ukrainer.⁶⁴⁸ Aus einem Schreiben der Gewerkschaft Deutschland vom 18. Mai 1945 geht hervor, dass von den 205 Ostarbeitern, die am 3. April 1945 tätig waren, ab 15. April 1945 keiner mehr im Einsatz war. 153 hatten die Arbeit nicht wieder aufgenom-

⁶⁴⁶ Posta, Terror, S. 215. Posta bezieht sich unter anderem auf ein Schreiben der Gewerkschaft Gottes Segen an die Kreisleitung Stollberg der DAF mit einer Stellungnahme zu Beanstandungen im „Ostarbeiterlager“ des Unternehmens vom 29. September 1943, auch abgedruckt in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dokument 114, S. 320–324. In einem früheren Aktenvermerk der Gewerkschaft Gottes Segen ist festgehalten, dass immerhin fünf Ostarbeiter der Gestapo übergeben worden seien. Zudem hätten sich am 13. August 1943 von 50 Ostarbeitern zwanzig krank gemeldet. Auf Druck der herbeigerufenen Gestapo sowie von Mitgliedern der Betriebsleitung erklärten sich daraufhin 15 zur Arbeitsaufnahme bereit. Das gemeinsame „Bemühen“ der deutschen Seite, nämlich Druck, Drohungen und unmittelbare Verhaftungen, führte dazu, dass lediglich zwei Ostarbeiter als arbeitsunfähig anerkannt wurden, Aktenvermerk bei der Gewerkschaft Gottes Segen in Oelsnitz über den passiven Widerstand von sowjetischen Zivilarbeitern vom 21. August 1943, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 381, S. 878 f. Ähnlich offenbar in dem Freiburger Erzbergwerk Himmelfahrt-Fundgrube, siehe Kapitel 6, Abschnitt Freiberg.

⁶⁴⁷ Posta, Terror, S. 216. Obwohl also die Beschäftigung von Ostarbeitern von den Betrieben unterschiedlich beurteilt wurde, führte der Ausländereinsatz nach Ansicht der RVK insgesamt zu sinkender Produktivität. Wie die RVK im Jahr 1944 mitteilte, hatten 1937 / 1938 434.337 Mann 188 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, im Jahr 1943 / 1944 bestand die Belegschaft aus 797.334 Mann, die 268,3 Millionen Tonnen förderten. Mit 84 Prozent größerer Belegschaft sei die Förderung nur um 43 Prozent gestiegen, zitiert bei Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 118. Die RVK führte die sinkende Produktivität vor allem auf den seit 1943 verstärkten umfangreichen Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen und IMIs zurück.

⁶⁴⁸ Posta, Terror, S. 202 f.

men (der Grund ist nicht genannt), 47 waren zu Schanzarbeiten abkommandiert, einige bereits zuvor geflohen oder versetzt worden.⁶⁴⁹

Wie schon erwähnt, trafen im August 1942 gleichfalls 1.100 sowjetische Kriegsgefangene ein; sie ersetzten sowohl fehlende deutsche Bergleute als auch einige andere kleinere ausländische Gruppen wie etwa Ostarbeiter oder französische Kriegsgefangene. Die Zuweisung vom August 1942⁶⁵⁰ war die einzige große Zuweisung bis zum Herbst 1944, als nochmals 1.200 sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt wurden; im Herbst 1943 waren zusätzlich noch 400 Ostarbeiter geschickt worden.⁶⁵¹ Der Ausländeranteil lag damit im Herbst 1944 in etwa in der Höhe des Reichsanteils von 34 Prozent für diesen Wirtschaftszweig (Bergbau). In Sachsen betrug er etwa 30 Prozent. Sowjetische Kriegsgefangene wurden im Übrigen noch bis kurz vor Kriegsende den Bergwerken zugewiesen.⁶⁵² Unter allen reichsweit eingesetzten Kriegsgefangenen bildeten die sowjetischen Kriegsgefangenen dabei den größten Anteil von 25 Prozent im Bergbau, auch in Sachsen war das so.

Aus Statistiken des Oberbergamtes Freiberg gehen konkrete Zahlen für den Beschäftigtenstand des Steinkohlenbergbaus im Dezember 1944 hervor⁶⁵³.

⁶⁴⁹ Schreiben Gewerkschaft Deutschland an den Bürgermeister von Oelsnitz vom 18. Mai 1945, Arolsen Archive, Best. 2.1.4.2., Akte 10006179.

⁶⁵⁰ Ursprünglich war von der Reichsvereinigung Kohle ein Kontingent von 2.000 sowjetischen Kriegsgefangenen angekündigt worden, was jedoch offenbar auch aufgrund grundsätzlicher Zurückhaltung der Bergwerke gegen deren Einsatz nicht voll umgesetzt wurde, Aktennotiz zu einer Besprechung der westsächsischen Steinkohlenbergwerke über die Anlegung weiterer Kriegsgefangener vom 5. August 1942, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 53, S. 196.

⁶⁵¹ Hitler hatte am 7. Juli 1943 befohlen, sowjetische Kriegsgefangene vorrangig dem Kohlenbergbau zuzuweisen. Bis zum 1. September 1943 sollten 200.000 sowjetische Kriegsgefangene in den Bergbau versetzt werden, insgesamt wurden 300.000 Männer als neue Arbeitskräfte eingeplant. Um qualifizierte Kräfte zu erhalten, durfte die Reichsvereinigung Kohle die entsprechenden Gefangenen in den Lagern selbst auswählen, siehe Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 64 und 65, S. 219–221. Die Zahl der neu zugewiesenen ausländischen Arbeitskräfte lag von Juni bis November 1943 bei nur 80.000 Mann, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 120. Freilich war das sächsische Revier bei der Zuteilung von Kriegsgefangenen nicht einbezogen. Und noch eine besondere Änderung trat ein. OKW-Chef Keitel verfügte außerdem (Dok. 64), dass männliche bei der sogenannten Bandenbekämpfung in Gefangenschaft Gekommene (Partisanen) sowie Männer in neu eroberten Ostgebieten nunmehr als Kriegsgefangene gelten sollten, um umstandslos über Kriegsgefangenenlager zum Arbeitseinsatz ins Reich zu kommen. Damit war implizit verbunden, dass diese Gefangenen nun nicht mehr einfach zu liquidieren waren, wie das vorher gewöhnlich der Fall war. Auch dies war ein Zeichen für den extrem großen Arbeitskräftemangel; siehe auch Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 120.

⁶⁵² Posta, Terror, S. 205, 214, 218 f.

⁶⁵³ Didzioneit, Tabelle S. 32. Die sonstigen Kriegsgefangenen bestanden vor allem aus 273 Briten, ebenda, S. 32. Im Bergbaurevier des Sudetengaus, für das das Oberbergamt Freiberg auch zuständig war, lag der Anteil der unter Zwang eingesetzten Ausländer im Steinkohlensektor ebenfalls bei etwa 24 Prozent. Aus einem Bericht der RVK von 1944 geht hervor, dass sich reichsweit der Anteil deutscher Bergleute unter allen Beschäftigten auf 60 Prozent verringert hatte, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 118.

| Arbeitskräftegruppen | Gesamtbelegschaft | Davon Facharbeiter |
|--|-------------------|--------------------|
| Inländer | 10.712 | 8.514 |
| Zivile Ausländer | 34 | 17 |
| Ostarbeiter | 284 | 52 |
| Sowjetische Kriegsgefangene | 2.742 | k.A. |
| Sonstige Kriegsgefangene | 284 | k.A. |
| Summe | 14.056 | 8.808 |
| Anteil Zwangsarbeiter [gemeint: Ausländer] | 3.310 = 23,55% | |

Sowjetische Kriegsgefangene hatten damit im sächsischen Steinkohlenbergbau einen Anteil von 19,5 Prozent an allen Arbeitskräften und knapp 83 Prozent an allen ausländischen Beschäftigten. Im nahegelegenen 1938 angegliederten Reichsgau Sudetenland war der Anteil der Nichtdeutschen naturgemäß noch höher. Dort waren bei insgesamt 3.101 Beschäftigten 1.345 zivile Ausländer (sicherlich Tschechen), 39 Ostarbeiter und 695 sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt. Der Ausländeranteil betrug 67 Prozent. Die mit Sicherheit als Zwangsarbeiter einzustufenden Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen hatten einen Anteil von 23,7 Prozent an allen Beschäftigten.⁶⁵⁴

Kapitel 6: Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in den Regionen Leipzig und Dresden

Region Leipzig Rüstungsproduktion

Das unbestrittene Zentrum der Rüstungsindustrie in Sachsen befand sich mit dem Schwerpunkt Flugzeug- und Flugzeugmotorenbau im Bereich Leipzig. Mehrere Werke waren dafür entweder neu gegründet oder bald nach dem offiziellen Beginn der Luftrüstung ab 1935 (siehe Kapitel 1) auf die Fertigung von Militärmaschinen umgeschwenkt.⁶⁵⁵ Die Hauptproduzenten der Luftrüstung in Leipzig verteilten sich auf gut zwanzig Standorte. So begannen die Tochter des Flick-Konzerns, die Allgemeine Transportanlagen GmbH, die Erla-Werke und die Junkers Flugzeug und Motoren AG mit ihrer Flugzeug- sowie Flugzeugteileproduktion in Leipzig.

Die ATG fertigten in acht Leipziger Standorten, die Erla-Werke in vier Fabrikstandorten, die Junkers-Werke in drei Leipziger Werken und einem Betrieb in Markkleeberg. Hinzu kamen

⁶⁵⁴ Didzionic, Tabelle S. 32 f.

⁶⁵⁵ Zum Folgenden siehe Hess, Rüstungswirtschaft, S. 78–80.

die Pittler-Werke in Leipzig-Wahren⁶⁵⁶, die Mitteldeutschen Motorenwerke in Taucha, die Lufthansa AG und das Flugzeugwerk Siebel in Schkeuditz, die Firma Dr. Gaspary & Co in Markranstädt und Dr. Theodor Horn in Leipzig-Kleinzschocher, bei denen vor allem Kleinteile und Flugzeuginstrumente hergestellt wurden.⁶⁵⁷ Sukzessive folgten weitere kleinere Hersteller, in Eilenburg die Firma Helmut Nestler mit dem Bau von Flugzeugmotoren oder etwa das Propellerwerk der G. Schwarz GmbH und die Möbelfabrik Fleischer & Sohn, die mit 1.000 Beschäftigten ebenfalls Junkers-Flugzeugmotoren herstellte. Letztere hatte seit 1942 auch die Funktion, die Zulieferproduktion einer Vielzahl kleinerer Firmen bis in den Raum Thüringen hinein zu koordinieren. Flugzeugbau gab es im Bezirk Leipzig auch in Rochlitz sowie in Böhlitz-Ehrenberg, wo immerhin bereits 1939 mit circa 1.889 Beschäftigten gefertigt wurde.⁶⁵⁸

Im Folgenden wollen wir auf einige der großen Luftrüstungsbetriebe genauer eingehen. Die von der Rechtsform her als Privatbetrieb anzusehenden Erla-Werke⁶⁵⁹ wurden schon 1936 quasi verstaatlicht, denn die vom RLM gesteuerte Luftfahrtkontor GmbH erhielt alle privaten Anteile, und der Rest wurde von der Sächsischen Staatsbank übernommen. In diesem Sinne waren die Erla-Werke tatsächlich ein (staatlicher) NS-Rüstungsbetrieb. Die Erla Maschinenwerke GmbH, so der offizielle Name, war ursprünglich im Erzgebirge beheimatet. 1935 errichtete man zunächst in Leipzig-Heiterblick als Hauptwerk das Werk I, 1936 kam am Flugplatz Mockau Werk II hinzu und 1937 wurde Werk III in Leipzig-Abtnaundorf gebaut. 1940 folgte nach Übernahme einer Kammgarnspinnerei in der Pfaffendorfer Straße schließlich Werk IV. Ab 1939 wurden zudem außerhalb Leipzigs wie auch außerhalb des Deutschen Reiches in verschiedenen Ländern – nach deren Besetzung – weitere Produktionsanlagen eingerichtet, so in Johannegeorgenstadt, aber auch in Belgien und Polen. Im Rahmen der Produktionsverlagerungen in ländliche Gebiete Sachsens überführten die Erla-Werke Betriebsteile nach Pegau, Mülsen St. Micheln und Flöha. Zum Kriegsende kamen weitere Auslagerungen hinzu, so dass schließlich 1945 an 32 sächsischen Standorten produziert oder getestet wurde (siehe weiter unten).

Hauptrüstungsprodukt von 1936 bis 1945 waren knapp 12.000 Jäger des Modells Me 109; sie machten die Erla-Werke zum größten Luftrüstungsbetrieb in Leipzig.⁶⁶⁰ Die Me 109 war das von der Messerschmitt AG entwickelte deutsche Standardjägermodell im Zweiten Weltkrieg. Maximilian Schulz nennt als Gesamtproduktionszahl der Me 109-Nachbauten bei den Erla-Werken 11.079 Maschinen, was einem Anteil von 33 Prozent dieses Typs und elf Pro-

⁶⁵⁶ Die Pittler-Werke gründeten, nachdem wie schon erwähnt Rochlitz bis 1938 / 1939 als Grenzgebiet galt, dort die Firma Mechanik GmbH Rochlitz, die ab 1939 für die Junkers-Werke in Dessau Bauteile wie Fahrwerke, Landeklappen, Sturzflugbremsen, Abfangautomatiken und Steuerschalter produzierte, siehe Hofmann, S. 65.

⁶⁵⁷ Hesse, Teil I, S. 68 mit Karte zur Verteilung der Standorte im Raum Leipzig auf S. 69.

⁶⁵⁸ Siehe hierzu auch Hesse, Teil I, S. 26.

⁶⁵⁹ Zur Vorgeschichte der Erla-Werke siehe Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 70. Bemühungen der Auto Union zum Einstieg in die Erla-Werke zerschlugen sich indes, siehe Kukowski / Boch, S. 74.

⁶⁶⁰ Hesse, Teil I, S. 17, S. 83.

zent aller von deutschen Firmen produzierten Jagdmaschinen entsprach. Nach den Messerschmitt-Werken selbst waren die Erla-Werke damit zweitgrößter Hersteller der Me 109.⁶⁶¹

Die Rüstungsproduktion begann bereits 1935, als erste Militärdoppeldecker des Typs Arado Ar 65 gebaut wurden. 1937 war der Ausstoß schon auf 339 Flugzeuge verschiedener Typen, vor allem Me 109, angewachsen. 1940 lag die Produktion bei 595 Flugzeugen, 1941 bei 688, 1942 bei 1.013, 1943 bei 1.992, 1944 bei 4.292 und 1945 bei 1.478. Auch aus diesen Zahlen wird der enorme Anstieg des Ausstoßes in den Jahren 1943 und 1944 deutlich.⁶⁶² Die Erla-Werke, wie viele andere auch, erhielten dafür vom NS-Regime den „Ehrentitel“ eines NS-Muster- und Rüstungsbetriebs zuerkannt.⁶⁶³

Als im Rahmen des intensivierten Luftkriegs der Alliierten auch Sachsen stark betroffen war, wurden 1944 Teile von Leipziger Betrieben wie bei den Erla-Werken und den Junkers-Werken unter anderem in den bislang weniger betroffenen Großraum Chemnitz verlegt (siehe weiter unten).⁶⁶⁴ 1944 war auch die RAF stärker genötigt, statt nur Flächenbombardements vorzunehmen, die 8. US-Luftflotte bei ihren Angriffen auf die deutsche Flugzeugindustrie (Operation Pointblank zur Ausschaltung der deutschen Luftwaffe) zu unterstützen. Der britische Angriff auf die Erla-Werke in Leipzig am 20. Februar 1944 verfehlte sein Ziel aber vollständig.⁶⁶⁵

Die ersten erheblichen Schäden durch amerikanische Verbände traten mit dem Luftangriff vom 4. Dezember 1943 ein. Die Rüstungsinspektion IVa nannte 19 zerstörte Flugzeuge und zwölf Flugzeugrümpfe sowie 63 beschädigte Me 109 und 40 Rümpfe. Beim Angriff vom 20. Februar 1944 traten beim Erla-Werk in Mockau und dem Werk an der Wodanstraße Verluste von 40 Prozent der gelagerten Flugzeugteile ein. Schließlich verzeichneten die Erla-Werke am 20. Juli 1944 allein im Werk II Mockau 200 Sprengbombeneinschläge, durch die 48 Flugzeuge vernichtet und vier Hallen und zwei Nebengebäude ganz oder weitgehend zerstört wurden.⁶⁶⁶

Dass trotzdem die Produktion bis in das Jahr 1945 hinein aufrechterhalten werden konnte, hat mit der schon genannten Dezentralisierung und Arbeitsteilung zwischen den Produktionsstandorten zu tun⁶⁶⁷, die die nächste Tabelle zeigt:

| | |
|---------------------------------------|------------------------------------|
| Werk I Leipzig | Vorfertigung, Rumpfbau |
| Groitzsch | Vorrichtung und Werkzeugbau |
| Naunhof, Groitzsch und Werk V Leipzig | Teilebau und Teilemontage (Werk V) |

⁶⁶¹ Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 71 f.

⁶⁶² Zu den Gesamtproduktionszahlen von 1935 bis 1945 Hesse, Teil I, S. 84–89. Verschiedene Produktionszahlen für die unterschiedlichen Varianten der Me 109 bei Hesse, Teil I, Tabelle 48–50 S. 86 f.

⁶⁶³ Hesse, Teil I, S. 89.

⁶⁶⁴ Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 202.

⁶⁶⁵ Overy, S. 530.

⁶⁶⁶ Hesse, Teil I, S. 97–99.

⁶⁶⁷ Tabelle erstellt nach Hesse, Teil I, S. 96.

| | |
|--|--------------------------------------|
| Mülsen St. Micheln und Werk III Abtnaundorf | Tragflächen |
| Naunhof und Pegau | Mechanische Werkstätten |
| Aue | Mechanische und hydraulische Pressen |
| Crimmitschau und Werk I Leipzig | Hydraulische Pressen |
| Flöha | Rumpfbau |
| Werk IV Johannegeorgenstadt | Leitwerke und Triebwerksverkleidung |
| Plauen und Greiz | Vormontage |
| Werk II Leipzig, Naunhof, Pretzsch, Oschatz, Dresden-Klotzsche | Endfertigung, Endmontage |
| Fliegerhorste Chemnitz, Delitzsch, Mockau | Einschießen und Einflug |

Insgesamt fertigten die Erla-Werke 1944 schließlich nicht nur, wie Overy schreibt, an 27 Standorten, von denen dreizehn Werke Einzelteile herstellten und fünf für die Endmontage der Jäger vom Typ Me 109 zuständig waren.⁶⁶⁸ Hinzu kamen noch eine gewisse Anzahl weiterer Teilbetriebe, die insgesamt unter Tarnnamen geführt wurden.⁶⁶⁹ So lassen sich allein für Westsachsen Betriebe neben den schon genannten Standorten Mülsen St. Micheln, Flöha, Plauen, Crimmitschau und Aue in Elsterberg, Oberlungwitz, Crossen, Reichenbach / V. und Zwickau nachweisen. Maximilian Schulz nennt eine Gesamtzahl von 32 Standorten.⁶⁷⁰

Die Allgemeine Transportanlagen GmbH (als 100-prozentige Tochter von Mittelstahl-Flick KG⁶⁷¹) begann bereits 1933⁶⁷² mit der Flugzeugproduktion in Leipzig-Lindenthal⁶⁷³ und wurde dabei ab Oktober 1940 einer der wichtigen Lieferanten des Bombenflugzeugs Ju-88. Ab 1934 begann die Militärproduktion mit verschiedenen Typen des „Behelfsbombers“ und Transportflugzeugs Ju 53 / 3mK. 1937 wurden Bomber der Firma Heinkel He IIIB gefertigt⁶⁷⁴, offenbar bis Kriegsende mehrere Hundert. Von der für mehrere Aufgaben einsetzbaren Ju 88

⁶⁶⁸ Overy, S. 667.

⁶⁶⁹ Siehe Hesse, Teil I, Tabelle 55, S. 94.

⁶⁷⁰ Hummel, Betriebsstillegungen, S. 21, sowie Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 72. Insgesamt unterhielten die Erla-Werke offenbar 42 Lager, von denen aber nicht alle mit Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen oder KZ-Häftlingen belegt waren, siehe Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 78.

⁶⁷¹ Zum Firmenkonsortium der Friedrich Flick KG sowie von Mittelstahl siehe Abbildung III / 2 in: Priemel, S. 288. Die ATG war bereits Ende 1932 von Flick übernommen worden. Grund dafür war vor allem deren Produktion für den Kohlebergbau (Förderbrücken) und (noch) nicht der Einstieg in den Militärflugzeugbau, siehe Priemel, S. 328.

⁶⁷² Zu den Verhandlungen zwischen dem RLM und der Flick KG über den Einstieg der ATG in den Bau von Junkers-Flugzeugen siehe Priemel, S. 330 f. Hierbei spielte die Doppelfunktion von Heinrich Koppenberg als Vorstandsmitglied von Mittelstahl wie auch als Generaldirektor bei den Junkers-Werken eine wichtige Rolle.

⁶⁷³ Zur Rüstungsproduktion in den 1930er Jahren siehe Hesse, Teil I, S. 26.

⁶⁷⁴ Wie oftmals üblich, wurden auch die Investitionen für den Flugzeugbau vom RLM vorfinanziert, so dass die ATG hierfür keine eigenen Mittel aufbringen musste und diese Produktion erst 1936 / 1937 durch eine eigene Kapitalerhöhung begleitet wurde, siehe Priemel, S. 332. Die Flugzeugproduktion erbrachte enorme Gewinne, und trotz höherer Selbstkosten für die Fertigung desselben Flugzeugtypes als bei Heinkel (299.000 zu 321.000 RM) wurde dieses vom RLM akzeptiert und gezahlt, Priemel, S. 334.

(Fernaufklärer, Torpedo- und Schlachtflugzeug, Nachtjagdflugzeug) wurden reichsweit insgesamt etwa 15.000 Exemplare gebaut, von denen die ATG und die Siebel-Werke circa ein Sechstel fertigten.

Das rasante Produktionswachstum führte dazu, dass der ATG-Nettoumsatz sich von 1938 / 1939 mit etwa 40 auf 107 Millionen RM 1940 / 1941 mehr als verdoppelte, ehe er 1941 / 1942 auf 99 Millionen RM fiel und damit ein Beispiel der Rüstungskrise im Gefolge des Russland-Feldzugs war.⁶⁷⁵

Wie verflochten und arbeitsteilig die Luftrüstung nur dieses Flugzeugtyps von Junkers bei der ATG war, belegt die nächste Tabelle mit den acht Fertigungswerken der ATG und weiteren Zulieferwerken⁶⁷⁶:

| | |
|---|--|
| Werk I Schönauer Straße 101 | Montage der Rumpfe aus zwei Halbschalen |
| Werk 2 Zschortauer Straße | Bau der Rumpfe Ju 52 |
| Werk 3 Mockau, Seehausener Straße | Endmontage Ju 52 und Ju 88 |
| Werk 4 Böhlitz-Ehrenberg, Ludwig-Hupfeld-Straße | Leitwerkevorfertigung |
| Werk 5 Anton-Zickmantel-Straße 50 | Vorrichtungsbau |
| Werk 6 Halle 15 Messegelände | Elektrische und hydraulische Einrichtung der Rumpfe |
| Werk 7 Schönauer Straße | Ausbildungswerkstatt |
| Werk 8 Plagwitzer Nonnenstraße | Herstellung funktechnischer Ausrüstungen, Montage von Kabelbäumen und elektrotechnischen Ausrüstungsteilen |
| Prager Letov-Flugzeugwerke | Fertigung der Ju 88 Kabinen |
| Flugzeugwerke Siebel in Schkeuditz | Tragflächen für Ju 88 |
| Mitteldeutsche Motorenwerke Taucha | Flugzeugmotoren Jumo 211 |
| BMW-Werke (Bayern) | Flugmotor BMW 132 für Ju 88 |
| Dr. Gasparly & Co Markranstädt | Fahrwerkmontage |
| Dr. Theodor Horn Großzschocher | Herstellung von Flugzeuginstrumenten |
| Junkers-Werke Dessau | Verstellbare Luftschrauben VS II für Ju 88 |
| Rheinmetall | Bordwaffe MG 131 |

Obwohl die ATG-Werke bei den Luftangriffen ab Ende 1943 auf Leipzig auch eigene Ziele waren, gehörten sie für das britische Bomber Command nicht zu den zentralen Zielen für die Ausschaltung des Ju 88-Baus. So wurde am 4. Dezember 1943 nur eine Halle zerstört. Am 20. Februar 1944 griffen allerdings amerikanische Bomber auch gezielt ATG-Produktionsstätten an. Die Werke 1, 4 und 5 erhielten Bombentreffer, und mehrere Hundert Werkzeugmaschinen wurden zerstört, was zum Produktionsausfall von 25 Flugzeugen und 65 Rümpfen führte.

⁶⁷⁵ Priemel, Tabelle IV / 3 S. 513.

⁶⁷⁶ Tabelle zusammengestellt nach Hesse, Teil I, S. 103.

Der Angriff vom 27. Februar 1945 zog den Verlust von 44 Rümpfen und zwei Wochen Produktionsausfall nach sich.⁶⁷⁷

Der dritte große Flugzeughersteller war die mit ihrem Hauptwerk in Dessau beheimatete Junkers Flugzeug- und Motorenwerke Flugzeugbau AG Werft Leipzig, wie die offizielle Bezeichnung lautete. Die Junkers-Werke in Dessau waren neben ihren Produktionsstandorten in Leipzig auch in vielen weiteren Standorten in anderen Reichsteilen vertreten. Zweigwerke für den Flugzeugbau existierten in Bernburg, Breslau, Leopoldshall, Aschersleben, Halberstadt, Fritzlar, Schönbeck, Gotha und Prag. Flugzeugmotoren wurden in Köthen, Magdeburg, Kassel und Königshof gefertigt.⁶⁷⁸

An allein vier Standorten war diese Firma in und um Leipzig tätig: Eine Betriebsstätte lag in Leipzig-Mockau, zwei waren in den Räumen der ehemaligen Kammgarnspinnerei Stöhr & Co in Leipzig-Plagwitz und in Markkleeberg, eine vierte bildete schließlich die Vereinigte Flugmotoren- und Reparaturwerke G.m.b.H. auf dem Gelände der technischen Messe. Hauptwerk in Leipzig war ab 1928 / 1929 die Reparaturwerft in Mockau. 1936 wurde sie erheblich erweitert und war dann schwerpunktmäßig für die Reparatur beschädigter Junkersbomber und -transporter zuständig, die zumeist mittels Eisenbahntransporten in zerlegtem Zustand in Mockau eintrafen. Ab 1941 konzentrierte man sich auf die Reparatur von Ju 88. In Mockau wurden auch sogenannte Mistelkombinationen, freilich in einer kleineren Serie von 50 Exemplaren, aus Ju 88 und Me 109 gefertigt, die quasi im Huckepackverfahren Einzelziele ansteuern konnten.⁶⁷⁹ Beim Werk in Plagwitz wurden ab 1943 die Fabrikationsanlagen der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co zur Motorenreparatur genutzt, genauso wie am Standort Markkleeberg und an der technischen Messe.⁶⁸⁰

Viele dieser Standorte wurden im Rahmen von Verlagerungen auch nach Westsachsen – um eine möglichst große Geheimhaltung sicherzustellen – unter Tarnfirmennamen⁶⁸¹ geführt. Das Junkers-Werk in Leipzig-Mockau unterhielt sogar eine Vielzahl von verlagerten Produktionsstandorten in Westsachsen, häufig in stillgelegten Firmen aus der Textilbranche. Produktionsorte waren dabei Zwickau, Elsterberg, Werdau, Reichenbach / V., Crimmitschau und Meerane. Das Motorenwerk in Leipzig-Plagwitz verlegte einen Teil seiner Produktion in drei Firmen nach Treuen i.V. und in eine Firma in Crimmitschau. Das Motorenwerk in Markkleeberg wich etwa nach Oberlungwitz, Stollberg, Hohenstein / Ernstthal, Wolkenburg und Penig aus.

⁶⁷⁷ Hesse, Teil I, S. 105 f.

⁶⁷⁸ Zusammenstellung bei: Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 22.

⁶⁷⁹ Hesse, Teil I, S. 106 f. Eine unbemannte Ju 88 wurde dabei mit Bomben bestückt und mittels der darüber liegenden Me 109 zum Ziel gesteuert und dann abgekoppelt.

⁶⁸⁰ Hesse, Teil I, S. 107.

⁶⁸¹ So druckt etwa Hummel ein Schreiben der Junkers-Werke in Venusberg vom 10. März 1944 an den Bürgermeister von Herold ab, in dem der Bürgermeister aufgefordert wurde, diesen Standort künftig nur noch als Venuswerke A.G. anzusprechen, siehe Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 25.

Das Stammwerk in Dessau hat für die Verlagerung die stillgelegte Baumwollspinnerei Falkenau in Falkenau genutzt. Das Zweigwerk in Halberstadt produzierte Flugzeugflächenteile in zwei ehemaligen Gardinenfabriken in Plauen.⁶⁸² Das Junkers-Motorenwerk in Magdeburg ließ in Lengenfeld, Falkenstein und Ellefeld / V. produzieren. Die Zweigwerke Motorenbau Köthen, Kassel und Dessau hatten sich in Produktionsanlagen in Oberlungwitz, Wüstenbrand, Herold / E., Venusberg, Gelenau / E. und Crimmitschau eingemietet. Nach Crimmitschau war auch die Ausbildungsabteilung der Junkers-Werke aus Dessau ausgewichen, indem dort in mehreren Betrieben Ausbildungswerkstätten eingerichtet wurden. Es gab Ausbildungskapazitäten für etwa 1.000 deutsche und russische Jugendliche; 1943 wurden nach dem Luftangriff auf Kassel am 30. Juli 1943 250 Junkerslehrlinge nach Crimmitschau versetzt.⁶⁸³

Als vierter Großbetrieb, unterstützt von der Auto Union, wurden die Mitteldeutschen Motorenwerke Taucha (MMW) als Tochterunternehmen der Auto Union gegründet.⁶⁸⁴ Ihre Hauptproduktion bestand in der Herstellung von Junkers-Flugzeugmotoren.⁶⁸⁵ Zunächst im Werk Horch in Zwickau beheimatet, verzichtete man angesichts der damaligen Nähe Zwickaus zur bis 1939 unabhängigen Tschechoslowakei dort auf den weiteren Ausbau und zog nach Taucha. Hauptargument war freilich die im Aufbau befindliche Flugzeugindustrie in Leipzig. Die Produktion begann 1935 und wurde bis 1936 / 37⁶⁸⁶ am Standort Zwickau durchgeführt, ehe die MMW dann nach Taucha umzogen. Hergestellt wurden verschiedene Motorentypen für die Junkers-Flugzeuge: Jumo (Junkers-Motor) 205, 208 und 213, repariert wurden auch Motoren der Baureihe Jumo 211. Nach anfangs bescheidenen 73 produzierten Motoren entwickelten sich die MMW zu einem der größten Rüstungsproduzenten im Raum Leipzig mit immerhin 5.327 gefertigten Motoren 1943. Von allen Luftangriffen auf Leipzig wurden die MMW durch den Angriff am 7. Juli 1944 am schwersten getroffen. 345 Bomben schlugen in ihren Anlagen in Taucha ein. Sieben Gebäude wurden total zerstört, und 21 von 30 Hallen

⁶⁸² Zu den Verlagerungen siehe Lukat, S. 129 f.

⁶⁸³ Hummel, Betriebsstilllegungen, S. 22–26.

⁶⁸⁴ Für die genauen Besitzverhältnisse siehe Kukowski / Boch, S. 112–115. Ein erstes Angebot der Auto Union lag 1938 vor, 1940 stieg der Konzern tatsächlich ein und übernahm die Reichsanteile zu 50 Prozent, wenig später dann zu 100 Prozent, siehe Bormann / Thiedtke, S. 13.

⁶⁸⁵ Gerade an diesem Betrieb kann man verdeutlichen, wie prekär zu jener Zeit die Sicherung der Arbeitskräfte für jeden Betrieb war. Da trotz der Arbeitskräfteknappheit aufgrund des nominellen Lohnstopps durch die Kriegswirtschaftsverordnung von September 1939 Lohnerhöhungen kaum möglich waren, wurden für die eigenen Arbeiter als Anreiz zum Bleiben große Siedlungsprogramme verwirklicht, siehe Hess, Rüstungswirtschaft, S. 88.

⁶⁸⁶ Die Auto Union konnte in den Erla-Werken nicht Fuß fassen und gründete daher gemeinsam mit einem Partner die MMW, siehe hierzu Kukowski / Boch, S. 74 f.

erlitten schwere Schäden, was zu erheblichen Produktionseinschränkungen führte.⁶⁸⁷ Nach Kriegsende wurde der Rüstungsbetrieb teilweise demontiert und anschließend gesprengt.⁶⁸⁸

Dass Leipzig ein solcher Schwerpunkt werden konnte, hatte sowohl mit umfangreicher staatlich-finanzieller Unterstützung als auch mit einer günstigen Arbeitskräftelage im Bereich der Metallfacharbeiterschaft zu tun, die für diesen neuen Industriezweig nutzbar gemacht werden konnte. Gerade die metallverarbeitende Industrie erreichte bereits bei Kriegsbeginn einen neuen Aufschwung und wurde wieder der Industriezweig mit der höchsten Beschäftigtenzahl.⁶⁸⁹ Allein in Leipzig verzeichnet eine Liste der Rüstungsbetriebe des Luftschutzorts 81 solcher Werke, 1941 kamen noch einmal 30 weitere Betriebe hinzu.⁶⁹⁰

Die Entwicklung der Rüstungsindustrie in Leipzig kann nicht zureichend beschrieben werden, ohne den wichtigsten, außerhalb der Lufrüstung arbeitenden Betrieb zu nennen: Die Hugo-Schneider-AG (HASAG).⁶⁹¹ Aus einem 1854 gegründeten Zivilbetrieb zur Produktion von Lampen und ähnlichen Gegenständen in Wurzen hervorgegangen und 1863 unter Beteiligung von Hugo Schneider in Reudnitz registriert und in Leipzig angesiedelt, gehörte der Betrieb bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Kreis führender Lampenhersteller im Deutschen Reich, mit immerhin 2.300 Mitarbeitern 1913. An der Rüstungsproduktion im Ersten Weltkrieg beteiligte sich die Firma durch großangelegte Munitionsherstellung, die ab 1915 fast vollständig die Produktpalette der Firma bildete. Am Paunsdorfer Standort wurden umfangreiche Erweiterungen vorgenommen, weitere auswärtige Firmen wurden gekauft.⁶⁹² Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Produktion wieder auf zivile Artikel umgestellt, freilich mit wesentlich weniger Mitarbeitern. Am Vorabend der NS-Machtergreifung waren schon wieder 1.550 Arbeitskräfte im Hauptwerk sowie in den Tochterfirmen tätig. Das HASAG-Aktienkapital wurde hauptsächlich von der Deutschen Bank sowie der Leipziger Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (ADCA) gehalten.⁶⁹³

⁶⁸⁷ Hesse, Teil I, S. 111. Planungen, eine Flugzeugproduktion am Standort Rochlitz aufzubauen, zerschlugen sich zunächst, nachdem dessen Bürgermeister dem RLM 1935 angeboten hatte, leer stehende Hallen einer Weberei für Lufrüstung zu nutzen, was mit Hinweis auf das Grenzgebiet abgelehnt wurde, siehe Hofmann, S. 63.

⁶⁸⁸ <https://kemtau.jimdol.com/r%C3%A4tselhaftes/audi-in-kemtau>. Der Umsatz der MMW machte 1942 mit 161 Millionen RM immerhin 36 Prozent des Gesamtumsatzes des Auto-Union-Konzerns aus. Zur Geschichte der MMW siehe Peter Kohl / Peter Bessel, *Geschichte der Mitteldeutschen Motorenwerke GmbH Taucha 1935–1948*, Wiesbaden 2003.

⁶⁸⁹ Hess, *Rüstungswirtschaft*, S. 80 f.

⁶⁹⁰ Hesse, Teil I, S. 16. Liste als Anhang I und II abgedruckt in: Ebenda, S. 198–200.

⁶⁹¹ Als Überblick zur Entwicklung der HASAG siehe Mustafa Haikal, *Chronik*, in: *Leipzig Permoserstraße. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts*, hrsg. vom UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig 2001, S. 12–24. Wenn im Folgenden kein anderer Nachweis erfolgt, beziehen sich die Ausführungen jeweils auf die Chronik.

⁶⁹² Haikal, *Chronik*, S. 12. Die außerordentlichen Gewinne der HASAG im Ersten Weltkrieg zeigten sich unter anderem in den ausgeschütteten Gewinnen von bis zu 30 Prozent auf die Anteile, Hesse, Teil I, S. 29.

⁶⁹³ Zur Entwicklung der HASAG in der Weimarer Republik siehe Hesse, Teil I, S. 29–33.

Mindestens zwei besondere Entwicklungsstränge führten dazu, dass sich die HASAG in den folgenden Jahren schnell zu einem Hauptrüstungsbetrieb im Deutschen Reich sowie zum – bezogen auf die Belegschaft – größten Rüstungsbetrieb in Sachsen entwickelte. Zum einen war auch die HASAG mit ihrer Metallwarenfabrik und ihrem Messingwerk von der Exportkrise der deutschen Wirtschaft 1933 / 1934 betroffen und suchte andere Produktionsfelder, zum anderen war sie über ihren Aufsichtsrat und den Vorstand sehr eng mit der NS-Bewegung verbunden, so dass sich der Konzern innerhalb weniger Jahre schnell in einen fast reinen Rüstungsbetrieb verwandelte. Neben Paul Budin, auf den wir im nächsten Absatz noch näher eingehen, war von der Werksleitung Dr. Georg Mumme als stellvertretender Generaldirektor SA-Sturmführer. Mehrere andere Direktoren wie Heinrich von Ledebur waren SS-Sturmführer, Axel Schlicht SS-Untersturmführer⁶⁹⁴, Walter Hentschke war Verbindungsmann zur Gestapo, Abwehrbeauftragter war SS-Sturmführer Wetzhold. Hesse gibt für das Jahr 1944 an, dass 96 Prozent aller Betriebsleiter, Abteilungsleiter und Obermeister Mitglieder der SS, der SA und / oder der NSDAP waren.⁶⁹⁵ Der schon erwähnte Hans Führer, Vorstandsmitglied der HASAG, kam vom NSDAP-Hauptamt für Technik und arbeitete auch an zentraler Stelle der Rüstungskoordination in Sachsen, nämlich als Chef der Rüstungskommission.⁶⁹⁶

An zentraler Stelle als Generaldirektor in der HASAG wirkte ab 1935 Paul Budin, nachdem er bereits 1931 in den Vorstand eingetreten war. Budin und andere sorgten dafür, dass bereits Ende 1933 ein jüdischer Bankier aus dem Vorstand ausscheiden musste. Er unterhielt nicht nur enge Beziehungen zur NSDAP, sondern war auch Mitglied der SS und wurde enger Mitarbeiter des Rüstungsministeriums unter Fritz Todt wie unter Albert Speer. Mit dem Übergang zum totalen Krieg ab 1942 fungierte Budin für einige Monate als Sonderbeauftragter für den geplanten „Russeneinsatz“ im Auftrag Todts.⁶⁹⁷ Später wurde er Sonderbeauftragter für den Panzerfaustbau, ausgestattet mit umfangreichen Vollmachten Albert Speers, einer Waffentart, die nicht nur für die Wehrmacht, sondern ab 1944 auch für den Volkssturm eingesetzt wurde.⁶⁹⁸

Aufgrund dieser engen Beziehungen zum NS-Regime wandelte sich das Bild der HASAG ab 1934 sehr schnell. Sie wurde zu *dem* sächsischen Munitionshersteller für die Wehrmacht.

⁶⁹⁴ Auf Axel Schlicht gehen wir in Kapitel 9 näher ein, denn er wurde in der Nachkriegszeit von einem Sowjetischen Militärtribunal für seine Tätigkeit in den polnischen HASAG-Werken zum Tode verurteilt.

⁶⁹⁵ Hesse, Teil I, S. 33 mit der Nennung weiterer NS-belasteter Mitarbeiter, so auch des Sozialdirektors Wilhelm Renner. Bei ihm handelt es sich um einen der Hauptverantwortlichen des Panzerfaustbaus und um den Schwiegervater von Helmut Kohl, so dass er auch in den Kohl-Protokollen auftaucht, siehe Heribert Schwan / Tilman Jens, Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014, S. 126.

⁶⁹⁶ Schumann, Soldaten und Arbeiter, S. 75.

⁶⁹⁷ Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 335. Er ließ in dieser Zeit sogar eigene Briefköpfe mit dem Zusatz „Sonderbeauftragter des Reichsministers für Bewaffnung und Munition“ drucken, siehe Mustafa Haikal, Von der Petroleumlampe zur Panzerfaust, in: Leipzig Permoserstraße, S. 25–53, hier S. 48. Zur Biographie Budins siehe auch Mustafa Haikal, Exkurse und Dokumente zur Geschichte der Hasag, in: Leipzig Permoserstraße, S. 54–73, hier S. 66–68.

⁶⁹⁸ Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 627.

1934 entstand auf dem Werksgelände in Leipzig-Paunsdorf ein Fabrikgebäude zur Munitionsherstellung. Von 1935 bis 1938 wurden dort weitere Werkshallen für die Munitionsproduktion errichtet, ab 1935 auch ein Munitionswerk in Berlin-Köpenick in Betrieb genommen. In Thüringen richtete man an den Standorten Meuselwitz und Altenburg weitere Munitionswerke ein, 1937 auch eines in Taucha.

Ein weiterer Schritt kam mit dem Kriegsbeginn. Die HASAG übernahm im Generalgouvernement als Treuhänder der Wehrmacht und späterer Eigentümer mehrere polnische Betriebe in Skarżysko-Kamienna, in Kielce und in Tschenstochau / Częstochowa und ließ dort Rüstungsgüter (vor allem Infanteriemunition) beziehungsweise Stahl produzieren, zunächst von polnischen und dann von jüdischen Zwangsarbeitern. Ab 1943 wurden in den polnischen Betrieben auch Panzerfäuste gebaut, allein in diesem Jahr 550.000. Nachdem die sowjetische Front 1944 die Standorte bedrohte, wurden die Anlagen demontiert und in deutschen Verlagerungsbetrieben in Borsdorf, Colditz, Delitzsch, Flößberg, Golzern und Grimma wieder aufgebaut.⁶⁹⁹

Munition und Granaten in vielen Varianten sowohl für das Heer wie die Luftwaffe⁷⁰⁰ bildeten die Produktionspalette der HASAG, und ab der zweiten Kriegshälfte war sie auf Reichsebene auch Hauptlieferant für Panzerfäuste. Der Betrieb setzte hierfür eigene Entwicklungsgruppen ein.⁷⁰¹ Im Verlauf des Krieges wurden mehrere Panzerfaustmodelle selbst entwickelt und produziert. 1944 stellte man insgesamt etwa 5,6 Millionen Panzerfäuste her; für die letzten Monate 1944 stieg die Monatsproduktion auf gut 1,3 Millionen und verdreifachte den Ausstoß damit.⁷⁰² Die „Wunderwaffe“ Panzerfaust konnte freilich keine Wende im Kriegsglück

⁶⁹⁹ Siehe Mustafa Haikal, Die Standorte der Firma im Zweiten Weltkrieg, in: Leipzig Permoserstraße, S. 74–79, Skizze S. 74.

⁷⁰⁰ Siehe hierzu Oliver Modes, Zur Baugeschichte und zum Produktionsprofil des Leipziger Standortes, in: Leipzig Permoserstraße, S. 96–101, hier S. 98. Die Hinwendung zur Produktion von Rüstungsgütern für die Luftwaffe hatte auch mit Auftragseinbrüchen für die Heeresmunition 1940 zu tun (Kapitel 1), siehe Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 43, siehe auch Hesse, Teil I, S. 27.

⁷⁰¹ Hesse, Teil I, S. 52.

⁷⁰² Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 50 sowie Wolfgang Fleischer, Die Entwicklung der Panzerfaust durch die Hasag, in: Leipzig Permoserstraße, S. 80–83, hier S. 81. Siehe auch Hesse, Teil II, S. 102. Kleinkalibrige Panzerfäuste (Typ Ofenrohr) waren nach dem Vorbild aus dem Ersten Weltkrieg im Einsatz, erwiesen sich aber als eher wirkungslos. Daher wurden ab 1943 großkalibrige Panzerfäuste nach dem amerikanischen Vorbild der Bazooka produziert, immerhin bis Kriegsende 250.000. Die für diese Waffen benötigte Munition wurde ebenfalls 1943 im Umfang von 350.000 Geschossen für eine Schussentfernung von 30 Metern hergestellt. Die Wehrmachtführung sah diesen Ausstoß aber als viel zu gering an und verlangte allein monatlich eine Produktion von 400.000 Geschossen, die erst im Herbst 1944 erreicht wurde. Im November und Dezember 1944 wurden – offenbar ausschließlich durch die HASAG – sogar monatlich 1,2 Millionen der neuen auf 60 Meter Schussentfernung ausgerichteten Geschosse hergestellt, in den ersten beiden Monaten 1945 etwa jeweils eine Million. Der Bestand der Wehrmacht betrug im März 1945 gut drei Millionen Stück aller Arten, Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabelle S. 627.

herbeiführen, denn trotz mehr als zwei Millionen Einsätzen gegen sowjetische Panzer waren sie nur zu weniger als zwei Prozent an deren Abschuss beteiligt.⁷⁰³

Als Munitionsproduzent blieb auch die HASAG vom Kriegsgeschehen abhängig. Als der Ostfeldzug einen viel höheren Munitionsverbrauch erforderlich machte als geplant, wurde das Nordwerk der HASAG in Leipzig überstürzt von der Produktion von Flugzeugteilen für die Leipziger Luftrüstungsindustrie (die entsprechenden Maschinen waren schon eingerichtet) auf Artilleriekartuschen und 8,8-cm-Granaten umgestellt.⁷⁰⁴

Obwohl einige der HASAG-Werke rote Zahlen schrieben, stiegen insgesamt die Erlöse aus der Rüstungsproduktion steil an. Machte der Gewinn 1940 noch 3,6 Millionen RM aus, so erhöhte er sich 1941 auf 20,1 Millionen RM und erreichte 1942 39,1 Millionen RM.⁷⁰⁵ Aufgrund ihrer Erfolge bei der Steigerung der Rüstungsproduktion erhielten sowohl Generaldirektor Budin wie auch der Betrieb mehrere Auszeichnungen. Budin wurde im Mai 1942 durch das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet; das Stammwerk in Leipzig wurde als Kriegsmusterbetrieb beziehungsweise Nationalsozialistischer Musterbetrieb ausgezeichnet.⁷⁰⁶

Die HASAG-Werke produzierten praktisch jeweils bis zum unmittelbaren Heranrücken der alliierten Armeen, auch die Leipziger Werke. Denn im Gegensatz zur Luftrüstungsindustrie Leipzigs war das Leipziger HASAG-Werk bei den alliierten Luftangriffen nicht als eigenes Ziel verzeichnet und daher kaum beschädigt worden.⁷⁰⁷ Es wurde dann 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht vollständig demontiert.

Ein weiteres Firmenbeispiel soll im Folgenden noch kurz geschildert werden, da an ihm die Entwicklung in der deutschen Vorkriegs- und Kriegswirtschaft in vier Bereichen, die auch auf viele andere Rüstungswerke zutreffen, deutlich wird: Einmal Firmenerweiterungen durch Arisierung, zum zweiten Produktion in übernommenen Betrieben in Polen, drittens erfolgreiche Betriebsverlagerungen in westliche Teile des Deutschen Reiches am Ende des Krieges und viertens (gesellschafts-)politische und juristische Auseinandersetzungen um die Rolle von solchen Betrieben und ihren Besitzern für die Nachkriegsentwicklung (dazu mehr im Abschnitt

⁷⁰³ Zahlen bei Hesse, Teil I, S. 56. So beurteilte etwa Rüstungsminister Speer ihre Wirksamkeit eher skeptisch, ließ ihre Produktion jedoch trotzdem nicht einstellen, Hesse, Teil I, S. 60. Zu den Abschussquoten siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 626 f. Die Entwicklung der Panzerfaust war eine eher als Notmaßnahme zu wertende Antwort der Wehrmacht auf die Überlegenheit sowjetischer Panzertypen auf dem östlichen Kriegsschauplatz.

⁷⁰⁴ Hesse, Teil I, S. 40 f. Einen Überblick über die Munitionsproduktion für die Wehrmacht insgesamt gibt Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabelle Munitionserzeugung der Wehrmacht 1940–1945, S. 642.

⁷⁰⁵ Hesse, Teil I, Tabelle S. 42.

⁷⁰⁶ Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 50.

⁷⁰⁷ Haikal, Einige Bemerkungen, S. 81 f. Siehe auch Hesse, Teil 1, S. 79. Die Schusswaffen produzierende Industrie war insgesamt kein ausdrückliches Angriffsziel der Alliierten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 185. Das HASAG-Gelände in Leipzig wurde nur bei einem Bombenangriff am 29. Mai 1944 mit Bombentreffern auf ein Gebäude in Mitleidenschaft gezogen; bei diesem Treffer starben jedoch 76 Zwangsarbeiter, siehe Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 50. Die Alliierten interessierten sich auf jeden Fall für die Technologie der Panzerfaust. Die Amerikaner nahmen einige der Konstrukteure mit in die USA (Aktion Paperclip), und auch die Sowjetunion wertete die noch vorhandenen Betriebsunterlagen für ihren eigenen Panzerfaustbau aus, siehe Fleischer, S. 83.

Beschäftigungszahlen – Umsätze – Gewinne). Es handelt sich um die Gummiwarenfabrik Flügel & Polter.⁷⁰⁸ Diese wurde 1934 von Dr. Fritz Ries erworben und in sehr kurzer Zeit mittels Rationalisierungen, radikaler Typenbereinigung und stetem Suchen nach Kostensenkungen unter Beibehaltung einer Gewinnmarge von drei bis vier Prozent zu einem florierenden und expandierenden Betrieb gemacht, der diese Entwicklung auch nach Kriegsbeginn erfolgreich fortsetzte. Neben normalen Erweiterungen im Raum Leipzig und Übernahmen anderer Betriebe in weiteren deutschen Regionen (Gummiwerke Pausa GmbH, Fa. Dorly Abitsch, Niederlassung Berlin und Marienthal bei Wien sowie anderen) wurde die kleine Konfektionsfabrik Lewinstein in Berlin arisiert und von Flügel & Polter übernommen, ebenso wie das Gummiwerk Schalkau in Meiningen. Nach 1939 wurde Ries Generaldirektor der Ostdeutschen Kautschuk und Kunststoff AG, die im polnischen Litzmannstadt (vordem Łódź) das polnisch-englische Werk der Gentleman AG übernahm und als Gummiwerke Wartheland AG weiterführte. 1942 folgte der Erwerb einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Trzebinia in Oberschlesien, nicht weit vom KZ Auschwitz entfernt, in der die Oberschlesischen Gummiwerke Trzebinia eingerichtet wurden.

Während die Firma Flügel & Polter und ihre Erweiterungsbetriebe bis 1939 durch reine Zivilproduktion gekennzeichnet waren, gelang es Ries innerhalb weniger Monate nach Kriegsbeginn, die Produktion fast vollständig auf Wehrmachtbedarf umzustellen, sowohl für die Marine wie auch für Heer und Luftwaffe. Zu den wichtigsten Gütern gehörten Schwimmwesten, Ringwulstkragen, Rettungsflöße, Rettungsinseln und Gummiboote, aber auch Gummischutzanzüge und Schutzartikel für mögliche Gaseinsätze. In erheblichem Umfang wurden auch Wehrmachtstiefel und -schuhe aus Gummi produziert.⁷⁰⁹

Insgesamt waren im Raum Leipzig neben den schon genannten großen Rüstungsproduzenten nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1943 in der direkten Luftrüstungsindustrie, im Bauwesen, in der chemischen Industrie, im Maschinenbau, im Eisen- und Stahlbau und in der Elektroindustrie über 2.000 Betriebe (vor allem kleine und mittlere) direkt oder indirekt für die Rüstungsproduktion oder als Zulieferer tätig.⁷¹⁰ Eine Auswahl größerer Betriebe gibt die folgende Tabelle:

| Firma | Produktion / Rüstungsgüter |
|---|---|
| Vereinigte Flugmotoren-Reparaturwerke | Flugzeugteile für Junkers |
| Kammgarnspinnerei Stöhr und Co | Flugzeugteile für Junkers |
| Leipziger Leichtmetallwerke in Rackwitz | Leichtmetallfolien und -güsse (Luftrüstung) |

⁷⁰⁸ Zu den folgenden Ausführungen Hesse, Teil 1, S. 144–147.

⁷⁰⁹ Zu den Stückzahlen siehe Hesse, Teil 1, S. 148–150.

⁷¹⁰ Eine Auswahl der Betriebe ist genannt in: Hesse, Teil 1, S. 17–19. Die folgende Tabelle beruht auf dieser Quelle. Ausführlich zur Geschichte dieser Betriebe vor und während der NS-Herrschaft, teilweise zu ihren Umsatz- und Gewinnentwicklungen sowie zu den produzierten Rüstungsgütern siehe Hesse, Teil I, S. 118–182.

| Firma | Produktion / Rüstungsgüter |
|---|---|
| Pittler Werkzeugmaschinenfabrik | Flugzeugmotoren, Werkzeugmaschinen für andere Rüstungsbetriebe |
| Fabrik für Flugmotoren und Kfz-Teile Albert Richter | Flugzeugmotoren |
| Peniger Maschinenfabrik und Unruh & Liebig in Leipzig | Ausrüstungen für Kriegsschiffe, Hochbunker, Panzerketten, U-Boot-Teile, Lafettenmittelstücke |
| Meier & Weichelt Eisen- und Stahlwerke | Ausrüstungen für Kriegsschiffe, Hochbunker, Panzerketten, U-Boot-Teile, Lafettenmittelstücke |
| Landmaschinenfabrik Rudolf Sack KG | u. a. Bomben, Granaten, Kartuschen |
| Deutsche Kugellagerfabrik GmbH | Kugellager |
| Metallgussgesellschaft m.b.H. Metallgießerei | Gleiskettenglieder für Panzer |
| Max Jahn Stahl- und Eisengießerei GmbH | Gleiskettenglieder für Panzer, U-Boot-Teile |
| Schumann & Co Eisengießerei und Apparatebau | U-Boot-Teile |
| Grohmann & Frosch Eisenhochbau | U-Boot-Teile |
| Christian-Mansfeld AG | Werkzeugmaschinen |
| Köllmann-Getriebebau G.m.b.H. | Getriebe für U-Boote |
| H. K. Heise Maschinenbaugesellschaft m.b.H. | 3,7-cm-Sprenggranaten |
| Langbein-Pfanhauser Werke AG | Elektrische Geräte für Rüstung |
| Opta-Radio-AG | Radioapparate |
| Landkraftwerke Leipzig AG | Elektrische Geräte |
| Büssing NAG Vereinigte Nutzkraftwagen AG | Panzerspähwagen |
| Gebrüder Brehmer | Druck- und Buchbindemaschinen für Rüstungsproduktion genutzt |
| Karl Krause Maschinenfabrik und Eisengießerei AG | Druck- und Buchbindemaschinen für Rüstungsproduktion genutzt |
| Maschinenfabrik A. Hogenforst | Druck- und Buchbindemaschinen für Rüstungsproduktion genutzt |
| Dromos Werk Richard Stölzel GmbH | Schwimmwesten, Rettungsinseln, Seenotbojen, Schlauchboote für U-Boote und andere Schiffe der Kriegsmarine |
| Flügel & Polter Gummiwarenwerke KG | Schwimmwesten, Rettungsinseln, Seenotbojen, Schlauchboote für U-Boote und andere Schiffe der Kriegsmarine |

Beschäftigungszahlen – Umsätze – Gewinne

Sehen wir uns unter dem Aspekt unserer zentralen Fragestellung Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft / Rüstungsindustrie einige der schon genannten großen Produktionsbetriebe des Leipziger Rüstungssektors noch näher an.

Die HASAG war, wie schon erwähnt, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges der vom Personal her größte sächsische Rüstungsbetrieb und sogar insgesamt der größte sächsische Betrieb.⁷¹¹ Bereits 1937 lag ihr Umsatz mit einer Belegschaft von allein 7.400 Mitarbeitern im Leipziger Werk bei 75 Millionen RM. 1938 war der Umsatz bereits auf 100 Millionen RM gestiegen, und in allen Werken arbeiteten 14.000 Personen. 1939 gab es bereits 27.000 Beschäftigte, davon in Leipzig allein 10.523.

Die ab 1939 hinzugekommenen HASAG-Treuhandbetriebe beschäftigten 1942 13.850 Mitarbeiter, zumeist ethnische Polen, und die HASAG hatte damit die meisten Beschäftigten unter allen 64 Wehrmachtbetrieben im Generalgouvernement. Die Werke wurden ab 1939 von einem Werkschutz gesichert, der sowohl aus HASAG-Mitarbeitern, vor allem aber aus Volksdeutschen, Ukrainern und SS-Angehörigen bestand und die Zwangsarbeiter entsprechend hart behandelte.⁷¹² Obwohl die Betriebe Verluste brachten, fielen diese bis 1943 nicht der HASAG zur Last, sondern wurden von der Wehrmacht getragen. Nach der 1943 erfolgten Übernahme in das Eigentum der HASAG wurden offenbar jedoch Gewinne erzielt.⁷¹³

Auch im Deutschen Reich selbst expandierte der Konzern. 1940 gab es insgesamt 34.980 Beschäftigte, 1942 bereits 45.000; die Beschäftigtenzahl erreichte 1944 mit 64.000 ihren höchsten Stand, hiervon waren 24.000 Deutsche und 40.000 ausländische Zwangsarbeiter⁷¹⁴. Ab 1943 bildeten Ausländer aller Gruppen etwa 60 Prozent der Gesamtbelegschaft, ein enorm hoher Wert im sächsischen Vergleich. Trotz der gewaltigen Steigerung der Mitarbeiterzahlen und der immer mehr anschwellenden Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Häftlingen blieben die Gewinne der HASAG auf dem Papier eher gering. So wurde für das Jahr 1942 ein Netto-Gewinn von lediglich 693.000 RM ausgewiesen. Hauptgrund war wohl, dass nur dieser zur Auszahlung kam. Die Hauptüberschüsse flossen offenbar an die Wehrmacht zurück,⁷¹⁵ und der Betrieb hatte genug Möglichkeiten, Gewinne anders zu verbuchen.

Die ersten Ausländer waren 1939 im Generalgouvernement zur Arbeit herangezogen worden. Die Zahl der polnischen Mitarbeiter im HASAG-Werk Skarżysko-Kamienna lag 1940 schon bei 9.000 und stieg bis 1941 auf 10.267 an.⁷¹⁶ Viele dieser Polen wurden, auch wegen

⁷¹¹ Für die folgenden Angaben siehe Haikal, Chronik. Dieses ist immer dann die Quelle, wenn kein anderer Nachweis angegeben wird. Siehe auch Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 42.

⁷¹² Irmgard Seidel, Der Einsatz von KZ-Häftlingen in den Werken der Hasag 1944 / 45, in: Leipzig Permoserstraße, S. 84–95, hier S. 84. Siehe auch Andrea Lorz, Die vergessene Aufarbeitung: 60 Jahre Leipziger Prozesse um die nationalsozialistischen Verbrechen in den HASAG-Werken in Skarżysko-Kamienna und Częstochowa, in: <https://4calender.boell.de/sites/default/files/6783.pdf>, S. 6 f.

⁷¹³ Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 45 f. mit Angaben zu den Produktionsproblemen im Generalgouvernement. Siehe auch Hesse, Teil I, Tabelle S. 42 f. Für 1940 und 1941 liegen keine Angaben vor, für 1942 wurden Gesamtverluste von 9,7 Millionen RM ausgewiesen.

⁷¹⁴ 1941 waren es bereits 2.132 Zwangsarbeiter gewesen, vor allem Polen und Franzosen, Hesse, Teil II, S. 30. Zu den Gesamtbeschäftigten der HASAG von 1932 bis 1944 siehe Hesse, Teil II, Tabelle 46 und 47 S. 106 f. Lorz benennt die Gesamtzahl der Mitarbeiter für 1942 bereits mit 54.000, siehe Lorz, S. 3.

⁷¹⁵ Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 46.

⁷¹⁶ Lorz, S. 4.

der Einberufungen deutscher Arbeitskräfte zur Wehrmacht, ab Frühjahr 1941 ins Deutsche Reich überführt und hier eingesetzt.⁷¹⁷ 1941 waren in den im Deutschen Reich gelegenen Ausländerlagern der HASAG als größte Gruppen 1.286 Polen, 618 Franzosen, 840 Kroaten, 52 Holländer, 86 Belgier und 90 Tschechen vertreten.

Um ihre Produktion im Generalgouvernement aufrechterhalten zu können, griff die HASAG bereits 1942 als Ersatz für Polen auf Tausende von jüdischen Zwangsarbeitern zurück. Sie wurden in vielen Razzien auf Marktplätzen zusammengetrieben, ergriffen und zwangsweise in die HASAG-Werke verfrachtet, soweit sie arbeitsfähig schienen.⁷¹⁸ Die ersten 8.000 Juden, darunter 3.000 Frauen, wurden von der SS von August bis November 1942 zugeführt.⁷¹⁹ 1943 bestand diese Gruppe insgesamt aus gut 17.000 Häftlingen, die in sechs großen Lagern auf oder in der Nähe der Betriebsstätten unter unbeschreiblichen Umständen untergebracht waren.⁷²⁰ Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den HASAG-Werken im besetzten Polen waren äußerst hart und grausam. Die jüdischen Beschäftigten mussten zwölf Stunden am Tag arbeiten; die Baracken waren extrem überbelegt und verdreckt, ohne sanitäre Anlagen⁷²¹, die Ernährung war – wie üblich bei jüdischen Beschäftigten unter deutscher Herrschaft – äußerst unzureichend.⁷²² So lagen die Verpflegungsrationen 1943 bei etwa 150 g Brot sowie zwei Wassersuppen am Tag. Normales Essgeschirr war nicht vorhanden, so dass die Suppe aus Dosen geschlürft werden musste.⁷²³ Zudem war den noch vorhandenen polnischen Arbeitskräften streng untersagt, ihren jüdischen Kollegen zusätzliche Lebensmittel zu besorgen.⁷²⁴

Am Standort Skarżysko-Kamienna produzierte die HASAG an drei Standorten (Werk A, B, C) mit je einem jüdischen Arbeitslager zur Unterbringung der Arbeitskräfte. Die Lager waren mit Stacheldraht umzäunt und wurden bewacht. In Tschenstochau waren ebenfalls drei Werksstandorte von der HASAG übernommen worden: Eine Eisenhütte, ein Werk für Apparatebau sowie das Werk Wartha. Sie waren ebenfalls für die Munitionsherstellung tätig. Insgesamt wurden in diesen Werken 1944 mehr als 6.000 Menschen, fast ausschließlich Juden, eingesetzt.⁷²⁵

⁷¹⁷ Seidel, Einsatz, S. 84.

⁷¹⁸ Schilderungen solcher Razzien bei Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. VIII, Verfahren 1432, S. 469.

⁷¹⁹ Seidel, S. 84.

⁷²⁰ Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 48 f; zu den Beschäftigtenzahlen siehe auch Hesse, Teil II, S. 107 f.

⁷²¹ Zunächst waren in Skarżysko-Kamienna jüdische Häftlinge in einer leeren Fabrik untergebracht worden, ehe dann ab 1942 / 1943 ein Barackenlager aufgebaut wurde, siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 538; siehe auch Lorz, S. 11.

⁷²² Seidel, Einsatz, S. 84. So nennt Hesse mit Bezug auf eine Betriebsgeschichte der HASAG eine tägliche Ausgabe von 230 g Brot, zwei Teller Suppe und Zichorienkaffee (kaffeeähnlicher Ersatz aus Pflanzenteilen ohne Koffein), siehe Hesse, Teil II, S. 108.

⁷²³ Lorz, S. 7.

⁷²⁴ Lorz, S. 7. Dem in einem SMT-Verfahren verurteilten Abwehrbeauftragten Axel Schlicht hatten jüdische Häftlinge 1945 attestiert, zusätzliche Lebensmittel für sie besorgt zu haben, siehe Kapitel 9.

⁷²⁵ Lorz, S. 4 f.

Die in den polnischen HASAG-Werken arbeitenden Juden fielen tatsächlich mit unter das Programm „Vernichtung durch Arbeit“⁷²⁶ der SS (siehe Kapitel 2); sobald Häftlinge den schweren Arbeitsbedingungen nicht mehr standhalten konnten, wurden sie ausgesondert und vom Werkschutz liquidiert, so etwa in Werk C, wo die schwächeren Häftlinge mit giftigen Chemikalien ohne Schutzmaßnahmen arbeiten mussten.

Besonders schlecht und gefährlich waren die Arbeitsbedingungen im Werk C von Skarżysko-Kamienna. Aus der Beschreibung eines weiblichen Häftlings lassen sich die konkreten Arbeitsbedingungen ablesen: „Alles im Wald [wo das Werk lag, A.d.A.] ist gelb; ...so wirken die giftigen Substanzen, die aus den Werkhallen strömen. ... In der Halle befinden sich zwei riesige Kessel, in welche das Trotyl hineingeschüttet wird. Die Luft ist voller Trotylstaub, der Tränen aus den Augen presst, den Atem beraubt und Husten hervorruft. In sehr hoher Temperatur sieden in Kesseln Salpeter und Trotyl, denen ein dichter Dampf entströmt. Indem der Kesselbedienende den Inhalt des Kessels mischt, atmet er den aufsteigenden Dampf des Trotyls ein, der auf den Organismus genauso tödlich wirkt wie Pikrin. Es wird ohne Schutzkleidung, Masken, Brillen und Handschuhe gearbeitet. ... Die wenigen, die aus dem Lager und von der Arbeit mit Trotyl lebend davon kamen, hatten Tuberkulose. Aber es gab ihrer nur wenige. ... Wenn die Männer ausstarben, mussten Frauen sie bei den schweren Arbeiten ersetzen. Besonders gefährlich war die Arbeit bei der Stampfe, d. h. dem Zerstoßen von Trotyl, da der aufsteigende Trotylstaub in die Lungen drang und tödlich auf das Herz und auf andere Organe wirkte. Bei dieser Arbeit beschäftigte Frauen lebten durchschnittlich nicht länger als zwei Monate.“ „Dort lag die tägliche Sterbeziffer zwischen 25 und 60 Menschen“, wie Irmgard Seidel⁷²⁷ feststellt. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer betrug nur wenige Monate, ehe die Häftlinge so erschöpft waren, dass sie entweder starben oder ausgesondert und anschließend vom Werkschutz erschossen wurden⁷²⁸. Ein Zeuge erinnerte sich im Kamienna-Prozess 1948, dass nach wenigen Wochen von 36 zugewiesenen Arbeitskräften nur noch zehn übrig geblieben waren.⁷²⁹

⁷²⁶ Lorz bezieht sich hier zustimmend auf das Diktum von Mark Spoerer, die HASAG sei das am stärksten involvierte Privatunternehmen in diesen Vernichtungsansatz der SS gewesen, Lorz, S. 5.

⁷²⁷ Beschreibung der Arbeitsbedingungen von Roza Bauminger, einer Überlebenden, zitiert in: Seidel, S. 85 f. Dort auch die zitierte Aussage von Irmgard Seidel. Trotyl und Pikrin wurden zur Sprengstoffherstellung genutzt und sind ebenso unter ihren chemischen Namen Trinitrotoluol und Trinitrophenol bekannt. Siehe auch Lorz, S. 8, wo ebenfalls eine Zeugenaussage zu den furchtbaren, ohne Schutzkleidung zu bewältigenden Arbeitsvorgängen im Werk C wiedergegeben ist. Ähnlich war die Erfahrung eines anderen Juden, der in der Nähe von Radom bei der Herstellung von Wasserminen mit dem Sprengstoff Pikrin umgehen musste, siehe Alexander von Plato, S. 43.

⁷²⁸ Offenbar sind vom Werkschutz auch wiederergriffene Geflohene erschossen worden, so zwei jüdische Geflüchtete im Frühjahr 1943 im Arbeitslager Kamienna in Anwesenheit der anderer Häftlinge, siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 557 f.

⁷²⁹ Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 544. Der Werksleiter von Werk C, Arthur Rost, erklärte im Kamienna-Prozess zu seiner Verteidigung, Schutzkleidung habe nicht beschafft werden können; im Übrigen seien die Aussonderungen arbeitsunfähiger Juden allein aus produktionstechnischen Gründen

Endemisch waren jedoch auch die Misshandlungen der Arbeitskräfte durch deutsche Vorarbeiter wie auch den Werkschutz. Dutzende von Zeugen berichteten in beiden HASAG-Prozessen 1948 und 1949 über ständige Misshandlungen mittels Schlägen mit der Hand und allen möglichen Hilfsmitteln (etwa Schläuche, Gummiknüppel, Peitschen), was häufig anschließend zum Tod der Juden führte. Offenbar versuchten die HASAG-Mitarbeiter, die mangelhaften Arbeitsergebnisse aufgrund unzureichender Ernährung und Krankheit mittels Gewalt zu erhöhen.⁷³⁰

Da dieses umso mehr zur Verschlechterung des körperlichen Zustands führte, wurden in unregelmäßigen Abständen Selektionen durchgeführt, bei denen die schwächsten Arbeitskräfte ausgesondert und anschließend abseits erschossen wurden. Beim Kamienna-Prozess 1948 berichteten Zeugen über die Aussonderungs- und Erschießungsvorgänge. Offenbar mussten ganze Zwangsarbeiter-Abteilungen antreten, wurden dann von der Werksleitung in Bezug auf ihre Arbeitsfähigkeit begutachtet und anschließend entweder wieder zur Arbeit geschickt oder dem Werkschutz zur Exekution übergeben. Offenbar hat sich die Werksleitung auch selbst an Erschießungen beteiligt.⁷³¹

Im Werk Tschenstochau spielte ein solcher Vorgang aus dem Jahre 1943 eine besondere Rolle. Dort war es im Juni oder Juli 1943 zur Selektion von bis zu 500 Juden gekommen, die anschließend auf dem jüdischen Friedhof des Ortes erschossen wurden. Hinzu kam eine Reihe von weiteren einzelnen Erschießungsaktionen nach Selektionen.⁷³² Im Lager Skarżysko-Kamienna waren allein 25.000 Juden untergebracht, von denen die Mehrzahl umkam beziehungsweise vom Werkschutz ermordet wurde.⁷³³ Offenbar resultierte die große Mehrheit der Todesfälle unter den Kamienna-Häftlingen aus direkten Mordaktionen. Schneider nennt etwa eine Zahl von 22.000 Toten für alle HASAG-Werke.⁷³⁴

Wer die Tortur der Arbeit überleben konnte, wurde schließlich ab Mitte 1944 zusammen mit den Maschinen und Geräten ins Deutsche Reich deportiert – etwa 1.273 weibliche Juden kamen nach Leipzig-Schönefeld⁷³⁵, 5.650 männliche Juden wurden in Außenlager des KZ-

geschehen und nicht mit dem Ziel, diese Personen anschließend erschießen zu lassen, siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 541.

⁷³⁰ Siehe hierzu die wiedergegebenen Urteile in beiden großen HASAG-Prozessen 1948 und 1949, in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX Verfahren 1511 und Bd. VIII Verfahren 1432.

⁷³¹ Nach Aussagen des Zeugen Friedmann Saul, geschildert in: Hesse, Teil II, S. 108 f; auch Lorz, S. 9. Siehe auch Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 539.

⁷³² Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. VIII, Verfahren 1432, S. 470 und 472; siehe auch Lorz, S. 10.

⁷³³ Mustafa Haikal, Einige Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Hugo-Schneider Aktiengesellschaft (HASAG), in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, 81–88, hier S. 84.

⁷³⁴ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 93, mit Bezug auf Felicja Karay. Die Zahlenangaben weichen zum Teil etwas voneinander ab. In jedem Fall war die Todesrate in den HASAG-Werken extrem hoch.

⁷³⁵ Seidel, Einsatz, S. 86. Eine Zahl von 3.000 nennt Fritz, KZ-Außenlager, S. 149 ohne nähere Erläuterungen.

Stammlagers Buchenwald versetzt⁷³⁶ (siehe oben Verlagerungsorte der HASAG wie Taucha oder Altenburg).

Auch die Insassen der deutschen KZ-Stammlager kamen noch gegen Kriegsende in Leipzig zum Einsatz. Vor allem die großen Luftrüstungsbetriebe sowie die HASAG unterhielten dazu eigene KZ-Außenlager. Größter Einsatzbetrieb war wiederum die HASAG. Das größte Einzellager war das HASAG-Frauenlager am Werksgelände in der Hugo-Schneider-Straße (heute Permoserstraße), das ab Juni 1944 insgesamt 5.488 weibliche KZ-Häftlinge – davon etwa 1.952 ausländische Jüdinnen – und knapp 4.000 politische Häftlinge aus ganz Europa beherbergte; hinzu kam das im November 1944 eingerichtete Männerlager mit 564 KZ-Insassen, die bald in andere Außenlager versetzt wurden (Adresse damals Bautzner Straße, heute Kamenzer Str. 10 / 12).⁷³⁷

Daneben betrieb die HASAG gleichfalls in ihrem Werk in Taucha jeweils ein KZ-Frauen- und ein KZ-Männer-Außenlager. Hier waren insgesamt 1.352 Frauen und 466 Männer zur Munitionsherstellung beziehungsweise zu Transportarbeiten eingesetzt.

Die meisten Lager waren mit weiblichen KZ-Häftlingen belegt⁷³⁸, die zum Teil aus Polen stammten. Ein erster Transport aus dem Frauen-KZ Ravensbrück kam am 9. Juli 1944 zum Arbeitseinsatz in Leipzig an; weitere KZ-Außenlager mit weiblichen und männlichen Häftlingen wurden in Schlieben⁷³⁹, Altenburg und wie schon genannt Taucha und Meuselwitz eingerichtet. Es gab zudem auch reine KZ-Außenlager mit Männern, wie in Colditz und Flößberg. Im Oktober 1944 verfügte die HASAG über mehr als 10.000 KZ-Häftlinge. Aus einer SS-Übersicht geht für Januar 1945 insgesamt eine Zahl von 14.581 KZ-Häftlingen in insgesamt zwölf Lagern hervor, die größte Belegung lag im Februar 1945 bei 17.249.⁷⁴⁰ Nach Aussagen des SS-WVHA-Chefs Oswald Pohl war die HASAG nach der IG Farben und den Reichswerken-Hermann-Göring der drittgrößte Abnehmer von KZ-Häftlingen im gesamten Deutschen Reich.⁷⁴¹

Wie für alle KZ-Außenlager, waren auch die Betriebe der HASAG verpflichtet, Aufseherinnen für den Arbeitseinsatz der weiblichen Häftlinge zu stellen. Diese wurden, wie schon am Beispiel der Astra-Werke in Chemnitz geschildert, im Frauen-KZ Ravensbrück in Kurzlehrgängen ausgebildet und hatten sich zum Teil freiwillig gemeldet oder waren eben dienstverpflich-

⁷³⁶ So die Angaben bei Seidel, Einsatz, S. 86. Sie gibt eine Übersicht über die Gesamtbelegschaftszahlen der HASAG-Werke in Polen und kommt dabei auf etwa 25.000 Juden, ebenda, S. 86.

⁷³⁷ Angaben nach Seidel, Einsatz, S. 87 f. Genauer zu einzelnen HASAG-Werke, auch denen in Berlin und in Italien, Seidel, S. 75–78.

⁷³⁸ Zu den einzelnen HASAG-KZ-Außenlagern in Bezug auf die Häftlingszusammensetzung, teilweise dem Arbeitseinsatz und den Evakuierungen siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 479 f. (Flößberg, nur Männer), S. 493–496 (Leipzig-Schönefeld, Frauen- und Männerlager), S. 517 f. (Taucha, Frauen- und Männerlager), S. 528 f. (Altenburg, Frauen- und Männerlager), S. 545 (Meuselwitz, Frauen- und Männerlager), S. 546 (Schlieben, Frauen- und Männerlager), S. 467 f. (Colditz, nur Männer).

⁷³⁹ Im Lager Schlieben waren auch viele Sinti- und Roma-Frauen aus ganz Europa untergebracht, die später noch in Altenburg eingesetzt waren, siehe hierzu Seidel, Einsatz, S. 92.

⁷⁴⁰ Hesse, Teil II, Tabelle 50 S. 111, Tabelle 52 S. 112 f.

⁷⁴¹ So Hesse, Teil II, S. 102.

tet worden. Um die Arbeitsleistung der Häftlinge zu sichern oder auch zu steigern, durften die Aufseherinnen auch Strafen vollziehen. Eine von ihnen berichtete nach Kriegsende, man habe etwa leichte Schläge verpassen, die Frühstückspause streichen oder Essenportionen herabsetzen können. Es gab jedoch auch härtere Strafen, wie zum Beispiel mehrstündiges Stehen im Freien bei Wind und Wetter oder sogar 25 Schläge mit dem Gummiknüppel auf das Gesicht sowie Bunkerhaft mit oder ohne Essenausgabe.⁷⁴²

Da alle diese Lager eingerichtet wurden, um tatsächlich Arbeitsfähige für die Rüstungsproduktion unterzubringen, versuchte die SS, „unnütze Esser“ auszusortieren. So mussten die KZ-Außenlager melden, welche Häftlinge im Alter unter 18 Jahren vorhanden waren und für welche Arbeiten sie eingesetzt wurden. Im Lager Leipzig-Schönefeld befanden sich immerhin 179 Mädchen und Frauen aus den Jahrgängen 1926 bis 1930. Kleine Kinder hatten dagegen keine Chance. Am 4. August 1944 ging ein Transport mit Kindern und Jugendlichen zwischen vier und 17 Jahren nach Auschwitz ab, wo diese am 28. August 1944 vergast wurden.⁷⁴³ Hesse nennt einen Transport mit Häftlingen der HASAG, der am 29. August 1944 in Auschwitz eintraf; von diesem wurden 25 weibliche Häftlinge zunächst in Auschwitz aufgenommen, alle anderen (genaue Anzahl ist unbekannt) wurden vergast.⁷⁴⁴ Insgesamt wurden von August bis Oktober 1944 84 Jüdinnen und jüdische Kinder aus Leipzig, 123 Jüdinnen und 49 weibliche Sinti und Roma aus Altenburg sowie 149 weibliche Sinti und Roma aus Taucha nach Auschwitz deportiert und dort in den Gaskammern ermordet.⁷⁴⁵

Dass Häftlingsarbeit für die HASAG auf der anderen Seite eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion war, zeigt die Tatsache, dass im November 1944 in umgekehrter Richtung auch 21 Häftlinge – 20 Krankenpflegerinnen und eine Ärztin – von Auschwitz zur HASAG transportiert wurden.⁷⁴⁶ Offenbar galt es, die medizinische Betreuung der arbeitenden Häftlinge zumindest auf einem Minimalniveau zu sichern. Eine Schätzung über die Mortalitätsrate der Häftlinge in den deutschen KZ-Außenlagern der HASAG geht von 20 bis 30 Prozent bei insgesamt 22.000 Häftlingen aus.⁷⁴⁷

Das Werk in Leipzig-Paunsdorf in der heutigen Permoserstraße hatte 1945 16.000 Beschäftigte, davon 5.250 überwiegend weibliche KZ-Häftlinge, hinzu kamen mehrere Tausend Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.⁷⁴⁸

⁷⁴² So die Aussage der ehemaligen Aufseherin Veters, zitiert in: Seidel, Einsatz, S. 93 und 95.

⁷⁴³ Seidel, Einsatz, S. 88 f.

⁷⁴⁴ Hesse, Teil II, S. 104 mit Bezug auf Transportlisten von Auschwitz. Möglicherweise handelt es sich um denselben Transport wie bei Seidel, Einsatz, genannt.

⁷⁴⁵ Seidel, Einsatz, S. 92.

⁷⁴⁶ Hesse, Teil II, S. 104.

⁷⁴⁷ Haikal mit Bezug auf Felicja Karay, siehe Haikal, Von der Petroleumlampe, S. 49.

⁷⁴⁸ Haikal, Einige Bemerkungen, S. 81.



Abb. 52: Übersichtsplan des Betriebsgeländes der HASAG an der heutigen Permoserstraße⁷⁴⁹

⁷⁴⁹ Abgedruckt in: Modes S. 99

Luftrüstungs- und andere Rüstungsbetriebe

Kommen wir nun zu den großen Betrieben im Bereich der Luftrüstung. 1941 führten die schnellen Anfangssiege im Feldzug gegen die Sowjetunion dazu, dass endgültig der Schwerpunkt der Rüstungsproduktion auf Luftwaffe und Marine verlagert werden sollte. Dies hatte für die Region Leipzig zur Folge, der dort ansässigen Flugzeugindustrie einen erheblichen Wachstumsschub – über Jahre – in der Produktion von Rüstungsgütern zu geben, was steigende Beschäftigtenzahlen inklusive Ausländereinsatz nach sich zog und dazu beitrug, dass 1943 allein in den vier Flugzeugwerken ATG, Erla-Werke, MMW und Junkers-Werke 44.000 Fremd- und Zwangsarbeiter eingesetzt waren.⁷⁵⁰

Die Beschäftigtenzahl bei den MMW war 1937 bereits auf 2.330 Personen gestiegen und verdoppelte sich fast auf 4.235 bis Oktober 1938. 1939 waren bereits 4.673 Arbeitskräfte tätig, im Dezember 1942 schließlich 9.339.⁷⁵¹ Der Grund für den Anstieg bestand darin, dass es 1941 große Investitionen gegeben hatte, als etwa erheblich höhere Produktionszahlen im Rahmen des „Elch-Programms“ erreicht werden sollten. Es war sogar eine Beschäftigungszahl von 10.500 Arbeitskräften geplant, die jedoch nicht ganz erreicht wurde.⁷⁵² Beginnend Ende 1942, sank die Beschäftigtenzahl 1943 wieder etwas, was vor allem mit Einberufungen zur Wehrmacht zu tun hatte; die Zahl der deutschen Beschäftigten sank innerhalb eines Jahres um 47 Prozent und konnte keineswegs vollständig durch Fremdarbeiter ausgeglichen werden. Am 31. Dezember 1943 bestand die Belegschaft noch aus 7.754 Personen, der Ausländer- beziehungsweise Zwangsarbeiteranteil lag mit 2.808 Personen immer noch bei etwa 36 Prozent.⁷⁵³ 1942 war er von ursprünglich anfangs 20 Prozent auf zwischenzeitlich über 40 Prozent gegen Jahresende gestiegen, was in absoluten Zahlen einen Anstieg von 1.550 Ausländern auf 3.363 bedeutete. Dieses war auch der Höhepunkt dieser Beschäftigtengruppe bei den MMW, danach pendelten sich die Zahlen bis Mitte 1944 bei etwa 2.500 Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ein.⁷⁵⁴ Anfang 1942 waren die MMW damit der Auto-Union-Betrieb mit dem sowohl in absoluten Zahlen wie anteilmäßig weitest aus höchsten Ausländeranteil; Ende 1942 stieg dieser Anteil in allen Standorten und erreichte etwa beim Auto-Union-Standort in Berlin-Spandau eine ähnliche Höhe wie bei den MMW.⁷⁵⁵

Die ersten ausländischen Beschäftigten der MMW waren 45 französische Kriegsgefangene im Herbst 1941, die vermutlich aus der Landwirtschaft gekommen waren. Bekanntlich sollten diese Kriegsgefangenen generell zur Industrie versetzt und durch sowjetische Kriegs-

⁷⁵⁰ Held / Fickenwirth, S. 162 f.

⁷⁵¹ Hesse, Teil I, S. 110; siehe Kukowski / Boch, Tabelle 21a S. 244 f.

⁷⁵² Hess, Rüstungswirtschaft, S. 79 und 88.

⁷⁵³ Hesse, Teil I, S. 110.

⁷⁵⁴ Zu den Angaben siehe Kukowski / Boch, Tabelle 22a und 22b S. 247 – 251.

⁷⁵⁵ Siehe entsprechende Tabellen bei Kukowski / Boch, vorige FN 754.

gefangene in der Landwirtschaft ersetzt werden (siehe Kapitel 1). Hinzu kamen 75 Zivilisten vor allem aus Westeuropa. In den nächsten Jahren stieg die Anzahl der Ausländer rapide an und erreichte am 28. Februar 1942 1.120 zivile Ausländer und 310 Kriegsgefangene, unter ihnen auch Arbeitskräfte aus Polen wie auch sowjetische Kriegsgefangene, Ostarbeiter, Italiener, Ungarn, Belgier.⁷⁵⁶ Im September 1942 bildeten ethnische Russen, Ukrainer und Weißrussen sowie sowjetische Kriegsgefangene (als sowjetische Bürger) mit 18,5 Prozent sowie Polen mit 6,3 Prozent aller Beschäftigten die beiden größten Ausländergruppen und blieben das auch bis Herbst 1944 mit jeweils 18,3 Prozent und 5,6 Prozent.⁷⁵⁷ Bei 9.575 Belegschaftsmitgliedern erreichten die MMW ihr höchste Beschäftigungszahl im September 1942. Die schon genannten Ostarbeiter bildeten mit 29 Prozent die größte Gruppe unter circa 4.000 ausländischen Beschäftigten.⁷⁵⁸

Die Beschäftigtenzahlen der Erla-Werke stiegen ab Produktionsbeginn 1934 gleichfalls sehr stark an. Waren in diesem Jahr nur 111 Arbeitskräfte tätig gewesen, erhöhte sich ihre Zahl 1935 auf 698 und erreichte 1937 schon 3.927. Am 1. Oktober 1938 lag sie bei 4.310 und erreichte bei Kriegsbeginn 5.821. Aufgrund der Kriegskonjunktur wuchs die Mitarbeiterzahl ab 1940 noch einmal stark, bestand jedoch bald nur noch zu einem Teil aus deutschen Beschäftigten; Zuwachs bei dieser Gruppe gab es vor allem nur noch durch Personalverlagerungen aus anderen Betrieben. Nach dem Luftangriff auf Leipzig am 4. Dezember 1943 wurden aus den stark zerstörten Druckgewerbebetrieben Leipzigs (siehe weiter oben) sogleich 3.500 Arbeitskräfte in die Rüstungsproduktion der Erla-Werke umgesetzt.⁷⁵⁹ 1943 waren bei den Erla-Werken damit 24.991 Menschen tätig, freilich bildeten Ausländer mit 16.032 Personen (Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge) inzwischen etwa zwei Drittel der Mitarbeiter. In manchen Werksstandorten fiel der Anteil der deutschen Arbeiter dabei in den niedrigen einstelligen Bereich, so in den Werken VI und VII auf 3,3 Prozent.⁷⁶⁰ Die Mehrzahl der 16.032 ausländischen Kräfte war freilich tatsächlich im Ausland in den von den Erla-Werken betriebenen ausländischen Betriebsteilen beschäftigt, in den innerdeutschen Werken waren es 6.024.⁷⁶¹

Insgesamt betrug die Gesamtzahl der im Inland beschäftigten zivilen Ausländer während des Krieges circa 8.700 Personen, hinzu kamen etwa 4.000 KZ-Häftlinge in Leipzig und den

⁷⁵⁶ Angaben nach Kukowski / Boch, S. 138–141, Tabelle 19 S. 144.

⁷⁵⁷ Kukowski / Boch, Tabelle 25 S. 257 f. und Tabelle 28 S. 265 f. Im September 1944 lagen die Tschechen mit 7,1 Prozent noch vor den Polen, da inzwischen das ausgelagerte Werk Iser GmbH im Protektorat seine Arbeit aufgenommen hatte, in dem immerhin gut ein Drittel der MMW-Belegschaft arbeitete: 1.770 Beschäftigte, Kukowski / Boch, Tabelle 21a S. 244.

⁷⁵⁸ Bormann / Thiedtke, S. 14.

⁷⁵⁹ Held / Fickenwirth, S. 165.

⁷⁶⁰ Hesse, Teil I, S. 96 f.

⁷⁶¹ Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 73. Im Oktober 1944 bildeten ausländische Arbeitskräfte aller Kategorien etwa 63 Prozent der Belegschaft, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 57 S. 168.

verlagerten Betriebsstandorten⁷⁶² sowie viele Kriegsgefangene. Die Erla-Werke unterhielten zusammengenommen 25 Ausländerlager (unter ihnen KZ-Außenlager), von denen sich über 20 im Raum Leipzig befanden.⁷⁶³

Dieser Luftrüstungsbetrieb war damit auch ein großer Nutzer von KZ-Arbeit. Das erste Außenlager des KZ-Stammlagers Buchenwald wurde im März 1943 unter dem Tarnnamen „Emil“⁷⁶⁴ in Leipzig-Thekla bei dem dortigen Erla-Standort errichtet. Es wurde nur zeitweise als KZ genutzt, danach war dieser Standortteil auch Lager für Zwangsarbeiter, ebenso wie das schon vorher an diesem Standort existierende Zwangsarbeiterlager. Da die Geschichte des Lagers gut erforscht ist, wollen wir es beispielhaft für viele andere KZ-AL näher beschreiben. Das Lager bestand bis Ende 1943 und war mit fünf Baracken ausgestattet; hinzu kamen ein Gebäude für die Wachmannschaften, ein Krankenrevier, eine Wasch- und eine Schreibstube. Das Lager war nach der Erinnerung eines Häftlings, der am Aufbau beteiligt gewesen war, von einem doppelten und elektrisch gesicherten Stacheldraht umgeben. Insgesamt hatte es eine Kapazität von 800 Häftlingen, die für den Fußmarsch zum Erla-Werk in Abtnaundorf etwa 15 Minuten benötigten.

Ende 1943 wurde das KZ-AL aus Leipzig-Thekla nach Leipzig-Abtnaundorf verlegt; es befand sich damit unmittelbar am Werk III. Es war ebenfalls mit fünf Häftlingsbaracken für eine Kapazität von 800 Häftlingen ausgestattet und verfügte über die üblichen weiteren Funktionsbaracken; das Lager hatte nur einen Ausgang zum Betriebsgelände und war mit zwei elektrischen Zäunen und Wachtürmen gesichert.⁷⁶⁵ Nach Häftlingerinnerungen waren die Baracken mit Dreistockbetten versehen und damit stark überbelegt; die Häftlinge wurden jeweils getrennt nach Herkunftsland in den Baracken untergebracht.⁷⁶⁶

Im Herbst 1943 eröffneten die Erla-Werke noch einen weiteren Standort des KZ-AL „Emil“. Er lag direkt am Hauptwerk I in Leipzig-Heiterblick und besaß eine Kapazität für 600 Häftlinge. Auch dieses Lager bestand bis April 1945. Das KZ-AL grenzte direkt an das 1942 errichtete Zwangsarbeiterlager der Erla-Werke. Bewacht wurden die Lagerstandorte des AL „Emil“ nach Unterlagen der SS – etwa im September 1944 – von 168 SS-Männern, von denen manche offenbar als nicht (mehr) frontdiensttauglich aus der Wehrmacht stammten. Ihre Funktionen bestanden in der Versorgung, der Überwachung und gegebenenfalls auch der Bestrafung der Insassen.⁷⁶⁷

⁷⁶² Mai, S. 31. Zu den genauen Häftlingszahlen siehe weiter unten.

⁷⁶³ Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 73.

⁷⁶⁴ Zu den folgenden Ausführungen zu den Lager-Standorten der Erla-Werke in Leipzig siehe ausführlich Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 73–87.

⁷⁶⁵ Ein Lagerplan ist abgedruckt bei: Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 77.

⁷⁶⁶ So die Erinnerungen des Häftlings Gerd Zipperer, auf die sich Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 78, hier stützt. Ob die Baracken tatsächlich keine Heizmöglichkeit hatten, wie der Häftling außerdem angab, ist jedoch zweifelhaft, da im Winter völlig unterkühlte Baracken die Arbeitsfähigkeit der Häftlinge noch mehr untergraben hätten.

⁷⁶⁷ Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 78 f.

Mit den drei Lagerstandorten in Leipzig-Thekla, Leipzig-Heiterblick und Leipzig-Abnaundorf waren insgesamt 3.500 männliche Häftlinge bei den Erla-Werken beschäftigt – die ersten bereits ab März 1943. Die beiden parallel existierenden Standorte in Abnaundorf und Heiterblick erreichten im Februar 1944 mit 1.612 Häftlingen ihre Höchstbelegung. Die Häftlinge kamen aus fast zwei Dutzend verschiedenen Ländern; offenbar bildeten Bürger der Sowjetunion gut die Hälfte der Insassen, als zweite Gruppe waren schon mit erheblich niedrigeren Zahlen Polen und Franzosen vertreten. Deutsche waren nur eine kleine Minderheit.⁷⁶⁸

Die Häftlinge verblieben jedoch nicht alle in beiden Lagern; gut 1.500 von ihnen wurden später in die ausgelagerten Betriebsteile der Erla-Werke nach Flöha, Johanngeorgenstadt und Mülsen St. Micheln beziehungsweise die dortigen Außenlager versetzt. In den Gebäuden der Firma Tüllfabrik Flöha mussten 700 der Leipziger Häftlinge ab März 1944 vor allem Flugzeugrümpfe der Me 109 fertigen. In Johanngeorgenstadt waren über 1.000 KZ-Insassen seit Dezember 1943 in der Montage von Leitwerken und Flügeln für die Me 109 tätig. In Mülsen St. Micheln wurden ab Ende Januar 1944 mehr als 1.100 Häftlinge zur Produktion von Flügeln und Flugzeugmotoren für die Me 109 eingesetzt.⁷⁶⁹

Stellvertretend für die vielen KZ-Außenlager im Großraum Leipzig wollen wir anhand des Lagers „Emil“ noch etwas genauer auf die konkreten Existenzbedingungen der Häftlinge eingehen. Im Gegensatz etwa zu den Astra-Werken in Chemnitz war die SS für die Ernährung der KZ-Häftlinge bei den Erla-Werken zuständig, die sich hierbei auf die entsprechenden Richtlinien des REM bezog, welche generell für eine zureichende Versorgung viel zu geringe Verpflegungspauschalen vorsahen. Ein Häftling erinnerte sich später, dass die Rationen bei den Erla-Werken nicht besser gewesen seien als im Stammlager Buchenwald.⁷⁷⁰ Für die Bekleidung der Häftlinge wie auch ihre medizinische Versorgung war ebenfalls das Stammlager Buchenwald verantwortlich. Die Bedingungen im Arbeitseinsatz freilich wurden vom Betrieb vorgegeben. Es ist davon auszugehen, dass die Häftlinge zumeist im Zweischicht-System eingesetzt wurden, parallel zum Schichtsystem der Stammebelegschaft. Die Arbeitsaufgaben umfassten zum einen Arbeiten in der Flugzeugmontage, teils auch am Fließband, zum Teil waren die Häftlinge aber auch zu Bauarbeiten in ihren eigenen Lagern und auf dem Betriebsgelände eingesetzt. Ab 1944 kamen auch Arbeiten zur Beseitigung von Bombenschäden hinzu.

Es gab in den beiden Lagerstandorten Abnaundorf und Heiterblick eigene Krankenbaracken, in denen neben SS-Sanitätern (auch die SS-Bewacher mussten sich dort behandeln lassen) Häftlingsärzte arbeiteten, die auch Operationen durchführten. Häufige Ursachen für die Behandlung waren Infektions-, Magen- und Darmerkrankungen, Arbeitsunfälle und Frostfol-

⁷⁶⁸ Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 80 f.

⁷⁶⁹ Zu den KZ-AL der Erla-Werke auf sächsischem Territorium siehe die entsprechenden Zusammenstellungen in NS-Terror und Verfolgung im Abschnitt Verzeichnis der KZ-Außenlager. Zusammenfassend zu den KZ-Außenlagern der Erla-Werke Fritz, KZ-Außenlager, S. 142.

⁷⁷⁰ So Tadeusz Sobolewicz, zitiert in: Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 83. Zu den folgenden Ausführungen siehe ebenda, S. 82–86.

gen. Es wurden aber auch Erkrankungen wie Krätze behandelt, die auf mangelhafte Hygienebedingungen zurückzuführen waren. Eine ganze Reihe von regelmäßigen Vorbeugemaßnahmen wie Kontrollen, Entlausungen oder Bademöglichkeiten sollten strukturell Erkrankungen vorbeugen, denn das Wichtigste für den Betrieb war die Arbeitskrafterhaltung der Häftlinge.

Bei nicht (schnell) heilbaren Erkrankungen wurden die Häftlinge nach Buchenwald zurücküberstellt und durch neue Transporte aus dem Stammlager ersetzt. Nicht zuletzt gesundheitsgefährdende Arbeiten wie in der Lackiererei, ebenso wie die unzureichende Ernährung, führten zur Erkrankung und Entkräftung der Häftlinge und zu ihrem Transport ins Stammlager; häufig trat dann im Stammlager der Tod ein.

Für Strafen im Außenlager war gleichfalls die SS zuständig. Mit Prügel, zum Teil auch Misshandlungen wie im Stammlager, mit Nahrungsentzug und mit Sonderarbeitsschichten reagierte sie auf vermeintliches Langsam-Arbeiten, Versuche der Häftlinge, sich der Arbeit zu entziehen, auf Diebstähle von Lebensmitteln oder Disziplinverstöße.

In der Zeit von Mitte 1943 bis April 1945 sind mindestens 111 Häftlinge in den drei Leipziger Lagern der Erla-Werke verstorben. 1943 waren es 13, 1944 19 und in den letzten Kriegsmonaten 1945 noch 79 Todesfälle, was vor allem aus der Überbelegung durch Ankunft weiterer Häftlingskontingente aus dem Evakuierungstransport aus dem KZ-AL Gassen resultierte. Dies führte zu Todesraten (im Verhältnis zur Gesamtzahl der Häftlinge von etwa 2.580) von 7,8 Prozent für die Gesamtzeit beziehungsweise 4,3 Prozent ohne die 89 Toten des Massakers vom 18. April 1945.⁷⁷¹ Die Zahl der Verstorbenen oder Ermordeten bei den Evakuierungsmärschen ab 13. April 1945 lässt sich nicht mehr genau ermitteln.

Zwei Ereignisse von Häftlingsmassentötungen müssen am Schluss noch beleuchtet werden. Sie betreffen den Lagerstandort Abtnaundorf und das Außenlager Mülsen St. Micheln. Teile der Erla-Werke, die aus Leipzig in die Nähe von Zwickau nach Mülsen St. Micheln verlagert worden waren, beschäftigten eine große Zahl von KZ-Zwangsarbeitern, was zu sicherheitspolitischen Sorgen bei der Lagerleitung führte. Im Außenlager Mülsen St. Micheln kam es vom 1. zum 2. Mai 1944, wie schon in Kapitel 4 erwähnt, zu Häftlingsunruhen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. Auslöser war möglicherweise ein Streit zwischen polnischen und sowjetischen Häftlingen, nachdem offenbar sowjetische Häftlinge als Repressionsmaßnahme drei Tage Essensentzug erhalten hatten. Strohsäcke und ihre Unterkünfte im Keller der Fabrik wurden dabei in Brand gesetzt. Daraufhin brannte das Werk ab. 200 Häftlinge sind

⁷⁷¹ Die im Text genannte Gesamtzahl ist gebildet aus Gesamtbelegung bis Ende Februar 1945 3.500 minus 1.500 an KZ-AL in Südwestsachsen plus 580 aus Evakuierungsmarsch KZ-AL Gassen Anfang März 1945. Soweit es um Sterbefälle innerhalb der Außenlager (im Arbeitsprozess) geht, liegt die Angabe von 4,3 Prozent unterhalb der Durchschnittswerte der sächsischen Buchenwaldlager, die sich bezüglich Männern bei 7,2 Prozent und Frauen sogar signifikant niedriger bei 0,4 Prozent bewegte, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 353. Auch bei den schon genannten Astra-Werken starben von dauerhaft tätigen 501 Häftlingsfrauen lediglich zwei am Arbeitsort selbst. Im KZ-AL der Plauener VOMAG in Mehltheuer starb ein weiblicher Häftling, in den zwei KZ-AL der OSRAM AG in Plauen waren keine Todesfälle zu verzeichnen, während es im KZ-AL der Fa. Th. Horn fünf Todesfälle gab, siehe NS-Terror und Verfolgung, 511–513. Es kam jedoch immer wieder zum Rücktransport erkrankter Häftlinge ins Stammlager, wo diese dann vielfach verstarben.

bei den folgenden Auseinandersetzungen von Sicherheitskräften erschossen worden oder verbrannten, 20 entflohen. Insgesamt kamen dabei nach unseren Erhebungen 385 Häftlinge ums Leben.⁷⁷² Bei den Evakuierungsmärschen der beiden Leipziger KZ-AL-Standorte der Erla-Werke blieben im Lager Abtaundorf 304 schwerkranke und nicht mehr gehfähige Häftlinge zurück. Sie wurden am 18. April in eine Baracke getrieben. Danach wurde die Baracke von der SS beschossen und in Brand gesteckt, wobei die Beschießung fortgesetzt wurde. Später erschoss der Werkschutz noch auffindbare Überlebende. Insgesamt 89 Häftlinge verloren so ihr Leben.⁷⁷³

Die ATG hatte ihren Betrieb 1933 noch mit 978 Beschäftigten aufgenommen und 1938 bereits 6.055 erreicht. 1942 lag die Zahl bereits bei 8.000 Arbeitskräften⁷⁷⁴ und stieg bis Ende 1944 auf 9.500.⁷⁷⁵ Die Firma setzte im letzten Kriegsjahr ebenfalls auf Häftlingsarbeit. In Leipzig-Schönau, Parkallee, war dafür ein Barackenlager aufgebaut worden und existierte von August 1944 bis zur Räumung im April 1945. Insgesamt 502 ungarische Jüdinnen aus Auschwitz waren darin untergebracht. Kurz vor Auflösung des Lagers wurden noch 789 weibliche jüdische KZ-Häftlinge aus dem KZ-Außenlager Hessisch-Lichtenau nach Leipzig versetzt und dann gut zehn Tage nach ihrem Eintreffen zusammen mit den ursprünglichen KZ-Insassen des Lagers der ATG am 13. April 1945 auf einen Evakuierungsmarsch getrieben.⁷⁷⁶ Da sich dieses Lager in Stadtlage befand, konnten die Einwohner jeden Tag sehen und sogar hören, wie sich die Häftlingsfrauen zur Arbeit bewegen mussten. Ein Zeitzeuge erinnerte sich so: „Ich habe gesehen, wie die Frauen jeden Tag von ihrem Lager durch die Schönauer Straße zur ATG getrieben wurden und an unserem Haus vorbeischlurften. Das schlechte Schuhwerk und die völlige Erschöpfung dieser Frauen ist mir besonders im Gedächtnis geblieben.“⁷⁷⁷

Bei verschiedenen Junkers-Werken im Leipziger Raum sind Gesamtbeschäftigungszahlen nicht immer bekannt. In der Flugzeugwerft in Mockau, die hauptsächlich Reparaturarbeiten durchführte, waren bei Kriegsbeginn 1.939 Beschäftigte tätig, und 1941 bereits 3.210 Arbeitskräfte. Hesse schließt aus diesem Mitarbeiterbestand, dass die Zahl der wiederhergestellten Maschinen sicherlich dem Umfang der Neubauten der ATG entsprochen haben muss, zumal die Flugzeugwerft 1939 / 1940 eine Arbeitszeit von täglich neun bis zwölf Stunden auf-

⁷⁷² Rolf-Dieter Müller, Speer, S. 359 f. 131 Häftlinge wurden zurück nach Flossenbürg transportiert, wo einige noch ihren Verletzungen erlagen, aber auch 80 von ihnen erschossen wurden, Fritz, KZ-Außenlager, S. 142, sowie NS-Terror und Verfolgung, S. 504. Das Rüstungskommando Chemnitz hielt dazu in seinem Kriegstagebuch zusätzlich fest, dass von den sowjetischen Häftlingen Sicherheitsdraht entfernt und von ihnen auch einige polnische Funktionshäftlinge getötet worden seien, siehe hierzu Schumann, Kooperation und Effizienz, S. 378 f.

⁷⁷³ NS-Terror und Verfolgung, S. 493 sowie Schulz, KZ-Alltag in Leipzig, S. 86 f. Das Massaker in Abtaundorf erhielt 1945 eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit, weil amerikanische Journalisten das Lager kurz nach der Befreiung gefilmt hatten und diese Filmaufnahmen vor dem IMT in Nürnberg vorgeführt wurden.

⁷⁷⁴ Schneider, Sächsische Unternehmen, S. 90 und 93.

⁷⁷⁵ Hesse, Teil I, S. 105.

⁷⁷⁶ NS-Terror und Verfolgung, S. 497. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte aller Kategorien lag im Oktober 1944 bei 47 Prozent, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 57 S. 168.

⁷⁷⁷ Weitere Angaben zur Geschichte dieses Lagers bei Hesse, Teil II, S. 115 f., dort auch Zitat.

wies und ab 1941 zum Zwei- und Dreischichtsystem übergang.⁷⁷⁸ Beim Werk in Markkleeberg auf einem beschlagnahmten Sportplatz wurde 1943 eigens ein Barackenlager für Ausländer geschaffen, nachdem Hunderte Werkzeugmaschinen ins dortige Werk umgesetzt worden waren, was die Bedeutung dieses Standorts noch einmal unterstreicht.⁷⁷⁹ Im Equipagenweg in Markkleeberg wurde auch ein KZ-Außenlager eingerichtet, das von September 1944 bis April 1945 in Betrieb war. Insgesamt 1.550 Frauen, die große Mehrzahl ungarische Jüdinnen aus Auschwitz, aber auch Häftlinge aus Bergen-Belsen, wurden dort zur Arbeit eingesetzt.⁷⁸⁰

Sehen wir uns auch noch einige weitere Betriebe aus Leipzig und seiner näheren Umgebung an. Die Firma Rudolf Sack⁷⁸¹ beschäftigte im August 1944 3.120 Mitarbeiter, davon waren 1.232 Ausländer. Die Max-Jahn-Eisengießerei hatte im Dezember 1943 991 Beschäftigte, davon 503 Fremdarbeiter; in Roßwein waren in der Achsen-, Feder- und Gesenkschmiede Carl Wolf 1944 etwa 1.000 Personen beschäftigt, davon 650 Ausländer, und in der Sächsischen Patentachsenfabrik Kadner & Co. in Roßwein im Jahre 1944 etwa 669, von ihnen 331 aus dem Ausland.⁷⁸²

Auch die bereits im oberen Abschnitt zur Rüstungsproduktion genannte Firma Flügel & Polter wuchs von zunächst 120 Arbeitern 1934 auf mindestens 7.000 Beschäftigte im Jahr 1942. Während das Stammwerk in Leipzig offenbar nur wenige Ausländer beschäftigte, war dies naturgemäß für die Werke im besetzten oder annektierten Polen ganz anders. So betrug die Zahl der Ausländer beim Standort Leipzig im April 1943 105 und im März 1945 188. Nach Unterlagen der Firma waren dies (ohne genaue Datumsangabe) zwölf Italiener, ein Kroat und 84 Ostarbeiterinnen, die in vier verschiedenen Lagern einquartiert waren.⁷⁸³ Für das Jahr 1943 liegt eine Gesamtmitarbeiterzahl von 688 mit einem Anteil von 181 Ausländern vor.⁷⁸⁴ In den Werken in Polen bestand die Belegschaft nur zu einem geringen Teil aus Deutschen. In der übernommenen ehemaligen Gentleman AG (die zuvor hauptsächlich Präservative hergestellt hatte und nun etwa Gummistiefel für die Wehrmacht fertigte) waren am 1. März 1943 unter 1.613 Personen der Gesamtbelegschaft nur 141 Deutsche tätig.⁷⁸⁵ Im oberschlesischen Trzebinia arbeiteten 1942 2.653 jüdische Zwangsarbeiter und 1.099 Polen. 1943 war die Zahl der Juden auf 781 gesunken, die Zahl der Polen aber auf 2.265 gestiegen.⁷⁸⁶

⁷⁷⁸ Hesse, Teil I, S. 106.

⁷⁷⁹ Hesse, Teil I, S. 109. Die NSDAP protestierte vergeblich gegen das Ausländerlager („Rüstungswerk mitten in einer Wohnsiedlung“), ebenda, S. 109, dort auch Zitat.

⁷⁸⁰ NS-Terror und Verfolgung, S. 499 f.; siehe auch mit Angaben zu Zu- und Abgängen Hesse, Teil II, S. 113 f.

⁷⁸¹ Otto Sack erhielt als erster sächsischer Betriebseigentümer den „Ehrentitel“ Wehrwirtschaftsführer; Hesse, Rüstungswirtschaft, S. 77.

⁷⁸² Mai, S. 31.

⁷⁸³ Hesse, Teil 2, S. 45 und Tabelle S. 123.

⁷⁸⁴ Hesse, Teil 1, Anhang 4, S. 203.

⁷⁸⁵ Hesse, Teil 1, S. 148.

⁷⁸⁶ Bernt Engelmann, Grosses Bundesverdienstkreuz. Tatsachenroman, Darmstadt 1974; dann erweitert um einen Teil 2, der die Entstehungsgeschichte des Buches, veröffentlicht vom Steidl-Verlag, schildert, siehe Engel-

Es gelang der Firma inklusive ihrer Tochterunternehmen, den Umsatz von 1934 bis 1945 zu vervielfachen. Aus Unterlagen des Firmenarchivs geht hervor, dass der Gesamtumsatz von 1942 bis 1944 zwischen acht und zehn Millionen RM schwankte.⁷⁸⁷ Bereits im März 1944 wurde das polnische Werk in Trzebinia demontiert und per Bahn nach Hoya an der Weser, nicht etwa nach Leipzig oder in die Nähe von Leipzig, transportiert und dort neu errichtet.⁷⁸⁸

Die Firma Flügel & Polter und ihr ehemaliger Eigentümer Fritz Ries wurden 1975 zum Gegenstand umfangreicher öffentlicher Erörterungen, als Ries in einem Gerichtsverfahren dem Autoren Bernt Engelmann die Weiterverbreitung von 42 Aussagen zu Ries' vielfachen Auszeichnungen als erfolgreicher Unternehmer in der Bundesrepublik und zu seinen Verstrickungen in Arisierung, Nutzung von Zwangsarbeit und Rettung seiner vor allem polnischen Vermögenswerte in den Westen während der NS-Zeit verbieten lassen wollte. Ries war damit nicht erfolgreich, und in einem von Engelmann angestrebten weiteren Prozess wollte nun dieser gerichtlich feststellen lassen, dass seine 42 Aussagen auf Tatsachen beruhten. Bei 40 Aussagen gelang Engelmann dieses.⁷⁸⁹

Klaus Hesse hat aus dem Adressbuch der Stadt Leipzig von 1943 eine Firmentabelle mit Angaben zu Produktion / Rüstungsproduktion, zu Adressen sowie zu deutschen und ausländischen Beschäftigten zusammengestellt. Größter Ausländer(beschäftigungs)betrieb in der Stadt Leipzig war auch 1943 eindeutig die schon beschriebene HASAG mit 10.489 Zwangsarbeitern (davon mehr als 6.300 KZ-Häftlinge), gefolgt von den Erla-Werken mit 8.700 Zwangsarbeitern und 940 KZ-Häftlingen, von der Firma Rudolf Sack mit 2.855 Ausländern, der Metallgussgesellschaft mit 2.361 Ausländern, der Firma Meier & Weichelt mit 1.761 Ausländern, den Junkers-Werken mit 1.539 KZ-Häftlingen oder etwa den Pittler-Werken mit 1.241 Ausländern, um nur diejenigen zu nennen, die im vierstelligen Bereich in ihren Leipziger Standorten sowie

mann, S. 54. Ries und dessen Leipziger Firma sind einer der Gegenstände des Romans, den Engelmann mit Hilfe des durch das MfS ermöglichten Zugangs zum noch vorhandenen Archiv der Firma Flügel & Polter erarbeitete. Die Firma Flügel & Polter bemühte sich demnach um Prüfung, ob angesichts des abnehmenden jüdischen Arbeitskräftepotentials (die Juden wurden nach und nach in die Vernichtungslager verbracht und dort ermordet) auch eine Produktion im Umfeld des KZ Auschwitz möglich sei. Es blieb im Prozess (siehe FN 789) aber offen, ob das Vorhaben wirklich umgesetzt wurde.

⁷⁸⁷ Hesse, Teil 1, Tabelle 77 S. 150.

⁷⁸⁸ Zur Firmenverlegung nach Hoya mit konkreten Transportlisten vom 6. und 12. März 1944 siehe Engelmann, S. 82 f.

⁷⁸⁹ Zu den beiden Prozessen siehe etwa „Nach Lodz“, Spiegel Nr. 4, 20. Januar 1975, <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/41558623> sowie „Die stummen Zeugen lagen in einer Scheune bei Auschwitz. Der Einfluss des Unternehmers Fritz Ries und ein Prozess um seine Vergangenheit“, Frankfurter Rundschau 21. Mai 1975, https://presserecherche.files.wordpress.com/2007/07/fr_21051975.pdf.

im Werk Rochlitz (Mechanik GmbH Rochlitz⁷⁹⁰) Ausländer einsetzten.⁷⁹¹ Auch die Belegschaft der Pittler-Werke war damit (inklusive Ausländer) seit 1939 stark gestiegen und umfasste im Werk Leipzig in der Kriegszeit bis zu 7.000 Personen, in ihrem Zweigwerk Rochlitz (Mechanik GmbH) etwa 1.500. Hinzu kamen dort circa 600 weibliche KZ-Häftlinge und gut 60 männliche Häftlinge in dem in Rochlitz eingerichteten KZ-Außenlager.⁷⁹²

Die Christian-Mansfeld GmbH unterhielt in Leipzig-Engelsdorf eine Produktionsanlage, in der Munition hergestellt wurde. Das dortige KZ-Außenlager hatte eine Belegung von insgesamt 552 Männern aus fünf Ländern, von denen im Durchschnitt etwa 200 jeweils gleichzeitig tätig waren. Offenbar wurden sie hier für ihre Arbeitsaufgaben angelehrt, denn nach einer solchen Phase kamen sie in ein anderes Lager in Wansleben am See, das direkt in Regie der SS Waffen produzierte.⁷⁹³

Die hier von uns genannten KZ-Außenlager in Leipzig und naher Umgebung (Markkleeberg und Taucha) hatten damit eine Insassenzahl von gut 14.000 und bildeten die größte regionale Konzentration dieser Zwangsarbeitergruppe in Sachsen.⁷⁹⁴

Gesamtentwicklung der Arbeitskräfte für die Region Leipzig

Wie schon an den oben genannten Beschäftigtenzahlen verdeutlicht, wuchsen die Gruppen der ausländischen Arbeitskräfte im Leipziger Raum ab 1940 sehr deutlich, auch außerhalb des eigentlichen Rüstungssektors. Im September 1939 waren insgesamt 8.300 Ausländer im

⁷⁹⁰ Vorstandsvorsitzender der Pittler-Werke-Tochter Mechanik GmbH in Rochlitz wurde einer der führenden Privatbankiers im Deutschen Reich, Hermann Josef Abs, der auf der Sitzung am 29. Juli 1943 in diese Position gewählt wurde, Niederschrift der Sitzung in: BStU, MfS HA IX / 11, FV 87 / 70 Bd. 27. Hierin zeigt sich die vielfache personelle Vernetzung auch sächsischer Rüstungsbetriebe mit führenden Repräsentanten der deutschen Wirtschaft.

⁷⁹¹ Anhang 4, Leipziger Unternehmen im Jahr 1943, in: Hesse, Teil I, S. 200–226. Insgesamt genannt sind 936 Unternehmen. Rochlitz befindet sich etwa 45 km südöstlich von Leipzig und hatte zur damaligen Zeit etwa 6.200 Einwohner. Bei vielen Betrieben sind die Firmenarchive zerstört worden, so dass wie etwa bei der Karl Kraus Maschinenfabrik und Eisengießerei oder der Maschinenfabrik der Gebrüder Brehmer nur einzelne Angaben vorhanden sind, siehe Hesse, Teil II, S. 29 f.

⁷⁹² Hofmann, S. 65 f. Wie überstürzt manchmal KZ-Häftlingsbeschäftigung begonnen wurde, belegt die Tatsache, dass die genannten weiblichen Häftlinge zunächst in Erdbunkern untergebracht waren, ehe sie in Barackenlager umziehen konnten, siehe hierzu Hofmann, S. 66, wo die Erdbunker erwähnt sind; zum Außenlager siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 514 f. Zu den anderen beschäftigten Ausländern sind keine genauen Angaben veröffentlicht. Balzk schreibt, dass die Häftlinge auch für ausgelagerte Produktionsbereiche der Dresdner Firma Radio-Mende bei der Mechanik GmbH in Rochlitz eingesetzt wurden, siehe Balzk, S. 7 sowie Wießner / Balzk, S. 47. Diese Verlagerung findet jedoch bei Hofmann, siehe oben, keine Erwähnung. Welche Rolle die Firma Radio-Mende bei der Einrichtung des KZ in Rochlitz gegebenenfalls spielte, ist bisher nicht geklärt.

⁷⁹³ NS-Terror und Verfolgung, S. 496 f.

⁷⁹⁴ Held / Fickenwirth führen für die Zeit bis Ende 1944 etwa 15.000 Häftlinge an und nennen für Anfang 1945 eine Zahl von 20.000 Häftlingen für die genannten Produktionsstätten, eine Zahl, die möglicherweise etwas zu hoch angesetzt ist, siehe Held / Fickenwirth, S. 171.

Arbeitsamts-Bezirk Leipzig registriert, vor allem aus dem Protektorat, die die deutschen Arbeitskräfte ergänzten. Auch erste Umsetzungen aus Stilllegungs-Aktionen führten zur Freisetzung von 2.300 Arbeitskräften aus neun Textilbetrieben und ihrer Zuweisung zu kriegswichtigen Industrien durch das Arbeitsamt.⁷⁹⁵

Das zentrale Durchgangslager des Landesarbeitsamts für Leipzig war in einem Gebäudekomplex der Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 untergebracht, zu dem auch ein Ausländergefängnis sowie Internierungsmöglichkeiten für polnische Bürger und französische Kriegsgefangene gehörten. Zumeist kamen die ausländischen Arbeitskräfte mit der Bahn am Eilenburger Bahnhof an, marschierten dann zum genannten Durchgangslager, wo sie registriert, medizinisch untersucht und zumeist desinfiziert und entlaust⁷⁹⁶ wurden. Danach folgte eine gewisse Quarantänezeit, bevor die Arbeitskräfte dann an die vom Arbeitsamt bestimmten Betriebe übergeben wurden.

Für die Aufnahme sowjetischer Zivilarbeiter ab 1942 wurden der Desinfektionsbereich noch ausgebaut und andere Gebäude herangezogen. Es ist charakteristisch für den Masseneinsatz von Ostarbeitern, dass sie ab Mitte 1942 in einer solchen Anzahl ankamen, die zu erheblichen Überbelegungen des Durchgangslagers führte; Ostarbeiter mussten zudem teilweise nach ihrer Ankunft in Leipzig noch tagelang in den Waggons kampieren.⁷⁹⁷

Ausländische Arbeitskräfte, auch Kriegsgefangene, wurden nicht nur in rüstungsrelevanten Bereichen beschäftigt, sondern auch in städtischen Einrichtungen eingesetzt (wie etwa auch sowjetische Kriegsgefangene in Einrichtungen der Stadt Chemnitz, siehe Kapitel 5). Sie ergänzten inländische Arbeitskräfte, die ebenfalls zu Zwangsarbeit herangezogen worden waren. So war etwa in Leipzig am 18. April 1940 die Arbeitspflicht für jüdische Bürger eingeführt worden, nachdem es bereits vorher Arbeitseinsätze von Leipziger Juden gegeben hatte. Die Einsätze bestanden aus Müllbeseitigungsaktionen, Bau-, Erd- und Gartenarbeiten, etwa

⁷⁹⁵ Held / Fickenwirth, S. 164.

⁷⁹⁶ In vielen größeren Betrieben gab es – manchmal auch von Städten eingerichtet – zudem eigene Entlausungsstationen, die die allgemeine Hygiene verbessern sollten; das galt vor allem, seit im Jahr 1942 das Heer der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen durch den massenhaften Einsatz von Sowjetbürgern answoll. So existierte zum Beispiel ab Mitte 1942 eine eigene Entlausungs- und Desinfektionsbaracke auf der Schießwiese in Döbeln, siehe Spitzner, S. 46. Am Beispiel der Polen als Einsatzkräfte in der Landwirtschaft im Bereich Plauen setzt sich Lukat kritisch mit der Entlausungspraxis gegenüber dieser Gruppe auseinander, die sie vornehmlich rassistischen Vorurteilen zuordnet, obwohl sie gleichzeitig Beispiele schildert, bei denen wohl vor allem die mangelhaften hygienischen Verhältnisse auf den Bauernhöfen zu Läusebefall geführt haben, siehe Lukat, S. 248–251. Generell halten wir diese Argumentation (Rassismus) nicht für stichhaltig, denn Desinfektionsprozeduren waren keine spezifische NS-Repression, sondern gehörten schon aus Gründen der Seuchenprophylaxe zu allen Einrichtungen, die mit großen Menschenmengen zu tun hatten, welche zum Teil unter sehr unhygienischen Bedingungen gelebt hatten oder transportiert worden waren (etwa auch Kriegsgefangene). Gleichartige Prozeduren gab es auch beim Umgang mit Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilisten bei den deutschen Kriegsgegnern.

⁷⁹⁷ Siehe hierzu Held / Fickenwirth, S. 161 f. Große Rüstungsbetriebe wie etwa die Erla-Werke oder die HASAG hatten auch eigene Durchgangslager mit Desinfektionseinrichtungen.

auf Friedhöfen.⁷⁹⁸ In Leipzig traf dieses beispielsweise 1941 auf französische Kriegsgefangene zu, die beim Gaswerk arbeiteten. Insgesamt waren die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe, der Vieh- und Schlachthof sowie die Großmarkthalle Einsatzbetriebe von Ausländern. Es wurde sogar ein eigenes städtisches Ausländerlager für diese Arbeitskräfte eingerichtet. 1942 zog man auch erste Ostarbeiter bei der Stadt Leipzig zur Arbeit heran.⁷⁹⁹

Ausländer wurden ab 1944 sogar kurzfristig aus Leipziger Rüstungsbetrieben abgezogen, um bei den Aufräumungsarbeiten nach den zunehmenden Bombenangriffen⁸⁰⁰ mitzuwirken. Nach dem Luftangriff vom 20. Februar 1944 wurden dazu 770 Kriegsgefangene, 905 Ostarbeiter und 85 italienische Militärinternierte eingesetzt. Zeitweise waren 600 Personen aus der letzten Gruppe in einem eigenen städtischen Lager im Park Meusdorf untergebracht. Es war ein Teil des städtischen „Archipels“ an Lagern, die Leipzig nach dem 17. August 1943 für die dort beschäftigten Ausländer hatte anlegen lassen.⁸⁰¹

Für Januar 1941 verzeichneten die AA-Bezirke Leipzig 8.367 Ausländer und 4.723 Kriegs- und Zivilgefangene, Borna entsprechend 4.876 und 5.078 Beschäftigte, Riesa 3.284 und 5.211.⁸⁰² Dann folgte ein rasanter Anstieg. So stieg die Anzahl der ausländischen Zivilisten und der Kriegsgefangenen in der Stadt Leipzig bereits Ende 1942 auf 29.000 Personen⁸⁰³; hinzu kamen weitere 38.000 ausländische Arbeitskräfte im Regierungsbezirk Leipzig (Landkreise Leipzig, Rochlitz, Oschatz, Grimma, Döbeln und Borna). Im August 1943 verzeichnete der AA-Bezirk Leipzig bereits 52.761 Zivilarbeiter und 6.371 Kriegsgefangene.⁸⁰⁴

Gerade die Rüstungsindustrie beschäftigte Kriegsgefangene jedoch eher zurückhaltend, insbesondere galt das für sowjetische Kriegsgefangene. Bei der Firma Grohmann & Frosch Eisenbau waren die ersten 20 sowjetischen Kriegsgefangenen erst im November 1942 tätig. In den folgenden Jahren wurden, neben französischen Kriegsgefangenen, weitere kleine Grup-

⁷⁹⁸ Held / Fickenwirth, S. 165 f.

⁷⁹⁹ Die Quote der Zwangsarbeiter einer Stadt oder Region, die in städtischen Diensten tätig waren, war in der Regel sehr niedrig. So lag sie für Ulm, Reutlingen oder Frankfurt a. M. im niedrigen einstelligen Bereich, in kleineren Gemeinden war sie noch niedriger, siehe hierzu Fings, S. 110.

⁸⁰⁰ In allen bombardierten größeren Städten wurden zudem ab 1943 / 1944 KZ-Häftlinge für solche Aufräumarbeiten eingesetzt, so etwa in Dresden nach den verheerenden Luftangriffen vom 13.–15. Februar 1945, siehe Fritz, KZ-Außenlager, S. 154. Beispiele für die Einsätze von Zwangsarbeitern bei Bombenschäden in west- und norddeutschen Städten, gerade durch KZ-Häftlingen im Rahmen von SS-Baubrigaden, bei Fings, S. 120–123.

⁸⁰¹ Held / Fickenwirth, S. 168 f. Am 17. August 1943 war Leipzig zum „Brennpunkt des Wohnungsbedarfs“ erklärt worden. Sehr häufig gibt es Berichte, dass Zwangsarbeiter bei Luftalarm nicht in die vorgesehenen Luftschutzbunker und –räume eingelassen worden sind, trotz einer von Göring erlassenen Vorschrift vom 13. August 1943, dass es kein Verbot gebe, dort auch Ausländern Schutz zu gewähren, siehe Fings, S. 114.

⁸⁰² Held / Fickenwirth, S. 158.

⁸⁰³ Bis Frühjahr 1943 wurden für jeden gemeldeten Bürger ab 14 Jahren Metallplatten gestanzt, ehe das aufgrund zu großen Arbeitsaufwands und vielfacher Fluktuationen eingestellt wurde. Bis Anfang April 1943 waren jedenfalls 30.000 Platten für ausländische Arbeitskräfte hergestellt worden, Held / Fickenwirth, S. 157.

⁸⁰⁴ Held / Fickenwirth, S. 158. Die Kriminalpolizei Leipzig nannte für den November 1942 für die sechs Amtshauptmannschaften des Bezirks Leipzig bei Lagerunterbringungen allein 30.085 ausländische Zivilarbeiter für die Amtshauptmannschaft Leipzig und 6.210 für Borna, das Braunkohlenrevier, siehe Mai, S. 29.

pen sowjetischer Kriegsgefangener eingesetzt. 1943 erreichte ihre Anzahl mit 141 ihren Höhepunkt, hinzu kamen über 100 Kriegsgefangene anderer Länder (bei etwa 500 deutschen Beschäftigten). Bei der Firma Ernst Schumann KG waren 1941 ebenfalls nur wenige Kriegsgefangene beschäftigt (acht im Dezember 1941), bis 1943 war ihre Zahl auf bis zu 35 gestiegen.

Hesse hat aus verschiedenen Unterlagen eine, nach eigenen Angaben unvollständige Liste von Kriegsgefangenenlagern ermittelt und zusammengestellt, die im Folgenden genutzt werden soll. So existierten in Leipzig 1941 zwei städtische Kriegsgefangenenlager mit 456 Kriegsgefangenen, die auch in Privatfirmen eingesetzt waren. Im Dezember 1942 waren vier weitere Lager vorhanden, in denen 403 sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren (von zwei Lagern gibt es keine Zahlenangaben). Die Zahlen für die Firma Grohmann & Frosch sind von uns schon genannt. Von den großen Leipziger Rüstungsbetrieben beschäftigte die HASAG 500 Italienische Militärinternierte. Die Junkers-Werke in Mockau hatten ebenfalls sowjetische Kriegsgefangene, deren Anzahl unbekannt ist. Die Karl Krause Maschinenfabrik bekam offenbar noch kurz vor Kriegsende im März 1945 160 sowjetische Kriegsgefangene. Bei Mannesmann und der Max-Jahn-Stahl- und Eisengießerei waren ebenfalls sowjetische Kriegsgefangene in unbekannter Anzahl tätig, die Rudolf Sack KG brachte in ihren Lagern 241 sowjetische, niederländische und französische Kriegsgefangene unter.⁸⁰⁵

Ab 1941 lebten die meisten der zivilen Zwangsarbeiter in Barackenlagern, zumeist in Lagern, die von ihren Beschäftigungsbetrieben errichtet worden waren. So erhielt etwa die Firma Grohmann & Frosch 1941 eine typische RAD-Baracke, die Firma Rudolf Sack projektierte 1942 ein Lager mit insgesamt 15 Baracken (inklusive Wirtschafts-, Verwaltungs- und Küchenbaracke) für insgesamt 1.500 Ausländer. In diesen Baracken wurden auch gegen Kostenerstattung Arbeitskräfte anderer Firmen untergebracht, wie schon am Beispiel Chemnitz dargelegt. Aus Unterlagen von Rüstungsfirmen in Leipzig (wie den Junkers-Werken) geht hervor, dass die Stadt gegen die Errichtung solcher Lager keine Einspruchsmöglichkeiten hatte, obwohl die Bauten offenbar ohne baupolizeiliche Genehmigung errichtet worden waren.⁸⁰⁶ Spätere baupolizeiliche Kontrollen mit Kritik an Mängeln, etwa dass Abortgruben „dunstsi-cher zu überdecken“ seien, wurden mit Hinweis auf einen Aufruf von Göring zur möglichst großen Sparsamkeit abgewiesen, so dass die Ostarbeiter in ihrer Baracke ständig dem Gestank der Abortgrube ausgesetzt waren.⁸⁰⁷ Der allergrößte Teil der Zivilarbeiter war in Lagern untergebracht, so etwa 47.000 von insgesamt gut 50.000, die im Oktober 1943 in Leipzig waren.⁸⁰⁸

⁸⁰⁵ Hesse, Teil II, S. 77–81, Tabelle 40 S. 79–81, dort auch Angaben für unseren vorhergehenden Absatz.

⁸⁰⁶ Siehe Hesse, Teil II, S. 46–48.

⁸⁰⁷ Hesse, Teil II, S. 48.

⁸⁰⁸ Held / Fickenwirth, S. 163.

Wie die nächst Tabelle aufgrund eines Lageberichts der NSDAP-Kreisleitung Leipzig vom 13. April 1943 belegt, stammten die Zivilarbeiter vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Frankreich.⁸⁰⁹

| Nationalität | Männer | Frauen | Gesamt |
|---|--------|--------|--------|
| Belgien | 4.348 | 655 | 5.003 |
| Frankreich | 5.229 | 627 | 5.856 |
| Italien | 2.017 | 63 | 2.080 |
| Jugoslawien | 198 | 51 | 249 |
| Kroatien | 837 | 1.041 | 1.878 |
| Niederlande | 1.572 | 254 | 1.826 |
| Ungarn | 230 | 67 | 297 |
| Tschechien / Protektorat | 4.347 | 472 | 4.819 |
| Estland / Lettland / Litauen | 939 | 263 | 1.202 |
| Polen (Generalgouvernement und Bialystok) | 6.560 | 2.431 | 8.991 |
| Sowjetunion | 4.672 | 6.699 | 11.371 |
| Arbeiter aus anderen Staaten | 1.978 | 839 | 2.817 |
| Gesamt | 32.927 | 13.462 | 46.389 |

1944 waren in der Stadt Leipzig 41.000 Arbeitskräfte (wohl ohne Kriegsgefangene) registriert, von denen die meisten aus Polen und der Sowjetunion stammten.⁸¹⁰ Eine andere Zahl nennt für dasselbe Jahr in der Stadt Leipzig 60.000 ausländische Zivilarbeiter.⁸¹¹ Mit gut 100.000 Fremd- beziehungsweise Zwangsarbeitern hatte Leipzig Anfang 1945 sogar eine führende Stellung innerhalb Deutschlands inne.⁸¹²

Dies schlägt sich auch in der Zahl der Ausländerlager in Leipzig und seiner Umgebung nieder. Eine entsprechende Recherche Anfang der 2000er Jahre ergab 349 Lager im Stadtgebiet sowie 251 für den Landkreis Leipzig, also gesamt 600. Inzwischen haben Forschungen der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig etwa 500 Leipziger und 200 Lager in der Umgebung

⁸⁰⁹ Zusammengestellt in: Mai, S. 30. In der Originaltabelle sind die Arbeitskräfte aus der Sowjetunion zeitlich als Ostarbeiter verzeichnet, siehe Held / Fickenwirth, Tabelle S. 267.

⁸¹⁰ Mai, S. 29 f. Die Statistik vom April 1943 belegt die oben genannten größten Gruppen, siehe Mai, S. 30. Hesse, Teil 1, S. 17, gibt aufgrund zeitgenössischer Angaben (Versorgungsempfänger) die Zahl der Ausländer in Leipzig für Anfang 1944 mit 41.094 und für Mitte Dezember 1944 mit 39.327 an.

⁸¹¹ Held / Fickenwirth, S. 163. Laut Arbeitsamtsstatistik lag der Zahl der Zivilausländer am 30. September 1944 im Arbeitsamtsbezirk Leipzig (der größer war als das reine Stadtgebiet) bei 56.166 Personen, unter ihnen 13.228 Ostarbeiter, siehe Spoerer, Statistik, S. 676.

⁸¹² Fickenwirth u. a., S. 5. Nach der Besetzung Leipzigs schätzte die amerikanische Seite die aktuelle Zahl der Zwangsarbeiter (wahrscheinlich gemeint displaced persons, siehe Kapitel 8) auf circa 100.000, während die Stadtverwaltung Leipzig von circa 50.000 Personen ausging, siehe Held / Fickenwirth, S. 8. Hesse rechnet anhand von Steigerungsraten bei der Ausländerbeschäftigung einiger Firmen mit gut 70.000 zivilen Zwangsarbeitern, Hesse, Teil II, S. 45.

von Leipzig erbracht.⁸¹³ Das wichtigste Barackenlager der DAF mit einer Kapazität von mehreren tausend Bewohnern befand sich auf dem Alten Meißplatz, Ecke Hindenburg- und Frankfurter Straße. Hinzu kamen Lager in praktisch allen Stadtteilen sowie in vielen Dörfern des Landkreises, die vor allem aus beschlagnahmten Vereins- und Privatgebäuden im Umfang von etwa 80 Objekten bestanden. Auch öffentliche Gebäude wie Schulen und Turnhallen wurden genutzt, ebenso Abbruchgebäude.⁸¹⁴

Die Luftangriffe auf die Leipziger Rüstungsindustrie führten 1944 nicht nur zur weitgehenden Vernichtung der Luftrüstungsbetriebe, sondern forderten gleichermaßen auch viele Opfer unter den ausländischen Arbeitskräften, da diese die vorgesehenen Schutzräume in der Regel nicht nutzen konnten. So zog etwa ein Luftangriff am 20. Februar 1944, bei dem etwa 1.000 Leipziger ihr Leben verloren, auch die Zerstörung vieler Baracken in den Ausländerlagern nach sich. 342 Frauen und Männer verloren dort ihr Leben.⁸¹⁵

Wie dicht die Lagerdislozierung der Ausländerlager auch im ländlichen Raum sein konnte, soll beispielhaft eine Übersicht für den Landkreis Döbeln, der zum Regierungsbezirk Leipzig gehörte, zeigen. Eine Liste mit Stand 15. November 1942 nennt die einzelnen Lagerstandorte, die Nationalität der Insassen und ihre Zahl.

⁸¹³ Aktuelle Zahlen und Angaben in der digitalisierten Karte der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig auf deren Website. Angaben für 2001 Held / Fickenwirth, S. 185. Ein Verzeichnis dieser Lager mit Bezeichnung, Straße und Trägerfirma in: ebenda, S. 185–235. Eine Liste mit Lagern aller Zwangsarbeiterkategorien zu Leipzig und angrenzenden Städten / Gemeinden ist auch bei Hesse, Teil II, S. 121–134, abgedruckt. Freilich enthält sie wesentlich weniger Lagerstandorte (circa 150), macht jedoch quantitative Angaben zu Belegungszahlen und Herkunft / Kategorie der Häftlinge. Dass Leipzig mit seiner Lagerdichte keine Ausnahme bildete, sondern eher die Regel für große Metropolen bestätigt, zeigt die Anzahl der Lager im Raum München. Es gab dort 120 Kriegsgefangenen-Lager bei Betrieben, 286 Barackenlager für ausländische Zivilarbeiter, sieben KZ-Außenlager, zwei Arbeitserziehungslager und ein Bordell. Das BMW-Werk im München stellte Flugzeugmotoren her. Allein hierfür waren 1944 16.600 Zivil- und Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene eingesetzt, die sich in elf eigenen Lagern befanden, darunter einem Kriegsgefangenen-Lager und einem KZ-Außenlager des KZ Dachau, siehe Tooze, S. 597 f.

⁸¹⁴ Held / Fickenwirth, S. 170.

⁸¹⁵ Held / Fickenwirth, S. 168. Die hohen Opferzahlen unter den Zwangsarbeitern durch Luftangriffe führten zu der Festlegung, nur noch Lager für bis zu 600 Personen zu errichten, ebenda, S. 170.

Ausländerlager im Kreisgebiet Döbeln⁸¹⁶

| Ort und Lager | Männer | Frauen |
|--|--------|--------|
| Döbeln | | |
| Ostarbeitergemeinschaftslager Ziegelei Riedel Mastener Straße | | |
| Beteiligte Firmen | | |
| Franz Richter, Döbeln | 16 | |
| Ph. Riedel, Döbeln | 10 | |
| M. Knobloch, Döbeln | 5 | |
| Polenz, Döbeln | 5 | |
| D. Mückenberger, Döbeln | 3 | |
| Emil Petz, Döbeln | 2 | |
| Ostarbeiterlager Joh. Grossfuss, Döbeln, Mastener Straße | 138 | 53 |
| Ostarbeiterinnen-Lager Joh. Grossfuss im Gasthof Stadt Döbeln | | 100 |
| Ostarbeiterinnen-Lager Rudolph Keider in Döbeln Großbauchlitz | | 23 |
| Polen-Lager der Firma Pfeiffer und Richter, Döbeln in Wülknitz / Riesa und Rochlitz | 75 | |
| Ostarbeiterinnen-Lager H. W. Schmidt, Döbeln | | 89 |
| Ostarbeiter-Lager Gebr. Tümmeler, Döbeln, Lager Rack, Waldheimer S. | 61 | |
| Ostarbeiter-Lager Gebr. Tümmeler, Döbeln, Lager Rack, Waldheimer S. | 12 | |
| Ostarbeiterinnen-Lager Gebr. Tümmeler, Döbeln, Fichtestraße | | 144 |
| Ostarbeiterinnen-Lager Falkenflug, Döbeln im Ostarbeiterinnen-Lager der Firma Tümmeler | | 10 |
| Rosswein | | |
| Ostarbeiter-Lager Carl Bauch, Rosswein, Alte Brauerei Rosswein | | |
| Carl Bauch | 90 | |
| Carl Wolf, Rosswein | 29 | |
| G. J. Nestler, Rosswein | 16 | |
| Polen-Lager Carl Wolf, Rosswein im Gasthof Schweizerhaus, Niederstriegis | 78 | |
| Ostarbeiter-Lager Carl Wolf, Rosswein, Barackenlager Rosswein, Hasslauer Str. | 37 | |
| Ostarbeiter-Lager Kadner und Co., Rosswein, Hasslauer Straße | | |
| Kadner und Co., Rosswein | 74 | |
| Ph. Kniesche, Rosswein | 5 | |
| C. G. Froberg, Rosswein | 2 | |
| Ukrainer-Lager Kadner und Co., Rosswein, Gastwirtschaft Garküche, Rosswein | 10 | |

⁸¹⁶ Staatsarchiv Leipzig, Best. 20031, Polizeipräsidium Leipzig V, Nr. 3998, Bl. 186–188, abgedruckt in: Spitzner, S. 91–93.

| Ort und Lager | Männer | Frauen |
|---|--------|--------|
| Ostarbeiterinnen-Lager Hetzler und Pilz, Rosswein, Rosswein, Geldbornstraße | | 12 |
| Holländer-Lager Franz Heinelt, Grunau | 9 | |
| Hainichen | | |
| Ostarbeiterinnen-Lager Oscar Drope, Kaltofen | 2 | 28 |
| Ostarbeiterinnen-Lager Heinrich Fritsche, Hainichen, Sedanstraße 4 | | 6 |
| Ostarbeiterinnen-Lager Wilhelm Ludwig, Hainichen, Gerichtsstraße | | 5 |
| Ostarbeiter-Lager M. Kenzler, Berthelsdorf | 10 | |
| Leisnig | | |
| Ostarbeiterinnen-Gemeinschaftslager Leisnig, Am Eichberg Beteiligte Firmen | | |
| P. Bernhardt, Leisnig | | 18 |
| Heinrich Böttger, Leisnig | | 10 |
| Groschopp und Co., Leisnig | | 20 |
| Ostarbeiter-Lager Holzstoff-Fabrik Tragnitz b. Leisnig | 7 | |
| Hartha | | |
| Ostarbeiterinnen-Lager Wilhelm Göhler, Hartha, Gasthaus Zum Kreuz, Hartha | | 29 |
| Litauer-Lager Oemig und Co., Hartha, Gasthaus Zum Schwan, Hartha | 31 | |
| Ostarbeiterlager Kübler und Kisthammer, Kriebstein bei Waldheim | 45 | |
| Ostarbeiterinnen-Lager Molkereigenossenschaft Ostrau | | 4 |
| Döbeln | 30 | 3 |
| Franzosen-Lager Gebr. Tümmeler, Döbeln, Gasthof Braustübl, Döbeln | | |

Die in dieser Liste genannten Zahlen ergeben für den November 1942 eine Zahl von 802 Männern und 554 Frauen, insgesamt 1.356. Die große Mehrheit der Zwangsarbeiter bestand aus Ostarbeitern beiderlei Geschlechts und nur relativ wenigen Kräften aus Westeuropa. Für die beiden Orte Döbeln und Rosswein gibt Spitzner eine Zahl von 2.000 beziehungsweise 1.500 Zwangsarbeitern, also insgesamt 3.500 ausländischen Zivilarbeitern, für die gesamte Kriegsdauer an.⁸¹⁷ Bei einigen ausgesuchten Firmen hat Spitzner zudem die Anzahl von ausländischen Mitarbeitern ermittelt.⁸¹⁸ So beschäftigte etwa die Firma H. W. Schmidt 95 Zivilisten und 15 Kriegsgefangene. Die Firma Kadner und Co. hatte 331 Ausländer sowie offenbar mindestens 50 Kriegsgefangene. Bei der Firma Joh. Großfuss, die eigene Ostarbeiter- und Ostarbeiterinnen-Lager betrieb, waren sogar 528 Ausländer im Betrieb. In ähnlicher Größenordnung wurden in der Firma Gebr. Tümmeler Ausländer eingesetzt (insgesamt 550 Zivilisten und Kriegsgefangene). Die Firma Carl Wolf, die mehrere Lager unterhielt, verfügte sogar über 650 Ausländer, davon zwischen 200 und 350 Kriegsgefangene. Aus dem Vergleich von eingesetzten

⁸¹⁷ Spitzner, S. 76.

⁸¹⁸ Zahlen nach Spitzner, S. 13, 14, 15, 16, 32, 33, 34, 47.

und ausgeschiedenen Kriegsgefangenen geht hervor, dass 1944 insgesamt 52 Kriegsgefangene gesundheits- oder arbeitsbedingt ausschieden, was Anteilen von etwa einem bis zu drei Prozent Ausscheidenden entspricht. Schließlich sei noch auf einen Betrieb hingewiesen, der auch zeitweilig KZ-Häftlinge beschäftigte. Die Ebro-Werke in Roßwein erhielten vom KZ-AL Nossen 20 Häftlinge, die jeweils mit der Bahn zwischen Roßwein und Nossen pendeln mussten.

Gesamtzahlen über die nationale Zusammensetzung des Ausländerkontingents sind nicht publiziert.⁸¹⁹ Für die Stadt Döbeln nennt Spitzner eine Gesamtzahl von 913 Bürgern aus der Sowjetunion. Aus Polen waren gut 1.000 Kriegsgefangene beziehungsweise in den Zivilstatus überführte Kriegsgefangene im Landkreis Döbeln tätig. In der Stadt Döbeln gab es beispielsweise insgesamt 392 Franzosen (sowohl Zivilisten wie Kriegsgefangene). Dass manche Betriebe eine ganze Reihe von Nationalitäten unter seinen Beschäftigten haben konnte, zeigt das Beispiel der Firma Kadner und Co. So meldete die Firma etwa für 1943 52 IMIs; 1944 gab es 33 sowjetische und 25 französische Kriegsgefangene sowie 58 IMIs.

Über die Zahl der Verstorbenen liegen nur punktuelle Angaben vor. Im Bereich der Stadt Döbeln sind von 1943 bis 1945 32 Ausländertodesfälle nachgewiesen, unter ihnen offenbar auch mindestens fünf ausländische Arbeitskräfte aus Roßwein, die im Krankenhaus Döbeln verstarben.⁸²⁰

Braunkohlebergbau in der Region Leipzig-Borna

Das Land Sachsen verfügte in der mitteldeutschen Region mit dem Leipziger Südraum rund um Borna / Böhlen und Espenhain nur über ein Kernrevier der deutschen Braunkohleförderung, da die anderen Kernreviere entweder in Thüringen, in der Provinz Sachsen beziehungsweise in der Niederlausitz lagen. Von den Nebenrevieren gehören nur das Revier Oberlausitz südwestlich von Görlitz und Hoyerswerda (beide Städte damals zum Kreis Niederschlesien und nicht zu Sachsen gehörend) dazu. Diese Reviere unterstanden dem Oberbergamt Freiberg, die anderen Kernreviere außerhalb Sachsens dem Oberbergamt Halle.⁸²¹

Das sächsische Braunkohlerevier im Leipziger Südwesten bestand aus mehreren Gruben und angeschlossenen Betrieben. Zum einen waren da die Tagebaugruben Borna, die zum Kon-

⁸¹⁹ Zahlen aus Spitzner, S. 34, 35, 39, 50, 52.

⁸²⁰ Spitzner, S. 70. Für Roßwein konnte Spitzner keine gesonderten Zahlen ermitteln.

⁸²¹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 7 S. 337, wo Urban in seiner Dissertation insgesamt zwölf (nach anderer Zuordnung auch 13) mitteldeutsche Braunkohlereviere angibt. Die Lage dieser zwölf Reviere ist gut ersichtlich aus zwei vorn und hinten im Einband der Dissertation abgedruckten Kartenausschnitten aus dem Handbuch für den deutschen Braunkohlebergbau von Georg Klein; zusammengefasst auch in: Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 313. Während sich die Kernreviere durch große Flözstärke in nur relativ geringer Teufe (Tiefe, Abstand Kohleschicht – Oberfläche) auszeichneten, so dass sie im Tagebau genutzt werden konnten, sind die Randreviere durch geringere Flözstärke und größerer Teufe charakterisiert und mussten vornehmlich durch Tiefbau abgebaut werden, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 33. Für die Entwicklung der mitteldeutschen Braunkohlebergwerke beziehungsweise ihres sächsischen Anteils daran werden wir uns im Folgenden vor allem auf diese beiden Arbeiten Urbans stützen.

zern Braunkohlenwerke Salzdettfurth AG gehörten, zum anderen die Regiser Kohlenwerke (rund um Regis) der Deutschen Erdöl AG mit Sitz in Borna. Zwei in der Nähe liegende Gruben, die Tagebaue Kraft II bei Deutzen und Kraft I bei Thräna, waren ebenfalls im Besitz der Salzdettfurth AG. Die Grube Borna und die Regiser Kohlenwerke produzierten im letzten Vorkriegsjahr 1,8 beziehungsweise 1,6 Millionen Tonnen Braunkohle. Borna beschäftigte zu der Zeit 800 Mitarbeiter, die Regiser Kohlenwerke mit ihren drei Brikettfabriken sogar 1.550 Personen. Der Tagebau Espenhain wurde 1937 eingerichtet, anschließend errichtet man ein Großkraftwerk. Im Gefolge siedelten sich mehrere Werke der Stahl- und Metallindustrie an, die vor allem für die Rüstungsindustrie produzierten.⁸²² Insgesamt umfasste der Bergamtsbezirk Leipzig 23 Gruben beziehungsweise Betriebsstandorte.⁸²³

Die Bedeutung der mitteldeutschen Braunkohlereviere, die nach dem Ruhrgebiet, Oberschlesien und dem Saarland zu den größten Kohleabbaugebieten im Deutschen Reich gehörten, erhöhte sich nach 1933 erheblich. So stieg die Braunkohleproduktion im Bereich des Oberbergamts Halle 1938 auf 85,8 Millionen Tonnen, eine Erhöhung um immerhin 57 Prozent seit 1933; im Vergleich zur gesamten deutschen Produktion hatten die Halle unterstehenden Reviere damit 1938 einen Anteil von 44 Prozent.⁸²⁴ Die Bedeutung des mitteldeutschen Raumes ist auch daran abzulesen, dass gut 28 Prozent der Investitionen des Vierjahrplans ab 1936 in die Mineralölindustrie flossen, dessen Hydrierwerke zur Herstellung von Benzin aus Kohle auf die Zufuhr von Braunkohle angewiesen waren. 1943 lieferten die Hydrierwerke mit ihren Mineralölprodukten gut eine Million Tonnen Treibstoffe, was etwa zwölf Prozent der deutschen Gesamtproduktion entsprach⁸²⁵, das Hydrierwerk Böhlen stellte 1942 allein zwölf Prozent des deutschen Flugbenzins her.⁸²⁶

Am Standort Böhlen war bereits 1923 ein staatlicher Betrieb, die Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW), gegründet worden. Sie betrieb zu Beginn einen Großtagebau, der

⁸²² Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 35 f., sowie Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 91 f.; siehe auch Baumert, Kontinuität im Wandel, S. 262.

⁸²³ Diese waren: Bleichertsche Braunkohlenwerke, Braunkohlenwerk Borna, Breunsdorfer Kohlenwerke, Dora und Helene, Frisch Glück, Grube Flora, Gottes Segen, Julius und Hahns Braunkohlenwerke, Grube Kippenberg, Kraft I, II und III, Leipzig-Döhlitzer Kohlenwerke, Leipziger Braunkohlenwerke, Grube Maximilian, Regiser Braunkohlenwerke, Braunkohlen-Großkraftwerk Böhlen, Braunkohlenwerk Leipnitz, Braunkohlenwerk Thierbaum, Viktoria, Witznitzer Kohlenwerke und Tagebau Lobstädt. Zum Bergamtsbezirk Dresden gehörten die sieben Gruben: Grube Clara III, Grube Glückauf, Moorkohlengrube Bad Marienborn, Moorkohlengrube Johannesbad, Sperlings Moorkohlengrube, Sächsische Werke Braunkohlen- und Großkraftwerke Hirschfelde, siehe Bergwerksverzeichnis des Oberbergamtes Freiberg 1941 / 1942, [https://digital.slub-dresden.de / data / kitodo / jahrfdab_114948747-19410000](https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/jahrfdab_114948747-19410000).

⁸²⁴ Siehe Zahlen bei Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 2 und 3 S. 75 und 79.

⁸²⁵ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 107 f. Die Brabag-Hydrierwerke Böhlen, Magdeburg, Schwarzheide und Zeitz stellten 1941 918.000 Tonnen synthetische Kraftstoffe her, siehe Baumert, Kontinuität (Diss.), Tabelle 2 S. 62. Die Gesamtherstellung von Kraftstoff lag 1941 bei 8,12 Millionen Tonnen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II Teil 2, Tabelle 73 S. 355.

⁸²⁶ Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 91. Trotz aller Schäden durch Luftangriffe konnte das Hydrierwerk Böhlen, wenn auch eingeschränkt, bis Februar 1945 weiterproduzieren, siehe Behring, S. 226.

Ende der 1920er Jahre um ein Großkraftwerk und eine Brikettfabrik erweitert wurde. Nach Errichtung des Brabag-Hydrierwerks auf dem Gelände der ASW wurden die Produktionsanlagen nochmals um eine neue Brikettfabrik sowie eine Schwelerei zur Herstellung von Teer erweitert. Letztere produzierte ebenfalls die Rohstoffe für die Treibstoffherstellung; freilich schaffte man es bis Kriegsende nicht, eine Flugbenzinherstellung aus Teer aufzubauen.⁸²⁷

Insgesamt gelang es zumindest bis 1943 / 1944, die Braunkohleproduktion nicht unerheblich zu steigern. Sie lag schließlich für die west- und ostelbischen Kernreviere bei 183 Millionen Tonnen, einem Anstieg von 5,6 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im selben Zeitraum nahmen die Steinkohleförderung im Ruhrgebiet und die Braunkohleförderung im rheinischen Revier bereits ab.⁸²⁸

Allein die beiden Tagebaue der ASW in Böhlen und Espenhain produzierten 1943 auf ihrem Höhepunkt 11,84 Millionen Tonnen Braunkohle, was einem Anteil von 30,5 Prozent an der sächsischen und 4,7 Prozent an der Reichsproduktion ausmachte. Der Tagebau Böhlen hatte seine Produktion damit von 1933 bis 1943 um 318 Prozent erhöht.⁸²⁹

Der auch im mitteldeutschen Revier zu verzeichnende Produktionsrückgang 1944 hatte sowohl mit dem Ausfall von Hauptabnehmern wie den Hydrierwerken nach erheblichen Bombenschäden im Frühjahr 1944 zu tun als auch mit kriegsbedingten Prioritäten bei der Ressourcenzuteilung.⁸³⁰ Zudem betont Urban, dass trotz aller Anstrengungen zur Verstärkung der Autarkie im Energiebereich die Wehrmacht- beziehungsweise direkte Rüstungsproduktion immer Vorrang hatten, so dass auch der Braunkohlesektor unter Lieferengpässen seiner Zulieferbetriebe und Verkehrsproblemen litt. Gerade Großbestellungen wie Bagger oder Förderbrücken benötigten bis zu zwei Jahren Lieferzeit. In der zweiten Kriegshälfte mussten die Tagebaue der Maschinenbauindustrie zum Teil eigenes Personal zur Montage solcher Großgeräte zur Verfügung stellen. Obwohl Albert Speer im Herbst 1944 ein Herstellungsverbot für Maschinen, die nicht spätestens im Februar 1945 einsatzbereit wären, erlassen hatte, konnte dieses Verbot nicht immer umgesetzt werden, und die sächsischen Braunkohlebetriebe bestellten weiter Geräte mit einer Einsatzfähigkeit für den Herbst 1945.⁸³¹

Trotz der oben geschilderten hohen Produktionsergebnisse blieben die tatsächlichen Fördermengen auch vor 1944 praktisch immer unter dem von der Reichsvereinigung Kohle gestellten Kriegsfördersoll (Kriegsaufgabe genannt), ähnlich wie wir das bereits detailliert für die Produktionsaufgaben im Bereich der Auto Union dargestellt haben (Kapitel 5). Dieses war also ein allgemeines Phänomen der deutschen Kriegswirtschaft. Die Grube Borna sollte beispielsweise 1942 2,2 Millionen Tonnen Rohbraunkohle fördern, das Ergebnis lag aber nur bei 1,8 Millionen Tonnen. Die Brikettproduktion belief sich auf 666.000 statt 800.000 Tonnen. Für

⁸²⁷ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 109.

⁸²⁸ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 342.

⁸²⁹ Baumert, Kontinuität (Diss.), Tabelle 3 S. 63.

⁸³⁰ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 342.

⁸³¹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 112–117.

das Jahr 1943 stellte die Grube allenfalls zwei Millionen Tonnen Rohbraunkohle in Aussicht. Typisch war auch die Kriegsaufgabe für 1944 / 1945, die für sie sogar 3,4 Millionen Tonnen vorsah, was von der Grube als völlig illusorisch eingestuft wurde.⁸³² Auch der Tagebau in Espenhain mit seinen angeschlossenen Werken zur Teer- und Benzinherstellung erreichte in den Kernziffern Braunkohle nur gut ein Drittel des Planziels (3,62 Millionen Tonnen statt zehn Millionen) und in der Treibstoffförderung 72 Prozent. Lediglich bei Koks und Briketts gelang die annähernde Planerfüllung.⁸³³

Die alliierten Luftangriffe, auf die wir weiter unten noch eingehen, führten auch zu Problemen mit der Elektrizitätsversorgung. So sorgte der Angriff auf das Kraftwerk Böhlen am 20. / 21. März 1945 zum Ausfall von 95 Prozent der Leistung, das Kraftwerk Espenhain fiel nach dem Angriff vom 7. / 8. April 1945 sogar vollständig aus.⁸³⁴

Sehen wir uns nach den Produktionsergebnissen zunächst einmal die Entwicklungen beim Mitarbeiterbestand an. Parallel zur Produktionsausweitung lag die Mitarbeiterzahl im Bereich des Oberbergamtes Halle 1938 bei 42.647 Personen und war damit seit 1933 um gut 6.000 gestiegen.⁸³⁵ Von 1933 bis 1940 hatte sich für die sächsischen Standorte die Zahl der Mitarbeiter sogar auf 13.000 verdreifacht.⁸³⁶

Auch in diesem Wirtschaftszweig herrschte bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Arbeitskräftemangel. So griff man (im Inneren) zum Beispiel – wenn auch nur äußerst beschränkt – auf Strafgefangene zurück, und auch Tschechen und Slowaken gehörten als Ausländer zu den Beschäftigten.⁸³⁷ Selbst Frauen kamen theoretisch als bisher nur marginal Beschäftigte in Frage. Bei Regierungsantritt Hitlers waren nur etwa 600 Frauen für leichtere Arbeiten in der mitteldeutschen Braunkohleindustrie tätig, dies entsprach einem Anteil von 1,1 Prozent an allen Beschäftigten. Grundsätzliche Hemmnisse wie das Verbot der Nacharbeit und gesundheitliche Bedenken angesichts schwerer Arbeitsbedingungen, auch in der Brikettfertigung, führten zu einem engen Korridor für den Einsatz von Frauen. Ideologische Bedenken, die am

⁸³² Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 344–346. So legte die Zentrale Planung (wider besseres Wissen) am 25. Mai 1944 für das nächste Förderjahr 1944 / 1945 für das mitteldeutsche Revier eine Förderung von 197 Millionen Tonnen Weichbraunkohle und 31,74 Millionen Tonnen Hartbraunkohle fest, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 30 S. 121. Wie Priemel am Beispiel der Bergwerke der Flick KG (Steinkohlegruben etwa im Ruhrgebiet) schildert, sanken auch dort die Förderquoten pro Schicht fast kontinuierlich. Der Einsatz von Zwangsarbeitern konnte diesen Trend nur verzögern, und 1944 setzte ein kontinuierliches Absinken der Fördermengen ein, Priemel, S. 522 f.

⁸³³ Baumert, Kontinuität (Diss.), Tabelle 4 S. 64.

⁸³⁴ Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 53 S. 161.

⁸³⁵ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 3 S. 79. Soweit keine anderen Nachweise genannt sind, basieren die folgenden Ausführungen auf der Dissertation von Thomas Urban.

⁸³⁶ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 314. Im Jahr 1938 lag die Zahl bereits bei 9.800, was immerhin schon eine Steigerung um 33 Prozent gegenüber dem letzten Vorkrisenjahr 1929 bedeutete und das Revier Leipzig-Borna erheblich vom Rest des mitteldeutschen Reviers unterschied, wo die entsprechenden Zahlen für 1938 unter dem Jahr 1929 lagen, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 132.

⁸³⁷ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 314 f.; siehe auch Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 118 f.

Frauenbild des Nationalsozialismus orientiert waren, kamen hinzu. Erst 1943, nach Eintritt des totalen Krieges, wurden manche Vorschriften gelockert, etwa das Nachtarbeitsverbot oder das Verbot von Sonntagsarbeit. Weiterhin sollte jedoch der Ausländereinsatz grundsätzlich dem Einsatz deutscher Frauen vorangehen.⁸³⁸

Ausländische Kräfte waren vor Kriegsbeginn kaum im mitteldeutschen Braunkohlebergbau beschäftigt. Ihre Zahl lag 1933 mit etwa 400 Personen bei 0,7 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die Einstellung von Sudetendeutschen und Tschechen sowie Slowaken gelang nur in geringem Maße, viele kehrten 1939/1940 nach wenigen Monaten Kontraktzeit wieder zurück.⁸³⁹

Der Braunkohleabbau wurde vornehmlich in Tagebauweise durchgeführt und war dabei in weit höherem Maße mechanisiert als etwa der praktisch immer in erheblicher Tiefe betriebene Steinkohlebergbau. Gleichwohl wurden auch Mitte der 1930er Jahre gut 65 Prozent der Beschäftigten im Sektor sogenannter ungelernter Arbeit – zumeist Kolonnenarbeit im Bereich Abraum und Gleisbau – eingesetzt.⁸⁴⁰ Beides spielte ab Kriegsbeginn eine wesentliche Rolle bei den Einsatzüberlegungen für alle Kategorien von Zwangsarbeitern.

Hauptkonkurrent für den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Landwirtschaft und Metallindustrie war ab 1939 zunächst und vor allem der Braunkohlebergbau Sachsens, an dem man gut die Einsatzabfolge verschiedener Ausländergruppen, die jeweils hinzukamen, festmachen kann. Als solche nennt Urban: ab November 1939⁸⁴¹ polnische Kriegsgefangene und Zivilisten; ab Mitte 1940 Italiener, Flamen, Niederländer, Wallonen, Franzosen; ab Herbst 1940 französische und belgische Kriegsgefangene; ab Januar 1941 dänische Zivilarbeiter; ab Frühjahr 1941 kroatische Zivilarbeiter und serbische Kriegsgefangene; ab August 1941 sowjetische Kriegsgefangene; ab Frühjahr 1942 Ostarbeiter; im März 1942 als Einzelmaßnahme polnische Juden als Zivilarbeiter; ab September 1943 italienische Militärinternierte; ab Ende 1943 britische und ab Ende 1944 amerikanische Kriegsgefangene. Aus der Untersuchung von Urban geht weiterhin hervor, dass praktisch alle ab 1939 eingesetzten Ausländer in der Regel sowohl schwere als auch unqualifizierte (einfache oder ungelernete) Arbeiten ausführen mussten; in einigen Fällen wurden jedoch im Verlauf des Krieges Westeuropäer wie auch westeuropäische und serbische Kriegsgefangene als Handwerker oder Lokführer, in

⁸³⁸ Siehe hierzu genauer Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 148–152.

⁸³⁹ Zur Anwerbung und den Kontraktbedingungen von Tschechen und Slowaken siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 152–160. Viele von ihnen waren dienstverpflichtet, siehe Baumert, Kontinuität im Wandel, S. 263 sowie Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 118 f. Die Hierarchie der Ausländer (siehe Einleitung) machte sich bereits vor Kriegsbeginn bemerkbar. Während die Slowaken als Angehörige eines Verbündeten bei Widersetzlichkeiten vorsichtig behandelt wurden, unterlagen die Tschechen bereits strengen Strafen, etwa bei Arbeitsvertragsbruch, wie Baumert betont.

⁸⁴⁰ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 68 f.

⁸⁴¹ Im Industriekomplex Böhlen-Espenhain kamen polnische Kriegsgefangene als erstem Industrieinsatzort außerhalb der Landwirtschaft bereits vier Wochen früher, im Oktober, zum Einsatz, so Baumert, Kontinuität im Wandel, S. 263.

einzelnen Fällen sogar Ostarbeiter als Vorgesetzte von Ausländergruppen oder als Hilfhändler beschäftigt. Die allgemeinen Tätigkeiten für die Masse der Ausländergruppen bestanden jedoch aus Erd-, Bau- und Gleisarbeiten, vor allem im Bereich des Abraumbetriebs.⁸⁴²

Während etwa 1939 noch Arbeitskräfte aus dem Bergbau für Ernteeinsätze abgezogen worden waren, konnte man ab Ende 1939 zunächst auf polnische Kriegsgefangene zurückgreifen, die zumeist für Erd-, Schacht- und Bauarbeiten eingesetzt wurden.⁸⁴³ Bereits wenige Tage nach dem Einmarsch in Polen wurden dem Bergbau vom zuständigen Leistungsbeauftragten für Bergbau, Paul Walter⁸⁴⁴, 6.000 polnische Kriegsgefangene angekündigt. Während die Steinkohlebergwerke des Ruhrgebiets zunächst wenig Interesse zeigten, war dieses bei den mitteldeutschen Braunkohlerevieren anders. Freilich erhielt nur das Niederlausitzer Revier etwa 1.000 dieser Kriegsgefangenen, die anderen Bergwerke gingen – mit Ausnahme des Industriekomplexes Böhlen-Espenhain – leer aus, da die Polen vor allem der Landwirtschaft zugewiesen wurden. Als Ersatz verpflichtete man daher ab 1940 polnische Zivilarbeiter, vor allem aus dem Generalgouvernement. Von 2.500 zivilen Polen im Februar 1940 stieg deren Zahl für das gesamte mitteldeutsche Revier bis August 1940 auf 6.000.⁸⁴⁵

Nach dem Sieg gegen Frankreich wurden zunächst französische Kriegsgefangene zugeführt, die bereits für Spezialarbeiten an Fördergeräten oder im Transport Verwendung fanden und etwa gleichwertige Arbeitsleistungen wie Deutsche erbrachten. Die ersten Franzosen trafen bereits im Juni 1940 ein. Im Herbst 1940 meldeten die mitteldeutschen Braunkohlegruben einen Bedarf von 7.500 Arbeitskräften, den man zur Hälfte durch französische Kriegsgefangene und zur anderen Hälfte durch Anwerbungen in Dänemark und Kroatien zu decken gedachte. Freilich hatte die Beschäftigung der Dänen den Nachteil, dass sie für den Bergbau nur zu sechsmonatigen Verpflichtungen bereit waren, während die Kroaten zumeist einjährige Verträge erhielten. Versetzungen der Arbeitskräfte in andere Wirtschaftsbereiche, vor allem in die Rüstungsindustrie, führten jedoch bis April 1941 zu sinkenden Ausländerzahlen. Im August 1941 waren nur noch etwa 900 französische und belgische Kriegsgefangene im Einsatz.⁸⁴⁶

⁸⁴² Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 1 S. 50.

⁸⁴³ Zu den folgenden Ausführungen Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 315–317.

⁸⁴⁴ Paul Walter wurde im Frühjahr 1941 dieses Postens enthoben. Die Reichsvereinigung Kohle unter Leitung von Paul Pleiger nahm seine Aufgaben wahr. Pleiger war zugleich Vertrauensmann der Bergbauindustrie und des Vierjahrplanbehörden-Chefs Göring. Die Reichsvereinigung Kohle war ab 1941 die entscheidende Stelle zur Festlegung der Förderquoten und zur Arbeitskräftezuweisung an die einzelnen Bergbaubetriebe, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 146 f.

⁸⁴⁵ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 183–187. Siehe auch Priemel, S. 473 f.

⁸⁴⁶ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 317. Im Zeitraum von September 1940 bis Januar 1942 schwankte die Zahl der Gesamtbeschäftigten im mitteldeutschen Revier von gut 83.000 bis 78.000 im Januar 1941. Die Zahl der ausländischen Zivilarbeiter (in der erstgenannten Summe enthalten) stieg im selben Zeitraum von 7.607 auf 9.611, die Zahl der Kriegsgefangenen von 5.749 auf 8.971. Abzüglich der Einberufenen zur Wehrmacht und zum RAD hatte der mitteldeutsche Braunkohlebergbau damit Anfang 1942 real knapp 71.000 Beschäftigte (Deutsche, Ausländer, Kriegsgefangene), siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 5 S. 217.

Es ist hier daran zu erinnern, dass in dem Konkurrenzverhältnis Bergbau-Landwirtschaft-Rüstungsindustrie der Bergbau oft nachrangig war. So wurden von etwa 23.000 im Deutschen Reich eingesetzten französischen, polnischen und britischen Kriegsgefangenen im Dezember 1940 nur zwei Prozent im Bergbau beschäftigt. Dies traf auch auf den Ruhrbergbau zu. Im dortigen Wehrkreis VI Münster waren von 125.000 Kriegsgefangenen nur 2,4 Prozent im Bergbau tätig, im Wehrkreis IV Dresden gab es bereits bei 105.000 Kriegsgefangenen einen Anteil von 6,4 Prozent, das heißt 6.700 Kriegsgefangenen. Im März 1941 beschäftigte das mitteldeutsche Braunkohlerevier immerhin ein Viertel aller reichsweit 27.000 im Bergbau eingesetzten Kriegsgefangenen.⁸⁴⁷

Die französischen Kriegsgefangenen wurden von den Betrieben nach den Regeln des OKW bezahlt. Das Stalag erhielt etwa 60 bis 80 Prozent des Lohns eines deutschen Vergleichsarbeiters. Abzüge für Verpflegung und Unterkunft sowie Bekleidung beließen damit im Schnitt einen Betrag von 0,70 RM pro Schicht, der dem Gefangenen in Lagergeld ausgezahlt wurde (zum Vergleich: sowjetische Kriegsgefangene erhielten etwa 0,35 RM Lagergeld). Zu Konflikten kam es gleichwohl immer wieder. Die Stalags verlangten zu Beginn, dass die von Deutschen zu erbringenden Sonntagsschichten für Kriegsgefangene nicht gelten sollten, ehe dann das OKW im September 1941 die Arbeitsbedingungen ihrer Kriegsgefangenen denen der Deutschen auch in Bezug auf Sonderschichten gleichstellte. Ein weiteres Konfliktfeld waren Zusage für schwere Arbeiten, die Kriegsgefangenen parallel zu Deutschen in der Grube Kraft Thräna entzogen worden waren, aber dann von der Grube – nach Protesten – wieder gewährt wurden.⁸⁴⁸

Der geplante Austausch französischer gegen sowjetische Kriegsgefangene ab Mitte 1941 rief denn auch den Widerstand der Betriebe hervor und wurde nur teilweise durch Abgabe von Franzosen an die Leipziger Rüstungsindustrie umgesetzt. Die Grube Kraft Thräna versuchte sich im Herbst 1941 gegen den Vollabzug ihrer französischen Kriegsgefangenen zu wehren, gleiches galt für die Grube Borna. Beide Gruben machten vor allem darauf aufmerksam, dass französische Kriegsgefangene schon lange im Einzeleinsatz tätig waren, während für sowjetische Kriegsgefangene 1941 zunächst der strikte Kolonneneinsatz vorgeschrieben war.⁸⁴⁹

Das Jahr 1942 bildete nicht nur wegen des beginnenden Masseneinsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern eine Zäsur. Mehrere Erlasse und Verordnungen der Vierjahrplanbehörde, des Rüstungsministeriums sowie des neuen Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, schränkten die betriebliche Bewegungsfreiheit ausländi-

⁸⁴⁷ Zahlen nach Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 218–220.

⁸⁴⁸ Siehe hierzu ausführlicher Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 225–230.

⁸⁴⁹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 232–234. In der Planung für das zweite Halbjahr 1941 ging man, gemäß Führer-Erlass vom 14. Juli 1941, unter anderem davon aus, dass nach erfolgreichem Verlauf des Russland-Feldzugs bis spätestens 15. Dezember 1941 50.000 Bergleute aus der Wehrmacht entlassen werden sollten. Im Herbst 1941 wurde klar, dass das nicht eintreten würde, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 184.

scher und deutscher Beschäftigter weiter ein (siehe Kapitel 2) und veränderten die Produktionsbedingungen im Bergbau.

Trotz der zunächst artikulierten Ablehnung des „Russeneinsatzes“ kamen ab 1942 dann doch verstärkt sowjetische Kriegsgefangene, Ostarbeiter und 1943 auch Italienische Militärinternierte hinzu.⁸⁵⁰ Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener hatte bereits kurz nach Beginn des Ostfeldzugs begonnen.⁸⁵¹ Entgegen den Erwartungen der Betriebsleitungen waren den Braukohlegruben nur 1.100 einberufene und nun entlassene Bergleute wieder zugewiesen worden. Weitere Hoffnungen verfliegen im Laufe der nächsten Monate, so dass bereits früh sowjetische Kriegsgefangene für Arbeiten im Kolonneneinsatz angefordert wurden. Am 8. August 1941 kamen die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, weit früher als im Ruhrbergbau, für Erd- und Bauarbeiten zum Einsatz. In der Grube Kraft Deutzen im Bornaer Revier mussten sie Umleitungsarbeiten der Pleiße verrichten. Die beiden anderen Gruben, Borna und Kraft Thäna, erhielten ebenfalls zusammen 150 dieser Kriegsgefangenen.

Dieser frühzeitige Einsatz beruhte auf einer übergreifenden Initiative Paul Pleigers, des Vorsitzenden der Reichsvereinigung Kohle, der bereits wenige Tage nach dem Beginn des Ostfeldzugs versuchte, vom OKW die Abgabe von 83.000 Kriegsgefangenen⁸⁵² zu erhalten, von denen allein 30.000 im Ruhrbergbau eingesetzt werden sollten. Die meisten Bergwerke reagierten darauf zurückhaltend, vor allem weil bekanntlich alsbald lediglich Kolonneneinsatz erlaubt wurde. Im Oktober 1941 gelang es Pleiger, die Genehmigung zur Rekrutierung der ersten 12.000 Ostarbeiter⁸⁵³, ukrainische Bergleute aus Krivoj Rog, zu erlangen. Als dann nach der generellen Arbeitseinsatzgenehmigung für sowjetische Kriegsgefangene durch Hitler am 31. Oktober 1941 von Göring dazu am 7. November 1941 die nötigen Richtlinien erlassen wurden, stand der Bergbau als Einsatzgebiet an erster Stelle.

Anstelle eines sofort einsetzenden Masseneinsatzes sah die Realität allerdings ganz anders aus. Kolonnenarbeit, die mit einem Rundschreiben der Bezirksgruppe vom 21. August 1941 vorgeschriebene strikte Trennung von anderen Gefangenengruppen, Angst vor Sabotage und nicht zuletzt die schlechte körperliche Verfassung der ersten angelegten Kriegsgefangenen des Jahres 1941 führten allorts zu Zurückhaltung bei deren Beschäftigung. So ist davon auszugehen, dass bis Ende 1941 nur etwa 1.000 sowjetische Kriegsgefangene (statt erwarteter 3.000) im mitteldeutschen Braunkohlerevier zum Einsatz kamen. Die Massenepidemien in den Kriegsgefangenenlagern mit anschließender Quarantäne führten alsbald zum Abreißen des Zustroms (siehe Kapitel 1 und 4).

⁸⁵⁰ Zu dieser Entwicklung Urban, *Zwangsarbeit in der Braunkohlenindustrie*, S. 59 f. Die folgenden Ausführungen basieren auf Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 256–266.

⁸⁵¹ Zu den allgemeinen Schritten zum Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener von Juli bis Dezember 1941 siehe die entsprechenden Ausführungen in Kapitel 1.

⁸⁵² Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 186.

⁸⁵³ Die Reichsvereinigung Kohle war wohl die erste Wirtschaftsvereinigung, die bereits Mitte September 1941 den Einsatz von Ostarbeitern (Bergleuten) für ihren Industriezweig forderte, siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 1, S. 188.

Die Planungen 1942 waren für die zweite Jahreshälfte groß dimensioniert. Pleiger, Leiter der Reichsvereinigung Kohle, forderte zunächst 65.000 sowjetische Kriegsgefangene, kurze Zeit später sogar 137.000 an, die hauptsächlich aus dem Frontgebiet kommen sollten. Sauckel stellte schließlich 120.000 Kriegsgefangene und 6.000 Ostarbeiter für den Bergbau in Aussicht.

Von diesen Kriegsgefangenen war nur ein kleiner Teil für das mitteldeutsche Revier eingeplant. So wurden ab Sommer 1942 6.200 sowjetische Kriegsgefangene vorgesehen, die jedoch keineswegs alle zur Verfügung gestellt wurden. Da das mitteldeutsche Braunkohlerevier nur Platz drei in der Prioritätenliste des deutschen Kohlebergbaus einnahm (nach dem Ruhrgebiet und dem saarländisch-lothringischen Revier), kam es immer wieder zu Stockungen in der Zuweisung von sowjetischen Kriegsgefangenen.

Weil sich im Zeitraum von August 1941 bis Mitte 1942 die mengenmäßigen Erwartungen der Betriebe bezüglich der sowjetischen Kriegsgefangenen bei weitem nicht erfüllt hatten, griff man ab Anfang 1942 auf das neue Ostarbeiterreservoir zurück. Doch auch deren Bergbaueinsatz verzögerte sich in der ersten Jahreshälfte 1942; erst Mitte 1942 wurden größere Kontingente an Ostarbeitern dem mitteldeutschen Braunkohlerevier zugewiesen. Insgesamt erhöhte sich damit die Zahl der zivilen Ausländer (inklusive Polen und Dänen) nur auf 2.500 Arbeitskräfte.⁸⁵⁴

Tatsächlich konnten die von Pleiger geforderten und von Sauckel versprochenen Zahlen nicht annähernd erreicht werden. Von April bis August 1942 wurden dem Bergbau 39.000 sowjetische Kriegsgefangene und 28.500 Ostarbeiter zugewiesen; hinzu kamen Umsetzungen aus der Landwirtschaft, so dass Ende des Jahres insgesamt 70.600 Kriegsgefangene und 90.800 Ostarbeiter in den Bergbau versetzt worden waren. Auch das mitteldeutsche Revier erhielt offenbar nicht seine geforderte Zahl, denn am Jahresende waren immer noch 5.700 Arbeitsplätze unbesetzt.

Mitte 1943 initiierte Paul Pleiger eine neue Aktion zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Bergbau. Es ging um 200.000 bergbautaugliche Kriegsgefangene aus Lagern in den rückwärtigen Heeresgebieten der besetzten Sowjetunion⁸⁵⁵, zudem sollten alle neu anfallenden sowjetischen Kriegsgefangenen sofort an Sauckel weitergeleitet werden. Als letztes Reservoir hoffte Pleiger, Landwirtschaft und gewerbliche Industrie anzuzapfen, um dort 50.000 ungelehrte Kriegsgefangene für den Bergbau zu rekrutieren. Das Fazit zu Jahresende war jedoch ernüchternd. Lediglich 76.500 sowjetische Kriegsgefangene wurden dem Bergbau zugewie-

⁸⁵⁴ Zu den obigen Abschnitten Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 261–264.

⁸⁵⁵ Der Bergbau stand dabei in Konkurrenz zur Wehrmacht, die für Befestigungs- und Schanzarbeiten in der Ukraine allein 500.000 Kriegsgefangene für sich reklamierte. Nur auf Speers Einspruch erhielt die RVK mit Führerbefehl Priorität bei deren Anforderung, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 239 f. Die 1943 deportierten Zivilisten aus der Ukraine setzten sich, nach den Worten von Sauckel, zu einem hohen Prozentsatz aus Frauen und Kindern sowie alten Leuten zusammen, alles Kategorien, die nicht bergbautauglich waren, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 1, S. 240.

sen, was nach Abzug der Abkehrzahl von gut 26.500 Kriegsgefangenen im selben Zeitraum nur einen „Nettogewinn“ von 50.000 Arbeitskräften ergab.

Angesichts des schwindenden Zustroms sowjetischer Kriegsgefangener 1943 empfahl die Bezirksgruppe Mitteldeutscher Braunkohlenbergbau daher, gegebenenfalls auf das neue Kontingent der Italienischen Militärinternierten zuzugreifen. Da auch dieses auf Schwierigkeiten stieß, wurden schließlich britische Kriegsgefangene vom italienischen Kriegsschauplatz vorgeschlagen, ebenso kamen letztendlich noch amerikanische Kriegsgefangene zum Einsatz.⁸⁵⁶

Pleiger konnte sich bei seinem Bemühen, Italienische Militärinternierte für den Bergbau zu erhalten, auf Speer berufen. Ähnlich wie bei den (gescheiterten) Bemühungen, 1943 sämtliche neuen sowjetischen Kriegsgefangenen dem Bergbau zuzuführen, verfügte Speer nach Beratungen der Zentralen Planung, alle Bergbautauglichen unter den IMIs dem Bergbau zuzuweisen. Allein 60.000 IMIs sollte der Ruhrbergbau erhalten. Im März 1944 präzisierte Speer noch einmal die Zahl und wollte dem Bergbau nunmehr 40.000 Italiener übergeben. Doch alle diese Pläne scheiterten an der Wirklichkeit. Die Bergbauplaner um Paul Pleiger zeigten sich unzufrieden mit dem Einsatz der Italiener (mangelnde Bergbautauglichkeit, ungenügende Arbeitsleistung), so dass im Herbst 1944 wieder der Rückgriff auf sowjetische Kriegsgefangene empfohlen wurde. Zudem gerieten im Zusammenhang mit den nach der Landung der Alliierten in Italien geführten Kampfhandlungen nochmals (nach erstmals 1940 in Frankreich) britische Kriegsgefangene in deutsche Hand, die ebenfalls in den Bergbaueinsatz kamen. Die erwarteten Zahlen als Ausgleich für verstärkte Einberufungen zur Wehrmacht wurden jedoch nicht erreicht. Den einzelnen Gruben im mitteldeutschen Braunkohlerevier wurden lediglich zwischen zehn und 200 Arbeitskräfte beider Gruppen zugeteilt.⁸⁵⁷

In den letzten Kriegsmonaten griff man daher noch auf sehr unterschiedliche Arbeitskräftequellen zu. Ostarbeiterinnen, Franzosen, schließlich amerikanische Kriegsgefangene und zum Teil auch KZ-Häftlinge bildeten das letzte Reservoir für den Bergbau, welches freilich den Bedarf wie etwa bei der Grube Borna in Höhe von 900 unbesetzten Stellen im September 1944 nicht decken konnte. Hinzu kam, dass die Gruben immer wieder Arbeitskräfte abgeben mussten, um (bomben-)kriegsbedingte Adhoc-Arbeiten wie die Beseitigung von Bombenschäden sowie den Wiederaufbau von Fabriken und Schanzarbeiten durchzuführen. Im Gesamtergebnis verloren die Bergwerke ab 1943 kontinuierlich Arbeitskräfte.⁸⁵⁸

Als Resultat dieser vielgestaltigen Zu- und Abgänge war die Zusammensetzung der ausländischen Belegschaft etwa bei der Grube Regiser Kohlenwerke 1944 sehr vielschichtig. Sie verfügte über 298 Ostarbeiter sowie 360 Kriegsgefangene. Von letzteren stammten 168 aus Frankreich, 92 aus Großbritannien und 100 aus Italien (später durch sowjetische Kriegsgefangan-

⁸⁵⁶ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 317 f.

⁸⁵⁷ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 327–330.

⁸⁵⁸ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 330 f. Zum Teil meldeten sich aber auch Ostarbeiter für den Militäreinsatz oder die Flak. Wir danken Martin Baumert für diesen Hinweis.

gene ersetzt). Die genannten Ausländergruppen machten einen Anteil von 86 Prozent an allen Ausländern aus und bildeten immerhin 40 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die ausländische Belegschaft umfasste 48 Prozent aller Arbeitskräfte. Im Tagebau Böhlen lag der Anteil von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen bei 80 Prozent aller Ausländer. Im Werk Böhlen betrug der Ausländeranteil in der Sparte Chemie beispielsweise 33 Prozent und in der Sparte Bergbau sogar 53 Prozent, insgesamt im ASW-Bereich im Jahr 1944 zwischen 55 und 60 Prozent.⁸⁵⁹

Dabei repräsentierten im gesamten mitteldeutschen Braunkohlerevier 1944 die 22.000 sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter gut 57 Prozent aller 38.000 ausländischen Beschäftigten. Insgesamt betrug die Anzahl der Osteuropäer (also Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und Polen) sogar etwa 30.000 Arbeitskräfte; der Anteil aller ausländischen Beschäftigten lag in den Kernrevieren bei bis zu 40 Prozent.⁸⁶⁰

Für die mitteldeutschen Reviere nennt Urban Zahlen zu den beschäftigten Ausländern. Im Kernrevier Leipzig-Borna stieg die Zahl der Ausländer von 4.677 im März 1942 bis September 1944 auf 8.886 Personen. Das Revier Borna beschäftigte damit die höchste Ausländerzahl. Demgegenüber waren im Randrevier Oberlausitz im selben Zeitraum 178 beziehungsweise 746 Ausländer tätig, in den Randrevieren Frankfurt / Oder waren es jeweils 823 und 1.553 sowie in Kassel 878 und 1.228.⁸⁶¹

Die im vorigen Abschnitt genannten Ausländerzahlen lassen sich für zwei Hauptgruppen noch einmal differenzieren. Die Zahl der Kriegsgefangenen im Revier Leipzig-Borna blieb von 1942 bis September 1944 weitgehend gleich. Nach 2.240 im Mai 1942 stieg sie im März 1943 auf 2.566, fiel ein halbes Jahr später auf 2.060 und belief sich im September 1944 auf 2.742. Sie lag 1944 damit nur geringfügig über dem (nichtsächsischen) Niederlausitzer Kernrevier. Bei den Randrevieren schwankte die Anzahl angelegter Kriegsgefangener im sächsischen Revier Oberlausitz um gut 150 Kriegsgefangene (September 1944 163 Gefangene) und bewegte sich damit im Umfeld aller Nebenreviere, deren Kriegsgefangeneneinsatz im niedrigen einstelligen Hunderterbereich lag. In den Kernrevieren waren damit im Herbst 1944 durchschnittlich 13,9 Prozent der Arbeitskräfte Kriegsgefangene, in den Randrevieren nur 7,7 Prozent.

Die Verteilung der Ostarbeiter auf die Reviere gestaltete sich ähnlich. Das Revier Leipzig-Borna beschäftigte im März 1943 1.652 und im September 1944 2.032 Ostarbeiter, das Revier Oberlausitz sowohl im März 1942 als auch im September 1944 genau 304 Ostarbeiter. In Kern- und in Randrevieren lag damit der Anteil der Ostarbeiter an allen Beschäftigten bei etwa zehn Prozent. Beide Zwangsarbeitergruppen, sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter, sum-

⁸⁵⁹ Urban, Zwangsarbeit Braunkohlenindustrie, S. 60 sowie Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 319. Die Zahlen zur ASW-Belegschaft bei Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 97. Die Brabag betrieb in Böhlen ebenfalls von Juli bis November 1944 ein KZ-Außenlager. Ein anderes KZ-Außenlager der Brabag befand sich bei Tröglitz, siehe Hesse, Teil II, Tabelle 57 S. 117 f.

⁸⁶⁰ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 319 sowie Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 48.

⁸⁶¹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 9 S. 340. Da Arbeitskräfte häufig hin und her wechselten, sind solche Zahlen immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

mierten sich im September 1944 auf einen Anteil von zusammen 23,2 Prozent aller Beschäftigten.⁸⁶²

Zum Vergleich wollen wir hier nur einmal den Braunkohlebergbau im Gebiet Falkenau / Brück (Sachsen, Gau Sudetenland), der vom Oberbergamt Freiberg verwaltet wurde, heranziehen. Dort war der Anteil der Ausländer erheblich höher. Von insgesamt 48.255 Beschäftigten waren allein 13.681 zivile Ausländer (unter ihnen 8.653 Tschechen, die bereits vor dem Krieg dort beschäftigt waren), 4.707 Ostarbeiter und 11.687 Kriegsgefangene, von denen die sowjetischen gut knapp zwei Drittel bildeten. Insgesamt lag der Ausländeranteil bei 62,4 Prozent.⁸⁶³

Wie gravierend sich die diskontinuierliche Entwicklung auf die Beschäftigungsstruktur auswirkte, kann man ebenfalls gut am Beispiel des mitteldeutschen Braunkohlebergbaus darstellen. Fluktuationen der Arbeitskräfte waren eine ständige Erscheinung. Neben den kontinuierlich durch Abzüge und Zuweisungen wechselnden Ausländern unterlag auch die deutsche Belegschaft durch Wehrmacht- und RAD-Einberufungen sowie deren Entlassungen ständigem Wechsel. Im Schnitt verlor beziehungsweise gewann der mitteldeutsche Braunkohlebergbau im Jahr 1942 monatlich gut 1.000 bis 2.000 deutsche Mitarbeiter.⁸⁶⁴

Eine noch viel höhere Wechselquote gab es bei den Ausländern und Kriegsgefangenen. Mitte 1943 erreichte die gesamte Beschäftigtenzahl im Bereich Oberbergamt Halle mit rund 59.000⁸⁶⁵ Mitarbeitern ihren Höchststand. Von Juli bis September 1943 wurden den Bergwerken 14.500 ausländische Arbeitskräfte neu zugewiesen, gleichzeitig hatte der Bergbau aber im selben Zeitraum 13.000 Ausländerabgänge zu verzeichnen. Die darin enthaltenen Kriegsgefangenen waren nur zu einem kleinen Teil geflohen (etwa sechs Prozent), während gut 50 Prozent der abgekehrten Kriegsgefangenen von den Stammlagern entzogen und in andere Beschäftigungsverhältnisse überführt worden waren, vor allem französische Kriegsgefangene.⁸⁶⁶ Bei den ausländischen Zivilbeschäftigten war die Fluchtquote inklusive Arbeitsvertragsbruch, da sie schlechter oder gar nicht bewacht waren, naturgemäß höher und erreichte gut 20 Prozent. Etwa 25 Prozent von ihnen waren wegen Strafverbüßung, wohl in Arbeitserziehungslagern, zumindest zeitweise abgängig. Bei den schon genannten Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten wurden die Abgänge zu gut einem Viertel auch auf Krankheit, Tod und allgemeine Bergbauuntauglichkeit zurückgeführt.⁸⁶⁷

⁸⁶² Die Zahlen sind entnommen aus Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 7 und 8 S. 337 und 338.

⁸⁶³ Didzionickeit, Tabelle 3 S. 32 f.

⁸⁶⁴ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 5 S. 217.

⁸⁶⁵ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, Tabelle 10 S. 341.

⁸⁶⁶ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 331 f. Die Abkehrquote war 1942 zwar niedriger, jedoch ebenfalls erheblich. So belegt eine Erhebung für die Monate April bis September 1942, dass die mitteldeutschen Braunkohlegruben zwar 13.000 Ausländer erhalten, jedoch auch 6.000 Abgänge zu verzeichnen hatten, siehe Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 330 sowie derselbe, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 250.

⁸⁶⁷ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 332.

KZ-Häftlinge kamen im mitteldeutschen Braunkohlebergbau nicht zum Einsatz, mussten jedoch zumindest im oberschlesischen Kohlerevier arbeiten. Lediglich bei den Brabag-Standorten wurden, so auch im Hydrierwerk Böhlen mit 1.100 KZ-Häftlingen⁸⁶⁸, insgesamt KZ-Häftlinge im Umfang von bis zu 7.000 Menschen beschäftigt.⁸⁶⁹

Sehen wir uns zum Abschluss dieses Abschnitts die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in den beiden sächsischen Produktionsstandorten Böhlen und Espenhain etwas näher an. Der Braunkohlestandort Böhlen-Espenhain gehörte mit offenbar Zehntausenden von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu den wichtigsten Einsatzgebieten im Leipziger Umland.⁸⁷⁰

Sowohl in Böhlen als auch in Espenhain und ihren Umlandgemeinden wurden 1939 als erstem Einsatzort außerhalb der Landwirtschaft zunächst polnische und ab 1940 französische Kriegsgefangene eingesetzt. Neben den zentralen Lagern in beiden Standorten waren viele von ihnen auch dezentral untergebracht; die meisten arbeiteten in der ersten Zeit in der Landwirtschaft, aber auch in manchen Gewerbebetrieben in den Ortschaften und im Umland. Auch ab 1943 zur Zwangsarbeit herangeführte IMIs waren teilweise in Gewerbe und Landwirtschaft tätig. Offenbar kam es auch zu „Verleihungsaktionen“ wie durch die Brabag, bei der zum Stichtag 1. Januar 1944 immerhin über 1.200 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter für (wohl ihre) Fremdfirmen arbeiteten.⁸⁷¹

Der von den ASW betriebene Tagebau in Böhlen beschäftigte in den Kriegsjahren eine steigende Anzahl von Ausländern. Ihr Anteil stieg bis zum 4. Oktober 1944 auf gut 60 Prozent der Belegschaft. Von 1.395 Mitarbeitern waren 344 zivile Arbeitskräfte (Zwangsarbeiter) und 495 Kriegsgefangene.

Die Brabag in Böhlen wies dagegen eine erheblich größere Mitarbeiterzahl auf. Von 1941 bis 1943 stieg sie von 3.062 auf 3.884 Personen. Aufgrund von Sicherheitsvorbehalten lag der Ausländeranteil daran aber lediglich bei knapp zehn Prozent und bestand offenbar nur aus Zivilarbeitern. Freilich kamen, wie Baumert zu Recht anmerkt, 1944 noch KZ-Häftlinge sowie Zivilisten aus zwei Arbeitserziehungslagern im Gesamtumfang von bis zu 2.000 Personen

⁸⁶⁸ Zu den KZ-Häftlingen bei der Brabag Böhlen siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 464 f.

⁸⁶⁹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 49. Aus zeitgenössischen Unterlagen kann man allerdings entnehmen, dass die ASW Espenhain im Sommer 1944 500 KZ-Häftlinge angefordert hat, wie aus einem von Martin Baumert ermittelten Dokument hervorgeht, siehe Martin Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 115. Die Umsetzung ist jedoch nicht nachgewiesen, siehe hierzu auch Werner Winkler, 1944: Führung des ASW in Espenhain plant den Einsatz von KZ-Häftlingen, in: www.hiredo.de. Solche Planungen, wir haben darüber zum Beispiel aus der Region Chemnitz berichtet, waren offenbar in den zentralen Rüstungsindustriekomplexen mehr oder minder weit verbreitet und wurden vielfach auch umgesetzt. In manchen Fällen scheiterten sie jedoch entweder aus Ressourcenmangel für die Errichtung von Wohnlagern oder fehlende Wohngebäude, manchmal führten auch Produktionsverlagerungen zur Nichtverwirklichung.

⁸⁷⁰ So Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 92; siehe auch Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 114. Genaue Gesamtzahlen existieren jedoch nicht.

⁸⁷¹ Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 92–96.

hinzu. Baumert schätzt damit den Ausländeranteil für die Brabag in der zweiten Hälfte 1944 auf gut 40 Prozent.⁸⁷²

Wegen des großen Einsatzes von Zwangsarbeitern, aber auch weil deutsche Arbeitskräfte zum Teil von weither kamen, wurden in Böhlen und Umgebung große Barackenlager angelegt.⁸⁷³ Das „Gemeinschaftslager Pulgar“ war das größte Lager der Brabag. Im April 1942 bestand es aus elf Baracken mit einer Kapazität von 1.150 Personen. Im selben Jahr noch wurde der Bau von weiteren 13 Baracken begonnen und 1943 abgeschlossen. Mit einer Anzahl von nun 24 Wohnbaracken sowie acht Funktionsbaracken (Abort-, Wasch-, Wirtschafts-, Kranken- und Verwaltungsbaracken) umfasste das Lager schon 32 Gebäude. Die Bewohner bestanden sowohl aus 700 sowjetischen als auch 450 französischen Kriegsgefangenen sowie Personen aus acht zum Teil mit dem Deutschen Reich verbündeten, kooperierenden oder annektierten Staaten. Die Unterbringung der Kriegsgefangenen war wiederum unterschiedlich. Während für die 450 Franzosen immerhin vier Baracken vorhanden waren, stellte man für die 700 sowjetischen Kriegsgefangenen nur dreieinhalb Baracken bereit.⁸⁷⁴

Italienische und französische Zivilarbeiter waren separat von ihnen in einem mindestens fünf Baracken umfassenden Lager im heutigen Ortsteil Gaulis untergebracht; der ehemalige Lagerstandort beherbergt heute das Gewerbegebiet Gaulis. In der Gemeinde Lippendorf wurden insgesamt drei weitere Lager mit 15 Baracken errichtet. In den einzelnen Lagern waren jeweils mehrere Nationalitäten einquartiert, im Lager I wahrscheinlich nur Deutsche. Für 1945 ist ein zusätzliches Lager für IMIs nachweisbar. Im Ort Rötha bestanden zwei Lager mit einer Kapazität von 800 Personen, in denen Ausländer aus dem Braunkohletagebau, aber auch aus Industrie und Handwerk lebten.

Die Kriegsgefangenen waren in einzelnen Arbeitskommandos (AK) organisiert und arbeiteten sowohl für die Brabag als auch für den Tagebau der ASW. Das AK I der Brabag bestand aus IMIs und sowjetischen Kriegsgefangenen; es war in Rötha untergebracht. Das AK II setzte sich aus britischen, südafrikanischen (entweder als Freiwillige der Britischen Armee oder Soldaten der Südafrikanischen Armee) und sowjetischen Kriegsgefangenen zusammen; es war für Arbeiten bei den ASW eingesetzt und hatte seine Unterkunft neben dem schon genannten Lager Pulgar. Die AK Böhlen III bis V befanden sich in Böhlen und setzten sich aus sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen sowie IMIs zusammen. Insgesamt bestanden die fünf Arbeitskommandos beziehungsweise ihre Lager zum Stichtag 1. Januar 1944 aus 1.635 Kriegsgefangenen.

⁸⁷² Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 97 f. 1944 war die Brabag-Belegschaft auf 4.366 Personen gestiegen, unter ihnen 480 Ausländer, Baumert, Kontinuität im Wandel, S. 271.

⁸⁷³ Die folgenden Ausführungen nach Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 98–102.

⁸⁷⁴ Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 116. Das Lager war Ende 1939 zunächst für die Unterbringung von 1.000 Personen errichtet worden und wurde dann sukzessive erweitert. Aufgrund eines Rechtshilfeersuchens an die DDR erstellte die HA IX / 11 des MfS am 29. Juni 1973 ein kurzes Dossier zu diesem Lager, siehe BStU, MfS HA IX / 11, AB 421, S. 24.

Eine Besonderheit stellten drei Arbeitserziehungslager dar, von denen sich zwei jeweils auf einer Halde in Lippendorf (bei Böhlen) sowie eines in dem Rittergut Peres befanden. Das erstgenannte Lager namens „Höhensonne“ existierte von Juli 1944 bis Februar 1945 und bestand aus mehr als 20 Rundhütten für jeweils 20 bis 30 Häftlinge. Die Insassen waren auf ihren Arbeitsplätzen einem verschärften Arbeitsregime ausgesetzt. Das AEL „Alpenrose“ wurde am 25. November 1944 eingerichtet und existierte bis Kriegsende. Die Häftlinge lebten darin in drei Baracken. Zusätzlich gab es einen Bunker zur Bestrafung von Häftlingen. Die Zahl der Häftlinge schwankte von anfangs über 700 bis später etwa 520.

Als letztes Lager kam im Juli 1944 ein KZ-Außenlager hinzu, das vermutlich in der Nähe des AEL „Alpenrose“ lag. Gut 1.100 Häftlinge mussten hier leben und wurden vor allem für Bau- und Räumarbeiten bei der Brabag eingesetzt. Im November 1944 wurde das Lager aufgelöst und die Mehrzahl der KZ-Häftlinge in das KZ-AL Königstein / Sächsische Schweiz verbracht, wo sie zum Bunkerbau im Rahmen des Geilenberg-Programms eingesetzt wurden. In Königstein sollte eine unterirdische Anlage des Brabag-Standortes Magdeburg zur Flugbenzinherstellung eingerichtet werden.⁸⁷⁵

An den beiden Standorten Böhlen und Espenhain bestand der Lagerkomplex insgesamt aus 16 Gemeinschaftslagern, sieben Kriegsgefangenenlagern, den schon erwähnten drei Arbeitserziehungslagern wie einem KZ-AL.⁸⁷⁶

Die Gesamtzahl der Todesopfer unter den verschiedenen Ausländergruppen lässt sich nur schätzen. Aus zeitgenössischen Unterlagen sind mindestens 321 Tote, zumeist auch mit Angabe der Nationalität, nachweisbar; hinzu kommen 127 Personen als Abgänge, deren Schicksal in manchen Fällen nur vermutet werden kann. Die häufigste konkrete einzelne Todesursache – wenn diese dokumentiert wurde – der bestätigten Todesfälle waren Luftangriffe, die Mehrzahl der Todesfälle ist jedoch nicht verifizierbar. Angesichts der verschiedenen Lagerarten und ihrer Belegung darf man jedoch in Unterernährung, mangelnder medizinischer Versorgung und sicherlich auch Misshandlungen die weiteren zentralen Ursachen vermuten.

In Espenhain – einem zentralen Rüstungsprojekt im Vierjahrplan – kamen ab 1940 die ersten Ausländer in erheblichen Größenordnungen zum Einsatz.⁸⁷⁷ Schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges herrschte hier ebenfalls Arbeitskräftemangel, so dass vereinzelt auch

⁸⁷⁵ Als Übersicht zu den KZ-AL siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 464 f. und S. 489 f. Baumert konstatiert zu Recht, dass auch Leitungspersonal aus dem Werk Böhlen die Bauarbeiten zur Untertageverlagerung nach Königstein mitgestaltete und daher auch Verantwortung für die dortigen äußerst brutalen Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge trug, Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 115 FN 413.

⁸⁷⁶ Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 114 f.

⁸⁷⁷ Zum Folgenden Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 104–111. Die hohen Ausländeranteile blieben auch in einzelnen Betriebszweigen erhalten. So schwankte etwa deren Anteil an den Bau- und Montagearbeitern der ASW Espenhain zwischen 49 (1941) und 57 Prozent (1944). Während die Deutschen zumeist Facharbeiter waren, so im Bau- und Montagebereich des Braunkohlekraftwerkes Espenhain am 31. Mai 1942, wurde die Mehrzahl der zivilen Ausländer und Kriegsgefangenen als Hilfskräfte eingesetzt, siehe Baumert, Kontinuität (Diss.), Tabellen 5 und 6 S. 79 und 94.

Strafgefangene zum Einsatz kamen. Die Zahl der Beschäftigten stieg mit Kriegsbeginn an und erreichte bereits 1941 mit 4.324 Beschäftigten einen ersten Höhepunkt; ab Mitte 1943 wurde diese Beschäftigtenzahl noch übertroffen und erhöhte sich dann bis Februar 1945 auf 5.890. Dieses war nur möglich, weil ab 1941 steigende Ausländerzahlen zu verzeichnen waren, die die deutschen Abgänge zahlenmäßig mehr als kompensierten. 1941 waren zunächst 904 Ausländer beschäftigt, ein Jahr später hatte sich die Zahl bereits auf 1.822 verdoppelt, um dann langsam weiter zu wachsen, bis schließlich im Februar 1945 3.417 Ausländer tätig waren. Damit war auch mit 58 Prozent die höchste Ausländerquote erreicht. Obwohl die meisten mit Sicherheit zu Hilfstätigkeiten eingesetzt wurden, konnten selbst Russen und Polen in einzelnen Fällen verantwortungsvolle Posten als Lokführer oder Montagekräfte für Großgeräte einnehmen.

Aus insgesamt 20 Ländern waren sowohl freiwillige Arbeitskräfte als auch Zwangsarbeiter bei den ASW eingesetzt. Die Höhe des jeweiligen Kontingents schwankte während der Kriegsjahre. Nehmen wir nur die Angaben für 1945, so bildeten Arbeiter aus Frankreich mit 1.161 Personen die größte Gruppe, gefolgt von Ostarbeitern, Niederländern, Italienern, Briten und Polen (Summe: 3.417). Im November 1942 hatten noch Italiener⁸⁷⁸ das größte Kontingent gestellt, gefolgt von Polen und Kroaten.

Nach Aussagen von Baumert ist es nicht möglich, die Zahl der Ausländer nach Zivilisten und Kriegsgefangenen zu differenzieren; ebenfalls fehlen Gesamtzahlen für die ganze Kriegszeit.⁸⁷⁹ Auch in Espenhain, das ebenfalls nur eine Gemeinde und keine Stadt war, wurden die meisten Zwangsarbeiter (und die Kriegsgefangenen sowieso) in Baracken untergebracht. Für den Herbst 1940 ist immerhin eine Wohnkapazität von über 9.000 Schlafplätzen nachgewiesen, die zu etwas mehr als zwei Dritteln genutzt war. Im Ort selbst gab es ein Lager (Wohnlager I) und einen Lagerkomplex (Wohnlager II bis V). Das Wohnlager I befand sich im Ort selbst und beherbergte auf dem Gelände des ehemaligen Pachtgutes Aspe drei Baracken, in denen 200 britische beziehungsweise südafrikanische Kriegsgefangene wohnten.

Der Großteil der Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter war gegenüber dem Werkseingang auf dem Gelände einer ehemaligen Grube untergebracht (heute: teilweise Gewerbegebiet Magarethenhain). Es bestand aus einem Komplex von vier Wohnlagern. Der tatsächliche belegungsmäßige Umfang dieses riesigen Wohnlagerkomplexes ist unklar. Lagepläne geben aber

⁸⁷⁸ Welche Bedeutung es hatte, ob die ausländischen Beschäftigten einen Schutz durch ihre Herkunftsregierung genossen, zeigt das Beispiel der Italiener. Vor dem Ausscheiden Italiens aus dem Lager der Achsenmächte waren die Italiener in Espenhain die am meisten begünstigte Ausländergruppe, danach jedoch erfuhren sie eine deutlich schlechtere Behandlung. Die neu eintreffenden IMIs gehörten von Anfang an zu den untersten Stufen der Zwangsarbeiterhierarchie; für sie waren auch Kollektivstrafen wie etwa Essensentzug möglich, siehe Baumert, *Kontinuität (Diss.)*, S. 119 f.

⁸⁷⁹ Andreas Debski nennt in einem Artikel unter Bezug auf Werner Winkler zum Bombenangriff vom 28. Mai 1944 insgesamt mehr als 9.000 Kriegsgefangene, ohne diese Zahl allerdings zu belegen, siehe Andreas Debski, *Die vergessenen Toten von Espenhain*. Heute vor 70 Jahren starben 128 französische Kriegsgefangene bei einem Bombenangriff – Hobbyhistoriker deckt Geschichte auf, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 28. Mai 2014.

einen Eindruck von seiner Größe im März 1943, auf denen die Wohnlager II, III, IV und V zu erkennen sind. Möglicherweise gab es später noch Zubauten.⁸⁸⁰ Wohnlager II war zum Teil Kriegsgefangenenlager und wurde teils auch für die deutsche Verwaltung des Kriegsgefangeneneinsatzes genutzt. Wohnlager III bewohnten Deutsche. In Wohnlager IV lebten vornehmlich Ostarbeiter. Das Wohnlager V war ebenfalls wie Wohnlager II ein mit Stacheldraht umzäuntes Extralager für sowjetische Kriegsgefangene und befand sich relativ separiert vom restlichen Lagerkomplex.

Das nächste Faksimile verdeutlicht die Größe und Komplexität dieses Lagerstandortes. Es handelt sich dabei mit großer Wahrscheinlichkeit um den größten einzelnen Lagerkomplex in Sachsen außerhalb der zum Bereich der Wehrmacht gehörenden Stalags Mühlberg und Zeit-hain.

Weitere Lager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene befanden sich in den Ortschaften Mölbis, Eula und Oelzschau. Fest steht, dass in Espenhain auch ein AEL bestand, dessen Standort bislang jedoch nicht archivalisch ermittelt, sondern wohl am ehesten, wie Baumert vermutet, innerhalb des Wohnlagerkomplexes II bis V angenommen werden kann.

Auch für den Bereich Espenhain existiert eine Reihe von bestätigten wie unbestätigten Todesfällen. Insgesamt 285 Todesopfer konnten bislang bezüglich der zivilen Ausländer wie der Kriegsgefangenen durch die Forschung bestätigt werden, darunter als größte Gruppe 158 Tote aus Frankreich, dann folgen 52 aus der Sowjetunion und 20 verstorbene Polen. Die meisten Todesfälle waren durch Luftangriffe verursacht (182⁸⁸¹), die nächste Gruppe waren 51 Fälle, die Baumert auf Krankheiten infolge von Hunger zurückführt, an dritter Stelle lagen 24 Unfälle.

Der Luftangriff vom 28. Mai 1944 auf die ASW-Werke in Espenhain hatte die meisten Todesopfer zur Folge.⁸⁸² Allein 128 französische Kriegsgefangene, die sich zumeist an diesem Pfingstsonntag in ihren Lagerbaracken aufgehalten oder im Splittergraben Schutz gesucht hatten, wurden dabei durch direkte Bombentreffer getötet. Da es für sie keine Luftschutzkeller

⁸⁸⁰ Baumert zitiert eine Ausarbeitung von Wolfgang Sperling, der mehr als 120 Wohnbaracken und viele Nebengebäude nennt. Die Fläche von Wohnlager IV wurde später noch mit 32 Baracken bebaut. Die Zahl der tatsächlich im ganzen Wohnkomplex untergebrachten Personen ist jedoch unklar, denn bei voller Belegung hätte diese mindestens eine Belegungszahl von 12.000 Menschen (circa 100 Bewohner pro Baracke, bei Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen lag die Zahl pro Baracke noch höher) ergeben. Ob und inwieweit die Kapazität ausgenutzt wurde, ist nicht geklärt. Baumert vermutet, dass auch Zwangsarbeiter aus anderen Orten in den Wohnlagern untergebracht waren.

⁸⁸¹ Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 96.

⁸⁸² Zu den folgenden Ausführungen siehe Werner Winkler, Pfingstsonntag 1944 kam der Tod nach Espenhain, in: <http://www.hiredo.de>. Aus Unterlagen der US-Air-Force geht hervor, dass es sich bei dem Angriff auf Espenhain um ein Teilziel der auf gut 15 Hauptziele im Rahmen der sogenannten Oil-Kampagne ausgerichteten Angriffe handelte, deren wichtigste Aufgabe die Zerstörung der deutschen Mineralöl- und Hydrierwerke war. Espenhain war bereits vorher dreimal Ziel von Luftangriffen gewesen, die jedoch nur relativ wenig Schäden angerichtet und lediglich wenige Todesopfer gefordert hatten. Der Angriff vom 28. Mai 1944 hatte demgegenüber eine hohe Todesopferzahl zur Folge und führte auch bei den ASW Espenhain zu erheblichen Zerstörungen, siehe Winkler, Pfingstsonntag 1944.

gab, sondern nur Splittergräben, die weitaus weniger Schutz boten, waren sie den Luftangriffen trotz der Sirenenwarnung relativ schutzlos ausgeliefert. Nach dem Bombenangriff wurden die Toten geborgen und einige Wochen später in einer offenbar die Teilnehmer bewegenden Zeremonie unter Teilnahme von französischen Kriegsgefangenenvertrauensleuten aus dem zuständigen Stalag IV G Oschatz sowie eines deutschen Geistlichen bestattet, wie aus einem Bericht der französischen Gefangenenzeitung *Servir* (Dienen) des Stalag IV G Oschatz hervorgeht.⁸⁸³

Insgesamt schwankt die Zahl der archivalisch gesicherten wie der ungesicherten ausländischen Todesopfer in Böhlen und Espenhain zwischen 605 bis 743 Personen.⁸⁸⁴

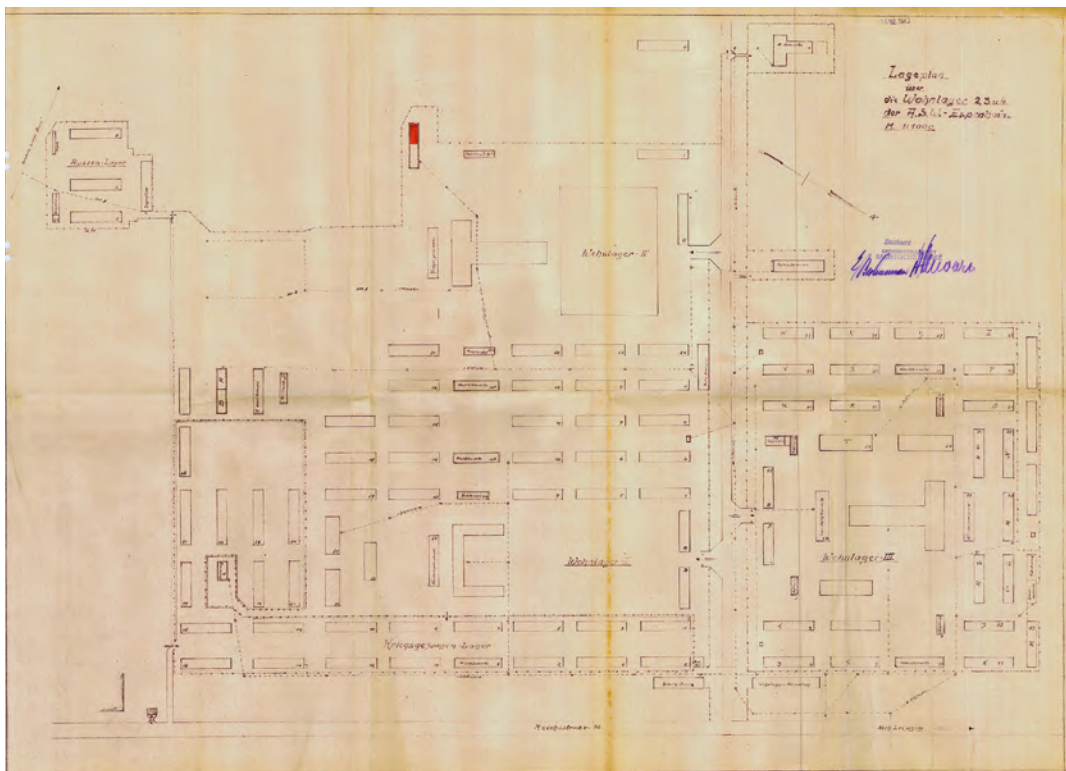


Abb. 53: Plan des Wohnlagerkomplexes Espenhain (heute: Gewerbegebiet Magarethenhain)⁸⁸⁵
(Großformatdruck des Plans am Ende des Buches)

⁸⁸³ Baumert weist in diesem Fall die Verantwortung für die Todesfälle unter den Kriegsgefangenen aufgrund des Luftangriffs dem Deutschen Reich zu, da die Betriebsbehörden trotz Kenntnis der Luftkriegsgefährdung des Werkes die Zwangsarbeiter in der unmittelbaren Nähe des Werkes untergebracht und ihnen den Zugang zu den Schutzräumen verweigert hätten, siehe Baumert, NS-Zwangsarbeit, S. 96.

⁸⁸⁴ Baumert, *Kontinuität* (Diss.), S. 114.

⁸⁸⁵ Wir danken Martin Baumert sehr herzlich für die Überlassung des Lagerplans von März 1943, den dieser von Wolfgang Sperling erhalten hat, sowie für die Überlassung des Fotos einer Lagerbaracke des Wohnlagers II (nächste Seite; es stammt aus der Neuseenland-Sammlung im Soziokulturellen Zentrum Kuhstall e. V.). Die Ver-



Abb. 54: Foto einer Funktionsbaracke im Wohnlagerkomplex Espenhain

Sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter im Braunkohlebergbau – Einsatz- und Lebensbedingungen

Ernährung – Krankenstand – Todesraten bei sowjetischen Kriegsgefangenen

Man kann die Verpflegungssituation der beiden oben genannten Gruppen nicht angemessen beurteilen, wenn nicht die allgemeine Ernährungslage im Deutschen Reich mit betrachtet wird. Obwohl bis mindestens Ende 1944 die deutsche Bevölkerung so ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden konnte, dass es nicht zu Hungererscheinungen kam, war die Lebensmittelversorgung im Braunkohlebergbau bereits ab 1939 keinesfalls völlig problemlos. Die Gruben richteten, angesichts verlängerter Arbeitszeiten, verstärkt Werkskantinen ein, in denen warme Mahlzeiten eingenommen werden konnten. Ende 1939 wurden auch im Bergbau Lang-, Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen in Form von zusätzlichen Lebensmittelmarken gewährt. Von den ab Kriegsbeginn mehrmals verfügbaren Kürzungen der Verpflegungsrationen war auch der Bergbau betroffen. Ein Ausgleich konnte bis 1944 vor allem durch ein hohes

waltungsbaracke wurde offenbar von der Werksfeuerwehr vor ihrem Umzug 1941 genutzt; die Fahrzeuge gehörten zur Werksfeuerwehr.

Maß an Selbstversorgung der deutschen Bergleute im mitteldeutschen Revier erreicht werden (eigene Gärten), eine Möglichkeit, die nicht nur Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen, sondern auch den Westeuropäern und westalliierten Kriegsgefangenen nicht zur Verfügung stand. Da letztere Gruppen jedoch über das Rote Kreuz grundsätzlich in den Genuss von Paketen aus der Heimat kommen konnten, war immerhin ein Ausgleich möglich. Ostarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, Polen, IMIs und andere hatten keine Möglichkeit, sich selbst mittels Gärten mit zu versorgen oder noch zusätzliche Lebensmittelpakete zu empfangen.⁸⁸⁶

Mit zwei dieser im Bergbau besonders häufig vertretenen und am unteren Ende der Hierarchie befindlichen Ausländergruppen wollen wir uns auch für den Braunkohlebergbau noch näher befassen, war doch der Einsatz etwa von sowjetischen Kriegsgefangenen angesichts besonders niedriger Verpflegungsrationen im wahrsten Sinne des Wortes „erschöpfend“. Ihr Arbeitseinsatz führte ab 1941 praktisch immer zu solchen körperlichen Zuständen und auch in vielen Fällen zu Krankheit und Tod. Festmachen lässt sich die Unterernährung an Aussagen der Firmen zur mangelhaften Leistungsfähigkeit dieser Kriegsgefangenen, die die Gruben selbst auf die unzureichende Ernährung zurückführten. Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau existieren Berichte über die Arbeitsproduktivität der dortigen Kriegsgefangenen. So bemaßen die Verantwortlichen der Braunkohlenindustrie in Borna die Arbeitsleistungen sowjetischer Kriegsgefangener 1942 mit nur 30 bis 40 Prozent im Vergleich zu deutschen Arbeitskräften, während Ostarbeiter 60 bis 70 Prozent erreicht hätten.⁸⁸⁷ Ein Grund dafür lag mit Sicherheit in dem schlechten körperlichen Zustand bei der Ankunft der sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch in deren schon erwähnter zumeist völlig unzureichender Ernährungslage (siehe auch Teil 1 mit den dort geschilderten Beispielen). Zu den 1941 eingetroffenen Kriegsgefangenen heißt es etwa im Revier Borna 1941: „Die Verpflegungssätze der russischen Kriegsgefangenen seien vollkommen unzureichend. Die Russen kämen in einem unglaublich[en] körperlichen Zustand an. Sie seien durch Hunger derartig entkräftet, dass bei manchen Wochen und sogar Monate dazu gehörten, um sie körperlich voll leistungsfähig zu machen. In dieser Beziehung bestünden zwischen den Franzosen und Russen unvorstellbare Unterschiede.“ Weiter wurde festgestellt, dass selbst bei wesentlich höheren Nahrungsmittelausgaben einige sowjetische Kriegsgefangene immer noch Symptome von Hungerödemen hätten und einige wohl bald sterben würden. Demgegenüber gäbe es Franzosen, „die vor Gesundheit strotzten“. Und abschließend verwies der Bericht darauf, dass die Franzosen eben

⁸⁸⁶ Ausführlich zur Ernährungssituation für deutsche Bergleute im Braunkohlebergbau siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 172–180. Zur Situation sowjetischer Beschäftigter (sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter) siehe ebenda, Teil VII, Kapitel 5.

⁸⁸⁷ Urban, Zwangsarbeit Braunkohlenindustrie, S. 60. Dass sich die Leistungsentwicklung auch in den nächsten Jahren nicht grundlegend veränderte, ist vor allem auf eine nicht ausreichend verbesserte Ernährung zurückzuführen. Ein Indiz für die auch zu diesem Zeitpunkt noch im Vergleich zu deutschen Arbeitskräften weit geringere Leistung ist die Aussage der SGW in Freital, auf Arbeitsplätzen mit Schwerarbeit immer zwei sowjetische Kriegsgefangene statt einem deutschen Zivilisten einsetzen zu müssen, wie Unger, S. 73, Aussagen auf einer SGW-Besprechung vom 24. November 1944 wiedergibt.

wöchentlich Heimatpakete von drei bis fünf Kilogramm Gewicht erhielten, was umgerechnet auf den Tag eine zusätzliche Verpflegung von 400 g „an hochwertigen Nahrungsmitteln“ bedeutete.⁸⁸⁸

Für die Grube Kraft Deutzen existiert ein Verpflegungsplan für französische und sowjetische Kriegsgefangene, gültig für Februar 1942, jeweils für eine Woche in Gramm. Während französischen Kriegsgefangenen 800 g Fleisch zustanden, erhielten sowjetische Kriegsgefangene nur 250 bis 400 g. Sehen wir uns die weiteren Lebensmittelarten mit den jeweiligen Angaben für französische / sowjetische Kriegsgefangene an (in Gramm): Brot 5.900 / 2.100 bis 2.700; Speck: 78 / -; Margarine: 321 / 130; Brotaufstrich: 175 / -; Käse: 46 / -; Zucker: 175 / 225; Nahrungsmittel, Teigwaren: 150 / 150; Kartoffeln: 3.500 / 3.000; Kohlrüben: k.A. / 5.250; Frischgemüse: k.A. / 281; Sauerkohl: k.A. / 68; Tee-Ersatz: k.A. / 3,5; Salz: k.A. / 43.⁸⁸⁹

Das Oberbergamt Halle fasste im Oktober 1941 ähnliche Erscheinungen wie oben geschildert so zusammen: „Die Erfahrungen, die bisher die Werke mit diesen Kriegsgefangenen gemacht haben, sind sehr ungünstig. Die Unterernährung der [...] Russen ist außerordentlich weitgehend. Mehrere der Gefangenen starben an Entkräftung und nach Aussagen der Ärzte ist mit weiteren erheblichen Ausfällen zu rechnen. Trotzdem die russischen Kriegsgefangenen Schwerarbeiterzulagen erhalten [...], sind sie der schweren Arbeit im Abraum- und Grubenbetrieb infolge ihres schwächlichen Zustandes nicht gewachsen.“⁸⁹⁰

Die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde anfangs, wie am Beispiel der Grube Kraft Deutzen deutlich wird, sogar noch durch deutsche Repressionsmaßnahmen verschlimmert.⁸⁹¹ Bei den ersten sowjetischen Kriegsgefangenen in den Gruben Kraft Deutzen und Borna wurde schon Ende August 1941 die Verpflegung gekürzt. Das Ernährungsamt Borna hatte das als Repressalie aufgrund einer allgemeinen Anordnung des REM wegen mangelnden Arbeitswillens angeordnet. Die Grubenleitung wie auch das Wehrkreiskommando protestierten umgehend. Erst im Oktober 1941 hob das REM die Repressalie auf.⁸⁹²

Als einige sowjetische Kriegsgefangene 1941 „vor Erschöpfung umfielen“ und die Gruben Kraft Deutzen und Borna durch zusätzliche eigene Lebensmittelproduktion Abhilfe suchten, wurden sie vom Ernährungsamt Borna dahingehend kritisiert, dies sei strafbar. Auch die

⁸⁸⁸ Aktenvermerk zu einer Besprechung bei den Braunkohlenbergwerken Salzdetfurth AG, Werk Borna, über den Ernährungszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen vom 7. November 1941, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 243, S. 642 f. (Konjunktiv im Original). Die Regiser Braunkohlenbergwerke durften die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen nicht auf einem städtischen Friedhof beerdigen, sondern mussten dazu einen eigenen auf dem Bergwerksgelände anlegen, nördlich der Ortslage Regis-Breitungen an einer Hochhalde. Insgesamt wurden mindestens 14 Personen beerdigt, Schreiben der Regiser Braunkohlenwerke an den Bürgermeister von Regis-Breitungen über Grabstätten für sowjetische Arbeitskräfte auf dem Betriebsgelände vom 13. Juni 1945, in: Seidel u. a., Zwangsarbeit im Bergwerk, Dok. 316, S. 782 f.

⁸⁸⁹ Angaben bei Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 299.

⁸⁹⁰ Wirtschaftlicher Lagebericht des Oberbergamtes Halle für Oktober 1941, zitiert in: Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 295.

⁸⁹¹ Zum Folgenden Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 295–300.

⁸⁹² Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 295–298.

Reichsvereinigung Kohle stieß in dasselbe Horn, während gleichzeitig das Wehrkreiskommando im WK IV den Betrieben vorwarf, dass sie sich „um die Ernährung der ihnen anvertrauten kriegsgefangenen Arbeitskräfte nicht in der erwarteten und nötigen Weise gekümmert und nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um ihre Arbeitskräfte zu ernähren“.⁸⁹³ Das Wehrkreiskommando plädierte ausdrücklich bereits seit September 1941 dafür, auch jede andere mögliche Ressource (etwa werkseigene Gärtnereien) zu nutzen, um sowjetische Kriegsgefangene besser zu ernähren.⁸⁹⁴

So ist es kein Wunder, dass angesichts bereits seit Ende 1941 bestehender widerstreitender Interessen auf deutscher Seite die Sterblichkeit der im Arbeitseinsatz befindlichen sowjetischen Kriegsgefangenen sehr hoch war. Dies war hauptsächlich auf ihren schlechten körperlichen Zustand wie die Ernährung zurückzuführen. So hatten, wie die Grube Borna mitteilte, die im August angelegten 34 Kriegsgefangenen und die im November angelegten 20 Kriegsgefangenen zwischen eineinhalb und vier Kilogramm Gewicht verloren. Anfang 1942 erklärte die Grube lakonisch: „Es werden von den ersten 34 Mann 11 Mann [...] als Todeskandidaten bezeichnet und von den letzten 20 Mann 2 [...]“. Diese Todeskandidaten möchte man nicht hier sterben lassen; sie sollen Ende der Woche ins Stammlager [IV G Oschatz, A.d.A.] abgeschoben werden, wo sie noch weniger zu essen bekommen als hier.“⁸⁹⁵ Die Grube Borna befließigte sich hier desselben Vorgehens, wie das ähnlich auch in Chemnitzer Betrieben geschah, die die Kriegsgefangenen zum Teil ins Stalag IV F Hartmannsdorf oder ins Reservelazarett IV H Zeithain zurücküberwies (siehe Kapitel 5).

Ganz pragmatisch ersuchte die Braunkohlegrube Borna ihre Konzernleitung um Intervention beim OKW dahingehend, sich auch selbst angesichts der hohen Sterblichkeit der über sandten sowjetischen Kriegsgefangenen besser geeignete Gefangene in den Stammlagern aus suchen zu können.⁸⁹⁶

Die hohe Ausfallrate bei der Grube Borna war dabei keineswegs ein Einzelfall. Im Februar 1942 berichtete die Braunkohlegrube Concordia (bei Magdeburg), dass im Februar 1942 45 sowjetische Kriegsgefangene an „Kreislaufschwäche“ (konkret: an Unterernährung, das heißt sie sind verhungert) verstorben seien, und von den noch vorhandenen 79 Kriegsgefangenen in Kürze wohl nur noch 50 leben würden.⁸⁹⁷ Für den Zeitraum bis Anfang 1942 betrug die Ster-

⁸⁹³ Siehe hierzu Urban, *Zwangsarbeit Braunkohlenindustrie*, S. 61, dort auch Zitat.

⁸⁹⁴ Zu den unterschiedlichen Positionen des Betriebs, des Wehrkreiskommandos und des Ernährungsamts Borna siehe auch Urban, *Todeskandidaten im Tagebau*, S. 334 f.

⁸⁹⁵ Schreiben des Werksleiters der Grube Borna vom 11. Februar 1942, zitiert in: Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 301. Das Anlegegewicht der Kriegsgefangenen betrug im August und November sowieso schon magere 54 respektive 56 Kilogramm, ebenda, S. 301. Baumert zitiert aus Betriebsunterlagen, die belegen, dass von den im November 1941 eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen nur einer mehr als 70 kg wog, zehn zwischen 60 und 70 kg, 48 Männer zwischen 50 und 60 kg schwankten und elf weniger als 50 kg aufwiesen, Baumert, *NS-Zwangsarbeit*, S. 93 FN 4.

⁸⁹⁶ Urban, *Todeskandidaten im Tagebau*, S. 333.

⁸⁹⁷ Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 300 f. Konsequenterweise forderte die Grube Concordia daher im Februar eine höhere Anzahl von Kriegsgefangenen an, da man mit weiteren Sterbefällen und Abschiebungen

berate im Magdeburger Revier 22,5 Prozent, in Borna 24 Prozent und im nordwestlich davon gelegenen Revier Geiseltal sogar 29 Prozent.⁸⁹⁸

Die Bergwerke versuchten, die ihnen sicher nicht völlig zu Unrecht zugewiesene Rolle als Alleinverursacher für hohe Todesraten und erhebliche Krankenstände ihrerseits zu relativieren. Für Ende 1942 berichtete die Grube Concordia (bei Magdeburg), von ihren 300 sowjetischen Kriegsgefangenen seien 42 so erkrankt, dass sie nicht arbeiten könnten (14 Prozent). Bei ihren serbischen Kriegsgefangenen lägen die Krankenstände jedoch nur bei 1,2 Prozent, bei belgischen und französischen Kriegsgefangenen bei 2,9 Prozent. Die Grube führte dieses auf einen besseren Zustand bei der Anlegung zurück, vor allem aber auf Zulagen bei der Ernährung. In der mangelhaften Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen aufgrund von Vorgaben der Ernährungsämter sah die Grube daher den Hauptgrund für Tote und Kranke unter den sowjetischen Kriegsgefangenen. Ungewöhnlich war, dass sie in ihrem Bericht zugleich einen Maßnahmeplan vorstellte, um den Gesundheitszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen zu verbessern. Hierzu zählten etwa monatliche ärztliche Gesundheitsuntersuchungen, Aufpäppelung bei zeitweiliger Aussetzung des Arbeitseinsatzes, eine zusätzliche warme Mahlzeit am Tag, die Aufbereitungsart der Speisen mit möglichst geringen Vitaminverlusten sowie schließlich die Beschaffung von vorher auf Bakterienverseuchung untersuchten Fleischabfällen aus Schlachthöfen. Andere Gruben griffen auf eigene Gärtnereien zurück, um zusätzliche Lebensmittel zu erzeugen. Im Revier Leipzig-Borna pachtete man landwirtschaftliche Flächen hinzu und in Espenhain wurden sogar freie Flächen im Umfang von 14.000 qm innerhalb der Lager für den Gemüseanbau genutzt.⁸⁹⁹

Auch im Braunkohlebergbau kam es ab 1943 in einigen Bergwerken zur Anwendung von Leistungsernährung, die im Grunde nichts anderes war als eine Umverteilung von unten nach oben, von den Schwächsten zu den relativ Stärksten. Gleichzeitig setzte 1943 auch ein gesondertes Belohnungssystem ein, das gute Arbeitsleistungen beispielsweise mit Bier, Sauerkraut oder Puddingpulver honorierte. Auch gestattete man 1944 zum Teil den Gefangenen, ihre Nahrung selbst zuzubereiten, so dass damit die Diebstahlquote durch eine korrupte Lagerverwaltung eingedämmt werden konnte. Die Reichsvereinigung Kohle hatte Ende 1943 zudem verboten, die Leistungsernährung zur Senkung des Sockelbetrages (für die schwächste Leistungsgruppe) zu nutzen.⁹⁰⁰ Ob diese theoretischen Verbesserungen noch tatsächlich und allgemein wirksam wurden, darf jedoch angesichts der immer schlechter werdenden militärischen Lage und der sich 1944 allgemein stark eintrübenden allgemeinen Ernährungslage bezweifelt werden. 1944 war auch die Nahrungsmittelversorgung weiterhin von einem Hin und Her gekennzeichnet. So genehmigte das REM im August 1944 die Angleichung der Ernäh-

ins Stalag rechnete.

⁸⁹⁸ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 295.

⁸⁹⁹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 313–315. Ob dieser Gemüseanbau für das etwas außerhalb liegende Lager für sowjetische Kriegsgefangene genutzt wurde, ist nicht bekannt.

⁹⁰⁰ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 336 f.

rungsrationen sowjetischer Kriegsgefangener an diejenigen anderer Kriegsgefangenenruppen, auf der anderen Seite forderte Sauckel von den Gruben einen strengeren Maßstab (mindestens 89 Prozent der Leistung deutscher Arbeitskräfte) bei der Prüfung zur Gewährung von Schwerstarbeiterzulagen. Im August 1944 verlangte das OKW von den Gruben, wieder zur Leistungsernährung mit Abzug bei den schwächsten Gruppen überzugehen.⁹⁰¹ Beides hat sich mit Sicherheit auf sowjetische Kriegsgefangene negativ ausgewirkt.

Gleichwohl, insgesamt sank seit 1943 die Todesquote in den Arbeitskommandos, der vergleichsweise hohe Krankenstand blieb aber bestehen. In der Grube Kraft Thräna im Leipzig-Bornaer Revier betrug er auch 1944 noch circa 20 Prozent.⁹⁰² Inhumane Lebensumstände der Grube führten auch dazu, dass 30 Prozent der Italiener (IMIs) krankheitsbedingt ausfielen. Zum Vergleich: bei französischen Kriegsgefangenen lag der Krankenstand bei acht Prozent.⁹⁰³

Arbeitszeiten – Entlohnung – Unterbringung

Der Braunkohlebergbau war bereits vor dem Krieg von schweren Arbeitsbedingungen geprägt. Die Weltwirtschaftskrise führte Anfang der 1930er Jahre zu Entlassungen und zur Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, teilweise waren auch geringere Wochenarbeitszeiten vorhanden (Feierschichten). Mit Beginn der Aufrüstung wurden die Arbeitszeiten nach und nach wieder erhöht, und ab 1937 war im Bereich Braunkohlebergbau Vollbeschäftigung erreicht. 1938 ging der Bergbau wieder zur Zehnstundenschicht mit zusätzlich 200 Mehrarbeitsstunden pro Jahr über. Ab Kriegsbeginn konnten die Gruben mit Genehmigung der Behörden sogar Zwölfstundenschichten fahren.⁹⁰⁴ In vielen Betrieben dieses Bergbauzweiges blieben die Zwölfstundenschichten angesichts eines immer größer werdenden Arbeitskräftemangels, trotz medizinischer Bedenken staatlicher Behörden, erhalten.

Im Prinzip war die Arbeitszeit⁹⁰⁵ der sowjetischen (und auch der anderen) Kriegsgefangenen an die normalen Schichtzeiten angepasst; anders wäre es betriebswirtschaftlich auch kaum zu organisieren gewesen. Die Arbeitszeit konnte daher zwischen acht und zehn Stunden am Tag schwanken und bei allgemeinen Zwölfstundenschichten auch für Kriegsgefangene zwölf Stunden betragen. 1942 kam jeden zweiten Sonntag noch eine zusätzliche Achtstunden-

⁹⁰¹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 322 f.

⁹⁰² Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 337. Im Vergleich dazu bewegte sich der Krankenstand für deutsche Gefolgschaftsmitglieder während der ganzen Kriegszeit bei etwa vier bis fünf Prozent, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 181.

⁹⁰³ Urban, Zwangsarbeit Braunkohlenindustrie, S. 62. Hinzu kamen, so im Fall der sächsischen Steinkohlebergwerke, neben den unzulänglichen Unterbringungen auch diskriminierende hygienische Ausstattungen. Beispielsweise erhielten sowjetische Kriegsgefangene im Steinkohlenbergbau nur ausnahmsweise Seife, und wenn ja, dann nur die halbe Menge. Für zwei solcher Kriegsgefangenen musste ein Handtuch ausreichen, siehe Posta, Terror, S. 213 FN 79.

⁹⁰⁴ Zur Entwicklung der Arbeitszeiten siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 160–167.

⁹⁰⁵ Zum Folgenden Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 306–308.

schicht dazu, so dass die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten bei 64 Stunden lagen. Während die Betriebe an einer möglichst langen Arbeitszeit der Kriegsgefangenen in Anlehnung an die Arbeitszeiten für Deutsche interessiert waren, behielt sich die Wehrkreisverwaltung im WK IV vor, Arbeitszeiten der sowjetischen Kriegsgefangenen gegebenenfalls auch zu kürzen, wenn ihr Ernährungszustand eine Verringerung nahelegte. Dies führte immer wieder zu Konflikten mit den Betrieben, die trotz erkennbarer Ernährungsmängel auf voller Stundenzahl bestanden und sich letztlich durchsetzten. Urban zieht jedenfalls das Fazit, dass es im mitteldeutschen Revier offenbar nicht zu ernährungsbedingt verkürzten Arbeitszeiten gekommen ist.

Die persönliche Entlohnung von Kriegsgefangenen befand sich weit unter der von zivilen ausländischen Arbeitskräften, und die Entlohnung sowjetischer Kriegsgefangener war nochmals niedriger als bei westlichen Kriegsgefangenen (siehe Kapitel 2). Ab Ende 1941 gab es 0,20 RM pro Schicht und ab März 1944 lediglich 0,35 RM. Über Leistungsprämien, die jedoch ebenfalls niedriger waren als bei Westgefangenen, konnten ab 1943 bis zu einer RM pro Schicht erreicht werden.

Die Bestimmungen über die Barackenunterbringung für sowjetische Kriegsgefangene wichen insofern nochmals von den üblichen Zwangsarbeiterbaracken ab, als auch Pferdestallbaracken in Frage kommen konnten. Grundsätzlich war vorgesehen, für jeden Insassen einer solchen Baracke einen Luftraum von fünf Kubikmetern anzusetzen. 1943 wurde den Gruben jedoch eingeräumt, die Baracken statt mit zweistöckigen auch mit Dreistöckbetten auszustatten, da auch die deutsche Bevölkerung angesichts des Bombenkrieges Wohnraumeinschränkungen hinzunehmen hätte. Mängel traten aber auch bei der persönlichen Ausstattung der Kriegsgefangenen auf. Zwei Schlafdecken und persönliches Geschirr für die Kriegsgefangenen waren keineswegs überall vorhanden.⁹⁰⁶

Ostarbeiter

Aus Sicht der Betriebe war die Anlegung von Ostarbeitern mit einer Reihe von Problemen verbunden. Die von den Betrieben eigentlich geforderte Auswahl bergbaueigneter Ostarbeiter war im mitteldeutschen Revier kaum durchführbar, da die Ostarbeiter in einer Vielzahl von Sammellagern ohne dortige Auswahlmöglichkeiten für den Bergbau eintrafen. So bestanden denn auch die ersten Gruppen keineswegs nur aus Männern, sondern in erheblichem Maße aus Frauen sowie sogar aus Jugendlichen und Kindern.⁹⁰⁷

⁹⁰⁶ Zur Entlohnung sowie zur Unterbringung siehe Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 283. Zudem gingen einige Gruben 1942 dazu über, sowjetische Kriegsgefangene auf ihrer Uniform zu kennzeichnen. Auf Brust oder Rücken wurden in weißer Farbe die beiden Großbuchstaben „SU“ angebracht, ebenda, S. 278.

⁹⁰⁷ Urban, *Zwangsarbeit im Tagebau*, S. 261–263. Da jüngere Kinder ins Deutsche Reich mittransportiert worden waren, gestattete Sauckel 1942 offiziell ihren Arbeitseinsatz. 1944 wurde für 12- und 13-Jährige die Arbeitszeit auf vier Stunden täglich reduziert, siehe Lukat, S. 309 f.

Zum Tagesablauf gibt eine Schilderung der Lager Ilse Ost, Ilse Bergbau AG (Revier Niederlausitz), aus dem Jahr 1943 einige Informationen. Wecken und anschließendes Frühstück fanden eine Stunde vor der Frühschicht statt. Ein ziviler Verantwortlicher der Grube Ilse holte die Kolonne ab und begleitete sie zur Arbeitsstelle. Nur erkrankte Ostarbeiter blieben im Lager zurück; sie waren auch für die Lagerreinigung zuständig. Um 10.30 Uhr traf ungeprüft das Essen in der Werksküche ein und wurde gegen 11.30 Uhr zunächst an die zweite Schicht ausgeteilt. Nach Arbeitsschluss marschierten die Ostarbeiter der ersten Schicht wieder in Kolonne zum Lager, erhielten dort sowohl ihr Abendbrot wie bereits (für den nächsten Tag) ihre Frühstücksration. Gegen 22.30 Uhr war Nachtruhe angeordnet. Auch während der Arbeit im Tagebau war ein deutscher ziviler Wachmann für die Kolonne verantwortlich und, wie etwa in der Grube Borna, auch bewaffnet.⁹⁰⁸

Ab 1943⁹⁰⁹ versuchten die Gruben, auch für Ostarbeiter außergeldliche Leistungsanreize zu bieten. So war es möglich, im Lager Freizeitangebote zu organisieren, Bücher und Zeitungen bereitzustellen; Tanz- und Singeabende wie auch Sportwettkämpfe waren gestattet. Insofern unterschied sich der Alltag in dieser Hinsicht nicht von den schon geschilderten Möglichkeiten in anderen sächsischen Branchen und Regionen.

Auch im Bereich der medizinischen Betreuung waren die Gruben angehalten, die Gesundheit ihrer Beschäftigten sicherzustellen. So wurden im Braunkohlebergbau regelmäßig Entlausungsaktionen vorgenommen, die sich nicht nur auf die Entlausung der Räume, sondern auch der Kleidung bezogen (Kleiderläuse übertragen Fleckfieber). In den Lagern mussten Krankenbaracken mit jeweils zwei Betten für je 50 Arbeiter eingerichtet werden. Größere Krankenbaracken wurden, wie beispielsweise in Borna, zudem eigens für Ostarbeiter und Polen in der Nähe von Krankenhäusern errichtet. Ein erheblicher Unterschied ist allerdings im Vergleich zu den sowjetischen Kriegsgefangenen zu konstatieren: Der Ostarbeiterkrankenstand lag im Allgemeinen in Höhe des ausländischen Durchschnitts, bei zwei bis vier Prozent, wie etwa die Grube Kraft Thräna für 1944 angab.⁹¹⁰ Vermutlich hat dies wohl auch mit leichteren Arbeitsbedingungen durch ein besseres Qualifizierungsniveau im Vergleich zu den Kriegsgefangenen zu tun.

Die Todesrate unter den Ostarbeitern war trotz ihrer Diskriminierung gegenüber anderen Zivilarbeitergruppen insgesamt viel niedriger als bei ihren Landsleuten unter den Kriegsgefangenen (siehe Kapitel 2, wo wir uns mit den Gesamttodeszahlen der verschiedenen Aus-

⁹⁰⁸ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 284 f.

⁹⁰⁹ Zu den folgenden Abschnitten siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 285–292. Am 1. Juni 1944 erging zudem eine Verordnung über sogenannte Ausgleichszulagen, die jedoch an die Arbeitsleistung gekoppelt waren. So teilte eine nicht genannte Grube am 22. August und am 17. September 1944 dem Arbeitsamt Eisleben mit, dass jeweils eine namentlich genannte Reihe von Polen und Ostarbeitern „wegen ungenügender Leistung“ in den Monaten Juli und August 1944 vom Bezug der Ausgleichszulage ausgeschlossen worden sei, Arolsen Archive, Best. 2.1.4.2., Akte 10003898.

⁹¹⁰ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 289. Zur selben Zeit belief sich der Krankenstand sowjetischer Kriegsgefangener im sächsisch-thüringischen Revier auf 20 Prozent, ebenda, S. 289.

ländergruppen auseinandersetzen). Für einige Gruben lassen sich auch einzelne Todesursachen nachweisen. Bei den Regiser Kohlenwerken wurden bis 1943 auf einem dort angelegten „Russenfriedhof“ auch Ostarbeiter bestattet. Als Todesursachen vermerkte die Gemeinde etwa: Lungen- und Rippenfellentzündung, Herzschlag, Leberschrumpfung, Tuberkulose und Kreislaufinsuffizienz sowie auch zwei Fälle von Erschießungen nach Flucht beziehungsweise beim Kartoffeldiebstahl.⁹¹¹ In der Niederlausitzer Grube Marga (Ilse Bergbau AG) gab es ebenfalls Todesfälle. Neun Ostarbeiter starben bis 1943 an Tuberkulose, Unterernährung und Herzschwäche, ein Ostarbeiter wurde erschossen.⁹¹²

Probleme existierten bei der Bekleidung⁹¹³. Da für Ostarbeiter keine Bekleidungsmarken vorgesehen waren, mussten sie häufig jahrelang das anziehen, was sie bei ihrer Anwerbung beziehungsweise Zwangsdeportation auf dem Leibe getragen hatten. Vor allem war die mitgebrachte Bekleidung aber – selbst bei guter Qualität – für den Tagebau grundsätzlich nicht geeignet. Der eigentlich für den „Russeneinsatz“ vom Wehrkreiskommando IV bereits im März 1942 vorgeschriebene wöchentliche Wäschewechsel blieb in Wirklichkeit nur reine Theorie.

So versuchten die Betriebe denn auch, durch Sonderaktionen Bekleidung zu beschaffen und vor allem für den Winter solches Schuhwerk zu besorgen, das zumindest einigen Schutz gegen die Kälte versprach. Erst im Jahr 1943 waren auch Ostarbeiter in ein Verteilungsprogramm der Reichsstelle für Bekleidung einbezogen. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass sich die Bekleidungssituation der Ostarbeiter im Bergbau bis Kriegsende noch tatsächlich verbessert hat.

Trotz aller Einschränkungen, die mit dem Zwangsarbeitereinsatz, insbesondere bei den am schlechtesten ernährten Gruppen, zusammenhängen, kommt Urban in seiner Untersuchung zum Zwangsarbeitereinsatz zu einem eindeutigen Schluss, was die Bedeutung der Zwangsarbeit für den Betriebserfolg betrifft. Obwohl die angelegten Zwangsarbeiter im Allgemeinen nie einen vollständigen Ersatz für die zu Wehrmacht und RAD eingezogenen deutschen Arbeitskräfte bildeten und der Umfang ihrer Anlegung im Prinzip immer unter den zahlenmäßigen Anforderungen der Gruben blieb, waren sie doch ein Schlüsselfaktor für die erreichten Produktionsergebnisse während der Kriegszeit: „Die zwischen 1939 und 1945 in Mitteldeutschland angelegten Zwangsarbeiter [inklusive Kriegsgefangene, A.d.A.] und angeworbenen Ausländer trugen maßgeblich zur Fördersteigerung und zur Erfüllung der Kriegsaufgaben des Braunkohlenbergbaus bei. Zum einen schufen sie mit ihren Hilfstätigkeiten die Voraussetzungen dafür, dass neue Tagebaufelder für den Ausbau der Förderkapazitäten verfügbar waren. Zum anderen hielten sie den Fahr- und Gleisbetrieb in Abraum und Grube und den Verladebetrieb der Brikettfabriken aufrecht. Die an Einzelarbeitsplätzen angelegten Ausländer, wie etwa die bei der Baggermontage eingesetzten französischen oder sowjetischen

⁹¹¹ Angaben nach Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 303, FN 194. Im Industriekomplex ist auch der Tod eines Polen nachweisbar, der für einen Einbruch hingerichtet wurde, Baumert, Kontinuität (Diss.), S. 114.

⁹¹² Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 309.

⁹¹³ Zu den Bekleidungsproblemen siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 290–292.

Kriegsgefangenen, entwickelten sich für die Braunkohlenwerke beiderseits der Elbe sogar zu Schlüsselkräften.“⁹¹⁴

Der Braunkohlebergbau war von Anfang an wegen seines hohen Anteils an Hand- und ungelerner Arbeit ein aus NS-Sicht besonders geeignetes Einsatzgebiet für Zwangsarbeit, gerade für Ostarbeiter und vor allem sowjetische Kriegsgefangene, wie Göring bereits im November 1941 festgestellt hatte. Die Arbeit war hart, schmutzig und körperlich schwer. Kolonneneinsatz war möglich und gut zu überwachen, und der Masseneinsatz von ethnischen Slawen für diese Arbeiten entsprach durchaus den rassepolitischen Vorstellungen der NS-Ideologen (Strafcharakter der Arbeit). Insofern ist auch der Einsatz von Zwangsarbeitern im sächsischen Braunkohlebergbau ein besonders erhellendes Beispiel für die Spezifik und das Verbrecherische des NS-Zwangsarbeitersystems.⁹¹⁵

Region Dresden Rüstungsproduktion

Die Region Dresden war, wie bereits eingangs erwähnt, eine der drei sächsischen Schwerpunktregionen für Rüstungsproduktion, obwohl Stadt und Region wohl erst ab 1941 darin eine größere Rolle zukam. Der IKH-Haupt-Geschäftsführer Georg Bellmann wies beispielsweise 1941 gerade auf die Rolle der Feinindustrien innerhalb der optischen, feinmechanischen und elektrotechnischen Industrie hin. Der Maschinenbau in Dresden kam hinzu. Im Umland, so Bellmann, waren vor allem die Stahlwerke in Freital, Gröditz und Riesa mit ihrer Stahlherstellung als Zulieferer für die Rüstungsindustrie wesentlich; sie waren ebenfalls in der Granatenproduktion tätig.⁹¹⁶

Gleichwohl war der Raum Dresden, auch die Stadt selbst, in die beginnende und zunächst verdeckte Aufrüstung ab 1933 in Einzelfällen von Anfang an involviert. Zu nennen sind hierbei die Universelle, das Sachsenwerk, aber auch die Firmen Zeiss Ikon AG und in Freital-Döhlen die Sächsischen Gußstahlwerke (SGW). Für manche Betriebe wurden auch Mobilisierungspläne erarbeitet, die im Kriegsfall schnell zur Umsteuerung der Produktion auf bestimmte Rüstungsgüter genutzt werden sollten. Eine weitere Unterstützung wurde durch erhebliche staatliche Kredite gewährt, die von Firmen wie der Zeiss Ikon AG, den Sachsenwerken (genauer: Sachsenwerk Licht- und Kraft AG)⁹¹⁷, den SGW oder der in Braunschweig beheimateten Mühlenbau und Industrie AG (MIAG) mit ihrem Werk in Dresden-Zschachwitz genutzt wurden, welche dadurch ihre Produktionskapazitäten erheblich erweitern konnten. So ist

⁹¹⁴ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 347.

⁹¹⁵ Hier ist Urban in seiner Schlussbetrachtung zum Zwangsarbeitereinsatz im Braunkohlebergbau ausdrücklich zuzustimmen, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 353–355.

⁹¹⁶ Fischer, S. 13 f.

⁹¹⁷ Die Sachsenwerk Licht- und Kraft AG gehörte mehrheitlich zum AEG-Konzern. Zur Rüstungsproduktion der AEG im Zweiten Weltkrieg siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, Tabelle 149 S. 555 und S. 556–559.

auch heute noch etwa das ehemalige Gebäude der Goehlewerke als Teil der Zeiss Ikon AG in der Riesaer Straße 32 erhalten.⁹¹⁸ Auch die Turbinenfabrik „Brückner, Kanis & Co, Max Brückner“ arbeitete bereits seit 1937 in erheblichem Umfang für die Marinewerften in Norddeutschland und blieb bis 1945 ein wichtiger Zulieferbetrieb für die Marinerüstung. Der Umsatz lag beispielsweise für Lieferungen an drei Werften bei über zwei Millionen RM.⁹¹⁹

Mindestens 27 Betriebe waren in die Rüstungsproduktion involviert, hinzu kamen wie schon erwähnt auch Mobilisierungsbetriebe. Die Produktpalette umfasste etwa das Standardgewehr der Wehrmacht, das K 98, für das Komponenten produziert wurden, Teile des MG 34, aber auch zum Teil komplette Fliegerabwehrkanonen. Ein zweiter Schwerpunkt war bereits vor Kriegsbeginn die Munitionsherstellung, die anderen Schwerpunkte bildeten Geräte für die Luftwaffe und Marine. Aber auch Maschinenbau und Nachrichtentechnik waren wichtige Rüstungsbranchen.⁹²⁰

Wie in Kapitel 2 bereits ausgeführt, hatte schon Rüstungsminister Todt versucht, die Selbstorganisationskräfte der Wirtschaft für eine Ankurbelung der Rüstungsproduktion zu nutzen. Die hierfür gebildeten Rüstungsausschüsse waren auf den jeweiligen Wehrkreis bezogen und koordinierten die dortigen Arbeitsgemeinschaften, in denen Firmen gleichartiger Rüstungsprodukte zusammengefasst waren. Für den Bereich Dresden waren die Direktoren beziehungsweise hochrangigen Verantwortlichen der größten Rüstungsbetriebe im Rüstungsausschuss oder in den Wehrkreisarbeitsgemeinschaften vertreten, wie etwa Gerhard Bruns von den SGW aus Freital, Dr. Wrede von den Sachsenwerken oder auch die Chefs der Werke für Munitionsverpackungsmaterialien.

Mit der Übernahme des Rüstungsministeriums durch Albert Speer wurden statt der auf Wehrkreise bezogenen Rüstungsausschüsse überregionale Hauptausschüsse und Hauptringe (siehe Kapitel 2), aber auch Untergliederungen wie Sonderausschüsse und Sonderringe gegründet. Zahlreiche Vertreter von wichtigen Rüstungsfirmen aus dem Bezirk Dresden waren in solchen koordinierenden Gremien vertreten, gemäß dem Fertigungsprofil ihres Unternehmens.⁹²¹

Mit der stetig sinkenden Produktion von Zivilartikeln erweiterte sich auch im Raum Dresden die quantitative Rüstungsproduktion, sowohl insgesamt wie innerhalb der betroffenen großen Betriebe. Heinz Schulz hat in seiner Untersuchung aus dem Jahr 2003 für das

⁹¹⁸ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 4 und 11. Wie schon erwähnt zur Erklärung der besonderen Nachweisform: Die Broschüre von Schulz enthält keine Seitenzahlen, so dass ersatzweise auf die Fußnotennennung bei Schulz zurückgegriffen wird.

⁹¹⁹ Mathis Leibetseder, Turbinen für Krieg und Frieden, in: Sächsisches Archivblatt Heft 1 / 2008, S. 19–21, S. 20.

⁹²⁰ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 21 und S. FN 25.

⁹²¹ Beispiele bei Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 9 und Vorseite. So fertigte etwa Zeiss Ikon Kreiselgeräte für die Luftwaffe und war gleichzeitig für die Produktionsbetreuung zweier Kieler Firmen, die ebenfalls diese Geräte herstellten, zuständig, so dass alle drei Werke nach denselben Produktionsunterlagen arbeiteten, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 313.

Stadtgebiet Dresden mehr als 160 Betriebe ermittelt, die ganz oder überwiegend im Rüstungssektor tätig waren. Hinzu kamen noch 40 weitere Betriebe im Umland. All diese wurden grundsätzlich vom Rüstungskommando Dresden betreut – vielleicht sollte man besser überwacht sagen, wenn sie ihm auch aufgrund der oben genannten Strukturen von Ausschüssen und Ringen nicht direkt unterstanden. Ein zweiter Sektor bestand aus Firmen, die für den Bedarf der Wehrmacht etwa Verbrauchsgüter wie Bekleidung, Lebensmittel und Güter für Verwaltungszwecke produzierten. Für diese war im Grundsatz weiterhin das Reichswirtschaftsministerium zuständig. Als dritter Sektor kamen schließlich noch wehrmachteigene Betriebe wie Heeresbäckerei, Nebenzeugamt oder der Flugplatz in Dresden-Klotzsche hinzu.⁹²²

Generell war die Entwicklung der Rüstungsindustrie im Raum Dresden von den allgemeinen reichsweiten und sächsischen Trends gekennzeichnet: bald nach Amtsantritt Speers erhebliche Output-Steigerungen, seit 1943 Aufnahme von luftkriegsbegründeten Verlagerungsbetrieben aus dem Westen, seit 1944 Aufnahme von landkriegsbedingten Verlagerungen aus dem Osten sowie eigene luftkriegsbedingte Untertageverlagerungen (schon näher beschrieben in Kapitel 4) und Auslagerungen ab 1944. Am Ende des Krieges arbeiten gut 200 Betriebe im Rüstungssektor. Schwerpunkte waren elektrische Erzeugnisse, Flak, U-Bootausrüstungen und Torpedos sowie Flugzeugteile. Ein wichtiger Teil der Erzeugnisse war technisch sehr anspruchsvoll, wie etwa Funk- und Messgeräte, Werkzeugmaschinen oder beispielsweise Zünder, so dass Heinz Schulz zu Recht von – aus der heutigen Zeit eine Anleihe nehmend – „high tech products“ spricht.⁹²³ Auch in Dresden bestand der relativ stärkste Sektor – wie generell im Deutschen Reich – mit 32 Prozent in der Luftrüstungsproduktion, gefolgt von 29 Prozent für Munition, 27 Prozent für das Heer und nur zwölf Prozent für die Marine.⁹²⁴

Sehen wir uns einige der wichtigsten Rüstungsgüter etwas näher an.⁹²⁵ Etwa 100 Betriebe arbeiteten im Bereich der Munitionsherstellung, wobei allein 46 von ihnen Granaten und 25 Zünder herstellten. Zusammen mit den Stahlwerken in Freital (SGW und FSI) war der Bezirk Dresden damit für etwa die Hälfte der sächsischen Artilleriegranatenproduktion verantwortlich. In der zweiten Kriegshälfte bekamen – aufgrund des Rückzugs der Wehrmacht im Osten sowie der zunehmenden Luftbedrohung – Panzerabwehr- und Flakgranaten Vorrang. In die Zünderproduktion waren 25 Firmen direkt und viele andere als Zulieferer einbezogen. Um sich eine Vorstellung von der Größenordnung zu verschaffen: In einzelnen Firmen lagen die Bestellungen (etwa bei Zeiss Ikon) bei 2,5 Millionen Zündern monatlich. Zeiss Ikon hatte sich im Übrigen mit seinen zahlreichen Rüstungskomponenten bei über 80 Millionen RM Umsatz

⁹²² Schulz, Rüstungsproduktion, Punkt 2, S. FN 19.

⁹²³ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 64 und nächste Seite.

⁹²⁴ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 21.

⁹²⁵ Zu den folgenden Ausführungen siehe Schulz, Rüstungsproduktion Punkt 2.2.1. bis 2.4. Sofern andere Quellen benutzt wurden, sind sie gesondert ausgewiesen.

im Geschäftsjahr 1943 / 1944, wovon knapp 70 Millionen RM zum Rüstungsbereich gehörten, zum führenden Dresdner Rüstungsbetrieb entwickelt.⁹²⁶

Die ursprünglich auf Zigaretten spezialisierte Firma J.C. Müller & Co, später als Universelle-Werke J.C. Müller & Co bekannt geworden, stieg bereits 1935 in die Rüstungsproduktion ein. Hierin schon im Ersten Weltkrieg tätig, lieferte die Universelle ab 1935 Zünderteile sowie Gewehr- und Geschützkomponenten. Es gab sogar eine eigene Rüstungsproduktentwicklung, als die Universelle eine „Feuerleitanlage für Flakscheinwerfer“ entwickelte. 1939 lag der Wert der Rüstungsproduktion bei zwei Millionen RM pro Monat und war damit doppelt so hoch wie der Umsatz der Zivilsparte. Später kamen Marinelieferungen und Munitionsproduktion hinzu. Die Komplexität der Produktionslinien wird etwa daran deutlich, dass die Universelle gut 200 Zulieferfirmen betreute.⁹²⁷

Die Firma Radio-Mende fertigte Bombenzünder für die Luftwaffe in einer Größenordnung von 440.000 Stück von September 1944 bis April 1945. Infanteriemunition wurde auch bei den Sachsenwerken oder bei Bernsdorf und Co (Gebäude einer früheren Zigarettenfabrik) hergestellt.

Die Panzerproduktion fällt etwas aus dem Rahmen der Dresdner Rüstungsgüterpalette. Mit den katastrophalen Panzerverlusten auf dem östlichen Kriegsschauplatz wurden auch erste Planungen zur Herstellung von Panzerkomponenten bei der schon erwähnten MIAG in Zschachwitz vorgenommen.⁹²⁸ Im Jahr 1942 begann offenbar die Produktion von Panzergetrieben. 1943 war auch die MIAG in das Adolf-Hitler-Panzerprogramm einbezogen. Für 1944 hatte die MIAG-Zweigstelle in Dresden den Auftrag zum Bau von 150 und zur Reparatur von 50 Panzern. Des Weiteren sollten 200 Panthergetriebe und 400 Panther-Seitenvorgelege hergestellt werden. Nachdem das Hauptwerk der MIAG in Braunschweig schwere Bombenschäden erlitten hatte, wurde in Dresden für die zweite Jahreshälfte der Bau kompletter Panzer vorgesehen, jedoch kaum umgesetzt. Tatsächlich jedoch lief die Anfertigung der wesentlich weniger aufwändigen Sturmgeschütze an, die im April 1945 quasi vom Werk direkt an die Front fuhren.⁹²⁹

Wie schon erwähnt, waren Dresdner Betriebsdirektoren in zahlreichen Ausschüssen oder Sonderausschüssen vertreten. Das Gewicht der Dresdner optischen Industrie zeigte sich

⁹²⁶ Wießner / Balzk, S. 13 mit Bezug auf die Betriebszeitung des Nachfolgebetriebes Pentacon, die über die Wirtschaftsentwicklung im Zweiten Weltkrieg berichtete. Zur Rüstungsproduktion siehe auch Wießner, S. 54.

⁹²⁷ Bezüglich dieser Ausführungen zur Universelle siehe Josef Schmid / Dirk Wegner, Kurt A. Körber. Annäherung an einen Stifter, Hamburg 2002, S. 31.

⁹²⁸ Die enge Verzahnung von Produktion und Produktionskoordinierung auf Reichsebene zeigt auch das Beispiel MIAG. Dessen Betriebsdirektor Ernst Blaicher war Mitglied im Hauptausschuss „Panzerwagen“ des Rüstungsministeriums, siehe Wießner / Balzk, S. 13. Im Jahr 1943 war ein eigener Hauptausschuss Panzerwagen gegründet worden (herausgelöst aus dem HA Panzerwagen und Zugmaschinen), dessen Vorsitzender Blaicher wurde, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 7.

⁹²⁹ Auch an der Entwicklung des Panzermodells Panther war eine Dresdner Institution beteiligt. Prof. von Eberan-Eberhorst von der TU Dresden empfahl als Mitglied einer Gutachtergruppe das Modell der Firma MAN, das dann auch gebaut wurde, siehe Schulz, Rüstungsproduktion, Abb. 12.

unter anderem daran, dass Zeiss-Ikon-Direktor Dr. Heinz Küppenbender Vorsitzender des Sonderausschusses „Optisches und feinmechanisches Rüstungsgerät“ war. Neben der Zeiss Ikon AG fertigten mindestens vier weitere Betriebe in diesem Sektor. Die Bandbreite der Produkte reichte von Panzerzielfernrohren über PAK-Zielfernrohre bis hin zu Gewehrfernrohren verschiedenster Art.

Im Bereich der Nachrichtentechnik waren im Dresdner Raum die beiden Betriebe Sachsenwerk mit seinen Niederlassungen in Niedersedlitz und in Radeberg sowie Radio-Mende führend. Die Firma Radio-Mende, die bereits vor dem Krieg für Heer und Marine gefertigt hatte, lieferte etwa Feldfernsprecher, Feldfernschreiber und auch Tornisterempfänger in erheblicher Größenordnung an das Heer. Im Zeitraum von November 1944 bis April 1945 wurden knapp 20.000 solcher Geräte übergeben. 1941 lag der Rüstungsanteil der Firma schon bei 82 Prozent, der Rest war für den Export bestimmt. Das Sachsenwerk produzierte Nachrichtentechnik, sowohl in Lizenzproduktion (der Firma Telefunken) wie auch aufgrund von Eigenentwicklungen. Der Standort Radeberg erreichte teilweise Produktionsraten beim Kurzwellensender „Boge“ von 1.000 Stück im Monat; hergestellt wurden aber auch andere Nachrichtenspezialgeräte. Der direkte Rüstungsanteil der Firma lag 1942 bei 40 Prozent. Daneben rüstete das Sachsenwerk in großem Umfang vor allem den Energie- und Bergbausektor sowie die Hydrierwerke aus. Neben dem Sachsenwerk und Radio-Mende waren auch elf weitere Firmen auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik tätig.⁹³⁰

Im Sektor der Marinefertigung wurden vor allem als wichtigste Komponenten Druckkörper für U-Boote (eine Sektion eines U-Bootes, genannt Schuss) und Torpedos hergestellt. Hauptlieferant der Schüsse war die Firma Kelle & Hildebrandt, aber auch die Werft in Übigau. Kelle & Hildebrandt konnte ihre Lieferung an Schüssen von 1942 bis 1944 verfünffachen, auf dann 93 Druckkörper. Auch das Sachsenwerk beteiligte sich am U-Bootbau vor allem durch die Herstellung von elektrischen Antrieben und Bauteilen, etwa den Schleichfahrtmotor „Herta“ für Unterwasserfahrten. Insgesamt waren bei der Marineausrüstung noch vier andere Dresdner Firmen tätig.

Torpedos stellten den zweiten Produktionsschwerpunkt für die Marine dar. Hauptproduzent hierfür wurde die Firma Universelle, die für zentrale Teile verantwortlich war. Zu den weiteren Firmen gehörten etwa die Hille-Werke AG oder die Richard Gäbel KG. Heinz Schulz stellt zusammenfassend fest, dass die Dresdner Produktionsstätten „in vergleichsweise großem Umfang an Aufträgen für die Torpedowaffe beteiligt waren.“⁹³¹ Im Reichsmaßstab waren gut 30.000 Arbeitskräfte in fünf Montagebetrieben sowie bei 180 Zulieferern eingesetzt.

⁹³⁰ In kleinerem Umfang wurden auch Pioniergeräte (wie etwa Brücken, Landungsboote, Sturmboote) hergestellt, ebenso Fahrzeuge wie vor allem Sanitätsfahrzeuge, Produkte des medizinischen Bedarfs und etwa Ausrüstungen für die Truppe wie Zeltbahnen, Schutzhüllen und ähnliches, siehe Schulz, Rüstungsproduktion, Punkt 2.2.1.5 bis 2.2.1.7.

⁹³¹ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 46.

Dass Dresden auch in der Luftrüstung (immerhin mit 32 Prozent aller Rüstungsgüter) einen besonderen Platz in Sachsen einnahm, dürfte nicht so bekannt sein, da in der Literatur zu Recht immer wieder auf den sächsischen Hauptproduktionsstandort Leipzig verwiesen wird. Es gab jedoch auch hier von Dresden Verbindungen nach Leipzig. So ließen die Erla-Werke 1944 / 1945 als größter Flugzeugproduzent Leipzigs die Me 109 auch über ihre Tochterfirma Klothilde in Klotzsche fertigen. Notwendige Holzteile für den Rumpf wurden dabei von der Firma Rahmenbau in Cossebaude hergestellt. Koordinierend und produzierend waren für die Holzkonstruktionen die Deutschen Werkstätten Hellerau tätig. In den letzten Kriegsmonaten wurden auch Holzteile für die He 162 (Abfangjäger) sowie die V1 hergestellt.

Flugzeugtriebwerke waren eine weitere Produktionsgruppe der Luftrüstung in Dresden. Heinz Schulz hat 13 Firmen ermittelt, die hierfür Komponenten herstellten und vor allem im Rahmen des Jäger-Programms aus dem Jahr 1944 tätig waren. Auch Nachrichtentechnik für die Luftwaffe spielte in der Rüstungsbandbreite Dresdner Betriebe eine Rolle, wobei gerade die Sachsenwerke in Niedersedlitz und Radeberg Funkgeräte lieferten. Ein weiterer Rüstungsbereich bestand aus Munition, Zündern und Zielgeräten für die Luftwaffe. Erste Lieferungen hatte es bereits vor Kriegsbeginn durch die Sachsenwerke und die Zeiss Ikon AG gegeben. Beide sowie elf andere Firmen produzierten in der Kriegszeit diese Rüstungsgüter. Gerade die Zeiss Ikon AG war ein Hauptproduzent von Flakwaffen und Flakmunition. Sechs weitere Firmen, unter ihnen die Universelle, waren in diesem Produktionszweig tätig. Selbst am Bau der wichtigsten „Wunderwaffe“ des Heeres, der V2 (genauer: Rakete A 4, siehe Kapitel 2), waren acht Firmen aus dem Dresdner Raum beteiligt. Zeiss Ikon fertigte beispielsweise Steuerungsinstrumente und die Sachsenwerke bauten die sogenannten Mischgeräte „Viktoria“ und „Viktoria“. Und schließlich sei darauf hingewiesen, dass die hochspezialisierte Dresdner Industrie auch Werkzeugmaschinen zur Herstellung und Bearbeitung von Rüstungsgütern an andere Rüstungsproduzenten inner- und außerhalb Sachsens lieferte – vor und im Krieg –, so für die MMW in Taucha, für die Panzermotorenfirma Maybach oder das Junkers Motoren-Werk in Kassel. Hierbei war die Firma Hille führend.

Ein Teil der Rüstungsproduktion in Dresden wurde von kriegsbedingt dorthin verlagerten Betrieben erbracht⁹³². Die schon genannte Firma Bernsdorf & Co (ein Tarnname) war zuvor eine Niederlassung der Deutschen Waffen- und Munitionswerke in Posen gewesen. Dieser Standort wurde im Herbst 1944 in das Gebäude einer ehemaligen Zigarettenfabrik nach Dresden verlagert, wo vor allem Munition hergestellt wurde. Aus dem Westen verlegte man gleichfalls im Herbst 1944 die Firma Garbe-Lahmeyer, die kriegsbedingt aus Aachen in die Hallen der Sachsenwerke Niedersedlitz umgesetzt wurde. Ihr Rüstungsprodukt (Schleichmotor für Herta-U-Boote) passte genau in das Produktionsprofil der Sachsenwerke, die ebenfalls solche Motoren herstellten. Aus Luftschutzgründen wurden Teile der OSRAM GmbH aus Berlin verlegt. Als Ort wählte man die Felsenkeller-Brauerei aus. Die Produktion umfasste Lampen

⁹³² Zum Folgenden siehe Schulz, Rüstungsproduktion, Punkt 3.

und Röhren für das Jäger-Programm und die V2. Als letztes schließlich wurde ab August 1944, wie schon erwähnt, die Produktion von Panzern und Sturmgeschützen nach Angriffen auf das Hauptwerk der MIAG in Braunschweig in das Zweigwerk in Zschachwitz transferiert.

Die meisten Verlagerungen aus Dresden geschahen – mit einigen Ausnahmen – im Jahr 1944. In nur wenigen Fällen erfolgten die – zum Teil nur geplanten – Verlagerungen in Untertageräumlichkeiten (siehe Kapitel 4). Die meisten Zielorte waren Städte und Gemeinden im Umfeld von Dresden, im Erzgebirge sowie im Raum Chemnitz, so etwa Bretnig, Pulsnitz, Karsdorf, Neugersdorf, Neukirch, Rochlitz, vermutlich Mylau, Arnsdorf, Großenhain, Rosenthal, Ebersbach, Großröhrsdorf. Einige Verlagerungen ins Erzgebirge kamen nach Eibau, Bodenbach oder etwa Geising. Die Gläserkarosserie GmbH schickte sogar noch im April 1945 18 Güterzüge mit Flugzeugteilen für die Me 109 nach Prag.

Ausländereinsatz in der Region Dresden

Wie im ganzen Deutschen Reich war der Ausländereinsatz auch im Bezirk Dresden von immer größerer Relevanz für die Firmen. Heinz Schulz schätzt die Zahl der zivilen Arbeitskräfte auf etwa 18.000 bis 20.000 Personen; im Bereich des Rüstungskommandos Dresden waren etwa zum 15. Juli 1943 allein 11.275 Kriegsgefangene als Produktionsarbeiter registriert.⁹³³

Gesamtzahlen nach Stichtagerhebungen der in der Region Dresden beschäftigten Zwangsarbeiter sind nur punktuell vorhanden. Fischer gibt für 1941/1942 in der Region Dresden etwa 25.000 ausländische Arbeitskräfte an, allein drei größere Rüstungsbetriebe beschäftigten 4.400 von ihnen. In manchen dieser Firmen lag der Ausländeranteil beim Doppelten des sächsischen Industriedurchschnitts.⁹³⁴ Nach Arbeitsamtsunterlagen waren im August 1943 im Raum Dresden 33.507 Zivilarbeiter und 8.752 Kriegsgefangene verzeichnet.⁹³⁵ Für die Stadt Dresden nennt ein SD-Bericht (der SD war der Sicherheitsdienst der SS) 25.000 Ausländer, die überwiegend – bis auf 4.000 privat Untergebrachte – in Lagern lebten.⁹³⁶ Mit Bezug auf einen Bericht der Dresdner Polizei aus dem Jahr 1946 wurden in Dresden mehr als 31.000 ausländische Arbeitskräfte in 781 Betrieben beschäftigt, davon waren etwas mehr als 23.000 aufgrund von Meldebögen nachweisbar.⁹³⁷ Für den gesamten Arbeitsamtsbezirk Dresden (Dresden und einige umliegende Kreise) verzeichnete die Statistik des Arbeitsamtes

⁹³³ Schulz, Rüstungsproduktion, S. FN 12.

⁹³⁴ Fischer, S. 14.

⁹³⁵ Held / Fickenwirth, S. 158.

⁹³⁶ Held / Fickenwirth, S. 163.

⁹³⁷ Wießner / Balzk, S. 9. Im Stadtarchiv Dresden waren im Jahre 2001 etwa 4.000 Namen von ehemaligen Zwangsarbeitern gesammelt und verzeichnet worden, siehe Balzk, S. 4. Nach statistischen Auswertungen von Wießner bildeten sowjetische Bürger mit gut 10.000 die größte Gruppe, gefolgt von knapp 5.000 Franzosen und 2.800 Tschechen, etwa gleichvielen Polen wie Tschechen, knapp 2.400 Italienern und gut 1.500 Belgiern. Etwa 3.200 Personen waren keiner Nationalität zuzuordnen. Vier Fünftel der 31.000 Ausländer bestanden aus Männern, ein Fünftel waren Frauen, siehe Wießner, S. 18.

am 30. September 1944 genau 41.087 zivile Ausländer. Von ihnen waren 15.543 Personen als Ostarbeiter registriert.⁹³⁸

Für einige Dresdner Betriebe und Sektoren sollen im Folgenden einige Belegschaftsstärken genannt werden, um auch von der Personalseite her den Umfang von Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion zu beleuchten.

Größter Arbeitgeber im Raum Dresden war die Zeiss Ikon AG. Sie hatte neben ihren Dresdner Werken auch Produktionsstätten in Stuttgart (Contessa-Werk), in Berlin (Filmwerk und Goertz-Werk), in Ostritz (Opal) und in Rumburg. Zu ihren Firmen in Dresden gehörten die Ica-Werke I und II, das Goehle-Werk C in Dresden-Reick und das Goehle-Werk in der Riesaer Straße, das Ernemann-Werk sowie das Alpha-Werk, das Beta-Werk, das Gamma-Werk und das Kappa-Werk.⁹³⁹

Insgesamt lassen sich aus Lohn- und Beschäftigungsunterlagen der Zeiss Ikon AG von 1942 bis Dezember 1944 für ihre Dresdner Werke die jeweiligen Gesamtzahlen der ausländischen Beschäftigten ermitteln. Die durchschnittliche Anzahl dieser Gruppe blieb von Ende 1942 bis Ende 1944 bei etwa 2.500 Personen im Wesentlichen konstant. Kriegsgefangene waren immer nur mit wenigen Prozent am Ausländereinsatz beteiligt, sie sind ab 31. Januar 1942 nachweisbar.⁹⁴⁰

Aus den Veränderungsmeldungen für Lohnempfänger / Gefolgschaft lassen sich einige genauere Zahlen ablesen. Mit Stand vom 23. Dezember 1944 betrug die Dresdner Belegschaft 12.836 Personen. Darunter befanden sich 2.588 zivile Ausländer, 59 französische Kriegsgefangene und 899 KZ-Häftlinge. Die größten Gruppen der Zivilausländer waren Ostarbeiter mit 1.252 Personen (SU-Russen genannt), 358 Franzosen, 277 Polen, 137 Holländer und 99 Ukrainer. Auffällig ist, dass bei den Westeuropäern die Männer dominierten, während bei Polen, Ostarbeitern und Ukrainern die Frauen mit Anteilen von zwei Dritteln bis zu 90 Prozent dominierten.⁹⁴¹ Die erste größere Gruppe von Ostarbeiterinnen ist für den 6. Juni 1942 vermeldet, die ersten Italienischen Militärinternierten sind in der Aufstellung vom 15. Januar 1944 verzeichnet. Die Meldung vom 14. Oktober 1944 nennt keine IMIs mehr, jedoch 42 Zivilitaliener (am 8. April 1944 waren es nur sieben), so dass einerseits wohl IMIs abgezogen wurden und andererseits zum größeren Teil in Zivilarbeitsverhältnisse überführt worden waren. Ende 1944 betrug der Anteil der zivilen Ausländer knapp 22 Prozent. Wenn Kriegsgefangene und

⁹³⁸ Statistik abgedruckt bei: Spoerer, Statistik, S. 676.

⁹³⁹ Übersicht über die Werke bei Wießner, S. 54.

⁹⁴⁰ Zahlen bei Wießner / Balzk, S. 26 f.

⁹⁴¹ Meldung über Veränderungen der Lohnempfänger-Gefolgschaftsstärke vom 23. Dezember 1944, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Best. 11722, Zeiss Ikon AG, Nr. 339. Walter Wießner, wie die Verfasser Klaus-Dieter Müller und Dietmar Wendler Beteiligte am in der Einleitung genannten Projekt zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Sachsen, hat diese Quelle (Meldungen vom 9. März 1942 bis 23. Dezember 1944) ausgewertet und in seiner Publikation von 2002 veröffentlicht. Wir stützen uns im Folgenden darauf.

vor allem KZ-Häftlinge mitgerechnet werden, lag der Anteil dieser drei Gruppen sogar bei 27,6 Prozent.⁹⁴²

Die Goehle-Werke der Zeiss Ikon AG sollen getrennt betrachtet werden, da sie zum einen eine Zeitlang auch deutsche Juden einsetzten und zum anderen auch in den letzten sieben Kriegsmonaten KZ-Häftlinge. Am 9. Mai 1942 betrug die Ausländer- / Zwangsarbeiterzahl inklusive deutsche Juden 1.203 und erreichte im Juni 1942 1.415, was vor allem auf 434 neu eingesetzte Ostarbeiter (genannt: SU-Russen) zurückzuführen war. Der Höhepunkt der Zwangsarbeiterbeschäftigung wurde im August 1942 mit 1.672 Personen erreicht, sank dann aber in den folgenden Monaten und Jahren bis auf 696 Personen am 31. Dezember 1943. Ein Anstieg zeigte sich erst im zweiten Halbjahr 1944, als inklusive 200 weiblicher KZ-Häftlinge 957 Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Am 23. Dezember 1944 wurde mit 1.437 Personen das Niveau vom August 1942 wieder fast erreicht.

Eine schon genannte besondere Gruppe waren zeitweise deutsche Juden, die von den Transporten in die Vernichtungslager im Osten bislang verschont geblieben waren, weil die Zeiss Ikon AG ihre Arbeitskraft benötigte. Diese Dresdner Juden waren am 23. November 1942 aus der Stadt in das sogenannte Judenlager Hellerberge zwangsumgesiedelt worden, und wer zur Arbeit fähig war, wurde im Goehle-Werk Riesaer Straße eingesetzt. Die Meldungen über Veränderungen der Lohnempfänger-Gefolgschaftsstärke weisen für den 9. Mai 1942 321 männliche und weibliche Juden auf, am 20. Juni 1942 war die Zahl auf 319 gesunken und nahm weiter ab. Ende 1942 waren es nur noch 125 jüdische Zwangsarbeiter, am 31. Januar 1943 wieder 156, für den 27. Februar 1943 sind keine Juden mehr verzeichnet. Denn im März 1943 wurde das Juden-Lager Hellerberge im Zuge einer reichsweiten Abschiebung dieser jüdischen Gruppe zur Vernichtung in den Osten aufgelöst.⁹⁴³ Im Goehle-Werk waren 1944 / 1945 dann noch knapp 700 weibliche, zumeist jüdische KZ-Häftlinge eingesetzt.⁹⁴⁴

Die Universelle hatte nach Auswertungen von Balzk etwa 4.000 Beschäftigte während des Krieges und bis zu 1.500 vor dem Krieg aufzuweisen. Zu den eingesetzten Fremd- und

⁹⁴² Meldung über Veränderungen der Lohnempfänger-Gefolgschaftsstärke vom 15. Januar und 14. Oktober 1944, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Best. 11722, Zeiss Ikon AG, Nr. 339.

⁹⁴³ Siehe Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Best. 11722, Zeiss Ikon AG, Nr. 339. Das Juden-Lager Hellerberge befand sich wohl in der damaligen Dr. Todt-Straße 120 (heute Radeburger Straße 4), in einer Kiesgrube. Als Standort des Judenlagers nennt Marcus Gryglewski den Standort einer Sandgrube oberhalb des St.-Pauli-Friedhofs an der Dr.-Todt-Straße, in Höhe der Einmündung Weinbergstraße, siehe hierzu Marcus Gryglewski (Bearbeiter), *Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945* (= Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 4), hrsg. von Norbert Haase / Stefi Jersch-Wenzel / Hermann Simon, Leipzig 1998, S. 133; eine Luftbildaufnahme des Lagers aus dem Jahr 1945 auf S. 134 abgedruckt. In der Publikation sind zahlreiche Bilder eines Filmes zur Einweisung der Dresdner Juden in das Lager enthalten. Das Lager wurde offenkundig kurz nach Abzug der jüdischen Bewohner zu ihrer Deportation in die östlichen Vernichtungslager im Februar / März 1943 bis 1945 als Ausländerkinderpflgeeinrichtung weiter genutzt, unter dem Namen Entbindungshaus Kiesgrube, siehe Wießner, S. 73 f. Beide Lager gehörten der Zeiss Ikon Siedlungsgesellschaft mbH, siehe Wießner, S. 73–75.

⁹⁴⁴ NS-Terror und Verfolgung, S. 471. Im Werk Reick umfasste das KZ-Außenlager 200 weibliche Häftlinge.

Zwangsarbeitern gibt es nur einzelne Angaben. Sie waren in mehreren Lagern am Kronprinzenplatz (heute Rudolf-Rennerplatz), in der Chemnitzer Straße 97, der Hahnebergstraße 3 und der Lauensteiner Straße 42 untergebracht; bekannt sind auch drei weitere Lager außerhalb und innerhalb Dresdens. Anfangs waren offenbar Westarbeiter und Polen im Einsatz, so 1940 / 1941 78 Franzosen, 200 Polen und 129 Belgier. Für das Jahr 1943 sind sowohl 420 Polen, Franzosen und Belgier als auch mindestens 122 Ostarbeiterinnen nachweisbar. Am 13. Februar 1945 verfügte die Universelle über 662 männliche und 398 weibliche ausländische Arbeitskräfte, in dieser Größenordnung wohl auch bis Ende des Krieges (700 KZ-Häftlinge sind nicht mitgerechnet).⁹⁴⁵

Die Niederlassung der MIAG in Dresden-Zschachwitz hatte Ende 1944 eine Belegschaft von 3.500 Mitarbeitern, darunter 1.000 ausländische Zivilarbeiter und eine aus 1.007 Menschen bestehende Ausländergruppe, überwiegend KZ-Häftlinge und wohl einige sowjetische Kriegsgefangene. Das entsprach einem Ausländeranteil von 57 Prozent. Erste Zwangsarbeiter, für die Barackenlager gebaut wurden, kamen offenbar im November 1942, erste sowjetische Kriegsgefangene in einer Anzahl von 109 Personen im Januar 1943 an. Später, nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten am 3. September 1943, folgten 217 Italiener sowie auch Ostarbeiterinnen; Serben, Tschechen und Franzosen gehörten gleichfalls zur Belegschaft. 1944 wurden nochmals 50 sowjetische Kriegsgefangene zugewiesen.⁹⁴⁶

Für das Sachsenwerk in Niedersedlitz und Radeberg liegen nur wenige Angaben zu Fremdarbeitern vor. 1943 wurden beispielsweise 1.623 Ostarbeiter (wohl beiderlei Geschlechts) beschäftigt; deren Durchschnittszahl lag 1944 bei 1.460 Personen, sie wurden wohl an beiden Betriebsstandorten eingesetzt.⁹⁴⁷

Die Firma Radio-Mende beschäftigte als Zwangsarbeiter – wie die anderen schon genannten Werke auch – ab 1942 wohl vor allem Ostarbeiterinnen. In den letzten Kriegsmonaten 1945 waren dieses gut 200 Frauen, welche nach den Personalunterlagen bis zum 8. Mai 1945 eingesetzt waren.⁹⁴⁸

Die Hille-Werke hatten 1944 eine Gesamtbelegschaft von 1.719 Personen. Ostarbeiter wie auch sowjetische Kriegsgefangene wurden bereits 1942 eingesetzt, wie eine Übersicht vom 30. Dezember 1942 belegt: 128 männliche und 29 weibliche Ostarbeiter sowie 63 Kriegsgefangene.⁹⁴⁹ Für 1943, 1944 und 1945 werden jeweils 296, 351 und 466 Ausländer angegeben.⁹⁵⁰

⁹⁴⁵ Balzk, S. 10. Für April 1945 stellten Wießner / Balzk, S. 37, noch 1.017 Personen fest; dort auch weitere Angaben zu einzelnen Lagerstandorten.

⁹⁴⁶ Zahlen bei Balzk, S. 12; siehe Wießner / Balzk, S. 40 f.

⁹⁴⁷ Balzk, S. 14; siehe auch Wießner / Balzk, S. 40.

⁹⁴⁸ Balzk, S. 17; siehe auch Wießner / Balzk, S. 47.

⁹⁴⁹ Balzk, S. 16.

⁹⁵⁰ Wießner / Balzk, S. 33.

Die schon in Kapitel 4 genannte Firma Siemens Elektrowärme Sörnewitz soll hier mit berücksichtigt werden, da es sich ebenfalls um einen großen Rüstungsstandort in der Nähe von Dresden handelte. Ihre Belegschaftszahl lag Anfang 1944 bei 1.922 Mitarbeitern und sank bis März 1945 um knapp 200. 827 von ihnen waren im März 1945 Ausländer, eine Quote von etwa 50 Prozent.⁹⁵¹

Auch im Raum Dresden war die Reichsbahn ein bereitwilliger Abnehmer für Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge geworden. Gesamtzahlen dazu sind nicht publiziert. Allein für Zwangsarbeiter der Reichsbahn sind mehr als 20 Lagerstandorte bekannt. Hierzu gehörten offenbar drei größere Lager: Das Gemeinschaftslager Nizza in der Hamburger Straße 39 / 41, das Reichsbahnlager in der Peter Straße 24 sowie das Ostarbeiterlager „Keglerheim“ in der Friedrich Straße 10 / 12; die meisten Standorte bestanden jedoch aus requirierten Gaststätten und Schulgebäuden. Auch das schon in Kapitel 4 erwähnte Lager Kiesgrube, wo schwangere Ostarbeiterinnen kurz vor der Niederkunft untergebracht waren, war offenbar durch ausländische Beschäftigte der Reichsbahn mit belegt.⁹⁵²

Ausländer waren, wie schon für Leipzig geschildert, in Dresden gleichfalls in kommunalen Betrieben eingesetzt. Für den Bereich der Gas-, Wasser- und Energieversorgung (der heutigen Drewag) werden gut 400 bis 450 Fremdarbeiter, vor allem Dänen sowie britische und französische Kriegsgefangene, geschätzt. Im Friedhofsbereich waren dagegen vor allem Ostarbeiter beschäftigt, mit Sicherheit mehrere Dutzend; genaue Gesamtangaben liegen nicht vor. Nach den Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 wurden diese auch zur schnellen Beseitigung der Leichen, etwa für den Heidefriedhof, herangezogen und erhielten offenbar als Anreiz sogar höhere Stundenentgelte (70 Pfennig für Männer, 53 Pfennig für Frauen).⁹⁵³ Die ausländischen Arbeitskräfte der Dresdner Friedhofsverwaltung des Heidefriedhofs waren in mindestens drei Gemeinschaftslagern (möglicherweise von der Stadt Dresden verwaltet) untergebracht, so im Lager Bärensteiner Straße 31 insgesamt 37 Ostarbeiterinnen und 68 Ostarbeiter, sowie im Lager Westendstraße 3 insgesamt 40 Ostarbeiterinnen. Weitere Ostarbeiter wohnten im Ostarbeiterlager Scharfenberger Straße 75.⁹⁵⁴

Die Dresdner Verkehrsbetriebe, genauer die Straßenbahn AG, beschäftigten ebenfalls Ausländer. Neben 24 Dänen wurden ab Juni 1942 insgesamt 210 Ostarbeiter und ab August 1942 56 Ostarbeiterinnen tätig. Vereinzelt wurden auch sowjetische Kriegsgefangene herangezogen. Gegen Ende des Krieges waren in den Wohnlagern der Verkehrsbetriebe auch in anderen Firmen beschäftigte britische Kriegsgefangene untergebracht.⁹⁵⁵

⁹⁵¹ Balzk, S. 15. Die Siemens-Schuckert – beziehungsweise Siemens & Halske AG Berlin bildeten im November 1943 den größten deutschen Elektrokonzern mit gut 144.000 Beschäftigten und zugleich den drittgrößten deutschen Industriekonzern überhaupt, nach der IG Farben und den Vereinigten Stahlwerken. Zur Rüstungsproduktion des Siemens-Konzerns siehe Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, S. 554–556.

⁹⁵² Wießner / Balzk, S. 34–36.

⁹⁵³ Balzk, S. 19.

⁹⁵⁴ Wießner / Balzk, S. 48.

⁹⁵⁵ Wießner / Balzk, S. 41 f.

Eines der Dresdner Hauptlager⁹⁵⁶, wiederum ein Gemeinschaftslager, wurde im Jahr 1942 direkt am Dresdner Industriegebiet an der Königsbrücker Straße errichtet, auf dem Gelände der Heeresbetriebsstelle. Es verfügte über eine eigene Entlausungsanlage. Die Kapazität lag vermutlich bei bis zu 1.000 Personen. Für Oktober 1943 nannte die Heeresbetriebsstelle beispielsweise 830 zivile Ausländer; 1944 kamen vereinzelt auch Kriegsgefangene hinzu. Die Bewohner bestanden aus Ostarbeitern als größter Gruppe, gefolgt von Polen und Franzosen sowie mehreren weiteren Nationalitäten in kleinerer Anzahl. Aus den von uns beschriebenen Rüstungsbereichen waren etwa die Firma Radio-Mende, die Turbinenfabrik Brückner, Kanis & Co sowie die Cartonagenindustrie (zur Verpackung von Munition) mit ihren Zwangsarbeitern vertreten.

Die Zeiss Ikon AG verfügte über mindestens sechs Ausländerlager, von denen zwei große als Barackenlager bestanden. Bei vier Lagern handelte es sich um ehemalige Gaststätten und das Gelände eines Kleingartenvereins (Gaststätte Körnergarten, Deutsches Haus, Lager Kanonenstraße, Lager Winterbergstraße). Im Areal der Neuländer Straße 29 befand sich ein Barackenlager, das aus insgesamt 22 Baracken bestand und die Zwangsarbeiter aus dem Goehle-Werk in der Riesaer Straße beherbergte. Das zentrale Barackenlager in Dresden-Seidnitz in der Bodenbacher Straße 154 war mehr als doppelt so groß und setzte sich aus acht Teillagern mit insgesamt 53 Baracken zusammen. Es hatte eine Grundstücksfläche von 5,2 ha (52.075 qm).⁹⁵⁷

Für die Stadt Dresden kommt die Publikation von Wießner / Balzk auf mehr als 200 Lager und listet 125 Firmen aus Dresden und den umliegenden Gemeinden auf, die Zwangsarbeiter verschiedener Kategorien einsetzten.⁹⁵⁸

An dem Beispiel eines Betriebs aus dem an Dresden angrenzenden Radebeul wollen wir die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern sowie die Frage ihres Verbleibs, der je nach Gruppe sehr unterschiedlich sein konnte, näher erläutern. Wie schon ausgeführt, mussten Firmen nach Befehl 163 der SMAD die bei ihnen von 1939 bis 1945 beschäftigten Ausländer ermitteln und der Verwaltung mitteilen. In der Chemischen Fabrik von Heyden AG in Radebeul⁹⁵⁹ waren in diesem Zeitraum insgesamt 422 Ausländer tätig, davon 283 Männer und 139 Frauen. Die beiden größten Frauengruppen bestanden aus 54 Polinnen und 56 Ukra-

⁹⁵⁶ Zum Folgenden Wießner / Balzk, S. 45–47.

⁹⁵⁷ Wießner / Balzk, S. 25–27. Die Lager der Zeiss Ikon AG wurden von einer eigenen Tochtergesellschaft, der Zeiss Ikon Siedlungsgesellschaft mbH, unterhalten und der Zeiss Ikon AG jeweils vermietet.

⁹⁵⁸ Wießner / Balzk, S. 8. Eine Liste von 146 Lagern mit genauem Standort in: Wießner / Balzk S. 167–171. Zu den aufgelisteten Betrieben mit zum Teil konkreten weiteren Angaben, wie sie von uns auszugsweise bereits genannt wurden, Wießner / Balzk, S. 21–54.

⁹⁵⁹ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Stadtarchiv Radebeul, Akte 298 der Firma von Heyden AG. Diese Unterlagen wurden dem Stadtarchiv am 7. Februar 2002 als Schenkung aus dem Firmenarchiv übergeben. Die Chemische Fabrik von Heyden war mit etwa 1.600 Beschäftigten 1934 der größte Betrieb in Radebeul und auch der größte chemisch-pharmazeutische Betrieb Sachsens.

inerinnen. Von den 283 Männern waren allein 237 sowjetische Kriegsgefangene (in der Quelle russische Kriegsgefangene genannt) sowie 30 sowjetische Zivilisten (Zivilrussen).

Zu der Liste mit 237 sowjetischen Kriegsgefangenen vom 24. Januar 1946 teilte die Firma zunächst mit, dass alle Kriegsgefangenen vom Stalag IV A Hohnstein betreut worden seien. Sie waren in einem Lager an der Dresdner Straße Nr. 78 in Radebeul untergebracht. Alle wurden als Hilfsarbeiter (das heißt zu Hilfsarbeiten) eingesetzt. Die Kriegsgefangenen kamen in Schüben im April, September und November 1942 sowie auch ab März 1944 in das Werk. Die meisten arbeiteten im Werk in Zeitspannen von einigen Monaten bis zu etwas mehr als einem Jahr. Gegen Kriegsende wurde das Lager am 14. April 1945 aufgelöst und alle Kriegsgefangenen wurden offenbar wieder in die Betreuung des Stalag übergeben. Es ist unklar, wohin genau sie transportiert wurden. Während in der Liste die meisten Abgänge den Vermerk „Stalag“ erhielten, gibt es auch einige wenige andere Abgangsvermerke für diejenigen, die vor dem 14. April 1945 das Kriegsgefangenenlager verlassen hatten. So wurden immerhin acht Gefangene in den Bergbau versetzt, einer zum Schlachthof (wohl Dresden). Lediglich fünf Gefangene waren als (dauerhaft) flüchtig registriert. Acht Kriegsgefangene wurden ins Lazarett transportiert, wobei nur einmal Zeithain und einmal Königswartha genannt sind.⁹⁶⁰

Eine weitere Liste enthält 30 Namen von sogenannten Zivilrussen (bis Mai 1945 Ostarbeiter genannt). Die Liste ist mit dem Vermerk eingeleitet, dass diese Arbeitskräfte ebenfalls im Lager an der Dresdner Straße 78 in Radebeul einquartiert waren. Alle wurden im September 1942 an andere Firmen abgegeben, weil der Chemischen Fabrik von Heyden AG sowjetische Kriegsgefangene zugewiesen worden waren und beide Gruppen nach Aussagen der Firma zu dem Zeitpunkt nicht parallel beschäftigt werden durften. Die Ostarbeiter sind entweder in die Infesto-Werke auf dem Industriegelände in Dresden-Nord oder in das Sachsenwerk in Radeberg versetzt worden.

Eine weitere Liste enthält 16 ausländische Zivilarbeiter (keine Polen oder Ostarbeiter) unterschiedlicher Nationalität. Sie waren zumeist ab 1943 im Werk tätig. Interessant ist die Spalte Abgang. Acht von ihnen wurden regulär entlassen und zu anderen Firmen überstellt. Zwei Franzosen sind nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt und waren damit offiziell „vertragsbrüchig“, einer wurde ohne Nichtrückkehr „vertragsbrüchig“. Zwei wurden in die Heimat entlassen (Kroaten), einer wurde anderweitig dienstverpflichtet, zwei Kroaten waren flüchtig.

Die Liste der 139 weiblichen Arbeitskräfte ist besonders aussagekräftig. Die 54 Polinnen kamen praktisch alle 1942 zu dieser Firma. Sie waren in Dresden-Nord, Emilienstraße, unter-

⁹⁶⁰ Von den 237 sowjetischen Kriegsgefangenen ist mindestens einer in Radebeul umgekommen und wurde zunächst auf dem Friedhof in Radebeul-Ost beerdigt, nach 1945 exhumiert und dann endgültig nach Kriegsende auf dem Garnisonsfriedhof Dresden beigesetzt, nämlich Ewgenij Elkin. Die Liste verzeichnet für ihn: 7. Dezember 1944 Stalag. Tatsächlich war Elkin jedoch ausweislich seiner PK I am 7. Dezember 1944 erschossen worden, vielleicht bei einem Fluchtversuch. Der entsprechende Radebeuler Friedhofsvermerk verzeichnet ihn einfach mit dem Eintrag Todesursache „unbekannt“. Ob der gewaltsame Tod Elkins der Firma bei der Ankunft am 24. Januar 1946 nicht bekannt war oder bewusst verschleiert wurde, ist unklar. Sechs andere in Radebeul verstorbene sowjetische Kriegsgefangene waren nicht bei von Heyden beschäftigt.

gebracht. Die meisten von ihnen blieben bis 1945 und wurden vom Arbeitsamt entweder am 25. April 1945 „in Marsch gesetzt“ oder die Arbeit endete am 7. Mai 1945 mit Auflösung des Lagers. Fünf von ihnen wurden „in die Heimat“ rückgeführt, davon eine wegen Schwangerschaft. Eine andere verließ das Werk ebenfalls wegen Schwangerschaft. Vier Frauen erhielten eine Verwendung in anderen Firmen oder im Haushalt. Bei einer Polin ist eine Überweisung in ein Lazarett vermerkt, eine Frau war an Tbc erkrankt, eine Polin ist verstorben; eine andere Polin wurde von der Gestapo verhaftet.

Die Liste enthält auch die Namen von 56 Ukrainerinnen. Die meisten waren im November 1942 zur Chemischen Fabrik von Heyden AG gekommen, ein Teil auch schon im April 1942. Allein 31 arbeiteten bei der Firma bis zur Auflösung des oben genannten Lagers am 7. Mai 1945. Immerhin zehn Ukrainerinnen kehrten in die Heimat zurück (davon eine als krank bezeichnet), neun andere wurden in andere Firmen versetzt, vier kehrten aus dem Heimaturlaub nicht zurück. Nur eine Ukrainerin war als flüchtig gemeldet, eine ist im Lager verstorben.

Bei den 29 übrigen Beschäftigten handelte es sich um 16 Frauen aus dem Baltikum, die erst im Herbst 1944 zu der Firma gekommen waren, und um vier Ostarbeiterinnen, die anderen kamen aus weiteren Ländern. Die Frauen aus dem Baltikum wurden am 13. Januar 1945 vom Arbeitsamt abberufen. Bei nur einer Frau war Krankheit als Abgang verzeichnet, zwei waren 1943 und eine seit 16. Februar 1945 als flüchtig verzeichnet. Mehrere Frauen verließen das Werk, weil entweder der Vertrag abgelaufen war oder sie „auf eigenen Wunsch“ ausschieden; dieses waren Frauen aus den mit dem Deutschen Reich verbündeten Ländern Kroatien und Rumänien. Soweit die Informationen aus dieser Quelle. Sie belegt an einem konkreten Firmenbeispiel, wie unterschiedlich die Lebenswege und Einflussmöglichkeiten der verschiedenen Zwangsarbeitergruppen sich gestalteten.

Fremd- und Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene waren auch im Dresdner Raum im Prinzip denselben Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt wie schon für die Rüstungszentren in Leipzig und Chemnitz näher beschrieben. Diskriminierungen bestanden etwa in der Bezahlung und der Arbeitszeit. Hinzuweisen ist zum einen darauf⁹⁶¹, dass die persönliche Zahlung der Betriebe an Kriegsgefangene ab 1. Oktober 1944 nicht mehr in Lagergeld erfolgte, welches nur im Lager einzusetzen war, sondern in Reichsmark vorgenommen wurde; dies geschah offenbar, um mehr Anreize zur Arbeit zu schaffen. Für eine Ostarbeiterin belegen Unterlagen der Zeiss Ikon AG im Dezember 1943 folgende monatliche Rechnung: Bruttoverdienst 141,88 RM mit Zuschlag von 4,62 RM für Mehrarbeit. Davon wurden 5,70 RM Lohnsteuer, 14,24 RM Sozialversicherung, 2,20 RM als Abgabe an die DAF abgezogen. Hinzu kamen Abgaben für Unterkunft und Verpflegung. 43,50 RM wurden der Ostarbeiterin nicht ausbezahlt, sondern waren als Ostarbeiterabgabe vom Betrieb an den Staat zu entrichten.

Aus Unterlagen der Firma Universelle ermittelte Balzk für 122 Ostarbeiter einen Stundenlohn von 32 bis 64 Pfennig. Bei der Firma Radio-Mende beispielsweise erhielt im Januar

⁹⁶¹ Die folgenden Beispiele sind der Broschüre von Balzk, S. 20–22 entnommen.

1945 die Ostarbeiterin Jelena Bajgusch 141 RM brutto. Nach Abzug der oben genannten Abgaben und Steuern blieben ihr 33 RM. Im Vergleich dazu lag der Stundenlohn für Italiener bei dem Reichsausbesserungswerk (RAW) bei 66 Pfennig.

Die Arbeitszeiten waren, vor allem im Jahr 1944, erheblich angestiegen. Die schon erwähnte Ostarbeiterin Jelena Bajgusch hatte im Januar 1945 273 Arbeitsstunden zu leisten, bei einem sowjetischen Kriegsgefangenen schlugen sogar 290 Stunden zu Buche.⁹⁶² Im Vergleich zur von Speer geforderten 60-, manchmal 72-Stundenwoche generell für die Belegschaften lag damit die Arbeitszeit des Kriegsgefangenen etwas über dem allgemeinen Rahmen; verglichen mit Arbeitszeiten deutscher Frauen hatte die Ostarbeiterin allerdings erheblich höhere Arbeitszeiten abzuleisten.⁹⁶³

Offenbar war der Einsatz von Kriegsgefangenen und vor allem Ostarbeitern nicht ohne Vorbehalte seitens der deutschen Belegschaft aufgenommen worden (wir hatten auch bei der Auto Union über die Werbung um Verständnis berichtet); möglicherweise wollte man den Widerspruch zwischen offizieller rassistischer Ablehnung von Slawen bis 1941 / 1942 und ihrer notwendigen Beschäftigung seit der Katastrophe vor Moskau nach 1941 irgendwie rechtfertigen. Denn sonst wäre es nicht zu erklären, dass sich die Werkszeitschrift der Dresdner Hille-Werke in der ersten Ausgabe 1943 auf zwei Druckseiten positiv-werbend mit dem Ausländereinsatz beschäftigte. Auf der einen Seite ist der Artikel keineswegs ungewöhnlich, nahm er doch gegenüber französischen Kriegsgefangenen eine sehr kritische Haltung ein und betonte ihre prinzipielle Gefährlichkeit als Angehörige einer Feindnation und kam nach Aufzählung der Verhaltensregeln gegenüber ausländischen Kriegsgefangenen zu dem Schluss: „Also, nach wie vor äußerste Zurückhaltung gegenüber den französischen Kriegsgefangenen!“ Doch dann ging der Autor auf die Ostarbeiter des Betriebs ein und begann seine Ausführung mit dem Satz: „Ganz anders [als bei den Kriegsgefangenen, A.d.A.] sieht es bei den Ostarbeitern aus.“ Neben dann folgenden rassistischen Stereotypen in der Beschreibung ihres Charakters („scheues und stures Wesen“) und der Behauptung, sie seien alle freiwillig ins Reich gekommen, erweckte der Artikel doch den Gesamteindruck, dass er für den Ostarbeitereinsatz generell um Verständnis warb und vor allem auch für Eingewöhnungs- und Zuweisungsprobleme der Ostarbeiter an bestimmte Arbeitsplätze. Als Fazit stellte der Autor fest: „Wir können mit dem Ostarbeitereinsatz zufrieden sein. Behördliche Auflockerungsbestimmungen werden in unserem Lager „Nowy Swet“ [„Neues Licht“, A.d.A.] mit Freude aufgenommen. Das scheue und sture Wesen macht schon vielfach einer freundlichen Miene Platz, und es fehlt auch nicht an einem freundlichen Gruß in gebrochenem Deutsch. So erwecken die Ostarbeiter durchaus den

⁹⁶² Balzk, S. 21 f.

⁹⁶³ Für das Stahlwerk in Gröditz hat Antusch die durchschnittlichen Arbeitszeiten ermittelt, die hier zum Vergleich mit angeführt werden sollen. Die monatliche Arbeitszeit lag dort 1939 bei 208 Stunden und stieg 1945 sogar auf 247 Stunden, was etwa zehn Arbeitsstunden täglich bei einer Sechstageswoche bedeutete; es gibt jedoch auch Berichte über Zwölf-Stunden-Arbeitseinsätze (wohl inklusive Pausen) im Zweischichtsystem, siehe Antusch, S. 20.

Eindruck, daß sie durch ihre Arbeit mithelfen wollen, den Bolschewismus zu besiegen. Ihre vorübergehende Seßhaftmachung bei uns soll nicht dazu führen, sie ihrem Volkstum zu entfremden, weshalb den Ostarbeitern auch Gelegenheit gegeben wurde, die Sonnenwende als ukrainisches Weihnachtsfest zu begehen. Wie der inländische Arbeitseinsatz, so wird auch der Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte planvoll und nach übergeordneten staatspolitischen Erfordernissen gelenkt. Die europäische Neuordnung bedingt einen richtigen und wirtschaftlichen sinnvollen Einsatz der europäischen schaffenden Menschen. Schon bisher hat sich der Ausländereinsatz in unserem Werk so ausgewirkt, daß bei guter Führung an einer Leistungssteigerung, besonders bei den Ostarbeitern, nicht gezweifelt werden braucht.“⁹⁶⁴

KZ-Häftlinge

Mehrere Dresdner Firmen gingen ab Mitte 1944 dazu über, wie auch sonst in Sachsen, die letzte verfügbare Arbeitskräftereserve einzusetzen. Großer Nutzer von Häftlingsarbeit war die Zeiss Ikon AG, die in ihrem Goehle-Werk in der Riesaer Straße gut 700 weibliche Häftlinge und in Dresden-Reick zeitweise bis zu 400 weibliche Häftlinge arbeiten ließ, hauptsächlich für die Produktion von Flugzeugmunition sowie -teilen. Auch die MIAG beschäftigte gut 1.000 Arbeitskräfte dieser Gruppe. Vom 13. Oktober 1944 bis 14. April 1945 waren sie in der Panzerteileproduktion eingesetzt. Der 1944 nach Dresden verlagerte Munitionshersteller Bernsdorf & Co nutzte vom 24./26. November bis 14. April 1945 insgesamt 500 weibliche und männliche Häftlinge in der Munitionsherstellung. Die Universelle Maschinenfabrik fertigte mit ihren 700 weiblichen Häftlingen Teile für Flugzeugmotoren der Junkers-Werke und auch Torpedos; das KZ-Außenlager befand sich bis 31. Januar 1945 in der Florastraße 14⁹⁶⁵ und wurde dann in die Zwickauer Straße verlegt. Auch die Reichsbahn beschäftigte in ihrem Ausbesserungswerk in Dresden-Friedrichstadt KZ-Häftlinge. Ein erstes Lager mit 599 männlichen Häftlingen existierte vom 12. September 1944 bis 19. Februar 1945, als es nach den Luftangriffen vom 13. bis 15. Februar evakuiert wurde und die Häftlinge ins Stammlager Flossenbürg zurückverlegt wurden. Am 23. März 1945 wurden nochmals 500 KZ-Häftlinge nach Dresden transportiert, die wohl am 13. April auf den Evakuierungsmarsch in Richtung Leitmeritz getrieben wurden. Insgesamt ergibt diese Aufzählung eine Gesamtzahl von etwa 4.400 KZ-Häftlingen für das direkte Stadtgebiet Dresden.⁹⁶⁶

⁹⁶⁴ Hille-Werksmitteilungen Januar / März 1943 S. 10 und 11, abgedruckt in: Wießner / Balzk, S. 31 f.

⁹⁶⁵ Das Gebäude wurde bei den Luftangriffen vom 13. bis 15. Februar 1945 erheblich beschädigt. KZ-Häftlinge wurden unter den Schuttmassen verschüttet; zu Tode kamen auch vier weibliche Häftlinge im Verlies, die offenbar wegen Beschwerden gegen ihre Arbeitseinsatzbedingungen dort einsaßen und nicht gerettet wurden, siehe Balzk, S. 5; obwohl bei den genannten Luftangriffen offenbar zahlreiche Häftlinge starben, trifft die bei Wießner / Balzk angegebene Zahl von nur 84 Überlebenden der 700 Häftlinge so nicht zu, siehe hierzu NS-Terror- und Verfolgung, S. 475.

⁹⁶⁶ Zu den genannten KZ-Außenlagern siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 469–472, 474–476, 524–526. Heinz Schulz gibt in seiner Broschüre auf S. FN 12 eine Übersicht zu den KZ-Häftlingen und nennt einschließlich des

Die Friedrich-Flick-KG-Unternehmen im Bereich Dresden: Stahlindustrie in Riesa, Gröditz und Freital sowie Waggonbau in Bautzen

Riesa und Gröditz

Nach der Rüstungsindustrie waren der Bergbau, über den wir schon für die Regionen Leipzig und Chemnitz / Zwickau berichtet haben, und die Stahlerzeugung als Zulieferer für die Rüstungsindustrie bevorzugte Einsatzgebiete von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Von zentraler Bedeutung für die Rüstungsproduktion überhaupt war dabei die Verfügbarkeit von Stahl. Für Sachsen spielten die im Bereich Dresden angesiedelten Stahlwerke die wichtigste Rolle in diesem Sektor. Diese Stahlwerke befanden sich in Riesa, Gröditz und Freital.

Die Werke in Riesa und Gröditz gehörten ab 1926 zu den Mitteldeutschen Stahlwerken (Mittelstahl) und damit zum Flick-Konzern⁹⁶⁷, der auch über Stahlwerke in anderen deutschen Ländern verfügte. Mittelstahl hatte sich in den 1920er Jahren zwar gut entwickelt und lieferte 65 Prozent des in Sachsen benötigten Stahls, in der Weltwirtschaftskrise ging die Nachfrage zurück und die Produktionsmengen fielen dramatisch. Der Tiefpunkt war bei Rohstahl, Walzstahl, Braunkohle (auch Bergwerke gehörten zum Flick-Konzern), Briketts und Strom im Jahr 1931 / 1932 erreicht.⁹⁶⁸ Die sogenannten „Russen-Aufträge“ spielten für Mittelstahl bei der

Sachsenwerkstandorts Radeberg 4.700 Häftlinge, ohne dabei die Reichsbahn und das SS-Kommando zu berücksichtigen, die zusammen gut 1.300 Personen ausmachen. Zusammen wären das dann 6.000. Diese Zahl bezieht jedoch nicht nur KZ-Häftlinge, sondern auch ein Lager in Radeberg mit 800 Häftlingen ein. Bei dem Lager in Radeberg handelt es sich allerdings um ein Gestapo-AEL mit Zivilhäftlingen. Für den nach Dresden verlagerten OSRAM-Betrieb führt Schulz ebenfalls 500 Häftlinge auf. Diese waren jedoch nicht in Dresden selbst beschäftigt, sondern zu Bauarbeiten in den Untertagestollen in Leitmeritz (Tarnname: Richard) eingesetzt, siehe hierzu näher Kapitel 4. Für Dresden selbst ist kein OSRAM-KZ-Außenlager nachweisbar, so dass sich entsprechende Aussagen in der Literatur nicht bestätigen lassen, siehe hierzu auch Wießner / Balzk, S. 38, unter Bezug auf deren FN 86. Die OSRAM-Werke verhandelten seit Juli 1944 mit dem WVHA der SS über die Bereitstellung von insgesamt 1.750 KZ-Häftlingen für ihre Produktionsstätten in Sachsen wie auch die im Bau befindliche Untertagestätte in Leitmeritz. Die Firma konnte sich ihre Häftlinge in den KZ-Stammlagern Auschwitz, Groß-Rosen und Flossenbürg selbst aussuchen, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 241 f.

⁹⁶⁷ Mittelstahl war ebenfalls an den schon erwähnten rüstungswirtschaftlichen Betrieben der ATG in Leipzig sowie auch an der Gründung der Brabag (siehe hierzu Kapitel 6) beteiligt. Mittelstahl war nach dem Stahlverein und der Krupp AG drittgrößter Stahlerzeuger im Deutschen Reich, siehe hierzu Mitteldeutsche Stahlwerke, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Mitteldeutsche_Stahlwerke, 19. November 2019; siehe auch Antusch, S. 11 f. sowie Priemel, S. 132. Auch in den Jahren 1943 und 1944 behielt Mittelstahl seine Position im Stahlranking. Seine Rohstahlproduktion lag bei 4,072 Millionen beziehungsweise bei 4,018 Millionen Jahrestonnen, was zwischen 30 und 34 Prozent der Ruhrstahlproduktion entsprach, Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, Tabelle 36 S. 131. Mittelstahl war führender Beteiligter an der Dnjepir-Stahl GmbH, die dort insgesamt acht Hütten betrieb, siehe Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 545 f. (siehe auch Kapitel 2).

⁹⁶⁸ Siehe Priemel, S. 185 und Tabelle II / 5 S. 188 f. Ende der 1920er Jahre erzielte Mittelstahl reichsweit einen Anteil von 3,8 bis etwa zehn Prozent bei verschiedenen Stahlproduktionsindizes, Priemel, S. 185 f.

Konsolidierung – trotz aller Schwankungen in den sowjetischen Bestellungen – eine wichtige Rolle, vor allem beim Stahlwerk Riesa.⁹⁶⁹

Die beiden Stahlwerke profitierten sehr direkt von der durch die Aufrüstung ausgelösten Stahlkonjunktur. Im Stahlwerk Riesa stieg der Rohstahlausstoß von 1932, als er bei 9.515 Tonnen monatlich lag, bis 1939 mit 31.973 Tonnen auf gut das Dreifache.⁹⁷⁰ Gefertigt wurden während der Kriegszeit zudem direkte Rüstungsprodukte wie Granatrohlinge, U-Boot-Türme und Panzerfaustrohre⁹⁷¹, aber auch Stahl- und Stahlprodukte.

Ab dem zweiten Kriegsjahr wurden im Stahlwerk Riesa auch verstärkt Ausländer beschäftigt. So lag ihre Zahl Ende 1940 zwar nur bei 54 (= 4,61 Prozent der Effektivbelegschaft), stieg dann aber bis März 1945 auf 1.788 (= 35,41 Prozent der Effektivbelegschaft, die insgesamt aus 5.050 Arbeitskräften bestand).⁹⁷² Im Werk Riesa waren während des Krieges insgesamt gut 4.000 deutsche Produktionsarbeiter und 700 Angestellte tätig. Etwa 1.200 zur Wehrmacht Einberufene wurden quasi eins zu eins durch Kriegsgefangene und zivile Fremdarbeiter ersetzt.⁹⁷³

Die Zahl von 1.788 Ausländern schloss im März 1945 auch 367 Kriegsgefangene ein. Der gesamte Ausländeranteil setzte sich aus Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus 20 Nationen zusammen, wobei Ostarbeiter, Italiener, Franzosen und Polen unter den Zivilarbeitern die größten Gruppen bildeten.⁹⁷⁴ KZ-Häftlinge wurden in Riesa nicht eingesetzt.

Wie sahen die sozialen – und die Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Riesa aus? Für Firmen war es prinzipiell natürlich am günstigsten, wenn die ausländischen Arbeitskräfte möglichst nahe am Werk untergebracht werden konnten. So gab es zunächst ab 1940 zwei Ausländerbaracken in der sogenannten Kolonie in der Nähe des Bahnhofs Riesa, wo auch das Werk lag. Andere besser gestellte ausländische Zivilarbeiter wohnten etwa im Hotel „Sächsischer Hof“ und in Privatquartieren. In Zusammenhang mit der Beschäftigung von Ostarbeitern 1942 wurden weitere Baracken im Gebiet „Kolonie“ errichtet. Baracken

⁹⁶⁹ Siehe hierzu Priemel, S. 195 und Tabelle II / 8 S. 196.

⁹⁷⁰ Unger, S. 17, FN 42. Dieses ist ein erheblicher Anstieg, im Vergleich dazu lag der absolute monatliche Ausstoß bei den SGW 1939 bei etwa der Hälfte. Für 1937 liegen Jahreszahlen vor. Danach produzierten das Stahlwerk Gröditz 90.000 Jahrestonnen Rohstahl, die SGW Freital 190.000 und das Stahlwerk Riesa 320.000, siehe Helmut Wienert, Die Stahlindustrie in der DDR, Berlin 1992, Tabelle 1 S. 29. Das entsprach genau einem Anteil von drei Prozent an der gesamten deutschen Stahlproduktion dieses Jahres und hatte einen Anteil von 36 Prozent an der gesamten ostdeutschen Produktion (bezogen auf das damalige Gebiet der späteren DDR). Alle Konzernstahlwerke von Mittelstahl produzierten 1938 / 1939 1,6 Millionen Jahrestonnen Rohstahl, Priemel, S. 369.

⁹⁷¹ Sebastian Fink, Belegschaft im Wandel. Die Riesaer Stahlwerke 1943 bis 1949, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 445–463, hier S. 445.

⁹⁷² Siehe Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, Abb. 16 S. 215. Unter Effektivbelegschaft ist die Zahl der tatsächlichen Arbeitskräfte zu verstehen, im Vergleich zur Gesamtbelegschaft, in die normalerweise auch die zur Wehrmacht und zu anderen Organisationen einberufenen Mitarbeiter einbezogen wurden. Priemel gibt den Ausländeranteil im März 1945 mit 39,1 Prozent an, siehe Priemel, Tabelle IV / 2 S. 478.

⁹⁷³ Fink, Belegschaft im Wandel, S. 445 f.

⁹⁷⁴ Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 216.

für Kriegsgefangene waren dort ebenfalls vorhanden. Sowjetische Kriegsgefangene wurden zumindest bis Ende 1942 zunächst täglich vom Lager Zeithain jeweils direkt zur Arbeit in das Stahlwerk transportiert. Insgesamt gab es im Lager „Kolonie“ wohl sechs Wohnbaracken mit den entsprechenden zusätzlichen Funktionsbaracken. 1944 wurde zwar ein weiteres Lager direkt auf dem Werksgelände geplant, jedoch ist unklar, ob es tatsächlich realisiert wurde.⁹⁷⁵

Mit zunehmendem Einsatz von Ostarbeitern wurden die Unterbringungsverhältnisse immer beengter. Zur Seuchen- und Krankheitsprophylaxe wurden daher bei Ankunft im Lager Desinfektions- und Entlausungsmaßnahmen, die für Betriebe ab 500 Mitarbeitern vorgeschrieben waren, durchgeführt. Auch die Bekleidung wurde desinfiziert. Die Ostarbeiter des Stahlwerks erhielten, da das unumgänglich war, zusätzlich sogenannte Altkleidung aus Kleidersammlungen gestellt, während Kriegsgefangene an „Bettwäsche“ entweder zwei Grobgarndecken oder Baumwolledecken bekamen. Dazu gab es für letztere zwei Handtücher.⁹⁷⁶

Im Stahlwerk waren eigene Ärzte und medizinische Mitarbeiter für die Ausländer zuständig und in der Krankenbaracke tätig. Die durchschnittliche Erkrankungsrate der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war im Vergleich zu den Deutschen leicht erhöht, jedoch nicht signifikant höher, was zumindest für dieses Stahlwerk nahelegt, dass sich die Firma um einigermaßen erträgliche Lebensverhältnisse bemühte. So betrug der Krankenstand 1944 für Kriegsgefangene 7,6 Prozent, für zivile Ausländer 8,6 Prozent und für deutsche Arbeitskräfte 6,9 Prozent.⁹⁷⁷ Priemel weist allerdings darauf hin, dass die Bekleidungsprobleme der Ostarbeiter trotz Altkleiderbereitstellung nicht grundlegend gelöst wurden und so gravierend waren, dass der Lagerleiter 1944 schrieb, er befürchte, dass die meisten Ostarbeiter „sich bald nur noch im Adams Kostüm zeigen“⁹⁷⁸ könnten.

Aus Unterlagen des Standesamts Riesa-Großenhain lassen sich Sterbefälle unter der ausländischen Belegschaft des Stahlwerks ermitteln. Da Kriegsgefangene in der Regel bei Arbeitsunfähigkeit oder schwerer Erkrankung in das zuständige Stalag zurücktransportiert wurden und sich das zentrale sächsische Lazarett für sowjetische Kriegsgefangene Zeithain nur circa acht km von Riesa entfernt befand, sind in dieser Quelle keine Sterbefälle von Kriegsgefangenen dokumentiert. Bei den ausländischen Zivilisten wurden insgesamt 14 Todesfälle verzeichnet. Zwölf davon waren Ostarbeiter; zwei Franzosen starben durch Arbeitsunfälle. Unter den Ostarbeitersterbefällen befanden sich zwei Frauen und vier Kinder. Auch zwei Ostarbeiter kamen infolge von Arbeitsunfällen ums Leben. Die übrigen vier Personen sind offenbar durch

⁹⁷⁵ Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 238–240.

⁹⁷⁶ Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 234–236.

⁹⁷⁷ Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 235–238. Fink weist allerdings zu Recht darauf hin, dass die Zahlen nur offizielle Krankschreibungen widerspiegeln und die Dunkelziffer nicht angezeigter oder anerkannter Erkrankungen erheblich höher sein konnte.

⁹⁷⁸ Bericht des Ostarbeiterlagers vom 31. August 1944, zitiert in: Priemel, S. 488.

Krankheiten wie Lungentuberkulose oder Typhus ums Leben gekommen.⁹⁷⁹ Offenbar sind in der Endphase des Krieges auch Hinrichtungen bei Lebensmitteldiebstählen vorgekommen.⁹⁸⁰

Wie viele der großen Rüstungsproduzenten in Sachsen stellte auch das vormalige Eisenwerk in Gröditz bereits im Ersten Weltkrieg Rüstungsgüter her. Zudem war das Stahlwerk Gröditz im Rahmen des Dezentralisierungsprogramms der Reichwehr bereits in den 1920er Jahren an der Produktion von Artilleriegeschossen beteiligt.⁹⁸¹

Bereits 1933 wurde es als sogenannter S-Betrieb (Sonderbetrieb für Rüstungsproduktion) registriert, und nach einem Besuch des damaligen Reichswehrministers von Blomberg 1934 begann die Marineausrüstungsherstellung. Die Produktion von Geschützteilen für die Marine kam wohl erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg hinzu.⁹⁸² Um in die Rüstungsproduktion auch im Bereich der Stahlwerke einsteigen zu können, wurde – modern gesagt – eine Lobbykampagne gestartet. Mittelstahlmanager absolvierten zahlreiche Besuche bei den zuständigen Wehrmachtstellen, und Vorort-Besuche von Vertretern des Heereswaffenamts 1933 in Gröditz, des Reichsbankpräsidenten Schacht bei der Lauchhammer-Gruppe 1933 (Schacht war einer der wichtigsten Verfechter der Aufrüstung) sowie von Reichswehrminister Werner von Blomberg und General Hans Henrici in Gröditz 1934 forcierten die Auftragsvergabe. Eines der wichtigsten strategischen Argumente für die Rüstungsstandorte in Gröditz, Riesa und Lauchhammer war gerade deren geographische Ferne von den deutschen Außengrenzen, im Gegensatz etwa zum Ruhrgebiet.⁹⁸³

Die Rüstungsproduktion wurde wie bei vielen anderen Werken nicht vornehmlich durch Eigenmittel oder Kreditaufnahmen der Betriebe realisiert oder vorbereitet, sondern durch Mittel des Staates.⁹⁸⁴ 1934 erfolgte der Bau eines neuen Presswerkes, und auch das Stahlwerk erhielt einen Neubau.⁹⁸⁵ Produziert wurden beispielsweise Granatenrohlinge (Mäntel) sowie Geschosse, dann aber auch Geschützrohre und Torpedos; insgesamt fertigte man für alle drei Wehrmachtteile. Die Rüstungsquote lag bereits Jahre vor dem Krieg bei 64 Prozent (1936). Der Umsatz des Werkes Gröditz erhöhte sich von etwa 3,2 Millionen RM 1934 auf knapp

⁹⁷⁹ Fink, Stahl- und Walzwerk Riesa, S. 245. Fink gibt dabei zu bedenken, dass vermutlich nicht alle Todesfälle in den Sterbebüchern enthalten sind, denn ein von ihm berichteter Kriminalfall einer ermordeten Russin, die ein Kind von einem deutschen Arbeiter erwartete, wurde offenbar nicht verzeichnet, ebenda, S. 244. Der deutsche Mörder erhielt für diese Tat nur eine kurze Gefängnisstrafe.

⁹⁸⁰ Priemel, S. 488.

⁹⁸¹ Priemel, S. 329.

⁹⁸² Zu diesen Angaben siehe Antusch, S. 11.

⁹⁸³ Zu dieser Lobbykampagne siehe Priemel, S. 335–338.

⁹⁸⁴ So wurden aus eigenen Mitteln bis 1938 4,3 Millionen RM in die zivile (U)rsprungsproduktion gesteckt, jedoch allein über fünf Millionen RM in die S-Produktion (Rüstung) investiert, zumeist von Reichsseite, siehe Priemel, S. 339. Auch in der Kriegszeit setzte sich diese Entwicklung fort. Die reichseigenen Anlagen im Werk Gröditz beliefen sich zum 31. Juli 1942 auf einen Wert von elf Millionen RM, Priemel, S. 526.

⁹⁸⁵ Zu den folgenden Angaben für Gröditz siehe Antusch, S. 14.

42 Millionen RM im letzten Vorkriegsjahr; 1939 stieg er auf 50 Millionen RM und bewegte sich beim Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion 1944 bei 127 Millionen RM.⁹⁸⁶

Parallel entwickelte sich auch die Mitarbeiterzahl.⁹⁸⁷ Während der Weltwirtschaftskrise war die Belegschaft noch von 1.800 (1929) auf 1.157 (1932) gesunken. 1933 / 1934 lag sie jedoch aufgrund oben geschilderter Entwicklungen bereits wieder bei 1.801 und stieg dann kontinuierlich bis auf 5.626 Mitarbeiter im Jahr 1939 (plus 476 Angestellte) an. Trotz der dann beginnenden Einberufungen in die Wehrmacht erreichte das Werk seine Höchstzahl mit 10.863 Mitarbeitern erst im Januar 1945. Diese Entwicklung war nur möglich, weil bereits seit Kriegsbeginn Ausländer – schließlich aus 24 Nationen – rekrutiert wurden. Zahlen von Mitte 1944 belegen für das Stahlwerk Gröditz mit 4.089 Ausländern fast die Hälfte aller Arbeitskräfte⁹⁸⁸, und wenn auch KZ-Häftlinge und Strafgefangene hinzugerechnet werden, betrug der Ausländeranteil im März 1945 sogar 60,1 Prozent.⁹⁸⁹

Die ersten 900 Ausländer⁹⁹⁰ wurden ab Mai 1941 eingesetzt, und nach dem Kriegsbeginn mit der Sowjetunion alsbald auch Ukrainer und ab 1942 vor allem Ostarbeiter, die bald die größte Einzelgruppe bildeten. Letztere wurden ab April 1942 beschäftigt und ihre Zahl bewegte sich etwa auf einem gleichbleibenden Niveau von um die 2.000 Personen von Januar 1943 bis Kriegsende. Die anderen größeren Gruppen wie Belgier, Franzosen, Polen, Protektorsangehörige und Ukrainer, die gesondert gezählt wurden, erreichten Höchstzahlen von jeweils 200 bis 350 Personen.⁹⁹¹

Ab Juni 1940 setzte man auch 130 Kriegsgefangene ein. Ihre Zahl stieg in den nächsten Monaten nur leicht an, überschritt erst im September 1943 mit 1.027 die Tausendermarke und blieb ab Januar 1944 bis Kriegsende immer im 800er- und 900er-Bereich. Die Zahl sowjetischer Kriegsgefangener unter ihnen stieg im August 1944 stark an, so dass sie im Herbst

⁹⁸⁶ Angaben nach Antusch, S. 16 f. und Anlage 7.3.4. Zur Kriegsproduktion des Werkes Gröditz siehe Antusch, Anlage 7.3.3. Die Gewinne stiegen bis 1939 / 1940 auf vier Millionen RM (plus Abschreibungen und Rückstellungen), siehe Priemel, Tabelle III / 3 S. 342. Dass aber Rüstungsaufträge für den Konzern immer lukrativ sein mussten, zeigt das Beispiel von Torpedo-Luftkesseln, deren Produktion vom Werk Gröditz 1937 abgelehnt wurde, weil sich diese Fertigung betriebswirtschaftlich nicht rechnete, siehe Priemel, S. 340.

⁹⁸⁷ Die folgenden Angaben sind entnommen aus Antusch, S. 18 f.

⁹⁸⁸ Fischer, S. 14 f. Leicht unterschiedliche Zahlen nennt Antusch, Tabelle 7.3.6., sowie zu den 24 Nationen ebenda, S. 34. Priemel führt eine Gesamtzahl von 8.800 Beschäftigten für Februar 1945 an, Priemel, S. 481.

⁹⁸⁹ Zahl nach Priemel, Tabelle IV / 2 S. 478.

⁹⁹⁰ Priemel, S. 474.

⁹⁹¹ Antusch, Anlage 7.3.10 mit etwas unübersichtlichen Kurvengraphiken sowie der Tabelle Ostarbeitereinsatz in Anlage 7.3.8 mit den genauen Zahlen.

einen Anteil von drei Vierteln erreicht hatte⁹⁹²; die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, freilich in nur kleiner Zahl, waren bereits im Herbst 1941 im Einsatz gewesen.⁹⁹³

Sowohl Ostarbeiter wie Kriegsgefangene waren, wie reichsweit üblich, in eigenen Lagern untergebracht. Das Werk errichtete mit Beginn des Masseneinsatzes von Ostarbeitern ab etwa Juni 1942 für diese ein eigenes Barackenlager auf dem Werksgelände. Zum Einsatz kamen 40 RAD-Baracken. Die großen (42x12 Meter) waren für jeweils 135 Personen vorgesehen, die kleineren (20x8 Meter) für 36 Mann. Insgesamt 31 Baracken dienten Wohnzwecken, die anderen waren Funktionsbaracken. Obwohl diese Belegung schon sehr dicht war, wurden auch 1943 keine zusätzlichen Baracken gebaut, was zu einer Überbelegung von etwa 25 Prozent führte.⁹⁹⁴ Zur Ausstattung des Ostarbeiterlagers gibt es keine zeitgenössischen Aussagen, sie dürfte den schon von uns für andere Firmen geschilderten Bedingungen entsprochen haben.

Die Kriegsgefangenen waren ebenfalls in eigenen Lagern beherbergt und wurden von Landesschützen bewacht. Während als Unterkunft für westliche Gefangene auch Gasthöfe und kommunale Säle genutzt wurden, waren die sowjetischen Kriegsgefangenen im Werk selbst unter sehr schlechten hygienischen Verhältnissen einquartiert worden. Als ihre Zahl wuchs, zweigte man einen Teil eines nahe am Werksgelände befindlichen Zivilarbeiterlagers ab und umgab es mit Stacheldraht.⁹⁹⁵

Aus den Unterlagen des Stahlwerkes hat Antusch genaue Angaben zu den Kosten des Ausländereinsatzes für das Werk sowie den „Löhnen“ von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern ermitteln können. Bei Kriegsgefangenen setzt der Betrieb ab 1943 etwa 75 Prozent eines deutschen Arbeitslohns an. Hiervon wurden die Unterbringungs- und Verpflegungskosten, die der Betrieb trug, abgezogen. Die Kosten des Einsatzes von Kriegsgefangenen lagen damit im Vergleich zu deutschen Arbeitskräften in einer Spannbreite von 62 bis zu 101 Prozent.⁹⁹⁶ Angaben, was der einzelne Kriegsgefangene vom Stalag erhielt, sind nicht enthalten. Sowjetische Kriegsgefangene waren dabei aber, wie durch Erlasse Sauckels festgelegt (Kapitel 2), erheblich schlechter gestellt.

⁹⁹² Antusch, S. 69. Zur genauen Entwicklung des Kriegsgefangeneinsatzes von 1940 bis 1945 siehe ebenda, Anlage 7.3.7. Die Abnahme der Kriegsgefangenenzahl führt Antusch auf Umwandlungen vom Kriegsgefangenen- in den Zivilarbeiterstatus zurück, ebenda, S. 68. Antusch bezieht sich hier auf eine Aufstellung des Werkes aus der Nachkriegszeit. Es ist eine Übersicht vom 31. Oktober 1942 bis 31. März 1945 und zeigt für März 1945 eine Ausländergesamtzahl von 5.199 Personen. Hiervon waren 1.685 Zivilarbeiter (darunter 143 Frauen), 1.875 Ostarbeiter (davon 669 Frauen), 888 Kriegsgefangene (davon 651 sowjetische) sowie 751 KZ-Häftlinge, siehe Arolsen Archive, Best. 2.1.4.1, Akte 7318001, Bl. 21.

⁹⁹³ Priemel, S. 475.

⁹⁹⁴ Zu den verschiedenen Barackenlagern des Stahlwerkes siehe Antusch, S. 44–47. Für die geographische Verteilung der unterschiedlichen Ausländerlager in der Umgebung des Stahlwerkes siehe Antusch, Anlage 7.3.1, Karte, in der Antusch sieben Kriegsgefangenenlager, 13 Ausländerlager, ein Frauenlager und ein KZ-AL markiert hat. Offenbar war das Ostarbeiterlager im Betrieb zunächst, wie es Himmlers Erlass vom 18. Februar 1942 vorsah, mit Stacheldraht umgeben worden, der dann aber wohl entfernt wurde, siehe hierzu zwei von Antusch, S. 45, wiedergegebene gegensätzliche Aussagen.

⁹⁹⁵ Antusch, S. 72 f.

⁹⁹⁶ Antusch, S. 71 f. sowie Anlage 7.3.7.

Bei Ostarbeitern lagen die Kosten des Betriebs anfangs bei gut 21 RM pro Woche und stiegen bis Ende 1944 auf etwa 33 bis 34 RM.⁹⁹⁷ Abzüglich der Wohn- und Unterbringungskosten bewegten sich die Kosten bis Juli 1944 zwischen 28 und 29 RM. Ausgezahlt an die einzelnen Ostarbeiter wurden bis Juni 1942 tatsächliche Beträge zwischen 4,90 bis 6,50 RM, dann etwa 9,80 RM, ab Mai 1943 14 RM, ab September 1943 zwischen 14 und 21 RM und ab August 1944 kam es zu einer Erhöhung auf etwa 25 RM. Die Lohnerhöhungen gingen, wie Antusch zu Recht hervorhebt, zu Lasten der Reichssteuern, die Betriebe beziehungsweise Ostarbeiter zahlen mussten, also im Wesentlichen nicht zu Lasten des Arbeitgebers. Betriebe konnten bei guter Arbeitsleistung, das war ein weiterer Leistungsanreiz, auch auf die Unterkunft- und Verpflegungspauschale verzichten. So sind in den Unterlagen des Stahlwerks Gröditz ab August 1944 keine solchen Pauschalen mehr verzeichnet. Weder die hier genannten Lohnerhöhungen noch die von Sauckel im März 1944 verfügte pauschale Gleichstellung aller Ostarbeiter mit allen anderen ausländischen Arbeitskräften konnte jedoch darüber hinwegtäuschen, dass Ostarbeiter auch ab August 1944 nur etwa die Hälfte einer deutschen Durchschnittsentlohnung erhalten haben, die im Stahlwerk Gröditz nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bei etwa 43 RM wöchentlich lag.

Die konkreten Bedingungen des Arbeitseinsatzes von Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen führten im Stahlwerk Gröditz zu einem hohen Krankenstand und einer erheblichen Anzahl von Todesfällen. So waren im November 1944 1.658 Beschäftigte, vermutlich überproportional Ausländer, als krank gemeldet, was einem Anteil von 17,2 Prozent entsprach. Insgesamt 571 Personen sind nachweislich als verstorbene Ausländer bei den zuständigen Standesämtern registriert worden, unter ihnen auch 77 (Klein-)Kinder von Zwangsarbeiterinnen. Häufigste Ursachen für die Todesfälle waren Lungenentzündungen und Tuberkulose, aber auch viele Darmkrankheiten und dystrophische Phänomene, die auf die unzureichenden Ernährungsbedingungen zurückzuführen waren. Auch Misshandlungen mit Todesfolge kamen vor, wenn als Todesursache beim Standesamt etwa „Gehirnblutung, Schädelzertrümmerung oder tiefe Kopfscharte“ eingetragen wurde.⁹⁹⁸ Nicht mehr arbeitsfähige sowjetische Kriegsgefangene wurden, wie bereits in Kapitel 5 beschrieben, ins Reserve-Lazarett Zeithain eingeliefert und verstarben dort relativ schnell.⁹⁹⁹

Auch eine letzte Gruppe muss für Gröditz beschrieben werden – zumal ihr Schicksal mit einem besonderen Verbrechen, einem Massaker am Kriegsende, verbunden ist –, denn

⁹⁹⁷ Zu den folgenden Ausführungen siehe Antusch, S. 38–40. Er macht zu Recht darauf aufmerksam, dass ein Großteil des Lohns, angesichts sehr schlechter Ernährungsverhältnisse, für Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt ausgegeben werden musste.

⁹⁹⁸ Antusch, S. 56–58, Zitat S. 58.

⁹⁹⁹ So wurden solche Arbeitsunfähige nach Aussagen eines sowjetischen Häftlingsarztes im Reserve-Lazarett Zeithain gesammelt und offenbar in der Tuberkulose-Baracke untergebracht, wo sie sich schnell ansteckten, siehe zur Aussage dieses Arztes Antusch, S. 79.

das Stahlwerk Gröditz hatte im Sommer 1944 KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte angefordert.¹⁰⁰⁰ Abgesandte des Werkes fuhren in das KZ Dachau und suchten sich die für sie am ehesten passenden (Fach)-Arbeiter unter den Häftlingen aus. Der Betrieb richtete im September 1944 ein KZ-AL ein, das aus geographischen Gründen dem KZ Flossenbürg unterstellt war. Erste Häftlingskontingente im Umfang von 300, 200 und 100 Häftlingen trafen im Herbst 1944 ein, ein letzter Transport von 400 bis 500 kam im Februar 1945 hinzu. Die Unterbringung erfolgte direkt im Werk, im wörtlichen Sinne. Da die Häftlinge im Maschinenbaugebäude (Länge: 300 Meter) für die Herstellung von Geschützrohren eingesetzt wurden, sperrte man einen Teil der Seitenhalle ab und brachte sie dort im ersten Stockwerk unter. Weil dieser Teil ursprünglich als Aufenthalts- und Waschraum für deutsche Arbeiter gedacht war, war er gut ausgestattet und bot den Häftlingen zunächst gute Aufenthaltsmöglichkeiten. Es gab mehrere große Waschtische und auch Warmwasserduschen; eine Krankenstube für 66 Personen war gleichfalls vorhanden. Der Saal wurde mit 39 Dreistockbetten ausgestattet. Jede der drei Ebenen war jeweils 160 cm lang und 600 cm breit und für jeweils sechs Häftlinge vorgesehen. Während das Lager in der Seitenhalle zunächst einigermaßen ausreichend für die ersten Häftlingstransporte erschien (702 Plätze), zeigten sich nach einigen Monaten starke Überfüllungstendenzen¹⁰⁰¹. Zudem hatte die Nähe zum Arbeitsplatz für die Häftlinge den Nachteil, dem Lärm und Schmutz der Arbeitsvorgänge praktisch immer ausgesetzt zu sein. Wegen des KZ-Häftlingseinsatzes wurde die Maschinenbauhalle mit Stacheldraht und vier Wachtürmen umgeben.¹⁰⁰²

Die ankommenden Häftlinge wurden je nach beruflicher Vorbildung in der Geschützproduktion eingesetzt, manche zunächst noch angelernt, und wenige nach einiger Zeit wegen fehlender Eignung¹⁰⁰³ zurück nach Flossenbürg geschickt. Die Arbeitszeit erhöhte man von zunächst 56 Wochenstunden (wie bei deutschen Arbeitern) dann sukzessive Ende des Jahres (analog zum Jäger-Programm) auf 72 Wochenstunden. Die einzelnen Arbeitsgruppen wurden jeweils von einem deutschen Arbeiter geführt und unterlagen einem Gruppenakkordansatz (Erreichung bestimmter Herstellungszahlen).¹⁰⁰⁴

¹⁰⁰⁰ Zum Folgenden siehe Antusch, S. 84 f. und 88–90. Kurze Zusammenfassung des KZ-Häftlingseinsatzes bei Priemel, S. 494.

¹⁰⁰¹ Im März 1945 mussten sich gut 1.000 Häftlinge einen 82x7,5 Meter großen Raum als Schlaf-, Ess- und Aufenthaltsraum teilen, siehe Antusch, S. 90.

¹⁰⁰² Durchaus ungewöhnlich, aber wohl wegen der Geschützproduktion für die Marine auch folgerichtig, wurden die Häftlinge zunächst von Marinesoldaten, freilich unter dem Kommando eines SS-Obersturmführers, bewacht, ehe im Februar 1945 auch SS-Wachmannschaften eingesetzt wurden. Insgesamt bestand das Kommando offenbar aus 60 Männern, siehe Antusch, S. 90.

¹⁰⁰³ Von Oktober 1944 bis Januar 1945 wurden insgesamt 27 Häftlinge nach Flossenbürg transportiert; vom Transport im Februar 1945, dessen Häftlinge das Stahlwerk offenbar nicht ausgewählt hatte, wurden zwischen 100 und 200 gleich wieder wegen Krankheit und ihres schlechten körperlichen Zustands zurückgeschickt, siehe Antusch, S. 85.

¹⁰⁰⁴ Antusch, S. 86 f.

Dass das KZ-AL wohl zu dem Lager in Sachsen mit der absolut höchsten Totenzahl während seiner Existenz wurde, hängt mit zwei besonderen Ereignissen zusammen. Aufgrund der zunehmenden Belegung und der Ankunft von einigen vermutlich schon infizierten Häftlingen breitete sich im Frühjahr 1945 eine Fleckfieberepidemie aus. Da die Kranken nicht konsequent von den Gesunden isoliert wurden und auch Fieberkranke in den Arbeitseinsatz kamen, starben von Mitte März bis Mitte April 1945 etwa 200 Häftlinge an der Epidemie, trotz Desinfektionsmaßnahmen (Entwesung). Sie wurden in der Nähe des Werkes an der Bahnlinie Riesa-Elsterwerda beerdigt.¹⁰⁰⁵

Obwohl die Fleckfieberepidemie noch nicht überwunden war, wurde das KZ-AL ab 16. / 17. April 1945 evakuiert¹⁰⁰⁶. Damit begann eine zweite Tragödie, die in ein Massenverbrechen mündete. Am 16. April mussten alle verbliebenen circa 690 Häftlinge im Werkhof antreten. Kranke und Nichttransportfähige sollten sich melden, was nicht geschah, so dass 135 Häftlinge von der Wachmannschaft herausgelöst und abgesondert wurden. Ein Teil der Übrigen wurde zunächst mit dem Zug in Richtung Dresden abtransportiert. Die 135 Selektierten sowie weitere Fleckfieberkranke, insgesamt 188 Personen, wurden nach Rückkehr des Zuges auf Lastwagen geladen und kurze Zeit später von Marinesoldaten in einer Kiesgrube im nahegelegenen Koselitz erschossen, nur drei konnten fliehen. Die anderen im Werk verbliebenen Häftlinge wurden anschließend mit den Lastwagen ebenfalls auf Transport in Richtung Radebeul / Dresden geschickt. 340 Häftlinge erreichten schließlich am 24. April 1945 das KZ-AL Leitmeritz.

Es konnte später nicht geklärt werden, auf wessen konkrete Anweisung die Ermordung der nach Ansicht der SS nicht transportfähigen Häftlinge erfolgte. Die Erschießung von Nichtmarschfähigen auf den Evakuierungsmärschen war gängige Praxis, und in jedem Fall galt Himmlers Befehl, keine Häftlinge lebend in die Hände der Alliierten fallen zu lassen.¹⁰⁰⁷ Insgesamt summierten sich die Verstorbenen, die in Koselitz-Erschossenen sowie auf den Märschen Erschossenen auf etwa die Hälfte aller circa 1.100 in Gröditz eingesetzten Häftlinge.

Freital

In Freital produzierten zwei miteinander verbundene Werke Stahl- und Stahlerzeugnisse: zum einen die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen AG (SGW), zum anderen ihre Tochter Freitaler Stahlindustrie GmbH (FSI).

Die SGW waren eine Gründung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und hatten sich bis Ende des 19. Jahrhunderts mit knapp 1.300 Beschäftigten zu einem der größten Arbeitgeber

¹⁰⁰⁵ Zur Epidemie siehe Antusch, S. 93 f. Im KZ-AL Bautzen sind wohl zwei Drittel bis zu drei Viertel der Häftlinge umgekommen, also 400 von 500 bis 600 Häftlingen, siehe Abschnitt zur WuMAG Bautzen.

¹⁰⁰⁶ Zum Folgenden Antusch, S. 96–99.

¹⁰⁰⁷ Antusch, S. 98 f. Zum KZ-AL Gröditz siehe auch NS-Terror und Verfolgung, S. 484 mit leicht abweichenden Zahlen zu Antusch.

der Region entwickelt. Die Stahlproduktion betrug 30.000 Tonnen jährlich. Im Ersten Weltkrieg erfolgte ein weiterer Ausbau, man stellte unter anderem Munition für die deutschen Armeen her. Die Beschäftigtenzahl wuchs auf bis zu 2.400 Personen, unter ihnen bereits auch russische Kriegsgefangene. Nach Ende des Ersten Weltkrieges mussten Produktionskapazitäten heruntergefahren werden, und es kam in den 1920 Jahren zu mehreren existentiellen Produktionskrisen. 1930 drohte gar die Stilllegung. Ebenso wie bei der schon ausführlich beschriebenen Auto Union in Chemnitz griff auch hier der sächsische Staat ein und beteiligte sich an dem Werk, so dass die Schließung vermieden wurde.¹⁰⁰⁸ 1939 stieg Mittelstahl zwar nur als Minderheitseigner ein, übte jedoch faktisch die entscheidende Funktion bei den SGW aus. Sie gehörten damit praktisch zu Mittelstahl.¹⁰⁰⁹

Kurze Zeit nach Kriegsbeginn 1939 wurden weitere Kapazitätserweiterungen in den SGW vorgenommen. Mit Unterstützung des OKH wurde als reiner Rüstungsbetrieb das Tochterunternehmen Freitaler Stahlindustrie GmbH gegründet. 1944 folgte in Kooperation mit der Chemnitzer Auto Union die Gründung der Schmiedewerk Pirna GmbH. Als weiterer kleinerer Standort gehörte noch die Weichenbauanstalt Cainsdorf (bei Zwickau) zu den SGW.

Wie bei anderen Produktionsstätten auch, wurden die notwendigen Investitionen für die Rüstungsproduktion zu einem erheblichen Teil von der Wehrmacht selbst vorgenommen. Die SGW erhielten von ihr für ihren Standort Döhlen bereits eine Million Reichsmark, um Maschinen und Gebäude für Munitionsproduktion anzuschaffen beziehungsweise herzurichten. Der Produktionsbeginn sollte 1936 erfolgen. Als Munitionsarten waren 7,5-cm-, 8,8-cm-, 10,5-cm- und 15-cm-Geschosse vorgesehen, insgesamt jeweils als Ziel 95.500 Geschosse monatlich. 1934 war bereits der Auftrag zur Herstellung von Gewehr- und MG-Läufen erteilt worden. Die Umsätze bei der Gewehr- beziehungsweise MG-Produktion stiegen von 1934 / 1935 mit etwa 215.000 RM auf knapp 1,6 Millionen RM im letzten Friedensjahr 1938 / 1939. Die Maschinen für die Gewehrproduktion wurden von der SGW 1940 zurückgekauft, da sie ebenfalls von der Wehrmacht zunächst vorfinanziert worden waren. Schon 1936 lag der Anteil der direkten Rüstungsproduktion bei gut einem Drittel und übertraf damit absolut bereits den Wert der Gesamtproduktion von 1931 / 1932.¹⁰¹⁰ Gemessen an der Verwendung der Produktion erhöhte

¹⁰⁰⁸ Unger, S. 11–15. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine Masterarbeit am Institut für Geschichte an der TU Dresden, die im Folgenden die Grundlage für die Darstellung der Geschichte der Freitaler Stahlindustrie in der NS-Zeit bildet. Wir danken Steffi Unger für die Überlassung ihrer Arbeit für unsere Studie. Zum weiteren hat uns Steffi Unger einige Archivalien aus dem Betriebsarchiv der heutigen Edelstahlwerke Freital (früher SGW) zur Verfügung gestellt. Auch hierfür sagen wir herzlichen Dank.

¹⁰⁰⁹ Zur Entwicklung des Einstiegs von Mittelstahl siehe Unger, S. 20–23 sowie Priemel, S. 383–388. 1929 hatten sich Übernahmepläne noch zerschlagen, siehe Priemel, S. 232, da das Land Sachsen und ein Konsortium eingestiegen waren.

¹⁰¹⁰ Udo Raute, Die Entstehung und Entwicklung der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen AG von der Gründung 1855 bis zum Ausbruch des 2. Weltkriegs 1939, Dissertation, Freiberg 1970, S. 169–171.

sich der Anteil für direkte oder indirekte Rüstungszwecke in den beiden letzten Vorkriegsjahren sicherlich auf gut drei Viertel.¹⁰¹¹

Der Stahlmengenausstoß stieg von 72.462 Tonnen im Geschäftsjahr 1932 / 1933 über 150.000 Tonnen 1934 / 1935¹⁰¹² auf 200.584 Tonnen 1938 / 1939, die Edelstahlproduktion von 6.228 Tonnen auf 11.697 Tonnen entsprechend.¹⁰¹³ Zwischen 1935 und 1939 wurden fast neun Millionen RM investiert. Gleichzeitig stieg die Belegschaft bis 1935 / 1936 auf 2.563 Beschäftigte an und lag 1938 / 1939 bei 3.850 (Döhlen und Cainsdorf).¹⁰¹⁴ Die Arbeitsentgelte (Stundenlöhne) stiegen gemäß dem offiziellen staatlichen Stopp (siehe Kapitel 1) nur moderat auf 115,3 Prozent im Vergleich zu 1932 / 1933 (= 100 Prozent). In absoluten Zahlen war dies eine Erhöhung von 82,05 Pfg. auf 94,63 Pfg. Stundenlohn.¹⁰¹⁵

Im Vergleich zu den SGW war die Zweigstelle der Weichenbauanstalt in Cainsdorf nur eine kleine Einrichtung. Zwar verdoppelte sich in etwa ihr Umsatz von 1933 bis 1939 und erreichte dann 3,2 Millionen RM, im Werk beschäftigt waren 1939 aber nur 250 Mitarbeiter.¹⁰¹⁶

Im Jahre 1937 erhielten die SGW einen neuen Direktor: Gerhard Bruns. Dieser hatte vorher als Leiter die SGW-Handelniederlassung in Berlin gearbeitet. Später zum Wehrwirtschaftsführer ernannt, war er gleichzeitig Bezirksobmann für das Rüstungsministerium und leitete den Sonderausschuss M XV im Hauptausschuss Munition des Rüstungsministeriums. Daneben war er in den 1940er Jahren Mitglied in verschiedenen Ringen und Ausschüssen des Rüstungsministeriums. Bruns blieb Betriebsdirektor und fungierte sogar von 1943 bis Kriegsende als Vorstandsvorsitzender.¹⁰¹⁷ Auch bei ihm ist somit die enge Verzahnung zwischen

¹⁰¹¹ So fand etwa Edelstahl vor allem im Flugzeug- und Fahrzeugbau Anwendung, Halbzeug und Walzstahl waren für den Maschinenbau bestimmt, der ebenfalls voll in die Rüstungsproduktion einbezogen war, siehe Aufstellung bei Raute, S. 186.

¹⁰¹² Priemel, S. 384. Damit war nach der Weltwirtschaftskrise und zwei Jahren NS-Rüstungskonjunktur die Höchstmarke in der Weimarer Republik von 130.000 Tonnen 1928 / 1929 wieder überschritten, ebenda, S. 384.

¹⁰¹³ Raute, S. 180 f.

¹⁰¹⁴ Raute, S. 183 f. Siehe auch Unger, S. 16–18. Die SGW beschäftigten vor allem zusätzlich Frauen in der Munitionsproduktion, was für diese im Vergleich zu Stahlherstellung oder Kohleförderung leichtere Arbeitsbedingungen bedeutete. 1939 lag die Gesamtrohstahljahresproduktion im Deutschen Reich bei etwa 22,5 Millionen Tonnen, so dass die SGW gut ein Prozent des Volumens abdeckten. Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs blieb dieser Umfang der Stahlproduktion für das Reichsgebiet in etwa gleich, allerdings nahm die Stahlproduktion in den besetzten Gebieten zu, siehe hierzu Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabelle S. 416 und Tabelle S. 418.

¹⁰¹⁵ Raute, S. 185 f.

¹⁰¹⁶ Unger, S. 28.

¹⁰¹⁷ Zum Werdegang von Bruns siehe Raute, S. 202 f., und Unger, S. 19. Auch der Chef des Döhlener Werkes, Max Lohse, erhielt später diesen Ehrentitel. Wehrwirtschaftsführer leisteten zwar einen persönlichen Eid auf Adolf Hitler und wurden vom OKW ernannt, waren aber keine direkten Militärangehörigen, siehe zum Eid Raute, S. 205.

Betriebs- und staatlichen Rüstungsinteressen festzustellen, die so charakteristisch gerade für die Ära Speer war.

Anfangs der Kriegszeit gab es zunächst keine zusätzliche Produktionserweiterung.¹⁰¹⁸ Im Geschäftsjahr 1941 / 1942 lag die Rohstahlerzeugung bei 202.350 Tonnen, wobei 16.250 Tonnen hinzugekauft worden waren (sogenanntes Fremdzeug). 1942 / 1943 war der Ausstoß jedoch auf 230.162 Tonnen gestiegen (Fremdzeug davon 25.106 Tonnen). Der größte Anteil davon wurde jeweils an andere Stahlwerke weiterverkauft, immerhin 172.935 Tonnen. Allein durch den Verkauf an Fremdfirmen stieg der Umsatz der SGW von gut 54 Millionen RM 1941 / 1942 auf etwa 71 Millionen RM 1942 / 1943, woran vor allem die Lieferung von Edelstahl einen großen Anteil ausmachte. Lediglich in der Weichenbauanstalt Cainsdorf sank der Umsatz im gleichen Zeitraum um gut 200.000 RM auf knapp 3,2 Millionen RM. Der Rüstungsanteil am Gesamtumsatz der SGW lag 1939 noch bei 23 Prozent, stieg im Mai 1940 auf 42 Prozent an, sank aber dann in den nächsten Monaten auf etwa 35 Prozent; ab 1942 bewegte er sich dauerhaft bei über 75 Prozent.¹⁰¹⁹

Aus Vorstandsunterlagen geht weiterhin hervor, dass in den Monaten von Juli bis November 1943 die Eigenrohstahlerzeugung leicht zurückging und im Mittel bei monatlich 16.867 Tonnen verblieb. Während sich der Umsatz noch leicht auf 6,157 Millionen RM für Döhlen erhöhte, sank er für Cainsdorf bei den dort produzierten Weicheneinheiten auf 28 Prozent. Zwar wurden auch hier etwas weniger Weicheneinheiten produziert, Hauptgrund waren aber offenbar Preissenkungen durch die Reichsbahn als Abnehmer.¹⁰²⁰

Um die Schwankungen bei der Bereitstellung von Rohstoffen (Roheisen und Kohle) zu mildern, waren die SGW bemüht, größere Vorräte anzulegen. Die Probleme bei der Beschaffung der Rohstoffe führten die SGW ausdrücklich auf die schlechte Transportlage (zu wenige Waggon) zurück.

Trotz der schwierigeren Ertragslage beurteilte Aufsichtsratsvorsitzender Friedrich Flick Ende 1943 die Situation der SGW positiv, da die Umsätze gestiegen waren und auch die Selbstkosten gesenkt werden konnten. In diesem Zusammenhang verwies er auch darauf (ohne dieses näher zu beziffern), dass die Lohnkosten durch „die Hereinnahme billiger ausländischer Arbeitskräfte“ gesenkt worden seien¹⁰²¹. Dieses und Rationalisierungsmaßnahmen hätten das bewirken können. Hauptpunkt in seinen Ausführungen bildete aber die Problematik der Gewinnabführung (GAV, wahrscheinlich Gewinnabführungs-Verordnung). Durch Neuregelungen des vorigen Basisjahres (1942 7,37 Millionen RM) sei diese Zahl für 1943 gesenkt worden,

¹⁰¹⁸ Die folgenden Angaben nach dem Geschäftsbericht zum Geschäftsjahr 1942 / 1943, Ende 1943, Hauptarchiv BGH (HABGH), Best. 19883.

¹⁰¹⁹ Angaben bei Priemel, S. 509 und 516.

¹⁰²⁰ Der Geschäftsbericht konstatiert in diesem Zeitraum erhebliche Preissenkungen, insbesondere bei den Panzergranatenstählen von 20 bis 30 Prozent (Gruppenpreise), Bericht Geschäftsjahr 1942 / 1943, HABGH, 19883, Bl. 3. Diese Entwicklung auf Betriebsebene ist auch Ergebnis der Durchsetzung eines neuen Preisgefüges durch das Rüstungsministerium, siehe Kapitel 2.

¹⁰²¹ Ausführlicher zu dieser Problematik Kapitel 2.

so dass vom Gesamtgewinn 1943 mit 15,5 Millionen RM wohl nunmehr ein höherer Anteil ans Reich abgeführt werden müsse. Insgesamt werde die Belastung damit inklusive Körperschaftsteuer von 70 auf 80 Prozent steigen. Dieses werde das Interesse an Kostensteigerungen senken. In Gesprächen mit dem RWM habe man aber eine größere Berücksichtigung der Kostensteigerungen erreicht.¹⁰²²

Freitaler Stahlindustrie GmbH

1939 war die FSI als reiner Rüstungsbetrieb konzipiert und gegründet worden.¹⁰²³ Seine Rüstungspalette bestand vor allem aus Granatenarten (Panzer-, Sprenggranaten), aber auch Bomben wurden gefertigt. Die monatliche Produktionsrate war von der Wehrmacht auf 25.000 Granaten und 4.000 Bomben festgelegt worden.

Es kam aber auch zu Verlagerungen innerhalb des Gesamtbetriebs. So berichtete der Aufsichtsrat Ende 1943, dass die monatliche Produktion von 50.000 Panzergranaten des Kalibers 8,8 cm von der SGW auf die FSI verlagert worden sei, so dass die FSI nunmehr ein reiner „Geschossbetrieb“ geworden sei. Gleichzeitig hätten die SGW begonnen, 12.000 bis 15.000 Panzergranaten vom Kaliber 12,8 cm zu produzieren.¹⁰²⁴

Im Zuge der Speerschen Rüstungspolitik stieg infolge von Erweiterungen des Maschinenparks die Produktion bis auf 219.000 Granaten pro Monat. Investitionen wurden jedoch zumeist nicht durch eigene Mittel, sondern weiterhin durch Kredite der Wehrmacht realisiert. Ab 1941 beliefen sich die Investitionen auf 18 Millionen RM, 1944 waren noch einmal Mittel in Höhe von 29 Millionen RM geplant, die bis auf 1,8 Millionen RM wiederum von der Wehrmacht kommen sollten. Aufgrund dieser Investitionsstruktur lagen die Reingewinne für das FSI sehr niedrig; die eingesetzten Maschinen waren zumeist reichseigen.¹⁰²⁵

¹⁰²² Dieser Punkt ist hier so ausführlich dargestellt, da er eine wichtige reichsweite Weichenstellung durch Neuregelungen aus Speers Rüstungsministeriums berührt, siehe 81. Hauptversammlung (wohl Ende 1943), HABGH, 19883, S. 4 f. sowie Aktennotiz Gewinnabführung 1943. Der Steueranteil am verbleibenden Gewinn lag 1943 bei 30 Prozent.

¹⁰²³ Typisch war dabei, dass das Reich (genauer: die Wehrmacht) praktisch die ganzen Kosten trug, siehe genauer Priemel, S. 526.

¹⁰²⁴ Geschäftsbericht, HABGH, 19883, Bl. 8 und 9. Geplante Produktionserweiterungen erforderten jedoch weitere Arbeitskräfte, die nach Lage der Dinge nur Ausländer sein konnten. Aus den Unterlagen der 81. Hauptversammlung geht hervor, dass man zeitgleich mit dem OKH über Produktionserweiterungen verhandelt hatte, um eine genügende Zahl von Arbeitskräften sicherzustellen (es ging dabei um die betriebswirtschaftliche Nutzung der Investitionen). Zum anderen stand im Raum, gegebenenfalls Anlagen der FSI, die auf Kosten des OKH errichtet worden waren, in das Eigentum der FSI zu übernehmen. Flick schlug vor, diese Frage zurückzustellen, denn die FSI sei reiner „Einzweckbetrieb für die Geschossfertigung, für den sich heute überhaupt noch nicht übersehen lässt, ob er später einmal weiter betrieben wird bzw. einer etwaigen Verwendung zugeführt werden kann“, 81. Hauptversammlung, HABGH, 19883, Bl. 9. Die FSI stelle, so der Beauftragte im Flick-Konzern, Odilo Burkart, nach Kriegsende weniger als Schrottwert dar, siehe Priemel, S. 529. Auch hieraus wird deutlich, dass die Privatindustrie immer auch die Nachkriegsnutzung ihrer Anlagen im Auge hatte.

¹⁰²⁵ Unger, S. 23–25.

Die Pirnaer Schmiedewerke wurden von den SGW in Kooperation mit der Auto Union erst im Januar 1944 gegründet. Der Betrieb arbeitete mit den vorhandenen Anlagen des Pirnaer Stahlwerks und sollte nun zu einer Gesenkschmiede¹⁰²⁶ umgebaut werden. Bei insgesamt etwa neun Millionen RM notwendigen Investitionen kam der Löwenanteil wiederum von staatlicher Seite, vom Reichsluftfahrtministerium. Da es jedoch 1944 sehr schwierig war, die benötigten (Spezial-)Maschinen für die Luftrüstung zu beschaffen, konnte die Produktion erst in vollem Umfang gegen Ende 1944 beginnen. Im Januar 1945 lag sie bei 35.565 Gleitlagerringen im Gewicht von 150 Tonnen, die für die Rüstungsproduktion der Auto Union bestimmt waren. Typisch für die Gesamtsituation Anfang 1945 war aber, dass nur gut 40 Prozent der Produktion tatsächlich zum Abnehmer transportiert werden konnte.¹⁰²⁷

Die Zweigstelle der Weichenbauanstalt Cainsdorf war nur teilweise in die direkte Rüstungsproduktion einbezogen. Vielmehr fungierte sie weiterhin als Weichenproduzent für die Reichsbahn sowie für den Bergbau, also als Zulieferer für rüstungsrelevante Bereiche. Ab Oktober 1943 wurde auch Rohstahl für die Weiterverarbeitung zu Granatenrohlingen bei der FSI hergestellt. Zudem wurden Teile der 12,8-cm-Granate direkt produziert und an die FSI ausgeliefert. 1944 und 1945 fertigte man als Unterlieferant Sturmbootwagenanhänger für die Dresdner Firma Fahrzeugbau Schumann.¹⁰²⁸

Ausländereinsatz in den SGW-Produktionsstandorten

In den oben beschriebenen Standorten der SGW waren bis 1945 praktisch alle Gruppen von Ausländern beziehungsweise Zwangsarbeitskräften (mit Ausnahme von KZ-Häftlingen, siehe weiter unten) eingesetzt: Westarbeiter, Arbeiter aus verbündeten oder besetzten Ländern, Polen, Ostarbeiter und Kriegsgefangene verschiedener Nationen.

Obwohl die Anforderung von Ausländern im Wesentlichen mittels sogenannter Rotzettel (die eine bevorrechtigte Zuweisung an Rüstungsfirmen gegenüber anderen Firmen ermöglichen) über die Arbeitsämter erfolgten, setzten viele vor allem größere Firmen, die sich Niederlassungen oder Vertretungen im Ausland leisten konnten, auch auf eigene Rekrutierungswege. So beteiligten sich die SGW als faktischer Teil von Mittelstahl ab Ende 1940 an der Bezahlung eines ehemaligen Generals, Generalmajor Walter Witting. Dieser versuchte, in Frankreich Arbeitskräfte für alle Unternehmen von Mittelstahl zu rekrutieren, was auf diesem direktem Wege offenbar jedoch nicht gelang, denn die Auslandsrekrutierung lief vornehmlich über den

¹⁰²⁶ Die Kooperation mit der Auto Union war von dem Wunsch getragen, die Zahl der Abnehmer zu erhöhen. Die Maschinen für die Herstellung von Pleuelstangen für Flugzeugmotoren würden sich nach Kriegsende leicht in solche für die Herstellung von Pleueln für Automotoren umwandeln lassen. In Gesenkschmieden werden Rohstahlstücke nach verschiedenen Bearbeitungsschritten in ein gewünschtes Werkstück gepresst, das dann verbaut werden kann.

¹⁰²⁷ Zur gemeinsamen Gründung der Gesenkschmiede Pirna, siehe Kukowski / Boch, S. 218 und 349–351; siehe auch Unger, S. 27, die sich ebenfalls teilweise auf Kukowski / Boch stützt.

¹⁰²⁸ Unger, S. 30.

regulären Weg mittels Anforderungen an Arbeitsämter. 1943, als die Arbeitskräftekrise nochmals einen Höhepunkt erreicht hatte, griffen die SGW zum zweiten Mal auf einen „Werber“ des Stahlwerks Gröditz (Mittelstahl) zurück, der sich sowohl in Frankreich als auch 1944 in Italien bemühte, neben seinen eigentlichen Aufsichtsaufgaben zur Begutachtung von Metallbetrieben für die Besatzungsverwaltung parallel einen Arbeitskräftetransfer anzubahnen. Dies gelang jedoch weder im gewünschten Ausmaß noch überhaupt in nennenswerter Größenordnung.¹⁰²⁹

Auch der osteuropäische Arbeitskräftemarkt interessierte die SGW. Praktisch parallel zum Vormarsch der deutschen Truppen in der sowjetischen Ukraine 1941 besuchte der oben genannte General Witting, ausgestattet mit einem eigenen Militärflugzeug, unter anderem das Donez-Becken. Die SGW nutzten dazu Wittings Funktion als „Generalinspekteur für Erfassung und Einsatz von Rohstoffen in den besetzten Gebieten.“¹⁰³⁰ Fortschritte im Sinne der Arbeitskräfterekrutierungen stellten sich jedoch nicht ein. Mehr Erfolg hatte knapp zwei Jahre später ein direkter Mitarbeiter der FSI, Helmut Knüppel. Aus einem von Deutschen betriebenen sowjetischen Dnepropetrowsker Stahlwerk („Preussenhütte“)¹⁰³¹ wurden offenbar Stahlwerker und ihre gesamten Familien, auch Ältere und Arbeitsunfähige, nach Deutschland transportiert, wie Knüppel in einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden Bruns mitteilte. Die Familienmitnahme sei wohl unvermeidbar, wie Knüppel formulierte. Im Weiteren bat er Bruns, alles Menschenmögliche für eine gute Unterbringung der zukünftigen Ostarbeiter zu schaffen und sie auch entsprechend ihren Fähigkeiten einzusetzen.¹⁰³²

Der „Gefolgschaftsstand“ bei den SGW lag – ohne Standort Cainsdorf – am 30. Juni 1942 noch bei 4.219 Personen, darunter 1.023 Ausländer. Während es real bei den deutschen Mitarbeitern bis 31. Oktober 1943 nur zu leichten Nettozugängen kam (Abgänge und Zugänge hielten sich in etwa die Waage), stieg die Zahl der Ausländer erheblich. Die größte Ausländergruppe bei der SGW-AG bildeten zivile Zwangsarbeiter. SGW und die FSI erhielten von April

¹⁰²⁹ Zu diesen Bemühungen siehe Unger, S. 38–41.

¹⁰³⁰ Unger, S. 41 f. In Westen war er in derselben Funktion tätig gewesen, als „Inspekteur für Erfassung und Einsatz von Rohstoffen in Belgien und Frankreich“, siehe hierzu Umbreit, *Die deutsche Herrschaft*, S. 183. Zur Funktion Wittings für Mittelstahl siehe Priemel, S. 460.

¹⁰³¹ Die Preussenhütte (Name nach Umbenennung) ist in der Auswahl von sowjetischen Werken der Dnjepr-Stahl GmbH im Donez- / Donbass-Becken als Hütte Petrowski enthalten. Die Dnjepr-Stahl GmbH stand unter der Führung von Mittelstahl (ebenso wie die Stahlwerke in Freital), so dass die Möglichkeit zur Rekrutierung von Hüttenpersonal wohl darauf zurückzuführen ist. Eine Auswahl der Hütten und Fabriken sowie der deutschen Konzerne in diesem besetzten sowjetischem Gebiet in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. II, Teil 2, Tabelle 110, S. 468. Flick hatte 1942 zugegriffen, da die für die Ausbeutung der Montan- und Stahlindustrie gegründete BHO unter Paul Pleiger die Wiedereingangssetzung der Industrie im Dnjepr-Donetz-Bereich nicht allein schaffen konnte, Priemel, S. 461.

¹⁰³² Schreiben von Knüppel an Bruns vom 25. September 1943, zitiert in: Unger, S. 42. Es handelt sich offenbar um solche schon in Kapitel 2 beschriebenen Rückzugsbewegungen der Wehrmacht mit parallel einhergehender Räumung frontnaher Gebiete, bei der sogar ganze Bevölkerungsgruppen mitgenommen wurden. Die ukrainische Hauptstadt Kiew wurde Anfang November 1943 von der Roten Armee zurückerobert. Wie viele Menschen der oben genannte Transport nach Freital umfasste, ist nicht mitgeteilt. Zur wirtschaftlichen Bilanz der Räumungsaktionen im Donez-Gebiet siehe Rolf-Dieter Müller, Speer, Tabelle S. 430.

1942 bis Oktober 1943 insgesamt 4.438 ausländische Arbeitskräfte zugewiesen. Zum Stichtag 31. Oktober 1943 lag ihre Zahl aufgrund zahlreicher zwischenzeitlicher Abgänge dann bei 2.766 Personen. Insgesamt betrug die Mitarbeiterzahl 7.156 Personen.¹⁰³³

Auch sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte bildeten wichtige ausländische Arbeitskräftekontingente. Am 30. Juni 1943 waren bei den SGW, der FSI und am Standort Pirna 531 sowjetische Kriegsgefangene tätig, bis Mitte 1944 stieg ihre Anzahl auf 1.418. Im Werk Döhlen allein erhöhte sich die Anzahl der Kriegsgefangenen von August bis Dezember 1943 um das Dreifache.¹⁰³⁴ Wenn die Angaben zur FSI vom August 1944 (siehe weiter unten) und zum Schmiedewerk Pirna vom Dezember 1944 mit 36 Kriegsgefangenen einbezogen werden, dürfte damit die Zahl sowjetischer Kriegsgefangener im Werk Döhlen bei gut 1.000 gelegen haben. Insgesamt arbeiteten bei den SGW Menschen aus 16 Nationen¹⁰³⁵. Ende 1943 betrug ihr Anteil an der Belegschaft bei den SGW 25 Prozent, bei der FSI sogar schon zwei Drittel.

Für den Gesamtbetrieb einschließlich aller Standorte nennt eine Übersicht vom 26. Mai 1944 konkrete Zahlen. Dieser hatte zu diesem Zeitpunkt eine Belegschaft von 7.547 Personen, eine knappe Mehrheit von gut 52 Prozent bestand dabei aus Ausländern. Aufgrund der harten und anstrengenden Arbeitsanforderungen waren demgemäß im Ausländeranteil gut zwei Drittel Männer vertreten. Es kann jedoch gemäß der Maxime, unter den ausländischen Arbeiterinnen Osteuropäerinnen für besonders schwere Arbeiten einzusetzen, konstatiert werden, dass die meisten von ihnen aus der Sowjetunion rekrutiert worden waren.¹⁰³⁶ Die letzte Angabe zum SGW-Stammwerk Döhlen stammt vom 15. März 1945. Das Werk hatte zu diesem Zeitpunkt 4.988 Beschäftigte, der Anteil der ausländischen Zivilisten und der Kriegsgefangenen lag bei 2.273.¹⁰³⁷ Dies entspricht einem Anteil von gut 45 Prozent und zeigt, dass das Stammwerk (ausgelastet mit Stahlerzeugung) Fremdarbeiter aller Kategorien im Vergleich mit den anderen SGW-Unternehmen nur unterdurchschnittlich beschäftigte, was vermutlich mit höheren Kompetenzanforderungen (Facharbeiter) als in den anderen Standorten zu tun hatte.

Wenn wir uns die Tochterbetriebe beziehungsweise Zweigwerke ansehen, so waren in der FSI mit 1.735 Personen im Herbst 1943, wie schon erwähnt, etwa zwei Drittel Ausländer beschäftigt.¹⁰³⁸ Dieser Anteil blieb bis Kriegsende ungefähr konstant. Bei einer Gesamtbelegschaft im Umfang von 2.504 betrug der Ausländeranteil im Mai 1944 1.645 Personen, also wiederum zwei Drittel. Eine Übersicht der Firma führte für August 1944 insgesamt 2.898

¹⁰³³ Geschäftsbericht 1942 / 1943, HABGH, 19883, Bl. 10; sieh auch Steffi Unger, S. 58 f.

¹⁰³⁴ Unger, S. 46.

¹⁰³⁵ Angaben bei Priemel, S. 477.

¹⁰³⁶ Unger, S. 48; siehe auch Priemel, Tabelle IV / 2 S. 478.

¹⁰³⁷ Unger, S. 72.

¹⁰³⁸ Fischer, S. 15.

Gefolgschaftsmitglieder an, von denen mit 1.800 knapp zwei Drittel Fremdarbeiter waren. Von letzteren kam wiederum gut ein Drittel aus der Sowjetunion, waren also Ostarbeiter.¹⁰³⁹

Die im vorigen Absatz genannte Zahl von 1.800 Ausländern lässt sich weiter differenzieren. Die größte einzelne Gruppe bildeten Ostarbeiter mit 535 Personen, dem folgten 412 sowjetische Kriegsgefangene und 187 Tschechen; insgesamt waren Angehörige aus 15 Nationen genannt.¹⁰⁴⁰ Gegen Ende des Jahres hatte die Ausländerquote noch einmal zugenommen. Nach Berechnungen aus einer wissenschaftlichen Veröffentlichung lag sie inzwischen bei 83,5 Prozent; interne Unterlagen der Firma geben jedoch sogar 90 Prozent Ausländer an, was damit die höchste Quote aller im Flick-Konzern vereinigten Betriebe wäre¹⁰⁴¹ und auch die höchste in Sachsen sowie im Raum Dresden.

In der Weichenbauanstalt Cainsdorf arbeiteten im Januar 1945 gut 500 Beschäftigte. Von ihnen waren nur 160 deutsche Betriebsangehörige, die anderen 340 bildeten Kriegsgefangene und ausländische Zivilisten. Das Werk Cainsdorf hatte damit auch im sächsischen Vergleich eine hohe Ausländerquote von 72 Prozent.¹⁰⁴²

Bezüglich der Schmiedewerke GmbH in Pirna lassen sich genauere Angaben finden. Für die Umbauarbeiten zur Gesenkschmiede wurden vor allem britische Kriegsgefangene und Italiener (als in den Zivilstatus überführte IMIs) herangezogen. Sie umfassten Anfang 1945 zwei Drittel der Belegschaft. Insgesamt machte der Ausländeranteil jedoch mit 82,1 Prozent über vier Fünftel aus, wobei allein der Zwangsarbeiteranteil bei 74 Prozent und der Kriegsgefangenenanteil bei 8,1 Prozent lagen.¹⁰⁴³ Offenbar aufgrund anderer Arbeitseinsätze (Schanzarbeiten, Trümmerberäumung in Dresden) sank die Gesamtbelegschaft aber im Februar 1945 um gut 20 Prozent auf 339 Beschäftigte.¹⁰⁴⁴ 1943 und 1944 waren dort ebenfalls Ostarbeiter eingesetzt worden, offenbar immer wieder im Austausch mit dem Einsatzort Freital-Döhlen.¹⁰⁴⁵ Unter Bezug auf die Angaben von Kukowski / Boch dürfte die Ostarbeiterzahl in Pirna bei etwa einem Drittel der Zwangsarbeiter gelegen haben, also etwa 100 bis 110 Personen.

¹⁰³⁹ Zahlen bei Unger, S. 25; siehe hierzu auch Priemel, Tabelle IV / 2 S. 478.

¹⁰⁴⁰ Angaben berechnet nach Unger, S. 48. Vermutlich liegt bei ihr eine Verwechslung vor (sie nennt andere Zahlen), denn die Größenordnung von 1.098 Deutschen und 1.800 Ausländern ergibt die Zahl von 2.898, was auch in die Entwicklung der Gesamtbelegschaft bei der FSI von 2.708 (1943), 2.504 (Mai 1944) und 2.898 (August 1944) passt. An andere Stelle spricht Unger selbst von 14,2 Prozent sowjetischen Kriegsgefangenen an der Gesamtbelegschaft der FSI im August 1944, was genau 412 Gefangenen entspricht, siehe Unger, S. 71.

¹⁰⁴¹ Siehe hierzu die Ausführungen bei Unger, S. 27 f.

¹⁰⁴² Unger, S. 30.

¹⁰⁴³ Siehe hierzu Kukowski / Boch, Tabelle 52b S. 427 f. Dies entsprach zum Dezember 1944 331 zivilen Zwangsarbeitern und 36 Kriegsgefangenen, ebenda, Tabelle 50 S. 425 f. Mit etwas abweichender Größenangabe von 83,5 Prozent Ausländern siehe Priemel, Tabelle IV / 2 S. 478 und S. 481.

¹⁰⁴⁴ Kukowski / Boch, S. 350 sowie Tabelle 47 S. 416.

¹⁰⁴⁵ Unger, S. 27.

Zwangsarbeiter: Unterbringung, Verpflegung, medizinische Versorgung, Arbeitseinsatz

Voraussetzung für die Zuweisung und den Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen war zunächst ihre gesicherte Unterbringung. Auch für die SGW und ihre anderen Standorte kamen zunächst ab 1940 private Unterkünfte beziehungsweise angemietete Privatquartiere zum Einsatz. Dieses hatte vor allem damit zu tun, dass es sich um Westarbeiter oder Arbeitskräfte aus verbündeten Staaten handelte. Mindestens bis Mitte 1943 war es vielen dieser Gruppen möglich, in Privatquartieren zu wohnen, ehe die deutschen Behörden sie zwingen, aufgrund von Einquartierungen deutscher Ausgebombter in andere Wohngelegenheiten oder Lager umzuziehen.¹⁰⁴⁶

Es gab jedoch auch von Anfang an Gemeinschaftsunterkünfte in gemieteten oder beschlagnahmten Gebäuden. In der nahegelegenen Gemeinde Gittersee wurde etwa im Oktober 1940 der Gasthof „Ballsäle“ zur Unterbringung von 150 Litauern gepachtet. Für sie standen ein Saal von 440 qm, ein kleiner Saal von 116 qm und ein weiterer Raum vom 35 qm zur Verfügung. Bis 1945 wurde dieses als Wohnlager bezeichnete Objekt für unterschiedliche Zwangsarbeitergruppen der SGW zur Unterbringung genutzt.¹⁰⁴⁷ Eine gegenüber dem Gasthof befindliche Turnhalle wurde von den Militärbehörden beschlagnahmt und den SGW 1942 zugewiesen, sie war für etwa 80 Personen vorgesehen. Zwei kleine Räume für das Wachbeziehungsweise Aufsichtspersonal, ein großer Vorplatz und genügend Toiletten schienen den Beteiligten günstige Voraussetzungen für ein solches Wohnlager zu bieten. Die Turnhalle Gittersee blieb denn auch bis Kriegsende ein Zwangsarbeitslager.

Dass ein solches Lager keineswegs nur eine den Gemeinden aufgezwungene Maßnahme darstellte, zeigt auch der umfangreiche Briefwechsel des Gemeindebürgermeisters mit Behörden und Betrieben über anderweitige Einsatzmöglichkeiten der Bewohner dieser Unterkunft. Da zunächst 120 sowjetische Kriegsgefangene in die 375 qm große Turnhalle eingewiesen worden waren, informierte der Bürgermeister auch örtliche Betriebe, dass sie, soweit die Kriegsgefangenen nicht bei den SGW voll ausgelastet sein würden, diese auch anfordern könnten.¹⁰⁴⁸

Die ausländischen Arbeitskräfte der ersten Jahre in der Freitaler Stahlindustrie wurden jedoch vornehmlich in einer Vielzahl von Objekten in der Stadt selbst sowie – neben Gittersee – auch in zwei Objekten in der Stadt Tharandt untergekommen, wie es auch eine entsprechende Anordnung von Rüstungsminister Speer vom Juni 1942 forderte.¹⁰⁴⁹ Vor allem der Ein-

¹⁰⁴⁶ Die folgenden Ausführungen beruhen auf Unger, S. 52 f., wenn nicht andere Quellen genannt sind.

¹⁰⁴⁷ Zu den verschiedenen Zwangsarbeitergruppen und ihren Beschäftigungsfirmen außerhalb der SGW siehe Wießner / Balzk, S. 61 f.

¹⁰⁴⁸ Wießner / Balzk, S. 56–61, zum Teil mit Abdruck der entsprechenden Schreiben sowie einer Namensliste potentiell interessierter Firmen aus Gittersee. Zur wechselnden Belegung der Turnhalle sowie zu weiteren Ausländerlagern für Betriebe in Gittersee siehe ebenda, S. 62.

¹⁰⁴⁹ Übersicht mit genauer heutiger Adresse bei: Unger, S. 54 FN 181 und S. 54 f.

satz von Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen führte – angesichts der in Kapitel 2 genannten allgemeinen rassistischen- und Sicherheitsvorbehalte – jedoch verstärkt zur Errichtung von neuen Barackenlagern, sowohl auf den Betriebsgeländen wie auch innerhalb der Städte.

Ein solches Lager fassten die SGW bereits im Februar 1940 ins Auge. Ein mehrere Tausend qm großes geeignetes Gelände konnte gefunden werden, die SGW erhielten davon einen Anteil von 4.580 qm vermietet, ein kleinerer Teil ging als Pachtgelände an die Firma Funke. Trotz Widerspruchs der Firma Funke, die ihr Gelände auch für Gemüseanbau nutzte und die allgemeine Ernährungslage als Argument gegen die Erweiterung des SGW-Lagers ins Feld führte, musste sie ihren Teil zunächst für den Bau einer weiteren Baracke und im nächsten Jahr den SGW ganz zur Verfügung stellen.¹⁰⁵⁰

Die Barackenlager waren zunächst einmal ab Mitte 1942 für sowjetische Kriegsgefangene und dann vor allem ab Herbst 1942 für Ostarbeiter vorgesehen. Es wurden dafür ein „Kriegsgefangenen-Russenlager“ und ein „Barackenlager für freie Ausländer und Ostarbeiter“ gebaut. Auch das Stahlwerk Pirna erhielt zwei Baracken, gleichfalls erstellte man ein „Hilfskrankenhaus für ausländische Arbeitskräfte“. Der Geschäftsbericht der SGW benannte die Kosten dafür mit knapp 500.000 RM. Da infolge des erwarteten Zugangs von Italienischen Militärinternierten sowie Volksdeutschen und Ukrainern aus dem Donezbecken zusätzliche Arbeitskräfte erwartet wurde – hinzu kamen noch andere Anforderungen an das Arbeitsamt –, wurden 1943 größere Erweiterungen der Lager vorgenommen. Infolge Holzmangels mussten einige Baracken in Massivbauweise errichtet werden. Die Erweiterung betrug zunächst 23 Baracken (zu je 40 Mann) sowie nochmals 15 Baracken gegen Jahresende. Insgesamt waren dafür Ausgaben von 315.000 RM vorgesehen. Schließlich waren auch noch zwei Wirtschaftsbaracken sowie Abortbaracken geplant, zusammen nochmal 150.000 RM.¹⁰⁵¹

Das größte Barackenlager der SGW war jedoch die sogenannte Reichbaracke III, das sich unweit des Stammwerks in der Schachtstraße befand. Es hatte eine Größe von knapp 34.000 qm und wurde mit Holzbaracken mit einem Fassungsvermögen für etwa 1.900 Personen bebaut. Das sächsische Wirtschaftsministerium war bei der Ermittlung des geeigneten Lagerstandortes, wie bereits beim Funke-Lager, direkt involviert. Erste Vorarbeiten wurden schnell durchgeführt, freilich verzögerte sich die Lieferung der Barackenbauteile, so dass die erste Baracke erst im Dezember 1942 errichtet werden konnte. Weitere folgten dann im März 1943. Im Herbst 1943 wurden nochmals zusätzliche Baracken aufgestellt. Weil es galt, immer mehr Zwangsarbeiter unterzubringen, wurden im Dezember 1943 weitere Flächen im Anschluss an das Lagergelände hinzu gepachtet und 1944 mit mehreren zusätzlichen Baracken belegt. Dieses Lager war zunächst Hauptlager für Ostarbeiter, später wurden nach Zuweisung von IMIs

¹⁰⁵⁰ Unger, S. 55 f. Auch dies ist wieder ein Beleg dafür, welche Durchsetzungskraft rüstungswichtige Betriebe gegenüber vermeintlich volkswirtschaftlich unwichtigeren Betrieben genossen. Das Funke-Lager war keineswegs ein Einzelfall.

¹⁰⁵¹ Geschäftsbericht, HABGH, 19883, Bl. 10 und 11.

auch diese dort untergebracht; gegen Kriegsende kamen noch weitere Nationalitäten hinzu. Charakteristisch für die angespannte Arbeitskräftelage war, dass Ende 1943 auch werkseigene Zwangsarbeiter für die Ausbaurbeiten im Lager eingesetzt wurden; freilich nicht in ihrer normalen Arbeitszeit, sondern in der ihnen eigentlich zustehenden Freizeit.¹⁰⁵² Insgesamt verfügen die SGW über 15 Wohn- und Barackenlager für die bei ihnen beschäftigten Ausländer.¹⁰⁵³

KZ-Häftlinge wurden in der ganzen Periode der SGW AG als Rüstungsbetrieb von ihr nicht eingesetzt, jedenfalls nicht mittels eines betriebseigenen Außenlagers. Die entsprechenden Angebote von SS-Seite (siehe Kapitel 2) lehnte man 1942 ab. 1944, als in vielen Dresdner Rüstungsbetrieben KZ-Außenlager errichtet wurden, ventilierten die SGW nochmals den KZ-Häftlingseinsatz. In einem Schreiben des Direktors für den Einsatz von Arbeitskräften an Gerhard Bruns plädierte erstgenannter aufgrund zu erwartender schnell eintretender betriebswirtschaftlicher Vorteile eindringlich für eine eingehende Prüfung. Eine Antwort ist nicht überliefert, ein KZ-Außenlager wurde jedenfalls nicht eingerichtet. Ob es sich bei den in einem Betriebsbericht vom 15. November 1944 genannten KZ-Häftlingen, die zwischen den SGW und der FSI ausgetauscht worden seien, tatsächlich eindeutig um diese Gruppe gehandelt hat, konnte auch von Unger nicht endgültig verifiziert werden. Sie geht jedoch davon aus, dass KZ-Häftlinge zumindest im Hüttenwerk des Stahlwerks Döhlen gearbeitet haben.¹⁰⁵⁴

Der Ausländereinsatz verteilte sich keineswegs gleichmäßig über alle Produktionsabteilungen der Werke. In vielen Abteilungen des Werkes in Döhlen lag er weit über 50 Prozent, in der Bauabteilung sogar bei 83 Prozent.¹⁰⁵⁵ Da die am häufigsten eingesetzten Gruppen der Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen die vergleichsweise wenigsten Facharbeiter aufwiesen, waren auch alle Abteilungen mit Arbeitsplätzen für einfache Arbeitsaufgaben am stärksten mit Ausländern besetzt.

Dementsprechend gestalteten sich die Arbeitsbedingungen in den Werken der SGW für die einzelnen Gruppen durchaus unterschiedlich. Schutzmaßnahmen für die bei ihnen eingesetzten Arbeitskräfte lagen ausschließlich im Verantwortungsbereich der Betriebe und waren keinerlei diskriminierenden Bestimmungen seitens der Behörden unterworfen. Wenn trotzdem etwa Ostarbeiter oder Kriegsgefangene, wie der schon öfter genannte ehemalige sowjetische Kriegsgefangene Sawada sich an seine Arbeit erinnert, bei ihren Arbeitseinsätzen in der Galvanisierungsabteilung ohne ausreichende Schutzbekleidung mit ätzenden Stoffen bei der

¹⁰⁵² Unger, S. 57 f.

¹⁰⁵³ Unger, S. 58.

¹⁰⁵⁴ Zur Frage des KZ-Häftlingseinsatzes siehe Unger, S. 82–84. Möglicherweise hat es sich um die zeitweilige Überlassung von männlichen KZ-Häftlingen anderer Dresdner Rüstungsfirmen gehandelt. Eine endgültige Klärung ist zur Zeit nicht möglich. Nach Priemel wurde zu den SGW zwar ein Vorauskommando im Umfang von 40 bis 50 Häftlingen geschickt, im November 1944 wurde dieses aber wieder abgezogen, siehe zur Frage des KZ-Häftlingseinsatzes Priemel, S. 492 f.

¹⁰⁵⁵ Zu den Arbeitseinsatzgebieten siehe Unger, S. 71 f.

Munitionsherstellung zu tun hatten, war dafür der Betrieb verantwortlich.¹⁰⁵⁶ Für Ostarbeiter fehlte beispielsweise Schutzbekleidung bei Arbeiten in großen Hitzebereichen des Stahlwerkes.¹⁰⁵⁷

Generelle Arbeitseinsätze nach Schichtende sind für die ausländischen Arbeitskräfte im SGW-Bereich nicht nachweisbar. Es kam jedoch gerade in den letzten Kriegsmonaten in Ausnahmefällen zum Einsatz von 600 Fremdarbeitern bei der Beseitigung von Bombenschäden und für Schanzarbeiten bei der Reichsbahn. 100 Italiener wurden beispielsweise beim Bau von Behelfsbaracken eingesetzt.¹⁰⁵⁸ Im Allgemeinen jedoch versuchten die Rüstungsbetriebe, ihre ausländischen Arbeitskräfte auch bis Kriegsende ausschließlich für ihre Rüstungsbelange arbeiten zu lassen.

Eine genaue Zahl von ausländischen Beschäftigten, die im Arbeitseinsatz umkamen, schwer erkrankten oder gezielt getötet wurden, lässt sich nicht mehr ermitteln. Hinzu kommt, dass auch bei den SGW die Praxis herrschte, beispielsweise arbeitsunfähige und / oder schwer erkrankte Kriegsgefangene, auch zum Sterben dort, in die Stalags zurückzusenden. In den Werken selbst kamen zuweilen tödliche Arbeitsunfälle vor, wie Unger an einem Beispiel belegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind auch Zwangsarbeiter der Gestapo übergeben worden. Zeitzeugenerinnerungen, die schildern, dass Ostarbeiter wegen Widerstands öffentlich im Lager erhängt worden seien, konnte Unger nicht verifizieren.¹⁰⁵⁹

Ein besonderer Vorfall ereignete sich gegen Kriegsende. Wie erwähnt, waren gut 600 Fremdarbeiter nach den Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 täglich zu Schanz- und Aufräumarbeiten dorthin transportiert worden. Offenbar hatten einige von ihnen die Gelegenheit genutzt, sich zusätzliche Lebensmittel, vielleicht auch andere Produkte, zu verschaffen. 21 Ostarbeiter wurden jedenfalls von der Gestapo mit dem Vorwurf „Plünderung“ verhaftet und durch Erschießen hingerichtet, wie 1946 ein Betriebsdirektor der SGW schriftlich niederlegte. Nach seinen Ausführungen hatte die Gestapo zunächst geplant, die 21 Ostarbeiter öffentlich in

¹⁰⁵⁶ Ähnliche unzureichende Arbeitsschutzbedingungen waren auch im HASAG-Werk Kamienna für die dortigen jüdischen Zwangsarbeiter gegeben, wie schon weiter oben ausgeführt.

¹⁰⁵⁷ Beispiele für entsprechende Verletzungen im Arbeitseinsatz bei Unger, S. 73 f.

¹⁰⁵⁸ Unger, S. 77 f.

¹⁰⁵⁹ So in den Erinnerungen von Alexej Sawada im Brief vom 22. März 2008, zitiert auch in: Unger, S. 80. Möglicherweise handelt es sich hierbei um irrtümliche Zuweisungen Sawadas, da die geschilderten Vorgänge eher typisch für Konzentrationslager waren. In den Erinnerungen Sawadas ist als Grund für die Hinrichtung ein kritischer Einwurf des erhängten Ostarbeiters gegen eine beschönigende Predigt eines orthodoxen Priesters zur deutschen Politik beim Gottesdienst im Ostarbeiterlager Poisenttalstraße genannt. Der Betroffene sei dann als Bolschewik (mit umgehängtem Schild) erhängt worden. Es ist uns aus der Literatur zu sächsischen Ostarbeiterlagern jedoch bislang kein Fall bekannt, in dem Ostarbeiter im Lager selbst (das heißt außerhalb eines regulären KZ oder in einem abgelegenen Gebiet) erhängt worden wären (siehe Kapitel 7, wo wir auf spezifische Verordnungen Himmlers zu solchen Hinrichtungen eingehen, die exemplarische Bestrafungen durch öffentliches Hängen *im* Lager für verbotenen Geschlechtsverkehr mit Deutschen nur ausnahmsweise zuließen, siehe FN 1088). Auch Sawadas Hinweise auf SS-Dienstgrade bei diesem Vorgang weisen eher auf einen Vorfall außerhalb des Lagers und in einem KZ hin.

ihrem Lager zu erhängen. Später habe sie davon Abstand genommen und sie an unbekanntem Ort erschossen.¹⁰⁶⁰

Steffi Unger gibt in ihrer Studie zu den SGW Döhlen 220 Ausländer an, die nach Erhebungen der Stadtverwaltung in Freital bestattet wurden und in der Mehrzahl bei den SGW gearbeitet hatten. Die beiden Freitaler Friedhöfe in Deuben und Döhlen hatten 299 und 35 Tote aufzuweisen. Für Freital-Deuben nannte der Russische Generalstab eine Zahl von 147 Zivilisten (= Ostarbeiter). In einer Erhebung der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten konnten 149 Namen von Zivilisten ermittelt werden, bei 150 Bestatteten sind sowohl Status wie Name unbekannt. Bei den Toten auf dem Friedhof Döhlen handelt es sich vor allem um sowjetische Opfer des Luftangriffs vom 24. August 1944.¹⁰⁶¹ In den letzten Jahren ist in Döhlen ein neuer Friedhof errichtet worden. Auf diesem ruhen nach 2012 erfolgten Umbettungen nun auch die Opfer der Bombenangriffe. Insgesamt wurden die Gebeine von 114 Menschen auf die neue Anlage für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft umgebettet, darunter 33 sowjetische Opfer des Bombenangriffs vom 24. August 1944 auf Freital-Birkigt, bei dem insgesamt 241 Menschen ums Leben kamen.¹⁰⁶²

Die Waggon- und Maschinenbaufabrik Bautzen AG (WuMAG)

Auch dieses sächsische Werk gehörte durch seine Muttergesellschaft Mittelstahl mit zum Flick-Imperium. Es wies insofern eine Besonderheit auf, als es nur indirekt für die Rüstungswirtschaft produzierte und doch 1944 / 1945 ein KZ-Außenlager einrichtete. Mittelstahl hielt nach seiner Fusion mit der AG Charlottenhütte (Flick) ab 1934 69 Prozent der Anteile an der WuMAG. Im Jahr 1935 konnte Flick seinen Anteil auf 90 Prozent ausbauen.¹⁰⁶³

In den 1930er Jahren setzte mit anziehender (Rüstungs-)Konjunktur auch eine erhebliche Ausweitung der Produktion ein. Während 1933 / 1934 noch geringe Verluste anfielen, war der Reingewinn 1937 / 1938 bereits auf 420.000 RM gestiegen. Die Nettoumsätze erhöhten

¹⁰⁶⁰ So der Vorgang der Massenerschießung bei Unger, S. 78 f. Nach Kriegsende spielte dieser Vorfall 1947 bei den Hüttenwerken Oberhausen AG eine Rolle, bei denen Gerhard Bruns inzwischen als Direktor arbeitete. Die örtliche KPD machte Bruns für die Freitaler Erschießung persönlich verantwortlich und klagte in einer öffentlichen Kampagne Bruns (als ehemaligen Wehrwirtschaftsführer) als Kriegsverbrecher an. In mehreren Entnazifizierungsverfahren wurde er schließlich jedoch als entlastet eingestuft, siehe hierzu Unger, S. 79. In der öffentlichen Erinnerung in Freital spielt diese Massenerschießung keine Rolle, vielleicht weil es unklar ist, wo sie sich zutrug. Seit dem 5. September 1939 existierte eine „Verordnung gegen Volksschädlinge“, die unter anderem für Plünderungen die Todesstrafe vorsah, RGBl. 1939 I, S. 1679, auch abgedruckt in: Viebig / Bohse, S. 136. Ob den Hinrichtungen der oben genannten Ostarbeiter solche Strafverfahren vorausgingen oder die Gestapo diese in eigenem Ermessen vollzog, ist unbekannt.

¹⁰⁶¹ Grabstätten sowjetischer Bürger, S. 122 und 123.

¹⁰⁶² Zu den Zahlen und zur Umbettungsaktion die Pressemitteilung des Stadtbauamtes Freital vom Mai 2012, in: https://www.volksbund.de/fileadmin/redaktion/Landesverbaende/Sachsen/Otto2012/Von_unver-gessenen_Kriegsgraebern_in_Freital.

¹⁰⁶³ Priemel, Abbildung III / 2 S. 277 und S. 327.

sich von gut 16,5 Millionen RM ein Jahr später auf 28,8 Millionen RM im Jahr 1941 / 1942. Sie wiesen dabei in den drei Jahren vorher Sprünge von jeweils etwa sechs Millionen RM auf.¹⁰⁶⁴ Der Wert der Warenproduktion erreichte seinen Höhepunkt 1943, sank 1944 etwas und fiel erst 1945 mit dem Zusammenbruch des Verkehrswesens erheblich ab. Die Beschäftigtenzahl nahm von 1936 mit 1.135 Arbeitern bis 1939 auf 1.725 kontinuierlich zu, sank 1940 um etwa 150 Mitarbeiter und stieg dann in den folgenden Jahren wieder in etwa auf das Vorkriegsniveau, ehe sie sich 1945 nur noch lediglich auf 983 Beschäftigte belief.¹⁰⁶⁵

Der Wiederanstieg der Beschäftigtenzahl ab 1940 war nur möglich, weil die WuMAG begann, französische Kriegsgefangene einzusetzen. Ihr Anteil an der Gesamtbelegschaft betrug 7,5 Prozent. Im Jahr 1944 war der Ausländeranteil inzwischen um ein Mehrfaches auf 27 Prozent gestiegen und lag im Februar 1945 sogar bei 48,3 Prozent.¹⁰⁶⁶ Dieser Sprung in der Ausländerbeschäftigung hatte einen entscheidenden Grund. Die WuMAG hatte im August 1944 erstmals KZ-Häftlinge angefordert und erhielt diese vom relativ nahegelegenen KZ Groß-Rosen in Schlesien. Es ging um ein Kontingent von 800 Häftlingen, wovon ein Vorauskommando im Oktober eintraf. Für Februar 1945 wurde die Häftlingszahl mit 462 angegeben.¹⁰⁶⁷ Die Todesquote unter den zumeist jüdischen Häftlingen aus mehreren Ländern war sehr hoch, was Rückschlüsse auch auf die Arbeitsbedingungen zulässt; ab 15. Februar wurden die Häftlinge dann nur noch zu Schanzarbeiten und für den Straßenbau eingesetzt. Zum Teil sind kranke Häftlinge, da sie nicht mehr in das inzwischen geräumte Stammlager Groß-Rosen zurücktransportiert werden konnten, auch durch tödliche Spritzen ermordet worden. Während Priemel von nachweisbar etwa 200 Toten schreibt, ergaben Exhumierungen ab 1945 allein in einer Sandgrube 302 Leichen; andere Tote waren zunächst im Krematorium Görlitz verbrannt worden, so dass insgesamt wohl von circa 400 Opfern auszugehen ist. Einen Teil der Häftlinge trieb die SS am 19. April noch auf einen Evakuierungsmarsch, die Kranken blieben zurück und wurden am 20. April durch die Rote Armee befreit.¹⁰⁶⁸

Das Beispiel einer Mittelstadt: Freiberg

Nachdem in den bisherigen Ausführungen sowohl Rüstungsschwerpunktgebiete in Sachsen (Chemnitz, Leipzig, Dresden) als auch einzelne Branchen wie der sächsische Bergbau und die Stahlerzeugung beschrieben worden sind, wollen wir zum Schluss beispielhaft auch eine einzelne Mittelstadt darstellen, da es für sie eine gute Überblickspublikation gibt, die dies ermöglicht: die alte sächsische Bergbaustadt Freiberg. Freiberg hatte zur NS-Zeit eine Einwohner-

¹⁰⁶⁴ Priemel, S. 327 und 513.

¹⁰⁶⁵ Priemel, Tabelle IV / 5 S. 518.

¹⁰⁶⁶ Priemel, S. 474 und Tabelle IV / 2 S. 478.

¹⁰⁶⁷ Priemel, S. 492.

¹⁰⁶⁸ Siehe hierzu Priemel, S. 492. Zu der höheren Totenzahl siehe NS-Terror und Verfolgung, KZ-AL Bautzen, S. 462 ff.

zahl von etwa 36.000.¹⁰⁶⁹ Rüstungsproduktion spielte im Freiburger Raum vor 1939 praktisch keine Rolle. Mit dem ersten Vierjahrplan wurde 1937 jedoch der Ende des 19. Jahrhunderts eingestellte Erzbergbau wiederbelebt. Das Revier Himmelfahrt-Fundgrube konnte die Erzförderung jedoch erst im Jahr 1943 nach langwierigen Vorbereitungsarbeiten aufnehmen. Während der Kriegszeit wurden zwei größere Rüstungsbetriebe eingerichtet. 1939 waren dieses die Hydra-Werke zur Produktion von Kondensatoren (eine AEG-Firma) sowie ab September 1944 die Freia GmbH, die eine Tochterfirma (Freia GmbH war ein Tarnname) der Arado-Flugzeugwerke in Potsdam war und mit Hilfe von 1.002 weiblichen jüdischen KZ-Häftlingen hauptsächlich Tragflächen für die Me 109 herstellte.¹⁰⁷⁰

Auch in Freiberg sind bald nach Kriegsbeginn Fremdarbeiter zum Einsatz gekommen. Insgesamt listet eine Übersicht aus der Nachkriegszeit 141 Freiburger Betriebe auf, die ausländische Arbeitskräfte aller Kategorien beschäftigt hatten, von den schon genannten zwei großen Betrieben bis zu kleinen Handwerkerfirmen. Diese aufgrund von Befehl 163 der Sowjetischen Militäradministration erarbeitete Zusammenstellung¹⁰⁷¹ beinhaltet jedoch die oben genannten zwei Rüstungsbetriebe nicht, da deren Unterlagen offenbar vernichtet worden waren. Die Listen enthalten 3.020 Namen, wobei die Namensangaben bei bestimmten Gruppen nicht vollständig sind. In Freiberg sind damit – namentlich erfasst – 1.618 zivile Fremdarbeiter und 1.402 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz gewesen. Zusätzlich konnte Didzioneit weitere 1.074 Personen (Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge) ermitteln, so dass sich die Gesamtzahl auf 4.094 belief, von denen Didzioneit nach den Kriterien Spoerers (siehe Einleitung) 3.705 als Zwangsarbeiter eingruppiert und die Restlichen als eher Freiwillige einordnet. In jedem Fall lag damit die Fremdarbeiterquote aller Gruppen für Freiberg bei zehn Prozent aller dortigen Einwohner während des Krieges (circa 4.000 von insgesamt 40.000 Personen) beziehungsweise bei etwa 20 Prozent aller Arbeitskräfte in geschätzter Höhe von 20.000 Beschäftigten.¹⁰⁷²

Die Gesamtzahl der Lager, in denen die verschiedenen Gruppen untergebracht waren, umfasste in Freiberg nach einer Aufstellung vom 21. Oktober 1944 14 Objekte. Die beiden größten Lager gehörten zur Freia GmbH. Deren Ausländerlager bewohnten 625 zivile Auslän-

¹⁰⁶⁹ Die folgenden Ausführungen beruhen auf der schon genannten Bachelorarbeit von Volker Didzioneit. Wenn kein anderer Nachweis genannt ist, beziehen sich die Ausführungen darauf.

¹⁰⁷⁰ Dieses Werk gehörte zu den Rüstungsproduktionsstätten, bei denen KZ-Häftlinge eingesetzt wurden und in einem KZ-Außenlager untergebracht waren, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 481 f. Zunächst hatte die Agricola GmbH, eine Tarnfirma der der Auto-Union-Tochter DKK, einige Fertigungsstätten in der Porzellanfabrik in Freiberg erhalten. Doch Ende 1943 erhielt die Arado den Gesamtzugriff auf die Fabrikationsanlagen, so dass die DKK wieder ausziehen musste. Das Jägerprogramm hatte eben eine höhere Wertigkeit, siehe Kukowski / Boch, S. 321.

¹⁰⁷¹ Alle Alliierten forderten von den deutschen Gemeinden Ende 1945 solche Listen an, um einen Überblick über ausländische Beschäftigte (zumeist ja Zwangsarbeiter), Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zu erhalten; siehe dazu näher Kapitel 8 zur Repatriierung.

¹⁰⁷² Didzioneit, S. 14–17, dort auch Aufschlüsselung in einzelne Gruppen sowie nach den Kriterien Spoerers; zum Anteil der Ausländer im Vergleich zu den deutschen Arbeitskräften, ebenda, S. 47.

der, unter ihnen 150 Frauen und zwei Kinder. Insgesamt 28 Wachleute waren für dieses Lager zuständig. Das zweite Lager war ein KZ-Außenlager und beherbergte 1.002 weibliche jüdische KZ-Häftlinge. Diese wurden von gut 50 Aufseherinnen bewacht.¹⁰⁷³ Beide Lager waren Barackenlager. Andere Fremdarbeiter waren aber auch privat untergebracht.

In Freiberg gab es jedoch auch Lager, in denen sogenannte Volksdeutsche unterkommen mussten. In vier solchen wohnten 627 Personen. Schließlich wurde, wie offenbar in vielen anderen Städten auch, 1945 ein Auffanglager eingerichtet. Es war für die Aufnahme von aufgegriffenen ausländischen Zivilarbeitern zuständig und befand sich zwei Tage lang im Gewerbehau. Ab 26. April 1945 übernahm dann das teilweise geleerte Barackenlager der Freia GmbH diese Funktion, denn die schon genannten 1.002 jüdischen KZ-Häftlinge wurden ab 14. April 1945 auf einen Evakuierungstransport getrieben.¹⁰⁷⁴

Die frühesten Bemühungen um ausländische Arbeitskräfte wurden von Seiten der Stadt bereits 1939 unternommen. Im Herbst 1939 verlief die erste Anfrage der Freiburger Bauverwaltung zur möglichen Zuweisung polnischer Kriegsgefangener jedoch zunächst negativ. Als Maßnahme war die Verschönerung des Stadtbildes geplant. Es ging um die „Terrassierung und Begrünung der Bergbauhalden im Osten der Stadt“ und um Wohnungs- und Straßenbau.¹⁰⁷⁵ Da die Stadt mit ihrer Anfrage im Herbst keinen Erfolg gehabt hatte, wiederholte sie sie ab März 1940 mehrmals für zunächst 50 Kriegsgefangene. Sie erhielt schließlich nur 17 französische Kriegsgefangene für einen Zeitraum von November 1940 bis Februar 1941, die mit dem genannten Antrag nichts zu tun hatten. Bei ihnen handelte es sich nicht um Neuzuweisungen nach Freiberg, sondern um Versetzungen von Kriegsgefangenen aus der Freiburger Dampfzlei Münzner.

Die Beantragung von Fördermitteln für die Gesamtmaßnahme, Änderungen im vorgesehenen Einsatzplan sowie der Schriftwechsel mit dem Arbeitsamt zogen sich insgesamt bis November 1942 hin, als die Stadt Freiberg endgültig einen Ablehnungsbescheid für ihren ersten Antrag vom März 1940 mit der vielsagenden Absage erhielt, der Antrag müsse abgelehnt werden, weil „sämtliche zur Verfügung stehenden Kriegsgefangenen in der vordringlichsten Rüstungsfertigung anzusetzen sind“.¹⁰⁷⁶ Aus diesem Vorgang wird wiederum deutlich, dass die Antragsteller sich keineswegs aus einem übervollen Pool von Kriegsgefangenen auf einfache

¹⁰⁷³ Zum KZ-AL und seiner öffentlichen Erinnerung nach 1945 in Freiberg siehe Michael Düsing, „Mein Weg, Herr Oberbürgermeister, ist schon bestimmt.“ Judenverfolgung in Freiberg 1933–1945, Dresden 2011, S. 59–68. In diesem Zusammenhang berichtet Düsing auch von sogenannten Halbjuden und in Mischehen Lebenden aus Freiberg, die bis 1944 nicht zur Vernichtung deportiert worden waren. Circa zehn bis 15 dieser Personen kamen 1944 im Rahmen der Organisation Todt zum Arbeitseinsatz nach Osterode im Harz und waren bei Untertagearbeiten für die Verlagerung eines Hydrierwerkes eingesetzt, siehe Düsing, S. 56–58 (siehe auch Kapitel 4).

¹⁰⁷⁴ Didzionicit, S. 42–44. Zum Evakuierungs- respektive Todestransport der KZ-Häftlinge siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 481.

¹⁰⁷⁵ Didzionicit, S. 18, dort auch Zitat.

¹⁰⁷⁶ Mitteilung des Arbeitsamts Freiberg vom 16. November 1942, zitiert in: Didzionicit, S. 22. Zum Gesamtvorgang siehe Didzionicit, S. 19–23.

Weise bedienen konnten, sondern bereits 1940 / 1941 der angemeldete Bedarf auf ein zu knappes „Angebot“ traf. Die deutsche Volkswirtschaft konnte ihren Bedarf an Arbeitskräften durch die kriegsbedingten Einberufungen eben nicht vollständig durch Kriegsgefangene decken.

Ein anderer Einsatzort war die Forstverwaltung. Erste Kriegsgefangene kamen hier offenbar aus dem Balkan: 32 sogenannte Süd-Ost-Kriegsgefangene, die Holzbruch aus dem vergangenen Winter im Wald beseitigen sollten. Auch sie wurden nicht auf Dauer zugewiesen, sondern waren lediglich von der Ortsbauerschaft Linda „ausgeliehen“ und wurden ihr nach Erledigung der Arbeiten wieder zurückgegeben. Als Ersatz für diese Kriegsgefangenen wollte die Forstverwaltung wie überall im Deutschen Reich ab August 1941 auf das neue „Angebot“ von sowjetischen Kriegsgefangenen zurückgreifen und beantragte beim Arbeitsamt 40 dieser Kriegsgefangenen, die im selben Lager wie die Süd-Ost-Gefangenen – das Lager war nunmehr mit Stacheldraht umgeben worden – untergebracht waren und von Soldaten bewacht wurden. Hinzu kam ein Hilfswachkommando von mehreren Waldarbeitern.

Die von der Wehrmachtführung festgelegten unterschiedlichen Verdienst- und Verpflegungssätze zeigten sich auch bei der Forstverwaltung Freiberg. Die Süd-Ost-Gefangenen erhielten eine Bezahlung von 0,52 RM pro Tag; Abzüge für Bekleidung, Unterkunft und Verpflegung wurden nicht erhoben. Das Stalag bekam ebenfalls eine Pauschale für die Kriegsgefangenen. Die Arbeitszeit betrug neun Stunden an jeweils sechs Wochentagen.

Demgegenüber bekamen die sowjetischen Kriegsgefangenen nur 0,20 RM pro Tag ausbezahlt, die ihnen als Lagergeld übergeben wurde. Die Wochenarbeitszeit war mit 56 Stunden praktisch genauso lang wie bei den Süd-Ost-Gefangenen. Die Verpflegung der sowjetischen Kriegsgefangenen sah jedoch nur die Hälfte der Ration an Fleisch und Fett wie bei anderen Gefangenen vor. Es war aber auch die Ausgabe von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen vorgesehen, 600 g Brot und 150 g Fleisch- und Wurstwaren pro Woche. Für 20 ihrer sowjetischen Kriegsgefangenen, die besonders gut gearbeitet hatten, beantragte die Forstverwaltung eine solche Schwerstarbeiterzulage.¹⁰⁷⁷

Am 1. November 1943 wurde deren Bezahlung von 0,20 RM auf 0,35 RM erhöht und damit eine gewisse Annäherung erreicht (Kapitel 2 und 4). Gleichzeitig sank die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen im Januar 1944 auf 21 Mann; über ihre weitere Verwendung liegen keine Erkenntnisse vor.¹⁰⁷⁸

Der sich verstärkende Luftkrieg gegen deutsche Städte führte in großem Maße zur Heranziehung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen bei der Beseitigung von Schäden. Freiberg war nur am 7. Oktober 1944 einem Bombenangriff ausgesetzt, der allerdings mit 172 Toten viele Opfer forderte und Hunderte von Wohnungen beschädigte oder zerstörte. Insgesamt 350 Arbeitskräfte wurden für Aufräum- und Beerdigungsarbeitern eingesetzt. Leichen-

¹⁰⁷⁷ Didzionic, S. 23–25.

¹⁰⁷⁸ Didzionic, S. 26.

bergung und Beerdigungsarbeiten erledigten vor allem 70 Kriegsgefangene, für die Trümmerbeseitigung wurden unter anderem 100 Ostarbeiter der Freia GmbH und 30 Polinnen eingesetzt.¹⁰⁷⁹

Ein letzter Einsatzbereich von Kriegsgefangenen im städtisch / staatlichen Sektor war 1945 die Friedhofsverwaltung, als dort vom 8. März bis 6. Mai 1945 acht französische und vier holländische Kriegsgefangene tätig wurden. Sie kamen aus Betrieben in Freiberg, die ihre Produktion angesichts von Versorgungsengpässen nicht mehr aufrechterhalten konnten, und waren nach Anordnung des Oberbürgermeisters wie deutsche Arbeitskräfte zu entlohnen.¹⁰⁸⁰ Auch diese Entwicklungen korrespondieren mit den Darlegungen in Kapitel 2 über die sich auflösende deutsche Wirtschaft in den letzten Kriegsmonaten.

Freiberg war nicht nur der Sitz des sächsischen Oberbergamts, sondern hatte auch eigene Erzgruben, die zur Sachsenerz Bergwerksgesellschaft mbH gehörten, später als Sachsenerz AG geführt. Zwei ihrer Betriebsstandorte – Himmelfahrt-Fundgrube mit den zwei Schächten Reiche Zeche Richtschacht und David-Schacht, sowie die Zinnhütte Freiberg – gehörten zum Bergrevier Freiberg.¹⁰⁸¹ Insgesamt 997 Fremdarbeiter aller Kategorien wurden in beiden Schächten während der Kriegszeit beschäftigt. Die ersten kamen im Juni 1940 bei den beiden Bleierzschächten zum Einsatz (Ungarn, Belgier). Als Kriegsgefangene beschäftigte man ab 1. Januar 1941 97 Franzosen, die bereits Ende Mai wieder abgezogen wurden. Ihre Stellen nahmen 149 Volksdeutsche (aus Slowenien) ein, die zumeist bis Kriegsende blieben. 122 Ostarbeiter wurden ab 5. Juli 1943 zugewiesen.¹⁰⁸² Sie blieben aber ebenfalls nicht sehr lange, denn am 30. Oktober 1943 wurden sie von 344 britischen Kriegsgefangenen abgelöst. Am 1. März 1945 lag der Zwangsarbeiteranteil (Kriegsgefangene) mit 250 Personen bei gut 27 Prozent der Gesamtbelegschaft. Insgesamt wurden in der Grube Himmelfahrt-Fundgrube zeitweise mindestens 573 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter eingesetzt.

In der zweiten Freiburger Grube, der Zinnhütte Freiberg, waren insgesamt 203 Fremdarbeiter verschiedener Kategorien beschäftigt. Zunächst kamen Italiener, Polen und einige Tschechen. 26 Ostarbeiter wurden ab dem 28. Juni 1942 beschäftigt, jedoch – ähnlich wie in anderen Schächten – nur wenige Monate später wieder versetzt, um von 148 sowjetischen Kriegsgefangenen abgelöst zu werden. Sie waren im betriebseigenen Lager (Silberhofstraße 51) untergebracht. Einige der Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen arbeiteten sogar bis Kriegsende bei der Zinnhütte. Aus Angaben zur Durchschnittsbelegschaft der Zinn-

¹⁰⁷⁹ Didzionicit, S. 30 f.

¹⁰⁸⁰ Didzionicit, S. 27.

¹⁰⁸¹ Der Erzbergbau umfasste 17 Bergwerksanlagen, zum Teil mit jeweils mehreren Schächten, siehe Bergwerksverzeichnis des Oberbergamtes Freiberg 1941/1942, https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/jahrfdab_114948747-19410000.

¹⁰⁸² Der Betrieb gab vor dem Einsatz der Ostarbeiter einen Betrag von 40.000 RM an, der zu ihrer Einarbeitung benötigt werde, „bis diese Arbeitskräfte nutzbringend und produktiv [...] eingesetzt werden können“, zitiert in: Didzionicit, S. 35. Dieses gelang offenbar nicht, ebenso wie es zumeist nicht im Steinkohlebergbau der Fall war, so dass darin vermutlich der Grund für die relativ schnelle Ersetzung der Ostarbeiter zu suchen ist.

hütte von circa 150 Beschäftigten ergibt sich, dass es wohl immer wieder Verlegungen von sowjetischen Kriegsgefangenen gegeben haben muss, ebenso wie die Versetzung auch einiger Ostarbeiter in die Hütte während des Krieges.¹⁰⁸³

Ende 1945 forderten Befehle der SMAD (siehe genauer Kapitel 4 und 8) die Ermittlung von Bürgern alliierter Staaten auf dem jeweiligen Territorium. Für den Kreis Freiberg übermittelte die Kreisverwaltung am 1. Februar 1946 die entsprechenden Ergebnisse. Danach hatte es im Kreis Freiberg von 1939 bis 1945 insgesamt 7.757 Ausländer gegeben, darunter 2.507 Kriegsgefangene, 4.807 verschleppte Bürger (Zivilisten) und 443 Flüchtlinge. Unter den jeweiligen Gruppen waren 749 sowjetische Kriegsgefangene (jeweils als sowjetische, ukrainische, weißrussische, lettische und litauische Staatsangehörige verzeichnet), 2.307 sowjetische Verschleppte (wie oben verzeichnet) und 169 sowjetische Flüchtlinge (wie oben verzeichnet). Die Zahl der Verstorbenen (für alle Erfassten) gab die Meldung des Kreisrates mit 58 an.¹⁰⁸⁴

Kapitel 7: Zwangsarbeit(er) und Abwehrbeauftragte / Werkschutz in den Betrieben: Sicherheit, Repression und Selbstbehauptungsmöglichkeiten

Polen- und Ostarbeitererlasse

In den vorigen Kapiteln 5 und 6 haben wir uns ausführlich mit dem Gesamtzusammenhang von Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit in den Regionen Chemnitz-Zwickau, Leipzig und Dresden beschäftigt und dabei beim Ausländereinsatz besonderes Augenmerk auf die am meisten diskriminierten und ausgebeuteten Gruppen gelegt. Zwei Aspekte haben wir dabei zunächst weitgehend ausgelassen, die nun regionalübergreifend für ganz Sachsen abgehandelt werden sollen: Das Sicherheitsregime in den Firmen in Gestalt von Abwehrbeauftragten und Werkschutz sowie Reaktionsmöglichkeiten der ausländischen Arbeitskräfte auf den konkreten Zwangsarbeitseinsatz.

Wie bereits in Kapitel 1 dargelegt, war der Ausländereinsatz im Deutschen Reich zwischen Pragmatikern und Ideologen in der NS-Führung immer politisch umstritten. Einigkeit herrschte jedoch bei allen Gruppen in der NS-Führung dahingehend, dass – gleichgültig ob eher aus kriegswirtschaftlichen oder rassistischen Gründen – Sicherheitsaspekten eine große Rolle zukam. Daher sollen im Folgenden diese Aspekte für die oben genannten Regionen

¹⁰⁸³ Didzioneit, S. 37.

¹⁰⁸⁴ Siehe Haritonow, Sowjetische Militäradministration, S. 200 und 216, sowie Alexander Haritonow, Zur Geschichte der Suche nach Vermissten, in: Für die Lebenden, S. 76–85, hier S. 79. Die sowjetischen Staatsangehörigen waren unter den jeweils fünf in Klammern genannten Termini erfasst.

(wobei ein Schwergewicht auf der von uns besonders intensiv untersuchten Region Chemnitz / Zwickau liegt) unter drei Gesichtspunkten näher untersucht werden:

Wie wurden die diskriminierenden Erlasse für Polen und Ostarbeiter sicherheitspolitisch umgesetzt? Wie wurden die Abwehrbeauftragten in den Betrieben wirksam? Und welche Möglichkeiten gab es für ausländische Beschäftigte, trotz der Bedrohung durch die Abwehrbeauftragten und die rigiden Strafbestimmungen des NS-Regimes Einfluss auf den Arbeitseinsatz und zumindest in Ansätzen Akte der Selbstbehauptung zu leisten?

Die brutalste und – zumindest unter den damaligen kriegsbeteiligten Staaten – einmalige Festlegung war sicherlich, dass die Kontaktverbote zwischen Zwangsarbeitern und deutscher Bevölkerung im Verbot des Geschlechtsverkehrs kulminierten, der immer mit der Todesstrafe für ausländische osteuropäische männliche Delinquenten verbunden war und für osteuropäische Frauen und Deutsche mit KZ-Haft enden sollte (siehe auch Kapitel 1 und 2).¹⁰⁸⁵ In manchen Fällen kam es jedoch „nur“ zur Entlassung der beteiligten deutschen Frau, wie am 16. April 1943, als einer Mitarbeiterin der Markranstädter Holzmaschinenwerke „wegen würdelosem unsittlichem Verhalten“ fristlos gekündigt wurde.¹⁰⁸⁶

Bereits früh hatte Himmler Erlasse herausgegeben, welche Sonderbestimmungen im Fall schwerer Verfehlungen, nicht nur in Bezug auf Geschlechtsverkehr mit Deutschen, für Polen und Ostarbeiter zu gelten hatten. In dem einschlägigen Runderlass von Reichsführer-SS Heinrich Himmler vom 20. Februar 1942 wurde die Bestrafung der männlichen Ostarbeiter als „Sonderbehandlung“ bezeichnet und musste beim RSHA beantragt werden. Im Zustimmungsfall sollte, so wurde in Abschnitt III, Nr. 5 ausgeführt, die Hinrichtung durch den Strang erfolgen: „Die Sonderbehandlung erfolgt durch den Strang. Sie soll nicht in unmittelbarer Umgebung des Lagers stattfinden. Eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet [besetzte Teile der Sowjetunion, A.d.A.] soll der Sonderbehandlung beiwohnen; ihnen ist dabei der Tatbestand, der zur Sonderbehandlung führt, warnend bekanntzugeben.“ Möglich war auch, die Hinrichtung „aus Gründen der Lagerdisziplin ausnahmsweise“ im Lager durchzuführen.¹⁰⁸⁷ Am 6. Januar 1943 erließ Himmler eine weitere geheime „Durchführungsbestimmung für Exekutionen“. Es war vorgeschrieben, dass Deutsche in der Regel im nächstgelegenen KZ hinrichten seien. Die Exekutionen von Ausländern sollten jedoch „aus Abschreckungsgründen auch in der Nähe des Tatortes“ erfolgen. Vorgesehen war weiterhin, dass Angehörige derselben Volksgruppe im Fall von Polen und Ostarbeitern „am Galgen vorbeizuführen und auf die Folgen eines Verstoßes gegen die gegebenen Vorschriften hinzuweisen“ waren. Die Hinrichtungen sollten nach Möglichkeit von Angehörigen derselben Volksgruppe

¹⁰⁸⁵ Mai, S. 33. Eine weitergehende Weisung von SS-Chef Himmler, die jeden Geschlechtsverkehr Deutscher mit Ausländern verbot, wurde nie umgesetzt.

¹⁰⁸⁶ Zitiert in: Hesse, Teil II, S. 60. Dass auch weiterhin Frauen die Haare geschoren wurden, wie er schreibt, ist jedoch nicht belegt, denn das war von Hitler bereits 1941 verboten worden.

¹⁰⁸⁷ Runderlass des RFSSuChdDtPol im RMdI vom 20. Februar 1942 „Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten“, in: <https://www.ns-archiv.de/imt/ps3001-ps3200/3040-ps-php>, siehe auch Kapitel 2.

durchgeführt werden, die dafür – etwa im KZ – drei Zigaretten erhielten. Die Totenscheine mussten ohne Nennung der Todesursache ausgestellt werden. Bei Ausländern übernahm das RSHA die Unterrichtung der Angehörigen, bei Ostarbeitern erhielt jedoch nur das Arbeitsamt die Mitteilung, dass eine Weitergabe der Todesursache – etwa an den bisherigen Betrieb – zu unterbleiben habe. Schließlich regelte der Erlass auch den Verbleib der Leiche. Sie konnte verbrannt oder an die Anatomie-Abteilung von Universitäten abgegeben werden. Falls dies als zu teuer erschien, konnte der Leichnam auch auf einem „Judenfriedhof oder in der Selbstmördercke eines großen Friedhofs“ auf Kosten der SS bestattet werden.¹⁰⁸⁸

Es ist nicht bekannt, wie viele Polen beziehungsweise Ostarbeiter tatsächlich nach diesen Bestimmungen in den von uns dargestellten Regionen hingerichtet worden sind. Für die in unserer Studie besonders intensiv untersuchte Region Chemnitz sind bislang nur wenige solcher Fälle bekannt. So wurde offenbar am 16. April 1941 ein polnischer Landarbeiter aufgrund eines solchen Vorwurfs (Verhältnis mit einer Deutschen) in Oberfrohna im Gemeindewald hingerichtet.¹⁰⁸⁹ In der Gemeinde Cranzahl i. E. wurde am 29. Juli 1941 ein anderer Pole erhängt, der bei einem Bauern beschäftigt gewesen war. Es wurden dazu alle Polen aus der Umgebung herbeigeschafft, um der Hinrichtung beizuwohnen, die offenbar abschreckend wirken sollte. Der Hingerichtete war ursprünglich wegen „Arbeitsverweigerung“ festgenommen worden. Bei der Durchsuchung seiner Sachen fiel dem Bauern eine Fotografie einer Deutschen in die Hand und er meldete dieses der Gestapo. In der anschließenden Untersuchung wurde dann eine angeblich versuchte Vergewaltigung ermittelt.¹⁰⁹⁰

Für den Bereich Nordwestsachsen ist die Hinrichtung eines polnischen Arbeiters in Alt-Oschatz in der Nähe von Oschatz belegt. Zur Abschreckung hatte SS-Chef Himmler befohlen, polnische Arbeiter nach der Hinrichtung unter Führung des jeweiligen Ortsbürgermeisters an dem Gehängten vorbeizuführen¹⁰⁹¹, wie es etwa später in Himmlers Erlass vom 20. Februar 1942 für Ostarbeiter auch vorgesehen war. Der Pole sollte – entsprechend den Erlassen Himmlers vom 8. März 1940 – „wegen Geschlechtsverkehrs mit einer Deutschen“, wie es in der Anweisung des Landrats von Oschatz an die Ortsbürgermeister von 17 Städten und Orten hieß, nicht-öffentlich in einer Sandgrube hingerichtet werden. Die männlichen „P-Zeichen-Trä-

¹⁰⁸⁸ Erlass abgedruckt in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 246–249.

¹⁰⁸⁹ Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 417, mit Hinweis auf entsprechende Unterlagen im Kreisarchiv Glauchau. So wandte sich die Staatspolizeistelle Chemnitz in einem Schreiben vom April 1941 an das Standesamt Oberfrohna und bat um Beurkundung des Sterbefalles. In dem Schreiben ist nur von „verstorben“ die Rede. Auf der Rückseite ist vermerkt, dass es sich um eine Hinrichtung gehandelt haben soll, Landkreis Chemnitzer Land, Kreisarchiv Glauchau, Sig. O AS 1537, Kriegssterbefallanzeigen 1938–1944, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 638.

¹⁰⁹⁰ Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 589 und S. 700, mit Hinweis auf die entsprechende Ortschronik, in der auch die Erinnerung eines Schuldirektors im Nachbarort Sehma enthalten ist, der auf diese Hinrichtung eingeht. Es kam hier sicherlich die Polen-Verordnung in Anwendung, die Beziehungen zu deutschen Frauen mit dem Tod bedrohte, siehe hierzu Kapitel 9, Tabelle, Verfahren Nr. 1595.

¹⁰⁹¹ Mai, FN 24 S. 33.

ger“ sollten unter Führung der jeweiligen Bürgermeister nach der Hinrichtung an dem Gehängten vorbeigeführt werden.¹⁰⁹²

Wie schon in Kapitel 4 ausgeführt, sahen die Bestimmungen für verbotenen Geschlechtsverkehr mit Ausländern, in diesem Fall Kriegsgefangenen, auch eine Bestrafung deutscher Frauen vor, in der Regel mit KZ-Haft. In einem Fall in Olbernhau war von der örtlichen Polizei 1943 eine sexuelle Beziehung zwischen einem französischen Kriegsgefangenen und einer Deutschen ermittelt worden. Dieses wurde zuständigkeitshalber der Gestapo Chemnitz mitgeteilt. In ihrer Antwort wies die Gestapo den Bürgermeister von Olbernhau an, diese Frau zur Gestapo nach Chemnitz zu überstellen und nach den bürokratischen Vorschriften noch zwei Durchschläge der oben genannten Anzeige mitzuschicken.¹⁰⁹³

Die Oschatzer Kreiszeitung veröffentlichte am 7. Januar 1944 einen Artikel unter der Überschrift „Ehrvergessene Frauen“. Dieser berichtete dabei von einer Sitzung des Sondergerichts Leipzig in Oschatz selbst, in der mehrere Verfahren gegen Oschatzer Frauen wegen verbotener Beziehungen zu Kriegsgefangenen verhandelt wurden. Die Frauen mussten sich verantworten, „weil sie in einer Weise Umgang mit Kriegsgefangenen gepflogen hatten, der dem gesunden Volksempfinden gröblich widerspricht“, wie es im Bericht hieß. Mehrere der Frauen erhielten Zuchthausstrafen von 16 Monaten bis zu zweieinhalb Jahren, welche in einem Fall auch im KZ Ravensbrück vollzogen wurde; einige Frauen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Alle Namen der Verurteilten wurden – offenbar zur Abschreckung – in dem Artikel offen genannt.¹⁰⁹⁴

¹⁰⁹² Schreiben des Landrates von Oschatz vom 18. Februar 1942, abgedruckt in: Heß, Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945, Abb. 35 S. 156. Im Original ist als Ort Altoschatz genannt, gemeint wohl Alt-Oschatz.

¹⁰⁹³ Abschrift der Schreiben des Bürgermeisters Olbernhau an Gestapo Chemnitz vom 17. Juni 1943 und Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz, an den Bürgermeister von Olbernhau vom 21. Juni 1943, Stadtverwaltung Olbernhau, o.Sig., S. 35, 36, wiedergegeben in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 672.

¹⁰⁹⁴ Der Artikel ist wiedergegeben bei: Teumer, S. 8. Dass solche Warnartikel mit Sicherheit weit verbreitet waren, zeigen auch Presseberichte der Mitteldeutschen National-Zeitung, die von einer Gruppe von FSJlern in der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle 2008 ausgewertet wurden. Auch darin wurden alle Frauen mit persönlichen Daten genannt und als „ehrvorgessen“ denunziert, siehe Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt / Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale) (Hg.), „...das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzt“. „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“ im Sondergerichtsbezirk Halle (Saale), Halle ²2012, S. 35–37. Dort ist auch eine Reihe von Beispielen für Verurteilungen wiedergegeben. Um die Unsicherheit im Umgang mit Kriegsgefangenen abzubauen, hat die Mitteldeutsche National-Zeitung am 8. Oktober 1943 einen Artikel unter dem Titel „Wann ist der Umgang mit Gefangenen strafbar?“ veröffentlicht, Artikel abgedruckt in: ebenda, S. 38. Unter den politischen Strafverfahren des Sondergerichts Halle bildete der „Verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen“ neben dem „Heimtücke-Gesetz“ und den „Rundfunkverbrechen“ die dritte wichtige Kategorie, ebenda, S. 15 f.

Abwehrbeauftragte / Werkschutz

Um die Sicherheit in den besonders sensiblen Betrieben (in der Regel kriegswichtige Betriebe) zu gewährleisten, waren diese spätestens nach Kriegsbeginn verpflichtet, einen Abwehrbeauftragten zu ernennen. Die Gestapo erließ hierzu 1939 „Richtlinien für die sicherheitspolitische Tätigkeit der Abwehrbeauftragten.“ Die solchermaßen ernannten Mitarbeiter der Betriebe fungierten dabei als Hilfsorgane der Gestapo. Gleichzeitig waren die Abwehrbeauftragten auch nach Vorgaben der jeweiligen Rüstungsinspektion beziehungsweise des Rüstungskommandos gesamtverantwortlich für den Werkschutz innerhalb des Betriebs. Ab 1941 / 1942 wurde eine direkte Zusammenarbeit mit der Gestapo eingeführt.¹⁰⁹⁵

Abwehrbeauftragte wurden vom RSHA durch die örtliche Stapo-Leitstelle ernannt¹⁰⁹⁶. In den folgenden Abschnitten wollen wir uns beispielhaft für ganz Sachsen mit deren Tätigkeit im Raum Chemnitz, insbesondere den Astra-Werken, befassen. Aus dem folgenden Schreiben vom 29. November 1941, das vom Abwehrbeauftragten der Wanderer-Werke, dem Betriebsdirektor Ewald Renger, unterschrieben war, ergeben sich Aufgaben und Pflichten der Mitarbeiter des Abwehrbeauftragten beziehungsweise der Werkschutzmänner (Abb. 55).

In der Regel schlugen die Betriebe, wenn die Funktion des Abwehrbeauftragten nicht vom Betriebsleiter selbst übernommen wurde, stellvertretende Betriebsleiter oder andere relativ hochrangige Mitarbeiter vor. Diese waren zum Beispiel in Chemnitz¹⁰⁹⁷:

Firma Hilscher: Dr. Steinmüller; Sächsische Webstuhlfabrik: Dr. Wildeck; Auto Union: Direktor Adolf Wacker und stellvertretender Direktor Svandrlik; Firma Reinecker: Karl Gut; Gebr. Langer: Max Langer; Firma Haubold: Oberingenieur Lungen; Firma Krautheim: Direktor Wagner; Firma Hamel: Joh. Hamel; Maschinenfabrik Kappler AG: Direktor Bernhard Dost; Firma Schubert & Salzer: Oberingenieur Hofmann; Städtisches Gaswerk: Direktor Vater; Städtisches Elektrowerk: Baurat Zschoch; Wanderer-Werke: Direktor Ewald Renger; Astra-Werke: Fritz Kluge, Stellvertreter Ernst Seyfried.

Die in den Betrieben ernannten Abwehrbeauftragten waren sowohl dem für Abwehr zuständigen Mitarbeiter des Rüstungskommandos Chemnitz (hier Major Lemke) als auch direkt der Gestapo-Stelle Chemnitz verantwortlich. Dort war zuletzt Oswald Walter Bahr als Major der Abwehr mit Dienstsitz in der Kaßbergstraße 22 für folgende Aufgaben zuständig: Kontrolle der Sicherheit der Betriebe, Organisation der Werkspolizei, Verhinderung von Spionage und Sabotage, Führung der Abwehrbeauftragten in den Betrieben.

¹⁰⁹⁵ Daher wurde die Tätigkeit als Abwehrbeauftragter insbesondere von den sowjetischen Sicherheitsorganen im Allgemeinen als Gestapo-Tätigkeit gewertet, was zu vielen sowjetischen Strafprozessen in der Nachkriegszeit führte. Wir beschäftigen uns damit ausführlicher in Kapitel 9.

¹⁰⁹⁶ Die Ernennung erfolgte vom Chef der Sipo und des SD im RSHA auf der Grundlage eines Erlasses des Beauftragten für den Vierjahrplan Reichsmarschall Göring vom 7. Dezember 1937 und verwies gleichzeitig auf die schon genannten Richtlinien der Gestapo von 1939.

¹⁰⁹⁷ Die folgenden Ausführungen nach: Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZD 55 / 0362. Eine Reihe von Abwehrbeauftragten wie auch Werkschutzangehörigen ist nach 1945 für Verbrechenhandlungen während ihrer Tätigkeit von deutschen wie sowjetischen Gerichten verurteilt worden, siehe hierzu Kapitel 9.

№ 001292 A

Erklärung.

I. Ich verpflichte mich, die mir im Interesse der Landesverteidigung gegebenen Anweisungen zur Geheimhaltung gewissenhaft und treu zu befolgen. Dazu gehört im besonderen:

1. Ich habe über alles, was mir als geheimhaltungsbedürftig im Interesse der Landesverteidigung bezeichnet oder bekannt wird, gegenüber Unbefugten zu schweigen. Diese Schweigepflicht besteht auch nach meinem Ausscheiden weiter.
2. Mir ist ausdrücklich verboten, Unbefugten Einblick in geheime Wehrmachtfertigung und deren Unterlagen zu geben oder sonstige mündliche und schriftliche Angaben zu machen, die Rückschlüsse auf geheimzuhaltende Wehrmachtangelegenheiten ermöglichen.
Unbefugt ist, wer nicht dem mir bekannten Mitarbeiterkreis angehört.
3. Ich darf ohne Erlaubnis der Betriebsführung keine Gegenstände der Wehrmachtfertigung (auch Auswurf), Geschäftspapiere, Zeichnungen oder sonstige Unterlagen (Entwürfe, Fehldrucke, Wäpfaulen usw.) geheimer Art mir aneignen oder auch nur vorübergehend aus dem Betrieb mitnehmen.
4. Ich darf ohne Erlaubnis der Betriebsführung keine Vervielfältigungen, Abschriften, Lichtbilder, Zeichnungen usw. von Geheimmaterial anfertigen; das Gleiche gilt auch für die Betriebsanlagen als solche.
5. Ich verpflichte mich, meinen Ausweis weder zu verpfänden, noch anderen unbefugt zu überlassen. Einen etwaigen Verlust habe ich sofort zu melden. Beim Ausscheiden aus dem Betriebe habe ich den Ausweis unverzüglich der Betriebsführung zurückzugeben.
6. Eine etwa beabsichtigte Auslandsreise habe ich 7 Tage vor Antritt der Betriebsführung anzuzeigen, ausgenommen die Fälle, in denen nachweisbar diese Frist nicht eingehalten werden kann (Todesfall, schwere Erkrankungen usw.).

II. Ich verpflichte mich, jedes Anzeichen von Landes- oder Hochverrat einschließlich Zersetzungpropaganda, Spionage, Sabotage (Wehrmittelbeschädigung) unverzüglich dem Betriebsführer oder der mir von ihm für den Empfang solcher Nachrichten als zuständig bezeichneten Stelle zu melden.
Der gleichen Stelle habe ich mitzuteilen, wenn ich von irgendeiner Seite aufgefordert werde, über geheimhaltungsbedürftige Wehrmachtangelegenheiten Auskunft zu geben oder Ermittlungen anzustellen.
Mir ist ausdrücklich bekanntgegeben:
Die unter I und II mir auferlegten Verpflichtungen sind von der Reichsregierung zur Sicherung der Landesverteidigung erlassene Gebote und Verbote im Sinne des § 92 b RStGB.

III. Das Beschädigen oder Unbrauchbarmachen von Maschinen, Werkzeugen oder sonstigen Anlagen und Einrichtungen wird nach den gesetzlichen Bestimmungen über Wehrmittelbeschädigung (Sabotage) bestraft. Auch schlechte Arbeitsausführung an Wehrmachtsgerät kann Bestrafung wegen Wehrmittelbeschädigung nach sich ziehen. Die Nichtbeachtung dieser Verpflichtungen hat schärfste Bestrafung zur Folge. Die Strafen reichen je nach der Lage des einzelnen Falles von der fristlosen Entlassung über Geldstrafe, Gefängnis und Zuchthaus bis zur Todesstrafe.

IV. Die Gesetze, nach deren Bestimmungen diese Strafen verhängt werden, sind mir — z. T. im Auszug — mit der Anweisung ausgehändigt worden, mich mit ihrem Inhalt vertraut zu machen.

Hermann Hebrant den *19. Nov.* 19*44*

Strafgesetzbliche Bestimmungen Nr. *10806* erhalten.

.....
Unterschrift. *H. Hebrant* Unterschrift. *H. J. Klempner*
Laura der Leibesbesitzung

Form. 1. 15. 10. 41. Nr. 1401.

Abb. 55: Verpflichtungserklärung eines Angehörigen des Werkschutzes¹⁰⁹⁸

Für die Bewachung der als besonders gefährlich eingestuften Polen, Ostarbeiter und sonstigen Beschäftigten aus Osteuropa gab es einen eigenen Werkschutz, insbesondere, da diese Gruppen in werkseigenen Lagern untergebracht waren. In einer Anweisung der Gestapo Chemnitz für Wachmänner (vom 28. Mai 1942), diesmal bei der Felix Oswald AG Grüna, wurden die sicherlich für alle Lager geltenden Pflichten und Aufgaben des Wachpersonals festgehalten. So bestimmte Punkt I, dass Ostarbeiter streng getrennt von allen anderen ausländischen Arbeitern und deutscher Bevölkerung untergebracht werden mussten und nur in Kolonnen, begleitet von Wachpersonal, das Lager verlassen konnten. Dann folgte der Hinweis auf die Kennzeichnungspflicht mit dem Ostarbeiteremblem. Der nächste Punkt erklärte eindeutig, dass Ostarbeiter außer im Arbeitsprozess keinerlei Kontakt mit anderen Gruppen haben durften. Unter Punkt II „Dienstbetrieb“ ist unter anderem festgelegt, dass Wachmänner niemals allein Dienst tun durften. In besonders wichtigen Fällen (Vorkommnissen) musste der Wachdienstleiter die Gestapo informieren oder einschalten. Jeder Wachmann war gegenüber jedem Ostarbeiter zur Zurückhaltung aufgefordert, sollte weder ungerecht sein noch jemanden bevorzugen. Wie bei sowjetischen Kriegsgefangenen auch, durfte jeder Widerständigkeit eines Ostarbeiters mit schonungslosem Waffengebrauch begegnet werden. Bei Fluchten war sofort von der Waffe Gebrauch zu machen „mit der festen Absicht, zu treffen“. Ansonsten galten die allgemeinen Waffengebrauchsvorschriften der Polizei.¹⁰⁹⁹

Der dritte Abschnitt regelte die Aufnahme der Ostarbeiter. Die Lagerverwaltung hatte eine Personalkarte mit allen notwendigen Angaben zu den einzelnen Ostarbeitern zu führen. Abschnitt IV bestimmte abschließend die verschiedenen Strafarten. Bei Ungehorsam im Lager oder Betrieb gegenüber deutschen Vorgesetzten / Wachmännern standen als Strafen zur Verfügung: „1. Ordnungsübungen nach Ende der Arbeitszeit. 2. Zuteilung zum Strafrupp. 3. Entziehung der warmen Tagesverpflegung bis zu drei Tagen in der Woche. 4. Arrest auf die Dauer von höchstens drei Tagen.“ Als Erklärung ist angeführt, dass bei „nachlässig(er) oder träg(er)“ Arbeit der Strafrupp mit Entzug aller Vergünstigungen in Frage komme. „Die Arreststrafe wird in der Strafzelle bei Entzug der Arbeit, der Bewegung im Freien und des Bettlagers sowie unter Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot vollzogen.“ Der letzte Absatz legte fest, dass jede Bestrafung im Strafbuch festzuhalten und die Gestapo darüber zu informieren sei.¹¹⁰⁰ Man kann sich rasch klarmachen, was zum Beispiel ein solcher Arrest für die sowieso schon geschwächte körperliche Konstitution der Ostarbeiter bedeuten musste.

¹⁰⁹⁹ Todesfälle bei Fluchten, wenn etwa der Flüchtige erschossen worden war, mussten nur der Gestapo mitgeteilt werden. Die Staatsanwaltschaft, die eigentlich über Todesfälle informiert werden musste, war ausgeschaltet. Eine offizielle Beerdigung war auch ausgeschlossen, die Leiche sollte auf dem nächstgelegenen Friedhof „in den Abendstunden“ beerdigt werden, Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 18. September 1942, Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Glösa, Nr. 343, Bl. 12, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 481.

¹¹⁰⁰ Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz, Muster für Anweisung an die Wachmänner, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126, o. Bl. Zu der im Bereich des Rüstungskommandos Chemnitz üblichen Strafpraxis siehe Lukat, S. 322–324.

Diesem Muster für Wachmänner war ein allgemeines zweiseitiges Anschreiben an die Betriebe vorangestellt, in dem die Gestapo Chemnitz erläuterte, welche aus ihrer Sicht besonderen Gefahren mit dem Ostarbeitereinsatz verbunden seien. Es kam der Gestapo vor allem darauf an, dass Ostarbeiter über das für die Produktion notwendige Maß hinaus möglichst keine Kontakte mit der deutschen Bevölkerung hatten. Grundsätzlich seien sie ständig zu überwachen. Die Betriebe wurden darauf hingewiesen, dass für alle Vorkommnisse die jeweilige Gestapo-Stelle zuständig sei oder durch die örtliche Polizei informiert werden müsse. Fluchten seien so zu behandeln wie Fluchten von Polen.¹¹⁰¹

In einem weiteren Schreiben der Staatspolizeistelle Chemnitz etwa einen Monat später präziserte diese die Zuständigkeit bei der Bewachung der Lager aufgrund des „anhaltende(n) starke(n) Zugang(s) aus den altsowjetischen Gebieten.“ Für Lager bis 50 Personen wurden nunmehr für die Betriebsabnahme und Überwachung die örtlichen oder die Kreispolizeiamter zuständig. Bei größeren Lagern und denen in den Großstädten Chemnitz, Plauen und Zwickau oblag diese Aufgabe weiter den Stapo-Stellen. Die Staatspolizeistelle teilte weiter mit, dass nunmehr auch Postverkehr in die Reichskommissariate Ostland und Ukraine gestattet sei, wobei die Postkontrolle an der jeweiligen Grenze erfolgen solle.¹¹⁰²

Die Lagerleiter mussten, wie schon weiter oben erwähnt, von der Gestapo bestätigt werden. Werkschutzangehörige erhielten eigene Ausweise.

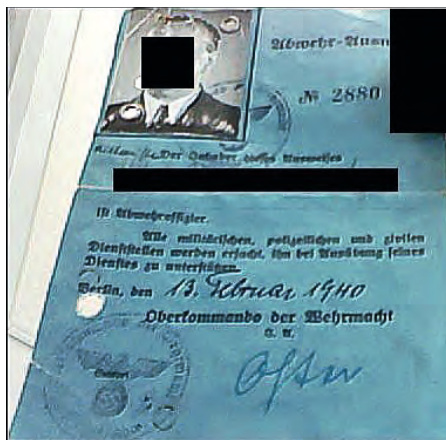


Abb. 56: Abwehrausweis für einen Betriebsangehörigen¹¹⁰³

¹¹⁰¹ Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 28. Mai 1942 (Abschrift), Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Glösa, Nr. 343, Bl. 6–7, dort auch auszugsweise das Muster für Wachmänner, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 474–476.

¹¹⁰² Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 23. Juni 1942, Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Glösa, Nr. 343, Bl. 5, in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 477. Entsprechend dieser Festlegung bat etwa der Bürgermeister von Olbernhau in einem Schreiben an die Staatspolizeistelle Chemnitz diese, für die beabsichtigte Erweiterung eines Ostarbeiterlagers mit 200 Personen einen Beamten zur Vorabbesichtigung des geplanten Lagerstandorts zu schicken, Stadtverwaltung Olbernhau, o.Sig., S. 75, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 671.

¹¹⁰³ Staatsarchiv Chemnitz, 39074, NS-Archiv des MfS, Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (Objekt 14), Nr. Obj. 14 ZD 55/0362.

Die Gestapo-Stelle Chemnitz war nicht nur für die Überwachung der Betriebe, sondern auch für deren Werkschutzleute zuständig. Es kam mehrfach zu Eingriffen der Gestapo und Anweisungen an die Betriebe, Werkschutzmänner zu entlassen, da sie offenbar als politisch unzuverlässig eingeschätzt worden waren. Bezeichnenderweise sollte dabei den Betroffenen der entscheidende Einfluss der Gestapo nicht bekannt werden.

Am 26. November 1943 erfolgte ein gleichgerichtetes Schreiben zur Entlassung des Werkschutzmannes Paul O., am 18. August 1944 ein Entlassungsschreiben bezüglich Alfred Theodor L. In letzterem ist ausdrücklich vermerkt, dass gegen eine Weiterbeschäftigung im Betrieb an anderer Stelle keine Bedenken bestünden. In anderen Fällen kamen Werkschutzmänner bei Verstößen gegen Bestimmungen milder davon. So wurden Ende März 1943 zwei Werkschutzmänner von Werk III der Astra-Werke dabei angetroffen, wie sie „im gemütlichen Kreis mit den Russenfrauen saßen“ statt sich im Wachlokal aufzuhalten. Beide kamen mit einer Disziplinarstrafe davon.¹¹⁰⁴

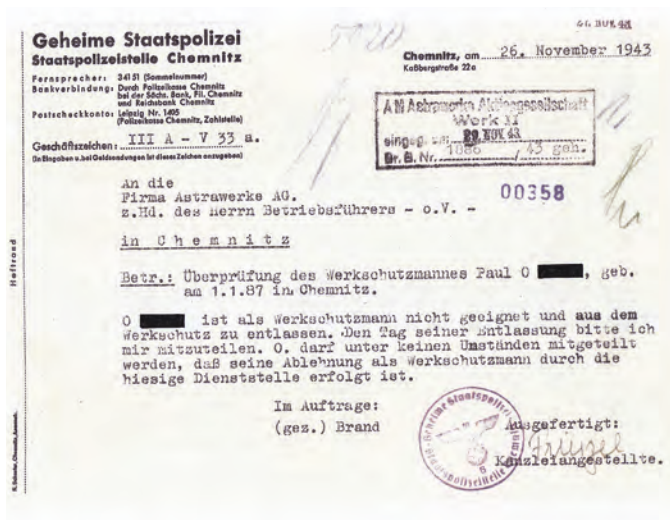


Abb. 57: Schreiben der Gestapo zur Überprüfung von Werkschutzangehörigen¹¹⁰⁵

Die Abwehrbeauftragten wurden in unregelmäßigen Abständen von der zuständigen Chemnitzer Stapo-Stelle angeschrieben, um auf Gefahren aus der Sicht der Sicherheitsbehörden – angeblich gezielte Agentenwerbung unter Ausländern beim Heimaturlaub – hinzuweisen, wie das Schreiben (Abb. 58) an die Fa. Bruno Winkler Pumpenfabrik belegt¹¹⁰⁶.

Knapp einen Monat später wandte sich die Gestapo an alle „Betriebsführer“, um die Einziehung von bei Fremdarbeitern eventuell vorhandenen Fotoapparaten zu veranlassen sowie

¹¹⁰⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 191.

¹¹⁰⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Nr. 191.

¹¹⁰⁶ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126.

an die regelmäßige Übersendung von Berichten aus den Fremdarbeiterlagern zu erinnern. Wiederum erfolgte ein Hinweis auf Sonderbestimmungen für Ostarbeiter (Abb. 59).

Ein anderes Indiz für besondere Sicherheitsmaßnahmen gegenüber Ostarbeitern ist ein Schreiben an die Fa. Bruno Winkler G.m.b.H. in Grüna (Abb. 60). Der Bürgermeister fordert von der Firma, ihre Ostarbeiter zum Fingerabdrucknehmen im Rathaus vorzuführen.¹¹⁰⁷

Abwehrbeauftragter und Werkschutzleiter der Astra-Werke war Fritz Kluge¹¹⁰⁸, geboren am 21. August 1896 in Zschopau. Schon vor 1933 war er in die NSDAP eingetreten und vor dem 1. Januar 1942 bereits im Betrieb als Mobilisierungs- und Abwehrbeauftragter tätig. Am 10. Juli 1941 erhielt er seine von Sipo- und SD-Chef Reinhard Heydrich unterzeichnete Ernennungsurkunde. Er bekam jetzt noch die Oberleitung des Werkschutzdienstes für das Hauptwerk und die Zweigwerke in die Hand. Stellvertretender Abwehrbeauftragter wurde der schon mehrfach erwähnte Direktor Ernst Seyfried. Offenbar haben beide Verantwortliche nach Einschätzung ihrer oben genannten fachlich vorgesetzten Dienststellen (Rüstungskommando und Stapoleitstelle Chemnitz) ihre Arbeit sehr gut verrichtet, denn am 2. November 1944 wurde beiden das Kriegsverdienstkreuz verliehen. Am 11. Januar 1945 gab es einen Wechsel in der Werkschutzleitung, als Betriebsführer Greve den Beschäftigten Geipel zum neuen Werkschutzleiter ernannte. Ob Kluge in seiner Position verblieb, geht aus der Akte nicht hervor.

Eines der zentralen Ziele beim Umgang mit Kriegsgefangenen und zivilen Ausländern, insbesondere Polen und Ostarbeitern, bestand darin, Abstand zu ihnen zu wahren, auch in den Astra Werken (siehe Abb. 61).

In gleicher Weise wurden in allen Betrieben entsprechende Aufrufe ausgehängt. Der Wachschatz der einzelnen Werke bekam von der Gestapo Chemnitz genaue Anweisungen, um Fluchten und um Bekanntschaften zwischen Deutschen und Ausländern zu unterbinden. Ausgänge im Betrieb sollten die Betriebsangehörigen einschüchtern und verkündeten daher harte Strafen bei Kontakten mit fremden Arbeiterinnen und Arbeitern (siehe weiter unten).

Die andere Seite der Medaille war eine besondere Bewachung dieser Personengruppen auch während des Arbeitseinsatzes. In einem Bericht vom 13. Oktober 1942 beklagte etwa der Werkschutzbeauftragte Kluge, dass die Wehrmacht ihrer Aufsichtspflicht in Werk II (wahrscheinlich ging es um sowjetische Kriegsgefangene) nicht ausreichend nachgekommen sei, nur einen Aufsichtsposten gestellt habe und einfach stattdessen zwei deutsche Arbeiter mit der Aufsicht betraut habe. Weiterhin monierte Kluge, dass Russen¹¹⁰⁹ in der Pause ohne (deutsche) Aufsicht geblieben seien. Diese seien einfach selbständig zum Frühstück gegangen.

¹¹⁰⁷ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126.

¹¹⁰⁸ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191. Die folgenden Ausführungen sind dieser Quelle entnommen, soweit nicht andere Quellen aus der Nachkriegszeit genannt werden.

¹¹⁰⁹ Vor allem sowjetische Kriegsgefangene wurden allgemein als Russen bezeichnet, ohne Berücksichtigung, ob sie tatsächlich ethnische Russen waren.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Chemnitz
III A - 1200/42g

Chemnitz, am 6. Oktober 1942

Geheim!

- 1.) Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB. in der Fassung des Gesetzes vom 24.4.1934 (RGBl. I S. 341 ff.)
- 2.) Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung GmbH. „Einfachreiben“.
- 3.) Empfänger haften für sichere Aufberechtung.

An den
Abwehrbeauftragten
der Fa. Bruno Winkler Pumpenfabrik
Herrn Felix Oswald
persönlich - o.V. -
in Gröna / Sa.
Am Bahnsteig 2

Betr.: Gegnerische Agenten unter ausländischen Arbeitern.

Ich teile zur vertraulichen Information folgendes mit:

Der ausländische Nachrichtendienst geht in seiner Taktik dazu über, unter ausländischen Arbeitern Agenten in Deutschland zum Ansatz zu bringen, die nicht nur, wie bisher, dazu angehalten werden, in Einzelfällen Sabotage-Akte zu verüben. Sie werden nunmehr zur erhöhten Arbeitsleistung angespornt, um so vertrauensselige Arbeitgeber in Sicherheit zu wiegen, mit dem Ziele, gegebenenfalls schlagartig eine größere Aktion auslösen zu können.

Die Werbung zur Agententätigkeit unter den ausländischen Arbeitern setzt unter Urlaubern und den wegen Krankheit bzw. zur Erholung in ihre Heimat beförderten Arbeitern ein. Als besonders für Agentenzwecke geeignet werden u.a. die zahlreich vertretenen Kellner vorgesehen, die aufgefordert wurden, die deutsche Sprache möglichst rasch zu erlernen, um dadurch produktive Arbeit im Sinne des gegnerischen Nachrichtendienstes zu leisten.

Ich bitte um besondere Beachtung dieses Hinweises und um unverzügliche Mitteilung bei einschlägigen Beobachtungen.

Weiter bitte ich, nach wie vor hierher Mitteilung zu geben, wenn von Gefolgschaftsmitgliedern Werksausweise verloren werden. Bei diesen Verlustfällen müssen jeweils eingehende abwehrpolizeiliche Ermittlungen angestellt werden.

(gez.) Dr. Thümler



Ausgefertigt:
Wagner
Kanzleiangestellte

W.

Abb. 58: Schreiben Stapo-Stelle Chemnitz an Abwehrbeauftragte über gegnerische Agenten

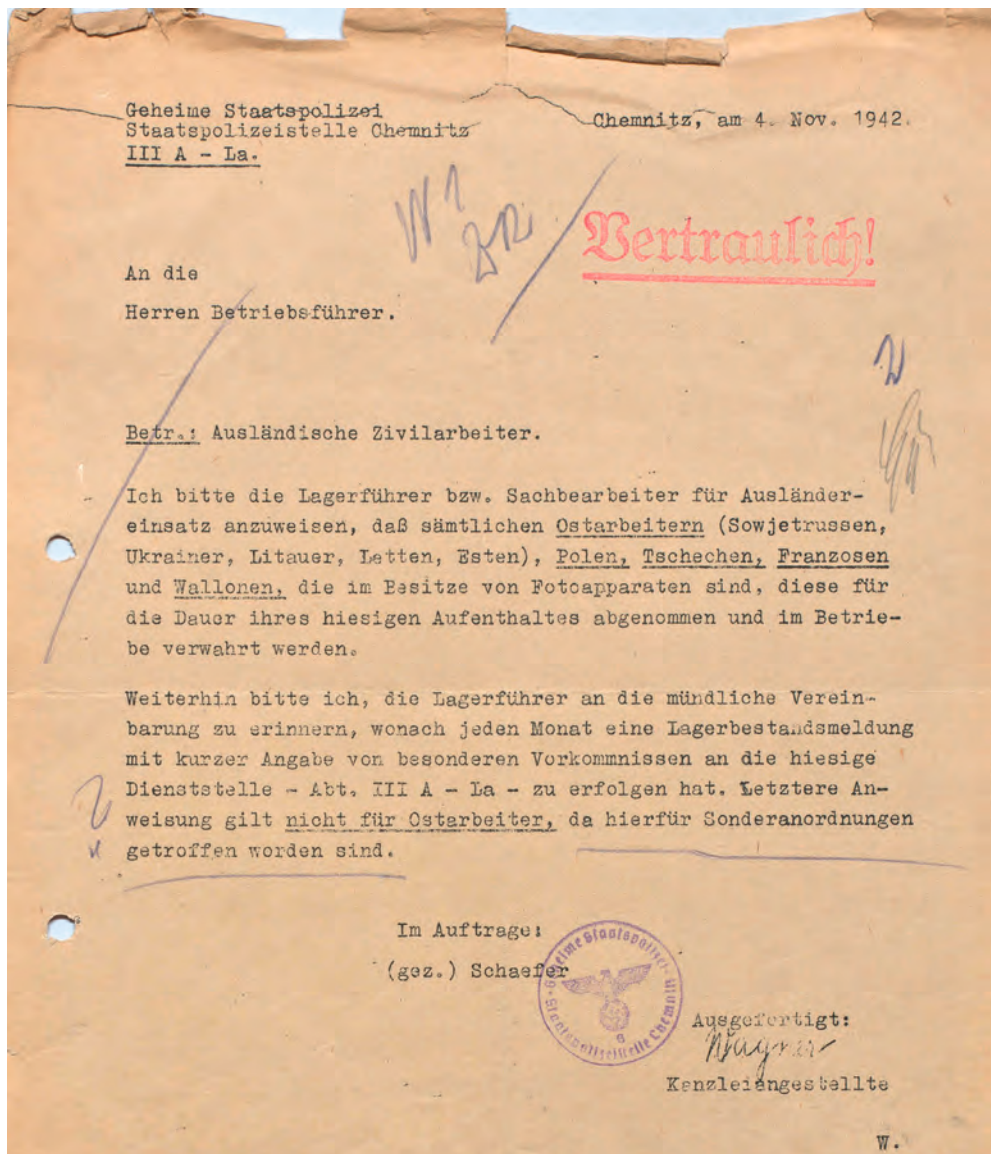


Abb. 59: Schreiben Stapo-Stelle Chemnitz an Betriebsführer über Berichtspflicht und Konfiskation von Fotoappa-
raten¹¹¹⁰

¹¹¹⁰ Staatarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126.

Grüna, den 13. Februar 1943.

Firma *an Montag*
 Bruno Winkler G.m.b.H.

Grüna
 Bahnsteig 2

Sie beschäftigen die Ostarbeiter

| | | | |
|----|------------------------|----|----------------------------|
| 12 | Sachar Trofimt schuk, | 30 | Stephan Pasjak, |
| 20 | Makar Salodkin, | 35 | Eystafy Wassilint schuk, |
| 17 | Alex Kasakow, | 1 | 9 Nikolai Wassilint schuk, |
| 5 | Iwan Matschikin, | 2 | 32 Taras Parajewskij, |
| 11 | Nikolai Nikimaew, | 2 | 40 Victor Dudka, |
| 1 | Dimitrj Tysatschny, | 40 | Anatolie Kohon, |
| 14 | Serge Hrischtschuk, | 29 | Andre Klak, |
| 2 | 15 Wasilij Pentzak, | 31 | Fedor Pasak, |
| 1 | 18 Andrej Farschtej, | 1 | 32 Jurij Tschischansky, |
| 1 | 20 Peter Netschay, | 2 | 12 Timofej Dudka, |
| 1 | 26 Pawel Waschenjak, | 2 | 7 Maxim Dudka, |
| | 3 Anton Dawhljow, | 2 | 13 Nikifor Jurijtschuk, |
| 1 | 28 Peter Parajewsky, | 45 | Romanow Pasjak, |
| 2 | 36 Jgnati Nahowitschk, | 39 | Michail Dowgij, |
| | 23 Fedor Dshus, | 1 | 8 Grigorj Malyschew. |
| 1 | 21 Nikolay Zisar, | | |
| 2 | 33 Wasily Ilnitzkiy, | | |
| 1 | 34 Nikolai Kirik, | | |

Von diesen russischen Zivilarbeitern habe ich Fingerabdrücke zu fertigen. Genannte Arbeiter sind zu diesem Zwecke im Rathaus - Meldeamt vorzuführen. Sie wollen dafür sorgen, daß die Ostarbeiter mit sauberen Händen an Amtsstelle erscheinen. Ich empfehle, den Zeitpunkt der Vorführung durch eine fernmündliche Rücksprache mit mir festzulegen.

an Montag 17. 2. 43. = 2 Nachmitt
 # 15. 36. 33. 30. 38. 10. 29. 12. 7. 13. 39. 41
 20. 2. 17. 5. 11. 3. ~~23.~~ = 6
 12

Montag 27. 2. 43 1/2 17 = 1 Nachmitt

an Donnerstag 4. 3. 43. = 1. Nachmitt
 # 1. 14. 18. 20. 26. 28. 21. 24. 9. 37. 8.
 23. 35. 40. ~~21.~~ 25.

Der Bürgermeister
an Montag

Abb. 60: Schreiben Bürgermeister von Grüna über Fingerabdrucknahme bei Ostarbeitern

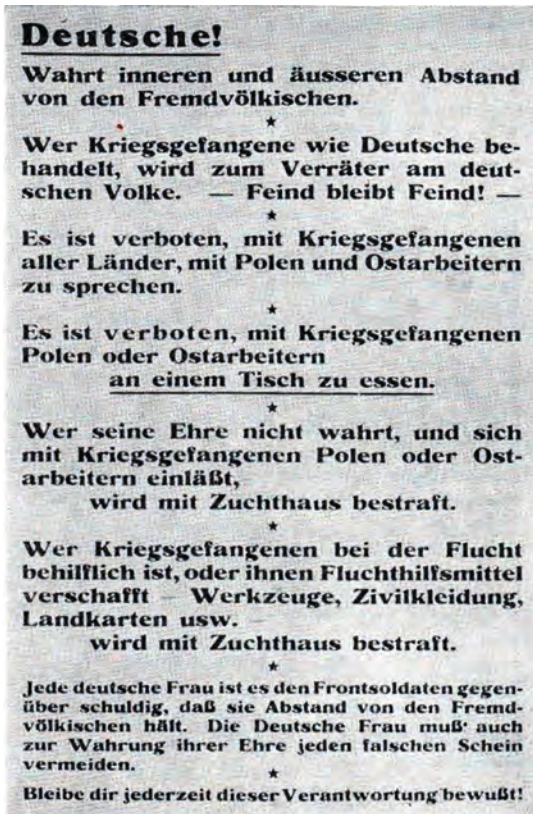


Abb. 61: Öffentliches Plakat zum Umgang mit Kriegsgefangenen¹¹¹¹

Auch ein in Werk II nicht genügend gesichertes Fenster wurde beanstandet und damit die Aussage verbunden, es sei nicht ausgeschlossen, „dass durch dieses Fenster einer der geflohenen vier Russen entkommen sein kann“. Eine andere Klage bezog sich darauf, dass das Rauchverbot auch für die Russen nicht überall eingehalten worden sei. Schließlich verlangte Kluge, nachts die Türen zu den Toiletten zu verschließen, weil eine vollständige Überwachung der Schafsäle sonst nicht möglich sei. Am 4. November 1943 monierte Kluge, dass russische Kriegsgefangene bei Klingelzeichen zur Pause selbständig Maschinen ausstellten. Diese Einmischung Kluges wurde aber von einem Meister zurückgewiesen. Einen Tag vorher hatte sich Kluge beschwert, dass Ostarbeiterinnen und deutsche Frauen dieselben Toiletten benutzen würden. In einem anderen Fall kritisierte Kluge, dass zwei Meister sowjetische Kriegsgefangene in einem Gang arbeiten ließ, wo auch Frauen (unklar welcher Nationalität) arbeiten mussten. Dass es auch Fälle gab, in denen Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen während der Nachtschicht schliefen, wurde dem Abwehrbeauftragten mitgeteilt, wie etwa Ende 1944.¹¹¹² Offenbar waren Disziplinarmaßnahmen seinerseits dagegen jedoch nicht möglich.

¹¹¹¹ Quelle: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 4, S. 361.

¹¹¹² Staatsarchiv Chemnitz, Best 31092, Astra AG, Nr. 191.

Besonders in den letzten Kriegsjahren war damit ein gewisser Kontrollverlust festzustellen, nicht nur innerhalb der Betriebe.¹¹¹³

Aus Eintragungen im Kontrollbuch und aus dem Schriftverkehr, den Kluge führte, geht hervor, dass im Betrieb ständige Bespitzelungen stattfanden und harte Strafen bei geringen Vergehen durchgesetzt wurden. So konnten etwa Frauen, die zu strengster Geheimhaltung verpflichtet wurden, dafür gewonnen werden, ihre Belegschaftsmitglieder gleich welcher Nationalität umfassend zu kontrollieren und etwaige Vorkommnisse dem Abwehrbeauftragten zur Weitermeldung an die Gestapo anzuzeigen.

Im Folgenden geben wir einige Beispiele für Bestrafungen, Disziplinierungen und Entlassungen bei der Astra AG wieder¹¹¹⁴:

- K., Karl, *28. Januar 1902, und M., Erich Walter, *20. Dezember 1904, erhielten 14 Tage Gefängnis bis 26. August 1942, weil sie Russen [so die gängige Bezeichnung für sowjetische Kriegsgefangene, A.d.A.] Zigaretten hingeworfen hätten. Am 12. August 1942 hatte A., Alfred Rolf, *7. Februar 1916, beide angezeigt und M. beschuldigt, er würde keine „einwandfreie politische Haltung“ für die Nationalsozialisten zeigen, sein Schwager bei den Astra-Werken sei roter Betriebsrat gewesen. M. verkehre mit U., Richard Bruno, *23. April 1890, der Auslandsmonteur in Russland gewesen sei. Es gab eine Meldung an die Gestapo.
- G., Gerda, erhielt einen Monat Gefängnis, weil sie dem sowjetischen Kriegsgefangenen Roman Tkatschenko zwei Scheiben Brot gegeben hatte. Sie war im Werk II am 16. Oktober 1942 um 11.00 Uhr von der Gestapo verhaftet worden.¹¹¹⁵
- L., Emil, erhielt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, weil er die Misshandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen (zum Beispiel Schläge) öffentlich kritisiert hatte.
- S., Horst, erhielt 14 Tage Haft, weil er für „den roten Lappen“ (NS-Fahne) keine Spende gab und sich öffentlich zu seiner Weigerung bekannte. Er wurde ständig verfolgt und überwacht, bis er sich selbst das Leben nahm (Datum des Selbstmordes unbekannt).

¹¹¹³ So gab es nach den Recherchen von Fischer auch im Raum Dresden immer wieder Vorfälle mit ausländischen Zwangsarbeitern. Im Juli 1944 wurden in Dresden beispielsweise zwei Tschechen festgenommen, die eigentlich in Berlin beschäftigt waren und nach denen die Gestapo seit Anfang 1944 gefahndet hatte. Eine Ostarbeiterin hatte ihren Arbeitsort Dresden-Dölzchen verlassen und war in Freital aufgegriffen worden; Polen wurden festgehalten, die entweder das P-Zeichen nicht oder nur verdeckt trugen, siehe Fischer, S. 18.

¹¹¹⁴ Entnommen aus dem Ordner „Belobigungen und Bestrafungen“, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 1 und 191.

¹¹¹⁵ Wie häufig solche Mitleidshandlungen vorkamen, ist nicht seriös zu ermitteln. Diese Aktionen sind zumeist aus Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener nachweisbar. So erinnerte sich der ukrainische Ostarbeiter Sawada (eingesetzt bei den SGW in Freital) daran, dass er einmal von seinem deutschen Vorarbeiter Hans Moltke heimlich ein diesem von seiner Frau für Sawada mitgegebenes Butterbrot bekam, um seinen Hunger zu stillen. Dies sei im Übrigen häufiger von deutschen Frauen für sowjetische Kriegsgefangene geschehen, Aussage Sawada in Folgebrief, 22. März 2008.

- B., Ruth und B., Max, kamen beide wegen Rundfunkverbrechen¹¹¹⁶ ins KZ Flossenbürg.
- S., Alfred, erhielt eine Gefängnisstrafe wegen Rundfunkverbrechen.
- G., Willy, bekam wegen Sabotage eine in der Höhe nicht bekannte Gefängnisstrafe.
- F. (unbekannt ob männlich oder weiblich) wurde ebenfalls zu einer nicht näher bekannten Gefängnisstrafe verurteilt.

Auch eine Verwarnung ist genannt. Laut Aktennotiz vom 24. August 1943 erhielt F., Johanne, eine Verwarnung wegen Arbeitsverweigerung durch angebliches Zurückhalten von Leistungen. Dieses konnte im schlimmeren Fall auch als Sabotage gewertet werden, ebenso wenn man gegebenenfalls Ausschuss zu verantworten hatte.

Für deutsche Arbeitskräfte waren auch Geldstrafen möglich. So wurden in der Vertrauensratsitzung vom 14. Dezember 1944 folgende Verwarnungen und Strafen festgelegt: Ernst W. erhielt drei RM Strafe wegen vorzeitigen Waschens; Hilde J. wurden drei Tagesverdienste wegen unberechtigten Fernbleibens von der Arbeitsstelle abgezogen; Frieda G. hatte offenbar eine Arbeitsniederlegung organisiert und wurde mit Abzug eines halben Tagesverdienstes bestraft; Erich L. hatte zu einer solchen Arbeitsniederlegung aufgefordert und erhielt eine Strafe von zwei Tagesverdiensten; Adolf G. schließlich wurde eine Störung des Betriebsfriedens [ohne nähere Angaben, A.d.A.] vorgeworfen, wofür er ebenfalls dem Abzug von zwei Tagesverdiensten als Strafe ausgesetzt war.¹¹¹⁷

Wie schon in Kapitel 1 erwähnt, gab es während des Krieges auch für deutsche Beschäftigte keine freie Arbeitsplatzwahl. Um ihre Situation zu verbessern, versuchten Beschäftigte daher immer wieder, zu anderen Firmen ohne Zustimmung des eigentlich genehmigungspflichtigen Arbeitsamts zu wechseln. War eine solche Genehmigung nicht vorhanden, lag aus rechtlicher Sicht ein Arbeitsvertragsbruch vor. Dieses konnte Gefängnisstrafen wie auch die Einweisung in Arbeitserziehungslager nach sich ziehen. Die Betriebe waren daher daran interessiert, solche Arbeitsplatzwechsel von Beschäftigten – im Falle von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auch Fluchten – möglichst zu unterbinden und davor abzuschrecken. Bekannt gegeben wurden aber auch Entlassungen, wenn Betriebsangehörige gegen die schon erwähnten Kontaktverbote mit Ausländern verstoßen hatten.

¹¹¹⁶ Es handelt sich dabei um das verbotene Abhören ausländischer Sender, vielfach des britischen BBC. Bereits kurz nach Kriegsbeginn war am 1. September 1939 eine „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ (sogenannte Rundfunkverbrechen) erlassen worden, die das Hören ausländischer Sender verbot. Für die Verbreitung von dort gesendeten Nachrichten konnte sogar die Todesstrafe verhängt werden, siehe RGBl. 1939 I, S. 1683; die Verordnung ist auch abgedruckt in: Viebig / Bohse, S. 115. Eine Broschüre aus Sachsen-Anhalt gibt eine Reihe von Beispielen von Verurteilungen des Sondergerichts Halle bei Rundfunkverbrechen wieder, siehe Michael Viebig / Oliver Paulsen (Bearb.), „Rundfunkverbrecher“ vor dem Sondergericht Halle. Strafverfahren 1939 bis 1945, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt / Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale), Halle ³2013.

¹¹¹⁷ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191.

So gab es in jedem Betrieb, auch in Werk II der Astra-Werke, Aushänge, in denen durch den Abwehrbeauftragten Entlassungen oder Haftstrafen gegen Betriebsangehörige bekannt gegeben wurden. Im Folgenden sind einige solcher Aushänge wiedergegeben:

Aushang 12. Februar 1943 – 20. Februar 1943: Der Fräser Fritz Z., *21. Juli 1917, wurde wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen fristlos entlassen.

Aushang 7. April 1943 – 15. April 1943: Hildegard P., *29. April 1922, und Gerda P., *9. Dezember 1921, wurden wegen Umgangs mit Ausländern fristlos entlassen und zu einem Monat Gefängnis verurteilt.¹¹¹⁸

Aushang 6. Oktober 1943 – 16. Oktober 1943: Wegen Differenzen zwischen Erich W. und der Ostarbeiterin Maria A. wurde letztere der Gestapo zur Bestrafung übergeben, weil sie ihn verleumdet habe. Sie erhielt 14 Tage Haft; über die Art der Haft ist nichts bekannt.

Aushang 20. Dezember 1943 – 24. Dezember 1943: Arbeitsvertragsbruch der Messerin Charlotte von K., *17. Juli 1909. Sie wurde laut Meldung vom Arbeitsamt mit einer Ordnungsstrafe von 100,00 RM belegt.

Aushang 25. Mai 1944 – 2. Juni 1944: Arbeitsvertragsbruch der Maschinenarbeiterin Johanne Sch., *21. November 1924. Auszug aus Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit: „Obengenannte ist wegen Arbeitsvertragsbruches am 27.4.44 durch Urteil des Amtsgerichts Chemnitz rechtskräftig zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.“¹¹¹⁹

Aushang 23. Juni 1944 – 29. Juni 1944: Am 1. Juni 1944 wurde die Maschinenarbeiterin Ursula S., *3. März 1923, wegen Arbeitsvertragsbruchs vom Amtsgericht Chemnitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Aushang 28. Juli 1944 – 5. September 1944: G., Willy Robert, *9. Oktober 1886, wurde wegen asozialen Verhaltens und verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen von der Gestapo in Schutzhaft genommen [das heißt in ein KZ eingewiesen, A.d.A.].

Aushang 17. August 1944 – 31. August 1944: Am 20. Juli 1944 wurde wegen Arbeitsvertragsbruchs die Maschinenarbeiterin Vera R., *14. März 1925, vom Amtsgericht Chemnitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt und dann freigelassen, da sie diese Zeit bereits in der U-Haft abgesessen hatte.

Aushang 11. Dezember 1944 – 20. Dezember 1944: Elfriede P., *24. Februar 1919, wurde wegen Arbeitsvertragsbruchs von der Gestapo für zehn Tage in ein AEL eingewiesen.

Aushang 29. Dezember 1944 – 6. Januar 1945: Werk II, Lotte M., *19. Februar 1925, wurde am 7. Dezember 1944 vom Amtsgericht Chemnitz zu eineinhalb Monaten Gefängnis wegen Arbeitsvertragsbruchs verurteilt.

Aus Nachkriegsunterlagen¹¹²⁰ ergeben sich auch weitere Überstellungen in AEL. Am 27. Juni 1944 wurde bekannt, dass am 21. Juni 1944 Ingeborg S., *28. September 1923, von der

¹¹¹⁸ Hierzu genauer Schaller, S. 149 f.

¹¹¹⁹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191.

¹¹²⁰ Abschrift eines Berichtes der Treuhänder Neßler und des Mitglieds des Betriebsausschusses Staudecker der Astra-Werke an das Amt für Neuordnung der Betriebe in Chemnitz vom 26. Februar 1946, Staatsarchiv

Gestapo für einen Monat in ein AEL wegen Bummelei und Arbeitsvertragsbruch überstellt wurde. Die Ostarbeiterinnen Nadeshda M., Marija L. und Jusefa O. wurden wegen „disziplinlosem Verhalten“ in ein Konzentrationslager eingewiesen, über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

In manchen Fällen reagierte der Betrieb auf Weisung des Abwehrbeauftragten, wie die Unterlagen zeigen, zunächst auch mit Verwarnungen. Laut Aktennotiz vom 17. August 1944 erfolgte eine Beleidigung des Werkschutzmannes A., der vom Kriegsblinden S. und dessen Blindenführer mit „Drecksäcke“ beschimpft wurde. Beim nächsten Vorfall, wurde angedroht, gebe es keine Verwarnung mehr, sondern eine Meldung an die Gestapo.

Am 16. Februar 1944 berichtet eine Aktennotiz davon, dass eine Ostarbeiterin verwarnt worden war. Ein deutscher Betriebsangehöriger, Arthur S., hatte beobachtet, wie die Ostarbeiterin Anna G. dem sowjetischen Kriegsgefangenen Litowschenko ein Päckchen gab. Die Prüfung ergab, dass darin Zigaretten waren, die die Ostarbeiterin vor einigen Tagen vom Hilfsarbeiter Kurt G. erhalten hatte. Nach einer Aussprache bei den Abwehrbeauftragten Seyfried und Kluge gab es eine scharfe Verwarnung. Von einer Meldung an die Gestapo wurde abgesehen.

Einer Aktennotiz vom 9. Februar 1944 ist zu entnehmen, dass sich der Einsteller Erich R. von Russen in der Nachtschicht die Schuhe habe reparieren lassen und dafür an der Maschine für den Russen die Produktion übernommen habe. Er wurde sofort als Hilfwachmann entlassen und mit einem Tagessatz Lohn bestraft. Eine Meldung zur Gestapo erfolgte nicht, da es bereits mit Winter einen ähnlichen Vorfall gegeben habe.

In einem anderen Fall ging es um die Folgen der Flucht von zwei sowjetischen Kriegsgefangenen aus den Astra-Werken. Um dem Werkschutz keine zusätzlichen Informationen zu geben, versteckten deutsche Arbeitskollegen aus den Werkzeugkisten der beiden Kriegsgefangenen Unterlagen, darunter ein Tagebuch, das möglicherweise Hinweise auf verbotene Kontakte mit deutschen Widerständlern enthalten könnte. Allerdings entdeckte ein anderer Astra-Beschäftigter, Paul S., das versteckte Tagebuch und übergab es dem Abwehrbeauftragten. Es kam jedoch nicht zu weiteren Verhaftungen, aber offenbar zur späteren Hinrichtung eines sowjetischen Kriegsgefangenen.¹¹²¹ Nach Angaben von Schaller wurde auch ein deutscher Astra-Mitarbeiter wegen seiner Unterstützung der Flucht von sowjetischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilt.¹¹²²

Zu einer Auseinandersetzung über Bummelei respektive Produktionsstörungen kam es am 2. Dezember 1944 in der Abteilung 2090. In einem Streit warf Johanna W. dem kriegsbeschädigten Adolf G. vor, „wenn der Führer lauter solche Arbeiter hätte, dann können wir den

Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0678.

¹¹²¹ Der oben genannte Vorfall geht aus einer Zeugenbefragung vom 5. Februar 1946 hervor, Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZD 54 / 0054. Siehe hierzu weiter oben, Fall Owschinnikow, FN 613.

¹¹²² Schaller, S. 147, mit Bezug auf die Akte 1 des Bestandes 31092 der Astra Werke AG. Es handelt sich dabei um Richard Emmrich, der zwar in Dresden zum Tode verurteilt worden war, jedoch nach dem Luftangriff vom 13. / 14. Februar 1945 aus dem Gefängnis fliehen, sich verstecken und überleben konnte.

Krieg nicht gewinnen“. Dies zog nun seine Kreise. Abteilungsleiter Erwin B. und der Betriebsobmann der NSDAP Emil Vettermann wurden informiert. Es entwickelte sich eine Auseinandersetzung über „Süsskraut, sprich Zurückhalten von erbrachten Minuten, die bei schlechten Arbeiten als Reserve zum Einsatz kamen“ innerhalb der Abteilung. Erich L., *20. September 1893, Erika A., *10. April 1926, Liesbeth W., *19. April 1901, Frieda G., *12. Mai 1897, Elfriede L., *11. Mai 1916, Helene L., *2.3.1898, und Charlotte L., *28. September 1922 erhielten Geldstrafen von bis zu zwei Tagessätzen. Vermutlich weil es sich um deutsche Belegschaftsmitglieder handelte, gab es keine Anzeige bei der Gestapo.¹¹²³

In einem anderen Fall endete eine Bestrafung tragisch. Drei Jugendliche (Lothar Sch., Werner L. und Gottfried E.) waren in der Nacht vom 27. zum 28. November 1944 bei einem Diebstahl erwischt worden. Abwehrbeauftragter Kluge legte fest, dass sie eine gewisse Zeit am „roten Schraubstock“ verbleiben sollten, für ein halbes Jahr von Sondervergünstigungen ausgeschlossen waren und mit den gestohlenen Sachen durch die Abteilung geführt sowie beim nächsten Jugendappell öffentlich genannt werden sollten. Da einer der Lehrlinge, Werner L., eines weiteren (kleinen) Diebstahls bezichtigt wurde, erhielt er zudem noch eine „Erziehungsstrafe“ von vier Schlägen auf das Gesäß. Laut Akte hat sich L. daraufhin nach einigen Tagen selbst erschossen.¹¹²⁴

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die unterschiedlichen Zwangsarbeitergruppen vom Abwehrbeauftragten genau beobachtet. Eines der wichtigen Mittel zur Verhinderung von Sabotage oder etwa Kooperation zwischen den Gruppen war ihre möglichst strikte Trennung voneinander. Am 24. Oktober 1944 waren bekanntlich die schon genannten KZ-Häftlinge in den Astra-Werken eingetroffen. Um den kritischen Umgang mit dieser nochmals besonderen Arbeitskräftegruppe zu unterstreichen, hat Abwehrbeauftragter Kluge ein Rundschreiben an seine ihm unterstellten Werkschutzleute gerichtet.

„Briefkopf Gestapo Chemnitz (ABSCHRIFT)¹¹²⁵

AZ: 1110 / Kö

Chemnitz, am 19.10.1944

An den Werkschutz sämtlicher Werke

KL-Einsatz [gemeint Einsatz von KZ-Häftlingen, A.d.A.]

¹¹²³ Schaller, S. 151.

¹¹²⁴ Schaller, S. 151. Im Zusammenhang mit dem Streik sowie dem Selbstmord des Jugendlichen, der heftige Proteste der Angehörigen nach sich zog, ist wohl auch die Abberufung von Kluge erfolgt. Die Vorfälle sind in dem schon erwähnten Entwurf der Betriebsgeschichte von Morgenstern enthalten, die ebenfalls aus der Akte des Abwehrbeauftragten der Astra AG stammten; vgl. auch Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191.

¹¹²⁵ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 31092, Astra AG, Akte 191. Der Briefkopf der Gestapo wurde gewählt, weil die Abwehrbeauftragten im Auftrag der Gestapo handelten, als deren Vertreter im Betrieb.

Nachdem nunmehr die KL Häftlinge hier eingetroffen sind, weise ich auf folgendes hin:

Der Werkschutz hat die Aufgabe, alle Beobachtungen, die dahin gehen, daß deutsche Arbeitskameraden oder auch ausländische Arbeiter mit den Häftlingen in Verbindung zu treten versuchen, ihnen Zusteckungen machen wollen oder über das Normale hinausgehende Unterhaltungen pflegen, mir unverzüglich zu melden sind. Des Weiteren sind auch Beobachtungen, die gemacht werden dahingehend, daß sich die SS-Bewachung oder die SS-Aufseherinnen mit den Häftlingen irgendwie in auffälliger Weise abgeben, oder mit Ostarbeiterinnen oder Ausländern, oder daß sie sonst ihren Aufgaben nicht gemäß handeln, sofort mir mitzuteilen. Irgendwelche Eingriffe seitens des Werkschutzes selbst sind untersagt. Des Weiteren ist untersagt, die Räumlichkeiten der Häftlinge und des Wachpersonals zu betreten.

Beim Auspassieren der Ostarbeiterinnen ist genauestens Obacht zu geben, daß sich nicht Häftlinge unter diesen befinden. Die Häftlinge sind besonders gekennzeichnet durch ein auf dem Rücken befindliches rotes Kreuz bzw. durch verschiedene Farben am Arm oder auf der Brust und beim Bloßgehen durch Auftätowierungen einer Nummer auf den linken Arm [die Nummerntätowierung aus dem KZ Auschwitz, A.d.A.].

Mit der SS-Bewachung ist gutes kameradschaftliches Zusammenarbeiten zu betreiben und andererseits aber genaueste Einhaltung der Bestimmungen, die in Bezug auf diese Häftlinge herausgegeben werden, zu fördern. Die SS-Bewachung sowie auch die SS-Aufseherinnen erhalten betriebsfremde Ausweise ausgestellt und haben diese beim Passieren der Tore vorzuzeigen.

Unterschrift: Kluge (Abwehrbeauftragter)“

Wie schon in Kapitel 5 am Beispiel des Bergbaus geschildert, gab es auch in allen Firmen mit Zwangsarbeiterbeschäftigung vielfach Fälle von Übergriffen durch Werksangehörige, vor allem aber durch Lagerpersonal. In der Nachkriegszeit wurden hierzu Untersuchungen und Vernehmungen der zuständigen Polizeibehörden eingeleitet. Am Beispiel der Auto Union sollen einige sicherlich typische Vorfälle zur Illustration kurz geschildert werden, die auch die Umstände der Misshandlungen zu beleuchten vermögen.¹¹²⁶ So wurden dem ehemaligen Werkschutzleiter im Auto-Union-Werk Rößlerstraße in Chemnitz Übergriffe auf Ostarbeiter und Züchtigungen vorgeworfen, an denen er eine persönliche Beteiligung zwar abstritt, die Vorgänge jedoch bestätigte. Es hatte offenbar in der Kantine des Werkes ein unprovokedes Einprügeln auf Ostarbeiter durch den Werkschutz sowie deren gewaltsame Stürze die Treppe hinunter und Beschimpfungen gegeben. Geflohene und wiederergriffene Ostarbeiter wurden nach ihrer Einlieferung ins Lager heftig verprügelt und zugerichtet, so dass einer von ihnen

¹¹²⁶ Die folgenden Ausführungen beruhen auf Kukowski / Boch, S. 291–293.

mehrere Wochen arbeitsunfähig war. Im Ausländerlager Helbersdorf wurde ein Ostarbeiter offenbar bei seiner Rückkehr gezielt ermordet, nachdem er in einen Garten eingedrungen war und dort Obst „gestohlen“ hatte. Der Todesschütze erhielt sogar eine Belohnung.

In der Auto-Union-Filiale Chemnitz gab es offenbar auch Übergriffe gegen französische Zivilarbeiter durch einen deutschen Zeitnehmer. Nach Kriegsende habe er sich einer Racheaktion der Gequälten durch Flucht entziehen müssen, wurde aber nicht juristisch verfolgt. Im Werk Zwickauer Straße war ein Lagerführer tätig, ein ehemaliger SA-Mann, der gegen Italiener mit dem Gummiknüppel vorging; zudem war er korrupt. Zwei deutsche Mitarbeiter, die ihn anzeigten, wurden entlassen und strafversetzt. Auch er konnte sich nach Kriegsende der Rache seiner Opfer nur durch dauerhafte Flucht entziehen.

Bei der DKK Scharfenstein wurden Ostarbeiter und Italiener durch einen Meister drangsaliert, und im Horch-Werk in Zwickau wurden Zwangsarbeiter, angeblich wegen Vergehen, geschlagen. In der Krankenstube verweigerte der deutsche Lagerführer ausländischen Kranken die notwendige Behandlung, wie sie Deutsche bei gleicher Erkrankung erhalten hätten.

Besonders extrem war offenbar ein Betriebsleiter am Standort Siegmarsdorf, ein ehemaliges Mitglied des berüchtigten SA-Marine-Sturms Chemnitz. Zum einen fiel er dadurch auf, dass er uniformiert häufig „flammende Morgenappelle“ abhielt und im Übrigen immer ein hartes körperliches Vorgehen gegen Fremdarbeiter forderte. Möglicherweise aufgrund seiner Aufforderungen kam es durch deutsche Gefolgschaftsleute auch zu Todesfällen unter Ausländern (zwei Tote), die keinerlei juristische Konsequenzen hatten, da der Werksleiter wohl aus Furcht nicht gegen den Betriebsleiter vorging. Deutsche Mitarbeiter bedrohte er bei Fällen, in denen sie Ausländern zusätzlich Nahrungsmittel gaben oder anderweitig halfen, mit der Gestapo. In einigen Fällen sind Überstellungen der Betroffenen, wie auch von Ausländern, in das AEL Brüx¹¹²⁷ überliefert.

Es gab jedoch auch Auto-Union-Werke, in denen der Werksleiter Übergriffe seines NSDAP-Vertrauensmannes nicht unterstützte und versuchte, die jeweiligen deutschen Gewaltausübenden zur Zurückhaltung zu bewegen; jedoch ist nicht bekannt, dass er sie anzeigte. Bei Arbeitsverweigerungen oder anderen Delikten wurden allerdings Betriebsstrafen nichtkörperlicher Art zum Vollzug gebracht.

Zusammenfassend betonen Kukowski / Boch, dass die geschilderten Ereignisse keine Einzelfälle waren, sondern eher in den Rahmen einer allgemeinen Gewaltkultur gehören, die das Leben der Fremdarbeiter begleitete. „Solange sie [die Fremdarbeiter, A.d.A.] sich arbeitswillig zeigten, gab es keine systematische, von der Führungsetage ausgerufene gewalttätige Verfolgung ausländischer Arbeitskräfte, aber man ließ NS-Fanatikern und ihren Mitläufern allerhand Freiraum, ihren Rassenhass und ihre Frustrationen auszuleben. Saßen solche Perso-

¹¹²⁷ Im Text ist – etwas irritierend – von Überstellungen in ein Stalag die Rede. Dies kann nur ein Irrtum sein, da nur Soldaten oder Kriegsgefangene in Stalags überstellt werden konnten. Es war mit Sicherheit ein Arbeits-erziehungslager.

nen wie beim Werk Rößlerstraße oder dem Werk Siegmars an betrieblichen Schlüsselstellen, konnten die Gewalttätigkeiten fast schon Pogromcharakter annehmen.“¹¹²⁸

Selbstbehauptung, Flucht und Verweigerung

Der Zwangsarbeitereinsatz gehörte zu den am intensivsten sicherheitspolizeilich überwachten Bereichen im Deutschen Reich. Die Überwachung bezog sich jedoch nicht nur auf die Abwehr von möglichen Sabotageakten oder Spionagefällen (siehe obiger Abschnitt), sondern betraf auch die Verhinderung von Fluchten ausländischer Kräfte, nicht zuletzt aus dem Interesse der Einsatzbetriebe. Letzteres war jedoch für den Sicherheitsapparat nur schwer zu bewerkstelligen. Wie schon erwähnt, gab es für angeworbene Arbeitskräfte aus Nordwesteuropa, aber auch aus dem Protektorat Möglichkeiten, Heimfahrten anzutreten. Hierfür war es allerdings erforderlich, entsprechende Reisevisa zu erhalten. In einem Fall aus Freiberg gab es offenbar Verzögerungen und entsprechende Nachfragen der Antragsteller, da der Oberbürgermeister von Freiberg am 17. Juli 1941 bei der Gestapo Dresden nachfragte, wann denn endlich mit der Genehmigung für beantragte Heimfahrten von drei Norwegern, einem Schweden und zwei Bulgaren zu rechnen sei.¹¹²⁹

Gerade die Nichtrückkehr solcher Arbeitskräfte stellte für die Betriebe ein gravierendes Problem dar. Dass auch diese Kräfte häufig unter den Arbeitsbedingungen in Deutschland litten, verdeutlichen viele Berichte über die Nichtrückkehr von Heimgeireisten. So meldete die Rüstungsinspektion Dresden für den Zeitraum von Januar bis August 1943 für Sachsen einen Abgang von 13.000 Westarbeitern nach Familienheimfahrten.¹¹³⁰ Ein erheblicher Teil davon entfiel zum Beispiel auf die Auto Union. Bei Familienheimfahrten kehrten von April bis September 1943 32 Prozent der Betroffenen nicht wieder an den Arbeitsplatz zurück, das waren 1.175 von 3.639 Ausländern. In den folgenden Monaten lag die Nichtrückkehrerquote sogar bei 69 Prozent, obwohl die Auto Union inzwischen eine Art Sippenhaftung eingeführt hatte, der zufolge bei Nichtrückkehr von Landsleuten andere Heimfahrten verboten wurden.¹¹³¹ Bei den MMW in Taucha, einer Tochter der Auto Union, führten die Familienheimfahrten – bei Verheirateten nach einem halben Jahr Arbeit, bei Ledigen nach einem Jahr Arbeit möglich – allein bis August zu 500 Abgängen (Nichtrückkehr).¹¹³²

Auch viele andere Werke waren von dieser Entwicklung betroffen. So heißt es in einem Schreiben der Firma Hermann Pfauter an andere Firmen vom 20. August 1943 (die offensichtlich ebenfalls Protektoratsangehörige beschäftigten), dass von 141 am 1. August 1943 in den

¹¹²⁸ Kukowski / Boch, S. 294; ähnlich ebenda, S. 253.

¹¹²⁹ Didzionic, S. 39 f.

¹¹³⁰ Kukowski / Boch, S. 275.

¹¹³¹ Kukowski / Boch, S. 275. Bei den Astra-Werken kam 1943 von 13 Westarbeitern auf Heimaturlaub kein einziger zur Arbeit zurück, siehe Schaller, S. 120 f.

¹¹³² Kukowski / Boch, S. 270.

Urlaub Gefahrenen nur 118 rechtzeitig zurückgekehrt seien (siehe Abbildung unten). Zudem seien alle 15 Belgier und Franzosen nicht aus dem Urlaub zurückgekommen. In solchen Fällen wurden alle der Gestapo gemeldet.

Bei der Firma Richard Leppert in Limbach¹¹³³ waren ab 1941 Fremdarbeiter eingesetzt, die im Gasthaus „Bayerischer Hof“ untergebracht wurden. Ein weiteres Lager wurde im Firmengelände direkt im Stockwerk über den Produktionsräumen eingerichtet. Insgesamt waren etwa 80–100 Fremdarbeiter tätig. Aus der Akte geht hervor, dass dort mehrere Gruppen von Ausländern tätig waren: Tschechische Bürger, Sowjetbürger und Kriegsgefangene verschiedener Staatsangehörigkeit. In der Akte ist mehrfach von der Nichtrückkehr von Tschechen die Rede, auch sowjetische Kriegsgefangene sind, wie schon für die Astra-Werke beschrieben, 1944 und 1945 geflohen, ein Franzose blieb nach dem Heimaturlaub dem Betrieb fern.

Auch die SGW in Freital waren vom Fernbleiben ihrer Fremdarbeiter betroffen. Steffi Unger nennt vor allem Personen aus dem Protektorat, aus Litauen und aus Frankreich, die ab 1942 aus dem Heimaturlaub nicht zurückkamen. Als zum Beispiel 92 Belgier im Jahr 1944 „vertragsbrüchig“ wurden (so nannte man die Nichtrückkehr), erhielt das Werk als Ausgleich 99 Belgier, die als sogenannte Dienstverpflichtete dem Werk zunächst für drei Monate zugewiesen wurden, ehe sie trotz Protesten der SGW wieder vom Arbeitsamt an ihre ursprünglichen Einsatzbetriebe zurückverwiesen wurden.¹¹³⁴

Das nächste Schreiben der Firma Hermann Pfauter bestätigt, dass die auf Heimaturlaub Gegangenen häufig nicht wieder zurückkehrten (siehe Abb. 62).

Auch direkte Fluchten gehörten zu den gängigsten Methoden, gerade für Ostarbeiter, um sich harten Arbeitsbedingungen zumindest zeitweise zu entziehen.¹¹³⁵ Es mag zwar auf den ersten Blick aus heutiger Sicht etwas weltfremd erscheinen, in einem diktatorischen und auch zu Terrormaßnahmen greifenden System wie dem nationalsozialistischen Deutschen Reich die Hoffnung zu haben, sich durch Flucht den oft menschenverachtenden Bedingungen zu entziehen. Ostarbeiter hatten natürlich keine Chance, sich bis in ihr Herkunftsland durchzuschlagen. Es war jedoch durchaus möglich, angesichts des Arbeitskräftemangels in anderen Betrieben zu vielleicht günstigeren Konditionen Anstellungsmöglichkeiten zu erhalten.¹¹³⁶ Vielfach hatten Fluchten auch einfach damit zu tun, sich zeitweilig illegal oder etwa durch Betteln

¹¹³³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0634. Die Ermittlungsakte zählt die Namen von acht Tschechen und unter anderem 35 sowjetischen Ukrainern sowie 23 Ukrainerinnen auf. Sie enthält auch vier Namen von ukrainischen Kindern, die ebenfalls arbeiten mussten und 1945 zwischen 14 und elf Jahren alt waren.

¹¹³⁴ Unger, S. 36 f. und 74.

¹¹³⁵ Die grundsätzlich andere Möglichkeit bestand darin, seine Kräfte so gut wie möglich zu schonen, das heißt langsam zu arbeiten oder sich „krank“ zu machen. Allerdings zog eine solche Handlung immer die – freilich für die verschiedenen Ausländergruppen unterschiedlich große – Gefahr von Repressionen seitens der deutschen Betriebe und Behörden bis hin zur Gestapo-Überstellung nach sich.

¹¹³⁶ Dass durch Fluchten gegebenenfalls Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen erreichbar waren, zeigt die Beschwerde des Oberbergamts Halle vom Oktober 1941, dass die Arbeitsämter entflohenen und wieder aufgegriffenen Polen an andere Betriebe vermittelt hätten, Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 207.

zusätzliche Lebensmittel zu verschaffen. Fluchten, insbesondere von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern, spielten in der Fahndungsarbeit von Gestapo und Polizei eine sehr umfangreiche Rolle.

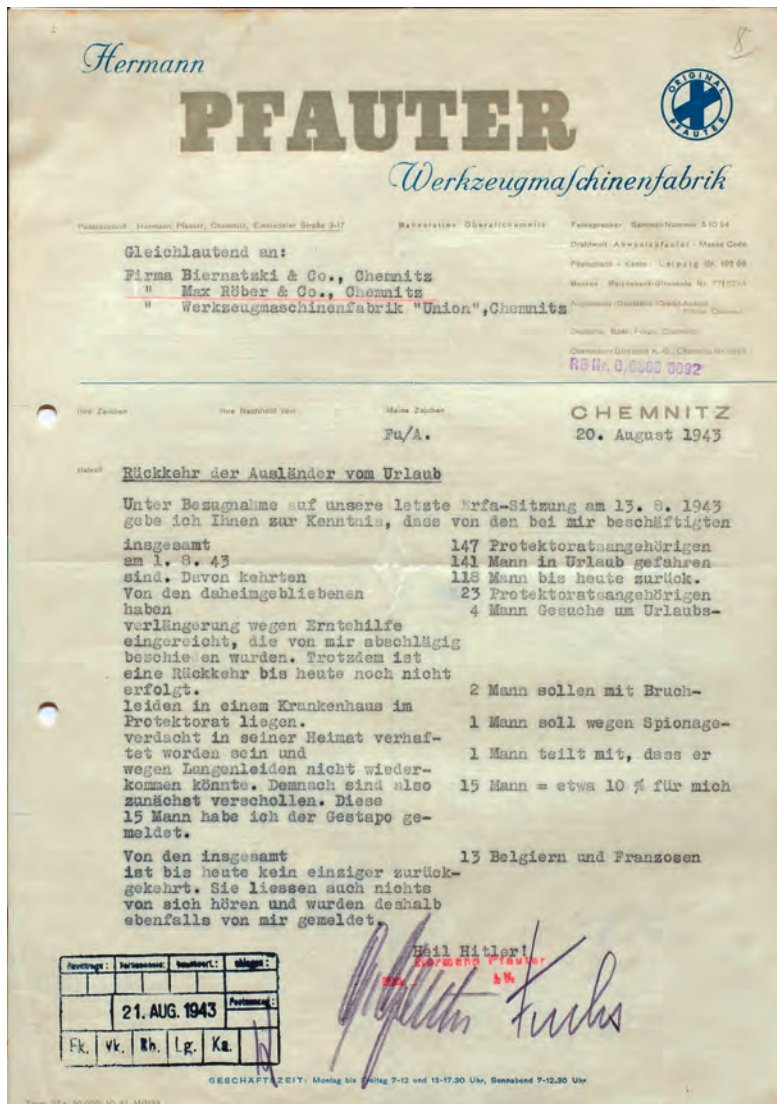


Abb. 62: Schreiben der Fa. Pfauter über nicht aus dem Heimaturlaub zurückgekehrte Ausländer¹¹³⁷

¹¹³⁷ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 32867, Max Röber & Co. KG, Werkzeugmaschinenfabrik, Chemnitz, Nr. 3. Verwaltungstechnisch wurden auch die Kosten der Anreise solcher angeworbener Arbeitskräfte offenbar vom Betrieb selbst getragen, denn in einem Schreiben vom 15. Dezember 1942 verlangte das Arbeitsamt Chemnitz

In einem Fahndungserlass von Reichsführer-SS Himmler vom Dezember 1942 ist von monatlich etwa 20.000 Fluchten die Rede.¹¹³⁸ 1943 waren monatlich gut 30.000 Fluchten zu verzeichnen.¹¹³⁹ Die Sicherheitsorgane reagierten auf dieses Phänomen unter anderem mit umfassenden Kontrollsystemen an Verkehrsknotenpunkten wie Bahnhöfen, um der Geflohenen wieder habhaft zu werden.¹¹⁴⁰ Aus Unterlagen des Polizeipräsidiiums Leipzig¹¹⁴¹ gehen einige der diesbezüglichen Reaktionen der Sicherheitsbehörden hervor. Zum einen wurden am 13. Dezember 1943 Jahresdauerfahrkarten für „Zugstreifensachbearbeiter“ ausgegeben. Die Zugfahnder erhielten in den Zügen eigene beschilderte Abteile. Auf einer Fachtagung in Dresden wurden die Fahndungsmitarbeiter speziell eingewiesen. In Schlafwagen war die Kontrolle der Schlafplatzkarten keineswegs ausreichend, es sollten auch persönliche Dokumente überprüft werden. Als Kriterium für Verdachtsfälle galt die mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache, da sich manche ausländischen Flüchtenden offenbar falsche Ausweispapiere besorgt hatten. Zum 15. des Monats waren numerische Berichte über Festgenommene nach den Gruppen deutsche Arbeiter, ausländische Arbeiter, Kriegsgefangene, Fahnenflüchtige und sonstige zu machen. Am 15. Mai 1944 erließ das OKW extra eine Richtlinie zur gemeinsamen Bahnfahndung mit der Ordnungspolizei. Die Zugstreifenpläne wurden offenbar vom RSHA erarbeitet. Darin waren die regelmäßig nach Sachsen verkehrenden Züge und die jeweiligen für diese Kontrollen zuständigen Dienststellen (etwa Leipzig, Zwickau, Dresden oder Chemnitz) verzeichnet. 1944 wurden für die Zugkontrollen im Bereich Leipzig ein Offizier und drei Feldwebel eingeteilt, für Dresden sogar vier Offiziere und vier Feldwebel; im Bereich Chemnitz waren ein Offizier und ein Feldwebel sowie in Zwickau nur ein Offizier tätig. Für das Jahr 1945 erhielt die Kriminalpolizei für die vier Mitarbeiter zur Überwachung des Zugverkehrs nach Leipzig vier Jahreskarten. Angesichts der näher rückenden Fronten wurde ab 21. Februar 1945 auch besonderer Wert auf Flussübergänge gelegt, nachdem die Wasserschutzpolizei ab 19. September 1944 bereits besondere Vollmachten für ihren Einsatzbereich erhalten hatte.

Klaus Hesse hat das Fluchtphänomen bei der Firma Markranstädter Holzmaschinenbearbeitungswerk untersucht. Dort waren bei 5.260 Ausländern knapp 3.000 aus Polen beschäftigt, was einem Anteil von gut 56 Prozent entsprach. 1942 kam es in dem Betrieb zu 186 Fluchtfällen. Die Polen waren hieran mit 75 Prozent überproportional beteiligt.¹¹⁴² Aus einer

von der Firma MAN für drei zugewiesene Franzosen Fahrtkostenerstattungen inklusive Auslands- und Verpflegungspauschalen von 127,20 RM, siehe Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30950, Böhme Fettchemie Chemnitz.

¹¹³⁸ Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, Zeittafel, S. 168; Kroener nennt sogar circa 30.000 Fluchtfälle monatlich, siehe Kroener, Menschenbewirtschaftung, S. 806.

¹¹³⁹ Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 168.

¹¹⁴⁰ Tooze, S. 600.

¹¹⁴¹ Polizeipräsidium Leipzig, Kriegsfahndung und verstärkte Personenüberwachung, Bd. II 1944, Hefter 1 und Hefter 2 Bahnfahndung – Zugstreifenplan, BStU, MfS HA IX, Nr. 23461. Hierin auch Angaben zu Festnahmen.

¹¹⁴² Hesse, Teil II, Tabelle 15 und 16 S. 34.

anderen Übersicht zu dieser Firma wird deutlich, dass 1942 ein Ausnahmejahr war. Die Zahlen sanken in den folgenden Jahren erheblich; insgesamt bildeten die Fluchtfälle in den Jahren 1941 bis 1945 von polnischen mit 185 und von sowjetischen Arbeitskräften mit 89 dieser Vorfälle deutlich die beiden größten Gruppen.¹¹⁴³

Für die Auto Union spielten direkte Fluchten vom Arbeitsplatz lediglich eine untergeordnete Rolle. Nur ein geringer Prozentsatz ihrer Abgänge bei Fremdarbeitern war darauf zurückzuführen, etwa vier von 62 Abgängen im August und acht von 638 Abgängen im September 1944. Ein Massenphänomen wurden die Fluchtfälle allerdings im Gefolge von teils verheerenden Bombenangriffen, als beispielsweise nach dem Luftangriff auf Chemnitz am 5. März 1945 noch 14 Tage später 337 Zwangsarbeiter nicht wieder am Arbeitsplatz erschienen waren.¹¹⁴⁴

Wenn Fremdarbeiter aufgegriffen wurden, setzte sich in der Regel zunächst ein bürokratischer Klärungsprozess in Gang. In Freiberg wurden beispielsweise zwei polnische Zwangsarbeiter im März 1941 bei einer Kontrolle, da sie sich nicht ausweisen konnten, verhaftet. Sie kamen aus Großdrebnitz und hatten nach eigener Aussage ihre dortigen Arbeitsplätze verlassen, weil sie schlecht behandelt worden waren. In Freiberg wollten sie um eine Arbeitsplatzzuweisung nach Nassau bitten, wo der Bruder des einen arbeitete. Zur Klärung des Problems wandte sich der Bürgermeister von Freiberg an seinen Kollegen in Großdrebnitz und bat um Auskunft in der Sache und dessen Genehmigung zum Arbeitsplatzwechsel. Eine schnelle Antwort sei erforderlich, weil die beiden sonst der Gestapo übergeben würden. Letztendlich ließ der Bürgermeister von Großdrebnitz die beiden flüchtigen Polen wieder abholen. Im Falle eines am 24. Mai 1941 flüchtigen Polen, der bei einem Bauern in der Nähe beschäftigt und offenbar von diesem geschlagen worden war, erfolgte dessen Inhaftierung in Freiberg. Am nächsten Tag wurde er von dem Bauern wieder übernommen. In einem dritten Fall im September 1941 wurde eine flüchtige Polin verhaftet, die lediglich zu ihrem Ehemann fahren wollte, der im heutigen Sachsen-Anhalt beschäftigt war.¹¹⁴⁵ 1944 gab es einen weiteren Vorgang in Freiberg. Im dortigen Obdachlosenheim (Fronfeste), in dem auch Polizeieingefangene untergebracht waren, war eine Polin als Hausgehilfin tätig. Die Polizei Freiberg verlangte im September 1944 vom Arbeitsamt, diese Polin abzulösen, da sie nicht mehr (wohl politisch) „zuverlässig“ sei. Sie sei „unbotmäßig“ und sie stehe in dem Verdacht, mit den Insassen der Fronfeste unerlaubte Verbindungen aufzunehmen und Zuträgerdienste zu leisten.“¹¹⁴⁶ In allen genannten Fällen ist von einer Bestrafung nichts mitgeteilt, was eben darauf hinweist, dass Zwangsarbeiter durchaus während des gesamten Krieges bereits eine begehrte Arbeitskräfte-reserve für ihre jeweiligen Betriebe waren.

In einem anderen Fall allerdings war ein polnischer Landarbeiter offenbar von der Gestapo verhaftet worden. Das Arbeitsamt Freiberg hatte bei der Gestapo angefragt, wann mit

¹¹⁴³ Hesse, Teil II, Tabelle 18 S. 36.

¹¹⁴⁴ Kukowski / Boch, S. 276.

¹¹⁴⁵ Didzionic, S. 39.

¹¹⁴⁶ Didzionic, S. 41.

dessen Rückkehr zwecks Weitervermittlung zu rechnen sei. Eine offizielle Antwort erhielt das Arbeitsamt nicht. Die Gestapo bat vielmehr die Schutzpolizei, dem Arbeitsamt mündlich mitzuteilen, dass „die Zurückführung [...] zwecks Weitervermittlung [...] aus staatspolizeilichen Gründen zur Zeit nicht möglich ist“.¹¹⁴⁷

Für das von der Oswald-AG in Grüna betriebene Ostarbeiterlager teilte die Firma am 1. Oktober 1942 mit, dass von 13 am 25. September eingetroffenen Ostarbeitern vier bereits fünf Tage später wieder geflohen waren.

Am 25. November 1942 meldete das Gemeinschaftslager I in Grüna der Gestapo Chemnitz, dass die bei der Firma Fritzsche eingesetzten Ostarbeiter – ihren Familiennamen nach sicherlich Ukrainer, knapp 16 und 17 Jahre alt – Nicolay Holowatsch und Michael Hridin von ihrer Arbeitsstelle geflohen seien.¹¹⁴⁸

Auch die Firmen Bruno Winkler Pumpenfabrik GmbH und Breidenbach Maschinenbau, beide ebenfalls aus Grüna, teilten am 26. November 1942 die Fluchten von insgesamt sechs beziehungsweise zwei Ostarbeitern mit, ausweislich der Familiennamen offenbar alle Ukrainer und männlichen Geschlechts.¹¹⁴⁹

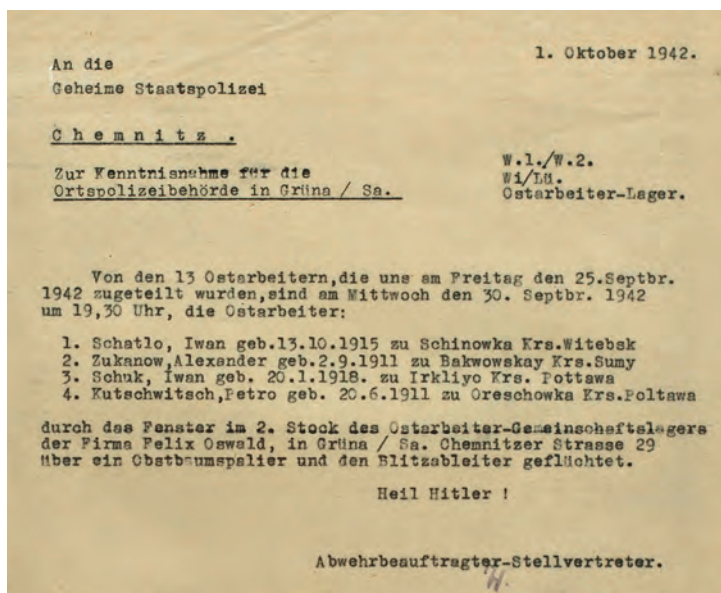


Abb. 63: Meldung der Fa. Oswald über Fluchtfälle aus dem Ostarbeiterlager an die Gestapo.¹¹⁵⁰

¹¹⁴⁷ Didzioneit, S. 40. Dort auch Zitat. Offenbar war der Pole entweder in ein KZ überstellt oder vielleicht auch hingerichtet worden; in jedem Fall sollte das Arbeitsamt darüber keine Mitteilung erhalten.

¹¹⁴⁸ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126, o.Bl.

¹¹⁴⁹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126, o.Bl. Es ist bezeichnend, dass es wohl weitgehend Männer waren, die Fluchten gewagt haben.

¹¹⁵⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt, Nr. 126, o.Bl.

Wenn die Ostarbeiter wieder aufgegriffen wurden, konnte der weitere Weg durchaus unterschiedlich sein. So meldete die Polizei in Olbernhau, dass zwei am 26. Juli 1942 geflohene Ostarbeiter nach ihrer Festnahme am selben Tag in Kallisch, Kreis Komotau, in Absprache mit der Gestapo in Chemnitz „mit drei Tagen hartem Arrest“ bestraft worden seien. Sechs weitere geflohene Ostarbeiter wurden in Seiffen aufgegriffen, jedoch dann an die Gestapo in Dresden überstellt.¹¹⁵¹

Dass trotz aller scheinbaren Ausweglosigkeit eine solche Fülle von Fluchten zu verzeichnen war, verdeutlicht den Druck, der auf ausländischen Arbeitskräften lastete. Weiter oben haben wir bereits am Beispiel der sowjetischen Kriegsgefangenen der Astra-Werke auf Fluchtfälle hingewiesen, die in der Regel mit einigen Tagen Karzer im zuständigen Kriegsgefangenenstammlager geahndet wurden und erst bei mehrfachen Fluchtversuchen schließlich mit Überstellung an die Gestapo, was dann eigentlich immer ein Todesurteil bedeutete, endeten. So finden sich in den Unterlagen des Abwehrbeauftragten Kluge für Anfang August 1943 zum Beispiel Hinweise auf die geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen Rylow und Iwan Kolzow (siehe seine Karteikarte weiter oben). Letzterem gelang es laut seiner Karteikarte, bei seiner ersten Flucht vom 14. Juni bis 30. Juni 1943 abgängig zu bleiben, bevor er wieder ins Kriegsgefangenenlager und dann in Karzerhaft kam, bei seiner zweiten Flucht dauerte es vom 2. August bis 28. August, ehe er wieder ergriffen werden konnte.

Fluchtfälle versuchte man zum einen durch Androhung von oder den unmittelbaren Wafeneinsatz zu verhindern; bei vollendeten Fluchten wurde zumeist eine entsprechende Suchaktion gestartet. Hierbei kam es, wie es in einem Schreiben des Wehrkreiskommandos IV vom Juli 1941 hieß, zu einem Zusammenwirken der Wehrmacht mit „Polizei, Beamten der Reichsbahn oder energischen Zivilpersonen“. Das Wehrkreiskommando wies ausdrücklich darauf hin, dass Zivilpersonen auch Geldbelohnungen für die Ergreifung von aus anderen Wehrkreisen geflohenen Kriegsgefangenen erhalten könnten.¹¹⁵² Eine Bewohnerin von Königswalde etwa bekam 1943 eine Belohnung von 20,- RM, weil sie eine um Brot ersuchende Person, bei der es sich um einen sowjetischen Kriegsgefangenen handelte, in ihr Haus hereinholte, ihm zu essen gab und gleichzeitig telefonisch die Polizei benachrichtigte, so dass er verhaftet werden konnte. Die Kriminalpolizei Chemnitz teilte dem Bürgermeister von Königswalde mit, dass das Landratsamt Annaberg die Belohnung zur Auszahlung erhalten habe und es gebeten worden sei, der Bewohnerin „für ihr entschlossenes Verhalten die vollste Anerkennung der Kriminalpolizeistelle Chemnitz auszusprechen“.¹¹⁵³

¹¹⁵¹ Schreiben (Abschrift) des Polizeiamts in Olbernhau an die Gestapo Chemnitz vom 30. Juli 1942, Stadtverwaltung Olbernhau, o.Sig., S. 75, wiedergegeben in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 671.

¹¹⁵² Schreiben des Kommandeurs der Kriegsgefangenen, Wehrkreiskommando IV, vom 30. Juli 1941, Stadtarchiv Chemnitz, Gemeinde Adelsberg Nr. 158, Bl. 18, abgedruckt in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 429.

¹¹⁵³ Schreiben der Kriminalpolizeistelle Chemnitz an den Bürgermeister von Königswalde vom 30. Oktober 1943, Landratsamt Annaberg, Sig. 149, Kriegsgefangene Gemeinde Königswalde i. E. 1940–1944, Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 629.

Bekanntlich waren die Arbeitsbedingungen und -anforderungen bei Ostarbeitern in der Regel sehr hart und infolge der unzureichenden Ernährung oft kaum zu erfüllen. Hierauf reagierten die Betroffenen, trotz der Drohung mit Arbeitserziehungslagerhaft, auch mit Verweigerungen. In einem Fall aus Olbernhau im Jahr 1944 war es offenbar zu einer solchen Arbeitsverweigerung einer Gruppe von Ostarbeitern gekommen. Nach Mitteilung an die Gestapo in Chemnitz entschied diese, einen Betroffenen für drei Tage „bei Wasser, Brot und hartem Lager“ von Sonnabend mittag bis Montag früh (vermutlich, damit es keinen großen Arbeitsausfall gab) in Arrest zu nehmen und die anderen zu verwarnen. In seinem Antwortschreiben an die Gestapo in Chemnitz berichtete der Bürgermeister über die Durchführung des Arrests und die Verwarnung der Übrigen.¹¹⁵⁴

Für die Gemeinde Treuen liegt eine ganze Reihe von Unterlagen vor, aus denen hervorgeht, wie man bei Fluchten, Fehlen am Arbeitsplatz und Kontrollen von Fremdarbeitern seitens der Gemeinde beziehungsweise der Gestapo reagierte.¹¹⁵⁵ Am 22. Juli 1940 ging eine Anzeige bei der Polizei in Treuen ein, dass sich ein bei einem Rittergutsbesitzer beschäftigter Pole widersetzlich verhalten habe und Befehlen seiner deutschen Vorgesetzten nicht nachgekommen sei. Außerdem sei er „ein frecher und fauler Bursche“. Auf die Anzeige, wohl bei der Gestapo, erfolgte keine Reaktion. Am 20. September 1940 meldete die Gendarmerie Treuen, dass der Pole offenbar ohne Genehmigung seine Arbeitsstelle abends verlassen habe. Es wurde sofort ein Fahndungsauftrag erlassen, der am 23. September vom Landrat an alle Gemeinden zur Mitfahndung herausging.

In einem zweiten Fall verließ der Pole Michal Osmianski am 15. November 1940 ohne Genehmigung seinen Arbeitsplatz. Er habe, so teilte sein Betrieb mit, in letzter Zeit schlecht gearbeitet und es habe Auseinandersetzungen gegeben. Mit der Meldung am 16. November 1940 wurde eine mit Lichtbild untersetzte Fahndung eingeleitet, die Gestapo Plauen und der Landrat wurden informiert. Am 18. November 1940 ist Osmianski wieder an seine Arbeitsstelle zurückgekehrt und erklärte als Grund seiner Abwesenheit, die Arbeit auf dem Hof sei zu schwer gewesen und er habe zu wenig Essen erhalten, so dass er nicht satt werden konnte. Auch sei die Unterkunft zu kalt. Für den März 1944 gibt es eine weitere Mitteilung. Osmianski war in der Zwischenzeit zu einem anderen Bauern gekommen. Am 12. März 1944 verließ er seinen Arbeitsplatz, wurde jedoch schon am nächsten Tag ergriffen und vorläufig festgenommen. Seine Auslieferung an die Gestapo Plauen war vorgesehen.

Am 25. August 1942 vermerkte das Tätigkeitsbuch der Schutzpolizei Treuen die Einlieferung von Polen. Ein Rittergutsbesitzer habe auf einer Landstraße zwei Männer und eine Frau

¹¹⁵⁴ Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz an den Bürgermeister von Olbernhau vom 14. Februar 1944 sowie Schreiben Bürgermeister Olbernhau an Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 22. Februar 1944, Stadtarchiv Olbernhau, o.Sig., S. 55, 57, Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 674.

¹¹⁵⁵ Die folgenden Schilderungen beruhen auf: Stadtarchiv Treuen, Az.: III. C. 106, betr.: Kriegsgefangene und polnische Zivilarbeiter, ergangen 1939, geschlossen 1945, Abschriften in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 703-713.

gesehen und glaube, dass es sich um Fremdarbeiter handele, die ihren Arbeitsplatz verlassen hätten. Ein weiterer Landwirt habe die drei wenig später gesehen und sie von der örtlichen Gendarmerie festnehmen lassen, die diese nun in Treuen abgeliefert habe. Offenbar kamen alle drei aus dem benachbarten Arbeitsamts-Bezirk in Schleiz. Als Grund für das Verlassen ihrer Arbeitsplätze gaben sie eine zu lange Arbeitszeit von morgens 5.30 Uhr bis abends 22.30 Uhr an, ferner zu geringe Beköstigung. Die drei Polen mussten in Treuen in Gewahrsam bleiben und sollten von der Gestapo aus Gera oder dem Arbeitsamt wieder abgeholt werden.

Am 1. November 1942 meldete sich ein ukrainischer Ostarbeiter bei der Polizei in Treuen. Die Untersuchung ergab, dass er seinen Arbeitsplatz in Kesselsmühle verlassen hatte. Offenbar wollte er dort nicht mehr arbeiten. Der Betroffene wurde der Gestapo in Plauen zur weiteren Entscheidung übergeben.

Am 18. Februar 1944 erhielt die Polizei Treuen von einem Gastwirt die Mitteilung, dass eine bei ihm beschäftigte Ukrainerin, Paraska Bobruss, ihren Arbeitsplatz ohne Genehmigung verlassen habe, da sie offenbar dort nicht mehr arbeiten wollte. Die Polizei Treuen fand heraus, dass Paraska Bobruss zum Arbeitsamt Auerbach gelaufen war und dort um einen anderen Arbeitsplatz gebeten hatte. Daraufhin hatte die Polizei in Treuen sie abgeholt und in Gewahrsam genommen. Sie gab an, dass es Auseinandersetzungen mit der Wirtsfamilie gegeben und sie auch eine Ohrfeige erhalten habe. Die Anzeige über den Fall Paraska Bobruss ging daraufhin zur Entscheidung an die Gestapo Plauen.

Auch in anderen Fällen aus dem Jahr 1944 wurden bei Fluchten oder ungenehmigten Abwesenheiten von Ostarbeitern oder Polen der Vorgang beziehungsweise bei Ergreifung der Geflüchteten Vorgang und betroffene Person zur weiteren Veranlassung an die Gestapo Plauen übergeben.

Am 10. September 1944, einem Sonntag, fand sogar auf Anordnung des Höheren SS- und Polizeiführers Elbe eine Razzia in Treuen statt. Dabei wurden die Ausweise von Ostarbeitern, die in der Gemeinde angetroffen wurden, überprüft. Mehrere von ihnen wurden dabei vorläufig festgenommen, vor allem, weil sie nicht das vorgeschriebene Zeichen „Ost“ trugen, aber auch weil ihre Lagerpapiere nicht vorschriftsmäßig waren. Wie ihre Firma, bei der sie tätig waren, mitteilte, seien die Ostarbeiterzeichen zwar in Auerbach bestellt worden, jedoch noch nicht eingetroffen. Über alle vorläufig festgenommenen Personen erging eine Mitteilung an die Gestapo Plauen.

Zwei letzte Vorkommnisse seien noch genannt. Die Treuwerke in Treuen baten in einem Schreiben vom 17. November 1944 die Gestapo in Plauen, drei vom Werkschutz an die Gestapo überstellte Tschechen wegen unerlaubter Entfernung vom Arbeitsplatz „für die Dauer von 14 Tagen einzusperrern.“ Am 11. Oktober 1944 teilte die Gestapo Plauen der Gemeinde Treuen mit, dass ein Ukrainer, der am 25. September 1944 seinen Arbeitsplatz ohne Genehmigung und ohne Ausweispapiere verlassen hatte, mit einer Strafe von zehn RM belegt worden war.

Ebenfalls eine Geldstrafe in Höhe von zehn RM war am 6. November 1941 von der Gemeinde Werdau an den Polen Stefan Sokalik ergangen, weil dieser am 19. Oktober eine

Gaststätte aufgesucht hatte, ohne das vorgeschriebene P-Zeichen an der Kleidung zu tragen. Ersatzweise habe er bei Nichtzahlung mit einer Haft von einem Tag zu rechnen.¹¹⁵⁶

Welche wenn auch geringen Einflussmöglichkeiten einige ausländische Gruppen auf die Arbeitsintensität hatten, wird indirekt aus den Klagen deutscher Betriebe über die jeweiligen Arbeitsleistungen deutlich. So beschwerten sich etwa die Betriebsführer von Werkzeugmaschinenbauunternehmen aus dem Raum Chemnitz in einer Besprechung am 30. Juni 1944 darüber, dass die Produktivität einiger Ausländergruppen sehr niedrig sei: Am besten arbeiteten Ostarbeiterinnen, dann abgeschwächt Ostarbeiter. Von den Westarbeitern arbeiteten Franzosen am besten, weniger gut schon Flamen und am schlechtesten Holländer und schließlich Wallonen.¹¹⁵⁷ Im Braunkohlenbergbau waren Klagen der Gruben über die eingesetzten Dänen bezüglich ihrer Arbeitsleistungen und ihres Verhaltens offenbar Legion.¹¹⁵⁸

Vielfach war auch der Einsatz der IMIs von Klagen der Einsatzbetriebe begleitet. Zwar führten viele Betriebe die vergleichsweise geringen Arbeitsleistungen auch auf unzureichende Ernährung zurück, betrachteten die Italiener aber gleichzeitig als grundsätzlich ungeeignet für das hiesige Klima. So monierte die Grube Gertrud, die Italiener seien trotz ihres Arbeitseinsatzes in beheizten Räumen mit Kapuzen und Mänteln bekleidet gewesen. Außerdem hätten die Italiener versucht, sich der Arbeit durch Verstecken oder Herumstehen zu entziehen. In diesem Zusammenhang beklagte die Grube, dass sie einfach nicht genügend deutsches Personal habe, um die Italiener ausreichend zur Arbeit anzuhalten. Auf der einen Seite reagierte die Grube mit öffentlichen Warnungen vor Strafen bei Fortführung dieses Verhaltens, auf der anderen verwies sie auf die quasi verlorene Ehre und das verlorene Ansehen der Italiener aufgrund der Abkehr Italiens als Verbündeter des Deutschen Reiches und appellierte offiziell an sie, diese Ehre durch gute Arbeit wiederherzustellen: „Ihr Italiener habt in Euerem (sic!) eigenen Interesse die Pflicht, Euer tief gesunkenes Ansehen und Euere Ehre dem deutschen und fremden Arbeiter gegenüber einigermaßen wieder zu heben. Das könnt Ihr unter Euerem derzeitigen Verhältnis nur durch eine gute Arbeitsleistung.“¹¹⁵⁹

Man kann diese Klagen aber auch anders bewerten: Ostarbeiter, zum Teil auch Italiener, hatten die geringsten Chancen oder gar rechtlichen Möglichkeiten, sich der Ausbeutung ohne erhebliche Repressionsdrohungen zu entziehen, bei Westarbeitern war solches jedoch wesentlich eher möglich. Die auf freiwilliger Basis angeworbenen Dänen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hatten beispielsweise erhebliche Möglichkeiten, auf ihre Arbeit Einfluss zu nehmen und sogar zu streiken. Es gab etwa 1942 beim Hamburger Generalkonsulat vielfache

¹¹⁵⁶ Schreiben der Stadthauptkasse an Stefan Sokalik vom 6. November 1941, Stadtarchiv Werdau, Rep. II Kap. 251 / 20, Polizeiamt, Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941–1945, Bl. 34, Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 717.

¹¹⁵⁷ Besprechung geschildert in: Klaus Müller, Niles-Werke, S. 70. Hier sei auch noch einmal auf Kapitel 2 verwiesen, wo wir Ausführungen zur Produktivität von ausländischen Arbeitskräften machen.

¹¹⁵⁸ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 240 f.

¹¹⁵⁹ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, s. 334 f., Zitat S. 335.

Beschwerden von Dänen gegen Arbeitsbedingungen und Verpflegung. Auch waren die schon erwähnten Verordnungen zur verstärkten Dienstpflicht von Göring und Sauckel ausdrücklich nicht auf Dänen anzuwenden, so dass den Gruben kaum Druckmöglichkeiten blieben, Dänen und Kroaten zur Verlängerung ihrer Vertragszeiten zu zwingen.¹¹⁶⁰

Für den Raum Leipzig gibt es auch einige Beispiele, wie ausländische Arbeitskräfte auf ihre Arbeitsbedingungen reagierten. Als vier bulgarische Arbeiter sich bei der DAF über ihre Einstufung als Hilfsarbeiter und über Beschimpfungen bei der Leipziger Firma Rudolf Sack beschwerten, hatte dieses keine negativen Folgen für sie. In einem anderen Betrieb in Böhlen wurde allerdings der holländische Beschwerdeführer (Beschwerde wegen unzureichender Ernährung) vom Vorarbeiter misshandelt. Wo möglich, reagierten ausländische Arbeitskräfte auf Benachteiligungen durchaus auch mit Streiks, Krankmeldungen und, wie schon erwähnt, häufig mit der Nichtrückkehr an den Arbeitsplatz nach dem Heimaturlaub. Selbst Ostarbeiter, die bei den Leipziger Firmen Rudolf Sack und Max Jahn beschäftigt waren, reagierten 1942 mit zahlreichen Fluchten. So lag die Fluchtrate bei erstgenannter Firma zwar nur bei vier bis fünf Prozent, bei der anderen aber bei sogar 20 Prozent.¹¹⁶¹

Am Beispiel des sächsischen Steinkohlenbergbaus im Raum Chemnitz lassen sich Einflussmöglichkeiten ebenso verdeutlichen. Im Revier Oelsnitz-Lugau erhielt die Gewerkschaft Gottes Segen im April 1942 40 französische Kriegsgefangene. Da sie betriebsfremd waren – also nicht Bergleute gewesen waren –, war ihre Produktivität niedriger als bei deutschen Bergleuten. Viele der Franzosen meldeten sich krank, manche verweigerten die Arbeit. Repressionen griffen hier weniger, weil man sowohl an das Völkerrecht gebunden wie auch auf gute Beziehungen zur französischen Vichy-Regierung angewiesen war. Empfehlungen zur Verbesserung der Ernährung wurden vom Betrieb abgelehnt, da das noch höhere Kosten verursacht hätte als sowieso schon im Vergleich zu deutschen Bergleuten. Die französischen Kriegsgefangenen wurden daher bald wieder abgegeben.¹¹⁶²

Ähnliche Erfahrungen beklagte auch der Braunkohlenbergbau.¹¹⁶³ Nach der Niederlage vor Moskau 1941, die offenbar Zweifel am deutschen Sieg bei den Kriegsgefangenen stärkte, häuften sich Klagen französischer Kriegsgefangener über Verpflegung, Arbeitszeiten oder Lohnverschlechterungen, die Betriebe ihrerseits beklagten „nachlassende Arbeitslust und Arbeitsdisziplin“ sowie steigende Krankmeldungen. Insbesondere beschwerten sich die Betriebe darüber, dass sie keinerlei disziplinarische Zugriffsmöglichkeiten auf diese Kriegsgefangenen hätten und forderten daher ein schärferes Vorgehen der militärischen Behörden

¹¹⁶⁰ Urban, Todeskandidaten im Tagebau, S. 330 f. Dies hatte bei den Dänen damit zu tun, dass Dänemark bis mindestens 1943 einen Sonderstatus hatte, denn es hatte seine eigene Regierung nach der deutschen Besetzung am 9. April 1940 behalten und konnte so unmittelbaren Einfluss auf die deutsche Regierung zu Gunsten ihrer Landsleute ausüben, zumal die deutsche Lebensmittelversorgung auf ungestörte Importe aus Dänemark angewiesen war, siehe Puchert, S. 433.

¹¹⁶¹ Mai, S. 40–42.

¹¹⁶² Posta, Terror, S. 203 f.

¹¹⁶³ Zu Folgendem Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 234–238, dort auch Zitate.

durch deren Wachpersonal. Denn körperliche Übergriffe gegen Kriegsgefangene durch das Betriebspersonal waren offiziell streng untersagt¹¹⁶⁴, und wenn sie doch vorkamen, wie etwa im Fall des Tagebaus Espenhain, verlangte das für die Kriegsgefangenen zuständige Stalag eine strenge Verwarnung des deutschen Mitarbeiters und drohte im Falle der Wiederholung eine Strafanzeige an.

Klagen über französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter gab es mehrfach im Revier Meuselwitz. Als Reaktion auf eine offenbar nachlassende Arbeitsleistung wurden etwa französische Zivilarbeiter in den Kriegsgefangenenstatus zurückgesetzt. Gegen Ende des Krieges meldete die Grube Kraft Thäna beispielsweise zwei Vorfälle. In einem Fall hatte ein französischer Kriegsgefangener im Januar 1945 die Aufforderung zum Anfassen bei einem Arbeitsvorgang mit der Bemerkung „Bald Krieg aus, Ihr alle ...“ und einer Bewegung des Halsabschneidens kommentiert, in einem anderen Fall war ein Kriegsgefangener zu spät zur Arbeit gekommen, und auf Vorhaltungen des deutschen Meisters erklärte er, er wolle diesem die ausgefallene Arbeitsstunde bezahlen.

Eine ähnliche (Ohnmachts-)Erfahrung machte die Steinkohlengrube Gewerkschaft Gottes Segen Ende 1943 mit 200 britischen Kriegsgefangenen, die vorher bei ihr beschäftigte Ostarbeiter ersetzen sollten (siehe Kapitel 5). Obwohl die Briten gut ernährt waren, lagen ihre Förderleistungen ebenfalls niedriger als vom Betrieb gefordert. Sie verweigerten oftmals die Arbeit, gerade bei zusätzlichen Sonntagsförderschichten. Ernährungsentzug als Disziplinierungsmittel fiel aus, weil diese Gefangenen wöchentlich zusätzliche Lebensmittelpakete vom Internationalen Roten Kreuz erhielten; die Gestapo konnte nicht eingeschaltet werden, und die Wehrmachtbegleitkommandos weigerten sich, auf „Meutereien“ exemplarisch mit Schusswaffengebrauch“ zu antworten. Diese britischen Kriegsgefangenen durch sowjetische zu ersetzen, die viel leichter zu disziplinieren und zu höheren Leistungen zu treiben gewesen wären, gelang dem Bergwerk jedoch nicht.¹¹⁶⁵

Ein anderes Beispiel kann für die Grube Erika im Niederlausitzer Revier angeführt werden. Dort wurde im Februar 1943 für mehrere Wochen eine allgemeine Zwölfstundenschicht eingeführt und war auch nach Angaben der Grubenleitung akzeptiert. Am 1. Februar jedoch erklärten die dortigen britischen Kriegsgefangenen, sie seien zur Ableistung dieser Schichtlänge nicht mehr bereit und verließen nach acht Stunden Arbeit ihre Arbeitsplätze, was zu zeitweiliger Solidarität auch anderer Kriegsgefangenengruppen führte. Der Betriebsdirektor der Grube bedauerte in einem Schreiben an das zuständige Stalag, dass die Grube keine wirk-

¹¹⁶⁴ Lediglich das militärische Bewachungspersonal war zum Einsatz körperlicher Gewalt etwa bei Arbeitsverweigerung berechtigt. Erstes Mittel war eine dreimalige Aufforderung zur Arbeit, dann Gewehrkolbenstöße, darauf ein Stechen mit der Waffe und als letztes Mittel der Einsatz der Schusswaffe, wie etwa das Wehrkreis-kommando III 1942 festlegte, siehe Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 237.

¹¹⁶⁵ Posta, Terror, S. 216, dort auch Zitat.

lichen Einwirkungsmöglichkeiten auf die britischen Gefangenen habe und befürchtete darüber hinaus eine negative Wirkung auf seine deutsche Gefolgschaft.¹¹⁶⁶

Auch im Braunkohlenbergbau waren die Gruben Ende 1943 mit den Arbeitsleistungen der neuen britischen Kriegsgefangenen nicht zufrieden. Kritisiert wurde bei diesen Kriegsgefangenen jedoch hauptsächlich eine Haltung von „Anmaßung“ und „Frechheit“¹¹⁶⁷, der man offensichtlich nicht beikommen konnte.

In einem anderen Bergwerk, der Grube Himmelfahrt-Fundgrube in Freiberg, richtete die Betriebsleitung ein Schreiben an die formal nicht zuständige NSDAP-Kreisleitung mit der Bitte, einen Slowenen durch die Polizei festnehmen zu lassen. Alle betriebsinternen Maßnahmen wegen „Ungehorsam und Schichtbummelei“ hatten offenbar keinen Erfolg gehabt.¹¹⁶⁸ Auch hieraus ersieht man, dass Arbeitskräfte aus befreundeten Ländern durchaus Möglichkeiten der Verweigerung besaßen.

Fischer beschreibt für den Bereich Dresden am Beispiel des Lauchhammerwerks sowie des Sächsischen Gußstahlwerks in Freital die generelle Haltung der Betriebe, den Ausländern bei geringeren Arbeitsleistungen „Arbeitsbummelei“ vorzuwerfen. Auch würden Ausländer versuchen, der Arbeit durch „Herbeiführung einer Erkrankung“ auszuweichen.¹¹⁶⁹

Ähnlich gelagert ist ein Fall aus Olbernhau mit belgischen und italienischen Zivilarbeitern. Die Firma Lange in Olbernhau hatte offenbar der Gestapo Chemnitz gemeldet, dass ein Arbeiter innerhalb von vier Monaten immerhin 31 Tage nicht an seinem Arbeitsplatz erschienen sei, und ein anderer vom 20. Februar bis Ende April 15-mal die Arbeit versäumt habe. Die Gestapo wies daraufhin den Bürgermeister von Olbernhau an, beide in seine Diensträume zu rufen und sie „strengstens zu verwarnen“ und bei Wiederholung ihre Festnahme anzudrohen. Im Antwortschreiben der Gemeinde an die Gestapo Chemnitz wurde die Durchführung dieser Anordnung bestätigt.¹¹⁷⁰

Eine Zusammenstellung aus Unterlagen des Polizeigefängnisses Leipzig erlaubt auch Rückschlüsse darauf, dass typische Strafen bei Angehörigen dieser Staaten häufig eher in kurzen Haftstrafen bestanden, neben den schon erwähnten und sehr brutalen Aufenthalten in Arbeitserziehungslagern. So ist belegt, dass französische Arbeitskräfte der Erla-Werke in Leipzig 1942 wegen Arbeitsverweigerung und / oder Fluchten Haftstrafen von drei Wochen antreten mussten, ein deutscher Mitarbeiter der Vereinigten Flugzeugwerke in Markkleeberg erhielt wegen Umgangs und Handels mit Ostarbeitern gleichfalls diese Strafe. Ein französischer Arbeiter der MMW kam wegen staatsfeindlicher Äußerungen gut drei Wochen in Haft,

¹¹⁶⁶ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 230.

¹¹⁶⁷ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 332 f.

¹¹⁶⁸ Didzionic, S. 36.

¹¹⁶⁹ Siehe hierzu Fischer, S. 22.

¹¹⁷⁰ Schreiben Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz an Bürgermeister Olbernhau vom 12. Mai 1944 und Antwortschreiben des Bürgermeisters an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Chemnitz vom 19. Mai 1944, Stadtverwaltung Olbernhau, o.Sig., S. 237, 239, Abschrift in: Diamant, Gestapo Chemnitz, S. 675.

ein anderer wurde sogar wegen Wirtschaftssabotage (was immer damit gemeint war) auch nur zu einer dreiwöchigen Haftstrafe verurteilt.

Für die HASAG lassen sich weitere Beispiele anführen. So wurden etwa Strafen wegen unerlaubtem Rauchen auf dem Werksgelände ausgesprochen, mehrere Fremdarbeiter kamen für zwei Wochen, manchmal nur wenige Tage, in Haft. Manchmal wurden aber auch Versetzungen vorgenommen, etwa zum ASW-Werk Espenhain mit den bekanntlich besonders schweren Arbeitsbedingungen.¹¹⁷¹

In besonderen Fällen griff die Gestapo jedoch auch bei solchen Arbeitskräften durchaus ein. Das Amtsblatt der Stadt Lengenfeld berichtete 2012 von der Einweihung eines Gedenksteins für ehemalige französische Kriegsgefangene, unter anderem für den ehemaligen französischen Kriegsgefangenen Joseph Santerre. Er war 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, kam im Juli 1940 ins Stalag IV B Mühlberg und von dort am 31. Januar 1941 ins Stalag IV F Hartmannsdorf. Nach nicht bekannten Arbeitsstationen wurde er im Januar 1944 zur Wolframitgrube Pechtelsgrün versetzt und hier im Dezember 1944 zusammen mit dem französischen Kriegsgefangenen Emile Pellegrino „wegen Nachlässigkeiten bei der Arbeit“ verhaftet und zur Gestapo nach Plauen und dann in ein Arbeitserziehungslager geschafft. Im Januar 1945 waren beide noch im Lager Oberleutensdorf-Maltheuern registriert und verstarben dort im Februar 1945, vermutlich an Entkräftung.¹¹⁷²

Beim Braunkohlenbergbau berichtet Urban ebenfalls von Fällen, in denen die Gestapo eingriff. Die Gestapo Merseburg verhaftete 1944 einen französischen Zivilarbeiter, der nach inoffiziellen Informationen bereits im Januar 1945, angeblich an Diphtherie, verstorben war. Im Tagebau Espenhain war 1943 sogar eine ganze Gruppe von 60 französischen Kriegsgefangenen „wegen Verdachts politischer Umtriebe“ verhaftet worden.¹¹⁷³

Für die Ostarbeiter in den sächsischen Bergwerken stellten sich die Selbstbehauptungsmöglichkeiten innerhalb des Betriebs grundsätzlich anders dar. So verabredete beispielsweise die Gewerkschaft Deutschland mit der Gestapo Chemnitz einen ganzen Katalog von Strafen. Zunächst kamen betriebsinterne Maßnahmen wie Strafarbeiten oder etwa Mobilitätsein-

¹¹⁷¹ Polizeigefängnis Leipzig, Gefangenenbuch Bd. III 1942, Nr. 8141–12470, in: BStU, MfS HA IX / 11, AK 5265 / 76, Bd. 6.

¹¹⁷² Die Grube Pechtelsgrün beschäftigte zusätzlich zu ihrer deutschen Belegschaft etwa 80 belgische und französische Kriegsgefangene, später noch 75 Ostarbeiter und 75 sowjetische Kriegsgefangene, siehe Michael Hammer, Einweihung eines Gedenksteines für französische Kriegsgefangene in Irfersgrün, in: Lengenfelder Anzeiger, Amtsblatt für die Stadt Lengenfeld mit den Ortsteilen Irfersgrün, Pechtelsgrün, Plohn / Abhorn, Schönbrunn, Weißensand und Wolfspütz, 23. Jg., Oktober 2012, S. 1–3. Der Beitrag beruht hauptsächlich auf Nachforschungen von Laurent Guillet zu seinem Großonkel Joseph Santerre, die erstgenannter unter dem Titel „Die längste historische Schnitzeljagd der Welt“ veröffentlicht hat. Das AEL „Straflager Sachsenhof“ befand sich in der Morgenbergstraße 43 in Plauen; Santerre musste Zwangsarbeit in der Firma Arnold Ritter Maschinenfabrik, Rinnelberg 14a, leisten. Eine Gedenktafel in Plauen am ehemaligen Gefängnisareal am Schlossberg erinnert heute daran, siehe Plauen Teil einer weltweiten Schnitzeljagd, in: <https://www.spitzenstadt.de/Plauen/1-nachrichten/plauen-teil-der-weltweit-laengsten-schnitzeljagd>, 14. Juli 2019.

¹¹⁷³ Urban, Zwangsarbeit im Tagebau, S. 237, dort auch Zitat. Welches weitere Schicksal die Kriegsgefangenen erwartete, geht offenbar aus der Quelle nicht hervor.

schränkungen (Ausgehverbote) zur Anwendung; eine weitere Strafstufe war Karzerhaft bei Wasser und Brot. Wenn das alles nicht half, folgte die Meldung an die Gestapo, die mit KZ-Überweisung oder auch Arbeitserziehungslager reagieren konnte. Auch bei Fluchten wurde die Gestapo eingeschaltet. Besonders perfide war, dass Versuche der Ostarbeiter, aus dem Lager zu schleichen, um sich etwa auf dem Schwarzmarkt¹¹⁷⁴ zusätzliche Lebensmittel zu verschaffen, ebenfalls scharf sanktioniert werden konnten. Für das Schicksal derjenigen, die der Gestapo übergeben worden waren, trug auch der Betrieb eine Mitverantwortung, denn die Gestapo forderte vom Betrieb Aussagen über das bisherige Verhalten des Verhafteten. In solchen Fällen erhielt der Betrieb dann eine Mitteilung der Gestapo, welche Maßnahme eingeleitet worden war.¹¹⁷⁵

Dass auch Ostarbeiter trotz allem vielfach versuchten, dem geforderten Arbeitstempo auszuweichen oder ihm einfach aus Ernährungsgründen nicht gewachsen waren, verdeutlicht die Tatsache, dass Osteuropäer und Polen ab 1942 zu der größten Häftlingsgruppe innerhalb der Arbeitserziehungslager wurden.¹¹⁷⁶

Ein anderes drastisches Beispiel ereignete sich in Annaberg-Buchholz. Ein dort auf einem Bauernhof arbeitender 18-jähriger Ostarbeiter, Michael Lomonos, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, heimlich Lebensmittel in ein Lazarett für Kriegsgefangene in einer Turnhalle in der Fichtestraße zu bringen, um seinen Landsleuten zu helfen. Auch brachte er dorthin offenbar Frontnachrichten mit. Da dieses entdeckt wurde, wurde er in Dörfel, einem Dorf in der Nähe, von zwei Polizisten erschossen.¹¹⁷⁷

In den bisherigen Darlegungen haben wir bereits mehrere Beispiele vorgestellt, bei denen ausländische Arbeitskräfte der Gestapo übergeben wurden. Im Folgenden wollen wir über einige von uns ermittelte verurteilte Ausländer berichten, die am Münchner Platz hingerichtet wurden.

Aus dem Leipziger Raum konnten so mehrere Prozesse gegen Ostarbeiter vor dem Sondergericht Leipzig ermittelt werden. Sie hatten mit unterschiedlichen Straftatbeständen zu tun, die entweder mit ihren unzureichenden Lebensbedingungen verbunden waren oder die zeigen, dass es auch zu Gewaltausbrüchen und Angriffen auf Personen unter den Zwangsarbeitern kommen konnte. Alle genannten Todesurteile wurden am Münchner Platz vollstreckt.¹¹⁷⁸ Am 8. Mai 1944 verhandelte das Sondergericht Leipzig gegen sieben ukrainische Angeklagte. Sie waren bei der Reichsbahn in Leipzig beschäftigt. Verurteilt wurden sie „wegen Diebstahls

¹¹⁷⁴ Als Beispiel für den Schwarzmarkt im Raum Dresden und die Versuche des Regimes, ihn soweit wie möglich durch Strafurteile einzudämmen, siehe Widera, S. 392–395.

¹¹⁷⁵ Posta, Terror, S. 218. Zuweilen, so interpretiert Posta eine der einschlägigen Quellen, wurde sogar der Tod des Verhafteten dem Betrieb nicht mitgeteilt, siehe ebenda, S. 218, FN 94.

¹¹⁷⁶ NS-Terror und Verfolgung, S. 361.

¹¹⁷⁷ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/70631.sag-wo-die-soldaten-sind>.

¹¹⁷⁸ Die folgenden Angaben stammen aus der Gedenkstätte Münchner Platz / Dresden, die wir um die Prüfung von ermittelten Namen gebeten hatten. Wir danken Dr. Birgit Sack und Dr. Gerald Hacke sehr herzlich für diese Recherche.

von Beförderungsgütern der Reichsbahn und Mord an dem Ukrainer Juri Wolgajew“. Das Gericht vermutete einen Streit um die Aufteilung des Diebesguts als Todesursache. Gestohlen worden waren Fischkonserven, Eier oder Nudeln – einfache Grundnahrungsmittel, die auf die unzureichende Ernährung verweisen. Drei von ihnen – Gorimenko, Maksimtschuk, Rodionow – wurden am 28. Juni 1944 hingerichtet und anschließend auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden bestattet. Gorimenko war zum Tatzeitpunkt unter 18 Jahre alt. Laut Urteil erforderte das „gesunde Volksempfinden“ eine Gleichbehandlung mit den älteren Mitangeklagten. Die Verteidigung hat im Verfahren darauf hingewiesen, dass die Angeklagten nicht unter Hinzuziehung von Dolmetschern verhört worden seien, obwohl sie kein Deutsch sprachen, und zweifelte daher die Mordtat an.

Der nächste Fall ereignete sich bei der Brabag in Böhlen. Nikolai Below, ein Russe, wurde beschuldigt, „nachts acht Baubuden erbrochen und daraus Kleidung und Lebensmittel ... gestohlen“ zu haben. Ein Mitangeklagter war noch flüchtig. Das Sondergericht Leipzig verurteilte ihn am 18. August 1944 zum Tode. Er wurde nach der Hinrichtung am 13. September 1944 sechs Tage später im „Russengrab“ auf dem Johannisfriedhof beigesetzt.

Unser drittes Verfahren hat denselben Hintergrund. Nikolai Krawez, ein Rumäne, wurde am 23. August 1944 vom Sondergericht Leipzig zum Tode verurteilt, weil er „Lebensmittel, Kleintiere und Gegenstände des täglichen Gebrauchs gestohlen“ habe. Er wurde am 12. Oktober hingerichtet und vier Tage später auf dem Neuen Katholischen Friedhof beerdigt.

Bei dem nächsten Verfahren handelte es sich um acht ukrainische Angeklagte von mehreren Leipziger Firmen sowie um zwei Deutsche (Paul und Hedwig Johnke), die am 9. September 1944 verhaftet worden waren und „wegen Diebstahl von Lebensmittelkarten und Handel damit“ vom Sondergericht Leipzig am 5. Dezember 1944 nach der Volksschädlingsverordnung und der Kriegswirtschaftsverordnung verurteilt wurden. Paul Johnke war in der Stadtverwaltung Delitzsch tätig. Bei einigen der Ukrainer verfügen wir über nähere Angaben zu ihrer Arbeitsstelle. Matwej Schewtschuk war bei der Firma Meier & Weichelt, Mychajlo Sowysstun bei der Firma Max Jahn und Mikola Truchan bei der Metallguß GmbH Böhlitz-Ehrenberg beschäftigt. Drei wohnten in einem Lager der Fa. Christian Mansfeld Leipzig: Iwan Kuciaba, Michael Ros und Paul Wasylszyn. Zwei weitere Ukrainer waren laut Anklageschrift vom 1. November 1944 offenbar privat in Leipzig untergebracht, nämlich Jakym Pantschyschyn und Stefan Borynjak. Ihr Arbeitgeber ist nicht bekannt. Paul Johnke sowie mindestens fünf der acht Ukrainer wurden zum Tode verurteilt und am 12. Januar 1945 am Münchner Platz hingerichtet, und die fünf Ukrainer auf dem schon genannten Dresdner Friedhof bestattet. Über das Schicksal von Michael Ros, Jakym Pantschyschyn und Stefan Borynjak ist nichts Näheres bekannt.

Der nächste Prozess hatte mit einem Fluchtfall unter Waffeneinsatz zu tun. Gawril Parchomenko hatte offenbar einen Fluchtversuch unternommen, weil er festgenommen werden sollte. Dabei „schoß er auf zwei Lagerführer und verletzte einen schwer“, wie das Sondergericht Leipzig am 16. Juni 1944 feststellte. Parchomenko hatte nach den Gerichtsunterlagen illegal in einem Lager (wo er versorgt werden konnte) gelebt und war bei einer Ausweiskontrolle

entdeckt worden. Als der Lagerführer dabei drohte, ihn zu erschießen, versuchte Parchomenko vergeblich, sich dem durch Flucht unter Einsatz von eigenem Schusswaffengebrauch zu entziehen. Er gab jedoch an, nicht gezielt geschossen zu haben. Es sei eine Verzweiflungstat gewesen. Er wurde am 19. Juli 1944 im Gefängnis Münchner Platz hingerichtet und ebenfalls auf dem Neuen Katholischen Friedhof beerdigt.

Auch zwei Dresdner Fälle sind in der Gedenkstätte Münchner Platz aktenkundig. Der Ukrainer Wasil Domoschetcy wurde vom Sondergericht Dresden am 9. Februar 1943 zum Tode verurteilt, weil er „als Aushilfsarbeiter der ... Reichsbahn in größerem Umfang Transportgüter geraubt“ habe. Nach der Hinrichtung am 9. März wurde er am 13. März 1944 in einem „Russengrab“ auf dem Dresdner Johannisfriedhof beerdigt.

Zwei Ostarbeiter wurden wegen Mordes („haben einen Arbeitskameraden hinterrücks mit einem Hammer erschlagen“) vom Sondergericht Dresden am 12. November 1942 zum Tode verurteilt, als sie im Zwangsarbeitseinsatz bei einem Bauern in Kohlwesa bei Löbau tätig waren. Nähere Umstände zu diesem Delikt sind nicht bekannt.

Teil 3: Opfer und Täter nach Kriegsende

Kapitel 8: Befreiung und Repatriierung

Westalliierte Repatriierungen

Den Alliierten war seit den ersten gemeinsamen Konferenzen zur Festlegung der weiteren Kriegsführung sehr bewusst, dass sich Millionen ausländische Zivilisten und Kriegsgefangene im deutschen Gewahrsam befanden. Da die Westalliierten auf ihrer Konferenz von Casablanca eine bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht als Ziel ihrer Kriegsführung festgelegt hatten und sich die Sowjetunion dem anschloss, war davon auszugehen, dass für die Repatriierung von Angehörigen der Alliierten sowohl während des Krieges (Alliierte Landungen in Italien 1943, in der Normandie 1944 und Vormarsch der Roten Armee 1944 auf ehemals polnischem Territorium) wie nach der Kapitulation unbedingt Vorkehrungen zu treffen waren.

Im Frühjahr 1944, bevor größere im deutschen Gewahrsam befindliche ausländische Gruppen befreit werden konnten, gingen die Westalliierten von insgesamt 11,3 Millionen Flüchtlingen und Displaced Persons (DP) in Europa aus, von denen sie 6,4 Millionen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches selbst erwarteten.¹ Etwa 20 Prozent von diesen gut elf Millionen Personen wurden im Juni 1944 nach nunmehr aktualisierten Schätzungen der Westalliierten als Flüchtlinge innerhalb ihres jeweiligen Heimatlandes angesehen. Man ging von gut 7,7 Millionen DPs im Deutschen Reich aus, damit noch mehr als im Frühjahr, und immerhin 2,1 Millionen in Frankreich. Deutsche Vertriebene, die dann ab Ende 1944 in das verbliebene deutsche Reichsgebiet strömten beziehungsweise nach den Beschlüssen von Potsdam 1945 in die Besatzungszonen deportiert wurden, rechneten die Alliierten nicht mit. Für sie sollte auch die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) nicht zuständig werden.²

Diese neue Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen war schon etwa sechs Monate zuvor, im November 1943, in Atlantic City (Staat New York) gegründet worden, um dieser Masse von gut elf Millionen Herr zu werden. Sie sollte Teams zusammenstellen, die sogenannte Assembly Centers (Sammelzentren) in den von den Alliierten befreiten Territorien betreuen

¹ Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 44. Siehe zu der Problematik der sowjetischen Bürger in deutschem Gewahrsam in komprimierter Form auch Ulrike Goeken, *Von der Kooperation zur Konfrontation. Die sowjetischen Repatriierungsbeamten in den westlichen Besatzungszonen*, in: Müller u. a., *Die Tragödie der Gefangenschaft*, S. 315–334.

² Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 53 f. Zu den verschiedenen DP-Gruppen in Kurzfassung siehe *Displaced Persons*, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Displaced_Persons, 27. September 2019, S. 1 f.

und dabei entweder die Rückkehr von Flüchtlingen innerhalb ihrer eigenen Heimatländer oder die Rückführung der DPs in ihre Heimatländer organisieren und den jeweiligen militärischen Behörden dabei Unterstützung leisten sollten. All dieses bezog sich allein auf Zivilisten. Die Westalliierten definierten DPs als Personen, „die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihrer Staaten befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen“.³

Die Westalliierten rechneten zu diesen Zahlen auch noch ihre eigenen Kriegsgefangenen hinzu. Das waren hauptsächlich gut 72.000 amerikanische, 150.000 britische sowie Hunderttausende französische Kriegsgefangene.⁴

Die sowjetische Seite präsentierte zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen Zahlen ihrer Staatsbürger, die in die Sklaverei (wie es offiziell hieß) geführt worden seien. Insgesamt seien es 6.810.567 Personen gewesen, davon 4.794.087 Zivilisten (Ostarbeiter) und 2.016.480 Kriegsgefangene.⁵ Etwas andere Zahlen erhob die sowjetische „Außerordentliche staatliche Kommission für die Feststellung und Untersuchung von Gräueltaten der deutschfaschistischen Eindringlinge“ (russische Abkürzung: TschGK), die sich nach ihrer Gründung am 2. November 1942 mit der Ermittlung von Bevölkerungsverlusten und Schäden durch Handlungen und Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht beschäftigte. Sie kam auf 4.128.796 Zivilisten, die in das Deutsche Reich verschleppt worden seien. Für die russische Teilrepublik wären dieses 1.269.189 Personen, für den ukrainischen Teil 2.023.112, 373.698 seien aus der weißrussischen Teilrepublik und 415.413 aus dem Baltikum deportiert worden, um nur die wichtigsten von der Wehrmacht besetzten sowjetischen Teilrepubliken zu nennen.⁶ Trotz der unterschiedlichen Angaben ist zu konstatieren, dass die Zahl der in Nürnberg

³ Zitiert in: Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 54; zur UNRRA-Gründung ebenda, S. 53. Die UNRRA war darüber hinaus für Hilfslieferungen in vom Krieg verwüstete Länder zuständig und lieferte sowohl Bekleidung wie auch Lebensmittel und landwirtschaftliche Hilfe in 18 Staaten, darunter die beiden sowjetischen Teilrepubliken Weißrussland und Ukraine, siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 197. 70 Prozent des UNRRA-Budgets kamen aus dem US-amerikanischen Bundeshaushalt. Insgesamt stand die UdSSR der UNRRA wie auch ihrer Nachfolgeorganisation International Refugee Organization (IRO) skeptisch gegenüber und war nicht bereit, auch in ihrem Besatzungsbereich in Deutschland sowie in Osteuropa UNRRA-Lager zu erlauben. Die Unterlagen der UNRRA fanden nach ihrer Auflösung weitgehend Eingang in die Bestände des ITS in Arolsen, siehe Jochem, S. 7.

⁴ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 60 f.

⁵ Die Zahl der Umgekommenen wurde mit 1,13 Millionen angegeben (bei 6,8 Millionen Zivilisten und Kriegsgefangenen), die Zahl der Rückkehrunwilligen mit gut 300.000, siehe Goeken, *Kooperation*, S. 315. Erst später war man auf sowjetischer Seite bereit anzuerkennen, dass die noch etwa zwei Millionen 1944 und 1945 in deutscher Hand befindlichen sowjetischen Kriegsgefangenen ein Teil von über vier Millionen bis zu 5,7 Millionen insgesamt in deutscher Hand gefallene Kriegsgefangenen waren, so dass die Todesfälle keineswegs bei lediglich 1,13 Millionen sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen gelegen haben können (siehe Teil 1).

⁶ Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 41–44. Auch umgekommene oder ermordete sowjetische Zivilisten und Kriegsgefangene spielten eine wichtige Rolle bei den Untersuchungen der TschGK. Die Zahl der getöteten Zivilisten in den besetzten Gebieten der UdSSR ermittelte die TschGK mit knapp sieben Millionen, die Zahl der umgekommenen Kriegsgefangenen auf sowjetischem Gebiet wurde sogar mit fast vier Millionen angegeben. Viele Angaben der örtlichen TschGK-Gruppen zu Kriegsgefangenen sind jedoch quellenmäßig nicht unter-

genannten sowjetischen Kriegsgefangenen in dieser sowjetischen Zusammenstellung in jedem Fall um nennenswerte Größenordnungen zu niedrig angesetzt war; sie dürfte nach dem Stand der internationalen Forschung mindestens bei vier bis 4,5 Millionen, nach deutschen Angaben sogar bei weit über fünf Millionen gelegen haben.⁷

In erheblicher Größenordnung fielen die ersten Zwangsarbeiter und ausländischen Kriegsgefangenen den britisch-amerikanischen Interventionstruppen nach ihrer Landung in der Normandie in die Hände. Gesamtverantwortlich für diese war, neben ersten UNRRA-Kommandos, das alliierte Oberkommando (SHAEF = Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces), das von General Eisenhower geführt wurde. Obwohl SHAEF wünschte, dass befreite DP's an ihren bisherigen Einsatz- und Aufenthaltsorten zunächst verbleiben sollten, waren diese dazu kaum bereit. Früh setzte daher bereits sowohl ein unregelmäßiger als auch geregelter Heimtransport dieser Gruppen ein.⁸ Bis April 1945 waren den amerikanischen Truppen gut 2,5 Millionen DP's in die Hände gefallen, darunter als größte Gruppe etwa eine Million Sowjetbürger. Im Juli 1945 waren bereits 6,253 Millionen DP's befreit. Die Zahl der Sammellager (Assembly Camps), geleitet von UNRRA-Personal, stieg von 62 auf 114 im Mai 1945. Um den DP's wenigstens eine Grundernährung von 2.000 kcal pro Tag zu sichern, wurde teilweise auch die Ernährung der deutschen Bevölkerung abgesenkt.⁹ Neben den Zivilarbeitern wurden von den westalliierten Armeen auch die zahlreichen Konzentrationslager befreit. Insgesamt 475.000 KZ-Häftlinge mussten nun von ihnen mit versorgt werden.¹⁰

Da die westalliierten Armeen wie auch die bald eingerichteten Besatzungsbehörden für die Ernährung dieses Millionenheeres von DP's zuständig waren, war man bemüht, die Repatriierung möglichst zügig abzuwickeln. In den von SHAEF kontrollierten Gebieten des Deutschen Reiches (inklusive Österreich) und der Tschechoslowakei wurden bis Kriegsende 5,92 Millionen DP's befreit. Hinzu kamen gut 654.000 DP's in Frankreich, Norwegen, dem Mittleren Osten sowie anderen ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern. In der zuerst genannten Zahl von 5,92 Millionen DP's war etwa ein Drittel sowjetische Staatsbürger enthalten. Bis Ende September 1945 waren aus den drei Westzonen immerhin schon gut 4,622 Millionen Menschen repatriert worden, also etwa 80 Prozent; unter ihnen befanden sich gut zwei Millionen Sowjetbürger, 1,5 Millionen Franzosen und 94.000 Polen. Gut die Hälfte der DP's, wie eine Zähl-

setzt, siehe hierzu Ekaterina Kiseleva, Dokumente über den Tod sowjetischer Kriegsgefangener im Archivbestand der „Außerordentlichen staatlichen Kommission für die Feststellung und Untersuchung von Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge“, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben. Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit“, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.

⁷ Offizielle russische Angaben gehen von gut 4,5 Millionen, deutsche Forscher von bis zu 5,7 Millionen und einige russische (nicht-offizielle) Publikationen sogar von weit mehr als sechs Millionen aus, Zahlen hierzu bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 41, FN 28; siehe hierzu auch unsere Ausführungen in Kapitel 1.

⁸ Siehe hierzu Goeken-Haidl, S. 58 f.

⁹ Zu diesen Vorgängen Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 185 f.

¹⁰ Zu diesen Vorgängen Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 176–182.

lung aus dem Bereich der 12. US-Armeegruppe ergab, war davon in eigenen Lagern untergebracht.¹¹

Von März bis September 1945 gelang es, aus Westeuropa und den westlichen Besatzungszonen von circa elf Millionen DPs immerhin gut zehn Millionen Personen zu repatriieren. Allein im Mai und Juni 1945 wurden über fünf Millionen Menschen in ihre Heimatländer transferiert, das waren in diesem Zeitraum täglich knapp 90.000. Zum Stichtag Mitte August 1945 waren aber trotzdem noch gut eine Million Menschen nicht repatriiert, unter ihnen über 800.000 Osteuropäer mit dem größten Anteil von 622.000 Polen, aber auch gut 180.000 Menschen, die die Sowjetunion als ihre Staatsbürger betrachtete: 40.000 Russen, 12.000 Weißrussen und Ukrainer sowie als insgesamt zweitgrößte Gruppe 131.000 Balten. Allein in Westeuropa lebten damals noch gut 772.000 Personen in 295 Lagern, die etwa 230.000 anderen waren anderweitig untergebracht.¹²

Die Unterbringung der DPs geschah vornehmlich in für die Unterbringung von großen Menschenmengen konzipierten bereits vorhandenen Lagern (allerdings für andere Gruppen), nämlich in deutschen Kasernen, Kriegsgefangenen- und sogar ehemaligen KZ-Lagern. Weiterhin wurden Privatwohnungen, Hotels oder andere Gebäude requiriert. Für jüdische DPs wurden 1946 eigene Lager geschaffen, weil diese Gruppe zuweilen vorher in Lagern zusammen mit ihren früheren Verfolgern untergebracht waren (etwa rückkehrunwilligen Lagerbewachern aus Osteuropa). Insgesamt bestanden nach einer Zusammenstellung des ITS in Arolsen 1.800 solcher Lager in den drei Westzonen und in Westberlin.¹³

Ab 1946 belief sich die Zahl der Menschen, die nicht ohne weiteres in ihr Land oder ein Land ihrer Wahl transferiert werden konnten, auf immerhin 500.000 bis 700.000¹⁴. 1947 erklärten sich schließlich mehrere Staaten bereit, DPs aufzunehmen, allerdings nur nach vorheriger Überprüfung. Es wurde ein sogenanntes Resettlement-Programm gestartet, für das mit Staaten in Südamerika, Nordamerika, dem Commonwealth, in Nordafrika und in Europa Verhandlungen stattfanden. Man einigte sich schließlich auf eine Zahl von 270.000 Personen, die eine neue Heimat bekommen sollten. Allerdings fanden vorwiegend nur jüngere zumeist männliche Personen, deren Arbeitskraft geschätzt wurde, Aufnahme. Zwischen dem 1. Juli 1948 und Ende 1951 gelang es trotzdem, für über 700.000 weitere Personen neue Aufnahmeländer zu finden. Die meisten gingen in die USA, dann folgten Australien und Israel (für europäische Juden).¹⁵ Die verbleibenden DP-Lager wurden 1951 in die Obhut der Bundesrepublik

¹¹ Zu den Zahlen Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 215–217.

¹² Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 218–220.

¹³ DP-Lager, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/DP-Lager>, 27. September 2019, S. 2.

¹⁴ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 375.

¹⁵ Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 378–380. 1946 / 1947 kam es nach antisemitischen Vorfällen in Polen auch zu einem Massenexodus noch verbliebener polnischer Juden im Umfang von etwa 300.000 Personen, die ebenfalls in DP-Lagern versorgt wurden, siehe Displaced Persons, in: wikipedia, S. 2. Jüdische DPs spielten auch in einigen Nachkriegsprozessen eine Rolle als Belastungszeugen, so etwa in den 1948 / 1949 in

Deutschland übergeben und firmierten als „Regierungslager für heimatlose Ausländer“. Das letzte dieser Lager wurde 1959 aufgelöst.¹⁶

Eine Gruppe allerdings blieb immer ein Zankapfel zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion: In den Lagern in Westeuropa und Westdeutschland hatte es eine ganze Gruppe von oben schon genannten Osteuropäern gegeben, die die Sowjetunion für sich reklamierte, die sich aber ihrer Repatriierung dorthin mit allen Mitteln widersetzte. 1946 waren gut 323.000 Menschen nicht bereit, in die Sowjetunion zurückzukehren. Das entsprach gut fünf Prozent aller nach damaliger sowjetischer Schätzung im deutschen Bereich Gewesenen. In der britischen Zone betrug die Zahl der Verweigerer 102.458 und in der amerikanischen 65.605.¹⁷

Unter ihnen befand sich mit Sicherheit ein nicht genau bezifferbarer Teil von Personen, die sich auf deutscher Seite am Kampf beteiligt oder auch in Polizei- oder SS-Einheiten Dienst getan hatten und die damit mit Sicherheit einem sowjetischen Gerichtsverfahren entgegensehen mussten. Da sich die amerikanische Haltung, diese Personen nicht in die Sowjetunion zu repatriieren, immer mehr verfestigte, konnten manche im Rahmen des Resettlement-Programms unter eigener oder fremder Identität in westliche Länder aussiedeln. Seit Januar 1944 arbeitete in London die War Crimes Commission, deren Ziel darin bestand, Kriegsverbrecher aufzuspüren.¹⁸ Die von den Westalliierten Ausgesiedelten unterlagen jedoch keineswegs einem ähnlich rigiden Filtrationsprogramm wie die Rückkehrer in die Sowjetunion, so dass Anfragen von osteuropäischen Regierungen ab Anfang der 1990er Jahre dazu führten, dass sowohl Großbritannien als auch baltische Staaten eingestehen mussten, zum einen Repatrianten nicht genügend überprüft und zum anderen auch Bürger in ihren Ländern zu haben, die in mögliche Verbrechenkomplexe verwickelt waren. Es ging um SS-Formationen sowie auch die Beteiligung an Massenmorden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Erst im Jahr 1979 hatte das US-Justizministerium ein „Office of Special Investigation“ gegründet, dessen Aufgabe darin bestand, unter den Nachkriegsimmigranten aus Europa mögliche Kriegsverbrecher zu identifizieren.¹⁹ So kam auch der Fall Ivan Demjanjuk ins Rollen, der dann ab 2012 eine besondere Rolle in der deutschen Öffentlichkeit spielte.²⁰

der SBZ stattfindenden beiden HASAG-Verfahren über Verbrechen in deren polnischen Niederlassungen, siehe Kapitel 9.

¹⁶ DP-Lager, in: wikipedia, S. 2. Eine ausgewählte Liste von DP-Lagern in der amerikanischen, britischen und französischen Zone, in Österreich, Frankreich und Italien in: ebenda, S. 2–4. 1951 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein eigenes „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet“, das diesen Personenkreis mit deutschen Staatsangehörigen gleichstellte, siehe NS-Zwangsarbeit, in: wikipedia, S. 7.

¹⁷ Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 291.

¹⁸ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 93, FN 198.

¹⁹ Zu diesen Anfragen und Ermittlungen siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 380–383.

²⁰ Ivan Demjanjuk hatte als „Trawnik“ im Vernichtungslager Sobibor als Wachmann Dienst getan. Als sowjetischer Kriegsgefangener war er bereit gewesen, Wachdienst zu leisten und wurde dazu im Lager Trawnik ausgebildet. Zur juristischen Problematik dieses und anderer Verfahren siehe Klaus Bästlein, *Die Strafverfolgung der in den nordfriesischen Konzentrationslagern Husum-Schwesing und Ladelund verübten NS-Gewaltverbrechen durch britische, dänische, niederländische und deutsche Stellen*, in: Enrico Heitzer / Günter

Sowjetischer Umgang mit befreiten Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilisten

Wenden wir uns nun der sowjetischen Seite zu. Die Rote Armee hat mit ihrer großangelegten Bagration-Offensive ab 22. Juni 1944, die sie innerhalb von zwei Monaten aus einer Position 150 km östlich von Minsk bis nach Warschau geführt hatte, ebenfalls in erheblicher Größenordnung Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene befreit. Hierzu gehörten in der großen Mehrheit sowjetische Bürger, aber auch etliche Tausende von westalliierten Kriegsgefangenen, die sich in deutschen Lagern in diesen Gebieten befunden hatten. Insgesamt wurden von der Roten Armee bei ihrem Vormarsch bis zum Kriegsende 4,5 Millionen DPs befreit.²¹

Die befreiten eigenen Staatsbürger wurden nach einem speziellen Verfahren überprüft und entweder neuen Verwendungen zugeführt oder verschiedenen Bestrafungen unterzogen, welche bereits mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 von sowjetischer Seite eingeführt worden waren. Wir gehen daher im Folgenden zunächst auf die Herausbildung dieser Struktur ein, bevor wir uns anschließend genauer den Fragen der Repatriierung westalliiertes und sowjetischer Bürger ab 1944 zuwenden wollen.

Bereits kurz nach Beginn der deutschen Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erging im August ein erster Befehl über die Frage der in Kriegsgefangenschaft geratenen Rotarmisten. Dieser am 16. August 1941 erlassene Befehl 270, weitergegeben am 17. August, wurde den Angehörigen der Roten Armee lediglich vorgelesen. Hintergrund des Befehls war, angesichts von massenhafter Gefangennahme von Rotarmisten durch die Wehrmacht die Kampfmoral zu stärken und möglichst jede Gefangennahme, vor allem aber Gefangengebe zu verhindern.

Denn bereits in den ersten zwei Monaten des Krieges waren Hunderttausende von Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft geraten. Westliche Schätzungen gehen zudem davon aus, dass während des Krieges insgesamt gut eine Million sowjetische Soldaten mehr oder weniger bewusst den Kampf eingestellt oder sich in deutsche Kriegsgefangenschaft (etwa als Überläufer) begeben haben.²² Russische Autoren nennen eine wesentlich geringere Zahl von etwa 250.000.²³ In jedem Fall: Es handelte sich aus der Sicht der sowjetischen Führung um ein ernstes Problem.

Morsch / Robert Traba / Katarzyna Woniak (Hg.), *Im Schatten von Nürnberg. Transnationale Ahndung von NS-Verbrechen*, Berlin 2019, S. 174–187, hier S. 185–187; siehe auch Klaus-Dieter Müller, *Todesstrafen sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche im Kontext der Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen*, in: Heitzer u. a., *Im Schatten von Nürnberg*, S. 96–116, hier S. 114.

²¹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 216.

²² Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 107, 307. Allein bei den Kesselschlachten von Bialystok / Minsk und Smolensk / Roslavl' waren über 600.000 Rotarmisten in Kriegsgefangenschaft geraten, ebenda, S. 484.

²³ Naumov / Reschin gehen aufgrund von deutschen Dokumenten von einer Zahl von maximal 1,5 Prozent Überläufern aus; die Masse der Gefangenen im Jahr 1941 kam nach ihrer Auffassung zustande, weil für diese Truppen ein weiterer Kampf einfach unmöglich war, siehe Naumov / Reschin, S. 336.

In diesem Befehl mit dem Titel „Über die Verantwortlichkeit von Armeeingehörigen für ihre Gefangengabe und die Überlassung der Waffen in die Hände des Feindes“²⁴ wurden für den Fall der Gefangengabe, das heißt des prinzipiell und angeblich freiwilligen Übergangs an den Feind, drakonische Strafen angedroht. In einem mehrseitigen Vorspann wurden dabei Beispiele für besondere Tapferkeit von Soldaten und Offizieren, dann aber auch eine Reihe von (angeblicher) Feigheit, Mutlosigkeit und Gefangengabe geschildert. Die sowjetische Führung verlangte, dass Eingeschlossene sich im Kampf bis zum letzten aufopfern sollten. Kriegsgefangene Offiziere wurden in diesem Befehl grundsätzlich als Vaterlandsverräter bezeichnet. Ihre Familien hatten drastische Strafen wie die Umsiedlung der gesamten Familie in unwirtliche Gegenden sowie den Verlust aller staatlichen Zuwendungen zu gewärtigen. Außerdem sah der Befehl vor, die eigenen in die Hände des Feindes geratenen Soldaten, die sich nach den Worten des Befehls in feindliche Gefangenschaft begeben wollten, mit allen militärischen Mitteln zu Lande und aus der Luft zu vernichten. Deserteure sollten zudem an Ort und Stelle (gemeint: vor den Kameraden) erschossen werden.

Eigentlich durfte demzufolge ein Soldat nur bewusstlos oder schwer verwundet in Kriegsgefangenschaft geraten, alles andere legte sofort den Verdacht des Vaterlandsverrats nahe. Es war daher für die Filtration der 1945 aus deutscher Gefangenschaft zurückkehrenden sowjetischen Soldaten durchaus problematisch, wenn in den der Sowjetunion 1945 übergebenen Wehrmachtskarteikarten unter der Kategorie „ob gesund, krank, verwundet eingeliefert“ zumeist gesund eingetragen war.²⁵

Ein Jahr später wurde, ebenfalls in einer für die Sowjetunion militärisch sehr kritischen Lage, ein weiterer zentraler Befehl erlassen. Auch dieser wurde den Soldaten der Roten Armee von ihren Kommandeuren nur verlesen. Der unter dem Schlagwort „Kein Schritt zurück“ am 28. Juli 1942 ergangene Befehl drohte allen Kommandeuren, Kommissaren²⁶ und sonstigen Politarbeitern in der Roten Armee ihre sofortige Hinrichtung an, wenn sie ohne Befehl eine Stellung verließen oder den Rückzug ohne Genehmigung ihrer höchsten Dienststellen befahlen. Außerdem waren sogenannte NKWD-Sperrbataillone einzusetzen, die bei nichtbefohlenen Rückzug diesen mit Waffengewalt verhindern sollten.²⁷

Ein weiteres Mittel zur Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin war der Einsatz von Militärtribunalen, die nicht nur in Fällen interner militärischer Verhaltensverstöße handelten, sondern vor allem alle Fälle von (angeblichem oder wirklichem) Nichterscheinen bei der Einheit oder Nichtbefolgen der Einberufung, Feigheit, Desertion oder Übergang zum Feind

²⁴ Befehl des Oberkommandos der Roten Armee vom 16. August 1941, abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 457–460. Siehe hierzu Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 15.

²⁵ Siehe hierzu die abgedruckten Karteikarten in Kapitel 5 zu den bei den Astra-Werken beschäftigten Kriegsgefangenen.

²⁶ Die Institution des Kriegskommissars (bei den Truppeneinheiten) war bereits 1941 wieder eingeführt worden; Kriegskommissare mussten jeden Befehl des militärischen Kommandeurs gegenzeichnen, Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 484.

²⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 327, 485.

mit drakonischen Strafen belegten. Insgesamt wurden von 1941 bis 1945 gut eine Million solcher Urteile (genau: 994.000) gegen Rotarmisten gefällt, unter diesen 157.000 vollstreckte Todesurteile. Die meisten dieser Todesurteile ergingen in der kritischsten Phase für die Rote Armee, 1941 und 1942, als sie sich zumeist auf dem Rückzug befand.²⁸ Allein 13.500 Todesurteile hat es bei den Kämpfen in und um Stalingrad 1942 / 1943 gegeben.²⁹

Wie ist diese drakonische Strafanwendung sowie auch die inflationäre Nutzung des Begriffs Vaterlandsverräter zu erklären? Die sowjetische Gesetzgebung griff dabei auf die Anfangsphase des russischen Bürgerkriegs 1919 bis 1921 zurück, als jede Gefangengabe als Vaterlandsverrat gewertet wurde. Das sowjetische Strafgesetz (der russischen Teilrepublik) enthielt ab 1926 in Artikel 58, Absatz 1 einschlägige Bestimmungen dazu, die nach Artikel 193 synonym in allen Teilrepubliken gleichfalls galten. Am 8. Juni 1934 wurde zusätzlich eine Anordnung über Verbrechen gegen den Staat verabschiedet, die insbesondere Vaterlandsverrat betraf und für Angehörige der Roten Armee (bei Gefangengabe) im Fall eines Schuldspruchs ausschließlich die Todesstrafe vorsah.³⁰

Obwohl die sowjetischen Bestimmungen offiziell lediglich die (freiwillige) Gefangengabe (russ. *sdacija v plen*) unter Strafe stellten – eine solche Gefangengabe wurde nach dem Eid der sowjetischen Armee als schändlichstes Verbrechen bezeichnet, das die Betroffenen der Verachtung der Völker aussetze³¹ –, waren praktisch alle Kriegsgefangenen, unabhängig von den konkreten Umständen, diesem Verdacht ausgesetzt. In der Propaganda stand daher bei möglicher Gefangennahme praktisch nur Selbstmord als erlaubte ethische Handlung zur Verfügung.³²

Insofern wurden bereits vor Erlass des Befehls Nr. 270 vom 16. August 1941 erste geheime Strafbestimmungen des NDWD erlassen, die Sanktionen für kriegsgefangene oder in

²⁸ Naumov / Reschin, S. 339. Sie gehen davon aus, dass es viele Urteile gegen Militärangehörige gab, die sich wieder zur eigenen Truppe durchgeschlagen hatten, nachdem sie kurz in gegnerischer Kriegsgefangenschaft oder Einkesselung gewesen waren. So ermöglichten auch der schon genannte Befehl 270 sowie andere Anordnungen des Staatlichen Verteidigungskomitees (russ. GKO) die öffentliche Erschießung von Militärangehörigen auch ohne Militärtribunalurteil vor versammelter Mannschaft. Dass Wikipedia-Artikel immer kritisch rezipiert werden müssen, zeigt derjenige zu Displaced Persons. Darin wird (fälschlicherweise) behauptet, dass 157.000 sowjetische Repatrianten nach ihrer Rückkehr in die Heimat erschossen worden seien, siehe Displaced Persons, in: wikipedia, S. 2. Diese Zahl bezieht sich jedoch eindeutig auf die Zeit im Krieg, wie in unserem Text dargestellt wird.

²⁹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 488. Hingerichtet wurden auch Soldaten wegen Selbstverstümmelung oder Befehlsverweigerung, welche nicht auf eigene Kameraden, die sich ergeben wollten, geschossen hatten. Die Angaben zur Zahl der Todesurteile sind alle ohne Nennung konkreter Archivreferenzen erfolgt, sowohl von russischer Seite wie auch von den wenigen westlichen Autoren, die hierzu Archivbestände im Zentralarchiv der russischen Streitkräfte in Podolsk einsehen konnten.

³⁰ Siehe hierzu Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 485 f. Eine Zusammenstellung der entsprechenden Repressionsbestimmungen wie auch der Amnestie- und Rehabilitierungsbestimmungen gibt ein russischer Sammelband, siehe Generalstaatsanwaltschaft RF.

³¹ So zitiert bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 487.

³² So schildern Naumov / Reschin, S. 335, den Druck auf die Soldaten.

Einkesselung gewesene Angehörige der Roten Armee und ihre Angehörigen vorsahen; für letztere war die Deportation in entlegene nördliche Gebiete vorgesehen.³³

Ende 1941 wurden diese Befehle noch einmal, angesichts von jetzt mehr als drei Millionen in Kriegsgefangenschaft geratenen Rotarmisten, verschärft. Ziel von Befehl 1069ss des GKO war ausdrücklich, „bei der Überprüfung früherer Angehöriger der Roten Armee zur Feststellung von Vaterlandsverrätern, Spionen und Deserteuren unter ihnen“ zu gelangen.³⁴ Die Bedeutung dieses Befehls unter dem Titel „Über Maßnahmen zur Feststellung von Vaterlandsverrätern, Spionen und Deserteuren unter jenen ehemaligen Angehörigen der Roten Armee, die in Kriegsgefangenschaft bzw. eingekesselt gewesen waren“ wird auch dadurch hervorgehoben, dass er von Stalin persönlich unterschrieben war.³⁵ Vorgesehen war, dass alle in diesem Befehl genannten Personen über Sammel-Durchgangspunkte (russ. SPP) in Speziallager zu überweisen waren.

Einen Tag später, am 28. Dezember 1941, erging ein entsprechender Befehl über die Einrichtung von Speziallagern innerhalb einer Frist von drei Wochen, in denen die oben genannten Personen filtriert werden sollten. Wichtig an diesem Befehl ist die Bezeichnung „ehemalige Angehörige der Roten Armee“, die hier zum zweiten Mal auftaucht und eine entsprechende offizielle Distanzierung zu dieser Personengruppe verdeutlicht.³⁶

Am 13. Januar 1942 erließ das für Speziallager zuständige NKWD einen Grundsatzbefehl, in dem Aufbau, Lagerordnung und Zweck der Lager beschrieben wurde. Grundsätzlich dienten

³³ Befehl des NKWD, des NKGB und der Staatsanwaltschaft der UdSSR Nr. 00246 / 00833 „Über die Verfahrensweise bei der Haftbarmachung von Vaterlandsverrätern und ihren Familienangehörigen“ sowie Nr. 00247 / 00834 „Über die Verfahrensweise bei der Verbannung von Familienangehörigen von Vaterlandsverrätern in entlegene nördliche Gebiete der UdSSR“ vom 28. Juni 1941, siehe Naumov / Reschin, S. 338. Die beiden Ziffern 00 bedeuten jeweils, dass diese Bestimmungen streng geheim waren. Auch das NS-Regime erließ, als es sich selbst in existentieller Not befand (ab zweitem Halbjahr 1944), eine Reihe von Vorschriften, die die strikte Vernichtung von Überläufern sowie Repressionen gegen deren Familien vorsahen, so etwa Maßnahmen gegen Auflösungserscheinungen in der Truppe (OKW) vom 23. September 1944, Maßnahmen gegen Überläufer (OKW) vom 19. November 1944, einen sogenannten Fanatisierungsbefehl Hitlers (Halten der Stellung oder eigene Vernichtung), Bestimmungen über das Verhalten von Offizier und Mann in Krisenzeiten (OKW) vom 18. Januar 1945, Maßnahmen gegen Überläufer und gegen Wehrmachtangehörige, die in der Kriegsgefangenschaft Landesverrat begehen (OKW) vom 5. Februar 1945, ein Führerbefehl vom 5. März 1945 zur Sippenhaft sowie ein Sippenhaft-Erlass des OKW vom 30. März 1945, alle abgedruckt in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 213–221.

³⁴ Text des Befehls ist abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd.1, S. 461 f.; siehe auch Goeken-Haidl, Der Weg zurück, S. 484 f. Die Buchstaben „ss“ stehen hier für „streng geheim“ (soverschenno sekretno).

³⁵ Siehe V.K. Doroschevitsch, Unbekannte Dokumente zu sowjetischen Kriegsgefangenen: Auf der Grundlage von Materialien des Zentralarchivs des KGB der Republik Belarus, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben. Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit“, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010; siehe auch Naumov / Reschin, S. 340.

³⁶ NKWD-Befehl Nr. 001735 vom 28. Dezember 1941 unter dem Titel „Über die Aufstellung von Speziallagern für frühere Angehörige der Roten Armee, die sich in Kriegsgefangenschaft und in der Einkesselung durch den Gegner befunden haben“, abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 463–466. Vier Lager wurden daraufhin gebildet, für mehrere Frontabschnitt jeweils eines.

die Lager der Filtration, das heißt der Überprüfung des Verhaltens der entsprechenden Militärangehörigen, die sich in Feindeshand oder in einer Einkesselung befunden hatten, auch mit geheimdienstlichen Mitteln. Alle Insassen dieser Lager waren während ihres Aufenthalts zum Arbeitseinsatz heranzuziehen, sie mussten also arbeiten.³⁷

Nach Einrichtung der Speziallager wurden die schon genannten Filtrationsbefehle vom Dezember 1941 durch eine Reihe weiterer Spezialbefehle ergänzt, in denen Vorgaben für die Behandlung von militärischen Kommandeuren bei eigenmächtigen Rückzugsbefehlen, für Desertion, die Behandlung ihrer Familienangehörigen und für mit deutschen Dienststellen kooperierende Einheimische in den besetzten Gebieten und ihre Verbannung erlassen wurden.³⁸ 1943 schließlich, als die Rote Armee nach dem Sieg bei Stalingrad wieder verstärkt zu militärischen Initiativen in der Lage war, wurde das Speziallagerregime geändert und Soldaten der Roten Armee konnten wieder in den Militärdienst (Einsatzarmee) eingegliedert werden, allerdings nicht mit früherem Dienstgrad, sondern als einfache Soldaten.³⁹ So erging etwa am 21. Januar 1943 ein Befehl des GKO Nr. 2779ss, der es den Frontkommandeuren ermöglichte, überprüfte sowjetische Kriegsgefangene oder Einkesselte wieder in den Armeedienst aufzunehmen. Die Suche des NKWD nach Vaterlandsverrätern, Spionen, Verrätern und „zweifelhaften Leuten“ ging jedoch weiter.⁴⁰

Ehe ab etwa Mitte 1945 großangelegte Kriegsgefangenenrepatriierungen zwischen den Alliierten selbst durchgeführt werden konnten und damit Millionen von den Westalliierten befreite sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter wieder sowjetischen Organen übergeben wurden, hatten bis 1. Juli 1944 bereits gut 375.000 Personen die obigen Lager durchlaufen, bis 1. Oktober 1944 gut 50.000 weitere; bis 1. März 1945 waren schließlich insgesamt 580.242 Personen durchgeschleust und filtrierte worden. Von März 1945, als die Lager kurz vorher in Überprüfungs-Filtrationslager umbenannt worden waren, hatte bis November 1945

³⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 85; siehe auch Naumov / Reschin, S. 340, die diese Lager als „militärische Gefängnisse mit strengem Regime“ einordnen. Die Insassen waren gezwungen, in der Holzgewinnung, im Bergbau und in der Hüttenindustrie zu arbeiten. Insgesamt gehörten diese Lager zum GUPVI-Komplex, der sowjetischen Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Auch hieran lässt sich die Einordnung der eigenen Bürger, so Ulrike Goeken-Haidl, ablesen, denn sie wurden auf dieselbe Stufe wie feindliche Kriegsgefangene gestellt, Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 494. Im Unterschied zu den Gulag-Lagern konnten die Insassen keine Kontakte zu oder Besuche von Verwandten erhalten. Das Versorgungsniveau war sehr schlecht, so dass auch Todesfälle auftraten, die mit den unzureichenden Lebensbedingungen zu tun hatten. Das NKWD hatte in solchen Fällen verfügt, den Verwandten falsche Todesursachen mitzuteilen; zu den Bedingungen in den Lagern Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 497–504. Die Speziallager waren damit auch Zwangsarbeitslager, ganz im Gegensatz zu den sowjetischen Lagern für internierte deutsche Zivilisten auf dem Gebiet ihrer deutschen Besatzungszone, deren Insassen nicht zur Arbeit herangezogen wurden. Beide unterstanden demselben Ministerium NKWD.

³⁸ Zusammenstellung vieler dieser Befehle bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 491, zum Beispiel abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 439.

³⁹ Naumov / Reschin, S. 341.

⁴⁰ GKO-Befehl vom 21. Januar 1943, abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 462.

sogar eine Zahl von 800.000 Menschen⁴¹ die Filtrationsprozedur durchlaufen. Aus Unterlagen für den Zeitraum von Mitte 1944 bis Mitte 1945 wird die Zusammensetzung der Insassen ersichtlich. Bei etwa 90 Prozent handelte es sich um Angehörige der Roten Armee (Kriegsgefangenschaft oder Einkesselung), bei gut fünf bis zehn Prozent um Zivilisten, die in der Verwaltung der besetzten Gebiete gearbeitet hatten, oder um Personen aus den besetzten Gebieten, die während der Besatzungszeit im militärischen Einberufungsalter gewesen waren. Gemäß den Ergebnissen der Filtration wurde der überwiegende Teil wieder dem Militärdienst zugewiesen (bis zu 62 Prozent), gut 20 Prozent wurden in sogenannte Bewährungseinheiten (genauer: Sturmbataillone, die mit GKO-Befehl Nr. 6884s vom 4. November 1944 eingerichtet worden waren) überführt, unter ihnen praktisch alle ehemaligen Offiziere.⁴² Diese Einheiten wurden zu besonders gefährlichen militärischen Einsätzen befohlen, so dass die Überlebensrate sowie –chance nahe null lag. 14 Prozent der Filtrierten wurden dem Verteidigungsministerium zum Zwangsarbeitseinsatz übergeben, die verbleibenden Reste erhielten entweder eine Verwendung in NKWD-Konvoitruppen (Begleit- und Bewachungstruppen für Transporte), in der Gulag-Bewachung oder wurden von Militärtribunalen verurteilt.⁴³ Allein bis April 1946 waren über 600.000 ehemalige Kriegsgefangene aus diesem Kontingent in Arbeitsbataillone überführt worden, die in Wirtschaftssektoren der Verteidigungsindustrie des Verteidigungsministeriums eingesetzt waren.⁴⁴

Im Oktober 1944 waren auf Befehl von General Golikov, nach dem Muster der Armeesammelstellen für ehemalige Kriegsgefangene und Einkesselte, eigene Front-Sammelverschickungslager (FSSP) für Zivilisten eingerichtet worden. Die Heimkehrer sollten innerhalb von 14 Tagen überprüft und dann je nach Entscheidung weitergeleitet werden. Es war für diesen kurzen Zeitraum kein Arbeitseinsatz vorgesehen. Die Wirklichkeit sah allerdings anders aus. Weder gelang es, die Überprüfungen innerhalb dieses kurzen Zeitraums durchzuführen, noch waren die Insassen von Arbeit befreit. Vielmehr trachtete die Rote Armee durch-

⁴¹ Naumov / Reschin, S. 351, nennen eine Zahl von insgesamt 939.000 nach der Einkesselung Filtrierten.

⁴² GKO-Befehl Nr. 6884s vom 4. November 1944, abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 466 f. In diese Filtrationslager des NKWD waren alle von sowjetischen oder verbündeten Truppen befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen einzuweisen und innerhalb von maximal zwei Monaten zu überprüfen. In die Sturmbataillone der Roten Armee wurden nach der Filtration nicht-verurteilte Offiziere wieder als einfache Soldaten eingesetzt, obwohl ihnen bezüglich der Gefangenschaft oder Einkesselung keine Verbrechen nachgewiesen werden konnten. Ihrem Charakter nach waren diese Einheiten Strafbataillone, siehe Naumov / Reschin, S. 343.

⁴³ Zahlen und Auswertungen aufgrund sowjetischer Archivalien bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 492–494.

⁴⁴ Zum Arbeitseinsatz dieser Gruppe siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 504–506. Am 18. August 1945 erging dazu die Verordnung Nr. 9871s des GKO, die vorsah, bis 1. November 1945 360.000 ehemalige Kriegsgefangene und wehrpflichtige Repatrianten in solche Arbeitsbataillone auf unbestimmte Zeit einzugliedern und an besondere Industriebereiche zu binden, auch auf unbestimmte Zeit. Nach Angaben von Naumov / Reschin wurden insgesamt 1,5 Millionen Repatrianten (circa 600.000 Kriegsgefangene und etwa 900.000 wehrpflichtige Jugendliche) durch diese Bataillone geschleust, siehe Naumov / Reschin, S. 348–350. Die GKO-Verordnung Nr. 9871s vom 18. August 1945 ist abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 470 f.

aus danach, diese Personen für ihren örtlichen Bedarf einzusetzen. Insgesamt 57 solcher Sammelpunkte (für Armeeangehörige und Zivilisten) wurden schließlich bei den drei sowjetischen Fronten (eine Front entsprach einer deutschen Heeresgruppe) eingerichtet, die insgesamt eine Kapazität für 300.000 Personen hatten. Da die Filtration der Zivilisten nicht so gelang wie geplant, vor allem als man deutsches Territorium erreicht hatte, wurde schließlich von den Geheimdiensten am 16. Juni 1945 entschieden, dass eine ordnungsgemäße Filtration erst am früheren Heimatort durchgeführt werden sollte, nunmehr von den örtlichen NKWD-Organen.⁴⁵

Repatriierungen zwischen den Alliierten

Die sowjetische Haltung zu ihren in Feindeshand geratenen Rotarmisten war zunächst eindeutig. Obwohl es – aus Propaganda-Gründen – immer wieder Publikationen gab, die die grausame Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilisten durch deutsche Gräueltaten anklagten und die auch den kämpfenden sowjetischen Soldaten bekannt waren⁴⁶, gab es keine offiziellen sowjetischen Vorstöße bei der deutschen Regierung, deren Los zu verbessern. Eine 1942 erfolgte Anregung Präsident Roosevelts an den sowjetischen Außenminister Molotov, hierzu direkt die deutsche Regierung zu kontaktieren, wurde brüsk abgelehnt. Britische Gesprächspartner des sowjetischen Botschafters in London, Ivan Majski, berichteten als Antwort auf ihre Frage, was man für sowjetische Kriegsgefangene tun könne, Majski habe geäußert, wenn die sowjetischen Kriegsgefangenen gekämpft hätten wie von sowjetischer Seite gefordert, wären sie gar nicht in Gefangenschaft geraten.⁴⁷ Bekannt geworden ist auch das Schicksal eines besonders prominenten Kriegsgefangenen, Jakow Dschugaschwili, Stalins

⁴⁵ Zur Geschichte dieser Lager von 1944 bis 1945 siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 395–401.

⁴⁶ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 23. Sogar über Stalags und Zwangsarbeiterlagern wurden Broschüren abgeworfen, die den Insassen versicherten, dass die Heimat sie nicht vergessen hätte, ebenda, S. 23. Die sowjetische Propaganda griff dabei nicht nur tatsächliche weitverbreitete Gräueltaten der deutschen Besatzer auf (zum Beispiel die Ermordung der jüdischen Bevölkerung durch deutsche Einsatzgruppen), sondern behauptete auch in ihren Aufrufen an die Rotarmisten generelle Misshandlungen sowjetischer Kriegsgefangener im Stile mittelalterlicher Folterpraktiken, siehe Manfred Zeidler, *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944 / 45*, München 1996, S. 107 f. Ziel war es, durch den Hass auf die deutschen Eroberer die Kampfbereitschaft der eigenen Soldaten zu steigern.

⁴⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 62 f.

Sohn aus erster Ehe.⁴⁸ Als Stalin einmal auf ihn als Kriegsgefangenen angesprochen wurde, erklärte er kurz angebunden, er habe keinen Sohn namens Jakow.⁴⁹

Auch in den ersten Monaten 1944 blieb diese harte Haltung gegenüber den eigenen Soldaten in deutscher Hand unverändert. Als beispielsweise General Eisenhower im Frühjahr 1944, angesichts Tausender ehemaliger Rotarmisten in deutschen Formationen in Frankreich, auch bei der sowjetischen Seite anfragte, ob man für diese bei der Gefangennahme eine Sonderregelung treffen sollte, indem man ihnen im Falle der Gefangengabe eine Amnestie in Aussicht stellte, bekam er die barsche Antwort, deren Zahl sei so unbedeutend, dass dieses nicht nötig sei. Doch ganz unbedeutend war die Zahl nicht. Im Herbst 1944 waren bereits 28.000 ehemalige Rotarmisten in deutscher Uniform in amerikanischer Hand, insgesamt waren nach westlichen Schätzungen allein in Frankreich über 100.000 Angehörige dieser Formationen Teil der Wehrmacht.⁵⁰

Die Anfrage der Westmächte war auch dadurch bedingt, dass im Jahr 1944, insbesondere aber 1945 gleichfalls westalliierte Kriegsgefangene in den Verantwortungsbereich der Roten Armee geraten waren oder geraten würden. Man ging davon aus, dass sich gut 28.000 amerikanische, 25.200 britische und 295.000 französische Kriegsgefangene in dem Gebiet östlich der Elbe aufhalten würden, deren weitere Behandlung und Repatriierungswege noch unklar waren.⁵¹ Vorstöße der amerikanischen Seite, nach Ost- und Südosteuropa eigene Repatriierungsoffiziere zu entsenden, um den schnellen Rücktransport westallierter Kriegsgefangener zu organisieren, führten nur in Rumänien zum Erfolg, da die dortige Regierung kooperierte. Für die Räumung der Stalags in Polen und Ostpreußen war nach deren Befreiung allein die sowjetische Armee zuständig. Es gab auf diese Vorstöße der westlichen Seite zunächst keine positive sowjetische Antwort.⁵²

⁴⁸ Jakow Dschugaschwili war am 16. Juli 1941 eingekesselt worden und kam in Kriegsgefangenschaft. Am 14. April 1943 verübte er einen Selbstmordversuch und lief dazu auf den elektrischen Sicherheitsdraht im Sonderlager für prominente Gefangene des KZ Sachsenhausen zu, wobei er im Zaun hängend erschossen wurde. Er hatte vorher immer wieder darum gebeten, erschossen zu werden, da er eine Rückkehr in die UdSSR fürchtete. Auch Dschugaschwili war gesund in Gefangenschaft geraten. Zum Tod Jakob Dschugaschwilis siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 13 f. Aufgrund entsprechender Befehle wurde auch Dschugaschwilis Frau, Stalins Schwiegertochter, nach der Gefangennahme ihres Mannes verhaftet und in ein Gefängnis gebracht, ebenda, S. 17.

⁴⁹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 19.

⁵⁰ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 67–69. Auch die deportierten sowjetischen Zivilisten gerieten erst 1944 in den offiziellen Fokus sowjetischer Kriegsziele. Bis 1943 war das zentrale Kriegsziel der Sowjetunion die Vertreibung der deutschen Angreifer vom eigenen Territorium. Am 1. Mai 1944 wurde mit Befehl Nr. 70 als neues Kriegsziel die Zerschlagung des NS-Systems im Deutschen Reich ausgegeben („die faschistische Bestie in ihrer Höhle erledigen“ lautete dazu die am meisten genutzte offizielle Parole). In der Ansprache an die Soldaten der Roten Armee tauchten auch zum ersten Mal die zur „faschistischen Zwangsarbeit“ verschleppten sowjetischen Zivilisten auf, deren Befreiung als ein neues Kriegsziel aufgenommen wurde, siehe Zeidler, S. 110 f.

⁵¹ Zahlen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 116.

⁵² Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 72 f.

In Bezug auf die eigenen Landsleute im nunmehr westlichen Gewahrsam fand jedoch 1944 eine fundamentale und bemerkenswerte Wende statt. Als immer mehr dieser Kriegsgefangenen als Angehörige der Wehrmacht in westalliierte Hände fielen, forderte die Sowjetunion nun deren möglichst kurzfristige Überstellung in die Sowjetunion. Hierzu wurde eine erneut geheime Anordnung der Regierung (Nr. 1166-344ss) erlassen, nach der die sowjetische Seite nun kategorisch die möglichst schnelle und vollständige Überstellung sowjetischer Bürger aus dem Besatzungsbereich der westalliierten Armeen verlangte.⁵³

Hierbei ergaben sich jedoch Probleme. Zunächst einmal waren die sowjetischen Bürger formal als Angehörige der Wehrmacht, unabhängig von deren nationaler Herkunft, nach der Genfer Konvention einfach feindliche Soldaten in Gefangenschaft (nach dem Prinzip: nicht unter die Uniform blicken).⁵⁴ Zum anderen gab es unter den sowjetischen Kriegsgefangenen eine nicht unerhebliche Gruppe, die keinesfalls repatriert werden wollte. Den meisten Kriegsgefangenen waren schließlich die oben genannten entsprechenden Befehle der sowjetischen Verantwortlichen (Befehl 270 vom 16. August 1941, Befehl 227 vom 28. Juli 1942) bekannt, und gerade die in Formationen der Wehrmacht eingegliederten Kriegsgefangenen befürchteten zu Recht Repressalien. Außerdem waren die Annexionen der Sowjetunion 1939 / 1940 (Ostpolen und Baltikum) von den Westmächten nicht anerkannt worden. Manche Bürger aus diesen Territorien wollten nicht in die nunmehr endgültig sowjetisch gewordenen Gebiete zurückkehren.

Es kam daher in den Lagern der Westalliierten, aber auch beim Abtransport aus den Lagern und bei der Übergabe von russischen oder nationalen Formationen der Wehrmacht an die sowjetische Seite immer wieder zu gewalttätigen Weigerungen der Kriegsgefangenen und zu vielen Selbstmorden – sowohl in den britischen Lagern als auch in Lagern auf amerikanischen Boden. Am bekanntesten sind vielleicht die Vorgänge bei der Übergabe der Lienzer Kosaken im Mai / Juni 1945.⁵⁵

Um sich trotzdem bereits 1944 von der Last zur Betreuung der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten zu befreien, wurden die entsprechenden Personengruppen von den Amerikanern nach Großbritannien transportiert und in dort eingerichteten Lagern untergebracht (gut 19.000 Ende 1944). Die Briten erklärten sich im Gegensatz zu den Amerikanern bereit, diese mit Schiffen in die Sowjetunion zu transportieren, nachdem das britische Kabi-

⁵³ Naumov / Reschin, S. 341. Gleichzeitig war in der Verordnung die Erweiterung des Netzes von NKWD-Speziallagern angeordnet.

⁵⁴ Zu dieser amerikanischen Haltung Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 65 f.

⁵⁵ Siehe zum schwierigen Prozess der Repatriierung Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 76–110. Zwei (recht polemische) Publikationen zu diesem Thema von Nikolai Tolstoy über diese Überstellungspraxis haben eine große Verbreitung gefunden, siehe Nikolai Tolstoy, *Der große Verrat. Die Auslieferung von Kosaken in Lienz und anderen Orten*, New York 1970 und derselbe, *Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte*, München / Köln 1977. Zu den gewaltsamen Auslieferungen dieser deutschen Hilfstruppen an die UdSSR und an Jugoslawien siehe *Lienzer Kosakentragödie*, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Lienzer_Kosakentragödie sowie Karl-Peter Schwarz, *Vor 70 Jahren. Eine schändliche Operation*, in: <https://faz.net/aktuell/politik/diegegenwart/vor-70-jahren-eine-schaendliche-operation>, 29. Februar 2020.

nett am 17. Juli 1944 einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte. Ausnahmslos alle sowjetischen Bürger würden der Sowjetunion übergeben. Der erste dieser Transporte ging nach Odessa; im Umfang von 10.000 Personen wurden, von Liverpool kommend, Transporte in den sowjetischen Hafen Murmansk am 7. November 1944 organisiert.⁵⁶

Um die Repatriierung auch technisch-organisatorisch bewältigen zu können, war 1944 eine neue Behörde geschaffen worden, die unter der Leitung von Generaloberst Filipp Iwanowitsch Golikow stand. Diese war unter der Bezeichnung „Verwaltung des Bevollmächtigten der Volkskommissariate der Sowjetunion in Angelegenheiten der Repatriierung von Sowjetbürgern aus Deutschland und der von ihm ehemals besetzten Gebiete“ am 4. Oktober 1944 gegründet worden. Die Behörde bestand aus 351 Mitarbeitern in Moskau sowie 523 im Ausland, wobei es sich bei letzteren vor allem um Repatriierungsoffiziere handelte. Sie waren vor allem für mehrere hundert Lager in Ost-, Mittel- und Westeuropa zuständig, in denen die Repatriierung vollzogen werden sollte. Beim Höhepunkt der Repatriierung in der zweiten Jahreshälfte 1945 stieg der Gesamtpersonalbestand auf über 38.000 Personen. Das Personal der neuen Behörde rekrutierte sich vor allem aus Militärangehörigen, allerdings besonderer Art. Die meisten „unverbrauchten“ Kader kamen vom Militärgeheimdienst GRU, wie auch Golikow selbst als zeitweiliger Leiter des Militärgeheimdienstes, hatten jedoch keine Kriegserfahrung gesammelt, da sie vorher vor allem in nördlichen und südlichen Bezirken der UdSSR gedient hatten. Auslandserfahrung war ebenfalls selten.⁵⁷ Ihre Haltung zu den Kriegsgefangenen war denn auch vor allem von Misstrauen geprägt und hatte kein Korrektiv durch eigene Kampferfahrungen erfahren.

Begleitet werden sollte die Arbeit der Kommission von zwei Aktionen. Zum einen sollte die sowjetische Regierung einen Aufruf an alle in westalliiertem Gewahrsam befindlichen Sowjetbürger zur sofortigen Rückkehr in die Sowjetunion als gleichberechtigte Bürger veröffentlichen. Gleichzeitig war die Propaganda beauftragt, auf der einen Seite ausführlich über deutsche Gräueltaten zu berichten und den ehemaligen Gefangenen offiziell die Fürsorge der sowjetischen Heimat zu versprechen.⁵⁸

Kurz vor der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte die Sowjetunion nun nach einer mehr als sechs Monate zurückliegenden Anfrage der Westalliierten auch entschieden, wer für Fragen der Repatriierung in den Gesprächen mit den Westalliierten auf ihrer Seite zuständig sein sollte: General K. D. Golubov, stellvertretender Leiter der Repatriierungsverwaltung. Die amerikanischen Unterhändler in Moskau wurden im Januar 1945 zu einem Gespräch mit sowjetischen Offiziellen eingeladen, bei dem die sowjetische Seite einen Vorschlag für ein grundlegendes Repatriierungsabkommen ankündigte, das dann am 21. Januar 1945 auch vorgelegt wurde. Es sah grundsätzlich, ohne Ausnahme, eine Repatriierung aller Sowjetbürger vor, nahm

⁵⁶ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 82. Die in Murmansk eingeschifften Kriegsgefangenen wurden anschließend vom NKWD übernommen und zur Filtration auf mehrerer Speziallager verteilt, ebenda, S. 83 f.

⁵⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 242 f., 274, 391 f.

⁵⁸ Naumov / Reschin, S. 342.

jedoch zur Frage etwaiger Anwendung von Zwang zu ihrer Durchsetzung nicht Stellung. In den folgenden Gesprächen mit Golubov kündigte dieser lediglich einen Sammelpunkt für westalliierte Kriegsgefangene auf nunmehr sowjetisch besetztem Gebiet an: den sowjetischen Hafen von Odessa. Einen direkten Transfer von Osteuropa über Polen und Deutschland lehnte die Sowjetunion ab.⁵⁹

Vor diesem Hintergrund fanden schließlich vom 4. bis 11. Februar 1945 auf dem lang erwarteten Gipfeltreffen der Großen Drei im sowjetischen Jalta parallel die Verhandlungen über ein Kriegsgefangenenabkommen statt, das aber nicht Gesprächsgegenstand der Staatschefs selbst war, sondern auf Arbeitsebene besprochen wurde. Das Abkommen, das am 11. Februar vorlag und sich praktisch ganz an dem sowjetischen Vorschlag vom 21. Januar 1945 orientierte, wurde von zwei US-Generälen für die amerikanische Seite sowie für die britische wie sowjetische Seite von den beiden Außenministern Eden und Molotov paraphiert. Als Bezeichnung für zu repatriierende Personen wurde der Begriff „all soviet citizens“ akzeptiert, der sowohl Zivilisten wie Kriegsgefangene umfasste, wie auch der Titel widerspiegelte: Abkommen hinsichtlich der Gefangenen und Zivilisten, die von Streitkräften befreit worden sind, die unter sowjetischem Kommando bzw. unter dem Kommando der USA operieren.

Das Abkommen sah in Artikel 1 (nach der seit 1944 unklaren Befehlslage zur Behandlung sowjetischer Bürger in den Reihen der Wehrmacht) nunmehr eine sofortige Separierung dieser Gruppen von sonstigen feindlichen Personen (der Kriegsgegner) vor, sowie ihre Sammlung in speziellen Lagern bis zur Übergabe an die andere Seite. Die Frage, wie man mit nicht zur Rückkehr Willigen umgehen sollte, wurde nicht thematisiert.⁶⁰ Das Abkommen wurde weder veröffentlicht noch in dem gemeinsamen Communiqué der Großen Drei von Jalta erwähnt. Gleichwohl war es für alle drei Verbündeten bindend, führte jedoch schnell zu unterschiedlichen Interpretationen, denn das US-Außenministerium verfolgte die Linie, Personen aus Ostpolen und dem Baltikum nur dann der Sowjetunion zu übergeben, wenn diese es ausdrücklich wünschten. Die Sowjetunion schlug demgegenüber diese Personen ohne jede Ausnahme ihrem Anspruch zu.⁶¹ Die Vagheit der Formulierung sollte in den folgenden Jahren noch zu vielen Auseinandersetzungen bei der Repatriierung führen, die jedoch 1945 noch insofern gehandhabt werden konnten, als sich die US-Armee in dieser Zeit von der rigiden britischen Haltung zur Repatriierung unabhängig vom Wunsch des Betroffenen leiten ließ.

Trotz des Abkommens von Jalta gestaltete sich der Zugang der Alliierten zu ihren Staatsbürgern weiterhin sehr unterschiedlich. Während es den Westalliierten praktisch nicht gelungen war, eigene Offiziere in das inzwischen befreite Polen zur Betreuung ihrer dort befindlichen Kriegsgefangenen zu entsenden, waren seit November 1944 immerhin 81 sowjetische Repatriierungsoffiziere, akkreditiert bei SHAEF, in Frankreich, Italien, Belgien und ab März

⁵⁹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 110–117.

⁶⁰ Zur Frage, warum die amerikanische Seite die sowjetischen Vorstellungen praktisch unverändert akzeptierte, siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 134–147, hier auch der Rekurs auf die Publikationen von Tolstoy.

⁶¹ Zu den Verhandlungen in Jalta siehe Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 126–134.

1945 auch in Teilen Österreichs tätig. Trotz dieses ungleichen Zugangs war es aber möglich geworden, bis August 1945 die Masse der westalliierten Bürger aus sowjetischer Hand (gut 26.000 amerikanische und 25.000 britische Kriegsgefangene sowie 295.000 Franzosen, überwiegend Zivilisten) zu repatriieren. Gut 90 Prozent kamen auf dem Landweg, der Rest über den schon genannten Hafen Odessa.⁶² Umgekehrt waren aus britischen Lagern insgesamt über 26.000 sowjetische Kriegsgefangene (unter ihnen gut 4.400 Zivilisten) in die Sowjetunion entlassen worden.⁶³

Auch auf deutschem Territorium kam es zu ersten Gefangenaustauschen. Nach dem Treffen an der Elbe durch sowjetische und amerikanische Truppen am 25. April 1945 wurden, nachdem es erste direkte Kontakte der Truppen gegeben hatte, quasi inoffiziell immerhin etwa jeweils 20.000 sowjetische wie westeuropäische Bürger der jeweils anderen Seite übergeben.⁶⁴

Je näher der Zusammenbruch der Wehrmacht rückte, desto dringender wurden jedoch stabile vertragliche Regelungen. Auf Anregung des sowjetischen Außenministeriums sollten Armeevertretungen beider Seiten diese Frage besprechen. Nach einer Einladung von SHAEF wurden im Mai 1945 in Leipzig / Halle Verhandlungen mit sowjetischen Vertretern geführt, um Repatriierungswege und Übergabepunkte festzulegen. Es ging um schätzungsweise zwei Millionen Personen in westalliiertes Hand sowie gut 60.000 Personen in sowjetischer Hand auf deutschem Territorium. Am 22. Mai 1945 wurde der Vertrag von Halle abgeschlossen. Er sah insgesamt elf „Ablieferungsorte“ von der Ostsee bis nach Plauen vor, die jeden Tag insgesamt etwa 20.000 Personen aus den Westzonen und Frankreich übernehmen sollten. Auf sowjetischen Vorschlag sollte es folgende Übergabepunkte geben: Wismar, Wüstmark-Kravitz, Ludwigslust-Parchim, Magdeburg, Leipzig, Stendal, Plauen (alle zu dem Zeitpunkt im westlichen Besatzungsbereich) sowie Dessau, Torgau und Riesa im sowjetischen Bereich. Hinzu kamen Übergabepunkte in Österreich und in Berlin.⁶⁵

Im Prinzip waren die Westalliierten bereit, praktisch alle Sowjetbürger in ihrem Verantwortungsbereich auszuliefern, machten jedoch einige Einschränkungen geltend. Repatriiert wurden alle, die das auf der Grundlage sowjetischer Staatsbürgerschaft wünschten. Die Personen, die nach dem Abschluss des Abkommens von Jalta, dem 11. Februar 1945, in amerikanische Hände geraten waren, wurden auch ohne Wunsch zur Repatriierung bestimmt; wer vor dem 11. Februar 1945 befreit worden war, wurde nicht zwangsrepatriiert. Auch wer vor dem 1. September 1939 nicht auf dem damaligen Gebiet der Sowjetunion gelebt hatte (Menschen

⁶² Zahlen nach westlichen sowie etwas abweichenden russischen Quellen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 155 f. und 163.

⁶³ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 166.

⁶⁴ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 200.

⁶⁵ Zum Vertrag von Halle und den Übergabepunkten Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 201–215. Englische Bezeichnung: reception-delivery points, russisch: priëmno-peredatočnyj punkt (PPP). Zu den Übergabepunkten ebenda, S. 206 sowie S. 385, wo auch die neuen Übergabepunkte aufgeführt werden.

aus den polnischen Ostgebieten und dem Baltikum), wurde ebenfalls nicht repatriert, wenn er / sie dieses nicht ausdrücklich wollte. Personen, die sich am 1. September 1939 nicht innerhalb der neuen sowjetischer Grenzen inklusive der bisherigen polnischen Ostgebiete befunden hatten (Exilanten ab 1917), blieben gleichfalls von der Zwangsrepatriierung ausgeschlossen.⁶⁶

Die Hauptphase der Repatriierung waren die Monate von Mai bis August 1945. Die westlichen Repatrianten wurden zumeist zu Fuß zu den Übergabepunkten geleitet, während die Westmächte die weitaus größere Gruppe der sowjetischen Repatrianten entweder mit LKWs oder mit der Bahn zu den Übergabepunkten transportierte; sie durften dabei persönliche Gegenstände (inklusive Fahrräder) mit sich führen.⁶⁷ Nach westlichen Unterlagen wurden bis 30. September 1945 2,034 Millionen Sowjetbürger übergeben; die Zahlen der Roten Armee ergeben für ungefähr denselben Zeitraum sogar insgesamt 2,29 Millionen Repatrianten (nicht nur aus den Westzonen). Bereits kurze Zeit nach Unterzeichnung des Abkommens von Halle wurden täglich gut 52.000 Sowjetbürger übergeben, an manchen Juni-Tagen sogar über 100.000 pro Tag. Eine Bilanz der sowjetischen Seite vom 1. März 1946 listet 2,287 Millionen Sowjetbürger auf, von denen gut 1,9 Millionen aus den Westzonen gekommen waren. Bereits bis Ende 1945 waren zudem 32.000 sowjetische Bürger aus Großbritannien, 917.000 aus Dänemark und 84.000 aus Norwegen repatriert worden.⁶⁸

Obwohl die millionenfache Repatriierung innerhalb weniger Monate eine gewaltige Leistung der amerikanischen, britischen und sowjetischen Behörden war, gab es dennoch eine Reihe von Problemen. Die von der Sowjetunion im Abkommen von Halle benannten Übergabepunkte waren sowjetischerseits nicht immer und überall auf so große Menschenmassen wie weiter oben genannt eingestellt. Am Übergabepunkt Plauen-Chemnitz etwa arbeiteten zeitweise nur zwei sowjetische Repatriierungsoffiziere, so dass auf westlicher Seite – wie auch an anderen Übergabepunkten – Stauungen entstanden. Hinzu kam, dass die sowjetischen Behörden nicht rechtzeitig auf die schon am 12. September 1944 geplanten ungefähren Demarkationsgrenzen zwischen ihrer und den westlichen Besatzungszonen eingerichtet waren. Als sich Briten und Amerikaner Anfang Juli 1945 vertragsgemäß auf die festgelegte Linie zurückzogen, entstand in manchen Übergabepunkten ein Vakuum, da sowjetische Institutionen wie die Repatriierungsbehörde und das NKWD erst mit einigen Tagen Verspätung nachrückten. Zum Teil mussten Rückkehrerzüge tagelang auf westlicher Seite ausharren, ehe sie von der sowjetischen Repatriierungsbehörde weitergeleitet wurden. Ein Problem entstand auch bei den zu repatriierenden Polen. Die sowjetische Seite verlangte zunächst die vollständige Übergabe

⁶⁶ Die amerikanischen Kriterien bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 214. Die britischen Vorschriften wichen davon teilweise ab, Balten und Ostpolen wurden aber ebenfalls nicht zwangsrepatriert, ebenda, S. 214 f.

⁶⁷ Goeken-Haidel, *Der Weg zurück*, S. 207 f. Der Flugzeugtransport für westalliierte Bürger aus dem sowjetischen Bereich wurde aus Gründen des Spionagevorbehalts von sowjetischer Seite abgelehnt.

⁶⁸ Zahlen zusammengestellt nach Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 216–218. Die Rote Armee selbst hatte in ihrem Verantwortungsbereich bis September 1945 knapp 2,9 Millionen Sowjetbürger übernommen, ebenda, S. 217.

sowjetischer Bürger, ehe sie sich bereiterklärte, die nicht unbeträchtliche Zahl von einigen Hunderttausend Polen durch ihre Zone in deren Heimat zu transferieren.⁶⁹

Ehe wir im Weiteren näher auf die Prozedur der Überprüfung und Weiterleitung der sowjetischen DPs eingehen werden, wollen wir vorher noch kurz auf die Organisation der Rückkehr von Sowjetbürgern durch Lager und sowjetische Repatriierungsoffiziere in Westeuropa eingehen. Bereits 1944 hatten die Alliierten vereinbart, dass bereits vor einem generellen Übereinkommen über die Repatriierung (wie dann im Februar 1945 in Jalta geschehen) Verbindungsoffiziere der jeweils anderen Verbündeten die für ihre Landsleute eingerichteten Lager besuchen und dort gesammelte Landsleute auch mit betreuen durften. Die vertraglich abgesicherte Mission lief dann offiziell vom 11. Februar 1945 (Jalta-Abkommen) bis Ende 1952, als praktisch bis auf wenige einzelne alle anderen DP-Lager in der Bundesrepublik Deutschland geschlossen waren.⁷⁰

In Frankreich waren ab 1944 insgesamt 135 Sammellager unter Leitung der sowjetischen Repatriierungsbehörde, deren 81 Offiziere bei SHAEF akkreditiert waren, für sowjetische Bürger eingerichtet worden, in Belgien gab es 27 Lager, acht in Luxemburg und eines in Holland.⁷¹ 1945 wurden in den Westzonen nach dem Abkommen von Halle insgesamt 79 Sammellager gebaut, in denen erste Verhöre der Insassen stattfanden.⁷² Trotz zunächst geäußelter Vorbehalte der westlichen Seite gegen eine zahlenmäßige Erhöhung der Repatriierungsoffiziere erlaubte diese schließlich ein Zusatzkontingent von 162 weiteren sowjetischen Repatriierungsoffizieren in ihren Zonen, die sowohl dabei helfen sollten, sowjetische Bürger unter den DPs zu identifizieren und den Rückkehrwillen zu mobilisieren, als auch die Rückkehr der Sowjetbürger beschleunigen sollten, was auch ganz im Interesse der westlichen Alliierten lag.⁷³

Die Interessenlage auf sowjetischer Seite bei westalliierten Kriegsgefangenen war jedoch anders. Versuche der Westalliierten, ihrerseits ständige Repatriierungsmissionen in Osteuropa und der SBZ zu installieren, waren nicht von Erfolg gekrönt. Als im Sommer 1945 die französische Regierung um die Genehmigung zur Einreise von 150 Offizieren zur Betreuung ihrer im Bereich der SBZ befindlichen Landsleute ersuchte, schlug das sowjetische Außenministerium der eigenen Regierung intern vor, die Antwort zunächst zu verzögern und dann trotz Mitteilung der eigenen Repatriierungsbehörde über die Existenz von 35.000 Franzosen mitzuteilen, dass es solche Personen gar nicht gebe, also die Bitte der französischen Regierung abschlägig zu bescheiden.⁷⁴

⁶⁹ Zu den geschilderten Problemen Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 232–237.

⁷⁰ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 224, 279.

⁷¹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 266.

⁷² Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 226.

⁷³ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 240–242.

⁷⁴ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 287 f.

Gegen Kriegsende wurde für die Repatriierung von Millionen sowjetischen Bürgern (nach den DP-Lagern in den befreiten westlichen Staaten) auch im sowjetischen Bereich ein enges Netz von Lagern geknüpft. Offenbar hatte man sich prinzipiell dazu entschlossen, jeden Repatrianten vor seiner Heimkehr zu überprüfen.⁷⁵ So waren etwa entlang der Grenzen der Sowjetunion ab 24. August 1944 Prüfungs- und Filtrationspunkte eingerichtet worden, die nunmehr die Millionen zurückkehrenden befreiten Kriegsgefangenen und Zivilisten bearbeiten sollten. Es gab 15 solcher Lager des NKWD und 35 Sammelpunkte der Roten Armee an den sowjetischen Grenzen.⁷⁶

Am 11. Mai 1945 kündigte der NDWD der Roten Armee auch die Schaffung von 100 Lagern im sowjetisch besetzten Europa (Überprüfungs- und Filtrationspunkte) mit einem Fassungsvermögen von je 10.000 Personen an, das heißt einer Gesamtkapazität für eine Million Menschen. Diese Lager waren speziell für die von Westalliierten überstellten Personen bestimmt.⁷⁷ So schuf man in Deutschland und den Ländern Europas im Sommer 1945 22 Sammel- und Durchgangslager sowie 74 Überprüfungs- und Filtrationslager (PFL), sowie zusätzlich in der UdSSR 18 PFP, 26 PFL und 43 Speziallager.⁷⁸

Über das Territorium der SBZ spannte sich so ein dichtes Netz, das aus Lagern „zum Empfang und Aufenthalt von ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilisten aus der Sowjetunion“ bestand. Unter dem Dach der neugegründeten Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wurde auch eine eigene Repatriierungsabteilung errichtet, die für dieses LagerNetz mit zuständig war. Zum Stichtag 20. Juni 1945 waren allein im Besatzungsbereich der drei größten sowjetischen Fronten 69 dieser Lager vorhanden, die eine Aufnahmekapazität von etwa 750.000 Personen hatten. Insgesamt umfasste das Netz im Juni 1945 sogar 99 Lager. Sechs Wochen später gab es noch 83 Lagerstandorte, und dann schrumpfte das Netz schnell bis Ende November 1945 auf nur noch 23 Lager für gut 84.000 Insassen, wie die entsprechenden Übersichtskarten und Bilanzierungen zeigen. Schließlich sank die Zahl der in der SBZ befindlichen Lager im Januar 1946 auf nur noch neun, in anderen besetzten Teilen Europas gab es zusätzlich 21 Lager. Viele dieser Einrichtungen befanden sich in ehemaligen deutschen Kasernen oder Lagern verschiedener deutscher Organisationen oder waren einfach in der Nähe von Autobahnen angesiedelt.⁷⁹

⁷⁵ Am 28. August 1944 war der Befehl des NKWD Nr. 001063 ergangen, nach dem jeder Repatriant beim NKWD zur registrieren war. Nach der Regierungs-Verordnung Nr. 30-12s vom 6. Januar 1945 musste sich jeder Repatriant einer obligatorischen Überprüfung durch Sicherheitsorgane unterziehen, siehe Naumov / Reschin, S. 344 f. Text der Verordnung der sowjetischen Regierung Nr. 30-12s vom 6. Januar 1945 mit dem Titel „Über die Organisation des Empfangs und der Ordnung für repatriierte sowjetische Bürger“, abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 468–470.

⁷⁶ Doroschewitsch, S. 2.

⁷⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 136.

⁷⁸ Naumov / Reschin, S. 344.

⁷⁹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 401–403 und 406. Hinzu kam noch eine Vielzahl von weit kleineren Sammelpunkten.

Am Beispiel der Zeithainer sowie der in der Umgebung von Zeithain befindlichen Lager wollen wir die Situation in solchen Lagern näher untersuchen.⁸⁰ Der Leiter und drei Mitarbeiter des Militärmedizinischen Museums des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in St. Petersburg haben über diese Lager und die angeschlossenen Lazarette in einem Aufsatz berichtet.⁸¹ Ein zentrales Hospital mit der Bezeichnung Haupt-Feldevakuierungsstützpunkt Nr. 71 wurde für fünf Zeithainer Repatriierungslager bereits im Mai 1945 im ehemaligen Kriegsgefangenenlager beziehungsweise Reservelazarett Zeithain eingerichtet (zur Erinnerung: das Wehrmachtsreservelazarett Zeithain hatte 1944 eine Kapazität von fast 8.000 Betten). Für das Lager in Großenhain war ein Feldhospital zuständig.

Die Lager in Zeithain wurden kurze Zeit später umbenannt und erhielten die Nummer 253, 254, 255, 256 und 203 (Transportsammelpunkt), das Lager in Großenhain die Nummer 257. Sie alle gehörten zum Kommando-Bereich der 8. Gardearmee. An mehreren der schon beschriebenen Sammelpunkte an der Grenze zwischen den amerikanisch-britischen und sowjetischen Besatzungsgebieten in Deutschland und Österreich wurden die Repatrianten übergeben und offenbar mit Lastwagen nach Zeithain weitertransportiert. Sie kamen zuerst in das Hauptlager 253 (das ehemalige Kriegsgefangenenlager am Bahnhof Jacobsthal) und durchliefen – Frauen und Männer getrennt – zwei Sanitätsschleusen zur Entlausung und Desinfektion der Bekleidung. Dabei wurden durch Ärzte aus den Reihen der Repatrianten Kranke ermittelt und bei Bedarf stationär in das schon genannte Hospital Nr. 71 überwiesen. In den anderen Lagern wurden nichtstationäre Patienten durch Medizinpunkte auf Bataillonsbasis betreut, in denen verschiedene Fachärzte arbeiteten. Im November 1945 waren immerhin noch 223 Ärzte und 429 medizinische Kräfte tätig, gut zwei Drittel von ihnen Repatrianten.

Für das Jahr 1945 verfügen wir aus der schon genannten Publikation von Budko u. a. über Stichtagszahlen zur Belegung in den Repatriierungslagern. So befanden sich in den fünf genutzten Zeithainer Lagern am 2. Juli 1945 insgesamt 38.350 Repatrianten (ohne Lager Großenhain). Für den 22. Juli 1945 sind nur noch 22.340 Personen verzeichnet. Die beiden Lager in Mühlberg (Stalag IV B, Nr. 204 und 205) umfassten zeitgleich 9.777 Repatrianten, das Lager Großenhain hatte 10.194 Menschen. Weitere Angaben existieren vom 1. August 1945. Die Belegung der Zeithainer Lager bestand aus 26.357 Repatrianten. Auch in Großenhain sowie in den zwei Mühlberger Lagern war die Belegung gesunken. In den Lagern Meißen (Nr. 272), Riesa (Nr. 2) und Oschatz (Nr. 4) befanden sich 2.439, 5.724 und 640 Insassen. Am 25. August schließlich war die Zahl der Repatrianten in den Zeithainer Lagern auf 10.433 Personen gesunken. Die Tabellen vermitteln auch einen Eindruck von der wechselnden Zusam-

⁸⁰ Die folgenden Informationen sind entnommen aus Anatolij Budko / Natalija Čigareva / Galina Gribovs-kaja / Igor´ Kosyrin, *Medizinhistorische Aspekte des Lagers Zeithain*, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 108–135, hier S. 122–128. Die im Text genannten Zahlenangaben beziehen sich mit ihren Zeitangaben auf verschiedene bei Budko enthaltene Tabellen.

⁸¹ Siehe Budko u. a., *Medizinhistorische Aspekte*, in: *Zeithain*, Bd. 1. Zunächst berichtet der Aufsatz über die medizinische Situation in den Kriegsgefangenenlagern Zeithain und Mühlberg aus Sicht sowjetischer Unterla-gen, etwa Zeitzeugenerinnerungen, siehe ebenda, S. 108–120.

mensetzung des Repatriierungskontingents. Am 22. Juli 1945 bestanden die 22.340 Zeithainer Repatrianten aus 9.302 Kriegsgefangenen, 5.913 männliche Zivilisten (wohl ehemalige Ostarbeiter) und 6.594 weiblichen Zivilisten (wohl ehemalige Ostarbeiterinnen) sowie 531 Kindern, zehn Tage später lauteten die entsprechenden Zahlen 9.515, 7.427, 7.912 und 1.494. Am 25. August 1945 waren die Zahlen schon erheblich gesunken; sie weisen zusätzlich eine Zahl von 2.736 „Ausländern“ in einem Zeithainer Lager auf (also wohl Angehörige von alliierten Nationen).

Es existieren auch Angaben über Zu- und Abgänge in den vier noch verbliebenen Zeithainer Lagern von der zweiten Augushälfte bis zur ersten Septemberwoche. Im Hauptlager 253 stieg die Belegung auf etwa 10.000, im Lager 254 blieb sie bei etwa 5.000, im Lager 256 stieg sie von 619 auf knapp 6.000, im Lager 257 sank sie von gut 7.300 auf 5.270. Auffällig ist allerdings, dass Lager 253 kurzzeitig eine Belegung von 82.000 Personen in der letzten Augustwoche aufwies, die schnell wieder auf etwa 8.300 absank. Ähnlich Lager 254, wo sich am 29. August 1945 fast 45.000 Menschen befanden, ehe am nächsten Tag wieder etwa knapp 6.000 erreicht wurden. Dies belegt, dass kurzfristig große Repatriantenmassen durch die Zeithainer Lager geschleust worden sein müssen, jeweils Ende August 1945.

Nach den großen Repatriierungswellen im August 1945 sank die Zahl der Lager im Bereich der 8. sowjetischen Gardearmee auf insgesamt sechs Lagerstandorte: drei Lager in Zeithain und je eines in Großenhain, Meißen und Oschatz. Immerhin 1.560 Hospitalbetten standen für die stationäre Behandlung von Kranken in sechs Lagerhospitälern mit einer ganzen Anzahl von spezialisierten Abteilungen (von Geschlechts- über Infektions-, Kinder- und Hautkrankheiten bis zu Chirurgie und Frauenheilkunde) zur Verfügung.

In einer Liste von Lagern und Sammelpunkten vom 2. Oktober 1945, die immerhin noch 51 einzelne Standorte innerhalb der SBZ enthielt, sind auch die sächsischen Lager verzeichnet. Dieses waren drei Lagerstandorte in Zeithain (Nr. 253, 254, 256), einer in Großenhain (Nr. 257), zwei in Görlitz (Nr. 265, 269), einer in Torgau (Nr. 282) und einer in Oschatz (Nr. 350).⁸² Anfang 1946 lag die Zahl der Repatriierungslager nur noch bei zwölf. Im Bereich der 8. Gardearmee gab es noch zwei Lager und drei Hospitäler, wobei Lager Nr. 256 1946 auf das Zeithainer Kasernengelände verlegt worden war. Das Lager 256 in Zeithain war dabei ausschließlich für das sogenannte Spezialkontingent zuständig, also die Repatrianten, die einer gesonderten Überprüfung unterzogen wurden.⁸³

Zum Schluss unserer Ausführungen zu den Zeithainer Repatriierungslagern wollen wir uns noch einem Aspekt widmen, der oftmals übersehen oder vernachlässigt wird. Denn Krankheit und Sterben von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen endeten keineswegs immer mit ihrer Befreiung; manche waren so schwer erkrankt, dass sie in den anschließenden Tagen, Wochen oder Monaten noch verstarben. Auch darüber berichten die Unterlagen des Militär-

⁸² Das Dokument (GARF, Fond 9408, op. 1, d 26, Nr. 217) ist abgedruckt in: Prüf- und Filtrationslager, https://de.wikipedia.org/wiki/Prüf_und_Filtrationslager, 27. September 2019.

⁸³ Budko u. a., *Medizinhistorische Aspekte*, in: Zeithain, Bd. 1, S. 129.

medizinischen Museums. Das im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Zeithain eingerichtete und schon erwähnte Hospital Nr. 71 hatte seine Arbeit für die Repatrianten Ende April / Anfang Mai 1945 begonnen. Die ersten 1.206 Kranken waren 691 Polen, gefolgt von 364 Russen und 147 Italienern sowie vier anderen. Bei den meisten Russen (genauer: sowjetischen Bürgern) handelte es sich um Erkrankte und nur um wenige Verwundete (wohl Soldaten). Bis 1. Juni 1945 waren bereits 1.498 Kranke in das Hospital gebracht worden. Allein 208 von ihnen verstarben, zumeist an offener schwerer Lungentuberkulose.⁸⁴ Im Juni 1945 wurden weitere 1.254 Personen aufgenommen, davon etwa die Hälfte nichtsowjetischer Staatsangehörigkeit. Wiederum verstarben 80 Kranke, davon 73 an Tuberkulose. Die meisten der Toten waren überproportional Russen und Italiener. Im Juli lag die Sterberate bei 4,18 Prozent aller Patienten, im August bei gut fünf Prozent. Eine Übersicht bei behandelten Zivilisten ergab, dass zwar weniger Menschen verstarben, jedoch Männer mit 16 Toten überproportional vertreten waren (20 Tote, davon 16 Männer, drei Frauen und ein Kind). Insgesamt sind in diesem Hospital vom 26. April bis 1. Oktober 1945 483 Personen verstorben, davon die größte Zahl an Tuberkulose.⁸⁵ Auch diese Toten sind damit hauptsächlich der deutschen Seite (das heißt ihrer Zwangsarbeiterpolitik) anzulasten.

Solche Lager waren für eine Aufenthaltsdauer des jeweiligen Insassen von gut zwei Monaten konzipiert und wurden von Konvoi-Truppen des NKWD (die auch deutsche Kriegsgefangene und Internierte bewachen mussten) überwacht. Die Insassen konnten die Lager nur mit Passierscheinen verlassen. Die Versorgung der Lager sollte aus Armee-Beständen vorgenommen werden. Die Lager wiesen jedoch, wie unangekündigte Inspektionen erbrachten, zahlreiche Mängel sowohl bei der Nahrungsmittelversorgung als auch bei Artikeln des täglichen Bedarfs und der medizinischen Versorgung⁸⁶ auf. Da die meisten Insassen die Lager jedoch nach wenigen Wochen wieder verlassen konnten, wirkten sich die unzureichenden Lebensbedingungen nicht allzu gravierend aus. So war bis zum 1. August 1945 eine Zahl von 2,38 Millionen Menschen in allen Lagern im europäischen Bereich der Roten Armee registriert worden, ein gutes Viertel hatte sie aber bereits wieder verlassen. Von knapp 1,3 Millionen Menschen befanden sich immerhin etwa 870.000 in Lagern der SBZ, also dem Schwerpunktgebiet der Überprüfung.⁸⁷

⁸⁴ Auch diese überwiegend diagnostizierte Krankheit ist ein Beleg über die schlechte Versorgung dieses Personenkreises im Deutschen Reich.

⁸⁵ Budko u. a., *Medizinhistorische Aspekte*, in: Zeithain, Bd. 1, S. 129–131.

⁸⁶ Von einzelnen Lagern liegen auch Sterbenachweise vor. Die Sterberate im Lager Frankfurt/Oder 1945 / 1946 betrug 56 Tote im Monat, in einem Feldhospital starben im selben Zeitraum etwa 20 Personen im Monat, Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 423. Eine Überprüfung des Lagers Nr. 256 in Zeithain ergab Ende 1945 eine besonders hohe Überbelegung, siehe Budko u. a., *Medizinhistorische Aspekte*, in: Zeithain, Bd. 1, S. 129.

⁸⁷ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 405–411. Von Plato zitiert den langjährigen Direktor des Staatsarchivs der Russischen Föderation mit der Aussage, nicht mehr als zehn Prozent der zivilen Repatrianten hätten länger als drei Monate in solchen Lagern verbringen müssen, siehe von Plato, S. 47.

Ein Teil dieser Gruppe wurde alsbald zu Demontagearbeiten im Rahmen der Reparationspolitik der UdSSR sowie für Arbeiten der Roten Armee in der SBZ eingesetzt, etwa 300.000 im Jahr 1945. Stichtagsangaben wie vom 6. Oktober 1945 belegen eine Zahl von 118.200 Personen, die für die Demontage tätig waren. Im Jahr 1946 verblieben noch gut 100.000 Repatrianten zum Arbeitseinsatz. Die meisten von ihnen waren in den ehemaligen deutschen Ostgebieten für die Rote Armee tätig und gut ein Drittel in der SBZ beziehungsweise in Österreich. Von den 1946 existierenden Lagern befanden sich mit Stremberg, Bützow / dann Stettin, Brandenburg und Frankfurt / O. die meisten im Norden beziehungsweise mittleren Teil der SBZ, Gusen lag in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich. Die Region Sachsen beziehungsweise der ehemalige Wehrkreis IV hatte mit Oschatz und Merseburg zwei solcher Lager aufzuweisen.⁸⁸ In den nächsten Jahren sank die Zahl der verbliebenen Repatrianten zwar erheblich, jedoch lassen sich nach Unterlagen der sowjetischen Repatriierungsbehörde immer noch 17.902 Menschen im Arbeitseinsatz nachweisen, und Ende 1949 ist von circa 10.000 Personen auszugehen, immerhin im fünften Jahr nach ihrer Befreiung.⁸⁹

Als gemeinsame Aktion der Alliierten wurden ab Herbst 1945 (wir hatten schon Beispiele in Teil 2 geschildert) in den jeweiligen Zonen Maßnahmen ergriffen, die dazu dienen sollten, alle in einem bestimmten Territorium (zumeist Kreis) von 1939 bis 1945 gewesenen (alliierten) Ausländer listenmäßig zu erfassen; eine zweite Liste sollte alle Firmen aufführen, die ausländische (Zwangs-)Arbeitskräfte beschäftigt hatten. Zunächst ermittelte die SMAD im Herbst 1945 mit Hilfe der deutschen Polizei alle noch in der SBZ lebenden Sowjetbürger, die nicht direkt für die Rote Armee arbeiteten. Am 7. Dezember 1945 erließ die SMAD Befehl Nr. 163, laut dem die deutschen Verwaltungen sowie die Polizei Listen aller ausländischen Bürger im jeweiligen Territorium erstellen sowie auch deren Grabstätten benennen mussten. Am 30. Dezember 1945 erfolgte ergänzend Befehl Nr. 184 sowie schließlich im März 1946 Befehl Nr. 89. Den deutschen Behörden waren jeweils sehr knappe Fristen gesetzt worden, so dass die meisten Informationen schon Ende Januar 1946 vorlagen.⁹⁰

Zur Erstellung der Listen waren zwei Fragebogen beigelegt. Fragebogen A bezog sich auf die Benennung von Firmen und Einzelwirtschaften, die im Zweiten Weltkrieg ausländische Arbeitskräfte beschäftigt hatten, sowie auf die Art ihrer Produktion. Fragebogen B forderte Angaben zu jedem einzelnen Ausländer: Name, Vorname, Nationalität, Beschäftigungsort und -zeitraum, jetziger Aufenthalt. Zudem mussten die deutschen Behörden Informationen zu Per-

⁸⁸ Bis Januar 1946 waren 2,216 Millionen Sowjetbürger für die Repatriierung vorgesehen, tatsächlich repatriert wurden aber nur 2,116 Millionen, siehe zu den Zahlen Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 411–413.

⁸⁹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 417 f. Unter anderen hatte das sowjetische Ministerium für Buntmetall eine Niederlassung in Dresden, in der 803 Repatrianten beschäftigt waren, ebenda, S. 416.

⁹⁰ Alexander Haritonow, *Die sowjetische Militäradministration in Deutschland und ihre Suche nach auf deutschem Boden verstorbenen Bürgern der UdSSR*, in: V. Selemenev / Yu. Svrev / K.-D. Müller / A. Haritonow (Hg.), *Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene in den Jahren des Zweiten Weltkriegs* (in deutscher und russischer Sprache), Dresden-Minsk 2004, S. 190–217, hier S. 192–194. Befehl 163 abgedruckt in: ebenda, Anlage 1, S. 214.

sonen einholen, die etwa – wie Ärzte – mit Ostarbeitern oder sowjetischen Kriegsgefangenen zu tun gehabt hatten. Im Februar 1946 wurden auch die noch vorhandenen Unterlagen zu sowjetischen Arbeitskräften (etwa Arbeitsbücher) abgefordert.⁹¹

Sowjetische Filtration

Hauptexistenzgrund der genannten etwa 100 Filtrationslager im Gesamtbereich der Roten Armee war ihre Funktion als Überprüfungsort. Das NKWD hatte am 23. Mai 1945 800 Geheimdienstmitarbeiter in die SBZ eingeflogen, die als Mitglieder von Überprüfungs-Filtrationskommissionen fungieren sollten. Es waren ähnlich „unverbrauchte“ Kader ohne Kriegserfahrung, wie Golikov dieses bereits im Oktober 1944 auch für seine Repatriierungsoffiziere gewünscht hatte. Geführt wurden diese 800 Geheimdienstler von einer am 22. Mai 1945 in Moskau neu geschaffenen Abteilung F (für Filtration) beim NKWD, die unter Leitung des erfahrenen Geheimdienstlers Generalmajor P. A. Sudoplatov stand. Eigentlich war geplant, je eine Kommission für jedes Lager aufzustellen. Da jedoch in manchen Lagern täglich mehrere tausend Menschen ankamen, konnten die Kommissionen ihrer Filtrationspflicht nicht ausreichend und nicht in der vorgesehenen Zeit nachkommen; manche Kommissionen waren darüber hinaus wegen zu knapper Personaldecke des NKWD gleichzeitig für mehrere Lager zuständig. Das hatte zur Folge, dass manche Repatrianten ungeprüft heimgeschickt wurden, wie man dann in den an der neuen Westgrenze der UdSSR dislozierten Empfangslagern feststellen musste. Die eigentlich geplante Zehntagefrist für die Filtration war praktisch nirgends einzuhalten. Mängel in der hastigen Ausbildung der Kommissionsmitglieder führten zu vielen völlig unzureichend ausgestellten und fehlerhaften Unterlagen. So monierte etwa die schon genannte Abteilung F, dass die entsprechenden Fragebögen nur oberflächlich ausgefüllt seien und Angaben ohne vorherige geheimdienstliche Überprüfung mittels Agenten enthielten. Manche Repatrianten hätten keinerlei Unterlagen über Verlegungen oder erfolgte Überprüfungen bei sich, wenn sie heimreisten, anderen seien die (eigentlich geheimen) Filtrationsunterlagen einfach mitgegeben worden.⁹²

Wie sah eine solche erste Filtration aus? Ziel war es, bei Fehlverhalten (beim Aufenthalt in Deutschland) sogenanntes kompromittierendes (belastendes) Material zu finden, sowohl mit den Mitteln der Befragung als auch auf geheimdienstlichem Weg. Zunächst wurde für jeden Filtrierten ein Erfassungsbogen ausgefüllt, dann gab es protokollierte Verhöre, als dritte Grundkategorie einen schriftlich auszufüllenden Fragebogen und schließlich auch persönliche Dokumente des Filtrierten. Es wurden sozialstatistische, identifizierende Daten aufgenommen

⁹¹ Haritonow, Sowjetische Militäradministration, S. 194–196.

⁹² Zur Arbeit der Überprüfungs- und Filtrationskommissionen siehe Goeken-Haidl, Der Weg zurück, S. 444–450. Am 22. Mai 1945, nach dem Abkommen von Halle, erließ das GKO die Verordnung Nr. 8670ss, die das weitere Filtrierverfahren festlegte. Am 21. Juli 1945 erging ein spezieller NKWD-Befehl über die Erfassung und Registrierung der zu Filtrierenden, siehe Naumov / Reschin, S. 345 f.

(Name, Wohnsitz, Eltern, Schulbildung, Beruf, Militärdienst und so weiter), danach folgten Fragen zum Aufenthalt im deutschen Machtbereich, zu Verhören durch die Gestapo, dann Angaben zur Befreiung sowie auch zum etwaigen Dienst in deutschen Formationen.⁹³ Es wurden Zeugen für die Angaben abgefragt und Fragen danach gestellt, wer von den, dem Befragten bekannten sowjetischen Bürgern mit den Deutschen kollaboriert oder in Formationen gedient habe, also Vaterlandsverräter sei. In den Fragebögen mussten die Filtrierten dieselben Fragen nochmals schriftlich beantworten. Die schon genannten persönlichen Dokumente, die ja immerhin die Anwesenheit im deutschen Bereich dokumentierten (etwa Nachweise zum Arbeitseinsatz, zu Gehaltszahlungen oder Ausweise) wurden den Filtrierten entzogen und blieben bei der Akte. Zum Schluss wurde ein Fingerabdruck genommen und eine zusammenfassende Bescheinigung ausgestellt, die die Filtrierten mitbekamen und die sie den örtlichen Behörden ihres zukünftigen Wohnsitzes vorlegen mussten.⁹⁴

Dies alles zusammen bildete die Filtrationsakte, die den Filtrierten begleitete und, wenn er endgültig an seinem Wohnort angekommen war, beim örtlichen NKWD deponiert sowie immer wieder als Grundlage für neue Befragungen herangezogen wurde.⁹⁵ In den Jahren nach der Rückkehr kam es im Personenkreis der Repatriierten gleichfalls zu weiteren Verhaftungen, nachdem Akten vom NKWD nochmals vertieft überprüft und verglichen worden waren, wenn etwa die erste Überprüfung noch keine Belastungspunkte (russ. Kompromate = kompromittierende Materialien) ergeben hatte.⁹⁶ Jeder Filtrierte war zudem in eine Kategorie eingeordnet worden (diese erhielt eine spezielle Karteikartenfarbe): a) Alle Bürger, die auf dem (besetzten Gebiet) der UdSSR verblieben waren; b) Angaben zu Bürgern aus (deutschen) Beutedokumenten; c) alle Repatrianten aus dem Ausland; d) Personen mit Funktionen in anderen Ländern und Kontakten zu dortigen Behörden, sowohl des Deutschen Reiches als auch der Alliierten.⁹⁷

Die nach der Filtration Entlassenen waren verpflichtet, sich innerhalb eines Monats bei ihren örtlichen Behörden zu melden. Frühere Bewohner von Moskau, Kiew und Leningrad durften dorthin nur dann zurückkehren, wenn sie noch familiäre Beziehungen zu diesen Orten

⁹³ Mit einer Aufzählung der erfragten Kategorien siehe Doroschevitsch, S. 2.

⁹⁴ Doroschevitsch, S. 2 f., bei dem alle genannten Unterlagen beschrieben sind. Zudem wurde noch eine Karteikarte angelegt, die die Filtrationsergebnisse zusammenfasste. Auch die von uns in Teil 2 genutzten deutschen Karteikarten sowjetischer Kriegsgefangener gehörten bei befreiten Kriegsgefangenen mit zu den Filtrationsunterlagen. Zu den konkreten Verfahren der Filtration siehe auch Naumov / Reschin, S. 46 f.

⁹⁵ Zum Vorgang der Filtration Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 432–438, 463. So waren die Antragsteller auf Entschädigung im Rahmen der EVZ-Zahlungen ab dem Jahr 2000 hauptsächlich auf diese Akten, die sich immer noch in Archiven der Geheimdienste Russlands und der Nachfolgestaaten der UdSSR befinden, angewiesen, um ihre Ansprüche nachweisen zu können, da ihnen im Rahmen der Filtration (zumindest theoretisch) alle persönlichen Dokumente abgenommen worden waren.

⁹⁶ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 466. Es sollen auch Fahndungslisten im Umfang von 400.000 Personen erstellt worden sein, ebenda, S. 466.

⁹⁷ Naumov / Reschin, S. 347.

hatten. Einwohner aus grenznahen Gebieten mussten vor dem Zuzug zusätzlich noch die grenznahen Grenz-Filtrationslager durchlaufen.⁹⁸

Der wissenschaftliche Zugang zu den bei allen Sicherheitsbehörden der ehemaligen UdSSR vorhandenen Filtrationsakten ist auch heute nur schwer möglich. Allerdings haben im Rahmen des schon genannten Projekts der Dokumentationsstelle Dresden „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“ Archivmitarbeiter des KGB Weißrussland solche (eigenen) Akten analysiert und im Rahmen des Projekts vorgestellt. So berichtete etwa I. A. Walakhanovich im Dezember 2003 auf einer Konferenz in Minsk über solche Akten, die sich auf nationale Weißrussen als Angehörige der polnischen Armee seit 1939 in deutscher Kriegsgefangenschaft befanden.⁹⁹ Aus den 31 Akten dieses Bestands hatten drei Kriegsgefangene Berührung mit Sachsen. A. L. Bartshonok war danach von 1941 bis 1945 bei der Stadt Leipzig beschäftigt; I. P. Zaberanok war wahrscheinlich von 1939 bis 1941 durch das Stalag IV F Hartmannsdorf verwaltet, also wohl in diesem Bereich im Arbeitseinsatz; V. S. Mamaj gehörte im selben Zeitraum zum Stalag VIII A Görlitz.¹⁰⁰ In dem Artikel sind auch einige Beispiele von Dokumenten aus Filtrationsakten mit abgedruckt. Anlage 1 zeigt einen Personal-Fragebogen, der nach Selbstauskünften des Befragten von einem Mitarbeiter der Filtrationskommission ausgefüllt wurde. Anlage 3 ist ein Verhörbogen für aus der deutschen Sklaverei (russ. *nevolja*) in die Heimat Zurückgekehrte mit genauen Fragen zu Repressionen in Deutschland. Anlage 4 ist ein Verhörbogen von Smersch, von einem seiner Mitarbeiter ausgefüllt. Anlage 5 gibt ein handschriftlich formuliertes Verhörprotokoll eines Smersch-Mitarbeiters nach dem Muster Frage-Antwort wieder.¹⁰¹

Hatten sich im Verlauf der Filtration tatsächlich kompromittierende Materialien ergeben, so konnte der Betroffene entweder inhaftiert, in Arbeitslager übergeben oder in die Verbannung geschickt werden. Wer des Vaterlandsverrats, der Spionage, der Desertation (sowie anderer Verbrechen wie etwa antisowjetischem Verhalten) verdächtig war, wurde verhaftet und Untersuchungsorganen übergeben. Hierzu gehörten sogenannte Wlassow-Leute, Angehörige von nationalen Formationen der Wehrmacht, sogenannte Weiß-Emigranten (nach 1917), aber auch Angehörige von Polizei- und Verwaltungsformationen in den besetzten Gebieten.¹⁰² Die Überprüfungs-Filtrationskommission hatte damit quasi juristische, staatsanwaltschaftliche Funktionen, ohne dafür ausgebildet zu sein. Nach Angaben von Naumov / Reschin wurden gut zehn Prozent der Repatrianten aufgrund der Beschlüsse dieser Kommission verhaftet.¹⁰³

⁹⁸ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 462 f.

⁹⁹ Siehe I. A. Walakhanovich, *Dokumente des Zentralarchivs des KGB der Republik Belarus über die Schicksale von weißrussischen Angehörigen der polnischen Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft*, in: Selemenev u. a., S. 242–291.

¹⁰⁰ Walakhanovich, Anlage 2.

¹⁰¹ Alle Dokumente sind in russischer Sprache, siehe Walakhanovich, S. 262–267, 280–288.

¹⁰² Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 435 f.

¹⁰³ Naumov / Reschin, S. 348. Am 19. April 1943 war der sogenannte Ukas 43 erlassen worden, der alle Invasoren bei Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene mit der Todesstrafe oder

Offenbar führten diese Verhaftungen zu Gerichtsverfahren mit einigen tausend Todesurteilen (Teilnehmer Ostformationen der Wehrmacht, Kriegsverbrecher). Mehrere Zehntausende erhielten langjährige Freiheitsstrafen wegen Kollaboration. Andere angebliche „Kollaborateure“, denen keine Verbrechen nachgewiesen werden konnten, wurden trotzdem in die Überprüfungs- und Speziallager geschickt.¹⁰⁴

Sehen wir uns zum Abschluss dieses Teils nochmals die wichtigsten Zahlen im Überblick an. Der Abschlussbericht der Repatriierungsverwaltung nennt eine Gesamtzahl von 5.352.963 Heimgekehrten. 94 Prozent von ihnen kamen über SPP und andere Front-Lager in die UdSSR zurück, sechs Prozent wurden direkt vom Ausland an sowjetische Häfen überstellt. Die einzelnen Repatriierungsphasen umfassten (gesamt / in Klammern davon vom Ausland überstellt): Oktober bis Dezember 1944 1.079.500 (111.913), Januar bis Juni 1945 1.354.020 (96.557), Juni bis September 1945 2.057.883, was einer täglichen Heimführungszahl von 16.868 Personen entsprach. In der letztgenannten Phase wurden dafür zu zwei Dritteln Züge und zu einem Drittel LKWs genutzt. Einige Zehntausend Repatrianten waren auch im Juni 1945 zu Fuß losgeschickt worden.¹⁰⁵

Mit Stichtag vom 1. März 1946 waren damit 3.259.857 Bürger in ihren (alten oder neuen) Wohnorten eingetroffen. Von diesen kehrten 48 Prozent nach Russland, 37 Prozent in die Ukraine und zehn Prozent nach Weißrussland zurück. Gut ein Drittel bestand aus Männern, 46 Prozent waren Frauen und sogar 21 Prozent Kinder (Jugendliche). Mit Stand 15. Dezember 1945 nennt die Repatriierungsstatistik auch einzelne Herkunftsgebiete mit den größten Heimkehrerzahlen: Oblast´ Leningrad, Dnepropetrowsk, Poltavsk, Zaporosche, Stalinsk. Die Statistik differenziert für den 31. März 1946 auch nach dem Status der insgesamt befreiten 5.352.963 Sowjetbürger. Bei 1.825.774 handelte es sich um ehemalige Kriegsgefangene (34 Prozent), 3.527.189 waren Zivilisten. Unter letzteren gab es 1.293.095 Männer, 1.531.650 Frauen und

hohen Freiheitsstrafen belegte, jedoch auch auf sowjetische Bürger angewandt wurde. Der genaue Titel lautet „Verordnung des Obersten Sowjet Über Strafmaßnahmen für deutsch-faschistische Schandtäter, die sich der Ermordung oder der Gewalt gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung sowie gegenüber kriegsgefangenen Rotarmisten schuldig gemacht haben, für Spione und Vaterlandsverräter aus den Reihen der sowjetischen Staatsbürger sowie für deren Helfershelfer“. Nach Angaben der russischen Militärstaatsanwaltschaft wurden bis 1952 zwar 25.209 Ausländer nach diesem Artikel verurteilt, jedoch mit 81.780 Personen ein Mehrfaches an sowjetischen Bürgern, siehe A. J. Morin, Die strafrechtliche Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern. Zur Arbeit der sowjetischen Rechtsbehörden bei der Ermittlung und Aufklärung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, in: Selemenev u. a., S. 470–509, hier S. 476. Der Ukas galt auch rückwirkend. Morin war 2004 als Generalleutnant Stellvertreter des russischen Hauptmilitärstaatsanwalts.

¹⁰⁴ Naumov / Reschin, S. 350. Genaue Verurteilungszahlen liegen nicht vor respektive sind nicht veröffentlicht. Von 1934 bis 1953 existierte ein Sonderkollegium beim NKWD, das ebenfalls Urteile sprechen konnte (ohne Anwesenheit der Angeklagten). Dieses Kollegium sprach gut 440.000 Urteile, davon 10.101 Todesurteile. Viele der Urteile gegen Repatrianten wurden von diesem Kollegium gesprochen, siehe Poljan, Endphase der Repatriierung, S. 378.

¹⁰⁵ Zu diesen Zahlen sowie den folgenden Abschnitten Goeken-Haidl, Der Weg zurück, S. 470 f. Bei den Märschen waren Etappen von jeweils etwa 20 km pro Tag vorgesehen. Das Gepäck (bis zu 50 kg) wurde auf LKWs transportiert.

702.444 Kinder.¹⁰⁶ Interessant ist auch die Angabe, dass 70 Prozent der befreiten Kriegsgefangenen schon 1941 und 1942¹⁰⁷ in deutsche Gefangenschaft geraten waren, also entweder mehrere Jahre im Zwangsarbeitseinsatz überlebt hatten oder in militärischen Formationen überleben konnten. Von der Nationalität her waren 40 Prozent Russen, 25 Prozent Ukrainer und sieben Prozent Weißrussen.

Die Analyse der Zivilisten zum oben genannten Stichtag ergab, dass die meisten der Altersgruppe von 17 bis 25 Jahren angehörten. Eine Mehrzahl von ihnen (60 Prozent) waren schon 1941 und 1942 nach Deutschland transportiert worden. In dieser Kategorie kamen 41 Prozent aus der Ukraine, 31 Prozent waren Russen und 13 Prozent Weißrussen. 100.000 stammten aus dem Baltikum, immerhin etwas mehr als 50.000 aus den 1939 annektierten ostpolnischen Gebieten.¹⁰⁸ Ein Drittel aller Ostarbeiter war zuvor in der UdSSR in der Landwirtschaft, auf Kolchosen, tätig gewesen. Dies bestätigt nochmals die Aussage aus Kapitel 1, dass der „typische Ostarbeiter“ eine ukrainische Ostarbeiterin im Alter bis 25 Jahren aus der Landwirtschaft war.

Da die meisten – zumindest der zivilen – Repatrianten aus den ehemals von der Wehrmacht besetzten und durch Krieg und Ausbeutung zerstörten sowjetischen Gebieten stammten, trafen die Betroffenen für ihre adäquate Aufnahme auf nichtbereite Heimatgebiete; hinzu kamen vielfache organisatorische Unzulänglichkeiten. An den neuen Grenzpunkten stauten sich die Menschenmassen, es gab Versorgungsprobleme. In Lemberg und Minsk etwa mussten Zehntausende zunächst in Erd- und Laubhöhlen leben; viele erhielten keine regelmäßige Nahrung. Gerade Säuglinge waren diesen unzureichenden Lebensbedingungen wenig gewachsen und verstarben häufig.¹⁰⁹

Die sowjetische Repatriierungsbehörde hat für den Zeitraum zwischen Oktober 1944, als sie gegründet worden war, und Januar 1946 auch eine Zusammenstellung ihres Repatrie-

¹⁰⁶ Ohne konkreten Quellennachweis gibt es Angaben zu den von den Deutschen zwischen 1941 und 1945 deportierten Zivilisten bei Naumov / Reschin, S. 337. Gesamtzahl: 5,521 Millionen, davon 1941 1,207 Millionen, 1942 1,69 Millionen, 1943 1,321 Millionen, 1944 0,627 und 1945 0,676 Millionen Verschleppte. Insgesamt wurden danach circa 1,979 Millionen Männer, 2,143 Millionen Frauen und 0,676 Millionen Kinder unter 16 Jahren deportiert (Angaben gehen nicht ganz in Gesamtzahl auf, weil es offenbar Überlieferungslücken gibt).

¹⁰⁷ Verglichen mit offiziellen russischen Zahlen bei Krivoscheev hätte damit ein Drittel der Kriegsgefangenen von 1941 und 1942 die Gefangenschaft überlebt, zwei Drittel wären umgekommen. Freilich würden Krivoscheevs Jahresgefangenenraten bedeuten, dass von den bei ihm genannten gut 550.000 sowjetischen Kriegsgefangenen aus den Gefangennahmehjahren 1943–1945 praktisch niemand verstorben wäre, da die Zahl der Rückkehrer aus diesen Gefangenenjahren bei 547.732 liegen würde; damit ist belegt, dass die offiziellen russischen Angaben zu Kriegsgefangenen auf jeden Fall erheblich zu niedrig sind. Zu der Problematik der Ermittlung valider Zahlen siehe Kapitel 2. In unserem in Teil 1 genannten Sempel der Dokumentationsstelle Dresden von 2005 waren zwei Drittel Russen, 17,7 Prozent Ukrainer und 3,6 Prozent Weißrussen enthalten. Dieses entspricht ungefähr den Größenordnungen in der Publikation von Krivoscheev für Gefallene, Verstorbene und nicht aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrte mit 66,4 Prozent Russen, 15,9 Prozent Ukrainern und 2,9 Prozent Weißrussen, siehe Krivoscheev, S. 238.

¹⁰⁸ Zahlen des vorigen und dieses Absatzes bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 524 f.

¹⁰⁹ Schilderungen der Aufnahme- und Lebensbedingungen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 475–479.

rungskontingents nach dem Kriterium seiner weiteren Verwendung erstellt. Insgesamt umfasste das Repatriierungskontingent 5.263.495 Personen. Von diesen wurden 1.055.925 Personen wieder in Reserveeinheiten des Militärs integriert (20 Prozent, als ehemalige Kriegsgefangene), 3.259.857 kehrten als Zivilisten an ihren (zumeist) alten Wohnort zurück (62 Prozent), 608.095 wurden in Arbeitsbataillone des Verteidigungsministeriums überwiesen (elf Prozent), und 339.618 standen zur Disposition des NKWD (6,5 Prozent), wie es offiziell hieß. Goeken-Haidl vermutet hinter letztgenannter Einordnung das Spezialkontingent, also die Insassen der NKWD-Überprüfungs-Filtrationslager, die offenbar zu Arbeitszwecken herangezogen wurden. In dieser Statistik ist jedoch, wie sie zu Recht anmerkt, das Spezialkontingent von 1941 bis November 1945 nicht enthalten, ebenso fehlen Angaben zu Verurteilten oder zu den zur Verbannung verurteilten ehemaligen Wlassow-Angehörigen, die immerhin 1949 135.319 Repatrianten¹¹⁰ umfassten.¹¹¹

Goeken-Haidl hat daher eine eigene Berechnung zur Frage, wer von den Repatrianten unter (unberechtigte) Repression gefallen ist, vorgelegt. In Spezial- beziehungsweise Überprüfungs-Filtrationslager wurden demnach erstens 1,38 Millionen Militäranghörige und Zivilisten eingewiesen, die entweder in Kriegsgefangenschaft oder Einkesselung gewesen waren (1,1 bis 1,2 Millionen Menschen), die Polizisten, Gemeindevorsteher oder „Helfershelfer“ der deutschen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten gewesen waren (etwa 96.000 bis 138.000) sowie die schließlich 85.000 nicht Einberufenen aus den besetzten Gebieten. Als zweite Gruppe führt sie 608.000 Personen in den schon weiter oben genannten Arbeitsbataillonen auf. Drittens gibt es die Gruppen derjenigen, die noch teils jahrelang in der SBZ an Demontearbeiten oder für die Besatzungstruppen arbeiten mussten. Zudem wurden 58.000 Personen von Militärtribunalen zur Zwangsarbeit im Gulag verurteilt und waren dort als Spezialkontingent extra erfasst. 136.000 Personen umfasste die Gruppe der Spezialumsiedler (vor allem ehemalige Angehörige von Wehrmachtformationen). 1.056.000 Kriegsgefangene wurden in die Rote Armee wieder eingegliedert. Schließlich definiert sie als letzte Gruppe gut 994.300 Armeeangehörige, die von Militärtribunalen aus verschiedenen Gründen verurteilt worden waren, unter ihnen etwa 157.000 zum Tod (siehe weiter oben).

Für den Zeitraum von Oktober 1944 bis Ende 1949 (dem von uns als Zeitraum für die Behandlung von befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern definierten relevanten Zeitraum) kommt Goeken-Haidl inklusive 150.000 verurteilter Repatrianten sowie über einer Million wieder zur Roten Armee Mobilisierter auf eine Gesamtzahl von 3.067.000 Repressierten (gleich staatlichem Unrecht Ausgesetzten), was einem Anteil von gut 57 Prozent entspricht, im Vergleich zu knapp 2,9 Millionen Zivilisten, die innerhalb einer für damalige Verhältnisse kurzen Zeit ohne formale Repressionen wieder in ihre Heimatorte zurückgeführt

¹¹⁰ Zahl der Spezialumsiedlung („Verbannung auf ewig“) bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 509.

¹¹¹ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 546, kritisiert die Interpretation dieser Zusammenstellung bei Zemskov und Poljan dahingehend, dass diese nur die beiden Kategorien mit elf und 6,5 Prozent als Repressierte ansehen und daher insgesamt eine glimpfliche Behandlung der Repatrianten konstatierten.

wurden.¹¹² Wenn man die genannte Million remobilisierter Armeeinghöriger herausrechnet, bleiben doch etwa zwei Millionen andere: das wäre eine Repressionsquote von etwa 37 Prozent. Sobald als Repressionskriterium lediglich Zwangsarbeit herangezogen wird, so fallen nach Naumov / Reschin sogar 4.269.000 Millionen über 16-jährige Kriegsgefangene und deportierte repatrierte Zivilisten darunter, die in bestimmte Zwangsarbeitsverhältnisse mit einer Dauer von mehreren Monaten bis zu mehreren Jahren eingewiesen wurden.¹¹³ Erkennbar ist daraus, dass die unterschiedlichen Größenordnungen von Repression sehr eng mit den jeweils angelegten Kriterien zusammenhängen und insofern keine einfache objektive Größe zu ermitteln ist.

1948 wurde nochmals ein kleiner Teil der Repatrianten weiteren Repressionen unterworfen. Im Rahmen eines ganzen Maßnahmenpakets zur Verbannung von „besonders gefährlichen Verbrechern“ (zu denen teilweise auch verurteilte Repatrianten gehört hatten) nach Verbüßung ihrer Strafen wurden sowohl drei Spezialgefängnisse als auch einige Gebiete im Norden der UdSSR benannt, in die dieser Personenkreis zum theoretisch lebenslangen Verbleib eingewiesen wurde. Als Verbannungsgebiete waren Norilsk, die Kolyma, die Komi-Republik (zum Beispiel Workuta), Karaganda und Temniki mit einer Lagergesamtkapazität von 100.000 Personen vorgesehen. Nicht zuletzt dienten diese Kontingente dazu, zur Entlassung anstehende deutsche Kriegsgefangene zu ersetzen.¹¹⁴ Als 1951 die Zeit der Zuweisung zu Arbeitsbataillonen abgelaufen war, wurde den Betroffenen zwar erlaubt, ihre Sondersiedlungsräume zu verlassen, faktisch jedoch bemühten sich die Firmen, sie mithilfe der Sicherheitsorgane weiter an die Betriebe zu binden. Grundsätzlich war den Entlassenen aber verboten, sich in den drei Metropolen Moskau, Kiew und Leningrad sowie in den Grenzregionen im Westen der UdSSR anzusiedeln.¹¹⁵

Sowjetische / Russische Rehabilitierung

Kommen wir zum Schluss dieses Kapitels noch auf die Entwicklung der Rehabilitierung aus sowjetisch-russischer Sicht zu sprechen. Angesichts des Tages des Sieges (russ. den´ pobedy) am 9. Mai 1945 wurde zum 7. Juli 1945 eine erste Amnestie auch für Kriegsgefangene bis zum Rang eines Sergeanten (Feldwebels) erlassen, die jedoch kaum praktische Auswirkungen hatte.¹¹⁶ Einen wirksamen Schritt unternahm man erst 1955. Nach ersten Überlegungen zur Entlassung von Teilen der Repatrianten, aber auch zur Rückgewinnung von im Ausland Lebenden

¹¹² Zahlen und Überlegungen bei Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 546–550.

¹¹³ Naumov / Reschin, S. 350.

¹¹⁴ Siehe Naumov / Reschin, S. 351–353 sowie Poljan, *Endphase der Repatriierung*, S. 376 f.

¹¹⁵ Naumov / Reschin, S. 354 f.

¹¹⁶ Beschluss des Obersten Sowjet der UdSSR vom 7. Juli 1945 „Über eine Amnestierung in Verbindung mit dem Sieg über das Hitlersche Deutschland“, abgedruckt in: *Generalstaatsanwaltschaft RF*, Bd. 2, S. 68 f.

mittels weitreichender Amnestien noch zu Lebzeiten Stalins¹¹⁷, wurde mehr als zwei Jahre nach dessen Tod am 17. September 1955 eine Amnestie für ehemals in deutschen Militärdiensten gestandene überlebende Rotarmisten unter dem Titel „Über die Amnestierung von sowjetischen Staatsbürgern, die während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945 mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben“¹¹⁸ verabschiedet. Knapp 16.000 in der UdSSR lebende Verurteilte waren von dem Erlass betroffen, die nun zumeist nur kurze Zeit vor dem sowieso anstehenden Ende ihrer zehnjährigen Haftstrafe amnestiert wurden. Hauptzweck des Erlasses war allerdings die Rückgewinnung der noch im Ausland lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen und deportierten Zivilisten. Um diese zu erreichen, schickte ein eigens Anfang 1955 gegründetes „Komitee für die Rückkehr in die Heimat“ massenhaft handschriftliche Werbebriefe an mögliche Repatrianten, in denen sie mit Bezug auf erfundene Bekannte in der UdSSR zur Rückkehr aufgefordert wurden, allerdings mit wenig Erfolg.¹¹⁹ Für die Mehrzahl der in der UdSSR lebenden Kriegsgefangenen, die sich angeblich gefangen gegeben hatten, hatte diese Amnestie jedoch keine Auswirkung, woraufhin eine Fülle von Eingaben dieser einheimischen Personengruppe an die sowjetischen Behörden erging.

Im Zuge der Entstalinisierung richtete Nikita Chruschtschow, der damalige Parteichef der KPdSU, daher 1956 eine Kommission unter der Leitung des legendären sowjetischen Marschalls Georgi Schukow ein. Im Prinzip stellte die Kommission eine grundsätzliche Rechtsverletzung der damaligen sowjetischen Organe gegenüber den Kriegsgefangenen fest: „Die Verletzung der Gesetzgebung trat in Form eines unbegründeten politischen Misstrauens gegenüber den Militärangehörigen auf, die aus einer Umzingelung oder Gefangenschaft durch eine Flucht oder durch eine Wiedereinnahme eines Gebietes entkommen waren. In Bezug auf sie wurden Maßnahmen angewandt, die ihre persönliche Würde verletzten und ihrer weiteren Verwendung in der Armee entgegenstanden. [...] Abgesehen von der Entlarvung einiger Personen, die wirklich Verbrechen begangen hatten, kamen während ihrer Spezialüberprüfung in vielen Fällen ungesetzliche, provozierende Untersuchungsmethoden zur Anwendung. So wurde eine große Zahl von Militärangehörigen unbegründet repressiert, die ehrlich ihre militärischen Pflichten erfüllt haben und sich in der Gefangenschaft durch nichts befleckt oder besudelt haben. Viele Kriegsgefangene wurden ungesetzlich als Vaterlandsverräter verurteilt, weil sie in der Gefangenschaft als Ärzte, Sanitäter, Barackenälteste, Köche, Lageristen oder in

¹¹⁷ Zu den Überlegungen, die freilich nicht verwirklicht wurden, siehe Naumov / Reschin, S. 356–359.

¹¹⁸ Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 17. September 1955, Text der Amnestie abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, S. 73–75. Kondratow weist ausdrücklich darauf hin, dass damit nicht die Urteile aufgehoben wurden, sondern nur die Verbrechen als minderschwer qualifiziert wurden und daher die Verbüßung der Strafen aufgehoben wurde, siehe W. K. Kondratow, Zur Arbeit der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft bei der Rehabilitierung deutscher Staatsbürger, die aus politischen Motiven heraus repressiert wurden, Manuskript des Vortrags in der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, S. 1. Generalmajor Kondratow war damals Leiter der Abteilung Rehabilitierung der russischen Hauptmilitärstaatsanwaltschaft.

¹¹⁹ Zur Vorbereitung und Arbeit des Komitees, das unter Leitung des KGB stand, siehe Poljan, Endphase der Repatriierung, S. 368–375.

anderen, mit dem Lageralltag verbundenen Tätigkeiten gedient hatten. [...] In der Nachkriegsperiode fuhr der MGB damit fort, ehemalige Kriegsgefangene unbegründet zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Viele von ihnen wurden ungesetzlich von Gerichten verurteilt und von Sondergerichten des NKVD repressiert.“ Weiter kritisierte der Bericht, die in Bezug auf Eingekeesselte herausgegebenen Befehle wären „einseitig und von einer Position der größtmöglichen Entfesselung von Repressionen gegen sie und ihre Familien“ geprägt gewesen. Daraus abgeleitete Empfehlungen der Kommission, nunmehr diese und andere Personen zu rehabilitieren, wurden jedoch nicht umgesetzt, da Ivan Serov, damaliger KGB-Chef und langjähriger hoher Mitarbeiter des NKWD, dies nicht wollte. Kriegsgefangene erhielten weiterhin keine Anerkennung als Kriegsteilnehmer, was sie auch künftig nicht in den Genuss sozialer Vergünstigungen setzte, die Kriegsteilnehmern zukamen.¹²⁰

Nach langen Diskussionen auf der Grundlage der Vorschläge der Schukow-Kommission wurde am 29. Juni 1956 die Verordnung Nr. 898-490s des ZK der KPdSU sowie des Ministerrats mit dem Titel „Über die Beseitigung der Folgen grober Verstöße gegen die Gesetzlichkeit gegen ehemalige Kriegsgefangene und deren Familienangehörige“¹²¹ verabschiedet. Amnestie und Rehabilitierung waren weiterhin nur möglich, wenn der Betroffene nachweisen konnte, dass er sich nicht freiwillig in Kriegsgefangenschaft begeben hatte. Die Rehabilitierung von Familienmitgliedern der Repressierten wurde nicht thematisiert. Wehrpflichtige aus den besetzten Gebieten, die zwangsweise in Arbeitsbataillone überwiesen worden waren, wurden ebenfalls nicht erfasst. Die Verordnung berücksichtigte schließlich die deportierten Zivilisten als größte Gruppe ebenfalls nicht.¹²² So konstatierte die Verordnung nur, es sei, „weil bei der Überprüfung vielfach ungesetzliche, provokative Ermittlungsmethoden angewandt wurden, zu unbegründeten Repressionen gegenüber einer großen Zahl von Militärangehörigen, die ehrlich ihren militärischen Pflichten nachkamen und sich in Gefangenschaft nichts zuschulden kommen ließen“, gekommen. Familienmitgliedern dieser Gruppe seien ungerechtfertigt Geldmittel entzogen worden. Militärangehörige seien ohne Gerichtsentscheidungen degradiert worden. 1945 seien viele, ohne dass belastendes Material vorgelegen habe, durch die Überstellung in Arbeitsbataillone bestraft worden. Neben vielen ungerechtfertigten Strafurteilen habe es zahlreiche Einschränkungen bei Bewerbungen, gesellschaftlichen Tätigkeiten, Wohnortwechseln und Immatrikulationen gegeben. Weiterhin legte die Verordnung eine Fülle von Maßnahmen zur Aufhebung von Diskriminierung und entsprechenden diskriminierenden Vorschriften fest.¹²³

¹²⁰ Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 520–522, Zitat S. 520 f.

¹²¹ Beschluss Nr. 898-490s des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 29. Juni 1956, abgedruckt in: *Generalstaatsanwaltschaft RF*, Bd. 1, S. 481–485.

¹²² Zur Vorbereitung und zum Geltungsbereich dieser Verordnung siehe Naumov / Reschin, S. 360–363.

¹²³ Poljan, *Endphase der Repatriierung*, S. 380–384, wo Teile der Verordnung in deutscher Sprache abgedruckt sind, dort auch Zitate.

Die sowjetischen Repatrianten fühlen sich deshalb keineswegs unberechtigt noch lange Jahrzehnte als Bürger zweiter Klasse. Öffentliches Thema waren weder die Gefangenschaft der Rotarmisten noch die Zwangsarbeit der deportierten Zivilisten. Das Thema wurde beschwiegen, da es nicht in das Schema einer staatlich verordneten Vergangenheitspolitik (Norbert Frei) passte.¹²⁴ So konstatierte etwa der weißrussische Archivmitarbeiter Shumejko in einem Aufsatz, dass in der Memoirenliteratur zum Zweiten Weltkrieg in Weißrussland Erinnerungen von Kriegsgefangenen so gut wie nie auftauchten. Dies gilt auch ähnlich für Russland. Beispielsweise beleuchtet Shumejko eine Episode aus dem Buch von Vasilij Shukshin „Ein Wort über das Regiment Igorev“. Darin wird geschildert, dass ein Student in einer Universitätsprüfung, in dem es um Kriegsgefangenschaft ging, über dieses Regiment sprechen sollte. Obwohl der Prüfer offen mit seiner eigenen Kriegsvergangenheit als sowjetischer Kriegsgefangener im Deutschen Reich umgegangen sei, wäre der Student keineswegs gewillt gewesen, über dieses Thema zu reden. Es stellte sich heraus, dass der Student selbst in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen war und einfach über dieses Thema, selbst anhand von Literatur, nicht reden wollte, obwohl es Gegenstand der Prüfung war.¹²⁵ In dem Aufsatz wird jedoch hauptsächlich das Schicksal des sowjetischen Arztes Atanasyan analysiert. Dieser geriet im Oktober 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft und fungierte dann als Arzt in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern im besetzten Weißrussland, ehe er im Mai 1943 fliehen und bei Partisanen unter-schlüpfen konnte. Bei den Partisanen erarbeitete er Aufzeichnungen über das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in den dortigen Lagern.¹²⁶ Freilich schilderte er in den Aufzeichnungen, die er an führende sowjetische Politiker übermittelte, nicht nur ungeschminkt die unmenschlichen Lebensbedingungen in den deutschen Lagern, sondern übte auch Kritik an der sowjetischen Propaganda, die die Kriegsgefangenen in den Lagern (auch von der Ansprache her) nicht erreichte, und er zeigte Verständnis für diejenigen Kriegsgefangenen, die, den Hungertod vor Augen, auf die deutsche Seite wechselten. Auch berichtete er, dass die deutsche Propaganda in den Lagern den Befehl 270 vom 16. August 1941 nutzte, um sowjetische Kriegsgefangene auf ihre Seite zu ziehen („Stalin sieht euch alle als Verräter“); Atanasyan hielt einen solchen Befehl für eine Propagandalüge der deutschen Seite. Nach seiner Verbringung aus den Partisanengebieten nach Moskau wurde Atanasyan am 17. September 1943 in Moskau verhaftet und als Vaterlandsverräter und Kollaborateur vom Sonderkollegium des NKWD zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt, von denen er gut fünf Jahre im Gulag Workuta ver-

¹²⁴ Von Plato hält diesen Begriff von Norbert Frei für am besten geeignet, um die jahrzehntelange Haltung in der UdSSR zu beschreiben, siehe von Plato, S. 47.

¹²⁵ M. F. Shumejko, Die NS-Kriegsgefangenenlager in Weißrussland in den Augen des Militärarztes der Roten Armee L. Atanasyan, in: Selemenev u. a., S. 156–189, hier S. 156.

¹²⁶ Siehe Klaus-Dieter Müller, Das Tagebuch des Levan Atanasjan. Der Name wird in der Umschrift unterschiedlich geschrieben, je nach Publikation. Es handelt sich um dieselbe Person.

brachte. Es versteht sich von selbst, dass die Aufzeichnungen Atanasyans nicht von der sowjetischen Propaganda genutzt wurden, sondern zur Strafakte gelegt wurden.¹²⁷

Erst am 24. Januar 1995 gab der russische Präsident Jelzin einen allgemeinen Erlass heraus, der alle Kriegsgefangenen und deportierten Zivilisten pauschal rehabilitierte (mit Ausnahme der zu Recht in juristischen Verfahren Verurteilten). Er trug den Titel „Über die Wiedereinsetzung der gesetzlichen Rechte der russischen Bürger – ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten, die in der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und der Nachkriegszeit repatriert worden waren.“ Dieses Gesetz bezog sich direkt auf diejenigen, die sowohl moralisch als auch administrativ als Vaterlandsverräter wegen ihrer Kriegsgefangenschaft angesehen wurden.¹²⁸

Auf der anderen Seite hatten auch Militärpersonen, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren für die behauptete Kollaboration mit dem Feind verurteilt worden waren, mit dem Rehabilitierungsgesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 erstmals die Möglichkeit, ihre Verurteilung überprüfen zu lassen und gegebenenfalls eine Aufhebung ihres Urteils zu erreichen, denn sowjetische Gerichtsorgane hatten nicht nur in erheblichem Ausmaß sowjetische Zivilisten zu Unrecht verurteilt, sondern auch ehemalige Soldaten. Auch FSB-General Christoforow ging in seinem Vortrag von 2010 kurz auf diejenigen Rotarmisten ein, die sich vor allem in den ersten zwei Kriegsjahren in Einkesselungen befunden hatten. Obwohl er konstatierte, dass die Überprüfungsverfahren in den Speziallagern angesichts von Vaterlandsverrättern und möglichen Spionen grundsätzlich berechtigt gewesen wären, hätten „viele ehemalige sowjetische Kriegsgefangene unschuldig großes Leid erfahren“.¹²⁹

¹²⁷ Die Strafakte Atanasyan wurde nicht nur vom obersten NKWD-Chef der Republik Weißrussland begutachtet, sondern ging auch an das ZK der KP Weißrusslands. Shumejko vermutet, dass dort die Kritik an der mangelhaften Kriegsgefangenenpropaganda der sowjetischen Seite, so von ihm geäußert in den Protokollen seiner Befragung nach Übergang zu den Partisanen, mit zur Verurteilung geführt hat. Zur Strafakte Atanasyan siehe Shumejko, S. 160–164, 168–170. Der Hauptteil des Artikels von Shumejko besteht aus den Aussagen Atanasyans aus seinen Aufzeichnungen zu den Lebensumständen sowjetischer Kriegsgefangener in den dortigen deutschen Lagern, die vollständig 2009 in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind (siehe FN 126). Ein anderes Beispiel schildert von Plato bezüglich des Schicksals einer ehemaligen Ostarbeiterin, die bei ihrer Rückkehr in das Dorf ihrer Familie bei der Bitte um Arbeit auf eisige Ablehnung als „Faschistin“ durch den örtlichen Kolchosvorsitzenden gestoßen war, siehe von Plato, S. 46 f.

¹²⁸ Abgedruckt in: Generalstaatsanwaltschaft RF, Bd. 1, S. 138 f. Dass sowjetische Kriegsgefangene bis in die jüngere Vergangenheit generell in der eigenen Gesellschaft als Vaterlandsverräter angesehen wurden, bestätigt auch Christoforow in einem Aufsatz zur Arbeit der deutschen Abwehr mit sowjetischen Kriegsgefangenen, siehe V. S. Christoforow, Zur Arbeit der Abwehr mit sowjetischen Kriegsgefangenen (auf der Grundlage von Materialien des Zentralarchivs des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation), S. 8, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben. Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit“, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010. Christoforow war damals Chef aller FSB-Archive der Russischen Föderation.

¹²⁹ Christoforow, Zur Arbeit der Abwehr, S. 8.

Innerhalb von zehn Jahren nach 1991 haben die zuständige Generalstaatsanwaltschaft wie auch die Hauptmilitärstaatsanwalt gut 750.000 Rehabilitierungsersuchen russischer Bürger bearbeitet und dabei 800.000 Personen überprüft, von denen 585.000 rehabilitiert wurden. Wie viele davon verurteilte ehemalige sowjetische Kriegsgefangene waren, ist jedoch nicht bekannt.¹³⁰

Kapitel 9: Juristische Aufarbeitung

Internationale Verfahren

Der Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg

Angesichts der radikalen und nach dem Kriegsbeginn mit der Sowjetunion nochmals erheblich stärker brutalisierten Kriegsführung des Deutschen Reiches kamen im Januar 1942 Vertreter der besetzten Staaten zusammen, um die Forderung nach Bestrafung der deutschen Schuldigen für Kriegs- und andere Verbrechen zu erheben.¹³¹ Im Oktober 1942 wurde von Seiten Großbritanniens und der USA die Einrichtung einer Kommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen beschlossen (United Nations Commission for the Investigation of War Crimes). Gut ein Jahr später nahm diese ihre Arbeit auf.

Am 2. Oktober 1942 rief die sowjetische Regierung ebenfalls eine staatliche Kommission mit vielen regionalen Gliederungen ins Leben, deren Aufgabe es war, Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen und Massenverbrechen der Wehrmacht wie auch verschiedener NS-Behörden in den besetzten sowjetischen Gebieten zu dokumentieren. Der offizielle Titel lautete „Außerordentliche Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der von den deutsch-faschistischen Eroberern und ihren Helfershelfern verübten Gräueltaten sowie der von ihnen den Bürgern, Kolchosen, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügten Schäden“. Ihre Untersuchungsergebnisse waren dann eine wichtige Grundlage der sowjetischen Anklage im Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg.

Da manche Verbrechen geographisch nicht eindeutig zuzuweisen waren, wurde in einer gemeinsamen Moskauer Deklaration „Erklärung über deutsche Gräueltaten“ vom 30. Oktober 1943 von der UdSSR, den USA und Großbritannien festgelegt, dass ein internationaler Gerichts-

¹³⁰ Zahlen genannt im Vortrag von Kondratow, S. 2 f.

¹³¹ Siehe Interalliierte Erklärung der Londoner Exilregierungen über die Bestrafung wegen Kriegsverbrechen vom 13. Januar 1942, abgedruckt in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 205.

hof nach Kriegsende gegen Hauptverbrecher zu Gericht sitzen sollte.¹³² Schließlich entschieden die inzwischen vier Alliierten (einschließlich Frankreich) auf der Potsdamer Konferenz im Juli / August 1945, dass auch in den jeweiligen Besatzungszonen Gerichte der Siegermächte über Kriegsverbrechen von Deutschen verhandeln konnten. Außerdem wurde das Statut für den 1943 beschlossenen internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg beschlossen.¹³³

Vom 20. November 1945 bis 1. Oktober 1946 fand der sogenannte Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher statt.¹³⁴ Bezüglich unserer Fragestellung (Zwangsarbeit von Zivilisten und Kriegsgefangenen) sind vor allem drei Angeklagte von besonderem Interesse: Hermann Göring als zweiter Mann nach Hitler und Verantwortlicher für den Vierjahrplan, Rüstungsminister Albert Speer als Hauptabnehmer für Millionen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und am Ende des Krieges KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie sowie schließlich Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Es gab vier Hauptanklagekomplexe. Die beiden ersten Anklagepunkte lauteten auf Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden (Vorbereitung der Angriffskriege). Insbesondere Anklagepunkt 3 „Kriegsverbrechen“ sowie Anklagepunkt 4 „Verbrechen gegen die Humanität“ (Menschlichkeit) spielen für unsere Fragestellung eine besondere Rolle.¹³⁵ Göring, Speer und Sauckel, die besondere Verantwortung für die Zwangsarbeit trugen, bekannten sich wie alle anderen Angeklagten auch diesbezüglich für nicht schuldig.

Durch das am 1. Oktober 1946 ergangene Urteil wurde Hermann Göring in allen Anklagepunkten für schuldig befunden. Albert Speer sprach der Gerichtshof für die Anklagepunkte 3 und 4 schuldig, jedoch konstatierte das Gericht bei Speer zu seinen Gunsten nur eine indirekte Verantwortung für das Zwangsarbeitsprogramm. Fritz Sauckel wurde gemäß der Anklagepunkte 3 und 4 verurteilt, insbesondere wurde er als voll verantwortlich für das Zwangsarbeitsprogramm („Gesamtverantwortlichkeit für das Sklavenarbeitsprogramm“) befunden.¹³⁶ Göring und Sauckel erhielten die Todesstrafe durch Erhängen, Speer wurde nur zu einer Strafe von 20 Jahren verurteilt.¹³⁷

¹³² Weiter war festgelegt, dass die Täter grundsätzlich im Land der begangenen Taten vor Gericht zu stellen waren, siehe hierzu Moskauer Dreimächteerklärung über Grausamkeiten vom 30. Oktober 1943, in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 207. Zur Diskussion zwischen den Alliierten UdSSR, USA und Großbritannien über die Bestrafung von deutschen Kriegsverbrechen siehe Wolfgang Benz, Erschießen oder aburteilen? Interalliierte Beschlüsse zum Umgang mit den NS-Tätern, in: Heizer u. a., Im Schatten von Nürnberg, S. 25–37. Siehe auch Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland, Paderborn 2002, S. 24.

¹³³ Das Statut fußte auf dem Londoner Viermächte-Abkommen vom 8. August 1945, abgedruckt in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 205–207.

¹³⁴ Urteile und vollständige Prozessprotokolle aller Verhandlungstage sind abgedruckt in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher.

¹³⁵ Zu den Anklagepunkten 3 und 4 siehe Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 1, S. 46–73; Anklagepunkte gegen Göring, Speer und Sauckel in: ebenda, S. 74 und 78 f.

¹³⁶ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 1, S. 314 ff., 373 ff., 361 ff., Zitat S. 363.

¹³⁷ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Bd. 1, S. 412 f.

In den folgenden zwölf Nachfolgeprozessen spielten Kriegsgefangene, insbesondere sowjetische Kriegsgefangene, noch einmal im OKW-Prozess, der vom 30. Dezember 1947 bis 14. April 1949 dauerte, eine besondere Rolle. Der darin angeklagte General der Infanterie Hermann Reinecke, Chef des NS-Führungsstabes im OKW und Leiter des Allgemeinen Wehrmachtsamts (unter anderem zuständig für Kriegsgefangene) wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt, jedoch 1954 begnadigt.¹³⁸

Der Prozess gegen Friedrich Flick

Mit Friedrich Flick stand einer der führenden Industriellen des Deutschen Reiches, dessen Firma Mitteldeutsche Stahlwerke AG (Mittelstahl) ihren Sitz in Riesa hatte, im Verfahren Nr. 5 vom 19. April bis 22. Dezember 1947 vor einem amerikanischen Militärgericht, auch in Nürnberg.¹³⁹ Angeklagt waren neben Flick fünf weitere führende Mitarbeiter seines Konzerns. Die Anklagepunkte bezogen sich auf Zwangsarbeit, Plünderung besetzter Länder, Arisierung, Zugehörigkeit zum Freundeskreis Heinrich Himmler sowie SS-Mitgliedschaft (die SS war im Hauptkriegsverbrecherprozess zu einer verbrecherischen Organisation erklärt worden). Strafrechtsgrundlage war das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 10. Dezember 1945, dessen Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ Zwangsarbeit unter Strafe stellte. Hinzu kam, dass das IMT im Hauptverfahren auch Zwangsarbeit als Verbrechen eingestuft hatte (siehe oben).

Die Friedrich Flick KG hatte nach Schätzungen von Priemel im Jahr 1944 mindestens 50.000 Zwangsarbeiter beschäftigt. Priemel kommt dabei in seiner Darstellung der Flick KG zu dem Schluss, dass es seitens des Konzerns keinerlei Widerstand gegen die Beschäftigung der verschiedenen Zwangsarbeitergruppen gegeben habe. Die Flick-Betriebe hätten sich sogar aktiv um deren Einsatz bemüht, auch den von KZ-Häftlingen. Obwohl Flick nicht selbst über die jeweiligen Arbeitsbedingungen in seinen Werken entschied, wäre er doch über ein engmaschiges Netz von Berichten sowie die Entscheidungen bei Investitionen indirekt in den Zwangsarbeitereinsatz involviert gewesen, da die Arbeitskräftefrage bei jeder Investition eine entscheidende Rolle spielte.¹⁴⁰

In dem Prozess rief die Anklage eine ganze Reihe ehemaliger Zwangsarbeiter als Zeugen auf, die über konkrete Verhältnisse (die wir in Kapitel 6 beschrieben haben) in den verschiedenen Produktionsbetrieben berichteten. Demgegenüber war die Strategie der Verteidiger

¹³⁸ Prozess Oberkommando der Wehrmacht, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_Oberkommando_der_Wehrmacht, 25. Februar 2020. Siehe auch: Hermann Reinecke, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Reinecke, 25. Februar 2020.

¹³⁹ In den beiden nachfolgenden Industriellenprozessen standen zum einen führende Mitarbeiter der IG Farben sowie im anderen Prozess der Krupp AG vor Gericht. Zur Durchführung des Flick-Prozesses siehe Priemel, S. 616–649, zur Vorbereitung hier insbesondere S. 616–623. Friedrich Flick war am 13. Juni 1945 von amerikanischen Kräften verhaftet worden und kam nach Teilverbüßung seiner Strafe 1950 wieder frei, ebenda, S. 603.

¹⁴⁰ Siehe hierzu Priemel, S. 479 und 502–505.

darauf ausgerichtet, die Verantwortung von Flick und seinen angeklagten Mitarbeitern beim System der Zwangsarbeit grundsätzlich zu negieren. Zwangsarbeit wurde als ein staatliches Programm ohne betriebliche Verweigerungsmöglichkeiten hingestellt und im Übrigen ein verbrecherischer Charakter derselben auch grundsätzlich bestritten, da die Alliierten selbst Zwangsarbeit einsetzen würden (Grundsatz *tu quoque* / du auch). Die Zeugen wurden nach amerikanischem Recht in den Kreuzverhören heftiger Kritik seitens der Verteidiger unterzogen.¹⁴¹

Flick selbst (wie auch die Mitangeklagten) erklärte sich für nicht schuldig und bestritt vehement, Kriegsverbrecher zu sein, ebenso wie er dieses für die anderen Industrieführer verneinte (die hier nicht angeklagt waren). Das Gericht verurteilte Flick und zwei Mitangeklagte am 22. Dezember zu sieben, fünf und zweieinhalb Jahren Haft, drei Angeklagte wurden freigesprochen. In der grundsätzlichen Betrachtung von Zwangsarbeit folgte das Gericht dem Argumentationsmuster der Verteidiger und verurteilte Flick wegen persönlicher Vergehen, jedoch nicht als Exponenten der Industrie für die Nutzung von Zwangsarbeit. Den Unternehmen wurde sogar eine Art Befehlsnotstand zugestanden. Lediglich für die aktive Förderung zum Einsatz von Zwangsarbeit in ihren Betrieben wurden Flick und zwei andere zu oben genannten Strafen verurteilt. Sogar bei der betrieblichen Behandlung von Zwangsarbeitern kam das Gericht zu dem Schluss, die Betriebe hätten keine Möglichkeit zu wesentlichen Verbesserungen der Lebensbedingungen gehabt.¹⁴²

Bereits im nächsten Jahr gab es erste Strafmilderungs- und Amnestieforderungen durch die Anwälte, denen US-Gouverneur Lucius D. Clay noch widersprach. Sein Nachfolger als Hoher Kommissar, John McCloy, verfügte 1950 eine Strafmilderung um ein Drittel, die schließlich zur vorzeitigen Haftentlassung Flicks am 25. August 1950 führte.¹⁴³

Sowjetische Gerichtsverfahren mit Bezug zu Sachsen

Weitere Militärpersonen wie auch Zivilisten, die unmittelbar verantwortlich für Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit in Sachsen waren, mussten sich bis auf den oben genannten Fall 5 in den Hauptverfahren juristisch nicht verantworten. Jedoch sind sowohl von deutschen Gerichten in Sachsen als auch von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) in Sachsen mehrere hundert Verfahren – vermutlich sogar im vierstelligen Bereich – allein in Bezug auf Zwangsarbeitsorganisation, Abwehrstellen in Betrieben, Organisation und Betreuung von Zivilarbeiter- und Kriegsgefangenenlagern, Misshandlungs- und Tötungshandlungen gegen Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene wie auch (selten) Bewachung von KZ-Häftlingen geführt wor-

¹⁴¹ Priemel, S. 636–642. Zur Rekonstruktion der Arbeits- und Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern im Flick-Stahlwerk Gröditz nutzt etwa Antusch neben Erinnerungen von ehemaligen Zwangsarbeitern auch häufig Zeugenaussagen aus dem Verfahren Nr. 5.

¹⁴² Priemel, S. 642–645.

¹⁴³ Priemel, S. 646 f.

den.¹⁴⁴ Dabei fanden die Angeklagten keineswegs so milde Richter, wie das bei Friedrich Flick der Fall war.

Ehe wir in zweiten Abschnitt dieses Teilkapitels auf die juristische Aufarbeitung von Verbrechen an den Zwangsarbeitern vor deutschen Gerichten eingehen, wollen wir uns zunächst mit sowjetischen Verfahren befassen. Die Alliierten hatten sich zunächst vorbehalten, Verbrechen der deutschen Seite an ihren Staatsangehörigen selbst vor eigene Gerichte zu bringen. Für die sowjetische Besatzungszone waren das vor allem Sowjetische Militärtribunale, da eine Vielzahl von ausländischen Zwangsarbeitern aus Bürgern der UdSSR bestand (im Deutschen Reich vor allem als Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen bezeichnet); ebenso war, wie schon ausgeführt, eine große Anzahl von sowjetischen Kriegsgefangenen in sächsischen Betrieben eingesetzt, für deren schlechte bis brutale Behandlung und auch Tötung Deutsche vor diese Gerichte gestellt wurden.

Auch einige prominente sächsische NS-Größen wurden von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt. Martin Mutschmann, Gauleiter, Reichsverteidigungskommissar, Ministerpräsident von Sachsen und damit mächtigster sächsischer Politiker, sollte eigentlich nach sowjetischen Vorstellungen als Hauptangeklagter in den Nürnberger Prozessen abgeurteilt werden, dieses wurde von den Westalliierten allerdings abgelehnt. So blieb er nach seiner Verhaftung im Juni 1945 gut eineinhalb Jahre in Moskauer Haft und wurde am 30. Januar 1947 zum Tode verurteilt, unter anderem wegen Kriegsverbrechen an Sowjetbürgern (Sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter). Mit ihm saßen in Moskau auch drei weitere Wirtschafts- und zugleich hohe NS-Funktionäre Sachsens ein: der ehemalige sächsische Wirtschaftsminister Georg Lenk, der IHK-Hauptgeschäftsführer Georg Bellmann und der Vorsitzende der staatlichen Aktiengesellschaft Sächsische Werke Werner Schmiedel. Obwohl alle drei versucht hatten, ihre Verantwortung für den Zwangsarbeiterereinsatz allein Mutschmann aufzuhalsen, folgte das Gericht dem nicht und verurteilte alle drei (unter anderem wegen dieser Kriegsverbrechen) noch vor Mutschmann bereits 1946 zum Tode.¹⁴⁵

¹⁴⁴ Auch die Westalliierten haben in ihren Zonen Militärtribunalverfahren durchgeführt, zu den Zahlen für dabei verhängte Todesstrafen (viel geringere Anzahl als auf sowjetischer Seite) siehe Klaus-Dieter Müller, Todesstrafen sowjetischer Militärtribunale, S. 98; als Überblick für Gesamtzahlen, aufgeteilt auf die jeweilige Besatzungszone, siehe Weinke, S. 28 f. Während die DDR-Historiographie bis 1989 die SMT-Urteile insgesamt lobend erwähnte, wurden diese im selben Zeitraum von der einschlägigen westdeutschen Geschichtsschreibung vor allem mit Bezug auf ihre rechtsstaatswidrigen Verfahrensregeln abgelehnt. Erst die neuere Forschung ist, zum Teil auf der Grundlage von Erhebungen und Analysen hoher Fallzahlen aus eigenen Forschungen, zu einem differenzierteren Bild über Tätigkeit und Anteil der SMT bei der Ahndung von NS-Verbrechen gekommen, siehe unter anderem Weinke, S. 29–31, sowie Klaus-Dieter Müller, Verbrechenahndung und Besatzungspolitik. Zur Rolle und Bedeutung der Todesurteile durch Sowjetische Militärtribunale, in: Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, S. 15–62, und Klaus-Dieter Müller, Todesurteile sowjetischer Militärtribunale.

¹⁴⁵ Zu den genannten vier Strafsachen siehe Mike Schmeitzner, Konsequente Abrechnung? NS-Eliten im Visier sowjetischer Gerichte 1945–1947, in: Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, S. 63–102, hier S. 74–78. Ausführlich zum Fall Mutschmann mit vielen Aktenauszügen aus seiner sowjetischen Strafakte Mike Schmeitzner, Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha / Markkleeberg 2011. Zu

Mindestens zwei ranghohe Justizangehörige standen ebenfalls vor sowjetischen Gerichten. Otto Tzschentke war als Ankläger am Reichskriegsgericht tätig und ab 1945 schließlich als Oberfeldgerichtsrat auch für Kriegsgefangene im Raum Leipzig zuständig gewesen. Er wurde als Häftling des sowjetischen Speziallagers Bautzen zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet. Ernst Weber, Jahrgang 1885, war als Militärstaatsanwalt im Ersten Weltkrieg im von deutschen Truppen besetzten Russland eingesetzt, von 1943 bis 1945 aber auch Erster Staatsanwalt in Dresden, wo er Anklagen vor dem Oberlandesgericht Dresden vertrat. Hierbei waren nach sowjetischen Ermittlungen auch Todesurteile gegen sowjetische Bürger enthalten. Er wurde, wohl Ende 1946, hingerichtet.¹⁴⁶

Die überwiegende Zahl der Anklagen hatte jedoch mit Personen zu tun, die mehr oder minder unmittelbar mit Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz oder sowjetischen Zwangsarbeitern befasst waren. Die meisten der für unser Thema einschlägigen Verfahren hatten dabei mit zivilen Zwangsarbeitern zu tun. Für mindestens Dutzende sächsische Betriebe sind Verfahren vor Sowjetischen Militärtribunalen durchgeführt worden, die in der Regel für die betroffenen Betriebsführer, Abwehrbeauftragten und ihre betrieblichen Mitarbeiter mit hohen Strafen bis zu Todesstrafen endeten, da diese Tätigkeiten als Kriegsverbrechen eingestuft wurden.¹⁴⁷

den Todesurteilen siehe auch die Kurzbiographien in Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang.

¹⁴⁶ Soweit nicht andere Quellen genannt sind, beziehen sich die folgenden SMT-Verfahren auf Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anlage Biographien. Sie können in der dem Buch beiliegenden CD eingesehen werden. Ein Teil der darin aufgeführten Fälle wurde von der dafür zuständigen russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert, bei einem sehr viel größeren Teil wurde die Rehabilitierung abgelehnt; Angaben zur Rehabilitierung oder Nicht-Rehabilitierung finden sich jeweils am Ende der Biographie. Es gab zudem auch eine ganze Anzahl von Urteilen mit Zeitstrafen, jedoch sind hierzu bislang keine systematischen Gesamtuntersuchungen durchgeführt worden.

¹⁴⁷ Manche damals Verurteilte wurden inzwischen durch die für die juristische Überprüfung von solchen Urteilen zuständige Militärstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert, bei manchen wurden die Urteile aber auch als gerechtfertigt beibehalten. In einem Thüringer Fall gegen Fritz Höfig aus Erfurt erfolgten am 27. November 1945 ein Todesurteil und anschließend am 12. Dezember 1945 die Hinrichtung. Aus der juristischen Beurteilung der Militärstaatsanwaltschaft Moskau (russ. Sakluschenie) im Jahr 1994 geht hervor, warum das Urteil aufgehoben wurde. Generell wird den Angeklagten in diesem Verfahren attestiert, sie hätten nur das ausgeführt, „was zu ihren Dienstobliegenheiten gehörte, unter den Bedingungen der damals in Deutschland geltenden Gesetze, Instruktionen und Ordnungsnormen. ... Fakten nichtprovozierter Grausamkeit, Gewaltanwendung oder Misshandlung ihrerseits in Bezug auf die ausländischen Arbeiter sind in den Unterlagen der Strafakte nicht festgestellt worden“, siehe Klaus-Dieter Müller, Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ / DDR 1945–1956 (Arbeitstitel), S. 117, unveröffentlichtes Manuskript von Ende der 1990er Jahre; siehe auch Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Biographie Höfig, S. 272. Das Kriterium der nachgewiesenen Misshandlung von oder besonderen Grausamkeiten gegenüber Zwangsarbeitern war einer der Gründe, um Urteile gegen Wachschutzleute oder Abwehrbeauftragte nicht aufzuheben, siehe hierzu Klaus-Dieter Müller, Verbrechenahndung, S. 58 ff. Da es zu einigen der Verfahren nur sowjetische Unterlagen gibt, werden diese trotz mancher auch gravierender juristischer Defizite der damaligen Verfahren hier mit berücksichtigt. Zur juristischen Problematik der damaligen Urteile siehe auch Klaus-Dieter Müller, Todesstrafen sowjetischer Militärtribunale, S. 96–116. Die in den folgenden Fällen genannten Vorfälle werden entsprechend der Aussagen in den sowjetischen Urteilen wiedergegeben.

Andere Verfahren richteten sich gegen das Personal von Kriegsgefangenenlagern oder Personen, die an der Wiederergriffung geflohener Kriegsgefangener beteiligt waren. Gegen Verantwortliche für das Regime in Kriegsgefangenenlagern wurden gleichfalls Verfahren durchgeführt. Paul Konitzer, als Arzt im Wehrkreis IV auch (mit) zuständig für die Kontrolle der medizinischen Versorgung von Kriegsgefangenenlagern, nach 1945 erster Präsident der deutschen Zentralverwaltung für Gesundheitswesen, wurde im Februar 1947 verhaftet. Die sowjetische Behörde warf ihm vor, für das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener in Stalag IV H Zeithain verantwortlich gewesen zu sein und nichts beziehungsweise zu wenig dagegen unternommen zu haben. Nach Unterlagen des russischen FSB-Archivs kam es nicht zu einem Gerichtsverfahren, da Konitzer sich in seiner Zelle am Münchner Platz in Dresden am 22. April 1947 erhängt hatte.¹⁴⁸ Neben Konitzer sind weitere Ärzte, die in Zeithain selbst tätig waren, inhaftiert worden. Der Lagerarzt Friedrich Hermann Sonntag wurde am 2. Juli 1947 von einem SMT wegen Kriegsverbrechen (es ging um Zeithain) zu 25 Jahren Haft verurteilt. Er wurde 1955 / 1956 amnestiert. Walter Fritz kam am 14. Dezember 1945 in ein sowjetisches Speziallager, wurde nach Auflösung dieser Lager 1950 in einem Fernurteil ebenfalls zu 25 Jahren Haft verurteilt und verstarb 1951 im GULag.¹⁴⁹

Am 28. September 1945 verurteilte das Militärtribunal der 8. Gardearmee Paul und Willy Broschwitz zum Tode. Beiden war zur Last gelegt worden, sich als Gendarm beziehungsweise Feuerwehrmann an der Suche nach entflohenen Kriegsgefangenen aus dem Stalag IV H Zeithain im Raum Zeithain und Spansberg beteiligt und dabei Schusswaffen eingesetzt zu haben; mindestens 20 Kriegsgefangene seien dabei ergriffen und später an Straforgane übergeben worden.

Auch bezüglich des Lagers Stalag IV B Mühlberg erging ein Todesurteil. Der Kommandant der dortigen 6. Kompanie des Landeschützenbataillons 395, Wolfgang Diestel, war mit seiner Kompanie für die Bewachung des Lagers zuständig. Zum einen warf man ihm eine schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen, vor allem aber die Übergabe von Kriegsgefangenen an den Abwehroffizier vor. Mehr als 600 sowjetische Kriegsgefangene seien in seiner Zeit in Mühlberg von 1941 bis 1943 dort verstorben.

¹⁴⁸ Siehe zur sowjetischen Ermittlungsakte gegen Konitzer Vasilij Christoforow, Zeithain im Spiegel sowjetischer Archivquellen, in: Zeithain, Bd. 1, S. 78–107. Unabhängig von der Beurteilung für Konitzers Verantwortung durch den Autoren Christoforow basiert der Artikel auf der (für die Forschung) nicht zugänglichen sowjetischen Untersuchungsakte Konitzers und schildert recht breit sowohl dessen Aussagen zu den medizinischen Zuständigkeiten im Wehrkreis IV wie auch zur Situation im Lager Zeithain. Konitzers Ausführungen lassen sich grosso modo auf alle „Russenslager“ im Deutschen Reich mit ihrem Massensterben 1941 / 1942 übertragen. Kritisch zur behaupteten Verantwortlichkeit Konitzers (im Aufsatz Christoforows) für das Massensterben in Zeithain Jens Nagel, Das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener 1941 bis 1944 – Zur Rolle des Wehrkreisarztes im Wehrkreiskommando IV Dresden Dr. Paul Konitzer (1894–1947), in: Boris Böhm / Norbert Haase (Hg.), Täterschaft – Strafverfolgung – Schuldentlastung. Ärztebiografien zwischen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und deutscher Nachkriegsgeschichte (= Zeitfenster, Beiträge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bd. 1), Leipzig 2007, S. 93–118.

¹⁴⁹ Siehe Christoforow, Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, FN 44 und 45 S. 107; die Angaben zu den beiden anderen Verhafteten stammen aus den Unterlagen der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Drei Todesurteile haben mit einem sogenannten Straflager (so im Urteil) für sowjetische und andere Kriegsgefangene zu tun, das sich offenbar in einem Ortsteil von Frankenberg, in Mühlbach, befunden hatte. Laut sowjetischen Ermittlungen waren die Kriegsgefangenen, die im vorausgegangenen Arbeitseinsatz Sabotage betrieben hätten, in dieses Lager in Mühlbach verschickt worden und mussten dort schwere Arbeiten im Steinbruch verrichten. Verurteilt wurden der Kommandant des Lagers, Unteroffizier Richard Nestler, sowie zwei Bewacher namens Erich Vogelsang und Paul Döhring. Allen wurden die schlechten Lebensbedingungen im Lager, oftmals mehr als 10-stündige Arbeitstage sowie Misshandlungen von Kriegsgefangenen zur Last gelegt. Nach dem in Chemnitz ergangenen Urteil wurden alle drei Verurteilten am 19. Mai 1946 erschossen.¹⁵⁰

Martin Riedel, Jahrgang 1894, war Hauptmann der Wehrmacht und zeitweilig auch Abwehroffizier im Stalag IV A Hohnstein. Zugleich war er für größere Kriegsgefangenenlager (mit arbeitenden Kriegsgefangenen) in Dippoldiswalde und Dresden verantwortlich. Man warf ihm mehrere Todesfälle durch Erschießungen vor. Von den 800 sowjetischen Kriegsgefangenen in Dippoldiswalde habe er 70 mit Karzer bestraft. Er habe auch vier Kriegsgefangene an die Sicherheitsorgane überstellt. Riedel wurde am 17. Januar 1947 in Dresden hingerichtet (erschossen).¹⁵¹

Günter Kubitz aus Bautzen wurde mit dem Vorwurf, sowjetische Kriegsgefangene erschossen zu haben (die Umstände sind nicht bekannt), im Januar 1946 in Bautzen hingerichtet.

In einem anderen Fall sind die Namen von getöteten sowjetischen Kriegsgefangenen genannt. Laut Urteil vom 17. November 1945 war Horst Noss, als Hauptfeldwebel der Wehrmacht Leiter eines Kriegsgefangenenlagers in oder bei Radeberg, an Erschießungen geflohenen sowjetischer Kriegsgefangener beteiligt. Zudem wurde ihm vorgeworfen, zusammen mit einem Wachmann vier sowjetische Kriegsgefangene auf dem Weg von Dresden in das Radeberger Lager bei Ottendorf-Okrilla erschossen zu haben.¹⁵²

Ein weiterer Verurteilter war Aufseher eines sowjetischen Kriegsgefangenenarbeitskommandos bei der Reichsbahn in Klingenthal. Adolf Wild habe die sowjetischen Kriegsgefangenen grausam behandelt und auch persönlich geschlagen. Am 23. Januar 1946 wurde er zusam-

¹⁵⁰ Zu den drei Verurteilten siehe Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Biographien. Welches Lager genau gemeint ist, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Möglicherweise handelte es sich lediglich um ein Arbeitskommando des Schotterwerks Erich Vogelsang, für das besonders schwere Arbeiten im Steinbruch Mühlbach verrichtet werden mussten. Aus den Biographien mehrerer Kriegsgefangener dieses Arbeitskommandos geht jedenfalls hervor, dass alle zuvor jeweils nach Fluchten wieder ergriffen worden waren. Wir danken für diesen Hinweis Jens Nagel, Gedenkstätte Zeithain.

¹⁵¹ Mit der Überstellung an Sicherheitsorgane ist vermutlich die Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und anschließende Überstellung an die Gestapo gemeint, siehe auch Kapitel 5 zu den Astra-Werken, wo wir Beispiele für Überstellungen an die Gestapo vorgestellt haben.

¹⁵² Ob es sich um einen Fluchtversuch handelte, der mit Waffengewalt verhindert werden sollte, ist unklar. Die Rehabilitierung wurde am 13. Juni 2003 abgelehnt. Um welches Lager es genau ging, ist unklar, da der kürzeste Weg von Dresden nach Radeberg keinesfalls über Ottendorf-Okrilla führt.

men mit Otto Kremling erschossen, der das Arbeitskommando von gut 30 sowjetischen Kriegsgefangenen geleitet hatte. Walter Jade war beim Fahndungsdienst der Reichsbahn als Bahnpolizist tätig und arbeitete daher mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft zusammen. Verhaftete Personen wurden nach Verhören an die Gestapo ausgeliefert; er habe auch vier Kriegsgefangene geprügelt. Das Todesurteil wurde vermutlich im Februar 1946 vollstreckt.

Dieses Beispiel leitet zu einer ganzen Reihe von Urteilen über, die gegen Polizisten und Gendarmen ergangen sind. Im Rahmen der besonderen Sicherheitsbestimmungen bezüglich sowjetischer Kriegsgefangener und Ostarbeiter waren sie immer wieder an Maßnahmen gegen beide Personengruppen beteiligt. 1946 führte das SMT der 1. Gardepanzerarmee ein Verfahren gegen drei Angehörige einer Kriminaldienststelle bei der Reichsbahn durch. Ihr Leiter, Erich Loocke, sowie die zwei Mitarbeiter Willi Löffler und Johann-Georg Kunze wurden am 25. April 1946 zum Tode verurteilt. In dem Urteil wird eine ganze Reihe von Handlungen gegenüber Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern thematisiert. Loocke war demnach Angehöriger der Untersuchungs- und Ermittlungsabteilung der Reichsbahnverwaltung Sachsen und Leiter der Kriminaldienststelle Eisenbahnverwaltung Sachsen. Er habe Ermittlungen geführt und Sowjetbürger verhaftet, die auf Bahnhöfen zur Zwangsarbeit eingesetzt und des Raubes von Ladungsgut der Eisenbahn beschuldigt worden seien. Die verhafteten Sowjetbürger hätten Strafen und andere disziplinarische Urteile über die Leitung der Lager erhalten, doch die Mehrheit sei von der Kriminalpolizei den Gerichten übergeben und zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden, einige auch zum Tode. Von 1942 bis 1945 seien mehr als 500 Sowjetbürger verhaftet und über 100 von ihnen durch Gerichte zu verschiedenen Lagerstrafen und drei zum Erhängen verurteilt worden. Er habe Treibjagden auf dem Gelände der Eisenbahn organisiert und geführt, wodurch viele Sowjetbürger verhaftet und bestraft worden seien.¹⁵³

Gegen Georg Hahn erging ein SMT-Urteil, weil er ein Lager geleitet hatte. Er sei als Kriminalpolizist in Kamenz tätig gewesen; um welches Lager es sich, wahrscheinlich in Kamenz, gehandelt hat, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Paul Jahn war Polizist im Kreis Flöha und offenbar für drei Dörfer zuständig. Man warf ihm vor, mit inhaftierten russischen und polnischen Arbeitern grausam umgegangen zu sein und sie bestraft zu haben; er habe auch der Gestapo Arbeiter zur weiteren Bestrafung übergeben. Ob das bereits im Juli 1945 ergangene Todesurteil tatsächlich vollstreckt wurde, ist nicht geklärt. Alfred Dießner tat Dienst als Leiter der Polizei in Oelsnitz. Er war unter anderen für die Suche nach geflohenen Ostarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen zuständig und hatte zu entscheiden, ob die Festgenommenen Geldstrafen erhielten oder der Gestapo über-

¹⁵³ Vermutlich waren mit den im Urteil genannten Treibjagden Razzien und Überprüfungen an Bahnhöfen gemeint, um geflohene Kriegsgefangene und Ostarbeiter (wie auch Zwangsarbeiter anderer Nationen) zu ergreifen, siehe hierzu Kapitel 2. Alle drei wurden am 8. November 1995 von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert, weil die oben beschriebenen Handlungen vermutlich lediglich als Ausübung ihrer dienstlichen Verpflichtungen gewertet wurden.

stellt wurden (dann drohte bei Zivilisten entweder KZ- oder Arbeitserziehungslagerhaft). 16 sowjetische Bürger habe er der Gestapo übergeben. Das Urteil wurde am 2. Oktober 1945 vollstreckt.

Eine ähnliche Tätigkeit wurde Paul Salzmann vorgeworfen. Er fungierte als Leiter eines Gendarmeriebezirks, in dem bis zu einhundert sowjetische Bürger nach Fluchten festgenommen und der Gestapo übergeben worden seien. Er habe zudem die Tötung von 30 Festgenommenen selbst angeordnet. Ihm seien von der Abwehrstelle eines Aluminiumwerks Arbeiter übergeben worden, die vom stellvertretenden Leiter dieser Abwehrstelle Fritz Reschke festgestellt worden wären. Beiden wurde zur Last gelegt, dass aufgrund ihrer Entscheidungen ein Pole – offenbar öffentlich – erhängt worden sei. Salzmann wurde am 27. November 1946 und Reschke am 10. Dezember 1946 im Speziallager Torgau erschossen.

Dem Gendarm Willy Puschmann warf man ebenfalls eine grausame Behandlung sowjetischer Festgenommener, die Verhängung von Geldstrafen sowie die Übergabe von vier Verhafteten an die Gestapo vor. Das Todesurteil wurde – vermutlich im Januar 1946 – vollstreckt. Kurt Trebs war Ermittler der Kriminalpolizei in Burgstädt und in Leipzig und zugleich auch Mitarbeiter des SD (Sicherheitsdienst der SS). Auch er war an der Festnahme von Sowjetbürgern und ihren Vernehmungen beteiligt und lieferte diese anschließend an die Gestapo aus. Er erhielt ebenfalls ein Todesurteil, das am 4. August 1945 in Rochlitz vollstreckt wurde. Albert Braunes war von 1941 bis 1945 Polizist, wahrscheinlich in Elsterberg bei Plauen. Er war für die Vernehmung sowjetischer Bürger zuständig, offenbar wenn diese ihre Arbeitsbedingungen kritisiert hatten. Denn im Urteil hieß es: „An Misshandlungen sowjetischer Bürger beteiligt, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, nahm Sowjetbürger fest, die sich über unmenschliche Behandlung bei den deutschen Behörden beschwert hatten und übergab sie der Gestapo.“¹⁵⁴ Der Polizist Max Herrmann, der einen Schuss auf einen von ihm zum Arzt begleiteten und dabei fliehenden polnischen Zwangsarbeiter abgegeben hatte, an dem dieser später verblutete, wurde ebenfalls zum Tode verurteilt und am 6. Februar 1946 in Chemnitz hingerichtet.

Im August 1944 war es bei einem Bauern in Linda zu einem Zwischenfall mit Todesfolge gekommen. Es gab Streit zwischen polnischen Zwangsarbeitern und einem neuen polnisch-ukrainischen Zwangsarbeiter (vermutlich aus Ostpolen beziehungsweise der neuen Westukraine). Der Bürgermeister, Willy Hammermüller, holte die zwei Polizisten Oskar Pfeifer und Oswin Kempe (Ortsbauernführer und Polizist beim Landsturm) hinzu, die den Eingang des Hauses bewachen mussten. Im Inneren kam es dann zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Hammermüller und dem Ukrainer, in deren Folge der Ukrainer namens Majewski

¹⁵⁴ Möglicherweise handelte es sich um geflohene Zwangsarbeiter, denn wie bereits in Kapitel 7 ausgeführt, gab es nach Wiederergreifung von diesen durchaus Beschwerden über ihre früheren Arbeitgeber und die Bitte, einer anderen Arbeitsstelle zugewiesen zu werden. Mit dem Verurteilten zusammen wurden die Polizisten Alfred Dietsch, Erich Ginsching, Alfred Pendorf und Richard Seifert angeklagt und am 13. Mai 1946 hingerichtet. Die anderen Genannten wurden zum Teil auch wegen Kriegsverbrechen in der UdSSR verurteilt.

niedergeschlagen wurde. Später wurde er erschossen aufgefunden. Für diesen Todesfall wurden alle drei beteiligten Deutschen verhaftet und nach Überzeugung des Gerichts wegen Mordes zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1946, wohl in Dresden, erschossen.

Schließlich soll am Ende dieses Abschnitts noch ein Massaker kurz vor Kriegsende erwähnt werden, an dem drei Volkssturmmangehörige (Roland Müller, R. Böttger, J. Jentsch) beteiligt waren. Ihnen war befohlen worden (von einem nicht näher bezeichneten Aufklärungskommando), am 3. Mai 1945 sieben Zwangsarbeiter in Staucha bei Riesa in Gewahrsam zu nehmen (vermutlich nach einer Flucht), abseits zu führen und zu erschießen. Danach wurden die Leichen in einen See geworfen. Der Vorfall kam den sowjetischen Behörden wohl erst im Sommer 1946 zur Kenntnis, denn die Beteiligten wurden im August 1946 verurteilt und am 18. September 1946 hingerichtet.

Zwei Bürgermeister sind ebenfalls unter den Verurteilten. Eberhart Elze war Bürgermeister in Hauptmannsgrün gewesen. Das Gericht warf ihm vor, an einer schweren Misshandlung von drei sowjetischen Kriegsgefangenen kurz vor Kriegsende beteiligt gewesen zu sein. Er wurde dafür am 14. April 1946 erschossen. Der andere Bürgermeister, Rudolf Risse, war im schon genannten Oelsnitz (siehe Verurteilter Alfred Dießner) tätig. Er organisierte Dutzende von Razzien, um entflozene Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zu suchen. Die dabei Festgenommenen wurden oftmals der Gestapo übergeben. Außerdem sorgte er für die Inhaftierung von sich widersetzenden Zwangsarbeitern in Oelsnitz (im Urteil: Sabotage, Verletzung des Lagerregimes). Er wurde im Oktober 1945 zum Tode verurteilt; unklar ist, ob er tatsächlich erschossen wurde.

Abwehrbeauftragte / Werkschutz

Wie bereits in Kapitel 7 ausführlich geschildert, verfügten alle rüstungswichtigen Betriebe über eigene Abwehrbeauftragte, die sicherheitspolitisch auch für die bei ihnen beschäftigten Zwangsarbeitergruppen sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter zuständig waren. Im folgenden, ausführlicher geschilderten Gerichtsverfahren geht es ausdrücklich auch um die Funktion der Angeklagten als Abwehrbeauftragte. Zudem liegen hierfür umfangreiche sowjetische Strafaktenauszüge vor, die auch den Nachvollzug des Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens ermöglichen. Parallel zu den Verfahren wegen Misshandlungen wurden auch gegen zivile „Angehörige der Abwehr“¹⁵⁵ Untersuchungen durchgeführt, soweit diese während der Kriegszeit in ihren Betrieben mit ausländischen Zwangsarbeitern in Berührung gekommen waren. Am 31. August 1945 waren der Fabrikbesitzer Gottfried Kaempfe¹⁵⁶ und schon am 9. August sein leitender Mitarbeiter Fritz Kroidel [wohl Kreudel, Anm.d.A.] von Mitarbeitern

¹⁵⁵ In größeren Betrieben waren dazu eigens Gestapo-Mitarbeiter eingesetzt, siehe hierzu Herbert, Fremdarbeiter, S. 116, 156, 215, 308. Ansonsten waren es, wie schon in Kapitel 7 erwähnt, führende Betriebsangehörige.

¹⁵⁶ Klaus-Dieter Müller, Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen, S. 113–115.

der Gegenspionage Smersch festgenommen worden. In einer geschlossenen Sitzung – wie in praktisch allen SMT-Verfahren war die Öffentlichkeit ausgeschlossen und hatte von diesen keine Kenntnis – wurde gegen beide am 19. September 1945 vor dem Militärtribunal der 16. Luftarmee verhandelt. Sie waren laut Anklageschrift vom 17. September 1945 offizielle Angehörige des Organs „Abwehrstelle“, verantwortlich für die Haft von Sowjetbürgern, die gewaltsam nach Deutschland verschleppt worden waren. Nachdem Smersch solche Angaben über Kaempfe und Kroidel erhalten hatte, waren beide verhaftet worden. Kaempfe wurde vorgeworfen, er habe als Besitzer einer Käsefabrik Käse für die „militärische Versorgung der deutschen Armee produziert, was dieser im Krieg gegen die Sowjetunion förderlich war“. Außerdem habe er in seiner Fabrik bis zu 400 ausländische Arbeiter, größtenteils aus der Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, beschäftigt. Diese hätten, so die Anklageschrift, unter unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen gelitten. Einige seien wegen der schlechten Versorgung gestorben. Als offizieller Vertreter der „Abwehrstelle“ habe Kaempfe ein Netz von Geheiminformanten geschaffen, um antifaschistische Stimmungen aufzudecken. Fünf Sowjetbürger seien der Gestapo übergeben worden.¹⁵⁷ Kaempfe habe sich für vollständig schuldig bekannt. Kroidel hat nach Anklageschrift als sein Vertreter gewirkt und sich auch voll schuldig bekannt. Beide wurden auf der Grundlage des Ukaz 43 angeklagt. Im Laufe der Voruntersuchung waren zudem vier Zeugen gehört worden, die, wie das Gerichtsprotokoll ausweist, zum Werkschutz gehörten und als solche auch mit der Abwehrstelle zusammenarbeiteten.

In seinem Urteil vom 19. September 1945 hat das Gericht alle Anklageformulierungen fast wortwörtlich übernommen, allerdings als Urteilsgrundlage Artikel 58-2 gewählt und Kaempfe zum Tode sowie Kroidel zu zehn Jahren Arbeitsbesserungslager (russische Bezeichnung: ITL; es handelte sich um Zwangsarbeit in einem GULag-Lager) verurteilt. Für die notwendige Bestätigung des Todesurteils durch den Militärerrat der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland forderte der stellvertretende Vorsitzende des Militärtribunals der Sowjetischen Streitkräfte in seiner Stellungnahme vom 5. Oktober 1945, in der die Hauptvorwürfe wiederholt wurden, das Urteil beizubehalten. Am 22. Oktober 1945 wurde das Urteil tatsächlich vom stellvertretenden Oberkommandierenden der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral Sokolowskij, bestätigt. Das Militärtribunal der 16. Luftarmee erhielt am 31. Oktober mit der Bestätigung des Todesurteils eine Anweisung zur unverzüglichen Ausführung. Am 1. November 1945 befahl dieses Militärtribunal die Hinrichtung, von der es dem übergeordneten Militärtribunal der Sowjetischen Streitkräfte am 3. Januar 1946 Mitteilung machte.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Der Fall ist auch verzeichnet in Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Biographie Gottfried Kaempfe, S. 311 f.

¹⁵⁸ Archiv des FSB, Aktenauszüge aus der Strafakte Kaempfe und Kroidel, PA Kaempfe und Kroidel im Archiv des HAIT. In der vorgedruckten Bestätigung des Todesurteils ist der Name von Schukow verzeichnet und durch die Eintragung Sokolowskij ersetzt.

An diesem Verfahren lässt sich ein Gerichtsprozess in dieser frühen Nachkriegszeit gut nachzeichnen. Formell genügte das Verfahren allen Vorschriften der sowjetischen Strafprozessordnung. Nach Eröffnung der Verhandlung um 13.30 Uhr erkannten die beiden Angeklagten das Gericht und die Dolmetscher an, beide erklärten, dass sie mit der Anklage vertraut gemacht worden seien. Sie bekannten sich allerdings, entgegen der Aussage in der Anklageschrift, nur teilweise schuldig. Dann machten die Angeklagten Aussagen zur Person. Jeweils einzeln ging das Tribunal mit den Angeklagten die wichtigsten Punkte durch. Immer wieder wurden ihnen Aussagen aus den Verhörprotokollen vorgelesen und ihre Stellungnahme dazu verlangt. Zuweilen widersprachen sie – das Sitzungsprotokoll verzeichnet dies ausdrücklich – einigen Teilen der Voruntersuchung und meinten, der Dolmetscher habe wohl einiges falsch verstanden. So wies Kroidel die Aussage der Voruntersuchung zurück, es habe unter den Zwangsarbeitern Todesfälle gegeben.

Beide Angeklagten hatten auch die Gelegenheit, einander Fragen zu stellen, was sie nicht taten. Um 15.30 Uhr erklärte der Vorsitzende die Beweisaufnahme für beendet und verkündete eine Pause bis 18.00 Uhr. Die Angeklagten hatten nach Wiederbeginn der Sitzung die Gelegenheit zu weiteren Ergänzungen und zu einem Schlusswort, das sie nutzten, um vom Gericht Milde zu erbitten. Das Tribunal zog sich um 18.20 Uhr zur Beratung zurück und verkündete eine halbe Stunde später von 18.50 bis 19.00 Uhr das Urteil. Ausweislich des Protokolls wurden in diesen zehn Minuten das Urteil verlesen, übersetzt und seine wesentlichen Gedanken den Angeklagten erläutert, was in dieser kurzen Zeit allerdings kaum möglich erscheint.

Das Protokoll ist auch darum für unsere Fragestellung von besonderem Interesse, weil der Hauptangeklagte Kaempfe vor Gericht recht ausführlich auf seine Aufgaben als Abwehrbeauftragter einging. Er sei von der Abwehrstelle in Dresden 1939 offiziell aufgefordert worden, einen Bevollmächtigten zu nennen. Schließlich habe er sich selbst bereiterklärt und habe etwas später seinen Mitarbeiter Kroidel als Stellvertreter benannt. Insgesamt dreimal sei er dann in den folgenden Jahren in Dresden zu Besprechungen gewesen, zweimal sei ein Abwehrbeauftragter aus Dresden [vermutlich vom dortigen Rüstungskommando, A.d.A.] in seiner Fabrik gewesen. „Als Bevollmächtigter habe ich offen gearbeitet, alle Arbeiter habe ich davon in Kenntnis gesetzt, und die Arbeiter sollten mir schriftlich über die Fälle von Sabotage Bericht erstatten.“ Er habe unter den Betriebsangehörigen weitere vier Personen ausgewählt, die – ebenso wie er – offenkundig als nichtgeheime Mitarbeiter wirkten. Letztere traten, wie schon erwähnt, im Übrigen in der Voruntersuchung als Zeugen auf und sind offenbar nicht angeklagt worden. Zu den Dienstobliegenheiten hätten regelmäßige monatliche Berichte nach Dresden gehört. Fälle von Sabotage oder Arbeitsverweigerung hatte es nach den Angaben von Kaempfe nicht gegeben. Von den genannten fünf Verhaftungen habe er erst später erfahren. Die ausländischen Arbeiter seien vom Werkschutz mit insgesamt 20 Mann bewacht worden.¹⁵⁹

¹⁵⁹ Das Gerichtsprotokoll ist in Wortwahl und Aufbau Verhörprotokollen ähnlich. Referierende Passagen wechseln mit wörtlicher Wiedergabe. Allerdings legt die Terminologie nahe, dass die deutschen Begriffe nicht

Verfahren wie die gerade Geschilderten wurden in mehreren Orten Sachsens durchgeführt (Gesamtzahl ist unbekannt), offenbar aber nicht systematisch und flächendeckend. So betraf ein anderes Verfahren Johannes Gerber aus dem sächsischen Werdau. Er war Direktor der F. Schumann-Werke in Werdau und als Abwehrbeauftragter seines Werkes seit 1938 für die Abwehrstelle Chemnitz tätig gewesen, als die Firma begann, Rüstungsprodukte herzustellen. Am 17. September 1945 verhaftet, wurde er vom SMT der 8. Gardearmee nach Artikel 58-2 des Strafgesetzes der Russischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) am 26. November 1945 zum Tode verurteilt. Grund war seine Funktion als Abwehrbeauftragter. Im Urteil heißt es dazu: „Direktor der Schumann-Werke, war in der Firma Schumann-Werke von 1938 bis zur Ankunft der amerikanischen Armee im Auftrag des Mitarbeiters der Abwehrstelle Chemnitz, Major Barr [richtig wäre: Bahr, A.d.A.], Abwehrbeauftragter, zu seinen Aufgaben gehörte es, die militärische Geheimhaltung zu überwachen, Sabotage aufzudecken und Personen zu melden, die Spionage betrieben, er warb sechs Mitarbeiter an, über die er Angaben zu den politischen Ansichten der Arbeiter sammelte, erhielt Anweisungen von der Abwehrstelle und der Gestapo.“¹⁶⁰

Zu den meisten Fällen von Kriegsverbrechensanklagen vor Sowjetischen Militärtribunalen sind nur sporadische Angaben vorhanden, weil die Verurteilten von der Russischen Militärstaatsanwaltschaft nicht rehabilitiert worden sind und damit keine oder nur wenige Aussagen zur konkreten Tätigkeit der Verurteilten aus den Ablehnungsbescheiden vorliegen können. Mit der Ablehnung ist darüber hinaus die Einsichtnahme im FSB-Archiv in Moskau in die Untersuchungs- und Gerichtsakte mit ihren Verhör- und Gerichtsprotokollen nicht möglich. Die nächsten Fälle werden auf dieser eingeschränkten Quellenbasis vorgestellt.

So wurde etwa Bernhard Schönfeld aus Crimmitschau als Geschäftsführer und Abwehrbeauftragter der Firma E. O. Zöffel-Tuchfabrik am 16. November 1945 vom SMT der 35. Garde-Schützendivision zum Tode verurteilt und am 8. Dezember 1945 (nach Durchlauf der oben beschriebenen Bestätigungswege) erschossen. Willy Müller aus Reichenberg, Textilfabrikant in Oberreichenbach, wurde am 15. Oktober 1945 wegen Kriegsverbrechen, genauer seiner Tätigkeit als Abwehrbeauftragter seiner Firma, vom SMT der 88. Garde-Schützendivision zum Tode verurteilt und am 30. Oktober 1945 hingerichtet.¹⁶¹ Georg-Paul Schleber war Besitzer der gleichnamigen Färberei in Reichenbach (Vogtland) und zugleich Abwehrbeauftragter. Wegen nicht näher genannter Kriegsverbrechen wurden er und sechs andere zum Tode verurteilt. Wolfgang Göhler war Oberingenieur in der Dresdner Firma Koch & Sterzel und zugleich

wörtlich, sondern gemäß russischer Interpretation verwendet wurden (Vertrauensleute = Agenten). Auch die kurze Zeitspanne, in der das Urteil laut Akte beraten und geschrieben (weniger als 30 Minuten) oder verkündet wurde (weniger als zehn Minuten), geben Anlass zu der Annahme, dass es bereits vor der Gerichtsverhandlung geschrieben worden war und führt gleichfalls zu Zweifeln an der Exaktheit der Zeitangaben im Gerichtsprotokoll.

¹⁶⁰ Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Kurzbiographie Gerber, S. 175.

¹⁶¹ Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Kurzbiographien Schönfeld und Müller, S. 627 und 477.

Abwehrbeauftragter der Firma. Dieses und seine Verantwortung für das offenbar firmeneigene Zwangsarbeiterlager [Overbeckstr. 48 in Dresden, A.d.A.] bildeten die Gründe des in Berlin verhängten Todesurteils vom 15. November 1945. Curt Pommer arbeitete, so das Urteil, als stellvertretender Direktor in der Rüstungsfabrik „Bernhard“. Man legte ihm zur Last, dass er im Auftrag der Gestapo ein Spitzelnetz unter den Mitarbeitern organisiert habe. Infolge dieser Arbeiten seien Sowjetbürger (Ostarbeiter und Kriegsgefangene) sowie andere ausländische Beschäftigte wegen „Sabotage“ und aus anderen Ursachen der Gestapo übergeben worden, die diese in Straflager schickte [eventuell in Arbeitserziehungslager, A.d.A.].

Auch Angehörige des Werkschutzes, der jeweils dem Abwehrbeauftragten unterstand, wurden verhaftet. So wurde am 14. Oktober 1946 ein Todesurteil an Friedrich Popp vollstreckt. Das SMT hatte ihm seine Tätigkeit als Werkschutzmann in der Firma der Gebrüder Jakob in Zwickau vorgeworfen. Er sei bis Kriegsende Werkschutzmann gewesen und habe Ostarbeiter misshandelt.¹⁶²

Verantwortung für ungenügende Lebensbedingungen und für Misshandlungen

In einem Fall lässt sich ein solches Verfahren recht genau rekonstruieren. So war am 22. Februar 1946 in der sächsischen Kleinstadt Geringswalde der Fabrikbesitzer Erich Wunsch verhaftet, am 29. Mai 1946 vom Militärtribunal der 8. Mechanisierten Karpaten-Berlin-Gardedivision nach Ukaz 43 zum Tode verurteilt und am 9. Juli 1946 im Leipziger Bezirksgefängnis hingerichtet worden. Ein mitangeklagter Mitarbeiter der Fabrik, der Meister Herbert Boden, wurde gleichfalls zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ein weiterer Mitarbeiter, Herbert Friedel, war als Obermeister Chef des Werkschutzes und erhielt ebenfalls ein Todesurteil, über dessen mögliche Vollstreckung aber keine Informationen vorhanden sind. Laut Urteil wurde Wunsch zur Last gelegt: „Wunsch hatte als Inhaber der Firma ..., die Holzbearbeitungswerkzeuge herstellt und während des Krieges Deutschlands gegen die Sowjetunion Munition – Granaten – produziert hat, in seinem Betrieb 250 ausländische Arbeiter, davon bis zu 50 Zivilisten und Kriegsgefangene der Roten Armee, beschäftigt.“

Er habe für diese Arbeitskräfte unerträgliche Arbeitsbedingungen geschaffen, die sich sehr von denen deutscher Arbeiter unterschieden. „Für die Kriegsgefangenen der Roten Armee gab es den 12-Stunden-Arbeitstag sowie hohe Leistungsnormen, und wenn jemand diese Norm in der Arbeitszeit nicht erfüllte, musste er auch nach dem 12-Stundenarbeitstag bleiben, um die Norm zu erfüllen, er bekam nichts zu essen und wurde auf Weisung von Wunsch von den Meistern des Betriebs, vom Betriebsschutz und von Wunsch persönlich verprügelt.“ Er selbst habe vier sowjetische Kriegsgefangene verprügelt.

¹⁶² Auffällig bei diesen Fällen ist, dass viele Werkschutzmänner der NSDAP und SA angehört hatten.

Aus den Erinnerungen des Sohnes aus den 2000er Jahren geht hervor, dass Wünsch bereits vor dem 22. Februar 1946 mehrfach mit dem Vorwurf „Misshandlung von Kriegsgefangenen“ kurz inhaftiert, aber jeweils wieder vom sowjetischen Kreiskommandanten entlassen worden war. Möglicherweise war die Inhaftierung von einem Mitarbeiter der Fabrik betrieben worden, der dort als Prokurist gearbeitet und sich bis zum Kriegsende als aktives NSDAP-Mitglied betätigt hatte. Nach Kriegsende trat dieser als aktiver Kommunist auf und wurde sofort nach der Enteignung der Fabrik deren neuer Betriebsleiter.

Im einzig zugänglichen sowjetischen Verhörprotokoll vom 25. Februar 1946 sagte der Hauptangeklagte auf die Frage nach der Behandlung ausländischer Arbeitskräfte:

„Die Arbeitsregelung für die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen war die gleiche wie auch für alle deutschen Arbeitskräfte in meinem Betrieb. Die erste Zeit gab es genügend Rohstoffe, und es wurde 12 Stunden pro Tag gearbeitet Die Verpflegung der ausländischen Arbeiter erfolgte bei mir im Betrieb, die russischen Kriegsgefangenen, die bei mir im Betrieb arbeiteten, bekamen von mir keine Verpflegung, da sie im Lager verpflegt wurden (Hotel ...). Die Verpflegung für die russischen Kriegsgefangenen war sehr schlecht, ich musste in einigen Fällen helfen, das heißt Kartoffeln für sie kochen. Infolge der ungenügenden Verpflegung wurden die russischen Kriegsgefangenen, die ich ins Lager zurückschickte, oft krank. Ob sie starben oder am Leben blieben, weiß ich nicht. Strafmaßnahmen wegen Verstößen gegen die im Betrieb geltenden Regeln gab es eigentlich nicht, für alle Verfahren bestrafte ich die Betroffenen selbst. Einigen Kriegsgefangenen gab ich nicht die ihnen zustehende Norm an Zigaretten, anderen musste ich eine Ohrfeige ins Gesicht versetzen, die dritten ließ ich wegen Nichterfüllung der Norm über ihre Arbeitszeit hinaus arbeiten.“ Einmal habe er einen russischen Kriegsgefangenen geschlagen, weil dieser Äpfel vom Baum gerissen habe. Andere Strafen habe es nicht gegeben. Die russische Militärstaatsanwaltschaft sah in diesen Feststellungen keine Grundlage, Wünsch gemäß Ukaz 43 zum Tode zu verurteilen und hob das Urteil vom 29. Mai 1946 am 27. Mai 1996 auf.¹⁶³

Herbert Friedel, Obermeister und Chef des Werkschutzes, wurde Ähnliches zur Last gelegt: „Misshandlung sowjetischer Zwangsarbeiter in der ‚Karl Wünsch‘ KG Geringswalde, ließ sowjetische Kriegsgefangene bei Nichterfüllung der Arbeitsnormen und anderen Verstößen gegen Anweisungen des Betriebsführers Erich Wünsch länger als zwölf Stunden arbeiten, entzog ihnen das Essen und schlug sie, im Zeitraum von 1941 bis 1945 verprügelte er vier sowjetische Kriegsgefangene.“¹⁶⁴

Gleichfalls mit Erich Wünsch wurde sein Verwandter Gottfried Wünsch aus Geringswalde verhaftet, der Besitzer der Firma „Gustav Wünsch“ war. Aus dem Urteil gegen ihn geht unter

¹⁶³ Aktenauszug aus der Strafakte, Archiv des FSB, PA Erich Wünsch, Archiv Hannah-Arendt-Institut Dresden, siehe auch Müller, Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen, S. 109 f. Siehe auch Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Kurzbiographie Erich Wünsch, S. 772.

¹⁶⁴ Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Kurzbiographien Herbert Boden und Herbert Friedel, S. 58 und 152.

anderem Folgendes hervor: Er „beschäftigte in seiner Fabrik 160 ausländische Arbeiter, darunter 50 sowjetische Kriegsgefangene, schlug 33 sowjetische Kriegsgefangene für die Nichterfüllung der Normen bei der Produktion von Rüstungsgütern und machte über einen Meldung an die Polizei, der daraufhin verhaftet und erschossen wurde.“ In seinem Fall lehnte die russische Militärstaatsanwaltschaft am 30. Dezember 1996 eine Rehabilitierung ab.¹⁶⁵

Eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren richtete sich allgemein gegen Misshandlungen und Todesfälle sowjetischer Bürger: Wilhelm Werft wurde verurteilt und hingerichtet, weil er russische Arbeiter erschlagen habe (Hinrichtung: 12. Januar 1946). Manfred Weber machte das SMT für die Erschießung eines Ostarbeiters, der in der Waggon-Fabrik Bautzen gearbeitet hatte, verantwortlich und ließ ihn am 30. Januar 1946 hinrichten. Mit Rudolf Herzog wurde am 15. Januar 1946 auch ein 16-jähriger hingerichtet, weil er russische Arbeiter (die Umstände sind nicht bekannt) erschossen habe.

Mehrere Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, weil sie sowjetische / russische Arbeiter geschlagen hätten (nähere Umstände nicht bekannt), so Martin Gerzabeck (Landwirt), Artur Schmidt und Kurt Bröhl. Alle drei wurden im Dezember 1945 beziehungsweise im Januar 1946 im Speziallager Bautzen hingerichtet. Gotthold Schwarze verurteilte ein SMT wegen des Vorwurfs der regelmäßigen Misshandlung von sowjetischen und anderen ausländischen Zwangsarbeitern. Er war zugleich Ortsbauernführer und Führer der Landwacht in Meißen. Alwin Janke schließlich arbeitete im Betonwerk Emil Ruppert in Wilsdruff. Laut Anklage hatte er in mehreren Fällen sowjetische Zwangsarbeiter geschlagen, sie verletzt sowie auch beschimpft.¹⁶⁶

Richard Raphelt war in der Keramikfabrik in Neusörnewitz bei Coswig tätig gewesen. Ihm wurde vorgeworfen, er sei von 1941 bis 1945 zuständig gewesen für die Aufsicht „über ausländische Arbeiter, darunter sowjetische Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte sowjetische Zivilisten, er schlug während dieser Zeit 26 kriegsgefangene Rotarmisten und einige Kriegsgefangene anderer Nationen, systematisch schlug er vier russische Frauen, er benutzte hierzu einen Stock und einen Gummiknüppel, er schlug wegen kleinster Vergehen.“ Das Todesurteil gegen ihn, dessen Vollzug nicht gesichert ist, erging am 22. November 1946.¹⁶⁷

Dasselbe wurde einem Fabrikdirektor in Dresden vorgeworfen. Auch Alois Birke, so der Name, hatte im Zweiten Weltkrieg etwa 600 Ostarbeiter beschäftigt. 1944 war er offenbar in politische Ungnade gefallen, denn er wurde ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Nach seiner Befreiung trat er in die LDPD ein und fungierte sogar als Beauftragter der SMAS in Dresden. Im

¹⁶⁵ Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, Anhang Kurzbiographie Gottfried Wunsch, S. 772.

¹⁶⁶ Eine der Fragen, die sowjetische Bürger im Rahmen der Filtration beantworten mussten, bestand in der Auskunft darüber, ob und wenn ja von wem sie „verhöhnt“, „misshandelt“ oder „geschlagen“ worden seien, siehe Kapitel 8.

¹⁶⁷ Auch bei diesem relativ späten Urteil ist zu bedenken, dass hier möglicherweise Auswertungen der Filtrationsaussagen von ehemaligen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern zum Tragen gekommen sein können.

Juli 1946 erfolgte jedoch seine Verhaftung und im Oktober 1946 das Urteil wegen Kriegsverbrechen. In diesem stellte das SMT fest, dass er zehn Sowjetbürger und mehrere andere Ausländer wegen Gemüsediebstahls sowie einige andere wegen kleiner Vergehen geprügelt habe. Nach der Überprüfung der Akte wurde Birke von der russischen Militärstaatsanwaltschaft am 31. August 1994 rehabilitiert.¹⁶⁸

Leiter von Zwangsarbeiterlagern

Im ersten hier vorzustellenden Fall war ein Meister, Alfred Forwerk, in einer Kartonfabrik in Cotta bei Pirna als Lagerleiter für ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt. Er behandelte nach dem Urteil „die in der Fabrik arbeitenden sowjetischen Frauen grausam, unterwarf sie besonders schwerer Arbeit und gab nicht die ihnen zustehende Verpflegung aus.“ Im Dezember 1945 festgenommen, wurde er im März 1946 zum Tode verurteilt.

Ähnliche Vorwürfe wurden auch gegen Gustav Gittke erhoben. Er fungierte als Leiter eines Lagers der Spinnerei Glauchau, in dem auch sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren. Er habe diese misshandelt und „wegen kleinster Vergehen gegen die festgesetzte Lagerordnung“ verprügelt, aber auch Geldstrafen verhängt. Im August 1945 verhaftet, verurteilte ihn ein SMT im Oktober 1945 zum Tode. Zwei andere Lagerleiter erhielten für diese Tätigkeit ebenfalls Todesurteile. Arno Colditz leitete von 1943 bis 1945 ein Zwangsarbeitslager in Aue, Alwin Walde war Pförtner und Lagerleiter im Phänomenwerk in Zittau. Konkret hieß es bei ihm, er habe Russen gequält. Die Todesurteile wurden im November und August 1945 vollstreckt. Adam Powroznik war Arbeiter der Firma Paul Donath in Görlitz und hatte offenbar deren Zwangsarbeiterlager geleitet. Im Dezember 1946 erfolgte seine Festnahme, das Urteil wurde sechs Monate später im Speziallager Bautzen ausgeführt.

Verurteilungen von Personen bei Betrieben aus unserer Studie

Zum Schluss der Schilderung von sowjetischen Verfahren wollen wir noch einige Urteile betrachten, die mit Firmen in Teil 2 unserer Studie zu tun haben. Am 13. Juni 1946 wurde ein Todesurteil gegen die Bergleute Alfred-Bruno Paul und Otto Stangl vollstreckt. Als Vorarbeiter in der Grube Schacht Morgenstern im Oelsnitzer Revier war Stangl zur Last gelegt worden, als Verantwortlicher für bis zu 18 unter Tage arbeitende sowjetische Kriegsgefangene diese auf Anweisung von Paul „schrecklich behandelt“ und zu langen Schichten herangezogen zu haben, obwohl sie die Normen nicht erfüllen konnten. In diesem Fall¹⁶⁹ wollen wir den Urteilstext für Paul ausführlich wiedergeben. Alfred-Bruno Paul war „von 1942 bis 1945 oberster Vorarbei-

¹⁶⁸ An diesem Fall wird – ähnlich wie bei Paul Konitzer (siehe den Anfang dieses Abschnitts zu sowjetischen Urteilen) – deutlich, dass politische Prominenz zu diesem Zeitpunkt keineswegs vor Anklagen schützen konnte.

¹⁶⁹ In Kapitel 5 haben wir eine Besprechung der Grubenleitung von Schacht Gewerkschaft Deutschland vom 19. April 1943 wiedergegeben, in der es um Misshandlungsfälle und hohe Arbeitseinsätze von sowjetischen

ter im Schacht 'Morgenstern', ihm unterstanden 280 sowjetische Kriegsgefangene, er schuf für sie ein schreckliches Zwangsarbeitsregime, von den ihm unterstehenden Vorarbeitern erwartete er die Durchsetzung des Regimes und gab ihnen Anweisung zum grausamen Umgang mit den russischen Kriegsgefangenen und zur Anwendung physischer Gewalt in Fällen von Arbeitsverweigerung und Nichterreichen der unerfüllbaren Arbeitsnormen, auf seine Anweisung entzogen die Vorarbeiter den russischen Kriegsgefangenen die Lebensmittelzuteilung oder kürzten die Versorgungsnormen, infolge der Zwangsarbeitsbedingungen, der unerträglichen physischen Arbeit und der täglichen Unterernährung näherten sich die Kriegsgefangenen dem Verlust der Arbeitsfähigkeit, der Entkräftung, wurden häufig krank und konnten nicht mehr arbeiten, während der Arbeit im Schacht begingen die Kriegsgefangenen oft Selbstverstümmelungen, doch Paul, der dieses wusste, ergriff keine Maßnahmen zur Schaffung sicherer Arbeitsbedingungen, er bestrafte persönlich Kriegsgefangene, die sich gegen das Regime auflehnten, 1944 meldete er dem Leiter des Lagers einen Kriegsgefangenen, der daraufhin so grausam bestraft wurde, dass er nicht mehr zur Arbeit gehen konnte.“

Die Stahlwerke in Riesa wie auch in Gröditz beschäftigten (siehe Kapitel 6) ebenfalls Zwangsarbeiter. Willy Schuster, tätig in der Werkpolizei (gemeint wohl Werkschutz) im Stahlwerk Gröditz, wurde am 10. September 1945 verurteilt, weil er ein „schreckliches Regime und schwere Arbeit“ durchsetzte sowie sowjetische Bürger mit der Peitsche geprügelt und in Strafzellen geworfen habe. Hans Laaser war Werkmeister im Stahlwerk Riesa und wurde am 28. Oktober 1946 zum Tode verurteilt, weil er offenbar diejenigen angezeigt hatte, die mit Ostarbeitern wohlwollend umgegangen waren.¹⁷⁰

Für den Bereich Chemnitz / Zwickau sind mehrere Urteile vorhanden. Fritz Lindenau war offenbar 1943 als Arbeiter im Horch-Werk Zwickau tätig, das zum Auto Union-Konzern gehörte. Er wurde am 10. Januar 1946 zum Tode (es ist unklar, ob auch hingerichtet) verurteilt, weil er 1943 „Gräueltaten und Verhöhnung von ausländischen Arbeitern im Autowerk Horch“ begangen habe. Erst 1947 Jahre kamen Verfahren gegen zwei SS-Aufseherinnen bei der Astra-Werke AG in Chemnitz zur Anklage. Anneliese B. wurde von einem SMT zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. In ihrem Urteil wurde angeführt, dass sie als Oberaufseherin in einem Frauenlager mit sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Gefangenen ein hartes Arbeitsregime eingeführt und Gefangene verprügelt habe. Am 18. November 1947 in Chemnitz verhaftet, wurde sie bereits am 30. November zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und verbüßte ihre Strafe bis zur Amnestie am 28. Dezember 1955 im Zuchthaus Hoheneck.¹⁷¹

Kriegsgefangenen ging, deren Beschwerden keinen Erfolg hatten. Im oben geschilderten Fall gingen die sowjetischen Behörden gegen Verantwortliche solcher Vorkommnisse vor.

¹⁷⁰ Aus demselben Grund wurde auch Ernst Laaser, ebenfalls Stahlwerk Riesa, verurteilt. Alle drei wurden nicht rehabilitiert, weil sie offenbar zu ihren Handlungen nicht dienstlich verpflichtet waren. In Fällen persönlicher Gewaltanwendungen erfolgten ebenfalls in der Regel keine Rehabilitierungen.

¹⁷¹ Angaben zu Anneliese B. in: Archiv Hannah-Arendt-Institut sowie Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZB 55 / 118. Auch gegen eine Gefängnisaufseherin in einem Dresdner Gefängnis gab es am 22. August 1947 ein ähnliches Urteil. Johanna Gerda S. wurde als SS-Aufseherin zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, ver-

Zwei Verfahren betreffen auch die von uns behandelten Braunkohlegruben und Kraftwerke in Böhlen und Espenhain. Emil Schirmer war Lagerführer in Eilenburg und Espenhain gewesen. Als Urteilsgrund wurde „Führer eines Fremdarbeiterlagers“ angegeben. Am 2. Januar 1946 verhaftet, wurde das Urteil jedoch erst am 6. März 1947 gesprochen. Mit Max Rittler und Werner Hofmann wurden auch zwei Polizisten aus dem Großkraftwerk Böhlen angeklagt und verurteilt. Beiden warf das Gericht vor, die etwa 500 sowjetischen und ausländischen Zwangsarbeiter auch für geringfügigste Übertretungen der Lagerordnung „erbarmungslos und systematisch mit den Fäusten und dem Gummiknüppel misshandelt“ zu haben.

Für den Raum Leipzig ist eine ganze Reihe einschlägiger SMT-Urteile ergangen. Von den Pittler-Werken in Leipzig wurden je ein Wachmann und ein Aufseher ihres Ausländerlagers verurteilt. Robert Christen fungierte als Aufseher des werkseigenen Zwangsarbeiterlagers. Im Urteil wurden die harten Arbeitsbedingungen geschildert („Arbeit hatte den Charakter der Sklaverei“). Persönlich hielt man Christen die Misshandlung von 21 Personen vor sowie bei 20 Personen die Übergabe kompromittierenden (belastenden) Materials an die „Straforgane“. In der Folge seien diese in KZ oder in Straflager (gemeint sicherlich Arbeitserziehungslager) verbracht oder anderweitig bestraft worden. Kurt Beutler war offenbar als Wachmann in diesem Lager eingesetzt. Er selbst habe elf Zwangsarbeiter misshandelt. Beide wurden am 21. März 1946 wegen dieser Kriegsverbrechen¹⁷² zum Tode verurteilt und am 15. Mai 1946 hingerichtet.

Insgesamt sechs Mitarbeiter der Eisengießerei Max Jahn Leipzig wurden von einem Militärtribunal am 30. November 1946 zum Tode verurteilt und am 3. Januar 1947 in Leipzig hingerichtet. Es ging dabei zum einen um die Lebensbedingungen in Zwangsarbeiterlagern mit etwa 450 Insassen, von denen 150 Sowjetbürger waren. Zum anderen kamen die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen zur Anklage sowie beim Lagerpersonal auch Misshandlungen von Zwangsarbeitern. Zu den Verurteilten zählten neben einem technischen Direktor der Eisengießerei, Arthur Mollitor, und Adolf Hinze (Oberlagerführer) auch mehrere Mitarbeiter wie Georg Kähling, Hugo Hagen, Bruno Papke und Otto-Friedrich Schmidt.¹⁷³

Der größte Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beschäftigende sächsische Betrieb, die HASAG in Leipzig, war bei mindestens zwölf Personen Gegenstand der Anklage. Ein erstes Verfahren führte das SMT der 47. Armee gegen HASAG-Personal aus ihrer Niederlassung im polnischen Skarżysko-Kamienna. Alle Angeklagten wurden am 15. Dezember 1945 verurteilt und am 9. Februar 1946 hingerichtet. Hierzu zählte der Leiter der Werksaufseher, Erich Wer-

brachte ihre Haftzeit in DDR-Gefängnissen und wurde am 28. April 1956 aus Hoheneck entlassen, Archiv Hannah-Arendt-Institut.

¹⁷² Praktisch alle hier geschilderten Fälle wurden, wie auch einige andere bereits von uns aufgeführte Gerichtsverfahren, von den Militärtribunalen nach Ukaz 43 verurteilt, der eigentlich nur für Kriegsverbrechen *auf* dem Gebiet der besetzten UdSSR einschlägig war, jedoch in den ersten Nachkriegsjahren in diesen NS-Verfahren vor SMT auch für andere Delikte breite Anwendung fand. Die Zahl der sowjetischen Bürger bei den oben genannten Pittler-Werken wurde im Urteil mit 300 Zivilisten und 150 Kriegsgefangenen angegeben.

¹⁷³ Alle Verurteilten wurden am 25. April 1994 von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

ner. Weitere Angeklagte waren der Leiter des Werkschutzes, Fritz Bartenschläger, sowie drei andere Angehörige des Werkschutzes: Erich Blau, Walter Schmidt und Willi Stein. Da in Skarżysko-Kamienna auch Juden in großer Zahl zum Einsatz kamen, ging das Urteil (was durchaus ungewöhnlich für SMT-Verfahren war) auch auf diese Opfer ausdrücklich ein. Erich Werner wurde der überaus harte Arbeitseinsatz der polnischen, insbesondere jedoch der jüdischen Zwangsarbeiter zum Vorwurf gemacht. Er habe Zwangsarbeiter geschlagen und misshandelt; auch habe er antifaschistisch eingestellte Arbeiter der Gestapo übergeben, was deren Tod durch Erschießen oder im KZ bedeutet habe. Fritz Bartenschläger sei zudem SD-Angehöriger gewesen und habe einen Agentenring unter den Beschäftigten geführt. Er habe mindestens 70 Verdächtige der Gestapo überstellt, von denen einige erschossen und andere ins KZ verbracht worden seien. Zur Last gelegt wurden auch ihm das harte Arbeitsregime sowie persönliche Misshandlungen von Zwangsarbeitern. Den drei genannten Werkschutzangehörigen wurden gleichermaßen die Arbeitsbedingungen, Misshandlungen von Zwangsarbeitern sowie die Übergabe von Verdächtigen an die Gestapo vorgeworfen.

Ein zweiter Prozess, allerdings vor dem SMT der 39. Gardeschützendivision, fand am 24. Dezember 1945 sein Ende. Fünf Angeklagte wurden ebenso wegen ihrer Tätigkeit in Skarżysko-Kamienna zur Rechenschaft gezogen. Georg Hering war von 1941 bis 1944 Meister und Vorarbeiter in dem Betrieb. Man machte ihm zum Vorwurf, dass er systematisch Zwangsarbeiter misshandelt und Arbeitsuntaugliche der Gendarmerie zur Erschießung überstellt habe. Er habe etwa 100 Personen misshandelt und 70 der Gendarmerie zugeführt. Die vier weiteren Angeklagten – Dora Pawlowski, Richard Pawlowski, Paul Kiesling und Ludwig Krause – waren ebenfalls Mitarbeiter des Betriebs und wurden vermutlich wegen derselben Vorwürfe zum Tode verurteilt.¹⁷⁴

Ein – nach bisherigem Kenntnisstand – letztes SMT-Verfahren gegen einen Einzelangeklagten zum Komplex Skarżysko-Kamienna fand am 16. Juli 1946 seinen Abschluss. Angeklagt war Axel Schlicht, SS-Mitglied und V-Mann des SD. Er hatte bis 1942 als Werkschutzleiter in der HASAG gearbeitet und wurde in dieser Funktion noch 1942 ins polnische Werk der HASAG versetzt. Von 1942 bis 1944 war er dann Werksleiter und Abwehrbeauftragter des HASAG-Werks in Kielce / Polen. Am 5. Januar 1946 wurde er von sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftet und dann sechs Monate später verurteilt. Das Gericht warf ihm vor, Betriebsleiter in den beiden HASAG-Werken in Kamienna und Kielce gewesen zu sein. Er habe Zwangsarbeiter

¹⁷⁴ Da die SMT-Verfahren nicht-öffentlich stattfanden (Geschlossene Sitzung), wurde von deutscher Seite gegen manche längst Hingerichtete weiterhin ermittelt. So war etwa der oben genannte Fritz Bartenschläger in der Anklageschrift zum ersten deutschen Skarżysko-Kamienna-Prozess als erheblich Belasteter genannt, da dem Gericht das vorher ergangene sowjetische Urteil nicht bekannt war. Gegen mehrere Personen des Prozesses vom 24. Dezember 1945 wurde später in den Westzonen durch Aussageeinholungen bei ehemals jüdischen Mitarbeitern des Betriebes ermittelt; auch hier war das knapp zwei Jahre vorher durchgeführte SMT-Verfahren nicht bekannt.

misshandelt, einige erschießen lassen sowie weitere zur Erschießung an die Gestapo ausgeliefert.¹⁷⁵

Auch in Bezug auf einen Evakuierungsmarsch von HASAG-KZ-Häftlingen gab es 1946 ein Verfahren. Das KZ-Frauenlager der HASAG in Leipzig war am 13. April 1945 Richtung Osten evakuiert worden, Ziel war zunächst das Stalag IV B Mühlberg gewesen. Am 6. März 1946 wurde Alfred Thieme festgenommen und am 14. Mai 1946 zum Tode verurteilt. Nach den sowjetischen Ermittlungen war er als Polizist im Kreis Oschatz tätig gewesen und habe geholfen, den Evakuierungsmarsch der Häftlingsfrauen zu bewachen. Dabei seien die Frauen nicht nur von den SS-Wachen, sondern auch von ihm mit Stöcken geschlagen worden, eine Häftlingsfrau sei von ihm erschossen worden, weil sie vor Schwäche nicht mehr weiterlaufen könne.¹⁷⁶

Die hier von uns geschilderten SMT-Verfahren sind Teil der Tätigkeit von SMT, die gegen Deutsche in den Nachkriegsjahren geführt wurden. Insgesamt konnten in einem vor etwa zehn Jahren durchgeführten Projekt zu frühen sowjetischen Todesurteilen von 1945 bis 1947 etwa 2.400 ergangene und fast immer vollstreckte Urteile ermittelt werden. Die Zahlen liegen für 1945 bei etwa 1.100, für 1946 bei circa 900 und 1947 bei gut 300. Allein zwei Drittel dieser Urteile hatten mit Kriegsverbrechen zu tun, unter die auch die von uns geschilderten Fälle

¹⁷⁵ Der Fall Schlicht ist durchaus ambivalent. Bereits im Juni 1945 hatte es Vorwürfe gegen ihn gegeben, so dass die amerikanische Besatzungsmacht eine Untersuchung durchführte. Positive Aussagen von überlebenden Juden aus Kielce zugunsten von Schlicht (Hilfe für jüdische Zwangsarbeiter, Besorgung von zusätzlichen Lebensmitteln für Juden durch Bestechung der SS-Wachen, Entlassung eines brutalen Werksmeisters) führten jedoch zur Einstellung des Verfahrens. Die Überprüfung des SMT-Verfahrens durch die russische Militärstaatsanwaltschaft am 28. August 2002 ergab jedoch eine Ablehnung der Rehabilitierung (Überprüfung auf Aktenlage). Es ist wahrscheinlich, dass das erste amerikanische Untersuchungsverfahren im Juni 1945 bei der sowjetischen Untersuchung 1946 keine Rolle gespielt hat.

¹⁷⁶ Es ist eigentlich ungewöhnlich, dass neben SS-Wachen auch die örtliche Polizei bei Häftlingsmärschen eingesetzt wurde, außer zur Bewachung beim Rasten. Möglicherweise handelt es sich um Vorfälle, die im Zusammenhang mit einem Evakuierungstransport von Erla-Häftlingen aus Leipzig stehen, der vom 17. bis 20. April auf den Elbwiesen bei Glaubitz Halt gemacht hatte. Die HASAG-Häftlinge lagerten in dieser Zeit ebenfalls dort. Bei einem Luftangriff konnten viele Häftlinge zunächst fliehen und wurden dann wieder gefasst. Es gab sehr viele Tote durch den Luftangriff, aber auch anschließende Erschießungen durch SS und Polizei, siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 492 und 494; siehe auch Verfahren 1.707 in der Tabelle zu NS-Tötungsdelikten im übernächsten Abschnitt von Kapitel 9. In diesem Zusammenhang berichtet Clemens Winter über ein Rechtshilfeersuchen gegen den Lagerleiter der HASAG-KZ-Außenlager in Leipzig, Wolfgang Plaul. Er und vier andere waren für die Evakuierungsmärsche der HASAG zuständig und von sowjetischen Vernehmern dazu verhört worden. Offenbar wurden alle fünf Männer später zum Tode verurteilt und hingerichtet, siehe hierzu Martin Clemens Winter, Die strafrechtliche Ahndung der Todesmärsche aus Leipzig. Ermittlungen und Prozesse 1945 bis 1976, in: Brunner / Kenkmann, S. 135–154, hier S. 140–142. In dem Verfahren ging es offenkundig um die Häftlingerschießungen im Raum Glaubitz.

fallen.¹⁷⁷ Hinzu kommt schätzungsweise auch etwa das Dreifache an Verurteilungen mit Zeitstrafen, die wegen derselben Delikte ergangen sind.¹⁷⁸

Häftlinge in sowjetischen Speziallagern

In den beiden Jahren 1945 und 1946 (von Februar 1945 bis etwa Dezember 1946) sind von sowjetischen Organen über 120.000 Deutsche im Rahmen von NKWD-Befehl 00315, der ausdrücklich auf Sicherheitsgründe abhob, und einigen vorhergehenden Befehlen verhaftet und ab April 1945 in die auf dem SBZ-Territorium eingerichteten sowjetischen Speziallager eingewiesen worden. Die meisten von ihnen waren Mitglieder oder zumeist untere Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen gewesen; verhaftet und interniert wurden aber auch Polizisten, Mitarbeiter der repressiven NS-Sicherheitsorgane und des Justiz- und Staatspersonals. Die folgende Graphik zeigt die Gründe, die nach sowjetischen Unterlagen zur Einweisung in die Speziallager geführt haben (N = 122.457).

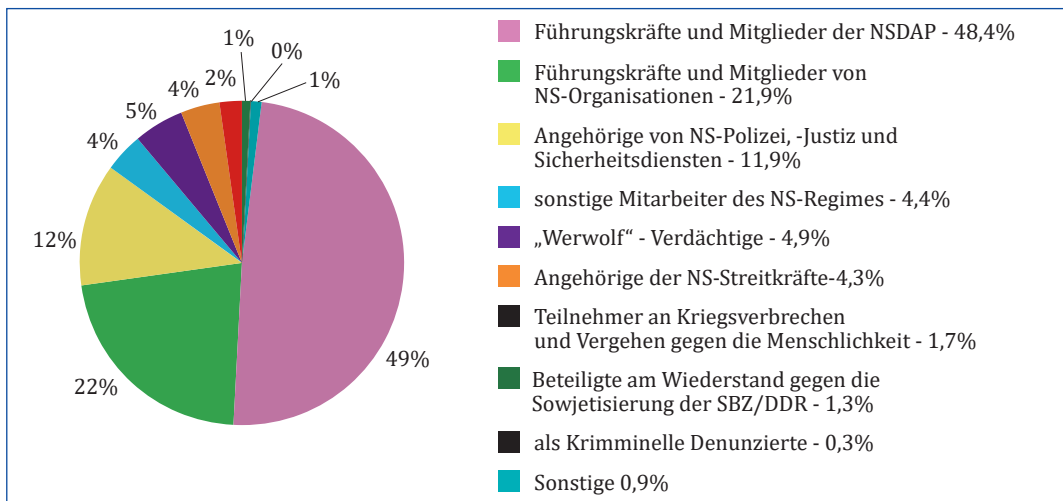


Abb. 64: Häftlinge sowjetischer Speziallager nach Haftgründen¹⁷⁹

¹⁷⁷ Siehe hierzu die entsprechenden Diagramme in: Klaus-Dieter Müller, Todesstrafen sowjetischer Tribunale, Abbildung 5–7, S. 103–105. Bei den von den Autoren der Publikation zu den frühen sowjetischen Todesurteilen ermittelten Fällen fallen immerhin knapp 400 Personen in die Kategorie Verbrechen an Zwangsarbeitern, 28 in die Kategorie Werkschutz und einige Dutzend in die Kategorie Abwehrbeauftragter (Punkt 5); mindestens 98 Personen wurden hingerichtet, weil sie für die Bewachung oder Ermordung von Kriegsgefangenen verantwortlich gemacht wurden (Punkt 7), siehe zusammenfassend ebenda, S. 106 f.

¹⁷⁸ Klaus-Dieter Müller, Todesstrafen sowjetischer Tribunale, S. 100–103.

¹⁷⁹ Der Verfasser Klaus-Dieter Müller hat in den 1990er Jahren eine Datenbank mit gut 138.000 Speziallagerhäftlingen (unter denen auch einige Tausend Nichtdeutsche waren), die vom Suchdienst des DRK dem Hannah-Arendt-Institut in Dresden überlassen worden war, bearbeiten und für wissenschaftliche Abfragen systematisieren lassen. Analysiert und diesen Haftgruppen nach NKWD-Befehl 00315 zugewiesen wurden gut 122.000

Für unsere hier diskutierte Fragestellung sind vier Bereiche besonders interessant: Angehörige von NS-Polizei, -Justiz und -Sicherheitsdiensten; sonstige Mitarbeiter des NS-Regimes; Angehörige der NS-Streitkräfte; Teilnehmer an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor allem in diesen Kategorien können sich Personen finden, die für unser Thema (Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit) einschlägig sind.

Tausende von Deutschen, die im Bereich von Zivil- und Zwangsarbeiterlagern gearbeitet hatten, wurden 1945 von sowjetischen Organen verhaftet und in die schon erwähnten Speziallager eingewiesen. Allein mit Haftgrund „Lagerchef / Lagerpersonal“ wurden SBZ-weit mindestens 1.391 Personen verhaftet. Ein weiterer Haftgrund war die Kategorie Misshandlung / Verhöhnung sowjetischer Bürger. Dies betraf SBZ-weit etwa 1.151 Einweisungen, die Ausbeutung von Fremdarbeitern bezog sich auf 147, die Erschießung sowjetischer Bürger auf 84, der Komplex Kriegs- und Rüstungswirtschaft auf 58 und Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen (als Einzelbeschuldigung, nicht als von uns zusammengefasste Kategorie) auf allein 483 Personen. Die größte Gruppe dieser Haftgrundkategorien waren 3.188 Volkssturmmangehörige.¹⁸⁰ Allerdings muss man dabei betonen, dass keineswegs alle von solchen Kategorien erfassten Personen inhaftiert worden waren, denn es gab keine flächendeckenden Verhaftungen.

Eine weitere Haftkategorie bezog sich auf das Aufsichts- und Bewachungspersonal von KZ-Außenlagern. Auch hier gab es keineswegs flächendeckende Verhaftungen durch sowjetische Organe. Für die Framo-Werke in Hainichen (siehe Kapitel 5) verfügen wir über eine partielle Liste von ehemaligen Aufseherinnen. Konkret sind fünf verhaftete Frauen namentlich genannt.¹⁸¹ Von diesen konnten alle als Speziallagerhäftlinge mit ihrer Wach- und Aufsichtstätigkeit als Haftgrund verifiziert werden. Eine von ihnen, Gertrud B., wurde nach fünfjähriger Lagerhaft in den Waldheimer Prozessen von einer deutschen Sonderstrafkammer verurteilt, zwei weitere sind einige Monate nach der Einlieferung in die Speziallager verstorben. Allein die Abfrage „Wohnort Hainichen“ ergab sechs weitere Treffer. Diese sechs Frauen verbrachten knapp fünf Jahre in Speziallagern und wurden Anfang 1950 entlassen. Als Haftgrund war

Einzelangaben zu Deutschen. Diese wurden, wie weiter unten in diesem Abschnitt näher betrachtet, Haftgruppen zugeordnet (etwa Lagerchef / Lagerpersonal). Die Haftgruppen sind dann in einem letzten Schritt unter den Haftkategorien nach Befehl 00315 zusammengefasst worden; die Auswertung der Datenbank wurde im Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts von Günter Fippel / Leipzig vorgenommen, die Graphik von Bettina Westfeld / Dresden erstellt. Zur Zusammensetzung der Gruppen und den genauen Zahlen siehe Klaus-Dieter Müller, *Verbrechensahndung*, S. 36–39. Die Prozentangaben des Tortendiagramms sind nach der Spalte daneben gerundet. Auch eine zweite Datenbank des DRK-Suchdienstes, die sowjetische Angaben zu den Speziallagerhäftlingen aus Lagerjournalen enthält und ebenfalls in den 1990er Jahren durch den DRK-Suchdienst entstand, konnte zusätzlich für Angaben zu sowjetischen Verhaftungen in unseren Einzelfällen genutzt werden.

¹⁸⁰ So die Abfragen für die verschiedenen hier genannten Gruppen. Es wurden im Rahmen der schon erwähnten Analyse allein etwa 2.000 Personen der Kategorie Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen zugewiesen.

¹⁸¹ Brief der Framo-Werke an Vizepräsident Fischer (Landesregierung Sachsen), in: Stadtarchiv Hainichen, Best. 0707 Bürgermeister, Schriftwechsel mit der Landesregierung. Insgesamt waren etwa 35 von 40 Aufseherinnen verhaftet worden. Von den im Schreiben 30 namentlich nicht Genannten konnten wir sechs aufgrund der Wohnsitzangabe identifizieren (siehe oben im Text).

immer ihre Funktion als Aufseherinnen vermerkt, etwa Frauenlager, Konzentrationslager, Judenlager. In allen Fällen kann nur das KZ-Außenlager der Framo gemeint sein.

Da uns für die meisten Lager keine detaillierten Listen des Aufsichtspersonals vorlagen, konnten aus der oben genannten und der Graphik zugrundeliegenden Datenbank nur vereinzelt Personen identifiziert werden, die in diesem Bereich tätig waren. Exakte zahlenmäßige Aussagen für das Land Sachsen sind nicht möglich; eine Auszählung nach sächsischen Wohnorten (= Kategorie: wo verhaftet) mit Haftgrund „Lagerchef / Lagerpersonal“ ergibt etwa 330 Treffer, immerhin gut ein Viertel aller insgesamt in der SBZ mit diesem Delikt Verhafteten.¹⁸² So enthält die Datenbank insgesamt 20 Personen aus Chemnitz, die in Kriegsgefangenen-, Ausländer- oder Konzentrationslagern tätig waren. Weitere Treffer brachten Abfragen zu Standorten früherer KZ-Außenlager, etwa Chemnitz-Siegmars, Taucha oder Flößberg. Genaue Angaben, um welche Lager es sich gehandelt hatte, sind in der Quelle jedoch nicht vorhanden.¹⁸³

Zum Schluss dieses Abschnittes wollen wir auch noch Informationen zum Haftgrund „Abwehr“ nennen. Für den Bereich Sachsen ergeben die Abfragen bei diesem Haftgrund mit 40 die meisten Fälle für den Wohnort (gleich Verhaftungsort) Dresden, dem folgen 34 für Leipzig, 27 (für die Lautawerke), 26 für Chemnitz, 24 für Zwickau und 19 für Görlitz. Von 16 namentlich bekannten Abwehrbeauftragten (oder Stellvertretern) größerer Chemnitzer Werke und Institutionen (Kapitel 7) lassen sich immerhin Max Langer, Johann Hamel, der Direktor Vater, Baurat Zschoch, Adolf Wacker, Bernhard Dost, Ewald Renger, Ernst Seyfried und Fritz Kluge als Verhaftete nachweisen.¹⁸⁴

Verfahren durch SBZ- und DDR-Gerichte in Sachsen

Für ostdeutsche Gerichte (SBZ sowie frühe DDR) lassen sich zwei verschiedene Gerichtsstränge unterscheiden. Zum einen wurden bereits ab 1946 (abgesehen von einem Verfahren gegen Verantwortliche des Arbeitserziehungslagers Radeberg vor einem Sondergericht im September 1945, dazu später mehr) vielfache Verfahren vor den Landgerichten und dem

¹⁸² Eine ganz genaue Übersicht ist schwierig, weil manche Ortsangaben nicht die übergeordneten Kreise mit nennen, so dass eine eindeutige Identifizierung als sächsischer Ort unsicher ist.

¹⁸³ So taucht dort nur eine Johanna W. auf, die als Chefin eines Kriegsgefangenenlagers ausgewiesen ist; vermutlich ging es jedoch um ein Haftlager für Frauen. In Taucha wurde Paul R. als Chef eines KZ für Ostarbeiter, richtig wohl Ostarbeiterlager, verhaftet. In Flößberg wurde Paul H. verhaftet, der ein Ausländerlager geleitet hatte und am 22. Juli 1947 im Speziallager verstarb. Namensüberprüfungen bezüglich einer Liste für Bewacher des KZ-AL Rochlitz ergaben jedoch keine Treffer. Aus den Haftgründen ist ersichtlich, dass sich die Differenzierung der deutschen Funktionen (KZ-, Ostarbeiter-, Fremdarbeiter- oder Frauenlager) nicht immer in den Quellen wiederfindet.

¹⁸⁴ Dass es sich bei allen Verhafteten tatsächlich um die genannten Abwehrbeauftragten handelt, ist sehr wahrscheinlich, jedoch nicht in allen Fällen biographisch endgültig geklärt, da in der sowjetischen Quelle keine Firmen angegeben sind. Bei Wacker, Dost, Renger, Seyfried und Kluge ist die Identität beispielsweise jedoch sicher; als Haftgrund ist entweder „Abwehr“ oder „Mitarbeiter Gestapo“ verzeichnet. Wacker, Dost, Seyfried und Kluge wurden im Januar beziehungsweise Februar 1950 ausweislich sowjetischer Unterlagen an DDR-Organen übergeben, Renger war bereits am 3. April 1948 im Speziallager Buchenwald verstorben.

Oberlandesgericht in Sachsen durchgeführt. Die Verfahren, in denen es um Tötungsdelikte im Rahmen unserer Fragestellung (Zwangsarbeit aller Art, Evakuierungstransporte) geht, sind in der Tabelle (weiter unten) zusammengestellt.¹⁸⁵ Auf einzelne dieser Verfahren aus der Tabelle gehen wir im Anschluss noch gesondert ein. Ein zweiter Komplex sind die sogenannten Waldheimer Prozesse 1950, die wir anschließend behandeln werden. Schließlich wollen wir in einem dritten Abschnitt noch Prozesse vorstellen, die sich auf den Bereich Chemnitz sowie die von uns dort beschriebenen Firmen mit Zwangsarbeitern beziehen.

Mit Befehl Nr. 49 der SMAD war bereits am 4. September 1945 bestimmt worden, dass das Gerichtswesen in der SBZ wieder nach der Struktur der Weimarer Republik ausgerichtet werden sollte. So war für das Land Sachsen die Einrichtung von acht Landgerichten (Bautzen, Chemnitz, Dresden, Freiberg, Görlitz, Leipzig, Plauen, Zwickau) sowie eines Oberlandesgerichts in Dresden (tagte zuerst wegen der Luftkriegszerstörungen in Radebeul) geplant. Zunächst war in Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 30. November 1945 vorgesehen, bei Straftaten gegen Bürger alliierter Staaten deren Gerichte einzusetzen, Ausnahmen waren jedoch möglich.¹⁸⁶ Als dann am 20. Dezember 1945 das Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KG 10) zur Bestrafung von Kriegsverbrechern erlassen wurde, war damit auch eine erste alliierte Strafrechtsbestimmung zur Aburteilung vorhanden. Am 12. Oktober 1946 wurde zudem die Kontrollratsdirektive 38 (KD 38) über die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“ verabschiedet. Damit standen Strafrechtsbestimmungen zur Verfügung, von denen sich ab April 1946 die Schwurgerichte und die nach Befehl 201 der SMAD vom 16. August 1947 gebildeten 201er-Strafkammern bei ihrer Urteilspraxis leiten ließen.¹⁸⁷ Der Befehl 201 mit dem Titel „Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und 38 des Kontrollrates“ (mit drei Ausführungsanlagen) hatte für den Bereich der Justiz die Zielrichtung, Verfahren zu beschleunigen und neue Strafkammern mit weniger Richtern zu schaffen (Große Strafkammer, kleine Strafkammer). Die Untersuchung wurde von nun an von der Polizei durchgeführt, der Staatsanwaltschaft kam praktisch erst mit Verhandlungsbeginn die Vertretung der Anklage zu. Auch waren eine recht kurze Frist von 15 Tagen zwischen Anklageeinrei-

¹⁸⁵ Die Tabelle ist zusammengestellt aus Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. VI bis XIV. Insgesamt wurden von 1945 bis zum Ende der DDR 830 Verfahren (häufig mit mehreren Angeklagten) durchgeführt; für unseren Zeitraum 1945 bis 1950 handelt es sich um 567 Verfahren vor SBZ- / DDR-Gerichten. Zu den Prozesszahlen siehe Rüter, Bd. VI, S. V. Ab 1948 wurden nach Befehl 201 der SMAD Sonderstrafkammern für diese Prozesse gebildet. Die wohl meisten von ihnen hatten mit Denunzierungen wie auch mit der Verfolgung von Deutschen zwischen 1933 und 1945 zu tun und nicht mit Ausländern im deutschen Bereich.

¹⁸⁶ Günther Wieland, Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945–1990, in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 11–94, hier S. 18. So war den deutschen Gerichten nach KG 10 zunächst allein vorbehalten, wegen Verbrechen an Deutschen wie an Staatenlosen Urteile zu sprechen, siehe Weinke, S. 25. Vorteil wie Problematik gegenüber Verfahren nach dem herkömmlichen deutschen Strafrecht lag bei der Heranziehung des KG 10 darin, dass mit diesem Gesetz das Rückwirkungsverbot aufgehoben war.

¹⁸⁷ Alle drei zentralen Bestimmungen abgedruckt in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 187–194, 177–180 und 159–175.

chung und Verhandlungsbeginn sowie der Verhandlungsabschluss innerhalb von zwei Monaten vorgeschrieben.¹⁸⁸

Die ab 1946 fungierenden Gerichte (das oben genannte Verfahren von 1945 wurde vor einem sogenannten Volksgericht geführt) urteilten ab 1946 überwiegend nach KD 38, die insgesamt vier Belastungskategorien vorsah und die Verurteilten in den Urteilen auch so einordnete: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete und Mitläufer (sowie Entlastete = Freispruch). Vorgesehen waren Sühnemaßnahmen entweder als Strafen oder als Einschränkung und Aberkennung von Rechten.

Mit den 201er Kammern stiegen die Fallzahlen drastisch. Im Jahr 1945 waren noch sechs Personen verurteilt worden, 1946 erhöhte sich ihre Zahl bereits auf 127 und machte einen Sprung nach oben mit 744 im Jahr 1947, als seit September des Jahres die 201er Kammern arbeiteten. 1948 war das Hauptverurteilungsjahr mit 4.599 Personen, gefolgt von 2.633 Verurteilten 1949.¹⁸⁹ Ohne die Waldheimer Verfahren waren damit 75 Prozent aller NS-Verfahren in der SBZ / DDR bereits bis 1949 abgeschlossen.¹⁹⁰ Dies beinhaltete auch 42 Todesurteile (es wurden wohl 23 vollstreckt).

Bereits 1948 / 1949 bemühten sich SED-Führung und sowjetische Besatzungsmacht, diese Verfahren bald zu beenden. Es ging vor allem darum, die vielen Untersuchungen gegen kleine Mitläufer auslaufen zu lassen, um diese in die neue Ordnung zu integrieren, und nur noch schwere Verbrechen vor Gericht zu bringen. Das letzte Verfahren nach Befehl 201 wurde denn auch in Dresden am 15. Juni 1951 beendet.

Insgesamt ergibt eine Übersicht von 1945 bis Ende Oktober 1949 Anklagen gegen 13.139 Personen, es wurden jedoch nur Gerichtsverhandlungen gegen 11.196 Angeklagte begonnen. Verurteilt wurden 7.470 Angeklagte (66,7 Prozent), freigesprochen 1.228 (elf Prozent) und bei 2.498 (22,3 Prozent) stellte man im Laufe der Verhandlung das Verfahren ein. Als Hauptschuldige stuften die Gerichte 2.235 Verurteilte, als Belastete 4.496 und als Minderbelastete 339 ein.¹⁹¹

Im Folgenden wollen wir uns einige Verfahren ansehen, die aus dem Regionalbereich Sachsen für unsere Fragestellung einschlägig sind und aus der Dokumentation von Rüter stammen (sie beziehen sich ausschließlich auf Tötungsverbrechen).

¹⁸⁸ Zur Interpretation des Befehls 201 siehe Wieland, S. 24–28; siehe auch Weinke, S. 45 f. Gleichzeitig sollten die Entnazifizierungsverfahren möglichst schnell abgeschlossen werden und nominellen NSDAP-Mitgliedern die Eingliederung in die neue Gesellschaft erleichtert werden. Zudem weist Weinke zu Recht darauf hin, dass ab diesem Zeitpunkt KD 38 als echte Strafrechtsbestimmung eingesetzt wurde und im Zweifelsfall ein individueller Schuld nachweis nicht nötig war.

¹⁸⁹ Zahlen in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 97.

¹⁹⁰ Wieland, S. 30.

¹⁹¹ Zahlen bei Wieland, S. 50. Weinke nennt hier für die Zeit der 201er-Kammern (ohne Waldheimerverfahren) 8.321 Verurteilte, wobei zusätzlich 1.500 Personen freigesprochen wurden und bei 3.100 Personen das Verfahren eingestellt wurde, siehe Weinke, S. 46. Von den 8.321 Verurteilten bezogen sich nach Angaben von Weinke, die sich auf eine Zusammenstellung von Meyer-Seitz beruft, allein 3.000 auf sächsische Verfahren (= 36 Prozent).

Liste von Prozessen mit NS-Tötungsverbrechen

| Datum Urteil / Gericht | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Tatvorwürfe | Angeklagte / Urteil | Nr. Verf. / Band |
|---------------------------------------|---|--|------------------------------|
| 28. 9.1945 Volksgericht Sachsen | 1944-1945 / AEL Radeberg Mord, Misshandlung Häftlinge | 5 Angeklagte 2 Todesurteile, 1x lebenslänglich, 1x6 J, 1x 3 J | 1839 XIII, S. 499- 510 |
| 30.1.1948 LG Dresden | Oktober 1944 / Denunziation / Dresden-Rade- beul / Denunziation eines Deutschen, der Kritik an Wachmann wegen schlechter Behandlung von Ostarbeitern übte (Gebler- Werke) | 2 Angeklagte Mitarbeiter Gebler-Werke je 2 J 6 M | 1693 XII, S. 1-6 |
| 17.1.1948 LG Bautzen | 1944 / Misshandlung Zwangsarbeiter / Görlitz Görlitz Wumag: Arbeitsbedingungen Zwangs- arbeiter, jüdische Arbeiter | 1 Angeklagter Meister bei Wumag 3 J Z | 1706 XII, S. 83-85 |
| 16.1.1948 LG Dresden | 1945 / Wiederergreifen von flüchtigen KZ-Häftlingen / Zschaiten b. Riesa / Erschossen auf Befehl geflohene Häftlinge beim Massaker an der Elbe ¹⁹² am 17. April 1945 | 2 Angeklagte, Wehrmacht 1x10 J G, 1x3 J G | 1707 XII, S. 87-97. |
| 11.7.1947 LG Leipzig | Tatzeit und -ort unbekannt / Erschießen eines Kriegsgefangenen | | 1758 XII, S. 483- 485 |
| 22.4.1948 LG Bautzen | 1944 / 1945 / KZ AL Biesnitzer Grund / Gör- litz / u. a. Erschießung von Häftlingen bei Evakuie- rung | 2 Angeklagte, 2 Todesurteile | 1630 XI, S. 173- 211 |
| 20.2.1948 LG Chemnitz | 1944-1945 / KZ-AL / Plau bei Flöha / ¹⁹³ Misshandlung / Tötung von KZ-Häftlingen | 2 Angeklagte 1x20 J Z, 1x 2 J 6 M G | 1681 XI, S. 595- 608 |
| 21.10.1948 LG Dresden | 1945 / KZ-AL / Ölsen / Meldung zu geflüchteten KZ-Häftlingen | 1 Angeklagter, Freispruch | 1538, X, S. 97-101 |
| 13.9.1948 LG Dresden | 1943-1944 / Zwangsarbeiter / Bodenbach / Misshandlung von Zwangsarbeitern | 1 Angeklagter Werkschutzleiter AEG Bodenbach 8 J Z | 1556 X, S. 231-236 |

¹⁹² Siehe auch S. 587 FN 176, Fall Alfred Thieme, der für die Erschießung eines KZ-Häftlings von einem SMT zum Tode verurteilt wurde. Zu Verfahren 1707 sowie 1582 siehe auch Winter, S. 148 f.

¹⁹³ Siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, KZ-AL Flöha, S. 479.

| Datum Urteil / Gericht | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Tatvorwürfe | Angeklagte / Urteil | Nr. Verf. / Band |
|---------------------------|---|--|----------------------------|
| 24.8.1948 LG Dresden | 1945 / KZ-Häftlinge / Niederbobritzsch / Festnahme geflüchteter Häftlinge, die später erschossen wurden ¹⁹⁴ | 2 Angeklagte Volkssturm 1x1 J 6 M, 1x 2 J Bewährung | 1566 X, S. 322–326 |
| 12.8.1948 LG Dresden | 1944 / Zwangsarbeiter / Freital / Denunzierung von Zwangsarbeitern, die später zu Tode kamen | 3 Angeklagte (einer flüchtig) Beschäftigte der Lederfabrik F. G. Sohre 1x 2 J, 1x 1 J 3 M | 1571 X, S. 361–368 |
| 11.8.1948 LG Leipzig | 1944 / Zwangsarbeiter / Böhlitz-Ehrenberg / Denunzierung Zwangsarbeiter | 3 Angeklagte 3x je 2 J G | 1572 X, S. 369–379 |
| 14.7.1948 LG Dresden | 1945 / KZ-AL-Evakuierung / Glaubitz b. Riesa / Beihilfe Erschießung geflüchtete KZ-Häftlinge | 1 Angeklagter Volkssturm 3 J G | 1582 X, S. 467–472. |
| 26.6.1948 | 1945 / KZ-AL Biesnitzer Grund / Görlitz / Denunzierung von Häftlingen, die später erschossen wurden | 1 Angeklagter 8 J G | 1593 X, S. 567–572 |
| 24.6.1948 LG Chemnitz | 1941 / Zwangsarbeiter / Cranzahl i. E. / Denunzierung eines polnischen Zwangsarbei- ters, der später erhängt wurde ¹⁹⁵ | 2 Angeklagte 1x3 J G 1x1 J G | 1595 X, S. 581–590 |
| 12.3.1949 LG Dresden | 1945 / Zwangsarbeiter / Dresden / Denunzierung zweier Zwangsarbeiter wegen Plünderung, die später erschossen wurden | 2 Angeklagte 1x 2 J 6 M G, 1x Freispruch | 1477 IX, S. 211– 222 |
| 25.9.1946 LG Dresden | 1945 / KZ-AL-Evakuierung / Sadisdorf b. Dippoldiswalde / Denunzierung geflohener Häftlinge, die der Plünderung beschuldigt und erschossen wurden ¹⁹⁶ | 1 Angeklagter 3 J G | 1499 IX, S. 389– 417 |

¹⁹⁴ Es handelt sich bei den Häftlingen um KZ-Häftlinge aus dem Evakuierungsmarsch von Colditz, der vom 18. bis 20. April 1945 in diesem Raum Rast gemacht hatte, siehe NS-Terror und Verfolgung, KZ-AL Colditz, S. 468 sowie zu diesem Todesmarsch S. 413–416. Die drei Häftlinge hatten sich vor dem Weitermarsch versteckt gehalten. Sie wurden von einem Bauern den beiden Verurteilten in ihrer Funktion als Volkssturmmänner übergeben, am nächsten Tag von Polizisten abgeholt und im Beisein der beiden erschossen. Zu diesem Verfahren siehe auch Winter, S. 149 f.

¹⁹⁵ Siehe hierzu näher Kapitel 7.

¹⁹⁶ Gegen das Urteil legte etwa ein Jahr später die Staatsanwaltschaft Protest ein. In einem neuen Urteil vom 7. Februar 1949 verurteilte ihn das LG Dresden nunmehr nach KG 10 und KD 38 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe, die später in 15 Jahre Haft geändert wurde, siehe hierzu Winter, S. 145–147.

| Datum Urteil / Gericht | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Tatvorwürfe | Angeklagte / Urteil | Nr. Verf. / Band |
|---------------------------|--|---|------------------------------|
| 24.1.1949 LG Dresden | 1943–1944 / Zwangsarbeiter / Reichstädt b. Dippoldiswalde / Denunzierung eines Zwangsarbeiters, der später in einem Lager umkam | 1 Angeklagter Bauer Freispruch | 1505 IX, S. 469– 473 |
| 22.12.1948 LG Leipzig | 1940–1944 / Jüdische Zwangsarbei- ter / Skarżysko-Kamienna Misshandlung und Tötung von Zwangsarbei- tern | 25 Angeklagte Genauer: siehe Text | 1511 IX, S. 523– 572 |
| 9.12.1948 LG Chemnitz | 1942–1944 / Zwangsarbeiter / Meerane / Misshandlung und Denunzierung von Zwangs- arbeitern | 2 Angeklagte Betriebsleiter 1x2 J 6 M G 1x1 J 9 M G | 1515 IX, S. 605– 617 |
| 1.12.1948 LG Bautzen | 1944–1945 / Zwangsarbeiter und Kriegsgefän- gense / Bautzen / u. a. Wiederergreifung Geflohener | 1 Angeklagter Landrat Bautzen 15 J Z | 1519 IX, S. 673– 680 |
| 26.11.1948 LG Chemnitz | 1944 / Fremdarbeiter / Limbach / u. a. Denunzierung eines belgischen Zivilarbei- ters wegen Verkehr mit deutscher Frau | 1 Angeklagter NS-Funktionär 12 J Z | 1522 IX, S. 695– 700 |
| 31.8.1949 LG Dresden | 1945 / Strafgefangene / Munzig, Deutschen- bora / Bewachung von Strafgefangenen, Erschießung eines Geflüchteten | 2 Angeklagte 1x 8 J Z, 1x6 J Z | 1393 VIII, S. 1–6 |
| 27.7.1949 LG Chemnitz | 1944–1945 / Zwangsarbeiter / Chemnitz / Lagerleiter eines Betriebes, Bestrafung von Zwangsarbeitern, Übergabe an Gestapo | 1 Angeklagter 2 J G | 1410 VIII, S. 211– 217 |
| 21.7.1949 LG Chemnitz | 1943–1944 / Zwangsarbeiter / Harthau / Lagerleiter / Wachmann Ausländerlager Rehwiese (ausführlicher siehe unten) | 2 Angeklagte 1x 2 J G, 1x 1 J 1 M G | 1414 VIII, S. 283– 292 |
| 8.7.1949 LG Chemnitz | 1945 / Evakuierungstransporte KZ-Häft- linge / Reitzenhain, Schmiedebach, Steinberg / Wiederergreifung von nach einem Luftangriff geflohenen KZ-Häftlingen und Übergabe der Häftlinge an die SS ¹⁹⁷ | 10 Angeklagte 1x15 J, 1x5 J, 8x Strafen zwischen 2 J und mehreren Monaten | 1421 VIII, S. 329– 339 |

¹⁹⁷ Es handelte sich um einen Bahntransport mit KZ-Häftlingen aus Zeitz / Rehmsdorf, der für Leitmeritz bestimmt war. Siehe hierzu NS-Terror und Verfolgung, S. 410 und 547 (Bahntransport 89). 218 Häftlinge wurden offenbar nach ihrer Wiederergreifung von der SS ermordet; die Angeklagten selbst haben der SS mehr als 20 Häftlinge übergeben.

| Datum Urteil / Gericht | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Tatvorwürfe | Angeklagte / Urteil | Nr. Verf. / Band |
|---------------------------|---|---|--------------------------|
| 17.6.1949 LG Leipzig | 1940–1944 / Jüdische Zwangsarbeiter / Kielce, Skarżysko-Kamienna, Tschenstochau / Misshandlung und Tötung von Zwangsarbeitern (ausführlicher s. u.) | 20 Angeklagte (siehe Text) | 1432 VIII, S. 455–507 |
| 13.6.1949 LG Chemnitz | 1945 / KZ-Evakuierung / Pockau, Görsdorf / Hilfe bei der Wiederergreifung geflohener Häftlinge, die später erschossen wurden ¹⁹⁸ | 4 Angeklagte 1x 5 J G, 1x 2 J G, 2x1 J G | 1433 VIII, S. 509–522 |
| 1.2.1950 LG Dresden | 1944 / Zwangsarbeiter / Freital / Denunzierung von Zwangsarbeitern, die später zu Tode kamen | 1 Angeklagter (in Abwesenheit) 2 J 6 M G | 1330 VII, S. 45–49 |
| 22.10.1949 LG Dresden | 1941 / Zwangsarbeiter / Zwickau / Denunzierung eines Deutschen, der Zwangsarbeiter mit Brot unterstützt und sich dann in U-Haft erhängt hat | 1 Angeklagter 2 J 6 M | 1366 VII, S. 503–506. |
| 20.10.1949 LG Leipzig | 1943 / Jüdische Zwangsarbeiter / Tschenstochau / Selektion und Erschießung von Zwangsarbeitern | 1 Angeklagter 10 J Z | 1369 VII, S. 521–527 |
| 29.1.1949 LG Zwickau | 1942–1944 / Zwangsarbeiter / Lössnitz / Denunzierung von Zwangsarbeitern, die später getötet oder gehängt wurden | 1 Angeklagter 4 J 6 M Z | 1371 VII, S. 5553–564 |
| 9.6.1948 LG Dresden | 1943–1944 / Zwangsarbeiter / Sayda / Denunzierung und Misshandlung von Zwangsarbeitern, von denen einer später in einem KZ verstarb | 1 Angeklagter Landwirt 8 J Z (nach Rev., 1 J 6 M G) | 1385 VII, S. 669–678 |
| 28.12.1948 LG Dresden | 1945 / Zwangsarbeiter / Dresden / Denunzierung eines Fremdarbeiters, darauf Überstellung und Tod in dem AEL Brüx | 1 Angeklagter 4 J Z ¹⁹⁹ | 1266 VI, S. 19–32 |

¹⁹⁸ Es handelt sich höchstwahrscheinlich um einen der Bahntransporte aus dem KZ-Stammlager Buchenwald, die durch Pockau verliefen, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 409 f.

¹⁹⁹ Dem Angeklagten wurde laut Gerichtsurteil die Internierung in den sowjetischen Speziallagern auf die Strafhaftzeit angerechnet, was durchaus ungewöhnlich war. Hans Gro. war am 27. August 1945 verhaftet und im Rahmen der ersten größeren Entlassungsaktion aus den Lagern am 20. Oktober 1947 freigelassen worden. Sein Haftgrund 1945 war „Mitglied der faschistischen Partei“, nicht Denunziation, für die er 1948 verurteilt worden war. Personen in den Speziallagern waren SBZ-Gerichten grundsätzlich entzogen. Anfragen zur Auslieferung dieser Internierten, gegen die Verfahren durchgeführt werden sollten, scheiterten an der Besatzungsmacht, siehe Weinke, S. 44.

| Datum Urteil / Gericht | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Tatvorwürfe | Angeklagte / Urteil | Nr. Verf. / Band |
|---------------------------|---|--|-----------------------------|
| 7.9.1950 LG Dresden | Tatzeit unbekannt / Kriegsgefangene / Tatort unbekannt / Erschießung von Kriegsgefangenen | Keine Unterlagen | 1282 VI, S. 165– 167 |
| 17.8.1950 LG Dresden | 1943 / Zwangsarbeiter / Dresden / Misshandlung und Denunzierung von Zwangs- arbeitern | 1 Angeklagter (in (Abwesenheit) Juniorchef der Fa. A. Tho. 1 J 8 M (| 1287 VI, S. 211– 220 |
| 11.3.1948 LG Dresden | 1943 / Zwangsarbeiter / Dresden / u. a. Denunzierung eines Zwangsarbeiters, der wahrscheinlich später im Lager umkam | 1 Angeklagter 6 J G (nach Rev.), zuvor 10 J G | 1319 VI, S. 649– 660 |
| 14.3.1950 LG Dresden | 1941–1943 / Zwangsarbeiter / Reinsdorf b. Döbeln / Misshandlung und körperliche Auseinander- setzung mit Zwangsarbeitern | 3 Angeklagte (Bauernhof) 1x1 J 10 M G 1x2 J 3 M (n. Rev.) 1 Aufhebung (n. Revision) | 1321 VI, S. 679– 694. |
| 1.12.1950 LG Dresden | 1945 / Zwangsarbeiter / Dresden Hinrichtung von Zwangsarbeitern nach Plünderung | 1 Angeklagter 7 J Z (nach Rev.), zuvor 3 J G. | 1220 XIV, S. 611– 623 |

Die erste Verhandlung vor einem SBZ-Gericht fand im Oktober 1945 statt und bildete den Auftakt zu Tausenden anschließender Gerichtsentscheidungen ab 1946. Der Dresdner Radeberg-Prozess war zugleich ein Versuch, eine möglichst große Besucherzahl daran teilhaben zu lassen. Angeklagt waren Männer, die unterschiedliche Verantwortung für das Arbeits-erziehungslager Radeberg wie auch das dortige Erweiterte Polizeigefängnis getragen hatten. Die Hauptverantwortlichen der SS/Gestapo für das Lager waren entweder flüchtig oder untergetaucht (oder vielleicht tot), so dass in dem Verfahren vom 25. bis 28. September 1945 insgesamt fünf Angeklagte schuldig gesprochen wurden. Sie hatten im AEL insgesamt Hunderte von Häftlingen beziehungsweise Polizeihäftlingen ermordet oder Beihilfe dazu geleistet. Zwei von ihnen wurden zum Tode verurteilt und am 1. Oktober 1945 in der Untersuchungs-haftanstalt Dresden erhängt. Ein Angeklagter erhielt eine lebenslängliche Haftstrafe, die beiden anderen sechs beziehungsweise drei Jahre Zuchthaus. In diesem Verfahren wurde noch auf der Grundlage des damals gültigen Strafgesetzbuches geurteilt, da es noch keine anderen Rechtsgrundlagen gab.

Dieser Prozess war insofern ein besonderer, als von der Landesregierung eigens ein neues Volksgericht Sachsen eingesetzt worden war.²⁰⁰ Über den Prozess, der zur Teilnahme von möglichst vielen Zuschauern nicht in Radeberg, sondern in der Tonhalle in der Dresdner Glacisstraße (einem großen Saal) stattfand, berichtete die örtliche Presse sehr ausführlich.²⁰¹

Auch gegen andere Lagerverantwortliche wurde ermittelt. Ein typisches Verfahren bezog sich etwa auf das Ausländerlager Rehwiese in Harthau. Bezüglich der Firma Gerätebau Harthau gab es Ermittlungen gegen den Leiter ihres Ausländerlagers Rehwiese, Hermann Uhlig, sowie einen Oberwachmann, Hermann Max Müller. Aufgrund brutaler Behandlung von Ausländern sowie der Verhaftung und dem Tod des Lagerschreibers und stellvertretenden Lagerleiters Kurt E. im Konzentrationslager wurde Hermann Uhlig vom Landgericht Chemnitz am 21. Juli 1949 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Müller erhielt wegen Drangsalierung und Bespitzelung von Fremdarbeitern ein Jahr und einen Monat Gefängnis.²⁰² Im Strafverfahren vor dem Landgericht Chemnitz²⁰³ wurde in drei Punkten gegen Uhlig ermittelt: 1. Er hatte einen beinamputierten Arbeiter wegen abfälliger Äußerungen gegen Verantwortliche des NS-Regimes bei der Gestapo gemeldet. Der Arbeiter kam jedoch nach Vernehmung durch die Gestapo mit einem strengen Verweis davon. 2. Er hatte auf Beschwerden einiger Fremdarbeiter, sie seien von einem anderen Ostarbeiter bestohlen worden, den besagten Ostarbeiter geohrfeigt, da im anderen Fall eine Meldung an die Gestapo hätte erfolgen müssen. 3. Er hatte den stellvertretenden Lagerleiter E. wegen eines Verhältnisses mit einer Ukrainerin angezeigt, da ihm dieses auf dienstlichem Weg mitgeteilt worden war. Bei Max Müller wurde ermittelt, dass er bei Fliegeralarm dafür gesorgt hatte, dass die Fremdarbeiter des Betriebs keinen Zutritt zum Luftschutzkeller erhielten, da als erste Kategorie dafür deutsche Mitarbeiter, dann als zweite nahwohnende Einwohner Harthaus und erst als dritte Fremdarbeiter vorgesehen

²⁰⁰ Zur rechtlichen Problematik dieses Prozesses siehe Wieland, S. 17. Der Prozess widersprach eigentlich der sowjetischen Direktive über die Rückkehr zur Weimarer Justizordnung. In der SED-offiziellen Geschichtsschreibung heißt es demgegenüber zu diesem ersten NS-Strafprozess: „Zum ersten Mal saßen deutsche Antifaschisten über Naziverbrecher zu Gericht“, IML, S. 69.

²⁰¹ Zusammenfassend zum AEL Radeberg und zu diesem Prozess NS-Terror und Verfolgung, S. 364–378; Urteil bei Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIII, Nr. 1839, S. 499–512. Trotz verfahrensrechtlicher Mängel wurde ein Rehabilitierungsantrag einer Angehörigen eines damals Verurteilten vom LG Dresden am 30. März 1995 zurückgewiesen. Es sah keine Hinweise, dass dieses Verfahren mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlich-rechtlichen Grundordnung unvereinbar gewesen wäre.

²⁰² Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZD 55 / 0425. Ursprünglich war 1946 eine Anzeige des Betriebsausschusses der Firma Gerätebau Harthau GmbH gegen den Inhaber der Firma, Geschäftsführer Scheithauer, den Gestapomann und Personalleiter Albert Geisendorf, den Lagerführer Hermann Uhlig sowie drei Montagemeister erfolgt. Zum Teil befanden sich die Personen in Kiel (die Firma Gerätebau war ein Verlagerungsbetrieb aus Kiel) oder waren mit unbekanntem Aufenthaltsort verzogen. Vorgeworfen wurde allen die Überantwortung von fünf Personen des Betriebs an die Gestapo, die entweder als Folge davon in KZs umkamen, erschossen wurden, ein Todesurteil erhalten hatten oder, bei zwei ausländischen Arbeitern, nach der Verhaftung verschwunden blieben. Bezüglich der fünf Personen war nur der Fall des stellvertretenden Lagerleiters E. Gegenstand des Gerichtsverfahrens geblieben.

²⁰³ Urteil des Landgerichts Chemnitz, abgedruckt bei: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. VIII, Verfahren Nr. 1414, S. 283–292.

waren (offizieller Grund: zu geringe Lüftungsleistung der Luftschutzanlage für alle). Außerdem wurde ihm angelastet, dass er des Öfteren deutsche Mitarbeiter und Fremdarbeiter bei dem Abwehrbeauftragten der Firma Geisendorf angeschwärzt habe.

In einer durchaus vorsichtigen Beweisführung kam das Landgericht Chemnitz zu dem Schluss, dass Uhlig zwar jeweils in einer Zwangslage gewesen sei, er jedoch durchaus andere Mittel gehabt hätte, um die ihm bekanntgewordenen Verstöße milder zu ahnden, ohne dass er selbst dadurch in Gefahr gekommen wäre. Dem Angeklagten Müller hielt das Gericht zugute, dass er als ehemaliges SPD-Mitglied unter besonderer Beobachtung des betrieblichen Abwehrbeauftragten gestanden habe.

Nach den Ermittlungen gegen Verantwortliche des HASAG-Konzerns (siehe weiter unten) fand der von der Zahl der Angeklagten her zweitgrößte Verfahrenskomplex wegen Bahntransporten im April 1945 statt. In zwei Verfahren am 13. Juni 1949 gegen vier Personen und am 8. Juli 1949 gegen zehn Personen, jeweils vor dem Landgericht Chemnitz, standen die Bahntransporte des KZ Buchenwald beziehungsweise einiger Außenlager des KZ über eine Bahnstrecke im Erzgebirge Richtung Komotau im Zentrum. Im erstgenannten ging es um die Flucht von mehreren Häftlingen bei einem Aufenthalt des Zuges im Bahnhof Pockau-Lengenfeld, etwa Mitte April 1945. Dabei gelang offenbar drei Häftlingen die Flucht aus den Bahnwaggons in das Umland. In der Umgebung des Dorfes Görsdorf konnten sie sich mittels Diebstahls Lebensmittel und Zivilkleidung besorgen. Als der Diebstahl entdeckt wurde, meldete dieses einer der Angeklagten der Gendarmerie. Es kam zu einer Razzia, bei der drei Häftlinge entdeckt und festgenommen wurden. Offenbar war es nicht möglich, die Inhaftierten übergeordneten Polizeidienststellen zu übergeben, so dass man beschloss, sie zu töten. Am nächsten Tag wurden zunächst zwei Häftlinge im nahen Wald erschossen, der dritte versuchte zu entfliehen, wurde jedoch angeschossen und anschließend ebenfalls hingerichtet. Ein Angeklagter erhielt wegen Erschießung der Häftlinge auf Befehl fünf Jahre Zuchthaus, die drei anderen wurden wegen Ergreifens der Häftlinge zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt.²⁰⁴

Beim Verfahren am 8. Juli 1949 standen zehn Angeklagte vor Gericht. Ausgangspunkt waren Razzien zur Wiederergriffung von geflüchteten Häftlingen entweder eines ähnlichen Bahntransportes (oder sogar desselben) im Raum Reitzenhain. In dieser Gegend war es bei dem Bahntransport zu Luftangriffen auf die Bahnstrecke gekommen, die zum Stopp des Zuges geführt hatten. Viele Häftlinge hatten die Gelegenheit genutzt, um zu flüchten. Angeklagt waren zwei Mitarbeiter der Gendarmerie sowie acht vor allem in der Landwirtschaft tätige Personen. Wie auch in Pockau-Lengenfeld, entwichen die Häftlinge, diesmal sehr viele, in die Umgebung und versuchten sich Lebensmittel und Kleidung zu verschaffen. Nach Anordnung der Gendarmerie sollten die versprengten Häftlinge zunächst in der Ortschaft Schmiedeberg gesammelt und ihr dann übergeben werden. Bis zu 100 Häftlinge sollten in das benachbarte Steinbach überführt werden, wobei diese die Gelegenheit nutzten, auf dem Marsch ihren gro-

²⁰⁴ Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIII, Verfahren 1433, S. 509–522.

ßen Hunger unter anderem durch Plünderung eines Wagens mit Kartoffeln zu befriedigen. Mit Gewaltmaßnahmen wurde dieses von einigen Angeklagten unterbunden. In Steinbach selbst hatte inzwischen der Volkssturm versprengte Häftlinge gesammelt und bewachte diese. Auch dort hatten Häftlinge versucht, sich Lebensmittel zu verschaffen. Nach dem Eintreffen der Häftlinge aus Schmiedeberg wurden beide Gruppen nach Reitzenhain getrieben, wobei die Häftlinge unterwegs immer wieder um Lebensmittel baten. Auf dem Weg nach Reitzenhain traf der Zug auf SS-Männer, die die Führung des Zuges übernahmen, der weiterhin vom Volkssturm begleitet wurde. Unterwegs kam es immer wieder zur Gewaltanwendung gegen Häftlinge, einer wurde von der SS erschossen. Ein weiterer Zug von gut 20 gesammelten Häftlingen wurde aus Steinbach unter Führung anderer SS-Bewacher losgeschickt. Diese Häftlinge wurden unterwegs von der SS erschossen. Die Mehrheit der Angeklagten war bei den Erschießungen zugegen oder hielt die Häftlinge unter Bewachung und musste sie danach eingraben. Schließlich erfolgten in den nächsten Tagen weitere Transporte ergriffener Häftlinge nach Reitzenhain oder sie wurden der Gestapo in Annaberg übergeben. Die beteiligten SS-Männer standen nicht vor Gericht. Die beiden vor Gericht stehenden Gendarmerieangehörigen wurden zu 15 beziehungsweise fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die anderen erhielten Gefängnisstrafen in einer Spanne zwischen zwei Jahren und sechs Monaten.²⁰⁵

Ermittlungen bezüglich Firmen aus Teil 2

Gegen den Astra-Werke-Firmenchef John E. Greve und den Abwehrbeauftragten Fritz Kluge wurden Ermittlungsverfahren geführt, die jedoch zu keinem Abschluss kamen, da Greve in den Westen geflohen war und der Abwehrbeauftragte Kluge sich in einem sowjetischen Speziallager befand.²⁰⁶ Am 5. Februar 1946 erfolgte eine Anzeige gegen Paul S., bis 1945 Meister bei der Astra AG und danach als Vorarbeiter eingesetzt. Man warf ihm vor, Helferdienste für den Abwehrbeauftragten Kluge geleistet zu haben, indem er nach der Flucht von zwei sowjetischen Kriegsgefangenen ein Tagebuch von ihnen an Kluge aushändigte. Einer der Gefangenen, O(w)bschynikow, wurde getötet.²⁰⁷

Gegen Olga Milda Martha L., eine Mitarbeiterin der Astra-Werke, wurde offenbar vor deutschen Gerichten ein Verfahren geführt, das mit mehrjähriger Haftstrafe endete.²⁰⁸ Der Kommandant des KZ-AL Flossenbürg bei den Astra-Werken, SS-Oberscharführer Willing, soll sich beim Einmarsch der Roten Armee im Mai 1945 erschossen haben.

²⁰⁵ Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIII, Verfahren 1421, S. 319–339. Die in diesem Verfahren verhandelten Todesfälle / Mordbeteiligungen bildeten nur einen Bruchteil der Erschießungen bei der Wiederergreifung der Häftlinge ab, insgesamt dürfte es sich um 218 Todesopfer allein dieser Razzien handeln. Hunderte weitere Menschen haben sowohl den Bahntransport wie den anschließenden Marsch nach Theresienstadt nicht überlebt, siehe NS-Terror und Verfolgung in Sachsen, S. 410 und 547.

²⁰⁶ Schneider, Unternehmensstrategie, S. 455, FN 517, teilt noch mit, dass Kluge verschwunden sei.

²⁰⁷ Siehe hierzu Kapitel 5 und 7.

²⁰⁸ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZB 55 / 118.

In einem anderen Fall wurde gegen Jutta H., geboren 1927, ermittelt, die 1944 ihre Kollegin Irmgard B. wegen ihrer Äußerung des Bedauerns über das misslungene Hitler-Attentat 1944 über den Betriebsobmann der NSDAP, Emil Vettermann, bei der Gestapo denunziert hatte. Irmgard B. befand sich wochenlang in Gestapo-Haft und verstarb mit nur 24 Jahren im Herbst 1945. Da jedoch die Weitergabe der Information an die Gestapo weder für H. noch für Vettermann belegt werden konnte und man daher vermutete, dass die Weitergabe der Information durch den Abwehrbeauftragten Kluge selbst erfolgt war, wurde das Ermittlungsverfahren am 20. Juni 1951 eingestellt.²⁰⁹

Ein anderer Fall betraf die Herm. Riemann-Werke²¹⁰. Deren Abteilungsleiter Herbert Emil L., Mitglied der NSDAP, ging sowohl gegen deutsche als auch sowjetische Arbeiter rücksichtslos vor und denunzierte andere bei der Gestapo. Als etwa der deutsche Arbeiter Ago August C. der Ostarbeiterin Anna half, eine sehr schwere Kiste 50 m weit zu tragen und dann auch noch auf ein Podest zu stellen, bat C. den vorbeikommenden Abteilungsleiter L. um Hilfe. Dieser verweigerte das jedoch und warnte stattdessen: „Sympathisieren mit Russen zieht 2 Jahre Zuchthaus nach sich“. C. wurde als Strafe an einen anderen Arbeitsplatz versetzt. Andere Arbeiterinnen wurden immer wieder schikaniert und beschwerten sich erfolgreich bei der DAF. Ein Verfahren gegen den Abteilungsleiter wurde offenbar nicht eröffnet.

Gegen Kurt W., Meister in der Bottichfabrik Firma Rudolf Then in der Bernsdorfer Straße, lagen mehrere belastende Aussagen über die Misshandlung von Zwangsarbeitern vor; der Vorwurf wurde jedoch im Jahr 1949 eingestellt.²¹¹

Bezüglich der Firma Hamel-Werke wurde gegen den ehemaligen Betriebsobmann der NSDAP, Walter Alfred G.²¹², ermittelt. Er hatte am 28. August 1944 einen Mechaniker der Astra-Werke, Erich K., angezeigt, der in der Firma Hamel Buchungsmaschinen repariert hatte. K. war Hörer des Senders Calais und daher über den Kriegsverlauf gut informiert; so äußerte er des Öfteren während der Arbeitseinsätze bei den Hamel-Werken, dass der Krieg bald zu Ende sei. Aus Aussagen seiner Frau kann man rekonstruieren, dass K. nach seiner Verhaftung bis 30. Oktober 1944 im Gefängnis auf der Chemnitzer Hartmannstraße 24 war, dann ins KZ Flossenbürg überstellt wurde, später ins KZ Dachau kam und schließlich Ende November 1944 ins KZ Auschwitz transportiert wurde. Offenbar ist er dort – möglicherweise auch auf den im Januar 1945 einsetzenden Auschwitzer Todesmärschen – zu Tode gekommen, denn ein letzter Brief an seine Frau datiert vom 7. Januar 1945. Der zweite Vorwurf bezog sich auf die Behandlung von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen. G. habe sogar eine zwei Mann starke Schlägertruppe, die sogenannten Russenschläger, im Betrieb gehabt, die seinen Willen bei diesen mit Gewalt durchsetzten. Wie das Verfahren ausging, konnte noch nicht eruiert werden.

²⁰⁹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0678.

²¹⁰ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 54 / 0183.

²¹¹ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZD 54 / 3262 / 08.

²¹² Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0677.

Auch ein Betriebsleiter wurde vor Gericht gestellt. Otto Erich L.²¹³ war von 1939 bis 1944 Betriebsleiter der Firma Krautheim in Chemnitz-Altendorf. Man warf ihm Tötlichkeiten und rüden Umgangston mit Zwangsarbeitern vor, aber auch Denunziationen von deutschen Arbeitern bei der Gestapo. Mehrere Zeugen bestätigten entsprechende Vorfälle in der Firma. Obwohl L. bestritt, Ostarbeiter misshandelt zu haben, sprach ihn das Landgericht Leipzig aufgrund der Zeugenaussagen am 20. Juli 1948 schuldig und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Bei der Firma Richard Leppert KG aus Limbach-Oberfrohna wurde Lagerleiter Johannes Sch. wegen brutaler Behandlung von Zwangsarbeitern am 12. Januar 1949 zu einer hohen Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt, die er bis zu seiner Amnestierung am 5. Mai 1955 in Bautzen absitzen musste. Laut Gericht war er unter anderem dafür verantwortlich gewesen, dass zwei Ostarbeiter²¹⁴ in ein Arbeitserziehungslager gekommen waren.

Ein besonders brutaler Fall, siehe Liste Fall Nr. 1681, kam im Februar 1948 vor dem Landgericht Chemnitz zur Verhandlung. Es ging dabei um die Hinrichtung von insgesamt fünf KZ-Häftlingen des Lagers Plaue bei Flöha, das zu den Leipziger Erla-Werken gehörte und unter dem Tarnnamen „Fortuna-Werke“ geführt wurde. Hier hatten Häftlinge immer wieder private Dinge (Feuerzeuge, Fingerringe) hergestellt, die sie gegen Lebensmittel von deutschen Arbeitskollegen eintauschen konnten. Dieses galt offiziell als „Pfuscharbeit“ und wurde politisch als Sabotage eingestuft. Zur Abschreckung wurden daher im Juli 1944 zunächst drei Häftlinge unbekannter Nationalität erhängt. Trotzdem versuchten die anderen Häftlinge weiter, ihre kärglichen Mahlzeiten durch die Erzeugung und den Tausch solcher Gegenstände aufzubessern. Daher wurden im November 1944 zwei weitere Hinrichtungen durch öffentliches Erhängen im Werk unter Anwesenheit aller KZ-Häftlinge vollzogen. Den Tod fanden zwei junge Männer aus Osteuropa (unklar, ob Polen oder Russen). Verurteilt wurden Werksleiter Günther zu 20 Jahren Zuchthaus sowie der als Meister arbeitende Paul Krumfort zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.²¹⁵

Verfahren gegen HASAG-Mitarbeiter

Von den Mitarbeitern der HASAG wurde eine ganze Reihe vor sächsische Gerichte gestellt; dieses betraf jedoch nicht die höchste Betriebsebene. Nachdem Generaldirektor Paul Budin als prominenteste und am stärksten in das NS-System eingebundene Führungsperson der HASAG kurz vor Kriegsende vermutlich Selbstmord begangen hatte, wurden nach der Übernahme Leipzigs durch sowjetische Besatzungstruppen am 1. Juli 1945 die Vorstandsmitglieder Hugo

²¹³ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZD 54 / 4683.

²¹⁴ Staatsarchiv Chemnitz, Best. 39074, Objekt 14 ZA 55 / 0634.

²¹⁵ Siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XI, Nr. 1681, S. 595–608; siehe auch BStU, Ast. Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt, C Ast 145 / 47. Der SS-Lagerführer Brendel war in den Westen gegangen und wurde dort 1961 wegen Tötungshandlungen im KZ-Sonderlager Hinzert angeklagt, jedoch freigesprochen. Für seine Tätigkeit im Lager Plaue wurde er nicht zur Rechenschaft gezogen, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 479.

Zinsser und Hans Führer nur kurzzeitig inhaftiert. Der Nachfolger Budins, Georg Mumme, wurde von einem SBZ-Gericht offenbar in Abwesenheit zu zehn Jahren Haft verurteilt, da er vorher in die Westzonen geflüchtet war.²¹⁶

Mehrere Gerichtsverfahren waren jedoch gegen das Werkschutzpersonal und die Sicherheitskräfte gerichtet. Der Lagerkommandant des KZ-Außenlagers, Wolfgang Plaul, konnte nicht belangt werden, weil er laut Gericht spurlos verschwunden war. Der Werkschutzmann Kurt Fischer erhielt eine Strafe von drei Jahren Haft.²¹⁷ Zwei Aufseherinnen des KZ-Frauenlagers der HASAG wurden von ausländischen Gerichten verurteilt. So erhielt etwa Ingeborg Schulz wegen Häftlingsmisshandlungen von einem französischen Gericht fünf Jahre Gefängnis. Ein polnisches Gericht verurteilte die Oberaufseherin Luise Danz unter anderem ebenfalls wegen Häftlingsmisshandlungen zunächst zu lebenslanger Haft, ehe diese Strafe später auf zehn Jahre reduziert wurde.²¹⁸

Zwei der umfangreichsten Prozesse in der SBZ richteten sich jedoch gegen Tötungshandlungen in den polnischen Betrieben der HASAG (Skarżysko-Kamienna und Czechochowa / Tschenschowau). Sie fanden in Leipzig Ende 1948 und Mitte 1949 unter großer Publikumsbeteiligung und starkem Presseecho statt. So wurde der Skarżysko-Kamienna-Prozess extra in Räume einer Baumwollspinnerei verlegt, die Platz für bis zu 1.500 Zuschauer bot. Die Leipziger Volkszeitung berichtete von allen 16 Verhandlungstagen jeweils auf ihrer ersten Seite. Insgesamt wurden in beiden Prozessen 44 Angeklagte verurteilt, und etwa 160 ehemalige Zwangsarbeiter aus mehreren Besatzungszonen traten als Zeugen auf. Die Angeklagten bestanden sowohl aus ehemaligen leitenden Mitarbeitern als auch aus Meistern, Vorarbeitern und Arbeitern sowie Angehörigen des Werkschutzes.²¹⁹

Beide Prozesse wiesen darüber hinaus weitere Besonderheiten auf.²²⁰ Erstens gingen die Prozesse von einer zufälligen Begegnung eines früheren HASAG-Mitarbeiters mit ehemaligen jüdischen Zwangsarbeitern aus den polnischen HASAG-Werken aus. Karl Herold, Meister der HASAG in Kamienna, traf zufälligerweise 1947 in München einen ehemaligen weiblichen Häft-

²¹⁶ Haikal, Einige Bemerkungen, S. 82 f.

²¹⁷ Haikal, Einige Bemerkungen, S. 84. Plaul war zu der Zeit schon Jahre vorher aufgrund eines SMT-Todesurteil hingerichtet worden, siehe FN 176.

²¹⁸ NS-Terror und Verfolgung, S. 495. Ein später wegen Mordes gegen Danz neu eröffnetes Ermittlungsverfahren in Westdeutschland wurde auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustands jedoch eingestellt, siehe ebenda, S. 495.

²¹⁹ Haikal, Einige Bemerkungen, S. 84 f. Dass in diesem Prozess nicht auch auf Verbrechensvorgänge in den deutschen HASAG-Standorten eingegangen wurde, ordnet Haikal in das Bemühen der SED-Führung ein, die Wiedereingliederung ehemaliger NSDAP-Mitglieder nach dem offiziellen Ende der Entnazifizierung Mitte 1948 nicht zu kompromittieren, siehe Haikal, Einige Bemerkungen, S. 85. Belege für diese These legt er jedoch nicht vor.

²²⁰ Die folgenden Ausführungen beruhen zum einen auf einem Bericht von Andrea Lorz, Die vergessene Aufarbeitung: 60 Jahre Leipziger Prozesse um die nationalsozialistischen Verbrechen in den HASAG-Werken in Skarżysko-Kamienna und Czechochowa“, in: <https://4calender.boell.de/sites/default/files/6783.pdf>. Es handelt sich dabei um ein bearbeitetes Manuskript eines Vortrags der Autorin vor dem BVerwG Leipzig am 30. September 2009.

ling, dem er in Kamienna das Leben gerettet hatte. Die folgenden Gespräche mit anderen Häftlingen in München warfen die Frage auf, wo sich HASAG-Mitarbeiter aufhalten würden, die Häftlinge vielfach gequält hatten. Schließlich wandten sich Herold und einige ehemalige Zwangsarbeiter an das Zentralkomitee der befreiten Juden in der amerikanischen Zone und gaben dort erste eidesstattliche Erklärungen zu den Verbrechen in Skarżysko-Kamienna ab. Das Zentralkomitee sprach die Jüdische Gemeinde in Leipzig an, die diese Aussagen am 27. Juni 1947 an die Leipziger Kriminalpolizei weiterleitete. Die Zeit für einen Prozess drängte – das war die zweite Besonderheit –, denn die noch lebenden jüdischen Zeugen saßen in den Westzonen quasi auf gepackten Koffern, da ihre Ausreise als DPs jederzeit bevorstand und sie damit in einem Prozess nicht mehr als Zeugen dienen konnten. So wurden aufgrund systematischer Ermittlungen des Zentralkomitees im Westen weitere Zeugen ermittelt wie auch durch zufällige Begegnungen andere belastete, und etwa in Leipzig wohnende Personen verhaftet.²²¹

Insgesamt waren während der Ermittlung für die Vorbereitung des Prozesses 45 Personen verhaftet und entsprechende Ermittlungen durchgeführt worden.²²² Aus prozessökonomischen Gründen wurde ein Teil der Verfahren abgespalten und gegen die Angeklagten in einem weiteren Prozess 1949 wegen ihrer Tätigkeit im Werk Tschenschow verhandelt. Der erste Prozess begann am 15. November 1948 gegen 25 Angeklagte, in dem großen Saal der Baumwollspinnerei. Die Urteilsverkündung am 22. Dezember 1948 fand sogar in der Kongresshalle in Leipzig statt.

Bei den Angeklagten handelte es sich im Wesentlichen um eine mittlere Betriebsebene („Fußvolk der Endlösung“²²³), aber auch um einige leitende Angestellte der Werke in Skarżysko-Kamienna. Hans Rost wurde als Betriebsleiter von Werk C für Misshandlungen und Tötungen von polnischen und jüdischen Arbeitern schuldig gesprochen. Willi Seidel war ebenfalls Betriebsleiter und an Tötungen von Zwangsarbeitern beteiligt, Alfred Wagner Meister und in Tötungen involviert. Gleiches galt für Reinhard Neumerkel. Felix Krebs und Marianne Tiedge wurden gleichfalls für beide Delikte schuldig gesprochen. Zehn weitere Angeklagte verurteilte das Gericht wegen Misshandlungen von Zwangsarbeitern und deren grausamer Behandlung. Vier weitere erhielten Strafen für die völkerrechtswidrige Behandlung der polnisch-jüdischen Betriebsmitarbeiter. Verurteilt wurde auch der kaufmännische Direktor des HASAG-Werks, dem die Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie die Duldung der völkerrechtswidrigen Behandlung der Juden zur Last gelegt wurden. Von den restlichen vier

²²¹ Ausführlicher dazu Lorz, S. 12 f.

²²² Zwei Personen, gegen die ermittelt wurde, standen nicht vor Gericht. So wurde Anton Ipfling, der in Leipzig vor Gericht gestellt werden sollte, von westdeutschen Behörden nicht ausgeliefert. Egon Dalski, Werksdirektor in Kamienna, war in westlicher Internierung gewesen, siehe Weinke, S. 45, FN 119 und S. 321, FN 35. Nach Angaben von Lorz wurde Dalski in den beiden großen HASAG-Prozessen nicht angeklagt, Lorz, S. 7.

²²³ So die Charakterisierung der Täter von Lorz, S. 5 mit Hinweis auf den Historiker Klaus-Michael Mallmann. Es handelte sich bei den Angeklagten um Betriebsleiter, Meister, stellvertretende Meister sowie verschiedene Vorarbeiter. Einige waren auch für den Werkschutz tätig gewesen, siehe ebenda, S. 5.

Angeklagten wurden drei ebenfalls der völkerrechtswidrigen Behandlung der Juden im Arbeitslager für schuldig befunden; bei einem Angeklagten erging ein Freispruch.²²⁴

Von den 24 Verurteilten erhielten die ersten vier die Todesstrafe, Krebs und Tiedge lebenslänglich Zuchthaus. Die folgenden Zeitstrafen beliefen sich auf zweimal 15 Jahre, zweimal zwölf Jahre, einmal elf Jahre, dreimal zehn Jahre, einmal neun Jahre, viermal acht Jahre, zweimal sechs Jahre und einmal vier Jahre Zuchthaus. Es gab auch Gefängnisstrafen, einmal zwei Jahre und sechs Monate und einmal ein Jahr. Die Todesurteile wurden im Gefängnis des Landgerichts Dresden am 16. März 1950 vollstreckt.²²⁵

Das zweite große HASAG-Verfahren begann am 24. Mai 1949 und endete, noch schneller als das erste, sogar nach weniger als einem Monat Verhandlungsdauer mit den Urteilen am 17. Juni 1949. Der Hauptanklagepunkt bestand aus dem Verbrechenskomplex im HASAG-Produktionsstandort Tschenstochau. Ursprünglich war, wie der Gerichtsvorsitzende am 28. März 1949 dem sächsischen Justizministerium mitteilte, zunächst gegen zwölf Personen ermittelt worden; gegen zehn andere liefen noch Ermittlungen. Während der Gerichtsverhandlung wurde ein als Zeuge Benannter gleichfalls verhaftet, gegen insgesamt drei Beschuldigte wurde das Verfahren wegen Krankheit und weiteren Ermittlungserfordernissen abgetrennt. Damit blieb die Gerichtsverhandlung gegen 20 Personen erhalten.²²⁶ Das bereits für den ersten Prozess gegen das Personal von Skarżysko-Kamienna ursprünglich vorgesehene Reichsgerichtsgebäude in Leipzig wurde nun als Verhandlungsort genutzt.

Die Anklage richtete sich wiederum gegen eine ganz unterschiedliche Gruppe von Angeklagten. An der Spitze stand Horst Spalteholz, der ab 1. April 1943 Betriebsleiter des Werks gewesen war. Auch Willi Bro. arbeitete die letzten Monate als Werkleiternachfolger von Spalteholz. Mehrere der Angeklagten waren Schichtführer, Vizemeister, Leiter der Schlosserei oder Magazinverwalter. Ein Angeklagter war kaufmännischer Direktor gewesen. Werkschutzaufgaben in den verschiedenen Arbeitslagern hatten ebenfalls mehrere Angeklagte wahrgenommen. Ein weiterer Beschuldigter war Mitglied der SS und als solcher für den Wachschatz im Arbeitslager Schlieben zuständig, wo auch ein weiterer Angeklagter Meister des dortigen Werks gewesen war. Zwei Angeklagte arbeiteten im Tschenstochauer Werk als Mitarbeiter der Leipziger Baufirma Wendt.²²⁷

²²⁴ Das Urteil im ersten Kamienna-Prozess ist abgedruckt bei: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. IX, Verfahren 1511, S. 523–572. Zum Schuldanteil der einzelnen Angeklagten und ihren persönlichen Werdegängen siehe ebenda, S. 526–538. In einem weiteren Teil würdigte das Gericht den Sachverhalt bezüglich der einzelnen Angeklagten rechtlich, siehe ebenda, S. 539–560.

²²⁵ Lorz, S. 18.

²²⁶ Lorz, S. 15 f.

²²⁷ Zu den beruflichen Biographien der 20 Angeklagten siehe genauer Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. VIII, Verfahren 1432, S. 462–468. Praktisch allen Angeklagten wurde die Unterstützung des NS-Systems zur Last gelegt, ein Teil von ihnen war auch Mitglied der NSDAP gewesen. Mehrere Angeklagte waren 1946 der SED beigetreten.

Die insgesamt 20 Angeklagten erhielten, wie bereits in ersten Prozess geschehen, sehr unterschiedliche Strafen. Gegen Spalteholz und Wittig (Magazinverwalter) wurde wegen Grausamkeiten und der Tötung von Zwangsarbeitern die Todesstrafe verhängt. Döring (Schichtführer) wurde wegen besonders grausamer Behandlung von Zwangsarbeitern ebenfalls zum Tode verurteilt. Günther (stellvertretender Meister) und Lamkewitz (Meister im Zweigwerk Schlieben) erhielten wegen desselben Verbrechens lebenslängliche Zuchthausstrafen. Ein Werkschutzmann wurde wegen seiner Beteiligung an Tötungen und grausamen Behandlungen der Zwangsarbeiter zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei Mitarbeiter in den Werken wurden wegen grausamer Behandlung der jüdischen Arbeitskräfte mit je zwölf Jahren Zuchthaus bestraft. Wegen derselben Tatvorwürfe erhielten ein Angeklagter eine Strafe von elf, drei Angeklagte zehn und eine Angeklagte acht Jahre Zuchthaus. Drei Personen wurde verurteilt, weil sie sich an Grausamkeiten gegenüber den Zwangsarbeitern beteiligt hatten, zwei wurden wegen körperlicher Misshandlung beziehungsweise Ausnutzung ihrer Stellung zu Gewalttätigkeiten abgeurteilt. Sie erhielten unterschiedliche Zuchthaus- beziehungsweise Gefängnisstrafen zwischen drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus bis zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter bekam schließlich eine Strafe von einem Jahr Gefängnis, weil er seine Fürsorgepflichten als Transportführer eines Bahn-Evakuierungszuges im April 1945 vernachlässigt hatte.²²⁸ Der Angeklagte, der als kaufmännischer Direktor tätig gewesen war, wurde freigesprochen.

Die drei zum Tode verurteilten Angeklagten wurden am 10. August 1954 im Hof des Landgerichts München mit der Guillotine hingerichtet, am 12. August 1954 auch Walter Kurt Linzner, dessen Verfahren im Tschenstochau-Prozess abgetrennt und dessen Todesurteil am 29. Juli 1949 verkündet worden war.²²⁹

Mit einem einzelnen Nachfolgeverfahren fanden die Prozesse wegen der Verbrechen in den HASAG-Werken in Polen ihren Abschluss. Am 20. Oktober 1949 wurde Albert Wun., dessen Verfahren im Tschenstochau-Prozess wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt worden war, vom Landgericht Leipzig zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war im dortigen Werk im Jahr 1943 als Magazinleiter tätig gewesen. Das Gericht warf ihm vor, sich an Grausamkeiten gegen die jüdischen Zwangsarbeiter beteiligt zu haben sowie bei den Selektionen zugegen gewesen zu sein.²³⁰

Diese wie auch die anderen bis dahin vor deutschen SBZ- / DDR-Gerichten durchgeführten Prozesse hielten der Überprüfung durch bundesdeutsche Rehabilitierungsgerichte nach dem Ende der DDR stand. Es waren keine Schnellgerichte, und sie urteilten auch differenziert, wie sich nicht zuletzt in den genannten Strafen bei den beiden HASAG-Hauptprozessen gezeigt hatte. Zudem wurden vielfach Zeugen herangezogen. Die Prozesse waren zudem weitgehend

²²⁸ Zu diesen Hauptanklagepunkten siehe Rüter, *DDR-Justiz und NS-Verbrechen*, Bd. VIII, Verfahren 1432, S. 458–461.

²²⁹ Lorz, S. 17 f.

²³⁰ Rüter, *DDR-Justiz und NS-Verbrechen*, Bd. VII, Verfahren 1369, S. 521–527.

rechtsstaatsgemäß, auch wenn mit Befehl 201 der SMAD vom 16. August 1947 eine Veränderung der Verfahren einherging und neue sogenannte 201er-Strafkammern gebildet worden waren, in denen der Einfluss von neuen Juristen größer wurde.²³¹ Christian Meyer-Seitz wertet nach einer Untersuchung von 1.000 Urteilschriften insgesamt die 201er-Verfahren anders als die frühere (westdeutsche) Forschung. Er konstatiert nur wenige direkte Eingriffe der SED-ZK-Abteilungen und spricht den Kammern eine weitgehende Unabhängigkeit bei insgesamt differenzierten Urteilsprüchen zu.²³²

Dass manche der Prozesse, etwa der Radeberg-Prozess im September 1945, der Görlitzer Prozess 1948²³³ wie auch die beiden HASAG-Prozesse 1948 und 1949, vor großem Publikum stattfanden und neben ihrer Funktion zur Bestrafung von NS-Tätern auch mit zur Legitimation des neuen Staats beziehungsweise der neuen gesellschaftlichen Ordnung als antifaschistische Antwort auf das NS-System beitragen sollten, ist ersichtlich, spricht aber als solches nicht gegen die Verfahren, und schon gar nicht gegen sie als Quelle für Forschungen über die verhandelten Geschehnisse.

Waldheimer Verfahren

Die Waldheimer Verfahren im Jahre 1950 erfordern schon eine andere Bewertung. Grundlage ihrer Durchführung war die Entscheidung der Sowjetunion, ihre drei in der DDR noch in Betrieb befindlichen Speziallager Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen Anfang 1950 endgültig zu schließen und dafür die Häftlinge entweder zu entlassen oder an andere Organe zu übergeben. Ein Teil der bereits von SMT verurteilten und dort auch einsitzenden Häftlinge wurde entlassen (5.504) und ein Teil dem DDR-Strafvollzug übergeben (10.513), ein weiterer Teil wurde in die UdSSR deportiert (649). Mehrere Hundert bisher nicht-verurteilte Häftlinge wurden sowjetischen Ermittlungsorganen übergeben und anschließend von sowjetischen Sonder-Gerichtsorganen verurteilt.²³⁴ Der größte Teil der bisher nicht-verurteilten

²³¹ Lorz, S. 19. So gehörten von den 33 Richtern der sächsischen 201er Kammern immerhin 16 der SED, vier der CDU oder LDPD an. Lediglich in Thüringen überwog mit zehn parteilosen Richtern dieser den Anteil der SED-Mitglieder mit sechs, siehe Wieland, S. 33. Die Richter firmierten unter der neuen Bezeichnung Volksrichter und rekrutierten sich vor allem aus älteren Antifaschisten und ehemaligen KPD-Mitgliedern. Demgegenüber kamen die meisten Richter der Schwurgerichtskammern, die zuvor für diese Verfahren zuständig gewesen waren, eher aus dem nicht-NS-belasteten Bürgertum, so Weinke, S. 44.

²³² So die bei Weinke geschilderte Wertung von Meyer-Seitz, siehe Weinke, S. 47.

²³³ Weinke wertet diesen Prozess, den wir schon in unserer Studie NS-Terror und Verfolgung in Sachsen geschildert haben, als einen Schauprozess, der „die Rechtsprechung der 201er Kammern propagandistisch grundieren sollte“, siehe Weinke, S. 49.

²³⁴ Die allermeisten von ihnen wurden nicht vor SMT gestellt, sondern von sogenannten Ferntribunalen des NKWD verurteilt, das heißt in Abwesenheit und ohne eigene Beweiserhebung, siehe Klaus-Dieter Müller, Verurteilte in den Haftanstalt Waldheim 1950–1955, in: Norbert Haase / Bert Pampel (Hg.), Die Waldheimer „Prozesse“ – fünfzig Jahre danach. Dokumentation der Tagung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 28. und 29. September 2000 in Waldheim (= Juristische Zeitgeschichte, Nr. 11), Baden-Baden 2001, S. 74–99, hier S. 97.

Häftlinge wurde freilich in die Freiheit entlassen (9.534), 3.432 Personen aber übergaben die sowjetischen Organe an die DDR, um sie in den schon genannten Waldheimer Verfahren abzuurteilen, und zwar möglichst schnell.²³⁵

Belastet waren die Waldheimer Prozesse durch drei politische Vorgaben, die sie fundamental von den Gerichtsverfahren der vorhergehenden vier Jahre unterscheiden. Zunächst ist der ungeheure Zeitdruck zu nennen, da die Verfahren innerhalb weniger Monate abzuschließen waren. Zum zweiten handelte es sich – wie bei den SMT-Verfahren – um Geheimprozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit, in denen den Angeklagten keine wirklichen Verteidigungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, es waren im wörtlichen Sinn kurze Prozesse. Und zum dritten sollte sich das Strafmaß, da es sich um inhaftierte Nichtverurteilte der Sowjetunion handelte, an den von SMT üblicherweise ausgesprochenen Strafen orientieren (damals zumeist 25 Jahre, 20 Jahre, zehn Jahre Haft).²³⁶

Lediglich zehn ausgewählte Verfahren fanden tatsächlich vor einer erweiterten Öffentlichkeit im Rahmen der normalen Strafprozessordnung statt, das heißt es gab (schon aus der Zeit vorher) umfangreiche deutsche Ermittlungen, Verteidiger und Zeugenauftritte (wir gehen darauf später noch näher ein).²³⁷

Über 3.300 Verfahren²³⁸ wurden jedoch in Geheimprozessen innerhalb weniger Monate abgeschlossen, da die Zeit nicht für ausreichende Ermittlungen ausgereicht hatte. Dieses hatte zur Folge, dass als Beweismittel für tatsächliche Verbrechen nicht eigene Ermittlungen der SBZ- oder DDR-Untersuchungsorgane und etwa Zeugen herangezogen werden konnten. Es gab praktisch ausschließlich neben den Aussagen der Beschuldigten selbst *ein* DIN-A-4-Blatt aus einer sowjetischen Untersuchungsakte. Letzteres basierte auf einer Eingangsbefragung der 1945 und 1946 Verhafteten und enthielt nur in wenigen Sätzen Aussagen zur Sache. Dieses Blatt bildete, wie auch von Revisionsinstanzen der DDR-Oberlandesgerichte betont wurde, für die Gerichte der unteren Instanz eine unumstößliche Beweisgrundlage.

Ein Fall soll das veranschaulichen. Bei einem Häftling hieß es als Beschuldigung: „H. war eifriger Faschist und diente von 1932 bis zum Tage der Kapitulation Deutschlands in der 'SS', in welcher er als Scharführer eine führende Stellung innehatte. Im März 1933 nahm er aktiv an der Zerschlagung der kommunistischen Partei in ... und an der Verhaftung von 25 Kommunis-

²³⁵ Zahlen bei Wieland, S. 54. Im Herbst 1949 hatte eine sowjetische Untersuchungskommission diese Entscheidung inklusive genauer Kontingentfestlegungen und Größe der Gruppen getroffen.

²³⁶ Zu den strafprozessual grundlegenden Mängeln dieser Schnellverfahren und den politischen Vorgaben siehe Wieland, S. 55–57 sowie auch Weinke, S. 70–73.

²³⁷ Die zehn offenen Prozesse hatten wohl auch die Funktion nahezu legen, dass auch in den anderen über 3.300 Schnellverfahren ähnlich belastete Personen verurteilt worden seien, so Weinke, S. 71. Ursprünglich waren etwa 50 bis 60 öffentliche Verfahren geplant, jedoch reichten hierfür offenbar die belastbaren Beweise nicht aus, siehe Weinke, S. 70 f. Neben den öffentlichen Verfahren hatten nur die Angeklagten in den mit Todesurteilen endenden Prozessen einen Verteidiger.

²³⁸ Eine kleine Anzahl von Verfahren (162) hatte auch mit Tatkomplexen nach dem 8. Mai 1945 zu tun, da sich auch solche Personen in den Speziallagern befunden hatten, Wieland, S. 56.

ten teil, welche er misshandelte und schlug.“ Er kam am 10. Februar in Waldheim an, am 10. Mai 1950 wurde das Untersuchungsverfahren eröffnet und nach zwei Tagen abgeschlossen. Als offizieller Untersuchungs-Haftbeginn wurde der 16. Mai bestimmt. Die Anklageschrift vom 11. Mai 1950 ordnete ihn als Hauptschuldigen nach KD 38 ein, vom LG Chemnitz in Waldheim wurde er am 16. Mai 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die sowjetischen Lagerunterlagen hatten ihn ganz einfach als Scharführer SS, Arbeitsführer und „eifrigen Nazisten“ beziehungsweise als „SS-Führer“ eingeordnet.²³⁹

Die gut 3.400 bisher nicht-verurteilten Speziallagerhäftlinge wurden in der Haftanstalt Waldheim von Januar bis März 1950 registriert, wie ein Auszug aus dem Hafteingangsbuch belegt.²⁴⁰ Die sowjetische Lagerhaft von zumeist fast fünf Jahren war im Hafteingangsbuch nicht verzeichnet und wurde auch in den Urteilen nicht berücksichtigt.²⁴¹

Wer ist in Waldheim verurteilt worden? Einer Übersicht aller männlichen Verurteilten von Wilfriede Otto ist zu entnehmen, dass drei Prozent unter die Kategorie „Justiz, Polizei, Gestapo“ fielen sowie 40 Prozent unter „Förderung der NS-Herrschaft“, 38,5 Prozent unter „Kriegsverbrechen / Menschlichkeitsverbrechen / Werwolf“ und acht Prozent unter „Denunziation“. Unserer schon genannten Untersuchung von Waldheimkarteikarten im Umfang von 1.300 Verurteilten (also gut 40 Prozent aller Verurteilten) ist zu entnehmen, dass darin die entsprechende Kategorie Justiz / Polizei / Gestapo bei 3,5 Prozent liegt, Förderung der NS-Herrschaft bei 42,6 Prozent und Kriegsverbrechen / Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei 35,8 Prozent sowie Denunziation bei 6,8 Prozent. Was verbarg sich in den sowjetischen Unter-

²³⁹ Fall geschildert bei Klaus-Dieter Müller, Verurteilte, S. 89 f. Ein solches Blatt ist auch abgedruckt bei: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIV, S. 426.

²⁴⁰ Der Verfasser Klaus-Dieter Müller hat vor gut 20 Jahren Haftdaten zu den Waldheimverurteilten bearbeiten lassen, siehe hierzu Klaus-Dieter Müller, Verurteilte. Auszug aus dem Hafteingangsbuch in: ebenda, S. 76.

²⁴¹ Siehe Karteikarte Waldheim zu einem Verurteilten, der am 7. März 1950 in Waldheim registriert und am 20. Mai 1950 zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Als Beginn der Strafzeit galt das Gerichtsurteil und nicht die auf der Karteikarte auch verzeichnete Inhaftierung am 18. Juni 1945, siehe abgedruckte Karteikarte bei: Klaus-Dieter Müller, Verurteilte, S. 79. Bei den 1951 und 1952 Nachverurteilten (sie waren aus Gesundheitsgründen 1950 nicht verhandlungsfähig gewesen) wurde die sowjetische Haft berücksichtigt. Sie erhielten Haftstrafen von gut sieben Jahren, so dass bereits Wochen nach dem Urteil ihre reguläre Entlassung anstand, siehe Klaus-Dieter Müller, Verurteilte, S. 98. Hierzu war bereits 1950 eine Weisung vom ZK der SED ergangen, bei bald Freizulassenden (aber noch zu Verurteilenden) die Internierung anzurechnen, Weisung zitiert in: Falco Werkentin, Die Waldheimer „Prozesse“ – ein Experimentierfeld für die künftige Scheinjustiz unter Kontrolle der SED?, in: Haase / Pampel, S. 6–26, hier S. 18. Dort auch ausführliche Darstellung zu Vorbereitung, Durchführung und Steuerung dieser Prozesse durch die entsprechende SED-ZK-Abteilung. Bis auf einige wenige sind die in Waldheim Verurteilten bereits nach wenigen Jahren wieder aus der Strafhaft entlassen worden, siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIV, S. VI. Im Zusammenhang mit der sowjetischen Amnestie von 1955 für die in der Sowjetunion einsitzenden deutschen Verurteilten (sowohl wegen NS- wie antisowjetischen Verbrechen) wurde auch in der DDR eine Amnestie durchgeführt. Im Rahmen von Strafdauerherabsetzungen wurde auch der überwiegende Teil der „Kriegsverurteilten“ (gemeint: wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in mehreren Schüben freigelassen. Dies betraf sowohl die von DDR-Gerichten (inklusive Waldheim-Verfahren) wie SMT Verurteilten. Bis etwa Ende 1955 wurde allein die Hälfte von etwas über 5.000 Verurteilten entlassen. Zum Vorgang bei der Umsetzung der Amnestie siehe BStU MfS AS 2 / 59 mit vielen Angaben zur Anzahl und Zusammensetzung dieses Häftlingskontingents.

lagen hinter diesen Kategorien? Nehmen wir nur die für unser Thema besonders relevante Kategorie Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen. Die sowjetischen Karteikarten enthalten dazu Haftgründe wie Lagerleiter, SU-Bürger geschlagen, Mitarbeiter Straforgane, Polizeimeister, russische Arbeiter gequält, Großgrundbesitzer, Leiter von 14 Kriegsgefangenenlagern und andere mehr. Aus den noch 1949 in den Speziallagern einsitzenden nicht-verurteilten Häftlingen waren – cum grano salis – tatsächlich die am meisten Belasteten ausgewählt worden.²⁴²

In der Bilanz muss man daher für alle Waldheim-Verfahren als ambivalentes Fazit festhalten, dass zwar fast alle Verurteilten einen NS- oder auch NS-Verbrechensbezug aufwiesen (mit Ausnahme der genannten Verfahren wegen Nachkriegsdelikten) und damit keineswegs pauschal „Unschuldige“ oder willkürlich Herausgegriffene abgeurteilt wurden. Dies gilt im Besonderen bei den zum Tode Verurteilten und hingerichteten 24 Personen, bei denen es sich um KZ-Aufseher, Richter mit Todesurteilsverfahren, Personen mit Misshandlungen gegenüber Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern oder an Euthanasie-Morden Beteiligte handelte.²⁴³

Auf der anderen Seite wurden praktisch alle Angeklagten strafprozessualen Sonderregelungen ausgesetzt, die Mindeststandards rechtsstaatlicher Verfahren (die es im Übrigen vorher durch SBZ-Gerichte durchaus gegeben hatte, wie auch vielfältige Entscheidungen deutscher Rehabilitierungsgerichte nach 1990 zeigen) weit unterschritten. Hinzu kommt, dass nur zehn Prozesse vor Publikum stattfanden. Gut 99,7 Prozent waren Geheimverfahren, auch wenn in ihnen in einem erheblichen Umfang schwerwiegende Verbrechenskomplexe zur Anklage kamen. Die frühe DDR-Justiz hat sich damit bewusst der Möglichkeit begeben, noch einmal zu Anfang der 1950er Jahre durch an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten Verfahren die deutsche (ost- wie westdeutsche) Öffentlichkeit über die tatsächlich vielfach begangenen NS-Verbrechen in erheblicher Breite aufzuklären.²⁴⁴

Die gravierenden, auf politischen Vorgaben beruhenden schon weiter oben geschilderten Verfahrensmängel führten denn auch schon wenige Jahre nach Abschluss der Waldheimer Verfahren dazu, dass diese von der westdeutschen Justiz pauschal als rechtsstaatswidrig eingestuft wurden („absolut und unheilbar nichtig“)²⁴⁵ und das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz von 1992 sie gleichfalls als rechtsstaatswidrig charakterisiert. Rüter hat die Waldheimer Verfahren tatsächlich nur wegen ihrer Bedeutung für die Aufklärung von NS-Verbrechen in seine Urteilssammlung aufgenommen, und auch wir haben aus denselben Gründen einige der unser Thema berührenden Fälle mit in unsere Darstellung übernommen.

²⁴² Klaus-Dieter Müller, Verurteilte, S. 93–96.

²⁴³ Zu den sowjetischen Haftgründen der zum Tode Verurteilten siehe Klaus-Dieter Müller, Verurteilte, S. 90–92.

²⁴⁴ So das bittere und berechtigte Fazit zu den Verfahren durch Wieland, S. 58 f.

²⁴⁵ So das Westberliner Kammergericht, das 1954 darüber entscheiden musste, ob einem in Waldheim Verurteilten und bereits Entlassenen ein neues Verfahren wegen desselben NS-Verbrechens gemacht werden könne, so Werkentin, Waldheimer „Prozesse“, S. 8 f. Da die Waldheimer Prozesse für nichtig (damit quasi als nicht geführt gewertet wurden), waren hierdurch alle dort Verurteilten für weitere Anklageerhebungen in der Bundesrepublik verfügbar, wenn denn die Beweislage dieses zuließ.

Im Folgenden wollen wir, Rüter folgend, die Verfahren aus den Waldheimer Urteilen, die sich mit unserer Fragestellung auf sächsische Geschehnisse beziehen, zusammenfassen.

| Datum Verfahren | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Beschuldigung | Sowjetische Beschuldigung | Angeklagte | Quelle |
|----------------------------|---|--|--|--------------------------------|
| 5.5.1950 | 1944–1945 / Kriegsgefangene / Brücken- berg / Verwalter Kriegsgefangenenlager; Wissen Misshandlung / Erschießung (siehe weiter unten) | Lagerchef Kriegsgefangene | 1 Angeklag- ter 15 J Z | 2002 XIV, S. 7–11 |
| 10.5.1950 | 1941 / Kriegsgefangene / Oelsnitz / Misshandlung / Erschießung Kriegsgefangene Schacht Gottessegen (siehe weiter unten) | Polizist; Lager Kriegsgefangene | 1 Angeklag- ter ²⁴⁶ Todesurteil | 2008 XIV, S. 39–43. |
| 13.5.1950 | 1944–1945 / Zwangsarbeiter / Kamenz / Oberarzt im Zwangsarbeiterlager Daimler- Benz Kamenz (siehe weiter unten) | Lagerkommandant große Sterblich- keit | 1 Angeklag- ter 15 J Z | 2015 XIV, S. 81–85 |
| 17.5.1950 | 1942–1944 / Kriegsgefangene / Zeithain / Sanitätshauptfeldwebel in Lazarett (siehe weiter unten) | Administrator Lager sowjetische Kriegsgefangene | 1 Angeklag- ter 25 J Z | 2019 XIV, S. 103– 107 |
| 17.5.1950 | 1943–1945 / Zwangsarbeiter / Zwickau / Bewachung Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene | Schlug sowjetische Bürger | 1 Angeklag- ter 25 J Z | 2020 XIV, S. 109– 112 |
| 13.6.1950 | u. a. 1944 / Zwangsarbeiter / Dresden / Übergabe Zwangsarbeiter an Polizeipräsi- dium | Mitarbeiter Gendarmerie | 1 Angeklag- ter lebensläng- lich | 2071 XIV, S. 383– 386 |
| 17.6.1950 | 1941–1945 / Zwangsarbeiter / Wuhsen, Gemeinde Nossen / Misshandlung Zwangsarbeiter mit Todesfolge | Kommandant Volkssturm; schlug Fremdar- beiter | 1 Angeklag- ter 25 J Z | 2073 XIV, S. 393– 396 |
| 20.6.1950 | 1945 / Strafgefangene / Meißen / Erschoss zwölf Strafgefangene (siehe weiter unten) | Mitarbeiter Polizei | 1 Angeklag- ter lebensläng- lich | 2075 XIV, S. 401– 406 |

²⁴⁶ In der Speziallager-Datenbank ist er als Karl Sokula verzeichnet. Er war seit dem 9. November 1945 in einem Speziallager in Haft gewesen.

| Datum Verfahren | Tatzeit / Tatkomplex / Tatort / Konkrete Beschuldigung | Sowjetische Beschuldigung | Angeklagte | Quelle |
|--------------------|---|--|-----------------------------------|--------------------------------|
| 23.6.1950 | u. a. 1944–1945 / Arbeitererziehungsla- ger / Radeberg Erschießung von Zwangsarbeitern (siehe weiter unten) | Mitarbeiter Gestapo | 1 Angeklag- ter Todesurteil | 2079 XIV, S. 433– 447 |
| 27.6.1950 | u. a. 1939–1945 / Zwangsarbeiter, Kriegsge- fangene / Sachsen Verantwortung für Behandlung Zwangsarbei- ter, Kriegsgefangene (siehe weiter unten) | Aktives Mitglied der faschistischen Partei | 1 Angeklag- ter Todesurteil | 2081 XIV, S. 455– 467 |

Die in unsere Liste aufgenommenen Verfahren aus der Sammlung von Rüter endeten alle mit hohen und höchsten Strafen. Die Urteilstexte der Fälle Nr. 2002 bis 2073 umfassen maximal eine Länge von zwei Seiten und beinhalten in der Regel das Urteil, dazu kurz die Urteilsgründe unter Einbezug weniger biographischer Angaben sowie den Verweis auf „die Urkunde Blatt 1 der Akten“, womit die schon erwähnte Zusammenfassung der sowjetischen Angaben gemeint war.

Bei Verfahren 2002 wurde dem Lagerverwalter des Kriegsgefangenenlagers zur Last gelegt, dass darin Kriegsgefangene misshandelt und erschossen worden seien. Er habe einen Wehrmachtangehörigen, der einen Kriegsgefangenen erschossen habe, nicht angezeigt. Auch habe er den Vorfall nicht den einmarschierenden Amerikanern gemeldet. „Er hat damit einem Verbrechen“ zugestimmt, wie es im Urteil hieß.

Im Fall 2008 war der Verurteilte ein Bergmann im Schacht Gottessegen im Revier Oelsnitz. Er wurde aus Mangel an Wehrmachtpersonal zur Bewachung von sowjetischen Kriegsgefangenen herangezogen. Unter Tage habe er Kriegsgefangene misshandelt und bei Arbeitsverweigerung gemeldet. Als Wachmann habe er einen fliehenden Kriegsgefangenen erschossen. Obwohl der Angeklagte angab, ein anderer Posten habe auf seinen Warnruf hin den Schuss abgegeben, hielt das Gericht das für unglaubwürdig. Zum Schusswaffengebrauch führte es aus, dass dieser bei Flucht zwar vom Kriegsrecht gedeckt sei, die Wehrmacht sich jedoch an die Genfer Konvention bezüglich sowjetischer Kriegsgefangener nicht gebunden sah, so dass sie die Möglichkeiten des internationalen Kriegsrechts (Schusswaffengebrauch) nicht selbst in Anspruch nehmen durfte.²⁴⁷

Der nächste Fall Nr. 2015 behandelte Geschehnisse im Zwangsarbeiterlager beim Daimler-Benz-Werk in Kamenz. Der Verurteilte war als Arzt nach eigener Aussage nur für die Behandlung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen im Werk selbst, aber nicht im Lager zuständig. Dem folgte das Gericht nicht, denn dieses wäre ein Ausnahmefall, „der schlecht mit den bekannten Ausrottungsmethoden der Nazis in Einklang zu bringen wäre, denn was lag

²⁴⁷ Siehe Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIV, Verfahren 2008, S. 39–43.

den nazistischen Gewalthabern schon an einigen hundert oder tausend Menschenleben?“ Im Übrigen stellte das Gericht fest, dass im Werk selbst Zwangsarbeiter gequält wurden und krank zusammenbrachen, so dass der Betrieb selbst auch als „Arbeitslager“ anzusehen sei, für das der Verurteilte Verantwortung trage.²⁴⁸

Im Verfahren Nr. 2019 stand der Massentod von sowjetischen Kriegsgefangenen im Reservelazarett Zeithain im Mittelpunkt. Angeklagt war ein Sanitätshauptfeldwebel, der dort von September 1942 bis September 1944 Dienst getan hatte. Im Urteil wurden die völlig unzureichenden Behandlungsbedingungen gerade für sowjetische Kriegsgefangene kurz skizziert und es wurde für seine Dienstzeit von zwei Jahren eine Totenzahl von 6.000 Kriegsgefangenen angegeben.²⁴⁹ Zwar habe sich der Angeklagte nicht an Grausamkeiten beteiligt. Er habe aber die Zustände im Reservelazarett gekannt „und trotzdem weiterhin Dienst in diesem Lazarett getan. Das Gericht ist deswegen in freier Beweisführung zu der Überzeugung gekommen, dass der Angeklagte diesen Grausamkeiten, die ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, zugestimmt hat. Bei der Strafzumessung wurde vom Gericht gewürdigt, dass der Angeklagte als Hauptfeldwebel, also als Verwaltungsmann, „keinen allzu großen Einfluss auf diese Grausamkeiten hatte, aber schon die Zustimmung dazu stellt eine derartige Scheußlichkeit und Verwerflichkeit dar, was, wie geschehen, die Erkennung einer harten und doch gerechten Strafe verlangt“.

Auch auf die letzten drei der genannten Prozesse wollen wir zum Abschluss etwas näher eingehen. Dem verurteilten Polizeimitarbeiter in Verfahren Nr. 2075 wurde die Beteiligung an den Erschießungen von ausländischen Häftlingen im Polizeigefängnis von Meißen zur Last gelegt.²⁵⁰ Offenbar hatte es vor dieser Gerichtsverhandlung größere Ermittlungen gegeben, denn das Urteil bezog sich sowohl auf vier Zeugenaussagen wie auch auf das Gutachten eines Sachverständigen. Bereits der berufliche und politische Werdegang des Verurteilten wurde recht ausführlich geschildert. Der Tatbestandsschilderung folgten zwei Abschnitte zur Beweis- und rechtlichen Würdigung wie zur Strafzumessung und Kostenentscheidung. Aus der rechtlichen Würdigung geht hervor, dass der Verurteilte sich mit der Befehlslage rechtfertigte. Aufgrund eines psychologischen Gutachtens konstatierte das Gericht beim Verurteilten zudem

²⁴⁸ Zum KZ-AL Kamenz, das in der Herrenmühle etwa vier km entfernt vom Werk untergebracht war, siehe NS-Terror und Verfolgung, S. 488 f.

²⁴⁹ Die Sterbefallnummern in Zeithain erlauben die Rekonstruktion einer genauen Sterbeverlaufsfeststellung. Tatsächlich lag die Zahl der Verstorbenen in der Dienstzeit des Verurteilten bei circa 10.000 Kriegsgefangenen, siehe Nagel, Das Kriegsgefangenenlager Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, Tabelle 8 S. 68.

²⁵⁰ Nach Aussagen des Verurteilten war an den Erschießungen auch ein Stadtrat Kmoch beteiligt. Wie Rüter angibt, konnten keine deutschen Verfahren gegen Kmoch sowie die weiteren Beteiligten Geissler und Gewohn festgestellt werden. Richard Kmoch konnten wir als Speziallagerhäftling identifizieren. Er wurde am 15. Juni 1945 verhaftet, in ein Speziallager eingewiesen und verstarb dort am 7. März 1946. Als Haftgrund ist vermerkt: Mitarbeiter des deutschen Regimes. Auch in diesem Fall wird deutlich, dass die SBZ- und DDR-Behörden nicht von der sowjetischen Seite über ihre Inhaftierten informiert wurden. 1950 waren eben nur die Angaben zu den in Waldheim Abzuurteilenden übergeben worden. Die Schicksale von Geissler und Gewohn konnten auch von uns mangels weiterer biographischer Angaben nicht ermittelt werden.

eine Neigung zu „blinder Befehlsausübung“. Beides zusammen veranlasste das Gericht, von der Höchststrafe abzusehen und eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verhängen.

Mit dem vorletzten Verfahren Nr. 2079 ist nochmals als einer von drei verhandelten Verbrechenskomplexen das Arbeitserziehungslager Radeberg berührt. Der Angeklagte Friedrich Beyerlein (in der Speziallagerdatenbank als Martin Beyerlein verzeichnet) wurde unter anderem wegen seiner Tätigkeit als Kriminalsekretär der Dresdner Kriminalpolizei zum Tode verurteilt. Sein Urteil ist im Vergleich zu den oben erwähnten Fällen von erheblicher inhaltlicher Aussagekraft, die Akte umfasste immerhin 431 Seiten.²⁵¹ Für unsere Fragestellung ist nach Beyerleins Rückkehr im März 1944 nach Dresden dessen Tätigkeit erst ab März 1945 von Bedeutung. Er wurde in das AEL Radeberg, das zu dieser Zeit bereits auch länger die Funktion eines Erweiterten Polizeigefängnisses der Gestapo innehatte, entsandt, um einige Sloweninnen aus dem AEL zu vernehmen. Mehrere deutsche Zeugen des Verfahrens erinnerten sich an persönliche Vernehmungen durch Beyerlein in Radeberg sowie an die anschließende Hinrichtung von Vernommenen durch die Gestapo, die sicherlich zu Recht Beyerleins Vernehmungsergebnissen zugerechnet wurden. Darüber hinaus ergaben die Zeugenvernehmungen vielfache Fälle von persönlichen Misshandlungen Vernommener. Mit Hinweis auf die Einordnung der Gestapo als verbrecherische Organisation durch den internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sowie die persönlichen Handlungen Beyerleins erkannte das Gericht daher auf eine Todesstrafe.

Das letzte hier vorgestellte Verfahren hat direkt mit unserer Fragestellung zu tun: der Behandlung von Zwangsarbeitern im Arbeitsprozess wie ihren Existenzbedingungen in den Wohnlagern. Angeklagt war der höchstrangige sächsische Repräsentant der für die Wohn- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz zuständigen DAF, Helmuth Peitzsch (Verfahren 2081), ihr Gauobmann ab 1934 und zugleich Reichstagsmitglied ab 1936. Neben seiner führenden Beteiligung an der Entmachtung der Gewerkschaften ab dem 2. Mai 1933 und der vielfachen Verhaftung von Gewerkschaftsmitgliedern sowie der Durchsetzung der NS-Herrschaft auf Betriebsebene bis 1939 wurde ihm die grausame und entwürdigende Behandlung von Zwangsarbeitern und im Arbeitseinsatz befindlichen Kriegsgefangenen in Sachsen vorgeworfen (Punkt D: „Anordnungen für die Behandlung von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen“ im Urteil). Insbesondere verwies das Gericht auf zahlreiche Schreiben und Rundbriefe der DAF – die teilweise auch seine Unterschrift trugen –, in denen die Betriebsführer angehalten wurden, die höchsten Arbeitsleistungen aus beiden Gruppen herauszuholen, in denen Straf- und Diskriminierungsmaßnahmen erläutert wurden oder sogenannte Leistungsernährung gefordert wurde. Insbesondere machte ihn das Urteil, belegt durch individuelle Fälle in verschiedenen Firmen Sachsens (Gußstahlwerke Döhlen, Universelle Dresden, Seidel und Naumann Dresden, Tausende von Verstorbenen in Leipziger Zwangsarbeiterlagern), für die schlechte Behandlung während des Arbeitsprozesses wie auch

²⁵¹ Wieland, S. 58.

für die vielfach unzureichenden Lebensbedingungen in den Lagern verantwortlich. Hierbei vermerkte es insbesondere die schlechte Behandlung von schwangeren Ostarbeiterinnen und den vielfachen Tod ihrer neugeborenen Kinder. Letztlich gab ihm das Gericht die Verantwortung dafür, denn, wie es wörtlich im Urteil hieß, wenn aufgrund dieser Bestimmungen Zwangsarbeiter „erkrankt, verstorben, der Gestapo übergeben (sind) oder es wurden welche auf der Flucht erschossen, so war der Angeklagte der Täter“.²⁵²

Wenn man die Waldheimer Verfahren mit in die NS-bezogenen SBZ- und DDR-Urteile und auch alle Prozesse wegen NS-Verbrechen (nicht nur die mit Todesfolge) einbezieht, so ist die Masse der Gerichtsurteile bereits bis 1950 erfolgt. Nach der offiziellen Statistik der DDR waren dieses bis Ende 1950 12.151, bis Ende 1955 12.766 (dem Jahr der letzten Anwendung von KD 38 und KG Nr. 10²⁵³) und bis Ende 1989 12.890 Verfahren mit Gerichtsurteilen.²⁵⁴

Eine namentlich-statistische Übersicht über sächsische NS-Prozesse, in denen die Handlungen und Taten der Angeklagten zwar Verbrechenstatbestände darstellten, jedoch zumeist keine unmittelbaren Todesfolgen für die ausländischen Betroffenen gehabt hatten, existiert nicht. Die MfS-BV Karl-Marx-Stadt hat jedoch eine Zusammenstellung von NS-Prozessen im

²⁵² Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. XIV, Verfahren 2081, S. 455–467.

²⁵³ Beide alliierten Bestimmungen fanden bis 20. September 1955 Anwendung und wurden dann mit Beschluss des sowjetischen Ministerrates aufgehoben, dem Jahr der offiziellen Souveränität der DDR, Wieland, S. 69.

²⁵⁴ Zahlen errechnet nach Angaben bei Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 97 f. Bis 1964 gab es 12.815 Verfahren, zuzüglich 1.578 Freisprüche und 2.187 Verfahrenseinstellungen, zusammen also 16.580 Ermittlungsverfahren. Das entspricht einem Anteil von 13,2 Prozent eingestellten Ermittlungsverfahren sowie einem Anteil von Freisprüchen unter allen Urteilen von elf Prozent. In einer Zusammenstellung auf der Grundlage von bei Rüter veröffentlichten Urteilen benennen zwei ostdeutsche Autoren die Zahl der in Westdeutschland / Bundesrepublik Deutschland bis 1990 durchgeführten Ermittlungsverfahren (auf der Grundlage eines Artikels in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, Jg. 2008, Nr. 56) mit gut 36.300 Ermittlungsverfahren, die zu 16.740 Angeklagten und zu 6.656 Verurteilten geführt haben. Sie verweisen darauf, dass dieses im Vergleich zur DDR etwa die Hälfte der Verurteilungszahl bei mehr als dreifacher Bevölkerung sei, siehe Dieter Skiba / Reiner Stenzel, Im Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, Berlin 2016, S. 20 f. Die Waldheimer Verfahren sind von ihnen dabei in die Zahl von 12.860 DDR-verurteilten Personen einbezogen worden. Kritisch zu solchen rein zahlenmäßigen Gegenüberstellungen ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen beider Staaten, wie dies auch für die offizielle DDR-Geschichtsschreibung bis 1989 galt, Weinke, S. 17 f. In den Westzonen sind insgesamt zwischen 1946 und 1949 4.419 Personen rechtskräftig verurteilt worden (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen), siehe Weinke, S. 43. Christoph Classen ermittelte für die Periode von 1945–1949 für die Westzonen / Bundesrepublik insgesamt 13.607 Ermittlungsverfahren, für die SBZ / DDR insgesamt 33.654. Ab 1960 sank zwar in beiden Staaten die Zahl der rechtskräftig Verurteilten gleichermaßen stark ab (Bundesrepublik von 1950–1959 1.550, von 1960–1969 288, DDR 4.717 beziehungsweise 54 für beide Perioden), sie blieb von 1960 an bis 1989 im Westen immer höher als in der DDR, siehe Christoph Classen, Was bleibt vom >Dritten Reich<? Der Umgang mit dem Nationalsozialismus im geteilten Nachkriegsdeutschland, in: Süß / Süß, S. 311–330, hier Tabelle S. 319. Etwas andere Zahlen nennt eine Zusammenstellung des Bundesarchivs – Außenstelle Ludwigsburg unter dem Titel Bilanz der Strafverfolgung wegen NS-Verbrechen, Westzonen und Bundesrepublik 1945–2005, in: <http://www.bundesarchiv.de>, ebenfalls auf der Grundlage des oben genannten Aufsatzes aus den Vierteljahresheften, für den Zeitraum 1945 bis 2005. Von insgesamt gegen 13.952 Personen ergangenen rechtskräftigen Urteilen endeten 5.184 mit Freispruch und 2.101 mit Verfahrenseinstellung. Bei den 6.656 rechtskräftig verurteilten Personen bezogen sich 1.147 auf Tötungsdelikte.

Bezirk Chemnitz von 1945 bis 1951 (unter Einschluss von Zwickau / Plauen) erarbeitet, die wir genutzt haben. Für unsere Fragestellung konnten wir gut 100 Verfahren herausfiltern, die im Wesentlichen mit Verbrechenskomplexen bezüglich Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen zu tun hatten. Zum Teil waren darin auch bei uns schon aus der Urteilsammlung von Rüter dargestellte Fälle enthalten (so die Verfahren mit den Tatorten Reitzenhain, Pockau und Cranzahl, zusammen 16 Angeklagte mit Anklagen wegen Tötungsverbrechen).

Wenn man die Haupturteilsgründe dieser MfS-Sammlung zusammenfasst (inklusive der genannten 16 Angeklagten), so kann man einige Hauptgruppen herauskristallisieren. Die größte Gruppe bildet die Misshandlung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Betrieb mit 31 Verfahren. Zweitgrößte Gruppe mit 22 Fällen ist die Denunzierung von Zwangsarbeitern, die dann deren Übergabe an die Gestapo zur Folge hatte (was entweder AEL oder KZ nach sich zog). Die dritte Gruppe hat mit 13 Verfahren den Vorwurf der Denunziation von Frauen zum Inhalt, die Beziehungen zu Fremdarbeitern oder Kriegsgefangenen unterhalten hatten oder hätten. Meistens waren die damals beschuldigten Frauen dann zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die SBZ- / DDR-Gerichte ahndeten diese Denunziationen mit Strafen von einigen Jahren bis zu mehreren Monaten Gefängnis. Die vierte Gruppe mit zwölf Angeklagten bezieht sich auf Handlungen, die mit dem Wiederergreifen von KZ-Häftlingen auf Evakuierungstransporten zu tun hatten (Reitzenhain, Pockau). In sieben Fällen waren Personen angeklagt worden, die geholfen hatten, entflozene Strafhäftlinge wiederzuergreifen. Sieben Angeklagte waren als Wachleute verschiedener Lager verurteilt worden, zwei waren Wärterin in einem KZ-AL gewesen, drei wurden unter anderem als Rüstungsproduzenten / Kriegsgewinnler verurteilt, zwei für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern. Auch zwei Abwehrbeauftragte standen vor Gericht.²⁵⁵

Vorläufige Bilanz

Zum Abschluss dieses Abschnitts wollen wir eine vorsichtige quantitative Schätzung wagen. Wenn alle justitiellen Bereiche für unsere Fragestellung zusammengenommen werden (SMT-Urteile, eingeschränkt die sowjetische Speziallagerhaft²⁵⁶, schließlich SBZ- / DDR-Gerichtsverfahren), so sind in Sachsen ab 1945 bis zum Ende der Geltung alliierter Strafrechtsbestimmungen im Jahr 1955 Tausende von Personen für Verbrechenskomplexe mit Bezug zu ausländischer

²⁵⁵ Die Fälle sind entnommen aus: BStU, Ast. Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 3226, Prozesse gegen NS- und Kriegsverbrecher im Regierungsbezirk Chemnitz 1945–1951. In unsere Auswertung sind vor allem die Fälle für den Bereich Chemnitz eingegangen. Wenn man weiterhin berücksichtigt, dass die Chemnitzer MfS-Bezirksverwaltung nur eine von 14 MfS-Bezirken war, so lässt sich mit Sicherheit für die gesamte SBZ / DDR eine niedrige vierstellige Zahl solcher Prozesse mit den von uns untersuchten einschlägigen Verfahren bis 1951 annehmen.

²⁵⁶ Trotz offiziellem Zweck als Isolierungs- und nicht als Straflager für das sogenannte Spezialkontingent, jedoch unter Berücksichtigung der uns interessierenden spezifischen Einweisungsgründe.

Zwangsarbeit und ihren spezifischen Verwicklungen darin während der Kriegszeit verhaftet und vielfach verurteilt worden. Allein gut 90 Todesurteile von SMT, die wir in diesem Abschnitt behandelt haben, wurden vollstreckt. Die Zahl der Zeitstrafen für solche Delikte liegt vorsichtig geschätzt mindestens bei dem Doppelten, so dass wir von etwa 300 SMT-Urteilen ausgehen können.

Gut 20 Prozent der Haftgründe für die Speziallagerhäftlinge beinhalten in einem weiten Sinne auch Delikte unseres Themas Zwangsarbeit (vor allem Kriegsverbrechen, Sicherheitskräfte, Abwehr, paramilitärische Kräfte, Lagerpersonal, siehe obiges Tortendiagramm). Wenn wir von annähernd 25 Prozent sächsischen Bürgern unter den Häftlingen ausgehen (etwa 30.000 von 120.000), dürften diese Haftgründe bei einem Teil dieser 6.000 (= 20 Prozent von 30.000) zutreffend sein. Für einige einschlägige Gründe haben wir Auswertungen im Text vorgenommen, so dass unser Thema berührende Haftgründe wohl doch im unteren vierstelligen Bereich zu vermuten sind (zwischen eintausend und zweitausend Fällen).

Schließlich wurden in Sachsen von SBZ- / DDR-Gerichten ebenfalls Tausende von Verfahren wegen NS-Verbrechen durchgeführt. Wenn wir auch hier für den Tatort Sachsen beziehungsweise für den Punkt „Verbrechen mit Bezug zu Sachsen“, etwa die HASAG-Verfahren für ihre Werke in Polen, wiederum sehr vorsichtig geschätzt gut ein Viertel aller SBZ- / DDR-Verfahren annehmen (von 12.766 Urteile bis einschließlich 1955), so sind auch in diesen überschlägig etwa 3.000 Personen wegen unterschiedlicher NS-Verbrechen oder Belastungen verurteilt worden²⁵⁷. Gemäß dem Kriterium NS-Tötungsverbrechen haben wir davon Verfahren mit 114 Personen aufgenommen, zuzüglich von zehn in Waldheim Verurteilten also 124 Personen.

Insgesamt dürften damit mit Bezug zu Sachsen zwischen 1945 bis 1955 mindestens 4.000 bis 5.000 Personen in Speziallagerhaft gewesen oder aus Gründen verurteilt worden sein (durch SMT-, SBZ- oder DDR-Gerichte), die unmittelbar (als Betriebsangehörige, als Abwehr- oder Werkschutzpersonal, als Lagerpersonal oder in der KZ-Bewachung) oder mittelbar (etwa Polizei) mit Zwangsarbeit, Kriegsgefangenenbeschäftigung oder Kriegsproduktion zu tun hatten. Unabhängig von der Frage, welche juristische Qualität den Verfahren zukam, standen bei den von uns ermittelten obigen Gesamtzahlen dabei praktisch ausschließlich Per-

²⁵⁷ Von den in den Speziallagern eingesessenen Häftlingen mit Bezug zu sächsischen NS-Verbrechenskomplexen sind noch diejenigen abzuziehen, die schließlich in Waldheim verurteilt wurden, da es sonst zu Doppelzählungen käme. Wir haben dieses bei der Gesamtzahl im nächsten Haupttextabschnitt berücksichtigt. Nach einer Zusammenstellung von Werkentin sind bis 1949 wegen NS-Verbrechen 43 Todesurteile verhängt und 26 vollstreckt worden, im Zeitraum bis 1956 kamen noch einmal 73 verhängte respektive 45 vollstreckte hinzu, siehe Falco Werkentin, „Souverän ist, wer über den Tod entscheidet“. Die SED-Führung als Richter und Gnadeninstanz bei Todesurteilen, in: Roger Engelmann / Clemens Vollnhals (Hg.), Justiz im Dienst der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 181–204, Tabelle Todesurteile der SBZ / DDR-Justiz 1945–1981, S. 184.

sonen vor Gericht oder waren in den Speziallagern, die – in welchem Rang und welcher Verantwortlichkeit auch immer – tatsächlich an diesen Komplexen beteiligt gewesen waren.²⁵⁸

Kapitel 10: Wiedergutmachung und Entschädigung

Wiedergutmachung in den Westzonen und der (alten) Bundesrepublik Deutschland

Angesichts der ungeheuren Zerstörungen und Schäden, die der vom Deutschen Reich ausgelöste Krieg in Europa hinterlassen hatte, waren sich die Alliierten schnell einig geworden, dass das Deutsche Reich dafür – in welcher Form auch immer – aufkommen müsse. Auf der ersten Nachkriegskonferenz der Alliierten in Potsdam wurde daher im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 beschlossen, vom unterlegenden Kriegsgegner Reparationen für Verluste und Leiden in einem sehr weiten Sinne einzufordern. Um erste Ansprüche zu befriedigen, wurden zunächst das deutsche Auslandsvermögen eingezogen, Demontagen aus den jeweils eigenen Besatzungszonen beschlossen und die deutsche Handelsflotte eingezogen. Die westliche Seite legte in dem Pariser Reparationsabkommen vom 14. Januar 1946 weitere Konkretisierungen zum Abgleich aller Ansprüche gegen Deutschland vor.²⁵⁹ Das Hauptaugenmerk war zunächst auf die staatliche Seite der Entschädigung gerichtet.

Erste noch unsystematische Maßnahmen für Opfergruppen des NS-Systems wurden gleichfalls innerhalb der Besatzungszonen auf den Weg gebracht. Freilich setzte damals bereits eine Richtung ein, die bis 1990 die Entwicklung der Wiedergutmachung und Entschädigung dominierte: die Fokussierung auf jüdische Opfer des NS-Systems. So waren etwa die ersten Maßnahmen in den westlichen Besatzungszonen auf jüdische Opfer bezogen, etwa durch Schritte zur Rückerstattung von geraubtem Eigentum oder erzwungenen Zahlungen an den NS-Staat.²⁶⁰ Bis Ende der 1950er Jahre mussten gut 100.000 Personen Eigentum, das in der

²⁵⁸ Bei grob geschätzt 500.000 Fremd- und Zwangsarbeitern sowie Kriegsgefangenen im sächsischen Arbeitseinsatz entspricht das etwa einem Verhältnis von 100:1 zwischen Opfern / ausländischen Betroffenen und dafür zur Verantwortung gezogenen Personen oder Tätern. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass es eine flächendeckende Verurteilung dieses Personenkreises auch in der SBZ / DDR nicht gegeben hat, aber eine doch vergleichsweise hohe Urteils- / Haftdichte.

²⁵⁹ Peer Heinelt, Die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in: Norbert Wollheim Memorial, Frankfurt / Main 2008, S. 10 f., in: www.wollheim-memorial.de. Auf diesen Aufsatz von Heinelt beziehen sich zahlreiche Wikipedia-Artikel, die sich mit der Entschädigung von Zwangsarbeitern befassen und die wir im Folgenden mit heranziehen.

²⁶⁰ So etwa im Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung vom 28. Mai 1949, abgedruckt in: Deutsche Wiedergutmachungspolitik, S. 2, in: <https://wikipedia.org/wiki/Deutsche-Wiedergutmachungspolitik>, 27. September 2019.

NS-Zeit entzogen worden war, an frühere jüdische Besitzer zurückgeben. Die Bundesrepublik leistete Schadenersatz in Höhe von 5,2 Milliarden DM.²⁶¹

Für die Frage von Wiedergutmachung und Entschädigung der von uns untersuchten Gruppen der Zwangsarbeiter war das Jahr 1953 entscheidend.²⁶² Die Westmächte einigten sich mit der Bundesregierung hierbei vor allem über den Umgang mit den umfangreichen deutschen Schulden, welche für eine tragbare Rückzahlung wesentlich reduziert wurden. In Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953 war auch der Komplex der möglichen individuellen Entschädigung von Zwangsarbeitern geregelt, indem dieser zum einen zu einer Angelegenheit von Reparationen erklärt wurde und zudem auf die Zeit nach einem Friedensvertrag, in dem die Reparationsfrage endgültig entschieden werden sollte, verschoben wurde: „Eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnden Stellen oder Personen [...] wird bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.“²⁶³

Damit waren nach allgemeiner Auffassung individuelle oder globale Forderungen von Personen oder ehemaligen Feindstaaten gegen die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Zwangsarbeit zunächst nicht möglich. Gleichzeitig war die junge Bundesrepublik aus ihrer Sicht von zu großen Forderungen durch Millionen Zwangsarbeiter verschont geblieben. In einem anderen Sektor des NS-Unrechts konnte sich Deutschland nicht der Verantwortung entziehen: der Verbrechen an den Juden Europas. Im Jahr 1951 hatten sich 23 jüdische Organisationen zur besseren Durchsetzung ihrer Ansprüche zur Conference on Jewish Material Claims against Germany (JCC) zusammengeschlossen.²⁶⁴

In dem auf amerikanischen Druck von der Bundesregierung am 10. September 1952 abgeschlossenen Vertrag (Luxemburger Abkommen) mit der JCC und dem Staat Israel einigten sich beide Seiten auf die Zahlung von pauschal drei Milliarden DM an den Staat Israel (vor allem in Form von Warenlieferungen) sowie 450 Millionen DM an die JCC, die diese an ehemalige jüdische Bürger weiterleitete. Damit war auch eine erste Zahlung an Zwangsarbeiter

²⁶¹ Angaben bei Hans-Günter Hockerts, Wiedergutmachung in Deutschland 1945–1990. Ein Überblick, S. 3, in: [www.bpb.de / apuz / 162883 / wiedergutmachung-in-deutschland-19451990-ein-ueberblick](http://www.bpb.de/apuz/162883/wiedergutmachung-in-deutschland-19451990-ein-ueberblick), 8. Dezember 2019.

²⁶² Die folgenden Ausführungen für die Zeit bis 1990 beziehen sich allein auf Westdeutschland. Für die Entwicklung in der SBZ / DDR folgt dann ein eigener Abschnitt. Wiedergutmachung in der Bundesrepublik umfasste dabei insgesamt fünf Bereiche: Rückerstattung von Vermögenswerten, personale Entschädigung für den Entzug von Lebenschancen, Sonderregelungen im Rahmen der Sozialversicherung, Aufhebung von Unrechtsurteilen sowie schließlich die Wiedergutmachung von Unrecht an Ausländern, siehe Hockerts, S. 2 f.

²⁶³ Heinelt, S. 11. Bereits in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, im Hauptverfahren, war Zwangsarbeit zu einem NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt worden, siehe Klimpe-Auerbach, S. 206 (siehe auch Kapitel 8).

²⁶⁴ Jewish Claims Conference, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Jewish-Claims-Conference>, 16. April 2021.

geleistet, jedoch nur an jüdische. Es kam jedoch noch ein zweites Moment hinzu, das bis 1990 galt: Zwangsarbeiter, auch jüdische, die in Osteuropa wohnten, waren nicht einbezogen.²⁶⁵

Mit diesem Abkommen waren sowohl auf Seiten der Bundesrepublik wie der Westalliierten keineswegs nur humanitäre Motive verbunden. Die Entschädigungspolitik bis 1990 kann nicht ohne Berücksichtigung des ab 1946 einsetzenden Ost-West-Konflikts betrachtet werden. Das Luxemburger Abkommen diente auch dazu, die Westintegration der Bundesrepublik zu erleichtern und nicht durch offene Fragen der Wiedergutmachungsleistungen zu erschweren, hatte also auch außenpolitische Implikationen.²⁶⁶

Im Inneren setzte 1953 ebenso eine erste Wiedergutmachungsgesetzgebung²⁶⁷ ein. Durch den sogenannten Überleitungsvertrag von 1952, der der Bundesrepublik eine gewisse Souveränität erlaubte, war gleichzeitig von den Alliierten festgelegt, dass entzogener Besitz zurückgegeben oder entschädigt werden musste und Gruppen von politisch, rassistisch oder weltanschaulich Verfolgten angemessen entschädigt werden sollten.²⁶⁸

Das erste einheitliche westdeutsche Entschädigungsgesetz erhielt die Bezeichnung „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ (BEG), in Kraft getreten am 1. Oktober 1953. Es sah jedoch nur sehr geringe Zahlungen an politische oder rassistische Opfer des NS-Systems vor, stellte vollständig auf den Begriff der Verfolgung mit Haft²⁶⁹ ab und bezog sich lediglich auf Opfer, die entweder in der Bundesrepublik wohnten oder in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 gewohnt hatten (subjektiv-persönliches Territorialprinzip), hatte jedoch kaum Auswirkungen. Auch das aus dem Bundesergänzungsgesetz von 1953 hervorgehende „Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ (Bundesentschädigungsgesetz, ebenfalls BEG abgekürzt) vom 29. Juni 1956, das nunmehr rückwirkend ab 1. Oktober 1953 in Kraft trat, wich von dieser grundsätzlichen Festlegung nicht ab. Es hatte für die in Osteuropa ansässigen Opfer des NS-Systems weiterhin keine Geltung. Zum anderen waren einige inländische Opfergruppen nicht erfasst: Zwangssterilisierte, sogenannte Asoziale, Sinti und Roma, Kommunisten und Homose-

²⁶⁵ Heinelt, S. 13.

²⁶⁶ Zu dieser Problematik siehe Heinelt, S. 11–13, mit Bezug auf rückblickende Ausführungen der auf deutscher Seite beteiligten Regierungsbeamten Hans Gurski und Ernst Féaux de la Croix.

²⁶⁷ Die Entschädigungsgesetzgebung war in der Bundesrepublik von Anfang an mit dem Begriff Wiedergutmachung verbunden. Obwohl rein logisch Unrecht immaterieller Art nicht rückgängig gemacht werden kann (wiedergutmacht) und ein Status quo ante nicht zu erreichen ist, wird der Begriff für diesen Prozess im allgemeinen Sprachgebrauch aus pragmatischen Gründen bis heute angewandt. Zur Problematik der Begrifflichkeit siehe Benno Nietzel, Wiedergutmachung für historisches Unrecht, S. S. 2–7, in: http://docupedia.de/zg/Wiedergutmachung_fuer_historisches_Unrecht, 27. September 2019; siehe auch Hockerts, S. 2. Die schon erwähnten Verhandlungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland liefen auf israelischer Seite nüchtern unter dem Begriff Zahlungen, siehe Nietzel, S. 4.

²⁶⁸ Rolf Surmann, Trugbild. Die deutsche Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Opfern, in: Winkler, Stiften gehen, S. 186–204, hier S. 190.

²⁶⁹ Abgedruckt in: Bundesgesetzblatt vom 21. September 1953, Teil 1. § 17 sah zum Beispiel pauschal Zahlungen von fünf DM für einen Tag Haft in KZs, Ghettos oder Zuchthäusern vor.

xuelle. Mit dem sogenannten Schlussgesetz von 1965, das die Leistungen noch einmal ausweitete und nunmehr auch Sinti und Roma in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnahm, war die Novellierung des BEG beendet.²⁷⁰ Freilich: Für das BEG war die Kategorie der Zwangsarbeit, wie Spoerer schreibt, „kein entschädigungsrelevanter Tatbestand.“²⁷¹

Die Verhandlungen und Abkommen über Wiedergutmachungsleistungen, vor allem in Bezug auf Ausländer, waren schon in der jungen Bundesrepublik in der Öffentlichkeit nicht unumstritten und blieben es im Prinzip bis heute.²⁷² Im Inneren wurden vermutlich auch deshalb solche Zahlungen mit Leistungen für deutsche Kriegsoffer – zumindest zeitlich – verbunden.

Gleichzeitig war die Bundesrepublik durch öffentlichen Druck aus Westeuropa gehalten, weitere Abkommen mit ehemaligen Kriegsgegnern zugunsten ihrer vom NS-System verfolgten Bürger zu schließen, die pauschale Entschädigungszahlungen an die jeweilige Regierung nach sich zogen. So wurden in den Jahren 1959 bis 1964 Globalabkommen mit zwölf europäischen Ländern Nord-, West- und Südeuropas vereinbart, die insgesamt zu Zahlungen von 971 Millionen DM verpflichteten; die größte Summe ging mit 400 Millionen DM an Frankreich, das ja auch den größten Anteil an westlichen Zwangsarbeitern aufwies. Die deutsche Seite verband diese Abkommen immer mit dem Zusatz, die Zahlungen seien freiwillig und stellten keine Reparationen dar.²⁷³

Im Rahmen der neuen Ostpolitik ab 1970 wurden auf der Grundlage der sogenannten Brioni-Formel weitere Globalabkommen mit Polen und Jugoslawien geschlossen. Beide Länder erhielten zinsgünstige Kredite.²⁷⁴ Mit Polen wurde darüber hinaus am 9. Oktober 1975 eine Übereinkunft erzielt, mit der etwaige Renten- und Invalidenansprüche polnischer

²⁷⁰ Heinelt, S. 13–16; siehe auch Hockerts, S. 4 f. Kritisch zur Entwicklung des Wiedergutmachungsrechts und der Wiedergutmachungsentwicklung von 1953–1965 Surmann, S. 192–198. Zur Verfolgung der genannten Gruppen von 1933–1945 siehe NS-Terror und Verfolgung, Teil 1.

²⁷¹ Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 93.

²⁷² 1949 stimmten etwa 54 Prozent der Befragten einer Pflicht zur Wiedergutmachung für Juden grundsätzlich zu, die konkreten Abkommen wurden aber nur von einer Minderheit gutgeheißen; eine Mehrheit plädierte in den 1960er Jahren für ein Ende von Zahlungen, und eine Mehrheit meinte in den 1980 und 1990er Jahren, die jüdische Seite versuche, für sich einen Vorteil aus den NS-Verbrechen zu ziehen, siehe Heinelt, S. 9. Surmann zitiert eine andere Meinungserhebung aus dem Jahr 1951, bei der 68 Prozent der Bevölkerung Entschädigungen für Juden befürworteten, 96 Prozent für Kriegerwitwen und Kriegswaisen, 90 Prozent für Flüchtlinge und Vertriebene, siehe Surmann, S. 190.

²⁷³ Liste der Länder mit Entschädigungssumme und Vertragsdatum abgedruckt bei: Deutsche Wiedergutmachungspolitik, in: wikipedia, S. 4. Im Fall von Griechenland wurde von deutscher Seite in einem Briefwechsel dargelegt, dass damit alle im Vertrag genannten Fragen abschließend geklärt seien. Griechenland erklärte jedoch, dass etwaige Reparationszahlungen davon unabhängig seien, siehe Surmann, S. 196.

²⁷⁴ Heinelt, S. 17 f. Die Brioni-Formel – benannt nach einer jugoslawischen Insel, auf der sich Bundeskanzler Brandt und der jugoslawische Staatschef Tito getroffen hatten – lief darauf hinaus, Fragen der Vergangenheit durch Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Bereichen zu entschärfen.

Zwangsarbeiter generell abgeglichen werden sollten. Sie hatte einen Umfang von 1,3 Milliarden DM.²⁷⁵

Obwohl das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 eigentlich die Firmen vor individuellen Ansprüchen schützen sollte, nahm der Druck seitens jüdischer Opferverbände, die Einzelklagen unterstützten, auch gegenüber einzelnen Firmen zu. Eine erste Klage von Norbert Wollheim²⁷⁶, einem jüdischen Zwangsarbeiter, gegen die IG Farben AG wurde 1951 beim Landgericht Frankfurt eingereicht. Er verlangte eine Zahlung von 10.000 DM für seine Zwangsarbeit und erhielt am 10. Juni 1953 Recht. Auch weil dieses aus Sicht der Industrie ein gefährlicher Präzedenzfall war, legte man Widerspruch²⁷⁷ ein. Das Verfahren zog sich über Jahre hin, bis schließlich mit Unterstützung der JCC im Februar 1957 ein Abkommen mit der IG Farben im Umfang von 30 Millionen DM für alle jüdischen Zwangsarbeiter dieses Konzerns erzielt wurde, eine Summe, von der dann tatsächlich 27 Millionen gezahlt wurden.

Nachdem das IG-Farben-Verfahren so beendet worden war, wurden alsbald mehrere Klagen gegen weitere große Zwangsarbeitsnutzer unter der deutschen Großindustrie eingereicht. Der Krupp-Konzern schloss am 23. Dezember 1959 einen ähnlichen Vergleich mit der JCC, der auf einer Klage eines jüdischen Zwangsarbeiters vor dem Landgericht Essen aus dem Jahr 1954 beruhte und eine Gesamtzahlung von zehn Millionen DM an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter dieses Konzerns vorsah. Ursprünglich waren für jeden Anspruchsberechtigten 5.000,- DM vorgesehen. Da die Zahl der Anspruchsberechtigten jedoch größer als erwartet war und Krupp sich weigerte, die Gesamtsumme zu erhöhen, wurde schließlich ein Betrag von je 3.000,- DM ausgezahlt.²⁷⁸

1960 folgte ein Abkommen mit der AEG-Telefunken AG im Umfang von vier Millionen DM, aus denen 2.233 Zwangsarbeiter entschädigt wurden. Siemens zahlte im Jahr 1962 sieben Millionen DM. Die Rüstungsfirma Rheinmetall schloss 1966 mit der JCC einen Vertrag zur Entschädigung von jüdischen Zwangsarbeitern über 2,5 Millionen DM. Interessant an diesem Fall ist, dass zwar die Klage eines Zwangsarbeiters abgewiesen worden war, die Firma Rheinmetall jedoch kurz vor einem Rüstungsgeschäft mit den USA stand. Als dann jüdische Verbände wegen des ablehnenden Urteils gegen das Rüstungsprojekt von Rheinmetall protestierten, gab der Konzern nach und zahlte die obige Summe. Ein anderes großes Verfahren aus dem Jahr 1963 zog sich schließlich bis zum 8. Januar 1986 hin. Der Flick-Konzern weigerte sich, Zwangs-

²⁷⁵ Heinelt, S. 18. Zur Erinnerung: Polnische Zwangsarbeiter hatten während ihres Einsatzes im Deutschen Reich Abgaben an die deutschen Sozialversicherungsträger zu entrichten. Heinelt weist darauf hin, dass eine volle Erstattung der entgangenen Rentenbeträge bei acht Milliarden DM gelegen hätte.

²⁷⁶ Zum Folgenden siehe Heinelt, S. 19–27. Wenn andere Quellen genutzt werden, ist dies gesondert in Fußnoten vermerkt.

²⁷⁷ Inhaltlich widersprach man dem Urteil mit der Behauptung, auf den Einsatz der Zwangsarbeiter habe man keinen Einfluss gehabt; ihre Inhaftierung in dem KZ Auschwitz sei völlig außerhalb der Kompetenz des Konzerns gewesen; siehe die entsprechenden Aussagen, wiedergegeben als Zitat bei Heinelt, S. 20.

²⁷⁸ Entschädigung durch Firmen von den 1950er bis in die 1990er Jahre, S. 1, in: http://wollheim-memorial.de/de/entschaedigung_durch_Firmen, 30. November 2019.

arbeiter seiner Tochterfirma Dynamit Nobel zu entschädigen. Erst als Flick im Jahre 1985 seine Anteile an die Deutsche Bank verkaufen wollte, intervenierte der ehemalige Chefankläger der USA bei den Nürnberger Prozessen, Robert Kempner. Die öffentliche Auseinandersetzung führte dazu, dass Flick am 8. Januar 1986 mit der JCC eine Entschädigungssumme von fünf Millionen DM vereinbaren musste. 1987 war schließlich der Daimler-Benz-Konzern zur Zahlung von 20 Millionen DM für die bei seinen Betrieben beschäftigten Zwangsarbeiter an die JCC sowie mehrere Rote-Kreuzgesellschaften in Westeuropa bereit.

Alle in diesem Zusammenhang genannten Firmen erklärten im Laufe der Verfahren, ihre Zahlungen seien mit keinerlei Schuldanerkennung oder Rechtsverbindlichkeit verbunden; gleichzeitig erwarteten sie von der JCC Rechtssicherheit durch eine Zusicherung auf künftigen Klageverzicht.²⁷⁹ Insgesamt wurden von der Industrie Zahlungen in Höhe von etwa 78 Millionen DM geleistet.²⁸⁰

Wiedergutmachung in SBZ und DDR

In der DDR verfuhr man mit der Wiedergutmachungsfrage anders. Zum einen verwies die DDR-Regierung seit den 1950er Jahren immer wieder darauf, dass sie ihre Verpflichtungen durch hohe Reparationszahlungen (quasi für ganz Deutschland) an die Sowjetunion aus ihrer Zone beglichen habe. Zum anderen verstand sich die DDR, im Gegensatz zur Bundesrepublik, gerade nicht als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Entschädigungszahlungen an jüdische Verbände wurden daher immer klar abgelehnt.

Im Inneren ging allerdings teilweise eine ähnliche Entwicklung wie in der Bundesrepublik vor sich.²⁸¹ Zahlungen im Rahmen von Opferentschädigungen gab es nur für Einwohner im Hoheitsgebiet der DDR, nicht für Ausländer. So wurden zwei Entschädigungskategorien gebildet. Anerkannte Opfer des Nationalsozialismus erhielten eine Rente von 600,- Mark monatlich, anerkannte Kämpfer gegen den Faschismus (oftmals Mitglieder der ehemaligen KPD) bekamen sogar 800,- Mark Rente, beides offiziell Ehrenpension genannt. Dieses waren bei 164,- Mark durchschnittlicher Monatsrente 1966 durchaus hohe Zahlungen. Bis 1989 wurden die beiden Renten auf 1.700,- Mark beziehungsweise 1.400,- Mark angehoben. Gut 12.700 Personen erhielten noch eine der beiden Renten.²⁸² Allerdings wurden zahlreiche Gruppen von NS-Verfolgten, zum Teil aus politischen Gründen, in diese Maßnahmen nur unzureichend einbezogen. Im Übrigen wurde die Anerkennungsrichtlinie der VVN von 1950 für die Anerkennung neuer Anträge auf Opferrente zum 31. Dezember 1975 aufgehoben; es waren nur noch Son-

²⁷⁹ Siehe zum Beispiel Entschädigung durch Firmen, in: wollheim-memorial.

²⁸⁰ Dies entsprach einem für das Jahr 2000 gewichteten Wert von ungefähr 210 Millionen DM, Heinelt, S. 18.

²⁸¹ Siehe hierzu Deutsche Wiedergutmachungspolitik, in: wikipedia, S. 4 f.; ebenso: Heinelt, S. 29–32.

²⁸² Christian Pross, NS-Verfolgte in der ehemaligen DDR, in: TAZ 29. Oktober 1990, S. 7, in: <https://taz.de/!1746331>, 6. Dezember 2019.

derfälle möglich.²⁸³ In geringem Umfang wurde auch ein in Thüringen 1945 erlassenes Wiedergutmachungsgesetz umgesetzt, jedoch 1952 dann aufgehoben. Globalabkommen schloss die DDR zwischen 1984 und 1987 auch mit Dänemark, Finnland, Österreich und Schweden ab, die eine Entschädigung für NS-Verfolgte aus diesen Ländern umfassten und die gleichzeitig mit Rückerstattungsverzicht der Betroffenen verbunden waren.²⁸⁴

NS-bezogene Enteignungen, vor allem Arisierungen von Betrieben, wurden kaum rückgängig gemacht und hätten auch nicht in das neue sozialistische Wirtschaftssystem gepasst, in dem es im groß-industriellen Bereich keinen privaten Besitz an Produktionsmitteln mehr gab. Eine Entschädigung jüdischen Eigentums, aber auch Ausgleichszahlungen für Verfolgung und Zwangsarbeitseinsatz von Ausländern waren auch darum nicht durchsetzbar, weil weder eine westlich-kritische Öffentlichkeit Einfluss auf DDR-Entscheidungen hatte noch eine solche kritische Öffentlichkeit in den östlichen Nachbarstaaten der DDR existierte. Der Weg vor Gerichte der Sowjetunion mit etwaigem wirtschaftlichem Druck auf die DDR war grundsätzlich nicht gangbar. Dieses unterschied den sozialistischen Weg der Wiedergutmachung grundsätzlich von seiner westlichen Variante.²⁸⁵

Wiedergutmachung durch das vereinigte Deutschland

Mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 war ein zentraler Paradigmenwechsel verbunden, der mehrere Aspekte aufwies. Der der Einigung vorausgehende sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag (Bundesrepublik Deutschland, DDR, USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien)

²⁸³ So wurde etwa Zeugen Jehovas, die als westliche Agenten vor allem in den 1950er Jahren zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, Juden, aber auch bürgerlichen Widerstandskämpfern der Status aberkannt. Weil die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes die Integration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in den neuen Staat kritisch sah, wurde sie 1953 faktisch aufgelöst und durch ein Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer ersetzt, siehe hierzu Heinelt, S. 31.

²⁸⁴ Entschädigung von NS-Unrecht. Regelungen zur Wiedergutmachung, S. 7, in: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren/Bestellservice/2018-03-05_6.Dezember.2019. Genaue finanzielle Größenordnungen aller genannten DDR-Leistungen sind nicht genannt.

²⁸⁵ In der breiten und berechtigten linken Auseinandersetzung mit westlichem (Verzögerungs- oder Verhinderungs-)Verhalten gegenüber NS-Opfern kommt die gleichfalls unzureichende Entschädigungsgesetzgebung in der DDR nicht oder praktisch nur einseitig eher die DDR-Haltung verteidigend vor. Die NS-Verfolgung von Juden aus dem dann die DDR bildenden deutschen Gebieten, Zwangsarbeit in diesen Gebieten, die Beteiligung von Firmen dieser Gebiete an NS-Verbrechen im Ausland waren zwar bekannt, bildeten jedoch keineswegs eine Begründung für staatliche DDR-Ausgleichszahlungen. Zwar gab es tatsächlich nach 1945 auf dem Gebiet der DDR keine privatwirtschaftlichen Konzerne mehr und viele an Zwangsarbeit beteiligte Großbetriebe waren auch ganz oder mindestens teilweise demontiert worden, Produktionsstätten und Teilbetriebe wurden aber weitergeführt (etwa Betriebsstätten der Auto Union, der Astra-Werke und viele andere). Der Kapitalstock, der für diese Betriebsproduktion genutzt wurde, war ebenfalls mit durch Zwangsarbeit geschaffen worden. So argumentiert etwa Kuczynski, es habe keine Konzerne in der DDR gegeben, an die hätten Ansprüche gerichtet werden können, siehe hierzu Werthschulte, S. 1. Die Aussage Kuczynskis ist zwar formal richtig, führt jedoch an der Sache vorbei und exkulpiert auch die Verantwortung der Wirtschaftsfunktionäre in der DDR für diese Opfergruppe, da ja die ehemaligen Konzerne und viele mittelständische Betriebe (in denen auch Zwangsarbeiter beschäftigt waren) in Volkseigentum (genauer: Staatsbesitz) übernommen worden waren.

enthielt zwar keine ausdrückliche Festlegung zur Reparationsfrage, wurde jedoch trotz seiner bewusst vermiedenen Kennzeichnung als Friedensvertrag²⁸⁶ als Abschluss dieser Frage gesehen. In jedem Fall war damit Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens obsolet geworden und der Weg für individuelle Klagen wieder eröffnet.²⁸⁷ Der dann folgende Einigungsvertrag enthielt einen Passus, dass die Entschädigung jüdischen Eigentums und jüdischer Zwangsarbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR während der NS-Zeit nunmehr nachträglich geregelt werden sollte. Auf der anderen Seite war es bereits in den 1980er Jahren in der Bundesrepublik zu neuen erinnerungspolitischen Entwicklungen gekommen, in deren Mittelpunkt die sogenannten vergessenen Opfergruppen standen (genauer: die nicht vom BEG berührten Gruppen). Beide Komplexe spielten für die folgenden Entwicklungen eine große Rolle.

Als Konsequenz aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag versuchte die Bundesregierung in den 1990er Jahren, um individuelle Ansprüche gegen Firmen zu vermeiden, wiederum Globalabkommen zu erreichen. Zwischen 1991 und 1998 wurden mit den baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrussland, der Russischen Föderation wie auch Tschechien solche Abkommen geschlossen. Die Zahlungen, die von dafür gegründeten landeseigenen Stiftungen für die KZ-Opfer organisiert wurden, lagen bei 20 bis 40 DM pro Monat Aufenthalt.²⁸⁸ Jedoch sahen sich auch einzelne Firmen veranlasst, von sich aus Wiedergutmachung zu leisten. So zahlte die Volkswagen AG im Oktober 1991 insgesamt zwölf Millionen DM für Hilfe zur Infrastruktur und im sozialen Bereich an Weißrussland, die Ukraine sowie Polen (Bezirk Lublin) und Israel.²⁸⁹

Die Befriedigung von NS-Opferansprüchen bezüglich des ehemaligen DDR-Gebietes wurde einige Monate vor der Wiedervereinigung in einem gesonderten Vertrag zwischen beiden deutschen Staaten vereinbart und bezog sich auf eine Entschließung der DDR-Volkskammer vom 14. April 1990, die sich für eine „gerechte Entschädigung materieller Verluste der NS-Opfer“²⁹⁰ eingesetzt hatte. Nach diesem Vertrag sollte nach der Wiedervereinigung nunmehr der gesamtdeutsche Staat dafür einstehen. Zum einen ging es um Rückgabe oder Entschädigung von NS-entzogenem Eigentum, zum anderen um Einmalzahlungen oder Renten für verfolgungsbedingten Freiheitsentzug. Zwangsarbeit war kein ausschließliches oder

²⁸⁶ Gleichwohl wurde er von Völkerrechtlern überwiegend als solcher interpretiert, Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 94.

²⁸⁷ Heinelt, S. 32.

²⁸⁸ Surmann, S. 199. Die entsprechende Stiftung auf tschechischer Seite kam erst 1998 zustande, da die Bundesrepublik zuvor auf einer Einbeziehung der Sudetendeutschen und der Aufhebung der ihrer Vertreibung zugrundeliegenden Beneš-Dekrete bestanden hatte, ebenda, S. 199. Zur konkreten Entschädigungssituation in der Russischen Föderation mit ihren vielen Unzulänglichkeiten und Widersprüchen siehe Poljan, Endphase der Repatriierung, S. 385–392.

²⁸⁹ Bormann / Tiedtke, S. 5.

²⁹⁰ Volkskammerbeschluss vom 14. April 1990 und Artikel 2 der Vereinbarung zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland vom 31. August 1990 teilweise abgedruckt in: Deutsche Wiedergutmachungspolitik, in: wikipedia, S. 5. Der Ministerrat der DDR unter Hans Modrow hatte am 1. März 1990 wiederum bereits formell den Beschluss des Ministerrates vom 18. März 1974 zur Aufhebung der VVN-Richtlinie von 1950 seinerseits aufgehoben, so dass damit wieder neue Anträge möglich wurden, Heinelt, S. 31.

zusätzliches Kriterium. Zur Durchführung der Zahlungen schloss die Bundesregierung wiederum am 29. Oktober 1992 ein Abkommen mit der JCC, in dem es um einmalige und laufende Beihilfen, einmalige Überbrückungsleistungen sowie institutionelle Förderung ging.²⁹¹ 283.711 Antragsteller erhielten einmalige Beihilfen von (umgerechnet) bis zu 2.556,- Euro in Höhe von gut 727 Millionen Euro (vorige Periode: 250 Millionen Euro); die Hauptwohnsitzländer der Antragsteller waren Israel, die USA und Deutschland selbst. Gut 90 Prozent der Anträge bezogen sich auf Fluchtfälle. Die laufenden Beihilfen beliefen sich von 1995 bis 2013 auf gut 2,965 Milliarden Euro. Hier waren 83.349 Anträge positiv entschieden worden, allerdings weist die Zahl der inzwischen Gestorbenen (35.571) auf das hohe Alter der Betroffenen hin. Die meisten Antragsteller kamen aus Israel, den USA und Frankreich. Die größten Rentengruppen bezogen sich auf einen bis zu einem Jahr währenden Aufenthalt im KZ, einen mehr als zweijährigen Aufenthalt in Ghettos sowie mit gut einem Drittel auf sonstige Verfolgungsmaßnahmen.

Überbrückungszahlungen (Einmalzahlungen vor Einsetzen der laufenden Beihilfen) lagen bei knapp 110 Millionen Euro. Die institutionellen Förderungen betragen von 1995 bis 2012 393 Millionen Euro (zuvor: 15,3 Millionen Euro). Bei der institutionellen Förderung handelte es sich vor allem um Beihilfen für in Alters- und Pflegeheimen wohnende betagte NS-Opfer. Eine einmalige Beihilfe wurde im genannten Zeitraum an knapp 284.000 Antragsteller gezahlt.²⁹²

Die Entscheidung zur Entschädigung für Zwangsarbeit, die 2000 zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ führte, beruhte auf mehreren gesellschaftlich-politischen und rechtlichen Säulen. Bereits in den 1980 Jahren initiierten in der Bundesrepublik eine Fülle von Initiativen, die sich um vergessene Orte von NS-Repression wie auch um vergessene Opfergruppen kümmerten, einen historisch-politischen Umbruch. Diese Entwicklung wurde durch erste parlamentarische Initiativen im Bundestag und im Europa-Parlament begleitet, bei denen neben gesetzlichen Ausweitungen bei der Anerkennung von Opfergruppen auch eine Stiftungslösung debattiert wurde.²⁹³ Mit der Formel „vergessene Opfer“ war ein zweifacher Paradigmenwechsel verbunden. Zum einen wurde nun das bürokratische Kriterium bei der Entschädigung, das vom Status vor der Verfolgung ausging und demgemäß Leistungen zuwies, durch den naturgemäß rechtlich schwammigen Begriff „Leid“ ersetzt, zum

²⁹¹ Siehe hierzu Bericht der Bundesregierung über den Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte (Stand: 30. Juni 2013), Drucksache 18 / 30 vom 4. November 2013, S. 1–9. Die folgenden Zahlen beruhen auf diesem Dokument; die Angaben in Klammern beziehen sich auf Zahlungen für den Zeitraum von 1980 bis 1992 als Vergleichswert.

²⁹² Der schon genannte Bericht der Bundesregierung enthält auch Informationen über abgelehnte Anträge, über die Mittelverteilung nach Geschlecht und Alter sowie über Arten und Dauer des Freiheitsentzugs.

²⁹³ Hier war lediglich die Fraktion der Grünen auf Bundestags- wie auch Europaebene initiativ. Alle Anträge im Bundestag wurden jedoch bis 1989 von der Bundestagsmehrheit jeweils abgelehnt, siehe Heinelt, S. 28. Das Europa-Parlament forderte jedoch auf Antrag der Grünen die Einrichtung eines Entschädigungsfonds seitens der deutschen Industrie, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 93.

anderen war der aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entlehnte Begriff „Opfer“ zugleich identitätsstiftend. Darüber hinaus verwandelte sich der „zivilrechtliche Schadenersatzgedanke“ (Goschler) in Richtung einer symbolischen Entschädigung.²⁹⁴

Auf der rechtlichen Ebene schien sich mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 1996 grundsätzlich die Möglichkeit für Individuen, Entschädigung für ihren Zwangsarbeitseinsatz einzuklagen, zu eröffnen. Das BVerfG korrigierte damit eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 26. Februar 1963, der eine Klage eines polnischen Zwangsarbeiters wegen zu geringer Lohnzahlungen mit Hinweis auf Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens noch abgelehnt hatte.²⁹⁵ Zahlreiche daraufhin vor deutschen Arbeitsgerichten geführte Verfahren hatten gegensätzliche Ergebnisse (Gewährung oder Ablehnung von Entschädigung) und führten am 16. Februar 2000 zu einer Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts, das die Zuständigkeit von Arbeitsgerichten in dieser Frage grundsätzlich verneinte.²⁹⁶

Gleichzeitig führten Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA zu Zahlungen von 3,1 Millionen Euro an die Kläger; das Geld wurde jedoch an Mittlerorganisationen ausgezahlt, um die Zahlung nicht als rechtliche Verpflichtung erscheinen zu lassen.²⁹⁷

Spoerer teilt die dann folgenden Schritte hin zur Errichtung eines Entschädigungsfonds in vier Phasen ein.²⁹⁸ Die erste Phase ging dabei von 1998 bis faktisch Mitte 2000. Gegen Ende der 1990er Jahre hatte sich vor allem durch in den USA eingereichte Sammelklagen gegen europäische Banken (unter anderem Schweizer Banken, die nachrichtenlose Konten von ermordeten Juden führten) wie auch gegen eine Anzahl deutscher Betriebe²⁹⁹ und Banken, die unter anderem am Handel mit Raubgold jüdischer Besitzer beteiligt gewesen waren, eine Situation ergeben, die weder die deutsche Industrie noch die deutsche Bundesregierung ignorie-

²⁹⁴ Constantin Goschler, Das Ende der Wiedergutmachung, in: Zeit-Online 22. Januar 2015, S. 3 f., in: <https://www.zeit.de/2015/04/ns-opfer-entschaedigung-bilanz>, 27. September 2019.

²⁹⁵ Heinelt, S. 6 und 15 f. In dem Urteil stellte das BVerfG fest, dass Ansprüche von Bürgern trotz entsprechender Verzichtserklärungen ihrer Regierungen nicht obsolet sind (Regierungen können nur auf eigene staatliche Ansprüche verzichten). In der Folge kam es zu einer ganzen Anzahl von Zivilklagen vor Arbeitsgerichten gegen Firmen, in denen die Betroffenen Zwangsarbeit hatten leisten müssen, siehe Wolf Klimpe-Auerbach, Deutsche Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit und Zwangsarbeit, in: Winkler, Stiften gehen, S. 205–221, hier S. 208.

²⁹⁶ Zu den Arbeitsgerichtsverfahren und der Kritik am BAG-Urteil siehe Klimpe-Auerbach, S. 209–215.

²⁹⁷ Siehe Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland, in: http://www.wollheim-memorial.de/de/entschaedigung_durch_die_bundesrepublik_deutschland, 30. November 2019, S. 2 und Heinelt, S. 32.

²⁹⁸ Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 95–104.

²⁹⁹ So berichtet Lothar Evers darüber, wie sich im Anschluss an einen Besuch der amerikanischen Anwältin Deborah Sturman von 1997 in der von ihm geleiteten Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln die Idee entwickelt, die Ford-Werke in den USA, die während der NS-Zeit in ihren deutschen Werken ebenfalls Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, mittels einer Sammelklage auf Entschädigung zu verklagen und dazu auch Anwaltskanzleien zu gewinnen, die die Raubgoldverfahren in den USA führten. Deutsche mit der Zwangsarbeitsproblematik vertraute Historiker trugen die Fakten zusammen, so dass am 4. März 1998 die Klage eingereicht werden konnte, siehe Lothar Evers, Verhandlungen konnte man das eigentlich nicht nennen ..., in: Winkler, Stiften gehen, S. 222–234, S. 223 f.

ren konnten.³⁰⁰ Das Instrument Sammelklage – in juristischer Terminologie „class action“ genannt – hatte, so Lothar Evers, „aus Habenichtsen ernstzunehmende Prozessgegner der deutschen Wirtschaft gemacht“.³⁰¹ Es war aber nur sehr selektiv einsetzbar, denn zum einen konnten nur Firmen mit Erfolg verklagt werden, wenn sie Rechtsnachfolger entsprechender deutscher Rüstungsbetriebe und wenn sie gleichzeitig auf dem amerikanischen Markt tätig waren, so dass dort ihre Geschäftsinteressen bei Nichtentschädigung beeinträchtigt werden könnten. Viele Betriebe hatten jedoch keine Rechtsnachfolger, und erfolgreiche Klagen würden nur den Beschäftigten dieser Betriebe Entschädigungszahlungen bringen, nicht allen noch lebenden Zwangsarbeitern. „Es musste also dringend versucht werden, den Druck auf einzelne Firmen zu nutzen, um zu einer befriedigenden Regelung für alle Überlebenden zu kommen. Das bedeutete aber gleichzeitig, dass man einen Konsens mit den Gegnern brauchte – ein gewisses Mindestmaß an Übereinstimmung –, sonst würde die Mehrheit der Überlebenden bei der erstrittenen Entschädigungsregelung leer ausgehen. Das setzte politischen Druck und Verhandlungen voraus.“³⁰²

Diese Beschreibung der Situation von Evers war der Rahmen, in dem sich dann die Prozesse, Verhandlungen und die Politik in den nächsten Jahren bewegten. Am 12. Februar 1999 fand ein erstes Treffen zwischen Abgesandten der neuen rot-grünen Bundesregierung und zwölf deutschen Konzernen statt, deren Vertreter sich bereit erklärten, zwei bis drei Milliarden DM als Entschädigung bereitzustellen, um den Sammelklagen zu begegnen und den Ruf der deutschen Wirtschaft zu schützen, wie es in einem Kommuniké hieß. Diese Bereitschaft setzte jedoch die Zusicherung der US-Regierung voraus, zukünftig keine solchen Sammelklagen in den USA mehr anzunehmen. Das hieß, sie setzte Rechtssicherheit für die Betriebe voraus.³⁰³

Die Initiative der deutschen Wirtschaft war aber keineswegs von einer allgemeinen Bereitschaft aller Industriezweige getragen, sich an der Finanzierung zu beteiligen.³⁰⁴ So lehnte etwa die mittelständische Industrie das Mitmachen mit dem Hinweis ab, Zwangsarbeit habe es nur in der Großindustrie gegeben. In einer Anzeigenkampagne versuchte daher die Stiftunginitiative, eine Art von „Kollektivschuldthese“ für die gesamte deutsche Wirtschaft

³⁰⁰ Zu den folgenden Ausführungen siehe Heinelt, S. 32–39, sofern nicht andere Quellen genannt sind.

³⁰¹ Evers, S. 226.

³⁰² Evers, S. 227.

³⁰³ Heinelt, S. 34. An dem Treffen waren die Aktiengesellschaften Allianz, BASF, Bayer, BMW, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Degussa-Hüls, Dresdner Bank, Thyssen-Krupp, Hoechst, Siemens und Volkswagen beteiligt, siehe Ulla Jelpke / Rüdiger Lötzer, Geblieben ist der Skandal – Ein Gesetz zum Schutz der deutschen Wirtschaft, in: Winkler, *Stiften gehen*, S. 235–250, S. 239. Rechtssicherheit bedeutete konkret, dass Klagen gegen deutsche Unternehmen in den USA zukünftig von staatlicher amerikanischer Seite verhindert werden sollten, siehe Spoerer, *Zwangsarbeit und Entschädigung*, S. 96.

³⁰⁴ Zur Finanzierung des Fonds war zunächst ein Betrag von einem Promille des Umsatzes vorgesehen. Ein solch niedriger Betrag setzte jedoch die Beteiligung praktisch aller deutschen Industrieunternehmen voraus und wäre trotzdem zu gering gewesen, siehe Spoerer, *Zwangsarbeit und Entschädigung*, S. 97 f.

(Mark Spoerer) zu popularisieren.³⁰⁵ Zudem bestand von Anfang an keine Bereitschaft, auch in der Landwirtschaft tätig gewesene Zwangsarbeiter offiziell einzubeziehen.

Begleitet wurden die deutschen Gespräche zwischen Bundesregierung und Industrie immer wieder von Boykottkampagnen in den USA³⁰⁶, die Druck auf die deutsche Seite ausüben sollten, da die in Rede stehenden Entschädigungssummen als viel zu gering eingestuft wurden. Als Antwort erhöhte die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft die Gesamtzahlung auf sechs Milliarden, später auf acht Milliarden DM. Auch der innerdeutsche Druck nahm zu, unter anderem durch die Bekanntmachung einer Liste des American Jewish Committee mit 267 deutschen Unternehmen, die sich an der Stiftungsinitiative nicht beteiligen wollten.³⁰⁷

Schließlich einigten sich alle Seiten auf eine Gesamtsumme von zehn Milliarden DM³⁰⁸, zur Hälfte von der Industrie und zur Hälfte von der Bundesregierung getragen. Am 6. Juli 2000 billigte der Bundestag das von allen Fraktionen getragene Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“.³⁰⁹ Am 17. Juli 2000 folgten zwei Abkommen. In dem einen einigten sich die Regierungen der Länder, aus denen die Ansprüche der Zwangsarbeiter kommen würden, die JCC und die deutsche Wirtschaft, dass zukünftig alle Ansprüche an diese Stiftung zu richten seien, und dass auf eine Auszahlung kein Rechtsanspruch bestehe. In dem zweiten Abkommen erklärte die US-Regierung, auf eigene Reparationsansprüche zu verzichten und alle ähnlich gelagerter Forderungen an Deutschland vor US-Gerichten abzuwehren.

Das Gesetz zur Errichtung der Stiftung EVZ trat am 2. August 2000 in Kraft. Es entsprach einem von deutscher Seite immer wieder grundsätzlich erhobenen Anspruch bei Entschädigungszahlungen seit 1950: Es durfte bei Zahlungen kein Rechtsanspruch auf Reparationen, in

³⁰⁵ Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 98.

³⁰⁶ So gab es etwa eine Anzeigenkampagne gegen die Bayer AG. Hierbei wurde auf den Vorgängerbetrieb IG Farben, auf Sklavenarbeit und medizinische Experimente durch den SS-Arzt Josef Mengele im KZ Auschwitz hingewiesen, für welche es keine angemessene Entschädigung gegeben habe. Eine zweite Kampagne richtete sich gegen DaimlerChrysler, in dem unter einem Mercedesstern die Worte standen „Design. Ausführung. Sklavenarbeit“ und im Weiteren das Schicksal eines ehemaligen Zwangsarbeiters beschrieben wurde: „Ich war 15, als Daimler-Benz mich aus dem KZ für die Arbeit in seiner Fabrik auswählte. Mein Vater, meine Mutter, zwei Brüder und eine Schwester waren bereits ermordet worden.“ Unterzeichnet waren die Kampagnen von Opfervereinigungen aus mehreren Ländern, siehe Jelpke / Lötzer, S. 241.

³⁰⁷ Heinelt, S. 37. Spoerer spricht in diesem Zusammenhang von schwarzen Listen, die von der Stiftung EVZ an die Presse weitergereicht wurden; freilich dementierte die Stiftung die Existenz solcher Listen, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 98.

³⁰⁸ Der geforderte nominelle Beitrag der Industrie von 5,1 Milliarden DM kam nur zustande, weil die ursprünglichen zwölf Gründungsfirmen und vier weitere Unternehmen für etwa noch fehlende 1,6 Milliarden DM bürgten, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 98.

³⁰⁹ Trotz entgegenstehenden Votums der für die Entschädigungsfragen zuständigen Abgeordneten Jelpke wurde das Gesetz auch von der PDS-Fraktion mehrheitlich gebilligt, siehe Jelpke / Lötzer, S. 248. Jelpke / Lötzer kritisieren auch, dass die Namensgebung der Stiftung keinerlei Bezug auf Täter und Opfer aufweise, ebenda, S. 239. Lediglich in der Regierungserklärung der neuen rot-grünen Bundesregierung war das beabsichtigte Vorhaben als Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ relativ klar benannt worden, siehe Evers, S. 222.

diesem Fall Entschädigung von Zwangsarbeit, entstehen, und bis heute ist dieses auch die offizielle Sichtweise der Bundesregierung.

Letztendlich wurden von der beschlossenen Summe von zehn Milliarden DM 8,1 Milliarden für persönliche Entschädigungen³¹⁰, eine Milliarde für Vermögensentschädigungen, 50 Millionen für Opfer von Menschenversuchen und für Zwangsarbeiterkinder und 200 Millionen für die Verwaltung der Stiftung verwendet. 700 Millionen DM waren als Stiftungskapital für pädagogische Projekte reserviert, das heißt die Zinsen aus diesem angelegten Kapital; dieses war die Unterlegung des Wortes „Zukunft“ im Namen der Stiftung.

Zur technischen Durchführung der Zahlungen – damit kommen wir zur zweiten Phase Spoerers, die ebenfalls ins Jahr 2000 fällt – wurden ländereigene- oder länderübergreifende Stiftungen in den Nehmerländern mit der Bearbeitung der jeweiligen Anträge und der Auszahlung der Entschädigungen beauftragt, ebenso die JCC. Gleichzeitig legte man die Höhe der Zahlungen, die Verteilung auf Länder oder Ländergruppen sowie die Gruppen der Zahlungsberechtigten fest. Die Summe war bei ehemaligen Insassen von KZs, Ghettos und Haftstätten mit bis zu 15.000,- DM am höchsten und lag bei Zwangsarbeitern in der Industrie und im Öffentlichen Sektor bei bis zu 5.000,- DM. Stichtag für Anspruchsberechtigte war der 16. Februar 1999. Wer zu diesem Datum noch lebte, war selbst oder durch seine Erben antragsberechtigt.³¹¹

In der Landwirtschaft Tätige konnten nur dann entschädigt werden, wenn dieses zu Lasten der beiden oben genannten Gruppen in den Ländern möglich war. Eine Kategorie von Zwangsarbeitern wurde jedoch grundsätzlich ausgenommen: Kriegsgefangene. Das bedeutete sowohl den Ausschluss der sowjetischen Kriegsgefangenen als auch der IMIs, zwei Gruppen, die unter schwersten Bedingungen gearbeitet hatten.³¹²

Die Zahlungen begannen erst im Juni 2001, nachdem von deutscher Seite die Voraussetzung „Rechtssicherheit“ offiziell festgestellt worden war und dann die Anträge der ausländischen Partnerorganisationen von der Stiftung EVZ endgültig geprüft und bewilligt worden waren; die Zahlungen endeten im Prinzip Ende 2006. Die Auszahlung war nach der offiziellen

³¹⁰ Zum Folgenden Heinelt, S. 39.

³¹¹ Evers, S. 232. Zu den konkret festgelegten Zahlungen und der Ermittlung der Kategorien siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 98–101.

³¹² Offiziell wurde der Ausschluss, wie wir schon in der Einleitung erläutert haben, mit dem internationalen Recht begründet, nach dem Kriegsgefangene grundsätzlich mit Ausnahme der Unteroffiziere / Offiziere arbeitspflichtig waren. Hinzu kommt für die russische Seite, dass es keinen öffentlichen oder außenpolitischen Druck zum Einbezug dieser Kriegsgefangenen gab, vielleicht auch die Befürchtung, dass dann deutsche Kriegsgefangene, die ebenfalls in der Sowjetunion ab 1944 für mehrere Jahre im Millionenumfang zur Zwangsarbeit herangezogen worden waren, ebenfalls Ansprüche (diesmal an die russische Seite) stellen könnten. Vermutlich kam auch für viele postsowjetische Staaten hinzu, dass die deutschen Zahlungen für ehemalige Ostarbeiter gesellschaftlich im Allgemeinen keineswegs als berechtigte Kompensation für erlittenes NS-Unrecht angesehen wurden (das Stigma der Kollaboration ist bis heute keineswegs verschwunden), während die Mehrheitsbevölkerung nicht für ihre durch den Krieg verursachten schwierigen Existenzbedingungen, Verluste und Schäden aller Art von deutscher Seite entschädigt worden war.

Gründung der Stiftung bis Mai 2001 verzögert worden, weil immer noch eine Sammelklage gegen einzelne deutsche Unternehmen in den USA in der Schwebe war. Öffentlicher Druck sorgte aber dafür, dass die Stiftungsinitiative „ausreichende Rechtssicherheit“ konzidieren musste.³¹³

In einer offiziellen Aufstellung der Stiftung EVZ vom 31. Dezember 2018 ist eine Bilanz der Entschädigung gezogen.³¹⁴ Gut 6.540 deutsche Unternehmen³¹⁵ haben sich letztendlich an der Stiftung beteiligt, von denen nur ein Teil bereits während der NS-Zeit bestand und auch Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Der Anteil der Wirtschaft am Stiftungsvermögen lag bei 5,1 Milliarden DM, der Staat Bundesrepublik Deutschland steuerte fünf Milliarden DM bei. 8,7 Milliarden DM wurden für individuelle Einmalzahlungen bereitgestellt. Betroffene der schon genannten drei Gruppen konnten 7.670,- Euro (= 15.000,- DM), 2.560,- Euro (= 5.000,- DM) oder im Fall von in der Landwirtschaft Tätigen bis zu 2.500,- Euro erhalten. Einige Gruppen, deren Vertreter nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen waren, fungierten bei den Zahlungen als „Rest der Welt“.³¹⁶

Nach der Höhe der Auszahlungen verteilte die JCC mit 1,149 Milliarden Euro die größte Einzelsumme, gefolgt von Polen, der Ukraine, dem „Rest der Welt“³¹⁷, der Russischen Föderation und Weißrussland. Gemessen an der Zahl der bewilligten Anträge lagen Polen mit 480.000,

³¹³ Die von der Industrie geforderte hundertprozentige Rechtssicherheit vor US-Gerichten war damit nicht erreicht worden; eine solche Rechtssicherheit hatte die US-Regierung lediglich bei Ansprüchen aus dem Vietnam-Krieg und der gescheiterten Geiselnbefreiung im Iran festgelegt, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 97.

³¹⁴ Zahlen und Fakten zur Fördertätigkeit, Stand: 31. Dezember 2018, in: https://stiftung-evz.de/stiftung/zahlen_und_fakten/print.html, 27. September 2019. Zur Bilanz der Stiftung zählen auch die geförderten Projekte. Von 2001 bis 2018 wurden 2.473 Projekte im Bereich „Auseinandersetzung mit der Geschichte“ in Höhe von 43,7 Millionen Euro finanziert, 1.402 Projekte im Bereich „Handeln für Menschenrechte“ mit 39,9 Millionen Euro sowie 1.124 Projekte im Bereich „Engagement für Opfer des Nationalsozialismus“ mit 50,4 Millionen Euro. Die durchschnittliche jährliche Förderhöhe betrug bis 2018 etwa acht Millionen Euro.

³¹⁵ Ein nicht unerheblicher Teil dieser Unternehmen hatte weder Exportinteressen in den USA noch war er als Nachkriegsgründung mit Zwangsarbeit in der NS-Zeit belastet, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 98. Obwohl damit, folgen wir darin Spoerer, die deutsche Wirtschaft keine Gesamtverantwortung übernahm, ist diese Bereitschaft vielleicht auch insgesamt für die heutige offizielle Haltung der Bundesrepublik kennzeichnend, dass die überwiegende Mehrheit der heute lebenden Deutschen zwar für NS-Verbrechen keine Schuld trägt, jedoch eine besondere Verantwortung im Umgang damit hat.

³¹⁶ Zu diesen Gruppen zählten Sinti und Roma, nicht-jüdische KZ-Häftlinge aus Westeuropa, nicht-jüdische KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter aus Osteuropa, deren Regierungen nicht an den Verhandlungen beteiligt waren sowie schließlich nicht-jüdische KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter aus Osteuropa, die inzwischen in anderen Ländern lebten, siehe Evers, S. 232 f. Spoerer würdigt ausdrücklich die Bemühungen der Kölner Beratungsstelle und von Evers persönlich, der zumindest an den Verhandlungen beteiligt war, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 97.

³¹⁷ Die für diese Gruppe ausgezahlten Beträge wurden von der International Organization for Migration (IOM) an die Betroffenen weitergeleitet, siehe Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 99. Die Summe lag für 90.000 Antragsteller bei 386 Millionen Euro, siehe Zahlen und Fakten zur Fördertätigkeit, S. 1.

die Ukraine mit 471.000, die Russische Föderation mit 228.000, die JCC mit 159.000 und Weißrussland mit 120.000 an der Spitze.³¹⁸

Auch Österreich, das ab 1938 Teil des Deutschen Reiches war und wo ebenfalls viele Zwangsarbeiter beschäftigt worden waren, richtete eine eigene Stiftung zur Entschädigung ein.³¹⁹

Als letzte Entschädigungsart erfolgte 2015 die Entschädigung von noch erreichbaren beziehungsweise ermittelbaren ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. Diese konnten, wenn sie vom 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945 in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen waren, eine symbolische Einmalzahlung von 2.500 Euro erhalten. Die Regelung bezog sich auf Anträge bis 30. September 2017 und war nicht auf Erben übertragbar.³²⁰ Insgesamt sah der Bundestag eine Entschädigung von zehn Millionen Euro vor, da man mit bis zu 4.000 Antragstellern rechnete. Tatsächlich gingen jedoch nur 2.092 Anträge ein, von denen 1.197 bewilligt wurden, so dass die Auszahlungssumme sich bis 2019 auf gut 2,9 Millionen Euro beschränkte.³²¹

Eine Gesamtbilanz der Entschädigungen und Wiedergutmachungsleistungen der (alten) Bundesrepublik bis 1990³²² und des neuen Gesamtdeutschlands ab 1990 ergibt eine Entschädigungshöhe von insgesamt gut 76,66 Milliarden Euro.³²³ Allein 63 Prozent entfallen dabei auf das BEG. BEG und BRüG-Leistungen gingen zu 17 Prozent ins Inland, zu 40 Prozent nach Israel und zu 43 Prozent in das andere Ausland. Die Renten des BEG gingen bis 2018 zu 15 Prozent ins Inland, während 85 Prozent an ausländische Empfänger ausgezahlt wurden.³²⁴ Bis 1998

³¹⁸ Die Unterschiede in beiden Aufzählungen resultieren daraus, dass vor allem Juden vor ihrer Zwangsarbeit in KZs oder Ghettos inhaftiert waren und damit nach den Kriterien der Stiftung höhere Zahlungen erhielten als etwa die Ostarbeiter, die solche Haftstätten in der Regel nicht durchlaufen mussten.

³¹⁹ Deren Auszahlungsmodalitäten entsprachen in weiten Teilen den deutschen Stiftungsbestimmungen, es gab aber auch einige Unterschiede, siehe hierzu Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 100 f. sowie Heintel, S. 43 f.

³²⁰ Entschädigung von NS-Unrecht, S. 14. Die Gesamthöhe der ausgezahlten Beträge ist nicht bekannt.

³²¹ Zahlen nach René Heilig, Zu spät für Anstand. Von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen wurden lediglich 686 entschädigt, in: Neues Deutschland vom 7. Mai 2019, in: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1118180.sowjetische-kriegsgefangene-zu-spaet-fuer-anstand>, 6. Dezember 2019. Die Angabe von 2,9 Millionen Euro Entschädigung bezieht sich auf 1.197 Bewilligungen. Insofern ist die Unterzeile der Schlagzeile nicht richtig. Im Januar 2018 lag die Zahl der Anträge innerhalb der Antragsfrist noch bei 2.025, von denen bis dato 1.175 bewilligt waren, siehe Linkspolitiker Jan Korte im Interview: Wie sowjetische Kriegsgefangene von Deutschland entschädigt werden, 17. Januar 2018, in: <https://www.ost-journal.de/linkspolitiker-jan-korte-im-interview>, 6. Dezember 2019, S. 2. Offenbar waren auch die Anerkennungsquoten bei den Antragstellern aus verschiedenen ehemaligen Sowjetrepubliken sehr unterschiedlich; auch wurden wohl Hunderte von Anträgen wieder zurückgezogen, siehe ebenda, S. 4.

³²² Zur Gesamthöhe der Entschädigungszahlungen in Form von Renten und Vergünstigungen in der DDR gibt es bislang keine veröffentlichten Angaben, siehe Abschnitt SBZ und DDR in diesem Kapitel.

³²³ Entschädigung von NS-Unrecht, S. 26. Hinzu kommen nach Angaben des Bundesfinanzministeriums nicht bezifferbare Zahlungen in Milliardenhöhe durch Sozialversicherungsträger bei der Kriegsopferversorgung.

³²⁴ Entschädigung von NS-Unrecht, Anlage 1. Hinzu kommt, dass seit Anfang der 1990er Jahre auch jüdische Überlebende des Holocaust, von denen viele verarmt und hochbetagt vor allem in Israel leben, gefördert werden (Verbesserung der häuslichen Pflege). Im Rahmen der sogenannten institutionellen Förderung flossen so

hatten allein 650.000 Personen Einmalzahlungen erhalten, gut 360.000 bekamen monatliche Renten. Die Haftentschädigung wurde dabei seit 1953 mit fünf Mark pro Tag, auch für KZ-Haft, bemessen.³²⁵

Bilanz in Wissenschaft und Politik

Die Bilanz der deutschen Wiedergutmachung ist in der politischen Öffentlichkeit durchaus ambivalent. Mark Spoerer, einer der besten Kenner des Forschungsgebiets Zwangsarbeit, kam 2002 zu einer gemischten Einschätzung.³²⁶ Als positiv konstatierte er, dass wenigstens zu dem Zeitpunkt die noch lebenden etwa 15 Prozent der Zwangsarbeiter überhaupt eine Entschädigung erhalten würden. Zudem gehe von dem deutschen Ansatz, Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit haftbar zu machen, auch wenigstens ein, so Spoerer, marginaler Einfluss aus. Weit umfangreicher waren jedoch die negativen Punkte. Zum einen kritisierte er, dass gerade die Ostarbeiter durchaus Probleme hatten, ihren Zwangsarbeitseinsatz nachzuweisen, weil sie alle 1945 eine intensive Filtration durchlaufen hatten, bei der es besser gewesen war, keine Nachweispapiere über die Arbeit in Deutschland bei sich zu haben (siehe Kapitel 8). Für gravierender sah er zwei andere Punkte an. Gerade die Gruppen, die unter den Zwangsarbeitern (nach den Juden und KZ-Häftlingen) am stärksten Diskriminierungen ausgesetzt waren, die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Italienischen Militärinternierten, wurden ausgeschlossen. „In der öffentlichen Rhetorik wurde die Zwangsarbeiterentschädigung stets als moralische Geste für die Anerkennung begangenen Unrechts dargestellt. Denkt man diesen Gedanken weiter, so hätte eigentlich das Ausmaß der Diskriminierung, oder umgekehrt gewendet die Beeinträchtigung der Überlebenschancen das entscheidende Kriterium für die Entschädigung sein müssen. Vor diesem Hintergrund ist der Ausschluss der sowjetischen Kriegsgefangenen und der italienischen Militärinternierten unverständlich.“³²⁷ Auch ein anderer Punkt ist zumindest zweifelhaft. Tschechen wurden einbezogen, während die unter ähnlichen Bedingungen beschäftigten Westarbeiter keine Berücksichtigung fanden.

Die Verteilung der gedeckelten Mittel war ein weiterer Kritikpunkt, da es offenbar Zweifel an der Zahl noch lebender anspruchsberechtigter jüdischer Zwangsarbeiter gab, deren Anteil möglicherweise zu Lasten anderer nicht so durchsetzungsfähiger Gruppen ging.³²⁸ Als letztes konstatierte er, dass mit der Stiftungsregelung eine grundsätzliche Klärung reparationsrechtlicher Fragen nicht verbunden war. So gab und gibt es etwa weitere Ansprüche von

30 Millionen DM von 1980 bis 1992 über die JCC an diesen Personenkreis, Bericht der Bundesregierung, S. 8. Goschler beziffert die Zahl dieser Hilfsbedürftigen für 2014 mit weltweit gut 400.000, Goschler, S. 4.

³²⁵ Hockerts, S. 4.

³²⁶ Zu den folgenden Ausführungen Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 104–106.

³²⁷ Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 104 f.

³²⁸ So vorsichtig formuliert von Spoerer, Zwangsarbeit und Entschädigung, S. 104.

Angehörigen der Opfer von Geislerschießungen aus Griechenland oder Italien, die nicht abgegolten werden.

Des Weiteren wurde – etwas grundsätzlicher – auch Kritik an der Gesamthöhe von Entschädigungsleistungen im Vergleich mit Leistungen für Kriegsgesopfer in den laufenden Haushaltsjahren des Bundes geäußert. So kritisierte etwa das Zentrum für Organisationen von Holocaustüberlebenden, dass im Bundeshaushalt 1997 zwar 2,2 Milliarden DM für jüdische und nicht-jüdische NS-Opfer vorgesehen waren, sich gleichzeitig aber die Rentenzahlungen für Kriegsgesopfer auf 13 Milliarden DM beliefen.³²⁹

Auf Seiten des äußerst linken politischen Spektrums³³⁰ wie auch von Opferverbandsvertretern ist die Kritik an der letzten großen Entschädigungsaktion für Zwangsarbeiter durch die Stiftung EVZ grundsätzlicher. Kritisiert wird etwa, dass letztlich die Industrie ihre Zahlungen von gut 5,1 Milliarden DM steuermindernd als Betriebsausgaben geltend machen konnte, so dass die tatsächlich gezahlte Nettosumme um einiges niedriger lag.³³¹ Doch auch der nominelle Betrag von 5,1 Milliarden DM wurde von vielen Protagonisten, die sich für die Belange von NS-Opfern einsetzten, als viel zu niedrig eingeschätzt. Im Rahmen der politischen Debatten um das Jahr 2000 hat der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Kuczynski (vormaliger und letzter Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie für Wissenschaften der DDR), wie bereits im Kapitel 2 erörtert, ein Gutachten mit dem Ergebnis erstellt, Staat und vor allem Industrie schuldeten den Zwangsarbeitern etwa 180 Milliarden DM.³³²

Kritisiert wird aber auch, dass die deutsche Seite bei Verhandlungen über NS-Entschädigungen mit ost- beziehungsweise ostmitteleuropäischen Staaten auch die Interessen eigener

³²⁹ Heinelt, S. 42. Insbesondere richtete sich die Kritik dagegen, dass unter den Kriegsgesopferrentenempfängern „78.000 SS-Angehörige und andere NS-Verbrecher“ seien, ebenda, S. 42. Auch ausländische SS-Angehörige erhielten solche Zahlungen.

³³⁰ Die hier wiedergegebene Kritik der Linken an Umfang und Ausrichtung der Entschädigung richtete sich jedoch ausschließlich gegen die Bundesregierung beziehungsweise die deutsche Industrie im NS-Reich und unterzog Nachfolgestaaten anderer auch zur damaligen Zeit mit Zwangsarbeitssystemen arbeitende Länder, wie etwa die Sowjetunion, die hierfür keine Entschädigungen leisteten, keinerlei Kritik. Vergleichsaspekte werden von den zitierten Autoren nicht vorgenommen.

³³¹ Der damalige Bundesfinanzminister Hans Eichel hat am 3. Februar 2000 die Finanzämter angewiesen, die Zahlungen als notwendige betriebliche Auslagen anzuerkennen, da es um die Aufrechterhaltung des Ansehens der Industrie und damit um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gehe. Vor allem stelle die Zahlung keinen nachträglichen Arbeitslohn dar, siehe Heinelt, S. 40; siehe auch die Grundsatzkritik von Jelpke / Lötzer, S. 243 und 246, wo beide den tatsächlichen Beitrag der Wirtschaft mit 2,5 Milliarden DM beziffern.

³³² Kuczynski, S. 170. Kuczynskis Gutachten ist damals vom Beauftragten der Bundesregierung für die Verhandlungen mit den ausländischen Verhandlungspartnern, Graf Lambsdorff, als, wie Kuczynski selbst schreibt, „unseriös“ bezeichnet worden, siehe ebenda, S. 171. Gleichzeitig teilt Kuczynski mit, dass die Bundesregierung keinerlei andere Zahlen veröffentlicht habe. In der Beantwortung einer Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung vom Herbst 1999 erklärte diese, sie habe erstens Kuczynskis Berechnungen aus der Presse zur Kenntnis genommen, sehe zweitens ihre Aufgabe aber nicht darin, Studien zu kommentieren und habe drittens keine Absicht, diese Studie in Aufklärungsinitiativen über die NS-Zeit einfließen zu lassen, siehe Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14 / 2451, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS (Drucksache 14 / 2302), in: dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/024/1402451.pdf.

Bürger verfolge. So wird etwa bezüglich des Rentenabkommens mit Polen 1975 moniert, dass die Bundesregierung im Gegenzug auf der Ausreise von 120.000 Volksdeutschen bestanden habe, denen der Zuzug nach Deutschland bis dahin verweigert worden war. Gleiches gelte für das deutsche Bemühen, beim deutsch-tschechischen Zukunftsfonds auch Belange der Sudetendeutschen einzubeziehen.³³³

Eine generelle Kritik an der Bundesregierung wie Industrievertretern besteht vor allem an deren beständiger Wiederholung des Grundsatzes, bei den Entschädigungen handele es sich nicht um rechtliche Verpflichtungen, sondern um freiwillige Zahlungen aufgrund moralischer Verpflichtungen. So hieß es etwa im Begründungsteil des Gesetzentwurfs für EVZ: „Die gemeinsame Stiftung von Unternehmen und öffentlicher Hand erfüllt moralische, nicht rechtliche Verpflichtungen. Nach erheblichen Reparationsentnahmen der Alliierten, Verzicht auf weitere Reparationen durch viele kriegsbeteiligte Staaten, der Durchführung der Rückgabegesetze sowie sonstiger Wiedergutmachungsregelungen ..., nach Abschluss des 2+4-Vertrages und schließlich nach Ablauf von fast 55 Jahren seit Kriegsende ... gibt es keine rechtlichen Verpflichtungen zu weiteren Entschädigungen mehr. Dies gilt auch, soweit Ansprüche direkt gegen Unternehmen geltend gemacht werden, die ehemals Zwangsarbeiter einsetzten.“³³⁴ In gleicher Weise kritisieren Jelpke / Lötzer auch die einführenden Bemerkungen Bundeskanzler Schröders bei der Ersten Lesung des Gesetzes am 14. April 2000: „Ohne Zwangsarbeit wäre das verbrecherische NS-System nicht denkbar gewesen. Schon deshalb ist es uns Deutschen eine historische Verpflichtung, endlich eine gerechte finanzielle Regelung in Kraft treten zu lassen, zumal es sich bei der großen Mehrheit der NS-Zwangsarbeiter um Menschen aus Mittel- und Osteuropa handelt, um Menschen, die aufgrund der Teilung Europas ... nie eine Chance hatten, Leistungen nach den Wiedergutmachungsgesetzen zu erhalten.“ In derselben Debatte unterstrich der Bevollmächtigte der Bundesregierung, Graf Lambsdorff, die mit der Verabschiedung des Gesetzes aus Regierungssicht verbundene Rechtssicherheit. „Damit hatte der Graf das Motiv seiner Verhandlungsführung offen ausgesprochen: Die deutsche Industrie sollte vor weiteren Klagen im Zusammenhang mit ihren Verbrechen in der NS-Zeit geschützt werden – und zwar endgültig“, so Jelpke / Lötzer.³³⁵

Mit Bezug auf Kuczynskis Berechnungen von 1999 bilanzierte Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linken, 2017 in einem Rückblick zehn Jahre nach dem Ende der Entschädigungszahlungen durch EVZ, die Industrie sei „billig davongekommen.“ „Die Bilanz für die Opfer ist daher zwiespältig: Politisch haben sie den Nachfolgern der Täter das Eingeständnis ihrer Schuld abgerungen, materiell aber nur einen Bruchteil dessen erhalten, was ihnen zugestan-

³³³ So beispielsweise Heinelt, S. 18 in Bezug auf Polen, oder Surmann, S. 202, der um die Jahrtausendwende vereinzelt erhobene Entschädigungsforderungen von durch die CSSR enteigneten ehemaligen Sudetendeutschen auch auf ihren Sitz im Stiftungsrat des Versöhnungsfonds (als Ermutigung) zurückführte.

³³⁴ Zitiert in: Jelpke / Lötzer, S. 243.

³³⁵ Jelpke / Lötzer, S. 235 und 236.

den hätte“, wie Jelpke resümiert.³³⁶ Auch Heinelt geht davon aus, dass mit Bezug auf Kuczynski durch die EVZ-Zahlung von 8,7 Milliarden DM nur ein Bruchteil der Ansprüche ausgeglichen worden ist.³³⁷

Die von Kuczynski errechnete Summe, die sich allerdings auf eine – unabhängig von seinem doch allzu pauschalen und damit zweifelhaften Berechnungsansatz – tatsächlich vorhandene und zumeist erhebliche Lohndiskriminierung bei Zwangsarbeitergruppen bezieht, berührt eine ganz andere Frage als die Entschädigungsansätze von Opferverbänden wie auch der Bundesregierung. Beiden Letztgenannten geht und ging es, neben vermögensrechtlichen Entschädigungen oder Rückübertragungen, im personalen Bereich vor allem um Entschädigungszahlungen für Haftzeiten, Zwangsdeportationen, Menschenrechtsverletzungen sowie erworbene und nicht eingelöste rentenrechtliche Ansprüche: Es geht um die Anerkennung von Leid und nicht um die Wiedergutmachung vorenthaltener Löhne.³³⁸

Sowohl die deutsche Industrie als auch der Staat Bundesrepublik Deutschland haben eine individuelle Entschädigung für vorenthaltenen Lohn immer abgelehnt. Letztendlich, damit hat Heinelt sicherlich Recht, waren Entschädigungszahlungen im Rahmen der Wiedergutmachung, zumindest bei Ausländern, praktisch immer mit außenpolitischem und öffentlichem Druck verbunden gewesen sowie mit der deutschen Erwartung, damit die Integration des neuen Deutschlands in die internationale Gemeinschaft trotz der Verbrechen des NS-Regimes zu ermöglichen und zu befördern.³³⁹ Weil Wirtschaft und Staat stets die Frage der Rechtsicherheit im Auge behielten, konnte die Politik manchmal nur durch ein doch offenbar vorhandenes „schlechtes Gewissen“ im Rahmen moralischen Drucks zu Maßnahmen der Wiedergutmachung bewegt werden.³⁴⁰

³³⁶ Ulla Jelpke, Billig davongekommen. Vor zehn Jahren endete die Entschädigung für Zwangsarbeiter. Almosen für die Opfer, ein Schnäppchen für die deutsche Wirtschaft, in: <http://antifadueren.blogspot.de/2017/06/08/zwangsarbeiterentschaedigung>, 27. September 2019.

³³⁷ Heinelt, S. 43.

³³⁸ In seiner Publikation *Brosamen vom Herrentisch*, Berlin 2004, geht Kuczynski auf die Diskrepanz zwischen der Entschädigungssumme und seiner Berechnung von 228 Milliarden DM ein. Da 80 Prozent der damaligen Betroffenen nicht mehr gelebt hätten, blieben von seiner Summe nur 45,6 Milliarden DM übrig, nicht berücksichtigte Gruppen würden die Summe nochmals auf 20,94 Milliarden DM senken. Die letztendliche Differenzierung der Auszahlungen mit dem höchsten Satz für KZ-Häftlinge und wesentlich niedrigeren Sätzen für bloße Zwangsarbeiter ergäben nach seiner Berechnung dann etwa 8,4 Milliarden DM; insofern sieht er sich bei seinen Berechnungen in gewisser Weise bestätigt, siehe hierzu Werthschulte, S. 2.

³³⁹ Heinelt, S. 46 f. Nicht nur von Heinelt, sondern auch von vielen bei uns hier angeführten Autoren wird diese Haltung der Industrie (und des Staates) kritisiert. In einer idealen Welt, in der Täter immer die Verwerflichkeit ihres Tuns durch Überzeugungsarbeit nachträglich erkennen, anerkennen und wiedergutmachen wollen, wäre diese moralische Position sicherlich berechtigt, in unserer realen Welt steht eine solche Ex-post-Forderung jedoch in der Gefahr einer moralischen Überforderung. Insofern sind Klagen, Gerichtsverfahren, öffentlicher Druck, Boykottandrohungen und auch moralische Empörung strukturell legitime Mittel, berechnete Forderungen rechtlich und politisch durchzusetzen.

³⁴⁰ So mit Bezug auf den ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Lüder, siehe Heinelt, S. 47.

Wenn in einer vom der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft initiierten Studie zur Geschichte der Stiftung EVZ abschließend in Bezug auf Zwangsarbeiter einsetzende Wirtschaftsbetriebe festgestellt wird, „der NS-Staat sei der ‚Verursacher des Unrechts‘ gewesen, an dem sie ‚mitgewirkt‘ hätten“³⁴¹, so kommt darin immerhin das Eingeständnis des Mitwirkens zum Ausdruck. Aus dem deutschen Außenministerium wurde im Rahmen der Entschädigungsverhandlungen 1999 zudem festgestellt, die deutschen Betriebe hätten sich der Kriegswirtschaft nicht entziehen können.³⁴² In welchem Maße nicht nur die Produktion der Großindustrie, sondern auch die von Tausenden anderen Betrieben im Zusammenhang mit Zwangsarbeit stand, haben wir in unserer Studie für Sachsen beleuchtet.

Auf staatlicher Seite ist der Weg der Wiedergutmachung nach Abschluss der Zahlungen durch die Stiftung EVZ sowie durch die sonstigen laufenden Rentenzahlungen seit vielen Jahren auch von anderen Entwicklungen begleitet. Im Jahr 2012 wurde vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) grundsätzlich die Staatenimmunität bestätigt, die Klagen ausländischer Bürger gegen Staaten, in dem Fall die Bundesrepublik Deutschland, ausschließt.³⁴³

Statt harter Entschädigungspolitik spricht Constantin Goschler von „einem samtenen Pfad der Erinnerungskultur. Gerne werden dann bi-nationale Historikerkommissionen einberufen und Gedenkstätten eingerichtet, wie es etwa die Außenminister der Bundesrepublik und Italiens unternahmen. ... Offizielle moralische Schuldbekennnisse, wie die von Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Griechenlandbesuch im März 2014, gehen fast immer mit einer klaren Zurückweisung von Reparations- und Entschädigungsforderungen einher.“³⁴⁴

In seinem bitteren Resümee der Entschädigungspolitik konstatiert der schon mehrfach erwähnte Rolf Surmann sogar, dass alle mit deutscher Erinnerungspolitik verbundenen Zukunftsfonds von dem Versuch begleitet seien, dadurch die Vergangenheit vergessen zu machen. Historische Lehren aus der Beschäftigung mit NS-Zwangsarbeit für heutige Zwangsarbeitsphänomene zu nutzen (etwa die Ausbeutung der Dritten Welt oder von Menschen in der Dritten Welt) oder im Rahmen von heutigen Menschenrechtsverletzungen heuristisch

³⁴¹ Heinelt, S. 46 mit Bezug auf Susanne-Sophia Spiliotis, Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt / M. 2003, S. 194. Auch Spoerer benennt in seiner Studie den NS-Staat als Hauptverantwortlichen für den Zwangsarbeitereinsatz, der die Rahmenbedingungen setzte, die die Firmen dann für den Einsatz ausfüllten, siehe Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 262 f., ebenso Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S. 26 f. Doch bei diesem vom Staat gesteckten Rahmen lag die *konkrete* Verantwortung für den *konkreten* Zwangsarbeitereinsatz zweifelsfrei bei den Betrieben.

³⁴² Evers, S. 231. Das Auswärtige Amt hatte offenbar einen Amicus-curiae-Brief für die Degussa verfasst (wörtlich: Brief eines Freundes oder einer Institution für ein Gerichtsverfahren, an dem der Verfasser des Briefes nicht beteiligt ist, sich jedoch für die Betrachtung des Streitpunktes in einem von ihm vertretenen Gesichtspunkt einsetzt). Die Aussage des Außenministeriums ist jedoch keineswegs grundlegend falsch. Freilich exkulpiert sie keinesfalls die Zwangsarbeit nutzenden Betriebe von ihrer Verantwortung für die konkreten Einsatzbedingungen.

³⁴³ Goschler, S. 5. Geklagt hatten Nachfahren von Opfern eines Wehrmacht-Massakers in Griechenland. Das Urteil hat nicht nur für die Wiedergutmachung von NS-Verbrechen Bedeutung, sondern ist eine grundsätzliche Entscheidung für alle europäischen Staaten, gegen die gegebenenfalls Ansprüche gestellt werden könnten.

³⁴⁴ Goschler, S. 5.

nutzbar zu machen, lehnt er ab. Dass die „Lehren aus Auschwitz“ keineswegs dazu geeignet sind, einzelne deutsche Interventionsbeteiligungen wie im Fall Jugoslawien zu begründen, sei dabei konzediert, und Surmann kritisiert diese Tendenz zu Recht. Freilich gehört zu den Rahmenbedingungen einer freien Gesellschaft auch, dass Interessen und Rechtsansprüche jeweils im politischen Prozess oder in Rechtsverfahren durchgesetzt werden müssen. „Es kommt dabei darauf an, wer jeweils in der Lage ist, solche Fragen zu artikulieren und sie im politischen Diskurs der Bundesrepublik zu verankern.“³⁴⁵ Dies ist keine Verkehrung der Verpflichtungsethik, wie Surmann schreibt, sondern unseres Erachtens Konstituens demokratisch strukturierter Auseinandersetzungen. Deutschland im Jahre 2002 noch ohne jede Abschwächung „Tätergesellschaft“ zu nennen, wie das Surmann tat, ist für die Durchsetzung der Rechte von NS-Opfern sicherlich nicht nur nicht hilfreich, sondern in seinem moralischen Rigorismus auch falsch.

Doch auch eine Überhöhung deutscher Erinnerungskultur und Entschädigungspolitik wäre nicht angemessen. Offenbar gab es zu Zeiten der Errichtung von EVZ auch tatsächliche Hoffnungen, damit anderen Ländern einen Weg zum Umgang mit staatlichem oder staatlich gefördertem und initiiertem Unrecht wie der Zwangsarbeit zu weisen: EVZ als Modell.³⁴⁶ Doch die Welt ist nicht nur diesem Modell, sondern insgesamt dem System der deutschen Wiedergutmachungspolitik nicht gefolgt. Die deutsche Entschädigung, so fasst Goschler die Entwicklung seit dem Jahr 2000 zusammen, war ein Präzedenzfall, der keine Nachfolge gefunden hat.³⁴⁷

Dieses könnte man als ein Indiz dafür lesen, dass auch die Verbrechen des Nationalsozialismus – obwohl es auch andere schreckliche Massenverbrechen im 19. und 20. Jahrhundert gab – in der neueren Geschichte der Menschheit genauso präzedenzlos waren.³⁴⁸ Dass selbst hierfür – für wie auch immer noch unzureichende deutsche Schuldanerkenntnis und Versuche der Wiedergutmachung in präzedenzloser Weise – nicht etwa nur Einsicht, sondern vor allem moralischer und wirtschaftlicher Druck vonnöten waren, weist möglicherweise auf eine psychologisch schwierige und schwache Seite des Menschen hin. Diese Schwäche muss wahrscheinlich auch heute in Betracht gezogen werden, wenn es um die mangelnde Aufarbeitung und Wiedergutmachung von Staatsverbrechen in unserer heutigen Zeit geht.

³⁴⁵ So Constantin Goschler, zitiert in: Surmann, S. 203. In ähnliche Richtung wie Goschler argumentierte etwa Spoerer, wenn er in Bezug auf Gruppen, die tatsächlich EVZ-Zahlungen erhalten haben, und Leerausgegangene formuliert: „Der Hauptgrund dürfte jedoch darin zu sehen sein, dass insbesondere die deutsche Entschädigungspolitik einen passiv-reaktiven Ansatz vorzog und tatsächlich ja auch im Endeffekt lediglich diejenigen Forderungen erfüllte, die am effektivsten vorgebracht wurden“, so Spoerer, *Zwangsarbeit und Entschädigung*, S. 106.

³⁴⁶ So zitiert Heinelt, S. 48 den Selbstanspruch, wie er in der schon genannte Studie des Stifterverbands der deutschen Wirtschaft genannt ist.

³⁴⁷ Goschler, S. 5.

³⁴⁸ Nietzel weist zu Recht darauf hin, dass trotz der im Weltmaßstab gezahlten größten Summen allenfalls ein Teil der durch die NS-Diktatur verursachten Schäden entschädigt worden ist, siehe Nietzel, S. 10.

Anhang

Zeittafel wichtiger Ereignisse und Entwicklungen von 1933 bis 2020¹

| | |
|---------------------|--|
| Okt. 1932 | ● Im Deutschen Reich werden allein siebeneinhalb Millionen Arbeitslose gezählt |
| Jan. 1933 | ● Betriebe benötigen zur Beschäftigung von Ausländern eine behördliche Genehmigung |
| 30.01.1933 | ● Hitler wird von Reichspräsident von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt |
| 24.03.1933 | ● Reichsverband der deutschen Industrie dankt Hitler für die Sicherung der Wirtschaft vor „Störungen“ und „politischen Schwankungen“ |
| 04.04.1933 | ● Geheimer Reichsverteidigungsrat und -ausschuss gebildet |
| 05.05.1933 | ● Hermann Göring wird zum Reichsluftfahrtminister ernannt. Die geheime Aufrüstung im Bereich Luftwaffe, nach dem Versailler Friedensvertrag verboten, beginnt |
| 30.05.1933 | ● Kuratorium einer „Adolf-Hitler-Spende“ der deutschen Wirtschaft wird berufen |
| 08.06.1933 | ● Kabinett beschließt ein geheim gehaltenes Aufrüstungsprogramm von 35 Milliarden RM bis 1940. Die Rüstungskosten liegen damit bereits 1933 bei zehn Prozent des BIP |
| 14.06.1933 | ● Rundschreiben der Deutschen Industrie zur „Adolf-Hitler-Spende“ |
| 19.10.1933 | ● Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund |
| März bis Sept. 1934 | ● Devisenkrise im Deutschen Reich |
| 20.01.1934 | ● Betriebe werden nach dem Führerprinzip durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ organisiert |
| 27.02.1934 | ● Verabschiedung „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ (sogenanntes Wiederaufbaugesetz) |
| 02.08.1934 | ● Hitler wird nach dem Tod von Reichspräsident Hindenburg vom selben Tag Oberbefehlshaber der Wehrmacht, die auf ihn persönlich vereidigt wird |

¹ Die Zeittafel bezieht sich zumeist auf im Buch genannte Ereignisse. Einige zusätzliche, nicht extra thematisierte Ereignisse der allgemeinen Geschichte sind zur besseren Orientierung mit aufgenommen. Ein kleiner Teil der Zeittafel ist aus der Zeittafel von Süß / Süß, Das >Dritte Reich< sowie aus dem Internetverzeichnis Lemo (Lebendiges Museum online, Zeitstrahl des Deutschen Historischen Museums, des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesarchivs) entnommen. Einige Angaben stammen aus der Chronik wichtiger Ereignisse in der Publikation von Walter Wießner, Das nationalsozialistische Lagersystem. Die einzelnen Ereignisse / Angaben / Beschlüsse sind generell mit verschiedenfarbigen Punkten gekennzeichnet, die folgende Bedeutung haben: Schwarz ● – Deutsches Reich, grün ● – Sachsen, rot ● – Alliierte / Deutsche Kriegsgegner, blau ● – Besatzungszonen / Bundesrepublik Deutschland / DDR sowie türkis ● – Sonstiges.

| | |
|------------|--|
| 10.08.1934 | ● Die freie Arbeitsplatzwahl wird durch eine Verordnung über die Arbeitskräfteverteilung eingeschränkt |
| 26.10.1934 | ● Gründung der Brabag (Braunkohlenbenzin AG) zur Herstellung von synthetischem Benzin |
| 27.11.1934 | ● Das Reichswirtschaftsministerium richtet die Reichsgruppe Industrie als oberstes Organ der Industriezweige ein. Freie Wirtschaftsverbände wurden aufgelöst |
| 26.02.1935 | ● Einführung eines Arbeitsbuches für alle deutschen Beschäftigten, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden |
| 16.03.1935 | ● Einführung der Wehrpflicht, Umbenennung der Reichswehr in Wehrmacht und des Reichswehr- in Reichskriegsministerium |
| 01.04.1935 | ● Gründung von Wehrwirtschaftsinspektionen auf Wehrkreisebene (1939 in Rüstungsinspektionen umbenannt) zur Koordinierung der Rüstungsproduktion |
| 21.05.1935 | ● Erlass eines Reichsverteidigungsgesetzes. Der Reichswirtschaftsminister wird Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, am 4.9.1938 wird die Funktion in Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft umbenannt |
| 26.06.1935 | ● Das Reichsarbeitsdienstgesetz für Männer und Frauen wird verabschiedet. Auch während der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurden Männer im entsprechenden Alter teilweise aus den Betrieben zum Arbeitsdienst eingezogen |
| Mitte 1936 | ● Denkschrift von General Fromm zur Wehrmachtaufrüstung im Umfang von 102 Divisionen und 3,6 Millionen Soldaten |
| 29.08.1936 | ● Verfügung über NS-Musterbetriebe |
| Sept. 1936 | ● Geheime „Denkschrift zum Vierjahresplan“ von Adolf Hitler |
| 18.10.1936 | ● Gründung einer Vierjahrplan-Behörde unter Leitung Hermann Görings |
| 24.06.1937 | ● Reichswehrminister von Blomberg erlässt geheime Weisung zur Vorbereitung der Wehrmacht auf einen Krieg |
| 15.07.1937 | ● Gründung der Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter |
| 05.11.1937 | ● Besprechung Hitlers mit der Wehrmachtführung zu außenpolitisch-expansiven Planungen (Hoßbach-Niederschrift) |
| 1937 | ● Sachsens Anteil an Rüstungsaufträgen des Deutschen Reiches liegt bei 8,1 % |
| Ende 1937 | ● Rohstoffkrise in der deutschen Wirtschaft; die Gold- und Devisenreserven des Deutschen Reichs sind auf 74 Millionen RM abgesunken |
| 1938 | ● Ausländische Arbeitskräfte bilden zwei Prozent aller Arbeitskräfte im Deutschen Reich ● Etwa 19 Prozent des deutschen BIP fließen in die Rüstung |
| seit 1938 | ● Ein Rüstungspreissystem „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber“ (LSÖ) wird eingeführt |
| 25.01.1938 | ● Schutzhaft darf zukünftig nur noch in Konzentrationslagern vollzogen werden |
| 04.02.1938 | ● Aus dem Wehrmachtsamt im Reichskriegsministerium wird das Oberkommando der Wehrmacht gebildet. Hitler selbst übernimmt den Posten des Reichskriegsministers und Oberkommandierenden der Wehrmacht |

| | |
|------------|---|
| 13.03.1938 | ● „Anschluss“ Österreichs |
| 22.06.1938 | ● Eine Dienstpflicht-Verordnung Görings für deutsche Beschäftigte „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ wird erlassen |
| 22.08.1938 | ● Gemäß Ausländerpolizeiverordnung ist für jeden Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis der Polizei notwendig. Für die Beschäftigung von Ausländern wird die Genehmigung der Gestapo erforderlich |
| 01.10.1938 | ● „Anschluss“ der Sudetengebiete |
| Nov. 1938 | ● Pogrome gegen Juden (insbesondere 9. / 10. November) |
| 18.11.1938 | ● Göring beklagt auf einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates einen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und sieht dadurch die Ernährung der Bevölkerung in Gefahr. Außerdem verlangt er eine Verdreifachung der Rüstungsproduktion |
| 20.12.1938 | ● Ein Erlass der Arbeitsverwaltung verpflichtet Arbeitslosenunterstützungsempfänger zur Arbeit in geschlossenen Formationen. Dies betrifft auch bis zu 50.000 Juden, die bis zu ihrer Deportation in den Osten diese (Zwangs-)Arbeiten leisten müssen |
| 1939 | ● Angesichts von Export- und Devisenkrisen erfolgt eine Einschränkung des Aufrüstungsprogramms |
| 13.02.1939 | ● Die Dienstpflicht für Deutsche kann auf unbefristete Arbeiten ausgedehnt werden |
| 10.03.1939 | ● Jeder Arbeitsplatzwechsel wird von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig |
| 15.03.1939 | ● Zerschlagung und Besetzung der „Resttschechei“. Als Sanktion erfolgt eine Einführung höherer Importzölle in den USA für deutsche Waren. Frankreich und Großbritannien geben daraufhin am 31.3.1939 eine Garantieverklärung über die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen ab |
| 05.04.1939 | ● Vielfache ausländische Teilnahmeabsagen an der Leipziger Frühjahrsmesse aus Protest gegen die Novemberpogrome |
| 10.04.1939 | ● Die Gestapo-Statistik verzeichnet: 162.734 Schutzhäftlinge (KZ), 27.396 politische Angeklagte, 112.432 Verurteilte mit politischen Vergehen |
| 23.05.1939 | ● Hitler erläutert Oberbefehlshabern der Wehrmacht den geplanten Angriff auf Polen |
| 24.05.1939 | ● Denkschrift des WiRüAmtes mit Vergleich zu den finanziellen Rüstungsbelastungen des Deutschen Reiches und seiner potentiellen militärischen Gegner |
| 26.06.1939 | ● Ein Gestapo-Erlass ermöglicht die Einweisung von Tschechen in KZ, z. B. wegen „Arbeitsbummelei“ |
| 02.08.1939 | ● Der für Teile Sachsens seit 1935 bestehende Grenzland-Status wird aufgehoben |

| | |
|-------------------|---|
| 22.08.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Hitler begründet vor Oberbefehlshabern der Wehrmacht den geplanten Zeitpunkt des Angriffs auf Polen vor allem mit den nicht auf Dauer tragbaren Aufrüstungskosten ● Die Ausländerpolizei-Verordnung wird geändert und unterscheidet zwischen Ausländern aus Feindstaaten und sonstigen Ausländern |
| 23.08.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes inklusive des geheimen Zusatzprotokolls über die Aufteilung Osteuropas in Interessengebiete |
| 27.08.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Eine Rationierung von Lebensmitteln wird angekündigt, am 1.9.1939 wird eine Reichskleiderkarte eingeführt, weitere Rationierungen folgen im September |
| 01.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Deutscher Überfall auf Polen ● 18 Gauleiter werden zu Reichsverteidigungskommissaren für die 18 Wehrkreise ernannt und sind für die Zivilverteidigung zuständig ● Eine „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ wird erlassen, die das Abhören ausländischer Sender unter Strafe stellt. Im schweren Fall kann die Weitergabe ausländischer Meldungen mit der Todesstrafe geahndet werden |
| 03.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Großbritannien und Frankreich erklären wegen des deutschen Überfalls auf Polen dem Deutschen Reich den Krieg ● Erlass Heydrichs „Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges“. Unter anderem können danach besonders gefährliche Gegner nach Genehmigung durch Heydrich durch die örtlichen Stapo-Stellen exekutiert werden ● Erlass RSHA „Grundsätzliche Maßnahmen in Fällen von Arbeitsniederlegungen“ |
| 05.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Eine „Verordnung gegen Volksschädlinge“ wird erlassen |
| Anfang Sept. 1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Wenige Tage nach Kriegsbeginn erfolgt die Einrichtung erster deutscher Arbeitsämter im besetzten Polen |
| 04.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Erlass einer Kriegswirtschaftsverordnung |
| 17.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die Rote Armee marschiert in Ostpolen in das ihr laut geheimen Zusatzprotokoll vom 23.8.1939 zustehende Gebiet ein, um es zu besetzen |
| 25.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Im Deutschen Reich werden Lebensmittelkarten eingeführt |
| 28.09.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Abschluss eines deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages mit Änderungen des neuen Grenzverlaufes im zerschlagenen Polen (endgültige Klärung am 4.10.1939) |
| Herbst 1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Erlass von „Richtlinien für die sicherheitspolitische Tätigkeit der Abwehrbeauftragten“ in Betrieben durch die Gestapo. 1940 folgen weitere Richtlinien für geschützte Betriebe |
| 06.10.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die ersten 550 polnischen Kriegsgefangenen treffen in Oschatz ein |
| 08.10.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die polnischen Westgebiete werden annektiert und als Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen in das Deutsche Reich eingegliedert, hinzu kommen einige Gebiete in Ostoberschlesien. Die anderen polnischen Gebiete bilden ab 12.10.1939 das neue Generalgouvernement |
| 26.10.1939 | <ul style="list-style-type: none"> ● Einführung einer Arbeitspflicht für 14–60-jährige Polen und polnische Juden im Generalgouvernement |

| | |
|----------------|--|
| Nov. 1939 | ● Ein Erlass Görings fordert eine möglichst niedrige Bezahlung von Polen beim Arbeitseinsatz im Deutschen Reich |
| 01./02.11.1939 | ● Die von der Roten Armee besetzten östlichen Teile Polens werden annektiert und in die Sowjetunion eingegliedert |
| 14.11.1939 | ● Für den Kauf von Bekleidungsartikeln werden Karten eingeführt |
| 16.11.1939 | ● Göring weist die Arbeitsämter an, im großem Maße polnische Arbeitskräfte für den Einsatz im Deutschen Reich anzuwerben (zu beschaffen) |
| 25.11.1939 | ● Eine „Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes“ wird erlassen. § 4 regelt den verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen |
| 23.12.1939 | ● Nach einem Erlass Himmlers werden Polen, die ohne Genehmigung die Arbeitsstelle verlassen, in KZ eingewiesen |
| 1940 | ● Gründung eines interinstitutionellen Koordinierungsgremiums für die Arbeitskräftelenkung in der Region Chemnitz |
| Jan. 1940 | ● Die Reichstarifordnung bestimmt, dass bestimmte ausländische landwirtschaftliche Kräfte nur zwischen 50 bis 85 Prozent deutscher Löhne erhalten dürfen |
| 01.01.1940 | ● 146 sächsische Betriebe produzieren Rüstungsgüter |
| 27.01.1940 | ● Das Deutsche Reich fordert die Bereitstellung von einer Million Arbeitskräften aus dem Generalgouvernement |
| 11.02.1940 | ● Abschluss eines Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR. Buchstäblich bis zum 21.6.1941 werden die Lieferungen durchgeführt, so auch deutsche Waffenlieferungen an die UdSSR und vor allem Rohstoffimporte aus der UdSSR |
| 08.03.1940 | ● Polen-Erlasse Heinrich Himmlers |
| 17.03.1940 | ● Gründung des zivilen Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition unter Leitung von Fritz Todt |
| Frühjahr 1940 | ● Erste Arbeitserziehungslager (AEL) zur Disziplinierung von Arbeitskräften werden eingerichtet, sowohl bei Firmen als auch unter Kontrolle der Gestapo |
| April 1940 | ● Zunehmender Einsatz von Zwangsmitteln zur Rekrutierung polnischer Arbeitskräfte |
| 09.04.1940 | ● Besetzung Dänemarks und Norwegens durch deutsche Truppen |
| 18.04.1940 | ● Einführung der Arbeitspflicht für jüdische Bürger in der Stadt Leipzig |
| 19.04.1940 | ● Stillhalteabkommen zwischen Rüstungsminister Todt und dem OKW zum Schutz besonders wichtiger Rüstungsarbeiter vor Einberufungen |
| 10.05.1940 | ● Beginn des Frankreich-Feldzuges, der am 25.6.1940 siegreich beendet wird, mit gleichzeitiger Besetzung von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden |
| 15.05.1940 | ● Die britische Luftwaffe erhält die Genehmigung zur Bombardierung deutscher Städte mit kriegswichtigen Anlagen unter Inkaufnahme ziviler Opfer |
| Mitte Mai 1940 | ● Der amerikanische Präsident Roosevelt kündigt ein gigantisches eigenes Rüstungsprogramm an |

| | |
|--------------------------------|---|
| 27.05.1940 | ● Rumänien und das Deutsche Reich schließen einen Handelsvertrag über die Lieferung von Öl und Rüstungsgütern |
| 15.-17.06.1940 ab Juli 1940 | ● Die Rote Armee besetzt die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ● Etwa 1,2 Millionen französische Kriegsgefangene kommen zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich |
| 13.07.1940 | ● Ein Führerbefehl legt das Schwergewicht der Rüstungsproduktion auf Luftwaffe und Marine |
| 31.07.1940 | ● Hitler erklärt erstmals dem OKW, dass er für 1941 einen Krieg gegen die UdSSR plant |
| Aug. 1940 | ● Die deutsche Luftwaffe beginnt mit systematischen Luftangriffen auf Großbritannien |
| 05.08.1940 | ● Erhebung einer 15 prozentigen Sondersteuer für polnische Arbeitskräfte im Deutschen Reich |
| 28.08.1940 | ● OKW plant eine Heeresvermehrung auf 200 Divisionen mit Einsatzbereitschaft ab 1.5.1941 (Rüstungsprogramm B = Barbarossa, Angriff auf die UdSSR) |
| 28.09.1940 | ● Abänderung des Führer-Befehls vom 13.7.1940 und Verlagerung des Rüstungsschwergewichts auf den Heeresbereich |
| 30.10.1940 | ● Erlass einer Kriegsschäden-Verordnung (vor allem für Luftangriffe), nach der das Deutsche Reich alle Kosten trägt |
| 17.12.1940 | ● Ankündigung eines konkreten großen Rüstungsprogramms durch US-Präsident Roosevelt, das am 11.3.1941 vom Kongress verabschiedet wird (Lend-Lease-Programm) |
| 18.12.1940 | ● Hitlers unterzeichnet die Weisung Nr. 21 zum Fall Barbarossa (Angriff auf die UdSSR im Jahr 1941) |
| Dez. 1940 | ● Forderung der NSDAP „zur Reinhaltung des deutschen Blutes“ gesonderte Ausländerbordelle mit ausschließlich ausländischen Prostituierten einzurichten |
| Ende 1940 | ● Einschränkung von Heimatreisen polnischer Arbeitskräfte, ab Frühjahr 1941 generelle Urlaubssperre |
| 1941 | ● Mehrere Missernten führen von 1941 bis 1943 zu gesunkenen Agrarerträgen im Deutschen Reich ● Nach und nach werden in Sachsen spezielle Ausländerbordelle (mit ausländischen Prostituierten) eingerichtet |
| Jan. 1941 | ● Arbeitsamts-Bezirk Leipzig: 8.367 Ausländer und 4.723 Kriegs- und Zivilgefangene, AA-Bezirk Borna entsprechend 4.876 und 5.078 Beschäftigte, AA-Bezirk Riesa 3.284 und 5.211 |
| 28.02.1941 | ● 20.000 französische, polnische und belgische Kriegsgefangene befinden sich im Bereich des Stalag IV G Oschatz im Arbeitseinsatz |
| 19.03.1941 | ● Gründung des Wirtschaftsstabes Ost zur systematischen Ausbeutung der zu besetzenden sowjetischen Gebiete |
| 15.04.1941 | ● Neue Polizei-Verordnung mit einer Verschärfung von Strafen, unter anderem gegenüber Polen |

| | |
|-------------------|--|
| Mai 1941 | ● Wehrmacht besteht aus 7,3 Millionen Soldaten. 2,12 Millionen Männer sind in der militärischen Grundausbildung, 3,6 Millionen sind wehruntauglich und über fünf Millionen uk-gestellt |
| 01.05.1941 | ● Kürzung von bestimmten Lebensmittelrationen für die deutsche Bevölkerung |
| 02.05.1941 | ● Besprechung des WiRüAmts mit mehreren Ministerien: Probleme der Ernährung der Wehrmacht nach Überfall auf UdSSR. Festlegung des sogenannten Hungerplanes für die Bevölkerung in den zu erobernden sowjetischen Gebieten |
| 16. / 26.06. 1941 | ● OKW legt in zwei Befehlen die Errichtung von Stalags und Oflags für 790.000 sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet sowie im Heimatkriegsgebiet fest. Sowjetische Kriegsgefangene sollen nur zu Arbeiten im Lager herangezogen werden |
| 22.06.1941 | ● Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion |
| 28.06.1941 | ● Erlass zweier geheimer Befehle von NKWD, NKGB und der Staatsanwaltschaft der UdSSR 00246 / 00833 „Über die Verfahrensweise bei der Haftbarmachung von Vaterlandsverrätern und ihren Familienangehörigen“ sowie 00247 / 00834 „Über die Verfahrensweise bei der Verbannung von Familienangehörigen von Vaterlandsverrätern in entlegene nördliche Gebiete der UdSSR“ |
| Sommer 1941 | ● Etwa 4.700 ausländische Zivilisten und 7.000 Kriegsgefangene befinden sich im Bezirk Chemnitz im Arbeitseinsatz |
| 12.07.1941 | ● Die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen treffen im sächsischen Stalag IV H Zeithain ein; erste Arbeitskommandos werden im August 1941 gebildet |
| 14.07.1941 | ● Angesichts der Sieges euphorie über den Kriegsverlauf gegen die UdSSR wird von Hitler das Schwergewicht der Rüstung wiederum auf Luftwaffe und Marine festgelegt ● Ein Führer-Erlass geht davon aus, dass bis 15.12.1941 50.000 einberufene Bergeleute demobilisiert werden |
| 27.07.1941 | ● Auf Weisung Görings wird eine Berg- und Hüttengesellschaft Ost mbH gegründet, deren Aufgabe die Ausbeutung der sowjetischen Montanindustrie und Rohstoffvorkommen ist |
| Aug. 1941 | ● Heftige Auseinandersetzungen im OKW um die weitere Hauptstoßrichtung der Wehrmacht in der UdSSR |
| 02.08.1941 | ● Hitler setzt die Höchstzahl sowjetischer Kriegsgefangener zum Arbeitseinsatz im Reichsgebiet auf 120.000 fest ● Das OKW legt die Prinzipien für den allgemeinen Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in deutschen Betrieben fest (Kolonneneinsatz) |
| 16.08.1941 | ● Angesichts großer Verluste der Roten Armee durch gefangen genommene Rotarmisten ergeht Befehl Nr. 270 des Oberkommandos der Roten Armee „Über die Verantwortlichkeit von Armeeangehörigen für ihre Gefangengabe und die Überlassung der Waffen in die Hände des Feindes“, in dem drastische Strafen für die sowjetischen Kriegsgefangenen wie ihre Angehörigen bei Gefangengabe angedroht werden |

| | |
|--------------------|--|
| 24.09.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Auf einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium stimmt Himmler dem Einsatz auch ziviler sowjetischer Arbeitskräfte im Reichsgebiet zu |
| Okt. 1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Gemäß Befehl Görings hat sich das Ostheer (Wehrmachteinheiten in der UdSSR) vollständig aus Ressourcen der sowjetischen Gebiete zu ernähren |
| ab Mitte Okt. 1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die verbliebenen deutschen Juden werden zur Ermordung in den Osten abgeschoben. Lediglich die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Juden erhalten vorläufigen Abschiebeschutz |
| 24.10.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Das Reichsarbeitsministerium genehmigt wegen nicht möglicher Demobilisierung von einberufenen Bergleuten die Überführung von bis zu 12.000 ukrainischen Bergleuten ins Reich. Sie werden zunächst analog zu sowjetischen Kriegsgefangenen behandelt |
| Herbst 1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Gut 75.000 ausländische Zivilarbeiter und 65.000 Kriegsgefangene sind in Sachsen im Einsatz ● Die deutsche Transferstelle Warschau informiert darüber, dass deutsche Betriebe im Warschauer Ghetto Produktionsstätten errichten können |
| 31.10.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Vermerk des WiRüAmts: Hitler hat dem Einsatz von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich zugestimmt. Staatssekretär Backe vom Reichsernährungsministerium erklärt jedoch, dass er nicht mehr als 300.000 sowjetische Kriegsgefangene ernähren kann |
| November 1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Ankündigung Görings über die Einführung eines neuen Festpreissystems für die Rüstungsproduktion, das endgültig am 19.5.1942 eingeführt wird |
| 07.11.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Erlass Görings zu den Arbeitseinsatzbereichen sowjetischer Kriegsgefangener mit folgender Priorität: Bergbau, Landwirtschaft, Rüstungsindustrie |
| 26.11.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● OKW verlangt die Erhöhung der Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene und widerruft damit seine früheren Festlegungen über viel zu niedrige Sätze. Trotz Erhöhung bleiben die Ernährungssätze jedoch weiterhin viel zu gering |
| 01.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Wehrmachtvorkommandos erreichen die Außenbezirke von Moskau; der anschließende sowjetische Gegenangriff wirft die Wehrmacht etwa 100–150 km zurück. Der Blitz-Krieg ist gescheitert ● 25.000 sowjetische Kriegsgefangene befinden sich in Sachsen unter Betreuung von fünf Stalags (Schattenlager) des Wehrkreises IV im Arbeitseinsatz |
| 03.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Besprechung des RSHA mit 40 Vertretern anderer Institutionen über Fragen der verstärkten Ausländerbeschäftigung |
| 04.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Polenstrafrechts-Sonderverordnung |
| 07.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Japanischer Überfall auf die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor. Daraufhin erfolgt am 8.12.1941 die amerikanische Kriegserklärung an Japan |
| 11.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Deutsche Kriegserklärung an die USA |
| 19.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Hitler übernimmt den persönlichen Oberbefehl über das Heer |
| 24.12.1941 | <ul style="list-style-type: none"> ● Befehl Hitlers, dass nunmehr der Rüstungssektor oberste Priorität beim Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener hat |

| | |
|---------------|--|
| 27.12.1941 | ● Befehl des sowjetischen staatlichen Verteidigungskomitees „Über Maßnahmen zur Feststellung von Vaterlandsverrätern, Spionen und Deserteuren unter jenen ehemaligen Angehörigen der Roten Armee, die in Kriegsgefangenschaft bzw. eingekesselt gewesen waren“ (Filtrierung) |
| 28.12.1941 | ● NKWD-Befehl Nr. 001735 „Über die Aufstellung von Speziallagern für frühere Angehörige der Roten Armee, die sich in Kriegsgefangenschaft und in der Einkesselung durch den Gegner befunden haben“ |
| Dezember 1941 | ● 5,6 Millionen deutsche Arbeitskräfte sind uk-gestellt (zahlenmäßiger Höhepunkt) |
| 31.12.1941 | ● Circa 500.000 sowjetische Kriegsgefangene sind ab Kriegsbeginn ins Reichsgebiet transportiert worden, etwa 222.000 befinden sich am 1.12.1941 im Arbeitseinsatz |
| 1941 / 1942 | ● Die Ernährungswirtschaft experimentiert mit einem sogenannten Russenbrot, um sowjetische Bürger mit minderwertigen bis ungeeigneten Nahrungsmitteln zu versorgen |
| 10.01.1942 | ● Erneuter Befehl Hitlers, der Heeresrüstung Vorrang einzuräumen |
| 13.01.1942 | ● In London findet eine Konferenz von Vertretern verschiedener besetzter Länder statt, auf der die Forderung nach Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher erhoben wird |
| 20.01.1942 | ● Wannsee-Konferenz des RSHA (Heydrich) zur Information anderer deutscher Ministerien / Institutionen über die geplante Vernichtung der europäischen Juden |
| 25.01.1942 | ● Himmler kündigt SS-intern den Großeinsatz von jüdischen KZ-Häftlingen für die Kriegswirtschaft im Reich an; dieser erfolgt jedoch bis 1944 nur ansatzweise |
| 28.01.1942 | ● Aufstellung der 8. US-Luftflotte für den europäischen Kriegsschauplatz |
| 31.01.1942 | ● Eine Sondersteuer für Ostarbeiter wird eingeführt |
| 02.02.1942 | ● Erlass des RSHA zur Behandlung von Ostarbeitern |
| 08.02.1942 | ● Tod von Fritz Todt (Rüstungsminister) ● Ernennung von Albert Speer zum Rüstungsminister, offizielle Bekanntgabe am 15.2.1942 |
| 19.02.1942 | ● Der für den Arbeitseinsatz zuständige Werner Mansfeld gibt die Zahl der arbeitsfähigen sowjetischen Kriegsgefangenen nur noch mit etwa 400.000 von ehemals über drei Millionen an |
| 20.02.1942 | ● Himmler gibt die sogenannten Ostarbeiter-Erlasse heraus |
| 01.03.1942 | ● Die Chemnitzer Astra AG errichtet eine Niederlassung im Warschauer Ghetto, die angesichts der Räumung des Ghettos (Deportation der Juden in Vernichtungslager) nur bis Oktober 1942 arbeitet |
| 21.03.1942 | ● Fritz Sauckel wird zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt |
| 29.03.1942 | ● Erster gezielter Luftangriff der Royal Air Force Großbritanniens auf ein Stadtzentrum, das Stadtzentrum von Lübeck. Damit Beginn der systematischen Flächenbombardierung deutscher Städte |

| | |
|-------------------|---|
| 06.04.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Kürzung von Lebensmittelrationen für die deutsche Bevölkerung ● Gauleiter werden regionale Bevollmächtigte Fritz Sauckels für den Arbeitseinsatz |
| 17.04.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Angesichts allgemeiner Verpflegungskürzungen werden auch die extrem niedrigen Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene nochmals gekürzt |
| 20.04.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Gründung von Gau-Wirtschaftskammern unter Leitung der jeweiligen IHK ● Aus Anlass von Hitlers Geburtstag kündigt Sauckel die Rekrutierung von bis zu 500.000 sowjetischen Mädchen zum Arbeitseinsatz an; die Aktion kann allerdings so nicht umgesetzt werden ● Frauen können zur Arbeit in Rüstungsbetrieben verpflichtet werden |
| 22.04.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Einrichtung der „Zentralen Planung“ als oberstes Staatsorgan zur strategischen Steuerung der deutschen Rüstungsplanung |
| 01.05.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die Stacheldrahtzäunungen von Ostarbeiterlagern werden nach und nach entfernt |
| 07.05.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die militärischen Rüstungsinspektionen und –kommandos werden dem Rüstungsministerium unterstellt |
| 19.05.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Endgültige Einführung eines neuen Festpreissystems |
| 20.05.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Herbert Backe wird zum kommissarischen Reichsernährungsminister ernannt ● Verordnung Görings zur Sicherstellung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft, die die Belegschaft an Rüstungsbetriebe bindet |
| 09.06.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Speer erhält die Aufsicht über wichtige Wirtschaftsbereiche der besetzten Gebiete, 1943 über deren gesamte Wirtschaft |
| 28.06.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Ein Erlass Hitlers räumt der Kohleförderung im eroberten Donez-Becken absolute Priorität ein |
| 30.06.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Eine umfassende „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ wird erlassen |
| 22. / 23.07. 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Erste Massentransporte Warschauer Juden aus dem Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka |
| Juli 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Einführung einer zusätzlichen neuen Dringlichkeitsstufe DE für die Rüstungsindustrie |
| Mitte 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die Rüstungsproduktion wird von 244 Ausschüssen und Ringen, davon fünf Hauptausschüsse und fünf Hauptringe, koordiniert und organisiert |
| 28.07.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Angesichts der deutschen Vorstöße auf Stalingrad und den Kaukasus erlässt das Oberkommando der Roten Armee den Befehl Nr. 227 „Kein Schritt zurück“, in dem den verantwortlichen Offizieren bei ungenehmigten Rückzügen sofortige Erschießung angedroht wird. Auch werden NKWD-Sperrbataillone hinter den eigenen Truppen eingerichtet, die mit Waffeneinsatz solche Rückzüge insgesamt verhindern sollen |
| 04.09.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Auf Druck des Deutschen Reiches erlässt das französische Vichy-Regime ein Dienstpflichtgesetz für Männer von 18 bis 50 und für Frauen von 21 bis 35 Jahren |
| 17.09.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Einrichtung von 26 Rüstungskommissionen auf Reichsgauebene |

| | |
|--------------------|--|
| 18.09.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Vereinbarung zwischen Reichsjustizminister Thierack und Heinrich Himmler zur Überstellung bestimmter Gefangenengruppen aus den Gefängnissen in die KZ zum Arbeitseinsatz (Zweck: Vernichtung durch Arbeit) |
| 30.09.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Erlass Sauckels zur unbefristeten Dienstverpflichtung der meisten ausländischen Kräfte beim Arbeitseinsatz im Deutschen Reich ● Sauckel erhält von Hitler die Vollmacht, auch in den besetzten Gebieten Arbeitskräfte zu rekrutieren |
| Okt. 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Großbritannien und die USA beschließen die Gründung einer „United Nations Commission for the Investigation of War Crimes“ für gegnerische Kriegsverbrechen |
| 02.10.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die Sowjetunion gründet die „Außerordentliche Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der von den deutsch-faschistischen Eroberern und ihren Helfershelfern verübten Gräueltaten sowie der von ihnen den Bürgern, Kolchosen, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügten Schäden“ |
| 19.10.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Partielle Erhöhung von Lebensmittelrationen für die deutsche Bevölkerung |
| 16.11.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die Gauleiter erhalten als Reichsverteidigungskommissare die politische Verantwortung für Rüstungsbehörden ihrer Gaue |
| Nov. 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Sauckel vermeldet für 1942 die Rekrutierung von 2,2 Millionen ausländischen zivilen Arbeitskräften, davon die meisten aus dem Osten. Der Anteil der Ostarbeiter an den ausländischen zivilen Arbeitskräften steigt auf etwa 30 % |
| Jan. bis Dez. 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Nach Angaben Sauckels steigt die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz im Reich um 456.000, die Ostarbeiterzahl um 1,636 Millionen |
| 03.12.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Es sind nur noch unbefristete Dienstverpflichtungen für ausländische Arbeitskräfte möglich. Auslaufende Dienstverträge führen nicht zur Rückkehr in die Heimat, sondern werden unbefristet weitergeführt |
| 07.12.1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Das RSHA erlässt neue Vorschriften zur Behandlung von Ausländern. Es ist eine Mischung aus rassistischen und außenpolitischen Kriterien |
| Bis Ende 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Schwangere Ostarbeiterinnen werden zur Entlastung des deutschen Sozialbudgets in die Heimat zurückgeschickt |
| Ende 1942 | <ul style="list-style-type: none"> ● Etwa 5,6 Millionen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sind in der deutschen Wirtschaft tätig, davon 3,7 Millionen Zivilisten ● Stadt Leipzig: 29.000 Ausländer; Bezirk Leipzig: 38.000 ausländische Arbeitskräfte |
| 1942 / 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Zehnprozentige Kürzung der privaten Kohleversorgung zugunsten der Kriegswirtschaft |
| 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Schwangerschaftsabbrüche bei Ostarbeiterinnen werden straffrei gestellt und gefördert |

| | |
|--------------------|--|
| Anfang 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Sauckel verlangt vom Wirtschaftsstab Ost die Heranführung von bis zu einer Million Zwangsarbeitern in den nächsten vier Monaten ● Eine Verpflegungsrichtlinie der DAF sieht für Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene vor allem die Verwendung von Gemüseabfällen, Kohlrüben und Wasserrüben für die Wassersuppen vor |
| Jan. bis Dez. 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Etwa 1,1 Millionen zivile Ausländer werden neu rekrutiert |
| 06.01.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Geheimer Erlass Himmlers zur Durchführung von Exekutionen bei Ausländern |
| 13.01.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Ein Dreimännergremium zur Mobilisierung aller Ressourcen wird gegründet. Mitglieder: OKW-Chef Keitel, Leiter der Reichskanzlei Lammers sowie Reichsleiter Bormann ● Verfügung Hitlers zur Erfassung von deutschen Männern (16–65 Jahre) und Frauen (17–45 Jahren) für die Arbeitsverpflichtung |
| 24.01.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die USA und Großbritannien verabschieden auf der Konferenz von Casablanca (14.–24.1.1943) die Direktive CCS 166 als Grundlage für ihre Zielbestimmung bei den Luftangriffen auf deutsche Städte und die Rüstungsindustrie. Zugleich wird die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten offizielles Kriegsziel |
| 22.01.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Führer-Erlass „Steigerung der Panzerproduktion“ (Adolf-Hitler-Panzerprogramm) |
| 02.02.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Die 6. Armee kapituliert in Stalingrad |
| 06.02.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Etwa 1,66 Millionen Kriegsgefangene und 4,121 Millionen ausländische Zivilisten arbeiten in der deutschen Kriegswirtschaft |
| 11.02.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Fünfzehnjährige Jugendliche werden als Luftwaffenhelfer rekrutiert |
| 14.02.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Ein Befehl Hitlers verlangt bei Wehrmachtrückzügen im Osten nicht nur die Zerstörung von Fabriken und Infrastruktur, sondern auch die Mitführung aller männlichen Zivilisten zwischen 15 und 65 Jahren („Verbrannte Erde“) |
| 18.02.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Goebbels-Rede im Berliner Sportpalast mit Ausrufung des totalen Krieges ● Das französische Vichy-Regime erlässt ein Zwangsarbeitsgesetz für Männer zwischen 20 und 50 Jahren ● Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht für deutsche 16 bis 65-jährige Männer und 17 bis 45-jährige Frauen |
| Febr. 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Beginn der Deportation der in der Rüstungswirtschaft tätigen Juden (Fabrik-Aktion) in den Osten zur Überstellung in Vernichtungslager |
| 13.03.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Am Krakauer Bahnhof wird der 2.000. Transport polnischer Arbeitskräfte ins Reich und zugleich der millionste Arbeiter gefeiert |
| April 1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Konkretisierung des Operationsplan AWPD-42 der Alliierten zu Luftzielen: Deutsche Luftrüstungsindustrie, U-Bootbau, Kugellagerindustrie |
| 05.04.1943 | <ul style="list-style-type: none"> ● Eine neue Regelung der Ostarbeiterentlohnung mit kleinen Verbesserungen tritt in Kraft |

| | |
|--------------------|--|
| Juni / Juli 1943 | ● Es werden im Laufe des Jahres für Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefingene neue Leistungssysteme eingeführt, die gut Arbeitende belohnt und schlecht Arbeitende durch Nahrungsentzug bestraft (Leistungsernährung) |
| Sommer 1943 | ● Landesarbeitsämter werden der Reichsgaustuktur zugeordnet; aus 20 Landesarbeitsämtern werden 42 Reichsgauarbeitsämter gebildet |
| Juli 1943 | ● Sauckel startet Aktion „Auskämmung Ziviler Sektor“ (AZS) |
| 14.07.1943 | ● Reichsarbeitsminister Seldte legt eine Lagerordnung (Ausstattung) für Ausländerlager fest |
| 05.-17.07. 1943 | ● Die Operation Zitadelle, die Panzerschlacht bei Kursk, endet mit der Niederlage der Wehrmacht |
| 07.07.1943 | ● Anweisung Hitlers, neue sowjetische Kriegsgefingene vorrangig dem Bergbau zuzuweisen |
| 08.07.1943 | ● Verfügung von OKW-Chef Keitel, zukünftig im sogenannten Bandenkampf im Osten gefangen genommene Männer im Alter von 16–55 Jahren als Kriegsgefingene zu behandeln und zum Arbeitseinsatz in das Deutsche Reich zu transportieren |
| 10.7.1943 | ● Die Alliierten landen auf Sizilien |
| 24.07.– 03.08.1943 | ● Britische Operation Gomorrha: Luftangriffe auf Hamburg mit Auslösung eines Feuersturms. Insgesamt sterben 37.000 Menschen, 900.000 Hamburger verlieren ihre Wohnung |
| 25.07.1943 | ● Hitlers italienischer Verbündeter, Benito Mussolini, wird gestürzt |
| 26.07.1943 | ● Speers Rüstungsministerium erhält die Zuständigkeit für die Marinerüstung |
| Aug. 1943 | ● Im AA-Bezirk Leipzig sind 52.761 ausländische Zivilarbeiter und 6.371 Kriegsgefingene. Die größten Zivillistengruppen kommen aus der Sowjetunion und Polen. AA-Bezirk Dresden: 33.507 Zivilarbeiter und 8.752 Kriegsgefingene |
| 13.08.1943 | ● Erlass Görings, dass Ausländer auch Luftschutzräume nutzen können. Trotzdem wird vielen Zwangsarbeitern weiter der Zutritt verwehrt |
| 17. / 18.08. 1943 | ● Zerstörung des Raketentestgeländes in Peenemünde durch einen britischen Luftangriff. Darauf wird von deutscher Seite beschlossen, die Raketenproduktion in Stollen zu verlegen (Mittelbau-Dora) |
| 24.08.1943 | ● Reichsführer SS Heinrich Himmler wird zum deutschen Innenminister ernannt |
| 26.08.1943 | ● Erlass Hitlers zur Verlegung kriegswichtiger Betriebe und Betriebsteile in weniger luftkriegsgefährdete Landesteile |
| 03.09.1943 | ● Die Alliierten landen auf dem italienischen Festland ● Italien und die Alliierten schließen ein Waffenstillstandsabkommen ab |
| Ab Sept. 1943 | ● Etwa 600.000 italienische Kriegsgefingene, ab 20.9.1943 auf Hitlers Befehl als Italienische Militärinternierte eingestuft, werden zum Arbeitseinsatz ins Reich deportiert |
| 01.09.1943 | ● Im Wehrkreis IV befinden sich von circa 60.000 sowjetischen Kriegsgefingenen 80 % im Arbeitseinsatz |

| | |
|--------------------|--|
| 02.09.1943 | ● Speers Ministerium für Bewaffung und Munition wird in Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion umbenannt |
| 06.10.1943 | ● Speer hält eine Rede vor Gauleitern und Parteifunktionären in Posen und verlangt Unterstützung für eine radikale Umstellung der Zivil- in Rüstungsproduktion (Stilllegungs-Aktionen, Auskämm-Aktionen im zivilen Sektor) |
| 13.10.1943 | ● Die seit 25.7.1943 amtierende italienische Regierung Badoglio erklärt dem Deutschen Reich den Krieg |
| 30.10.1943 | ● Moskauer Deklaration der Alliierten über die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur Aburteilung von deutschen Hauptkriegsverbrechern |
| 01.11.1943 | ● Eine neue Verordnung Sauckels zur Kriegsgefangenarbeit tritt in Kraft. Sie bringt einige Verbesserungen, hebt die Diskriminierung sowjetischer Kriegsgefangener jedoch nicht auf |
| 28.11.– 04.12.1943 | ● Auf der Konferenz von Teheran beraten die Alliierten Großbritannien, Sowjetunion und USA über die europäische Nachkriegsordnung |
| 04.12.1943 | ● Erster großer Luftangriff auf den Rüstungsstandort Leipzig |
| 06.12.1943 | ● Hitler befiehlt, wichtige Rüstungswerke unterirdisch zu verlagern |
| Ende 1943 | ● In Sachsen sind etwa 235.000 ausländische Zivilisten und 87.000 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz |
| Dez. 1943 | ● Im Deutschen Reich arbeiten 1,16 Millionen Westarbeiter, 1,8 Millionen Ostarbeiter und 0,6 Millionen Italienische Militärinternierte |
| 1943 | ● Insgesamt verringern die alliierten Luftangriffe die geplante deutsche Rüstungsproduktion um etwa neun Prozent |
| Jan. 1944 | ● Herstellung der ersten V-Waffen (Raketen) in den Stollen von Mittelbau-Dora. Die Produktion läuft bis Februar 1945 durch KZ-Häftlinge ● In London nimmt die alliierte War Crimes Commission ihre Arbeit zur Ermittlung deutscher Kriegsverbrechen auf (siehe auch Oktober 1942) |
| Jan. 1944 | ● Sauckel hält die Rekrutierung von drei Millionen neuen ausländischen Arbeitskräften für nötig, um deutsche Abgänge zu kompensieren und die Zahl der Arbeitskräfte gegenüber 1943 nochmals zu erhöhen. Die tatsächliche mobilisierte Zahl an Ausländern liegt aber nur bei einigen Hunderttausend |
| Febr. 1944 | ● Generelle Urlaubssperre für Arbeitskräfte aus nichtverbündeten Staaten, ab April 1944 auch für Westarbeiter |
| 20.02.1944 | ● Alliierte Bomberverbände beginnen konzentrierte Angriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie (Big Week) |
| 01.03.1944 | ● Der Jägerstab zur zentralen Lenkung der Luftrüstung wird eingesetzt. In vielen Rüstungsbetrieben wird die 72-Stunden-Woche eingeführt |
| 25.03.1944 | ● Eine neue „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ stellt diese grundsätzlich anderen zivilen ausländischen Arbeitskräften gleich |
| April / Mai 1944 | ● Weitgehende Zerstörung der deutschen Öl- und Treibstoffindustrie durch Luftangriffe |
| Frühjahr 1944 | ● Alliierte erwarten nach Ende des Krieges etwa 11,3 Millionen zu Repatriierende |

| | |
|---------------------|---|
| April 1944 | ● Verbot jeglicher Heim- oder Urlaubsreisen für ausländische Arbeitskräfte durch Sauckel |
| 01.05.1944 | ● In Befehl Nr. 70 des sowjetischen Oberkommandos wird zum ersten Mal auf die deportierten sowjetischen Zwangsarbeiter als „Brüder und Schwestern“ eingegangen und ihre Befreiung als erweitertes Kriegsziel bestimmt |
| 06.06.1944 | ● Landung der Alliierten in der Normandie |
| 19.06.1944 | ● Neue Polizei-Verordnung Himmlers, die Ostarbeitern das Ablegen des Ostarbeiterzeichens gestattet und seine Ersetzung durch neue Volkstumszeichen |
| 22.06.1944 | ● Die Rote Armee beginnt ihre Operation Bagration, welche sowjetische Truppen innerhalb zweier Monate bis auf eine Linie Ostpreußen–Warschau–Ungarn führt |
| Juni / Juli 1944 | ● Im Bereich des Rüstungskommandos Chemnitz sind 38.725 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt (1.231 sowjetische Kriegsgefangene, 3.598 Kriegsgefangene anderer Nationen, 6.430 Ostarbeiter, 7.984 Ostarbeiterinnen, 17.355 Zivilarbeiter und 2.127 Zivilarbeiterinnen anderer Nationen). Gleichwohl bleiben 1944 im Bereich der Rüstungsindustrie Chemnitz 15.000 Arbeitsplätze unbesetzt |
| Juni 1944 | ● Speer erhält die Zustimmung Hitlers zum massenhaften Einsatz von jüdischen Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie |
| ab circa Mitte 1944 | ● Einrichtung von etwa 1.000 KZ-Außenlagern bei Rüstungsbetrieben, darunter 62 Außenlager in Sachsen |
| Juli 1944 | ● Die deutsche Rüstungswirtschaft erreicht ihren höchsten monatlichen Produktionsausstoß während des Krieges. Der Jahresausstoß 1944 hat sich gegenüber 1942 mindestens verdoppelt, zum Teil verdreifacht |
| 11.07.1944 | ● Ein Programm Sauckels sieht die Mobilisierung von bis zu 500.000 Schülern, Studenten und Versehrten für den Arbeitseinsatz vor |
| 17.07.1944 | ● Das britische Kabinett beschließt, alle in ihre Hand gefallenen und fallenden sowjetischen Soldaten und befreiten Zivilisten an die UdSSR zu überstellen |
| 20.07.1944 | ● Attentat auf Hitler |
| 25.07.1944 | ● Goebbels wird „Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ |
| 01.08.1944 | ● Das Rüstungsministerium erhält auch die Verantwortung für die Luftrüstung |
| ab Sept. 1944 | ● Zerstörung der deutschen Verkehrsinfrastruktur durch Luftangriffe |
| Aug. / Sept. 1944 | ● Die Ausländerbeschäftigung (zivile Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, ohne KZ-Häftlinge) erreicht mit 7,9 Millionen den Höchststand (= 20 % aller Arbeitskräfte), unter ihnen knapp zwei Millionen Kriegsgefangene |
| 08.09.1944 | ● Eine Verordnung sieht für alle Betriebe mindestens die Einführung der 60-Stunden-Woche vor |
| 11.09.1944 | ● Schwerer Luftangriff auf Chemnitz, dem in den nächsten Monaten weitere auf südwestsächsische Städte folgen |
| 23.09.1944 | ● Das OKW erlässt einen Befehl über Maßnahmen gegen Auflösungserscheinungen bei Wehrmachteinheiten |
| 25.09.1944 | ● Ein Führer-Erlass bestimmt die Gründung des „Volkssturmes“ für 16 bis 60-jährige waffenfähige deutsche Männer |

| | |
|---------------|---|
| 30.09.1944 | ● Der AA-Bezirk Dresden verzeichnet 41.087 zivile Ausländer |
| 04.10.1944 | ● Die Sowjetunion richtet eine „Verwaltung des Bevollmächtigten der Volkskommissariate der Sowjetunion in Angelegenheiten der Repatriierung von Sowjetbürgern aus Deutschland und der von ihm ehemals besetzten Gebiete“ ein |
| Okt. 1944 | ● Die Rote Armee richtete Front-Sammelverschickungslager (FSSP) für die Überprüfung von befreiten sowjetischen Zivilisten ein |
| Okt. 1944 | ● 6,2 Millionen Menschen arbeiten in der Rüstungsindustrie, davon gut 28 % deutsche Männer, 35 % deutsche und ausländische Frauen, 37 % ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene |
| 01.10.1944 | ● Kriegsgefangene werden in Reichsmark und nicht mehr mit Lagergeld entlohnt |
| 09.10.1944 | ● Speers Rüstungsministerium erhält die Letztentscheidungskompetenz für die Zuweisung von KZ-Häftlingen an Rüstungsbetriebe (vorher: WVHA der SS) |
| 19.11.1944 | ● Das OKW erlässt einen Befehl zur Verhinderung von Überläufern (auf die Seite des Gegners) |
| Nov. 1944 | ● Das RSHA gestattet regionalen Dienststellen der Gestapo die eigenständige Exekution von ausländischen Zwangsarbeitern |
| 01.12.1944 | ● Das Stalag IV F Hartmannsdorf betreut mit 41.432 Kriegsgefangenen für den Raum Chemnitz / Südwestsachsen die meisten Kriegsgefangenen aller Stalags in WK IV |
| Dez. 1944 | ● Die Auto Union AG unterhält elf Haupt- sowie 58 Ausweichlager für Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge |
| Ende 1944 | ● Etwa 1,95 Millionen Personen arbeiten in der sächsischen Kriegswirtschaft, davon circa 270.000 ausländische Zwangsarbeiter, 100.000 Kriegsgefangene und 45.000 KZ-Häftlinge |
| 1944 / 1945 | ● Für 700 Rüstungsbetriebe werden unterirdische Verlagerungsorte hergerichtet bzw. geplant. Hierfür werden auch Hunderttausende von Zwangsarbeitern eingesetzt, vor allem KZ-Häftlinge, die zu Zehntausenden sterben |
| 1945 | ● Circa 200 Dresdner Betriebe sind in der Rüstungsproduktion tätig; in Dresden existieren rund 200 Lager für Zwangsarbeiter aller Kategorien |
| Anfang 1945 | ● Mit circa 100.000 weist der Raum Leipzig die größte Zahl ausländischer Arbeitskräfte aller Gruppen in Sachsen auf |
| Jan. 1945 | ● Von gut 700.000 KZ-Häftlingen befinden sich 600.000 im Arbeitseinsatz |
| 06.01.1945 | ● Regierungs-Verordnung Nr. 30-12s der sowjetischen Regierung „Über die Organisation des Empfanges und der Regelung für repatriierte sowjetische Bürger“. Die Verordnung sieht vor, dass sich jeder Repatriant einer obligatorischen Überprüfung durch Sicherheitsorgane unterziehen muss |
| 12.01.1945 | ● Beginn der Winteroffensive der Roten Armee |
| 31.01.1945 | ● Erlass des Rüstungsministeriums über ein letztes wirtschaftliches Notprogramm zur Zusammenarbeit von deutschen Rüstungsfirmen |
| ab Febr. 1945 | ● letzte alliierte Luftangriffe auf sächsische Städte (Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen, Zwickau) |

| | |
|---------------------|---|
| 04.-11.02.1945 | ● Konferenz der Alliierten in Jalta (auf der Krim) |
| 11.02.1945 | ● Unterzeichnung eines Repatriierungsabkommens zwischen Vertretern der Westalliierten und der Sowjetunion auf der Jalta-Konferenz: Die Westalliierten sagen zu, alle sowjetischen Bürger zur repatriieren. Das Abkommen wird nicht veröffentlicht |
| 05.02.1945 | ● Allgemeine Kürzung der Lebensmittelrationen für Ausländer im Deutschen Reich |
| 13.-15.02.1945 | ● Schwere Luftangriffe auf Dresden mit circa 25.000 Toten, aber auch großen Zerstörungen bei der Rüstungsindustrie |
| März bis Sept. 1945 | ● Circa elf Millionen Bürger alliierter Nationen aus Westeuropa und den westlichen Besatzungszonen werden repatriiert |
| März 1945 | ● Die Gestapo führt im ganzen Deutschen Reich Massenerschießungen von in ihren Gefängnissen einsitzenden Ausländern durch |
| 05.03.1945 | ● Allgemeine Kürzung der Lebensmittelrationen für alle Menschen im Deutschen Reich durch Verlängerung der Zuteilungsperiode ● Führer-Befehl zur Sippenhaft bei Vaterlandsverrätern und Überläufern |
| 19.03.1945 | ● Speer übergibt Hitler eine Denkschrift zur Erhaltung der industriellen Substanz ● Hitler gibt sogenannten Nero-Befehl heraus, nach dem alles für den Feind Wertvolle an Infrastruktur und Betrieben beim deutschen Rückzug zu zerstören ist |
| 30.03.1945 | ● Sippenhafterlass des OKW |
| 18.04.1945 | ● NKWD Befehl Nr. 00315 zur Inhaftierung von bestimmten Gruppen Deutscher (feindlicher Elemente) im Deutschen Reich |
| 25.04.1945 | ● Treffen der Alliierten an der Elbe (Torgau, Strehla). Inoffiziell werden alsbald etwa 20.000 Kriegsgefangene der jeweils anderen Seite übergeben |
| 30.04.1945 | ● Hitler begeht im Bunker unter der Reichskanzlei in Berlin Selbstmord |
| bis 08.05.1945 | ● Etwa 500.000 Menschen werden nach Sachsen evakuiert oder fliehen dorthin; 120.000 Menschen folgen den Betriebsverlagerungen nach Sachsen ● Etwa 500.000 ausländische Arbeitskräfte (Zivilisten, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge) leisten von 1939 bis 1945 in Sachsen Zwangsarbeit |
| 08. / 09.05.1945 | ● Das Deutsche Reich unterzeichnet die Kapitulationsurkunde(n) |
| 11.05.1945 | ● NKWD kündigt die Einrichtung von etwa 100 Überprüfungs- und Filtrationslagern für heimkehrende Sowjetbürger im sowjetisch besetzten Europa an. Nach russischen Angaben aus den 1990er Jahren wurden etwa zehn Prozent der Repatrianten nach der Filtration in Strafverfahren verurteilt |
| 22.05.1945 | ● Interalliiertes Abkommen von Halle zur gegenseitigen Übergabe alliierter Bürger für deren Repatriierung. Elf interalliierte Übergabepunkte werden festgelegt ● Verordnung des GKO Nr. 8670ss zum Verfahren der Filtrierung heimkehrender sowjetischer Bürger |

| | |
|---------------------------|--|
| 05.06.1945 | ● Die Alliierten übernehmen die Regierungsgewalt über das Deutsche Reich und teilen es in vier Besatzungszonen auf (ohne die Gebiete östlich der Linie Oder / Neiße) |
| 17.07.– 02.08. 1945 | ● Potsdamer Konferenz der Alliierten |
| 02.08.1945 | ● Die Alliierten beschließen auf der Potsdamer Konferenz die Verpflichtung des Deutschen Reiches zu Reparationen |
| 04.09.1945 | ● SMAD-Befehl Nr. 49 zur Rekonstruktion des Justizwesens der SBZ nach dem Muster der Weimarer Republik |
| 30.10.1945 | ● Befehl 124 der SMAD „Über die Beschlagnahme und Übernahme in zeitweilige Verwaltung einiger Eigentumskategorien in Deutschland“ |
| 31.10.1945 | ● Befehl 126 der SMAD „Über die Einziehung von Eigentum der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organe und ihr angrenzender Organisationen“ |
| 20.11.1945– 01.10.1946 | ● Durchführung der alliierten Nürnberger Prozesse gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher |
| 30.11.1945 | ● Kontrollratsgesetz Nr. 4: Deutsche Straftaten gegen Bürger der Alliierten werden von alliierten Gerichten geahndet (mit Ausnahmen) |
| 07.12.1945 | ● Befehl Nr. 163 der SMAD „Über die Durchführung der Suche nach Bürgern der Vereinten Nationen durch deutsche Organe“; dem folgen bald Befehle zur Ermittlung von Grablagen |
| 20.12.1945 | ● Kontrollratsgesetz Nr. 10 schafft neue Normen zur Bestrafung von Kriegsverbrechern |
| Ende 1945 | ● Etwa 300.000 der ehemaligen Ostarbeiter sind von Mitte 1945 bis Jahresende zu Demontagearbeiten oder Arbeiten für die Rote Armee in der SBZ eingesetzt |
| Anfang 1946 | ● Circa 500.000 bis 700.000 DP's können noch nicht in ein Land ihrer Wahl repatriiert werden |
| bis Jan. 1946 | ● Die sowjetische Repatriierungsbehörde meldet 5.263.495 repatriierte Personen. Von diesen werden 1.055.925 ehemalige Kriegsgefangene wieder ins Militär in Reserveeinheiten integriert (20 Prozent), 3.259.857 kehren als Zivilisten an ihren (zumeist) alten Wohnort zurück (62 Prozent), 608.095 werden in Arbeitsbataillone des Verteidigungsministeriums überwiesen (elf Prozent) und 339.618 stehen zur Disposition des NKWD (6,5 Prozent; gemeint wohl Zwangsarbeit in Arbeitsbataillonen des NKWD) |
| 14.01.1946 | ● Im Pariser Reparationsabkommen werden die Anteile der deutschen Kriegsgegner an deutschen Reparationen bestimmt |
| 01.03.1946 | ● Die sowjetische Repatriierungsbehörde meldet 5.352.963 repatriierte Sowjetbürger. Bei 1.825.774 handelte es sich um ehemalige Kriegsgefangene (34 Prozent), 3.527.189 sind Zivilisten (66 Prozent). Unter letzteren gibt es 1.293.095 Männer, 1.531.650 Frauen und 702.444 Kinder |
| 30.06.1946 | ● Volksentscheid in Sachsen über das „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“ wird angenommen |

| | |
|---------------------------|--|
| 12.10.1946 | ● Kontrollratsdirektive 38 über die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“ |
| 19.04.–22.12.1947 | ● 5. Nürnberger Nachfolgeprozess gegen Friedrich Flick und fünf Mitarbeiter |
| 16.08.1947 | ● SMAD-Befehl Nr. 201 „Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und 38 des Kontrollrates“. Es werden entsprechende neue 201er Sonderstrafkammern eingerichtet |
| 30.12.1947– 14.04.1949 | ● Alliiertes OKW-Prozess (u. a. gegen General Hermann Reinecke) |
| 21.04.–29.06.1950 | ● Waldheimer Prozesse |
| 1950 | ● VVN beschließt Kriterien zur Anerkennung als Verfolgte des NS-Regimes bzw. Kämpfer gegen den Faschismus für Entschädigungsrenten. Die Zahlungen werden als Ehrenpension bezeichnet |
| 1951 | ● Die verbleibenden DP's in Westdeutschland werden in die Obhut der Bundesrepublik Deutschland übergeben und wohnen in „Regierungslagern für heimatlose Ausländer“. Die letzten Lager werden 1959 geschlossen |
| 15.06.1951 | ● Das letzte 201er NS-Verfahren in der DDR wird abgeschlossen |
| Herbst 1951 | ● 23 jüdische Organisationen schließen sich zur Conference on Jewish Material Claims against Germany zusammen (JCC) |
| 10.09.1952 | ● Im Luxemburger Abkommen einigten sich JCC und die Bundesrepublik Deutschland auf die Zahlung von drei Milliarden DM an Israel (Warenlieferungen) sowie 450 Millionen an die JCC zur Weiterleitung an jüdische Opfer. Osteuropäische Juden sind nicht einbezogen |
| 27.02.1953 | ● Das Londoner Schuldenabkommen zwischen den Westalliierten und der Bundesrepublik Deutschland weist die Zwangsarbeiterentschädigung den Reparationen zu und verschiebt deren Begleichung auf die Zeit nach einem Friedensvertrag |
| 01.10.1953 | ● Das Bundesergänzungsgesetz / Bundesentschädigungsgesetz vom 18.9.1953 / 29.6.1956 (zur Entschädigung von NS-Unrecht) tritt rückwirkend zum 1.10.1953 in Kraft |
| 17.09.1955 | ● Sowjetischer Straferlass für einen kleinen Teil verurteilter ehemaliger Rotarmisten |
| Ende 1955 | ● Von 1946 an sind in der SBZ und DDR insgesamt 12.766 NS-bezogene deutsche Gerichtsverfahren mit Verurteilungen durchgeführt worden. Etwa 3.700 weitere Verfahren endeten mit der Einstellung oder mit Freisprüchen |
| 29.06.1956 | ● Erlass der Verordnung Nr. 898-490s des ZK der KPdSU sowie des Ministerrates mit dem Titel „Über die Beseitigung der Folgen grober Verstöße gegen die Gesetzlichkeit gegen ehemalige Kriegsgefangene und deren Familienangehörige“ ● Deutscher Bundestag verabschiedet das Bundesentschädigungsgesetz (NS-Unrecht) |

| | |
|-------------------|--|
| Febr. 1957 | ● Erstes Abkommen zwischen JCC und IG Farben über individuelle Entschädigung von jüdischen Zwangsarbeitern |
| 1959–1964 | ● Die Bundesrepublik Deutschland schließt Globalabkommen zur Wiedergutmachung mit zwölf europäischen Ländern |
| 1959–1987 | ● Mehrere deutsche Konzerne (Krupp, AEG Telefunken, Rheinmetall, Dynamit Nobel, Daimler-Benz) schließen mit der JCC Abkommen zur Entschädigung ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter |
| 1961–1972 | ● Die Bundesrepublik Deutschland schließt für die Entschädigung von Medizinopfern der KZ Abkommen mit Jugoslawien, der CSSR, Ungarn und Polen ab |
| 1973 | ● Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Polen und Jugoslawien über zinslose Darlehen und im Fall Polens auch pauschale Rentenentschädigungen für Zwangsarbeiter |
| 1979 | ● USA gründen ein Office of Special Investigation zur Ermittlung von Kriegsverbrechern unter den Nachkriegsimmigranten nach Nordamerika |
| 1984–1987 | ● DDR schließt mit Dänemark, Finnland, Österreich und Schweden Pauschalabkommen über Rückerstattungsansprüche ehemaliger NS-Verfolgter ab |
| 12.09.1990 | ● Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages zur deutschen Wiedervereinigung. Die Bundesregierung sieht damit die Reparationsfrage als erledigt an (Londoner Schuldenabkommen vom 27.2.1953) |
| 1991–1998 | ● Abschluss weiterer Globalabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrussland, der Russischen Föderation und Tschechien mit Zahlungen an ehemalige KZ-Opfer |
| Oktober 1991 | ● Die Volkswagen AG zahlt eine Entschädigung für Zwangsarbeit als Infrastruktur- und soziale Hilfe an Weißrussland, die Ukraine, Polen und Israel |
| 29.11.1992 | ● Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit der JCC einen Vertrag über Entschädigung jüdischer NS-Opfer bezüglich des Gebietes der ehemaligen DDR |
| 23.01.1995 | ● Der russische Präsident Jelzin erlässt die Verordnung „Über die Wiedereinsetzung der gesetzlichen Rechte der russischen Bürger – ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten, die in der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und der Nachkriegszeit repatriiert worden waren.“ Hiermit wird erstmals offiziell der Makel des Vaterlandsverrates von deportierten Zivilisten und Kriegsgefangenen genommen |
| 13.05.1996 | ● Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts eröffnet die Möglichkeit zu individuellen Klagen auf Entschädigung für Zwangsarbeit |
| Ende 1990er Jahre | ● Zahlreiche Sammelklagen vor US-Gerichten gegen deutsche Konzerne wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern |

| | |
|------------|---|
| 06.07.2000 | <ul style="list-style-type: none"> ● Der Deutsche Bundestag verabschiedet ein Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung–Verantwortung–Zukunft“, das am 2. August 2000 in Kraft tritt und die individuelle Entschädigung von Zwangsarbeitern regelt. Als Entschädigung für Zwangsarbeit ist eine Summe von knapp zehn Milliarden DM vorgesehen. Kriegsgefangene sind jedoch von der Entschädigung ausgenommen. Die Entschädigungszahlungen beginnen 2001 |
| 17.07.2000 | <ul style="list-style-type: none"> ● Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, wonach letztere auf Reparationen verzichten und individuelle Klagen vor US-Gerichten gegen Deutschland wegen Zwangsarbeit abwehren werden |
| 2015–2017 | <ul style="list-style-type: none"> ● Ehemalige noch lebende Rotarmisten erhalten für ihren deutschen Arbeitseinsatz durch die Bundesregierung eine symbolische Einmalzahlung von 2.500 Euro als Good-Will-Entschädigung |
| 13.04.2018 | <ul style="list-style-type: none"> ● Am ehemaligen Astra AG-Hauptgebäude in Chemnitz wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter der Astra AG enthüllt |
| 08.11.2020 | <ul style="list-style-type: none"> ● Am Ort des Zwangsarbeiterlagers „Landgraf“ in Chemnitz wird eine große Gedenk- und Informationstafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge im Auto Union-Werk Siegmars eingeweiht |

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur und gedruckte Quellen

- Antusch, Mathias, Zwangsarbeit im Stahlwerk Gröditz, München 2004 (Diplomarbeit der Bundeswehrhochschule München).
- Applebaum, Anne, Der Gulag, Berlin 2003.
- Bästlein, Klaus, Die Strafverfolgung der in den nordfriesischen Konzentrationslagern Husum-Schwesing und Ladelund verübten NS-Gewaltverbrechen durch britische, dänische, niederländische und deutsche Stellen, in: Heitzer u. a., Im Schatten von Nürnberg, S. 174–187.
- Balz, Reinhardt, Zwangsarbeiter in Dresden. Eine Dokumentation zum Geschehen im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden. Hg.: PDS-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, August 2001.
- Baranowski, Daniel (Hg.), „Ich bin die Stimme der sechs Millionen“. Das Videoarchiv im Ort der Information, Berlin 2009 (EVZ).
- Barkai, Avraham, Vom Boykott zur >Entjudung<. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt / Main 1988.
- Baumert, Martin, NS-Zwangsarbeit und Erinnerungskultur im Landkreis Leipzig. Das Beispiel Böhlen-Espenhain, in: Brunner / Kenkmann, S. 91–114.
- Baumert, Martin, >Kontinuität im Wandel<. Ein diachronischer Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes Böhlen-Espenhain zwischen 1933 und 1965, in: Frank Becker / Daniel Schmidt (Hg.), Industrielle Arbeitswelt und Nationalismus. Der Betrieb als Laboratorium der „Volksgemeinschaft“ 1920–1940, Essen 2020, S. 261–274.
- Baumert, Martin, Kontinuität im Wandel. Ein diachroner Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes Böhlen-Espenhain 1933–1965, unpublizierte Dissertation Universität Leipzig 2020.
- Behring, Rainer, Das Kriegsende 1945, in: Sachsen in der NS-Zeit, S. 224–238.
- Benz, Wolfgang, Erschießen oder aburteilen? Interalliierte Beschlüsse zum Umgang mit den NS-Tätern, in: Heizer u. a., Im Schatten von Nürnberg, S. 25–37.
- Berger, Beate, Zwangsarbeit in der Leipziger Stadtverwaltung. Einige Bemerkungen zur Quellenlage, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 73–80.
- Böhm, Boris / Norbert Haase (Hg.), Täterschaft – Strafverfolgung – Schuldentlastung. Arztbiografien zwischen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und deutscher Nachkriegsgeschichte (= Zeitfenster, Beiträge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bd. 1), Leipzig 2007.

- Brenner, Hans, Zur Rolle der Außenkommandos des KZ Flossenbürg im System des staatsmonopolistischen deutschen Imperialismus und im antifaschistischen Widerstandskampf 1942–1945, Dissertation Dresden 1981.
- Brenner, Hans, Eiserne „Schwalben“ für das Elbsandsteingebirge. KZ-Häftlingseinsatz zum Aufbau von Treibstoffanlagen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, in: Sächsische Heimatblätter 45 (1999), S. 9–16.
- Brenner-Wonschick, Hannelore, „Die Mädchen von Zimmer 28. Freundschaft, Hoffnung und Überleben in Theresienstadt“, Berlin 2008.
- Brunner, Detlev / Alfons Kenkmann (Hg.), Leipzig im Nationalsozialismus. Beiträge zu Zwangsarbeit, Verfolgung und Widerstand (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 13), Leipzig 2016.
- Budko, Anatolij / Natalija Čigareva / Galina Gribovskaja / Igor' Kosyrin, Medizinhistorische Aspekte des Lagers Zeithain, in: Zeithain, Bd. 1, S. 108–135.
- Cajani, Luigi, Die italienischen Militär-Internierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 295–318.
- Chemnitz in der NS-Zeit. Beiträge zur Stadtgeschichte 1933–1945, hrsg. vom Stadtarchiv Chemnitz, Leipzig 2008.
- Christoforow, V. S., Zeithain im Spiegel sowjetischer Archivquellen, in: Zeithain Bd. 1, S. 78–107.
- Christoforow, V. S., Zur Arbeit der Abwehr mit sowjetischen Kriegsgefangenen (auf der Grundlage von Materialien des Zentralarchivs des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation), Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen-Gefangen-Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.
- Classen, Christoph, Was bleibt vom >Dritten Reich<? Der Umgang mit dem Nationalsozialismus im geteilten Nachkriegsdeutschland, in: Süß / Süß, S. 311–330.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1988.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 5, Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944 / 45, Stuttgart 1999.
- Debski, Andreas, Die Vergessenen Toten von Espenhain. Heute vor 70 Jahren starben 128 französische Kriegsgefangene bei einem Bombenangriff – Hobbyhistoriker deckt Geschichte auf, in: Leipziger Volkszeitung vom 28. Mai 2014.
- Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Band 1–6, Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, Berlin (Ost) 1985.
- Diamant, Adolf, Gestapo Chemnitz und die Außenstellen Plauen i. V. und Zwickau, Chemnitz 1999.
- Didzioneit, Volker, Zwangsarbeit in Freiberg / Sa. von 1939 bis 1945, Roßwein 2013 (Bachelorarbeit der Hochschule Mittweida).

- Doroschevitsch, V. K., Unbekannte Dokumente zu sowjetischen Kriegsgefangenen: Auf der Grundlage von Materialien des Zentralarchivs des KGB der Republik Belarus, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.
- Düsing, Michael, „Mein Weg, Herr Oberbürgermeister, ist schon bestimmt.“ Judenverfolgung in Freiberg 1933–1945, Dresden 2011.
- Durand, Yves, Vichy und der „Reichseinsatz“, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 184–199.
- Ehrhardt, Christoph, Grünaer Betriebe im Dienste der deutschen Wehrwirtschaft im Zweiten Weltkrieg, in: Verlagerter Krieg, S. 55–61.
- Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band II: 1941–1943, Teil 1 und 2, München 1999 (Ursprünglich Berlin (Ost) 1985); Teil 2 mit einem Kapitel von Joachim Lehmann.
- Eichholtz, Dietrich, unter Mitarbeit von Hagen Fleischer u. a., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Bd. III: 1943–1945, Berlin 1996.
- Eichholtz, Dietrich, Die „Krautaktion“. Ruhrindustrie, Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit 1944, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 270–294.
- Eichholtz, Dietrich, Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie), in: Winkler, Stiften gehen, S. 10–40.
- Engelmann, Bernt, Grosses Bundesverdienstkreuz. Tatsachenroman, Darmstadt 1974, später erweitert als Bernt Engelmann, Großes Bundesverdienstkreuz, Göttingen 1998 f.
- Evers, Lothar, Verhandlungen konnte man das eigentlich nicht nennen ..., in: Winkler, Stiften gehen, S. 222–234.
- Fickenwirth, Thomas / Birgit Horn / Christian Kurzweg, Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939–1945. Archivalisches Spezialinventar (= Leipziger Kalender, Sonderband 2004 / 1), hrsg. von der Stadt Leipzig, Leipzig 2004.
- Fings, Karola, Kommunen und Zwangsarbeit, in: Winkler, Stiften gehen, S. 108–129.
- Fink, Sebastian, Belegschaft im Wandel. Die Riesaer Stahlwerke 1943 bis 1949, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 445–463.
- Fink, Sebastian, Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933–1963 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 9), Leipzig 2012.
- Fischer, Alexander, Ideologie und Sachzwang. Kriegswirtschaft und „Ausländereinsatz“ im südsächsischen Elbtalgebiet, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 12–26.
- Fleischer, Wolfgang, Die Entwicklung der Panzerfaust durch die Hasag, in: Leipzig Permoserstraße, S. 80–83.
- Förderzentrum „ProChemnitz“, Wider des Vergessens, Chemnitz o. J.
- Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002, hrsg. vom Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, Halle (Saale) / Dresden 2002.
- Fritz, Ulrich, KZ-Außenlager in Sachsen, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 139–156.

- Fröbe, Rainer, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektiven der Industrie 1943–1945, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 351–383.
- Für die Lebenden – der Toten gedenken. Ein internationales Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung des Schicksals sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Verbindung mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Dokumentationsstätte Stalag 326 Senne, Dresden 2003.
- Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation (Hg.), Sammlung gesetzlicher und normativer Bestimmungen über Repressionen und die Rehabilitierung politischer Repression, Band 1 und 2, Kursk 1999 (russ.).
- Glauning, Christine, „Ostarbeiter“ im Deutschen Reich, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.
- Goeken-Haidl, Ulrike, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006.
- Goeken, Ulrike, Von der Kooperation zur Konfrontation. Die sowjetischen Repatriierungsoffiziere in den westlichen Besatzungszonen, in: Müller u. a., Tragödie der Gefangenschaft, S. 315–334.
- Grabstätten sowjetischer Bürger auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Red. Klaus-Dieter Müller und Alexander Haritonow unter Mitarbeit von Wolfgang Scheder, Christel Achmad, Kristina Posseckardt, Uljana Sieber, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dresden 2008.
- Grundke Wilhelm, Betriebsgeschichte, Stadtarchiv Chemnitz, Nachlässe.
- Gryglewski, Marcus (Bearbeiter), Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945 (= Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 4), hrsg. von Norbert Haase / Stefi Jersch-Wenzel / Hermann Simon, Leipzig 1998.
- Haase, Norbert / Jens Nagel, Gedenkstättenarbeit in Zeithain. Herausforderungen und neue Perspektiven, in: Für die Lebenden, S. 62–75.
- Haase, Norbert / Bert Pampel (Hg.), Die Waldheimer „Prozesse“ – fünfzig Jahre danach. Dokumentation der Tagung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 28. und 29. September 2000 in Waldheim (= Juristische Zeitgeschichte, Nr. 11), Baden-Baden 2001.
- Hacke, Gerald, Radikalisierung und Eskalation. Zur Tätigkeit der Justiz in Sachsen während des Zweiten Weltkrieges, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 117–137.
- Haikal, Mustafa, Einige Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Hugo-Schneider Aktiengesellschaft (HASAG), in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 81–88.
- Haikal, Mustafa, Chronik, in: Leipzig Permoserstraße, S. 12–24.

- Haikal, Mustafa, Von der Petroleumlampe zur Panzerfaust, in: Leipzig Permoserstraße, S. 25–53.
- Haikal, Mustafa, Exkurse und Dokumente zur Geschichte der Hasag, in: Leipzig Permoserstraße, S. 54–73.
- Haikal, Mustafa, Die Standorte der Firma im Zweiten Weltkrieg, in: Leipzig Permoserstraße, S. 74–79.
- Hammer, Michael, Einweihung eines Gedenksteines für französische Kriegsgefangene in Irfersgrün, in: Lengenfelder Anzeiger, Amtsblatt für die Stadt Lengenfeld mit den Ortsteilen Irfersgrün, Pechtelsgrün, Plohn / Abhorn, Schönbrunn, Weißensand und Wolfspütz, 23. Jg., Oktober 2012, S. 1–3.
- Haritonow, Alexander, Die sowjetische Militäradministration in Deutschland und ihre Suche nach auf deutschem Boden verstorbenen Bürgern der UdSSR, in: Selemenev u. a., S. 190–217.
- Haritonow, Alexander, Zur Geschichte der Suche nach Vermissten, in: Für die Lebenden, S. 76–85.
- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt / Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale) (Hg.), „...das gesunde Volksempfinden größtenteils verletzt“. „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“ im Sondergerichtsbezirk Halle (Saale), Halle 2012.
- Heitzer, Enrico / Günter Morsch / Robert Traba / Katarzyna Woniak (Hg.), Im Schatten von Nürnberg. Transnationale Ahndung von NS-Verbrechen, Berlin 2019.
- Held, Steffen / Thomas Fickenwirth, Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939–1945. Archivalisches Spezialinventar und historische Einblicke (= Leipziger Kalender, Sonderband 2001 / 2), hrsg. von der Stadt Leipzig und dem Stadtarchiv, Leipzig 2001.
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin-Bonn 21986.
- Herbert, Ulrich (Hg.), Europa und der >Reichseinsatz<. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991.
- Herbert, Ulrich, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 384–426.
- Herbert, Ulrich, Einleitung, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 7–25.
- Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin / Bonn 1986.
- Heß, Ulrich, Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945. Dokumente einer Archivausstellung, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 107–164.
- Hess, Ulrich, Rüstungs- und Kriegswirtschaft in Sachsen (1935–1945), in: Werner Bramke / Ulrich Heß (Hg.), Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar / Köln / Wien 1995, S. 73–91.
- Hesse, Klaus, 1933–1945. Rüstungsindustrie in Leipzig. Teil 1: Eine Dokumentation über die kriegswirtschaftliche Funktion Leipziger Rüstungsbetriebe, ihre militärische Bedeutung, über Gewinne, Gewinner und Verlierer. Teil 2: Eine Dokumentation über „Arbeitsbeschaffung“

- durch Rüstung und Dienstverpflichtete, über Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Außenlager, über gesühnte und ungesühnte Verbrechen, über Verbrecher, Opfer und andere vergessene Erinnerungen, Leipzig 2007 (Eigenverlag).
- Hirschfeld, Gerhard, Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 172–183.
- Höfer, Geschichte der Astra-Werke, 2002, VVN Chemnitz.
- Hoffmann, Katharina, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Winkler, Stiften gehen, S. 130–147.
- Hofmann, Gerhard, „Ein Aufblühen wird einsetzen“. Über Aufstieg und Untergang eines Rochlitzer Betriebes, in: Verlagerter Krieg, S. 62–75.
- Hummel, Jens, Das Rüstungskommando Chemnitz, in: Verlagerter Krieg, S. 5–17.
- Hummel, Jens, Betriebsstilllegungen, Betriebsverlagerungen und Untertageverlagerung von Produktionsanlagen, in: Verlagerter Krieg, S. 18–36.
- „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004–2006, hrsg. vom Verein Kontakte – Контакты e. V., Berlin 2007.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XII: Periode von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1968.
- Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947. Sonderausgabe für Komet MA-Service Frechen, o. J.
- Issing, Otmar / Daniel Koerfer, Zielscheibe Ludwig Erhard, in: FAZ Nr. 254, 1. November 2019, S. 16.
- Jelpke, Ulla / Rüdiger Lötzer, Geblieben ist der Skandal – Ein Gesetz zum Schutz der deutschen Wirtschaft, in: Winkler, Stiften gehen, S. 235–250.
- Kárný, Miroslav, Der „Reichsausgleich“ in der deutschen Protektoratspolitik, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 26–50.
- Keller, Rolf / Klaus-Dieter Müller / Reinhard Otto, Sowjetische Kriegsgefangene (Mannschaften und Unteroffiziere) in deutscher Hand. Neue Dimensionen der internationalen Zusammenarbeit, in: Für die Lebenden, S. 140–161.
- Keller, Rolf, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941 / 42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen (Dissertation), Göttingen 2011.
- Kilb, Andreas, Der vergessene Krieg, FAZ Nr. 165, 18. Juli 2020, S. 9.
- Kiseleva, Ekaterina, Dokumente über den Tod sowjetischer Kriegsgefangener im Archivbestand der „Außerordentlichen staatlichen Kommission für die Feststellung und Untersuchung von Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge“, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.

- Klemperer, Viktor, Tagebücher 1933–1945, Berlin 1999.
- Klimpe-Auerbach, Wolf, Deutsche Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit und Zwangsarbeit, in: Winkler, Stiften gehen, S. 205–221.
- Koch, Peter-Ferdinand, Die Geldgeschäfte der SS, Hamburg 2002.
- Kohl, Peter / Peter Bessel, Geschichte der Mitteldeutschen Motorenwerke GmbH Taucha 1935–1948, Wiesbaden 2003.
- Kondratow, W. K., Zur Arbeit der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft bei der Rehabilitierung deutscher Staatsbürger, die aus politischen Motiven heraus repressiert wurden, Manuskript des Vortrags in Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.
- Kranich, Steffen, Die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges, dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben, 1974 (Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Dresden).
- Kranich, Steffen, Die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegenüber ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges, dargestellt am Beispiel von Chemnitzer Betrieben, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, Heft 22, Jg. 1978, hrsg. vom Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt, S. 39–55.
- Krivoscheev, G. F., Russland und die UdSSR in den Kriegen des 20. Jahrhunderts. Die Verluste der militärischen Kräfte. Statistische Untersuchungen, Moskau 2001 (russ.).
- Kroener, Bernhard R., Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband, S. 691–1001.
- Kroener, Bernhard R., „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband, S. 775–1001.
- Kroener, Bernhard R. / Rolf-Dieter Müller / Hans Umbreit, Zusammenfassung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband, S. 1003–1022.
- Krone, Andreas, Plauen bis 1949 – vom Dritten Reich zum Sozialismus. Entnazifizierung und personell-struktureller Umbau in kommunaler Verwaltung, Wirtschaft und Bildungswesen, (Dissertation TU Chemnitz), 2001.
- Kühnert, Horst, Ausländische Zwangsarbeiter in Mittweidaer Betrieben, in: Verlagerter Krieg, S. 50–54.
- Kukowski, Martin / Rudolf Boch, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl und Günther Schulz, Bd. 24), Stuttgart 2014.
- Kuczynski, Thomas, Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“, in: Winkler, Stiften gehen, S. 170–185.
- Lehmann, Joachim, Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II, Teil 2, S. 570–642.

- Leibetseder, Mathis, Turbinen für Krieg und Frieden, in: Sächsisches Archivblatt Heft 1 / 2008, S. 19–21.
- Leipzig Permoserstraße. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts, hrsg. vom UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig 2001.
- Lotfi, Gabriele, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart / München 2000.
- Lukat, Katherine, Zwangsarbeit in Plauen im Vogtland. Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge im Zweiten Weltkrieg (Dissertation), Göttingen 2020.
- Łuczak, Cesaław, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 90–105.
- Mai, Andreas, „Haltet Abstand von den Ausländern!“. NS-Ideologie und Lebenswelten von ausländischen Arbeitskräften in Nordwestsachsen, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 27–48.
- Maier, Dieter G., Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit, in: Winkler, Stiften gehen, S. 67–84.
- Mantelli, Brunello, Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: Herbert (Hg.), Europa, S. 51–89.
- Masson, Philippe, Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945. Mit einem Vorwort und Anmerkungen von J.A. Graf Kielmansegg, München 2000.
- Modes, Oliver, Zur Baugeschichte und zum Produktionsprofil des Leipziger Standortes, in: Leipzig Permoserstraße, S. 96–101.
- Morin, A. J., Die strafrechtliche Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern. Zur Arbeit der sowjetischen Rechtsbehörden bei der Ermittlung und Aufklärung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, in: Selemenev u. a., S. 470–509.
- Moll, Martin (Hg.), „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus dem Bereich Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997.
- Morgenstern, Wilhelm, Entwurf Betriebsgeschichtsschreibung der Astra-Werke / VEB Buchungsmaschinenwerk, Karl-Marx-Stadt 1975, Stadtarchiv Chemnitz, Nachlässe.
- Müller, Klaus, Zwangsarbeit im Werkzeugmaschinenbaubetrieb „Deutsche Nilas-Werke AG“, Siegmarschönau, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 63–72.
- Müller, Klaus-Dieter, Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ / DDR 1945–1956 (Arbeitstitel), nicht publiziertes Manuskript 1998.
- Müller, Klaus-Dieter (Hg.), Das Tagebuch des Levan Atanasjan. Erinnerungen eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen (= Zeitfenster. Beiträge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Bd. 7), Leipzig 2009.

- Müller, Klaus-Dieter, Das Forschungsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“, in: Klaus-Dieter Müller (Hg.), *Das Tagebuch des Levan Atanasjan*, S. 9–38.
- Müller, Klaus-Dieter, Verbrechenahndung und Besatzungspolitik. Zur Rolle und Bedeutung der Todesurteile durch Sowjetische Militärtribunale, in: Weigelt, u. a., *Todesurteile sowjetischer Militärtribunale*, S. 15–62.
- Müller, Klaus-Dieter, Todesstrafen sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche im Kontext der Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen, in: Heitzer u. a., *Im Schatten von Nürnberg*, S. 96–116.
- Müller, Klaus-Dieter, Verurteilte in den Haftanstalt Waldheim 1950–1955, in: Haase / Pampel, S. 74–99.
- Müller, Klaus-Dieter / Konstantin Nikischkin / Günther Wagenlehner (Hg.), *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1945* (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 5), Köln / Weimar 1998.
- Müller, Rolf-Dieter, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Herbert (Hg.), *Europa*, S. 234–250.
- Müller, Rolf-Dieter, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 5, Erster Halbband, S. 347–689.
- Müller, Rolf-Dieter, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Band 5, Zweiter Halbband, S. 273–773.
- Nachtigal, Reinhard, Zur Anzahl der Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg, *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 67 (2008), S. 345–384.
- Nagel, Jens, Das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener 1941 bis 1944 – Zur Rolle des Wehrkreisarztes im Wehrkreismando IV Dresden Dr. Paul Konitzer (1894–1947), in: Böhm / Haase, S. 93–118.
- Nagel, Jens, Das Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 42–77.
- Nagel, Jens, Das Kriegsgefangenenwesen der Deutschen Wehrmacht, in: *Zeithain*, Bd. 1, S. 28–41.
- Naumov, Vladimir / Leonid Reschin, Repressionen gegen sowjetische Kriegsgefangene und zivile Repatrianten in der UdSSR 1941 bis 1956, in: Müller u. a., *Tragödie der Gefangenschaft*, S. 335–364.
- NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen, hrsg. von Hans Brenner / Wolfgang Heidrich / Klaus-Dieter Müller / Dietmar Wendler, Dresden 2018.
- Oertel, Manfred, Die Kriegsfinanzierung, in: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. III, S. 681–737.
- Otto, Reinhard, Pilotprojekt Offizierskartei. Erste wissenschaftliche Ergebnisse, in: *Für die Lebenden*, S. 40–49.
- Overy, Richard, *Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945*, Berlin 2014.

- Pagenstecher, Cord, Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Ein digitales Interviewarchiv und seine Bildungsmaterialien, in: Baranowski, Ich bin die Stimme, S. 192–198.
- Pfalzer, Stephan, Aspekte des Einsatzes von Zwangsarbeitern in Chemnitz und seinem Umland 1939–1945, in: Chemnitz in der NS-Zeit, S. 197–218.
- Pohl, Dieter, Herrscher und Unterworfenen. Die deutsche Besatzung und die Gesellschaften Europas, in: Süß / Süß, S. 267–285.
- Poljan, Pavel, Die Endphase der Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und die komplizierten Wege ihrer Rehabilitierung, in: Müller u. a., Tragödie der Gefangenschaft, S. 365–394.
- Posta, Stephan, Terror statt Anlernung. Zwangsarbeit im sächsischen Steinkohlenbergbau während des Zweiten Weltkrieges, in: Tenfelde / Seidel, S. 193–221.
- Posta, Stephan, Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft (= Berichte und Studien Nr. 37, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut), Dresden 2002.
- Priemel, Kim Christian, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik (= Moderne Zeiten. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. XVII), Göttingen 2008.
- Puchert, Berthold, Der deutsche Außenhandel im Zweiten Weltkrieg, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 393–507.
- Raute, Udo, Die Entstehung und Entwicklung der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen AG von der Gründung 1855 bis zum Ausbruch des 2. Weltkriegs 1939 (Dissertation), Freiberg 1970.
- Reichenbach-Behnisch, Jana, Niedrigschwellige Instandsetzung brachliegender Industrieanlagen mit nutzungsorientiertem Umbau zu kostenoptimierten Arbeitsräumen für die Kreativwirtschaft in strukturschwachen Regionen bei fortführender energetischer Optimierung, Stuttgart 2016.
- Roth, Karl-Heinz, Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 509–611.
- Rüter, C. F. unter Mitwirkung von L. Hekelaar Gombert und D. W. de Mildt, DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen (Bd. VI–XIV und Registerband), Amsterdam / München 2004–2010.
- Sachsen in der NS-Zeit, hrsg. von Clemens Vollnhals, Leipzig 2002.
- Sachsen und der Nationalsozialismus, hrsg. von Günther Heydemann / Jan Erik Schulte / Francesca Weil, Göttingen 2014.
- Schaller, Karlheinz, Fabrikarbeit in der NS-Zeit. Arbeiter und Zwangsarbeiter in Chemnitz 1933–1945, Bielefeld 2011.
- Schmeitzner, Mike, Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha / Markkleeberg 2011.
- Schmeitzner, Mike, Konsequente Abrechnung? NS-Eliten im Visier sowjetischer Gerichte 1945–1947, in: Weigelt u. a., Todesurteile sowjetischer Militärtribunale, S. 63–102.

- Schmeitzner, Mike / Clemens Vollnhals / Francesca Weil (Hg.), Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 60), Göttingen 2016.
- Schmid, Josef / Dirk Wegner, Kurt A. Körber. Annäherung an einen Stifter, Hamburg 2002.
- Schneider, Michael C., Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Sachsen in der NS-Zeit, S. 72–84.
- Schneider, Michael C., Unternehmensstrategien zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegswirtschaft: Chemnitzer Maschinenbauindustrie in der NS-Zeit 1933 – 1945 (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 14), Essen 2005.
- Schneider, Michael C., Sächsische Unternehmen in der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 83–98.
- Schneider, Michael C., Rüstung, >Arisierung<, Expansion. Wirtschaft und Unternehmen, in: Süß / Süß, S. 185–203.
- Schulte, Jan Erik, Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt – Zentrale der Zwangsarbeit von Häftlingen, in: Winkler, Stiften gehen, S. 85–107.
- Schulz, Heinz, Rüstungsproduktion im Raum Dresden 1933–1945 (= Militärhistorische Schriften des Arbeitskreises Sächsische Militärgeschichte e. V., Heft 11), Dresden 2003.
- Schulz, Maximilian, KZ-Alltag in Leipzig. Das Außenlager Leipzig-Thekla 1943–1945, in: Brunner / Kenkmann, S. 69–89.
- Schumann, Silke: Kooperation und Effizienz im Dienste des Eroberungskrieges. Die Organisation von Arbeitseinsatz, Soldatenrekrutierung und Zwangsarbeit in der Region Chemnitz 1939 bis 1945 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 61) Göttingen 2016.
- Schumann, Silke, Soldaten und Arbeiter für Hitlers Krieg. Einberufungs- und Arbeitseinsatzpolitik in Sachsen 1939 bis 1945, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 61–82.
- Schumann, Silke, Zivile ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene in der Region Chemnitz. Zu den quantitativen Dimensionen des nationalsozialistischen Zwangsarbeitereinsatzes, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 49–56.
- Schwan, Heribert / Tilman Jens, Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014.
- Seidel Hans-Christoph / Klaus Tenfelde (Hg.) unter Mitarbeiter von Jens Adamski, Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Band 2: Dokumente), Essen 2005.
- Seidel, Irmgard, Der Einsatz von KZ-Häftlingen in den Werken der Hasag 1944 / 45, in: Leipzig Permoserstraße, S. 84–95.
- Selemenev. V. / Yu. Sverev / K.-D. Müller / A. Haritonow (Hg.), Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene in den Jahren des Zweiten Weltkriegs (in deutscher und russischer Sprache), Dresden-Minsk 2004.
- Shumejko, M. F., Die NS-Kriegsgefangenenlager in Weißrussland in den Augen des Militärarztes der Roten Armee L. Atanasyan, in: Selemenev u. a., S. 156–189.

- Skiba, Dieter / Reiner Stenzel, Im Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, Berlin 2016.
- Sokolov, Boris V., Unwiederbringliche Verluste der Roten Armee und der Wehrmacht 1939–1945, Manuskript des Vortrages, gehalten am 7. Juli 2010 auf der Tagung „Gefallen–Gefangen–Begraben.“ Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, durchgeführt von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden 2010.
- Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ostdeutschland heute, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft „Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland“, Berlin 2005.
- Snyder, Timothy, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München ²2014.
- Spitzner, Sophie, Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft im Muldental – Aufbau und Entwicklung bis zum Kriegsende, Roßwein 2014 (unpublizierte Masterarbeit an der Hochschule Mittweida).
- Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart / München 2001.
- Spoerer, Mark, Zwangsarbeit im Dritten Reich und Entschädigung. Verlauf und Ergebnisse einer wissenschaftlichen und politischen Diskussion, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 89–106.
- Spoerer, Mark, Rezension von U. Winkler (Hg.), Stiften gehen, in: H / Soz / Kult, 29. November 2000.
- Spoerer, Mark, Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur, in: Historische Zeitschrift Bd. 268, H. 1 (Februar 1999), S. 61–95.
- Spoerer, Mark, NS-Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 49 (2001), Heft 4, S. 665–684.
- Spoerer, Mark, Umfang und Interpretation des Einsatzes von Zwangsarbeitern für den Auto-Union-Konzern im Zweiten Weltkrieg, Deutsches Historisches Institut Paris, 13. Mai 2010.
- Starke, Holger, Vom Bürgerbräu zum Premium Pils. 150 Jahre Sternquell-Brauerei Plauen, Plauen 2007.
- Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.
- Süß, Dietmar / Winfried Süß (Hg.), Das >Dritte Reich<. Eine Einführung, München 2008.
- Surmann, Rolf, Trugbild. Die deutsche Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Opfern, in: Winkler, Stiften gehen, S. 186–204.
- Taylor, Frederick, Dresden, Dienstag 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? München ²2004.
- Tenfelde, Klaus / Seidel, Hans-Christoph (Hg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zwei-

- ten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Band 1: Forschungen), Essen 2005.
- Tolstoy, Nikolai, Der große Verrat. Die Auslieferung von Kosaken in Lienz und anderen Orten, New York 1970.
- Tolstoj, Nikolai, Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte, München / Köln 1977.
- Tooze, Adam, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.
- Uhlmann, Wolfgang, Die Chemnitzer Rüstungsindustrie zwischen 1935 und 1945, in: Chemnitz in der NS-Zeit, S. 173–196.
- Ulbrich, Werner, Rüstungsproduktion in Glauchau 1936 bis 1945, in: Verlagerter Krieg, S. 37–48.
- Umbreit, Hans, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband, S. 1–345.
- Umbreit, Hans, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband, S. 1–272.
- Unger, Steffi, NS-Fremd- und Zwangsarbeit in den Sächsischen Grußstahlwerken Döhlen AG, Dresden 2016 (Unpublizierte Masterarbeit an der TU Dresden).
- Urban, Thomas, Zwangsarbeit in der sächsischen Braunkohlenindustrie, in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen, S. 57–62.
- Urban, Thomas, Todeskandidaten im Tagebau. Zwangsarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau während des Zweiten Weltkriegs, in: Tenfelde / Seidel, S. 311–339.
- Urban, Thomas, Zwangsarbeit im Tagebau. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 1939 bis 1945 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Bd. 4), Essen 2006.
- Verlagerter Krieg. Umstellung der Industrie auf Rüstungsproduktion im Bereich des Rüstungskommandos Chemnitz während des Zweiten Weltkriegs, hrsg. vom Heimatverein Niederfrohna e. V., Chemnitz 2011.
- Viebig, Michael / Daniel Bohse (Bearb.), Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt. Katalog zur Sonderausstellung, Magdeburg ²2015.
- Viebig, Michael / Oliver Paulsen (Bearb.), „Rundfunkverbrecher“ vor dem Sondergericht Halle. Strafverfahren 1939 bis 1945, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt / Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale), Halle ³2013.
- von Plato, Alexander, Europa, ein Flickenteppich der Erinnerungskulturen zum Zweiten Weltkrieg. Bericht von einem internationalen Forschungsprojekt zur Sklaven- und Zwangsarbeit, in: Baranowski, Ich bin die Stimme, S. 41–56.
- Walakhanovich, I. A., Dokumente des Zentralarchivs des KGB der Republik Belarus über die Schicksale von weißrussischen Angehörigen der polnischen Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft, in: Selemenev u. a., S. 242–291.

- Weigelt, Andreas / Klaus-Dieter Müller / Thomas Schaarschmidt / Mike Schmeitzner (Hg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015.
- Weinke, Annette, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland, Paderborn 2002.
- Weißbecker, Manfred, „So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!“ Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Winkler, Stiften gehen, S. 41–66.
- Werkentin, Falco, Die Waldheimer „Prozesse“ – ein Experimentierfeld für die künftige Scheinjustiz unter Kontrolle der SED?, in: Haase / Pampel, S. 6–26.
- Werkentin, Falco, „Souverän ist, wer über den Tod entscheidet“. Die SED-Führung als Richter und Gnadeninstanz bei Todesurteilen, in: Roger Engelmann / Clemens Vollnhals (Hg.), Justiz im Dienst der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 181–204.
- Widera, Thomas, Soziale Ressourcen? Wohnungsnot und Schwarzmarkt in Dresden 1942 bis 1948, in: Schmeitzner / Vollnhals / Weil, S. 385–405.
- Wieland, Günther, Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945–1990, in: Rüter, DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. Register, S. 11–94.
- Wienert, Helmut, Die Stahlindustrie in der DDR, Berlin 1992.
- Wießner, Walter, Das nationalsozialistische Lagersystem. Lager ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in Dresden, hrsg. im Eigenverlag vom Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V., Dresden 2002.
- Wießner, Walter / Reinhardt Balzk, Zwangsarbeiter in Dresden. Edition 2004. Hg.: PDS-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, April 2004.
- Wildt, Michael, „...in vier Jahren kriegsfähig“, in: FAZ Nr. 197, 26. August 2019, S. 6.
- Winkler, Ulrike (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000.
- Winkler, Ulrike, „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: Winkler, Stiften gehen, S. 149–168.
- Winter, Martin Clemens, Die strafrechtliche Ahndung der Todesmärsche aus Leipzig. Ermittlungen und Prozesse 1945 bis 1976, in: Brunner / Kenkmann, S. 135–154.
- Wolf, Rainer, Vorwort, in: Fremd- Zwangsarbeit in Sachsen, S. 6–7.
- Zeidler, Manfred, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944 / 45, München 1996.
- Zeithain. Gedenkbuch sowjetischer Kriegsgefangener, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Bd. 1 und 2, Dresden 2005 (in deutscher und russischer Sprache).

Literatur und Quellen aus dem Internet

- Adolf-Hitler-Spende, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf-Hitler-Spende> der deutschen Wirtschaft, 7.3.2018.
- Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/zwangsarbeit/rd19-3_erl-osta-kennz-sw.pdf.
- Bergwerksverzeichnis des Oberbergamtes Freiberg 1941/1942, https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/jahrfdab_114948747-19410000.
- Bericht der Bundesregierung über den Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte (Stand: 30. Juni 2013), Drucksache 18/30 vom 4. November 2013, S. 1–9.
- Bormann, Patrick/Per Thiedtke, Erweiterter Forschungsbericht Auto-Union, in: <https://www.wiwo.de/downloads/9943596/1>.
- Bundesarchiv – Außenstelle Ludwigsburg, Bilanz der Strafverfolgung wegen NS-Verbrechen, Westzonen und Bundesrepublik 1945–2005, in: <http://www.bundesarchiv.de>.
- Deutsche Wiedergutmachungspolitik, in: <https://wikipedia.org/wiki/Deutsche-Wiedergutmachungspolitik>, 27. September 2019.
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/2451, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2302), in: dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/024/1402451.pdf.
- Die stummen Zeugen lagen in einer Scheune bei Auschwitz. Der Einfluss des Unternehmers Fritz Ries und ein Prozess um seine Vergangenheit, Frankfurter Rundschau 21. Mai 1975, https://presserecherche.files.wordpress.com/2007/07/fr_21051975.pdf.
- Displaced Persons, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Displaced_Persons, 27. September 2019.
- DP-Lager, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/DP-Lager>, 27. September 2019.
- Entschädigung durch Firmen von den 1950er bis in die 1990er Jahre, http://wollheim-memorial.de/de/entschaedigung_durch_Firmen, 30. November 2019.
- Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland, in: http://www.wollheim-memorial.de/de/entschaedigung_durch_die_bundesrepublik_deutschland, 30. November 2019.
- Entschädigung von NS-Unrecht. Regelungen zur Wiedergutmachung, in: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren/Bestellservice/2018-03-05>, 6. Dezember 2019.
- Fremde in Freital – Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, in: <https://www.vielfalt-soe.de/Aktuelles>, 4. Juni 2019.
- Genfer Konvention abgedruckt in: <https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?>.
- Goschler, Constantin, Das Ende der Wiedergutmachung, in: Zeit-Online 22. Januar 2015, <https://www.zeit.de/2015/04/ns-opfer-entschaedigung-bilanz>, 27. September 2019.

- Heilig, René, Zu spät für Anstand. Von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen wurden lediglich 686 entschädigt, in: Neues Deutschland vom 7. Mai 2019, in: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1118180.sowjetische-kriegsgefangene--zu-spaet-fuer-anstand>, 6. Dezember 2019.
- Heinelt, Peer, Die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in: Norbert Wollheim Memorial, Frankfurt/Main 2008, S. 10f., in: www.wollheim-memorial.de.
- Herkunft und Anzahl ausländischer Zivilarbeiter/innen und Zwangsarbeiter/innen, in: www.wollheim-memorial.de/de/herkunft_und_anzahl_auslaendischer_zivilarbeiter/innen_zwangsarbeiter/innen, 30. November 2019.
- Hockerts, Hans Günter, Wiedergutmachung in Deutschland 1945–1990. Ein Überblick, in: www.bpb.de/apuz/162883/wiedergutmachung-in-deutschland-19451990-ein-ueberblick, 8. Dezember 2019.
- <https://buchenwald.de/347/>.
- Jelpke, Ulla, Billig davongekommen. Vor zehn Jahren endete die Entschädigung für Zwangsarbeiter. Almosen für die Opfer, ein Schnäppchen für die deutsche Wirtschaft, in: <http://antifadueren.blogspot.del/2017/06/08/zwangsarbeiterentschaedigung>, 27. September 2019.
- Jewish Claims Conference, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Jewish-Claims-Conference>, 16. April 2021.
- Jochem, Gerhard, Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) in Deutschland, in: www.rijo.homepage.t-online.de/pdf/DE_DE_WK2.nsb.pdf.
- Landeshauptstadt Dresden, Abschlussbericht der Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden zwischen dem 13. und 15. Februar 1945, Redaktion: Matthias Neutzner unter Mitarbeit von Nicole Schönherr, Alexander von Plato und Helmut Schnatz, in: https://www.dresden.de/media/ndf/infoblaetter/Historikerkommission_Dresden1945_Abschlussbericht_V1_14a.
- Lienzer Kosakentragödie, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Lienzer_Kosakentragödie.
- Linkspolitiker Jan Korte im Interview: Wie sowjetische Kriegsgefangene von Deutschland entschädigt werden, 17. Januar 2018, in: <https://www.ost-journal.de/linkspolitiker-jan-korte-im-interview>, 6. Dezember 2019.
- Lorz, Andrea, Die vergessene Aufarbeitung: 60 Jahre Leipziger Prozesse um die nationalsozialistischen Verbrechen in den HASAG-Werken in Skarżysko-Kamienna und Częstochowa, in: <https://4calender.boell.de/sites/default/files/6783.pdf>.
- Mitteldeutsche Stahlwerke, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Mitteldeutsche_Stahlwerke, 19. November 2019.
- Nach Lodz, Spiegel Nr. 4, 20. Januar 1975, <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/41558623>.
- Nietzel, Benno, Wiedergutmachung für historisches Unrecht, S. 2–7, in: http://docupedia.de/zg/Wiedergutmachung_fuer_historisches_Unrecht, 27. September 2019.
- NS-Zwangsarbeit, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/NS-Zwangsarbeit>, 5. Oktober 2019.

- Plauen Teil einer weltweiten Schnitzeljagd, in: <https://www.spitzenstadt.de/Plauen/1-nachrichten/plauen-teil-der-weltweit-laengsten-schnitzeljagd>, 14. Juli 2019.
- Polen-Erlasse, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Polen-Erlasse>.
- Polenstrafrechtsverordnung, in: [wikipedia.org/wiki/Polenstrafrechtsverordnung](https://de.wikipedia.org/wiki/Polenstrafrechtsverordnung).
- Pressemitteilung des Stadtbauamtes Freital vom Mai 2012, in: https://www.volksbund.de/fileadmin/redaktion/Landesverbaende/Sachsen/Otto2012/Von_unvergessenen_Kriegsgraebnern_in_Freital.
- Pross, Christian, NS-Verfolgte in der ehemaligen DDR, in: TAZ 29. Oktober 1990, S. 7, in: <https://taz.de/!1746331>, 6. Dezember 2019.
- Prozess Oberkommando der Wehrmacht, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Prozess_Oberkommando_der_Wehrmacht, 25. Februar 2020.
- Prüf- und Filtrationslager, https://de.wikipedia.org/wiki/Prüf_und_Filtrationslager, 27. September 2019.
- Reinecke, Hermann, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Reinecke, 25. Februar 2020.
- Schwarz, Karl-Peter, Vor 70 Jahren. Eine schändliche Operation, in: <https://faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/vor-70-jahren-eine-schaendliche-operation>, 29. Februar 2020.
- Spoerer, Mark, Umfang und Interpretation des Einsatzes von Zwangsarbeitern für den Auto-Union-Konzern im Zweiten Weltkrieg, Deutsches Historisches Institut Paris, März 2010, in: <https://www.wiwo.de/downloads/9943596/1/>, 8. Dezember 2019.
- Spoerer, Mark, Zwangsarbeit im Dritten Reich, Frankfurt/Main 2008, in: www.wollheimemorial.de/files/9993/pdf-Mark_Spoerer_Zwangsarbeit_im_Dritten_Reich.
- Spoerer, Mark, Rezension zu G. Aly, Hitlers Volksstaat, in: H/Soz/Kult, in: <https://hsozkult.de/publicationsreview/id/reb-7448>, 8. Dezember 2019.
- Teumer, Gabriele, Das Kriegsgefangenenlager Stalag IV G, Oschatzer Geschichte(n), Heft 9, Oschatz im Krieg 1939–1945, in: http://www.oschatzer-heimatverein.de/stalag_text.html, 30. November 2019.
- Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, Gesamtdatenbank (OBD) Memorial.ru (in russischer Sprache)
- Vogtländische Maschinenfabrik, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Vogtländische_Maschinenfabrik, vom 31. Juli 2019.
- WaffenHQ: Maybach HL 210/ HL 230, in: <http://www.whg-forum.de/cms/367.0.html> vom 23.10.2019.
- Werthschulte, Christian, Entschädigung mündgerecht. Thomas Kuczynski rechnet vor, was Deutschland den NS-Zwangsarbeitern wirklich schuldet, in: literaturkritik.de, <https://literaturkritik.de/id/8446>.
- Winkler, Werner, Bordelle in der NS-Zeit, in: <http://www.hiredo.de>.
- Winkler, Werner, Ein Bordell für Zwangsarbeiter, in: <http://www.hiredo.de>.
- Winkler, Werner, Pfingstsonntag 1944 kam der Tod nach Espenhain, <http://www.hiredo.de>.
- Winkler, Werner, 1944: Führung des ASW in Espenhain plant den Einsatz von KZ-Häftlingen, in: www.hiredo.de.

Zahlen und Fakten zur Fördertätigkeit, Stand: 31. Dezember 2018, in: https://stiftung-evz.de/stiftung/zahlen_und_fakten/print.html, 27. September 2019.

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Potsdam

Film 4053

Bundesarchiv / Militärarchiv Freiburg

RW 6

ITS Bad Arolsen / Arolsen Archive

Bestand KZ Flossenbürg

Bestand 2.1.4.1.

Bestand 2.1.4.2.

BStU Berlin

MfS HA IX

MfS HA IX / 11

BStU Außenstelle Chemnitz

Abteilung XX, Bestand 3226

BStU Außenstelle Leipzig

MfS BV Leipzig AGL

Hauptstaatsarchiv Dresden

Bestand 11722, Zeiss Ikon AG

Staatsarchiv Chemnitz

Bestand 30104 Amtsgericht Chemnitz

Bestand 30874 IHK Chemnitz

Bestand 30942 Eisengießerei G. Krautheim AG

Bestand 30950 Böhme Fettchemie Chemnitz

Bestand 30972 Robotron Astra AG

Bestand 30991, VEB Pumpenwerk Karl-Marx-Stadt

Bestand 31011 Niles Werke AG

Bestand 31050 Auto Union AG

Bestand 31092 Astra AG

Bestand 31444 Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) Chemnitz

Bestand 32867, Max Röber & Co. KG, Werkzeugmaschinenfabrik Chemnitz

Bestand 33232 SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt

Bestand 39074, NS-Archiv des MfS, Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (Objekt 14)

Staatsarchiv Leipzig

Bestand 20232 Kreistag / Kreisrat Döbeln

Stadtarchiv Chemnitz

Nachlässe Morgenstern, Müller, Grundke

Industriemuseum Chemnitz

Bestand Astra Warte

Stadtarchiv Dresden

Best. 8.9 Gittersee

Stadtarchiv Hainichen

Bestand 0707 Bürgermeister-Schriftwechsel

Stadtarchiv Radebeul

Akte 298 der Firma von Heyden AG

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft / Dokumentationsstelle Dresden

Datenbank „Sowjetische Kriegsgefangene“

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden

Strafaktenauszüge aus dem Archiv des FSB Russische Föderation

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| AB | Arbeitsbeschaffung(smaßnahme) |
| A.d.A. | Anmerkung der Autoren |
| ADCA | Allgemeine Deutsche Creditanstalt |
| AEG | Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft |
| AEL | Arbeitserziehungslager |
| AG | Aktiengesellschaft |
| Ast. | Außenstelle (BStU) |
| ASW | Aktiengesellschaft Sächsische Werke |
| ATG | Allgemeine Transportanlagen GmbH Leipzig |
| Aug. | August |
| AZS | Auskämmung Ziviler Sektor |
| | |
| b. | bei |
| BAG | Bundesarbeitsgericht |
| BEG | Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung (1956) |
| BEG | Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung (1953) |
| Best. | Bestand (Archiv) |
| BGH | BGH Edelstahl Freital GmbH (Boschgotthardshütte) |
| BHO | Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost GmbH |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| Brk | Brauereikeller |
| BRüG | Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger |
| BStU | Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik |
| BV | Bezirksverwaltung (des MfS) |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |
| BZ | Behördenzentrale (Tarnname für geheime Militärproduktion) |
| BZA | Bombenzielanlagen (für Flugzeuge) |
| | |
| CDU | Christlich Demokratische Union (Deutschlands) |

| | |
|---------|---|
| DAF | Deutsche Arbeitsfront |
| DARAG | David Richter Aktiengesellschaft |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DE | Dringlichkeit / Engpassfertigung |
| Degussa | Deutsche Gold- und Silber-Scheide-Anstalt |
| Dez. | Dezember |
| DKK | Deutsche Kühl- und Kraftmaschinen GmbH |
| DKW | Dampf-Kraft-Wagen |
| DM | Deutsche Mark |
| Dok. | Dokument |
| DP | Displaced Persons |
| Drewag | Drewag Stadtwerke Dresden GmbH |
| DRK | Deutsches Rotes Kreuz |
| | |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EVZ | Stiftung Erinnerung – Verantwortung – Zukunft |
| | |
| Fa. | Firma |
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| Febr. | Februar |
| FLAK | Fliegerabwehrkanone |
| FSB | russ. Akronym für Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation (Föderaler Sicherheitsdienst) |
| FSI | Freitaler Stahlindustrie GmbH |
| FSJ | Freiwilliges Soziales Jahr |
| FSSP | russ. Akronym für Front-Sammelverschickungslager |
| | |
| GARF | russ. Akronym für Staatsarchiv der Russischen Föderation |
| GAV | Gewinnabführungs-Verordnung |
| GBA | Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz |
| GBK | Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft |
| GBW | Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft |
| Gebr. | Gebrüder |
| Gestapo | Geheime Staatspolizei |
| GfB | Generalbeauftragter für Betriebsumsetzungen |
| GKO | russ. Akronym für Staatliches Verteidigungskomitee (höchstes Machtorgan im Krieg) |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GUPVI | russ. Akronym für Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte |
| GRU | russ. Akronym für Hauptaufklärungsverwaltung (Militärspionagedienst) |

| | |
|-----------|--|
| GULag | russ. Akronym für Hauptverwaltung der Lager |
| HA | Haupt-Ausschuss |
| HABGH | Hauptarchiv BGH |
| HAIT | Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden |
| HASAG | Hugo-Schneider AG Leipzig |
| HG | Herausgeber |
| HLKO | Haager Landkriegsordnung |
| IAO / ILO | Internationale Arbeitsorganisation / International Labour Organization |
| IG Farben | Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| IKL | Inspektion der Konzentrationslager |
| IKRK | Internationales Komitee vom Roten Kreuz |
| IMI | Italienische Militärinternierte |
| IML | Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED |
| IMT | Internationales Militärtribunal (in Nürnberg) |
| IOM | International Organization for Migration |
| IRO | International Refugee Organization |
| ITL | russ. Akronym für Arbeits-Besserungslager (Zwangsarbeit im Gulag) |
| ITS | International Tracing Service (Bad Arolsen) |
| J | Jahr |
| Jan. | Januar |
| JCC | Conference on Jewish Material Claims against Germany |
| K.A. | Keine Angabe |
| KD | Kontrollratsdirektive |
| Kfz | Kraftfahrzeug |
| KG | Kommandit-Gesellschaft |
| KG | Kontrollratsgesetz |
| Kgf. | Kriegsgefangene |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KWVO | Kriegswirtschaftsverordnung |
| KL | Konzentrationslager (offizielles Kürzel der SS) |
| kv | kriegsverwendungsfähig |
| KZ | Konzentrationslager (allgemeines Kürzel in der Literatur) |
| LDPD | Liberal-demokratische Partei Deutschlands |
| LG | Landgericht |

| | |
|-------|--|
| LKW | Lastkraftwagen |
| LSÖ | Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber |
| M | Monat |
| MAN | Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg |
| MfS | Ministerium für Staatssicherheit (der DDR) |
| MG | Maschinengewehr |
| MIAG | Mühlenbau- und Industrie AG |
| MMW | Mitteldeutsche Motorenwerke Taucha |
| MP | Maschinenpistole (auch Maschinenkarabiner genannt) |
| NKGB | russ. Akronym für Volkskommissariat für Staatssicherheit |
| NKWD | russ. Akronym für Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (Innenministerium) |
| Nov. | November |
| NS | Nationalsozialismus, nationalsozialistisch |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| Oflag | Offizierslager (für Kriegsgefangene) |
| OKH | Oberkommando des Heeres |
| Okt. | Oktober |
| OKW | Oberkommando der Wehrmacht |
| OLG | Oberlandesgericht |
| PA | Personalakte |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus (Nachfolgepartei der SED) |
| PFK | russ. Akronym für Überprüfungs-Filtrationskomitee |
| PFL | russ. Akronym für Überprüfungs-Filtrationslager |
| PAK | Panzerabwehrkanone |
| PFP | russ. Akronym für Überprüfungs-Filtrationspunkt |
| PKW | Personenkraftwagen |
| PPP | russ. Akronym für Annahme-Weitergabepunkt |
| RABl | Reichsarbeitsblatt |
| RAD | Reichsarbeitsdienst |
| RAM | Reichsarbeitsministerium |
| RAW | Reichsbahn-Ausbesserungswerk |
| REM | Reichsernährungsministerium |
| RF | Russische Föderation |

| | |
|------------------|---|
| RFM | Reichsfinanzministerium |
| RFSS | Reichsführer SS |
| RGBl | Reichsgesetzblatt |
| RM | Reichsmark |
| RNS | Reichsnährstand |
| RSHA | Reichssicherheitshauptamt |
| RSO | Raupenschlepper Ost |
| RüIn | Rüstungsinspektion |
| RüKdo | Rüstungskommando |
| RVE | Reichsvereinigung Eisen |
| RVK | Reichsvereinigung Kohle |
| RWM | Reichswirtschaftsministerium |
| SAG | Sowjetische Aktiengesellschaft (in SBZ und DDR) |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone in Deutschland |
| SD | Sicherheitsdienst der SS |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| Sept. | September |
| SGW | Sächsische Gußstahlwerke Freital |
| SHAEF | Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces |
| Sipo | Sicherheitspolizei |
| SMAD | Sowjetische Militäradministration in Deutschland |
| SMAS | Sowjetische Militäradministration in Sachsen |
| Smersch | russ. Akronym für „Tod den Spionen“ (Spionageabwehrorgan der Roten Armee) |
| SMT | Sowjetisches Militärtribunal |
| SPP | russ. Akronym für Sammeldurchgangspunkt |
| S- / SS-Betriebe | Betriebe mit Prioritätsstufen in der Rüstungsproduktion |
| s- / ss | russ. Akronym für Geheimhaltungsstufen „geheim“ oder „streng geheim“ |
| SS | Schutzstaffel (der NSDAP) |
| Stalag | Stammlager (für Kriegsgefangene) |
| SU | Sowjetunion (siehe auch UdSSR) |
| TAZ | Tageszeitung (Berlin) |
| TschGK | russ. Akronym für „Außerordentlichen staatlichen Kommission für die Feststellung und Untersuchung von Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge“ |
| u. a. | und andere |
| U-Boot | Unterseeboot |

| | |
|-------------|--|
| UdSSR | Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (siehe auch SU) |
| UFZ | Umweltforschungszentrum Leipzig |
| uk-Stellung | Unabkömmlich-Stellung |
| UNRRA | United Nations Relief and Rehabilitation Administration |
| USA | United States of America |
| | |
| VEB | Volkseigener Betrieb (in der DDR) |
| VOMAG | Vogtländische Maschinenfabrik AG |
| | |
| W-Betrieb | Betrieb, der für die Wehrmacht fertigt |
| WiRüAmt | Wirtschafts- und Rüstungsamt im OKW |
| WK | Wehrkreis |
| WuMAG | Waggon- und Maschinenbaufabrik Bautzen AG |
| WVHA | Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS |
| | |
| Z | Zuchthaus |

Personenregister

- Abs, Hermann Josef 415
Atanasyan, L. 564, 565
- Backe, Herbert 41, 44, 46, 54, 69, 71, 74–76, 96, 108, 153, 159, 182, 646, 648
Bahr, Oswald Walter 497, 579
Bajgusch, Jelena 464
Baladow (sowj. Arzt) 238
Bartenschläger, Fritz 586
Bartshonok, A. L. 557
Basajew, Kurbankady 363, 383
Bauminger, Roza 402
Bellmann, Georg 450, 570
Below, Nikolai 529
Berghignan, Elda 341
Beutler, Kurt 585
Beyerlein, Friedrich 614
Birke, Alois 582, 583
Blaicher, Ernst 453
Blau, Erich 586
Bobrow, Alexej 364
Bobruss, Paraska 522
Bock, Wilhelm 350
Boden, Herbert 580, 581
Böttger, R. 576
Bogatyryjow, Fjodor 365, 383
Bondarenko, Dmitrij 366, 383
Bormann, Martin 86, 112, 136, 142, 650
Borynjak, Stefan 529
Brandt, Willy 621
Braunes, Albert 575
Brendel (SS-Lagerführer) 602
Bringer (Astra AG) 332
Bröhl, Kurt 582
Broschwitz, Paul 572
Broschwitz, Willy 572
Bruhn, Richard 199, 268, 300
Bruns, Gerhard 451, 476, 480, 485, 487
Budin, Paul 94, 259, 395, 397, 602, 603
Burkart, Odilo 478
But, Katharina 341
- Christen, Robert 585
Chruschtschow, Nikita 562
Churchill, Winston 52, 53, 113
Clay, Lucius D. 569
Colditz, Arno 583
- Dalimalia, Aniela 342
Dalski, Egon 604
Danz, Luise 603
Darré, Richard Walther 41, 44, 76
Dawhlijow, Anton 505
de la Croix, Ernst Féaux 620
Demjanjuk, Ivan 535
Denisow, Pavel 383
Diamant, Raga-Rifka 288
Diestel, Wolfgang 572
Dießner, Alfred 574, 576
Dietsch, Alfred 575
Döhring, Paul 573
Döring, Georg 606
Domoschetcy, Wasil 530
Dorsch, Xaver 120
Dost, Bernhard 497, 590
Dowgij, Michail 505
Dschugaschwili, Jakow (Sohn Stalins) 542, 543
Dschugaschwili, Julia 543
Dschus, Fedor 505

- Dudka, Maxim 505
 Dudka, Timofej 505
 Dudka, Victor 505
- Eberan von Eberhorst, Robert 453
 Eberhardt, Kurt 598, 599
 Edan, Antony 546
 Eichel, Hans 634
 Eisenhower, Dwight D. 533, 543
 Elkin, Ewgenij 462
 Elze, Eberhart 576
 Emmrich, Richard 510
 Erhard, Ludwig 73, 74
 Erschow, Michail 368, 369
- Fagan, Ed 190
 Farschtej, Andrej 505
 Fischböck, Hans 108
 Fischer, Kurt 344, 589
 Fischer, Kurt (Werkschutzmann) 603
 Flick, Friedrich 477, 478, 480, 568–570, 623, 657
 Forwerk, Alfred 583
 Fraas (Wehrmachtarzt) 378
 Frank, Hans 74, 332
 Friedel, Herbert 580, 581
 Friedensburg, Walter 65, 93, 198, 222, 228
 Fritz, Walter 572
 Fromm, Fritz 46, 51, 78, 79, 129, 640
 Führer, Hans 207, 276, 395, 603
 Funk, Walther 58, 73, 78, 109
- Gauck, Joachim 637
 Geilenberg, Edmund 127, 268
 Geipel (Abwehrbeauftragter) 502
 Geisendorf, Albert 598
 Geissler (Häftlingserschießung Meißen) 613
 Gerber, Johannes 579
 Gerzabeck, Martin 582
 Gewohn (Häftlingserschießung Meißen) 613
- Ginsching, Erich 575
 Gittke, Gustav 583
 Goebbels, Joseph 53, 79, 101, 111, 112, 127, 135, 138, 140, 211, 650, 653
 Göhler, Wolfgang 579
 Gökelmann, Dietrich 7
 Göring, Hermann 8, 41, 45–48, 51, 55, 62, 66, 68, 69, 75, 77, 78, 80, 82, 83, 92, 96, 98, 99, 102, 107–110, 112, 122, 130, 137, 138, 153, 161, 171, 245, 330, 332, 417, 418, 428, 430, 450, 497, 524, 567, 639, 640, 641, 643, 645, 646, 648, 651
 Golikov, Filipp Iwanowitsch 541, 545, 555
 Golubov, K. D. 545
 Gorimenko, Alexander 529
 Grelewicz, Jagielska 341
 Greve, John E. 310, 323, 332, 502, 600
 Guderian Heinz 307
 Günther (Werksleiter) 602
 Günther (HASAG) 606
 Gürtner, Franz 140, 330
 Gurski, Hans 620
 Gut, Karl 497
- Haake, Rudolph 216
 Hagen, Hugo 585
 Hahn, Carl 276
 Hahn, Georg 574
 Halder, Franz 78, 79, 87, 88
 Hamel, Johannes 497, 590
 Hammermüller, Willy 575
 Handke, Walther 333, 334
 Harris, Arthur 112, 114
 Heisenberg, Werner 102
 Henrici, Hans 469
 Hentschke, Walter 395
 Hering, Georg 586
 Herold, Karl 603, 604
 Herrmann, Max 575
 Herzog, Rudolf 582

- Heß, Rudolf 315
 Heydrich, Reinhard 57, 86, 144, 155, 170,
 502, 642, 647
 Himmeler, Heinrich 68, 69, 75, 83, 85, 86, 112,
 115, 117, 119, 121, 127, 135, 136, 140,
 141, 151, 153–155, 160, 167, 170–175,
 192, 216, 242, 315, 342, 347, 471, 474,
 486, 494, 495, 517, 568, 643, 646, 647,
 649–651, 653
 Hinze, Adolf 585
 Hitler, Adolf 37, 41, 42, 45–52, 58, 59, 62, 65,
 66, 68–70, 73, 76–79, 86, 87, 89, 90, 96,
 101–104, 107, 110–112, 116, 119, 126,
 129, 130, 132, 133, 135–137, 139–144,
 146, 147, 155, 161, 169, 171, 172, 174,
 190, 240, 245, 268, 269, 281, 292, 298,
 299, 307, 311, 358, 386, 426, 430, 476,
 494, 539, 567, 639–642, 644, 645–653,
 655
 Höfig, Fritz 571
 Höß, Rudolf 173
 Hofmann (Abwehrbeauftragter) 497
 Hofmann, Werner 585
 Holowatsch, Nicolay 519
 Hoßbach, Friedrich 48
 Hridrin, Michael 519
 Hrischtschuk, Serge 505
 Hübl (Astra AG) 333–336
 Huzol (Ukrainer) 232

 Ilnitzkiy, Wasily 505
 Ipfling, Anton 604
 Iwanow, Lala 342
 Iwanow, Wladimir Nikolajewitsch 362
 Iwanowna, Galina 150

 Jackson, Robert H. 18
 Jade, Walter 574
 Jahn, Paul 574
 Janke, Alwin 582

 Jelpke, Ulla 634–636
 Jentsch, J. 576
 Jelzin, Boris 32, 565, 658
 Johnke, Hedwig 529
 Johnke, Paul 529
 Jurijtschuk, Nikifor 505

 Kähling, Georg 585
 Kaempfe, Gottfried 576–578
 Kammler, Hans 119, 120, 122, 127, 175, 264
 Karay, Felicja 403
 Kasakow, Alex 505
 Kehrl, Hans 46, 64, 107
 Keitel, Wilhelm 64, 96, 112, 358, 386, 650,
 651
 Kempe, Oswin 575
 Kemptner, Robert 623
 Kiesling, Paul 586
 Kirik, Nikolai 505
 Klak, Andre 505
 Klemperer, Viktor 229
 Kluge, Fritz 497, 502, 505, 506, 509–512,
 520, 590, 600, 601
 Kmoch, Richard 613
 Knüppel, Helmut 480
 Koch, Erich 77, 140
 Kohl, Helmut 395
 Kohon, Anatolie 505
 Kolzow, Iwan 368, 520
 Konitzer, Paul 572, 583
 Koppenberg, Heinrich 199, 390
 Koroljowa, Nadeshda 151
 Korte, Jan 632
 Krauch, Carl 46, 66, 103, 224
 Krause, Ludwig 586
 Kraut, Heinrich 183
 Krawez, Nikolai 529
 Krebs, Felix 604, 605
 Kremling, Otto 574
 Kroidel, Fritz 576–578

- Krumfort, Paul 602
Kubitz, Günter 573
Kuciaba, Iwan 529
Küppenbender, Heinz 454
Kuhnen, Fritz 179
Kunze, Johann-Georg 574
Kutschwitsch, Petro 519
- Laaser, Ernst 584
Laaser, Hans 584
Lambsdorff, Otto Graf 634, 635
Lamkewitz (HASAG) 606
Lammers, Hans 112, 650
Langer, Max 497, 590
Lapin, Alexander 370, 383
Leggewie, Heinrich 286, 346, 347
Lemke (RüKdo Chemnitz) 497
Lenk, Georg 570
Ley, Robert 156
Lindenau, Fritz 584
Linse, Walter 316, 332
Linzner, Kurt Walter 606
Litowschenko (sow. Kgf) 509
Löffler, Willi 574
Lohse, Max 476
Lomonos, Michael 527, 528
Loocke, Erich 574
Lüder, Wolfgang 636
Lüngen (Abwehrbeauftragter) 497
Lungwitz, Elisabeth 344
Lutznik, Ljudmila 342
- Majewski (ukrainischer Zwangsarbeiter) 575
Majski, Ivan 542
Maksimtschuk, Iwan 529
Malyschew, Grigorij 505
Mamaj, V. S. 557
Mandorino, Giovanna 341
Mansfeld, Werner 99, 137, 138
Matschikin, Iwan 505
- Maurer, Gerhard 262
McCloy, John 569
Medrek, Janina 343, 344
Mengele, Josef 629
Meyer, Oskar 316
Milch, Erhard 41, 79, 103, 108, 121, 122, 127
Mizera, Franz 341, 342
Mizera, Rosalia 341, 342
Modrow, Hans 625
Mollitor, Arthur 585
Molotov, Wjatscheslaw 542, 546
Moltke, Hans 507
Müller, Hermann Max 598, 599
Müller, Roland 576
Müller, Willy 579
Mumme, Georg 395, 603
Mussolini, Benito 17, 114, 146, 184, 282, 651
Mutschmann, Martin 32, 138, 198, 216, 260,
269, 314, 570
- Nahowitschko, Ignati 505
Naidowitsch, Andrej Wassiljewitsch 382
Naumburger (Lagerführerin) 233
Negutsch, Chadshimus 383
Nestler, Richard 573
Neßler (Astra AG) 509
Netschay, Peter 505
Neumerkel, Reinhard 604, 605
Newidomskij, Wladimir Iwanowitsch 362
Nikimaew, Nikolaj 505
Norkus, Paul 378
Noss, Horst 573
- Ohlendorf, Otto 73
Osmianski, Michal 521
Ow(b)schinnikov, Alexander 367, 510, 600
- Palszynska, Katarsrina 343
Pankow, Viktor 370
Pantschyschyn, Jakym 529

- Papke, Bruno 585
 Parajewskij, Taras 505
 Parajewsky, Peter 505
 Parchomenko, Gawril 529, 530
 Pasak, Fedor 505
 Pasjak, Romanow 505
 Pasjak, Stephan 505
 Pau, Petra 634
 Paul, Alfred-Bruno 583, 584
 Paulus, Friedrich 68
 Pawlowski, Dora 586
 Pawlowski, Richard 586
 Peitzsch, Helmuth 614, 615
 Pellegrino, Emile 527
 Pendorf, Alfred 575
 Pentzak, Wasilij 505
 Peuckert, Rudolf 71
 Pfeifer, Oskar 575
 Plaul, Wolfgang 587, 603
 Pleiger, Paul 46, 96, 103, 107, 108, 111, 112,
 132, 156, 377, 379, 383, 428, 430–432,
 480
 Pohl, Oswald 169, 170, 173, 174, 404
 Poljakow, Wassilij 383
 Pollak, Handa 288
 Pollak, Helga 288
 Pollak, Tella 288
 Pommer, Curt 580
 Popp, Friedrich 580
 Popp (Lagerführerin) 233
 Powroznik, Adam 583
 Puschmann, Willy 575
- Raphelt, Richard 582
 Reinecke, Hermann 568, 657
 Renger, Ewald 497, 498, 590
 Renner, Wilhelm 395
 Reschke, Fritz 575
 Riedel, Martin 573
 Rieke, Hans-Joachim 69
- Ries, Fritz 398, 414
 Risse, Rudolf 576
 Rittler, Max 585
 Rodionow, Nikolai 529
 Röchling, Hermann 103, 107
 Rohland, Walter 79, 103
 Romano, Carlotta 341
 Roosevelt, Franklin D. 60, 61, 542, 643, 644
 Ros, Michael 529
 Rosenberg, Alfred 78, 138–140, 150, 160
 Rost, Arthur 402
 Rost, Hans 604, 605
 Roth, Karl-Heinz 190
 Ruduika, Nikolaj 360
 Rübberdt (Astra AG) 310, 323
 Rylow (sow. Kgf.) 520
- Sack, Otto 199, 413
 Salodkin, Makar 505
 Salzman, Paul 575
 Santerre, Joseph 527
 Saporoshez, Nikolaj Semjonowitsch 361, 362
 Sauckel, Fritz 8, 18, 23, 39, 41, 61, 99,
 108–111, 117, 123, 125, 131, 138,
 139–150, 153, 156, 158, 160, 161–164,
 167, 170, 174, 186, 208, 211, 218, 239,
 240, 242, 246, 261, 294, 299, 346, 347,
 377, 381, 429, 431, 446, 447, 471, 472,
 524, 567, 647–653
 Saul, Friedmann 403
 Saur, Karl-Otto 105, 106, 174
 Sawada, Aleksej 239, 485, 486, 507
 Schacht, Hjalmar 51, 469
 Schatlo, Iwan 519
 Scheithauer (Geschäftsführer) 598
 Scheweljow, Valentin 237
 Schewtschuk, Matwej 529
 Schinkar, Wassilij Stepanowitsch 362
 Schirmer, Emil 585
 Schleber, Georg-Paul 579

- Schlicht, Axel 395, 401, 586, 587
 Schmidt, Artur 582
 Schmidt, Otto-Friedrich 585
 Schmidt, Walter 586
 Schmiedel, Werner 570
 Schneider, Hugo 394
 Schöne, Hans 276
 Schönfeld, Bernhard 579
 Schröder, Gerhard 635
 Schuk, Iwan 519
 Schukow, Georgi 88, 562, 577
 Schulz, Ingeborg 603
 Schuster, Willy 584
 Schwarze, Gotthold 582
 Seidel, Willi 604, 605
 Seifert, Richard 575
 Seldte, Franz 246, 651
 Serov, Ivan 563
 Seyfried, Ernst 332, 334, 335, 497, 502, 509, 590
 Sjadkowskij, Peter 370
 Skripnik, Aleksej 237
 Sobolewicz, Tadeusz 410
 Sokalik, Stefan 522
 Sokolowskij, Wassilij Iwanowitsch 577
 Sokula, Karl 611
 Sonntag, Friedrich Hermann 572
 Sowysstun, Mychajlo 529
 Spalteholz, Horst 605, 606
 Spangenberg, Paul 219
 Speer, Albert 8, 23, 24, 40, 41, 52, 53, 58, 61, 64, 76, 102, 103, 105, 107–112, 114–117, 122–125, 127, 132, 133, 135, 137, 138, 141–143, 146–148, 150, 165, 169–171, 174, 179, 189, 198, 208, 209–211, 219, 224, 242, 259–261, 268, 269, 276, 293, 298, 299, 302, 310, 323, 337, 377, 381, 395, 397, 425, 431, 432, 451, 452, 464, 483, 567, 647, 648, 652–655
 Spreti, (Graf, Anwerber) 150
 Stalin, Josef 15, 52, 88, 112, 113, 539, 543, 562, 564
 Stangl, Otto 583
 Stapel (Astra AG) 336
 Staudecker (Astra AG) 509
 Stein, Willi 586
 Steinmüller (Abwehrbeauftragter) 497
 Sturman, Deborah 627
 Suchowska, Jadwiga 342, 343
 Sudoplatov, P. A. 555
 Svandrlik (Abwehrbeauftragter) 497
 Swerew, Pawel 369
 Syrup, Friedrich 55
 Thieme, Alfred 587, 593
 Thierack, Otto Georg 140, 141, 167, 330, 649
 Thomas, Georg 51, 57, 59, 62, 75, 77, 78, 87, 102, 107, 108
 Thümmeler, Johannes 381, 503
 Tiedge, Marianne 604, 605
 Timofejew, Nina 342
 Tito, Josip Broz 621
 Tkatschenko, Roman 507
 Todt, Fritz 40, 57, 59, 60, 62–65, 77–79, 101–103, 106, 108, 128, 135, 137, 221, 259, 395, 451, 643, 647
 Trebs, Kurt 575
 Trofimtschuk, Sachar 505
 Truchan, Mikola 529
 Tschischansky, Jurij 505
 Tysatschny, Dimitrij 505
 Tzschentke, Otto 571
 Uhlig, Hermann 598, 599
 Vater (Abwehrbeauftragter) 497, 590
 Vettermann, Emil 511, 601
 Vettters (KZ-AL-Aufseherin) 405
 Vodopivec, Valina 341
 Vögler, Albert 131

- Vogelsang, Erich 573
von Blomberg, Werner 469, 640
von Hindenburg, Paul 639
von Ledebur, Heinrich 395
- Wacker, Adolf 497, 590
Wagner, Alfred 604, 605
Wagner, Eduard 78
Wagner, Josef 46
Wagner (Abwehrbeauftragter) 497
Walde, Alwin 583
Walter, Paul 428
Waschenjak, Pawel 505
Wassilintschuk, Evstafy 505
Wassilintschuk, Nikolai 505
Wasylyszyn, Paul 529
Weber, Ernst 571
Weber, Manfred 582
Weigand, Wolfgang 198
Wenz (Hauptmann, Vertreter Stalag IV F)
380, 381
Werft, Wilhelm 582
Werlin, Jakob 276
Werner, Erich 585, 586
Werner, William 122, 199, 293
Wetzhold (Abwehrbeauftragter HASAG) 395
Wild, Adolf 573
Wildeck (Abwehrbeauftragter) 497
Willing (SS-Oberscharführer) 340, 600
Wissmann, Karl 211
Witti, Michael 190
Wittig (HASAG) 606
Witting, Walter 479, 480
Wohlfahrt, Wilhelm 109
Wolgajew, Juri 529
Wollheim, Norbert 622
Wrede, Gustav 451
Wünsch, Erich 580, 581
Wünsch, Gottfried 581, 582
- Zaberenok, I. P. 557
Zangen, Wilhelm 73
Zarolowska, Dezenka 341
Zinsser, Hugo 602, 603
Zipperer, Gerd 409
Zisar, Nikolay 505
Zorya, N. D. 350
Zschoch (Abwehrbeauftragter) 497, 590
Zukanow, Alexander 519

Die Autoren

Klaus-Dieter Müller, Historiker, Dr. phil., Jg. 1955, seit 2014 im Vorruhestand, jetzt Rentner. Von September 1999 bis März 2014 Leiter der „Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR“ an der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, von März 2008 bis Januar 2010 Kommissarischer Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, dann bis März 2014 stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

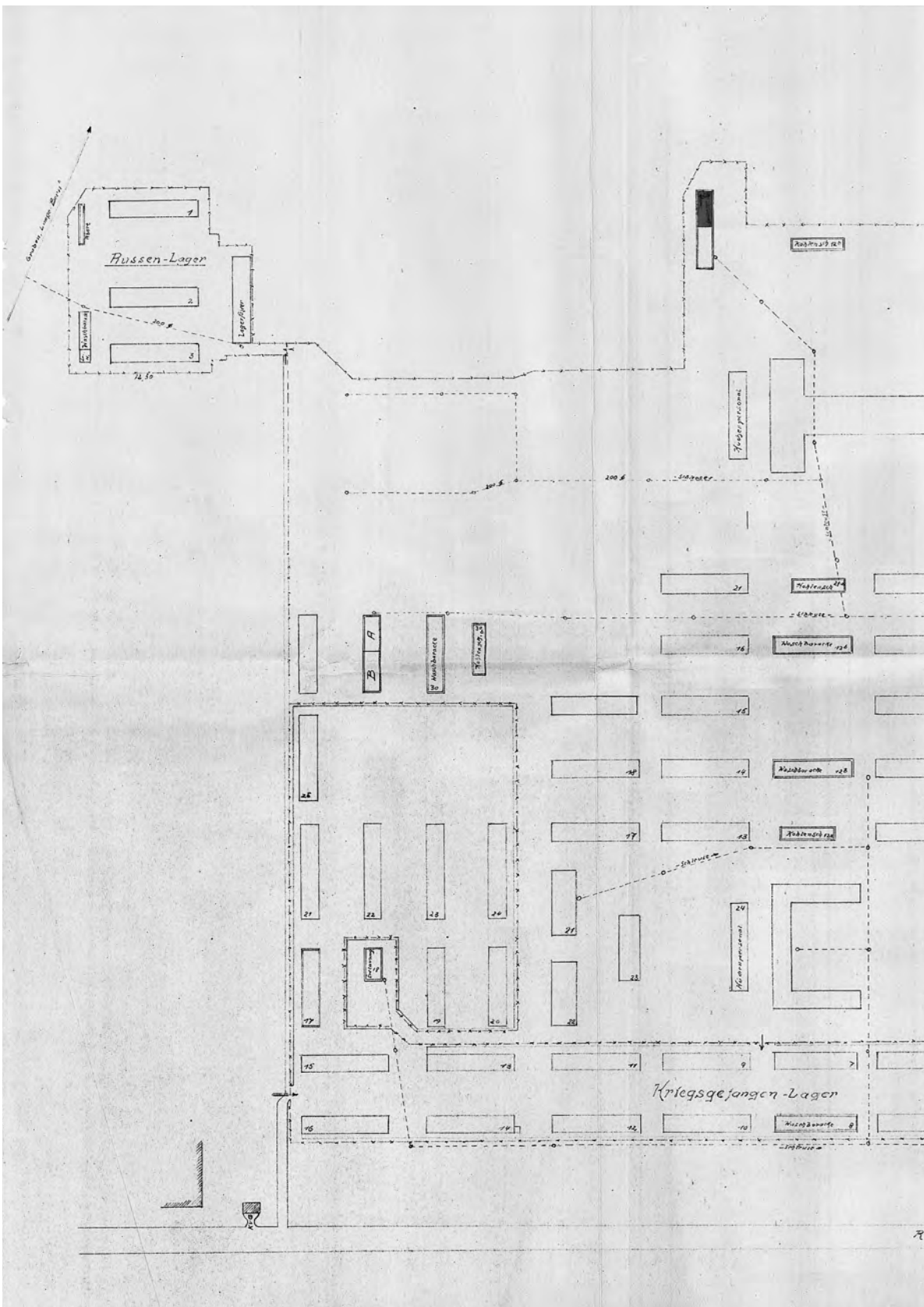
Zahlreiche Publikationen zu den Themen Sowjetische Entwicklungspolitik, Deutsche Bildungspolitik, Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene, Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit sowie in der SBZ/DDR. Mit Dietmar Wendler und anderen Autor der Publikation NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen, Dresden ²2018.

Dietmar Wendler, Ingenieur / Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Jg. 1943, Rentner. Bis 1976 Mitarbeiter im VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt, danach verschiedene Tätigkeiten im gesellschaftspolitischen Bereich im Stadtbezirk Süd von Karl-Marx-Stadt. Ab 1990 selbstständige Tätigkeit im Dienstleistungsbereich. Seit 2008 Mitglied und Leitungsfunktion in der bürgerschaftlichen Initiative „Die terroristische Herrschaft der Nationalsozialisten in Sachsen 1933–1945“.

Publikationen u. a.: Mitautor des Werkes NS-Terror und Verfolgung in Sachsen, s. o.

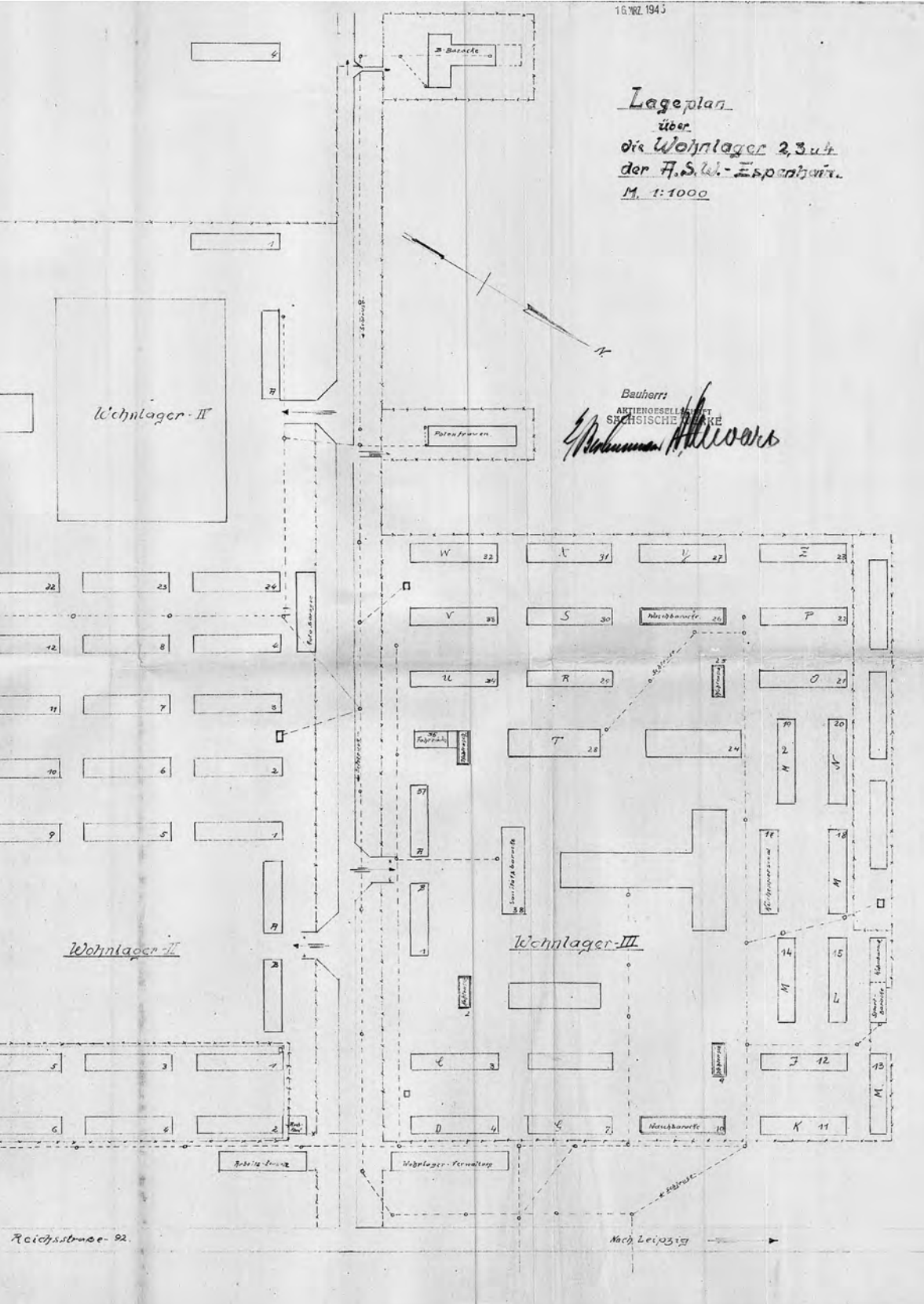
Mitarbeit

Rainer Ritscher, Schlosser / Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Jg. 1941, gestorben 10. Mai 2021. Seit 2015 Mitglied der bürgerschaftlichen Initiative „Die terroristische Herrschaft der Nationalsozialisten in Sachsen 1933–1945“. Führend beteiligt an der Erstellung und Einweihung der Gedenktafel für die Zwangsarbeiter der ehemaligen Astra-Werke in Chemnitz im April 2018 sowie an der Erstellung und Einweihung der Gedenktafel für die Zwangsarbeiter der ehemaligen Auto Union AG im Lager Landgraf / Chemnitz im November 2020.



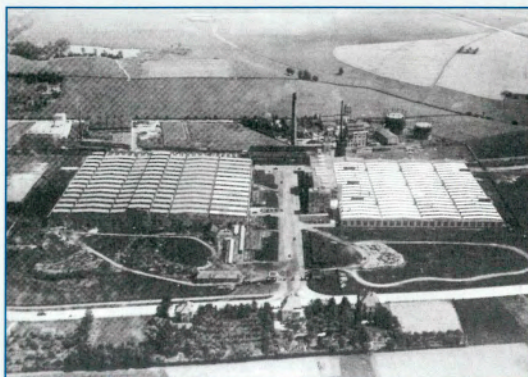
Lageplan
über
die Wohnlager 2, 3 u. 4
der H.S.W.-Espannwerke.
M. 1:1000

Bauherr
ANTIERGESELLSCHAFT
SCHWABISCHE BANK
Wolfgang Hilvers



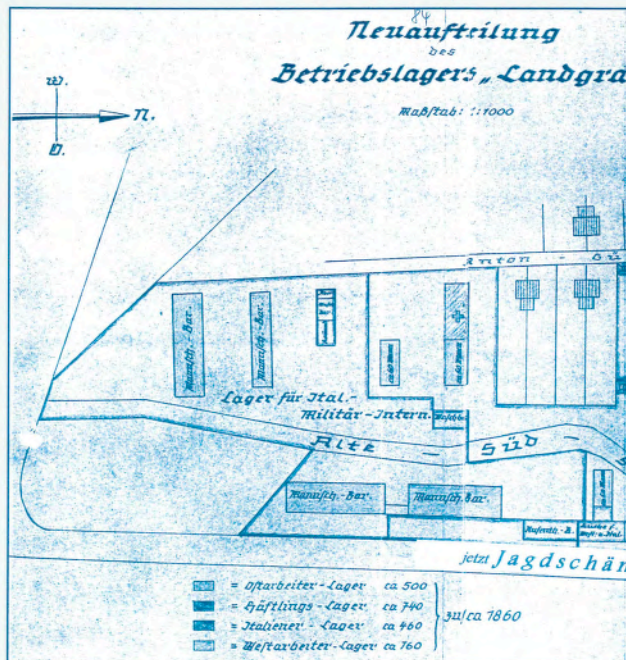
Zum Gedenken an die Toten und Überlebenden „Landgraf“ der Auto Union AG/Chemnitz

В память о погибших и оставшихся в живых из принудительного трудового лагеря
 Ku pamięci zmarłych i osób, które przeżyły obóz pracy przymusowej „Landgraf“
 In memory of the dead and survivors of the "Landgraf" forced labor camp
 In memoria dei morti e dei sopravvissuti del campo di lavoro forzato "Landgraf"



Luftaufnahme Werk Siegmar aus den 1930er Jahren

Im Zweiten Weltkrieg befand sich auf diesem Gelände an der heutigen Jagdschänkenstraße das Barackenlager „Landgraf“ der Auto Union AG, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus vielen europäischen Ländern zur Steigerung der Rüstungsproduktion einsetzte. So auch in ihrem ganz in der Nähe dieses Lagers gelegenen Werk Siegmar, das seit 1943 Motoren für die schweren deutschen Panzer produzierte.



StA-Chemnitz 31050 Bestand Auto Union AG, Werk Siegmar

Ende 1944 leisteten nahezu 4000 Frauen und Männer Zwangsarbeit allein in diesem Werk des Konzerns und ein großer Teil von ihnen war im Lager „Landgraf“ sowie in weiteren Lagern im heutigen Chemnitzer Stadtteil Siegmar untergebracht.

Besonders die sowjetischen und italienischen Kriegsgefangenen, die zivilen Zwangsarbeiter aus Osteuropa und zeitweilig in Siegmar eingesetzte KZ-Häftlinge, mussten die schwersten Arbeiten verrichten und hatten keinerlei Einfluss, ihre schlechten Existenzbedingungen zu verbessern. Ihr Alltag war geprägt von Unterernährung, Krankheiten, körperlicher Gewalt und nicht selten Todesangst.

Seit dem 10. September 1944 wurden 400, fast ausschließlich polnische und 50 ungarische Juden, durch Stacheldrahtzaun und vier Wachtürme vom restlichen Lager getrennt, in den Holzbaracken untergebracht. Sie standen der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus auf der „untersten Stufe“, mussten bei völlig unzureichender Ernährung 12 Stunden arbeiten und wurden im Lager von einer brutalen SS-Mannschaft bewacht. Einen großen Teil dieser Häftlinge zog man für gefährliche Aufräumarbeiten zur Beseitigung der Schäden des schweren alliierten Bombenangriffs auf das kriegswichtige Werk Siegmar, am 11. September 1944 heran. Mitte Dezember 1944 wurden die Häftlinge dann in ein neues Außenlager eines Verlagerungs- und Betriebs der Auto Union nach Hohenstein-Ernstthal überführt.

Diese Stele soll die Opfer von Zwangsarbeit und Rassismus ehren. Zugleich soll sie mahnen vor Rassismus und Krieg sowie vor erneutem völkisch-rechts-extremen Denken und Handeln in Politik und Gesellschaft.

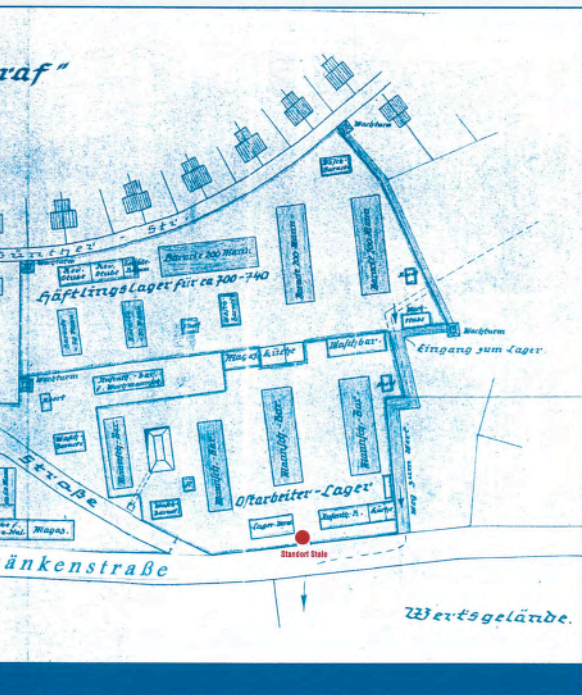
erlebenden des Zwangsarbeiterlagers tz und des KZ Außenlagers Flossenbürg

лагеря «Ландграф» Auto Union AG / Хемниц и сателлитного лагеря Фlossenбюрг

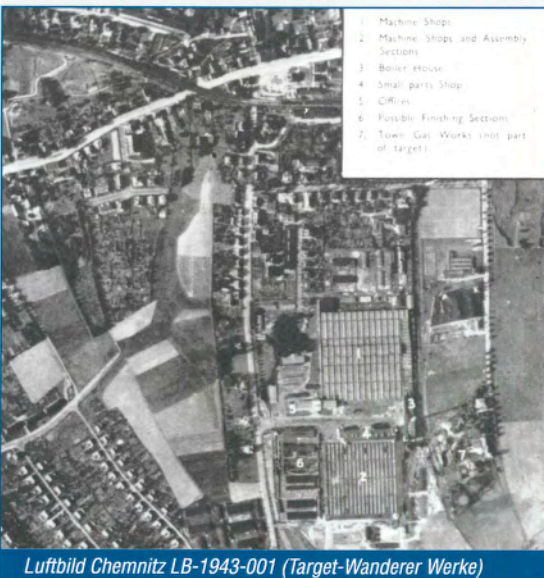
„Landgraf“ Auto Union AG / Chemnitz i obóz satelitarny Flossenbürg

camp of Auto Union AG / Chemnitz and the Flossenbürg satellite camp

„Landgraf“ dell' Auto Union AG / Chemnitz e del campo esterno Flossenbürg



Luftbild Chemnitz LB-1945-1011 (BAB 72 - AS Süd, Siegmars)



Luftbild Chemnitz LB-1943-001 (Target-Wanderer Werke)

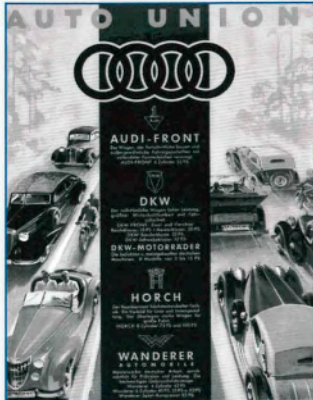
the und
ne vom
nden in
erster
tunden
wach.
rbeiten
auf das
ember
erungs-

m
chaft.

Bis zum Ende des Krieges kamen hier zahlreiche Zwangsarbeiter ums Leben, darunter auch KZ-Häftlinge des Außenlagers des KZ Flossenbürg innerhalb des Lagers „Landgraf“.

Nachweislich starben jüdische KZ-Häftlinge aus Polen:

- | | |
|----------------------------|------------------------------|
| Jacob Seidler (37 J.) | Abraham Abrahamowicz (33 J.) |
| Zysman Lewkowicz (35 J.) | David Rochberger (35 J.) |
| Abram Opoczynski (48 J.) | Chaim Russak (17 J.) |
| Moniek Wladowski (31 J.) | Israel Weltman (31 J.) |
| Bencjen Goldwasser (45 J.) | Dawid Rozenfeld (48 J.) |
| Fiszel Rozenberg (21 J.) | Abram Tabaksmeker (43 J.) |
| Newacheim Ezer (46 J.) | Moniek Baczynski (30 J.) |
| Josef Hertz (32 J.) | Felix Diamant (26 J.) |
| Szmul Smulowicz (23 J.) | Szlama Turyn (28 J.) |



Firmenzusammenschluß

Die Auto Union Aktiengesellschaft Chemnitz

war ein von der landeseigenen Sächsischen Staatsbank auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1931/32 initiiertes Rettungsprojekt. Mit Millionenkrediten wurden die wichtigsten Firmen des sächsischen Automobilbaus entschuldet und zu dem drittgrößten Unternehmen der deutschen Kraftfahrzeugbranche vereinigt.

Bald nach der Gründung der Auto Union aus den Firmen DKW in Zschopau, Audi, Horch in Zwickau und der Automobilabteilung der Wanderer - Werke in Chemnitz kamen die Nationalsozialisten an die Macht. Das NS-Regime begünstigte die Automobilwirtschaft, subventionierte den werbeträchtigen Rennsport und gab als Leitbild für die Zukunft Deutschlands eine „Volksmotorisierung“ aus. Im Sog des einsetzenden Konjunkturaufschwungs konsolidierte sich die Auto Union rasch. Es wurden neue Kfz-Modelle entwickelt, die auch erfolgreich exportiert werden konnten. Der sächsische Autokonzern wurde zur mit Abstand größten Firma in Sachsen. Bereits 1934 beschäftigte er 13.000 Arbeiter und Angestellte.



Auto Union

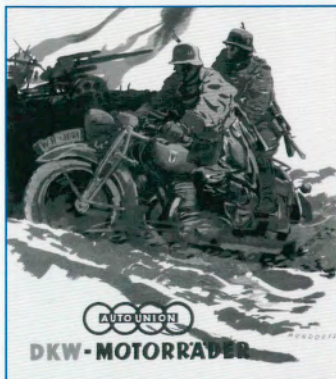
Zum Aufschwung der Auto Union trug unzweifelhaft auch die Aufrüstung Deutschlands nach 1933 bei. Der Rüstungsanteil am Jahresumsatz belief sich bis zum Zweiten Weltkrieg aber zumeist auf deutlich unter 20 %. Mit Anschubfinanzierung durch das Reichsluftfahrtministerium baute sie in Taucha bei Leipzig schon vor dem Krieg eine große Flugmotorenfabrik (MMW) auf, die aber zunächst „10-Prozent-Minderheitspartner“ blieb.

Ab Sommer 1940 wurde die Produktion des Konzerns dann rasch zunehmend auf Rüstungsgüter umgestellt. Ende 1940 übernahm die Auto Union die MMW vollständig, wodurch sich ihre Rüstungsumsätze nahezu verdoppelten. 1941 erzielte sie dann schon 70 % ihres Umsatzes im Rüstungsgeschäft, 1944 weit über 90 %.

Mit der Eingliederung von MMW und vollends mit der im Winter 1943/44 anlaufenden Produktion des schweren Panzermotors HL-230 für die Tiger- und Panther-Panzer im Werk Siegmars stieg die Auto Union in eine höhere Liga der deutschen Rüstungsproduzenten auf. Sie genoss nun die Vorzüge höchster Dringlichkeitseinstufung, wie bevorrechteter Maschinen- und Arbeitskräfteanforderung. Bald übernahm sie die Führungsrolle im Panzermotoren-Programm. Trotz Bombenschäden vergrößerte sich der durchweg modernisierte Maschinenpark allein der Stammbetriebe der Auto Union AG von 1939 bis Frühjahr 1945 um 51,2 %. Der Umsatz des Konzerns verdoppelte sich in diesen Jahren.

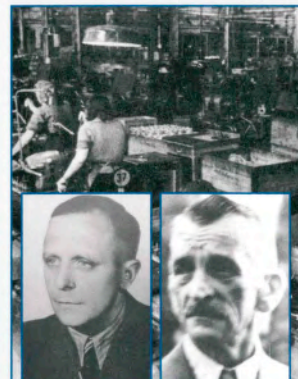


Richard Bruhn (rechts) und William...



Motorräder für den Krieg

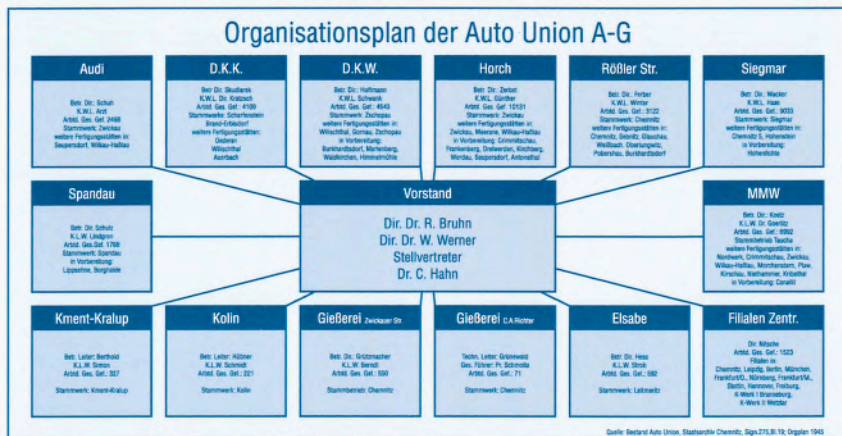
In den Werken der Auto Union versuchten ausländische und deutsche Arbeitskräfte durch Produktion von Ausschuss bei Rüstungsgütern sporadisch Widerstand zu leisten. Einige deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter beschafften auch Nahrungsmittel, Kleidung und Informationen von „Feindsendern“ für die Zwangsarbeiter/innen und Kriegsgefangenen. Eine Widerstandsgruppe im Werk Röbelerstraße wurde 1944 verraten und die Mitglieder wurden verhaftet. Unter ihnen befanden sich Werner Malecki und Max Schuster. Die Gestapo Chemnitz brachte sie zunächst ins Kaßberg-Gefängnis und später ins KZ Flossenbürg. Werner Malecki wurde am 28.12.1944 dort ermordet. Die SS brachte Max Schuster in das KZ-Außenlager Leitmeritz. Am 03.01.1945 wurde er im Außenlager „Elsabe“ des KZ Flossenbürg bei der Produktion von Panzermotoren der Auto Union AG zu Tode geschunden.



Werner Malecki Max Schuster

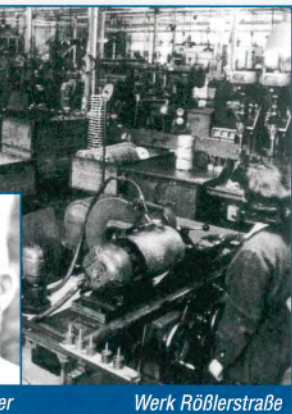


Auto Union AG in Chemnitz



William Werner bei der Präsentation

Die freiwillige und zwangsweise Rekrutierung von Arbeitskräften vermochte mit den Anforderungen der Auto Union im Kriegsjahr 1944 längst nicht mehr Schritt zu halten. Der Rückgriff auf das in den Konzentrationslagern vorhandene „Menschenpotenzial“ aus vielen Ländern Europas erlaubte es ihr nun abermals, die drohende Kapazitätsgrenze hinaus zu schieben. Sie wurde dadurch in die Lage versetzt, den eingeschlagenen Kurs betrieblicher Expansion und „Gewinnmitnahme“ in der heißlaufenden Rüstungskonjunktur fortzusetzen und - aus humanitärer Sicht - mit dem Masseneinsatz völlig entrechteter „Sklavenarbeiter“ auf die Spitze zu treiben. Auf dem Höhepunkt im Februar/März 1945 beschäftigte die Auto Union in ihren Werken in Sachsen rund 3700 KZ-Häftlinge, von denen mindestens 447 verstarben. Der Gesamtumfang des „Einsatzes“ von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ- Häftlingen in den Werken der Auto Union erhöhte sich im letzten Kriegsjahr auf bis zu 45 % der Belegschaft. In den Außenlagern des bayerischen Stammlagers Flossenbürg bei den Produktionsstätten der Auto Union in Zwickau (Horch-Werk), in Siegmund bzw. Hohenstein-Ernstthal, in Zschopau (DKW) wie auch in den Außenlagern bei der zur Auto Union gehörenden Agricola GmbH in Oederan und der DKK in Wilschthal waren Essens- und Kleidungszeug, Schläge und sonstige Schikanen feste Bestandteile des Alltags der KZ-Häftlinge. Im Außenlager beim Horch-Werk mit seinen 900-1000 männlichen Häftlingen kam es sogar zu gezielten Tötungshandlungen durch das SS-Wachpersonal. Mitte April 1945 wurden alle Außenlager von der SS evakuiert und die Häftlinge auf Todesmärsche und Todes Transporte geschickt. Sie sollten den Befreier nicht lebend in die Hände fallen. So war es Praxis, Häftlinge, die wegen Auszehrung nicht mehr laufen konnten, zu erschießen.



Werk Röbllerstraße

Die jüdischen Frauen und Mädchen, die bei DKW in Zschopau für die MMW Taucha Flugzeugmotorenteile fertigen mussten, wurden in Güterwagen eingepfercht und ohne Nahrung auf Transport geschickt. 15 Frauen gelang es unterwegs zu fliehen. Die Jüdin Odette Spingarn aus Paris marschierte nach dem Sprung aus dem Zug zurück nach Zschopau, wo Sie einen ihr bekannten französischen Kriegsgefangenen traf, der sie zu Frau Elli Fullmann brachte. Frau Fullmann mit ihren vier Kindern, selbst erst in Hamburg ausgebombt und den Mann im Krieg verloren, riskierte die Todesstrafe, nahm Odette Spingarn auf und versteckte sie bis Kriegsende in ihrer Wohnung, wo sie überlebte und nach Paris zurückkehren konnte. Der Staat Israel und die Gedenkstätte Yad Vashem ehren Personen, die Juden vor dem nationalsozialistischem Rassenwahn retteten. So wurde auch Elli Fullmann auf Antrag von Odette Spingarn als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.



Odette Spingarn

Elli Fullmann

IMPRESSUM

Die Gedenkstätte wurde geschaffen: Bürgerschaftlichen Initiative „Historischer Atlas Sachsen 1933 – 1945“



In Kooperation mit: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Chemnitz



Prof. i.R. Dr. Rudolf Boch



